

WINFRIED BAUMGART

DEUTSCHE OSTPOLITIK
1918

Von Brest-Litowsk bis zum Ende
des Ersten Weltkrieges

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	7
Vorwort	9
I. Einleitung	
Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk	13
II. Das neue Rußland und die kriegführenden Mächte	
1. Die sowjetrussische Außenpolitik zwischen dem 7. Parteitag der bolschewistischen Partei und dem 5. Sowjetkongreß (März bis Juli)	29
2. Die Rußlandpolitik der Alliierten	45
3. Die deutsche Ostpolitik unter Kühlmann	60
III. Von Murmansk bis Baku – Deutsche militärische Unternehmungen im Osten	
1. Die Finnland-Expedition und der Plan eines Unternehmens gegen Murmansk	93
2. Die deutsche Politik in Südrußland (Ukraine, Donegebiet, Krim) . .	117
3. Die russische Schwarzmeer-Flotte	156
4. Die deutsche Kaukasuspolitik	174
IV. Deutsche Gesandtschaft Moskau	
1. Die Mirbach-Mission	208
2. Die Helfferich-Mission	233
V. Berlin zwischen Moskau und Spa – Die deutsch-russischen Beziehungen im Sommer und Herbst 1918	
1. Die Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag	258
2. Die deutsch-russischen Beziehungen im September und Oktober .	303
3. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen	324
VI. Zusammenfassung	368
Anhang: Dokumente	385
Quellen- und Literaturverzeichnis	
Verzeichnis der Archivalien	408
Verzeichnis der gedruckten Quellen	411
Register	420

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Vorbemerkung: Die in Aktenzeichen verwendeten Abkürzungen werden nicht aufgeschlüsselt. Bei Aktenzitatoren werden, wenn es sich um Telegramme handelt, nur Absender und Empfänger genannt; das Wort »Telegramm« wird weggelassen. Bei anderen Akten jedoch wird die Form des Aktenstücks bezeichnet: Bericht, Protokoll usw.

Zur Datierung von Akten wird zuerst das Jahr in arabischen, dann der Monat in römischen, schließlich der Tag in arabischen Ziffern angegeben, z. B.: 1918 IX 16 = 16. September 1918.

Aus den gedruckten Quellen wird folgendermaßen zitiert: 1. Falls im Quellenverzeichnis nur ein Titel eines Verfassers erscheint, werden nur der Verfasser und die Seitenzahl angegeben (Beispiel: Kühlmann 220 = Richard von Kühlmann, Erinnerungen ... Seite 220). 2. Bei mehreren Titeln desselben Verfassers wird zur Unterscheidung ein Kennwort aus dem Titel hinzugesetzt (Beispiel: Ludendorff, Kriegserinnerungen 448 = Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914-1918 ... Seite 448; Ludendorff, Urkunden 472 = Erich Ludendorff (Hsg.), Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18 ... Seite 472); Ausnahmen s. jeweils im Quellenverzeichnis.

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abt.	Abteilung
adh.	adhibendum (Anhang)
Adm.st.	Admiralstab
Anm.	Anmerkung
AOK	Armeeoberkommando
Arch. Forsch.	Archivalische Forschungen (s. Verzeichnis der Quellen)
BA	Bundesarchiv
BA/MA	Bundesarchiv/Militärarchiv
Bd.	Band
BGStA	Bayerisches Geheimes Staatsarchiv
Bl.	Blatt
Čeka	Črezvyčajnaja komissija (Außerordentliche Kommission; russische Geheimpolizei)
D	Deutschland (s. Verzeichnis der Archivalien)
d. M.	dieses Monats
d. Mts.	dieses Monats
DZA	Deutsches Zentralarchiv
E. E.	Euer Exzellenz
Ew.	Euer
FRUS	Foreign Relations of the United States (s. im Quellenverzeichnis unter »Papers«)
Fi	Finnland (s. Verzeichnis der Archivalien)
G. A.	Gehorsame Anzeige
geh	geheim
GPU	Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie (Staatliche Politische Verwaltung; russische Geheimpolizei)

GrHQ	Großes Hauptquartier
H.	Heft
HHSStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
Hsg., hsg.	Herausgeber, herausgegeben
IFA	Interfraktioneller Ausschuß (s. Verzeichnis der Quellen)
KM	Kriegsministerium
k. u. k.	kaiserlich und königlich
LSR	Linke Sozialrevolutionäre
m. D.	meines Dafürhaltens
m. E.	meines Erachtens
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
Nateko	Nautisch-technische Kommission
O-Sache	Operationssache
Oberost	Oberbefehlshaber Ost
OHL	Oberste Heeresleitung
OHLA	Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung
o. J.	ohne Jahr
PA	Politisches Archiv
pp.	und so weiter
Rk	Reichskanzler
RKP (b)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'sevikov) = Russische Kommunistische Partei der Bolschewiken
Ru	Rußland (s. Verzeichnis der Archivalien)
Ru Pol	Rußland, Politisches (s. Verzeichnis der Archivalien)
RWA	Reichswirtschaftsamt
secr.	sekret, geheim
S.M.	Seine(r) Majestät
Sov. Doc.	Soviet Documents (s. Verzeichnis der Quellen)
SR	Sozialrevolutionäre
s. o. S. (S. o. S.)	siehe oben Seite
s. u. S. (S. u. S.)	siehe unten Seite
tit.	Titel
Ukr	Ukraine (s. Verzeichnis der Archivalien)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VCIK	Vserossijskij Central'nyj Iсполnitel'nyj Komitet = Gesamtrussisches Zentral-exekutivkomitee
v. M.	vorigen Monats
Wkr	Weltkrieg (s. Verzeichnis der Archivalien)
WUA	Werk des Untersuchungsausschusses (s. Verzeichnis der Quellen)
ZEK	Zentralexekutivkomitee
ZK	Zentralkomitee

VORWORT

Seit einigen Jahren ist in Deutschland eine lebhaftere Diskussion über die politische Geschichte des Ersten Weltkrieges im Gange. Sie wurde möglich durch die Rückgabe der deutschen Akten in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und erhielt einen starken Akzent durch F. Fischers weitverbreitetes Buch »Griff nach der Weltmacht«. Dieses Werk versuchte relativ früh eine historische Synthese, obgleich die Fülle der Quellen und die Komplexität der Objekte zunächst vielleicht eher in einer Reihe von analytischen Einzelstudien bewältigt werden könnten. Solche Detail-Untersuchungen sind notwendig, wenn eine wissenschaftlich überzeugende Lösung der durch den Ersten Weltkrieg aufgeworfenen geschichtlichen Probleme erstrebt wird. Einzelstudien dieser Art werden um so bessere, d. h. wissenschaftlich relevante Ergebnisse liefern, je lückenloser und genauer die noch vorhandenen und erreichbaren Quellen herangezogen werden können, je klarer das Einzelthema formuliert ist, je unabhängiger von F. Fischers Fragestellung vorgegangen und je genauer die benutzte Methode beschrieben wird.

Die vorliegende Untersuchung behandelt die deutsche Ostpolitik im letzten Halbjahr des kaiserlichen Deutschlands. Sie setzt im Frühjahr 1918 ein und führt bis zum Zusammenbruch im November, klammert also die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk aus dem eigentlichen Untersuchungsbereich aus. Das mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, weil dieser Friedensvertrag doch das Fundament der deutschen Ostpolitik in der letzten Phase des Wilhelminismus gewesen ist. Da jedoch das Material über diese Friedensverhandlungen so überreich ist, daß es einer gesonderten Untersuchung bedürfte, und da die längst angekündigte Edition der Akten des späteren Untersuchungsausschusses des Reichstags über den Frieden von Brest-Litowsk, die W. Hahlweg vorbereitet, noch nicht erschienen ist, dürfte diese zeitliche Begrenzung nach oben gerechtfertigt sein.

Eine weitere – scheinbar willkürliche, jedoch bewußte – Begrenzung des Untersuchungsobjektes liegt darin, daß der eventuelle Einfluß der deutschen Wirtschaftsinteressen, die eventuelle Einwirkung der deutschen Parteien und die eventuelle Ausstrahlung der deutschen Publizistik auf den Gang der Ostpolitik Deutschlands nicht eingehend erörtert werden. Damit ist nicht behauptet, daß es von diesen Bereichen her keinerlei Verbindungslinien zu jenen Stellen gegeben hätte, an denen tatsächlich »die deutsche Ostpolitik« im Sommer 1918 gemacht wurde; hier bleibt Platz zu weiteren Einzelstudien. Sie wurden an dieser Stelle jedoch ausgespart, weil auf eine vernünftige Arbeitsökonomik Rücksicht zu neh-

men war und weil die benutzten Quellen in den meisten Fällen keine positive Antwort auf die eigentlich geschichtliche Frage, ob solche »Verbindungslinien« zugleich Determinanten der deutschen Ostpolitik bezeichnen, also Kausalitäten markieren, ermöglichten. Deshalb wäre die Einbeziehung der Themen »Wirtschaft«, »Parteipolitik« und »Publizistik« historisch zwar interessant, aber für das Verständnis der Ostpolitik Deutschlands im Jahre 1918 letztlich irrelevant.

Dieses Verständnis wird am ehesten und besten zu gewinnen sein, wenn man auf die für die Ostpolitik entscheidenden Faktoren blickt: das Auswärtige Amt und die Oberste Heeresleitung. An diesen beiden Stellen ist 1918 nicht nur über deutsche Ostpolitik geredet und geschrieben worden, dort wurde gehandelt. Vorzugsweise mit ihnen hatte sich also die vorliegende Untersuchung zu befassen, wobei sich ergab, daß die Wechselbeziehungen zwischen Berlin und Spa in bisher unbekanntem Maße von Spannungen geladen waren, die sich in zahlreichen Konflikten entluden und als Hauptgrund für die Inkohärenz der deutschen Ostpolitik im Jahre 1918 zu betrachten sind.

Was schließlich die Methode dieser Studie betrifft, so ist die herkömmliche und bewährte Form der erzählenden Untersuchung gewählt worden. Zwar verbot der zeitliche Parallelismus der verschiedenen Vorgänge eine rein chronologische Gliederung der Darstellung; dadurch wurden gewisse zeitliche Überschneidungen unvermeidlich. Die hier angewandte Mischform von zeitlicher und sachlicher Gliederung dürfte jedoch dem Leser ermöglichen, stets den Gang des Ganzen im Auge zu behalten, wenn auch die Hauptaufmerksamkeit den jeweiligen Einzelproblemen gewidmet ist.

Über die Quellen, auf denen die vorliegende Abhandlung basiert, ist in den Anmerkungen hinreichend Rechenschaft gegeben. Als das Wichtigste erwiesen sich die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes liegenden Akten. Wertvolle Ergänzungen lieferten die zahlreichen Nachlässe im Bundesarchiv Koblenz sowie Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und des Kriegsarchivs in Wien, des Geheimen Staatsarchivs in München und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg. Den Herren Beamten der genannten Archive möchte ich an dieser Stelle für ihre gütige Förderung meiner Forschungen herzlichen Dank aussprechen.

Unzugänglich blieben für diese Untersuchung dagegen die Akten des Deutschen Zentralarchivs (Potsdam und Merseburg) sowie die bulgarischen, türkischen und russischen Archivalien. Selbstverständlich wurden dagegen alle gedruckten Quellen, soweit erreichbar, herangezogen, besonders auch die zahlreichen in russischer Sprache veröffentlichten Akten, die von der deutschen Forschung bisher kaum berücksichtigt worden sind. Gute Dienste leistete auch die gerade in jüngster Zeit in Rußland erschienene Literatur über den Frieden von Brest-Litowsk und die deutsch-russischen Beziehungen im Jahre 1918 (besonders Čubar'jan, Achtamzjan, Brjunin, Kobljakov).

Bei der Wiedergabe russischer Eigennamen und Wörter – außer bei sehr gebräuchlichen und häufig gebrauchten Namen (z. B. Brest-Litowsk, Joffe) sowie

kaukasischen Namen – wurde das internationale Transkriptionssystem verwendet.

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Konrad Repgen, schulde ich besonders großen Dank für die ermutigende Förderung dieser Arbeit. Den Herren Professoren Werner Hahlweg, Fritz T. Epstein, Ernst Deuerlein und Walther Hubatsch danke ich für ihre Anregungen und ihren Rat; Herrn Professor Gerhard Ritter für seine freundliche Unterstützung bei der Drucklegung.

Freifrau Ruth von Bothmer möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß sie mir in freundlicher Weise das Originaltagebuch ihres Mannes, Karl Freiherr von Bothmer, zur Verfügung stellte.

Kurz vor Abschluß der Arbeit hatte ich das Glück, Herrn General a. D. der Luftwaffe Dr. Wilhelm Schubert, im Jahre 1918 Kaiserlich Deutscher Militärattaché in Moskau, kennenzulernen und mit ihm in mehrstündiger Unterredung der bewegten Schlußphase des Ersten Weltkriegs im Osten zu gedenken. Sein persönliches Zeugnis vermochte mir das aus den Aktenmassen der Archive gewonnene Bild von der deutschen Ostpolitik des Sommers 1918 in unschätzbare Weise zu veranschaulichen. Für die ausführlichen schriftlichen Mitteilungen und für die Erlaubnis zur Verwertung seiner bislang unveröffentlichten Lebenserinnerungen bin ich ihm zu besonderem Dank verbunden.

Während der Drucklegung stellte mir Herr Immo Hopman das Tagebuch seines verstorbenen Vaters, Admiral Albert Hopman (1918 Befehlshaber der deutschen Marinekommandos im Schwarzen Meer) zur Verfügung; dafür sei ihm an dieser Stelle herzlich gedankt. Das Tagebuch konnte für die vorliegende Untersuchung nicht mehr verwendet werden, bestätigt aber im wesentlichen ihre Ergebnisse. Ich beabsichtige, es demnächst zusammen mit anderen Quellen aus Nachlässen von Offizieren und Diplomaten, die 1918 im Osten tätig waren, zu veröffentlichen.

Die Arbeit wurde der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation eingereicht.

Saarbrücken, Oktober 1965

Winfried Baumgart

I.

EINLEITUNG

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk

Vom Beginn des Ersten Weltkrieges an ist auf deutscher Seite der Gedanke eines deutsch-russischen Sonderfriedens erörtert worden, eine Möglichkeit zur Verständigung zwischen den beiden Kaisermächten aber hat bis zum Sturz der Zarenherrschaft kaum bestanden. Der Ausbruch der Märzrevolution wurde von der deutschen Reichsführung als weittragendes und günstiges Ereignis begrüßt. Der Abschluß eines Separatfriedens mit Rußland war angesichts des bevorstehenden Kriegseintritts der Vereinigten Staaten das Gebot der Stunde. Die Provisorische Regierung unter Fürst L'vov, Miljukov und Kerenskij ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß sie an der Seite ihrer Bundesgenossen weiterkämpfen würde, daß Sonderverhandlungen mit Deutschland also nicht in Frage kämen. Die Zuversicht der deutschen Reichsführung erwies sich als unbegründet. Dennoch hatte der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg bereits am 7. Mai 1917 Bedingungen für einen Frieden mit Rußland entworfen, die u. a. die Herauslösung Kurlands und Litauens aus dem russischen Staatsverband vorsahen. Um der russischen Forderung nach einem »Frieden ohne Annexionen und Kontributionen« wenigstens formell gerecht zu werden, hatte er dabei angeregt, Rußland den Verzicht auf diese Provinzen dadurch »schmackhaft« zu machen, »daß man sie als selbständige Staaten frisieren würde, die eigene innere Verwaltungsautonomie erhalten, jedoch militärisch, politisch und wirtschaftlich« an Deutschland angeschlossen werden sollten¹. Auf militärischer Seite hatte auch General Ludendorff Bedingungen für einen Waffenstillstand mit Rußland aufgestellt, deren Grundgedanke die Einstellung der Feindseligkeiten in den jeweils innegehaltenen Linien war².

Der Sieg der bolschewistischen Revolution im November 1917 schien den Frieden mit Rußland in greifbare Nähe zu rücken, denn die Bolschewisten waren mit der Parole »Freiheit, Brot, Frieden« an die Macht gelangt. Am 8. November 1917 ließ die russische Regierung einen Aufruf an die Regierungen und Völker der Welt

¹ Zitiert bei Hahlweg 17. S. auch Steglich 113/4; Fischer 499. Zur deutschen Reaktion auf die russische Märzrevolution s. auch Ritter III 482 ff.

² Ludendorff, Kriegserinnerungen 408.

zum Abschluß eines »gerechten und demokratischen Friedens« ergehen³. Dieses berühmte »Friedensdekret« war der erste außenpolitische Akt des neuen russischen Regimes. Die in den Monaten vor der Revolution betriebene bolschewistische Propaganda für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen hatte klarwerden lassen, daß die Bolschewisten die Beendigung des Krieges durch einen »demokratischen« Frieden als Voraussetzung für die proletarische Revolution sowohl in Rußland wie auch in Europa ansahen⁴. Lenin vermied, den Aufruf vom 8. November in marxistisches Vokabular zu kleiden, um den kriegführenden Mächten eine Ablehnung zu erschweren; er benutzte Wilsonsche Schlagworte. Das Dekret rief nicht zu einem sozialistischen, sondern zu einem »gerechten demokratischen« Frieden auf, einem Frieden, der auf dem Recht der Selbstbestimmung für alle Völker gegründet sein sollte. Es erklärte die Geheimdiplomatie für abgeschafft und gab die Absicht der neuen Regierung bekannt, die Geheimverträge ihrer Vorgängerin zu veröffentlichen und zukünftige Verhandlungen »vollkommen offen vor dem ganzen Volk« zu führen. Vom Kapitalismus als der Ursache des Krieges und dem Sozialismus als seinem Heilmittel war darin keine Rede.

Dieser Friedensaufruf erzeugte bei den Alliierten eine ungünstige Reaktion; aber die gebieterische Notwendigkeit, den Krieg mit den Mittelmächten zu beenden, nötigte die bolschewistischen Führer, einen politischen Kurs einzuschlagen, der neben der Förderung der Weltrevolution auch die nationalstaatlichen Interessen Rußlands berücksichtigen würde. Sie erklärten sich schon Ende November zu separaten Waffenstillstandsverhandlungen mit den Mittelmächten bereit, die am 3. Dezember begannen und am 15. Dezember durch einen Waffenstillstands-Vertrag in Brest-Litowsk abgeschlossen wurden⁵. Der Vertrag sah den unverzüglichen Beginn von förmlichen Friedensverhandlungen vor.

Auf deutscher Seite setzte man in das Zustandekommen eines Friedens im Osten große Hoffnungen. Unter dem Eindruck der Novemberrevolution hatte sich Ludendorff schon Ende November entschlossen, die Entscheidung des Krieges im Westen zu suchen und dafür alle im Osten frei werdenden militärischen Kräfte einzusetzen⁶. Er wollte im Westen möglichst früh, bevor die amerikanischen Truppen in größeren Mengen in das Geschehen eingriffen, losschlagen. Deshalb hielt er »Klarheit« im Osten für nötig und hoffte, daß in Brest-Litowsk »gute Arbeit« geleistet würde. Mit großer Spannung wartete er auf den Beginn der Friedensverhandlungen, da ihr Verlauf auf die militärischen Entschlüsse einen zwingenden Einfluß ausüben mußten.

Auch die politische Reichsleitung hatte bald nach dem russischen Friedensdekret Überlegungen angestellt, wie die neue Lage im Osten am besten auszunutzen

³ Deutscher Text u. a. in *Der Kampf der Sowjetunion* 23 ff.; russischer Text in *Dokumenty I* 11 ff.

⁴ S. Carr III 6 ff.; Schapiro 89 ff.

⁵ Text bei Schultheß 1917 II 956 ff.; *Dokumenty I* 47 ff.

⁶ Ludendorff, *Kriegserinnerungen* 409. Dazu s. *Der Weltkrieg XIII* 331/2, 342 und *XIV* 52 ff.

wäre. Mitte November ließ der Staatssekretär des Auswärtigen, Kühlmann, der österreichischen Regierung mitteilen, daß man ein offizielles russisches Friedensangebot »auf das allerentgegenkommendste« beantworten würde⁷. Nachdem sich die Sowjetregierung am 28. November in einem Funkspruch⁸ an die »Regierungen und Völker der kriegführenden Länder« mit dem Vorschlag von allgemeinen Waffenstillstandsverhandlungen gewandt hatte, gab Hertling am Tag darauf in seiner ersten Ansprache als Kanzler vor dem Reichstag folgende programmatische Erklärung ab: »Was die ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker.«⁹

Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht war von der deutschen Regierung als taktisches Mittel gedacht, um diese Länder endgültig von Rußland abzutrennen und sie mit Deutschland zu verbinden. Polen war durch die Kaiser-Proklamation vom 5. November 1916 bereits als selbständiger Staat anerkannt worden. In Kurland und Litauen waren im Herbst 1917 unter mehr oder minder kräftigem deutschem Druck sog. Landesräte gebildet worden, die den »Schutz und Schirm« des Deutschen Kaisers und des Deutschen Reiches erbeten hatten. Diese Kundgebungen sollten bei den Friedensverhandlungen mit Rußland als Loslösungserklärungen verwertet werden. Kühlmann war mit diesem Programm einverstanden. Am 8. Dezember nannte er vor dem preußischen Staatsministerium als deutsche Hauptforderung das Ausscheiden Kurlands und Litauens aus Rußland. Er erwartete, daß Rußland diesen Forderungen gegenüber »kaum unüberwindliche Schwierigkeiten« machen würde¹⁰.

Das Vorgehen der deutschen Friedensdelegation in den Verhandlungen in Brest-Litowsk wurde am 18. Dezember in Bad Kreuznach zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung unter Vorsitz des Kaisers erörtert¹¹. Von den drei behandelten Ostproblemen – Livland/Estland, Litauen/Kurland und Polen – wurde nur über die Frage des zukünftigen Schicksals von Litauen und Kurland eine Entscheidung getroffen. Man ging also deutscherseits in die Friedensverhandlungen, ohne über zwei der strittigen Territorialfragen eine Einigung erzielt zu haben¹².

Am 22. Dezember begannen in Brest-Litowsk, dem Hauptquartier von Oberost, die Friedensverhandlungen zwischen den Unterhändlern der Mittelmächte und des bolschewistischen Rußland. Die deutsche Delegation wurde vom Leiter des AA, Staatssekretär Kühlmann, geführt. Ihm unterstellt war General Hoffmann, Stabschef des Oberbefehlshabers Ost, der das Recht hatte, »Wünsche oder Beden-

⁷ Hahlweg 21.

⁸ Dokumenty I 28 ff.

⁹ Schultheß 1917 I 994.

¹⁰ Arch. Forsch. IV 809.

¹¹ Ergebnis der Besprechung in WUA IV 12 S. 215 ff.

¹² S. Walz 7 ff.; Janßen 170 ff., 174 ff.

ken der Obersten Heeresleitung zur Sprache zu bringen und im Bedarfsfalle gegen Maßnahmen des Staatssekretärs zu protestieren«¹³. Die österreichische Abordnung stand unter Leitung des Ministers des Äußeren, Graf Czernin. Die bulgarische und türkische Delegation, geleitet von Justizminister Popov (später Ministerpräsident Radoslavov) bzw. Außenminister Nessimy Bey (später Großvezir Talaat Pascha), spielte im Gesamtverlauf der Verhandlungen eine untergeordnete Bedeutung. Die russischen Vertreter wurden anfangs von Joffe, später von Trockij, dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, geführt. Das Gegensätzliche und Wesensverschiedene zwischen den Verhandlungspartnern in Brest kommt vielleicht am anschaulichsten in der Person Czernins auf der einen und Radeks auf der anderen Seite zum Ausdruck. Czernin, der in Brest-Litowsk häufig die Dekoration des Goldenen Vlieses trug, war ein überfeinerter Aristokrat mit verbrauchten Nerven. Er war der Vertreter eines kurz vor dem Zusammenbruch stehenden jahrhundertealten Reiches. Radek, der während der Verhandlungen die Gewohnheit hatte, sich über den Verhandlungstisch vorzubeugen und seinem Gegenüber mit koboldhaftem Grinsen Tabakrauch ins Gesicht zu blasen, war einer der fanatischsten Verfechter der proletarischen Weltrevolution. Bei seiner Ankunft am Brest-Litowsker Bahnhof hatte er sogleich Flugblätter aus dem Zug heraus an die deutschen Soldaten und Offiziere verteilt. Trockij hat das Ungeöhnliche an der Situation in Brest einmal mit folgenden Worten charakterisiert: »Historische Umstände hatten es so gefügt, daß die Delegierten des revolutionärsten Regimes, das die Menschheit je gekannt hat, an einem Tisch sitzen mußten mit den diplomatischen Vertretern der allerreaktionärsten Kaste unter allen regierenden Klassen.«¹⁴

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk umfaßten drei Hauptphasen. In der ersten (vom 22. bis 28. Dezember) gaben die beiderseitigen Delegationen durch allgemeine Erklärungen und Gegenerklärungen ihre grundsätzlichen Absichten in mehr oder minder verschleierter Form bekannt. Es schien, als ob beide Partner in absehbarer Zeit zu einer Verständigung gelangen würden. In die zweite Phase (vom 8. Januar bis zum 10. Februar 1918) fällt der Hauptanteil der insgesamt etwa 70 Sitzungen zählenden Verhandlungen. In ihr trafen die nun deutlicher zum Ausdruck kommenden Zielsetzungen der zwei Seiten hart aufeinander. Sie enthüllte zugleich den tiefgreifenden, praktisch unüberbrückbaren »weltanschaulichen« Gegensatz zwischen den beiden Parteien. Die dritte Phase (vom 1. bis 3. März 1918), in der nicht eigentlich mehr »verhandelt« wurde, endete mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die Zeit zwischen diesen drei Phasen wie auch ein Teil der zweiten Phase war ausgefüllt mit schwersten Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der deutschen Reichsführung wie auch innerhalb der bolschewistischen Regierung über die in Brest-Litowsk zu befolgende Taktik – Auseinandersetzungen, die der Verhand-

¹³ Hoffmann II 197.

¹⁴ Trockij, Mein Leben 338.

lungsführung in Brest-Litowsk recht eigentlich das Gepräge gaben und ihren Ausgang bestimmten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheinen die Brester Verhandlungen als ein zwischen Ludendorff und Lenin geführtes Duell¹⁵. Rücktrittsdrohungen und -absichten Lenins und Trockijs auf der einen, Kaiser Wilhelms, Ludendorffs, Hindenburgs, Hertlings und Kühlmanns auf der anderen Seite deuten die Schärfe dieser Auseinandersetzungen und die Wichtigkeit, die den auf dem Spiele stehenden Fragen beigemessen wurde, an.

Das am 22. Dezember von Joffe vorgetragene Sechs-Punkte-Programm¹⁶, das sich inhaltlich eng an das Friedensdekret vom 8. November und an ein von Lenin und Stalin entworfenes Verhandlungs-»Konzept« vom 10. Dezember¹⁷ anschloß, war noch ganz auf die Erreichung eines *allgemeinen* Friedens zugeschnitten. Das Programm forderte u. a. Verzicht auf gewaltsame Annexionen, alsbaldige Räumung der besetzten Gebiete und Selbstbestimmungsrecht für nationale Gruppen innerhalb bestehender Staaten. Die von Czernin im Namen der Vierbundmächte am 25. Dezember gegebene Antwort¹⁸ ging zwar auf den Stil der russischen Erklärung ein und schien ihr im Prinzip zuzustimmen, war aber von Kühlmann so verstanden worden, daß damit auch die Abtrennung Kurlands und Litauens von Rußland zu rechtfertigen sei. Die Russen waren sich darüber zunächst nicht im klaren. Hoffmann, der die Antwort innerlich als »Lüge« auffaßte¹⁹, gab ihnen im Einvernehmen mit Kühlmann in inoffizieller Form zu verstehen, daß der ausgesprochene Verzicht auf *gewaltsame* Annexionen der *freiwilligen* Loslösung bestimmter Gebiete von Rußland, d. h. Polens, Litauens und Kurlands, nicht entgegenstehe. Joffe war über diese Eröffnung wie vor den Kopf geschlagen;

¹⁵ Die neueste aktenmäßige – allerdings in einen weiteren Rahmen eingelassene – Darstellung der Brest-Litowsker Verhandlungen von deutscher Seite (Steglich 232–406) berücksichtigt diese Tatsachen nur am Rande. Die 1963 in vierter Auflage erschienene Monographie Wheeler-Bennetts über Brest-Litowsk ist seit 1938 unverändert geblieben. Die Erschließung der deutschen Akten über Brest-Litowsk – die im späteren Untersuchungsausschuß des Reichstags herangezogenen deutschen Akten werden zur Zeit von W. Hahlweg (Münster) für die »Kommission für die Erforschung der Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« ediert – läßt eine umfassende Darstellung von deutscher Seite als dringend erwünscht erscheinen. – Es ist Steglichs Verdienst, die Verhandlungen von Brest-Litowsk in den größeren Zusammenhang der Friedensbemühungen Deutschlands und Österreichs gestellt zu haben. Diese Betrachtungsweise verleitet Steglich jedoch dazu, Kühlmann als Zentralfigur der Verhandlungen von Brest-Litowsk hinzustellen. Dadurch erscheint Ludendorff, der auf deutscher Seite im Hintergrund der treibende Faktor ist, nur noch als Randfigur, was nicht überzeugt. Auch wird die bolschewistische Verhandlungstaktik bei Steglich nur ungenügend behandelt, zum Teil verkannt. An Quellen zieht Steglich (wie übrigens auch Fischer 627–674) fast nur nicht-russische Akten heran. Eine möglichst erschöpfende Darstellung aber muß sich auch Zugang zu den russischen Aktenveröffentlichungen wie auch zu der besonders in jüngster Zeit recht fruchtbaren sowjetrussischen Literatur über Brest-Litowsk (Čubar'jan, Achtamzjan, Kremer) verschaffen.

¹⁶ S. Schultheß 1917 II 960/1; russischer Text in Dokumenty I 59 ff.

¹⁷ Dokumenty I 44/5.

¹⁸ Schultheß 1917 II 961/2.

¹⁹ Hoffmann II 199.

Pokrovskij, Mitglied der russischen Delegation, seines Amtes Professor für Geschichte an der Universität Moskau, erklärte unter Tränen der Wut, man könne doch nicht von einem Frieden ohne Annexionen sprechen, wenn dem russischen Reich etwa 18 Gouvernements abgenommen werden sollten²⁰. Kühlmann forderte am 27. Dezember die Russen auf, die vorliegenden Loslösungserklärungen Polens, Litauens, Kurlands und von Teilen Livlands und Estlands als Ausdruck des Volkswillens anzuerkennen. Man einigte sich auf die Bildung einer Sonderkommission, die sich mit den Fragen der Räumung und Abstimmung in den Randstaaten im Detail befassen sollte. Am 28. Dezember wurden die Verhandlungen vertagt, um die Reaktion der Ententemächte abzuwarten, an die das Sechspunkte-Programm ebenso wie an die Mittelmächte gerichtet war.

Kühlmann rechtfertigte nach seiner Rückkehr sein Vorgehen in Brest-Litowsk vor den Vertretern der Parteien²¹, vor dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten²² und bei einem Kronrat im Schloß Bellevue²³. Er verteidigte insbesondere, daß er auf den russischen Appell zu einem allgemeinen Frieden eingegangen war. »Diese Operation« sei die unerläßliche Vorbedingung dafür gewesen, daß man überhaupt in eine Diskussion des Sonderfriedensgedankens habe eintreten können. Er wies auf seine am 25. Dezember gemachte einschränkende Bemerkung hin, daß die Annahme der russischen Friedensgrundlage (ohne Annexionen und Kontributionen) nur dann gültig bleibe, wenn ihr alle am Krieg beteiligten Mächte »ausnahmslos und ohne jeden Vorbehalt« zustimmten. Seine Taktik hielt er »im Hinblick auf die innere Situation in Deutschland, im Hinblick auf den Zustand der Koalition«, der Deutschland angehöre, »und im Hinblick auf die ganz besondere Mentalität des Gegners« als die einzig mögliche.

Ludendorff, der die komplizierten Verhandlungspraktiken Kühlmanns nicht durchschaut und Ende Dezember im Verein mit Hindenburg gegen dessen Verhandlungsführung beim Reichskanzler protestiert hatte²⁴, hielt die militärische Lage Deutschlands für so günstig, daß er sie nicht durch langwierige Friedensverhandlungen gefährdet sehen wollte. Die baltischen Provinzen betrachtete er im übrigen als militärisches Glacis in einem zukünftigen Krieg gegen Rußland. Der Reichskanzler billigte jedoch das Verhandlungskonzept Kühlmanns, und der Kaiser ermächtigte den Staatssekretär, »auf dem betretenen Wege weiterzuarbeiten«. Die Behandlung des sog. polnischen Grenzstreifens auf dem Kronrat²⁵ führte zu einer äußerst peinlichen Szene zwischen Ludendorff und dem Kaiser.

²⁰ Ebenda 200/1.

²¹ IFA II 3 ff.

²² Ludendorffs Ausführungen im Bundesratsausschuß in WUA IV 8 S. 271 ff. Dazu Janßen 181 ff.

²³ Kühlmann 525 ff.; Hoffmann II 205; Ludendorff, Kriegerinnerungen 438.

²⁴ S. Steglich 317/8. – Ein Telegramm Hindenburgs vom 31. Dezember 1917 gipfelte in der Feststellung: »Ich werde niemals meinem Vertreter die Genehmigung zur Unterzeichnung eines schmachlichen Friedens erteilen, der nicht der Würde von Thron und Vaterland entspricht«. (Zitiert ebenda 318.)

²⁵ S. Geiss 131/2.

Wilhelm II. hatte zwischen einer weitgehenden Linie der OHL und einer von Hoffmann vorgeschlagenen Grenzführung, die auf das strategisch unbedingt notwendige Maß reduziert war, eine mittlere Linie gewählt. Ludendorff sah dadurch nicht nur das Sicherheitsbedürfnis des Deutschen Reiches geschmälert, sondern fühlte sich durch eine solche selbständige Meinungsäußerung des Monarchen übergangen. Seine Entrüstung darüber verleitete ihn zu Entgleisungen gegenüber dem Kaiser²⁶. Zusammen mit Hindenburg nahm er den Vorgang zum Anlaß einer Rücktrittsdrohung.

In dem anschließenden Briefwechsel zwischen OHL, Kaiser und Reichskanzler²⁷ entspann sich eine ausführliche Auseinandersetzung darüber, wie die Verantwortung für Kriegführung und Politik formell abzugrenzen sei. Auf dem Papier wurde sie zwar zugunsten der Reichsleitung entschieden, in praxi aber brachte sie keine Änderung, so daß faktisch das Übergewicht der OHL über die Reichsleitung fortbestand. Der Konflikt wurde in recht ungewöhnlichen Formen ausgetragen. Am 12. Januar hatte Ludendorff eine Aussprache mit Hertling, bei der er, wie sich der Sohn Hertlings notierte²⁸, »sehr ungezogen« war und »lebhaft tobte«. Er drohte zuerst zurückzutreten, wenn Kühlmann bleibe, erklärte dann, als Hertling sich schützend vor seinen Staatssekretär stellte, der Kabinettschef des Kaisers, Valentini, müsse gehen. Hertling brach die »Aussprache« ab, um dem Auftritt ein Ende zu machen. Sein Sohn fürchtete, der Konflikt würde von Ludendorff so weit getrieben werden, daß schließlich sein Vater zurücktreten und die Militärdiktatur siegen würde²⁹. Als Ludendorff zwei Tage später von einem seiner engsten Vertrauten, Oberst Haeften, das Recht bestritten wurde, bei politischen Meinungsverschiedenheiten seinen Abschied zu fordern, wenn der Kaiser gegen ihn entschieden habe, brauste der General auf: »Das deutsche Volk steht mir höher als die Person des Kaisers.«³⁰ Am 16. Januar gelang es Hindenburg in einer Aussprache mit dem Kaiser – die so erregt war, daß Hindenburg einen Weinkrampf bekam³¹ und S. M. dem Feldmarschall mit den Worten: »Ich brauche Ihren väterlichen Rat nicht!« die Tür wies³² –, den Monarchen zu erpressen und den Abgang Valentinis, einer der letzten »Stützen des Systems Bethmann in der Umgebung des Kaisers«³³, zu erwirken. Der neu ernannte Kabinettschef von Berg, ein politischer Gegner Valentinis, gewann bei seiner ersten Unterredung mit dem Kaiser den Eindruck, daß dieser mit dem Gedanken spiele, abzudanken³⁴.

²⁶ Kühlmann 528/9.

²⁷ Ursachen und Folgen II 131 ff. Dazu die abgewogene Darstellung Schwertfegers in WUA IV 2 S. 46 ff.

²⁸ BA, Nachlaß Hertling, Nr. 40: Tagebuch Hertling/Sohn (Eintrag 1918 I 12).

²⁹ Ebenda, Eintrag 1918 I 16. Vgl. Hertling 59/60.

³⁰ BA/MA, Nachlaß Haeften, H 08-35/4 Bd. 1 Bl. 4.

³¹ Haußmann 206.

³² Müller 344 (1918 I 16).

³³ Ebenda 348 (1918 I 22).

³⁴ BA, Nachlaß Berg, Aufzeichnungen Bl. 3. Vgl. dazu auch IFA II 103 Anm. 26.

Kühlmann, der Anfang Januar wieder nach Brest-Litowsk zurückgekehrt war und wohl als einziger in dem Konflikt »kühl« blieb, war seinerseits nicht untätig. Er entwarf dem Reichskanzler die Antwortschreiben an den Kaiser und die OHL, die Hertling jedesmal mit nur unwesentlichen Änderungen weiterleitete. Nach einer sonst nicht nachprüfaren Quelle hat er während der Krise mit Billigung des Militärkabinetts Generalfeldmarschall von Eichhorn, der an der Ostfront die 10. Armee befehligte, die Nachfolgerschaft für Hindenburg angeboten, von dem Heerführer aber »eine blutige Abfuhr« bezogen³⁵. Der ganze Konflikt fand am 24. Januar formell seinen Abschluß, als der Kaiser ein Handschreiben an Hindenburg richtete, in dem er den Ausführungen des Reichskanzlers über die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zustimmte und den Feldmarschall und Ludendorff bat, weitere Bedenken gegen die Verhandlungsführung in Brest-Litowsk fallenzulassen, »um sich unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegsführung widmen zu können«³⁶. – Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten aber blieben bestehen. Die Stellung der OHL war stärker denn je. Die Uneinheitlichkeit und Halbheit in der deutschen Ostpolitik des Jahres 1918 hat in der Führungskrise des Januar ihren Ursprung.

Inzwischen waren am 8. Januar die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen worden. Der Kernpunkt der sich wochenlang hinziehenden Diskussionen war die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die zwischen Kühlmann und Trotzki darüber ad nauseam geführten Auseinandersetzungen waren im Grunde genommen eine einzige Farce. In ihren Debatten wanderten die beiden Duellanten von Dan nach Beer-Scheba, von China nach Peru und lieferten sich Wortgefechte über den Grad der Abhängigkeit des Nisams von Haidarabad von der britischen Krone und über Ausmaß und Machtbefugnis des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten. Kühlmann ließ sich von dem Gesichtspunkt leiten, dem Bolschewismus durch dieses öffentliche Gespräch – die Verhandlungen wurden mitstenographiert und in der Tagespresse veröffentlicht! – Abbruch zu tun. Er wollte vor der Welt demonstrieren, daß sich hinter dem mit wohlklingenden Phrasen drapierten neuen System in Rußland eine grauenvolle Wirklichkeit verberge. Im Grunde ging es ihm aber darum – wie er selbst in seinen Erinnerungen schreibt –, »auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fußend, den Punkt des annexionslosen Friedens zu unterhöhlen... Mein Plan war, Trotzki in eine rein akademische Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und seine mögliche praktische Anwendung zu verstricken, und was wir an territorialen Zugeständnissen durchaus brauchten, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen.«³⁷

³⁵ PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 181 H 133 754/5, Brief Buhl an Stresemann, Deidesheim 1918 IV 27.

³⁶ WUA IV 2 S. 70.

³⁷ Kühlmann 523/4. S. auch Kessler 582 (Eintrag 1929 I 4): »Kühlmann erzählte von Brest-Litowsk mit betontem Stolz, er habe mit Trotzki absichtlich nur dialektisch gerungen; er habe Wert darauf gelegt, ihn dialektisch zu überwinden.«

In dem mephistophelischen Trockij fand Kühlmann aber einen durchaus ebenbürtigen Gegner. Dieser war von Lenin nach Brest-Litowsk geschickt worden, um die Verhandlungen zu verschleppen³⁸. Er sollte Brest-Litowsk als Agitationsbühne benutzen und aus dem Fenster hinaus Reden an die Welt halten, um das westeuropäische Proletariat zur Revolution aufzustacheln. Auch für ihn war das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur ein Mittel, um andere Ziele zu erreichen. So verlangte er, daß vor einem Referendum in den besetzten Gebieten den über 100 000 Flüchtlingen und Evakuierten die Rückkehr in diese dünnbesiedelten Länder ermöglicht würde. Diese zweifelhaften Elemente – nach einem Wort Kühlmanns »die Hefe von Rußland« – sollten auf die Abstimmung einwirken und eine bolschewistische Agitation großen Stils entfalten³⁹.

Als am 18. Januar General Hoffmann auf dem Verhandlungstisch eine Karte ausbreitete, auf der durch eine blaue Linie die zukünftige Grenze zwischen Deutschland und Rußland eingezeichnet war – sie trennte von Rußland Polen, Litauen, Kurland und Teile von Livland und Estland ab –, bat Trockij um eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen, um sich von Petersburg neue Instruktionen zu holen.

Trockijs Berichterstattung in Petersburg über die Brest-Litowsker Verhandlungen war der Ausgangspunkt folgenschwerer Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der bolschewistischen Partei über die weitere Verhandlungstaktik und, damit zusammenhängend, über die Förderung der proletarischen Weltrevolution – Auseinandersetzungen, die bestimmend für die Deutschlandpolitik der bolschewistischen Regierung im Jahre 1918 waren. Bisher hatte unter den Bolschewisten Einmütigkeit darüber geherrscht, daß im Falle unannehmbarer deutscher Friedensbedingungen ein »revolutionärer Krieg« gegen Deutschland begonnen werden müsse, in dessen Verlauf die deutschen Truppen sich mit den revolutionären russischen Soldaten verbrüdernden würden. Lenin war aber inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß ohne eine intakte russische Armee ein Krieg gegen Deutschland undenkbar sei. Andere Bolschewisten, darunter besonders Bucharin, hielten an der ursprünglichen These fest. Trockij verfolgte jetzt eine mittlere Linie. Am 21. Januar erklärte er der Partei: »Wenn wir einen revolutionären Krieg führen, werden wir gestürzt. Das ist sonnenklar.«⁴⁰ Er bezweifelte, daß Deutschland seinerseits die Feindseligkeiten mit Rußland wiederaufnehmen würde⁴¹. Seinen Plan faßte er in die Formel zusammen: »Wir erklären den Krieg für beendet, aber wir weigern uns, einen uns von Deutschland aufgezwungenen annexionistischen Frieden zu unterschreiben.« Er sah die Verkündung dieser Formel als »päd-

³⁸ Trockij, Lenin 77. S. auch Trockij, Mein Leben 350.

³⁹ Zitiert bei Steglich 329 Anm. 85.

⁴⁰ Leninskij Sbornik XI 42. – Von dieser Sitzung gibt es kein Protokoll, lediglich ein paar Notizen Lenins.

⁴¹ Nach den Notizen Lenins (s. Anm. 40) hielt er die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland nur für zu 25% wahrscheinlich.

agogische Demonstration«⁴² an: Der damals herrschenden »Legende von [der] geheimen Verbindung« der Bolschewisten mit den Hohenzollern sollte damit ein entscheidender Stoß versetzt werden. Falls Deutschland wider Erwarten den Krieg doch wiederaufnehmen würde, müßte der Frieden unter dem Druck der deutschen Bajonette unterschrieben werden. »In moralischer Hinsicht« würde dann Rußland »rein vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt« dastehen⁴³.

Lenin hatte für die Parteisitzung 21 »Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens«⁴⁴ ausgearbeitet. Der bisherige Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hatte ihm gezeigt, »daß in der deutschen Regierung (die die übrigen Regierungen des Vierbundes fest am Gängelband hat) die Kriegspartei . . . die Oberhand gewonnen hat« und die Unterzeichnung »eines annexionistischen Friedens, d. h. eines Friedens unter der Bedingung, daß . . . die Deutschen das *ganze* von ihnen besetzte Territorium behalten«, unvermeidlich sei. Ein revolutionärer Krieg sei demgegenüber »Abenteurerpolitik«, die »das objektive Verhältnis der Klassenkräfte« – gemeint war die Revolutionsreife des internationalen Proletariats – und »die materiellen Faktoren« unberücksichtigt lasse. Den Vorteil seiner Taktik sah Lenin darin: »Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns im höchsten *für den gegenwärtigen Augenblick möglichen* Grade von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg – der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen –, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.« Seiner Einschätzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dem Hauptstreitpunkt der Brester Verhandlungen, gab er dementsprechend folgenden Ausdruck: »Wenn die Dinge sich konkret so gestaltet haben, daß die Existenz der sozialistischen Republik im gegenwärtigen Augenblick gefährdet wird um der Frage der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts einiger Nationen willen (Polens, Litauens, Kurlands u. a.), so versteht es sich von selbst, daß die Interessen der Erhaltung der sozialistischen Republik höher stehen.«

Lenin setzte sich mit seiner realistischen Lagebeurteilung nicht durch. Bei der Abstimmung wurden 15 Stimmen für den sofortigen Abschluß eines Friedens, 32 für die Erklärung eines revolutionären Krieges und 16 für Trockij's Formel »weder Krieg noch Frieden« abgegeben⁴⁵. In einem engeren Kreis des Zentralkomitees am folgenden Tag wurde Trockij's Antrag mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Lenin war bereit, Trockij noch einmal den Versuch unternehmen zu lassen, die Unterzeichnung des Friedens mit allen verfügbaren Mitteln zu verzögern.

Als am 29. Januar die Diskussionen in Brest-Litowsk wiederaufgenommen wurden, mußte Trockij feststellen, daß die Deutschen und Österreicher inzwischen

⁴² Trockij, Lenin 79.

⁴³ Leninskij Sbornik XI 42.

⁴⁴ Lenin, Werke XXVI 442 ff.

⁴⁵ Leninskij Sbornik XI 41.

mit der seit Anfang Januar in Brest-Litowsk anwesenden ukrainischen Delegation nahezu handelseinig geworden waren. Am 9. Februar sah er sich dem *Fait accompli* eines Sonderfriedens zwischen der sozialistischen Kiever Rada auf der einen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf der anderen Seite gegenüber⁴⁶. Am nächsten Tag machte er den Verhandlungen überraschend ein Ende mit den bekannten Worten: »Wir können nicht die Gewalt sanktionieren. Wir gehen aus dem Krieg heraus, sehen uns aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu verzichten.«⁴⁷

Deutscherseits war man nun vor die Entscheidung Krieg oder Frieden gestellt. Sie sollte auf einem für den 13. Februar einberufenen Kronrat in Bad Homburg getroffen werden. Kühlmann versuchte noch am 10. Februar von Brest-Litowsk aus, seine Stellungnahme zu der neuen Situation dem Reichskanzler in einem ausführlichen Telegramm⁴⁸ klarzulegen. Darin kommt die grundsätzliche Haltung des Staatssekretärs zur deutschen Ostpolitik zum Ausdruck, wie sie für ihn bis zu seiner Entlassung am 8. Juli 1918 maßgebend war. Kühlmann hielt dafür, in der neu geschaffenen Lage den Kriegszustand bestehen zu lassen, den Waffenstillstand aber nicht zu kündigen. Mit der Fortsetzung des Krieges oder, wie er es ausdrückte, »mit der Feder . . . in der Linken und dem Schwert in der Rechten« könne man nicht das erstrebenswerte Ziel, nämlich die Unterzeichnung des Friedens, erreichen. Er wies auf die innerpolitisch ungünstigen Rückwirkungen hin, die bei einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Osten entstehen würden. Dem Volk könnte nur schwer klargemacht werden, daß wegen »Nichtvollziehung einer Formalität« ein kostspieliger Feldzug geführt werden müsse. Er erinnerte an die Gesamtlage Deutschlands: Man habe sich entschlossen, die Hauptstoßkraft nach dem Westen zu verlegen. Die Demobilisierung der russischen Armee ermögliche den Abzug deutscher Truppen aus dem Osten; dort bleibe nur ein Grenzschutz notwendig.

Kühlmann versuchte noch durch einen anderen Gedankengang zu erweisen, daß ein formeller Friedenszustand nur »eine labile Garantie« bieten würde. Bei den chaotischen Verhältnissen in Rußland könne die bolschewistische Regierung leicht gestürzt und durch eine reaktionäre ersetzt werden, die dann im Bunde mit der Entente den Krieg fortsetzen würde. Ein deutsches Eingreifen würde den reaktionären Tendenzen in Rußland nur Vorschub leisten. Es gäbe jedenfalls keine absolute Garantie, daß Deutschland wirklich mit friedlichen Zuständen im Osten rechnen könne, solange der Weltkrieg andauere. Diese Überlegung ist der Schlüssel zum Verständnis der ostpolitischen Vorstellungen Kühlmanns. Sie führte ihn konsequenterweise zu der Folgerung, daß »ein Hinnehmen des de-facto-Zustandes« ohne jede amtliche Erklärung deutscherseits an die Bolschewiki für Deutsch-

⁴⁶ Text des Ukraine-Friedens bei Martens 3. Serie X 752 ff.

⁴⁷ Kühlmann an AA für Rk, Brest-Litowsk 1918 II 10 (zitiert bei Hahlweg 42/3).

⁴⁸ Abdruck bei Hahlweg 65 ff.

land am vorteilhaftesten wäre. In den besetzten Gebieten habe es vollkommen freie Hand: »Wer soll uns in Osteuropa mit Gewalt aus den einmal eingenommenen Stellungen herauswerfen? Die Russen werden es in absehbarer Zeit weder können noch wollen, und unsere westlichen Gegner haben keinerlei Möglichkeit hier herüberzukommen.«

Auch die Beziehungen zu Finnland und zur Ukraine könne Deutschland frei gestalten. Kühlmann warnte, der Ukraine bewaffneten Beistand zu leisten. Bei dem durch den Krieg tief eingewurzelten Haß gegen die Deutschen sei er für die Ukraine ein Danaergeschenk. Kühlmann riet, vorläufig »durch liberale Behandlung der Kriegsgefangenenfrage und dergleichen eine ganz allmähliche Infiltration nichteinheimischer Elemente und Einflüsse in das Land« vorzubereiten. Schließlich wies Kühlmann den Standpunkt, wie ihn General Hoffmann vertrat, zurück, daß durch einen Feldzug in Nordrußland die bolschewistische Gefahr beseitigt werden könne. Auch wenn der »Bolschewikipestherd mit einer gläsernen, undurchdringlichen Mauer« umgeben würde, wäre Deutschland nicht vor der bolschewistischen »Verseuchung« geschützt aus dem einfachen Grunde, weil die Bolschewisten Gesinnungsgenossen in Deutschland selbst hätten, die staatsfeindliche Agitation betrieben. Auch in dieser Hinsicht sah er den derzeitigen »Schwebestand« als den günstigsten an.

Ganz anders Ludendorff. Für ihn war der unfertige Zustand im Osten unerträglich. Er forderte »klare Verhältnisse ... und schnelles Handeln«⁴⁹. Am knappsten und eindringlichsten kommen seine Anschauungen und Absichten in einer dem Kaiser zgedachten Aufzeichnung für die Besprechung in Homburg zum Ausdruck: »Handeln wir, so stärken wir unsere Machtstellung der Entente gegenüber, festigen den Frieden mit der Ukraine, erreichen den Frieden mit Rumänien, festigen unsere Stellung in Litauen und Kurland, verbessern unsere militärische Lage durch Inbesitznahme von Dünaburg und von Teilen des Baltikums, vielleicht versetzen wir den Bolschewiki den Todesstoß, bessern damit unsere Verhältnisse im Innern und zu den besseren Schichten Rußlands und können starke Kräfte im Osten freimachen, unsere ganze militärische und sittliche Kraft zu dem großen Schlage einsetzen, den Seine Majestät jetzt im Westen befohlen hat.«⁵⁰

Mit derart gegensätzlichen Vorstellungen über die Lage im Osten trat man am 13. Februar in Homburg zum Kronrat zusammen⁵¹. Unter dem Vorsitz des Kaisers hatten sich Hertling, Vizekanzler Payer, Kühlmann, Ludendorff, Hindenburg und der Chef des Admiralstabs, Holtzendorff, versammelt. Kühlmann, der mit einem Bericht über den Ukraine-Frieden begann, hielt es für unzweckmäßig, durch bewaffnetes Vorgehen die Unterzeichnung eines regulären Friedens mit Rußland zu erzwingen, den »revolutionären Seuchenherd« auszutreten und den Ukrainern Hilfe zu leisten. In einem Vorrücken bis Livland und Estland sah er

⁴⁹ Ludendorff, Kriegserinnerungen 448.

⁵⁰ Ludendorff, Urkunden 472.

⁵¹ Protokoll der Besprechung (Abschrift) in BA, Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119 H. 2 Bl. 73 ff.

eine »schwere Gefährdung« des zukünftigen Verhältnisses zu Rußland, das den »deutschen Riegel« vor der Ostsee nie ertragen würde. Die Russen müßten sich in ihrem Lande gegenüber den Bolschewiki selbst helfen, in ihrem »eigenen Fett weiterschmoren«, wie er in plastischer Weise sich am Vortage in einer Unterredung mit Hertling ausgedrückt hatte⁵². Sein Votum war, vorläufig nichts zu tun und abzuwarten, bis die Zwangslage eintrete, die Deutschland zum Eingreifen zwingen würde. Am Schluß hob er noch hervor, daß auch die Bundesgenossen zu einem neuen Ostfeldzug nicht zu haben seien.

Hindenburg wies demgegenüber besonders auf die Gefahr hin, daß die Bolschewisten die Ukrainer niederkämpfen würden. Deutschland bekäme dann nicht das erhoffte Getreide. Da der Kampf im Westen lange dauern würde, müsse rasch und sofort gehandelt werden. »Wir müssen daher Russen schlagen. Müssen Regierung umwerfen.«

Vizekanzler Payer meinte dazu, daß eine Erneuerung des Krieges im Osten in der deutschen Bevölkerung »starres Entsetzen« zur Folge haben werde. Sie würde zu erneuter Streikgefahr und zu Interpellationen im Reichstag führen. Das Wort »Reichstag« löste beim Kaiser scharfe Reaktionen aus. In Deutschland herrschten keine »republikanischen Zustände«, belehrte er den Parlamentarier Payer. Wenn sich der Reichstag in die Kriegführung einmische, so würde ihm das »schlecht bekommen«⁵³. Der Kaiser erging sich sodann in erregten Worten über die aus dem Osten drohende bolschewistische Gefahr, die gebannt werden müsse: »Bolschewiki wollen Revolution, wollen großen Arbeiterbrei machen.« Sie müßten deshalb so schnell wie möglich »totgeschlagen« werden. Er erwähnte dabei einen Vorschlag des englischen Botschafters in Rußland, Buchanan, daß England gemeinsam mit Deutschland gegen die Bolschewiki kämpfen, sie wie Tiger in einem Kesseltreiben abschießen müsse! Damit wies er Kühlmanns Argument, die Russen sollten sich selbst helfen, zurück. Ein Vorgehen im Osten wollte er nicht als Krieg bezeichnet wissen, sondern als »Polizeimaßnahme« für das hilfeschuchende Estland, so daß »den Petersburgern« ein Anstoß zum Sturz der Bolschewiki gegeben würde.

Ludendorff ging jetzt über diesen Vorschlag hinaus und forderte einen Vormarsch bis Petersburg. Obwohl der Reichskanzler geneigt schien, sich auf den Kunstgriff eines Hilferufs aus Liv- und Estland, auch wenn dieser »frisiert« wäre, einzulassen, stellte er gegenüber diesen weitgehenden Absichten des Generals die Kabinettsfrage⁵⁴. Ludendorff, der nun merkte, über das Ziel hinausgeschossen zu sein, verstand es im Laufe einer zweiten Sitzung am Nachmittage, dem Reichskanzler

⁵² Hertling 73.

⁵³ Nach Payer, *Mein Lebenslauf* 55 (BA, Nachlaß Payer, Nr. 1 a) gipfelte die kaiserliche Belehrung in den Worten: »Was wollen Sie, Exzellenz, ich bin Dynast!«

⁵⁴ Von einer Rücktrittsdrohung steht zwar nichts im Protokoll der Besprechung, sie ist aber in anderen Quellen bezeugt: Brief Lerchenfeld an Dandl (über Unterredung mit Rk), Berlin 1918 II 16 (BGStA, *Gesandtschaft Berlin*, Abgabe 1935 Bd. 87); Hertling 74; Müller 355 (Eintrag 1918 II 13).

mit »viel Redekunst«⁵⁵ glaubhaft zu machen, daß er gar nicht die Besetzung von Estland wolle, sondern »eine Verschiebung der Front vor Dünaburg um 5 km und Besetzung dieser Stadt«⁵⁶. Durch eine derartige Abkürzung der Frontlinie würde eine Division für den Westen frei werden. Ein deutsches Vorgehen würde ferner die Ukrainer entlasten, indem es die Bolschewisten von Süden abziehe. Hertling und Payer willigten in diesen Kompromiß ein. Kühlmann blieb bei seiner Auffassung. Daß er aus der getroffenen Entscheidung nicht die Konsequenzen zog und aus dem Amt schied, wie es ihm besonders Ludendorff in seinen Erinnerungen vorwirft⁵⁷, liegt daran, daß er in Opposition⁵⁸ bleiben und eine Militärdiktatur, die nach den Worten des Marinekabinettschefs »sonst wohl gekommen wäre«⁵⁹, verhüten wollte.

Die Entscheidung war grundsätzlich für ein militärisches Vorgehen in Rußland gefallen. Aus ihr folgten nicht nur die von der OHL erstrebte Unterzeichnung des Brest-Litowsker Friedensvertrages, sondern auch die danach noch ausgeführten militärischen Aktionen in dem riesigen russischen Raum, die für die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen nach Brest-Litowsk maßgebend waren und auch das Verhältnis Deutschlands zu Österreich und besonders das zur Türkei beeinflussten. Die in Homburg getroffene Entscheidung war dennoch in ihrem Wesen ein Kompromiß, auch wenn sich Ludendorff nicht streng daran gehalten hat. Der von Kaiser und OHL geforderte Vormarsch nach Petersburg und ihre Absicht, die Bolschewisten zu stürzen, war angesichts des Widerstands der Reichsleitung zunächst aufgegeben worden. Daß diese Forderung im Verlauf des Jahres 1918 erneut gestellt, aber nicht durchgesetzt wurde, verleiht der deutschen Ostpolitik jene eigentümliche Ziellosigkeit und Inkonsequenz, die schon von den Zeitgenossen beobachtet wurde. Die einzelnen Stadien sowie die Schärfe des um die deutsche Ostpolitik zwischen OHL und Auswärtigem Amt entbrannten Konflikts sind von der Forschung bisher kaum erkannt worden.

Am 18. Februar wurden an der Ostfront die Feindseligkeiten wiederaufgenommen. Ludendorff setzte sich ohne weiteres mit der nord- und nordostwärts gerichteten, seit Wochen vorbereiteten »Operation Faustschlag«⁶⁰ über die in Homburg vereinbarten Abmachungen hinweg⁶¹. Er ließ aber doch nach Erreichen der Linie Pleskau-Narva haltmachen.

Der deutsche Vormarsch rief im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei und im Zentralexekutivkomitee leidenschaftliche Auseinandersetzungen um die Frage

⁵⁵ Ludendorff, Kriegführung und Politik 290.

⁵⁶ S. den Brief Lerchenfelds in Anm. 54.

⁵⁷ Kriegserinnerungen 449.

⁵⁸ So auch Wheeler-Bennett (230 ff.), der vor Abfassung seines Buches persönliche Unterredungen mit Kühlmann geführt hat.

⁵⁹ Müller 355.

⁶⁰ Der Weltkrieg XIII 363 ff.

⁶¹ S. Walz 32 ff.

über Krieg und Frieden und um die Annahme der am 22. Februar ultimativ gestellten deutschen Friedensbedingungen⁶² hervor⁶³. Bucharin trat aus dem Zentralkomitee aus, Trockij gab seinen Posten als Außenkommissar auf, Lenin drohte mit seinem Rücktritt⁶⁴. In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurden die deutschen Bedingungen im Zentralexekutivkomitee mit 116 gegen 84 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Am 1. März saßen die Delegationen der Mittelmächte und der Bolschewisten erneut in Brest-Litowsk am Verhandlungstisch. Es wurde jedoch nicht mehr verhandelt. Laut deutschem Ultimatum mußte der Vertrag innerhalb 72 Stunden unterschrieben werden. Am 3. März unterzeichnete der russische Delegationsführer Sokol'nikov den Vertrag⁶⁵ mit der Erklärung: »Der Frieden, der jetzt in Brest-Litowsk geschlossen wird, ist . . . ein Frieden, der mit der Waffe in der Hand diktiert wurde. Es ist ein Frieden, den das revolutionäre Rußland zähneknirschend anzunehmen gezwungen ist. . . Wir zweifeln nicht eine Minute daran, daß dieser Triumph des Imperialismus und Militarismus über die internationale proletarische Revolution nur zeitweise und vorübergehend ist.«⁶⁶ Kühlmann, der in seinen Erinnerungen schreibt, er habe wenig Lust verspürt, den durch neue deutsche und türkische Forderungen verschärften Vertrag persönlich zu unterschreiben⁶⁷, setzte seine Unterschrift in Bukarest, wo er inzwischen über den Frieden mit Rumänien verhandelte, unter das Vertragsinstrument.

Der Kernpunkt des Vertragsinhalts war die Abtretung von Polen, Litauen und Kurland. Livland und Estland blieben noch formal im russischen Staatsverband, sollten aber von einer »deutschen Polizeimacht« besetzt werden, »bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt« sei. Diese Bestimmungen stellten nur eine halbe Lösung dar und waren damit ein beispielhafter Ausdruck der gegensätzlichen Forderungen von OHL und AA. Am schwersten mußte für Rußland die Abtrennung der Ukraine wiegen, da es dadurch die reichsten Korngebiete, Kohlen- und Eisenlager verlor. Rußland war durch den Brester Vertrag auf das vorpetrinische Kerngebiet um Moskau zurückgeworfen. Mit Recht versuchte die deutsche zeitgenössische Publizistik für dieses Restrußland die Bezeichnung »Moskowien« einzuführen.

Als Karachan, ein Mitglied der russischen Delegation, Lenin den Vertrag vorlegte, antwortete dieser: »Ich werde ihn weder lesen noch seine Klauseln erfüllen.«⁶⁸

⁶² Text bei Schultheß 1918 I 99/100; Dokumenty I 112/3.

⁶³ Protokolle der Sitzungen des Zentralkomitees in Sed'moj ékstretnyj s-ezd RKP (b) 256/7, 258/9, 259 ff., 265 ff., 271 ff. Zu den Auseinandersetzungen s. Schapiro 103 ff.; Carr III 38 ff.; Achtamzjan 55 ff.; Čubar'jan 168 ff.

⁶⁴ Lenin, Werke XXXVI 469.

⁶⁵ Text bei Martens 3. Serie X 773 ff.; Dokumenty I 119 ff.

⁶⁶ Dokumenty I 117/8.

⁶⁷ Kühlmann 550.

⁶⁸ Zitiert aus den Erinnerungen der Krupskaja bei Shub 332. – Am 23. Februar hatte Lenin dem Zentralkomitee bereits gesagt: »Den Vertrag kann man auslegen, und wir werden ihn

Anfang März hatte Lenin eine Unterredung mit dem englischen Agenten Lockhart, der ihn auf die Gefahr hinwies, daß Deutschland nun mit Gewalt aus Rußland Getreide für seine hungernde Bevölkerung ausführen würde. Lenin lächelte: »Wie alle Ihre Landsleute denken Sie in konkreten militärischen Kategorien. Dieser Krieg wird im Hinterland entschieden und nicht in den Schützengräben. . . Als Folge dieses Raubfriedens wird es [Deutschland] mehr und nicht weniger Truppen im Osten halten müssen. Was die Möglichkeit betrifft, daß es Vorräte in großen Mengen aus Rußland bekommt, so mögen Sie beruhigt sein. Passiver Widerstand . . . ist eine wirkungsvollere Waffe als eine Armee, die nicht mehr kämpfen kann.«⁶⁹

Auch auf deutscher Seite wurde der Brester Vertrag nach eigenem Gutdünken ausgelegt und gehandhabt. Der Friedenszustand zwischen Deutschland und Rußland war eine Fiktion. Deutsche Truppen setzten im Osten ihren Vormarsch fort. – Die Ausführung des Brester Vertrages war ebenso bewegt, ja dramatisch wie sein Zustandekommen. Seine Folgen wirken bis heute nach.

auslegen.« (Lenin, Werke XXXVI 470.) Am 14. Mai 1918 nannte er den Brester Vertrag einen »Fetzen Papier«. (Ebenda XXVII 361.)

⁶⁹ Lockhart 240.

II.

DAS NEUE RUSSLAND UND DIE KRIEGFÜHRENDE MÄCHTE

1. Die sowjetrussische Außenpolitik zwischen dem 7. Parteitag der bolschewistischen Partei und dem 5. Sowjetkongreß (März bis Juli)

Einer der ersten Leiter der sowjetrussischen Außenpolitik, Čičerin, schrieb in einem 1924 veröffentlichten, Lenin gewidmeten Gedächtnisartikel, daß man in der bolschewistischen Partei vor der Novemberrevolution nie den Versuch gemacht habe, »ein Programm der Außenpolitik eines sozialistischen Staates inmitten kapitalistischer Staaten aufzustellen«¹. Auch später habe Lenin keinen systematisch ausgearbeiteten Plan zur Außenpolitik der Sowjetrepublik entwickelt, sondern seinen Standpunkt dazu immer nur in einzelnen konkreten Fällen dargelegt. Es bleibe der Geschichtsschreibung überlassen, an den zahlreichen einschlägigen Äußerungen Lenins ein System abzulesen.

Tatsächlich lassen sich nur einige allgemeine Prinzipien in der Außenpolitik des Sowjetstaates im ersten Jahr seines Bestehens entdecken. Der Grund, warum Lenin die Außenpolitik als solche nicht theoretisch behandelt hat, liegt darin, daß in kommunistischer Sicht der souveräne Staat sich als Aspekt der bürgerlichen und d. h. der sterbenden Ordnung darstellt. Das bolschewistische Regime setzte sich durch seinen ersten außenpolitischen Akt, das Friedensdekret vom 8. November 1917, außerhalb des traditionellen europäischen Mächtekonzerts, indem es durch den Appell an die Arbeiterklasse aller Länder zur Mitwirkung an den künftigen Friedensverhandlungen die internationalen Beziehungen zu revolutionieren versuchte. Der Aufruf zu revolutionärer Agitation, der im zwischenstaatlichen Verkehr die traditionelle Diplomatie ablösen sollte, führte eine neue Dimension, die Förderung der sozialen Weltrevolution, in die internationalen Beziehungen ein.

Klassischer Ausdruck für den Rückzug des bolschewistischen Rußland aus der vorgefundenen europäischen Staatengemeinschaft ist ein Satz, den Trockij, der erste Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, unmittelbar nach der Novemberrevolution prägte: »Ich werde einige revolutionäre Proklamationen an die Völker erlassen und dann die Bude [d. h. das Außenkommissariat] schlie-

¹ Čičerin, Stat'i 276.

Ben.«² Das war tatsächlich kein leerer Scherz. Als Hauptaufgabe in seinem neuen Betätigungsfeld sah Trockij die Veröffentlichung von Geheimdokumenten der zaristischen und der Provisorischen Regierung an. Er überließ diese Arbeit aber einem fast analphabetischen Matrosen namens Markin, der die Dokumente durch eine Gruppe sprachgewandter Studenten übersetzen ließ³. Trockij hatte bei der Übernahme seiner neuen Funktion den alten Beamtenapparat einfach zerschlagen. Die offizielle Geschichte des sowjetrussischen Außenkommissariats beschreibt, in welcher Form sich das vollzog⁴: Trockij ließ das gesamte Personal des alten Ministeriums des Äußeren vor sich versammeln und teilte ihm kurz und bündig mit: »Diejenigen, die für uns sind, gehen nach links, die gegen uns sind, nach rechts.« Die Činovniks traten ausnahmslos nach rechts ab; nur die Hilfskräfte schüttelten dem neuen Kommissar die Hand. Kurze Zeit danach wurden alle russischen Diplomaten im Ausland abberufen oder ihres Postens enthoben – eine der wenigen Amtshandlungen Trockij's in seiner Eigenschaft als Außenkommissar⁵. Aber innerhalb zweier Monate waren im Außenkommissariat schon wieder 200 Personen beschäftigt. Ein Mitglied der während der Brester Verhandlungen in Petersburg weilenden deutschen Kriegsgefangenen-Delegation urteilte über die Struktur der neuen Regierung mit folgenden Worten: »Es entspricht . . . einem seit jeher dem Russen eigenen Charakterzug, durch Ausschüsse die Verantwortung auf breiter Grundlage tragbar zu machen. Mißverständenen Vorbildern der Verbündeten folgend sitzen in den leitenden Stellen der Staatsmaschine durchweg Nichtfachleute, aber statt parlamentarisch geschulter sind es wahnwitzige, phantastische und teils durch lange Verbannung und Kerkerhaft geistig und körperlich minderwertige Menschen. Der Anblick des Arbeitszimmers des Gehilfen von Trotzki machte in seinem wildrevolutionären Tone einen erschütternden, unauslöschlichen Eindruck.«⁶

Entgegen der Prophezeiung Trockij's konnte das Außenkommissariat nicht »die Bude schließen«. Das Friedensdekret hatte auf seiten der Alliierten keine positive Reaktion ausgelöst. Die Notwendigkeit, Friedensverhandlungen allein mit den Vierbundmächten aufzunehmen, nötigte die Sowjetregierung, traditionelle russische Staatsinteressen zu verteidigen. Hierin liegt der Ursprung der Doppelgleisigkeit⁷ zukünftiger sowjetrussischer Außenpolitik. Sie wurde von nun an

² Trockij, *Mein Leben* 314. – Wie Trockij selbst schreibt, hatte er absichtlich seinen Standpunkt übertrieben, um damit zu unterstreichen, daß nunmehr das Schwergewicht der russischen Außenpolitik nicht in der Diplomatie läge. – Über Trockij's Amtszeit als Außenkommissar s. *Deutscher I* 310 ff.

³ Trockij, *Sočinenija III* 2 S. 97 ff. S. auch Vygodskij 32, 57. – Diese Monographie ist unter Verwendung sowjetrussischen Archivmaterials geschrieben. Ihr Wert wird dadurch beeinträchtigt, daß Trockij's Rolle als erster Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten übergangen wird.

⁴ Zitiert bei Laue 248.

⁵ Trockij, *Sočinenija III* 2 S. 123/4.

⁶ Bericht Keyserlingk an Admiralstab, Petersburg 1918 I 3 (BA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/1).

⁷ Über diesen Aspekt sowjetrussischer Außenpolitik s. Carr III 16 ff., 20/1; Carr, *Grundlagen*

auf zwei Ebenen und mit einem doppelten Instrumentarium betrieben. Die Brester Friedensverhandlungen und besonders die bittere Erfahrung, daß die deutsche Revolution noch auf sich warten ließ, zwangen die Bolschewisten, Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern aufzunehmen und ein Mindestmaß an Diplomatie wiedereinzuführen. Sie machten aber kein Hehl aus ihrer Überzeugung, daß die Diplomatie und der Verkehr mit den kapitalistischen Staaten nur ein kurzfristiges Aushilfs- und Defensivmittel zur Erreichung engbegrenzter Ziele sei, während die Förderung der Weltrevolution das langfristige Hauptziel bleibe⁸. Im Verlauf der Brester Verhandlungen und unmittelbar nach ihrem Abschluß – als es darum ging, den Vertrag anzunehmen oder abzulehnen – wurde im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei ein leidenschaftlicher Kampf um die Anwendbarkeit und Zulässigkeit dieser zwei Mittel geführt. Der Kernpunkt dieser Auseinandersetzung lag nicht in der dramatischen Debatte zwischen Lenin und Trockij, der damals und später so viel Bedeutung beigemessen wurde – Trockij sah die Annahme des Brester Vertrages als eine Frage der Taktik, nicht des Prinzips an –, sondern in dem erregenden Duell zwischen Lenin und den »Linkskommunisten« mit Bucharin an der Spitze.

Am 6. März, drei Tage nach Unterzeichnung des Brest-Litowsker Vertrages, begann in Petersburg der 7. Parteitag der kommunistischen Partei, auf dem noch einmal die während der Verhandlungen zutage getretenen Gegensätze in aller Schärfe aufbrachen. Auf der einen Seite stand Bucharin mit seinen Anhängern (darunter Joffe, Dzeržinskij, Radek), der den »Schmachfrieden« ablehnte und zu einem »revolutionären Krieg« aufrief, auf der anderen Seite Lenin mit seiner Gefolgschaft (darunter Stalin, Zinov'ev und Sokol'nikov), der seine Taktik an der rauhen Wirklichkeit ausrichtete.

Am 7. März hielt Lenin ein Referat über Krieg und Frieden⁹. Darin zog er die Bilanz der seit der Novemberrevolution verflissenen Zeit und entwickelte die Deutschland gegenüber zu befolgende Politik. Den »einzigartigen Triumphzug«

239 ff.; Laue 235 ff. Wesentliches dazu sagen auch folgende in einen weiteren Rahmen gefaßte Aufsätze aus: Pipes 161 ff.; Slusser 211 ff.; Avtorchanov 1 ff.

⁸ Die erste Komponente der sowjetrussischen Außenpolitik – Verkehr mit den kapitalistischen Ländern – wird mit einem während der letzten Jahre im internationalen Sprachgebrauch verbreiteten Schlagwort »friedliche Koexistenz« (mirnoe sosuščestvovanie) genannt. Die heutige sowjetische Auffassung leitet sie nicht ohne Recht von Lenin her. Obwohl dieser Begriff im Vokabular Lenins im Jahre 1918 nicht vorkommt, wurde er doch damals unter dem Synonym »friedliches Nebeneinanderleben« (mirnoe sožitel'stvo) schon gebraucht. Grottian (412) führt als ersten Beleg für diesen Begriff eine Äußerung Lenins aus dem Jahr 1920 an. Belege für das Jahr 1918 sind: Sed'moj ékstretnyj s-ezd 29, 197; Čičerin, Stat'i 38; Dokumenty I 488. Sowohl der Leninschen als auch der heutigen sowjetischen Auffassung der Koexistenz haftet der unveränderte Anspruch auf Welterlösung an. Friedliche Koexistenz ersetzt nicht die historische Mission des Kommunismus, durch Weltrevolution den ewigen Frieden auf Erden zu bringen. – S. zur Charakteristik des Begriffs Marko 167 ff. Ebenda 170 auch weitere Literatur.

⁹ Lenin, Werke XXVII 73 ff.

der russischen Revolution führte er auf den glücklichen Umstand zurück, daß »die zwei imperialistischen Räuber« in einem gigantischen Kampf untereinander verwickelt seien, so daß sie keine bedeutenden Kräfte gegen die russische Revolution konzentrieren könnten. – In dieser Aussage liegt ein wichtiges Moment Leninscher Taktik und Strategie: Die proletarische Bewegung kann und soll sich Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Lagers zunutze machen, um die eigene Sache zu fördern. Solange die »besondere internationale Konstellation«, der Weltkrieg, fort dauerte, mußte es Lenin darum gehen, in seinem Windschatten eine der »zwei ungeheuer schwierigen Aufgaben« der russischen Revolution zu bewältigen: den Sozialismus in dem zerrütteten Rußland aufzubauen, um ihn gegen einen späteren Versuch der Vernichtung unangreifbar zu machen. Damit aber gab Lenin das weitere Ziel, die Ausbreitung der Revolution, nicht auf. Er sah sie sogar als notwendig für die Erhaltung des Sozialismus in Rußland an: »Unsere Rettung . . . ist . . . die Revolution in ganz Europa.«¹⁰ Der Revolution in Deutschland maß er dabei entscheidende Bedeutung zu: »Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution verloren sind.«¹¹

Aus den Brester Verhandlungen und aus dem Vormarsch der deutschen Truppen zog Lenin die Lehre, daß der deutsche Imperialismus für die russische Revolution überaus gefährlich sei. »Die internationale Frage«, womit er die deutsche Gefahr meinte, stelle das revolutionäre Rußland vor die zweite schwierige Aufgabe. Mehrmals benutzte Lenin das Bild vom Tiger oder vom Raubtier, das neben einem friedlichen Haustier liege, um die Lage zu veranschaulichen. Die rasche Einnahme von Pskov und Narva habe gezeigt, daß dieses Raubtier gut springe. Es werde erneut zum Sprung ansetzen – der die Besetzung Petersburgs bedeuten würde –, wenn Rußland nicht den jetzt geschlossenen Frieden annähme. Die russische Armee, dieser völlig kranke Organismus, könne nicht mehr kämpfen. Lenin konnte wiederum auf die Ereignisse der letzten Tage hinweisen, als die deutschen Truppen eine Eisenbahnstation nach der anderen besetzt und die russischen Soldaten vor sich hergetrieben hatten. Diese Wahrheit sei bitter und demütigend, »aber . . . das russische Volk versteht sie«¹². Die Haltung der Linkskommunisten verglich Lenin mit der Pose eines sterbenden Schlachtschitzen, der ausruft: »Der Frieden ist eine Schmach, der Krieg eine Ehre!«¹³ Wenn man es nicht verstehe, sich anzupassen, wenn man nicht gewillt sei, so verdeutlichte er, »auf dem Bauch durch den Schmutz zu kriechen«¹⁴, dann sei man kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer.

Lenin entwickelte erneut die Theorie der Atempause (*peredyška*), wie er das schon mehrmals in den vergangenen Wochen getan hatte. Der Frieden schaffe eine Atempause, die der Verteidigung des (sozialistischen) Vaterlandes mehr

¹⁰ Ebenda 81.

¹¹ Ebenda 85.

¹² Ebenda 91.

¹³ Ebenda 92.

¹⁴ Ebenda 88.

nutze als ein jetzt vom Zaune gebrochener Krieg. Sie sei das Mittel, um Kräfte zu sammeln. Lenin berief sich auf die preußische Geschichte und verglich den Brester mit dem Tilsiter Frieden. Der in Tilsit unterzeichnete Frieden sei noch härter als der in Brest geschlossene gewesen, weil er Preußen in »militärische Sklaverei« gebracht habe, indem es vom Sieger gezwungen wurde, seine Truppen für Eroberungszüge gegen andere Völker zur Verfügung zu stellen. Der damalige Hoffmann – Napoleon – habe die Deutschen bei der Verletzung des Friedens ertappt. Rußland müsse sich bemühen, bei dem gleichen Unternehmen vom jetzigen Hoffmann nicht ertappt zu werden. Lenins Einstellung zum Brester Vertrag kommt noch klarer in der Bemerkung zum Ausdruck: »Wir verletzen den Vertrag, wir haben ihn bereits dreißig-, vierzigmal verletzt.«¹⁵ Als Preis für die Atempause wollte Lenin ohne weiteres den jetzigen Frieden unterzeichnen, ja er erklärte sich bereit, »einen zwanzigmal, einen hundertmal demütigeren Friedensvertrag« zu unterschreiben.

Der zweite Referent auf dem Parteitag, Bucharin, war sich mit seinem Vorredner nur in dem Streben nach dem Endziel, der proletarischen Weltrevolution, einig. In allen anderen Streitpunkten – Beurteilung der proletarischen Bewegung, des Brester Friedens, Verhalten gegenüber Deutschland – vertrat er einen entgegengesetzten Standpunkt. Seine Auffassung läßt sich thesenartig folgendermaßen zusammenfassen¹⁶: Die Januarstreiks in Wien und Berlin sah Bucharin als die »ersten Schwalben des proletarischen Sommers« [sic] an. Der Krieg mit dem Imperialismus stand nach seiner Meinung unmittelbar bevor. In seinem Verlauf würden sich immer mehr Werktätige auf die Seite der Bolschewisten stellen. Der Kampf der »imperialistischen Koalitionen« untereinander könne von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet werden: Entweder hätten sich die Imperialisten schon zu gemeinsamer Vernichtung der russischen Revolution zusammengetan oder das jetzige Ringen zwischen den Zentralmächten und den Alliierten würde noch fort dauern. Auch im zweiten Fall wäre Rußland dem Versuch der Zerstückelung ausgesetzt. Die Fortsetzung des Weltkrieges zwinge Deutschland nämlich zur Ausplünderung der Sowjetrepublik; denn nur mit den russischen Rohstoffen und dem russischen Getreide könne es den Kampf gegen England weiterführen. Deutschland müsse »unabweisbar eine Politik der Vernichtung der Sowjetmacht und nicht des friedlichen Zusammenlebens ihr gegenüber«¹⁷ führen. Die Annahme des Brester Vertrages, der die Sowjetmacht untergrabe und die Zentren der Revolution von den Ernährungs- und Industriegebieten des Südens abschneide, bezeichnete Bucharin als »Kapitulation auf der ganzen Linie, Kapitulation nach außen und Kapitulation nach innen«¹⁸. Die einzig richtige Taktik sei der revolutionäre Krieg gegen den deutschen Imperialismus. Darunter verstand Bucharin einen Partisanenkrieg schnell beweglicher Abteilungen, die sowohl das städtische

¹⁵ Ebenda 91.

¹⁶ S. Sed'moj ékstretnyj s-ezd 24 ff., 197 ff.

¹⁷ Ebenda 29.

¹⁸ Ebenda 32.

Proletariat als auch die arme Bauernschaft in den Kampf mit hineinziehen und die Kampfhandlungen allmählich in einen Bürgerkrieg der werktätigen Massen mit dem internationalen Kapital umwandeln würden¹⁹.

Als einer der nächsten Sprecher versuchte Trockij seine Verhandlungsführung in Brest-Litowsk, besonders seine Erklärung vom 10. Februar zu rechtfertigen²⁰. Wenn Rußland einen günstigeren Frieden habe erreichen wollen, hätte sich die Partei dazu schon im November bereit erklären müssen. Doch damals habe sich keine Stimme dafür erhoben. Alle hätten sich für die Agitation, für die Revolutionierung der deutschen, österreichischen und der ganzen europäischen Arbeiterklasse entschieden. Die Erklärung vom 10. Februar – »weder Krieg noch Frieden« – sei der letzte notwendige Versuch in dieser Richtung gewesen. Im gegenwärtigen Augenblick liege die Verantwortung auf dem deutschen Proletariat und auf dessen Partei. In der Frage der weiter zu befolgenden Taktik nahm Trockij einen Standpunkt zwischen Lenin und Bucharin ein. Innerlich schien er der Auffassung Bucharins näherzustehen und bereit zu sein, »mit revolutionierenden Mitteln« auf das deutsche Proletariat einzuwirken. In der entscheidenden Frage – Annahme des Friedens oder Weiterführung des Krieges – enthielt er sich der Stimme, um nicht die Spaltung innerhalb der Partei zu vertiefen. Da er einsah, daß er als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten nicht das Recht habe, sich in dieser Frage unentschieden zu verhalten, stellte er sein Amt zur Verfügung. Er forderte die Partei auf, eine feste Grenze zu ziehen, über die hinaus man nicht gehen dürfe: In die Resolution des Parteitages müsse ein Passus aufgenommen werden, der es verbiete, einen Friedensvertrag mit der Ukraine und mit Finnland zu schließen. Ein Friedensschluß mit diesen Ländern sei Verrat an der proletarischen Sache.

Trockij drang mit dieser Forderung nicht durch. Am nächsten Tag verlas Lenin ein Schlußwort zu seinem Referat über Krieg und Frieden²¹. Seine Theorie der Atempause faßte er dabei in eine Wendung von klassischer Prägnanz zusammen: »Ich will dem faktischen Sieger Raum abtreten, um Zeit zu gewinnen.«²² In der von ihm eingebrachten Resolution²³ hieß es, daß der Parteitag den von der Sowjetmacht unterzeichneten »überaus erniedrigenden Friedensvertrag« mit Deutschland bestätige, weil die demoralisierten russischen Truppen sich in »einem außerordentlich schlimmen Zustand« befänden und es notwendig sei, sich jede Möglichkeit einer Atempause zunutze zu machen, bevor der Imperialismus die Offensive gegen die Sowjetrepublik eröffne. Der Parteitag sei überzeugt, daß »vom Standpunkt der Interessen der internationalen Revolution der von der Sowjetmacht unternommene Schritt bei dem gegebenen Kräfteverhältnis in der Weltarena« unvermeidlich sei.

¹⁹ Ebenda 198.

²⁰ Ebenda 65 ff.

²¹ Lenin, Werke XXVII 97 ff.

²² Ebenda 97.

²³ Text ebenda 105/6.

Lenin hatte mit dieser Resolution durchaus die Notwendigkeit anerkannt, die Existenz kapitalistischer Regierungen hinzunehmen und sich zeitweilig der Tatsache anzupassen, daß man von kapitalistischen Staaten umgeben war. Trockijs Prophezeiung, er werde nach ein paar revolutionären Aufrufen an die Welt »den Laden dichtmachen«, hatte sich als gänzlich falsch erwiesen. Trockij zog daraus die Konsequenzen, kehrte dem Außenkommissariat den Rücken und wandte sich einer neuen Aufgabe zu: dem Aufbau der Roten Armee.

Lenins Resolution wurde vom Parteitag mit 30 gegen 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. In einem Ergänzungsantrag²⁴ forderte Lenin, die angenommene Resolution nicht zu veröffentlichen. Außerdem sollte der Parteitag das Zentralkomitee bevollmächtigen, »jederzeit alle Friedensverträge mit imperialistischen und bürgerlichen Staaten [d. h. den Brester Vertrag] zu zerreißen und ebenso ihnen den Krieg zu erklären«.

Der vom 14. bis 16. März in Moskau stattfindende 4. gesamtrussische Sowjetkongreß bestätigte die bereits vom Parteitag getroffene Entscheidung über den Brester Frieden. Die Linkskommunisten enthielten sich der Stimme, um die Einheit der Partei zu wahren²⁵. Die Linken Sozialrevolutionäre sprachen sich jedoch gegen den Brester Vertrag aus und gaben kurz darauf ihre Posten im Rat der Volkskommissare (Sovnarkom) auf²⁶. Der Brester Vertrag wurde mit dreifacher Mehrheit ratifiziert²⁷.

Das Ergebnis der um den Brester Friedensvertrag geführten Auseinandersetzung war nicht eigentlich der Sieg des einen Prinzips – Anpassung an die gegebenen Umstände – über das andere – Förderung der Weltrevolution. Es war vielmehr die endgültige Festlegung der Zweigleisigkeit in der sowjetrussischen Außenpolitik, die nun gleichermaßen die staatliche Sicherheit der Sowjetrepublik zu wahren und die Weltrevolution weiterzutreiben hatte. Das eine Ziel schloß das andere nicht aus. Lenin war gewillt, das zunächst als überflüssig erachtete Mittel der Diplomatie für die Erreichung des Fernziels einzusetzen. In dieser Absicht schickte er Ende April einen Botschafter, Adolf Joffe, nach Berlin²⁸ und pflegte weiterhin den Verkehr mit den inoffiziellen Agenten der Alliierten, Robins, Lockhart und Sadoul²⁹.

²⁴ Ebenda 110.

²⁵ S. Schapiro 134/5.

²⁶ S. ebenda 116.

²⁷ Text der Resolution über die Ratifikation des Brester Vertrages in: Lenin, Werke XXVII 189/90.

²⁸ Über seine Berliner Tätigkeit s. u. S. 334 ff.

²⁹ S. u. S. 48. Daß die bolschewistische Regierung sich nicht die Gelegenheit nehmen ließ, den in Moskau anwesenden Vertretern der Alliierten und der Deutschen Unannehmlichkeiten zu bereiten, zeigt ein Passus aus Lockharts Erinnerungen (268/9): "Their presence [der Deutschen] in Moscow, however, was a considerable embarrassment to us, and the Bolsheviks must have found a childish amusement in playing us off against each other. They did it very effectively. They herded us together in the same waiting-room at the Foreign Office. If they wished to annoy Mirbach they received me first. If the British Government had offended

Obwohl Anfang April japanische Truppen in Vladivostok landeten und im Verlauf desselben Monats deutsche Streitkräfte die Nordküste des Schwarzen Meeres besetzten und über die Ostgrenze der Ukraine hinausgingen, fand Lenin in den Wochen und Monaten nach Brest-Litowsk die Richtigkeit seiner Theorie der Atempause bestätigt. Ja gerade weil der Brester Frieden so unbeständig und die außenpolitische Stellung Sowjetrußlands so kritisch war, mußten um so mehr alle Kräfte für den inneren Aufbau (für einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung, die Steigerung der Wehrkraft und die Schaffung einer »mächtigen sozialistischen Armee«³⁰) verwendet werden. Eine vorläufige Garantie für die Fortsetzung der Atempause erblickte Lenin in der »Wiederaufnahme des imperialistischen Völkergemetzels im Westen«³¹. Von der »Fortdauer des Kampfes der internationalen ... Riesen«³² erwartete er ihre gegenseitige Schwächung und die Beschleunigung der Revolution im Westen. Im Brester Friedensschluß selbst, der dem deutschen Imperialismus ein materielles Übergewicht zu geben schien, sah er einen entscheidenden Grund dafür, daß sich das Ringen zwischen den imperialistischen Staaten derart verschärft hatte³³. Aus diesen Erwägungen zog Lenin eine Schlußfolgerung für die Weiterführung der im März begonnenen Außenpolitik, die er in die drei prägnanten Worte »laviere, zurückweichen, abwarten«³⁴ faßte.

Diese drei Formeln wiederholte Lenin bei jeder Gelegenheit. Seine häufige Berufung auf Napoleons Kriegszüge in Deutschland und das Verhalten der unterdrückten Preußen legt es nahe, daß Lenin mit dem Wort »laviere« das im Russischen bezeichnenderweise lehnübersetzt »lavirorot« heißt, die hinhaltende und vorsichtige Politik Metternichs gegenüber Napoleon nach 1809 vor Augen

them in any way, they were suave to Mirbach and kept me waiting. If the Germans were too insistent in their demands, the Bolsheviki would threaten them with Allied intervention. When the Allies tried to force intervention on the Bolsheviki, they would draw an alarming picture of the dangers of a German advance on Moscow. As neither the Germans nor the Allies could make up their minds on a clear-cut policy towards Russia, Bolsheviki diplomacy had all the advantages."

³⁰ Lenin, Werke XXVII 306.

³¹ Ebenda 230.

³² Ebenda 282.

³³ Ebenda 319.

³⁴ Ebenda 282. – Diese Worte fielen in einem Referat Lenins »Über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«, das er auf einer Tagung des gesamtrussischen Zentralausführungsausschusses am 29. April vortrug. In diesem Referat findet sich ein Passus, der über Lenins Geschichtsauffassung einen merkwürdigen Aufschluß gibt. Er lautet in der Züricher Ausgabe von 1934 wie folgt: »Wenn wir, als einzelner Trupp des Weltproletariats, als erster Trupp, nicht infolge eigener Verdienste an die erste Stelle gerückt sind [Lenin spricht über die Novemberrevolution], nicht deshalb, weil dieser Trupp besser organisiert ist, sondern ... er ist an die erste Stelle gerückt, weil die Geschichte sich nicht rational entwickelt.« (Sämtliche Werke XXII 545.) Dieser Passus ist z. B. in der 4. (Moskauer) Ausgabe verfälscht worden, offenbar weil er die kommunistische Geschichtsauffassung in Frage stellt. Er lautet hier: »Wenn wir, als einzelner Trupp des Weltproletariats, als erste vorgerückt sind, so nicht deshalb, weil dieser Trupp stärker organisiert wäre; nein, er ist schlechter, schwächer, weniger organisiert als andere.« (Werke XXVII 280.)

Lenin am Hof an die am 29. April 1918, ...
 Frage gelöst (Denn: Keine Abende ...)

hatte³⁵. Außerdem ist damit auch die Ausnutzung der Widersprüche und Rivalitäten innerhalb der imperialistischen Feinde zu verstehen. Mit dem Wort »abwarten« (vyždat') wollte Lenin auffordern, Geduld zu üben und die Krisenzeit durchzustehen, bis die Ausbreitung der Revolution den Druck von der Sowjetrepublik abziehen werde. Mit dem dritten Verb »zurückweichen« (otstupat') verband Lenin einmal die Vorstellung des militärischen Rückzugs in das Innere des Landes im Sinne Clausewitz', mit dessen Schriften er sich viel beschäftigt hatte³⁶. Im schlimmsten Fall verstand er darunter ein Zurückgehen bis zum Ural³⁷. Auch hier bezog er sich ausdrücklich auf die preußische Geschichte. Seinen Zuhörern auf dem vierten Sowjetkongreß rief er den Rückzug der Preußen bis Tilsit (Memel) ins Gedächtnis, was nach russischen Maßstäben so viel bedeute, als wenn die Bolschewisten bis nach Omsk oder Tomsk in Sibirien zurückgeworfen wären³⁸. Im weiteren militärpolitischen Sinn des Wortes meinte Lenin damit, daß man die Lage nicht aus der Mentalität eines sich duellierenden Edelmannes begreifen solle, sondern vom Standpunkt des Arbeiters und Bauern, der auch auf dem Bauch durch den Schmutz kriechen könne³⁹, d. h. daß man sich nicht zu einem direkten, unter ungleichen Bedingungen geführten Kampf mit dem »deutschen Räuber« verleiten lassen dürfe.

Daß Lenin tatsächlich bereit war, noch härtere Bedingungen als die Rußland im Vertrag von Brest-Litowsk aufgezwungenen zu ertragen, zeigt sein Verhalten Anfang Mai, als sich die außenpolitische Lage Sowjetrußlands erheblich verschlechterte. Im Fernen Osten hatten antibolschewistische Gruppen mit japanischer Unterstützung eine neue Offensive gegen die Bolschewisten begonnen. Zudem standen die Sowjetführer in den ersten Maitagen aus noch ungeklärten Gründen unter dem Eindruck, daß die Alliierten sie ultimativ auffordern würden, entweder den Krieg gegen Deutschland wiederaufzunehmen oder eine japanische Intervention zuzulassen⁴⁰. Schließlich hatten sich die deutsch-russischen Beziehungen durch das deutsche militärische Vorgehen in Südrußland und in Finnland zugespitzt⁴¹. Die Forderung der finnischen Streitkräfte auf Übergabe des Forts Ino veranlaßte Lenin, das Zentralkomitee seiner Partei am 6. Mai zu einer Nachsitzung einzuberufen. Da er die von Deutschland drohende Gefahr als die größere ansah, sprach er sich dafür aus, den Deutschen gegenüber sich nachgiebig zu

³⁵ Vgl. Srbik I 122 ff.

³⁶ S. z. B. die ausdrückliche Berufung auf Clausewitz in seinem Anfang Mai 1918 veröffentlichten Aufsatz »Über linke Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit«, Werke XXVII 324/5. S. auch Hahlweg, Lenin und Clausewitz 30 ff., 357 ff.

³⁷ Lenin, Werke XXVII 323. – S. auch Lockhart 239.

³⁸ Lenin, Werke XXVII 174. – Nach dem Aufstand der tschechoslowakischen Truppen (s. u. S. 53) in der zweiten Maihälfte konnte von einem Rückzug zum Ural natürlich nicht mehr die Rede sein. Trotzdem wurden im Sommer 1918 Vorbereitungen zur Evakuierung der Regierung etwa nach Nižnij Novgorod getroffen. (S. auch u. S. 237/8.)

³⁹ Lenin, Werke XXVII 173/4.

⁴⁰ S. Kennan, Decision 220.

⁴¹ S. u. S. 121 und 99/100.

zeigen und mit ihnen über den Beginn von Friedensverhandlungen mit Finnland und der Ukraine in Verbindung zu treten, auch wenn das neue territoriale Opfer kosten würde⁴².

Am Abend des 14. Mai erstattete Lenin in einer gemeinsamen Sitzung des gesamt-russischen Zentralexekutivkomitees und des Moskauer Sowjets ausführlich Bericht über die außenpolitische Lage⁴³. Die Sowjetrepublik, so begann er (ohne auf die Kongruenz seiner Metapher zu achten), bleibe einstweilen »eine Oase inmitten des tobenden Meeres imperialistischer Räuberei«. Der Krieg habe »so komplizierte, so heftige, so verworrene Konflikte« erzeugt, daß immer wieder eine Lage entstehe, wo die Entscheidung der Frage über Krieg und Frieden und der Kriegsausgang zugunsten der einen oder der anderen Gruppierung an einem Haar hänge. Der Kampf sei so erbittert, daß die Imperialisten selber schon nicht mehr die Macht hätten, diesem Krieg Einhalt zu gebieten. Der Grund dafür, daß die »sozialistische Insel inmitten des tobenden Sturms« erhalten bleibe, liege an den Konflikten innerhalb des imperialistischen Lagers. Als zwei solcher Widersprüche nannte Lenin die Rivalität zwischen Japan und Amerika im Fernen Osten, der es Japan im Augenblick nicht erlaube, Rußland mit ganzer Kraft anzugreifen, »obgleich es mit seiner Millionarmee das offenkundig schwache Rußland bewältigen könnte«⁴⁴, und den Kampf zwischen Deutschland und England an der Westfront. Die Erbitterung dieses Ringens mache es diesen imperialistischen Großmächten äußerst schwer, ja fast unmöglich, ein Bündnis gegen die Sowjetrepublik zu schließen. Die momentan bestehende Gruppierung der Mächte könne aber binnen kurzem gesprengt werden, »wenn das die Interessen des heiligen Privateigentums, die heiligen Rechte auf Konzessionen usw. erheischen«. Lenin dachte hier vor allem an die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Deutschland und Japan⁴⁵.

Innerhalb der deutschen Führung unterschied Lenin zwei Strömungen, die für den Bestand des Sowjetstaates von großer Bedeutung seien. »Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien« trete gegenwärtig für die Erhaltung des Brester Friedens ein, wolle ihn aber natürlich sehr gern »verbessern« und noch einige Annexionen auf Kosten Rußlands erlangen. »Deutsche nationale Interessen« veranlaßten sie, den Frieden im Osten zu erhalten, um im Westen freie Hand zu haben, wo der deutsche Imperialismus schon oftmals den unverzüglichen Sieg versprochen habe, wo aber jede Woche und jeder Monat zeige, daß dieser Sieg um so unerreichbarer sei, je mehr Teilsiege errungen würden. Einen anderen Standpunkt nehme in Deutschland die »Kriegspartei« ein. Sie sage sich: »Man muß sich unverzüglich,

⁴² S. den Beschluß zur internationalen Lage in: Lenin, Werke XXVII 348.

⁴³ Ebenda 358 ff.

⁴⁴ Ebenda 363.

⁴⁵ S. z. B. ebenda 323, 355; FRUS 1918 Russia II 104. – So fürchtete auch Radek im Sommer 1918, daß der deutsche Imperialismus »durch die Verbindung mit dem konterrevolutionären Rußland dem japanischen Kapital« die Hand reichen würde, um »den ihn umkreisenden Ring des anglo-französischen Kapitals« zu sprengen. (Radek, Politik 19.)

ohne Rücksicht auf die weiteren Folgen, der Gewalt bedienen.«⁴⁶ Gegenwärtig habe sie noch nicht die Oberhand in der Politik gegenüber Rußland errungen. Aber sie könne sich jeden Augenblick durchsetzen. Lenin wies in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen hin, die Deutschland in der Ukraine gesammelt habe⁴⁷. Die deutsche Kriegspartei, die allzusehr geneigt sei, »alles auf die Macht des Schwertes zu setzen«, habe dort ungeheure Schwierigkeiten aufgetürmt, indem sie militärische Kräfte für Aufgaben einsetze, die anfangs leicht zu sein schienen, nun aber gigantische Ausmaße annähmen. Denn jeder Schritt in der Ukraine müsse erkämpft werden, um Getreide und Rohstoffe zu bekommen, ohne die Deutschland nicht existieren könne, deren Aufbringung aber übermäßig große Anstrengungen und Opfer koste.

Mit der Taktik, die Lenin angesichts der so skizzierten weltpolitischen Verhältnisse für die sowjetrussische Außen- und besonders Deutschlandpolitik vorzeichnete, verfolgte er weiter die seit Brest eingeschlagene Linie. Trotz der Labilität der internationalen Lage und trotz der Ungewißheit über die deutschen Pläne in Rußland müsse versucht werden, die Atempause zu verlängern und die »Oase der Sowjetmacht inmitten des tobenden imperialistischen Meeres« zu erhalten. Die Politik des Lavierens, Abwartens und Zurückweichens sei weiter zu betreiben. Dazu gehöre es, die Konflikte und Gegensätze unter den Imperialisten auszunützen. Ein wichtiges Mittel zur Verlängerung der Atempause sah Lenin nun in der Kunst der Diplomatie, besonders in der Tätigkeit Joffes in Berlin. Er beendete seinen Bericht mit der Verlesung eines Telegramms des Botschafters, in dem dieser beruhigende Mitteilungen über die deutschen Absichten in Rußland machte. Die deutsche Regierung habe erklärt, daß der militärische Vormarsch in der Ukraine und in Finnland beendet sei⁴⁸ und sie Friedensverhandlungen Moskaus mit Kiev und Helsingfors fördern wolle. Deutschland stehe weiterhin fest auf dem Boden des Brester Vertrages.

Lenins Thesen zur Außenpolitik wurden von den Oppositionsgruppen im Zentral-Exekutivkomitee scharf angegriffen. Die Rechten Sozialrevolutionäre forderten die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland an der Seite der Alliierten⁴⁹. Die Menschewiki sprachen sich ebenfalls für die Bekämpfung des deutschen Imperialismus aus, sahen aber die Rettung Rußlands in der Wiedereinberufung der (im Januar von den Bolschewisten auseinandergetriebenen) Konstituierenden Versammlung und der Umwandlung der kommunistischen Diktatur in eine demo-

⁴⁶ Lenin, Werke XXVII 364.

⁴⁷ S. u. S. 117 ff., besonders S. 133 ff., 147/8.

⁴⁸ Am 11. Mai hatte Ludendorff in einer Besprechung mit dem Reichskanzler in Spa von der Beendigung der militärischen Operationen in Rußland gesprochen. S. u. S. 132.

⁴⁹ S. die Rede Kogan-Bernštejns in Protokoly zasedanij VCIK 4-go sozyva 277/8. In einer Resolution der Rechten Sozialrevolutionäre (ebenda 291/2) heißt es u. a.: »Der deutsche Imperialismus hat jetzt die Maske des Brester Friedens abgeworfen und sich offen an die Spitze der . . . reaktionären Bewegung gestellt. Er hat sich die Ukraine und Finnland als Stützpunkte ausersehen und schmiedet Pläne, Großrußland in eine deutsche Kolonie umzuwandeln.«

kratische Republik⁵⁰. Die Linken Sozialrevolutionäre wiesen jede außenpolitische Orientierung zurück und verlangten die Beendigung der Atempause⁵¹. Darunter verstanden sie, wie einer ihrer Sprecher, Kamkov, ausführte, keine offizielle Kriegserklärung an Deutschland, sondern Fortführung des Partisanenkrieges in den von deutschen Truppen besetzten russischen Gebieten: »Nein, wir erklären nicht den Krieg, aber wir leisten Widerstand. . . Das bedeutet, daß wir mit ihnen [den Deutschen] verwickelte diplomatische Verhandlungen einstellen.«⁵²

Das große Übergewicht der Bolschewisten im Zentralerekutivkomitee sicherte jedoch Lenin die Billigung seiner Außenpolitik. Sein Bestreben, die Mittel der Diplomatie für die Erhaltung der Atempause einzusetzen, kommt am deutlichsten in dem zu jenem Zeitpunkt der deutschen Regierung gemachten Vorschlag zum Ausdruck, Verhandlungen zu einem Ergänzungsvertrag zum Brest-Litowsker Frieden zu führen⁵³. Lenin beschritt den Weg des Lavierens und Finassierens konsequent weiter.

* * *

Das Organ für die Ausführung der Außenpolitik Lenins war das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten (Narodnyj Kommissariat Inostrannyh Del, abgekürzt Narkomindel). Der mit der Unterzeichnung des Brester Vertrages zusammenfallende und durch diesen hervorgerufene Wechsel in der Spitze dieses Kommissariats wurde ein Akt von symbolischer Bedeutung: An die Stelle des Agitators Trockij trat der mit den traditionellen Formen der Diplomatie besser vertraute Čičerin. Georgij Vasil'evič Čičerin⁵⁴ entstammte einer alten Diplomatenfamilie. Seine Vorfahren, die ursprünglich Cicerone oder Cicerini hießen, waren vor Jahrhunderten in Rußland eingewandert und hatten sich im Laufe der Zeit durch Heiraten mit den alteingesessenen Adelsfamilien verbunden. Georgijs Vater hatte mehrere Posten im diplomatischen Dienst und im zaristischen Ministerium des Äußeren bekleidet. Sein Großvater mütterlicherseits, Graf Štaket'berg, hatte als russischer Botschafter am Wiener Kongreß teilgenommen. Georgij selbst trat zwar nicht in den diplomatischen Dienst, war aber einige Jahre im Archiv des Ministeriums des Äußeren beschäftigt. Dort arbeitete er über die russische Außenpolitik zwischen dem Krimkrieg und dem Berliner Kongreß. Seine revolutionären Verbindungen machten ihn der zaristischen Geheimpolizei verdächtig, so daß er 1904 ins Ausland flüchten mußte. In Deutschland schloß er sich der sozialdemokratischen Bewegung an und wurde ein enger Freund Karl Liebknechts. Er trat bald der Partei der Menschewiki bei. 1907 wurde er von einem Charlottenburger Gericht wegen Paßvergehens aus Preußen ausgewiesen. Die ersten Kriegsjahre verbrachte er in London, wo er 1917 von den englischen Behörden verhaftet

⁵⁰ S. die Resolution der Menschewiki ebenda 290/1.

⁵¹ S. die Rede Karelins ebenda 281/2.

⁵² Ebenda 274.

⁵³ S. u. S. 260.

⁵⁴ Das folgende nach Čičerin, Stat'i 3 ff.; Hilger 101 ff.; Laue 249 ff.; L. Fischer, Lenin 270 ff.

wurde. Im Januar 1918 wurde er gegen den britischen Botschafter in Rußland, Sir George Buchanan, ausgetauscht. Jetzt erst ging er zu den Bolschewisten über. Er wurde sogleich Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten. Im März war er Mitglied der russischen Delegation, die den Brest-Litowsker Vertrag unterschrieb. Nach dem Rücktritt Trockijs vertraute Lenin ihm die Leitung des Narkomindel an, die er am 30. Mai offiziell übernahm.

Die Persönlichkeit Čičerins ist vielfach geschildert worden⁵⁵. Seine diplomatischen Fähigkeiten, sein großes Wissen und unerschöpfliches Gedächtnis und die sichere Beherrschung mehrerer europäischer Sprachen werden einmütig gerühmt. Auch gewisse Eigentümlichkeiten seiner Arbeitsweise werden häufig erwähnt. Kleine Alltäglichkeiten beschäftigten ihn oft ebenso stark wie die großen Probleme der sowjetischen Außenpolitik. Er erledigte z. B. selbst das Unterschreiben von Pässen und die Bestellung von Eisenbahnabteilen für die deutschen Kuriere. Er war sein eigener Sekretär und Stenotypist, Postbote und Laufbursche. Wenn er einmal in seiner Zerstreung ein wichtiges Dokument verlegt hatte, ließ er sein ganzes Personal danach suchen. In solch einem Fall scheute er sich nicht, seine Mitarbeiter aus dem Bett oder aus dem Ballett holen zu lassen.

Čičerins Einfluß im inneren Führungskreis der Regierung war gering. Die hohe Politik wurde von Lenin gemacht. Čičerin traf nie eine große Entscheidung, ohne vorher den Rat Lenins eingeholt zu haben⁵⁶. Ihm zur Seite standen Lev Karachan, Spezialist für Probleme des Fernen Ostens⁵⁷, und Karl Radek, der die Abteilung für mitteleuropäische Angelegenheiten leitete.

Als Čičerin Anfang Juni die kategorische Forderung des deutschen Auswärtigen Amtes auf Berlin als Ort für die deutsch-russischen Verhandlungen annehmen mußte, sah er sich damit der Möglichkeit beraubt, persönlich auf den Gang dieser Verhandlungen einzuwirken. Mit Betrübnis sah er den Schwerpunkt der russischen Außenpolitik sich in die Berliner Botschaft verlagern. Lenin schien anfangs geneigt, diese Entwicklung zu fördern, da ihm an einem möglichst baldigen Friedensschluß mit Finnland und der Ukraine – dessen Zustandekommen maßgeblich von deutscher Vermittlung abhing – und an einer Bereinigung der seit Brest zwischen Deutschland und Sowjetrußland entstandenen Probleme sehr gelegen war⁵⁸. Auf Drängen Čičerins aber ließ Lenin am 1. Juli Joffe mitteilen, daß er sich vor großen Entscheidungen, besonders solchen, die sich auf den Abschluß von Abkommen mit Deutschland bezögen, mit dem Außenkommissariat in Ver-

⁵⁵ S. Laue 249; Blum 105 ff.; Bothmer, Mirbach 59; Lockhart 221.

⁵⁶ Čičerin schrieb selbst rückblickend im Jahre 1924: »In den ersten Jahren des Bestehens unserer Republik sprachen wir täglich einige Male telephonisch miteinander, und diese telephonischen Gespräche zogen sich oft sehr in die Länge; bei persönlichen Unterhaltungen wurden oft alle Details der laufenden diplomatischen Angelegenheiten besprochen«. (Čičerin, Stat'i 276/7.)

⁵⁷ Karachan, der »Adonis« der bolschewistischen Partei, wurde von Radek als »Esel von klassischer Schönheit« (osel klassičeskoj krasoty) bezeichnet. (S. Lockhart 256.)

⁵⁸ S. Lenins Brief an Joffe und Menžinskij, 1918 V 24, in Leninskij Sbornik XXXVI 43/4. Ebenda 46, Lenin an Joffe, 1918 VI 2.

bindung zu setzen habe⁵⁹. Čičerin hatte sich beschwert, daß Joffe in seinen Dienstberichten wesentliche Probleme der deutsch-russischen Beziehungen oft gar nicht behandelte, sondern statt dessen auf persönliche Schreiben an Lenin verwies. Lenin bat deshalb seinen Botschafter, diese »Mißstände« zu beseitigen⁶⁰.

Die – relative – Bedeutung, die Lenin jetzt seinem Außenkommissar beimaß, kommt auch darin zum Ausdruck, daß er es ihm überließ, vor dem am 4. Juli im Moskauer Bol'soj Theater beginnenden 5. gesamtrossischen Sowjetkongreß Bericht über die außenpolitische Lage Sowjetrußlands zu erstatten⁶¹. Čičerin begann seine Rede vor dem Kongreß mit einer allgemeinen Charakteristik der sowjetrussischen Außenpolitik, die noch einmal mit wünschenswerter Deutlichkeit Aufschluß über die Grundlinien der außenpolitischen Konzeption Lenins bietet. Er bezeichnete den Abschluß des Brester Vertrages als die große Zäsur in den Beziehungen Sowjetrußlands zu den kapitalistischen Ländern. Vorher sei das Hauptkennzeichen der Außenpolitik »die revolutionäre Offensive« gewesen. Sie habe sich auf die »unmittelbar bevorstehende« Weltrevolution gerichtet, wofür die russische »Oktoberrevolution« als Signal gelten sollte. »Über die Köpfe der Regierungen hinweg« habe sie sich während der Brester Verhandlungen an das Proletariat aller Länder gewandt, um es »unverzüglich in einen internationalen Revolutionskampf gegen den Imperialismus und gegen die kapitalistische Ordnung mitzureißen«. Nachdem aber eine sofortige Mitwirkung des Proletariats der Länder ausgeblieben war, hätten die Heere des deutsch-österreichischen Imperialismus Finnland, die Ukraine, die baltischen Gebiete, Litauen und Weißrußland besetzt. Diese neue Sachlage habe die Bedingungen der äußeren Politik Sowjetrußlands »in radikaler Weise« verändert. Das Hauptziel dieser Politik während der vergangenen vier Monate sei gewesen, die ihr von allen Seiten drohenden Gefahren zu umgehen und möglichst viel Zeit zu gewinnen, um in den anderen Ländern die proletarische Bewegung sich heranreifen und in Rußland die neue Form der politischen und sozialen Bestrebungen der Sowjetregierung Wurzel fassen zu lassen. Den Hauptumstand, der es Sowjetrußland ermögliche, dieses Ziel zu erreichen, erblickte Čičerin in den Widersprüchen innerhalb der kapitalistischen Länder, die er in drei Stufen einteilte. Einmal beständen solche Interessengegensätze zwischen den kriegführenden Machtblöcken, sodann innerhalb dieser beiden Koalitionen selbst und schließlich auch in jedem einzelnen Land. »Der Rechenschaftsbericht, den wir ablegen müssen«, so schloß er seine einleitenden Worte, »[ist] ein harter Bericht über unsere Rückzüge, ein Bericht über große Opfer, die wir bringen, um Rußland die Möglichkeit zu geben, sich zu erholen, seine Kräfte zu organisieren und den Moment abzuwarten, wo das Proletariat der

⁵⁹ Vygodskij 49.

⁶⁰ Leninskij Sbornik XXXVI 54/5, Lenin an Joffe, 1918 VII 1.

⁶¹ Text der Rede in Izvestija 1918 VII 5, auszugsweise in Sov. Doc. I 83 ff. – Der Wiederabdruck der Rede in Čičerin, Stat'i 37 ff. ist unvollständig. So sind z. B. die im folgenden zusammengefaßten Eingangsworte ausgelassen – und zwar ohne Kennzeichnung!

anderen Länder uns helfen wird, die im Oktober begonnene soziale Revolution zu vollenden.«

Čičerin ging dann ausführlich auf die Beziehungen Sowjetrußlands zu Deutschland und den Alliierten ein. Er erörterte den deutschen Vormarsch in Finnland und in Südrußland, das Vordringen der Türken im Kaukasus und die deutschen Forderungen bezüglich der russischen Schwarzmeer-Flotte⁶². Am Schluß seines Berichts zog er die Bilanz der sowjetrussischen Außenpolitik. Er stellte fest, daß Sowjetrußland inmitten der kapitalistischen Regierungen als etwas Fremdartiges erscheine und sich zwischen den imperialistischen Koalitionen wie zwischen zwei Feuern befinde. »Wir können aber mit absoluter Sicherheit sagen, daß der beste und sogar einzige Weg, aus dieser Lage herauszukommen, . . . die Entwicklung unseres inneren Lebens auf den Grundlagen der Sowjet-Politik . . . und die Wiederherstellung der Wehrkraft zum Schutze der Errungenschaften unserer Revolution ist.«

Die Außenpolitik Čičerins – und damit Lenins – wurde auf dem Sowjetkongreß von Sprechern der Linken Sozialrevolutionäre leidenschaftlich verurteilt. Die Sensation des Tages war das Erscheinen eines ukrainischen Vertreters namens Aleksandrov auf der Bühne, der einen illegalen ukrainischen Bauernkongreß vertrat. Seine Rede war ein einziger Aufschrei gegen die deutschen Unterdrücker, unterbrochen von frenetischem Beifall in den Reihen der Linken Sozialrevolutionäre, aus denen Rufe wie »Nieder mit Brest! Nieder mit Mirbach! Nieder mit den Lakaien Deutschlands!« erschollen, begleitet von drohenden Gesten gegen die diplomatische Loge, in der einige Attachés der deutschen Gesandtschaft Platz genommen hatten⁶³.

Trockij versuchte, die Begeisterungstürme, die der Ukrainer mit seiner Rede ausgelöst hatte, zu dämpfen⁶⁴. Er wandte sich gegen die unverantwortlichen

⁶² S. darüber unten die einzelnen Kapitel. – In der Erörterung der Beziehungen Sowjetrußlands zu den Alliierten unterschied Čičerin deutlich die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Rußland von der Rußlandpolitik Englands und Frankreichs. Da diese Unterscheidung offensichtlich nicht in die in der heutigen sowjetrussischen Geschichtsschreibung geltende Linie hineinpaßt, wonach alle imperialistischen Länder unterschiedslos von Anfang an auf Vernichtung der Sowjetmacht bedacht gewesen sein sollen, ist der entsprechende Passus in dem Neuabdruck der Rede – wiederum ohne Kennzeichnung – ausgelassen. Er lautet wörtlich: »Von den Entente-Mächten haben Sowjetrußland gegenüber die Vereinigten Staaten von Nordamerika die günstigste Haltung gezeigt. Wir möchten an das Begrüßungstelegramm des Präsidenten Wilson an den Außerordentlichen Sowjetkongreß im März erinnern. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in denjenigen Augenblicken, als sich zahlreiche Stimmen für eine Intervention in Sibirien erhoben hatten, das Haupthindernis für diese Intervention das negative Verhalten der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika war. Hand in Hand mit den Verhandlungen über ein wirtschaftliches Abkommen, die wir mit Deutschland führen, beabsichtigen wir, ein wirtschaftliches Abkommen auch den Vereinigten Staaten von Nordamerika und gleichzeitig auch Japan anzubieten, mit dem wir trotz der Truppenlandung in Vladivostok und trotz des Feldzuges eines Teils der japanischen Presse zugunsten einer Intervention freundschaftliche Beziehungen herzustellen hoffen.«

⁶³ S. die anschauliche Schilderung des Kongresses in Sadoul 392 ff. und in Lockhart 295 ff.

⁶⁴ Text seiner Rede in Pjatj Vserossijskij s-ezd Sovetov 20 ff.

Agitatoren, die an der Demarkationslinie die roten Truppen zum Angriff gegen die deutschen Streitkräfte aufhetzten, und verlas eine Resolution⁶⁵, die solchen Provokateuren sofortige Verhaftung androhte.

Am nächsten Tag setzten die Linken Sozialrevolutionäre ihre Philippiken gegen die Bolschewisten fort. Lenin wies in einer von Lärm, Beifall und Zwischenrufen unterbrochenen Rede die Angriffe gegen seine Außenpolitik zurück: »Gegenwärtig, wo die beiden wichtigsten imperialistischen Gruppen in einem Kampf auf Tod und Leben gegeneinander stehen, wo sie einander mit jedem Monat, mit jeder Woche, mit jedem Tag näher und immer näher zu dem Abgrund stoßen, dessen Umrisse wir deutlich sehen, in einem solchen Augenblick ist die Richtigkeit unserer Taktik für uns besonders handgreiflich.«⁶⁶ Der Verlauf der Ereignisse habe bewiesen, daß er in der Angelegenheit des Brest-Friedensschlusses recht gehabt habe. Während der durch diesen Vertrag geschaffenen Atempause hätten die russischen Arbeiter und Bauern »einen gewaltigen Schritt vorwärts zum sozialistischen Aufbau« getan.

Auf Lenin folgte einer der gewandtesten Redner der Linken Sozialrevolutionäre, Kamkov, der mit allen Mitteln der Demagogie die Außenpolitik der Bolschewisten angriff⁶⁷. In Sowjetrußland herrsche nicht die Sowjetmacht, donnerte er, sondern die Diktatur des deutschen Imperialismus, die Diktatur Mirbachs. In seiner am Schluß verlesenen Resolution⁶⁸ forderte er die Beendigung der Atempause, da sie die revolutionären Kräfte in Deutschland geschwächt habe, und die Zerreißung des Brest-Litowsker Vertrages, der ein widernatürliches Bündnis zwischen der russischen Revolution und der deutschen »Konterrevolution« geschaffen habe. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Am nächsten Tag, dem 6. Juli, wurde in Moskau der deutsche Gesandte, Graf Mirbach, auf Anstiften der Linken Sozialrevolutionäre ermordet⁶⁹. Dieses Attentat war Anlaß für die Bolschewisten, mit den Linken Sozialrevolutionären zu brechen. Sie verschwanden von der politischen Bühne Sowjetrußlands, nachdem schon am 14. Juni die Rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki aus allen Sowjetinstitutionen ausgestoßen worden waren⁷⁰. Die Bolschewisten waren von nun an die alleinherrschende Partei in Sowjetrußland. Lenin konnte jetzt, ungehindert durch Angriffe aus den eigenen Reihen, die Linie der seit Brest betriebenen Außenpolitik weiterverfolgen.

⁶⁵ Text ebenda 36.

⁶⁶ Lenin, Werke XXVII 508.

⁶⁷ Pjatj Vserossijskij s-ezd Sovetov 74 ff.

⁶⁸ Ebenda 98 ff.

⁶⁹ S. u. S. 224 ff.

⁷⁰ S. Chamberlin II 50.

2. Die Rußlandpolitik der Alliierten

In der sowjetrussischen Geschichtsschreibung hält man bis heute an der Behauptung fest, daß die Politik der Alliierten gegenüber dem bolschewistischen Rußland von Anfang an auf die Vernichtung des Bolschewismus gerichtet war. Indes geht diese Auffassung an der historischen Wirklichkeit des Kriegsjahres 1918 vorbei, wie sie damals übrigens auch Lenin selbst verstanden hat. Als er im November 1918 auf das einjährige Bestehen der Sowjetmacht in Rußland zurückblickte, kennzeichnete er das Verhältnis des bolschewistischen Rußland zu den »imperialistischen« Mächten treffend mit den Worten: »Keine . . . konnte gegen uns ernstlich ins Gewicht fallende Kräfte einsetzen, aber natürlich hätten sie diese Kräfte eingesetzt, wenn sie dazu imstande gewesen wären. Der Krieg mit seinem Blutrausch trübte den Blick. . . Sie hatten andere Sorgen, als sich mit uns abzugeben.«¹ Diese Sorgen bestanden für die Vierbundmächte ebenso wie für die Alliierten in erster Linie darin, den Kriegsausgang jeweils zu ihren Gunsten zu entscheiden. Durch die Studien George Kennans² und Richard Ullmans³ ist überzeugend klargelegt worden, daß die Beziehungen der Alliierten⁴ zum bolschewistischen Rußland lediglich von ihrer Kriegführung gegen die Mittelmächte bestimmt wurden.

Die Novemberrevolution bedeutete für die Alliierten das Ausscheiden eines Bundesgenossen aus dem Krieg. Der britische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, hielt es für eine Lebensfrage (»a matter of life and death«), eine deutsche Beherrschung Rußlands, wie sie sich aus einem deutsch-russischen Separatfrieden ergeben könnte, zu verhindern, denn »eine russisch-deutsche Allianz nach dem Krieg würde eine ständige Bedrohung Europas und ganz besonders Englands bedeuten«⁵. Der britische Generalstabschef, General Robertson, glaubte, daß ein

¹ Lenin, Werke XXVIII 149. – Ähnlich hatte Lenin schon am 7. März 1918 auf dem 7. Parteitag der kommunistischen Partei festgestellt, daß die »Oktoberrevolution« nur deswegen so leicht gesiegt habe, »weil eine besondere internationale Konstellation uns zeitweilig gegen den Imperialismus deckte. Er hatte andere Sorgen als uns. Uns wiederum schien es, daß auch wir andere Sorgen hatten als den Imperialismus. Den einzelnen Imperialisten aber war es nur deswegen nicht um uns zu tun, weil die ganze gewaltige soziale, politische und militärische Macht des modernen Weltimperialismus um diese Zeit durch den Krieg gegeneinander in zwei Gruppen gespalten war.« (Lenin, Werke XXVII 78.)

² Kennan, *Russia Leaves the War*; Kennan, *The Decision to Intervene*.

³ Ullman, *Intervention and the War*.

⁴ Eine entsprechende Darstellung von französischer Seite steht noch aus. Das dürfte in erster Linie daran liegen, daß die französischen Weltkriegsakten noch unzugänglich sind. Kennan und Ullman benutzten neben den veröffentlichten Akten der amerikanischen Nationalarchive zur amerikanischen Rußlandpolitik (FRUS 1918 *Russia*, 2 vol.) sehr ergiebige Privatnachlässe. – Die japanische Interventionspolitik in Sibirien im Jahre 1918 ist von Morley auf Grund japanischer Weltkriegsakten – die wie die deutschen Akten nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Sieger geöffnet wurden – ausführlich dargestellt worden. (S. Morley, *The Japanese Thrust into Siberia 1918*.)

⁵ Buchanan II 225/6.

deutsch-russischer Ausgleich die Aussichten auf einen Sieg über Deutschland im Jahre 1918 – trotz amerikanischer Truppensendungen! – zunichte machen würde⁶. Diesen Standpunkt vertrat das War Office bis weit in den Sommer 1918 hinein. Obwohl der englische Außenminister Balfour das Wesen des Bolschewismus früh erkannt hatte – in einem Memorandum vom 9. Dezember 1917⁷ nannte er ihn "this crazy system" –, erklärte er im Frühjahr 1918 wiederholt, daß die inneren Verhältnisse in Rußland die Alliierten nichts angehen dürften; sie sollten nur insofern berücksichtigt werden, als sie die Kriegführung gegen die Mittelmächte berührten. An den englischen Agenten in Rußland Lockhart schrieb er am 21. Februar: »Insoweit die Bolschewisten unseren Feinden Widerstand leisten oder Schwierigkeiten bereiten, ist ihre Sache unsere Sache.«⁸

Präsident Wilson reagierte auf die russische Novemberrevolution und die Brest-Litowsker Friedensverhandlungen mit der Verkündung der Vierzehn Punkte am 8. Januar 1918⁹. Genauso wie Lenin sich mit seinem Friedensdekret vom 8. November 1917 über die Köpfe der Regierungen hinweg an die Völker der kriegführenden Mächte gewandt hatte, so richtete Wilson seine Botschaft nicht an die bolschewistische Regierung, sondern an das russische Volk. Aber ebenso wie Lenin die revolutionäre Begeisterung des deutschen Proletariats überschätzt hatte, verfehlte Wilsons Appell an den »demokratischen Idealismus« des russischen Volkes seine Wirkung. Unverkennbar spricht aus den die Brester Verhandlungen betreffenden Einleitungsworten der Botschaft die Sympathie und Anerkennung des Präsidenten für die neue Art der Sowjetdiplomatie, die mit der Forderung nach Öffentlichkeit der Verhandlungen scheinbar alle Geheimdiplomatie verbannen wollte. Dadurch daß Wilson die Erklärungen der sowjetischen Unterhändler in Brest-Litowsk mit der Stimme des russischen Volkes identifizierte, verkannte er zutiefst die durch die bolschewistische Revolution in Rußland geschaffene neue Situation. Der in den Vierzehn Punkten liegende Versuch, das russische Volk zum Weiterkämpfen an der Seite der Verbündeten zu veranlassen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Obwohl schon drei Tage nach der Verkündung 30 000 Exemplare der Botschaft an den Mauern Petersburgs angeschlagen und eine halbe Million Exemplare durch den eifrigen amerikanischen Propagandadienst an der Ostfront in die Hände der deutschen Soldaten gelangt waren, haben die Vierzehn Punkte den Gang der Brester Verhandlungen nicht beeinflußt.

Wilson selbst mochte die Wirkungslosigkeit seines Appells gespürt haben, als er zwei Wochen nach seiner Rede, zu einem Zeitpunkt, da die Bolschewisten die

⁶ Ullman 40.

⁷ Abgedruckt in Lloyd George II 1545 ff.

⁸ Zitiert bei Ullman 74. – Hölzle (Osten 69; Revolution 90) glaubt in dieser und ähnlichen Äußerungen Balfours dessen Verkennung der bolschewistischen Gefahr zu sehen. Es ist dabei zu bedenken, daß Kühlmann in seiner Ostpolitik nach genau denselben Grundsätzen – was sein Verhalten gegenüber den Bolschewisten angeht – verfuhr.

⁹ Text der Botschaft in FRUS 1918 The World War, Supplement I, Vol. I 12 ff. – Zur Entstehungsgeschichte und Bedeutung s. Kennan, Russia 242 ff.

Konstituierende Versammlung in Petersburg gewaltsam aufhoben, resigniert schrieb: »Es ist quälend zu sehen, wie dort alles immer wieder in Stücke geht.«¹⁰ Aber noch einmal wandte er sich an das russische Volk, als der Sowjetkongreß im März die Ratifikation des Brester Vertrages erörterte. Er benutzte die Gelegenheit, »um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten für das Volk von Rußland in diesem Augenblick auszudrücken, in dem die deutsche Macht sich eingemengt hat, um diesen großen Kampf um die Freiheit zu unterbrechen und rückgängig zu machen und die Interessen Deutschlands an die Stelle der Ziele des Volkes von Rußland zu setzen«¹¹. Die Antwort des Sowjetkongresses, die nach den Worten eines der Bolschewistenführer, Zinov'ev, ein »Schlag ins Gesicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten« sein sollte¹², war ein unverhüllter Appell an »das amerikanische Volk und in erster Linie die werktätigen und ausgebeuteten Klassen der Vereinigten Staaten, . . . das Joch des Kapitalismus abzuwerfen und eine sozialistische Ordnung der Gesellschaft zu begründen«¹³.

Von den alliierten Ländern fühlte sich Frankreich am empfindlichsten durch das Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg getroffen. In einer Denkschrift des französischen Außenministeriums vom Februar 1918 heißt es, daß bei der Unfähigkeit Rußlands und der Ohnmacht der Alliierten allein Deutschland in der Lage sei, Rußland zu organisieren, eine Gefahr noch furchtbarer für die Zukunft als für die Gegenwart¹⁴. Auf den Abschluß des Brester Vertrages reagierte Clemenceau mit dem ihm eigenen unbeugsamen Kriegswillen, wie es beispielhaft in seiner Rede in der Kammersitzung vom 8. März zum Ausdruck kommt: »Meine auswärtige und meine innere Politik ist ganz dieselbe. Innere Politik: Ich führe Krieg. Auswärtige Politik: Ich führe Krieg. Ich führe immer Krieg. . . Mein Bestreben ist, mich mit unseren Verbündeten in einem Vertrauensverhältnis zu erhalten. Rußland verrät uns: Ich führe weiter Krieg. Das unglückliche Rumänien ist gezwungen zu kapitulieren. Ich führe weiter Krieg, und ich werde weiter Krieg führen bis zur letzten Viertelstunde, denn uns wird die letzte Viertelstunde gehören.«¹⁵

Für Japan schien die Novemberrevolution die Möglichkeit zu eröffnen, seinen Einfluß nicht nur auf die nördliche Mandschurei, sondern auch auf Sibirien auszubreiten. Seit den Brester Verhandlungen aber war die Haltung Japans gegenüber Rußland ständig von der Furcht vor einem Übergreifen Deutschlands auf China, besonders auf die Mandschurei und die Mongolei, bestimmt¹⁶ – eine groteske Überschätzung des deutschen Expansionswillens wie der deutschen Expansionskraft! Der japanische Außenminister Goto glaubte im Frühjahr 1918, daß die

¹⁰ Zitiert bei Kennan, *Russia* 362.

¹¹ FRUS 1918 *Russia* I 395.

¹² Kennan, *Russia* 513.

¹³ Dokumenty I 211.

¹⁴ Erwähnt bei Hölzle, *Osten* 48; *Revolution* 86.

¹⁵ Zitiert bei Schwertfeger, »Der Tiger« 73.

¹⁶ S. Morley 53, 55.

Zukunft einerseits den Vereinigten Staaten, andererseits Deutschland und den übrigen Mittelmächten gehören werde¹⁷.

Die Alliierten haben die bolschewistische Regierung während des Krieges nie offiziell anerkannt. In den ersten Monaten nach der Novemberrevolution richteten besonders England und Frankreich ihr Augenmerk auf das nichtbolschewistische Südrußland, die Ukraine und das Donegebiet. Obwohl man aber der ukrainischen Rada¹⁸ und den Donkosaken unter Kaledin¹⁹ Geld zukommen ließ, sah man es bald als aussichtslos an, in Südrußland ein Zentrum des Widerstands gegen die Mittelmächte schaffen zu können. Die Besetzung der Ukraine durch Deutschland im März machte schließlich alle Hoffnungen zunichte. Die alliierte Hilfe an diese Gebiete war auch von vornherein auf finanzielle Unterstützung beschränkt geblieben, weil man fürchtete, sonst die Bolschewisten in die Arme Deutschlands zu treiben. Die Alliierten versuchten deshalb, auch mit den Bolschewisten Beziehungen anzuknüpfen und sie wieder in den Krieg gegen Deutschland zu bringen. Die Kontakte wurden durch inoffizielle Agenten gepflegt. Auf amerikanischer Seite war es vor allem Raymond Robins²⁰, Leiter der amerikanischen Rote-Kreuz-Mission in Rußland, auf englischer Bruce Lockhart²¹, ehemals englischer Generalkonsul in Moskau, und auf französischer Jacques Sadoul²², Mitglied der französischen Militärmission in Rußland.

Während der Brester Verhandlungen versuchten diese drei Verbindungsmänner, ihre Regierungen von der Notwendigkeit alliierter Hilfe an das bolschewistische Rußland zu überzeugen, um dessen Widerstandskraft gegen die Zentralmächte zu festigen. Die Unterstützung sollte in zweifacher Form geleistet werden: durch militärische Hilfe beim Wiederaufbau einer regulären russischen Armee und durch technische Hilfe bei der Wiederherstellung des zerrütteten russischen Verkehrswesens. Auf seiten der Bolschewisten interessierte sich besonders Trockij für die Möglichkeit einer solchen alliierter Unterstützung. Da aber die amerikanische Regierung und auch die alliierten diplomatischen Missionen in Rußland, besonders der französische Botschafter Noulens – der sich mit seinen Kollegen nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Rußland im Februar von Petersburg nach Vologda zurückgezogen hatte –, die Zweckmäßigkeit derartiger Hilfe skeptisch beurteilten, versuchten die drei Agenten nach Abschluß des Brester Vertrages, die Sowjetregierung zu veranlassen, um militärische Intervention der Alliierten nachzusuchen oder sie zumindest gutzuheißen.

¹⁷ Ebenda 214.

¹⁸ Kurz bevor die Ukrainer Ende Dezember 1917 zu den Zentralmächten umschwenkten, hatten sie von Frankreich 50 Millionen Rubel erhalten. S. Kennan, *Russia* 184.

¹⁹ Das englische Kriegskabinett hatte im Dezember 1917 je 10 Millionen Pfund für Kaledin, die Ukraine und Rumänien bewilligt. S. Ullman 52.

²⁰ Kennan, *Russia* 378 ff.; Kennan, *Decision* 166 ff.

²¹ Ullman 58 ff.

²² S. seine gesammelten Briefe: *Notes sur la révolution bolchevique*.

Zweck ihres Bemühens war, durch Errichtung einer neuen Ostfront den Abzug deutscher Truppen aus dem Osten an die Westfront zu verhindern. Ihre Tätigkeit in dieser Richtung fällt ungefähr mit dem Zeitraum zwischen der Ratifizierung des Brester Vertrages und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland Ende April zusammen – ein Zeitraum, in dem die Sowjetregierung wegen der deutschen militärischen Aktionen in Rußland stark an der Dauerhaftigkeit des Brester Friedens zweifelte. Besonders Trockij hatte mit dem Gedanken gespielt, eine solche Unterstützung der Alliierten in Anspruch zu nehmen. Als sich aber bei der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen herausstellte, daß Deutschland nicht die Absicht hatte, die Sowjetregierung zu stürzen, gab er diesen Gedanken auf. Zudem begann sich im April, besonders aber von Ende Mai an das Verhältnis der Alliierten zum bolschewistischen Rußland aus mancherlei Gründen zu verschlechtern.

Die Sowjetführer haben die Gespräche, die sie mit Robins, Lockhart und Sadoul führten, nie ernst genommen. Trockij hat den alliierten Vertretern eigentlich kein einziges weitreichendes Hilfesuch übermittelt. Grundsätzlich waren sich Lenin und Trockij einig, solche Unterstützung in bestimmten Fällen anzunehmen. Als am 22. Februar in einer Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei über die Zulässigkeit militärtechnischer Unterstützung der Alliierten zur Verteidigung gegen den deutschen Imperialismus diskutiert wurde und besonders Bucharin die Frage nach der Annehmbarkeit solcher Hilfe verneinte, schickte Lenin, der dieser Sitzung nicht beiwohnte, dem Zentralkomitee die Erklärung: »Ich bin dafür, daß wir Kartoffeln und Waffen von den Räubern des anglo-französischen Imperialismus annehmen.«²³ Obwohl Lenin also prinzipiell bereit war, Hilfe aus dem imperialistischen Lager anzunehmen, erblickte er in ihr doch eine Falle, die Rußland wieder in den Kampf gegen Deutschland hineinziehen würde. Er war überzeugt, daß eine Herbeirufung alliierter Truppen in das Gebiet Sowjetrußlands nur zu einem Kampf der beiden imperialistischen Mächtegruppen auf sowjetischem Territorium und damit zur Vernichtung der Sowjetmacht selbst führen werde²⁴. Lenin ging es aber in jenen Monaten einzig und allein darum, die durch den Brester Vertrag erhaltene Atempause zu verlängern. Nur in dem Fall, daß eine der imperialistischen Koalitionen es direkt auf die Vernichtung der Sowjetmacht angelegt hätte, würde er die andere zu unmittelbarem Eingreifen aufgefordert haben.

* * *

Drei Tage nach Abschluß des Brester Friedensvertrages unternahmen die Alliierten den ersten Schritt zur Intervention in Rußland, als 130 englische Marine-

²³ Lenin, Sämtliche Werke XXII 682/3.

²⁴ S. Lenin, Werke XXVII 354. – Von dieser Konsequenz war auch Sadoul überzeugt, als er am 30. März schrieb, daß die Deutschen im Falle offizieller alliierter Unterstützung an Rußland »den Bolschewisten ein Ultimatum nach dem anderen stellen und einen militärischen Vormarsch . . . [nach] Petersburg und Moskau beginnen würden«. (Sadoul 295.)

soldaten im Weißmeerhafen Murmansk an Land gingen²⁵. Murmansk, besonders aber Archangel'sk und Vladivostok waren während des Krieges zu Lagerplätzen wertvollen Kriegsmaterials geworden, das die Alliierten dem kriegführenden Rußland geliefert hatten. Wegen der schlechten Transportverhältnisse waren die Vorräte nicht sogleich ins Innere des Landes abbefördert worden. Nach der Novemberrevolution fürchteten die Alliierten um die Sicherheit dieses Kriegsmaterials. Ihre Sorge fanden sie begründet, als die Bolschewisten seit Januar 1918 die Vorräte aus Archangel'sk abzutransportieren begannen und sich um die Proteste der Alliierten nicht kümmerten. In alliierten Kreisen glaubte man, daß diese Aktion auf Veranlassung Deutschlands geschehe und das Material schließlich in deutsche Hände gelangen werde. Als im Verlauf des deutschen Vormarsches auf Petersburg irreguläre weißfinnische Aufklärungsabteilungen im Murmangebiet tätig wurden, erblickte man auf alliierter Seite darin den Beginn einer deutschgeführten Operation gegen die Murmanküste. Die Alliierten reagierten mit der Landung eines kleinen englischen Truppenkontingents und mit der Entsendung von zwei Kriegsschiffen. In der Panikstimmung, die in den ersten Märztagen in Petersburg herrschte, hatte Trockij dem Lokalsowjet von Murmansk die Genehmigung erteilt, alliierte Hilfe in Anspruch zu nehmen. Als im Laufe des Mai in Moskau wiederholt deutsche Proteste gegen die Aktivität der Alliierten in Nordrußland einliefen, wurde die Sowjetregierung der Form halber bei Lockhart wegen der Anwesenheit englischer Truppen in Murmansk vorstellig. Angesichts des deutschen Drucks auf die Sowjetregierung und deutscher U-Boot-Tätigkeit im Weißen Meer beschloß der Oberste Kriegsrat in Versailles am 3. Juni die Entsendung einiger Bataillone nach Nordrußland. In den folgenden Wochen gingen in Murmansk einige hundert amerikanische und englische Truppen an Land. Da der Lokalsowjet die Landung der alliierten Truppen begrüßte, die Sowjetregierung ihr aber jetzt feindlich gegenüberstand, kam es zum Bruch zwischen dem Murmansker Sowjet und Moskau.

England verfolgte in Nordrußland einmal das Ziel, von Murmansk aus die im April in Südfinnland gelandeten deutschen Truppen – die anfangs nie die Absicht hatten, nach Norden vorzugehen – in Schach zu halten und außerdem in Archangel'sk einen Brückenkopf zu errichten, um mit den in Sibirien und im Ural gegen die Bolschewisten kämpfenden Tschecho-Slowaken²⁶ eine Verbindung herzustellen und so seine Ostfront gegen Deutschland zu erneuern. Präsident Wilson hatte dem ständigen Druck Englands und Frankreichs nachgegeben und sich – widerstrebend und gegen den Rat militärischer Sachkenner – zur Entsendung amerikanischer Bataillone nach Archangel'sk bereit erklärt. Im September standen 15 000 alliierte Truppen in Murmansk und etwa halb soviel in Archangel'sk.

²⁵ Zum folgenden s. die entsprechenden Kapitel bei Ullman 118/9, 172 ff., 193 ff., 230 ff.; Kennan, Decision 15 ff., 245 ff., 363 ff.

²⁶ S. u. S. 53.

Die Situation im Fernen Osten hatte sich in ähnlichen Bahnen entwickelt. England und Frankreich sahen im japanischen Militärpotential das wirksamste Mittel, um der befürchteten Beherrschung des Ostraumes durch Deutschland entgegenzutreten. Es gibt ein vom Dezember 1917 stammendes Memorandum Marschall Fochs²⁷, in dem die Gefahr einer deutschen Durchdringung Sibiriens und des Fernen Ostens geradezu grotesk ausgemalt und der ebenso groteske Vorschlag gemacht wird, die gesamte Transsibirische Eisenbahn von Vladivostok bis Moskau durch japanische Truppen besetzen zu lassen, um den deutschfeindlichen Widerstand in der Ukraine und in Rumänien zu stärken. Kaum minder phantastisch sind die englischen Vorstellungen von dem deutschen Betätigungswillen im Fernen Osten. Bizarren Ausdruck fanden sie in der im Sommer 1918 oft ausgesprochenen Befürchtung, Deutschland werde von der Ostsee aus zerlegte U-Boote per Bahn nach Vladivostok transportieren, sie dort zusammensetzen und die Schifffahrt im Japanischen Meer bedrohen²⁸!

England und Frankreich hatten Japan bald nach der Novemberrevolution zur Intervention in Sibirien aufgefordert²⁹. Obwohl Japan schon im Januar zwei Kriegsschiffe nach Vladivostok entsandte und Vorbereitungen für eine Truppenlandung traf, weigerte es sich, als Mandatar der Alliierten aufzutreten und besonders ohne »die moralische und materielle Hilfe«³⁰ der Vereinigten Staaten in Sibirien vorzugehen. Es fürchtete, ohne amerikanische Mitwirkung seine Kräfte in einer Intervention zu erschöpfen und dann schließlich das Feld Amerika überlassen zu müssen. Die Landung eines kleinen japanischen Truppenkontingents am 6. April 1918 in Vladivostok hatte nur lokale Bedeutung und blieb ohne Folgen, obwohl sie zu erbitterten Protesten der Sowjetregierung führte. Trotz ständigem und unbeirrbarem Drängen Frankreichs und Englands hatten Präsident Wilson und seine Berater in den ersten sechs Monaten des Jahres 1918 mit monotoner Regelmäßigkeit jede amerikanische Intervention in Vladivostok abgelehnt. Als Grund für ihre Haltung gaben sie die Furcht vor einer Verfeindung des russischen Volkes an. So schrieb z. B. Oberst House an Wilson am 2. Februar 1918: »Ich habe niemals meine Meinung darüber geändert, daß es ein großer politischer Fehler wäre, japanische Truppen nach Sibirien zu entsenden. Ich vermag darin keinen militärischen Vorteil zu sehen, der den dadurch angerichteten Schaden wettmachen könnte. Abgesehen von der Verstimmung, die in der bolschewistischen Regierung entsteht, würde es die Slawen in ganz Europa wegen der Rassenfrage aufrütteln.«³¹ Hinter diesen Befürchtungen lag aber auch sicherlich das Mißtrauen gegenüber den eigentlichen Motiven einer japanischen Intervention – die Sorge, daß sich Japan schwerlich aus Sibirien wieder zurückziehen werde, nachdem es sich dort einmal festgesetzt hatte.

²⁷ S. Kennan, *Russia* 300.

²⁸ Ullman 87/8.

²⁹ Zum folgenden s. Morley und die entsprechenden Passagen bei Kennan und Ullman.

³⁰ Morley 142.

³¹ Zitiert bei Kennan, *Russia* 463.

Die Lage in Sibirien wurde außerdem durch einen besonderen Faktor kompliziert. Der Abschluß des Brest-Litowsker Vertrages lenkte die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die Kriegsgefangenen der Zentralmächte, die sich in Sibirien befanden³². Es war natürlich, daß die alliierten Regierungen jetzt fürchteten, diese Kriegsgefangenen würden bewaffnet und von den Mittelmächten, vielleicht im Einvernehmen mit den Bolschewisten, zur Beherrschung Sibiriens eingesetzt werden. Kennan ist bereits zu dem Ergebnis gekommen, daß von den etwa 800 000 Kriegsgefangenen in Sibirien, von denen etwa $\frac{1}{10}$ Deutsche, der Rest Staatsangehörige Österreich-Ungarns waren, insgesamt nur 15 000 Gefangene auf Betreiben der Bolschewisten bewaffnet wurden, davon allein 5000 in Turkestan. Die deutschen Akten bieten nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß diese Gefangenen irgendwelchen Kriegszielen der Mittelmächte dienen sollten. Trotzdem hat die imaginäre Gefahr der sibirischen Kriegsgefangenen die Alliierten, und hier besonders die Vereinigten Staaten, zu folgenschweren Entscheidungen veranlaßt.

Für diese Entscheidungen war wesentlich mitverantwortlich die Situation der sog. tschecho-slowakischen Legion. Dieser Truppenkörper³³ hatte sich aus Überläufern und Gefangenen in Rußland gebildet und war noch von der Provisorischen Regierung an der russischen Südwestfront eingesetzt worden. Nach der Novemberrevolution beschloß der tschecho-slowakische Nationalrat in Paris unter Thomas Masaryk und die Alliierten, das Korps an die Westfront zu transportieren. Besonders Frankreich, das alle Ereignisse im Osten immer nur in bezug auf die Kriegführung im Westen betrachtete, setzte sich mit Nachdruck für die Verwirklichung dieses Planes ein. Masaryk führte im Januar 1918 Verhandlungen mit den Sowjetbehörden in Petersburg über den Abtransport des Korps. Erst nach Abschluß des Brester Friedens ließ die Sowjetregierung die Evakuierung der Tschecho-Slowaken über Vladivostok zu. Das Korps befand sich zu dieser Zeit (März) in der Gegend von Kiev. Deutsche Truppen waren bei der Besetzung der Ukraine in Gefechtsberührung mit den Tschecho-Slowaken gekommen. Der deutsche Vormarsch beschleunigte ihren Abzug.

Während Frankreich im Frühjahr und Sommer 1918 auf einer möglichst schnellen Abbeförderung der Legion bestand, wurde die Zweckmäßigkeit ihres Transports an die Westfront von England (besonders vom War Office) stets bezweifelt. Auf englischer Seite maß man dem etwa 50 000 Mann zählenden Korps, dem einzigen intakten Truppenkörper im russischen Chaos, eine große militärische Bedeutung für die Entwicklung der Lage in Rußland bei. Man rechnete damit, daß eine japanische Intervention in Sibirien unter tschechischer (und damit slawischer) Füh-

³² S. Kennan, Decision 71 ff.

³³ Über das Verhältnis der Alliierten zum tschecho-slowakischen Korps s. Kennan, Decision 136 ff. Über die »Anabasis« der Legion durch Sibirien ist am verlässlichsten Klante, die in Prag das Archiv der tschecho-slowakischen Legion benutzte. Zahlreiches Dokumentenmaterial bei Bunyan 75 ff.

zung nun *eher* durchführbar sein werde oder die Legion in Nordrußland zum Schutz der Weißmeerhäfen vor einem deutschen Übergreifen verwendet werden könne. Als die ganze Angelegenheit am 2. Mai in Abbéville vom Obersten Kriegsrat erörtert wurde, konnte man sich nur darüber einigen, den einen Teil des Korps nach Vladivostok und den anderen nach Archangel'sk zu dirigieren. Seine endgültige Verwendung blieb unbestimmt.

Anfang Mai befand sich das Korps verstreut an der Transsibirischen Eisenbahn von Penza westlich der Volga bis nach Vladivostok, wo die ersten Truppenzüge gerade eintrafen. Mit den örtlichen Sowjetbehörden war es bereits zu zahlreichen Schwierigkeiten und Reibereien gekommen. Die Tschechen hatten sich nicht immer an die ihnen auferlegte Bestimmung gehalten, Waffen bis zu einer festgesetzten Menge abzugeben und nichtkommunistische russische Offiziere aus Kommandoposten zu entfernen. Die Sowjets ihrerseits hatten versucht, unter den Tschechen Propaganda zu treiben. Am 14. Mai ereignete sich in Čeljabinsk ein Zwischenfall, der die ganze Situation von Grund auf änderte. Aus einem Zug mit ungarischen Gefangenen, die aus Sibirien repatriert werden sollten, wurde ein Ofenrohr oder eine Eisenstange herausgeworfen, die einen tschechischen Soldaten in einem danebenstehenden Zug tötete. Der betreffende ungarische Soldat wurde sofort gelyncht. Die Sowjetbehörden untersuchten den Vorfall und verhafteten einige Tschechen, die aber bald von ihren Kameraden mit Gewalt wieder befreit wurden. Die Sowjetregierung in Moskau reagierte auf den Zwischenfall mit schneidender Schärfe. Am 25. Mai erließ Trockij Befehl an alle Lokalsowjets entlang der Sibirischen Eisenbahn, die Tschecho-Slowaken sofort zu entwaffnen und jeden waffentragenden Tschechen auf der Stelle zu erschießen. Die Tschecho-Slowaken, die der Meinung waren, Trockijs Befehl sei vom deutschen Gesandten in Moskau, Graf Mirbach, ausgegangen, beschlossen, ihren Weg nach Vladivostok mit Gewalt fortzusetzen. Am 26. Mai begannen überall an der Transsibirischen Eisenbahn Kämpfe mit den Bolschewisten. Bis Ende Juni war die Bahn von Penza ab ostwärts mit Ausnahme von Irkutsk in den Händen der Tschecho-Slowaken.

In englischen Militärkreisen belebte der tschecho-slowakische Aufstand die Hoffnung auf Bildung einer neuen Ostfront. Der Plan einer kombinierten Intervention in Nordrußland und in Sibirien wurde von nun an die Basis der englischen Militärpolitik in Rußland. Am 3. Juni beschlossen die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens in Paris, Japan zur Intervention in Sibirien aufzufordern unter der Bedingung, daß es die territoriale Integrität Rußlands wahre, sich nicht in innerrussische Angelegenheiten einmische und möglichst weit nach Westen vor-dringe, »um den Deutschen entgegenzutreten«³⁴. Unter der letzten Bedingung verstand man ein Vorgehen bis Omsk oder Čeljabinsk. Deutsche Truppen wären aber erst 1500 bis 2000 km entfernt im Dongebiet anzutreffen gewesen!

³⁴ Ullman 202.

Die nun zwischen England und Japan eingeleiteten Verhandlungen über die geforderte Intervention zogen sich wochenlang hin. Japan ließ keinen Zweifel daran, daß eine Intervention nur im Amurbecken in Frage komme und ein Vordringen bis zum Ural ausgeschlossen sei. Der japanische Generalstab errechnete, daß eine Expedition bis Čeljabinsk drei Jahre sowie den Einsatz der gesamten japanischen Armee und allein über 100 000 Mann an Bahnwachen erfordern würde³⁵. Die englische Regierung und besonders das War Office jedoch ließen sich von solchen fachtechnischen Einwänden nicht beirren. Der Ruf nach Intervention erging immer wieder. Diese Haltung Englands zeugt von gänzlicher Verkennung der eigentlichen Motive der japanischen Politik. Es war ja auch physisch gar nicht möglich, bei den bestehenden chaotischen Verhältnissen in Sibirien riesige Armeen durch einen Raum von 10 000 km Durchmesser vom Pazifik zum Ural zu befördern. Man kann mit Ullman die Erklärung dafür nur in dem aus schierer Verzweiflung geborenen Wunsch finden, daß irgendein Mittel, ganz gleich welches, gefunden werden müsse, um den Druck an der Westfront zu mildern. In englischen Militärkreisen war man der Überzeugung, daß ohne Errichtung irgendeiner Ostfront der Krieg für die Alliierten verloren sei. In einer Denkschrift des englischen Generalstabs vom Mai 1918 heißt es, falls der Krieg bis 1919 fort dauere, werde Deutschland in der Lage sein, zwei Millionen Wehr- und Arbeitsfähige aus den von ihm beherrschten Provinzen Rußlands zu rekrutieren, von denen es eine Million an der Westfront einsetzen und den Rest in der deutschen Kriegswirtschaft verwenden werde. Auf diese Weise würden die im alten römischen Imperium herrschenden Verhältnisse wiederkehren, »wo aus Fremdvölkern gedungene Legionäre an seinen Grenzen kämpften und Sklaven im Mutterland arbeiteten«. Deutschland lasse sich nicht wie die Westmächte von irgendwelchen christlichen Normen zurückhalten. Verhungernlassen und Auspeitschen im Verein mit Maschinengewehrfeuer würden in einem Volk von Analphabeten, das jahrhundertlang in Leibeigenschaft gelebt habe, bald die erwünschte Wirkung erzielen³⁶.

Während England als Voraussetzung für die Errichtung einer neuen Ostfront das militärische Eingreifen Japans in Rußland für erforderlich hielt, sah Japan als Vorbedingung für eine Intervention amerikanische Mitwirkung an. Die amerikanische Regierung hatte immer einen strengen Unterschied zwischen einer Intervention in Nordrußland und einer solchen in Sibirien gemacht. Eine Truppenlandung in Murmansk und Archangel'sk zum Schutz der Häfen und Kriegsvorräte vor deutscher Besetzung, so schrieb Lansing am 11. Mai an Wilson³⁷, würde keine »Rassenschwierigkeiten« schaffen. Die deutschen Erfolge an der Westfront,

³⁵ S. Morley 227.

³⁶ Zitiert bei Ullman 169. Ullman zitiert S. 211 aus einer weiteren Denkschrift des War Office vom 20. Juni 1918, in der es u. a. heißt: »Wenn in Kürze keine alliierte Intervention . . . erfolgt, bleibt keine Hoffnung auf den Endsieg, wir werden dagegen ernsthaft Gefahr laufen, geschlagen zu werden.«

³⁷ FRUS 1918 Russia II 160.

der Druck der amerikanischen öffentlichen Meinung³⁸ und das unentwegte Drängen Englands und Frankreichs auf eine sibirische Expedition hatten Wilson immer wieder veranlaßt, seinen Standpunkt von neuem zu überprüfen. Der Plan einer Intervention in Rußland wurde zum beherrschenden Problem der amerikanischen Außenpolitik. »Ich habe Blut geschwitzt über der Frage, was für eine Aktion in Rußland richtig und durchführbar ist. Wenn ich sie anrühre, zerfällt sie wie Quecksilber.« So schrieb Wilson am 8. Juli 1918³⁹.

Der Präsident hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits zur Intervention in Sibirien entschlossen. Die Lage des tschecho-slowakischen Korps hatte dafür den Ausschlag gegeben. Als Wilson am 17. Juni ein Telegramm vom amerikanischen Geschäftsträger in Peking las, in dem nahegelegt wurde, den Tschechen Sibirien zur »Kontrolle« gegenüber den Deutschen zu überlassen, glaubte er in diesem Vorschlag »den Schatten eines Plans« zu sehen, der mit japanischer und sonstiger Unterstützung ausgearbeitet werden könnte. Die Tschechen, bemerkte er gegenüber Lansing, seien schließlich »die Vettern der Russen«⁴⁰. Am 24. Juni erhielt Wilson aus Vladivostok die Nachricht, daß Irkutsk von deutschen Kriegsgefangenen »genommen« worden sei und daß die Behinderung des tschecho-slowakischen Korps bei seinem Marsch durch Sibirien auf »deutschen Einfluß« zurückzuführen sei⁴¹. In einer Denkschrift vom 4. Juli schrieb Lansing, die Lage in Sibirien habe sich wesentlich verändert, nachdem sie »ein Gefühlsmoment in die Frage unserer Pflicht« eingeführt habe. Es sei jetzt eine »amerikanische Verantwortlichkeit«, den Tschechen zu helfen⁴².

Am 6. Juli verlas der Präsident vor einigen seiner Staatssekretäre eine von ihm selbst verfaßte Denkschrift⁴³, die als Grundlage für die amerikanische Rußlandpolitik der folgenden Monate diente. Wilson ging davon aus, daß auch bei Verwendung japanischer Truppen die Errichtung einer Ostfront physisch unmöglich sei, selbst wenn diese Front östlich des Ural geschaffen werden sollte. Die englische Forderung nach Bildung einer Ostfront wurde damit ausdrücklich zurückgewiesen. Wilson fuhr fort, die jetzige Lage in Sibirien mache es notwendig, den Tschecho-Slowaken in Vladivostok bei dem Zusammenschluß mit ihren Stammesbrüdern in Westsibirien behilflich zu sein. Er schlug sodann vor, 7000 amerikanische und 7000 japanische Soldaten in Vladivostok zu landen, um den nach Irkutsk vorrückenden Tschecho-Slowaken die rückwärtigen Verbindungen zu sichern. Die japanische und die amerikanische Regierung würden öffentlich erklären, daß sie die Truppen nur landen würden, um den Tschecho-Slowaken

³⁸ S. Kennan, Decision 322 ff., besonders 357 ff.

³⁹ Zitiert bei Kennan, Decision 381.

⁴⁰ Ebenda 388.

⁴¹ Ebenda 392. – Die Nachricht bezog sich auf Kämpfe in Irkutsk zwischen Bolschewisten und Weißen Truppen, wobei die Bolschewisten auch aus Kriegsgefangenen gebildete Internationalisten-Brigaden einsetzten.

⁴² Ebenda 395.

⁴³ FRUS 1918 Russia II 262/3.

»gegen die deutschen und österreichischen Gefangenen« zu helfen, und daß sie nicht die Absicht hätten, sich in innerrussische Angelegenheiten einzumischen. Die Entscheidung des Präsidenten wurde am 17. Juli den alliierten Missionen in Washington in einem Memorandum⁴⁴ mitgeteilt und am 3. August in einem Kommuniqué⁴⁵ veröffentlicht. Auch in dieser Veröffentlichung wurde als Zweck der militärischen Aktion in Sibirien angegeben, »den Tschecho-Slowaken soweit möglich Schutz und Hilfe gegen die bewaffneten österreichischen und deutschen Gefangenen, die sie angreifen, zu gewähren«. In dieser Formel lag eine riesige Übertreibung der von den Kriegsgefangenen drohenden Gefahr; Wilson hatte damit alle sachgemäßen Berichte über das Problem der Kriegsgefangenen ignoriert. Zweifellos haben die Tschecho-Slowaken, die sich durch ihr empfindliches Nationalgefühl leicht zu Provokationen gegenüber den ungarischen und österreichischen Kriegsgefangenen hinreißen ließen, zur Dramatisierung der Verlautbarungen Wilsons wesentlich beigetragen. In Wilsons Vorstellungen über die Lage in Sibirien war, wie Kennan darauf hinweist⁴⁶, Raum weder für die Bolschewisten, die für die Tschechen in Sibirien die eigentlichen Gegner, noch für die Weißen, die ihre eigentlichen Verbündeten waren.

Doch war Wilson nicht nur in der Begründung und Zielsetzung seines Entschlusses einem schweren Irrtum erlegen, sondern auch in der Einschätzung der möglichen Folgen. In London, Paris und Tokio wurde die Begrenzung der geplanten Intervention scharf kritisiert. Nachdem die Entscheidung aber grundsätzlich gefallen war, ging die Initiative an Japan über⁴⁷. Zwischen dem 3. und 10. August gingen 12 000 japanische Truppen in Vladivostok an Land. Ihre Zahl wuchs bis zum Waffenstillstand im Westen auf 70 000, das Zehnfache des von Präsident Wilson geforderten Kontingents! Als das Gros der amerikanischen Truppen – im ganzen knapp 9000 – im September in Sibirien eintraf, hatten die Tschecho-Slowaken schon längst die gesamte Transsibirische Eisenbahn zwischen dem Stillen Ozean und dem Ural in ihren Händen. Das Ziel, um dessentwillen die amerikanischen Truppen nach Sibirien kommen sollten, war also bereits vor ihrer Ankunft erreicht.

Der Aufstand der Tschecho-Slowaken wurde von deutscher Seite mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wie bereits erwähnt, sahen die Tschecho-Slowaken hinter dem Entwaffnungsbefehl Trockijs den Einfluß des deutschen Gesandten Mirbach, des »Diktators von Moskau«⁴⁸. Aus den deutschen Akten geht nun hervor, daß die Entwaffnung der Tschecho-Slowaken tatsächlich von deutscher Seite gefordert wurde, aber – und hier lassen die Akten keinen Zweifel – fast bereits zwei Wochen,

⁴⁴ Ebenda 287 ff.

⁴⁵ Ebenda 328/9.

⁴⁶ Kennan, Decision 401.

⁴⁷ Zur japanischen Antwort auf das amerikanische Memorandum vom 17. Juli s. Morley 264 ff.

⁴⁸ So nannte ihn der amerikanische Botschafter in Rußland. S. FRUS 1918 Russia I 520, Francis an Lansing, Vologda 1918 V 2.

nachdem Trockijs Befehl ergangen war. Mirbach hatte dem Auswärtigen Amt in Berlin zum erstenmal Anfang Juni vom Aufstand der Tschecho-Slowaken, von dem er selbst nur aus Moskauer Zeitungsberichten erfahren hatte, Mitteilung gemacht⁴⁹. Ludendorff hatte daraufhin am 4. Juni das Auswärtige Amt ersucht⁵⁰, von der russischen Regierung sofortige Entwaffnung der Tschecho-Slowaken zu verlangen.

Bevor Mirbach in Moskau bei der russischen Regierung vorstellig werden konnte, hatten – am 4. Juni – die alliierten Vertreter in Moskau beim russischen Außenkommissar Čičerin gegen die Entwaffnung der Tschecho-Slowaken protestiert und ihn wissen lassen, daß die Ententemächte die Tschecho-Slowaken als verbündetes Heer betrachteten, dessen Entwaffnung sie als unfreundlichen und von Deutschland inspirierten Akt ansehen würden⁵¹. Čičerin teilte am folgenden Tag dem deutschen Gesandten, der nun seinerseits die Entwaffnung der Tschecho-Slowaken verlangte, den Schritt der Alliierten mit. Wie klug er die Forderungen der Alliierten und der Deutschen gegeneinander auszuspielen wußte, zeigt, daß er Mirbach zu verstehen gab, die Bolschewisten könnten den Tschecho-Slowaken gegenüber nur dann eine feste Haltung einnehmen, wenn die Feindseligkeiten an der finnischen, ukrainischen und kaukasischen Front, wo die Rote Armee mit nichtkommunistischen unter deutschem Einfluß stehenden Truppen kämpfte, eingestellt würden. Obwohl Ludendorff die russischen Gegenbedingungen empört zurückwies⁵², konnte die Sowjetregierung – wie noch in anderem Zusammenhang zu zeigen sein wird⁵³ – auf beruhigende Erklärungen des Auswärtigen Amtes hin besonders von der Demarkationslinie im Westen Streitkräfte an die Tschecho-Slowaken-Front abziehen und dadurch wieder (im September) die Oberhand über die Tschecho-Slowaken gewinnen. Ludendorff glaubte jedenfalls noch im Juni⁵⁴ – auch er durchschaute hier nicht die wahren Zusammenhänge –, daß die Sowjetregierung in der Angelegenheit der Tschecho-Slowaken mit der Entente zusammenarbeite. Als er Anfang Juli von der Absicht der Alliierten erfuhr, einen Teil der Tschecho-Slowaken nach Archangel'sk und Murmansk abzuzweigen und damit eine Verbindung mit den dort stehenden alliierten Truppen herzustellen, ersuchte er das Auswärtige Amt⁵⁵, die russische Regierung auffordern zu lassen, »daß sie allen Ernstes das Vordringen der Tschecho-Slowaken verhindert. Sie darf auch nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß, wenn ihr die Verhinderung des Durchzuges nicht gelingt, wir genötigt sein werden, auf Petersburg vorzumarschieren, um die Tschecho-Slowaken vor der Vereinigung mit den

⁴⁹ AA an Grünau, Berlin 1918 VI 3 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

⁵⁰ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 4 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 242).

⁵¹ Kühlmann an Berckheim (darin Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VI 5), Berlin 1918 VI 7 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14). Dazu s. Lockhart 284 ff.

⁵² Berckheim an AA, Spa 1918 VI 11 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

⁵³ S. z. B. u. S. 83. S. auch Trockij, Lenin 113.

⁵⁴ S. Anm. 50 und Berckheim an AA, Spa 1918 VI 11 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 141).

⁵⁵ Berckheim an AA (darin Hindenburg an Rk), Spa 1918 VII 6 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 141/2).

Ententetruppen zu schlagen.« – In Kreisen der Sowjetregierung fürchtete man in jenen Monaten tatsächlich, daß die Deutschen bei weiterem Vordringen der Tschecho-Slowaken Petersburg und Moskau besetzen würden⁵⁶.

Der Aufstand der Tschecho-Slowaken, hinter dem die Sowjetregierung natürlich die Regie Englands und besonders Frankreichs sah, war der Hauptgrund für die rasche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Bolschewisten und den Alliierten. Die Landung englischer Truppen in Archangel'sk Anfang August führte den Bruch endgültig herbei. Am 25. Juli hatten die alliierten Missionen – der amerikanische Botschafter Francis, der französische Botschafter Noulens, der englische Geschäftsträger Lindley und andere Vertreter – Vologda, von wo aus sie die Lage in Rußland immer nur bruchstückhaft hatten übersehen können⁵⁷, verlassen, da sie die Landung englischer Truppen und nachfolgende bolschewistische Repressalien mit Sicherheit erwarteten. Am 5. August, als die Bolschewisten sich ihrem Untergang nahe fühlten, verhaftete die Čeka 200 englische und französische Staatsangehörige in Moskau, um sie als Geiseln festzuhalten⁵⁸. Am 4. September wurde auch Lockhart⁵⁹ festgenommen, im Laufe des Monats aber gegen den in England zurückgehaltenen russischen Agenten Litvinov, den späteren Außenminister, ausgetauscht⁶⁰.

Die Sowjetbehörden hatten Lockhart konterrevolutionärer Verbindungen beschuldigt. Lockhart hatte etwa seit Mitte Mai, als er die Bereitwilligkeit Deutschlands erkannte, mit den Bolschewisten zusammenzugehen, und durch den Aufstand der Tschecho-Slowaken eine neue Situation geschaffen war, alle Hoffnung aufgegeben, von den Bolschewisten eine Aufforderung oder Zustimmung zu einer alliierten Intervention zu erhalten. Er nahm Verbindung mit bolschewikfeindlichen Gruppen auf⁶¹, vor allem mit der von dem Terroristen und ehemaligen Kriegsminister Kerenskijs, Savinkov, geführten »Union für die Verteidigung von Vaterland und Freiheit«, die großenteils aus ehemaligen Offizieren bestand, und dem »Bund für die Wiedergeburt Rußlands« (auch »Linkes Zentrum« ge-

⁵⁶ So schrieb Krasin, der im Herbst die Außerordentliche Kommission für Heeresausrüstung leitete, am 7. September 1918 an seine Frau: "Worst of all is the fact that the increasing success of the Czechoslovaks makes it more difficult to cope with the grabbing tendencies of the Germans, and it is feared that if the Czechoslovaks take Nijni the Germans will occupy Petrograd and Moscow." (Krasin 96.)

⁵⁷ Lockhart schrieb voller Spott über die in der provinziellen Abgeschlossenheit Vologdas lebenden alliierten Diplomaten, es sei ihm vorgekommen, »als ob drei ausländische Botschafter versuchten, ihre Regierungen über eine englische Kabinettskrise von einem Dorf auf den Hebriden aus zu beraten«. (Lockhart 489.)

⁵⁸ Ullman 286.

⁵⁹ Der Amerikaner Robins war schon im Mai von seiner Regierung abberufen worden; Sadoul hatte wegen der scharf bolschewikfeindlichen Haltung Noulens' schon früh kein Gehör mehr bei Trockij gefunden.

⁶⁰ S. Ullman 291 ff.

⁶¹ Ebenda 163/4, 187 ff., 231/2.

nannt), der Mitglieder verbotener Parteien (besonders gemäßigte Kadetten und Rechte Sozialrevolutionäre) und ehemalige Offiziere umfaßte⁶². Er und Noulens unterstützten diese Gruppen auch finanziell. Im Juli gab Lockhart einem Vertreter Alekseevs, der im Kuban'-Gebiet mit der sog. Freiwilligenarmee gegen die Bolschewisten kämpfte, zehn Millionen Rubel⁶³.

Der Aufstand der Tschecho-Slowaken, der mittlerweile auch westwärts gegen die Bolschewisten und nordwärts über Kazan' und Perm zur Herstellung einer Verbindung mit Archangel'sk gerichtet war, hatte diesen und anderen antibolschewistischen Strömungen erneut Auftrieb gegeben und sie auf einen Sturz der Bolschewisten hoffen lassen. In den von den Tschecho-Slowaken beherrschten Gebieten schossen lokale Regierungen wie Pilze aus dem Boden. Für das Volga-gebiet, Sibirien und Nordrußland sind einmal 13, für das gesamte ehemalige russische Reich 30 verschiedene Regierungen in dem hier behandelten Zeitraum (Sommer 1918) gezählt worden⁶⁴. Die wichtigsten unter den ersteren waren die Regierung in Samara, die sich unter Leitung der Rechten Sozialrevolutionäre nach Besetzung der Stadt durch die Tschecho-Slowaken gebildet hatte, und die Provisorische Sibirische Regierung in Omsk, die einen national-konservativen Charakter trug. Das Schicksal der kurzlebigen Samara-Regierung, die sich in der Hauptsache aus Abgeordneten der von den Bolschewisten auseinandergetriebenen Konstituierenden Versammlung zusammensetzte, zeigt beispielhaft, wie unfähig die antibolschewistischen Kräfte waren, in dem revolutionär aufgewühlten Rußland von 1918 eine Koalitionsregierung zu errichten. Durch ihre radikalen Lehren in der Landfrage entfremdete sich diese Regierung die Großgrundbesitzer in den reichen Weizengebieten Samaras. Mit ihrer Berufung auf die Autorität der Konstituierenden Versammlung stieß sie die Kadetten ab, während ihre Forderung auf Demokratisierung der Armee sie mit den ehemaligen Offizieren in Konflikt brachte. Im September versuchten beide Regierungen auf einer Konferenz in Ufa sich zu vereinigen. Das daraus hervorgegangene Direktorium wurde aber schon am 18. November gestürzt. Seine Funktionen übernahm Admiral Kolčak.

In der politischen Entwicklung in Sibirien hatten die alliierten Mächte, besonders England, eine maßgebende Rolle gespielt. Ähnliches gilt auch für die Gestaltung der Verhältnisse in den Gebieten am Kaspischen Meer. Hier waren schon frühzeitig kleine englische Truppenkontingente eingesetzt worden. Ihr Verwendungszweck war, einen deutschen Vorstoß nach Indien zu verhindern⁶⁵. Die von Enzeli

⁶² Zu diesen Gruppierungen s. Miljukov II 18 ff.; Gurko 12/3.

⁶³ Ullman 232. S. auch die Erinnerungen des im Mai 1918 im Auftrage Alekseevs nach Moskau gereisten Verbindungsmannes Kazanovič über dessen Beziehungen zu den alliierten Vertretern: Kazanovič 184 ff., besonders 199.

⁶⁴ Bunyan 277.

⁶⁵ In einer Denkschrift des englischen Generalstabs vom 25. Juli 1918 heißt es dazu: »Wenn nicht bei Kriegsende das demokratische Rußland als unabhängige Militärmacht wiederhergestellt werden kann, ist es nur eine Frage der Zeit, bevor ein Großteil Asiens in eine deutsche Kolonie verwandelt wird, und nichts kann das Vordringen des Feindes nach Indien, für

aus operierende Truppe unter Generalmajor Dunsterville hatte den Auftrag, die Schifffahrt auf dem Kaspischen Meer zu kontrollieren und die Ölpumpanlagen von Baku zu zerstören⁶⁶. Die Instruktion für den nach Turkestan mit einigen hundert englischen und indischen Truppen entsandten Generalmajor Malleson ging dahin, im Fall eines deutschen oder türkischen Übergreifens auf Turkestan die Transkaspische Eisenbahn unbrauchbar zu machen und zu verhindern, daß die großen Baumwollvorräte entlang der Bahn in Feindeshand fielen⁶⁷.

Während der Auftrag dieser beiden Generale, das Kaspische Meer unter englische Kontrolle zu bringen, am Ende des Weltkrieges als erfüllt gelten konnte, war doch das Gesamtziel der alliierten Rußlandpolitik, eine neue Front im Osten gegen Deutschland zu errichten, nie erreicht worden. Die an der Peripherie des riesigen Ostraumes – in Murmansk, Archangel'sk, Vladivostok und Baku – erfolgten Interventionen der Alliierten hatten nicht vermocht, deutsche Streitkräfte von der Westfront abzuziehen. Daß dennoch relativ große deutsche Truppenmengen im Osten gebunden blieben, lag an dem Willen Deutschlands, die besetzten Gebiete kriegswirtschaftlich auszunutzen. Erst als sich im Westen das Blatt zugunsten der Alliierten wandte, nahm die Interventionspolitik einen primär antibolschewistischen Charakter an. Vorher war sie ganz entschieden in erster Linie gegen Deutschland gerichtet.

3. Die deutsche Ostpolitik unter Kühlmann

Der Gegensatz, der sich bei den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen zwischen den Anschauungen der Reichsleitung und denen der Obersten Heeresleitung über die richtige deutsche Ostpolitik aufgetan hatte, war durch den Abschluß des Vertrages nicht beseitigt; er wirkte vielmehr mit unverminderter Stärke in der Ausführung und Ausgestaltung des Friedensschlusses fort und ist überhaupt der Schlüssel für das Verständnis der deutschen Ostpolitik im Sommer 1918 – einer Politik, die nicht nur dem Rückblickenden widerspruchsvoll erscheint, sondern schon von den Zeitgenossen als schwankend und ziellos empfunden wurde. Dieser für die Improvisation der deutschen Ostpolitik im wesentlichen verantwortliche Gegensatz war am deutlichsten in den beiden Personen Ludendorff und Kühlmann verkörpert. Es ist eine wohl kaum lösbare Aufgabe, feststellen zu wollen, welche Kräfte der damaligen »öffentlichen Meinung« hinter jedem dieser beiden Männer, die sich selbst als Antipoden der Politik ansahen, wirkte. Es geht hier nur um den Versuch, die Richtigkeit des Ansatzpunktes – Gegensatz zwischen Reichsleitung und OHL – an Hand der Akten nachzuprüfen.

dessen Verteidigung das Britische Empire von ungünstigster Position aus zu kämpfen haben wird, aufhalten.« (Zitiert bei Ullman 305.)

⁶⁶ Ullman 307/8.

⁶⁷ Ebenda 311.

Obwohl der Kampf zwischen Ludendorff und Kühlmann um die Führung der deutschen Ostpolitik unter ungleichen Voraussetzungen – das Gewicht der OHL in Fragen der Politik war 1918 fast schon erdrückend geworden – ausgetragen wurde, war das Ringen um die rechte ostpolitische Konzeption von einer Heftigkeit, wie sie von der Geschichtswissenschaft bisher nur erahnt worden ist. Unter deutscher Ostpolitik in jenem Zeitraum ist zweierlei zu verstehen: einmal die Politik gegenüber dem bolschewistischen Herrschaftsbereich, zum anderen diejenige gegenüber den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Rußlands (Finnland, baltische Länder, Ukraine und Georgien). Diese Unterscheidung ist von grundlegender Bedeutung, um Art und Ausgang der Auseinandersetzung zwischen Reichsleitung und OHL zu verstehen und richtig zu beurteilen. Beide Komponenten können natürlich nicht gänzlich unabhängig voneinander betrachtet werden, zumal deutsche Truppen im Osten auch nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk noch weiter vorrückten und in Gebiete kamen (Ostukraine, Krim, Georgien), die auch von den Bolschewisten beansprucht wurden.

Der Gegensatz¹ zwischen Ludendorff und Kühlmann war nicht auf ihre ostpolitischen Ansichten beschränkt. Er erstreckte sich auf das Grundsätzliche der deutschen Kriegsziele. Am unmittelbarsten kommt er zum Ausdruck in den Urteilen, die beide Persönlichkeiten übereinander abgaben. Von Oberst Haeften, dem Verbindungsmann der OHL beim AA in Berlin, ist ein Ausspruch Ludendorffs überliefert, der in der schweren Führungskrise des Januar 1918 gefallen ist. In dieser Krise waren die zwischen dem General und dem Staatssekretär schwebenden Differenzen zum erstenmal in voller Schärfe zutage getreten². Ludendorff hatte Kühlmann vorgeworfen, daß er überhaupt »keine großen politischen Ziele für Deutschlands Zukunft« habe. Haeften gegenüber hatte er sich folgendermaßen geäußert: »Kühlmann hat keinen Glauben, er ist nur zweifelnder Skeptiker und Spötter. Er wird nie Positives für Deutschland leisten. Uns trennen zwei Weltanschauungen.«³

Demgegenüber steht die Einschätzung der ungenügenden politischen Befähigung des Generals, wie der Staatssekretär sie in seinen Erinnerungen wiedergibt. Ludendorff, so schreibt Kühlmann, habe nicht nur die Leitung der militärischen Operationen in der Hand halten, sondern auch auf dem eigentlich politischen Feld den entscheidenden Einfluß gewinnen wollen, »ohne hierzu auch nur eine einzige der nötigen Voraussetzungen mitzubringen. Er besaß keine Kenntnis des Auslandes, noch weniger der dort ausschlaggebenden Persönlichkeiten und Verhältnisse,

¹ Es geht hier nicht darum, die im Gesamtbereich der Geschichte des Ersten Weltkrieges liegenden Gründe für den Gegensatz zwischen Kriegführung und Politik zu untersuchen. Das Grundsätzliche der Beziehungen zwischen beiden Faktoren im Jahre 1918 ist bereits in dem vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß abgegebenen Gutachten Schwertfegers (WUA IV 2) erörtert. Vgl. neuerdings besonders Ritters 3. Band seines »Militarismus«-Buches, der aber nur bis Juli 1917 geht.

² S. o. S. 18/9.

³ BA/MA, Nachlaß Haeften, Erlebnisse 1918 Bd. 1 Bl. 4/5.

verfügte über keine irgendwie ins Gewicht fallende dauernde Auslandsinformation.« Über Ludendorff und Hindenburg zusammen heißt es weiter: »Beide Feldherren standen stark unter dem Einfluß jüngerer Offiziere ihres Stabes, denen die elementarsten Voraussetzungen für Beurteilung der auswärtigen Politik im selben Maße fehlten wie ihren Vorgesetzten.«⁴

Kühlmann berührt in dieser letzten Beobachtung einen Faktor, der für die Bildung der ostpolitischen Ansichten Ludendorffs entscheidend war. Durch das Ausgreifen des deutschen Heeres weit in den Osten hinein hatte sich eine »generalstäbliche« Sonderbeobachtung und Berichterstattung ausgebildet, die es Ludendorff ermöglichte, sich unter Umgehung des AA – das er als eine seinen Anschauungen feindliche Institution ansah – Informationen einzuholen und Anordnungen zu treffen. Die dafür ausersehenen Generalstabsoffiziere waren sozusagen Ludendorffs Gesandte, deren Berichte er – Ludendorff hat es selbst verschiedentlich ausgesprochen⁵ – wie Meldungen aufnahm, die Wort für Wort unumstößlich seien. Diese für die politische Entwicklung der besetzten Gebiete maßgebenden »Offiziersgesandte« waren General Hoffmann für das Oberost-Gebiet, General Groener für die Ukraine, General Freiherr von der Goltz und Major Crantz für Finnland und General Lossow und Oberst Kreß für den Kaukasus. Selbst im bolschewistischen Rußland versuchte Ludendorff, neben der vom AA organisierten eine eigene Berichterstattung in die Wege zu leiten und sie in Form der sog. Auslandshilfsstellen sogar zu institutionalisieren. Hier konnten aber diese »Gewächse« – wie Nadolny die Auslandshilfsstellen einmal nannte⁶ – durch die vom AA eingerichteten offiziellen Missionen klein und bedeutungslos gehalten werden.

⁴ Kühlmann 514. – In Kühlmans Erinnerungen findet sich übrigens kein einziges Wort über die deutsche Ostpolitik nach dem Frieden von Brest-Litowsk. – Über Hindenburgs Auslandsbild vgl. neuerdings Hubatsch, Hindenburg 28 ff.

⁵ BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/19, Der Admiralstab der Marine S. 104.

⁶ An den Rand eines Berichts der Auslandshilfsstelle Petersburg vom 18. September 1918 schrieb Nadolny am 19. 9.: »Diesseitiger Ansicht ist es weder geschäftsmäßig noch verfassungsmäßig noch etatsmäßig angängig, daß im Ausland von einer anderen Behörde ein amtlicher Apparat für politische Berichterstattung eingerichtet wird. Ist nicht die ganze OHLA ein überflüssiger Apparat, und ist es nicht endlich Zeit, mit diesen unzweckmäßigen und kostspieligen Gewächsen aufzuräumen?« (PA, Ru 61 Bd. 163.) – Auch in Kreisen der Mehrheitsparteien wußte man von dem tatsächlichen Aufgabenbereich der OHLA (deren Auslandshilfsstellen ursprünglich zu rein militärischer Propaganda im Einvernehmen mit den auswärtigen Missionen eingerichtet waren) und hielt das Bestehen dieses zweiten, von der OHL organisierten auswärtigen Dienstes für unerträglich. So bezeichnete Scheidemann diesen Zustand (am 6. Juli) als einen Skandal: »Wir haben eigentlich 2 Auswärtige Ämter: eines von Kühlmann und eines von Ludendorff. Das Ludendorffsche ist schon viel größer und bedeutender als das in der Wilhelmstraße.« (IFA II 427.) Denselben Vorwurf erhob Erzberger am 13. September: »Man habe heute noch zwei Auswärtige Ämter. Eines unterstehe Staatssekretär von Hintze, das andere Ludendorff, der durch Militärattachés und ihren Apparat selbst auswärtige Politik treibe und sehr oft die Politik des Auswärtigen Amtes durchkreuze.« (IFA II 563/4.) Als Offiziere, die in der Heimat einen großen Einfluß auf Ludendorff ausübten, wurden in der IFA-Sitzung vom 13. 9. genannt: Oberst Nicolai, Oberst Bauer und Major Würz.

Dieser für die deutsche Ostpolitik charakteristische Zustand einer doppelten Auslandsvertretung deutet besonders augenfällig den Gegensatz zwischen Reichsleitung und Heeresleitung an. Auch sein Ursprung reicht in die Zeit der Brest-Litowsker Verhandlungen zurück. Zusammen mit der unter dem Grafen Mirbach stehenden gemischten Kommission zur Regelung der Kriegsgefangenenfrage war damals nämlich ein Bevollmächtigter der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung, Freiherr von Keyserlingk, nach Petersburg gegangen. Seine ins Große Hauptquartier gesandten »militärpolitischen« Berichte⁷ haben, was die Beurteilung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland angeht, einen entscheidenden Einfluß auf Ludendorff und auch auf den Kaiser ausgeübt. Sie nahmen die Problematik der deutschen Ostpolitik des Sommers 1918 gewissermaßen schon vorweg. Mit ganz erstaunlichem Scharfblick wurde nämlich darin die geistige Gefahr des Bolschewismus für den deutschen Staat erkannt. »Das deutsche Reich als Nachbar«, heißt es in dem Bericht vom 11. Januar, »hat . . . insofern an der jetzigen Entwicklung der Dinge in Rußland ein großes Interesse, als die Herrschaft der linken Bolschewiki, den früheren Nihilisten, die Gefahr der planmäßigen Unterwühlung des eigenen Staatsbaues in sich trägt.«⁸ Und am 28. Januar schrieb Keyserlingk: »Der regierende Wahnsinn, der sich jetzt unter dieser Oberleitung in Rußland kund tut, wird am besten durch Umstellung des Landes zum Verglimmen gebracht. Solange das von diesem furchtbaren Taumel ergriffene Volk abgeschlossen gegen andere bleibt, siecht es mit absehbarer Gewißheit dahin. Ein Verkehr mit ihm in diesem Zustande ist unmöglich. Wird er zu früh versucht, dann sind die Folgen einer Ansteckung unabsehbar.«⁹ Lag in diesen Worten schon die Andeutung, wie dieser Gefahr zu begegnen sei, so wurden an anderer Stelle die Gegenmaßnahmen deutlicher umrissen: »Es [das Deutsche Reich] muß gegen das Übergreifen der verrotteten Zustände durch Angliederung der andersstämmigen Randländer einen Schutzwall möglichst weit nach Osten vor dem alten Reichsbestande aufrichten.«¹⁰ Da Keyserlingk an einem erfolgreichen Abschluß der Brester Verhandlungen zweifelte, schlug er vor, nach der Schneeschmelze im Frühjahr »schnellstens« durch Estland bis Petersburg – für ihn der Inbegriff des bolschewistischen Rußland – vorzustößen. Der benötigte Kräfteinsatz würde sich weit unter dem Maß halten können, das gegenüber der russischen Armee vor der Novemberrevolution noch ratsam gewesen wäre¹¹. Diesen Vorschlag wiederholte er noch mehrere Male. »Jetzt wäre es eine kurze Waffentat mit der Aussicht klarer Verhältnisse«, schrieb er kurz vor dem Abbruch der Brester Verhandlungen, am 9. Februar, »später würde es ein dauernder politischer

⁷ Die Originale der militärpolitischen Berichte Keyserlingks, geschrieben zwischen dem 3. Januar und 14. Februar 1918, befinden sich in MGFA, PG/75 607; Abschriften sind im BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/1 und verstreut in PA, Ru 61 Bd. 147.

⁸ BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/1.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Bericht, Petersburg 1918 I 3 (ebenda).

¹¹ Bericht, Petersburg 1918 II 4 (ebenda).

Kampf gegen nicht zu fassende Unterwühlungsversuche sein.«¹² Wilhelm II. vermerkte unter diesem Bericht: »Geschrieben wie ein alter erfahrener Botschafter.«¹³ Und im kaiserlichen Gefolge stieß er die Drohung aus: »Ich habe befohlen, daß gegen Petersburg marschiert wird, sobald wir mit der Ukraine im reinen sind.«¹⁴

In der Tat kam es in der zweiten Februarhälfte zum Vormarsch in Richtung Petersburg, wenn auch nicht zur Einnahme der Stadt. Dieser Vormarsch war auf dem Homburger Kronrat beschlossen worden¹⁵. Kühlmann – nur schwach unterstützt vom Reichskanzler – hatte dort vergebens auf die Nutzlosigkeit hingewiesen, den revolutionären Gedanken mit der Waffe in der Hand zu bekämpfen. Vergebens hatte er sich auch gegen die Besetzung Livlands und Estlands gewehrt, weil er darin eine schwere Gefährdung des zukünftigen Verhältnisses Deutschlands zu Rußland erblickte. In Homburg waren die Weichen der deutschen Ostpolitik gegen das Votum Kühlmanns gestellt worden. Und in der Folgezeit sprach der Staatssekretär von der »verlorenen Schlacht von Homburg«, die ihm die Hände gebunden habe¹⁶. Gegen den harten Machtfrieden von Brest-Litowsk hatte er nichts mehr ausrichten können.

Als Kühlmann nach Abschluß des Vertrages in Bukarest über den rumänischen Frieden verhandelte, versuchte er von dort aus, beim Reichskanzler sein grundsätzliches Bedenken gegen die Gesamtheit der von Ludendorff verfolgten Ostpolitik geltend zu machen. Bei den Homburger Besprechungen sei vor auszusehen gewesen, ließ er Hertling am 9. März wissen, daß nach der Besetzung Livlands und Estlands von militärischer und baltischer Seite alles versucht werden würde, Deutschland für eine »Anschlußpolitik« auch dieser Länder zu gewinnen. »E. E. wissen, daß ich ein Gegner dieser Bestrebungen bin. Eine vollkommene Abschnürung Rußlands von der Ostsee und dauernde Bedrohung seiner Hauptstadt aus nächster Nähe sind ein Zustand, der mit absoluter Sicherheit einen dauernden deutsch-russischen Gegensatz schaffen und zu einem künftigen Krieg führen muß.«¹⁷

Die in Artikel 6 des Vertrages von Brest-Litowsk fixierte Bestimmung über Estland und Livland¹⁸, die weder die Annexion dieser Länder durch Deutschland

¹² Bericht, Petersburg 1918 II 9 (ebenda). – Drei Tage davor hatte er sich zu diesem Punkt mit folgenden Worten geäußert: »Wer die Dinge von hier aus den russischen Verhältnissen heraus betrachtet, kann nicht anders empfinden, als daß ein vielleicht nochmal notwendig werdendes militärisches Eingreifen, mag dies auch den Nerven unseres Volkes noch ein klein wenig mehr zusetzen, letzte Unklarheiten beseitigen und eine Vermehrung künftiger Sicherheit des Reiches, ja Mitteleuropas, um Jahrhunderte bedeuten kann.« (Bericht, Petersburg 1918 II 6. Ebenda.)

¹³ PA, Ru 61 Bd. 147.

¹⁴ Müller 350 (Eintrag 1918 II 2).

¹⁵ S. o. S. 25/6.

¹⁶ Haußmann 186 (Tagebucheintrag 1918 IV 21).

¹⁷ Kühlmann an AA für Rk (Abschrift), Bukarest 1918 III 9 (PA, Wkr Nr. 15 geh Bd. 5 Bl. 79). – Dieses Telegramm ist bereits erwähnt in WUA IV 12 S. 118.

¹⁸ Im Artikel 6 wurde über diese Gebiete u. a. bestimmt: »Estland und Livland werden gleich-

noch die staatsrechtliche Loslösung von Rußland bedeutete, spiegelt in ihrer Halbheit¹⁹ die gegensätzlichen Auffassungen zwischen OHL und Reichsleitung wider. Sie blieb nur ein vorläufiger Kompromiß. Der Reichskanzler versuchte es zunächst mit der von Kühlmann empfohlenen Politik. Am 17. März ließ er der OHL mitteilen, daß sich Deutschland diesen Ländern gegenüber in ganz anderem Verhältnis als zu Kurland befinde. »Wir wollen uns in Est- und Livland nicht festsetzen, sondern nur im Vertragswege in freundschaftliche Beziehungen zu ihnen treten.« Dabei dürfe sich Deutschland nicht so binden, daß es keine freie Hand mehr bei einer endgültigen Regelung seines Verhältnisses zu Rußland behalte. »Für Rußland darf der Weg zur Ostsee nicht versperrt werden.«²⁰ Doch Ludendorff und Hindenburg wollten »unter gar keinen Umständen« von ihrer Absicht abgehen, Livland und Estland mit Preußen zu vereinigen. Darüber sei es, wie der Vertreter des AA im Großen Hauptquartier, Lersner, am 19. März an Unterstaatssekretär von dem Bussche telegraphierte, zwischen ihm und Ludendorff zu einem Auftritt gekommen, wie er ähnliches noch nie erlebt habe. Ludendorff soll dabei seiner Erregung in den schärfsten Worten Luft gemacht und das AA in heftigster Weise angegriffen haben. »Da ich die Angriffe gegen das AA nicht ruhig hinnehmen konnte, können Euere Exzellenz sich denken, was für eine Szene die Folge war.«²¹

Zweifellos beruhten Ludendorffs Annexionspläne auf einem starken Rückhalt in vielen Schichten Deutschlands²². Auch darf in dieser Sache der Einfluß des

falls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt . . . Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. . . «

¹⁹ Dazu äußerte sich der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Brockdorff-Rantzau, folgendermaßen: »Unsere Haltung Finnland wie überhaupt russischen Randstaaten gegenüber abhängt m. E. davon, wie wir uns schließlich zu Großrußland zu stellen gedenken. Wir müssen uns entscheiden, ob wir eine Wiedererstarkung Rußlands zulassen oder endgültig verhindern wollen. . . Der jetzige Zustand ist eine Halbheit. Wir sind nicht zu einer Verständigung gelangt, und wer die Psyche des russischen Volkes kennt, kann nicht daran zweifeln, daß wir auf diese Weise niemals zu einer Verständigung kommen werden. Auf der anderen Seite haben wir aber unsere tatsächliche Macht Rußland gegenüber nicht annähernd ausgenutzt. Besteht bei uns die Absicht, Großrußland sich konsolidieren zu lassen, so dürfen wir uns weder in Finnland noch in Estland und Livland in einer Weise engagieren, die uns später unvermeidlich in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Rußland bringen müßte. . . Anders liegt der Fall, sofern wir entschlossen sind, Rußland in seine Bestandteile zu zerlegen. In diesem Fall würde ich die Kandidatur deutscher Prinzen nicht nur in Finnland befürworten. . . « (Brockdorff-Rantzau an AA, Kopenhagen 1918 V 16. PA, D 131 Bd. 38 Bl. 192.)

²⁰ Graf Keyserlingk an Limburg-Stirum (Abschrift), Spa 1918 III 17 (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 11 Bl. 236). – Ähnlich hatte sich Hertling schon in seiner Reichstagsrede vom 25. Februar geäußert: »Wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzusetzen, sondern haben nur den Wunsch, mit den dort entstehenden staatlichen Gebilden nach dem Kriege in gutem, freundschaftlichem Verhältnisse zu leben.« (Schultheß 1918 I 88.)

²¹ Lersner an AA (von Hofrat zu Hofrat, nur eigenhändig für Herrn Unterstaatssekretär von dem Bussche), Spa 1918 III 19 (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 12 Bl. 1).

²² Vgl. dazu die neueren Dissertationen von Lewerenz und Janßen.

Kaisers nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Hatten im Januar und Februar die Berichte Keyserlingks aus Petersburg das Urteil des Monarchen über den Bolschewismus maßgeblich bestimmt, so war es in der Frage eines Anschlusses der Baltländer an Deutschland die Person des neuen Zivilkabinettschefs von Berg, die ihn entscheidend beeinflusste. Die Rolle Bergs ist erst neuerlich durch das veröffentlichte Tagebuch des Marinekabinettschefs Admiral Müller und den nun zugänglichen Nachlaß Berg²³ in helleres Licht gerückt. Müller fiel im Februar und März besonders der neue Ton in den kaiserlichen Marginalien auf. Er spürte aus ihnen »fortgesetztes Rasseln mit dem Säbel, Verachtung der Diplomaten und Antisemitismus«²⁴. Mit Bedauern stellte er fest, daß seit dem Abgang Valentini – des Vorgängers Bergs, der die Annexionspläne der OHL im Osten als »selbstmörderische Politik« bezeichnet hatte²⁵ und deshalb gehen mußte – das kaiserliche Gefolge »fast nur noch aus Scharfmachern« bestand, »die ihre Dummheit immer heller leuchten lassen«²⁶. Durch Aufzeichnungen Bergs wird dieses Urteil – unter umgekehrtem Vorzeichen – bestätigt. Mit erschütternder Deutlichkeit geht aus ihnen die politische Vorstellungswelt eines Mannes hervor, der, wie ein kleiner Ludendorff, das AA bekämpfte und den Willen des Kaisers zu beherrschen suchte. In Müller und besonders in Grünau, dem Vertreter des AA im kaiserlichen Hofzug, sah Berg seine stärksten Widersacher, deren Einfluß auf den Kaiser er zu brechen trachtete. Nach seiner Ansicht lag überhaupt in der personellen Zusammensetzung des AA, »dieser Behörde, deren Mitglieder nicht deutsch, sondern international empfanden und dachten, die, Kühlmann an der Spitze, nie an den

²³ BA, Nachlaß Berg, Aufzeichnungen.

²⁴ Müller 359 (1918 II 27). In dieser Tagebuchnotiz ist eigentlich eher die Wirkung der Keyserlingkschen Berichte als der Einfluß Bergs zu spüren. Eine Notiz vom 10. 3. dagegen ist eindeutig: »Er [Berg] . . . geht durch dick und dünn mit der OHL. Daher die abfälligen Bemerkungen über Payer und Kühlmann, die so herrlich Früchte tragen in den Allerhöchsten Randbemerkungen.« (Müller 362.)

²⁵ Valentini schrieb unmittelbar vor Beginn der Brest-Litowsker Verhandlungen an einen Professor: »Den letzten Tag war noch der Professor Harms aus Kiel bei mir in Kreuznach. Er war entsetzt über den Plan Ludendorffs, von Rußland die Länder bis an den Peipussee zu fordern, was nach seiner genauen Kenntnis russischer Verhältnisse den Keim zu neuen Kriegen und dauernder bitterer Feindschaft mit Rußland bedeuten würde. Ich bestärkte ihn in seiner Absicht, das in einer bevorstehenden zweiten Besprechung mit Ludendorff nochmals zu betonen. Aber hoffentlich ist keine Gefahr, daß wir eine so selbstmörderische Politik machen. . . « (Potsdam 1917 XII 23. PA, Ru 82 Nr. 1 Bd. 65.)

²⁶ Müller 350 (1918 II 2). – Zu den politischen Gruppierungen im Großen Hauptquartier s. Hubatsch, Großes Hauptquartier 452. Ebenda auch folgende Auszüge aus Briefen Müllers an Valentini (1917 X 22): »In dem traurigen Chaos ist die Figur Kühlmann ein wahrer Lichtblick.« (1918 III 30): »Eine unendlich schwere Stellung hat Grünau, der mir aber in seinem ehrlichen Kampfe für die Rechte der Regierung und die Leiter unserer auswärtigen Politik sehr gut gefällt.« (1918 VIII 29): »Ich persönlich bin nach wie vor der Ansicht, daß wir uns im Osten übernommen haben und daß Kühlmann damals in Homburg ganz recht hatte, als er auf einen ganz billigen Frieden mit Rußland ausging. . . Berg strotzt vor Kastendübel und ist deshalb als Kabinettschef unbrauchbar, wäre es auch, wenn der Kaiser ihn nicht duzte.«

Sieg glaubten und für die Würde und Ehre Preußens und Deutschlands kein Gefühl hatten«, das Unglück der Zeit²⁷. Als Berg Ende Januar sein Amt antrat, fand er den Kaiser »vollkommen im Gegensatz« zu Ludendorff, »der ihm [dem Kaiser] in seiner Politik die größten Schwierigkeiten machte, der sich mit keinem anderen vertrug, und den alten Hindenburg ganz in der Tasche habe [sic]«²⁸. Berg war bestrebt, den Kaiser wieder »Selbstvertrauen« gewinnen zu lassen. Er habe ihm gegenüber, schreibt er in seinen Aufzeichnungen, aus vollster innerer Überzeugung für Ludendorff gesprochen, »den bedeutenden Strategen, den willensstarken Mann und den anständigen, geraden Charakter«. Er sei dabei zuerst auf starken Widerstand des Kaisers gestoßen. »Aber ich habe Gottlob diese Aufgabe gelöst. Ich habe eine vollkommene Änderung im Verhältnis des Kaisers zu Ludendorff zustande gebracht und bin dafür sehr dankbar.«²⁹ Der Kaiser, heißt es an anderer Stelle, »sollte im Vertrauen auf die Armee und die OHL unbedingt an den Sieg glauben, dies durch Depeschen und bei anderer Gelegenheit zum Ausdruck bringen. . . Die Telegramme bekamen wieder einen energischen, frischen Ton, man merkte wieder, daß wir einen Kaiser hatten.«³⁰

²⁷ BA, Nachlaß Berg, Aufzeichnungen Bl. 11.

²⁸ Ebenda Bl. 7.

²⁹ Ebenda Bl. 7.

³⁰ Ebenda Bl. 12. – Vgl. Müllers Tagebucheintrag vom 27. Februar: »Tatsächlich ist, seitdem Berg Kabinettschef, ein ganz anderer Ton eingerissen.« (Müller 359.) – Hier einige Proben dieser neuen Tonart aus den zahlreichen Marginalien, die Wilhelm II. in jenen Wochen an Zeitungsausschnitte schrieb: Neben einen Artikel der Kölnischen Zeitung 1918 II 23 unter dem Titel »Das Bolschewikitum eine Gefahr für Europa« (in dem es u. a. heißt: »Finnlands Kampf gegen den Umsturz ist auch Europas Kampf gegen die östliche Barbarei und den roten Wahn.«) vermerkte der Kaiser: »Europa muß am deutschen Wesen, durch unser Schwert genesen. Ich kämpfe für alle meine Collegen.« (PA, Ru 61 Bd. 147.) – »Die Post« 1918 II 27 (»Gegen den Bolschewismus. . . Schlimmer als das Zarentum, schlimmer als die bürgerlichen Kreise Rußlands haben sich die Bolschewisten gegen uns erhoben. . .«): »Vorübergehende Erscheinung, von welcher russisches Volk durch uns Befreiung erwartet.« (PA, Ru 61 Bd. 147.) – »Frankfurter Zeitung« 1918 II 27 (Artikel über Estland und Livland, in dem von der politischen Anziehungskraft dieser Gebiete an Rußland die Rede ist): »Donnerwetter!! Judenhalunke. . . Ein ganz unerhörter Artikel, dem muß aufs schärfste Widerspruch erhoben werden [sic]. Der Esel ahnt ja gar nicht, was das heißt Livland oder Estland, Deutsche [zu] zwingen, sich an Russen, ihre Mörder und Vergewaltiger, wieder anzuschließen! Das ist ein verfluchter Antigermane: Antwort: Judenlummel, ein heimlicher Freund Trotzki.« (PA, Ru Pol Nr. 1 Bd. 22.) – »Vorwärts« 1918 III 4 (Artikel, in dem bezweifelt wird, daß der Brest-Litowsker Friede ein Friede der Völkerversöhnung sei): »Der tiefe Sinn hiervon ist, daß die Sozialistischen Landesverräter sich darüber ärgern, daß der Friede gewöhnlich vom Sieger dem Besiegten diktiert wird! [daß] alle Nebelwolken von Internationale, Völkerverbrüderung, Weltdemokratie pp. durch die Sonne des deutschen Heeres zerstreut sind. Gott gab uns den Sieg, den wir mit unserem *blanken Schwert erzwungen* haben! Der deutsche Kaiser zerschmetterte die Bolschewistischen Revolutionierungspläne gegen Europas Fürstenthronen – auch gegen die seiner Feinde – und verhinderte einen von Stockholm aus der Hand Scheidemanns uns gebrachten »demokratischen« Frieden! Es ist uns worden »kaiserlicher Friede«. hinc illae lacrymae!« (PA, Ru Pol Nr. 1 Bd. 22.) – »Münchener Allgemeine Zeitung« 1918 III 10 (Artikel, in dem von den gescheiterten Versuchen Deutschlands, einen

Einige Randbemerkungen Wilhelms II. aus jener Zeit lassen sich fast wörtlich auf Äußerungen Bergs zurückführen. So stammte eine der Ausfertigungen jenes grotesken Plans, die baltischen Länder und Elsaß-Lothringen unter die deutschen Bundesfürsten zu verteilen, vom Chef des Zivilkabinetts. Unter eine Zeitungsnachricht, die eine Reichstagsrede Hertlings wiedergab, wo Estland und Livland als »in gewisser Ferne als freundnachbarlich angeschlossene Staaten« bezeichnet wurden, schrieb der Kaiser: »Unsinn! Das Baltikum ist eins, und *ich* werde sein Herr und dulde keinen Widerspruch. Ich habe es *erobert* und kein Jurist kann es mir nehmen! . . . Baltikum ein Ganzes, unter Preußens König in Personalunion, der es eroberte! Wie unter Frid. Rex! *Litauen* eventuell unter Personalunion mit [ein Wort unleserlich] katholischem deutschem Fürstenhaus Sachsen. 3. Polen (Candidateslösung) ein *Württemberg*. An *Bayern* das Elsaß. An Baden Mühlhauser Bezirk! An Preußen Lothringen.«³¹

Solche kaiserlichen Aussprüche waren Ausdruck einer breitwirkenden Anschlußbewegung in Deutschland. Kühlmann mußte es in der Folgezeit als vergeblich ansehen, sich dieser Strömung zu widersetzen. Es konnte ihm nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland Ende April nur noch darauf ankommen,

Verständigungsfrieden herbeizuführen, die Rede ist): »Der Himmel hat, wie es scheint, anders entschieden! Es muß ein Siegerfrieden werden. Der kommende Frieden wird unseren Feinden, so Gott will, aufgezwungen werden müssen. Sie werden erst zum Frieden schreiten, wenn sie so geschlagen sind, daß sie genug haben. Bekennen sie sich als solche, dann müssen sie einen Frieden annehmen, der dem *allein* ihrer *Verbohrtheit* zu dankenden *neuen, schweren Blutopfer* des deutschen Volkes entspricht. Er muß – eventuell auf ihre Kosten, und gleichgültig gegen ihre Gefühle für die Zukunft, solche realen [?] Sicherungen für uns enthalten, daß eine solche Weltkombination, wie die jetzige *nie* wieder gegen uns mit Aussicht auf Erfolg sich zusammensetzen kann. Also ein echter, richtig hausbackener Friede, wie er bisher immer nach jedem siegreichen Kriege geschlossen wurde. Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte *eigene* Interesse und die Garantie für die *eigene Sicherheit* und Größe dürfen maßgebend sein. Der Besiegte hat sich zu bescheiden!« (PA, Ru Pol Nr. 1 Bd. 24.)

³¹ PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 12 Bl. 42. – S. zu den einzelnen im Großen Hauptquartier entstandenen Verteilungsplänen Janßen 197 ff., besonders 201 ff.

Hertling sah sich Ende März veranlaßt, den Chef des Zivilkabinetts wegen dessen eigenmächtiger Tätigkeit in Angelegenheiten der Randstaatenpolitik zurechtzuweisen: »Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß aus den besetzten ausländischen Gebieten an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Ergebnis-Adressen, in denen zugleich politische Wünsche zum Ausdruck gebracht waren, ohne meine Zuziehung lediglich auf die Vorschläge des Geheimen Zivilkabinetts hin beantwortet worden sind. In gleicher Weise ist lediglich auf Vorschläge des Geheimen Zivilkabinetts hin Allerhöchst über den Empfang von ausländischen Abordnungen, die politische Wünsche zum Ausdruck brachten, entschieden worden. Ew. pp. werden, wie ich nicht bezweifle, mit mir darin übereinstimmen, daß eine derartige, ohne die Zuziehung der politisch verantwortlichen Stellen erfolgende Erteilung von Allerhöchsten Antworten oder Fällung von Allerhöchsten Entscheidungen in politisch wichtigen Angelegenheiten grundsätzlich nicht angängig ist, da durch solche Allerhöchste Meinungs-Äußerungen und Behandlungen die Politik, für die ich die Verantwortung zu tragen habe, ohne, ja gegen meinen Willen, festgelegt und beeinflußt werden kann. . . .« (Hertling an Berg [Entwurf], Berlin 1918 III 27. PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 12 Bl. 126.)

Livland und Estland unter möglicher Schonung Rußlands aus dem russischen Staatsverband zu lösen. Ein Weg dazu bot sich Anfang Juni, als in Berlin Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden begonnen wurden. Der Widerstand des AA gegen den Anschluß der baltischen Provinzen an Deutschland blieb trotzdem, wenn auch verborgen, bestehen. Kühlmann hielt die Bestimmung des Brester Vertrages über das Baltikum weiterhin für den schwächsten Punkt des Friedens. Er gab dieser Meinung noch am 22. Mai vor den Bevollmächtigten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten deutlichen Ausdruck: »Es ist nicht zweifelhaft, daß ein wieder zu Kraft gelangtes Rußland sich gegen die Abschnürung vom Meer wehren wird. Die Einräumung von Freihäfen, Ausfuhrlinien mit Tarifbegünstigung könne nur einen schwachen Ersatz bilden.«³² Erst nach dem militärischen Niedergang im Westen konnte sich die Auffassung des AA wenn auch nicht mehr durchsetzen, so doch noch einmal Gehör verschaffen³³.

War Kühlmanns Widerstand gegen eine zu weit gehende territoriale Einengung Rußlands unwirksam geblieben, so setzte der Staatssekretär sich doch in der das deutsch-russische Verhältnis entscheidend beeinflussenden Frage, wie sich Deutschland nämlich zu den antibolschewistischen Bewegungen innerhalb Rußlands zu verhalten habe, mit Erfolg durch. Schon im Februar, besonders auf dem Homburger Kronrat, hatte sich Kühlmann mit Nachdruck gegen den Gedanken, Livland und Estland zu besetzen und in den finnischen Bürgerkrieg einzugreifen, gewandt: Solche Aktionen würden zwangsläufig den Charakter einer deutschen Intervention für die konservativen Interessen Rußlands und gegen die radikalen Tendenzen der Linksparteien annehmen. In seinen Überlegungen hatten ihm zwei historische Parallelen als Warnung und Rechtfertigung gedient. Einmal die Ergebnisse der europäischen Koalitionskriege gegen die Französische Revolution³⁴, zum andern die Politik Bismarcks gegenüber dem republikanischen Frankreich nach 1871, die den republikanischen Staatsgedanken im Gegensatz zu einer monarchischen Restauration begünstigte³⁵. Jeder von außen kommende Eingriff

³² Aufzeichnung des bayrischen Gesandten in Berlin über die Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 22. Mai 1918 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 87). – Die Tatsache, daß auch Hertling in dieser Sitzung seinen Unmut über die Angliederung der baltischen Länder an Deutschland äußerte, obwohl er sich bereits am 16. April mit der Länderverteilung Wilhelms II. einverstanden erklärt hatte (s. Janßen 204), ist wieder nur mehr ein Beispiel für die schwächliche Haltung Hertlings, der sich ohne ernsthaften Widerstand den im Großen Hauptquartier aufgestellten Kriegszielforderungen beugte.

³³ S. u. S. 295 Anm. 152.

³⁴ S. Arch. Forsch. IV 1137/8, Kühlmann an Rk, Brest-Litowsk 1918 II 8; dazu die Ausführungen Kühlmanns nach dem Protokoll des Homburger Kronrats (BA/MA, Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119 H. 2 Bl. 74).

³⁵ Es ist aus den Erinnerungen Kühlmanns (z. B. S. 110) bekannt, daß die Gestalt Bismarcks, seine Reden und Schriften und die »Gedanken und Erinnerungen« einen großen Einfluß auf ihn ausgeübt haben. S. auch u. S. 74.

in den Prozeß der russischen Revolution erschien Kühlmann als ein geschichtswidriges, zumindest aber als ein unberechenbares Unternehmen. »Konservative Politik ist kein Exportartikel«, so mahnte der Staatssekretär von Bukarest aus das AA, als die gegenrevolutionäre Bewegung in Rußland die ersten Anknüpfungsversuche machte³⁶. Außerdem hatte allein die praktische Überlegung, alle Kräfte im Westen einsetzen zu lassen, nachdem sich Kaiser, Reichskanzler und Heeresleitung einmal auf die dortige Offensive festgelegt hatten, Kühlmann dazu geführt, jedes zu weit gehende Engagement im Osten zu vermeiden, denn das hätte ja nicht nur militärische Kräfte gebunden, sondern auch das deutsch-bolschewistische Verhältnis ungebührlich angespannt³⁷. Im Laufe der nächsten Monate traten dann noch weitere Gründe hervor, die ihm jedes Eingreifen gegen den Bolschewismus als abwegig erscheinen ließen.

Die Befürchtung, daß eine deutsche Aktion in Finnland unter antibolschewistischem Vorzeichen erfolgen würde, fand Kühlmann bald bestätigt, als es Anfang März darüber zwischen Reichsleitung und OHL zu Auseinandersetzungen³⁸ kam. Ludendorff sah eine Intervention in Finnland u. a. als notwendig an, um die bolschewistische Gefahr einzudämmen. Das bolschewistische Chaos in Rußland, teilte er dem Reichskanzler am 10. März mit, sei seiner ganzen Tendenz nach gegen Deutschland gerichtet. An der finnisch-russischen Grenze müsse eine starke Macht geschaffen werden, mit deren Hilfe man der Entwicklung im Innern Rußlands steuern könne³⁹. Kühlmann, der von Bukarest aus das von der OHL geplante Finnland-Unternehmen grundsätzlich mißbilligte, wiederholte sein auf dem Homburger Kronrat geäußertes Bedenken: »Bewaffnetes Einschreiten gegen [die] Revolution als solche scheint mir an sich nicht zu den Aufgaben der deutschen Politik zu gehören. Doch sind, soweit ich mich aus [den] Homburger Verhandlungen erinnere, Oberste Heeresleitung und Krone gegenteiliger Ansicht.«⁴⁰ Diese Erinnerung an Homburg ließ den Staatssekretär nicht daran zweifeln, daß es zur finnischen Expedition folgerichtig kommen würde. Deshalb schlug er dem Reichskanzler nur vor, darauf zu dringen, daß die deutschen Truppen möglichst

³⁶ Kühlmann an Bussche, Bukarest 1918 III 3 (PA, Ru 61 Bd. 147). – Bei den Anknüpfungsversuchen handelte es sich um die Anfrage eines Abgesandten der konterrevolutionären Bewegung im Dongebiet bei der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, ob Deutschland bereit sei, mit dem konterrevolutionären Zentrum im Dongebiet (General Kaledin) in Verbindung zu treten. (S. Riezler/Lucius an AA, Stockholm 1918 II 28. PA, Ru 61 Bd. 147.)

³⁷ So sagte Kriege einmal in einem Gespräch mit dem georgischen Politiker Avalov am 21. Juni 1918: »Wir können jetzt, da vielleicht die letzte Phase des Krieges beginnt, nicht riskieren, von der französischen Front irgendwelche Truppenteile wegzunehmen [d. h. sie im Osten einzusetzen].« (Avalov 87.) Dazu folgender Passus aus Payers Erinnerungen (198): »Wir in der Reichsleitung waren für möglichste Konzentrierung der Kräfte und folglich gegen eine zu weitgehende Ausdehnung der militärischen Operationen, während die Oberste Heeresleitung aus allen möglichen Motiven immer wieder dazu kam, sich neue Aufgaben zu stellen und die Operationen auch räumlich zu verbreitern.«

³⁸ Darüber s. u. S. 94 ff.

³⁹ Lersner an AA, Spa 1918 III 10 (PA, Fi 1 Bd. 1).

⁴⁰ Kühlmann an AA (für Rk persönlich), Bukarest 1918 III 12 (PA, Fi 1 Bd. 1).

bald aus Finnland zurückgezogen würden; denn das ständige Verbleiben dieser Truppen an der finnisch-russischen Grenze wie auch deutscher Truppen in Est- und Livland werde eine für Nordrußland und Petersburg auf die Dauer unerträgliche Lage schaffen.

Wie weit die Differenzen zwischen Ludendorff und Kühlmann in jenen Monaten gingen, wird nicht nur aus einem Angriff der alldeutschen »Deutschen Zeitung« gegen das Privatleben des Staatssekretärs in Bukarest klar – Kühlmann vermutete dahinter Männer aus der OHL als Drahtzieher⁴¹ –, sondern auch aus einem Vorfall, der sich bei einem kurzen Aufenthalt Kühlmanns in Spa Mitte April ereignete und in der Folgezeit für das Zusammenwirken von OHL und AA typisch war. Kühlmann berichtete über seine Reise ins Hauptquartier dem Abgeordneten Haußmann, der sich davon folgendes in sein Tagebuch notierte⁴²: Kühlmann habe gesagt, an der unerwünschten Entwicklung der Dinge im Osten sei nichts zu ändern. Der Gegensatz zu Ludendorff sei so stark, daß er in Spa überhaupt nicht mit Ludendorff gesprochen habe. Hertling habe ihn dort aufgefordert, Ludendorff, der näher der Front sei, aufzusuchen: Er habe sich aber nicht entschließen können, mit dem Mann zu sprechen, der ihm solche Schwierigkeiten mache und die Politik in eine falsche Richtung leite. – Dieser Vorfall zeigt, welchen Grad der Schärfe die persönliche Verstimmung zwischen beiden Männern damals schon erreicht hatte – einen Grad, der ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen den maßgebenden Faktoren Reichsleitung und OHL nicht mehr ermöglichte. Er ist auch ein Maßstab dafür, welche ungeheure Tragweite den reinen Persönlichkeitsfragen in der Ostpolitik des Jahres 1918 zukommt⁴³.

Die im April in die Wege geleitete Finnland-Expedition bot der OHL, wie Kühlmann vorausgesehen hatte, Gelegenheit, ernsthaft die Möglichkeit einer anti-bolschewistischen Intervention zu prüfen. Treibende Kraft war zunächst der Kaiser. Ihm waren in den letzten Apriltagen einige Berichte des deutschen Gesandten in Finnland, von Brück, über den finnischen General Mannerheim vorgelegt worden. Sie veranlaßten ihn dazu, vor seinen Kabinettschefs und Grünau den Gedanken zu äußern, daß Mannerheim dazu berufen sein könnte, nach Niederkämpfung der Unruhen in Finnland »Ordnung in die Dinge in Rußland zu bringen«. »Gestützt auf eine gewisse militärische Macht und vermöge seiner Beziehungen zu den früher angesehenen Kreisen«, so schrieb Grünau an den Reichskanzler⁴⁴, »könnte der in Rußland angesehene General leicht der Mittelpunkt derjenigen Elemente werden, die ernstlich bestrebt sind, die gegenwärtige Schreckensherrschaft zu beseitigen und dem Lande Beruhigung zu bringen.« Wenn Mannerheim sich tatsächlich mit solchen Plänen trüge, so solle ihm Deutsch-

⁴¹ Dazu s. Kühlmann 562 ff.

⁴² Haußmann 186 (Tagebucheintrag 1918 IV 21).

⁴³ Vgl. Schwertfeger in WUA IV 2 S. 188 für eine ähnliche Episode in der belgischen Angelegenheit.

⁴⁴ Schreiben Grünau an Rk, Spa 1918 IV 28 (PA, Fi 1 Bd. 4).

land, nach Ansicht S.M., dabei behilflich sein. Der Kaiser habe betont, daß er, abgesehen etwa von Geld und Kriegsmaterial, nicht an eine direkte Unterstützung Mannerheims durch deutsche Truppen in Finnland denke. Diese müßten vielmehr in Finnland verbleiben, dadurch würden finnische Kräfte frei. Wohl aber könne man aus den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland ausgesuchte und zuverlässige Offiziere und Mannschaften zur Verfügung stellen, so daß sich Mannerheim leicht den Kern für eine kleine Armee zu bilden vermöge. Eine solche würde aber bei den Verhältnissen in Rußland genügen, um zunächst einmal auf einem beschränkten Gebiet eine Regierung und »ein Zentrum für aufbauende Kräfte« zu schaffen, von dem aus dann »die Pazifizierung« ausgebreitet werden könne und um das sich »immer weitere Kreise« scharen würden⁴⁵.

Am 30. April besprach der Kaiser diese vor seinen Kabinettschefs entwickelten Gedanken auch mit Hindenburg und Ludendorff. Beide äußerten sich zustimmend, General Mannerheim eine solche Rolle zufallen zu lassen. Nach den ihnen zugegangenen Nachrichten glaubten auch sie, daß der General insgeheim derartige Absichten hege und eigentlich nur auf einen Wink von deutscher Seite warte. Sie waren wie der Kaiser der Ansicht, daß »die russische Etikette« bei einem etwaigen Unternehmen Mannerheims gewahrt werden müsse⁴⁶.

In der zweiten Aprilhälfte gelangte auch aus Kiev ein Bericht über eine Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter und einem Abgesandten einer monarchistischen Organisation nach Berlin⁴⁷. Dieser Abgesandte hatte, wie er mitteilte, schon im Januar in Petersburg mit verschiedenen Mitgliedern der Delegation Mirbach Fühlung genommen und mehrere Unterredungen mit dem Freiherrn von Keyserlingk gehabt. Die Verbindung sei aber durch die plötzliche Abberufung der Delegation (nach dem 10. Februar) unterbrochen worden. Der Abgesandte, der als Führer seiner Organisation u. a. den früheren Landwirtschaftsminister Krivošejn und den Patriarchen Tichon nannte, bat um Gelegenheit, mit Oberost oder mit einer maßgebenden Berliner Stelle Besprechungen zu führen. In seiner Organisation denke man zunächst nicht an Wiedereinführung der Monarchie, sondern nur an Aufrichtung einer Art Diktatur in engem Anschluß an deutsches Militär, dem weitgehende Befugnisse eingeräumt werden müßten.

Ludendorff riet dem AA, geheime Fühlung auch mit dieser Organisation aufzunehmen. Da nach seiner Meinung Deutschland weder in der Ukraine mit der Rada noch in Großrußland mit den Bolschewisten gehen könne – »so haben wir nichts von Rußland« –, ließ er nach Berlin drahten: »Wir können uns daher nur freuen, wenn andere kommen.«⁴⁸ Als dann Anfang Mai auch von Pleskau her aus dem Bereich des AOK 8 Nachrichten über Sondierungen einer monarchistischen Gruppe ins Große Hauptquartier gelangten⁴⁹, sah sich das AA genötigt,

⁴⁵ S. auch Müller 373 (1918 IV 30).

⁴⁶ Schreiben Grünau an Rk, Spa 1918 V 1 (PA, Fi 1 Bd. 5).

⁴⁷ Mumm an AA, Kiev 1918 IV 20 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 35).

⁴⁸ Berckheim an AA, Spa 1918 IV 24 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 54).

⁴⁹ Berckheim an AA, Spa 1918 V 2 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 82).

zu diesen Anknüpfungsversuchen und dem Anraten der OHL, darauf einzugehen, grundsätzlich Stellung zu nehmen. Zuvor holte es sich Kühlmanns Meinung aus Bukarest ein. Das dazu am 3. Mai abgesandte Telegramm⁵⁰ gibt einen deutlichen Aufschluß über die Auffassung des Staatssekretärs zu den Verhältnissen im Osten. Kühlmann bezeichnete den Zerfall des russischen Reiches und die damit erreichte Sprengung des um Deutschland geschlossenen feindlichen Ringes als den größten politischen Erfolg, den Deutschland im Weltkrieg habe erringen können. Grundsatz der deutschen Ostpolitik solle nach seiner Ansicht sein, sich diese Freiheit nach Osten zu erhalten und ein Wiedererstarken Rußlands zu verhindern. Jedes Eingreifen Deutschlands zur Konsolidierung der russischen Verhältnisse, besonders aber eine Mithilfe bei der Wiederaufrichtung der Monarchie erschienen ihm verfehlt. Die territorialen Verluste, die Rußland erleide, namentlich das Abschneiden von der Ostsee und vom Schwarzen Meer, würden jedes kommende, besser konsolidierte Regime zwingen, imperialistische Politik zu treiben und zum Kampf für die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete aufzurufen. – Unausgesprochen liegt in diesem Satz die Auffassung, daß Ludendorffs Politik, vom ehemaligen Zarenreich fortwährend Gebiete abzutrennen und dann den Vertretern des russischen Nationalstaatsgedankens, den Monarchisten, die Hand zur Wiederaufrichtung der Ordnung zu bieten, doch letztlich unlogisch sei. Noch zwei weitere Faktoren bewogen Kühlmann, gegen eine Stärkung Rußlands zu sprechen. Er glaubte, daß die öffentliche Meinung Deutschlands, dessen Linke die deutsche Ostpolitik bisher sehr widerstrebend mitgemacht habe⁵¹, es nur schwer ertragen würde, wenn Deutschland der Wiederaufrichtung des notgedrungen imperialistisch orientierten Zarismus Vorschub leisten wollte. Kühlmann gab sodann zu, daß er wirtschaftliche Vorteile, die Großrußland Deutschland noch rechtzeitig für die Bedürfnisse des gegenwärtigen Krieges bieten könnte, nicht zu erkennen vermöge. – Neben der hier zum Ausdruck gebrachten Skepsis über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland liegt in diesem Eingeständnis auch indirekt ein Zweifel an einem glücklichen Kriegsausgang – ein Zweifel, der sich in Kühlmann fortan immer mehr verstärkte.

Im Berliner AA ging man nach Eingang dieses Votums aus Bukarest daran, eine ausführliche Denkschrift⁵² über die deutsche Ostpolitik auszuarbeiten. Sie sollte zunächst eine grundsätzliche Stellungnahme zu den Interventionsabsichten der OHL und des Kaisers sein, sodann den deutschen Gesandten in Finnland, Moskau und Kiev als Richtschnur für ihr weiteres Verhalten gegenüber Anknüpfungsversuchen antibolschewistischer Kräfte dienen. Die in den Akten erhaltenen Ent-

⁵⁰ Kühlmann an AA (Abschrift), Bukarest 1918 V 3 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 91).

⁵¹ S. dazu Matthias 3 ff. Ferner für die Zeit vor und nach Brest-Litowsk die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses in den veröffentlichten Protokollen IFA I/II; sie wäre eine eigene Studie wert!

⁵² Entwürfe und Reinkonzept (undatiert) in PA, Fi 1 Bd. 5. Abgedruckt als Dokument 1 im Anhang.

würfe des Memorandums lassen als Verfasser Legationsrat Trautmann erkennen. Sie wurden durch Streichungen und Verbesserungen Langwerths (Leiter der politischen Abteilung des AA) und Nadolnys (Ostreferent des AA) überarbeitet. Mit der Unterschrift des Unterstaatssekretärs von dem Bussche ging die Denkschrift dann ins Große Hauptquartier.

Hält man sich den Entstehungsgrund der Denkschrift – Ludendorffs Aufforderung, mit den Feinden der Bolschewisten in Rußland Verbindung aufzunehmen – vor Augen, so kann man in ihr deutlich das Bestreben des AA erkennen, an dem einmal geschlossenen Frieden von Brest-Litowsk festzuhalten, d. h. mit anderen Worten das Bestreben, sich gegenüber der immer weiter ausgreifenden Ostpolitik Ludendorffs an einem gewissen Festpunkt zu orientieren. Zweifellos hielt man auch im AA den Frieden von Brest-Litowsk nicht für ein Definitivum, allein schon wegen der dem Vertrag anhaftenden äußeren Mängel (Livland/Estland) und der zahlreichen darin noch offengelassenen Fragen. Man meinte aber doch mit der bolschewistischen Regierung als einem vertrags- und rechtsfähigen Kontrahenten rechnen und mit ihr die unerledigt gebliebenen Probleme auf dem Verhandlungswege lösen zu können. Da man das als eine vornehmlich politische und diplomatische Angelegenheit ansah, wollte man sich von den Militärs, denen man vorwarf, im Osten Tagespolitik zu betreiben⁵³, nicht dazwischenreden lassen.

In der Denkschrift führte das AA die Hilferufe, die von verschiedenen Seiten aus Rußland an Deutschland ergangen waren, vor allem auf den Wunsch der besitzenden Kreise zurück, ihre Habe und ihre Besitzungen vor dem Zugriff der Bolschewiki zu sichern. »Deutschland soll den Büttel spielen, um die Bolschewiki aus dem russischen Haus zu jagen und den Reaktionären wieder Platz zu machen, die dann Deutschland gegenüber genau dieselbe Politik befolgen würden, die vorher die zaristische Regierung der letzten Dezennien geführt hat.« Das »geringe Häuflein« ganz rechts stehender Russen, schon vor dem Kriege unbedeutend, würde nun, da das ganze Land von demokratischen Ideen durchtränkt sei, erst recht keine Bedeutung mehr gewinnen. Auch wenn diese Kreise wieder ans Ruder kommen sollten, so würden sie, nachdem sie die deutsche Hilfe benutzt hätten, genauso denken wie jetzt die Kadetten und Sozialrevolutionäre, die erbittertsten Feinde Deutschlands. Sie fühlten genauso wie jeder patriotische Russe, daß der Friede von Brest-Litowsk und namentlich die Folgen dieses Friedens, die sich in der deutschen Politik im Baltikum, im deutschen Vorgehen in Finnland und in der Krim zeigten, Rußlands Zerstörung bedeuteten. Der Schluß, den die Denkschrift aus dieser Geisteshaltung der reaktionären Kreise Rußlands zog, war, weiter »die zersetzenden Kräfte zu fördern und das Land noch lange hinaus schwach zu erhalten«. Bismarcks Frankreich-Politik nach 1871, die sich gegen die Wiedereinführung der Monarchie richtete, wurde als Vorbild apostrophiert. Die deutsche Politik im Osten müsse dahin gehen, Deutschland mit den abgesplitterten

⁵³ So Nadolny am Rand eines Berichts des deutschen Militärattachés in Moskau (1918 VIII 3. PA, D 131 Bd. 44 Bl. 179).

selbständigen Staaten, besonders mit der Ukraine, mit Finnland und mit der neuen kaukasischen Regierung in freundschaftliche Beziehungen zu bringen, dort den deutschen Einfluß »fest zu verankern« und die Rußland zugewandten föderalistischen Tendenzen nach Möglichkeit zu unterdrücken. So sah man z. B. das Ziel der deutschen Politik in Finnland darin, dieses Land auf eigene Beine zu stellen, es aber als Werkzeug Deutschlands gegen Rußland zu erhalten. Deutschland müsse danach streben, Finnland ans nördliche Eismeer, möglichst an die Bucht von Archangel'sk zu bringen, »um einen Schutzmann auch an dem nördlichen Seeausgang Rußlands zu haben«. Auf die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland übergehend, wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, das russische Verkehrswesen, die Industrie und die ganze Volkswirtschaft in deutsche Hand zu bekommen. »Es muß gelingen, den Osten für uns auszubeuten. Dort sind die Zinsen für unsere Kriegsanleihen zu holen.« Schließlich wurde noch die Auffassung ausgesprochen, daß die Gegenarbeit der Entente in Rußland nicht gefährlich sei, weil die Alliierten mit ihrem Werben um Anhängerschaft bei den durch die Erfahrungen des Krieges gewitzigten reaktionären Kreisen kaum Gegenliebe finden und obendrein dadurch die Bolschewiken und sozialistischen Kreise nur in deutsche Arme treiben würden⁵⁴.

Bei einem Vergleich der in dieser Denkschrift zum Ausdruck gebrachten Anschauungen mit den ostpolitischen Ansichten Kühlmanns fallen besonders zwei Unterschiede auf. Es konnte kaum mit Kühlmanns Konzeption in Einklang zu bringen sein, Finnland ans Weiße Meer, ja bis an die Bucht von Archangel'sk gelangen zu lassen und damit Rußland eigentlich die letzte von Deutschland unkontrollierbare europäische Zufahrtstraße zu nehmen. Sodann scheinen die Autoren der Denkschrift wesentlich größere Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Ausbeutung des Ostens gesetzt zu haben als Kühlmann. Diese Unterschiede lassen sich erklären, wenn man sich den Zweck der Denkschrift vergegenwärtigt,

⁵⁴ Die einzige erhaltene Reaktion auf diese Denkschrift stammt von General Groener. Am 25. Mai schrieb er in sein Tagebuch: »Pro memoria des AA über unsere Ostpolitik. Kernpunkt: Um das divide et impera . . . zu erhalten, müßten wir die Bolschewiki in Moskau unterstützen. Den Eindruck einer weitausschauenden Politik macht der Standpunkt des AA nicht.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/23.) In der Rückschau, in seinen Lebenserinnerungen, hat Groener darüber ein noch viel schärferes Urteil abgegeben: »Der Bericht, der über die Frage der Russenpolitik dem Botschafter v. Mumm und dem Oberkommando zuing, ist ein merkwürdiges Dokument unserer politischen Instinktlosigkeit und Phantasterei, die wir dem bolschewistischen Rußland gegenüber an den Tag legten und welche uns verleitete, in Unterschätzung der bolschewistischen Gefahr wie des einzelnen Mannes, Herrn Joffe, diesen gerissenen Juden, als russischen Botschafter nach Deutschland hereinzulassen. Das war einer der größten Fehler, die wir gemacht haben.« (Groener 403.) Groener mildert die Schärfe seines Urteils aber ab, wenn er schreibt: »Rein den Tatsachen nach hatte . . . das AA in Berlin auf das richtige Pferd gesetzt; es bleibt aber vor der Geschichte unbeantwortet, ob nicht der Bolschewismus mit unserer Unterstützung zu beseitigen gewesen wäre und auf lange Sicht ein gesundes Rußland nicht wertvoller gewesen wäre als der Brester Friede.« (Ebenda 404). - Vgl. auch Fischer (729), der in der Denkschrift ein »krasses« Beispiel für die deutsche Kriegszielpolitik im Osten sehen zu müssen glaubt.

nämlich der OHL möglichst überzeugende und zugkräftige Argumente vorzuhalten, die sie von ihrem Vorhaben, sich mit bolschewikfeindlichen Kräften in Rußland einzulassen, abbringen sollten. Kühlmanns offenbar pessimistischere und weniger ausgreifende Anschauungen hätten dafür in der Form, wie sie von Bukarest nach Berlin gelangt waren, kaum genügend Durchschlagskraft besessen. Die Denkschrift durfte Ludendorffs Politik nicht nur negativ widerlegen, sie mußte auch Positives an ihre Stelle setzen. So kann sie, wie überhaupt der ganze Schriftverkehr zwischen Berlin und dem Großen Hauptquartier, nur bedingt als echter, unmittelbarer Ausdruck der im AA vertretenen politischen Konzeptionen angesehen werden.

Um das Bild der Ostpolitik Kühlmanns zu vervollständigen, muß noch ein weiterer Punkt aus dem Bukarester Telegramm herausgegriffen und an späteren Äußerungen des Staatssekretärs verdeutlicht werden. In dem Telegramm hieß es, daß Deutschland an der Konsolidierung Rußlands einstweilen kein Interesse habe und deshalb die Bolschewiki an der Macht halten müsse. Am 22. Mai führte Kühlmann diesen Gedanken vor den Bevollmächtigten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten folgendermaßen aus: »Es mag sonderbar scheinen, daß das konservative und militärische Deutschland die sozialistische Regierungsform in einem anderen Lande unterstützt. Aber unser Interesse gebietet, alles zu tun, was ein baldiges Zusammenschließen des gespaltenen Rußlands aufhalten kann. Ein geeinigtes Rußland würde ententefreundlich sein. Es bleibt also nur übrig, mit Herrn Joffe [dem inzwischen in Berlin eingetroffenen russischen Botschafter] zu arbeiten, und mein ganzes Bestreben wird sein, Fehler zu vermeiden, die zu einer raschen Erstarkung Rußlands führen können.«⁵⁵

⁵⁵ S. Anm. 32. – Am 22. Mai erhielt Kühlmann von der Reichskanzlei eine Aufzeichnung des ehemaligen russischen Diplomaten Karl Staël von Holstein zugesandt. (G. A. Prittwitz mit Unterschrift Hertlings für AA, Berlin 1918 V 21; in der Anlage Aufzeichnung Holstein, Berlin 1918 V 20. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12.) Unter den zahlreichen in Berlin eingegangenen Denk- und Bittschriften aus bolschewikfeindlichen Kreisen nimmt sie insofern eine Sonderstellung ein, als sie die einzige ist, die sich *gegen* eine Kursänderung der deutschen Ostpolitik aussprach. Kühlmann muß in ihr eine Bestätigung seiner Ansichten gesehen haben. Wie aus einer Randbemerkung hervorgeht, hat sie auf ihn einen großen Eindruck gemacht. »Sehr gute Arbeit«, schrieb er, »Referent für Rußland soll Kenntnis nehmen.« Die Aufzeichnung wurde am 27. Mai ins Große Hauptquartier an Berckheim und Grünau geschickt. – Die von Holstein vorgebrachten Argumente sind, kurz zusammengefaßt, folgende: Ein monarchistischer Umschwung sei in Rußland für die nächste Zeit nicht zu erwarten, da die sowjetfeindlichen Parteien gar keinen Einfluß auf die breite Masse des Volkes besäßen und es ihnen an einheitlicher Führung und Organisation fehle (Kornilov-Revolution, Kaledin!). Andererseits würde die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der gänzlich unfähigen Sowjetregierung zu deren baldigem Sturz führen. Ihr Erbe werde nur eine Parteiregierung linker Observanz antreten können. Wegen der völlig zerfahrenen Verhältnisse in Rußland könne auch dieser Regierung die Prognose einer längeren Dauer nicht gestellt werden. Die gebildeten Klassen seien sich dessen bewußt, daß sie aus eigener Kraft einen neuen Staat nicht aufbauen könnten. Deshalb versuchten sie, mit Hilfe einer Intervention ausländischer Mächte

Das beste Mittel, Rußland schwach zu halten, sah Kühlmann darin, den durch die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk sanktionierten Gegensatz zwischen Großrußland und der Ukraine zu pflegen und zu vertiefen. So ist es auch zu verstehen, daß er es für angezeigt hielt, die Schaffung eines selbständigen Staatswesens in der Krim zu begünstigen. Er hatte darüber eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter in Berlin. Dieser warf ein, daß ein solcher Staat sich kaum lange halten würde. Kühlmann gab dies unumwunden zu, aber die sich dabei zwischen der Ukraine und Großrußland ergebenden Schwierigkeiten schienen ihm im deutschen Interesse »nicht unerwünscht«. Der Staatssekretär glaubte vielmehr, schrieb Hohenlohe nach Wien, daß durch das Entstehen wenn auch nur vorübergehender Staatengebilde eine Erstarkung Rußlands in irgendeiner Form hintangehalten werden könne, was nur im deutschen Interesse sei⁵⁶. Aus demselben Motiv hielt es Kühlmann dagegen *nicht* für angebracht, die Bolschewisten gänzlich vom Schwarzen Meer abzudrängen, denn dadurch wäre eine Reibungsfläche zwischen beiden Staaten beseitigt worden. Deshalb forderte er auch die OHL auf, dem ständigen russischen Ansuchen um Räumung des von deutschen Truppen besetzten Dongebietes nachzugeben, um den Bolschewisten den letzten Zugang zum Schwarzen Meer zu lassen⁵⁷. Demselben Zweck einer Vertiefung des Gegensatzes zwischen Ukraine und Großrußland sollte nach Kühlmanns Auf-

geordnete Zustände in Rußland wiederherzustellen. Sollte aber eine deutsche Intervention in Großrußland stattfinden, so sei mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der Löwenanteil an Arbeit den deutschen Truppen und Verwaltungsorganen zufallen würde. Eine deutsche Okkupation Großrußlands werde daher zur Folge haben, daß der Deutsche als lästiger Bedrücker und Ordnungsstifter der bestgehaßte Mann in Rußland werden würde. Unter diesen Umständen und wegen der völligen Zerrüttung des russischen Wirtschaftslebens werde sich auch der deutsche Handel in Großrußland nicht entwickeln können. Nach allen diesen Erwägungen kommt Holstein zu einem Schluß, in dem er einen weitreichenden Vorschlag macht: »Es dürfte sich daher vielleicht als zweckmäßiger erweisen, ein Eingreifen in die großrussischen Verhältnisse zwecks Ordnungsschaffung auf den Zeitpunkt nach dem allgemeinen Friedensschluß zu verlegen, und zwar im Zusammengehen mit den anderen Mächten, was jedenfalls zur Folge haben würde, daß das hiermit verbundene Odium nicht allein auf Deutschland fallen würde. Insbesondere hat Frankreich ein Interesse daran, die von der Sowjetregierung gekündigten Anleihezinsen nicht zu verlieren, und, da es nicht recht ersichtlich ist, wie die französische Regierung ohne Einwilligung und Zutun Deutschlands einen diesbezüglichen Druck auf Rußland auszuüben imstande wäre, so läge in dieser Frage in Zukunft vielleicht ein Moment der Verständigung zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbarn.«

Die Denkschrift wurde auch Wilhelm II. und Hindenburg vorgelegt. Der Kaiser setzte bemerkenswerterweise an den letzten Satz ein »richtig!« – Daß die Denkschrift Holsteins auf Kühlmann einen nachhaltigen Eindruck ausgeübt hat, läßt sich in den Akten bis in einzelne Formulierungen hinein nachweisen. So findet sich Holsteins Bemerkung, daß auf die Bolschewisten eine Parteiregierung linker Observanz folgen würde, in einem Telegrammentwurf Kühlmanns an die Botschaft Kiev in folgender Umschreibung wieder: »Kommt ein Umschwung, so werden wahrscheinlich mit Hilfe der Entente nach dieser hin orientierte Sozialrevolutionäre ans Ruder kommen.« (Berlin 1918 VI 6. PA, Ukr 1 Bd. 13.)

⁵⁶ Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 V 15 (HHStA, PA X 158 Liasse XII).

⁵⁷ S. u. S. 158 und 281.

fassung auch der ukrainisch-russische Friedensvertrag dienen, zu dessen Abschluß sich Rußland im Artikel 6 des Brester Friedens verpflichtet hatte. Durch diesen Frieden, so hoffte Kühlmann, würde einerseits die Stellung der Bolschewisten befestigt und andererseits die »rein bürgerlich ukrainische Regierung«, die inzwischen an die Stelle der sozialistischen Rada getreten war⁵⁸, in scharfem Gegensatz zur Bolschewiki-Regierung verharren⁵⁹.

An den aufgeführten Äußerungen Kühlmanns fällt ein Moment auf, das einen wichtigen Schluß zuläßt. Es ist darin immer nur davon die Rede, daß Deutschland an der Konsolidierung Rußlands *einstweilen* kein Interesse habe, daß ein *baldiger* Zusammenschluß des gespaltenen Rußland inopportun sei usw. Kühlmann hielt also den durch die Brester Friedensschlüsse geschaffenen Zustand der Dekomposition Rußlands nicht für endgültig. Die wichtige Frage, an welchen Zeitraum der Staatssekretär dabei dachte, läßt sich mit wünschenswerter Eindeutigkeit aus dem Protokoll einer Besprechung, die Kühlmann am 19. Juni mit Vertretern der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler hatte, beantworten. Auf die Frage des Abgeordneten Haußmann: »Wollen wir Rußland atomisieren?« erwiderte Kühlmann: »Mir scheint, daß wir während des Krieges im Osten keine organisierte Macht haben sollten. Etwas anderes ist es nach dem Kriege, wenn die wirtschaftlichen Beziehungen wieder mehr hervortreten. Dann kann auch wieder eine Föderation eintreten.«⁶⁰ Kühlmann hielt Rußland für eine Macht, die einen historisch bedingten Anspruch auf ihre Stellung im europäischen Staatensystem hatte und deren ungebührliche Schwächung das Gleichgewicht dieses Systems – zumindest nach der allgemeinen Friedensregelung – empfindlich stören würde.

In derselben Besprechung setzte Kühlmann der Frage Haußmanns: »Will die Regierung die Sowjets stürzen?« ein unumwundenes »Absolut nicht!« entgegen. Über diese Frage kam es in eben jenen Tagen zu einer tiefgreifenden grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen AA und OHL. Bevor darauf eingegangen wird, muß noch genauer geklärt werden, wie sich die ostpolitischen Ansichten Ludendorffs im Mai und Juni ausgebildet hatten. Auf die Denkschrift des AA von Anfang Mai scheint keine direkte Reaktion Ludendorffs vorzuliegen. Am 8. Mai bat der General das AA lediglich um Orientierung, wie Graf Mirbach – der deutsche Gesandte in Moskau – die innerpolitische Lage in Rußland beurteile. Er halte es für nicht unmöglich, ließ er das AA wissen, daß in Rußland eine deutschfeindliche Regierung ans Ruder komme. Um dem vorzubeugen, müsse man Deutschland genehmen Kreisen zur Regierung verhelfen⁶¹. Am 15. Mai erhielt

⁵⁸ S. u. S. 128.

⁵⁹ Telegrammentwurf Kühlmann an Berckheim für Ludendorff, Berlin 1918 VI 1 (PA, Ru 106 Bd. 1).

⁶⁰ IFA II 400.

⁶¹ Berckheim an AA, Spa 1918 V 8 (PA, Ru 61 Bd. 152). Abdruck in englischer Übersetzung bei Zeman 123.

Ludendorff von General Hoffmann Mitteilung über den Besuch des russischen Obersten Durnovo in Kowno, der im Auftrag des Großfürsten Paul mit deutschen Stellen Fühlung aufzunehmen wünschte⁶². Durnovo habe angegeben, daß verschiedene monarchistische Vereinigungen in Rußland einen Staatsstreich und die Einsetzung einer monarchischen Regierung vorbereiteten. Zur Durchführung des Plans fehlten aber die Voraussetzungen. Die Monarchisten erhofften deshalb von Deutschland militärisch einen Vormarsch auf Moskau und Petersburg und politisch eine Revision des Brester Friedens. Hoffmann bemerkte zu den Angaben Durnovos, daß keiner der Monarchisten, der bisher im Hauptquartier Oberost erschienen sei, nennenswerte Machtmittel hinter sich habe. Es liege deshalb keine Veranlassung vor, auf die Wünsche Durnovos einzugehen.

In denselben Tagen erhielt Ludendorff Berichte von der deutschen Kriegsgefangenenkommission in Moskau, in denen der Zusammenhang der bolschewiki-feindlichen Strömungen wesentlich fester beurteilt und zur Erwägung gestellt wurde, deutsche Truppen »zum Eingreifen für alle Fälle« bereit zu halten⁶³. Diese

⁶² Lersner an AA (darin Oberost an OHL, 1918 V 15), Spa 1918 V 19 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 7/8). – Durnovo teilte Oberost mit, daß über die deutsche Gesandtschaft ein Brief des Großfürsten Paul an den deutschen Kaiser geleitet werde. Der – inhaltlich unbedeutende – Brief (Original in russischer und französischer Sprache, undatiert. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 10a/b) wurde dem Kaiser am 25. Mai vorgelegt. Über die Äußerungen, die Wilhelm II. aus diesem Anlaß über die monarchistischen Anknüpfungsversuche machte, berichtete Grünau an AA: »Es ist nicht zu leugnen, daß der Brief doch einen gewissen Eindruck auf S.M. gemacht hat. . . Ich habe in den letzten Tagen mehrfach die Gelegenheit wahrgenommen, S.M. gegenüber zu betonen, daß wir – jedenfalls vorläufig – nur das eine Interesse haben können, mit der gegenwärtigen Russischen Regierung zu freundlichen und vertrauensvollen Beziehungen zu gelangen, ihren Fortbestand zu wünschen und zu sichern. . . Jede andere Regierung, sei sie monarchistisch oder bürgerlich-demokratisch, würde den Brester Frieden ablehnen und aller Wahrscheinlichkeit nach sich der Entente nähern. S.M. gibt dies völlig zu. Aber es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, daß der Kaiser aus anderen Gedankengängen heraus den Bolschewiki alles Böse wünscht – ein Empfinden, das sich in gelegentlichen Äußerungen Luft macht – und daß er für das russische Kaiserhaus, trotz allem, was er ihm mit Recht vorgeworfen hat, im innersten Herzen doch Sympathie bewahrt hat und sich mit ihm durch eine gewisse Interessengemeinschaft verbunden fühlt. . . Der Gedanke, von dem sich S.M. leiten lasse, ist der, daß wir die Konsolidierung der Bolschewiki-Regierung nicht als unbedingt feststehenden Faktor in unsere Rechnung einstellen dürfen und daß wir es vermeiden müssen, diejenigen Gruppen, die nach einem Sturz der Bolschewiki zur Macht kommen könnten, von vornherein dadurch gegen uns einzunehmen, daß wir sie bei ihren Annäherungsversuchen an uns ohne weiteres zurückstoßen; den Vorteil würde doch nur die Entente haben, denn wenn wir uns in jeder Beziehung ablehnend verhalten, so werden sich die Leute nur um so bereitwilliger der Entente annähern. [Randbemerkung Kühlmanns dazu: Werden sie auf alle Fälle.] . . . Bei aller Würdigung des für unsere Politik maßgebenden Grundsatzes, uns nicht in die innerpolitischen russischen Fragen einzumischen und uns nur an die jetzige Regierung zu halten, meinen S.M. doch, daß wir vorsorglich auch genug andere Eisen ins Feuer legen sollten, um möglichst viele Chancen dafür zu haben, daß wir bei einem Umschwung der Dinge keine Rückschläge erleiden.« (Bericht Grünau an AA, Spa 1918 V 26. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 120/1.)

⁶³ Z. B. Schreiben Henning an KM (Abschrift), Moskau 1918 V 17 (PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 162/3).

Nachrichten aus Moskau sowie die Berichterstattung⁶⁴ General Bartenwerffers – des Chefs der Politischen Abteilung der OHL, der am 8. Juni von einer Reichskanzlerbesprechung⁶⁵ über Kaukasusangelegenheiten aus Berlin nach Spa zurückgekehrt war – veranlaßten Ludendorff, dem Reichskanzler am 9. Juni seine Ansichten zur militärisch-politischen Lage im Osten mitzuteilen⁶⁶. Die Kraft der im Osten stehenden deutschen Divisionen reiche nicht aus, wenn sich die dortigen Verhältnisse verschlechterten. Deutschland müsse sich »bei der unklaren Haltung der schwachen Sowjetregierung« für alle Fälle nach weiteren Bundesgenossen umsehen. Da die Aufstellung einer georgischen und finnischen Armee in die Wege geleitet sei, habe Deutschland militärische Unterstützung im Osten von Georgien und Finnland zu erwarten⁶⁷. Ebenso werde mit den Kosakenstämmen Ziskaukasens Fühlung aufgenommen, um die Möglichkeit von Waffenlieferungen zu prüfen. Ludendorff glaubte, daß damit auf militärischem Gebiet alles geschehen sei, was die Lage im Osten für Deutschland zunächst erfordere. »Nicht so auf politischem Gebiet. Hier kann ich das unehrliche Treiben der Sowjetregierung nur mit

⁶⁴ Darüber gibt eine Unterredung Auskunft, die Bülow, der Vertreter des Admiralstabs im Großen Hauptquartier, am 8. Juni mit General Bartenwerffer hatte. Wie Bülow dem Admiralstab mitteilte, habe Bartenwerffer folgende Auffassung, die als diejenige der OHL gelten könne, entwickelt: »1. Die Sowjetregierung habe so viele Beweise von Übelwollen oder mindestens von Machtlosigkeit gegeben, z. B. Duldung der Aufstellung der ursprünglich offen für die Westfront bestimmten tschechoslowakischen Truppen, daß wir keinen Anlaß hätten, sie zu schonen, vielmehr tun könnten, was wir für uns nötig hätten. Dies um so mehr, als die Tage der Sowjetregierung offenbar gezählt seien. Die monarchistische Bewegung sei im Zunehmen, ebenso das Verständnis dafür, daß Rußland und Deutschland aufeinander angewiesen seien. . . Skoropadski z. B. sei durchaus Monarchist. Wir müßten also unsere Haltung danach einrichten, daß in Rußland wieder die Monarchie ans Ruder käme, und mit ihr politisches Einvernehmen suchen. 2. Alles, was in Rußland slavisch *und* orthodox sei, werde sich wieder zu einem Staat zusammenfinden. Die konzentrisch wirkenden Kräfte seien die stärkeren. Andererseits werde dieses slavisch-orthodoxe Rußland ohne Revenge-Gelüste auf andersgläubige Fremdvölker verzichten. Also auf Balten, Litauer, Finnen und Kaukasier (Krim wurde nicht genannt). Es würde mit der Ausdehnungsmöglichkeit nach Osten zufrieden sein. . . 5. Man könne hoffen, daß ein geordnetes Georgien seine Anziehungskraft in Transkaukasien und sogar nördlich des Kaukasus äußern würde. Die Bedeutung einer deutschen Position dort liege einmal in wirtschaftlicher Beziehung, dann in einem Druck auf Rußland, ähnlich wie ihn Finnland oben ausübe, und schließlich in dem Druck in südöstlicher Richtung. . . « (Aufzeichnung Bülow für Adm.st. Berlin, Spa 1918 VI 8. MGFA PG/69 257 Bd. 2.)

⁶⁵ S. u. S. 184/5.

⁶⁶ Original des Schreibens in PA, D 131 Bd. 40 Bl. 132/6. Abdruck in Ludendorff, Urkunden 488/91; Arch. Forsch. IV 1387/90. Eine Abschrift dieses Schreibens, unterzeichnet von Bartenwerffer, in PA, D 131 Bd. 40 Bl. 121/25. Es ist anzunehmen, daß dieses Schreiben Ludendorffs von Bartenwerffer entworfen wurde. Die Akten des Vertreters des AA im Großen Hauptquartier (PA, GrHQ, Ru 31) lassen den Schluß zu, daß überhaupt alle wichtigen Telegramme und Schreiben der OHL über ostpolitische Angelegenheiten von Bartenwerffer redigiert wurden. Da die deutschen Heeresakten vernichtet sind, ist die tatsächliche Mitwirkung Ludendorffs an der Bearbeitung des Schriftverkehrs mit dem AA nicht mehr festzustellen.

⁶⁷ Dieser Satz ist von Kühlmann am Rand mit einem »oh!« versehen.

schwerstem Mißtrauen ansehen.« Als Beweise erwähnte er die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage, die Unterstützung der finnischen Rotgardisten, das Verhalten der Sowjetregierung gegenüber den alliierten Streitkräften an der Murman-Bahn und gegenüber den tschecho-slowakischen Truppen in Sibirien, die Angelegenheit der russischen Schwarzmeer-Flotte und das Problem der Aufnahme von Handelsbeziehungen⁶⁸. In allen diesen Punkten beginne die Sowjetregierung Deutschland gegenüber die gleiche Haltung einzunehmen wie bei den ersten Brester Verhandlungen: »Sie verschleppt alle für uns wichtigen Fragen und arbeitet, wo immer sie kann, gegen uns. Wir haben von dieser Sowjetregierung nichts zu erwarten, obschon sie nur von unserer Gnade lebt. Sie ist für uns eine dauernde Gefahr, die sich nur dann mindern wird, wenn sie uns weiter als unbedingten Herrn anerkennt und, aus Furcht vor Deutschland und Sorge für ihren eigenen Bestand, sich uns willfährig erweist.« Da in Rußland starke Strömungen vorhanden seien, die gegen die Sowjetregierung arbeiteten, müßten diese »berücksichtigt« werden. Auf die Anhänger Kerenskij's (Sozialrevolutionäre, Menschewiken, Kadetten) sei kein Verlaß, da sie ganz im Fahrwasser der Entente sich bewegten. »Dagegen müssen wir mit den rechtsstehenden, mehr monarchischen Gruppen in einer Weise Fühlung aufnehmen und sie so beeinflussen, daß die monarchistische Bewegung ganz nach unseren Wünschen marschiert, wenn sie sich Geltung verschafft.« Auf wirtschaftlichem Gebiet müsse Deutschland noch vor dem allgemeinen Frieden mit den »russischen Völkerschaften« zu klaren Abmachungen kommen, um die Drohungen der Entente bezüglich der wirtschaftlichen Boykottierung Deutschlands zunichte zu machen und die deutsche Stellung bei den Friedensverhandlungen und in der Welt zu stärken.

In diesem Schreiben hatte Ludendorff noch nicht die letzte Konsequenz gezogen, nämlich die Regierung zum Bruch mit den Bolschewisten aufzufordern. Zwei Wochen später aber hatte er sich zu diesem Schluß durchgerungen. Unmittelbarer Anlaß dazu waren zwei kurz aufeinanderfolgende Telegramme des deutschen Gesandten in Moskau⁶⁹. Darin berichtete dieser über seine Verbindung mit Abgesandten der »Provisorischen Sibirischen Regierung«, ferner über die Erfolge der tschecho-slowakischen Legion in Sibirien und die schlechte Lage der Bolschewisten und stellte »pflichtgemäß« zur Erwägung, den Bemühungen der Entente, die konterrevolutionäre Bewegung in ihre Hand zu bekommen, durch aktive Gegenaktion zuvorzukommen und die Besetzung der für Deutschland wichtigen strategischen Punkte vorzubereiten. Diese Telegramme, die eine direkte Aufforderung zur Intervention bedeuteten, gelangten natürlich zuerst nach Berlin, aber auch über den deutschen Militärattaché (jedoch einen Tag später, am 22. Juni) nach Spa. An beiden Stellen wurden aus ihnen genau entgegengesetzte Schlußfolgerungen gezogen. Im AA war man sich im Prinzip darüber einig, die Verhält-

⁶⁸ Auf diese Punkte wird in den folgenden Kapiteln einzugehen sein.

⁶⁹ Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 19 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 1/2) und Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 20 (ebenda Bl. 23/4).

nisse in Rußland »mit kaltem Blick« zu betrachten, d. h. nichts zum Sturz der Bolschewisten zu unternehmen. Immerhin herrschten über die sofort zu ergreifenden Gegenmaßnahmen, die der Interventionsruf Mirbachs erforderte, einige Meinungsverschiedenheiten. In einem namens des Reichskanzlers von Nadolny entworfenen Telegramm⁷⁰ sollte der OHL der weitreichende Vorschlag gemacht werden, die der Entente zur Verfügung stehenden Verbindungswege nach Rußland über die Murmanbahn und über Archangel'sk abzuschneiden. Es wurde empfohlen, zu diesem Zweck einen militärischen Vorstoß von Finnland aus in Richtung Murmansk vorzubereiten und, nach Besetzung Petersburgs, einen weiteren in Richtung Vologda, dem Sitz der Ententevertreter und Ausgangspunkt der Bahn nach Archangel'sk. Die ganze Operation sollte *zugunsten* der Bolschewisten erfolgen, da die Gewährung einer derartigen Hilfe, wie Nadolny schrieb, die Stellung der bolschewistischen Regierung, »die uns einstweilen noch notwendig ist«, »namhaft« festigen würde.

Kühlmann versah diesen Telegrammentwurf mit einem »Unsinn« am Rand und einem »cessat« darüber. Für ihn mußte ein künstlicher Eingriff in »diesen gewaltigen Gärungsprozeß, diese regellos in wildem Wirbel einander widerstreitenden Kräfte«, wie er die Verhältnisse in Rußland am 24. Juni vor dem Reichstag charakterisierte⁷¹, ein Unternehmen von unabsehbaren Folgen sein, auch wenn dieser Eingriff zugunsten der Bolschewisten erfolgen sollte. Da die Besetzung Petersburgs vorgesehen war, einer der Hauptstützpunkte der bolschewistischen Herrschaft wie auch Sammelbecken der bolschewikifeindlichen Strömungen, hätte sich eine Intervention, wie Kühlmann befürchten mußte, nicht auf rein militärische Aktionen einschränken lassen, sondern würde mit größter Wahrscheinlichkeit bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen haben. Überdies – und hierin liegt wohl der Hauptgrund dafür, daß Kühlmann den Entwurf Nadolnys ablehnte – hätte eine militärische Intervention dem AA das Gesetz des Handelns in Großrußland, diesem letzten Reservat eigenständiger Politik, abgenommen und es fast zwangsläufig der OHL in die Hände gegeben. Die Vorgänge in der Ukraine, im Baltikum, in Finnland und Georgien mußten Kühlmann deutlich vor Augen gestanden und ihn vorsichtig gemacht haben.

So präziserte er denn eigenhändig seinen Standpunkt in der russischen Politik und teilte ihn mit Hertlings Unterschrift der OHL und dem Kaiser mit⁷². Den inneren Vorgängen in Rußland gegenüber, schrieb er, müsse sich die deutsche Politik abwartend und neutral verhalten. Direkt etwas für den Sturz der Bolschewiki zu tun widerspreche den deutschen Interessen, so sehr Persönlichkeiten und Doktrinen an sich verabscheuungswürdig erscheinen mögen, denn – und das mußte bei Ludendorff und Wilhelm II. besonders verfangen – die Bolschewiki

⁷⁰ Telegrammentwurf Rk an Berckheim und Grünau (cessat), Berlin 1918 VI 21 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 25/7).

⁷¹ Schultheß 1918 I 204.

⁷² Rk an Grünau, Berlin 1918 VI 23 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 56/62).

seien die einzige Partei, von der im Verhandlungswege⁷³ eine annehmbare Lösung in Estland und Livland sowie »nennenswerte wirtschaftliche Vorteile« herauszuschlagen seien. Die Bolschewiki würden auch gerade wegen ihrer schwachen und bedrohten Stellung bereit sein, Deutschland Konzessionen zu gewähren. Die Grundforderung der deutschen Ostpolitik sei, jede militärische Operation in Rußland zu vermeiden, das um so mehr, als jeder weitere Kilometer Vormarsch Menschen und Kräfte binden würde. Daher erscheine eine militärische Aktion gegen Novorossijsk – die gerade damals von der OHL geplant war⁷⁴ – politisch schädlich. Kühlmann ging sodann auf den Mirbachschen Vorschlag einer Intervention ein. Er hielt es für zweckmäßig, den Bolschewiki lediglich zu versichern, daß Deutschland und Finnland für eine bestimmte Zeit sich verpflichten würden, nichts gegen Petersburg zu unternehmen. Auf diese Weise werde es den Bolschewisten ermöglicht, ihre zum Schutz der Stadt aufgestellten Truppen gegen die Tschecho-Slowaken im Ural zu führen. Deutsche militärische Operationen gegen Murmansk und Archangel'sk sollten dagegen nur für den Fall eines Sturzes der Bolschewiki vorbereitet werden. Im übrigen schätzte Kühlmann die Gefahr wirksamer ententistischer Betätigung in Rußland nicht besonders hoch ein. »Und ich glaube«, schloß er, »wir können der Entwicklung in Rußland, falls sie nicht durch Fehler von unserer Seite gestört wird, im Bewußtsein unserer Kraft in Ruhe entgegensehen. Unsere oberste Aufgabe wird bleiben müssen, sowohl jetzt bei [den] Bolschewiki als später bei einer eventuell nachfolgenden Regierung den jetzigen Zustand fortzuführen und möglichst zu vermeiden, daß ein offizieller Krieg im Osten wieder aufflammt. So wenig dies tatsächlich zu bedeuten haben möchte, so groß wäre die moralische und politische Wirkung auf die innere Lage in Deutschland sowie bei allen unseren Bundesgenossen.«

Dieses Telegramm ging am 23. Juni nach Spa ab. Inzwischen hatte die OHL schon direkt aus Moskau vom wesentlichen Inhalt der Meldungen Mirbachs Kenntnis erhalten. Hindenburg teilte daraufhin am 23. Juni, noch bevor er Hertlings Telegramm bekommen hatte, dem Kaiser und dem Reichskanzler seine aus Mirbachs Nachrichten gezogenen Schlußfolgerungen mit⁷⁵. »Ich habe mir das Urteil gebildet«, schrieb er, »daß die Lage in Rußland eine hochgespannte ist, die von uns eine klare Entscheidung verlangt. . . Vom militärischen Standpunkt muß ich fordern: . . . daß wir Großrußland gegenüber uns zu militärischem Eingreifen bereitstellen, das zum Ziel haben wird, die wichtigsten Verkehrspunkte und Eisenbahnlinien in Besitz zu nehmen, und daß wir dort eine Regierung zu schaffen suchen, die gewillt und in der Lage ist, mit uns gegen die Entente vorzugehen. . .«

Damit war die Position der OHL klar abgesteckt. Sie war derjenigen des AA genau

⁷³ Das AA stand gerade zu jenem Zeitpunkt unmittelbar vor Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden.

⁷⁴ S. u. S. 166.

⁷⁵ Hindenburg an Rk, Spa 1918 VI 23 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 93/7).

entgegengesetzt. Es oblag nun dem Kaiser als Oberstem Kriegsherrn, die letzte Entscheidung zu treffen. Man kann sagen, daß sie auf Grund eines trivialen Umstandes gefällt wurde. Es war ein Wesenszug der impulsiven, von Augenblicksstimnungen und -einfällen beherrschten Natur des Kaisers, sich mit den ihm zuerst von einem seiner Ratgeber vorgetragenen Argumenten zu identifizieren, sofern sie ihm schlüssig erschienen. So auch hier. Legationsrat Grünau war es nämlich gelungen, dem Kaiser das Telegramm Hertlings mitzuteilen, kurz bevor ihm das Votum Hindenburgs vorgelegt wurde. Der Kaiser erklärte sich sofort mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden und bemerkte im einzelnen, daß deutscherseits keine militärischen Handlungen in Rußland vorzunehmen seien, ferner daß der Sowjetregierung eröffnet werden könne, sie möge Truppen ruhig von Petersburg abziehen und gegen die Tschecho-Slowaken verwenden, und schließlich daß – »ohne Zukunftsmöglichkeiten zu verbauen« – die Sowjetregierung unterstützt werden solle, da sie die einzige Partei sei, die auf dem Boden des Brester Vertrages stehe⁷⁶.

Wie der weitere Telegrammwechsel⁷⁷ zwischen Spa und Berlin zeigt, hielt Hindenburg zwar an seinen anfangs gestellten Forderungen fest, Kühlmann konnte aber, gedeckt durch die Entscheidung des Kaisers, seinen Gesandten in Moskau anweisen, »bis auf weiteres« im Sinne des AA die Arbeit mit der Sowjetregierung fortzuführen⁷⁸. Er konnte sich des kaiserlichen Rückhalts um so sicherer sein, als er in den letzten Junitagen von in seinem Sinne lautenden Randbemerkungen Wilhelms II. zu Telegrammen⁷⁹ aus Kiev und Helsingfors erfuhr. In diesen Telegrammen war von Forderungen monarchistischer Organisationen und rechtsstehender Kadetten, die mit Deutschland Fühlung suchten, die Rede. So verlangten die Kadetten für ein Zusammengehen mit Deutschland Wiederherstellung

⁷⁶ Grünau an AA, Spa 1918 VI 23 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 89).

⁷⁷ Rk an Lersner, Berlin 1918 VI 24 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 98/9) und Berckheim an AA für Rk, Spa 1918 VI 25 (ebenda Bl. 101/2). – Die OHL schien auch schon Vorbereitungen für die geforderte Intervention getroffen zu haben. Groener notierte sich am 29. Juni in sein Tagebuch: »Ludendorff scheint bald gegen die Bolschewisten in Moskau losziehen zu wollen!! Vor zwei Tagen Anfrage von Oberost, ob wir mit unseren Kräften Kursk und Briansk würden nehmen können; 10. Armee ist die Richtung Smolensk zugehacht.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/23.)

⁷⁸ Telegrammentwurf AA an Mirbach, Berlin 1918 VI 29 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 255). – Durch die vorhergehenden Ausführungen wird die Frage Miljukovs (II 21) beantwortet, warum am 1. Juli die Verbindung zwischen der deutschen Gesandtschaft und dem Rechten Zentrum in Moskau plötzlich abriß. Miljukov teilt einen aus den deutschen Quellen nicht nachprüfbaren Plan der deutschen (Kriegsgefangenen-)Hauptkommission und des Rechten Zentrums mit, wonach deutsche, mit russischen Uniformen bekleidete Kriegsgefangene die wichtigsten Punkte in Moskau im Handstreich nehmen und die Stadt bis zum Heranrücken deutscher Truppen aus Orscha halten sollten. Der Plan habe wegen der Berliner Weisungen aufgegeben werden müssen. Am 4. Juli sei es über der Frage der (Entente- oder Deutschland-)Orientierung zur Spaltung im Rechten Zentrum gekommen. Die Kadetten seien aus dem Zentrum ausgetreten und hätten eine eigene Organisation gebildet.

⁷⁹ Brück an AA, Helsingfors 1918 VI 26 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 147) und Mumm an AA, Kiev 1918 VI 27 (ebenda Bl. 232). – S. dazu u. S. 136 ff.

Großrußlands in seinem früheren Umfang unter Einbeziehung der Ukraine und Rückgabe der Ostseeprovinzen, ausgenommen eventuell Kurland. Wie wirksam diese Meldungen den Optimismus Wilhelms II. über eine Umorientierung in Rußland dämpften, geht aus seinen Marginalien zu den Bedingungen der Kadetten hervor: »Blödsinn! Von der Entente ihnen eingeblasen! Ausgeschlossen! Das sind die englischen Bedingungen, bei deren Erfüllung sie *eventuell* sich mit uns verständigen würden! Dann wäre die Beherrschung der Ostsee und die Bedrohung Indiens und Verbindung mit Kaukasus erledigt, und wir hätten umsonst gesiegt!«⁸⁰ Seinem Feldmarschall las der Kaiser dieses Telegramm sogleich beim täglichen Vortrag am 30. Juni vor. Hindenburg erwiderte darauf, er habe den militärischen Stellen im Osten schon Anweisung erteilt, derartigen Anregungen antibolschewistischer Gruppen gegenüber generell das Verlangen zu stellen, sich zunächst einmal unbedingt und rückhaltlos auf den Boden des Brester Friedens zu stellen⁸¹.

Das AA hatte somit seine Konzeption, nichts zum Sturz der Bolschewisten zu unternehmen, als die amtlich zu befolgende Politik fürs erste durchgesetzt. Daß Ludendorff dennoch versuchte, das Unvereinbare zu vereinen, geht aus einer Aufzeichnung des Obersten Haeften über Ausführungen des Generals zu den »Zielen der deutschen Politik« hervor⁸². Diese Ausführungen sind wohl das für die Beurteilung der ostpolitischen Vorstellungen Ludendorffs bedeutsamste Dokument. Der Abschnitt über das Programm der deutschen Politik im Osten beginnt folgendermaßen: Es sei eines der wichtigsten Kriegsziele, den eisernen Ring, den die Einkreisungspolitik der Entente um Deutschland gelegt und die den Anlaß zum Krieg gebildet habe, unter allen Umständen zu sprengen. Deshalb »muß [Deutschland] im Osten in Rußland einen zuverlässigen *Freund und Verbündeten* finden, der nicht nur keine Gefahr für Deutschlands politische Zukunft bildet, sondern der in möglichster politischer, militärischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland eine wirtschaftliche Kraftquelle Deutschlands wird«. Nur auf diese Weise könne sich Deutschland die Herrschaft über Europa sichern und die Grundlage zu dem europäisch-asiatischen Block legen, zu dem ein Deutschland freundlich gesinntes und von ihm abhängiges Rußland die Brücke bilden müsse. Nur so vermöge Deutschland seine Weltstellung zu behaupten gegenüber den beiden anderen sich herausbildenden Weltstaatengebilden: dem panamerikanischen Block und dem britischen Block mit dem *Dominium*. Bei der Beantwortung der Frage, wie die Annäherung und Verständigung mit dem »zukünftigen Rußland« anzubahnen sei, ging Ludendorff von der Voraussetzung aus, daß die bolschewistische Herrschaft nicht mehr lange währen würde. Den Grund dafür meinte er in der bolschewikifeindlichen Tätigkeit der Entente zu erkennen –

⁸⁰ Bussche an Grünau, Berlin 1918 VI 29 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15).

⁸¹ Grünau an AA (Abschrift), Spa 1918 VII 1 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 51).

⁸² Sie sind nicht genau datierbar. Nach Haeften hat sie Ludendorff »Ende Juni 1918« gemacht. Die Aufzeichnung selbst ist vom 30. Juni (BA/MA, Nachlaß Haeften, H 08-35/10 Bd. 1 Beilage zu Bl. 29 S. 3 ff.).

eine Gefahr, die er wesentlich höher einschätzte als das AA. Da die Entente darauf hinarbeite, »im Verein mit den Kadetten, oktobristischen und den monarchistischen Gruppen die Bolschewistenherrschaft zu stürzen«, müsse Deutschland ihr darin zuvorkommen. Das zukünftige Rußland dürfe die Befreiung von den Bolschewisten unter keinen Umständen der Entente zu verdanken haben: »Wir müssen hier die Führung in die Hand nehmen.« Dazu sei erforderlich, mit allen deutschfreundlichen Gruppen in Rußland Fühlung aufzunehmen und sie zu stärken, von ihnen aber die Anerkennung des Brest-Litowsker Vertrages zu verlangen. Ludendorff verstand unter diesem Vertrag nun aber eine ganz neue Version: »Finnland, das Baltikum, Litauen und Polen, Georgien scheiden endgültig aus dem russischen Staatsverbände aus, während Deutschland der Schaffung eines föderativen Staatenbundes der übrigen Teile Rußlands wohlwollend gegenübersteht, unter der Voraussetzung der *festen wirtschaftlichen Angliederung Rußlands an Deutschland*.« Mit diesem »Super-Brest« wollte er die »deutschfreundlichen Gruppen« in Rußland gewinnen und von einer »einheitlichen Propagandafront von Helsingfors über Karelien, Petersburg, Moskau, Kiew, Rostow bis Tiflis« aus das Schreckgespenst der Entente vertreiben! Nur durch zielbewußte Arbeit gegen die Entente könne es Deutschland gelingen, sein politisches Verhältnis zu Rußland »dauernd« zu klären, bevor es an den Verhandlungstisch mit seinen übrigen Feinden trete. »Ein auf Jahrzehnte geklärtes politisches Verhältnis zu Rußland wird die Haltung der deutschen Friedensunterhändler bei den schließlich doch einmal zu erwartenden Verhandlungen mit der Entente außerordentlich stärken.«

Dieses Dokument gelangte auch nach Berlin ans AA. Die Tatsache, daß man es aus dem üblichen Geschäftsgang ohne Bearbeitungsvermerke sekretierte⁸³, zeigt, daß es dort sogleich ad acta gelegt wurde. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß dem AA angesichts der Maßlosigkeit der darin angedeuteten Ziele gar nichts anderes übrigblieb, als mit den Bolschewisten zusammenzuarbeiten, d. h. es sah sich gezwungen, eine Politik zu betreiben, die zwar wirtschaftlich, wie es Kühlmann voraussah, für die Kriegführung nichts mehr erbringen würde, die aber durch Wahrung des rechtlichen Friedenszustandes mit Rußland immerhin ein Mindestmaß an Ruhe im Osten verbürgte und die uferlosen Pläne Ludendorffs durch friedliche Auseinandersetzung am Verhandlungstisch kanalisierte.

Gerade in jenen Tagen, als Ludendorff vor Oberst Haefen diese Perspektiven deutscher Ostpolitik entfaltete, fand in Berlin als Auftakt zu den seit Wochen geplanten Ergänzungsverhandlungen die erste gegenständliche Besprechung zwischen Kühlmann und Botschafter Joffe statt⁸⁴, und zur gleichen Zeit wurden in Spa der Gesamtkomplex der deutsch-russischen Beziehungen und die Nahziele der deutschen Ostpolitik auf höchster Ebene in einem Kronrat erörtert⁸⁵. Die

⁸³ S. PA, D 137 secr. Bd. 8.

⁸⁴ S. u. S. 281.

⁸⁵ Text des Protokolls des Kronrats vom 2. Juli bei Gatzke 84 ff. – Die einzelnen Punkte der Besprechung werden jeweils in den folgenden Kapiteln zu behandeln sein. Hier wird nur die

Ausführungen Ludendorffs auf dem Kronrat am 2. Juli waren wesentlich zurückhaltender als diejenigen, die er einige Tage zuvor Haeften gegenüber gemacht hatte. Von einer militärischen Intervention, der er noch am 23. Juni mit der vorgeschobenen Autorität Hindenburgs das Wort geredet hatte, war nun überhaupt nicht mehr die Rede. Ludendorff mahnte nur die Reichsleitung, die Monarchisten nicht zu »verprellen«, da mit einem Umschwung in Rußland jederzeit gerechnet werden müsse. Ja er vertrat jetzt sogar den Standpunkt, daß zur Zeit kein Versuch gemacht werden dürfe, die Bolschewisten zu stürzen, auch wenn die Monarchisten »die Ordnungselemente« darstellten. Offenbar hielt er nun das Problem des Bolschewismus für schwieriger, als daß es durch eine militärische Aktion gelöst werden könnte. Ganz gewiß spielte nun auch die praktische Überlegung eine größere Rolle, daß ein militärisches Eingreifen in Rußland einen Kräfteentzug an der Westfront bedeuten würde. Schon in den Ausführungen vor Haeften hatte er ja als Anfang einer deutschen Offensivtätigkeit in Rußland die Herstellung einer Propagandafront gefordert. Ebenso hatte er bereits das Propagandamittel genannt, das bei einer Fühlungnahme mit den Monarchisten am zugkräftigsten wirken sollte: die Hoffnung auf Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland. Zu diesem Punkt sagte er auf dem Kronrat mit unmißverständlicher Deutlichkeit: »Ein lebensfähiger selbständiger ukrainischer Staat wird nie entstehen. Der nationale Gedanke der Ukraine steht und fällt mit der Anwesenheit unserer Truppen.« Das war nach kaum viermonatiger Ukrainebesetzung das Eingeständnis des totalen Zusammenbruchs der deutschen Ukrainepolitik. Gleichzeitig sah Ludendorff hierin aber einen Weg, aus der Not eine Tugend zu machen: den Monarchisten könne die Rückgliederung der Ukraine an Rußland als Morgengabe für ein Zusammengehen mit Deutschland in Aussicht gestellt werden. Diesen Gedanken kleidete der Kaiser in die Worte: »Dort [in der Ukraine] wollen wir im russischen Chaos einen Platz der Ordnung schaffen. . . Um Kiev können sich jetzt alle russischen Ordnungselemente scharen und von hier aus kann die Neugeburt Rußlands erfolgen.«

Dagegen wurde von seiten des AA auf dem Kronrat kein Widerspruch erhoben. Es war ja überhaupt ein wichtiges Moment der ostpolitischen Vorstellungen Kühlmanns, einer *späteren* Föderation der russischen Teilgebiete keinen Widerstand entgegenzusetzen. Über das Prinzip einer Wiedervereinigung Großrußlands und der Ukraine waren sich also AA, OHL und Kaiser einig. Differenzen hätten nur über den Zeitpunkt und die Modalitäten dieses Verschmelzungsprozesses entstehen können.

Der Hauptwidersacher Ludendorffs aber, Kühlmann, war auf dem Kronrat nicht mehr zugegen. Der Sieg seiner Konzeption, *mit* den Bolschewisten zu gehen, fiel mit seinem Abtritt von der politischen Bühne, genauer gesagt mit seinem Sturz

auf dem Kronrat berührte Grundsatzfrage der deutschen Ostpolitik, ob Deutschland die Bolschewisten in Rußland stürzen oder stützen solle, kurz beantwortet.

zusammen. In seiner Reichstagsrede vom 24. Juni hatte Kühlmann erklärt, daß »durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende [des Krieges] kaum erwartet werden« könne. Daran hatte die OHL den Hebel angesetzt, um den ihr mißliebigen Staatssekretär aus dem Wege zu räumen⁸⁶. Obwohl Kühlmann bis zum 8. Juli im Amt blieb, war er nach seiner Rede nur noch eine – wie es Helfferich ausdrückte⁸⁷ – politische Leiche.

Die Wahl seines Nachfolgers war für die weitere Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen von ganz entscheidender Bedeutung, da sie in erster Linie aus ostpolitischen Motiven getroffen wurde. Sie fiel auf den damaligen Gesandten in Christiania, Admiral von Hintze, der allgemein als Rußlandkenner galt. Hintze war vor dem Krieg als Marineattaché (1903–08) und als Militärbevollmächtigter (1908–11) in Petersburg tätig gewesen. Er hatte sich dort so gute Beziehungen geschaffen, daß er für besser unterrichtet galt als der Botschafter Graf Pourtalès. Der Kaiser hatte mehrfach an den Rand der Berichte des Botschafters geschrieben: »Weiß ich schon von Hintze.«⁸⁸ Die kaiserliche Gunst hatte Hintze dann in den diplomatischen Dienst gebracht. Schon 1917 war er der Kandidat Wilhelms II. für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen gewesen⁸⁹. Merkwürdigerweise hatte ihn der Kaiser Anfang Juli 1918, als der Abgang Kühlmanns noch nicht ganz feststand, an die Stelle Mirbachs in Moskau setzen wollen, da dieser dem Kaiser den russischen Verhältnissen »fern« zu stehen schien⁹⁰. Als am 6. Juli die Nachricht von Mirbachs Ermordung in Berlin und im Großen Hauptquartier einlief, hatte auch Kühlmann den Admiral als Nachfolger des Gesandten vorgeschlagen und der Kaiser sich damit einverstanden erklärt. Es war dann der Einfluß

⁸⁶ Zur Entlassung Kühlmanns vgl. die in IFA II 413 Anm. 2 ff. angegebene Literatur.

⁸⁷ Helfferich III 427.

⁸⁸ Blücher 18. – Über seine Dienstzeit als Marineattaché und Militärbevollmächtigter s. die auf den Berichten Hintzes beruhende Darstellung Lambsdorffs 153 ff.; ebenda 285 ff. auch die mit zahlreichen Marginalien des Kaisers versehenen Berichte Hintzes. – Hintze hatte sich schon früh das Vertrauen des Kaisers erworben. Ebenso genoß er in Petersburg das Vertrauen des Zaren. Er war bei der Begegnung der Monarchen in Björkö zugegen gewesen. Auf Veranlassung des Kaisers wurde er 1911 in den diplomatischen Dienst übernommen. Glanzstück seines abenteuerreichen Lebens war eine Fahrt in geheimer Mission nach China, die er während des Krieges verkleidet auf einem Kohlenschiff unternahm. Wie Blücher berichtet (ebenda), ging unter den zünftigen Diplomaten das Gerücht um, Hintze hätte Agenten-Allüren: »Man erzählte sich, er lege manchmal Verkleidung an und beschaffe sich auf diese Weise Informationen aus Kreisen, mit denen Berufsdiplomaten nicht zu verkehren pflegen.«

⁸⁹ Der Kaiser schrieb an den Rand eines Artikels der Freisinnigen Zeitung 1918 VII 10 (»Der Rücktritt Kühlmanns«): »Er [Hintze] war schon seit *langem mein* Kandidat, nur die *Reichskanzler* wollten nicht! Daher die Möglichkeit einer Parthei und der anderen, an ihm herumzudeuteln.« (PA, D 122 Nr. 21 Bd. 1.) – Vgl. auch Hoffmann I 200 (Tagebucheintrag 1918 VI 29): »Verdächtig scheint mir, daß unser Gesandter in Christiania, Hintze, in Berlin eingetroffen ist. Das ist seit längerem der Kandidat S.M. für den Staatssekretär des Äußeren. Hintze ... gilt als kluger Mann. Ich kenne ihn persönlich nicht, nach seinen Berichten ist er etwas phantastisch.« – Vgl. auch Hertling 128.

⁹⁰ Vgl. u. S. 223.

des Zivilkabinettschefs Berg, der den Kaiser bewog, Hintze am 7. Juli zum Staatssekretär des Auswärtigen zu bestimmen⁹¹.

⁹¹ BA, Nachlaß Berg, Aufzeichnungen Bl. 38/9. – Berg führt im einzelnen über Hintzes Ernennung folgendes aus: »Inzwischen versuchte ich einen geeigneten Nachfolger für Kühlmann zu finden. Bernstorff, Brockdorff-Rantzau schaltete ich aus. Ich dachte an Lindequist, welcher aber als ganz rechts stehend dem Kanzler nicht genehm war. Auch an Winterfeld habe ich gedacht, er glaubte jedoch selbst, der Sache nicht gewachsen zu sein, schützte auch seine Gesundheit vor. Auf meiner Liste blieben schließlich nur General Graf Schulenburg und Hintze. Ich schlug dem Kaiser vor, Hintze nach Spa zu befehlen, da er gerade in Berlin anwesend war. Es sei unauffällig, da es ja natürlich sei, daß der Kaiser den Vertreter in Norwegen sprechen wolle, dieses geschah. Der Kaiser schätzte Hintze sehr hoch, hatte ihn schon früher zum Minister . . . haben wollen, war damit aber bei Bethmann nicht durchgedrungen, ich kenne ihn so gut wie gar nicht. Er kam am 5., war an diesem Tage mit Familie Hertling bei den . . . Majestäten, der Kaiser war sehr erfüllt von ihm und seiner Kenntnis der russischen Verhältnisse. Ich war am 5. vorm. beim Kanzler gewesen und hatte auch er mir anerkennend von Hintze gesprochen, wenn ich auch wohl fühlte, daß er keine besondere Neigung für ihn hatte. Nachdem ich am 6. vorm. mit dem Kaiser gegangen war und bei ihm langen Vortrag hatte, ließ er mich gleich nach Tisch wieder rufen, sagte, er habe neue und beunruhigende Nachrichten aus Rußland, Mirbach stehe den dortigen Verhältnissen fern und Hintze müsse ihn in Moskau ersetzen. Ich solle dies dem Kanzler sagen. Der Kaiser war eilig, fuhr im Auto nach Lüttich. Ich fuhr im Laufe des Nachmittags zum Graf Hertling, richtete die Bestellung des Kaisers aus, worüber sowohl der Kanzler und der anwesende Chef der Reichskanzlei scheinbar erfreut waren – da sie wohl Hintze nicht gern für den ersten Posten haben wollten – ich fügte aber hinzu, daß ich den Kaiser darauf aufmerksam machen müsse, daß dann Hintze für den Posten des Leiters des A. A. ausfalle und kaum ein anderer da sei. Hintze war noch einmal bei mir, und ich hatte ein Telefongespräch mit dem Kronprinzen, welcher es für unmöglich erklärte, daß ihm Schulenburg in der jetzigen Lage fortgenommen würde. Mir blieb daher nur noch Hintze übrig. Ich meldete dies nach Tisch dem Kaiser, er war einverstanden und befahl Hintze und mich ins Nebenzimmer. Übrigens hatte ich beim Abfahren vom Kanzler noch die erschütternde eben eingetroffene Nachricht von der Ermordung des Grafen Mirbach erhalten. Der Kaiser sagte Hintze, daß er ihn zum Minister des Auswärtigen berufen wolle und – Hintze lehnte ab. Es kam zu sehr langen Auseinandersetzungen, zuerst zwischen Kaiser und Hintze, dann schwieg der Kaiser und überließ mir das Verhandeln. Hintze wollte sich gern für den russischen Posten zur Verfügung stellen, glaubte aber dem Großen nicht gewachsen zu sein, zumal er keine Unterstützung beim A. A. finden würde, dessen Mitglieder ihm, einen Außenseiter, alle feindlich gegenüberstanden. Vergeblich wurde ihm vorgehalten, daß er die Unterstützung des Kaisers, des Generalstabes haben würde, und daß es ihm unbenommen sei, die Unterstaatssekretäre nach seiner Wahl zu wechseln, daß gerade das Chaos, welches im A. A. herrsche, einer starken Hand benötige und es sei besser, daß er da sei. Um ½ 11, nach einer Unterredung von 1 ½ Stunden sagte der Kaiser endlich: »Sprechen Sie noch mal mit Berg.« Wir gingen zurück in den Saal . . . Ich versuchte, ihm seine Gründe der Ablehnung noch einmal zu widerlegen. Ich sagte schließlich im Ärger und Erregung, daß ich es einen Mangel an Patriotismus fände, sich zu versagen, da er wüßte, daß Männer fehlten und fragte, was er tun würde, wenn der Kaiser ihn trotzdem ernenne. Auf seine Antwort: »dann werde ich gehorchen«, sagte ich, daß mir das heute genüge und ging nach Hause. . . Am nächsten Morgen . . . holte [ich] den Kaiser von seiner Villa zur Kirche ab und bat ihn, Hintze zu ernennen, er würde folgen. . . « – Auch in einem Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin nach München wird gesagt, daß Hintzes Ernennung das Werk des Zivilkabinettschefs sei. (Lerchenfeld an Dandl, Berlin 1918 VII 24. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 100.) – In seinen Ausführungen vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß im Jahre 1922 erwähnte Hintze zwar nichts von einer Mitwirkung Bergs an seiner Ernennung,

Die OHL war an Hintzes Berufung nicht beteiligt. Ludendorff mußte seine Ernennung aber durchaus willkommen sein⁹², da der neue Staatssekretär die Voraus-

seine komprimierte Darstellung deckt sich aber sonst durchaus mit den Aufzeichnungen Bergs. (S. WUA IV 2 S. 387.) – Im AA wurde Hintze besonders wegen seiner Vergangenheit Mißtrauen entgegengebracht. So schrieb Erzberger in einer Aufzeichnung: »Im Auswärtigen Amte herrscht große Kühle und Zurückhaltung ob der Ernennung dieses Außenseiters, der noch immer als Nichtfachmann betrachtet wird.« (IFA II 456.) Aber auch wegen des schlechten Eindrucks, den seine Wahl im Ausland machen würde, wurde seine Designierung im AA als kein gutes Zeichen aufgenommen. (S. Aufzeichnung Erzberger, 1918 VII 9. IFA II 447.) – Über den persönlichen Eindruck, den Hintze den Herren des AA machte, berichtet Blücher (18/9) folgendermaßen: »Nach seinem Amtsantritt empfing er das Personal des Auswärtigen Amtes. Klein und unansehnlich und übertrieben elegant gekleidet stand er vor uns und sagte, daß er trotz der schweren spanischen Grippe, an der er leide, nicht verfehlen wolle, mit uns sofort persönlichen Kontakt zu nehmen. Er bitte nicht um unser Vertrauen, das nur in langer Zusammenarbeit erworben werden könne, sondern nur, ihm ohne Vorurteil gegenüberzutreten. Wenn wir Wünsche nach Beförderung oder Dekorationen hätten, würde er sich gerne dafür einsetzen. . . Die Anspielung auf Beförderung und Orden in dieser Ansprache wurde von uns als merkwürdig empfunden, aber schließlich auf die Krankheit geschoben.«

In Kreisen der Mehrheitsparteien schlug die Nominierung Hintzes »wie eine Bombe« ein. So berichtet Helfferich (III 434): »Man erregte sich nicht nur über den Wechsel an sich, sondern darüber, daß die Mehrheitsparteien vor der Ernennung des neuen Staatssekretärs nicht gehört worden seien.« Dazu s. IFA II 449, 451, 458/9, 462, 493; Naumann, Dokumente 361. Der Abgeordnete David faßte seinen persönlichen Eindruck von Hintze, der sich am 11. Juli Vertretern der Mehrheitsparteien vorgestellt hatte, in die lapidare, aber vielsagende Formel zusammen: »=Wilhelm II.«. (IFA II 456.) –

Wie aus zahlreichen Randbemerkungen an Presseartikeln festzustellen ist, verfolgte der Kaiser die »Kühlmannkrise« mit gespannter Aufmerksamkeit. Unter einen Artikel der Frankfurter Zeitung vom 10. Juli 1918, in dem von der Plötzlichkeit, mit der die Ernennung Hintzes vollzogen sei, die Rede war, schrieb er: »Der Herr hat eben total vergessen, daß nach der Verfassung der Kaiser die Minister ernannt oder entläßt nach seinem Willen ohne Frage! Damit basta!« (PA, D 122 Nr. 2 q Bd. 3.)

⁹² So schrieb Lerchenfeld schon im April 1918 an Dandl, »daß wenn nun einmal die Entscheidung des Weltkrieges manu militari gesucht . . . werden soll, man es schließlich auch einmal mit einem der OHL genehmen Staatssekretär des Äußeren (wie etwa mit Herrn v. Hintze) versuchen könnte!« (Lerchenfeld an Dandl, Berlin 1918 IV 18. BGStA, MA III 2691/17, Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte, 2. Vierteljahr 1918.) – Ähnlich schrieb am 7. Mai 1918 Dr. Fleischer (der regelmäßig Presseberichte ins Große Hauptquartier sandte) an Bauer, daß nach seinen Informationen »gerade Herr v. Hintze die Intentionen der OHL auf politischem Gebiete entschlossen verwirklichen würde«. (BA/MA, Nachlaß Bauer, Nr. 13 H. 3 Bl. 4a.) – Ludendorff wurde jedoch von einem seiner Vertrauten, Oberst Haefen, vor Hintze gewarnt. Dieser schrieb dazu in einer Aufzeichnung vom 30. Juni 1918: »Am Schluß meines Vortrages vom 30. 6. besprach General Ludendorff mit mir die Frage des Nachfolgers für Staatssekretär v. Kühlmann. General Ludendorff erklärte, er wolle sich hier nicht einmischen, vielmehr mit jedem Staatssekretär zusammenarbeiten, der selber an Deutschland glaube und der das Vertrauen der Krone besitze. Als eine solche Persönlichkeit sei ihm der Gesandte in Christiania, Herr v. Hintze, bezeichnet worden. Ich konnte ihn aus gemeinsamer Arbeit näher über Herrn v. Hintze aufklären, vor allem über dessen große persönliche Unzuverlässigkeit; zudem hielt ich ihn für einen höchst gefährlichen und ehrgeizigen Opportunisten, dem seine persönlichen Interessen stets vor den großen vaterländischen Belangen gingen. Ich erhob meine warnende Stimme: Niemand sei in dieser ersten Zeit für diesen Posten weniger

setzungen zur Schaffung einer Gesinnungsfront⁹³ zwischen AA und OHL mitzubringen schien: Er war alldeutscher Neigungen verdächtig und galt als Anhänger des »Siegfriedens«. Tatsächlich gelang es Hintze, wieder vertrauensvolle Beziehungen⁹⁴ zwischen OHL und AA, die wegen der Person Kühlmanns nicht mehr bestanden hatten, herzustellen. Seinen Ruf als Anhänger der Alldeutschen aber hat seine auswärtige Politik nicht bestätigt⁹⁵. Noch erstaunlicher ist, daß er an dem ostpolitischen Kurs Kühlmanns konsequent festgehalten hat⁹⁶, obwohl Ludendorff und auch der Kaiser anfangs eine Schwenkung wünschten und erwarteten. Der Grund dafür mag entweder darin gelegen haben, daß er sich von Hertling zur Fortsetzung der bisherigen Rußlandpolitik verpflichtet ließ⁹⁷ und

geeignet als Herr v. Hintze, der sehr unerfahren auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sei. Ich schlug den früheren Vizekanzler Helfferich vor. General Ludendorff meinte jedoch, Hintze scheine doch ein durch und durch nationaler Mann zu sein, da er den Alldeutschen nahe stehe, worauf ich entgegenete, er könne auch anders, wenn die allgemeine politische Konstellation und sein persönlicher Vorteil es erfordere.« (BA/MA, Nachlaß Haefen, H 08-35/4 Bd. 1 Bl. 30/1.) S. auch ebenda H 08-35/20 Bd. 4 eine ähnlich lautende Charakteristik Hintzes vom Marineattaché in Christiania. – Zu Hindenburgs Urteil über Hintze und über seine Ernennung zum Staatssekretär s. Hubatsch, Hindenburg 26.

⁹³ Das Wort stammt von Bacmeister (900).

⁹⁴ Wie sich Hintze die Beziehungen zur OHL eigentlich vorstellte, geht aus seiner Begrüßungsansprache, die er bei seinem Dienstantritt vor den Herren des AA hielt, hervor. Darin bezeichnete er es als seine Absicht, den Wünschen der OHL in »kleinen Fragen« nachzugeben, »um in großen Fragen mit um so größerem Nachdruck einen abweichenden Standpunkt vertreten zu können«. (Bericht Lerchenfeld an Dandl, Berlin 1918 VII 24. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 76.) S. auch Blücher 18/9; Payer 59/60.

⁹⁵ Vgl. die Ausführungen Schwertfegers über Ernennung und Politik Hintzes in WUA IV 2 S. 206 ff.; auch Payer 70.

⁹⁶ Darüber wunderte man sich auch im AA. So berichtet Blücher (19): »Hintze hatte vor seinem Vorgänger voraus, daß er ein guter Kenner Rußlands war. Wir waren gespannt, ob er in der Ostpolitik neue Wege einschlagen würde. Da er zur Zarenzeit in Rußland gelebt hatte und sich mit Ludendorff und den übrigen maßgebenden Herren der Obersten Heeresleitung gut stand, kamen wir auf die Vermutung, daß er den Kurs mehr nach rechts legen würde. Das war aber nicht der Fall.«

⁹⁷ Schon am 27. Juni hatte sich Vizekanzler Payer dem Abg. Haußmann gegenüber geäußert, daß die bisherige Politik fortgesetzt werde, sonst würden er und Hertling nicht bleiben, und der Nachfolger müsse ausdrücklich Übereinstimmung mit seiner Politik und dem Mehrheitsausschuß aussprechen, sonst sei ein Regieren nicht möglich. (IFA II 459, Brief Haußmann an Gothein, Stuttgart 1918 VII 12.) S. auch IFA II 445, Aufzeichnung Erzberger über eine Unterredung mit von Bergen und Payer. – Am 11. Juli führte Hertling im Hauptausschuß des Reichstags über die Berufung Hintzes aus: Es verstehe sich von selbst, daß er seine Gegenzeichnung oder Unterschrift zur Ernennung Hintzes nur dann gebe, wenn dieser seine (Hertlings) Politik mache und nicht seine eigene. Dafür habe er aber bereits in dessen Zusagen die feste Bürgschaft. »Ich mache die Politik«, fuhr Hertling fort, »der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich *meine* Politik zu führen. Davon ist der in Aussicht genommene ... Staatssekretär vollkommen durchdrungen.« Daß diese Ausführungen ganz besonders im Hinblick auf die Ostpolitik gemacht wurden, zeigt der Zusammenhang, in dem sie stehen. Unmittelbar vorher heißt es nämlich: »Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr von Hintze ist ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist

diese Verpflichtung ernst nahm oder daß er diesen Kurs, wie seine ständige Verteidigung der Ostpolitik des AA gegenüber Ludendorff anscheinend zeigte⁹⁸, aus innerster Überzeugung⁹⁹ als den der vorgefundenen Lage einzig entsprechenden ansah. Die Zusammenarbeit Deutschlands mit den Bolschewisten wurde bis zu seiner Entlassung Anfang Oktober 1918 ohne Schwanken fortgeführt.

vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist.« (Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 VII 11.) Dazu Hertling 131 ff., Brief Hertling an Payer, Spa 1918 VII 8. – Hertling (ebenda 130) bedauert, eine Aufzeichnung über Kühlmanns letzte Audienz beim Kaiser nicht abdrucken zu können, da der Verfasser ihn gebeten habe, von einer Veröffentlichung abzusehen. Die Aufzeichnung ist nunmehr im Nachlaß Hertling zugänglich (Aufzeichnung, Spa 1918 VII 10. BA, Nachlaß Hertling, Nr. 41) und auch schon bei Schwertfeger 80 ff. abgedruckt. Daraus geht hervor, daß Kühlmann den Kaiser bat, ihn nicht nur wegen der vertraulich über Den Haag angeknüpften Gespräche mit England im Amt zu lassen (s. Kühlmann 569 ff., besonders 579), sondern auch wegen der in Berlin einsetzenden Verhandlungen mit Sowjetrußland über einen Ergänzungsvertrag: »Auch nach der russischen Seite hin sei rasches Handeln der politischen Leitung unbedingt notwendig, um die Gunst der zur Zeit sehr vorteilhaften Lage ganz ausnutzen zu können.« – Ganz ähnlich äußerte sich Kühlmann auch gegenüber dem bayrischen Gesandten in Berlin, der darüber folgendes nach München berichtete: »... Ich besprach dann noch einige brennende Fragen mit Herrn Kühlmann, insbesondere die Lage in Rußland... Kühlmann nimmt an, daß die Sowjetregierung sich noch einige Zeit halten wird und daß in diesem Falle der jetzige Augenblick... der denkbar günstigste wäre, um zu einem beide Teile befriedigenden Frieden mit Rußland zu kommen. Die Sowjetregierung würde jetzt auch bereit sein, auf das Baltikum zu verzichten. Ob dies auf die Dauer zu erwarten sei, sei allerdings fraglich... Seinem Nachfolger, ... Hintze, werde es zweifellos schwieriger fallen, zu einer Verständigung zu kommen, schon weil er kaum Muße finden dürfte, sich in die Sache zu vertiefen. Das bilde einen der sachlichen Gründe, warum er – Kühlmann – gern noch geblieben wäre.« (Bericht Lerchenfeld an Dandl, Berlin 1918 VII 10. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 38.)

⁹⁸ S. u. S. 247 ff., 317/8.

⁹⁹ Für diesen Schluß lassen sich auch zwei Berichte Hintzes aus seiner Gesandtenzeit, in denen er sich über die deutsche Ostpolitik äußerte, heranziehen. So schrieb er am 31. März an den Reichskanzler: »Unsere Politik und Kriegführung hat ... die Zerstückelung des Russischen Reiches zu Werke gebracht, als eines der Mittel zur Lähmung der russischen Militärmacht. Es wird sich nun darum handeln, diese Lähmung möglichst lange zu erhalten... Rußland ist durch den Brest-Litowsker Frieden nicht versöhnt und ... auf längere Zeit hinaus nicht versöhnbar... Rußlands Revanchelust ist nur durch die Drohung der Gewalt niederzuhalten. So merkwürdig es für die Nichtkenner Rußlands klingt: Dieser Zwang ist das Mittel, Rußland mählich sich mit dem Stande von Brest-Litowsk abfinden zu lassen... Es lohnt festzustellen, daß unsere Feinde nur ein Prinzip anerkennen: die Gewalt. Die Verkleidung der Gewalt mit Phrasen von Recht, Völkerrecht, Menschenrecht, göttlichem Recht, Ethik u. a. ist eben Verkleidung. Wir sind noch nicht, und nicht immer, in der Lage, mit gleicher Münze zu zahlen, müssen es aber ständig versuchen und unbeirrt danach trachten, sowohl was die Verkleidung, wie was das Prinzip betrifft.« (Bericht Hintze an Rk, Christiania 1918 III 31. PA, Fi I Bd. 3.) – Am 5. Mai schrieb er in einem Bericht an den Reichskanzler: »Auf der Basis des Friedens von Brest-Litowsk ist eine Verständigung mit Rußland – gleichgültig unter welcher Regierung – ausgeschlossen, es sei denn auf dem Wege der Gewöhnung, und diese Gewöhnung können wir nur mit Gewalt erhalten.« (Hintze an Rk, Christiania 1918 V 5. PA, Fi I Bd. 5.)

III.

VON MURMANSK BIS BAKU DEUTSCHE MILITÄRISCHE UNTERNEHMUNGEN IM OSTEN

1. Die Finnland-Expedition und der Plan eines Unternehmens gegen Murmansk

Vier Tage nach dem Brest-Litowsker Friedensschluß, am 7. März 1918, wurde in Berlin ein deutsch-finnischer Friedensvertrag¹ unterzeichnet, der die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem jungen finnischen Staat regelte. In einem geheimen Zusatzvertrag versprach Deutschland, Finnland »dem Wunsche der finnischen Regierung gemäß zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bewaffnete Hilfe« zu leisten². Schon am 14. Februar, kurz nach dem für die deutsche Ostpolitik so bedeutsamen Homburger Kronrat, hatte der finnische Vertreter in Berlin, Hjelt, auf Veranlassung Ludendorffs ein Hilfesuch³ an die deutsche Regierung gerichtet. Am 21. Februar war ihm in Bad Kreuznach von der OHL die Entsendung eines deutschen Hilfskorps nach Finnland zugesagt worden⁴. Damit war der entscheidende Schritt zu einem militärischen Eingreifen in den finnischen Bürgerkrieg, der seit Ende Januar 1918 zwischen der von Sowjetrußland unterstützten Roten Garde und der unter dem früheren russischen General Mannerheim stehenden Weißen Garde ausgetragen wurde, vollzogen. Auf Grund eines kaiserlichen Operationsbefehls⁵ waren am 5. März deutsche Truppen auf den Aalandinseln, die als Basis für das Unternehmen nach Finnland dienen sollten, gelandet⁶. Die Hauptmasse der etwa 10 000 Mann zählenden deutschen Streitkräfte, die Ostseedivision unter Generalmajor Graf Rüdiger von der Goltz, befand sich noch in Danzig, da die Eisverhältnisse eine Landung an der finnischen Küste zunächst nicht zuließen. Der Entschluß zur Finnland-Expedition war die logische Folge der in Homburg getroffenen Entscheidung, die militärischen Operationen gegen Rußland wieder-

¹ Vertragstext in Martens 3. Serie X 835 ff.

² S. Hubatsch, Finnland 63; Smith 62/3. – Die Darstellung Hubatschs ist auf Grund finnischer und deutscher Akten, die im finnischen Außenministerium lagern, geschrieben.

³ Text bei Hubatsch, Finnland 56/7.

⁴ Hubatsch, Finnland 57; Smith 61; Der Weltkrieg XIII 371; WUA IV 3 S. 35.

⁵ Text in Der Krieg zur See, Ostsee III 433.

⁶ Schultheß 1918 II 395; Der Krieg zur See, Ostsee III 347 ff. (ausführlichste Darstellung); Smith 64/5; Hubatsch, Finnland 62.

aufzunehmen und den »Hilferufen« der Ukraine, der baltischen Länder und Finnlands durch Versprechen militärischen Eingreifens nachzukommen. Gegen das Finnland-Unternehmen wurden aber nach Unterzeichnung des Brest-Litowsker Friedensvertrages von seiten der Reichsleitung erhebliche Bedenken erhoben, die zwar nicht dazu angelegt waren, den Entschluß zur Expedition rückgängig zu machen, aber doch ein Maßstab sind für den Grad des Widerstands, der vor allem von Staatssekretär Kühlmann gegen die militärischen Unternehmungen der OHL im Osten ausging.

Anfang März wurde in Berlin das Für und Wider der Expedition in mehreren Beratungen der Staatssekretäre eingehend erörtert. In einer Besprechung beim Reichskanzler am 11. März⁷ brachte der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Krause, völkerrechtliche Bedenken gegen die Unternehmung vor; denn insoweit sie sich gegen Rußland richte, verletze sie den soeben abgeschlossenen Brest-Litowsker Vertrag. Auch der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Solf, sprach sich dafür aus, die Expedition vorläufig aufzugeben und erst auf sie zurückzukommen, wenn die Haltung der russischen Regierung sie nötig mache, d. h. wenn diese ihre in Artikel 6 des Friedensvertrages übernommene Verpflichtung, die russischen Truppen und die Rote Garde aus Finnland herauszunehmen, nicht erfüllt habe. Vizekanzler Payer wies darauf hin, daß unter allen Umständen der russischen Regierung erst einmal Zeit gelassen werden müsse, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Roedern, machte besonders darauf aufmerksam, daß die innenpolitische Lage Deutschlands es unerwünscht erscheinen lasse, die bald fällige Kreditvorlage durch eine unpopuläre Kriegsoperation zu belasten. Demgegenüber wies Freiherr von Stein, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, auf die großen wirtschaftlichen Vorteile hin, die eine Expedition für Deutschland erbringen würde. Freiherr von dem Bussche, Unterstaatssekretär des AA, brachte zur Kenntnis, daß es sich nicht um den Beginn eines neuen Feldzuges, sondern um eine polizeiliche Aktion gegen marodierende Banden handle. Am Schluß der Erörterung wurde der Reichskanzler gebeten, beim Kaiser vor dem am nächsten Tag stattfindenden Kronrat mit allem Nachdruck auf eine Verschiebung der Expedition hinzuwirken.

Welche Tragweite den von den Staatssekretären geäußerten Bedenken beizumessen ist, geht aus einem Telegramm⁸ hervor, das Hindenburg aus Anlaß der Besprechungen in Berlin an den Kaiser sandte. Darin wies der Feldmarschall auf die Einwände der Staatssekretäre hin und auf die Absicht des Reichskanzlers, den Kaiser um Aufschub der Expedition zu bitten, bis die rechtliche und diplomatische Grundlage geklärt sei. »Ich sehe voraus«, fuhr er fort, »daß dieser Bitte der Antrag, die Expedition ganz zu unterlassen, folgen wird.«⁹

⁷ Aufzeichnung Simons, Berlin 1918 III 11 (PA, Fi 1 Bd. 1).

⁸ Lersner an AA (darin Hindenburg an Kaiser), Spa 1918 III 9 (PA, Fi 1 Bd. 1).

⁹ Wie aus einer Tagebuchnotiz Müllers hervorzugehen scheint, hatte der Reichskanzler zwei Tage vorher, am 7. März, den Kaiser bereits um Einstellung des Finnland-Unternehmens gebeten. Leider läßt sich das an Hand der Akten des AA, die in Sachen Finnland-Expedition

Durch diese Äußerung Hindenburgs wird der Aussagewert des erwähnten Sitzungsprotokolls außerordentlich erhöht. Sie berechtigt nämlich zu einem Schluß, der sonst eine gewagte Interpretation wäre: Das Ersuchen der Staatssekretäre an den Reichskanzler bedeutete eine indirekte Aufforderung, auf Einstellung der Expedition hinzuwirken! Hindenburg versuchte deshalb den Kaiser von der unbedingten Notwendigkeit zu überzeugen, die Operation nicht rückgängig zu machen. Die Expedition verfolge den Zweck, den Finnen bei der Bekämpfung von »Räuberbanden« die nachgesuchte Hilfe zu leisten, genauso wie Deutschland es in der Ukraine, in Livland und Estland – auch nachdem der Friede mit Großrußland geschlossen sei – noch tue. »Helfen wir den Finnländern nicht, so besteht die Gefahr, daß sie unterliegen: die Festigung des Bolschewismus und die Möglichkeit eines neuen Feldzuges gegen Großrußland, der uns jedenfalls teurer zu stehen kommen dürfte als die Expedition.« Deutschland könne nur dann sicher sein, daß Großrußland die Friedensbedingungen erfülle, wenn die russische Regierung – »welche es auch immer sei« – die Aussichtslosigkeit neuer Kämpfe um die »abgefallenen Randstaaten« einsehe. Das werde um so eher geschehen, je rascher in Finnland, wie auch in der Ukraine, Ordnung wiederhergestellt sei. Ein in seinem Inneren beruhigtes und durch Deutschland militärisch gestütztes Finnland sei durch seine Lage zu Petersburg geeignet, gleichzeitig mit der deutschen Stellung in Estland »einen heilsamen Druck« auf Großrußland auszuüben. Die Expedition bringe somit die Garantie für die Erhaltung des Brest-Litowsker Friedens. Finnland und die Ukraine seien nicht nur für den Rest des Krieges, sondern auch für die Friedenszeit Deutschlands natürliche Bundesgenossen gegenüber Großrußland. Ein festes Bündnis mit ihnen sichere Deutschland den Rücken gegen die Westmächte. Hindenburg befürchtete, daß die Beziehungen zu Finnland von Anfang an beeinträchtigt würden, wenn dieses ein Schwanken in der deutschen Politik und Kriegführung beargwöhne und in Deutschland nicht den überzeugten Freund erkenne, »in dessen Hände es vertrauensvoll die eigene Zukunft gelegt hat«. Er erinnerte ferner an die deutsche Zusage, Finnland militärische Hilfe zu leisten: »Wir können gar nicht umhin, unser Versprechen zu halten.« Schließlich betonte er noch, daß Deutschland durch die Lieferung finnischer Rohstoffe eine Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage erwarte und er auch aus diesem Grunde auf möglichst baldige Beruhigung des Landes Wert legen müsse.

überhaupt lückenhaft zu sein scheinen (wohl da der einschlägige Schriftverkehr von der Reichskanzlei abgewickelt wurde), nicht nachprüfen. Müller schreibt: »Am Abend ließ der Kaiser die Kabinettschefs und Grünau kommen und las mit Entrüstung ein Telegramm des Reichskanzlers vor, in welchem er bittet, aus außen- und innerpolitischen und finanziellen Gründen das Finnland-Unternehmen fallen zu lassen, nachdem durch den Friedensschluß mit Rußland dieses Unternehmen staatsrechtlich unzulässig sei. Gleichzeitig war ein Telegramm des Feldmarschalls eingegangen, worin dieser dringend darum ersuchte, das Finnland-Unternehmen, wozu wir den Finnen gegenüber verpflichtet sind, durchzuführen. Se. Majestät erblickte in dem Telegramm des Reichskanzlers eine unerhörte Einmischung in die Kriegführung. Dem widersprachen Grünau und ich... Mit wie wenig Weisheit wird die Welt regiert! Und welche Gefahr das Abseitsstehen in Homburg!« (Müller 361/2. 1918 III 7.)

Am folgenden Tag, am 10. März, versuchte Ludendorff in einem ausführlichen Telegramm¹⁰ an den Reichskanzler dessen Bedenken gegen die finnische Unternehmung zu zerstreuen. Auch er sah als vornehmliche Rechtfertigung für ein deutsches Eingreifen die Gefahr des Bolschewismus an. Durch die Verwendung geringer Streitkräfte würde Deutschland dafür »die gesamte finnische Macht¹¹ gegen Rußland ansetzen können, falls die Verhältnisse uns wider Willen dazu zwingen sollten«. Ludendorff wies sodann den Reichskanzler auf die politische Bedeutung des Finnland-Unternehmens hin. Deutschland habe ein Recht auf den finnischen Bundesgenossen. Der Verzicht auf die Expedition werde dazu führen, Finnland in die Arme Englands zu treiben¹². Dies werde sofort geschehen, wenn es sich von Deutschland, das ihm Hilfe versprochen habe, verlassen sehe. Finnland sei ferner wegen Archangel'sk und der Murmanbahn von weltpolitischer Bedeutung. Es bleibe also gar keine andere Wahl als die Unternehmung durchzuführen.

Somit waren von seiten der OHL vor Kaiser und Reichskanzler die Gründe zur Finnland-Expedition mit aller Eindringlichkeit dargelegt: Eindämmung des Bolschewismus, Druck auf Großrußland zur Einhaltung des Brester Friedensvertrages, Sicherung vor einem Festsetzen des englischen Feindes in Nordrußland, Gewinnung eines Bundesgenossen und Aussicht auf Rohstofflieferung.

Der Reichskanzler sandte die Telegramme Hindenburgs und Ludendorffs nach Bukarest, um dazu von seinem Staatssekretär des Auswärtigen eine Stellungnahme zu erfahren. Kühlmann antwortete¹³, daß es ihm schwerfalle, aus dem ihm zugesandten Material ein auch nur einigermaßen klares Bild von dem zu gewinnen, was die OHL eigentlich in Finnland beabsichtige. Auf die von Hindenburg angeführten Gründe eingehend, bemerkte er, daß er Umfang und Wortlaut des Finnland gegebenen Versprechens nicht kenne. – Ein bezeichnendes Beispiel dafür, daß sich der Leiter der deutschen Außenpolitik in einer außenpolitisch folgenschweren Angelegenheit fast völlig ausgeschaltet fühlte! Das Schreckgespenst der Entente bzw. Englands, fuhr er fort, das bei jeder Ostseefrage auftauche, scheine ihm wenig bedrohlich. Er gab sodann Hertling einen Wink, daß

¹⁰ Lersner an AA für Rk, Spa 1918 III 10 (PA, Fi I Bd. 1). – S. auch die ähnliche Motivierung für ein Festsetzen Deutschlands in Finnland in Ludendorffs Kriegserinnerungen 505.

¹¹ »finnische Macht« ist von Kühlmann unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

¹² Dazu bemerkte Kühlmann: »Alte Geschichte«.

¹³ Kühlmann an AA (für Rk persönlich), Bukarest 1918 III 12 (PA, Fi I Bd. 1). – Der in diesem Telegramm zum Ausdruck kommende grundsätzliche Unterschied in den Anschauungen Kühlmanns und Ludendorffs zur deutschen Finnlandpolitik macht es nicht möglich, mit Fritz Fischer (684) die Ansichten des Staatssekretärs über die Finnlandpolitik denen der OHL gleichzusetzen. Die von Fischer für die angebliche Gleichgerichtetheit der Ziele des AA und der OHL herangezogene Begründung aus den Akten ist eine unzulässige Vermischung des Inhalts der betreffenden Akten. Kühlmanns »volle Zustimmung« im Bukarester Telegramm vom 9. März bezieht sich in erster Linie auf die von Fischer zitierte Äußerung Ludendorffs vom 7. März, »die livische und estische Frage« sich ausreifen zu lassen, dagegen *nicht* auf Ludendorffs Absichten in Finnland.

er schon einmal in einer ähnlichen Situation vergeblich gewarnt habe: während der Homburger Besprechungen, bei denen er ja mit seiner Ansicht, daß ein bewaffnetes Einschreiten gegen die Revolution nicht zu den Aufgaben der deutschen Politik gehöre, bei OHL und Kaiser nicht durchgedrungen war. Überdies sei ihm nicht bekannt, welche wirtschaftlichen Vorteile von einem militärischen Einschreiten zu erwarten seien und ob darüber Verabredungen bestünden. Daß Deutschlands Verhältnis zu Rußland überhaupt noch wesentlich verschlechtert werden könne, bezweifelte Kühlmann. Denn die Lage, die das ständige Verbleiben deutscher Truppen an der Grenze von Est- und Livland für Nordrußland und Petersburg schaffe, sei an sich auf die Dauer unerträglich. Sie würde durch eine deutsche militärische Besetzung Finnlands zwar noch einigermaßen erschwert, doch könne er dieser Folge bei der momentan völligen Ohnmacht Rußlands ausschlaggebende Bedeutung für den Augenblick kaum zuerkennen. Komme es zur finnischen Expedition – und er persönlich habe daran keinen Zweifel –, so würde im Interesse der künftigen Beziehungen Deutschlands zu Finnland, denen er gleichfalls große Bedeutung beimesse, auf ein möglichst baldiges Zurückziehen der Truppen Wert zu legen sein. Denn nach allen Erfahrungen würden die selbst als Befreier kommenden fremden Truppen so viel Friktionen und Verstimmungen erregen, daß darunter das politische Verhältnis nur leide. »An sich hätte ich es lieber gesehen und für nützlicher gehalten, wenn wir die Hilfe an Finnland lediglich in Form von Waffen- und Materialsendungen geleistet hätten... Erwägt man aber, daß durch die Besetzung der Aalandinseln das Maximum von Unstimmigkeiten in den nordischen Reichen bereits bewirkt ist, daß die Besetzung vor der Welt ausdrücklich mit dem geplanten Unternehmen in Finnland gerechtfertigt wurde und daß die finnische Unternehmung sich mit ziemlicher Notwendigkeit aus der bei den Homburger Beratungen eingenommenen Stellungnahme ergibt, so glaube ich, daß Eure Exzellenz kaum in der Lage sein werden, bei Seiner Majestät eine Aufgabe des Unternehmens durchzusetzen, zumal die schon in Homburg stark hervortretenden Strömungen seitdem an Kraft noch erheblich gewonnen haben dürften. Für Stellung der Kabinettsfrage halte ich die Angelegenheit an sich nicht für wichtig genug.« – In diesen Telegrammworten liegt das politische Bekenntnis eines Mannes, der sich gezwungen fühlte, eine Politik mitzumachen, die er als falsch erkannt hatte. Kühlmann resignierte. Daß er weiterhin im Amte blieb, konnte er vor sich nur noch damit rechtfertigen, daß er sonst allen Tendenzen zur Errichtung der tatsächlichen Militärdiktatur in Deutschland Vorschub geleistet hätte.

Die endgültige Entscheidung über die Finnland-Expedition fiel am 12. März in einem Kronrat in Schloß Bellevue¹⁴. Der Reichskanzler wünschte nur, das Unternehmen möglichst noch einige Zeit zu verschieben – spätestens bis zum 17. März –, um die Ratifizierung des Brest-Litowsker Vertrages durch den Sowjetkongreß

¹⁴ Protokoll nicht in PA. Folgendes nach dem ausführlich referierten Protokoll bei Fischer 681/2. Dazu vgl. Müller 362/3 und Hertling 85/6.

nicht zu gefährden. Der Kaiser bezeichnete die »Polizeiaktion« in Finnland neben militärischen und dynastischen¹⁵ Gründen als notwendig, um einen Damm gegen den Bolschewismus zu errichten: »Bolschewiki müssen erschlagen werden, weil revolutionär.« Das Ergebnis der Beratung war, daß die Expedition zwar stattfinden, wegen der Eisverhältnisse aber bis Anfang April verschoben werden sollte.

Am 3. April landete die von Danzig ausgelaufene Ostseedivision in Hangö, und am 7. April ging die von Reval (AOK 8) entsandte Brigade unter Oberst Freiherr von Brandenstein östlich von Helsingfors bei Lovisa an Land. Helsingfors wurde am 13. April genommen. Am 2. Mai waren die Roten Truppen von den deutschen und den unter Mannerheim von Norden und Nordwesten her operierenden Weißen Streitkräften aufgerieben. Auf Bitten der finnischen Regierung verblieb eine verminderte deutsche Truppenzahl unter von der Goltz noch im Land. Sie half bis zum Kriegsende bei Aufstellung und Ausbildung einer nationalen finnischen Wehrmacht¹⁶.

Das AA hatte vor und während der Finnland-Expedition mehrere Noten an die Sowjetregierung gerichtet, in denen es gegen die Entsendung russischer Truppen nach Finnland und gegen russische Waffenlieferungen an die Rote Garde protestierte¹⁷. Obwohl die Sowjetregierung in ihren offiziellen Antworten jede Unterstützung der Kämpfe in Finnland ableugnete, war sie sich der damit begangenen Unwahrhaftigkeit voll bewußt. Denn Lenin hatte bereits am 8. März in den Beratungen seiner Partei erklärt: »Es ist uns . . . nicht verboten, Waffen nach Finnland einzuführen. . . In diesen fünf Tagen . . . haben wir unseren finnischen Genossen geholfen – ich will hier nicht sagen, in welchem Umfang, das wissen sie selber.«¹⁸ Čičerin gar drehte den Spieß um und stellte der deutschen Regierung die Frage, ob das Verbot von Waffenlieferungen nicht für beide Seiten gelte¹⁹. Er

¹⁵ Wilhelm II. hoffte, daß die endgültige Staatsform in Finnland eine konstitutionelle Monarchie sein würde, und gedachte einen seiner Söhne (etwa den Prinzen Oskar) auf den finnischen Thron zu bringen. Doch im Hinblick auf die Weltöffentlichkeit und mit Rücksicht auf die Wünsche der deutschen Bundesfürsten wurde schließlich Prinz Friedrich Karl von Hessen vorgeschlagen, der auch am 9. Oktober 1918 durch den finnischen Landtag zum König gewählt wurde, aber wegen des Kriegsausgangs auf den finnischen Thron verzichten mußte. S. dazu Fischer 683; Hubatsch, Finnland 77/8; Smith 120 ff.; Jutikkala 360.

¹⁶ Für die Operationen sind am ausführlichsten die Darstellungen in *Der Krieg zur See, Ostsee* III 380 ff.; Smith 68 ff. Dazu s. die Memoiren von der Goltz' (47 ff.) und Mannerheims (200 ff.).

¹⁷ Z. B. *The Trotsky Papers* I 30/1, Funkspruch von dem Bussche an russisches Außenkommissariat, Berlin 1918 III 23. Lenin vermerkte am Rand dieses Telegramms: »Eine Antwort, die alle einzelnen Punkte behandelt, muß sofort entworfen werden.« Die Antwort in *Dokumenty* I 217/8, Funkspruch russisches Außenkommissariat an deutsches AA, Moskau 1918 III 27. Eine deutsche Note mit Protest gegen Teilnahme russischer Truppen an den Kämpfen in Finnland in *Dokumenty* I 278, Funkspruch deutsches AA an russisches Außenkommissariat, Berlin 1918 IV 27.

¹⁸ Lenin, *Werke* XXVII 102.

¹⁹ In der in Anm. 17 erwähnten russischen Note heißt es am Schluß: »Wir würden für eine Mitteilung darüber dankbar sein, in welchem Artikel des [Brester] Vertrages die deutsche Regierung ein Verbot von Waffenlieferungen an Finnland sieht und ob sie dieses Verbot

gab zwar zu, daß einzelne russische Soldaten am finnischen Bürgerkrieg teilnahmen, wies aber darauf hin, daß sich auch unter den Weißgardisten russische Soldaten und Offiziere befänden wie z. B. General Mannerheim²⁰! Als am 5. April deutsche Truppen in Hangö an Land gingen, protestierte²¹ die russische Regierung gegen die Beschlagnahme russischer Schiffe und militärischer Vorräte und warnte, daß ein weiteres Vordringen deutscher Schiffe gegen Helsingfors zu Folgen führen könne, die für beide Kontrahenten des Brester Vertrages »bedauerlich« sein würden.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland verschärften sich, als nach Abschluß der Gefechtshandlungen in Finnland die finnischen Streitkräfte die Übergabe des Forts Ino von der russischen Besatzung verlangten²². Mit Recht vermutete die russische Regierung dahinter eine deutsche Forderung²³. In einer Nachtsitzung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei am 6. Mai wurde beschlossen, mit dem deutschen Gesandten in Moskau Verhandlungen aufzunehmen: Es sollte geklärt werden, ob Deutschland sich verpflichten würde, einen Frieden Finnlands und der Ukraine²⁴ mit Rußland zu vermitteln. Diesen Schritt

nicht für beide Seiten geltend betrachtet und wie sie die betreffenden Artikel des Vertrages interpretiert.« Tatsächlich bezog sich keine Bestimmung des Brester Vertrages ausdrücklich auf das Verbot von Waffenlieferungen an Finnland. Höchstens konnte in Artikel 6 der Satz: »Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein« dahingehend aufgefaßt werden.

²⁰ Dokumenty I 277, Note Čičerin an deutsches AA, Moskau 1918 IV 30. Vgl. Čičerin, Stat'i 41 (Rede vor dem 5. Allrussischen Sowjetkongreß, 1918 VII 4): »Nachdem die russische Republik, indem sie sich dem Brester Vertrag fügte, ihre Truppen aus Finnland zurückberufen hatte, blieben in Finnland nur einzelne Personen – russische Bürger – zurück, die am Kampf der finnischen Arbeiterklasse auf eigene Verantwortung teilnahmen.«

Ende Juli bot die finnische Regierung 20 000 bis 30 000 gefangene, zur Deportation verurteilte Rotgardisten der OHL zur Verwendung als Arbeiter an. Ludendorff nahm an und wollte die Gefangenen an der Westfront zu Kriegsgefangenen-Arbeiterbataillonen formieren. Auf Vorstellungen des AA und anderer Stellen (Kriegsamt, Reichsamt des Innern und preußisches Innenministerium) aber ließ Ludendorff von diesem Plan ab und widerrief den Abtransport der Rotgardisten aus Finnland. (Ludendorff an AA, Spa 1918 VIII 1. PA, Fi 1 Bd. 13. – AA an Berckheim, Berlin 1918 VIII 9. PA, Fi 1 Bd. 14.)

²¹ Dokumenty I 227, Funkspruch Čičerin/Karachan an deutsches AA, Moskau 1918 IV 5. – Zu dem am 5. April zwischen dem deutschen Seebefehlshaber und einer Kommission der russischen Baltischen Flotte abgeschlossenen »Hangö-Abkommen« s. Der Krieg zur See, Ostsee III 386 ff. (Text ebenda 435/6.) Das Abkommen sicherte den Russen die Unversehrtheit ihrer Baltischen Flotte, den Deutschen die beinahe verlustlose Einnahme von Helsingfors und den späteren Übergang der gänzlich erhaltenen Befestigungen, Marineanlagen, Depots usw. in finnischen Besitz. Im Gegensatz zur russischen Schwarzmeer-Flotte bildete die Baltische Flotte nie einen Streitgegenstand zwischen der deutschen und der russischen Regierung, weil deutscherseits in ihr weder ein militärischer noch ein politischer Wert erblickt wurde.

²² Smith 84.

²³ Es handelt sich um eine in den deutschen Akten nicht genau feststellbare Forderung der OHL. In den russischen Quellen ist von einem deutschen Ultimatum die Rede.

²⁴ In jenen Tagen rückten auch deutsche Truppen in die südrussischen Gouvernements Kursk und Voronež vor.

wollte man tun, obgleich man sich bewußt war, daß ein solcher Friede neue Annexionen mit sich bringen werde²⁵. Auch Joffe in Berlin legte dem AA dar, daß die Forderung der Übergabe Inos, jenes Schlüssels von Petersburg²⁶, Rußland zur Verzweiflung treiben werde.

Am 14. Mai bat die finnische Regierung dringend um deutsche Waffenhilfe bei der Einnahme von Ino²⁷. Die OHL befürwortete ihr Gesuch. Der Admiralstab sah sich jedoch nicht in der Lage, Teile der Flotte für Niederkämpfung des mit modernsten Geschützen versehenen Forts bereitzustellen. Das AA widerriet ebenfalls, den Finnen deutsche Mitwirkung zu gewähren, und empfahl finnisch-russische Verhandlungen unter deutscher Beteiligung. Am 17. Mai drahtete²⁸ der Reichskanzler an Hindenburg: »Ich lege aus politischen Gründen größten Wert darauf, daß [der] Angriff unterbleibt und daß auch unsere Flotte gegen Ino nichts unternimmt. Ino deckt unmittelbar die Einfahrt in den Petersburger Hafen. Wir treiben die Russen zur Verzweiflung und begünstigen [eine] Katastrophe in Petersburg, wenn wir so dicht an [die] Hauptstadt heranrücken. Unsere Politik muß dahin gehen, Einigung zwischen Russen und Finnen herbeizuführen und letztere dazu zu bewegen, Ino bei Rußland zu belassen. Lebensinteressen Finnlands liegen nicht vor, und wir selbst haben keinerlei Interesse an Ino.« Der Gang der militärischen Ereignisse hatte aber das Verlangen des Reichskanzlers bereits überholt; denn am 15. Mai war Ino auf Befehl des Kommandanten von Kronstadt in die Luft gesprengt worden²⁹.

Ludendorff war aber ohnehin schon zu diesem Zeitpunkt geneigt, den Russen das wertvolle Ino zu lassen. Am 14. Mai hatte er zusammen mit General Bartenwerffer eine Besprechung³⁰ mit Admiral Holtzendorff und Konteradmiral Keyserlingk über die militärpolitische Lage in Finnland gehabt. Der Admiralstabschef hatte dabei einen Gebietsaustausch zwischen Finnland und Rußland angeregt in der Form, daß letzteres den Finnen einen Streifen an der Murmanküste gegen Ino abtreten sollte. Ludendorff hatte den Vorteil, den die in finnischem Besitz befindliche Murmanküste³¹ für Deutschland haben könnte, anerkannt. Er er-

²⁵ Lenin, Werke XXVII 348.

²⁶ So Čičerin in seiner Rede 1918 VII 4 (Čičerin, Stat'i 38).

²⁷ Das folgende aus einer Aufzeichnung des Admiralstabs: »Zusammenstellung der marinenpolitischen Ereignisse zwischen Deutschland und Rußland in Ostsee und Eismeer nach dem Brester Frieden«, Berlin 1918 VII 28 (MGFA, PG/75 545 S. 27/8 der Aufzeichnung).

²⁸ Rk an Hindenburg, Berlin 1918 V 17 (PA, Fi 1 Bd. 6).

²⁹ S. Anm. 26 und Dokumenty I 301, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 V 15. Dazu Rutyč 138/9.

³⁰ Aufzeichnung darüber in MGFA, PG/75 677.

³¹ Ludendorff bezeugte sein Interesse an der Murmanküste auch durch folgendes Fernschreiben an Admiral Holtzendorff vom 24. Mai: »Daß freier Zutritt Finnlands zum Atlantischen Ozean durch Ausdehnung bis an Nordmeer für Deutschland militärisch vorteilhaft sein würde, erkenne ich an. Finnland glaubt, nach Bericht Verbindungs-Offizier der OHL im finnischen Hauptquartier, Major Crantz, allein sich an Murmanküste nicht halten zu können und würde es nicht ungerne sehen, wenn wir dort deutschen Stützpunkt erwürben. . . Ich würde dankbar sein, wenn ich bald Ansicht des Admiralstabes über Frage der Schaffung deutschen Stützpunktes an der Murmanküste erfahren könnte. . .« (MGFA, PG/69 261 Bd. 1.) Holtzendorff

suchte am 18. Mai das AA, den Russen auf dieser Grundlage eine Verständigung mit den Finnen vorzuschlagen³². Die Sowjetregierung nahm diese Basis an und wollte Verhandlungen sofort in Moskau beginnen³³. Wegen der Weigerung der Finnen jedoch, Fort Ino wieder herauszugeben, kamen die Verhandlungen zunächst nicht zustande.

Die Murmanküste hatte inzwischen aus einem anderen Grund für die deutsch-russischen Beziehungen erhebliche Bedeutung erlangt. Anfang April hatte die deutsche Regierung aus Zeitungsmeldungen (!) – deutschen und ausländischen – von Landungen alliierter Truppen in Murmansk erfahren und daraufhin am 21. April³⁴ bei der russischen Regierung gegen die Anwesenheit von angeblich 6000 Mann englischer und französischer Truppen in Murmansk protestiert. In Wirklichkeit waren bis zu diesem Zeitpunkt erst 130 englische Soldaten in diesem russischen Hafen an Land gegangen³⁵. Joffe in Berlin hatte denn auch die Nachricht, daß England »beträchtliche Streitkräfte« dort habe, für unzutreffend bezeichnet³⁶. Trotzdem war in den von deutscher Seite wiederholt abgegebenen Protesten von immer größeren Zahlen alliierter Truppen die Rede – Zahlen, die Čičerin einmal phantastisch übertrieben³⁷ nannte. Mochten sie übertrieben sein – Tatsache ist, daß die deutsche OHL später ihre militärischen Planungen im Osten auf Grund einer großteils fiktiven Gefahr anlegte, genauso wie umgekehrt von den alliierten Generalstäben die Intervention in Nordrußland von der Voraussetzung einer weit überschätzten deutschen Gefahr her durchgeführt wurde. Allerdings wäre vermutlich bei längerer Dauer des Weltkriegs dieser Winkel fernab im Norden Rußlands gerade wegen der beiderseits gehegten Befürchtungen und der dementsprechend geplanten Aktionen zu einem nicht unbedeutenden Kriegsschauplatz geworden.

Zunächst hatte die OHL nicht die Absicht, militärisch etwas gegen die von Murmansk drohende »Gefahr« zu unternehmen, wie Ludendorff am 11. Mai dem Reichskanzler in Spa versicherte³⁸. Die Reichsleitung wurde gebeten, diploma-

antwortete am 28. Mai: »1. Für unsere Seekriegführung wäre Stützpunkt an der Murmanküste jetzt und später von größtem Nutzen. 2. Beste Lösung scheint Besetzung zweier eisfreier Häfen unter finnischer Oberhoheit in günstiger Lage, z. B. Petschengagolf oder Kola-Bucht, um Gegenwirkung zu erschweren. Häfen wären von Finnland mit deutscher Hilfe und Leitung ... auszubauen und zu sichern, wobei uns uneingeschränkte Benutzung für immer vorbehalten werden müßte. 3. Deutsche Oberhoheit würde Ausbau, Betrieb und Sicherung durch deutsches Personal voraussetzen. Das wäre im jetzigen Kriege nur mit bedeutender Einschränkung anderer Marineaufgaben und damit Schädigung der Gesamtkriegführung möglich...« (MGFA, PG/69 261 Bd. 1.)

³² Lersner an AA für Rk, Spa 1918 V 18 (PA, Fi 1 Bd. 6).

³³ Dokumenty I 318, Note Čičerin an Mirbach, Moskau 1918 V 25.

³⁴ Bussche an Grünau, Berlin 1918 IV 21 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11).

³⁵ S. o. S. 49/50.

³⁶ Bussche an Grünau, Berlin 1918 IV 22 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11).

³⁷ In seiner Rede vom 4. Juli 1918 (Čičerin, Stat'i 42).

³⁸ S. den Protokollauszug über die am 11. Mai 1918 in Spa abgehaltene Sitzung in PA, Fi 1 Bd. 6.

tisch in Moskau vorstellig zu werden. Kühlmann fragte Ende Mai bei der OHL an, ob es militärisch erfolgversprechend wäre, Finnland zu einem Vorgehen gegen die Murmanküste zu veranlassen³⁹. Seine Absicht war, die Finnen dadurch von Petersburg abzulenken. Ludendorff hielt eine derartige Operation für angezeigt und beauftragte seinen Verbindungsmann beim finnischen Hauptquartier, Major Crantz, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Aus zahlreichen kaiserlichen Marginalien zu Telegrammen des AA und Zeitungsausschnitten geht hervor, daß auch Wilhelm II. ein starkes Interesse an den Vorgängen in Murmansk hatte. Ende Mai erklärte er vor seinen Kabinettschefs, die Untätigkeit der russischen Regierung gegenüber dem Vorgehen der Engländer und Franzosen könne zu einem neuen Krieg mit Rußland führen⁴⁰. Das AA forderte er mit Ungestüm auf, den Russen klar vor Augen zu halten, daß die Entente aus Murmansk »hinausfliegen« müsse. »Kann es die Diplomatie nicht«, drohte er, »dann das Schwert.«⁴¹ Und neben einen Artikel der »Germania« vom 29. Mai

³⁹ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 V 25 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15).

⁴⁰ Müller 377 (1918 V 21). – Nach Müller (376/7) war am 21. Mai der deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr von Lucius, im Großen Hauptquartier, um seinen Standpunkt in der deutschen Finnland-Politik zu vertreten. Müller berichtete er, er sei von seiner kürzlichen Audienz beim Kaiser sehr enttäuscht gewesen, da dieser ihn gar nicht habe zu Wort kommen lassen. Aus Randbemerkungen zu einem Bericht Lucius' vom 1. Mai (PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 128/9) über die deutsche Ostpolitik geht hervor, daß Wilhelm II. den Ansichten des Botschafters leidenschaftlich widersprach. Lucius hatte es darin für ausgeschlossen gehalten, daß Rußland dauernd auf den Besitz von Livland, Estland, Finnland und Karelän verzichten werde. Ein richtiger Frieden mit Rußland (Wilhelm II.: »Zwischen Slawen und Germanen überhaupt unmöglich.«) dürfe, nachdem der Weg zu den Westmächten für lange Zeit versperrt sein würde, nicht durch »finnische, estländische und livländische Freiheitsschwärmer und ihre Gefolgschaft in Deutschland« gestört werden. Der Kaiser bezeichnete diese Ansicht als »unglaubliches Blech«. Unter den Bericht schrieb er: »Der Herr ist verrückt. Das ist Angstpolitik. Ich bin absolut anderer Ansicht. Friede mit Rußland kann nur durch Furcht vor uns erhalten werden. Die Slawen werden uns immer hassen und Feinde bleiben. Sie fürchten und haben nur Respekt vor dem, der sie verhaut! S. Japan! So wird es auch mit uns! Die Entente kann, wenn sie will und meine Diplomatie zu dumm ist, stets in Rußland machen, was sie will, – sie hat es zum Kriege gebracht –; aber unsere Präponderanz in dem germanischen Gebiet ist nötig, um Rußland von unserer Ostgrenze ein- für allemal fernzuhalten; das kriegt kein noch so günstiger russ. Friede fertig!«

⁴¹ Randvermerk an einem Telegramm Kühlmanns an Grünau, Berlin 1918 V 25 (PA, Fi 1 Bd. 7). Unter das Telegramm schrieb er noch u. a.: »Die Bahn ist ein Lebensnerv für Finnland und darf nicht in Feindeshand fallen, der damit von Norden Finnlands Existenz im Verein mit Bolschewiki aus Petersburg bedroht. Also unser Interesse ist, daß Finnland die Bahn erhält und die Entente hinausfliegt. Darüber müssen die Sowjets klare Antwort geben, ob sie das *mitmachen* wollen oder nicht! Wenn die Bolschewiki die 50 000 Mann, die wir eben erledigt haben, nicht zum Sengen, Morden und Plündern nach Finnland gesandt, sondern sie gegen die Engländer nach Kola per Bahn umgesetzt hätten, wäre kein Ententesoldat dort gelandet! Also hat Lenin gelogen, als er sagte, er hätte es nicht hindern *können*; er *konnte* es wohl, wollte aber nicht. Er steht mit der Entente heimlich im Bunde, und daher müssen klare Verhältnisse geschaffen werden. Kann es die Diplomatie nicht, dann das Schwert. Finnland und Rußland gemeinsam müssen die Entente von der Murmanbahn verjagen. Wir stehen als Stütze dahinter, daher müssen sich *beide* vertragen!« – Vgl. dazu Müller 379 (1918 V 26).

schrrieb er: »Die Finnen und Russen gemeinsam oder die Finnen allein müßten die Engländer dort hinausschmeißen.«⁴²

Dieser Vorschlag entsprach ganz dem Gedanken einer gemeinsamen finnisch-russischen Aktion gegen die Murmanküste, den Joffe einige Tage später in einem Gespräch⁴³ mit Kühlmann vorbrachte. Joffe verlangte als Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen die deutsche Garantie, daß während dieser Zeit weder deutsche noch finnische Truppen auf Petersburg vorstoßen würden. Die Sowjetregierung könne dann die zum Schutz Petersburgs zusammengezogenen eigenen Truppen auf der Murmanbahn gegen die Engländer verwenden. Kühlmann glaubte, daß ein offener Kampf der Sowjettruppen mit den Finnen gegen die englische Besatzung der Murmanküste vom internationalen Standpunkt große Vorteile bieten würde. Eine Verfeindung der Bolschewisten mit der Entente konnte nach seiner Ansicht nur im deutschen Interesse sein. Andererseits fürchtete der Staatssekretär, daß *nach* der Vertreibung der Engländer die Lage zwischen der Sowjetregierung und den Finnen schwierig werden würde. Denn bei der starken Vereisung von Archangel'sk und der weitgehenden Abschnürung Rußlands von der Ostsee mußte Großrußland stark daran interessiert sein, sich die Murmanbahn als Ausgang zum freien Meer zu erhalten. Das wiederum würde mit den finnischen Wünschen auf Expansion in Karelien kollidieren.

Diese Vermutung Kühlmanns bestätigte sich bald. Joffe hatte seinen Vorschlag einer finnisch-russischen Kooperation anscheinend eigenmächtig gemacht. Denn Čičerin in Moskau verhielt sich gegenüber diesem ihm auch von Mirbach wiederholt gestreiften Gedanken sehr skeptisch. Die russenfeindliche Haltung der Finnen ließ ihm die praktische Ausführung der Idee nicht besonders aussichtsreich erscheinen⁴⁴. Andererseits zeigte er sich in Gesprächen⁴⁵ mit dem deutschen Ge-

⁴² Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VI 9 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

⁴³ S. Anm. 42.

⁴⁴ Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 19 (PA, Fi 1 Bd. 9).

⁴⁵ AA an Grünau (darin Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 11), Berlin 1918 VI 12 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

Ende Mai hatte Čičerin angeregt, daß einer der deutschen Gesandtschaftsangehörigen zur Murmanküste reise, um sich an Ort und Stelle ein Bild über die dortigen Verhältnisse zu machen. Er mochte dabei gehofft haben, damit den deutschen Befürchtungen über die Anwesenheit großer alliierter Truppenkontingente in Nordrußland entgegenzuwirken. Von deutscher Seite wurde der Vorschlag angenommen. Major Bothmer, Vertreter der OHL für Kriegsgefangenen- und Eisenbahnfragen, wurde von der OHL beauftragt, die Reise nach Murmansk anzutreten. Nun begann Čičerin nach Ausflüchten zu suchen. Da der Major nicht russisch sprach, bat er um einen russisch sprechenden deutschen Vertreter. Bothmer sah darin den Wunsch der Sowjetregierung, die Angelegenheit zu verschleppen. Die Anregung zur Reise sei nie ernst gewesen. Die OHL wies deshalb den für Moskau vorgesehenen Militärattaché, Major Schubert, der russisch sprach, an, beschleunigt Moskau zu erreichen und anstelle von Bothmer die Erkundungsreise zu unternehmen. Nun bekannte Čičerin Farbe. Da die russische Regierung außerstande sei, für die persönliche Sicherheit Schuberts zu sorgen, bat er, »bei der Unsicherheit der Lage« von der geplanten Reise abzusehen. Für Bothmer (und damit auch für Ludendorff) war die Rücknahme des russischen Vorschlages ein Beweis für die Illoyalität der Sowjetregierung. (Akten in PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15.

sandten über die Vorgänge in Nordrußland aufs äußerste besorgt und gegen England aufgebracht. Er befürchtete erhebliche Truppenlandungen nicht nur an der Murmanküste, sondern auch in Archangel'sk und sah im Vorgehen der Engländer die offenkundige Absicht, mit den von Sibirien her operierenden Tschecho-Slowaken⁴⁶ gemeinsame Sache zu machen. Er beklagte Mirbach gegenüber die militärische Ohnmacht Rußlands: Man könne sich nicht zugleich am Don und gegen Finnland, im Kaukasus und an der sibirischen Bahn seiner Haut wehren. Am 24. Juni forderte er Kriegskommissar Trockij in einem Schreiben⁴⁷ auf, Truppen aus den Gouvernements Pleskau und Vitebsk von der westlichen Demarkationslinie nach Murmansk zu werfen. Das Vordringen der Engländer werde sonst zum Eingreifen deutsch-finnischer Streitkräfte führen und den Anfang »zum Kampf der zwei Imperialismen auf russischem Territorium« bedeuten.

Zu dieser Befürchtung einer deutsch-finnischen Intervention mochte der sowjetische Außenkommissar durch das ständige Drängen der deutschen Regierung, die Engländer aus Nordrußland zu vertreiben, oder durch Andeutungen Mirbachs in dieser Richtung veranlaßt worden sein. Denn am 22. Juni hatte Ludendorff dem AA mitgeteilt⁴⁸, daß von den Russen ein Zusammengehen mit Finnland gegen Murmansk gefordert und eine solche Operation unter deutsche Führung gestellt werden müsse. Deutschland werde alsdann dafür einstehen, daß ein Angriff auf russisches Gebiet, besonders auf Petersburg, von Finnland her nicht erfolge. Bei der Verständigung zwischen Rußland und Finnland, deren Hauptschwierigkeiten in den territorialen Ansprüchen der Finnen lägen, werde Deutschland vermitteln. Rußland müsse an Finnland den westlichen Teil von Russisch-Karelien einschließlich des Stückes der Murmanküste zwischen der Bucht von Kola (diese zu Rußland) und der norwegischen Grenze abtreten und würde dafür bei Petersburg durch finnisches Gebiet entschädigt werden. Ferner müsse Finnland das Recht gesichert werden, die Murmanbahn mitzubeneutzen und eine Anschlußstrecke an diese Bahn sowie eine Abzweigung zur eigenen Murmanküste zu bauen.

Ludendorff wiederholte diese Forderung am 2. Juli bei der Besprechung⁴⁹ in Spa. Zwischen OHL und AA herrschte Übereinstimmung, daß bei den Verhandlungen mit Joffe – die soeben in Berlin begonnen hatten⁵⁰ – die russische Regierung veranlaßt werden solle, Deutschland zu einer Kooperation gegen die Engländer in Ostkarelien und an der Murmanküste aufzufordern. Scheitere dies, so sollten die Finnen für ein Vorgehen gegen die Engländer gewonnen werden. Deutschland

Dazu Bothmer, Mirbach 56.) Schubert meint, Čičerin sei zurückgewichen, weil er gefürchtet habe, der deutsche Militärattaché könne mit den Engländern in Murmansk einen antibolschewistischen Pakt schließen! (Persönliche Unterredung 1965 X 8.)

⁴⁶ S. o. S. 53.

⁴⁷ Dokumenty I 375.

⁴⁸ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 22 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 63/5).

⁴⁹ Gatzke 85.

⁵⁰ S. u. S. 281.

würde ihnen dabei Unterstützung mit Waffen, Geld, eventuell auch Truppen zusagen⁵¹. Wilhelm II. verlangte ganz ähnlich: »Mit oder ohne Lenin . . . müssen die Briten aus Finnland hinausgeworfen werden.«⁵²

Da Ludendorff die Möglichkeit, die Engländer durch die Finnen zu vertreiben, für eher erreichbar hielt als eine deutsch-russische Kooperation – Čičerin lehnte nach wie vor eine finnisch-russische Kooperation ab⁵³, und Ludendorff glaubte nicht an die ernste Absicht der Sowjetregierung, die Engländer aus Nordrußland zu verdrängen – und dabei deutsche Truppenhilfe für unerlässlich erachtete, versuchte er, den Boden *dafür* vorzubereiten. Dem AA gegenüber gab er zu, daß eine deutsche Hilfeleistung den Brester Vertrag verletzen würde, da sie nur über ostkarelisches, d. h. russisches Gebiet wirksam werden könne. Um nun einen legalen Boden für eine deutsche Mitwirkung zu schaffen, schlug er vor, auf einen baldigen Beginn finnisch-russischer Verhandlungen, in denen Finnland Ostkarelien durch Tausch gegen finnisches Gebiet bei Petersburg zugesprochen werden müßte, zu drängen⁵⁴. Finnische Truppen würden im August für eine Unternehmung bereit sein. Bis dahin müsse die Sowjetregierung ihren Standpunkt unzweideutig mitgeteilt haben.

Dem AA gelang es Ende Juli, Russen und Finnen zur Aufnahme direkter Friedensverhandlungen auf der von der OHL vorgeschlagenen Grundlage zu bestimmen. Die Verhandlungen, die unter deutscher Vermittlung in Berlin stattfanden⁵⁵, scheiterten jedoch an den weitgehenden territorialen Forderungen der Finnen und wurden Ende August auf unbestimmte Zeit vertagt. Aber bereits bei ihrem Beginn am 3. August war die Notwendigkeit, auf diesem Wege einen Rechtstitel für die deutsche Mitwirkung an einem finnischen Vorgehen gegen Murmansk zu erwerben, nicht mehr gegeben. Denn inzwischen hatten die Russen ihrerseits in der Murman-Angelegenheit die Initiative ergriffen.

Ende Juli lief in Moskau eine Hiobsbotschaft nach der anderen aus den Grenzgebieten des bolschewistischen Herrschaftsbereiches ein. Lenin teilte sie am 29. Juli dem gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee in unverblümter Offenheit mit⁵⁶. Im Murmangebiet waren immer mehr alliierte Truppen, nun auch amerikanische, gelandet. In Archangel'sk erwartete man tagtäglich die Landung englischer Soldaten. Im Osten näherten sich die Tschecho-Slowaken Kazan', dem Hauptquartier des bolschewistischen Generalstabs. Im Süden, im Kuban'-Gebiet, war die strate-

⁵¹ Arch. Forsch. IV 1420, Ergebnis der Besprechungen in Spa 1918 VII 2/3.

⁵² Marginalie an einem Artikel der Vossischen Zeitung 1918 VII 2 (»Die Murmanküste«, in PA, Fi 1 Bd. 11).

⁵³ Am 27. Juni hatte Mirbach nach Berlin telegraphiert: »Hinsichtlich einer eventuellen russisch-finnischen Kooperation im Murmangebiet verhält sich Ratsregierung nach wie vor äußerst zurückhaltend.« (PA, Wkr Nr. 29 Bd. 1.)

⁵⁴ Ludendorff an AA, Spa 1918 VII 3 (PA, GrHQ, Ru 311).

⁵⁵ Akten in PA, Fi 2 Bd. 1–3. Dazu Sov. Doc. I 102/3 (außenpolitischer Bericht Čičerins vor dem ZEK, 1918 IX 2); Smith 116/7.

⁵⁶ Lenin, Werke XXVIII 1 ff. – Der Sitzung des ZEK wohnte der deutsche Journalist Hans Vorst bei. S. Vorst 65 ff.

gische Stanica Tichoreckaja von den Truppen der Freiwilligenarmee Alekseevs eingenommen worden. Und in Baku hatte der Ortssowjet gegen die Stimmen der Bolschewisten die Engländer aus Persien zu Hilfe gerufen. »Murman im Norden, die tschechoslowakische Front im Osten, Turkestan, Baku und Astrachan im Südosten – wir sehen«, so formulierte es Lenin, »daß fast alle Glieder dieser von dem englisch-französischen Imperialismus geschmiedeten Kette miteinander verbunden sind. . . Unser Land ist wieder in einen Krieg hineingeraten, und der Ausgang der Revolution hängt jetzt völlig davon ab, wer in diesem Krieg siegen wird. . . Die ganze Frage des Fortbestehens der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, die ganze sozialistische Revolution in Rußland läuft auf die militärische Frage hinaus.«⁵⁷

Unter den bolschewistischen Führern herrschte Untergangsstimmung. Der englische Agent Lockhart berichtet von einem Gespräch, das er damals mit dem stellvertretenden Außenkommissar Karachan hatte. Dieser gab die Stellung der Bolschewisten als verloren an. Man werde aber nicht aufgeben, sondern bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. »Die Verwirrung war unbeschreiblich.«⁵⁸ In dieser verzweifelten Lage war es Lenin, der in kalter Berechnung, bar jeder propagandistischen Verbrämung, einen Pakt mit dem deutschen Beelzebub einging, um den ententistischen Teufel aus seinem Haus zu treiben. Am Abend des 1. August – er mußte soeben von der Landung englischer Truppen in Archangel'sk und der Vertreibung der bolschewistischen Sowjetmitglieder aus Baku erfahren haben – schickte er aus einer Sitzung heraus seinen Außenkommissar Čičerin zu dem erst kürzlich eingetroffenen Gesandten Helfferich und ließ um deutsches militärisches Eingreifen in Nordrußland nachsuchen.

Dieses sensationell anmutende Hilfesuch ist in der marxistischen Geschichtsschreibung mit einer einzigen Ausnahme⁵⁹ nie erwähnt worden, obwohl darüber Čičerin selbst als einer der Kronzeugen in einem Gedächtnisartikel für Lenin im Jahre 1924 berichtet hat⁶⁰ und obwohl es sich mit einem in der sowjetischen Weltrevolutionslehre noch heute gültigen Prinzip glänzend rechtfertigen ließe. Die sowjetrussischen Historiker ziehen es jedoch vor – anscheinend in unliebsamer Erinnerung an die Diskussion um das berühmtere Geheimabkommen zwischen Hitler und Stalin von 1939 –, darüber ganz zu schweigen. Lenin hatte sich schon während der Brester Verhandlungen im Zentralexekutivkomitee mit seiner Meinung durchgesetzt, daß es erlaubt sei, sich in Situationen höchster Gefahr mit

⁵⁷ Lenin, Werke XXVIII 8, 15.

⁵⁸ Lockhart 309.

⁵⁹ Rosenfeld 119 ff.

⁶⁰ Čičerin, Lenin 93. Rosenfeld (120) hat das russische Original dieses Artikels (Lenin i vnešnjaja politika) benutzt. Es war von deutschen Bibliotheken nicht zu erhalten, die Moskauer Staatsbibliothek leiht es nicht aus. Bemerkenswert ist, daß dieser Artikel zwar in dem Sammelwerk Vospominanija o V. I. Lenine II 167 ff. und in Čičerin, Stat'i 276 ff. wiederabgedruckt ist, jedoch ohne den Passus (und ohne Kenntlichmachung) über Čičerins Hilfesuch an Helfferich!

einer »imperialistischen Raubgruppe« gegen die andere zu verbünden⁶¹. Am 12. Mai hatte er in seinen »Thesen über die gegenwärtige politische Lage« das Prinzip formuliert, daß die Sowjetregierung »militärische Abkommen mit einer der imperialistischen Koalitionen gegen die andere grundsätzlich nicht ablehne, wenn ein solches Abkommen die Grundlagen der Sowjetmacht nicht verletzt, ihre Stellung festigen und den Ansturm irgendeiner imperialistischen Macht paralisieren könnte«⁶². Und in dem August 1918 veröffentlichten Brief an die amerikanischen Arbeiter⁶³ schrieb Lenin, er werde keine Sekunde schwanken, ein »Übereinkommen« mit den Räubern des deutschen Imperialismus zu schließen, wenn der Angriff englisch-französischer Truppen auf Rußland das erfordere; d. h. er werde sich gegen die angreifenden englisch-französischen Räuber »die ebenso räuberischen Gegeninteressen der *anderen* Imperialisten im Interesse der russischen und der internationalen Revolution« zunutze machen⁶⁴.

In der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung⁶⁵ und Memoirenliteratur⁶⁶ ist das sowjetrussische Hilfesuch an das kaiserliche Deutschland zwar häufig er-

⁶¹ S. o. S. 49.

⁶² Lenin, Werke XXVII 354.

⁶³ Lenin, Werke XXVIII 48 ff.

⁶⁴ Ebenda 54. – Am 2. Juli veröffentlichten die Izvestija einen »Letzte Warnung« überschriebenen Artikel, in dem auf ein Zusammengehen sowjetrussischer und preußischer Truppen gegen die Entente angespielt wurde. Der Artikel erregte im AA in Berlin einiges Aufsehen, da in dieser offiziösen Äußerung Absichten der Sowjetregierung bezüglich eines Zusammenwirkens gegen die Entente vermutet wurden. Der russischen Botschaft wurde mitgeteilt, »daß das in dem Artikel kenntlich gemachte Vertrauen der russischen Regierung zu uns nur günstig auf die hiesigen Verhandlungen einwirken könne«. (S. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 95 und 100.)

Am 25. Juli übersandte der Herausgeber der Deutschen Revue, Fleischer, dem AA zu Händen des Vortragenden Rats von Bergen »Ausführungen einer militärischen Autorität . . . über eine deutsch-russische Waffenvereinbarung«. (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 139/45.) Als Autor kommt eine Persönlichkeit aus dem Großen Hauptquartier, möglicherweise Oberst Bauer, der von Fleischer regelmäßig Presseberichte erhielt, in Frage. In den Ausführungen heißt es u. a.: »Die Engländer, Franzosen usw. kämpfen mit allen möglichen Völkern gegen uns, weshalb sollten wir nicht die Sowjettruppen in den Kämpfen gegen unsere Hauptfeinde benutzen, um unsere eigenen Soldaten zu schonen und rascher zum Weltfrieden zu gelangen. . . Weshalb sollten wir England nicht zuvorkommen und die Sowjetarmee soweit als möglich durch eine deutsch-russische Waffenvereinbarung, welche auch für spätere Zeiten nach dem Weltkrieg von Bedeutung wäre [!], gleichviel welche Partei in Rußland ans Ruder gelangt, auf unsere Seite ziehen?«

⁶⁵ Smith (116) schreibt, Čičerin habe schon im Juli die Deutschen und Finnen wiederholt aufgefordert, die Alliierten in Murmansk und Ostkarelien anzugreifen. Das Umgekehrte ist der Fall: Die Deutschen baten Čičerin wiederholt um Äußerung über einen deutsch-finnischen Angriff. Čičerin lehnte jedesmal ab. – Rosenfeld (121) behauptet, Ludendorff sei nach dem 8. August von allen Plänen weiterer militärischer Operationen in Rußland zurückgetreten. S. dagegen die folgenden Ausführungen. – Rauch (Rußland 107) stellt ohne Quellenangabe fest, Hintze sei auf Čičerins Werbungen nicht eingegangen, da er hierzu niemals die Zustimmung der militärischen Führung erhalten hätte! Der auch sonst recht fehlerreiche Abschnitt über »Tschitscherin und Deutschland im Sommer 1918« (ebenda 105 ff.) zeigt, daß selbst unter Fachleuten der Osteuropakunde unklare Vorstellungen über die deutsche Ostpolitik

wähnt, aber meistens⁶⁷ fehlerhaft – besonders was die deutsche Reaktion darauf betrifft – dargestellt worden. Die deutschen Akten ergeben folgendes Bild:

In der Nacht zum 2. August meldete⁶⁸ Helfferich nach Berlin, Čičerin sei am Abend direkt aus einer Beratung im Kreml zu ihm gekommen und habe eröffnet, daß die Engländer Archangel'sk bombardierten und seine Regierung ein deutsch-finnisches Eingreifen an der Murmanküste jetzt befürworte. Die Wege Deutschlands und Rußlands gegen die Engländer gingen zur Zeit zusammen. Ein offenes militärisches Bündnis sei allerdings unmöglich, nur stillschweigende Duldung eines deutschen Eingreifens und tatsächliche Parallelaktion. Deutsche Truppen sollten nach Murmansk vordringen; dabei dürfe Petersburg nicht berührt werden; auch Petrozavodsk sei besser zu vermeiden. Der politische Status Kareliens und des Murmangebiets dürfe durch das deutsche Eingreifen nicht präjudiziert werden. Die Sowjetregierung würde ihre Truppen um Vologda konzentrieren, um den von Archangel'sk wahrscheinlich vorrückenden englischen Streitkräften den Weg nach Moskau zu verlegen. Čičerin wünschte sodann, daß Deutschland die Donarmee Krasnovs nicht weiter unterstütze⁶⁹ und aktiv gegen die Freiwilligenarmee Alek-

des Jahres 1918 herrschen. – Freund (26/7), der trotz Verwendung der deutschen Akten in seiner kurzen Erörterung der Murman-Operation Einzelheiten unrichtig angibt (von deutschem Vormarsch auf Murmansk über Petersburg und Vologda [!] unter nominellem Kommando russischer Offiziere war nie die Rede), und Carr (III 84) glauben wie Rosenfeld, daß Ludendorff nach dem 8. August nicht mehr gegen die Entente in Nordrußland vorgehen wollte. – Fischer (766/7, 780) geht auf die geplante Murman-Aktion nicht näher ein.

⁶⁶ L. Fischer (Soviets I 128/9), der sich in der Darstellung des russischen Hilfesuches auf persönliche Unterredungen mit Čičerin stützt, meint, Helfferich habe »in seiner extremen Moskauphobie« den Antrag Čičerins nie an seine Regierung weitergeleitet! Sowjetische Diplomaten hätten später herausgefunden, daß man im Berliner AA von einem solchen Antrag nie etwas erfahren habe! In seiner Lenin-Biographie (269) schreibt Fischer, der Kooperationsplan sei durch Helfferichs plötzliche Abreise hinfällig geworden; die deutsche Regierung sei darauf auch gar nicht eingegangen.

⁶⁷ Richtig (wenn auch nur kurz) dargestellt wurde das russische Hilfesuch in der Geschichtsschreibung bisher nur von Raumer (Brest-Litowsk 9), der sich dabei auf die (nachweislich der Akten zuverlässigen) Erinnerungen Helfferichs (III 466/7) stützte, und von Hubatsch (Finnland 79), der die nun zugängliche Darstellung des 13. Bandes des deutschen Weltkriegswerkes (Der Weltkrieg XIII 391/4) benutzte. – Die von Hubatsch angekündigte (Finnland 79 Anm. 48 und Admiralstab 172 Anm. 21) Darstellung der Murman-Operation im 3. Ostseeband des Admiralstabswerkes ist ausgeblieben. Der 1964 erschienene 3. Ostseeband schließt mit der Beendigung der Finnland-Expedition. – Die Darstellung des russischen Kooperationsvorschlages, wie sie Schubert in seinen Lebenserinnerungen (10 ff.) gibt, verleiht dem aus den Akten gewonnenen Bild einen neuen Aspekt. Schubert schreibt, daß ihm in den am 1. und 7. August geführten Besprechungen Čičerin lediglich einen gemeinsamen Angriff gegen die Ententegruppen bei Archangel'sk und an der Murmanbahn (nicht auch gegen die Freiwilligenarmee Alekseevs) angeregt habe. Petersburg habe dabei gemeinsame sowjetisch-deutsche Nachschubbasis werden sollen! Čičerin sei mit der anteiligen Besetzung dieser Stadt durch deutsche Truppen einverstanden gewesen. Auf diese ursprüngliche Zusage Čičerins führt Schubert Ludendorffs hartnäckiges Festhalten an der Forderung nach Besetzung Petersburgs zurück.

⁶⁸ Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 2 2.00 Uhr (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 55/6).

⁶⁹ S. u. S. 139 ff.

sees im Kuban'-Gebiet vorgehe. Auch hier komme kein offenes Bündnis, sondern nur tatsächliche Kooperation in Frage.

Helfferich, der sofort nach seiner Ankunft in Moskau am 28. Juli seine Regierung zum Abschwenken von den Bolschewisten aufgefordert hatte⁷⁰, empfahl in dem Telegramm, auf das russische Interventionsersuchen zum Schein einzugehen und die militärisch möglichen Vorbereitungen zu treffen, im letzten Augenblick aber mit dem Kosakenführer Krasnov gemeinsame Front gegen die Bolschewisten zu machen. Der neue Staatssekretär des Äußeren, Hintze, schlug der OHL jedoch vor⁷¹, auf das Gesuch einer Aktion gegen Murmansk und Alekseev zunächst mit Worten und, wenn Truppen dafür vorhanden seien, tatsächlich einzugehen. Im letzten Augenblick mit dem Kosakenhetman gegen die Bolschewisten zu kämpfen, erscheine noch »unzeitgemäß und unzweckmäßig«. Bequemer sei es, »beide Teile sich untereinander schwächen zu lassen, bis der Sieger zu erkennen ist«.

Ludendorff antwortete⁷² am 4. August: »Ein militärisches Bündnis und ein Zusammenkämpfen Schulter an Schulter mit den Bolschewisten halte ich für unsere Armee für ausgeschlossen.« Eine Operation gegen die Engländer in Ostkarelien sei jedoch ausführbar, allerdings nur, wenn deutsche Truppen die Murmanbahn von Petersburg aus benutzen könnten, um die rückwärtige Verbindung zu sichern. Hiermit würde die Besetzung von Petersburg und Kronstadt und der Bahnen Narva-Petersburg und Vyborg-Petersburg verbunden sein. Die Unternehmung gegen die Murmanbahn nördlich des Ladogasees vorbeizuführen, sei bei den Eisenbahn- und Wegeverhältnissen unmöglich. Dort könnten nur Teile der finnischen Armee, auf deren Mitwirkung nicht verzichtet werden dürfe, vorgehen. Die Besetzung von Petersburg sei »politisch von allergrößter Bedeutung«. Die Ernährung der Millionenstadt und ihre Versorgung mit Kohle werde allerdings erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Bezüglich eines Vorgehens im Dongebiet wolle er Oberost anweisen, möglichst starke Truppen bei Rostov gegen Alekseev, »tatsächlich aber zunächst nur zu Verteidigungszwecken«, zu versammeln.

Ludendorff war also dem Ersuchen der Sowjetregierung um Intervention gegen die Engländer grundsätzlich nachgekommen, jedoch unter dem für die Bolschewisten unannehmbaren Vorbehalt der Besetzung Petersburgs. Über eine Aktion gegen Alekseev hatte er sich undeutlich ausgedrückt. Noch am selben Tag meldete Hintze nach Moskau, daß die deutsche OHL zum Vorgehen gegen die Engländer im Murmangebiet »unter den für die Durchführbarkeit der Operation erforderlichen Voraussetzungen« grundsätzlich bereit sei⁷³.

Am 6. August teilte Ludendorff dem AA mit, daß in Richtung Petersburg sechs bis sieben Divisionen jederzeit vorrücken könnten. Auch bei den von Oberost an

⁷⁰ S. u. S. 237 ff. Dort auch Einzelheiten über die grundsätzliche Auseinandersetzung um die deutsche Ostpolitik zwischen Gesandtschaft Moskau, AA und OHL.

⁷¹ Telegrammentwurf AA an Lersner/Grünau, Berlin 1918 VIII 2 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 57).

⁷² Ludendorff an Hintze, Spa 1918 VIII 4 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 114).

⁷³ Hintze an Helfferich (Abschrift), Berlin 1918 VIII 4 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 119).

der Bahn Rostov–Voronež zu vereinigenden Kräften werde es sich um mehrere Divisionen handeln, die gegen Rußland verfügbar seien, falls Krasnov die Flanke gegen die Volga schütze. »Es stellt dies eine Macht dar, mit der wir, soweit ich die Lage übersehe, eine neue Regierung in Rußland stützen können, die das Volk für sich hat.«⁷⁴

Mochte Hintze an der schon im ersten Telegramm Ludendorffs enthaltenen Wendung von der »politischen Bedeutung« einer Besetzung Petersburgs Anstoß genommen haben, so entnahm er dieser letzten Mitteilung nun erst recht die Absicht der OHL, mit den zur Verfügung gestellten Kräften die Sowjetregierung zu stürzen. In einem ausführlichen Antworttelegramm⁷⁵ versuchte er den General davon zu überzeugen, daß die verfügbaren Truppen nur gegen die Entente im Norden, die Tschecho-Slowaken im Osten und General Alekseev im Süden verwendet werden dürften, gleichgültig welches Regime in Rußland am Ruder sei oder ans Ruder komme. Ludendorff stellte jedoch in Abrede, eine solche Absicht verfolgt zu haben⁷⁶. Mit der Bereitstellung größerer Kräfte – ursprünglich hatte er dem AA den Einsatz von vier Divisionen gegen die Murmanbahn gemeldet⁷⁷ – habe er die Politik in der außerordentlich gespannten und wechselvollen Lage im Osten nur »freier« machen wollen. Er stimmte Hintze zu, daß Deutschland die militärische Paralyse Rußlands erstreben müsse. Gegen die Tschecho-Slowaken aber würden die Machtmittel nicht ausreichen. Auch ein Kampf gegen Alekseev wäre eine »einseitige Unterstützung der Bolschewisten«, die er nicht empfehlen könne. Dagegen sei er bereit, gegen die Engländer an der Murmanküste zu kämpfen, falls vorher Petersburg besetzt werde.

Hintze schrieb an den Rand dieses Telegramms: »Also auf zur Murmanküste.« Eine Anfrage des russischen Botschafters, ob Deutschland garantiere, keine feindlichen Schritte gegen Rußland zu unternehmen, damit seine Regierung Truppen von der Demarkationslinie abziehen könne, beantwortete er bejahend⁷⁸. Daß

⁷⁴ Ludendorff an Hintze (in Antworttelegramm Hintze an Lersner), Spa 1918 VIII 6 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 28/31). Dazu die Antwort Čičerins in Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 6 (ebenda Bl. 35). – Čičerin teilte mit, daß seine Regierung beabsichtige, ihre Truppen zur Deckung Moskaus von Petrozavodsk nach Vologda zu transportieren. Da die Verbindung Murmansk–Petersburg damit unbesetzt sei, wünsche die russische Regierung ein schnelles Eingreifen Deutschlands.

⁷⁵ Hintze an Lersner, Berlin 1918 VIII 6 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 28/31). Das Telegramm ist als Dokument 5 im Anhang abgedruckt. – Weiteres dazu s. u. S. 247 ff.

⁷⁶ Ludendorff an Hintze (Abschrift), Spa 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 71/2).

⁷⁷ Lersner an Hintze, Spa 1918 VII 25 (PA, GrHQ, Ru 31).

⁷⁸ Hintze an Berckheim (Abschrift), Berlin 1918 VIII 7 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 17) und Note AA an Joffe (Entwurf), Berlin 1918 VIII 9 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 137). – Zwei Wochen später gab Čičerin zu, daß der Abzug russischer Truppen von der Demarkationslinie wesentlich zur Zurückdrängung der Tschecho-Slowaken beigetragen habe. In einem Fernschreibgespräch mit Joffe formulierte er das folgendermaßen: »Einer der Hauptgründe an der tschecho-slowakischen Front, der zu unseren Gunsten sprach, bestand in der Überführung von Truppen von der Westfront. Bezüglich der Tschecho-Slowaken halten wir die Intervention der Deutschen ... für durchaus unannehmbar; die Möglichkeit aber, Truppen von ihrer Front wegzuführen,

auch die Sowjetregierung nach wie vor an der vorgeschlagenen Kooperation sehr interessiert war, geht daraus hervor, daß Joffe kurz vor seiner Abreise⁷⁹ nach Moskau am 11. August die Interventionsbitte seiner Regierung wiederholte⁸⁰ und Čičerin am 13. August gegenüber dem deutschen Generalkonsul in Moskau (der nach Helfferichs Abberufung die deutschen Belange vertrat) nun auch um einen deutschen Fliegerangriff auf Archangel'sk ersuchte⁸¹! Für die Operation gegen Murmansk forderte die Sowjetregierung wiederum Umgehung von Petersburg, wollte aber die Benutzung von Petrozavodsk nötigenfalls zulassen.

Obwohl die OHL den frühesten Beginn des deutschen Vormarsches auf den 24. August festgesetzt hatte⁸², konnte die Operation an diesem Termin nicht anlaufen, weil über die Hauptschwierigkeit – Besetzung oder Vermeidung von Petersburg – keine Einigung erzielt worden war. Deshalb – nicht wegen der Frontlage im Westen! – wurde sie auch immer wieder aufgeschoben. Die Russen gaben auch ganz offen den Grund für ihre Forderung an: Joffe erklärte in Berlin, daß bei der augenblicklichen Stimmung in Rußland die Besetzung Petersburgs durch deutsche Truppen oder auch nur ein deutscher Durchmarsch den Sturz der Sowjetregierung herbeiführen werde und die deutsche Bedingung zumindest zur Zeit nicht erfüllt werden könne⁸³.

Andererseits war auch für die deutsche OHL die Schwierigkeit, sechs bis sieben Divisionen um Petersburg herumzuführen und besonders ihren Nachschub zu sichern, echt und schien unüberwindlich zu sein. Daher verlangte Ludendorff am 21. August vom AA, nicht nur die Zustimmung der Sowjetregierung zur Besetzung Petersburgs einzuholen, sondern auch ihre einwandfreie und nachprüfbare Zusicherung, daß sie besondere Vorkehrungen zur Verpflegung Petersburgs treffen würde. Gleichzeitig teilte er Hintze mit, er sehe ein Vorgehen gegen die Murmanbahn und -küste in Übereinstimmung mit dem AA weiterhin für dringend erwünscht an und halte die dafür bestimmten Kräfte nach wie vor bereit⁸⁴.

Inzwischen hatte sich aber eine neue Schwierigkeit eingestellt, die nach Meinung der deutschen Seite die ganze Operation hätte in Frage stellen können. Mitte August waren von deutschen Seestreitkräften vor Ino russische Kriegsschiffe

erleichtert uns den Kampf gegen die Tschecho-Slowaken.« (Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VIII 21. PA, D 131 Bd. 47 Bl. 150/2.)

⁷⁹ Dazu s. u. S. 288 ff.

⁸⁰ Schreiben Joffe an Litwin, Berlin 1918 VIII 11 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 209).

⁸¹ Stumm an Berckheim für Hintze (darin Hauschild an AA), Berlin 1918 VIII 13 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 263).

⁸² Hintze an AA, Spa 1918 VIII 14 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 271). – Von OHL und AA war für den Fall des deutschen Vormarsches ein »Aufruf an das russische Volk« verfaßt worden. (Text: PA, D 131 Bd. 45 Bl. 288/9 und D 131 Bd. 46 Bl. 175/6. Der Text des AA ist die Endfassung.)

⁸³ S. Anm. 81.

⁸⁴ Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 21 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 131).

beim Minenlegen beobachtet worden⁸⁵. Eine systematische Absperrung des östlichen Teils des Finnischen Meerbusens mußte die Mitwirkung der deutschen Flotte, die in der Unternehmung vorgesehen war, unmöglich machen. Da die Minenstreuung gegen den Brester Vertrag verstieß⁸⁶, wurde das AA deswegen bei der russischen Regierung mehrfach vorstellig. Čičerin leugnete die Tatsache des Minenlegens rundweg ab: es handle sich um alte Minen⁸⁷. Ja er protestierte seinerseits energisch gegen die Minensucharbeiten, die von der deutschen Marine sofort vorgenommen worden waren⁸⁸. Tatsache ist, daß am 9. August Lenin persönlich Befehl zur Verminung der Kronstädter Bucht gegeben hatte⁸⁹. Die

⁸⁵ Diese Vorgänge, die völlig neues Licht auf die geplante Murmanaktion werfen, sind bisher unbekannt gewesen. Die neuere sowjetrussische Geschichtsschreibung (Achtamzjan 101/2; Kobljakov 21) hält sich an die veröffentlichten Akten des Außenkommissariats (s. die folgenden Anmerkungen), die in dieser Beziehung unvollständig und nachweislich irreführend sind. Nur der Marinehistoriker Mordvinov benutzte unveröffentlichte Akten der Roten Flotte, die den auch aus den deutschen Akten ersichtlichen Tatbestand bestätigen, daß *Lenin* den Befehl zum Minenlegen vor Kronstadt gegeben hat.

⁸⁶ Artikel 5 bestimmte u. a.: »In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meer wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen... Die Schiffahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.«

⁸⁷ Dokumenty I 423/4, Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 14 (ebenda 424 deutsche Protestnote) und ebenda 453/4, Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 28 (ebenda 454 deutsche Protestnote). – Joffe in Berlin vollbrachte geradezu ein Meisterstück an Heuchelei. In einer Unterredung mit einem Beauftragten des AA sagte er, Minen würden von russischen Schiffen *nicht* gelegt. Vor kurzem sei ein finnischer Dampfer auf eine Mine gelaufen und gesunken. Dieser Vorfall habe die russische Regierung veranlaßt, die Minenfelder nochmals zu kontrollieren. Die früher gelegten Minen würde man gern beseitigen, doch sei man dazu nicht in der Lage, da die finnische Regierung sämtliche Suchboote seinerzeit weggenommen habe. Der Kohlendampfer (der im August von Deutschland nach Rußland abging; s. u. S. 319) könne ruhig nach Petersburg kommen, nur müsse er, wie verabredet, einen Lotsen an Bord nehmen. (Brief Litwin an Schlubach, Berlin 1918 VIII 23. PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195 H 135 976/7.)

⁸⁸ Dokumenty I 437, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VIII 26 und ebenda 455/6, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VIII 28.

⁸⁹ Mordvinov 287. – Aus Agentenmeldungen hatte der Admiralstab der Marine erfahren, daß Lenin die Legung der Minensperren bei Kronstadt befohlen hatte. (Chef des Adm.st. an AA, Berlin 1918 IX 9. PA, D 131 Bd. 49 Bl. 143. – Chef des Adm.st. an AA, Berlin 1918 X 24. PA, D 131 Bd. 53 Bl. 23.) – Auf Wunsch der Sowjetregierung sollte am 12. September eine Marinekonferenz in Reval stattfinden. (Note Joffe an AA, undatiert. PA, D 131 Bd. 49 Bl. 225.) Das Verhalten der Sowjetregierung in den folgenden Wochen beweist jedoch, daß sie an der Lösung der Hauptfrage (Beseitigung der Minenfelder) nicht interessiert war. Die deutschen Vertreter in Reval warteten zunächst vergeblich auf die Ankunft der russischen Verhandlungsteilnehmer. Auf Anraten des AA blieb die deutsche Kommission noch einige Tage in Reval, um der russischen Regierung nicht den Vorwand zu geben, die deutsche Seite hätte das Zustandekommen der Konferenz verhindert. Die Konferenz begann schließlich Anfang Oktober in Libau, scheiterte aber, weil man sich nun nicht über das Verhandlungsthema einigen konnte! Die Russen forderten vor Beginn der Minenräumarbeiten die Festlegung der Demarkationslinie in den russischen und finnischen Hoheitsgewässern. – Anberaumung und Verlauf dieser Konferenz sind ein instruktives Beispiel für die Verschleppungstaktik der Bolschewisten. In einer Mitteilung der russischen Regierung nach dem deutschen Zusammenbruch

Sowjetregierung mußte verständlicherweise befürchtet haben, daß die Flotte sich an der Murman-Operation beteiligen und deutsche Schiffe in Kronstadt und Petersburg einlaufen würden. Das hätte nicht nur die Besetzung dieser beiden Schlüsselpunkte, sondern auch die Internierung der russischen Baltischen Flotte bedeutet. Daß diese Befürchtungen der Sowjetregierung vollauf zu Recht bestanden, läßt sich aus den deutschen Marineakten eindeutig beweisen. Bereits am 1. Juli hatte Ludendorff den Admiralstab um Äußerung gebeten, in welchem Umfang die Marine »ein etwaiges Vorgehen« der finnischen Armee auf Petersburg unterstützen könne⁹⁰. Holtzendorff hatte geantwortet, daß eine Mitwirkung der Flotte nur die Beherrschung der Kronstädter Bucht bedeuten könne und die Marine dazu in der Lage sei. Zur Geheimhaltung der Unternehmung im Schriftverkehr war von ihm als Stichwort »Schlußstein-Operation« vorgeschlagen worden⁹¹. Als dann die Sowjetregierung ihr Interventionsersuchen an Deutschland richtete, übertrug Ludendorff Oberost die Leitung der Operation und bat die Marine um Unterstützung, da er die Beherrschung Kronstadts und Petersburgs für unerlässlich hielt⁹². Am 5. August beauftragte Admiral Scheer (der am 7. August Nachfolger Holtzendorffs wurde) Vizeadmiral Boedeker mit der Durchführung der »Schlußstein-Operation« von See her und befahl die Verschiebung von Hochseestreitkräften aus Wilhelmshaven in die westliche Ostsee⁹³. Am 11. und 12. August fanden in Kowno Besprechungen⁹⁴ zwischen General Hoffmann und Vertretern der Seekriegsleitung und des Kommandos der Hochseeflotte statt. Aus dem Protokoll darüber gehen nicht nur die Operationsaufgaben der Marine, sondern auch die des Heeres hervor. Der Aufmarsch der Truppen am nördlichen Abschnitt der Demarkationslinie war zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange. Zwei Infanteriedivisionen sollten von Pleskau, zwei weitere von Narva im Eisenbahnvormarsch auf Petersburg vorrücken. Auf der anderen Seite des Finnischen Busens sollte gleichzeitig die Oberost für die Dauer der »Schlußstein-Operation« unterstellte Ostseedivision auf der Eisenbahn nach Petersburg vorgehen. Von dort war der Weitermarsch von drei Divisionen entlang der Murmanbahn geplant.

wurde offen zugegeben, daß man in der Angelegenheit der Minensperren seinerzeit eine dilatorische Politik geführt habe. Man forderte nun von der neuen deutschen Regierung Mithilfe bei der Entfernung der Minen, um die Ausfahrt der russischen Baltischen Flotte nach Reval, von wo aus man das Vorwärtskommen der englischen Schiffe verhindern wollte, freizumachen! (Ferngespräch zwischen Haase und Čičerin/Radek, 1918 XI 11. PA, D 131 Bd. 55 Bl. 50/7.) – Durch diese Tatsachen wird die Behauptung Kobljakovs (21), die deutsche Regierung sei »nach langen Verzögerungen . . . gezwungen gewesen, sich zur Einberufung einer Marinekonferenz in Libau bereit zu erklären«, widerlegt.

⁹⁰ Ludendorff an Adm.st. (Abschrift), Spa 1918 VII 1 (MGFA, 7 877, Akten betreffend Schlußstein-Operation Bl. 1).

⁹¹ Holtzendorff an Ludendorff (Abschrift), Berlin 1918 VII 7 (ebenda Bl. 2).

⁹² Zenker an Adm.st., Spa 1918 VIII 4 (ebenda Bl. 8).

⁹³ Firlé an Chef Adm.st. im GrHQ (Abschrift), Wilhelmshaven 1918 VIII 5 (ebenda Bl. 9) und Bülow an Adm.st., Spa 1918 VIII 6 (ebenda Bl. 11).

⁹⁴ »Protokoll der Besprechungen in Kowno über Schlußstein« (ganz geheim, Operationssache) ebenda Bl. 13/4.

Die Gesamtzahl der bereitgestellten Truppen betrug (einschließlich Reserve und Nachhut) 50 000 Mann. Die Aufgabe der Marine war, wie es in einem Operationsbefehl vom 17. August hieß⁹⁵, 1. Erhaltung der Seeherrschaft im Finnischen Meerbusen; 2. Verhinderung des Auslaufens russischer Seestreitkräfte; 3. Demonstration vor Kronstadt und, falls hierbei kein ernster Widerstand⁹⁶ angetroffen würde, Besetzung Kronstadts.

Obwohl man in Berlin geneigt war, die Verminung der Kronstädter Bucht auf Anstiftung englischer Agenten zurückzuführen⁹⁷, und so die Zusammenhänge nicht durchschaute, erkannte man im AA doch, daß die Befürchtung der Sowjetregierung, deutsche Truppen würden bei ihrem Vormarsch zur Murmanbahn Petersburg nicht unberührt lassen, begründet war. Deshalb wurde die Forderung, die Besetzung Petersburgs zuzulassen, vorerst nicht erneuert. Der Grund dafür war, daß man den Abschluß des Ergänzungsvertrages, der am 10. August bereits paraphiert war, nicht gefährden wollte. Daher bat das AA – offenbar um Zeit zu gewinnen – die Sowjetregierung, »zwecks Besprechung der militärischen Erfordernisse der angeregten Operation gegen Murman« einen höheren Generalstabsoffizier nach Berlin zu entsenden⁹⁸. Čičerin ging sofort darauf ein⁹⁹, und Ende August traf in Berlin eine Sonderkommission des Kriegskommissariats unter Antonov¹⁰⁰ ein.

⁹⁵ Operationsbefehl für den Chef des I. Geschwaders für Schlußsteinunternehmung, Berlin 1918 VIII 17 (ebenda Bl. 29).

⁹⁶ Der Marine war vom deutschen Militärattaché in Moskau, Major Schubert, mitgeteilt worden, daß Trockij Befehl zur Sprengung der russischen Schiffe bei Annäherung der Deutschen gegeben habe. Schubert hatte am 18. Juli eine Unterredung mit dem »Obersten Marine-Sachverständigen« (Admiralstabschef) der Sowjetregierung, Berens (früher russischer Marineattaché in Berlin), gehabt. Berens – nach Auskunft Schuberts überzeugter Monarchist – habe versichert, daß er die Erhaltung eines Teils der russischen Flotte durchsetzen könne, wenn Deutschland garantieren würde, die Schiffe an eine neue monarchistische Regierung wieder zurückzugeben. Falls man deutscherseits die Baltische Flotte aber als Kriegsbeute betrachte, werde er, geradeso wie bei der Schwarzmeer-Flotte in Novorossijsk (s. u. S. 156 ff.), die Versenkung herbeiführen. (Schubert an OHL [Abschrift], Moskau 1918 VII 25. Ebenda Bl. 39.) Hoffmann teilte in der Besprechung in Kowno mit, daß an Berens keine bindende Antwort gegeben worden sei. Es sei ihm nahegelegt worden, die russische Flotte zum Auslaufen nach Reval zu veranlassen. Der Vertreter der Marine führte aus, daß der Wert der russischen Schiffe für die deutsche Seekriegführung gering sei, da es an Personal zur Besetzung fehle. Hauptinteresse der Marine sei die Unschädlichmachung der Baltischen Flotte nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch für später. Von diesem Gesichtspunkt aus sei ihre Vernichtung durch die Russen selbst die einfachste Lösung.

⁹⁷ S. Chef des Adm.st. an Adm.st.offizier bei Oberost, Berlin 1918 VIII 14 (MGFA, 7 877, Akten betreffend Schlußstein-Operation Bl. 16).

⁹⁸ Telegrammentwurf AA an Hauschild, Berlin 1918 VIII 16 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 3).

⁹⁹ Hauschild an AA, Moskau 1918 VIII 20 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 101) und Hauschild an AA, Moskau 1918 VIII 21 (ebenda Bl. 129).

¹⁰⁰ Es dürfte sich um den bekannten Revolutionsteilnehmer und späteren Diplomaten Antonov-Ovseenko handeln. Antonov war 1918 Oberkommandierender der Streitkräfte des Petersburger Wehrkreises. In den deutschen Akten wird er »Delegierter des Kriegskommissariats und des höchsten Kriegsrates« genannt.

Inzwischen war am 27. August der Ergänzungsvertrag unterzeichnet worden, der in Artikel 5 Rußland verpflichtete, »alsbald alle verfügbaren Mittel an[zu]wenden, um in Wahrung seiner Neutralität die Ententestreitkräfte aus den nordrussischen Gebieten zu entfernen«. Wichtiger als dieser Artikel war die Ausführungsbestimmung dazu in dem am gleichen Tage unterzeichneten geheimen Notenwechsel¹⁰¹ zwischen Staatssekretär Hintze und Botschafter Joffe. Darin heißt es: Falls die in Artikel 5 vorgesehene russische Aktion nicht »demnächst« zum Ziele führe, werde sich Deutschland gezwungen sehen, eine solche Aktion, erforderlichenfalls unter Zuziehung finnischer Truppen, seinerseits zu unternehmen. Dabei würde »russisches Gebiet zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Ladoga-See sowie südlich und südöstlich dieses Sees« ohne ausdrückliche Zustimmung der russischen Regierung von deutschen und finnischen Truppen nicht berührt werden.

Diese Einschränkung, die sicherlich auf Wunsch der Russen zustande gekommen war, bedeutete, daß Petersburg als Operationsbasis von deutschen Truppen nicht benutzt werden durfte. Das war auch die hauptsächliche Differenz in den Besprechungen¹⁰² zwischen der russischen Sonderkommission und deutschen Militärsachverständigen (Major Schubert, Major Crantz), die am 29. und 31. August unter Leitung von Geheimrat Nadolny im AA stattfanden. Das Vorgehen in Südrußland gegen Alekseev war von vornherein ausgeklammert worden. Bezüglich der Operation im Norden schlug die russische Kommission Trennung in zwei Aktionen vor: eine russische gegen Archangel'sk und eine deutsche gegen Murmansk. Berührung Petersburgs durch deutsche Truppen einschließlich militärischer Nachschubtransporte müsse »mit Rücksicht auf die Volksstimmung« unbedingt vermieden werden. Gemäß ihren Instruktionen könne sie sich in eine Diskussion dieser Frage überhaupt nicht einlassen. Sie machte statt dessen den Vorschlag, in erster Linie eine Operation über Finnland gegen Petschenga durchzuführen, in zweiter ein Vorgehen auf der Murmanbahn mit Petrozavodsk, das auf guter Straße zu erreichen sei, als Basis¹⁰³.

¹⁰¹ Abdruck in Europäische Gespräche 148 ff. Dieser Abdruck ist auf Veranlassung des AA geschehen, um allen Spekulationen über den authentischen Wortlaut des geheimen Briefwechsels – der 1925 bereits teilweise von einer Pariser russischen Emigrantenzeitung (Poslednija Novosti 1925 II 15) und in französischer Übersetzung in der Revue d'Histoire de la Guerre mondiale (1925, S. 150 ff.) veröffentlicht worden war – entgegenzutreten. Dagegen veröffentlichte das AA nicht den am gleichen Tage vollzogenen geheimen Notenwechsel zwischen Staatssekretär Hintze und Botschafter Joffe über eine deutsch-russische militärische Kooperation gegen das von Engländern besetzte Baku. Dieser Notenwechsel ist bisher unbekannt gewesen. S. dazu u. S. 203.

¹⁰² Aufzeichnung Nadolny, Berlin 1918 IX 2 (PA, Wkr Nr. 29 Bd. 2).

¹⁰³ Von sowjetischer Seite wurde z. B. auch angeregt, daß der Generaladjutant des Kaisers und Generalfeldmarschall von Mackensen zum Oberbefehlshaber der beiden Heeresteile gemacht würde! (Schubert 14.)

Die Stärke des Feindes wurde russischerseits auf 10 000, deutscherseits dagegen auf 30 000 bis 40 000 Engländer und Franzosen geschätzt. Die russische Angabe kam den Tatsachen näher als die deutsche: Anfang September standen im Murmangebiet 10 000 alliierte Soldaten

Deutscherseits hatte man in den Besprechungen persönliche Erkundung der Wegeverhältnisse zwischen Ladoga-See und Petrozavodsk gefordert. Sie war von der russischen Regierung auf telegraphischem Wege genehmigt worden. Da OHL und Oberost nach wie vor die Durchführung der »Schlußstein-Operation« wünschten, reiste am 8. September eine Gruppe deutscher Offiziere der Ostseedivision nach Petersburg, um in Begleitung russischer Offiziere und Kommissare eine Erkundungsfahrt durch das Gebiet zwischen Ladoga- und Onega-See vorzunehmen. Die Rekognoszierung ergab, daß die Wege in trostlosem Zustand, also für einen geregelten Nachschub unbrauchbar, dagegen die Eisenbahnen in gutem Betrieb waren¹⁰⁴. – Der Bericht über diese Erkundungsfahrt ist auf den 27. September 1918 datiert. Am selben Tag erging von der OHL Befehl an Oberost: »Schlußstein-Unternehmen (gegen Petersburg) findet in absehbarer Zeit nicht statt. Vorbereitungen können abgebrochen werden.«¹⁰⁵ Es waren die Ereignisse an der Balkanfront, die Anlaß zu diesem Befehl gegeben hatten.

* * *

Es ist zweifelhaft, ob bei längerer Dauer des Weltkriegs die bolschewistische Regierung die Durchführung der »Schlußstein-Operation« überlebt hätte. Obwohl Ludendorff dem Staatssekretär des Auswärtigen gegenüber zugab, daß es im deutschen Interesse liege, *mit* den Bolschewisten zu gehen, fürchtete er doch, »daß die Verhältnisse in Rußland stärker sein werden als unser Wille«¹⁰⁶. Eine Besetzung Petersburgs im Zuge des Vormarsches auf Murmansk hätte diese Verhältnisse entscheidend beeinflußt – zuungunsten der Bolschewisten, wie diese selbst offen zugestanden¹⁰⁷. Von General Hoffmann, dem maßgebenden Mann der »Schlußstein-Operation«, ist bekannt, daß er die geplante Besetzung Petersburgs zum Sturz der Bolschewisten benutzen wollte¹⁰⁸. In dieser Absicht traf er sich

einschließlich Hilfstruppen (Rotfinnen, Russen, Serben). Sie wurden im Laufe des Monats auf Ersuchen des kommandierenden englischen Generals, der im Frühherbst einen deutschen Vormarsch erwartete, auf 15 000 gebracht. S. Ullman 252.

¹⁰⁴ Bericht Staboffizier der Eisenbahntruppen beim Deutschen General in Finnland über die Erkundungsreise in dem Gebiet zwischen Ladoga- und Onega-See 8. bis 26. 9. 1918, Helsingfors 1918 IX 27 (PA, Ru 61 Bd. 165).

¹⁰⁵ Der Weltkrieg XIII 394.

¹⁰⁶ Ludendorff an Hintze (Abschrift), Spa 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 71/2).

¹⁰⁷ Außer den bisher angeführten russischen Stimmen sei noch die des Leiters der Petersburger Čeka, Urickij, genannt. Dieser besuchte am 17. August den deutschen Generalkonsul Breiter, angeblich aus eigener Initiative ohne Auftrag der Zentralregierung. Er erneuerte den Wunsch nach einem deutschen Eingreifen am Weißen Meer, forderte aber, daß der deutsche Vormarsch trotz des ungünstigen sumpfigen Terrains durch Finnland gehe, da »bei der jetzigen Arbeiterstimmung [ein] Durchzug durch Petersburg noch nicht riskiert werden« könne. (Stumm an Berckheim [darin Breiter an AA], Berlin 1918 VIII 21. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 17.)

¹⁰⁸ S. u. S. 306 ff., dazu folgende Stellen aus seinem Tagebuch (1918 VIII 26 und 28): »Ich halte es für absolut notwendig, daß wir bald angriffen. Setzt die Entente einen Zaren ein, ohne unsere Mitwirkung, so sind wir für die nächsten Jahrzehnte aus dem Osten ausgeschaltet. Da unser

mit Graf von der Goltz, unter dessen Führung die deutsche Ostseedivision von Finnland nach Petersburg marschieren sollte¹⁰⁹. Als Lenin am 31. August durch ein Attentat schwer verletzt wurde, befahl Ludendorff am 4. September: »Einmarsch derart vorbereiten, daß er in kürzester Frist erfolgen kann.«¹¹⁰ Was hätte das AA unternehmen können, wenn die OHL Petersburg doch besetzt hätte? Dann wären die durch die OHL geschaffenen Verhältnisse stärker als der Wille des AA gewesen. Homburg, wo das Vorgehen nach Livland und Estland bis kurz vor die Tore Petersburgs gegen das Votum Kühlmanns beschlossen worden war, und Kiev, wo General Groener trotz Kühlmanns Widerstreben die sozialistische Rada kurzerhand durch den Hetman Skoropadskij ersetzt hatte, waren dafür schlagende Beispiele. Aber das AA – Hintze – hatte erreicht, daß die Operation – zum Verdruß der Generale im Osten – verschoben wurde, um den Ergänzungsvertrag unter Dach zu bringen. War das nicht die Rettung der Bolschewisten, ohne daß sie sich dessen selbst bewußt waren? Unter diesem Blickwinkel betrachtet, besaß die Operation »Schlußstein« weltpolitischen Aspekt¹¹¹.

2. Die deutsche Politik in Südrußland (Ukraine, Dongebiet, Krim)

Als am 9. Februar in Brest-Litowsk der Friedensvertrag zwischen den Vierbundmächten und der ukrainischen Rada-Regierung unterzeichnet wurde, war die ukrainische Metropole Kiev bereits in der Hand bolschewistischer Kräfte. Auf deutscher Seite war man sich der schwachen Stellung der Rada wohl bewußt. Der Hauptzweck des Friedensvertrages war, Deutschland und vor allem Österreich-Ungarn mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Sollte das geschehen, mußten zunächst die Bolschewisten von den Mittelmächten militärisch aus dem Land vertrieben werden; sonst wäre der »Brotfrieden« zu einem »Hungerfrieden« geworden – wie es in einem Rundschreiben an die Generalkommandos der deutschen Truppen im Osten hieß¹ –, da die »gewaltigen Vorräte« in der Ukraine von plündernden Banden vernichtet oder nach Großrußland ausgeführt

Handel nach dem Westen in den ersten Jahren nach dem Kriege sowieso nichts zu lachen haben wird, ist es doppelt wichtig, uns den Osten und den Landzutritt nach Asien offenzuhalten. Ich hoffe, daß sich auf die Dauer auch unsere entscheidenden Instanzen dem nicht verschließen können. – Ich warte, ob sich das Auswärtige Amt nicht zu meiner Ansicht bekehrt – vorläufig scheinen sie aber noch nicht zu wollen.« (Hoffmann I 207.)

¹⁰⁹ Goltz schreibt in seinen Erinnerungen (92): »Täglich wartete ich mit meinem ... ersten Generalstabsoffizier Hauptmann ... Falkenhorst ... auf den telegraphischen Befehl zum Angriff, leider vergeblich. Ein weltgeschichtlicher Augenblick ist versäumt worden.«

¹¹⁰ Der Weltkrieg XIII 393. – Noch Ende August war eine Fliegerabteilung von Kiev an den nördlichen Abschnitt der Demarkationslinie verlegt worden. (Forgach an Burian, Kiev 1918 VIII 27. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 277.)

¹¹¹ Vgl. dagegen Hölzle (Revolution 88), der in der alliierten Intervention »kaum weltpolitische Aspekte« sieht.

¹ Rundschreiben der Heeresgruppe Eichhorn an sämtliche Generalkommandos (geheim), 1918 IV 14 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/172).

worden wären. Auf ein Hilfsersuchen der ukrainischen Delegation in Brest-Litowsk vom 12. Februar² hin beschloß die deutsche OHL den Einmarsch in die Ukraine. Er begann am 18. Februar gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Großrußland. In einem Heeresbefehl³ wurde ausdrücklich festgestellt, daß sich die Operationen nicht gegen das russische Volk, sondern gegen die Bolschewisten richte, »die Feinde jeder staatlichen Ordnung, die den Frieden verhinderten und der Ukraine . . . den Bürgerkrieg erklärten«. Ziel des Eingreifens war also, die bolschewistische Regierung aus Kiev zu vertreiben und damit auf Großrußland einen Druck auszuüben, Frieden zu schließen, sodann in der Ukraine die Zentralrada wieder einzusetzen und Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen, um die Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu ermöglichen.

Mit dieser militärischen Intervention war der Weg der künftigen deutschen Politik in der Ukraine vorgezeichnet. Deutschland befand sich gegenüber diesem jungen Staatswesen in der eigenartigen Situation, völkerrechtlich mit ihm im Frieden zu stehen, tatsächlich aber Krieg im Lande führen zu müssen. Die deutsche Ukrainepolitik nahm von vornherein einen betont militärischen Charakter an. Daran änderte sich auch nichts, als am 8. März Freiherr Mumm von Schwarzenstein⁴ von der Reichsregierung zum diplomatischen Vertreter bei der ukrainischen Regierung ernannt wurde. Das Auswärtige Amt hatte gerade noch verhindern können, daß General Groener – der entscheidende Mann in der Ukraine, dem als Chef des Stabes von seinem Vorgesetzten, Generalfeldmarschall von Eichhorn, die Behandlung politischer Angelegenheiten in der Ukraine völlig selbständig überlassen wurde – zum Gesandten ernannt wurde, wie es Ludendorff verlangt hatte⁵. Die diplomatische Vertretung unter Mumm sollte, so formulierte es General Hoffmann⁶, »dem Militär für die nun einmal erforderlich werdenden Gewaltmaßnahmen zur Verschaffung des Getreides die nötigen Rechtsgrundlagen« liefern. Mumm fühlte sich mit seinem kleinen Zivilstabe inmitten der vielen Militärbehörden in der Lage »eines Robinson Crusoe, der auf einer von einem wilden Volksstamme bewohnten Insel gestrandet ist«⁷. Persönlich arbeitete er mit Groener gut zusammen; das ist von beiden Männern bezeugt⁸. Aber die tatsächliche

² S. Reshetar 117. – Reshetars Buch ist die auf den neuesten Stand der Forschung gebrachte Darstellung der Entwicklung der Ukraine in den Jahren 1917–1920.

³ Arz an Czernin, Baden 1918 II 17 (HHStA, PA rot 836 Bl. 16). S. auch Groener 386.

⁴ Mumm war vor dem Krieg Gesandter in Peking und Botschafter in Tokio gewesen. Er ging zunächst unter der Bezeichnung »zeitweiliger diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches« in die Ukraine und nahm den Botschaftertitel erst im Juni an, nachdem Deutschland die Regierung des Hetmans offiziell anerkannt hatte.

⁵ Lersner an AA, Spa 1918 III 7 (PA, Ukr I Bd. 3). Ferngespräch Kühlmann aus Bukarest mit AA, 1918 III 7 (ebenda). Kühlmann an AA, Bukarest 1918 III 9 (ebenda).

⁶ Bericht Mumm an Rk, Brest-Litowsk 1918 III 12 (PA, Ukr I Bd. 3).

⁷ Brief Mumm an Bussche, Kiev 1918 III 23 (PA, Ukr I Bd. 4).

⁸ Mumm an AA, Kiev 1918 IV 28 (PA, Ukr I Bd. 9). Telegrammentwurf Groener an Oberost, Kiev 1918 IV 17 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08–46/172.) S. auch Groener 396. – In einem

Macht lag fast vollständig bei dem General, und Mumm mußte wohl oder übel bisweilen »Fünfe gerade sein lassen«⁹, um überhaupt gehört zu werden. Es konnte ihm immer nur darum gehen, das naturgemäß schärfere Vorgehen der Militärs zu mildern und abzuschwächen.

Aus Groeners unveröffentlichtem Tagebuch¹⁰ wird deutlich, daß der ehemalige Chef des Feldeisenbahnwesens und Leiter des Kriegsamtens nur ungern den ihm von Ludendorff anvertrauten Posten in der Ukraine übernommen hat. Der Grund dafür war, daß er im Osten nicht nur rein militärische, sondern auch wirtschaftliche und politische Aufgaben erfüllen mußte, für die er weder vom Großen Hauptquartier noch von den verschiedenen Berliner Stellen (Reichswirtschaftsamt, Kriegsernährungsamt, AA) genaue Richtlinien bekommen hatte. In Berlin herrschten überhaupt keine klaren Vorstellungen über die künftigen Beziehungen Deutschlands zur Ukraine. Einig war man sich nur darüber, die Ukraine als Rohstoffquelle für die weitere Kriegführung auszunutzen. An die Fähigkeit des Landes, Nahrungsmittel und Rohstoffe zu liefern, hatte man ganz übertriebene Hoffnungen geknüpft¹¹. Groener ahnte, daß man in diesen Hoffnungen viel zu weit ging. Er fand seine Befürchtungen bald nach seiner Ankunft in der Ukraine bestätigt. »Die Leute in Berlin«, schrieb er am 10. März in sein Tagebuch¹², »sehen

Brief vom 28. Mai schrieb Groener an seine Frau: »Die einzige Sorge macht mir das AA in Berlin, das immer wieder sich schwachmütig zeigt. Mit dem Botschafter arbeite ich nach wie vor gut zusammen, wenn er auch nicht gern seinem AA auf die Füße tritt, was manchmal recht gut wäre.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 129.)

⁹ Minc/Ejdeman 105, Bericht Mumm an Rk, Kiev 1918 V 15. – Die 1936 in russischer Übersetzung und 1937 im originalen Wortlaut veröffentlichten Akten dieser sowjetrussischen Edition dürften aus Beständen der deutschen und k. u. k. Botschaft Kiev, die wahrscheinlich 1918/19 von Roten Truppen erbeutet wurden, stammen. Die Herausgeber der Edition geben über die Quellenlage leider keine Auskunft. Daß es sich um echte Akten handelt, läßt sich teilweise an Hand der Akten des PA und des HHStA nachprüfen. – Nach Angaben Nadolnys (67/8) sollen die Akten Botschafter Mummms bei dem Rückzug der deutschen Truppen aus der Ukraine gerettet worden sein. Im PA findet sich jedoch kein Aktenbestand der deutschen Botschaft Kiev.

¹⁰ BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/23. – Das Tagebuch ist teilweise in die Lebenserinnerungen eingearbeitet worden; Auszüge bei Groener 566 ff.

¹¹ So äußerte sich der ehemalige Abteilungsleiter im AA, Körner, der als Berater der deutschen Delegation in Brest-Litowsk gewesen war, am 18. Februar vor Vertretern der Mehrheitsparteien: »Darüber aber stimmen alle Nachrichten überein, daß in der Tat erhebliche Vorräte vorhanden sind sowohl an Zerealien wie an Futtermitteln und auch an anderen Rohstoffen z. B. Flachs, so daß man wohl damit rechnen kann, daß, sobald der Verkehr möglich ist, wir das, was wir brauchen, namentlich an Zerealien und Futtermitteln aus der Ukraine bekommen können.« (IFA II 271.)

¹² S. Anm. 10; Groener 390. – Ein Tagebucheintrag Groeners vom 20. März zeigt, wie »unkompliziert« man z. B. im preußischen Kriegsministerium über das Ukraine-Unternehmen dachte: »Abends trifft Major Michelis von Berlin ein, der mir vom Kriegsministerium mitteilt, daß es lediglich darauf ankomme, bis zum Frühjahr das Getreide zu beschaffen, weil die Regierung sich fürchte, die Brotration herabzusetzen, und dies nicht vor dem Reichstag vertreten wolle. Mit welchen Mitteln das Erfassen des Getreides der Ukraine erfolge und ob sich daraus auch spätere Schwierigkeiten ergeben sollten, sei »wurscht«. – Nun, dann hätte

die Ukraine als Fettpf an, in den man nur die Finger hineinzustecken brauche, um dran zu lecken. Und von mir glauben sie, ich sei der Zauberer, der aus nichts Getreide und Schweine macht oder wenigstens mit der Bahn heimwärts sendet. Wie sie auf die Bahn gelangen und ob diese fahren kann, darüber machen die Leuten sich wenig Kopfzerbrechen. Höchstens einigt man sich über die Bildung einer vielköpfigen Kommission.«¹³

Am leichtesten war für Groener noch die militärische Aufgabe. Der Ukraine-Feldzug bedeutete eine ganz neue Art von Kriegführung. In Eisenbahnvormärschen wurde das weite Land rasch und ohne großen Widerstand besetzt¹⁴. Die Leitung der Operationen lag bei der Heeresgruppe Linsingen¹⁵. Über die Begrenzung des Vorgehens waren vom Großen Hauptquartier keine klaren Weisungen ergangen. So nahmen die Operationen von vornherein einen improvisierten Charakter an. Ursprünglich war beabsichtigt, nur bis Rovno vorzugehen. Der Weitermarsch nach Kiev, schrieb Groener in sein Tagebuch¹⁶, wurde »aus sich selbst geboren« durch den Drang der Truppen nach vorwärts. Nachdem die Stadt am 1. März genommen war, rollte der Vormarsch »fast von selbst«¹⁷ weiter. Den Absichten der Rada entsprechend, richtete Groener seine Truppen nach Char'kov, um die bolschewistische Regierung zu vertreiben und zu verhindern, daß die dort lagernden großen militärischen Vorräte und das Eisenbahnmateriale nach Großrußland abtransportiert würden. Im Süden schob sich das von der Heeresgruppe Mackensen entsandte Korps Kosch an der Schwarzmeerküste entlang, während im mittleren Abschnitt das Korps Knoerzer vorging. Auf Ersuchen Groeners bei der OHL wurde der Vormarsch bis ins Donecbecken fortgesetzt, um die russischen Erz- und Kohlenlager zu erreichen. Mit der Besetzung der Krim Ende April und der Einnahme Rostovs Anfang Mai waren die militärischen Bewegungen abgeschlossen. Binnen zweieinhalb Monaten war ein Raum in deutsche Hand gelangt, der weitaus größer als Deutschland war. Groener hatte von der OHL Truppenverstärkungen verlangt, obwohl er sich selbst fragte, ob diese »maßlose Expansionspolitik unserer OHL von Glück für Deutschland« sein würde¹⁸. Er bekam sie aber nicht, und so spannte sich das deutsche Heer wie ein dünnes Netz über das weite Land an den Bahnlinien entlang und konnte nur an den wichtigsten Knotenpunkten und Handelsplätzen stärker zusammengezogen werden.

man von vornherein die ganze Unternehmung mit mehr Truppen und planmäßiger in die Wege leiten sollen.«

¹³ Wichtigstes Mitglied der deutschen »Wirtschaftsstelle« in der Ukraine war der freigestellte Kruppdirektor Wiedfeldt. Über seine Tätigkeit und über die wirtschaftlichen Pläne Deutschlands in der Ukraine s. die Darstellung Fischers (718 ff.), die auf Potsdamer Akten beruht.

¹⁴ Über die militärischen Operationen s. Der Weltkrieg XIII 374 ff. – Daß auch Novorossijsk von deutschen Truppen besetzt wurde, wie Fischer (730) schreibt, ist unrichtig.

¹⁵ Generaloberst von Linsingen wurde am 28. März auf Drängen Groeners durch Eichhorn ersetzt. Linsingen wurde Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin.

¹⁶ S. Anm. 10, Eintrag 1918 III 8.

¹⁷ Groener 388.

¹⁸ Tagebucheintrag 1918 V 26. S. Anm. 10.

Da die deutschen militärischen Operationen über die Grenzen der Ukraine hinaus in großrussisches Gebiet – Krim und Donecbecken – hineingetragen wurden, sah sich das AA in Berlin in den Monaten April und Mai ständigen Protesten¹⁹ der Sowjetregierung ausgesetzt. Die Grenzen der Ukraine mit Großrußland aber waren weder im Norden noch im Osten durch den Brester Vertrag festgelegt worden, und so konnte das AA die Russen immer wieder auf Artikel 6 des Vertrages hinweisen, in dem sich die Sowjetregierung verpflichtet hatte, mit der Ukraine alsbald Frieden zu schließen und damit die gemeinsamen Grenzen zu vereinbaren. Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen waren jedoch zwecklos, solange sich die deutschen Truppen noch auf dem Vormarsch befanden. Den Russen lag daran, mit der Ukraine ins reine zu kommen, um nicht die wertvollen Rohstoffgebiete im Süden zu verlieren. Aber auch das AA war sehr daran interessiert, Ukrainer und Russen an den Verhandlungstisch zu bringen: Der OHL sollte die Notwendigkeit vorgehalten werden, den Vormarsch einzustellen, sonst wäre die Stellung der Bolschewisten in Großrußland gefährdet. Kühlmann drängte daher im Mai die OHL ständig, die militärischen Operationen zu beenden. Am 13. Mai erhielt er in Spa²⁰ von Ludendorff die Zusicherung, daß die militärischen Bewegungen aufgehört hätten. So kamen zehn Tage später die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Großrußland in Kiev zustande²¹, führten aber nie zu einem Ergebnis. Dies lag einmal daran, daß man sich über die gegenseitigen Gebietsforderungen nicht einigen konnte, im Grunde genommen aber an dem Widerstreben der Bolschewisten, die Abtrennung der Ukraine von Rußland vertraglich zu sanktionieren. Die bolschewistische Delegation war klug genug, die Verhandlungen nie ganz abzubrechen, weil sie sich sonst der besten Möglichkeit zur Agitation in der Ukraine beraubt hätte.

Groener war empört darüber, daß dieselben Bolschewisten, mit denen sich das AA in Berlin nach seiner Meinung »verheiratete«, ihm die ganze Unruhe (Streiks, Partisanenkrieg) in der Ukraine »auf den Hals« luden. »Man kann's ja von der Bolschewikibande nicht anders erwarten«, schrieb er einmal an seine Frau²², »doch unsere Regierung in Berlin tut schön mit der Bande, um – leere Versprechungen zu erhalten.« Damit bezog sich Groener auf den Ergänzungsvertrag, der in den Sommermonaten in Berlin zwischen Deutschland und Rußland ausgehandelt wurde. Obwohl Groener meinte, daß dieser Vertrag »keinen Heller wert« sei, vermochte er doch nie eine Alternative zu dem Paktieren des AA mit

¹⁹ S. die zahlreichen Protestnoten für diesen Zeitraum in den Dokumenty vnešnej politiki I.

²⁰ Protokollauszug Großrußland betreffend in PA, D 131 Bd. 38 Bl. 131.

²¹ Ursprünglich war als Leiter der sowjetrussischen Delegation Stalin vorgesehen. (S. die ihm zur Führung der Verhandlungen am 27. April erteilte Vollmacht in Leninskij Sbornik XVIII 65.) Da sich aber der Beginn der Verhandlungen hinausögerte und Stalin Anfang Juni zur Lebensmittelbeschaffung an die Südfront nach Caricyn, dem späteren Stalingrad und heutigen Volgograd, entsandt wurde, übernahm Rakovskij die Leitung der russischen Delegation. Zum Verlauf der Verhandlungen s. Reshetar 190/1.

²² Brief 1918 VIII 21 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 199).

den Bolschewisten vorzuschlagen. Realisierbare Gedanken, die das Dilemma der deutschen Ostpolitik – zwischen Unterstützung der Revolution und Mitwirkung bei einer Restauration wählen zu müssen – hätten lösen können, sind in seinem Nachlaß nicht zu entdecken. Aber schließlich mußte Groener seine ganze Kraft für die ihm in der Ukraine gestellten Aufgaben einsetzen, d. h. in erster Linie die Versorgung der Heimat mit Getreide bewerkstelligen.

Diese Aufgabe war für sich schwierig genug. Ihre Lösung war von Anfang an besonders durch zwei Faktoren bestimmt: durch die innerpolitischen Verhältnisse in der Ukraine und das Zusammenarbeiten mit dem österreichischen Bundesgenossen. Österreich-Ungarn hatte sich zunächst geweigert, an dem Einmarsch in die Ukraine teilzunehmen, obwohl es der Nahrungsmittel dringender bedurfte als Deutschland. Neben innerpolitischen Gründen²³ hatte dabei die Befürchtung mitgesprochen, daß bei einer Erweiterung der Grenzen mit Rußland der Damm gegen das Übergreifen revolutionärer Ideen nicht mehr genügend dicht zu halten wäre²⁴. Der rasche Vormarsch der Deutschen und die Besorgnis, um »die Früchte des ukrainischen Vertrages«²⁵ zu kommen, nötigten Kaiser Karl, am 28. Februar Befehl zur Mitwirkung seiner Truppen am Einmarsch in die Ukraine zu geben.

Hauptziel der österreichisch-ungarischen Streitkräfte war Odessa am Schwarzen Meer. Da auch das Korps Kosch in dieser Richtung vorstieß, kam es in den ersten Märztagen sozusagen zu einem Wettlauf nach Odessa, denn das österreichisch-ungarische Armeekommando drängte seine Truppen, diese Stadt »rasch und noch vor den Deutschen« zu erreichen²⁶. Da die Operationsgebiete nicht gegeneinander abgegrenzt waren und die beiden Heeresleitungen sich nicht über einen gemeinsamen Oberbefehl – den die deutsche OHL für sich forderte – einigen konnten, waren Reibereien die Folge, die Groener ernstlich einen Bruch fürchten ließen! Die gegenseitige Erbitterung kommt eindringlich in dem Wunsch Groeners: »Wenn bloß die Italiener wieder mal kräftig angreifen wollten«²⁷, und in der Forderung einer österreichischen Kommission in Kiev auf Abberufung Ludendorffs²⁸ zum Ausdruck. Groener warnte die OHL: »So treibt man keine Politik, außer es ist die Absicht der deutschen Politik, Österreich ins englische Lager zu

²³ S. dazu *Arz* 234/5; *Landwehr* 174/5; *Glaise-Horstenau* 153/4.

²⁴ Diese Auffassung brachte vor allem der Chef des AOK in Baden, *Arz*, vor. S. sein Telegramm an Hindenburg in *Arz* an Czernin, Baden 1918 II 17 (HHStA, PA rot 836 Bl. 22); Abdruck in *WUA* IV 3 S. 21.

²⁵ So Czernin in einem Telegramm an das österreichische Ministerium des Äußeren, Bukarest 1918 II 24 (HHStA, PA rot 836 Bl. 61).

²⁶ *Der Weltkrieg* XIII 377. S. auch *Gratz/Schüller* 131/2; *Arz* 240.

²⁷ Tagebucheintrag 1918 III 9. S. Anm. 10. – S. auch den im Anhang als Dokument 4 abgedruckten Brief Groeners an den württembergischen Kriegsminister.

²⁸ S. Groener 389. – Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte in der Ukraine, Graf Spannocchi, gibt in seinem Tagebuch zu, daß die Hauptschuld an den Reibereien mit den Deutschen auf österreichischer Seite lag. (Kriegsarchiv, Tagebuch Spannocchi, Manuskriptensammlung *Weltkrieg* 1, Rußland 1918, Nr. 3 S. 5.)

treiben.«²⁹ Es kam schließlich am 29. März doch noch zu einer gütlichen Einigung, indem die beiderseitigen Interessensphären abgegrenzt wurden. Die Deutschen sicherten sich den besseren Teil, der außer der nördlichen Ukraine Taurien, die Krim, Taganrog und Novorossijsk (das noch nicht besetzt war) umfaßte, während Österreich die restlichen Gouvernements (Wolhynien, Podolien, Cherson und Ekaterinoslav) zugeschlagen wurden³⁰. Noch am 24. März hatte die OHL die von Österreich verlangte Stationierung österreichisch-ungarischer Truppen in Kiev abgelehnt³¹. So blieb den Österreichern nichts anderes übrig, als ihren Einfluß auf das deutsche Oberkommando durch ihren diplomatischen Vertreter, Graf Forgach, auszuüben.

Das gegenseitige Mißtrauen hat zweifellos die Wirksamkeit der Ukraine-Besetzung, und d. h. vor allem den Ertrag der Getreideaufbringung, beeinträchtigt. Das war nicht zuletzt auf den Argwohn, den jeder der Bündnispartner über die Ziele der Ukrainepolitik des anderen hegte, zurückzuführen. Es lag in dem Stärkeverhältnis der beiden Reiche begründet, daß Österreich sich gezwungen fühlte, seine Ukrainepolitik im Schatten des mächtigeren Bundesgenossen zu treiben. General Arz war überzeugt, daß man in Berlin die Ukraine als ureigenstes Ausbeutungsobjekt betrachtete und dieses Gebiet Rußlands als Durchgangsland auf dem Weg nach Bagdad über Baku und Persien benutzen wollte³². In einem Schreiben vom Sommer 1918 teilte Arz im Einvernehmen mit dem Minister des Äußeren, Burian, der Militärkanzlei des Kaisers mit, daß für die Monarchie – im Unterschied zu Deutschland – die Festlegung weitreichender Ziele nicht möglich sei, »weil wir mit Rücksicht auf unsere innerpolitischen Verhältnisse eine Weltmachtspolitik nicht treiben können. Wir müßten uns daher bei unserer Politik in der Ukraine auf das Naheliegende und Erreichbare beschränken.« Darunter verstand Arz in erster Linie: Aufbringung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, Förderung des nationalukrainisch-separatistischen Gedankens gegenüber den Bestrebungen auf Wiedervereinigung zu einem großrussischen Reich und Sicherung des wirtschaftlichen Einflusses für die Zeit nach dem Krieg. Notgedrungen wurde dafür Zusammenarbeit mit Deutschland als unerläßlich erachtet³³.

Auf deutscher Seite verdächtigte man die Habsburger, die Kandidatur Erzherzog Wilhelms für den ukrainischen Thron und den Wunsch des Erzherzogs auf Zusammenfassung der Ukraine mit Ostgalizien und der nördlichen Bukovina zu einem Kronland zu fördern. Unbegründet war dieser Verdacht nicht, denn der ehrgeizige junge Fürst – von der ukrainischen Bevölkerung wegen der vielen

²⁹ Brief Groener an Oldershausen (Abschrift), Kiev 1918 III 19 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174).

³⁰ Text des Abkommens in Minc/Ejdeman 34 ff.

³¹ Forgach an Czernin, Kiev 1918 III 24 (HHStA, PA X 152 Liasse XI d Bl. 64).

³² Minc/Ejdeman 79 ff., Arz an Burian, Baden 1918 VI 13.

³³ AOK an Militärkanzlei S.M. (Entwurf 1918 VIII 8), Baden 1918 IX 10 (Kriegsarchiv, Militärkanzlei 69-17).

Orden, die er trug, Vasyľ Vyšyvanyj, d. h. Wilhelm der Behängte, genannt³⁴ – hatte von Kaiser Karl die schriftliche Ermächtigung, sich auf diesem politischen Gebiet zu betätigen³⁵. Die Vormachtstellung der Deutschen und die innerpolitischen Verhältnisse in der Ukraine ließen die Pläne des Erzherzogs aber kaum aussichtsreich erscheinen.

Das Wirken und Walten der deutschen Besatzungstruppen hatte den politischen Status der Ukraine der Sache nach zu dem eines besetzten Gebietes, eines Generalgouvernements, herabgedrückt, obwohl das AA in Berlin immer an der Fiktion eines befreundeten Staates festzuhalten versuchte. Da die Militärs die Zügel fest in der Hand hatten, kümmerten sie sich wenig um die politischen Richtlinien, die dem diplomatischen Vertreter in Kiev zuzugingen. Groener kennzeichnete das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung in der Ukraine einmal unverblümt mit folgender Wendung: »Wir tun, was wir für gut und nötig halten und fragen nicht weiter, was die Berliner Wilhelmstraße und Erzberger und Genossen dazu sagen.«³⁶

Was Groener für nötig hielt, war bald nach dem deutschen Einmarsch in die Ukraine klargeworden. Bereits am 9. März hatte der deutsche Militärbevollmächtigte, Oberst Stolzenberg, an Oberost telegraphiert³⁷, daß die feindliche Haltung der bäuerlichen Bevölkerung, die bei Requisitionen von Futter und Getreide sich nicht scheue, von der Waffe³⁸ »mit Erfolg« Gebrauch zu machen, immer mehr

³⁴ Blücher 22.

³⁵ Tagebuch Spannocchi S. 26 (s. Anm. 28). – Über Erzherzog Wilhelms »austroukrainische« Tätigkeit 1918 s. Bihl 51 ff.

³⁶ Brief Groener an seine Frau, Kiev 1918 V 16 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 121).

³⁷ Minc/Ejdeman 25 ff., Bülow an AA, Brest-Litowsk undatiert (darin Stolzenberg an Oberost, Kiev 1918 III 9).

³⁸ Kommerzienrat Kohnke, der im April am Abschluß von Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine in Kiev mitgewirkt hatte, schrieb am 10. Mai an Stresemann, beim Einmarsch der Deutschen sei allgemein die Meinung verbreitet gewesen, daß nunmehr die alte Ordnung wiederhergestellt, d. h. vor allem die Sozialisierung des Bodens rückgängig gemacht werden würde. Die Bauern seien gesonnen, sich diesem Beginnen »bis aufs Blut« zu widersetzen. Waffen hätten sie von den auseinandergelaufenen russischen Streitkräften erhalten. Selbst an Artillerie soll es stellenweise nicht gefehlt haben. (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 181 H 133 821.) S. auch den Bericht des Bevollmächtigten des Kriegsministeriums in der Ukraine an das KM vom 12. März in Arch. Forsch. IV 1243/4 und ebenda 1417 ff. den Bericht eines deutschen Leutnants vom Sommer 1918 über seine während der Ukraine-Besetzung gewonnenen Eindrücke. Auch aus den Akten des PA lassen sich einige markante Einzelheiten über das Verhalten der deutschen Truppen, besonders über ihre Requisitionsmaßnahmen, entnehmen. So wurde in einem Fall eine Kirche von deutschen Soldaten als Pferdestall benutzt, und die Pferde wurden mit Meßgewändern bedeckt. In einem anderen Fall wurde einem Bauern ein Requisitionszettel ausgehändigt, auf dem ein deutsches Requisitionskommando bescheinigt hatte: »Von einem Schweine ein Schwein entnommen.« (Brief Mumm an Bussche, Kiev 1918 III 19. PA, Ukr 1 Bd. 4.) – Nach ukrainischen Angaben sollen während der Ukraine-Besetzung insgesamt 19 000 deutsche Offiziere und Soldaten bei Requisitionen, Partisanenbekämpfung, Niederschlagung von Aufständen, Streiks usw. ums Leben gekommen sein. (Reshetar 174.)

zunahme. Die daraus zu ziehenden Folgerungen waren für ihn eindeutig: »Im Westen stehen wir vor dem schwersten Schlußkampf, da können diplomatische und Zukunftsrücksichten nicht maßgebend sein, wenn wir das, was wir zum Leben und Kämpfen unumgänglich nötig haben, wenn nicht anders möglich, mit Gewalt nehmen. Ob mit dieser Regierung³⁹, die auf die Dauer nicht bleiben kann, oder einer anderen, ist gleich. Kommissionen sind zur Zeit nicht am Platz, lediglich der militärische Befehl.«

Auch Groener hatte schon gewarnt, daß die Getreideausfuhr frühestens in den Sommermonaten einsetzen würde⁴⁰. Den Grund sah er einmal darin, daß reiche Getreidemengen in der Ukraine gar nicht vorhanden, die vorhandenen aber versteckt waren – die Bauern, die etwas besaßen, vergruben es nach ukrainischer Sitte in großen Höhlen unter der Erde –, zudem aber die Rada-Regierung, die sich vor allem um die Verwirklichung ihrer sozialistischen Prinzipien und der ukrainischen Nationalidee kümmerte⁴¹, gar nicht imstande war, die in Brest-Litowsk in Aussicht gestellten Mengen Getreide zu liefern. Die Deutschen konnten sich mit dieser Regierung nicht einmal über die Grundsätze der Aufbringung einigen. Während Deutschland und Österreich sie zur Einleitung eines freien Handelsverkehrs bewegen wollten, hielten die Ukrainer zäh an der Lieferung durch ihre bestehenden staatlichen Organisationen fest⁴².

Groener sah das Zusammenarbeiten mit den Radamitgliedern – den »Regierungskaspern« und den »Jüngelchen auf den Ministerstühlchen«, wie er sie nannte⁴³ – als fruchtlos an. Dem Chef des Feldeisenbahnwesens, Oldershausen, stellte er die rhetorische Frage: »Was ist die ukrainische Regierung? – Ein Nebelfleck. Und der Staat? – Ein Chaos! . . . Wo wir nicht mit unseren Bajonetten hinreichen, ist keine Macht dieser künstlich gezüchteten Regierung.«⁴⁴ Er lobte die gewinnbringenden Requisitionsmethoden der Österreicher, denen die ganze Regierung »Hekuba« sei. Er fand Gefallen an der Auffassung des Diplomaten Forgach, daß die ukrainische Regierung nur »Mantel« sein dürfe, »weiter nichts«. Demgegenüber, schrieb er Ludendorff am 23. März⁴⁵, führe die deutsche Politik »einen Eiertanz« um die Rada auf. Er warnte nachdrücklich davor, auf baldige Zufuhren von Getreide in erheblichen Mengen nach Deutschland zu rechnen. In der Haupt-

³⁹ Fischer (722) schreibt, daß Stolzenberg und auch Ludendorff »aus antipolnischem Affekt« entgegen der Auffassung der deutschen Ukraine-Delegation mit der Rada zusammengehen wollten. Die grundsätzliche Haltung Stolzenbergs gegenüber der Rada geht jedoch aus diesem Telegramm hervor. Er wollte die »Regelung der ukrainischen Frage« sogar mit viel schärferen Mitteln durchführen, als es selbst Groener lieb war. S. Groener 397/8.

⁴⁰ Telegrammentwurf Groener an Oberost, 1918 III 15 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174).

⁴¹ S. Reshetar 89 ff., besonders 115 ff.

⁴² S. dazu Landwehr 197 ff.; Groener 391.

⁴³ Brief Groener an Oldershausen (Abschrift), Kiev 1918 III 19 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174) und Groener 399.

⁴⁴ S. Anm. 43.

⁴⁵ Brief Groener an Ludendorff (Abschrift), Kiev 1918 III 23 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174).

stadt des Landes, wo Milch und Honig fließen sollten, fehle es selbst an Brot! Im übrigen forderte er mehr Klarheit darüber, was Deutschland in der Ukraine eigentlich wolle: »Ob nur Getreide erfassen oder Zukunftshandelspolitik treiben oder gar ein deutsch-österreich-ungarisches Bosnien-Herzegovina oder Schleswig-Holstein von 1863/4.« Es war für ihn wenig befriedigend, als ihm Mumm einige Tage später die Weisung Kühlmanns⁴⁶ mitteilte, daß mit der Rada als der rechtmäßigen Regierung der ukrainischen Republik weitergearbeitet werden müsse, wenn die deutsche Politik nicht ihre Basis verlieren solle. Voller Empörung notierte er in sein Tagebuch: »Die Leute im AA sind immer noch nicht darauf gekommen, daß in der Ukraine *wir* regieren müssen und die ukrainische Regierung nach *unserer* Pfeife tanzen muß. Auswärtiges Amt spricht von ›status quo‹ auf dem Lande, d. h. Plünderung und Raub, und tut so, als ob die ukrainische Regierung irgendwelche Macht im Lande hätte.«⁴⁷

Auch Mumm bezeichnete gegenüber dem AA die Aufgabe Groeners, Getreide aus dem Land zu schaffen, ohne der Souveränität des ukrainischen Staates »zu nahe zu treten«, als Quadratur des Zirkels⁴⁸. Über die Wünschbarkeit, die sozialistische Regierung in der Ukraine abzusetzen, drückte er sich mit dem Hinweis auf den Zusammenhang der deutschen Ukrainepolitik und der innerpolitischen Lage Deutschlands so aus: »Wir können nicht wohl auf die Dauer in der Ukraine ›Hosianna‹ und bei uns daheim ›crucifige‹ rufen.«⁴⁹

Mumm war sich mit General Groener darüber einig, vor einem entscheidenden Eingreifen in die innerukrainischen Verhältnisse zunächst einmal den Abschluß der im Brester Vertrag vorgesehenen Zusatzabkommen abzuwarten. Tatsächlich wurden drei solcher Abkommen noch im Laufe des April unter Dach gebracht. Das erste vom 9. April sah die Lieferung von über 1 Million t Getreide, Hülsenfrüchte und Fette bis zum 31. Juli des Jahres vor. Ein zweites, am 11. April abgeschlossenes verpflichtete die Rada, bis zum selben Zeitpunkt 400 Millionen Eier an die Mittelmächte zu versenden. Nach einem weiteren zwei Tage später unterzeichneten Abkommen hatte die Ukraine 50 000 t lebendes Hornvieh und 27 000 t Kartoffeln zu liefern. Alle drei Einzelabkommen wurden in einem Gesamtvertrag zusammengefaßt und am 23. April in Kiev von Mumm, Forgach und einem Vertreter der Rada unterzeichnet⁵⁰.

Die nun einsetzenden Ereignisse folgten einander Schlag auf Schlag. Von einer Respektierung der Souveränität des ukrainischen Staates konnte eigentlich schon seit dem 6. April nicht mehr die Rede sein, nachdem Feldmarschall von Eichhorn in einem »Feldbestellungsbefehl«, der die sofortige Aussaat auf dem Lande anordnete und die Ernte denen zusprach, die dafür arbeiteten⁵¹, zum erstenmal in

⁴⁶ Minc/Ejdeman 32, Bussche an Mumm (darin Kühlmann an AA), Berlin 1918 III 26.

⁴⁷ Tagebucheintrag 1918 III 28. S. Anm. 10.

⁴⁸ Mumm an AA, Kiev 1918 IV 16 (PA, Ukr I Bd. 7).

⁴⁹ Bericht Mumm an Rk, Kiev 1918 IV 11 (PA, Ukr I Bd. 7).

⁵⁰ Dazu s. Reshetar 176.

⁵¹ Text bei Bunyan 6.

innerukrainische Verhältnisse eingegriffen hatte. Mumm seinerseits hatte bei Unterzeichnung des Schlußabkommens das einem Diplomaten »gemäßere« Mittel der Bestechung angewandt – »russische Methoden«, wie er dem AA am 23. April meldete⁵². Am selben Tag gab Ludendorff seine Zustimmung, die Rada durch »kraftvollen Druck« zu den versprochenen Lieferungen zu bewegen oder sie abzusetzen⁵³. Die Absicht des AA, auf Grund von Vorschlägen der militärischen und politischen Vertreter Deutschlands und Österreichs in Kiev eine Besprechung mit der OHL abzuhalten, hielt er für zeitraubend: »Wir müssen ... unseren Vertretern ohne Zaudern freie Hand lassen, wie sie ohne jede Rücksicht, nötigenfalls mit Gewalt, die Getreideausfuhr in Fluß bringen.« Das weitere Verhalten Deutschlands in der Ukraine müsse demgegenüber im Augenblick zurücktreten. Er habe in diesem Sinne Eichhorn angewiesen, die Getreidelieferungen »durchzudrücken«⁵⁴.

Am 24. April fand in Kiev eine Besprechung zwischen den diplomatischen Vertretern, den Militärbevollmächtigten und General Groener statt. Für den weiteren »modus procedendi« wurde vorgeschlagen, durch geschickte Rollenverteilung zunächst die Minister der Landwirtschaft, der Finanzen und des Auswärtigen durch andere Persönlichkeiten zu ersetzen, den Kriegsminister jedoch noch nicht »abzusägen«, sondern erst »anzusägen«⁵⁵. Die nun zu treffende Entscheidung war, den Mann auszuwählen, der die neue Regierung, die schließlich an die Stelle der Rada treten sollte, leiten würde. Er fand sich in der Person des Generalleutnants Pavel Skoropadskij, Nachkomme eines Kosakenhetmans, Generaladjutant des letzten Zaren und im Krieg kommandierender General des 34. russischen Armeekorps⁵⁶.

In der Nacht vom 24. zum 25. April hatte Groener eine Besprechung⁵⁷ mit Skoropadskij über die Bedingungen, unter denen die Besatzungsbehörden eine neue Regierung unterstützen würden. Darunter waren: Anerkennung des Brester Friedens, Auflösung der Rada, Neuwahlen erst nach vollkommener Beruhigung des Landes im Einvernehmen mit dem deutschen Oberkommando, Aufhebung aller Einschränkungen des freien Handels mit Deutschland, Lösung der Agrar-

⁵² Mumm an AA, Kiev 1918 IV 23 (PA, Ukr 1 Bd. 8). – Mumm bat gleichzeitig um Erhöhung der ihm für solche Zwecke zur Verfügung gestellten Gelder. Vom Reichsschatzamt wurden ihm daraufhin weitere 2 Millionen Mark bewilligt. (Akten dazu in PA, Ukr 1 Bd. 9.)

⁵³ Groener 398, Brief Ludendorff an Groener, 1918 IV 23.

⁵⁴ Oberost an Heeresgruppe Kiev (Abschrift), undatiert (1918 IV 25. BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/172).

⁵⁵ Telegrammentwurf Groener an Oberost, Kiev 1918 IV 24 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/172) und Mumm an AA, Kiev 1918 IV 24 (PA, Ukr 1 Bd. 8).

⁵⁶ Über seine Herkunft s. Reshetar 145 ff. – Soweit feststellbar, wurde Groener von seinem Nachrichtenoffizier, Major Hasse, etwa am 10. April auf Skoropadskij aufmerksam gemacht. S. Groener 398; Reshetar 125.

⁵⁷ Dazu Groener (398/9), der die Besprechung auf den 26./27. April datiert. Alle ukrainischen Quellen nennen dagegen den 24./25. April. S. Reshetar 125/6. Der Katalog der Bedingungen auch bei Bunyan 6.

frage durch Wiederherstellung des Eigentumsrechts und Abschluß eines langfristigen Wirtschaftsabkommens. Skoropadskij gab mit einigen Vorbehalten seine schriftliche Zustimmung zu diesen Bedingungen.

Die Notwendigkeit eines baldigen Regierungswechsels fanden Groener und Skoropadskij bestätigt, als in derselben Nacht der ukrainische Bankier Dobryj, der als Finanzsachverständiger mit der deutschen Wirtschaftsdelegation zusammengearbeitet hatte, von einer der Rada nahestehenden Organisation entführt wurde. Diese Affäre gab den Anlaß dazu, daß am 28. April deutsche Soldaten in den Sitzungssaal der Rada eindringen und mit »Hände hoch« die anwesenden Minister verhafteten. Am Tage danach wurde Skoropadskij auf einer Versammlung des Grundbesitzerverbands im Kiever Zirkus zum Hetman der Ukraine ausgerufen⁵⁸.

Am 2. Mai fanden sich auf Veranlassung Skoropadskijs Vertreter der nationalukrainischen Parteien bei Groener ein, um mit ihm über die Teilnahme am neuen Kabinett zu beraten⁵⁹. Ihre Bedingungen waren aber für Groener unannehmbar. So enthielt das am Tage darauf gebildete Kabinett mit einer Ausnahme (Außenminister Dorošenko) kein führendes Mitglied der ukrainischen Nationalbewegung, sondern bestand aus Vertretern des Großrussentums. Trotzdem entwickelte sich in der Folge zwischen dem neuen Ministerium und den Besatzungsbehörden ein gutes Arbeitsverhältnis, was besonders auf die Person des Hetmans zurückzuführen war, obwohl diesem die Umstellung vom großrussischen Gardeoffizier zum ukrainischen Volksführer nicht leichtgefallen sein kann. Die siebeneinhalb Monate des Hetmanats, das die zweite Phase der deutschen Ukrainepolitik einleitete, waren gekennzeichnet durch relative Stabilität, Ordnung und Sicherheit im Innern. Der Form nach war die neue Regierung eine Diktatur, der Sache nach aber war das Land weiterhin ein deutsches Generalgouvernement⁶⁰.

Um den Sturz der Rada in die rechte Perspektive zu rücken, wird eine unvoreingenommene Geschichtsschreibung zwischen Ursache und Anlaß zu unterscheiden haben. Unmittelbarer Anstoß war zwar die Besatzungspolitik der Deutschen, die auf rascher Erfüllung des Brest-Litowsker Vertrages bestand. Die inneren Gründe aber lagen in der geringen Stoßkraft der ukrainischen Nationalbewegung, in den unglücklichen Umständen, unter denen sich die Rada zur Zeit der russischen Revolution gebildet hatte, und in ihrer Unfähigkeit, mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden⁶¹.

⁵⁸ Reshetar 130 ff.; Bunyan 11 ff.

⁵⁹ Reshetar 149 ff.; Groener 400; IFA II 405 ff. (Ausführungen Groeners vor Vertretern der Mehrheitsparteien 1918 VI 19.)

⁶⁰ Forgach charakterisierte die Lage der neuen Regierung folgendermaßen: »Der gegenwärtige Zustand ermöglicht den Mittelmächten, ihrem Willen fast ebenso Geltung zu verschaffen, wie dies im Falle einer Okkupation möglich wäre, bietet aber den Vorteil, daß die Verfügungen unter der Firma einer einheimischen Regierung getroffen werden, die aber wiederum in der Exekutive auf unsere Unterstützung angewiesen und überhaupt gezwungen ist, sich gänzlich an uns anzuschließen.« (Bericht Forgach an Burian, Kiev 1918 VI 11. HHStA, PA X 152 Liase XI d Bl. 770.)

⁶¹ Darüber ausführlich Reshetar 133 ff.

Im AA in Berlin wurden die Aprilereignisse in Kiev mit gemischten Gefühlen verfolgt. Man begrüßte es zwar, daß die kommunistische Rada, »die doch viel Verwandtes mit den Bolschewisten hatte und sich in ihrem, unseren Anschauungen ganz entgegengesetzten Kommunismus über kurz oder lang mit ihm zusammenfinden konnte«⁶², einer auf dem Grundsatz des Individualeigentums stehenden neuen Regierung Platz gemacht hatte. Für Kühlmann persönlich lag aber in der Person des Hetmans die Gefahr, daß dieser der Mittelpunkt einer bürgerlich-reaktionären Bewegung gegen die bolschewistische Herrschaft in Großrußland bilden könnte. Vor dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sagte er am 22. Mai: »Für uns ist die reaktionäre Bewegung nicht günstig, und wir dürfen sie nicht unterstützen.«⁶³ Skoropadskij kennzeichnete er als gerissenen Mann.

Wurde also in Berlin allgemein der Regierungswechsel in Kiev mit vorsichtiger Zustimmung aufgenommen, so war man aber über die Inszenierung des Umschwungs, besonders über die sensationelle Verhaftung der Radamitglieder am 28. April, empört. Das AA nahm diese Affäre zum Anlaß, um mit Billigung des Reichskanzlers beim Kaiser einen Vorstoß zur Schwächung des militärischen Einflusses in der Ukraine zu unternehmen. In einem Telegramm⁶⁴ an S. M. gab Hertling zu, daß die schwache ukrainische Regierung keine große Rücksichtnahme verdient habe. Eine Vergewaltigung wie die vorgekommene aber erzeuge Erbitterung im ganzen Lande und werde in der Welt einen neuen Feldzug gegen den »brutalen deutschen Militarismus« entfesseln. Dem Kaiser legte er nahe, als sofortige Maßnahme das Vorgehen des Verantwortlichen (des Kommandanten von Kiev) zu mißbilligen und seine Abberufung zu befehlen. Um die Wurzel des Übels zu beseitigen, müßten die Befehlsverhältnisse in der Ukraine neu geordnet werden. Der Zustand, daß die OHL einen besonderen Militärbevollmächtigten⁶⁵, der völlig unabhängig vom diplomatischen Vertreter sei, unterhalte und für sich das Recht in Anspruch nehme, selbständig politische Angelegenheiten aller Art zu betreiben und durch den Militärbevollmächtigten bei der ukrainischen Regierung zu vertreten, sei unhaltbar. Auch die Heeresgruppe Eichhorn gehe »gelegentlich« selbständig vor. Hertling bat den Kaiser, »befehlen zu wollen, daß der Militärbevollmächtigte entweder dem Kaiserlichen Botschafter wie ein Militärattaché zugeteilt und unterstellt oder von der OHL zurückgezogen wird und daß die Heeresgruppe Eichhorn den Befehl erhält, in allen Angelegenheiten nicht rein militärischen Charakters nur in engem Einvernehmen mit Euerer Majestät politischem Vertreter vorzugehen«.

⁶² Denkschrift des AA, undatiert (Anfang Mai. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12); abgedruckt als Dokument 1 im Anhang.

⁶³ Aufzeichnung über die Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 22. Mai 1918 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935, Bd. 87).

⁶⁴ Telegrammentwurf Hertling an Grünau für S.M., Berlin 1918 IV 29 (PA, Ukr 1 Bd. 9).

⁶⁵ Stolzenberg, der durch selbständiges Handeln (da er unmittelbar der OHL unterstand) sogar das Mißfallen Groeners erregte.

Das AA motivierte diesen beim Kaiser unternommenen Vorstoß, die Einwirkungsmöglichkeiten der OHL in der Ukraine zu beschneiden, einmal mit den Vorkommnissen des 28. April, zum anderen mit dem tatsächlichen Rechtszustand zwischen der Ukraine und dem Deutschen Reich: »Wir haben mit der Ukraine Frieden geschlossen und die diplomatischen Beziehungen mit ihr aufgenommen. Zur Wahrnehmung der politischen Geschäfte ist ein diplomatischer Vertreter Euerer Majestät bei der Ukrainischen Regierung bestellt worden. Eine zweckdienliche Abwicklung der Geschäfte ist nur möglich, wenn sämtliche politischen Angelegenheiten in der Hand dieses Vertreters Euerer Majestät und unter seiner Verantwortung zusammengefaßt und Schritte von politischer Bedeutung nur durch seine Vermittlung unternommen werden.« Legationsrat Grünau aber brach diesem Vorstoß die Spitze ab, indem er den Wortlaut des Telegramms abmilderte, um es nicht zu einer der »bekannten Explosionen«⁶⁶ kommen zu lassen. Einen direkten Angriff gegen die OHL vermied er dadurch, daß er dem Kaiser vorschlug, durch den Kriegsminister als Justizaufsichtsbehörde Maßnahmen zur Freilassung der Verhafteten zu befehlen. Diesen Schritt rechtfertigte Grünau dem Reichskanzler gegenüber damit, daß ihm – Hertling – auf diese Weise ein »militärischer Bundesgenosse« zugeführt werde.

Die eine Seite der Angelegenheit wurde dadurch erledigt, daß Eichhorn sich beim Präsidenten der Rada für das Vorgehen des Stadtkommandanten – der tatsächlich eigenmächtig gehandelt hatte⁶⁷ – schriftlich entschuldigte und den Kommandanten von seinem Posten entfernte⁶⁸. Aber das grundsätzliche Problem – die Klärung der Kompetenzverhältnisse – wurde nicht gelöst. Das Oberkommando in Kiev unternahm sogar seinerseits einen Angriff gegen das AA und den Reichskanzler. Am 4. Mai sandte Eichhorn ein geharnischtes, auf Hertling gemünztes Telegramm⁶⁹ ans Große Hauptquartier. Es sei ein großer Irrtum, heißt es darin, wenn der Reichskanzler glaube, daß die deutschen Truppen in der Ukraine wie in einem befreundeten Land aufgenommen worden wären. Das sei eine Fiktion, die ein für allemal beseitigt werden müsse: »Die deutschen Truppen sind in der Ukraine schlechter empfangen worden als in einem feindlichen Lande.« Ein vom Oberkommando in eine Radasitzung entsandter Vertreter habe von der Rada den Eindruck eines studentischen Konventikels erhalten, wobei nur die Biergläser und der Salamander gefehlt hätten. Eichhorn wies weiter darauf hin, daß die Verhältnisse in der Ukraine wesentlich anders lägen, als die Berliner Behörden annähmen. Es gebe überhaupt kein ukrainisches Staatswesen ohne die Macht der deutschen Bajonette. »Dem Herrn Reichskanzler«, schloß er, »kann ich nur raten, diejenigen deutschen Männer zu hören, die in diesen Wochen die Ukraine kennengelernt ha-

⁶⁶ Grünau an AA, Spa 1918 IV 30 (PA, Ukr 1 Bd. 9).

⁶⁷ Groener nannte Mumm gegenüber das Verhalten des betreffenden Generals als »bedauerlich«. Mumm bezeichnete den General als »Quadratochsen im Porzellanladen«. (Mumm an AA, Kiev 1918 IV 30. PA, Ukr 1 Bd. 9.)

⁶⁸ S. Schultheß 1918 I 171.

⁶⁹ Ludendorff an Rk (darin Eichhorn an OHL), Spa 1918 V 4 (PA, Ukr 1 Bd. 10).

ben, sie werden ihm keinen Zweifel darüber lassen, daß in so außergewöhnlicher Lage nur außergewöhnliche Mittel am Platze sind und nicht solche, wie sie in Berlin am grünen Tisch ausgeheckt werden. Die Verhältnisse in der Ukraine haben nur eine erfreuliche Seite: Ein kräftiges Zufassen mit militärischer Hand übt Wunder; von den Mitteln des Diplomaten ist aber nur eines wirksam: die Anwendung von Geld.«

Ludendorff sandte dieses Telegramm ohne Änderungen an den Reichskanzler weiter und bemerkte, daß er dem Bericht nichts hinzuzufügen habe! Er weigerte sich sodann, an einer vom AA geforderten besonderen Besprechung über die Ukraine teilzunehmen, und verwies auf die für den 11. Mai geplante Konferenz in Spa, auf der die deutsche Ostpolitik in ihrer Gesamtheit erörtert werden sollte⁷⁰. In dieser Konferenz zog es Kühlmann aber vor, sich nicht auf eine Auseinandersetzung mit Ludendorff über die Ukraine einzulassen. Seit der bitteren Enttäuschung von Homburg⁷¹ hatte er jede persönliche Aussprache mit Ludendorff vermieden. So enthält das Protokoll⁷² der Konferenz von Spa nur ein paar nichtssagende Bemerkungen Kühlmanns. Auch Ludendorff umging den hauptsächlichsten Differenzpunkt und rechtfertigte nur allgemein den deutschen Vormarsch über die Grenzen der Ukraine hinaus mit der Begründung, daß man Hand auf das für die Ukraine lebenswichtige Kohlengebiet am Donec habe legen müssen.

Bereits drei Tage vor der Besprechung in Spa hatte Ludendorff ein Telegramm an Groener gesandt⁷³, in dem er seinen Dank dafür zum Ausdruck brachte, »daß die Heeresgruppe in so bestimmter Weise allein den militärischen, rücksichtslos nur das Beste des Deutschen Reiches verfolgenden Standpunkt« vertreten habe »sowohl bei ihren Maßnahmen in der Ukraine als auch bei ihrer Stellungnahme zu den mehrfachen Anfragen, die in den letzten Tagen aus Berlin ... an die Heeresgruppe ergangen sind«. Auch die Telegramme und Berichte Mumms aus Kiev vor dem 11. Mai billigten indirekt das Vorgehen der Militärs und mochten deshalb dazu beigetragen haben, daß Kühlmann sich in Spa so schweigsam ver-

⁷⁰ Diesbezüglicher Telegrammwechsel in PA, Ukr 1 Bd. 10. – Ludendorff hat sich in seinen Erinnerungen (502) sehr bitter über diesen Vorstoß des AA gegen den von der OHL und der Heeresgruppe Kiev vertretenen »Militarismus« geäußert. Er habe diese Angelegenheit erwähnt, schreibt er, weil sie charakteristisch für die von »Klatsch und Voreingenommenheit« beherrschte Stimmung in Berlin sei: »Immer war man dort bereit, gegen uns – statt für uns – Stellung zu nehmen. Die Befolgung gewisser innerpolitischer Rücksichten wurde höher geachtet als praktische Notwendigkeiten, auch wenn diese, wie die Fürsorge des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn für die Landbestellung, unsere Lebensbedingungen auf das engste berührten. Bedauerlich war besonders, daß sich auch der Kriegsminister, ohne andere zu hören, auf die Seite der Regierung gestellt hatte.« – Ludendorff, der für sich selbst in Anspruch nahm, nur das Beste des Vaterlandes gewollt zu haben, billigte der Reichsleitung (AA) das gleiche Bestreben offenbar nicht zu.

⁷¹ S. o. S. 23 ff.

⁷² Protokollauszug die Ukraine betreffend in PA, Ukr 1 Bd. 11.

⁷³ Ludendorff an Groener, Spa 1918 V 8 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/172).

hielt. In einem persönlichen Brief⁷⁴ an Bussche vom 10. Mai stellte Mumm zunächst mit Befriedigung fest, daß der Militärbevollmächtigte – mit dem sich auch Groener schlecht stand – bald beseitigt werde. Auf die Aprilereignisse eingehend, hob er hervor, daß man in Deutschland den tatsächlichen Verhältnissen in der Ukraine nicht genügend Rechnung trage. Nach dem Einrücken der deutschen Truppen sei die Ukraine de facto trotz allem gegenteiligen Bemühen der deutschen Reichsleitung »zu einer Art von besetztem Gebiet« geworden. Diese Entwicklung sei durch die Schwäche der vorigen Regierung, »die man wirklich nicht ernst zu nehmen brauchte«, gefördert worden. Mit korrekten völkerrechtlichen Begriffen könne man in der Ukraine nicht arbeiten. Außerdem sei die Stellung eines diplomatischen Vertreters beim Oberkommando so schwer zu verteidigen, daß er von Glück reden dürfe, überhaupt noch einen gewissen Einfluß geltend machen zu können. »Sie wissen ja aus eigener Erfahrung mit der OHL, wie schwer es da ist, den Platz zu behaupten. Wenn ich die mir übertragenen Aufgaben in zufriedenstellender Weise lösen will, *muß* ich mit dem Oberkommando Hand in Hand gehen, sonst sitze ich auf dem Trockenen, erfahre nichts und werde ausgeschaltet. Telegramme des AA an das Große Hauptquartier würden daran auch nichts ändern.« Die Macht in der Ukraine liege nun einmal in den Händen der Militärs. Da heiße es, "make the best of it". Er könne noch froh sein, mit Männern wie Groener und dem »guten Eichhorn« zusammenzuarbeiten und nicht etwa mit Linsingen oder Mackensen.

Das AA hatte zwar die Abberufung des Militärbevollmächtigten aus der Ukraine erreicht; damit war aber die Stellung Mumms nicht stärker geworden. Das entscheidende Wort sprachen nach wie vor die Militärs. Kühlmann hatte die Konferenz von Spa nicht als Plattform benutzt, um mit der OHL in eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Führung der deutschen Ostpolitik einzutreten. Er hätte dafür zumindest eines kampffreudigeren Reichskanzlers bedurft. Aber gerade dieser fand – nach Auskunft des Tagebuchs seines Sohnes – Ludendorff und Hindenburg bei der Besprechung »sehr entgegenkommend und angenehm«⁷⁵. Beruhigend mußte auf Hertling besonders die Zusage Ludendorffs gewirkt haben, daß nunmehr die militärischen Operationen in Rußland endgültig zu Ende seien⁷⁶.

Weniger beruhigend können allerdings einige Zahlenangaben, die von der OHL in Spa gemacht wurden, für die Reichsleitung gewesen sein. Ludendorff sprach am 11. Mai von dem akuten Brennstoffproblem in der Ukraine. Obwohl das Donecgebiet besetzt sei, würden monatlich 80 000 t Kohle aus Deutschland in die Ukraine importiert, um den Bahnverkehr aufrechtzuerhalten. In einer zweiten Besprechung am 13. Mai gab Oberst Oldershausen an, daß bis zum 9. Mai für

⁷⁴ PA, Ukr I Bd. 11.

⁷⁵ Tagebucheintrag 1918 V 10 (BA, Nachlaß Hertling, Nr. 40). – Die Datierung auf den 10. Mai bezieht sich auf die Abfahrt Hertlings von Berlin. – S. auch Hertling 104.

⁷⁶ Protokollauszug Großrußland betreffend in PA, D 131 Bd. 38 Bl. 131.

Deutschland 4000 t, für Österreich 25 000 t Getreide aus der Ukraine ausgeführt worden seien⁷⁷.

Die Aufbringungsergebnisse lauteten in den folgenden Wochen und Monaten nicht wesentlich günstiger. Die Statistik der Zentraleinkaufsgenossenschaft gab Mitte Juni ein Ausfuhrquantum von 50 000 t Getreide, Futtermittel und Hülsenfrüchte an, von denen 13 000 t auf Deutschland, der Rest auf Österreich-Ungarn entfielen⁷⁸. Unterstaatssekretär von Graevenitz, Vorsitzender der Reichsgetreidestelle, der maßgeblich an der Getreideausfuhr aus der Ukraine beteiligt war, berichtete⁷⁹ dem Reichswirtschaftsamt am 22. Juni, daß alle Methoden der bisherigen Aufbringung (besonders die Leistung der deutschen Kolonisten am Schwarzen Meer und der Warenaustausch) versagt hätten. Er sah keinen anderen Ausweg als den »planmäßiger militärischer Requisitionen«. Dafür seien aber mehr Truppen erforderlich. Freiherr von Stein, der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, veranschlagte die für Deutschland und Österreich-Ungarn notwendige Getreidemenge auf mindestens 800 000 t⁸⁰. Er stimmte zwar dem Vorschlag Graevenitz' zu, die Truppen in der Ukraine zu verstärken, hegte aber Zweifel an dem Erfolg rein militärischer Requisitionen. Denn – so schrieb er an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes – es handle sich in der Ukraine um eine revolutionierte, noch in voller Gärung befindliche Landbevölkerung, die sich während des vierjährigen Krieges im Verstecken ihrer Getreidevorräte meisterhaft geübt habe.

Zeichnete sich also schon deutlich ein Mißerfolg der deutschen wirtschaftlichen Maßnahmen in der Ukraine ab⁸¹, so blieben auch die Erwartungen, die man von seiten Deutschlands und Österreichs an die Kraft des ukrainischen Nationalge-

⁷⁷ Protokollauszug die Ukraine betreffend in PA, Ukr 1 Bd. 11. – Ludendorff hoffte dennoch im Mai, aus der Ukraine so viel Getreide herauszubekommen, daß Deutschland auch die Verpflegung neutraler Staaten zu übernehmen imstande sein würde, um diesen die damals von der Entente geforderte Auslieferung ihres Schiffsraumes untersagen zu können! (Ludendorff an Groener, Spa 1918 V 19. BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174. Abdruck bei Groener 400/1.)

⁷⁸ Notiz ohne Unterschrift, 1918 VI 18 (PA, Ukr 1 Bd. 17).

⁷⁹ PA, Ukr 1 Bd. 17.

⁸⁰ Schreiben an Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes (Abschrift), Berlin 1918 VI 28 (PA, Ukr 1 Bd. 17). Dazu s. WUA IV 3 S. 29, Schreiben Waldow an Ludendorff (Auszug), Berlin 1918 VI 28. Waldow schloß sich der Forderung auf Vermehrung der Truppenzahl in der Ukraine an. Eine Verstärkung der Osttruppen war aber zu jenem Zeitpunkt ausgeschlossen. Am 7. August schrieb Waldow an das Reichsschatzamt, daß für das neue Wirtschaftsjahr ein vollkommener Zusammenbruch drohe, wenn es nicht gelinge, den aus der Heimat nicht zu beschaffenden Bedarf der letzten beiden Monate aus der Ukraine hereinzuholen. »Wenn also jetzt die Gelegenheit versäumt wird, sehe ich keine Möglichkeit, eine Sicherstellung der Volksernährung zu gewährleisten, und muß für die in ihrer Tragweite unabsehbaren Folgen, die mir dann unvermeidlich erscheinen, für mein Ressort die Verantwortung ablehnen.« (WUA IV 3 S. 30.)

⁸¹ In den Ausführungen Fischers über die deutsche Ukrainepolitik (714 ff.) nehmen die wirtschaftlichen *Pläne* Deutschlands einen breiten Raum ein. Es scheint aber ersprißlicher zu sein, sich an den tatsächlichen Ergebnissen der deutschen Ukrainepolitik, besonders wie sie

dankens – als Gegengewicht zum bolschewistischen Rußland – knüpfte, unerfüllt. Alle maßgeblichen Persönlichkeiten der Mittelmächte in der Ukraine gaben dieser Beobachtung unmißverständlich Ausdruck. So faßte Feldmarschall von Böhmer-Ermolli, der bis Mitte Mai Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Truppen in der Ukraine war, seine Eindrücke darüber in der knappen Wendung zusammen: »Alles ist, denkt und spricht russisch, ukrainisch versteht niemand.«⁸² Selbst der deutsche Journalist und Ukrainophile Paul Rohrbach, der in der deutschen Publizistik wohl am rührigsten den Gedanken einer unabhängigen Ukraine propagierte und vom AA im April auf Vorschlag Mumm in die Ukraine geschickt worden war⁸³, kam in einem über 20 Seiten langen Bericht über die Lage in der Ukraine zu dem Ergebnis, daß die »national-ukrainischen Verhältnisse unfertig . . . und unreif« seien⁸⁴. General Hoffmann, der sich schmeichelte, in Brest-Litowsk der Vater des Gedankens einer unabhängigen Ukraine gewesen zu sein⁸⁵, fand durch Rohrbachs Mitteilungen, die ihm dieser im Mai auf seiner Rückreise nach Berlin machte, seine Befürchtungen bestätigt, daß die Ukraine »stramm« einem neuen Großrußland entgegensteuere⁸⁶.

Groener gab der Zugehörigkeit der Ukraine zu Großrußland einmal folgendermaßen Ausdruck: »Nach geographischen, historischen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Trieben wird die Ukraine, wenn unsere Truppen heute oder morgen das Land verlassen, an die Brüste von ›Mütterchen Moskau‹ zurücksinken.«⁸⁷

sich in den Zeugnissen der maßgeblich beteiligten Akteure widerspiegeln, zu orientieren als darzulegen, wie es vermutlich oder möglicherweise hätte werden sollen.

⁸² Bericht Arz an österreichisches AA (darin Bericht Böhmer-Ermolli), Baden 1918 V 16 (HHStA, PA X 152 Liasse XI d Bl. 581/2).

⁸³ Mumm an AA, Kiev 1918 IV 5 (PA, Ukr 1 Bd. 6). Brief Bussche an Rohrbach (Entwurf), Berlin 1918 IV 15 (PA, Ukr 1 Bd. 7).

⁸⁴ Bericht Rohrbach an Mumm, Kiev 1918 V 13 (PA, Ukr 1 Bd. 12) und Bericht Rohrbach an AA, Berlin 1918 V 23 (ebenda).

⁸⁵ S. Anm. 6.

⁸⁶ Hoffmann I 195 (Tagebucheintrag 1918 V 21).

⁸⁷ Bericht an Ludendorff (unterschrieben von Eichhorn), Kiev 1918 V 18 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/172). – Am 27. März hatte Groener an seine Frau geschrieben: »Die Ukraine ist und bleibt ein Kunstprodukt, dem vielleicht durch andauernde künstliche Ernährung unsererseits ein längeres Siechtum gesichert werden kann – lassen wir das lebensuntüchtige Kind aus unseren Armen los, dann fliegt es von der *natürlichen* Anziehungskraft getrieben an die Brust von ›Mütterchen Moskau‹, um dort durch die Muttermilch zu neuem wirklichem Leben erweckt zu werden.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 31.) – In einem Anfang September gehaltenen Vortrag vor Unterrichtsoffizieren gebrauchte Groener folgendes Bild: »Staaten . . . gründen ist außerordentlich schwierig und besonders schwierig in unserer Situation, wo die Bildung einer selbständigen Ukraine nichts anderes bedeutet, als das fetteste Stück, ich will mal sagen, die Lende des russischen Bären, aus dem Körper zu schneiden. Sie werden mir einwerfen: an dieser Operation stirbt doch das Tier. Nun, wenn das Tier daran sterben sollte, was wir augenblicklich nicht übersehen können . . . – gut, mag es eingehen. Vielleicht aber übersteht es die Operation, und wie die Sache sich dann weiter hier gestalten wird, das kann im Augenblick niemand vorhersagen . . . Wie ich immer sagte, ist es . . . ganz egal, ob die Ukraine in vollkommener Unabhängigkeit als großer, mächtiger südslawischer Staat am Schwarzen Meer eine Rolle spielen wird oder ob er in irgendeiner

Diese beiden Länder, teilte er Ludendorff am 5. Juni mit⁸⁸, seien aufeinander angewiesen. Die Gegensätze müßten künstlich erzeugt werden. Der Schluß, den er aus dieser Sachlage zog, war militärisch hart und einfach: »Nur durch strammste Machtpolitik in Gestalt jahrelanger Besetzung der Ukraine durch deutsche Truppen und Investierung großer Kapitalien für staatliche Zwecke, für Eisenbahnen, für Industrie und Handel wird es möglich sein, einen einigermaßen dauerhaften ukrainischen Staat zu bilden.« Das einzig wirksame Mittel, den Gegensatz zwischen Großrußland und der Ukraine zu vertiefen, sah er in der Möglichkeit, in Großrußland die Anarchie und das Chaos für längere Zeit zu fördern⁸⁹.

Ungewollt hatte Groener mit dem letzten Satz die Ostpolitik Kühlmanns in eine prägnante Formel zusammengefaßt. Ludendorff konnte sich dem Zwang der darin liegenden Logik nicht entziehen. Am 9. Juni betonte er gegenüber dem Reichskanzler, deutsche Truppen würden in der Ukraine nur deswegen verwendet, um Deutschland mit lebenswichtigen Rohstoffen zu versorgen: »Sonst wäre es ein Fehler.«⁹⁰ Drei Wochen danach hatte er sich Groeners Skepsis über die Lebensfähigkeit eines selbständigen ukrainischen Staates ganz zu eigen gemacht. Im

Föderation zu Großrußland treten wird...« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173.) – Im Gegensatz zu Groener setzte Eichhorn größere Hoffnung in die Entwicklungsfähigkeit einer von Großrußland unabhängigen Ukraine. In einer handschriftlichen Aufzeichnung vom 17. Juni 1918 schrieb er: »Ich halte es für uns von höchster Bedeutung, daß die Ukraine sich wirklich zu einem selbständigen Staat ausbildet. Nicht nur die wirtschaftlichen Vorteile, die uns durch ein Anlehnen des ukrainischen Staates an Deutschland erwachsen, sind es, die mich vorsorgen lassen, nicht nur die vermehrte Sicherheit gegen Rußland. Über diese Vorteile hinaus läge es im höchsten Interesse von Deutschlands Weltpolitik. Ein ukrainischer Staat, dem wir unmittelbar oder durch Litauen angrenzen, bildet für uns eine Brücke nach dem Kaukasus, nach Asien, letzten Endes – nach Indien, besser wie die Türkei, von der wir immer getrennt bleiben werden. Auch ist wohl zu beachten, daß ein ukrainischer Staat immer ein Gegner der Polen sein wird, Rußland nicht. Viele, ja die meisten, zweifeln, ob ein solcher Staat möglich ist. Da es für uns von Vorteil wäre, muß man alles tun, um ihn möglich zu machen. Dazu gehört, daß man zunächst an ihn glaubt... Je länger das Chaos in Rußland herrscht, um so günstiger gestalten sich die Aussichten für den ukrainischen Staat. Je mehr sich die Ukraine durch geordnete Zustände von Rußland differenziert, um so mehr wird auch in den ganzen Elementen der Ukraine, die nach Großrußland neigen, ukrainisches Staatsgefühl geweckt werden.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173.)

⁸⁸ Groener an Oberost für Ludendorff, Kiev 1918 VI 5 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173). – S. auch den im Anhang als Dokument 4 abgedruckten Brief Groeners an den württembergischen Kriegsminister.

⁸⁹ Ganz ähnlich urteilte auch Forgach. Am 25. Mai meldete er nach Wien, daß die Entwicklung der Ukraine hauptsächlich von den Zuständen in Großrußland abhängt. Sei die dortige Anarchie von längerer Dauer und müsse die Ukraine daher mehrere Jahre auf eigenen Füßen unter deutsch-österreichischem Schutz stehen, so könnte sich deren Selbständigkeit »in Verbindung mit den zweifellos bestehenden starken ukrainischen Gefühlen« ausbauen und eine dauernde Entwicklung nehmen. Trete aber in Rußland ein Umschwung »in vernünftige Bahnen« ein, so sei die Rückwirkung und Anziehungskraft auf die Ukraine selbstverständlich. (HHStA, PA X 152 Liasse XI d Bl. 682.)

⁹⁰ Arch. Forsch. IV 1387, Schreiben Ludendorff an Rk, Spa 1918 VI 9.

Kronrat zu Spa am 2. Juli gab er zu, daß der nationale Gedanke der Ukraine mit der Anwesenheit der deutschen Truppen im Lande stehe und falle. Und der Kaiser bezeichnete Kiev als »Platz der Ordnung« inmitten des russischen Chaos, von dem »die Neugeburt Rußlands« erfolgen könne⁹¹.

* * *

Kiev war damals schon tatsächlich, wie es Wilhelm II. erkannt hatte, zum Sammelpunkt großrussischer monarchistischer und antibolschewistischer Persönlichkeiten geworden. Die prominenteste unter ihnen war zweifellos der ehemalige Außenminister der Kerenskij-Regierung und Führer der Kadetten-Partei Pavel Miljukov. Zur Zeit des deutschen Einmarsches in die Ukraine hielt Miljukov sich in Rostov am Don auf. Der Sturz der Rada, der überhaupt Anstoß zur Spaltung innerhalb des kadettischen Parteiblocks in einen deutsch- und einen weiterhin ententeorientierten Flügel gegeben hatte, führte ihn dazu, das Heil Rußlands nunmehr an der Seite Deutschlands zu suchen. Gegenüber seinen Parteifreunden gab er als Rechtfertigung an, »das Gesetz der Selbsterhaltung« zwingt zur Fühlungnahme mit den Deutschen, da diese jetzt »Herren der Lage« seien⁹². Obwohl das Zentralkomitee der Kadetten-Partei in einer Resolution von Mitte Mai jede Beziehung zu Deutschland für unzulässig hielt, ließ es sich doch eine kleine Hintertür offen: Es erklärte gleichzeitig, daß bis zum Eintreffen genauer Nachrichten über die Motive, von denen sich die Kadetten-Partei in Kiev bei ihrem Eintritt in die Regierung Skoropadskijs habe leiten lassen, dazu keine Stellung genommen werden könne⁹³.

Nachdem sich Miljukov in einer Parteiversammlung in Odessa öffentlich für die Deutschorientierung ausgesprochen hatte, ging er im Juni nach Kiev, um dort mit maßgebenden deutschen Persönlichkeiten Fühlung zu suchen. Über den der Kadetten-Partei angehörigen Finanzminister Skoropadskijs ließ er Mumm mitteilen, daß er sich von der Entente abgewandt habe, nun mit Deutschland zusammengehen wolle und auch die von Deutschland beobachtete Politik einer selbständigen Ukraine billige⁹⁴. Daß Miljukov sein neues politisches Glaubensbekenntnis nur aus Zweckmäßigkeitsgründen ablegte, wird aus einem Brief⁹⁵ deutlich, den er etwa zur gleichen Zeit an Moskauer Parteifreunde richtete. Darin bezeichnete er die staatliche Selbständigkeit der »Gebiete, die sich vom Bolschewismus früher als Moskau befreit haben«, als notwendiges Übergangsstadium und als Folge der Ohnmacht Moskaus, aus eigenen Kräften den Bolschewismus zu stürzen. Die von ihm als unerlässlich erachtete Teilnahme Deutschlands an

⁹¹ Gatzke 85.

⁹² Denikin III 82 (Zitate aus Briefen Miljukovs vom Mai 1918).

⁹³ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 V 15 (PA, Ru 61 Bd. 153).

⁹⁴ Mumm an AA, Kiev 1918 VI 17 (PA, Ru 61 Bd. 155).

⁹⁵ Denikin III 35.

einem Umschwung in Rußland hielt er zwar für eine »traurige Notwendigkeit«, im ganzen aber von »sekundärer Bedeutung«.

Ende Juni entfaltete Miljukov eine rege Tätigkeit in Kiev. Durch Vermittlung des ukrainischen Kultusministers hatte er am 21. Juni eine erste Besprechung⁹⁶ mit dem Nachrichtenoffizier der Heeresgruppe Eichhorn, Major Hasse. Zweck seines Besuchs war, zu sondieren, ob die Kadetten bei einer Unternehmung zum Sturz der Bolschewisten und zur Aufrichtung einer konstitutionellen Monarchie auf deutsche Unterstützung rechnen könnten. Miljukov führte aus, daß in Rußland nur eine monarchistische Bewegung populär sei und sich durchsetzen werde. Deshalb sei eine Annäherung der Kadetten an die Monarchisten eine Forderung des Tages, da nur die Monarchie zur Wiederherstellung der Ordnung führen werde. Er entwickelte sodann einen Plan zur Beseitigung der Bolschewisten. Die Freiwilligenarmee Alekseevs und Denikins im Kuban'-Gebiet müsse weiter organisiert und besonders durch die zahlreichen großrussischen Offiziere in der Ukraine verstärkt werden. Eine offene Beteiligung deutscher Truppen bei dem beabsichtigten Zug auf Moskau solle möglichst vermieden werden, um den Schein zu wahren, daß die künftige Monarchie durch russische Kräfte eingesetzt sei. Die deutsche Beteiligung müsse, abgesehen von Geldhilfe und »der moralischen Stütze«, durch Schutz der Operationsbasis und Unterstützung der Organisation mit Waffen, besonders mit Artillerie, erfolgen. Als Monarchen schlug Miljukov u. a. den bisherigen Thronfolger Aleksej und den Großfürsten Michail Aleksandrovič (Bruder des Exzaren) vor. Auf den heiklen Punkt des Brester Vertrages eingehend, verlangte er Wiederherstellung des alten Besitzstands! Auf Rückgabe Polens lege er zwar keinen Wert, müsse aber für dessen Selbständigkeit eintreten. Vielleicht könne man noch über Kurland reden, obgleich er davor warnte, sich ein »östliches Elsaß« zu schaffen. Wenn Deutschland den Grund für eine ihm befreundete und in Rußland populäre Monarchie legen wolle, müsse es der neuen Dynastie die besetzten Randstaaten »als Liebesgabe« darbringen. In der »ukrainischen Frage« sei »ziemliches Entgegenkommen« möglich. Wenn auch die ukrainische Selbständigkeitspolitik in der jetzigen nationalistischen Art durchaus künstlich sei, so wäre doch einer gewissen Sonderstellung der Ukraine die historische Berechtigung nicht abzusprechen. Er könne allerdings persönlich der Ukraine eine so weitgehende Selbständigkeit, wie sie z. B. Bayern im Verhältnis zu Preußen innehatte⁹⁷, *nicht* zubilligen.

⁹⁶ Niederschrift Hasse, Kiev 1918 VI 21 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173).

⁹⁷ In einem Brief an das Moskauer Rechte Zentrum vom 11. August 1918 (Denikin III 82/3) äußerte Miljukov sich genauer zu diesem Punkt. In seinen Besprechungen mit den Deutschen habe er die Möglichkeit, der Ukraine »etwas mehr als einfache Autonomie« einzuräumen, offengelassen. Er habe sich aber nicht bereithalten können, ihr eine besondere Armee, das Recht auf eigene diplomatische Vertretung, eigenes Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen usw. zuzugestehen. Als Grundvoraussetzung habe er die Souveränität der Zentralorgane, die Einheit des Territoriums und der Staatsbürgerschaft sowie die Schaffung eines Obersten Rates nach dem Vorbild des deutschen Bundesrates angesehen. In demselben Brief war auch die Rede von Kompensationen wirtschaftlicher Art, die man Deutschland für die Rückgabe

Einige Tage später suchte Miljukov in Begleitung von Professor Kamenka⁹⁸, einem ehemaligen Mitglied des Zentralkomitees der Kadetten-Partei, Mumm persönlich auf. Seine Äußerungen diesem gegenüber deckten sich mit den Ausführungen gegenüber Hasse⁹⁹.

Mumm wie auch Hasse hatten sich in ihren Unterredungen mit den Kadettenführern im wesentlichen rezeptiv verhalten und ihnen keinerlei Zusagen gemacht. In Berlin im AA wurden die Sondierungsversuche Miljukovs dazu benutzt, um

der besetzten Gebiete geben müsse. Zu solchen Kompensationen müßten sich noch russische Wirtschaftskreise äußern. Er selbst sei bereits mit einigen Wirtschaftssachverständigen in Verbindung getreten.

⁹⁸ Achtamzjan (135 ff.) zitiert ausführlich aus einem angeblich von Stresemann stammenden Bericht an den Reichskanzler über eine Unterredung, die Stresemann am 26. Juni mit Kamenka in Kiev geführt haben soll. Achtamzjan, der die Akten des DZA Potsdam verwendet hat, irrt sich jedoch, in Stresemann den Verfasser des Berichts zu sehen. Eine Abschrift des Berichts im PA (D 131 Bd. 42 Bl. 63/5) zeigt eindeutig, daß der Autor ein gewisser Dr. Treuenfels, deutscher Reichsangehöriger aus Char'kov, ist. Achtamzjan dürfte durch die Unterschrift 'Treuenfels' auf eine falsche Fährte geführt worden sein. Alle aus der Verfasserschaft Stresemanns gezogenen Schlußfolgerungen Achtamzjans sind damit hinfällig. Vgl. dazu noch Stresemanns »Politische Umschau« 1918 VII 16 in: Deutsche Stimmen 30 (1918 VII 21) 481/2.

Die Aufzeichnung Treuenfels' fand, wie aus Randvermerken hervorgeht, in Berlin Beachtung. Kamenka machte im wesentlichen dieselben Ausführungen wie Miljukov. Auch er ging davon aus, daß die Stellung der Sowjetregierung erschüttert sei, daß sie sich nur noch durch den Anschein der deutschen Unterstützung halte. Gäbe aber die deutsche Regierung zu verstehen – sei es durch Abberufung der Mission des Grafen Mirbach aus Moskau oder durch Scheiternlassen der Berliner Verhandlungen –, daß den Bolschewisten auch dieser letzte Halt genommen sei, würde sich sofort eine Regierung aus führenden Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit bilden mit der Losung, eine wirklich konstitutionelle Monarchie unter einem Romanov auszurufen. Treuenfels war von den Ausführungen Kamenkas beeindruckt und machte dazu folgende Bemerkungen: »Entscheidend . . . ist für mich die Überzeugung, daß unsere Politik der russischen Randstaatenbildung doch über kurz oder lang aufgegeben werden muß, weil wir nicht imstande sind, mit den in diesen Randstaaten vorhandenen Arbeitskräften lebensfähige Staatsgebilde zu schaffen und aus ihnen auch nur Bruchteile der politischen und wirtschaftlichen Vorteile zu ziehen, die uns auf dem Papier in Fülle versprochen und verbrieft werden. . . Zum Schluß will ich nur nochmals meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß auch in der Ukraine unsere politischen und wirtschaftlichen Ziele nur dann zu erreichen sind, wenn jetzt der Augenblick, durch Anschluß an die großrussisch bürgerlichen Elemente (Kadetten, die mit den Monarchisten zusammengehen und sogar auf Unterstützung bis ins Lager der gemäßigten Sozialdemokratie hinein rechnen können) im Sinne der Wiederaufrichtung einer mit uns verbündeten allrussischen, bundesstaatlich organisierten, konstitutionellen Monarchie, nicht verpaßt wird. . . Der Brester Friede war seinerzeit eine Notwendigkeit, weil seinerzeit in Rußland keine Regierung vorhanden war, mit der eine weitsichtige, dauernde Bündnispolitik hätte getrieben werden können. Jetzt aber glaube ich, daß sich die Verhältnisse gründlich geändert haben und der Augenblick für einen endgültigen Anschluß an ein im Werden begriffenes Rußland gekommen ist.« – Kühlmann vermerkte am Rand des Berichts: »Klug geschrieben, aber ich bin doch anderer Ansicht.« Diesem Urteil stimmte auch Vizekanzler Payer zu. (S. PA, Ukr 1 Bd. 17.)

⁹⁹ Mumm an AA, Kiev 1918 VI 27 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 232).

OHL und Kaiser »aufs dringendste« zu warnen, auf die Pläne der Kadetten einzugehen¹⁰⁰. Kühlmann konnte sicher sein, bei Ludendorff und Wilhelm II. besonders mit dem in dieser Warnung hervorgehobenen Hinweis auf die Ostseeprovinzen durchzudringen. Er war befriedigt, als ihm aus Wien Schützenhilfe zuteil wurde. Dort fand man es »ganz unhaltbar«, daß Miljukov, der »geschworene Todfeind« der Mittelmächte, der »selbstverständlich« in erster Linie die Existenzberechtigung des ukrainischen Staates leugne, Kiev unter dem Schutz deutscher Truppen zum Brennpunkt der Agitation von Monarchisten und Kadetten mache¹⁰¹. Obwohl Kaiser Wilhelm am 2. Juli die Sammlung »ordnungsliebender Elemente« in Kiev empfahl¹⁰², wurde Mumm vom AA angewiesen¹⁰³, zusammen mit Forgach auf »rücksichtsvolles Abschieben Miljukovs und Genossen am besten nach Großrußland« hinzuwirken. In der ukrainischen Regierung wurde gegen die Ausweisung Miljukovs Widerspruch laut, und es wäre darüber beinahe zu einer Ministerkrise gekommen¹⁰⁴. Doch verließ Miljukov Kiev noch im Laufe des Juli. Er wiederholte zwar in der Öffentlichkeit seine deutschfreundlichen Äußerungen; der deutschen Regierung war aber bekannt, daß er in engstem Kreise der Kadetten-Partei erklärt hatte, seine inneren Sympathien seien nach wie vor auf seiten der Entente geblieben¹⁰⁵.

Das AA hatte mit der Abschiebung Miljukovs leichtes Spiel gehabt. Die OHL setzte ihr keinen Widerstand entgegen, weil sie hinter dem Kadettenführer keine realen Machtmittel zu erblicken vermochte. Dagegen weigerte sie sich zunächst, dem Drängen des AA nachzugeben, ihre Verbindung mit General Krasnov, dem Ataman der Donkosaken, fallenzulassen. Diese Verbindung begann gerade im Juli sich enger zu gestalten. Sie war bald nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das Dongebiet aufgenommen worden¹⁰⁶. Die OHL hatte auf sie besonderen Wert gelegt, weil sie es für die Politik gegenüber Rußland von größtem Vorteil hielt, jenseits der Ukraine auch in den Kosakengebieten dem deutschen Einfluß zur Vorherrschaft zu verhelfen. Es war ihr bekannt, daß die im Kuban'-Gebiet

¹⁰⁰ Randverfügung Kühlmanns an Telegramm Mumm an AA, Kiev 1918 VI 22 (PA, Ru 61 Bd. 157).

¹⁰¹ Forgach an Burian, Kiev 1918 VI 28 (HHStA, PA X 152 Liasse XI d Bl. 833) und Forgach an Burian, Kiev 1918 VII 1 (ebenda Bl. 845). Dazu Note AA an k. u. k. Botschaft, Berlin 1918 VII 10 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 238).

¹⁰² Arch. Forsch. IV 1420, Ergebnis der Besprechungen in Spa 1918 VII 2/3.

¹⁰³ Telegrammentwurf AA an Mumm, Berlin 1918 VII 5 (PA, Ru 61 Bd. 158).

¹⁰⁴ Mumm an AA, Kiev 1918 VII 19 (PA, Ru 61 Bd. 159).

¹⁰⁵ Berchem an AA, Kiev 1918 VII 13 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 62). – Am 1. November 1918 berichtete Berchem dem AA, Miljukov habe auf einer Versammlung der Kadetten in Ekaterinodar die Treue der Partei zu den Verbündeten bestätigt. Er habe seine Schuld bekannt, »in der Stunde schwerer Prüfungen« mehr an Rußland als an die Verbündeten gedacht zu haben. Er sei aber glücklich, daß seine Partei ihm nicht gefolgt sei. (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 54.)

¹⁰⁶ S. Berckheim an AA, Spa 1918 VI 2 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14); Brief Groener an seine Frau, Kiev 1918 V 6 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 111); Kakljugin 79 ff.

gegen die Bolschewisten operierende Freiwilligenarmee Alekseevs sich entente-freundlich verhielt. Deshalb glaubte sie es verhindern zu müssen, daß General Krasnov, der erst am 16. Mai zum Ataman der Donkosaken gewählt worden war¹⁰⁷, sich von vornherein deutschfeindlich betätige und ein Zusammengehen mit Alekseev suche.

Kühlmann hatte sich im Mai mit Nachdruck gegen die Ausweitung der deutschen Machtsphäre in die Kosakengebiete gewandt, weil diese Gebiete nach dem Brest-Litowsker Friedensvertrag zu Großrußland gehörten und ein deutscher Vormarsch über die Grenzen der Ukraine hinaus den Bolschewisten Handhabe geben konnte, über Verletzungen des Brester Vertrages zu klagen. Am 17. Mai ließ er Ludendorff darauf aufmerksam machen¹⁰⁸, daß es nicht im deutschen Interesse liege, gerade den Donkosaken den Rücken zu stärken, da diese sich bisher immer als ausgesprochen deutschfeindlich gezeigt hätten und in letzter Zeit die Hauptstütze der reaktionär-monarchistischen Bestrebungen der Generale Kornilov und Kaledin¹⁰⁹ gewesen seien. Die Bolschewisten würden die Unterstützung dieser Bestrebungen als gegen sich gerichtet auffassen. Kühlmann fürchtete vor allem, daß ein starker Kosakenstaat sich an die Ukraine Skoropadskijs anschließen und ein wesentliches Ferment für die Konsolidierung eines einheitlichen Großrußland bilden würde. Auch hielt er es für bedenklich, Großrußland durch Lostrennung des Dongebiets völlig vom Schwarzen Meer abzuschneiden. Nach seiner Meinung würden die auf Rückbildung des früheren Rußland hinzielenden Bestrebungen aller nichtbolschewistischen Elemente an Intensität nur gewinnen, wenn man Rußland vom Meer vollkommen abschnüre.

Kühlmann fand seine Befürchtungen bald bestätigt, als er aus Kiev erfuhr, daß der Bevollmächtigte einer Kosakendelegation bei der ukrainischen Regierung, General Svečin, gegenüber Mumm offen die Bitte ausgesprochen hatte, das Dongebiet von deutschen Truppen besetzen zu lassen und Waffen zur Bekämpfung der Bolschewisten und zum Vormarsch auf Moskau zu liefern¹¹⁰. Telegrammen Mirbachs aus Moskau entnahm er, daß die bolschewistische Regierung die deutschen Beziehungen zu den ihr feindlichen Gruppen in Rußland mit außerordentlichem Mißtrauen verfolgte und Deutschland sogar Pläne zuschrieb, die sich auf Verbindungen über die Donkosaken und General Dutov (Ataman der Orenburg-Kosaken) bis nach Sibirien erstrecken sollten. Als Ludendorff mitteilte¹¹¹, er werde einen Verbindungsmann zu Krasnov schicken, warnte Kühlmann, daß die

¹⁰⁷ S. Kakljugin 69 ff.; Footman 75.

¹⁰⁸ Kühlmann an Lersner (Abschrift), Berlin 1918 V 17 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 183).

¹⁰⁹ Beide Generale lebten damals nicht mehr. Die Wahlen zum Ataman waren durch den Tod Kaledins notwendig geworden.

¹¹⁰ Kühlmann an Berckheim (Abschrift), Berlin 1918 V 31 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 168). – Über Verhandlungen General Čerjačukins, des offiziellen Vertreters Krasnovs in Kiev, mit der Heeresgruppe Eichhorn und der ukrainischen Regierung über Waffen- und Munitionslieferungen s. Čerjačukins Erinnerungen 174 ff.

¹¹¹ Berckheim an AA, Spa 1918 V 29 (PA, Ru 108 Bd. 1).

Entsendung eines Offiziers ins Dongebiet den Argwohn der bolschewistischen Regierung bestärken und Lenin schließlich ins Ententefahrwasser treiben würde. Ebenso hielt er militärische und finanzielle Hilfeleistung an Krasnov für unangebracht¹¹².

Ludendorff blieb aber auf der Entsendung eines Verbindungsoffiziers bestehen. Er begründete seinen Entschluß mit dem Wunsch Krasnovs, über einen Austausch von Gefangenen mit Deutschland zu verhandeln, bemerkte aber gleichzeitig, daß es sich dabei nicht vermeiden lasse, Krasnov »positiv zu fördern«¹¹³. In einem weiteren Telegramm¹¹⁴ teilte er mit, er müsse sich bei den unklaren Verhältnissen im südöstlichen Rußland und ihrer wichtigen Entwicklung vor »militärischen Überraschungen« schützen. Daraufhin lenkte Kühlmann ein und bat, den betreffenden Offizier in Zivil zu Krasnov zu entsenden, aber Lieferungen von Waffen und Munition zu unterlassen¹¹⁵.

Ebenso wie Ludendorff an einer Fühlungnahme mit den Donkosaken interessiert war, um »die Sphinx«¹¹⁶ am Don durchschauen zu können, lag auch Krasnov

¹¹² Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 V 30 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14). – Wilhelm II. schien große Hoffnungen in die militärische Kraft der Donkosaken zu setzen. Er vertrat aber den Standpunkt, daß sich Deutschland in der Auseinandersetzung zwischen den Kosaken und den Bolschewisten nicht einmischen dürfe und die Entwicklung der Dinge abwarten müsse. Grünau gegenüber äußerte er sich folgendermaßen: Da es sich bei den Kosaken um nicht unerhebliche Streitkräfte handle, die in Disziplin und Organisation den bolschewistischen Truppen überlegen sein dürften, bestehe die Möglichkeit, daß ein Vorgehen der Kosaken zum Sturz der Sowjetregierung führe. Er sei der Ansicht, daß die deutschen diplomatischen Vertretungen in Kiev und Moskau die Lage scharf im Auge haben müßten. Er wünsche daher, daß – »allerdings in der vorsichtigsten Form und ohne uns irgendwie den Bolschewisten gegenüber zu kompromittieren« – Fühlung mit den Persönlichkeiten genommen werde, die nach Meinung der diplomatischen Vertreter »für später« etwa in Betracht kämen. (Aufzeichnung Grünau, Spa 1918 V 26. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 120/1.)

¹¹³ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 7 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

¹¹⁴ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 7 (ebenda).

¹¹⁵ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VI 7 (ebenda). – Die Waffenlieferungen an Krasnov waren aber trotz Kühlmans Vorstellungen schon längst im Gange. Nach Angaben Krasnovs lieferten die Deutschen von Mitte Mai bis Ende Juni der Donarmee über 11 000 Gewehre, 46 Geschütze, 88 MG, über 100 000 Artilleriegeschosse und über 1 Million Gewehrpatronen. (S. Kakljugin 81.) Das gelieferte Material stammte aus russischen Beständen, die von den deutschen Truppen erbeutet worden waren. Krasnov tauschte sie gegen Naturalien (Getreide, Wolle, Vieh) ein. (S. Denikin III 61.)

Ludendorff hat dem Anfang Juni im Großen Hauptquartier weilenden Fürsten Tundutov (Ataman der Astrachan'-Kosaken) den Hauptmann von Rothkirch und Panthen als Verbindungsmann mitgegeben und sich darüber – wohl gewitzigt durch die Erfahrung bei der beabsichtigten Entsendung eines Verbindungsmannes zu Krasnov – mit dem AA gar nicht erst in Verbindung gesetzt! Rothkirch hat das Astrachan'-Gebiet freilich nie erreicht. In Novočerkassk hatte er eine Unterredung mit General Krasnov. Dieser bat dringend, mit deutschen Truppen Caricyn zu nehmen, Admiral Kolčak jenseits der Wolga die Hand zu reichen und zusammen mit ihm Moskau zu nehmen. (Schubert 20 Anm. 21. Vgl. auch unten Anm. 137.)

¹¹⁶ Piontovskij 121, Bericht Svečin an Krasnov, Novočerkassk 1918 VI 21. – Die von Piontovskij veröffentlichten Akten betreffen vor allem den Verkehr zwischen dem deutschen Oberkom-

sehr an einer Verbindung mit Deutschland. Obwohl er die deutschen Truppen in Rostov und Taganrog als »ungebetene Gäste«¹¹⁷ ansah und im Innersten, wie Miljukov, eine »russische Orientierung«¹¹⁸ verfolgte, führte ihn doch sein Kampf gegen die Roten Truppen, die seinen Herrschaftsbereich aus mehreren Richtungen bedrohten, an die Seite Deutschlands. Er gedachte, zunächst die Roten Truppen aus den Kosakengebieten zu vertreiben, sodann den alten Plan Kaledins der Zusammenfassung aller Kosaken in einen »Südostbund«¹¹⁹ zu verwirklichen und, gestützt auf diese Machtbasis, einen Zug nach Moskau zum Sturz der Bolschewisten zu unternehmen. Seine Verbindung zu den deutschen Streitkräften versuchte er vor allem zum Erwerb von Kriegsgerät und Munition zu benutzen. Krasnov hatte bald nach seiner Wahl zum Ataman einen Brief¹²⁰ an Kaiser Wilhelm gerichtet. Darin berief er sich auf die Hilfeleistung Rußlands an Deutschland in den Befreiungskriegen 1813/15 und an Österreich 1849. Er bat um Waffenhilfe gegen die Bolschewisten und ersuchte den Kaiser, die Orte Voronež und Caricyn durch deutsche Truppen besetzen zu lassen. Im Juni bot er Deutschland ein Kavalleriekorps von 40 000 Kosaken zur Verwendung an der Westfront an¹²¹. Angesichts der militärischen Schwäche Krasnovs wurde dieses Anerbieten deutscherseits nur als Geste zum Beweis seiner Deutschfreundlichkeit angesehen.

Die OHL hatte die Heeresgruppe Eichhorn angewiesen, auf Krasnovs Bitten um Waffenhilfe einzugehen. Es wurden Waffendepots angelegt und Anfang Juli der Heeresgruppe sogar 15 Millionen Rubel Subsidien übersandt¹²². Das im Raum Rostov/Taganrog stationierte Korps Knoerzer ließ sich auf die Forderung der Bolschewisten, an der Front südlich von Rostov Waffenstillstand zu schließen, nicht ein, denn es wollte durch Entblößung dieser Front die geplante Operation Krasnovs auf Caricyn nicht gefährden¹²³. Dagegen hielten es Groener und Knoerzer nicht für angebracht, die Bildung des »Südostbunds«, die Ludendorff zu fördern gedachte, zu unterstützen, da sie den Plan für »Phantasterei« ansahen¹²⁴. Am 9. Juli wurde Major Cochenhausen als Verbindungsoffizier zu Krasnov entsandt¹²⁵.

mando und der Donregierung. – Denikin wirft in seinen Erinnerungen (III 71) Krasnov Grundsatzlosigkeit vor: »Den Deutschen gegenüber sprach er . . . von gemeinsamem Kampf gegen die Alliierten und Tschecho-Slowaken; den Alliierten gegenüber, daß der Don nie von ihnen abgefallen und seine Deutschfreundlichkeit notwendig für seine Rettung und die Rettung der Freiwilligenarmee sei. . . Die Freiwilligenarmee rief er auf, zusammen mit den Donkosaken nach Norden zu gehen und sich mit den Tschecho-Slowaken zu verbinden.«

¹¹⁷ S. Anm. 116.

¹¹⁸ Vgl. seine Rechtfertigung über die ihm von seinen Gegnern nachgesagte »deutsche Orientierung« in seinen Erinnerungen 218 ff.

¹¹⁹ S. Kaklugin 92 ff.; Krasnov 234.

¹²⁰ Eine Abschrift des Briefes ging am 13. Juni an das AA. (Text in PA, Ru 108 Bd. 2.) Aus den Akten geht nicht hervor, ob der Brief in die Hände des Kaisers gelangte.

¹²¹ Berchem an AA, Kiev 1918 VI 25 (PA, Ru 108 Bd. 2).

¹²² Mumm an AA (ganz geheim, nur für AA), Kiev 1918 VII 3 (PA, Ru 108 Bd. 2).

¹²³ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 20 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 15).

¹²⁴ Mumm an AA, Kiev 1918 VII 6 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 162).

¹²⁵ Kaklugin 81.

Als Krasnov dem Korps Knoerzer mitteilen ließ, er werde sich den in Richtung Caricyn operierenden Tschecho-Slowaken anschließen, sofern diese gegen Moskau marschieren würden¹²⁶, und die Sowjetregierung über ihren Unterhändler in der Ukraine, Rakovskij, dringend um Waffenstillstand an der Front südlich von Rostov bat¹²⁷, sah das AA den Zeitpunkt gekommen, um von der OHL die Einstellung jeder Unterstützung der Kosaken zu fordern. Es verfolgte damit vor allem die Absicht, die Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden, die gerade Anfang Juli rasch in Gang gekommen waren¹²⁸, nicht zu gefährden. Unterstaatssekretär von dem Bussche ersuchte¹²⁹ am 14. Juli den in Spa weilenden Reichskanzler, im Großen Hauptquartier darauf hinzuwirken, »daß die OHL endlich die Begünstigung der Kosaken, bei der sie nach diesseitiger Überzeugung gänzlich auf der falschen Seite liegt, aufgibt, ihrem Aktionsfeld im Südosten die auf dem Brester Frieden und dem ukrainisch-russischen Interessenausgleich basierende Abgrenzung gibt und die politischen Verhältnisse drüben sich ohne aktiven Eingriff gegen die Bolschewisten entwickeln läßt«. Bussche erinnerte an den Vorteil, den das Zusammengehen mit den Bolschewisten für die deutsche Ostpolitik bedeute: »Die Bolschewisten allein haben uns die Möglichkeit des Brester Friedens verschafft und geben uns die Möglichkeit, ihn zu realisieren. Diese Realisierung braucht die OHL ebenso wie die politische Leitung.« Hertling telegraphierte¹³⁰ am folgenden Tag die Mitteilungen des AA an Hindenburg. Welch entscheidende Bedeutung er der ganzen Angelegenheit beimaß, zeigt der Umstand, daß er das von Bussche vorgeschlagene Druckmittel der Rücktrittsdrohung tatsächlich anwandte: »Die Entwicklung unseres Verhältnisses zu Rußland«, so schloß er das Telegramm, »hängt davon ab, daß jetzt eine einheitliche Politik von uns betrieben wird, für die ich die Verantwortung nur übernehmen kann, wenn auch von militärischer Seite am gleichen Strang gezogen wird.« Es folgte eine in tagelangem Telegrammwechsel¹³¹ geführte Auseinandersetzung, deren Ergebnis war, daß sich Hindenburg bereit erklärte, den Donkosaken keinerlei Unterstützung zu gewähren, »bis der Vertrag mit Joffe unter Dach gebracht« sei.

Das AA hatte sich zunächst mit seiner Forderung durchgesetzt. Die Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag wurden aber noch einmal empfindlich gestört, als die Sowjetregierung davon erfuhr, daß Skoropadskij die Don-Republik

¹²⁶ Kühlmann an Lersner (darin Mumm an AA), Berlin 1918 VII 7 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16).

¹²⁷ Bussche an Lersner für Rk (darin Mumm an AA), Berlin 1918 VII 14 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 51/2).

¹²⁸ S. u. S. 281.

¹²⁹ S. Anm. 127.

¹³⁰ Rk an AA (darin Rk an Hindenburg), Spa 1918 VII 15 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 103/4).

¹³¹ Rk an AA (darin Hindenburg an Rk), Spa 1918 VII 17 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 143). Telegrammentwurf Bussche an Lersner, Berlin 1918 VII 19 (ebenda Bl. 177). Berckheim an AA (darin Hindenburg an Rk), Spa 1918 VII 22 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 39/40). Hintze an Lersner, Berlin 1918 VII 23 (ebenda Bl. 43). Lersner an AA (darin Hindenburg an Rk), Spa 1918 VII 26 (ebenda Bl. 125/6).

anerkannt habe¹³² und ein Abgesandter Krasnovs, der Herzog von Leuchtenberg, ins deutsche Hauptquartier gefahren sei. Sie mußte in diesen Aktionen eine Illoyalität des deutschen Vertragspartners erblicken, der sich in Artikel 4 des Ergänzungsvertrages verpflichtete, »sich in die Beziehungen zwischen dem russischen Reiche und seinen Teilgebieten in keiner Weise ein[zu]mischen«. Der Herzog Nikolaj von Leuchtenberg¹³³, ein Vetter des Prinzen Max von Baden¹³⁴, war Mitte August in Begleitung General Čerjačukins, des Vertreters Krasnovs in Kiev, ins Große Hauptquartier¹³⁵ gefahren, um Kaiser Wilhelm einen Brief

¹³² S. Čerjačukin 193; Reshetar 186/7. Dem AA kam der Vertragsabschluß zwischen der Ukraine und den Donkosaken überraschend. Er könne nur, telegraphierte Bussche am 16. August an Mumm, den Charakter einer den deutschen Interessen widersprechenden Kooperation beider Parteien im großrussischen Sinne tragen und sei unter diesem Gesichtspunkt wenig erwünscht. Außerdem würde er russischerseits auf das deutsche Konto gesetzt und als vertragswidrige Förderung von Losreißungsbestrebungen aufgefaßt werden. Die Ukraine hätte besser daran getan, vor Abschluß des Vertrages mit Deutschland in Verbindung zu treten. Schließlich erscheine der Vertrag in einem Zeitpunkt, da sich die Ukraine mit Großrußland in Friedensverhandlungen befinde, wenig loyal. (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 1.) Mumm antwortete am 20. August, daß es dem Hetman kaum zu verargen sei, wenn er versuche, durch Schaffung stabiler Verhältnisse an der Südostgrenze die Stellung der Ukraine nach außen hin zu stärken. Für Deutschland liege der Vorteil des Vertragsabschlusses darin, daß damit die Möglichkeit erhalten bleibe, »zu den sonst unfehlbar in die Arme der Entente getriebenen Kosaken« in Beziehungen zu treten. Die Gefahr einer feindlichen Stellungnahme der Kosaken gegen die Ukraine habe aus militärischen Gründen im Hinblick auf die schon an sich sehr kärglich bemessene deutsche Truppenzahl unbedingt ausgeschaltet werden müssen. (PA, Ru 108 Bd. 3.)

¹³³ Sein jüngerer Bruder Georgij war der Organisator der sog. Südarkmee. S. dazu G. Leuchtenberg 166 ff.; Krasnov 209; Miljukov II 67/8. – Mit der Bildung der Südarkmee wurde Ende Juli im Gouvernement Voronež begonnen. Das deutsche Oberkommando gedachte in ihr ein Gegengewicht gegen die Freiwilligenarmee Alekseevs zu schaffen und versprach Leuchtenberg deshalb, mit Geld zu helfen und die Werbung von Offizieren und Soldaten in der Ukraine nicht zu behindern. Ziel der Südarkmee war, die Bolschewisten zu stürzen und eine konstitutionelle Monarchie zu errichten. Die bunt zusammengewürfelte Armee kam über einen Bestand von kaum 2000 Mann nicht hinaus und wurde nach Weltkriegsende den Truppen Krasnovs eingegliedert.

¹³⁴ S. den Auszug aus einem Brief des Prinzen Max von Baden an Grünau, von diesem 1918 VII 30 dem AA übersandt, in PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16. Die Leuchtenbergs waren uneheliche, legitimierte Söhne des ältesten Onkels des Prinzen. Georg hatte eine Zeitlang in Deutschland (Kloster Seon) gelebt und war mit Kronprinz Rupprecht gut bekannt. In einem an diesen gerichteten Brief vom August 1918 schrieb er: »Der schimpfliche, verräterische und verbrecherische Brester Frieden kann als solcher von der Monarchie *nie* in seinem ganzen Umfange *anerkannt* werden, ohne das Nationalgefühl gefährlich zu verletzen. . . Machen Sie doch all Ihren Einfluß an der zuständigen Stelle geltend, damit endlich einmal uns Russen und Ukrainern reiner Wein eingeschenkt wird: entweder will Deutschland ein schwaches geteiltes Rußland, das dann sicherlich aus steten Revanchegelüsten *gegen Deutschland* weiterarbeiten wird, und, wer weiß, mit Ententehilfe schließlich recht unbequem werden kann, oder Deutschland erklärt, es will doch *ein einiges Rußland*, aber ein *ihm befreundetes*, später verbündetes und monarchistisches. . .« (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 177/80.)

¹³⁵ Krasnov zog es vor, bei der Entsendung seiner Vertreter die deutschen politischen Instanzen zu umgehen, da er von der Abneigung des AA, mit ihm in Verbindung zu treten, wußte. S. Čerjačukin 195.

Krasnovs zu überbringen. Der Brief¹³⁶ enthielt die schon im ersten Schreiben ausgesprochenen Bitten: Anerkennung des Dongebiets durch Deutschland, Einwirkung auf die Sowjetregierung, ihre Truppen aus dem Dongebiet zurückzuziehen und Friedensverhandlungen mit der Donregierung anzubahnen, militärische Beteiligung an der Einnahme der strategischen Punkte Caricyn¹³⁷ und Vornež, Lieferung von Waffen, Munition und Kriegsgerät und Bau von Waffenfabriken. Als Gegenleistung versprach Krasnov, während des Weltkriegs volle Neutralität zu beobachten und in seinen Herrschaftsbereich keine deutschfeindlichen Streitkräfte hereinzulassen. Ferner wollte er Deutschland das ausschließliche Recht auf Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gewähren und ihm bei Kapitalinvestitionen in Wirtschaftsunternehmen des Dongebiets Privilegien einräumen.

Leuchtenberg und Čerjačukin wurden am 19. August von Ludendorff und Hindenburg in Avesnes empfangen¹³⁸. Da aber am selben Tag im Großen Hauptquartier ein Telegramm aus Kiev einlief, das von der durch Verrat zustande gekommenen Veröffentlichung des Krasnov-Briefes in verschiedenen Zeitungen des Dongebiets berichtete, trat Ludendorff der Mission mit einigem Mißtrauen entgegen. Eine Übergabe des Briefes an den Kaiser kam nicht mehr in Frage. Ludendorff bat aber das AA, eine Verständigung zwischen der Don- und der Sowjetregierung zu vermitteln, »um den bei uns Anschluß suchenden Krasnowschen Anhang nicht sofort in das feindliche Lager zu schicken«¹³⁹. Staatssekretär Hintze, der die Delegation auf Ersuchen Ludendorffs – aber mit großem Widerstreben (kurz vor Unterzeichnung des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages!) und nur privatim – in Berlin empfing, erklärte sich zur Vermittlung bereit, zweifelte aber nicht, daß sich die Bolschewisten auf eine Auseinandersetzung mit Krasnov nicht einlassen würden, wenn als Grundlage dafür die Anerkennung des Dongebiets als eines selbständigen Staates dienen würde¹⁴⁰. Die Sowjetregierung protestierte auch sofort gegen die Anwesenheit Leuchtenbergs in Berlin¹⁴¹, und Rakovskij erklärte auf der russisch-ukrainischen Friedenskonferenz in Kiev, daß die Sowjetregierung das Don-Territorium als aufrührerisches Gebiet betrachte, das zum Bestand der Sowjetrepublik gehöre, und hielt das Ansinnen, direkte

¹³⁶ Text (Übersetzung, undatiert) in PA, Ru 108 Bd. 3. Russischer Text (meist auf den 10. Juli datiert) auszugsweise bei Krasnov 210 ff.; Denikin III 66/7; Čerjačukin 196 ff.; Kakljugin 94/5.

¹³⁷ Krasnov schreibt in seinen Erinnerungen (213), das *deutsche Oberkommando* habe ihm Teilnahme deutscher Truppen an der Eroberung Caricyns vorgeschlagen. Er habe jedoch abgelehnt in der Hoffnung, mit der Freiwilligenarmee nach Norden marschieren und Caricyn besetzen zu können. In den deutschen Akten ist ein derartiger Vorschlag nicht zu ermitteln. Die Briefe Krasnovs an Wilhelm II. beweisen eindeutig, daß der Kooperationsvorschlag von ihm, Krasnov, ausging. S. auch Anm. 115.

¹³⁸ Čerjačukin 199 ff.

¹³⁹ Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 21 (PA, Ru 108 Bd. 3).

¹⁴⁰ Telegrammentwurf AA an Mumm, Berlin 1918 VIII 26 (PA, Ru 108 Bd. 3).

¹⁴¹ Dokumenty I 434/5, Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 25.

Verhandlungen mit Krasnov zu führen, für eine Beleidigung der Sowjetregierung¹⁴².

Der Herzog von Leuchtenberg, der geglaubt hatte, in Berlin als Botschafter akkreditiert zu werden¹⁴³, mußte seine Mission als gescheitert ansehen¹⁴⁴. Hintze konnte endlich am 27. August mit Joffe den Berliner Ergänzungsvertrag unterschreiben. Die OHL mußte die Heeresgruppe Kiev und Major Cochenhausen anweisen¹⁴⁵, bei den weiteren Beziehungen mit Krasnov die Bestimmung des Artikels 4 zu beobachten – eine Bestimmung, die sich, wie es in der Weisung hieß, nicht habe vermeiden lassen, »um andere größere Vorteile zu erreichen«.

Zu diesen Vorteilen gehörte u. a. die Lieferung von bestimmten Gold- und Rubelmengen, zu der sich die Sowjetregierung in dem ebenfalls am 27. August abgeschlossenen Finanzabkommen¹⁴⁶ verpflichtete. Auf die Rubelsendungen hatte während der Verhandlungen besonders die Reichsbank gedrängt; sie sollten, wie am 26. August der am Zustandekommen des Vertrags maßgeblich beteiligte Abgeordnete Stresemann an die Mitglieder der Nationalliberalen Reichstagsfraktion schrieb¹⁴⁷, zur Bezahlung der neuen Ernte in der Ukraine dienen, da der Reichsbankpräsident die Hergabe von Mark ablehne. Stresemann hoffte, daß Deutschland damit über die Zahlungsschwierigkeiten in der Ukraine hinwegkommen und die Getreidelieferung, die nach seinen Ermittlungen bisher 50 000 t für Deutschland und Österreich zusammen betragen habe, wesentlich zügiger erfolgen würde.

Stresemann knüpfte überhaupt große Erwartungen an die Auswirkungen des neuen Ergänzungsvertrages. Da er eine Wendung im Westen zugunsten der deutschen Waffen nicht mehr für möglich hielt, glaubte er, die deutsche Politik müsse nun dahin gehen, »im Osten das Erreichte festzuhalten, da es zweifelhaft ist, ob wir die westlichen Kriegsziele verwirklichen können«¹⁴⁸. Dieser Gedanke taucht immer wieder in Briefen Stresemanns aus dem September 1918 auf. An Kommerzienrat Ludwig Stollwerck schrieb er: »Vielleicht wendet sich das ganze Gesicht Deutschlands in Zukunft etwas mehr dem Osten zu, und wir finden dort einigen Ersatz für das, was auf dem Gebiete des überseeischen Wettbewerbs vor-

¹⁴² Denikin III 69. – Die Heeresgruppe meldete Ende August ans Große Hauptquartier: »Sondierung Rakowskis durch Botschafter ergab völlige Abneigung einer Verständigung mit Krassnow als strengem Monarchisten. Dagegen scheint Sowjetregierung selbst Gedanken einer Verständigung mit Kosaken an sich zu haben in der Hoffnung, auf sie wieder in bolschewistischem Sinne einwirken zu können.« Neben den hervorgehobenen Satzteil schrieb Hintze: »Richtig, ist auch das beste.« (Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 30. PA, Ru 61 Bd. 162.)

¹⁴³ Čerjačukin 195.

¹⁴⁴ Er kehrte nicht ins Dongebiet zurück, sondern reiste zu seiner Familie nach Norwegen. S. G. Leuchtenberg 169.

¹⁴⁵ Berckheim an AA, Spa 1918 IX 2 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).

¹⁴⁶ S. u. S. 297/8.

¹⁴⁷ PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 185 H 134 376.

¹⁴⁸ Brief Stresemann an Trittel, 1918 IX 4 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195 H 135 963).

läufig für uns nicht zu erlangen ist.«¹⁴⁹ Seine Vorstellungen über den künftigen Frieden faßte er einmal in die Formel: »Desinteressement der Feinde im Osten, dafür Desinteressement Deutschlands im Westen.«¹⁵⁰

Diese Hoffnungen, die Stresemann in den Ergänzungsvertrag setzte, stehen in starkem Mißverhältnis zu den greifbaren Ergebnissen der deutschen Politik im Osten, besonders aber in der Ukraine. Persönlichkeiten, die anders als Stresemann mit den Verhältnissen an Ort und Stelle vertraut waren, gestanden das Fiasko der deutschen Ukrainepolitik unumwunden ein. So charakterisierte ein Mitglied der Wirtschaftsdelegation, Hugo Lindemann, in einem Brief¹⁵¹ an Bussche die Lage in der Ukraine dahin, daß Deutschland und Österreich zusammen etwa 600 000 Mann Streitkräfte im Lande unterhielten, »die an anderen Fronten weit nutzbringender verwendet werden könnten«. Die Gegenleistung der Ukraine für die Aufrechterhaltung eines »halbwegs normalen politischen und wirtschaftlichen Zustandes« sei nichts anderes als die Selbstverpflegung der Besatzungstruppen. Die große Erbitterung, die durch »die oft ganz ungerechtfertigten Umfang annehmenden Requisitionen« hervorgerufen worden sei, und die Widerstände, zu deren Bekämpfung die Truppen im Lande seien, hätten diese durch ihr Auftreten zum Teil erst selbst geschaffen. – Graf Forgach meldete einmal nach Wien, daß man sich in der Ukraine auf einem revolutionär vollständig unterwühlten Boden befinde, »wo Raub, Mord, Totschlag, blutige Revolten, Bandenkämpfe, Brände, Explosionen, standrechtliche Justifizierungen usw. zu alltäglichen Erscheinungen gehören«¹⁵². Und ein andermal telegraphierte er: »Die erste Explosion des Pulverfasses, auf dem wir hier sitzen, würde wahrscheinlich sehr stark und blutig sein, weil Elemente, die von unseren Truppen kaum zurückgehalten werden können, die Oberhand gewinnen.«¹⁵³

¹⁴⁹ 1918 IX 6 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 194 H 135 711).

¹⁵⁰ Brief Stresemann an Dingeldey, 1918 IX 3 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195 H 136 088).

¹⁵¹ Kiev 1918 IX 27 (PA, Ukr I Bd. 24).

¹⁵² Forgach an Burian, Kiev 1918 VII 3 (HHStA, PA X 152 Liasse XI d Bl. 853).

¹⁵³ Minc/Gorodeckij 177, Forgach an Burian, Kiev 1918 VII 20. Am 30. Juli war Feldmarschall von Eichhorn einem Attentat zum Opfer gefallen. Der Mörder war vom Moskauer Komitee der Linken Sozialrevolutionäre zu der Tat bestimmt worden. (S. Schultheß 1918 II 493/4. Zur Vorbereitung des Attentats s. die Darstellung einer Komplizin des Mörders, Irene Kachovskaja, Souvenirs 19 ff., besonders 63 ff. und ihren Bericht Terrorističeskij akt 215 ff.) Im Unterschied zu der am 6. Juli erfolgten Ermordung Mirbachs (s. u. S. 224), die wesentlich mit gegen die Sowjetregierung gerichtet war, bedeutete das Attentat in Kiev einen Akt des auch von den Bolschewisten mit allen Mitteln geförderten Kampfes um die »Befreiung« der Ukraine von der deutschen Besetzung. Ebenfalls im Unterschied zum Moskauer Gesandtenmord hat die Sowjetregierung den Versuch zu einer moralischen Verurteilung des Geschehenen nicht unternommen, sondern ließ es im Gegenteil zu, daß die offiziöse Presse das Kiever Attentat unverhohlen billigte. (S. Paquet 44/5; Bothmer, Mirbach 119; Helfferich III 482 ff.) Lockhart (308) berichtet, wie Čičerin die erste Nachricht vom Tode Eichhorns aufnahm: "I was sitting with Chicherin and Karachan when the news was conveyed to them by telephone. They made no concealment of their joy – especially Chicherin, who turned to me and

Auch in Kreisen der Reichsregierung machten sich im September die stärksten Zweifel an der Richtigkeit der deutschen Ukrainepolitik bemerkbar. Staatssekretär Hintze hatte ebenso wie Groener und Ludendorff die Ukraine nie anders denn als »künstliches Gebilde«¹⁵⁴ angesehen: »Wir brauchen nur unsere Truppen aus der Ukraine zurückziehen, und sie fällt automatisch an Rußland zurück.« Er glaubte aber noch nicht aus dieser Erkenntnis die Forderung auf einen deutschen Rückzug stellen zu müssen. Denn »dann haben wir die von dem Brester Friedensvertrag erwartete Verbesserung unserer Kornversorgung in den Wind gestreut«¹⁵⁵. In einer Sitzung¹⁵⁶ des preußischen Staatsministeriums vom 3. September sprach sich Graf Roedern, Staatssekretär des Reichsschatzamtes, aus finanziellen und militärischen Gründen dafür aus, daß »der militärische Apparat« in der Ukraine wesentlich beschränkt werde. Dagegen hielt der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, von Waldow, die Aufrechterhaltung der Besetzung »aus Ernährungsrücksichten« für notwendig, obwohl er ein paar ernüchternde Zahlen mitteilte: Deutschland gehe in das neue Wirtschaftsjahr mit einer Mehrbelastung von 600 000 t Brotgetreide hinein, habe aber tatsächlich bisher erst 13 000 t erhalten!

Auch die OHL war – nach den vorliegenden Quellen etwa seit Mitte August¹⁵⁷ – an den Gedanken herangetreten, die Besatzungstruppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Besonders das Armeeoberkommando Baden hatte zur Prüfung dieser Eventualität gedrängt¹⁵⁸. Konkrete Erörterungen darüber fanden aber erst im Oktober zwischen der OHL und der Regierung Max von Baden¹⁵⁹ statt. Es

said: 'You see what happens when foreigners intervene against the wishes of the people.'” – Die Bedeutung, die in deutschen Armeekreisen der Persönlichkeit Eichhorns beigemessen wurde, geht aus einer handschriftlichen undatierten Aufzeichnung Groeners hervor: »Der Tod Generalfeldmarschalls von Eichhorn bedeutet nicht allein den Ausfall eines der besten [?] deutschen Armeeführer und ausgezeichneten Generals, es war ein unersetzlicher Verlust, der Kaiser, Heer und Volk betroffen hatte, denn Eichhorn war der einzige, der für den Fall eines Wechsels der OHL nach seinen überragenden geistigen Fähigkeiten, seiner Weisheit und strategischen und politischen Urteilskraft in Betracht kam.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/157 Bl. 2.)

Nachfolger Eichhorns wurde Generaloberst Graf Kirchbach. Der sozialdemokratische Politiker Keil schreibt in seinen Erinnerungen (I 404), Kirchbach habe der Ostpolitik der deutschen Regierung recht kritisch gegenübergestanden und besonders beanstandet, daß man im Osten viele hunderttausend deutsche Soldaten gebunden habe, während im Westen die Front ins Wanken geraten sei.

¹⁵⁴ Arch. Forsch. IV 1517, Aufzeichnung über die Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Berlin 1918 IX 2.

¹⁵⁵ Protokoll einer Besprechung Hintzes mit Pressevertretern im AA, Berlin 1918 VIII 20 (PA, D 122 Nr. 2 r Bd. 1).

¹⁵⁶ Protokoll in Arch. Forsch. IV 1521 ff.

¹⁵⁷ S. WUA IV 3 S. 23.

¹⁵⁸ S. Minc/Gorodeckij 176, Burian an Forgach, Wien 1918 VIII 17 und ebenda 176/7, Forgach an Burian, Kiev 1918 VIII 20. Dazu s. Arz 282.

¹⁵⁹ Die am 5. Oktober im Reichstag abgegebene Erklärung des Prinzen Max (s. u. S. 327), daß der Vertrag von Brest-Litowsk kein Hindernis für den künftigen Frieden darstellen, d. h. daß

handelte sich dabei in erster Linie um die Frage, ob durch eine Zurücknahme der Truppen aus den besetzten Gebieten die Verschlechterung der strategischen Lage im Westen ausgeglichen werden könnte. Die Beantwortung dieser Frage hing davon ab, wie hoch der Kampfwert des Ostheeres¹⁶⁰ einzuschätzen war und ob wirtschaftliche und politische Rücksichten eine Räumung rechtfertigen würden.

man sich in eine Revision des Brester Friedens einlassen werde, bezog sich nicht auf den Vertrag zwischen den Vierbundmächten und der Ukraine. Es ist erstaunlich, daß man gerade in der neuen von den Mehrheitsparteien getragenen Regierung an dem Gedanken einer unabhängigen Ukraine unbedingt festhalten wollte. Besonders der sozialdemokratische Abgeordnete Südekum forderte eine »Ukrainisierung« der Hetman-Regierung, d. h. die Zurückdrängung des großrussischen Einflusses und Stärkung des nationalukrainischen Elements in der Kiever Regierung. Südekum stellte für die Ukrainepolitik ein 8-Punkte-Programm auf, das Staatssekretär Solf der deutschen Botschaft in Kiev am 10. Oktober als Richtlinie mitteilte. (S. Minc/Ejdeman 160, Solf an Mumm, Berlin 1918 X 10. Dazu Brief Südekum an Nikowski, 1918 X 14. BA, Nachlaß Südekum, Nr. 104 Bl. 201/2.) In einem am 14. Oktober an die OHL gerichteten Telegramm hielt es das AA für erforderlich, die internationale Anerkennung der Ukraine und ihre Aufnahme in den Völkerbund herbeizuführen. (Telegrammentwurf AA an Hintze, Berlin 1918 X 14. PA, Ukr 1 Bd. 25.) Südekum sollte sich mit einem Beamten (wahrscheinlich Nadolny) des AA »zur Ausführung« seines Programms nach Kiev begeben. Groener hatte schon am 19. Oktober eine Kabinettsumbildung gemäß dem neuen Programm bewerkstelligt. (S. Reshetar 193.) Er schrieb dazu am 20. Oktober in einem Brief an seine Frau: »In der Sache wird's nicht allzuviel ändern, man legt eben statt des einen Mantels einen anderen um. Ich selbst halte längst unsere Ostpolitik nicht für die zweckmäßigste, aber wir sind auch hier, wie im Westen, zwangsläufig im Gleise und haben die psychologischen Momente zum Abschwanken in neue politische Richtungen versäumt.« (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/32 Bl. 228.) Auch die deutsche Botschaft in Kiev hielt die in Berlin vertretene Ukrainepolitik für verfehlt. In seinen Meldungen an das AA nahm Legationsrat Berchem, der Ende Oktober die Geschäfte des Botschafters führte, kein Blatt vor den Mund, wie der folgende Auszug aus einem Telegramm vom 23. Oktober zeigt: »Ich halte mich aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß unsere Politik einer selbständigen unabhängigen Ukraine im Lande nicht die starken politischen und wirtschaftlichen Stützen findet, die gewisse deutsche Kreise immer noch voraussetzen. Diese Auffassung wird nicht nur von allen militärischen Stellen, sondern vor allem auch von allen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Ukraine vertrauten deutschen Kaufleuten und Industriellen geteilt.« (PA, Ukr 1 Bd. 25.) Diese und ähnliche Warnungen Berchems ließen dem AA die Reise Südekums für unzumutbar erscheinen.

¹⁶⁰ Nach dem vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß abgegebenen Gutachten General von Kuhls betrug die Gesamtstärke der deutschen Osttruppen am 21. März 1918 53 Divisionen und 13 Brigaden (im Westen 192 Divisionen und 3 Brigaden); das waren über eine Million Soldaten. Bis zum 22. Mai waren vom Osten 15, bis zum November weitere 10 Divisionen abgezogen worden. Die Gesamtkopfstärke der deutschen Osttruppen betrug am 1. Oktober 1918 etwas über 500 000 Mann. (WUA IV 3 S. 6 ff.) Die im offiziellen deutschen Weltkriegswerk darüber gemachten Angaben weichen von denen Kuhls erheblich ab. (S. Der Weltkrieg XIII 397/8.) Danach standen am 21. März noch 43 Divisionen, Anfang November 34 Divisionen im Osten. Die Zahlen Kuhls scheinen verlässlicher zu sein, zumal die von ihm angegebene Truppenstärke im Oktober mit den von Oberst Heye und General Hoffmann am 17. Oktober genannten Zahlen (Die Regierung Max 222) in etwa übereinstimmen. – Nach Arz (242) bestand die österreichisch-ungarische »Ostarmee« in der Ukraine aus 10 Divisionen. General Krauß, Oberbefehlshaber der Ostarmee, beziffert in seinen Erinnerungen (261) die Truppenzahl auf 250 000.

Ludendorff wies am 9. Oktober in einer Besprechung¹⁶¹ beim Reichskanzler darauf hin, daß die Ukraine an Deutschland »wertvolle Rohstoffe« geliefert habe und die besetzten Gebiete »die Bildung einer bolschewistischen Front« verzögert hätten. Diese Angaben präzierte er in einer Sitzung¹⁶² des Gesamtkabinetts vom 17. Oktober. Auf die Frage des Reichskanzlers, ob die Osttruppen dem Westheer eine solche Stoßkraft geben könnten, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden, antwortete er, diese Truppen besäßen nur noch »eine gewisse Abwehrkraft«. General Hoffmann, der bei der Besprechung zugegen war, entwarf ein trauriges Bild vom Geist des Ostheeres¹⁶³: Die bolschewistischen Ideen hätten sehr überhandgenommen. Die Gefahr des Bolschewismus hielten er und Ludendorff für besonders groß, denn sie glaubten, daß sie bei Zurücknahme der Truppen auch nicht mehr von Deutschland selbst zurückgehalten werden könne. Auf den Einwand Solfs, bei der Räumung der Ukraine würden die Bolschewisten »in der wildesten, fürchterlichsten Weise« im Lande hausen, entgegnete Ludendorff, daß nur »das Heil des deutschen Vaterlandes« maßgebend sei, und falls dieses es erfordere, die Räumung durchgeführt werden müsse »trotz aller schauerhaften Folgen«.

Am 22. Oktober forderte Roedern in einem an die OHL gerichteten Schreiben¹⁶⁴ die Liquidation der Ukraine-Besetzung: »Die finanziellen Lasten, die das Ukraine-Unternehmen dem Reiche und der deutschen Wirtschaft auferlegt¹⁶⁵, stehen in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen¹⁶⁶, die uns die Ukraine bisher

¹⁶¹ Protokoll in Die Regierung Max 115 ff.

¹⁶² Protokoll ebenda 220 ff.

¹⁶³ S. dazu auch Reichskriegsministerium 4 ff.

¹⁶⁴ Schreiben Roedern an Chef des Generalstabes (Abschrift), Berlin 1918 X 22 (PA, Ukr I Bd. 25).

¹⁶⁵ Roedern meinte damit vor allem die an die ukrainischen Eisenbahnverwaltungen gezahlten Vorschüsse für rückständige Löhne usw. (sie beliefen sich bereits im Mai 1918 auf 21½ Millionen Mark), die Kohlelieferungen, die trotz der Besetzung des Donebeckens fortgeführt wurden (bis zum September waren 21 428 Waggons Kohle aus Deutschland in die Ukraine gegangen; s. Reshetar 179), besonders aber die von der ukrainischen Regierung zugesagte Bezahlung der Kosten der deutschen Besetzung.

¹⁶⁶ Nach einer Statistik der Eisenbahnzentralstelle Kiev vom 4. November 1918 ist aus der Ukraine während der ganzen Zeit der Besetzung bis zum 26. Oktober über die einzelnen Grenzstellen Brest, Lemberg, Schwarzes Meer folgendes ausgeführt worden (s. WUA IV 3 S. 31):

Lebensmittel	22 148	Waggons
Getreide	9 132	„
Rohstoffe	3 465	„
	<u>insgesamt</u>	<u>34 745</u> Waggons
davon nach Deutschland	14 162	Waggons
„ „ Österreich-Ungarn	19 898	„
„ „ Bulgarien	130	„
„ „ der Türkei	195	„

Geringfügig höhere Zahlen nach Angaben offenbar derselben Stelle vom 28. November 1918 in Minc/Ejdeman 232.

geboten hat und uns voraussichtlich für eine absehbare Zukunft bieten kann. . . Im übrigen ist von der Finanzierungsfrage abgesehen das bisherige Ergebnis der Getreideeinfuhr aus der Ukraine . . . ganz verschwindend gering und für die deutsche Ernährungswirtschaft ohne jede Bedeutung gewesen, ohne daß für die Zukunft nach den Ausführungen Getreide-Sachverständiger mit einer irgendwie beträchtlichen Besserung zu rechnen ist. . . Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß eine weitere Aufrechterhaltung der Besetzung . . . auch mit Rücksicht auf eine spätere Zukunft zum Besten unserer Industrie . . . kaum mehr begründet werden kann.« – Damit war wohl das schärfste Urteil von einem Mitglied der Reichsregierung über das Scheitern des deutschen Ukraine-Unternehmens gefällt worden.

Am selben Tage, als der Reichsschatzsekretär dieses Schreiben an den Chef des Generalstabes sandte, reiste der ukrainische Außenminister Dorošenko nach Berlin, um von der deutschen Regierung die Zusicherung zu erwirken, daß bis zur Bildung einer ukrainischen Armee die deutschen Truppen nicht zurückgezogen würden. Staatssekretär Solf konnte ihm nur noch antworten, es sei besser, er gehe jetzt nach London und Paris¹⁶⁷. – Dorošenko war einer der letzten Gäste, die von der kaiserlichen Regierung in Berlin empfangen wurden.

* * *

Während mit dem Ukraine-Unternehmen weder von der Reichsleitung noch auch von der OHL (abgesehen von deren Verbindungen mit Krasnov) weitgehende politische Absichten verknüpft wurden, trifft eine solche Beurteilung – was die OHL angeht – auf die Besetzung der Krim nicht zu. Die Vorstellungen, die Ludendorff über das künftige Schicksal der Halbinsel am Schwarzen Meer hegte, lassen wohl am eindrucksvollsten die Impulsivität und zugleich Verstiegtheit seines ostpolitischen Denkens und Handelns erkennen.

Der im Verlauf der Ukraine-Expedition erfolgte Einmarsch¹⁶⁸ in die Krim verletzte eindeutig die Bestimmungen des Brest-Litowsker Friedensvertrages. Die Sowjetregierung protestierte seit der Einnahme Odessas (am 14. März) mehrmals

Czernin (345/6) gibt auf Grund einer statistischen Zusammenstellung des Staatssekretärs für Ernährungswesen etwas abweichende Zahlen an. Danach betrug die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine an die vier Staaten der Mittelmächte insgesamt 42 000 Waggons. Darin sind offenbar 15 000 auf Schmuggelwegen an diese vier Länder gelangte Waggons enthalten.

¹⁶⁷ Reshetar 195/6. – Mit dem Abzug der deutschen Truppen aus der Ukraine im Winter 1918/19 war auch die Periode des Hetmanats Skoropadskijs vorüber. Skoropadskij floh im Dezember aus der Ukraine. Er gelangte, bis zur Unkenntlichkeit von einem deutschen Militärarzt eingepigst, mit einem Transport Schwerverletzter nach Deutschland. Seit 1919 lebte er in Berlin-Wannsee. Im April 1945 kam er während eines Bombenangriffs im Zug auf der Fahrt nach Oberstdorf um. (S. Blücher 41; Reshetar 204 ff.)

¹⁶⁸ Der Weltkrieg XIII 383/4; Kirimal 175. – Der Wert der reichhaltigen Arbeit Kirimals liegt besonders darin, daß er (krim-)türkische Memoirenliteratur verwendet.

in Berlin gegen das Vordringen der deutschen Truppen an der Küste des Schwarzen Meeres und bezeichnete die Krim als zu Sowjetrußland gehörig¹⁶⁹. Das AA teilte zwar der Sowjetregierung mit, daß es die Krim nicht als ukrainisches Territorium betrachte¹⁷⁰ und sich in die staatsrechtliche Gestaltung der Krim nicht einzumischen beabsichtige¹⁷¹. Der OHL aber stimmte es zu¹⁷², daß die inzwischen von den Bolschewisten gestürzte »Tatarische Regierung«, die sich im Sommer 1917 in Simferopol' gebildet hatte, wiederhergestellt und sich später an die Ukraine anlehnen werde. Diese Regierung würde durch die von der rumänischen Front abgezogenen muselmanischen Truppen der ehemaligen russischen Armee unter General Sul'kevič ausgerufen werden. Eine Mitwirkung deutscher Truppen bei dieser Aktion wünschte das AA nicht. Ludendorff rechtfertigte das nun doch erfolgte Vordringen des Korps Kosch mit der Notwendigkeit, das »Seeräubernest« Sevastopol' auszunehmen, nachdem die dort stationierte russische Schwarzmeerflotte an den Kämpfen um Cherson und Nikolaev teilgenommen habe. Dahinter stand sein Wunsch, »die Vorräte und Ausfuhrhäfen der Krim [für Deutschland] ... nutzbar zu machen«. Gleichzeitig wollte er der Türkei die Möglichkeit einräumen, sich »im Hinblick auf den möglichen Verlust von Mesopotamien und Palästina« in der Krim zu entschädigen. Das AA erhob gegen diese Absicht Widerspruch: Es fürchtete die Entstehung eines türkisch-ukrainischen Gegensatzes und erblickte überhaupt in einer auf russische Kosten erfolgten türkischen Expansion und in der Ablenkung der Türkei von den arabischen Gebieten die Gefahr einer türkisch-englischen Verständigung, die ihm im Interesse der deutschen Orientpolitik unerwünscht war.

Aus den Akten geht hervor, daß man im AA eine Anlehnung der Krim an die Ukraine nur befürwortete, um die neuerliche Absicht Ludendorffs, eine selbständige tatarische Republik »unter dem Schutz der deutschen Waffen«¹⁷³ zu begründen, möglichst zu durchkreuzen. Kühlmann forderte¹⁷⁴ am 2. Mai von Bukarest aus die OHL auf, sich jeder aktiven Förderung der Selbstständigkeitsbestrebungen auf der Krim zu enthalten, »da das junge Staatswesen bei den sicher zu erwartenden Schwierigkeiten mit Rußland oder der Ukraine sonst einen Anspruch auf Unterstützung und Schutz gegen uns erheben könnte«. Unterstaatssekretär von dem Bussche gab Kühlmanns Forderung zunächst nicht an das Große Hauptquartier weiter. Er fürchtete, daß die Militärs doch nicht dementsprechend verfahren, sondern versichern würden, »nach dem Muster von Livland

¹⁶⁹ Dokumenty I 215/6, Funkspruch russisches Außenkommissariat an deutsches AA, Moskau 1918 III 26. Ebenda 253/4, Funkspruch Čičerin an deutsches AA, Moskau 1918 IV 22. Ebenda 275/6, Note Joffe an deutsches AA, Berlin 1918 IV 29.

¹⁷⁰ Dokumenty I 217, Funkspruch deutsches AA an russisches Außenkommissariat, Berlin 1918 III 29.

¹⁷¹ Bussche an Mirbach (Abschrift), Berlin 1918 IV 23 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11).

¹⁷² Aufzeichnung, Berlin 1918 IV 9 (PA, Ukr I Bd. 6). Das folgende nach dieser Aufzeichnung.

¹⁷³ Berckheim an AA, Spa 1918 IV 28 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12).

¹⁷⁴ Kühlmann an AA, Bukarest 1918 V 2 (PA, Ru 61 Bd. 152).

und Estland vorzugehen«, d. h. ihr Eingreifen als eine auf Grund von Hilferufen eingeleitete Polizeiaktion gegen bolschewistische Banden darstellen würden. General Hoffmann, telegraphierte¹⁷⁵ Bussche nach Bukarest, habe sich bei seinem letzten Besuch in Berlin in diesem Sinne geäußert und die Krim als »deutsche Riviera« bezeichnet! Kühlmann hielt jedoch an seiner Auffassung, daß sich die Krim »zunächst« einmal in irgendeiner Form, aber ohne deutsche Unterstützung, selbständig mache, fest: »Bei dem gänzlich unkonsolidierten Charakter der Ukraine und der Unübersichtlichkeit ihrer künftigen Entwicklung sehe ich keinen Vorteil darin, daß wir auch nur einen Finger rühren, um jetzt den Anschluß der Krim an die Ukraine schon zu fördern.«¹⁷⁶

Am 13. Mai fand in Spa zwischen der OHL und der Reichsleitung eine Besprechung¹⁷⁷ über die Krim statt. Das Protokoll darüber offenbart besonders eindringlich, wie hilflos der Reichskanzler den von der OHL geschaffenen Tatsachen im Osten gegenüberstand und daß Ludendorff dort, wo seine Truppen standen, allein die Zügel in der Hand hatte. Hertling erkundigte sich nach den von der OHL in der Krim verfolgten Absichten. Ludendorff erklärte, der Einmarsch sei auf Grund einer Bitte der dortigen Tataren, die um deutschen Schutz nachgesucht hätten, erfolgt. Darauf hatte der Reichskanzler nur zu erwidern, daß Deutschland sich dort »möglichst wenig« engagieren dürfe und bei allen Unternehmungen im Osten das rein deutsche Interesse und nicht das allgemeine Interesse, Ordnung zu schaffen, in den Vordergrund gestellt werden müsse. Kühlmann wohnte der Besprechung nur als stummer Teilnehmer bei.

Ludendorff hatte inzwischen den Gedanken, der Türkei Einfluß auf die Krim einzuräumen, fallenlassen und entwickelte in den folgenden Wochen einen neuen Plan über die Zukunft der Krim. Besprechungen mit dem Siedlungspolitiker und ehemaligen Staatssekretär Lindequist und dem Sprecher der Schwarzmeerdeutschen, Pfarrer Winkler, bewogen ihn, der Reichsleitung die Schaffung eines »Staatengebildes« Krim-Taurien vorzuschlagen, in dem die deutschen Kolonisten Südrußlands (Bessarabien, Cherson, Wolhynien, Volga, Kaukasus) zusammenzuziehen wären¹⁷⁸. Da dieser selbständige Staat Krim-Taurien der Anlehnung an einen größeren Nachbarstaat bedürfe, müsse er zu einem Staatenbund mit der Ukraine vereinigt werden. Deutschland würde sich in der Krim wirtschaftliche Vorteile und die Benutzung von Sevastopol' als Stützpunkt¹⁷⁹ für die deutschen

¹⁷⁵ Telegrammentwurf AA an Kühlmann, Berlin 1918 V 3 (PA, Ru 61 Bd. 152).

¹⁷⁶ Kühlmann an AA, Bukarest 1918 V 4 (PA, Ru 61 Bd. 152).

¹⁷⁷ Protokollauszug die Krim betreffend in PA, Ru 72 b Bd. 31.

¹⁷⁸ Oberost an Brinckmann (darin Ludendorff an Rk, 1918 VI 6), 1918 VI 10 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173). – Kirimal (193 Anm. 778) hält die Kolonisationspläne Ludendorffs für unglaubwürdig. Fischer (734/5) hat sie zum erstenmal aktenmäßig belegen können. Bei der Erörterung der deutschen Krimpolitik sieht Fischer allerdings keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Absichten des AA und den Plänen Ludendorffs.

¹⁷⁹ Holtendorff verlangte Sevastopol' als Stützpunkt für die mit Deutschland verbündeten Seestreitkräfte »unter deutschem Oberkommando«. Er machte diese Einschränkung, weil er der Meinung war, daß später keine oder nur geringe deutsche Seestreitkräfte regelmäßig im

Seestreitkräfte im Schwarzen Meer zugestehen lassen. Der Hauptzweck, den Ludendorff mit der Bildung dieses Staates verfolgte, war jedoch, Soldaten für die deutsche Armee zu gewinnen. Dem Reichskanzler schrieb er, daß den Deutschen, die zur Rückwanderung nach Deutschland entschlossen seien, die Erwerbung des deutschen Staatsbürgerrechts schon jetzt durch Maßnahmen der deutschen Regierung zu erleichtern sei. In diesem Zusammenhang müsse die Zuwanderung der in Sibirien lebenden deutschen Mennoniten abgelehnt werden, falls diese den Dienst mit der Waffe verweigern sollten!

In Berlin wurden die Krimstaatspläne Ludendorffs für »uferlos« gehalten¹⁸⁰. Mumm in Kiev bezeichnete sie als »höchst problematisch«¹⁸¹ und »politisch bedenklich«: Solange Deutschland eine starke Ukraine begünstigen wolle, könne es der ukrainischen Regierung nicht zumuten, daß sie einen »Staat im Staat« sich bilden lasse¹⁸². Selbst Groener mißbilligte, wie Mumm am 13. Juni das AA wissen ließ¹⁸³, »im höchsten Grade« die Absichten Ludendorffs in der Krim und meinte dem deutschen Botschafter gegenüber ärgerlich, Ruhe werde es in der Führung der deutschen Politik erst geben, wenn Ludendorff die Ämter des Generalstabschefs und des Reichskanzlers in seiner Person vereinigen würde! Gestützt auf diese Meinungsäußerungen, konnte das AA der OHL mitteilen, daß die Schaffung eines selbständigen Staates Krim-Taurien und die dortige Massierung deutscher Kolonisten die Ukraine mit Mißtrauen erfüllen und sie in die Hände Großrußlands treiben müsse. Die Krim solle vielmehr »allmählich der Ukraine zugeführt« werden. Die Belange der deutschen Kolonisten würden am besten durch Garantien gesichert, die von der ukrainischen Regierung zu erwirken seien¹⁸⁴.

Obwohl Ludendorff es weiterhin als »Interesse des Deutschen Reiches« hinstellte, »daß am Schwarzen Meer ein Staatengebilde mit überwiegend deutschem Einfluß entsteht, das unseren erheblichen wirtschaftlichen Interessen im Orient als Stützpunkt dienen kann«¹⁸⁵, gestand das AA in den Berliner Verhandlungen mit Joffe der Sowjetregierung das Recht zu, bei der Regelung des Krim-Problems mitzuwirken¹⁸⁶. Im Ergänzungsvertrag vom 27. August verpflichtete sich Deutschland in Artikel 11 und 12, die über die Ukraine hinausgehenden russischen Gebiete nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens oder nach der Ratifikation des zwischen Rußland und der Ukraine abzuschließenden Friedensvertrages zu räumen. Da nicht anzunehmen war, daß die Ukraine ihre Ansprüche auf die Krim aufge-

Schwarzen Meer tätig sein würden. (Adm.st. an Bülow, Berlin 1918 VI 8. MGFA, PG/69 257 Bd. 2.)

¹⁸⁰ AA an Mumm (Abschrift), Berlin 1918 VI 4 (PA, Ukr 1 Bd. 13).

¹⁸¹ Mumm an AA, Kiev 1918 V 28 (PA, Ukr 1 Bd. 13).

¹⁸² Mumm an AA, Kiev 1918 VI 17 (PA, Ru 107 Bd. 1).

¹⁸³ Mumm an AA (nur für AA), Kiev 1918 VI 13 (PA, Ru 107 Bd. 1). S. auch Groener 401/2.

¹⁸⁴ Bussche an Berckheim, Berlin 1918 VI 16 (PA, Ru 107 Bd. 1).

¹⁸⁵ Lersner an AA, Spa 1918 VII 2 (PA, Ru 107 Bd. 2).

¹⁸⁶ Im Kronrat zu Spa am 2. Juli vertrat Rosenberg, der Vertreter des AA, den Standpunkt, daß die Krim »früher oder später« an Rußland zurückfallen werde. S. Gatzke 88.

ben würde, konnte diese Räumung nicht vor dem allgemeinen Friedensschluß praktisch werden¹⁸⁷. Das AA hatte diese Einschränkung in den Vertrag aufgenommen, weil die OHL es als »unabweisbare Kriegsnotwendigkeit« bezeichnet hatte, die Besetzung der Krim während der Dauer des Weltkrieges aufrechtzuerhalten¹⁸⁸.

Im Juni hatte sich in der Krim »unter dem Schutz« der deutschen Besatzungsbehörden eine selbständige Regierung mit General Sul'kevič an der Spitze gebildet¹⁸⁹. Auf das Verlangen Ludendorffs, diese Regierung formell anzuerkennen, ging das AA nicht ein, da es durch einen solchen Schritt nicht den Gang der Berliner Verhandlungen stören wollte¹⁹⁰. Im Juli genehmigte Ludendorff die Reise einer Delegation der Krim-Regierung unter dem Finanzminister Tatiščev nach Berlin, ohne sich vorher mit dem AA in Verbindung gesetzt zu haben. Staatssekretär Hintze weigerte sich jedoch, die Delegation im Auswärtigen Amt zu empfangen. Auf Bitten Ludendorffs erklärte er sich bereit, Tatiščev am 24. August in seiner Privatwohnung anzuhören. Die Mission des Ministers war von vornherein zum Scheitern verurteilt, da für Hintze eine Anerkennung der Krim-Regierung – das war der Hauptwunsch der Delegation – unmittelbar vor Abschluß des Ergänzungsvertrages nicht in Frage kam, zumal die Sowjetregierung über die Ankunft Tatiščevs in Berlin aus der deutschen Presse bereits unterrichtet war¹⁹¹. Hintze fürchtete, daß die Errichtung einer selbständigen Krim Deutschland in Gegensatz sowohl zu Rußland als auch zur Ukraine setzen und zudem Anstoß zu Komplikationen mit der Türkei geben würde. Er nahm die finanziellen Schwierigkeiten¹⁹² der Krim-Regierung zum Anlaß, Tatiščev auf direkte Verhandlungen mit der Ukraine zu verweisen. Diese kamen tatsächlich in den folgenden Wochen in Kiev zustande, wurden aber durch die Entwicklung der Gesamtlage überholt¹⁹³.

¹⁸⁷ Daß Rußland im Ergänzungsvertrag die Krim »formell zurückerhielt«, wie Fischer (736) schreibt, ist unrichtig.

¹⁸⁸ S. Lersner an AA, Spa 1918 VII 26 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 126) und das Protokoll der Besprechung vom 30. Juli 1918 bei der OHL in Avesnes (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 187/9).

¹⁸⁹ Über die innenpolitischen Vorgänge während der Regierungszeit Sul'kevičs s. Kirimal 193 ff.; Obolenskij 33 ff.

¹⁹⁰ Ludendorff an Rk, Spa 1918 VI 19 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16). – Rk an Berckheim, Berlin 1918 VI 21 (ebenda). – Ludendorff an AA, Spa 1918 VI 23 (ebenda). – Mumm an AA, Kiev 1918 VI 29 (PA, Ru 107 Bd. 1). – Schreiben Ludendorff an Rk, Spa 1918 VI 6 (ebenda). – Kühlmann an Lersner, Berlin 1918 VII 5 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16).

¹⁹¹ S. Dokumenty I 436/7, Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 25.

¹⁹² Tatiščev wünschte, von der deutschen Regierung für später zu liefernde Waren den Vorschuß eines Goldschatzes zur Deckung von Banknotenemissionen der Krimregierung zu erhalten, außerdem eine sechsmonatige Anleihe von 50 Millionen Mark bis zur Ausgabe dieser Banknoten. Als Garantie bot er ehemals kaiserliche Weinvorräte auf der Krim an! (Berchem an AA, Kiev 1918 VII 10. PA, Ru 107 Bd. 2.)

¹⁹³ Zur Reise der Delegation Tatiščev nach Berlin s. Kirimal 230, 234 ff.; zu den Verhandlungen zwischen der Krim und der Ukraine ebenda 242 ff.

3. Die russische Schwarzmeer-Flotte

Ende April 1918 lief die russische Schwarzmeer-Flotte von Sevastopol' nach Novorossijsk aus, um sich der drohenden Beschlagnahme durch deutsche Streitkräfte zu entziehen. Da sie sich aber auch in diesem Hafen nicht vor einem deutschen Zugriff sicher fühlte und keine Möglichkeit mehr bestand, sich an einen weiter östlich gelegenen Stützpunkt zurückzuziehen, erhielt sie von Moskau Befehl zur Versenkung, der von dem größeren Teil der Flotte am 18. Juni ausgeführt wurde. Diese Vorgänge im Schwarzen Meer setzten die deutsch-russischen Beziehungen einer ernsten Belastungsprobe aus. – Darüber hinaus bildeten die Aktionen der Schwarzmeer-Flotte Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Heeresleitung und dem Auswärtigen Amt. Naturgemäß beteiligte sich daran auch der Admiralstab, der sich in wesentlichen Punkten der Auffassung des AA anschloß. General Ludendorff ließ sich dadurch zu persönlichen Angriffen gegen Admiral Holtzendorff, den Chef des Admiralstabes, verleiten. Diese Spannungen wurden schließlich Ende August durch den Rücktritt Holtzendorffs gelöst.

In der sowjetrussischen Geschichtsschreibung wird die Versenkung der russischen Schwarzmeer-Flotte allgemein als ein »tragisches« Ereignis¹ hingestellt. So verständlich diese (merkwürdig nationalistische) Sicht für das erste Scapa Flow der modernen Seekriegsgeschichte sein mag – es darf darüber nicht vergessen werden, daß die Versenkung der Flotte die bolschewistischen Machthaber von einem echten innerpolitischen Problem befreite. Die Geschichte des russischen Bürgerkriegs ist reich an Beispielen dafür, daß sich an der Peripherie des bolschewistischen Machtbereichs Sammelpunkte des Widerstands bildeten. Die Analogie des Murman-Konflikts, die in die Augen springt², zeigt das Ausmaß der Gefahr, das für die bolschewistische Regierung aus dem Problem der Schwarzmeer-Flotte hätte entstehen können³. Eine soziologische Analyse des Personalbestands der Flotte, wie sie Raskol'nikov anstellt⁴, zeigt nämlich ein Überwiegen der bolschewikfeindlichen Sozialrevolutionäre in der Flotte. Die Folge davon waren Span-

¹ Ein Aufsatz von Raskol'nikov (der damals Mitglied des Marinekommissariats war) trägt den bezeichnenden Titel »Tragedija černomorskogo flota 1918 g.«. (»Die Tragödie der Schwarzmeer-Flotte im Jahre 1918«.)

² S. Kennan, *Decision* 374 ff.

³ Viele Schwarzmeermatrosen nahmen zwar am russischen Bürgerkrieg teil; sie bildeten aber nach dem Verschwinden der Flotte für die bolschewistische Regierung keinen einheitlichen Widerstandsherd mehr. An dem Moskauer Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre nach der Ermordung Mirbachs (s. u. S. 226 ff.) z. B. nahmen einige hundert ehemalige Schwarzmeermatrosen teil. Vgl. Dzierzynski 113 (Bericht Dzierzynskis an den Rat der Volkskommissare über den Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, veröffentlicht in der *Pravda* 1918 VII 8): »Ich muß sagen, daß die Mehrheit der Aufrührer demoralisierte Schwarzmeermatrosen und ehemalige entwaffnete Anarchisten sind.« Vgl. auch die persönlichen Erinnerungen Vacetis', der die Niederschlagung des Aufstandes leitete, in *Krastyń*' 66; ferner *Žukov* 299; *Gusev* 203.

⁴ Raskol'nikov 170 ff.

nungen in der Flottenleitung und Zersetzung der Mannschaftsdisziplin. Die Anordnungen aus Moskau wurden häufig entweder gar nicht befolgt oder nur von einem Teil der Flotte ausgeführt.

* * *

Die Existenz der russischen Schwarzmeer-Flotte wuchs sich zu einem Problem der deutsch-russischen Beziehungen aus, als sich im Laufe des April die in Südrußland vorrückenden deutschen Truppen der Krim näherten. Die Mitwirkung russischer Matrosenabteilungen an den Kämpfen um Nikolaev und Cherson und Angriffe von zersprengten Teilen der Schwarzmeer-Flotte auf verbündete Seestreitkräfte an der kaukasischen Küste gaben der OHL den Anlaß, Befehl zum Einmarsch in die Krim und zur Besetzung des Hafens von Sevastopol' zu erteilen, in dem die russische Schwarzmeer-Flotte vor Anker lag⁵. Ein deutscher Funkspruch⁶ vom 14. April an die russische Regierung leitete die Reihe der ultimativen Forderungen⁷ ein, die im Verfolg der Auseinandersetzung über die Schwarzmeer-Flotte an Rußland gestellt wurden. Verstoßen russische Kriegsschiffe, so heißt es darin, gegen den Artikel 5⁸ des Brester Vertrags, würden sie von den Verbündeten als außerhalb des Rechts stehend betrachtet. Der russische Außenkommissar Čičerin mochte mit seiner Verteidigung, die Vorkommnisse seien durch Schiffe »kaukasischer Konterrevolutionäre« verschuldet⁹, Recht haben. Seine Forderung aber, eine besondere Kommission einzuberufen, wurde abgelehnt¹⁰. Es mußte ihm jetzt klar sein, worum es den Deutschen ging: um die Beschlagnahme der gesamten russischen Schwarzmeer-Flotte.

⁵ Der Weltkrieg XIII 383/4; Mordvinov 107/8, 112/3. – Die 1962 erschienene Monographie Mordvinovs über die Bildung der sowjetischen Kriegsflotte in den Jahren 1917–19 gründet sich im wesentlichen auf Akten des zentralen sowjetrussischen Marinearchivs. – Zur Teilnahme russischer Matrosen an den Kämpfen von Nikolaev und Cherson s. Žukov 176 ff., 194 ff. Žukovs Darstellung bezieht sich vor allem auf die Vorgänge innerhalb der Flotte. – An den Kämpfen um Perekop Ende April nahm auch ein »Internationales Bataillon« (Freiwillige aus russischen Kriegsgefangenenlagern, die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten) teil, darunter zwei chinesische Kompanien. (S. Mordvinov 114.)

⁶ Bussche an Berckheim, Berlin 1918 IV 14 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11).

⁷ Es ist bezeichnend, daß dieses Ultimatum von Unterstaatssekretär von dem Bussche unterschrieben ist, nicht von Kühlmann, der zu dieser Zeit noch die Friedensverhandlungen in Bukarest führte. Kühlmann hat nach seiner Übernahme der Geschäfte in Berlin seit Anfang Mai die mehrfach von Ludendorff in dieser Angelegenheit gestellten ultimativen Forderungen entweder nicht an die russische Regierung weitergesandt oder sie in der Form wesentlich abgemildert.

⁸ Artikel 5 schrieb die Stilllegung bzw. Desarmierung aller russischen Kriegsschiffe vor.

⁹ Dokumenty I 247, Note Čičerin an AA, Moskau 1918 IV 17.

¹⁰ Das AA hatte den russischen Vorschlag angenommen. S. Dokumenty I 247, Funkspruch AA an russische Regierung, 1918 IV 23. Der Admiralstab hatte ihn »infolge der veränderten Verhältnisse« abgelehnt: Brieffelegramm Chef des Adm.st. an AA, Berlin 1918 IV 27 (PA, Ru 72 b Bd. 30). – Material zu der geplanten Marinekonferenz, die in Berlin stattfinden sollte, in MGFA, PG/75 699 Bd. 1.

Die Absichten, die Ludendorff mit der Schwarzmeer-Flotte verfolgte, lassen sich aus den deutschen Akten ziemlich eindeutig herauschälen. Obwohl der Brester Vertrag keinerlei Handhabe bot, über die russische Flotte zu verfügen, ging Ludendorff daran, sie den einzelnen Uferstaaten »zuzuweisen«. Dabei sollte der Löwenanteil der Türkei zufallen: »Meines Erachtens haben wir bis auf weiteres das größte Interesse daran, die Türkei maritim stark zu machen, sowohl im Schwarzen Meer gegen die russischen Einzelstaaten und auch in Bezug auf Bulgarien.«¹¹ Daß Ludendorff mit seinem Versprechen, *einige* Schiffe der Türkei zuzuschlagen, unvorsichtig war, zeigt eine Äußerung des türkischen Marineministers, in der dieser der Erwartung Ausdruck gab, daß die *gesamte* russische Schwarzmeer-Flotte an die Türkei abgetreten werde¹². Als nach der Übernahme der ukrainischen Regierung durch Skoropadskij auch die Ukraine Ansprüche auf die Schwarzmeer-Flotte erhob, war Ludendorff bereit, sie ebenfalls zu berücksichtigen. »Sind wir seiner [des Hetmans] sicher«, schrieb er an General Groener, »aber erst dann, bin ich bereit, ihm in der Flottenfrage entgegenzukommen. Großrußland ist mir dabei gleich, die Türkei darf nicht leer ausgehen.«¹³

Einen ebenso deutlichen Aufschluß bieten die Akten für die sehr anders gearteten Vorstellungen, die das Auswärtige Amt in der Schwarzmeer-Frage hatte. In einem Telegrammentwurf aus dem AA heißt es: »Je mehr Großrußland vom Schwarzen Meer abgedrängt wird, um so stärker werden die Tendenzen werden, die auf einen Wiederausgleich zwischen der Ukraine und Rußland hinarbeiten werden. Wir sollten möglichst versuchen, den Bolschewisten einen Ausgang zum Schwarzen Meer zu verschaffen, wir hätten dann auch auf dem Schwarzen Meer einen Gegensatz zwischen Bolschewisten und Ukraine, was für uns nur vorteilhaft sein kann.«¹⁴ Daraus wird deutlich, daß die Auseinandersetzung um die militärische Verfügung über die Schwarzmeer-Flotte auf die politische Frage hinauslief, ob das russische Interesse am Schwarzen Meer anerkannt werden sollte oder nicht.

¹¹ Ludendorff an Rk, Spa 1918 III 27 (PA, Ru 72 b Bd. 30). – Vgl. Müller (Eintrag 1918 V 22) 377: »Holtzendorff bei mir zur Besprechung seines Konfliktes mit Ludendorff wegen der Haltung der Marine in bezug auf die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer, die Ludendorff als Beute behandelt wissen wollte, hauptsächlich, weil er Enver Pascha zwei russische Schiffe für die Türken versprochen habe.«

¹² Grancy an Chef des Adm.st., Konstantinopel 1918 V 18 (MGFA, PG/75 677 Bd. 1). Folgender Passus in dem Bericht zeigt, wie schwierig es für Grancy war, die deutschen Interessen gegenüber der Türkei zu vertreten: »Ebenso dürfte erneut erwiesen sein, daß die deutschen maßgebenden Stellen sich möglichst vor einer Entschließung oder Unternehmung, an denen Verbündete interessiert sind, untereinander über die voraussichtlich auftretenden Fragen und notwendig werdenden Entscheidungen klar werden sollten. Die naturgemäß zunächst maßlosen Wünsche unserer Verbündeten können dann gleich auf ein erträgliches Maß reduziert und Mißverständnisse und Enttäuschungen vermieden werden.«

¹³ Ludendorff an Groener, Spa 1918 V 19 (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/174).

¹⁴ Telegrammentwurf AA an Berckheim, Berlin 1918 V 31 (PA, Ru 106 Bd. 1). – Der zitierte Passus, der in offenkundigem Gegensatz zu den Plänen der OHL stand, ist in dem Entwurf gestrichen, der OHL also nicht bekanntgegeben worden.

Im Vordergrund wurde der Konflikt zunächst noch an einer rechtlichen Frage ausgetragen. Nach der Einnahme Simferopol's, an dessen Verteidigung wiederum russische Matrosen teilgenommen hatten, gab Ludendorff Oberost Anweisung, die Schiffe in deutschen Besitz zu bringen, da sie dem Kriegsbeuterecht unterlägen¹⁵. Dem AA gegenüber begründete der General sein Vorgehen damit, daß die Schiffsmannschaften die russische Regierung offenbar nicht anerkannten und auf eigene Faust oder im Dienste der Roten Garde gegen Deutschland Krieg führten¹⁶. Etwas später berief er sich zu seiner Rechtfertigung sogar auf einen Vorgang aus dem Boxeraufstand, wo Deutschland einige erbeutete chinesische Torpedoboote ebenfalls behalten hätte¹⁷!

Das AA ließ sich auf Ludendorffs fadenscheinige Argumentation nicht ein, stritt ihm vielmehr das Recht ab, die Schiffe als Kriegsbeute anzusehen. Es legte seine Auffassung in einer Denkschrift¹⁸ nieder, die Ministerialdirektor Kriege Ludendorff bei Besprechungen in Avesnes zur Kenntnis brachte. Da durch den Brester Friedensvertrag, heißt es darin, formell der Kriegszustand zwischen Deutschland und der russischen föderativen Sowjetrepublik beendet worden sei, könnten die russischen Kriegsschiffe, die im Verfolg der deutschen militärischen Maßnahmen in Finnland und in den Ufergebieten des Schwarzen Meeres in die Gewalt der deutschen Land- und Seestreitkräfte gefallen seien, keinesfalls als Kriegsbeute angesehen werden. Vielmehr entstünde bei feindlichem Auftreten dieser Schiffe für das Deutsche Reich nur ein Anspruch gegen Rußland auf Schadenersatz und Genugtuung sowie ein Zurückhaltungsrecht, bis der Anspruch erfüllt sei. Daraus folge, daß jede Verfügung über das Eigentum an den russischen Kriegsschiffen als ein völkerrechtswidriger Gewaltakt und damit als ein Bruch des Brest-Litowsker Friedens zu betrachten sei, der Rußland zur Wiederaufnahme des Krieges berechtigen würde.

Die Auseinandersetzung über die Frage des Kriegsbeuterechts an den russischen Schiffen erhielt ihre besondere Note dadurch, daß sich der Admiralstab auf den Standpunkt des AA stellte. Darüber gibt eine Aufzeichnung¹⁹ von Legationsrat Trautmann über eine Unterredung Aufschluß, die er am 1. Mai mit dem Vertreter

¹⁵ Berckheim an AA, Spa 1918 IV 25 (PA, Ru 72b Bd. 30). – Zur Besetzung von Simferopol' und zur Verteidigung der Stadt durch russische Matrosen s. Žukov 220.

¹⁶ Berckheim an AA, Spa 1918 V 4 (PA, Ru 72b Bd. 30).

¹⁷ Handschriftliche Notiz aus dem AA, Berlin 1918 V 13 (PA, Ru 72b Bd. 31). Von diesem Vorgang hatte Ludendorff durch Admiral von Müller Kenntnis erhalten: Ludendorff an Harbou, Spa 1918 V 14 (PA, Ru 72b Bd. 31).

¹⁸ Denkschrift Kriege, Berlin undatiert (1918 V 22 an Adm.st. MGFA, PG/75 677 Bd. 1). S. auch die »Leitsätze für die Regelung der zwischen Deutschland und Rußland aus dem Friedensvertrag entstandenen Meinungsverschiedenheiten«, Berlin undatiert, Anlage 2: Denkschrift über die Behandlung der nach Friedensschluß beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 280/2). – Die Besprechung zwischen Ludendorff und Kriege fand Anfang Juni statt. Die OHL kannte aber den Standpunkt des AA bereits seit Ende April aus zahlreichen Telegrammen des AA.

¹⁹ PA, Ru 61 Bd. 152.

des Admiralstabs in Berlin, Kapitän Vanselow, hatte. Vanselow habe erklärt, daß nach Ansicht des Admiralstabs keinerlei Berechtigung vorliege, die russischen Schiffe für Deutschland in Anspruch zu nehmen. Es empfehle sich, die Flotte möglichst unter die verschiedenen staatlichen Gebilde, die sich am Schwarzen Meer aufzutun würden (Taurische Republik, Ukraine, Rußland, Kaukasus), zu verteilen. Eigentliche Marineinteressen, die eine Wegnahme der Schiffe für Deutschland erheischen würden, lägen nicht vor. Auf die Besetzung der Krim eingehend, habe Vanselow die Machtlosigkeit des Admiralstabs zugegeben, auf die Einstellung der Operationen hinzuwirken. Die Marine werde von Tag zu Tag vor ein *Fait accompli* gestellt, da die Operationen von der OHL allein in die Wege geleitet worden seien²⁰.

²⁰ Was die grundsätzliche Behandlung gemischter Land-See-Operationen im Ersten Weltkrieg angeht, so wurde allerdings in der Praxis angenommen, daß die Stimme des Generalstabschefs in Fragen, welche die Land- und Seekriegführung gemeinsam berührten, ausschlaggebend sei. Vgl. Falkenhayn 3 ff. Über die Befehlsverhältnisse während der Krimoperation schreibt Konteradmiral Frhr. v. Keyserlingk in einer 1930 verfaßten unveröffentlichten Studie (BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/19 S. 105/6): »Als im Frühjahr 18 das Heer von rückwärts die Küsten der Krim erreichte und mit der Herrschaft über diese auch die Seefestung Sewastopol von Land aus eroberte, da wurde der dort notwendig werdende Marinebefehlshaber ohne weiteres der örtlichen Heeresleitung unterstellt, undchied er dadurch in weitgehendem Maße für die Seekriegsleitung überhaupt aus. Admiral v. Holtzendorff verstand es, zum Besten des Ganzen, die Sonderstellung dort so hinzunehmen, wie es eingerenkt war. Aber er konnte nicht so weit mitgehen, daß dort Entscheidungen getroffen wurden, die, gingen sie fehl, mit Recht ihm von der eigenen Seite den Vorwurf eingebracht hätten, daß er als Kenner der Verhältnisse unrichtig handeln nicht einen Riegel vorgeschoben hätte.« – Wenn Keyserlingk im folgenden schreibt, daß sich Holtzendorff »mit Entschiedenheit« gegen die Absicht Ludendorffs gewehrt habe, den Russen nach dem Kriegsbeuterecht die Flotte wegzunehmen, so läßt sich diese Entschiedenheit in den Akten nicht finden. S. dazu die weitere Darstellung.

Obwohl der Admiralstab ein gewisses Desinteressement an der russischen Schwarzmeer-Flotte zeigte, verfolgte er doch im Schwarzen Meer – wie die OHL – weitgehende politische Absichten. Das geht aus einer von Keyserlingk im Juni 1918 verfaßten Aufzeichnung hervor (»Maritim-politische Richtlinien«, Berlin 1918 VI 10. BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/3 Kapitel 4). Es heißt darin u. a.: »Im Schwarzen Meer sind die politischen Entwicklungen augenblicklich noch sehr verworren. Wird das große Ziel, das sich jetzt in der Anbahnung befindet, weiterverfolgt, nämlich die Offenhaltung deutschen Einflusses über Kaukasien nach Asien hinein in der Richtung auf Indien, dann muß das Schwarze Meer ebenso wie in Fortsetzung davon das Kaspische Meer die sichere Brücke von Europa über die Gebiete des Kaukasus nach Asien hin bilden.« Dazu sei nötig, daß Deutschland als die führende Macht »den jederzeit sicheren Zugriff« auf diesen Meeren habe. Da man aber dort keine starken deutschen Seestreitkräfte unterhalten könne, müsse »mit Hilfe der Bündnispolitik« die nötige Sicherheit geschaffen werden, d. h. die Uferstaaten müßten bei der Verteilung der russischen Schwarzmeer-Flotte gebührend bedacht werden. Keyserlingk maß hier der Ukraine die größte Bedeutung zu. Die deutsche Vorherrschaft auf dem Schwarzen Meer werde am besten »durch eine ukrainische Marine deutschen Inhaltes« verbürgt. Wie Ludendorff glaubte auch Keyserlingk, keinerlei Rücksicht auf Sowjetrußland nehmen zu brauchen: »Eine uns nützliche Regelung der Verhältnisse im Schwarzen Meer jetzt nicht bis zu Ende durchzuführen, Moskau aus Furcht vor späterer Feindschaft zu schonen, brächte nicht nur keinen Vorteil, sondern im Gegenteil außer halber Maßnahme im Schwarzen Meer den Scha-

Da die gegensätzlichen Standpunkte über die Frage des Eigentumsrechtes an den Schiffen der russischen Schwarzmeer-Flotte auf dem Wege des Telegrammverkehrs nicht auszugleichen waren, wurde nach Berlin eine Konferenz der an der Frage beteiligten Stellen (AA, OHL, Admiralstab) einberufen, die am 13. Mai unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs von dem Bussche stattfand²¹. Geheimrat Simons entwickelte den bereits skizzierten Standpunkt des AA. Major von Harbou als Vertreter der OHL teilte mit, daß die OHL in erster Linie einen Zugriff auf die Schiffe und eine Stärkung der türkischen Seestreitkräfte beabsichtige. Es sei eine militärische Notwendigkeit, starke Teile der russischen Flotte nutzbar zu machen. Der erwünschte (!) Anlaß, der durch feindliche Handlungen einzelner russischer Schiffe geboten werde, solle benutzt werden, um die Flotte als Kriegsbeute zu betrachten, sie in Besitz zu nehmen und in den Dienst der deutschen und türkischen Marine zu stellen. Die Vertreter des Admiralstabs stellten sich auf den Standpunkt des AA und wollten die Flotte ebenfalls nicht als Kriegsbeute behandelt wissen. Man einigte sich schließlich auf folgende Lösung: Den von Rußland losgetrennten Schwarzmeer-Uferstaaten sollte deutsche Unterstützung wegen möglichst weitgehender Zuteilung russischer Schiffe in Aussicht gestellt werden, aber unter der Bedingung, daß sie Deutschland als Entgelt einen Teil der Flotte für die Dauer des Krieges überlassen würden.

Da durch diese Kompromißlösung die russischen Schiffe nicht unverzüglich in deutsche Verfügungsgewalt gelangt wären, erkannte Ludendorff die getroffene Vereinbarung nicht an. Er soll sogar Admiral Holtzendorff der Treulosigkeit beschuldigt haben, weil sich die Marinevertreter bei der Berliner Konferenz dem AA angeschlossen hätten²². Durch einen Tagebucheintrag Admiral Müllers vom 22. Mai 1918 ist bezeugt, daß Ludendorff durch Kapitän von Bülow, den Vertreter des Admiralstabs im Großen Hauptquartier, Holtzendorff hatte bestellen lassen, er – Ludendorff – habe das Tischtuch zwischen sich und Holtzendorff zerschnitten²³. Holtzendorff versuchte sich in schwächerer Weise aus der Dis-

den russischer Anmaßung gegenüber deutscher Nachgiebigkeit. Darum ist es das Richtigste, die Moskauer Republik verschwindet vom Schwarzen Meere.« – Der Admiralstab vertrat also nur in der rechtlichen Sache der russischen Schwarzmeer-Flotte den Standpunkt des AA. In den politischen Vorstellungen stimmte er mit der OHL überein.

²¹ Protokoll der Konferenz im AA über die Frage des Eigentumsrechtes an den in Finnland und im Schwarzen Meer befindlichen russischen Schiffen, Vorräten pp. 1918 V 13 (PA, Ru 72b Bd. 31).

²² BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/19 S. 110. – Keyserlingk verlegt den Vorgang in seiner Studie irrtümlich auf Ende Juni. S. 106 schreibt er dazu noch: »Der Groll des Generals Ludendorff wurde nun dadurch vertieft, daß, wie anders gar nicht möglich, der Chef des Admiralstabes die kriegsrechtliche Seite dieser Frage mit der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes besprach. Für General Ludendorff gab es aber Gutachten des Auswärtigen Amtes nicht, und jeder, der sich auf jene Seite begab, wurde für ihn verhandlungsunmöglich. Der Chef des Admiralstabes galt nun für Freund des Reichskanzlers, also der Stelle, die auf den General wie das rote Tuch auf den Stier wirkte.«

²³ Müller 377.

kussion zurückzuziehen. Er richtete ein Schreiben an Kühlmann²⁴, in dem er bat, die Bemerkung im Konferenzprotokoll, daß die Marine mit dem AA die schwersten Bedenken gegen den Standpunkt der OHL erhebe, abändern zu lassen! Da es sich bei den russischen Schiffen um Beute der Armee (!) handle, wolle er die Erörterung der Frage, ob diese Beute Deutschland ein Eigentumsrecht gebe oder ob aus politischen Rücksichten das Eigentumsrecht der russischen Regierung anzuerkennen sei, ihm, Kühlmann, und dem Chef des Generalstabs des Feldheeres überlassen. Holtzendorff gab also in vorsichtiger Form zu erkennen, daß der springende Punkt in der Auseinandersetzung über die Schwarzmeer-Flotte nicht der rechtliche Aspekt des Problems war, sondern die politische Frage, ob es für das deutsche Interesse zweckmäßig wäre, die Beziehungen zu Rußland durch Wegnahme der Schiffe zu belasten.

Inzwischen war im Schwarzen Meer selbst eine einschneidende Veränderung eingetreten, die dem Problem eine neue Schärfe verlieh. Beim Erscheinen der deutschen Feldbatterien am Nordufer der Bucht von Sevastopol' gingen in der Nacht des 30. April die beiden Großkampfschiffe Volja und Svobodnaja Rossija zusammen mit etwa 20 Torpedobootzerstörern und Transportdampfern in Richtung Novorossijsk in See²⁵.

Die Evakuierung des Flottenstützpunktes Sevastopol' war russischerseits schon vor über einem Monat von Admiral Al'tfater²⁶ im Marinekommissariat in Moskau angeregt²⁷ und daraufhin vom Obersten Kriegsrat beschlossen worden²⁸. Infolge der Parteiungen in der Flotte war es zur Evakuierung der zahlreichen Marinevorräte gar nicht gekommen. Sie fielen neben einigen zurückbleibenden Schiffen den Deutschen in die Hände²⁹. Am 10. Mai erhielt der deutsche Gesandte, Graf

²⁴ Holtzendorff an Kühlmann, Berlin 1918 V 23 (PA, Ru 72 b Bd. 31). Vgl. auch das Protokoll einer Besprechung zwischen Ludendorff und Holtzendorff, Spa 1918 V 14 (MGFA, PG/69 257 Bd. 2).

²⁵ Zu diesen Vorgängen s. Mordvinov 116/7; Žukov 217 ff., 229 ff.; Raskol'nikov 185; Platonov 96. Ein Vergleich der vier Autoren läßt einige Unstimmigkeiten in Einzelheiten erkennen. Mordvinovs Darstellung erscheint als die zuverlässigste. – Für die deutsche Seite vgl. Der Krieg zur See in den türkischen Gewässern I 362; Hopman 283 ff. Hopman war damals Befehlshaber der Marinekommandos im Schwarzen Meer. Er war von der OHL mit der Übernahme der russischen Schiffe beauftragt. – Leider ist sein »Kriegstagebuch« kein Tagebuch im eigentlichen Sinne, sondern eine Darstellung des Ersten Weltkriegs aus der Sicht eines Seeoffiziers. Hopman geht in seinem Buch glättend über den Konflikt zwischen OHL und Admiralstab hinweg. Er schreibt beispielsweise nichts von dem noch zu erwähnenden Bericht an Vanselow, der ihn beinahe seine Abberufung gekostet hätte. (S. u. S. 171.)

²⁶ Admiral Al'tfater war als Sachverständiger für Marineangelegenheiten Mitglied der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk gewesen.

²⁷ Raskol'nikov 170.

²⁸ Dokumenty po istorii černomorskogo flota 155, Resolution des Obersten Kriegsrates, Moskau 1918 III 25. – Diese Dokumente beziehen sich in der Hauptsache auf Vorgänge innerhalb der Schwarzmeer-Flotte.

²⁹ Der Krieg zur See in den türkischen Gewässern I 362; Mordvinov 117.

Mirbach, den Auftrag, von der russischen Regierung die Desarmierung und die Rückkehr der Schiffe nach Sevastopol' zu fordern. Andernfalls käme ein militärisches Vorgehen von der Krim aus auf Novorossijsk in Betracht. Das Eigentumsrecht Rußlands an den Schiffen werde hierdurch nicht präjudiziert³⁰. Da Novorossijsk der letzte brauchbare Schwarzmeer-Hafen war, den die Sowjetregierung noch in ihrer Hand behalten wollte, erklärte sie sich unter Vorbehalten zu einer Rückbeorderung der Schiffe nach Sevastopol' bereit. Sie stellte die Bedingung, daß Deutschland den Vormarsch sowohl in Südrußland als auch in Finnland einstellen und Grenzlinien benennen müsse, die nicht weiter überschritten würden; Sevastopol' dürfe dann nicht dem deutschen Machtbereich einbezogen werden. Die Schiffe müßten unbegrenztes Eigentum der russischen Republik bleiben³¹.

Die Bedingungen der Sowjetregierung lassen erkennen, daß sie den Konflikt über die Flotte beilegen wollte, um eine allgemeine Regelung aller durch das deutsche militärische Vorgehen entstandenen Fragen zu erreichen. Mirbach meldete am 11. und 12. Mai, daß über die im Süden entstandene Lage in Regierungskreisen eine »andauernd große und tiefgehende Erregung« herrsche und daß die Situation eine »dauernd sich steigernde federnde Belastung« erfahre. Aus einer Unterredung mit Karachan und Radek, Stellvertretern Čičerin, habe er den bestimmten Eindruck erhalten, daß die Bolschewiki keinen leichten Stand gegenüber den Heißspornen im eigenen Lager hätten, die bereits alle Voraussetzungen für einen Bruch als gegeben erachteten. Trotz aller internationalen sozialistischen Überwucherung verfüge auch ein Bolschewist im Unterbewußtsein noch über ein gewisses Quantum vaterländischen Gefühls. »Ich habe das deutliche Gefühl«, so endete Mirbach sein Telegramm vom 11. Mai, »daß sie es vorziehen würden, ein für alle Mal über unsere wenn auch noch so hochgespannten Endziele orientiert zu werden, statt andauernd Teilamputationen über sich ergehen lassen zu müssen.«³²

Unter dem Eindruck dieser und ähnlich lautender Telegramme aus Moskau empfahl Kühlmann der OHL und dem Kaiser dringend, den Forderungen der Russen nachzukommen. Wilhelm II., in einem seltenen Augenblick fester Entschlußkraft³³, genehmigte den russischen Lösungsvorschlag und erklärte den weiteren

³⁰ Bussche an Berckheim, Berlin 1918 V 10 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12). Vgl. Dokumenty I 284, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 V 11. In diesem Telegramm berichtet Čičerin, daß wegen des deutschen Vorgehens in Südrußland in der russischen Presse bereits von einem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland die Rede sei. Obwohl die Regierung diesen Gerüchten entgegengetrete, solle Joffe sie der deutschen Regierung zur Kenntnis geben. Es ist zu beachten, daß zu diesem Zeitpunkt Kühlmann sich noch nicht mit dem Problem der Schwarzmeer-Flotte befaßt hatte. Gleich nach seiner Rückkehr aus Bukarest reiste er am 10. Mai nach Spa zu Besprechungen im Großen Hauptquartier.

³¹ Dokumenty I 294/6, Note Čičerin an AA, Moskau 1918 V 13.

³² Mirbach an AA, Moskau 1918 V 12 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 125) und Bussche an Lersner für Staatssekretär, Berlin 1918 V 11 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12).

³³ Daß sich Wilhelm II. seines Machtspruchs wohl bewußt war, spürt man aus einem Tagebuch-

Vormarsch nach Novorossijsk für erledigt³⁴. Die Entscheidung zu seinem Entschluß mochte ihm dadurch erleichtert worden sein, daß Ludendorff bereits bei den Besprechungen in Spa am 13. Mai auf Befragen Kühlmanns erklärt hatte, der Vormarsch in Rußland habe sein Ende erreicht³⁵.

Ludendorff aber war nicht bereit, auf die russischen Forderungen einzugehen³⁶. Obwohl der Kaiser seine Entscheidung im Einverständnis mit Hindenburg getroffen hatte, wollte der General auf dem weiteren Vormarsch gegen Novorossijsk bestehen, falls die Russen nicht in einer begrenzten Frist die Schiffe nach Sewastopol' zurückschaffen würden, da es sonst wie ein schwächerer Rückzug vor der Sowjetregierung aussähe³⁷. »Wir müssen reinen Tisch machen . . ., um endlich Sicherheit auf dem Schwarzen Meere zu erhalten.«³⁸ Er legte dagegen Verwahrung ein, daß sich das AA einseitig in einer Angelegenheit der Kriegführung an den Kaiser gewandt habe³⁹, ohne ihn davon unterrichtet zu haben. Er werde andere Weisungen von S. M. erbitten, die er – »um nicht auch einseitig vorzugehen« – dem AA mitteile. Er benannte Demarkationslinien, die von den deutschen Truppen nicht überschritten würden, »wenn die in Noworossisk . . . liegenden Schiffe . . . innerhalb von 6 Tagen nach Übergabe dieser Note an Herrn Joffe in den Hafen von Sewastopol einlaufen, um dort umgehend mit der Desarmierung zu beginnen«. Über das Eigentumsrecht an den Schiffen werde von Deutschland mit Rußland verhandelt werden⁴⁰.

Ludendorff ging somit von seiner früheren Forderung, über die Schiffe nach Kriegsbeuterecht zu verfügen, ab und erkannte damit auch das russische Interesse am Schwarzen Meer indirekt an. Kühlmann erklärte sich mit Ludendorffs Vorschlägen einverstanden, nur wollte er nicht ultimativ vorgehen, sondern von den

eintrag Müllers 1918 V 19 (376): »Nun habe ja die russische Regierung einen annehmbaren Vorschlag wegen der russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer gemacht. . . Darauf sei der weitere Vormarsch der deutschen Truppen sistiert. Er – der Kaiser – habe da ein Machtwort gesprochen!«

³⁴ Grünau an AA, Spa 1918 V 19 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

³⁵ Protokollauszug der Besprechung Großrußland betreffend, Spa 1918 V 13 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 131).

³⁶ Wie wenig man im Großen Hauptquartier die kaiserliche Entscheidung für endgültig hielt, zeigt ein Telegramm Grünaus an das AA, Spa 1918 V 19 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 206), in dem Grünau mitteilt, er habe den Eindruck, daß General von Marschall (der stellvertretende Chef des Militärkabinetts, der dem Kaiser die Pläne der OHL bezüglich Novorossijsk mitgeteilt hatte) sich »etwas weich« ausgedrückt habe. Marschall selbst habe empfohlen, daß doch auch durch Oberst von Winterfeldt (den Vertreter der OHL beim Reichskanzler) auf die OHL eingewirkt werde.

³⁷ Lersner an AA, Spa 1918 V 23 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

³⁸ Lersner an AA, Spa 1918 V 21 (ebenda).

³⁹ Ludendorff meinte einen Immediatbericht, den Kühlmann am 20. Mai an den Kaiser sandte und in dem er nochmals ausführlich für die Annahme der russischen Vorschläge eintrat. (Kühlmann an Grünau für S. M., Berlin 1918 V 20. PA, GrHQ, Ru 31, Beiband zu Band 14). – Der Immediatbericht Kühlmanns ging auch in Abschrift an die OHL. Ludendorffs Vorwurf ist also unberechtigt.

⁴⁰ Lersner an AA, Spa 1918 V 21 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

Russen verlangen, daß sie ihrerseits eine möglichst kurz zu bemessende Frist benennen, innerhalb derer sie die Schiffe nach Sevastopol' zurückführen würden⁴¹. Da Ludendorff sich rundweg über den Abänderungsvorschlag des AA hinwegsetzte, gelangte die Frage zum Immediatvortrag beim Kaiser, der erneut im Sinne Kühlmanns entschied⁴². Am 23. Mai wurde eine entsprechende Note an Joffe gesandt, in der den Russen die Benennung der Frist überlassen, ihnen aber zu verstehen gegeben wurde, daß es sich nur um eine für die Durchführung der Angelegenheit technisch mögliche und notwendige Zeit von etwa sechs bis zehn Tagen handeln könne⁴³.

Tags darauf ersuchte Kühlmann die OHL, nunmehr von dem angekündigten Vormarsch in Richtung auf Novorossijsk abzusehen. »Wir würden bei den Russen andernfalls das Vertrauen in unsere bona fides erschüttern, was bedenkliche Folgen haben könnte.«⁴⁴ Den Reichskanzler ließ er persönlich an Ludendorff telegraphieren, daß die Inbesitznahme zweier Schiffe nicht die sich daraus ergebenden außerordentlichen politischen Nachteile lohnen würde⁴⁵; Mirbach erhielt Auftrag, Čičerin zu erklären, die russische Regierung solle als Zeichen ihres guten Willens sofort die Zurückführung der Schiffe anordnen⁴⁶.

Botschafter Joffe sagte zwar in Berlin eigenmächtig die Rückkehr der Schiffe zu und knüpfte daran nur die Bedingung, daß die Feindseligkeiten in Südrußland eingestellt werden müßten⁴⁷. Čičerin aber bestand nicht nur auf seinen früheren Vorbehalten, sondern forderte⁴⁸ neuerdings als Gegenleistung für die Rückführung der Schiffe deren Nichtbenutzung, Verständigung an *allen* Fronten, worunter er jetzt besonders die türkische Front im Auge hatte, und die Rückgabe von Batajsk, einem wichtigen strategischen Punkt südlich von Rostov, der Ende Mai von den Deutschen genommen worden war.

Als die der Sowjetregierung am 23. Mai nahegelegte Frist von sechs bis zehn Tagen verstrichen war, ohne daß sich diese über einen Termin der Rückführung geäußert

⁴¹ Kühlmann an Grünau, Berlin 1918 V 21 (ebenda).

⁴² Grünau an AA, Spa 1918 V 22 (ebenda).

⁴³ Dokumenty I 351/2, Note Kühlmann an Joffe, Berlin 1918 V 23.

⁴⁴ Kühlmann an Grünau, Berlin 1918 V 24 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

⁴⁵ Rk an Ludendorff, Berlin 1918 VI 4 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

⁴⁶ AA an Mirbach, Berlin 1918 V 30 (PA, Ru 72b Bd. 31).

⁴⁷ Mordvinov 120. – Mordvinov teilt auszugsweise (120) einen Bericht Joffes mit, in dem dieser Lenin nahelegt, die Rückkehr der Schiffe anzuordnen. – Lenin war über die eigenmächtig von seinem Botschafter erteilte Zusage empört. Dies wird aus einem jüngst veröffentlichten Brief Lenins an Joffe deutlich, in dem er schrieb: »Wie konnte Joffe solch einen Fehler begehen? Wie konnte er unseren Preis [d. h. unsere Forderung] so herabsetzen [prodeševit']? Wie es überhaupt möglich war, daß er bei einer solch wichtigen Frage *von sich aus* eine Note absandte, ohne sich mit uns in Verbindung zu setzen – das verstehe ich nicht...« (Lenin an Joffe und Menžinskij, 1918 V 24. Leninskij Sbornik XXXVI 44.)

⁴⁸ Dokumenty po istorii černomorskogo flota 208, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 V 27. – Das Telegramm findet sich auch in der Sammlung russischer Funksprüche des AA: PA, D 127 Nr. 5 adh. 1 Bd. 1. – Vgl. die Note ähnlichen Inhalts, die Čičerin 1918 V 29 Mirbach übergab, in Dokumenty I 330/1.

hätte, forderte Ludendorff am 6. Juni das AA auf, den Russen nunmehr zu eröffnen, daß der Vormarsch auf Novorossijsk erfolgen werde, falls die deutschen Bedingungen nicht bis zum 10. Juni angenommen würden und die Rückführung der Schiffe bis zum 20. Juni nicht durchgeführt sei⁴⁹. – Überaus bezeichnend für die unterschiedliche Einschätzung der bolschewistischen Regierung durch das Große Hauptquartier und das AA ist, daß Ludendorff im Verhalten der russischen Regierung ein unehrliches Treiben sah, während Kühlmann gerade aus den jüngsten russischen Funksprüchen eine versöhnliche Haltung herauslas⁵⁰. Den Russen eine Frist von sechs Tagen zur Beantwortung der deutschen Note vom 23. Mai zu stellen, erklärte sich der Staatssekretär bereit, bat aber, ihnen in dem »einzigsten Streitpunkt«, Batajsk, entgegenzukommen. In bezug auf die Benutzung der Schiffe habe er sich mit seiner Erklärung Joffe gegenüber, daß der Begriff der Desarmierung der Schiffe ihre Benutzung durch Deutschland ausschließe, bereits gebunden⁵¹.

Einen Tag nach Übergabe der geforderten Antwortnote⁵², in der die russische Regierung sich zur Rückführung der Schiffe unter den vorher bekanntgegebenen Bedingungen verpflichtete, trat erneut ein Ereignis ein, das die mühsam zustande gebrachte Lösung in Frage stellte. In der Nacht zum 11. Juni landeten 10 000 Mann feindliche Truppen bei Taganrog, die auf eigene Faust gegen die Deutschen operierten⁵³. Ludendorff erblickte in dem Vorfall einen neuen Beweis für die Unaufrichtigkeit der Sowjetregierung, zumindest aber ein Zeichen ihrer völligen Machtlosigkeit. Er erbat vom Kaiser den Befehl zum Vormarsch auf Novorossijsk ab 15. Juni⁵⁴. Es war nun selbstverständlich, daß das AA den Russen ohne jede Einschränkung das von der OHL geforderte Ultimatum stellte: Falls die russi-

⁴⁹ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 6 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 30/1).

⁵⁰ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VI 6 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

⁵¹ Kühlmann an Mirbach, Berlin 1918 VI 6 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 21).

⁵² Dokumenty I 352/3, Note Čičerin an Mirbach, Moskau 1918 VI 9.

⁵³ Der Weltkrieg XIII 386. – Ob an diesem Unternehmen auch Matrosen der Flotte von Novorossijsk beteiligt waren, läßt sich nicht ermitteln. Im Tagebuch Hoffmanns findet sich unter dem 16. Juni folgender Eintrag (I 198): »Bei Taganrog landeten plötzlich 10 000 Bolschewisten aus dem Kubangebiet und griffen unsere Truppen in Rostow an. Die württembergische Landwehr dort hat das übelgenommen.« – Die feindlichen Truppen wurden buchstäblich ins Meer zurückgetrieben und bis auf den letzten Mann niedergemacht. Nach Mordvinov (130) belief sich die Zahl der Landungstruppen auf mindestens über 6 000. Von ihnen sollen 6 000, also das Gros, umgekommen sein. S. auch Keil I 412/3.

⁵⁴ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 11 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14). – In den Akten des AA findet sich ein Telegramm Ludendorffs an das AA, wonach Ludendorff zunächst ohne Erlaubnis des Kaisers den Vormarsch »zur Säuberung der Küste« beginnen wollte! Möglicherweise ist er mit diesem Ansinnen bei Hindenburg nicht durchgedrungen. (Berckheim an AA, Spa 1918 VI 11. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 140.) An den Admiralstab hatte Ludendorff bereits telegraphiert: »Ich habe Oberost beauftragt, sich vom 10. 6. ab zum Vormarsch auf Noworossisk bereit zu halten. Ich bitte alle Maßnahmen zu treffen, daß seitens der Marine mit allen Mitteln dieser Vormarsch unterstützt werden kann.« (Ludendorff an Bülow, Spa 1918 VI 6. MGFA, PG/69 257 Bd. 2.)

scherseits versprochenen Bedingungen zur Rückkehr der Schiffe nicht bis zum 15. Juni ausgeführt seien, werde der deutsche Vormarsch angetreten⁵⁵.

Čičerin nahm die deutsche Note ohne jeden Vorbehalt an. Mirbach meldete, daß der sowjetische Außenkommissar unter dem Eindruck des deutschen Ultimatums vollständig hilf- und ratlos zugesagt habe, das Menschenmögliche in die Wege zu leiten, daß es ihm aber geradezu unmöglich erscheine, bis zum 15. Juni Remedur zu schaffen, da die Fernsprechverbindung mit dem Süden unterbrochen sei und die Funktelegraphie äußerst mangelhaft funktioniere⁵⁶.

Wie ernst die russische Regierung die Lage ansah, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß sich Lenin persönlich über den Fernsprecher mit Joffe in Berlin in Verbindung setzte und ihm ebenfalls mitteilte, daß alles Mögliche getan werde⁵⁷. Kühlmann betrachtete damit schon das Ultimatum als erfüllt und gab seinem Gesandten am 14. Juni Anweisung, Čičerin mitzuteilen, daß der deutsche Vormarsch am 15. Juni nicht stattfinden werde, wenn bis zum 20. Juni die Schiffe in Sevastopol' eingetroffen seien⁵⁸. An Ludendorff sandte er ein ausführliches Telegramm, in dem er seinen Vorstellungen zur Ostpolitik einen klaren Ausdruck gab. Er bat darin, von einem weiteren Vorgehen zur Säuberung der ziskaukasischen Küste abzusehen. »Unsere Unternehmungen würden sich dadurch immer weiter in Gebiete erstrecken, die nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk unserer Einwirkung entzogen sind. Die Russen fürchten, daß wir Absichten auf das Don-

⁵⁵ Note AA an Joffe, Berlin 1918 VI 12 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 131).

⁵⁶ Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 13 (ebenda 167).

⁵⁷ Dokumenty I 358 ff. – Die Herausgeber datieren das Ferngespräch zwischen den 10. und 15. Juni. Auf Grund zeitlicher Angaben in dem Ferngespräch und in den deutschen Akten läßt es sich auf den 13. Juni fixieren. – Joffe übermittelte in diesem Gespräch auch eine Kühlmann übergebene Note, in der er mit der Hoffnung schloß, daß man endlich an die friedliche, sachliche Arbeit (Joffe meinte damit die in Berlin begonnenen Kommissionsverhandlungen) schreiten werde, die »inmitten des Donners der Geschütze [pod grochot pušek]« gänzlich illusorisch gemacht werde. Darauf und auf andere in der Note aufgestellte Behauptungen reagierte Ludendorff mit einer in diesem Stadium der Angelegenheit schon nicht mehr ungewöhnlichen Schärfe. Am 17. 6. schrieb er an Kühlmann: »Ich würde E. E. dankbar sein, wenn Herr Joffe bei derartigen Behauptungen, wir verschlechterten die Lage durch unser Vorrücken, endgültig und aufs schärfste entgegengetreten würde. Es ist eine Ungeheuerlichkeit und zeigt immer wieder den Standpunkt der Sowjetregierung, den sie noch immer uns gegenüber anzunehmen wagt. Dies berührt hier auf das Peinlichste. Herrn Joffe muß doch bekannt sein, daß zur Zeit viele Tausende von Bolschewisten bei Taganrog landeten, oder behauptet Herr Joffe etwa, wir hätten unschuldige Lämmer angegriffen?« (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 250.)

Das Ferngespräch zwischen Lenin und Joffe ist neuerdings in *The Trotsky Papers* 48 ff. abgedruckt. Ein Vergleich mit der Wiedergabe in den Dokumenty zeigt, daß dort (ohne Kennzeichnung!) zwei Abschnitte ausgelassen sind. Der eine bezieht sich auf Angaben Joffes über den Gegensatz zwischen AA und OHL: »Das Unglück ist, daß die Militärs nicht mit den Diplomaten ins gleiche Horn blasen, sondern im Gegenteil sie sich unterordnen wollen, und die letzteren sind so schwach, daß sie keinen energischen Widerstand leisten können.« Der zweite betrifft einige Angaben über die Verhältnisse an der Demarkationslinie, die Trockij Joffe übermittelte.

⁵⁸ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VI 14 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 168).

gebiet und Ciskaukasien haben und ihnen damit die letzten Verpflegungsmöglichkeiten und Kornkammern nehmen wollen... Ich habe den Eindruck, daß die bolschewistische Regierung alles tun möchte, um unseren Wünschen nachzukommen, aber die im Dongebiet und Ciskaukasien kämpfenden bolschewistischen Banden vielfach auf eigene Faust handeln. Da wir Brester Frieden und damit wenigstens vorerst Bolschewiken brauchen, empfiehlt es sich, auf ihre schwierige Lage Rücksicht zu nehmen.«⁵⁹

In seinem Vertrauen auf die Loyalität der bolschewistischen Regierung ging der Staatssekretär des Auswärtigen gründlich fehl. Das zeigen die nun folgenden Ereignisse bei der Flotte in Novorossijsk. In einer Note vom 13. Juni an das AA zitierte Joffe den Schlußabsatz des Befehls, den der Oberste Kriegsrat an die Flotte in Novorossijsk erlassen hatte: »Sie erhalten Befehl, unverzüglich Maßnahmen zur Rückkehr der Schiffe aus Novorossijsk nach Sevastopol' zu treffen, wobei die Rückkehr der ganzen Flotte nicht später als am 19. Juni abgeschlossen sein muß.«⁶⁰ In der Note heißt es weiter, daß zur Durchführung des Befehls ein Mitglied des Marinekommissariats, Vachrameev, nach Novorossijsk gesandt worden sei.

Dem AA war jedoch nicht bekannt, daß jener Vachrameev mit dem geheimen Auftrag nach Novorossijsk fuhr, die Versenkung der Flotte vorzubereiten⁶¹. Zu diesem Schritt war man in Moskau bereits seit Mitte Mai entschlossen. Am 24. Mai hatte Lenin auf Grund eines ihm vom russischen Admiralstab vorgelegten Berichts über die Schwarzmeer-Flotte Befehl erteilt, »angesichts der ausweglosen Lage, wie sie von den obersten Kriegsbehörden geschildert wird, unverzüglich die Flotte zu versenken«⁶². In Moskau rechnete man also nicht damit, daß Deutschland die übernommene Verpflichtung, die Schiffe nicht zu benutzen, innehalten

⁵⁹ S. Anm. 58.

⁶⁰ Dokumenty I 359. S. Anm. 57. – Der vollständige Text eines ähnlich lautenden, von Sverdlov, Lenin und Trockij unterzeichneten Befehls vom 13. 6. in Dokumenty po istorii černomorskogo flota 216/7.

⁶¹ Žukov 249 ff., 254 ff.; Mordvinov 121; Kukul' 159. – Kukul' war Kapitän des Torpedobootszerstörers Kertsš, der die Versenkungsaktion am 18. Juni leitete. – Vachrameev wurde einige Tage nach seiner Abreise nach Raskol'nikov nachgesandt. Er kam in Novorossijsk erst am 18. Juni an, dem Tag, an dem der zurückgebliebene Teil der Flotte versenkt wurde, aber noch rechtzeitig, um die Moral der Schiffsbesatzung zu stärken. S. Žukov 278 ff.; Kukul' 169. – Nach einem unter den deutschen Akten befindlichen Funkspruch Čičerins an Joffe 1918 VI 15 sollte sich auch Stalin aus Caricyn nach Novorossijsk begeben. Offenbar ist er aber dorthin nicht gelangt. (S. PA, D 127 Nr. 5 adh. 1 Bd. 2.) – In einem »Bericht über die gegenwärtige Lage«, den Lenin am 28. Juni 1918 auf einer Konferenz der Gewerkschaften und Betriebskomitees Moskaus gab, erklärte er: »Genosse Raskolnikow wird selber hier erscheinen und Ihnen berichten, wie er dafür agitiert hat, wir sollten die Flotte lieber vernichten, als zulassen, daß die deutschen Truppen mit ihr gegen Noworossisk vorrücken.« (Lenin, Werke XXVII 486.) Dieser Bericht wurde noch im Jahre 1918 veröffentlicht.

⁶² Mordvinov 119. Eine Kopie des Befehls ebenda 120. Text des Lenin vom russischen Admiralstab (Verfasser war Admiralstabschef Berens) vorgelegten Berichts bei Žukov 246 ff.

werde. – In der Tat war das ja auch trotz Kühlmanns Zusage eine Frage, über die zwischen AA und OHL bald darauf ein Meinungsstreit ausbrach.

Am 13. Juni wurde Vachrameev ein von Lenin und Sverdlov unterzeichnetes chiffriertes Telegramm nachgesandt, das er dem Flottenbefehlshaber zur Kenntnis geben sollte. Darin wurde der Befehl zur Versenkung wiederholt. Die Agitatoren, heißt es dann, die von Gefechtsbereitschaft der Flotte reden, seien Dummköpfe oder Provokateure. Die deutschen Truppen wollten die Flotte in ein Abenteuer locken, um Novorossijsk zu besetzen, wie sie es mit Sevastopol' gemacht hätten. Dann würden sie die Flotte nach Kriegsbeuterecht beschlagnahmen und sie gegen Sowjetrußland verwenden⁶³.

Der Befehl zur Versenkung wurde jedoch nur vom bolschewistischen Teil der Flotte befolgt. Die Mehrheit der Schiffsbesatzungen hatte sich durch Abstimmung für die Rückkehr ausgesprochen⁶⁴. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni ging die Volja mit sechs Torpedobootzerstörern auf Veranlassung Tichmenevs in Richtung Sevastopol' in See⁶⁵. In den frühen Morgenstunden wurde der größere Teil der Flotte, der zurückgeblieben war, von einem Torpedobootzerstörer versenkt⁶⁶.

Mit einer gewissen Erleichterung konnte Čičerin der deutschen Regierung mitteilen, daß die von Deutschland gestellten Bedingungen nunmehr erfüllt seien, da die Bedrohung, die Deutschland im Verbleiben der russischen Schwarzmeer-Flotte in Novorossijsk für den Verkehr auf dem Schwarzen Meer gesehen habe, fortgefallen sei⁶⁷.

Die Schlußfolgerungen, die man in Berlin und Spa aus den Vorgängen in Novorossijsk zog, lassen wiederum den tiefen Gegensatz in den jeweiligen Vorstellungen über die deutsche Ostpolitik erkennen. Ludendorff schrieb am 27. Juni ans AA: »Ich kann nur wiederum davor warnen, den bolschewistischen Machthabern irgendwie zu glauben. Sie haben keinen guten Willen und wagen, mit uns zu spielen. Ich glaube, daß es weiterer Beweise jetzt wirklich nicht mehr bedarf. In Bezug auf die Schiffe im Schwarzen Meer kann ich auch nicht das geringste Zugeständnis machen; ich erkenne auch keine Verpflichtung gegenüber den Bolschewisten in Bezug auf die nach Sewastopol zurückgekehrten Schiffe an.«⁶⁸ Neben den letzten Satz schrieb Kühlmann die Randbemerkung: »Die Zusagen sind gegeben und können nicht wieder zurückgenommen werden.« Der von Ludendorff zitierten Meldung von Admiral Hopman, die Flotte habe nach Aus-

⁶³ Mordvinov 124.

⁶⁴ Platonov 101. Vgl. auch die Aussagen einiger russischer Offiziere von der Svobodnaja Rossija (»Vorgänge auf der Reede von Noworossisk am 17. und 18. Juni 1918«) in MGFA, PG/75 679.

⁶⁵ Der Krieg zur See in den türkischen Gewässern I 365.

⁶⁶ Žukov 277 ff.; Kukel' 166 ff. – Am 22. Juni veröffentlichten die Izvestija eine offizielle Mitteilung des Außenkommissariats über die Vorgänge in Novorossijsk. S. Dokumenty I 372.

⁶⁷ Dokumenty I 373, Note Čičerin an Mirbach, Moskau 1918 VI 22.

⁶⁸ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 27 (PA, Ru 72 b Bd. 32).

sagen in Sevastopol' eingetroffener Seeoffiziere (darunter auch Tichmenevs) einen geschlüsselten, aber allgemein bekanntgegebenen Befehl zur Versenkung erhalten, maß Kühlmann keine Bedeutung bei, da sie bei der Zerrissenheit des Seeoffizierskorps nicht ohne weiteres als vollgültiges Beweismaterial für ein falsches Spiel der Sowjetregierung betrachtet werden könne⁶⁹. Wahrscheinlicher sei vielmehr, daß der fragliche Funkspruch in Novorossiisk selbst durch einen der für die Versenkung agitierenden russischen Offiziere, vielleicht auf Betreiben der in Novorossiisk anwesenden Entente-Agenten, gefälscht worden sei⁷⁰. Kühlmann wies darauf hin, daß der anscheinend noch immer beabsichtigte Vormarsch auf Novorossiisk nach der Entscheidung S. M. zu unterbleiben habe⁷¹.

Da für Ludendorff die Angelegenheit der Schiffe noch nicht erledigt war⁷², wurde sie auf dem am 2. Juli in Spa stattfindenden Kronrat zur Sprache gebracht⁷³. In dem Gesamtkomplex der Ostfragen stellte der General sie als den einzigen noch vorhandenen Streitpunkt zwischen OHL und AA hin. Das AA habe sich auf den Boden des Brester Friedens gestellt und Rußland die Schiffe zugesprochen. Deutschland müsse die Schiffe aber für die Dauer des Krieges im Nießbrauch behalten. Dagegen erhob der Vertreter des AA, Gesandter von Rosenberg⁷⁴, keinen Einwand. Er betonte jedoch die Auffassung des AA, daß die Schiffe nicht Kriegsbeute seien. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral von Capelle, der wegen des zwischen Ludendorff und Holtzendorff »zerschnittenen Tischtuchs« die Interessen der Marine in der Angelegenheit der Schwarzmeer-Schiffe vorübergehend wahrnahm, hielt dilatorische Behandlung der Eigentumsfrage für die zweckmäßigste Lösung. Der Kaiser konnte allgemeine Einigkeit darin feststellen, daß aus Gründen der Kriegsnotwendigkeit die Schiffe Deutschland zur Benutzung übergeben werden müßten.

⁶⁹ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VII 1 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

⁷⁰ Bussche an Lersner, Berlin 1918 VII 7 (ebenda).

⁷¹ S. Anm. 69.

⁷² 1918 VI 29 schrieb Ludendorff an den Reichskanzler: »Zu meinem Bedauern ist die Frage der Noworossisk-Schiffe für mich immer noch nicht gelöst... Der 26. 6. ist verstrichen, die Truppen warten auf den Vormarsch.« (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 275. Lersner an AA, Spa.)

⁷³ Gatzke 90, 92.

⁷⁴ Kühlmann war wegen seines Konflikts mit der OHL über seine Reichstagsrede vom 24. Juni nicht beim Kronrat erschienen. – Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Innenansicht der damaligen Reichsführung, daß wegen persönlicher Differenzen mit dem Chef des Generalstabs des Feldheeres weder der Staatssekretär des Auswärtigen (der ex officio hätte anwesend sein müssen) noch der Chef des Admiralstabs (dessen Anwesenheit wegen zweier die Seekriegführung betreffenden Angelegenheiten – Schwarzmeer-Flotte, Sperrgebiet von Nordamerika – erforderlich gewesen wäre) eine Aufforderung zur Teilnahme an diesem höchsten politischen Konvent erhalten hatten. – Es ist zweifelhaft, ob Rosenbergs Nachgeben in der Frage des Benutzungsrechts den Weisungen seines Vorgesetzten entsprach. Aus den Akten ist nicht zu ersehen, daß Kühlmann seine Ansicht in dieser Frage (s. o. S. 166 und u. S. 172) geändert hätte. Ludendorff konnte Rosenberg bei der Besprechung daran erinnern, Kriege habe bisher an der Auffassung festgehalten, daß Deutschland kein Benutzungsrecht beanspruchen könne. (S. Gatzke 90.) – Rosenberg hat auch in anderen Punkten den Standpunkt des AA beim Kronrat nicht mit Schärfe vertreten.

Die Entscheidung⁷⁵ des Kaisers war jedoch alles andere als endgültig. Zunächst kam der wegen der Flotten-Frage weiterschwelende Konflikt zwischen Ludendorff und Holtzendorff zu offenem Ausbruch. Ludendorff gelang es schließlich, den Chef des Admiralstabs zum Rücktritt zu veranlassen – eine »Lösung«, die er kurz zuvor auch in seiner Auseinandersetzung mit dem Leiter des AA erreicht hatte.

Die ungewöhnliche Gereiztheit, mit der Ludendorff die Krisis auf den Höhepunkt trieb, legt es nahe anzunehmen, daß der General in zunehmendem Maße die Herrschaft über seine Nerven verlor⁷⁶. Ende Juni übergab der Chef des Admiralstabs einen nicht dienstlich geschriebenen Briefbericht⁷⁷ des Vizeadmirals Hopman über die Verhältnisse in der Krim dem Chef des Marinekabinetts, der ihn bei Gelegenheit dem Kaiser zu lesen gab. Als eines Abends bei Tafel der Kaiser Ludendorff auf diesen Bericht, der im übrigen nichts Ungünstiges über Heeresverhältnisse enthielt, ansprach, brachte Ludendorff seine Entrüstung zum Ausdruck, daß von einem ihm unterstellten Flaggoffizier ohne sein Wissen Nachricht an den Kaiser gelange. Er forderte, Hopman aus Sevastopol' abzubere-

⁷⁵ Im »Ergebnis« der Besprechung (Arch. Forsch. IV 1421) heißt es unter Punkt 8: »8. Schwarzmeer-Flotte. S.M. der Kaiser hat entschieden, daß die Schiffe der Schwarzmeer-Flotte so verwendet werden, wie die Kriegsnotwendigkeit es verlangt. Die Klärung der Eigentumsfrage bleibt für später vorbehalten.«

⁷⁶ Die folgenden Einzelheiten nach BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/19 S. 109 ff.; Müller 389 ff. und einem ausführlichen Telegramm Grünaus an Kriege, Spa 1918 VII 14 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14). S. auch Kaehler 241 ff.

⁷⁷ Es dürfte sich um den Brief Hopmans an Vanselow, Sevastopol' 1918 V 25 (MGFA, PG/75 677 Bd. 2) handeln. Hopman legte darin sein »politisches Glaubensbekenntnis« ab, das den ostpolitischen Vorstellungen Ludendorffs in wesentlichen Punkten zuwiderlief. So heißt es u. a.: »Man hört von der Absicht einer Schutzherrschaft über die Krim und das Kaukasusgebiet, deutscher Vorherrschaft auf dem Schwarzen Meere, Sicherung des Weges nach Persien usw. Was hinter solchen Schlagworten steckt, weiß ich nicht. Ich habe aber das Gefühl, daß der Admiralstab gerade nicht sehr begeistert dahinter steht und mit Recht darauf hinweist, daß unsere Ziele nach wie vor mehr im Westen und auf dem Ozean als im Osten und auf dem Schwarzen Meer liegen.« Die von Deutschland betriebene Zerstückelung Rußlands hielt Hopman nicht für dauernd möglich. Rußland sei dazu innerlich zu fest gefügt und auch noch zu stark. Ukraine und Großrußland würden mit elementarer Gewalt wieder zusammenstreben und auch zusammenkommen. In der Sache der russischen Schwarzmeer-Flotte vertrat Hopman ganz den Standpunkt des AA: »Der Besitz der russischen Flotte bedeutet für uns nichts oder wenig, geben wir sie der Türkei, so stärkt sie deren Anmaßung, von der wir ja im Kaukasus genügend erfahren. . . In russischer, von uns beeinflusster und gestärkter Hand kann die Flotte aber später wieder vielleicht mal wertvoll für uns werden. . . Für unsere jetzige Rolle hier würde ich folgendes befürworten: . . . Keinen Anspruch auf Kriegsbeute in Sewastopol oder anderen Häfen. . . Was wir brauchen, können wir käuflich oder im Austausch erwerben. Die Begründung für die Berechtigung der Kriegsbeute ist zum mindesten sophistisch.« – Es ist verständlich, daß sich Ludendorff über diesen Bericht erregte. (S. auch Ludendorff an Hopman [Abschrift], Spa 1918 VI 29. MGFA, PG/69 258 Bd. 3.) – Eine Durchsicht der einschlägigen Marineakten (die übrigens sehr reichhaltig und von der Forschung bisher leider wenig berücksichtigt worden sind) ergibt, daß nicht nur der Admiralstab, sondern auch die Marinebehörden an Ort und Stelle mit der das soldatische Ehrgefühl verletzenden Auffassung Ludendorffs in der Beutefrage nicht einverstanden waren.

fen; geschehe das nicht, so gehe er selbst. Sollte der Admiralstabschef beabsichtigen, ihn zu sprechen – so äußerte sich Ludendorff gegenüber Kapitän von Bülow –, so möge ihm gesagt werden, er sei für ihn nicht zu sprechen. Holtzendorff brachte am 13. Juli die Angelegenheit des Hopman-Berichts beim Kaiser zum Vortrag, der einige Worte über den Größenwahn Ludendorffs fallen ließ und erklärte, er denke gar nicht daran, Hopman abzulösen.

Die Tatsache, daß der Admiralstab keine Aufforderung zur Teilnahme am Kronrat erhalten hatte⁷⁸, veranlaßte Holtzendorff, einen Beschwerdebrief an den Generalfeldmarschall zu richten, den dieser aber, sich vor Ludendorff stellend, als nicht begründet zurückwies. Holtzendorff – »der sich zu krank fühlte, um den ihm so schroff erklärten Kampf aufzunehmen, den er, wie er sagte, mit gesundem Körper nicht gescheut hätte«⁷⁹ – meldete auch dem Kaiser das Vorgefallene und bat um seinen Abschied⁸⁰.

Mit dem Weggang seines zweiten Widersachers hatte Ludendorff jedoch das Spiel um die russische Restflotte noch nicht gewonnen. Die Verwendung der russischen Schiffe für deutsche Kriegszwecke hätte nach Ansicht des AA das Ergänzungsvertragswerk, über das mit Joffe in Berlin verhandelt wurde, in Frage gestellt. Die im Kronrat zu Spa vom Kaiser getroffene und auf Grund der unzureichenden Vertretung des AA unwidersprochen gebliebene Entscheidung lief nämlich strikt den Zusicherungen zuwider, die Kühlmann im Mai Joffe gegenüber gemacht hatte, daß die von Novorossijsk überführten Schiffe von Deutschland in keiner Weise verwendet werden sollten. Eine Verwendung der Schiffe ohne vorherige Verständigung mit Rußland, so meldete das AA am 18. Juli dem in Spa weilenden Reichskanzler, würde einen offenen Wortbruch bedeuten, »so daß die Russische Regierung den deutscherseits gegebenen Zusicherungen keinen Glauben mehr beimessen könnte und die schwebenden Verhandlungen voraussichtlich illusorisch sein würden«⁸¹. Eine solche Verantwortung werde die Reichsleitung nicht übernehmen können.

Das Stichwort für eine mögliche Lösung war aber gleichzeitig gegeben. Tatsächlich waren im Juli Verhandlungen mit Joffe über die Schiffe im Gange. Dieser hatte zwar die deutsche Anregung, die Novorossijsker Schiffe unmittelbar an Deutschland zu verkaufen oder zu verchartern, als mit der öffentlichen Meinung Rußlands unvereinbar abgelehnt, sich aber bereit erklärt, der Ukraine einen Teil der Flotte nach Maßgabe der von ihr zu übernehmenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber Deutschland abzutreten.

⁷⁸ Der stellvertretende Chef, Admiral Koch, war in Vertretung des kranken Holtzendorff in Spa erschienen. Er wurde zu dem Kronrat aber nicht hinzugezogen und reiste ununterrichtet nach Berlin zurück.

⁷⁹ BA/MA, Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/19 S. 111.

⁸⁰ Admiral Holtzendorff wurde am 31. Juli unter Verleihung des Titels Großadmiral seiner Stellung als Chef des Admiralstabs enthoben.

⁸¹ Bussche an Rk, Berlin 1918 VII 18 (PA, Ru 72 b Bd. 33).

In den mit Rußland zu treffenden Vereinbarungen wollte nun das AA das Eigentum Rußlands an der Schwarzmeer-Flotte vorbehaltlich der Vermögensauseinandersetzung mit der Ukraine anerkennen. Es beabsichtigte dann im Verlauf dieser Auseinandersetzung, Rußland zu veranlassen, bei einer entsprechenden Teilung seiner Kriegsflotte den größten Teil der Schwarzmeer-Flotte an die Ukraine zu übertragen. Diese Schiffe wiederum wollte Deutschland zu einem wesentlichen Teil von der Ukraine erwerben, um sie im Krieg noch benutzen zu können. Da bekanntlich die Türkei auf den Erwerb der Schiffe ihrerseits großen Wert legte, sollte ihr bei Entgegenkommen in der Baku-Frage in Aussicht gestellt werden, daß Deutschland ihr nach Beendigung des Krieges einen Teil dieser Kriegsschiffe unentgeltlich überlassen würde⁸².

Das hier skizzierte Geschäft wurde jedoch kurz darauf in dem geheimen Briefwechsel zwischen Staatssekretär Hintze und Botschafter Joffe, der aus Anlaß der Unterzeichnung des Ergänzungsvertrages am 27. August erfolgte, wesentlich vereinfacht⁸³. Nach Punkt 10⁸⁴ des Hintzeschen Briefes behielt sich Deutschland vor, die Kriegsschiffe der Schwarzmeer-Flotte zu friedlichen Zwecken (Wegräumen von Minen, Hafen- und Polizeidienst), aber »im Falle der Kriegsnotwendigkeit« zu »sonstigen militärischen Zwecken« zu verwenden. Darunter war jetzt nach der Kriegslage die Verstärkung der Dardanellen-Verteidigung gemeint.

Mit dieser Lösung der Frage war wenigstens die zweite Hauptforderung der OHL erfüllt: Die Schiffe wurden Deutschland bis zum Kriegsende zur Verfügung gestellt. Die Lösung war aber durch diplomatische Verhandlungen mit den Russen zustande gekommen, nicht durch einseitiges Vorgehen Deutschlands erzwungen.

Punkt 10 des geheimen Briefwechsels war eine der wenigen Vereinbarungen des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages, die in den letzten Monaten des Krieges noch zur Ausführung kamen. Der Chef des Admiralstabs teilte am 8. September dem AA mit, das deutsche Marinekommando bereite in den Schwarzmeer-Häfen unauffällig die Besetzung einiger russischer Schiffe vor und werde sie zu einem von der Seekriegsleitung zu wählenden Zeitpunkt überraschend ausführen⁸⁵. Auf Wunsch des AA sollte an der Aktion ein russischer Kommissar teilnehmen⁸⁶, wohl um Zwischenfällen vorzubeugen. Tatsächlich traf Ende September aus Moskau auf dem Wege über Berlin ein russischer Kommissar in Sevastopol'

⁸² Telegrammentwurf AA an Bernstorff, Berlin 1918 VIII 24 (PA, Ru 72 b Bd. 34).

⁸³ Wodurch diese Vereinfachung erreicht wurde, ist aus den Akten nicht festzustellen, sie läßt sich nur vermuten: Der OHL muß die Kombination des AA im Falle der Verwirklichung zu zeitraubend erschienen sein.

⁸⁴ Europäische Gespräche 150/1.

⁸⁵ Bülow an AA, Berlin 1918 IX 8 (PA, Ru 72 b Bd. 34). Über die Vorbereitungen zur Indienstnahme der Schiffe s. MGFA, PG/69 258/9 Bd. 3/4 und ebenda PG/75 681.

⁸⁶ Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Nadolny und einem Admiralstabsoffizier, Berlin 1918 IX 13 (MGFA, PG/75 681) und AA an Chef des Adm.st., Berlin 1918 IX 16 (ebenda).

ein⁸⁷. Am 1. Oktober wurden das Großkampfschiff Volja und einige andere Schiffe ohne Zwischenfall besetzt⁸⁸. Durch den Zusammenbruch der Türkei und Deutschlands kamen die Schiffe aber nicht mehr zum Einsatz.

Ende Oktober noch wollte Deutschland die Flotte an Rußland zurückgeben⁸⁹. Nach Artikel 29 des Waffenstillstandsvertrages von Compiègne aber mußte sie der Entente ausgeliefert werden. Sie wurde im Verlauf des russischen Bürgerkriegs erst Denikin, dann Vrangel' zur Verfügung gestellt. Frankreich überführte sie später ins Mittelmeer, wo sie an der nordafrikanischen Küste, im Hafen von Bizerta, verrostet ist⁹⁰.

4. Die deutsche Kaukasuspolitik

Die beiden Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest führten nicht nur zu Reibungen zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresleitung bei der Besetzung der Ukraine¹ und zur Trübung des deutsch-bulgarischen Verhältnisses wegen der Dobrudscha-Angelegenheit², sondern auch zu ernststen Spannungen in den deutsch-türkischen Beziehungen, die sich an den beiderseitigen Kriegszielen im Kaukasus entzündeten und im August/September das Bundesverhältnis beinahe gesprengt hätten.

Schon vor Beginn der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk hatte die Türkei bei der deutschen Regierung Ansprüche auf die 1878 an Rußland verlorenen Gebiete von Kars, Ardahan und Batum angemeldet. Kurz vor dem Brester Friedensschluß erwirkte die Türkei die Aufnahme einer Bestimmung, die den Abzug der russischen Truppen aus diesen Gebieten und die Neuordnung der drei Bezirke »im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei«, vorsah³. Nach der Unterzeichnung des Friedens stieg die Begehrlichkeit der Türkei auf Anteile am Fell des russischen Bären weiter an. Sie beanspruchte im Frühjahr

⁸⁷ Von Joffe unterzeichnete Vollmacht für die Übergabe der russischen Schiffe an die deutschen Marinebehörden (Entwurf, Abschrift), Berlin 1918 IX 24 in MGFA, PG/75 679.

⁸⁸ Hopman 306 ff.

⁸⁹ Chef des Adm.st. an Befehlshaber der Marinekommandos im Schwarzen Meer, Berlin 1918 X 31 (MGFA, PG/75 679).

⁹⁰ Kukel' 171; Platonov 103.

¹ S. o. S. 122/3.

² S. Helfferich III 302 ff., besonders 310 und 316.

³ Artikel 4 des Vertrages. – Die türkischen Wünsche in Brest-Litowsk waren noch weiter gegangen. Rußland sollte auch »einen selbständigen kaukasischen Staat« anerkennen und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates enthalten. S. das Telegramm Seeckts an die OHL, 1918 III 1, zitiert bei Mühlmann 190/1. – Die Darstellung Mühlmanns ist auf Grund der inzwischen vernichteten deutschen Heeresakten geschrieben. Die glücklicherweise ausführlichen Zitate aus den Akten des Heeresarchivs lassen sich in den meisten Fällen an den Akten des AA nachprüfen und ergeben im Vergleich zu diesen im wesentlichen nichts Neues.

und Sommer 1918 die gesamte russische Schwarzmeer-Flotte⁴. Sogar auf das Nordufer des Schwarzen Meeres richtete sie ihr Augenmerk, wie die deutsche OHL aus einem Telegramm Generals von Seeckt, des damaligen Chefs des türkischen Generalstabs, vom 19. April erfuhr: »Politischer Wunsch der Türkei . . . ist die Errichtung eines selbständigen muselmanischen Staatswesens in der Krim.«⁵

Aus einem Bericht des österreichisch-ungarischen Botschafters in Konstantinopel, Pallavicini, vom 4. Mai läßt sich das Bild der türkischen Kriegsziele gegenüber Rußland vervollständigen⁶. Kars, Ardahan und Batum sollten, »vielleicht bis zur Linie Batum-Baku«, dem türkischen Reiche angegliedert werden. Das übrige Transkaukasien würde einen eigenen Staat bilden, in dessen Regierung die drei Völker der Georgier, Tataren (Aserbeidschaner) und Armenier zur Geltung kommen würden. Dabei müßte der Einfluß der Türkei auf die Regierung »in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht« gesichert werden. Endlich sollten auch die jenseits des Kaukasus liegenden bis zu den Flüssen Kuban' und Terek reichenden Gebiete einen unabhängigen, mit der Türkei möglichst durch ein Bündnis verknüpften mohammedanischen Staat bilden, der von Rußland ganz abgetrennt sein müsse. Nur hierdurch, meinte man in Konstantinopel, wäre die Türkei gegen ein Wiedererwachen des russischen Imperialismus endgültig geschützt.

Das hier skizzierte Programm läßt erkennen, daß die Türkei in der Schaffung von Pufferstaaten am Rande des ehemaligen Zarenreiches nicht nur im allgemeinen das deutsche Beispiel vor Augen hatte, sondern auch in bezug auf die verschiedenen Grade der Unabhängigkeit, in denen diese neuen Schöpfungen zum ottomanischen Reich gebracht werden sollten. »Also ganz nach deutschem Rezept«, kommentierte Pallavicini⁷.

Den ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Programms tat die Türkei unmittelbar nach Abschluß des Brester Friedens, indem sie daranging, die vertragsgemäß von den Russen zu räumenden Gebiete zu besetzen. Dabei stieß sie auf den Widerstand Transkaukasiens, eines Staatenbundes, der sich in dem allgemeinen Auflösungsprozeß nach der russischen Revolution gebildet hatte und Georgien, Aserbeidschan und Armenien umfaßte. Es kam noch Mitte März zwischen Vertretern der Türkei und Transkaukasiens in Trapezunt zu Verhandlungen, die sich einen Monat hinzogen und schließlich an der Weigerung der Transkaukasier, den Frieden von Brest-Litowsk als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, scheiterten⁸. Am 14. April erklärte die transkaukasische Republik der Türkei den Krieg⁹.

⁴ S. o. S. 158.

⁵ Zitiert bei Mühlmann 191.

⁶ Bericht Pallavicini an Burian, Konstantinopel 1918 V 4 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 124/9).

⁷ Pallavicini an Burian, Pera 1918 IV 19 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 82).

⁸ Kazemzadeh 93 ff. Dokumente zur Konferenz von Trapezunt in Dokumenty i materialy po vnešnej politike Zakavkaz'ja i Gruzii 107 ff.

⁹ Kazemzadeh 101.

Diese hatte die Verhandlungszeit aber schon dazu benutzt, die Gebiete von Kars und Ardahan zu besetzen. Am 15. April wurde auch Batum genommen. Unter dem Druck des türkischen Vormarsches bat Transkaukasien um Waffenstillstand. Die Türkei erklärte sich darauf zu Verhandlungen in Batum bereit. Es war aber von vornherein klar, daß sie nun über den Brester Vertrag hinausgehende Gebietsforderungen stellen würde.

Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, an dem Deutschland sich genötigt sah, seine Belange im Kaukasus durch Entsendung eines Vertreters zu den Batumer Verhandlungen zu wahren. Das deutsche Interesse am Kaukasus bestand eigentlich schon seit Kriegsbeginn. In dem bunten Völkergemisch dieses Gebiets sah die deutsche Politik geeignete Ansatzpunkte für ihr weitgespanntes Programm einer Revolutionierung des russischen Reiches¹⁰. Die Selbständigkeitsbewegung der kaukasischen Völker, die auf Errichtung eines aus Georgiern, Tataren und den nordkaukasischen Bergvölkern bestehenden Föderativstaates hinzielte – wobei die Georgier die Führung übernehmen sollten –, wurde seit Anfang des Krieges von Deutschland aktiv unterstützt. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk lenkte die deutsche Regierung ihr Augenmerk mit besonderer Aufmerksamkeit auf den Kaukasus, weil dieses Gebiet als reiche Rohstoffquelle für die Fortsetzung des Krieges im Westen unentbehrlich schien. Am 12. April teilte das Kriegsministerium dem Auswärtigen Amt mit, im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsamt sei beabsichtigt, je einen Vertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und des kaukasischen Grubenvereins nach Batum und Poti zu entsenden, um sich über die Verhältnisse in den dortigen Manganerzgruben zu unterrichten und schnellste Heranschaffung der Erze nach Deutschland zu bewirken. Da die in Deutschland vorhandenen Vorräte an solchen Erzen nahezu erschöpft seien, dürfe kein Mittel unversucht bleiben, »um möglichst schon im Verlauf der nächsten Monate größere Mengen dieser Erze aus dem Kaukasus nach Deutschland hereinzubringen«¹¹.

Das AA sah im Vorgehen der Türken, sich die Bezirke Kars, Ardahan und Batum ohne weitere Umstände anzueignen, einen völkerrechtswidrigen Akt, denn nach dem Vertrag von Brest-Litowsk durfte das Schicksal dieser Gebiete nicht einseitig von der Türkei geregelt werden. Dem im Großen Hauptquartier weilenden Reichskanzler teilte es mit, daß die russische Regierung durch Funkspruch¹² einen Protest wegen einsetzender Armenier-Metzeleien erhoben habe¹³. »Wenn wir ein solches Vorgehen der Türkei im Kaukasus zulassen, so laden wir eine schwere Verantwortung für den dort beginnenden Krieg mit allen seinen Schrecken auf uns.« Denn sie würde von der ganzen Welt vor allem Deutschland zu-

¹⁰ Dazu s. Zechlin 353 ff.; Fischer 159 ff.

¹¹ Schreiben KM an AA (Abschrift), Berlin 1918 IV 12 (PA, Ru 97a Bd. 12).

¹² Text in Dokumenty I 240/1, Note Čičerin/Karachan an AA, Moskau 1918 IV 12.

¹³ Telegrammentwurf AA an Rk, Berlin 1918 IV 26 (PA, Ru 97a Bd. 13). – Kühlmann hatte an der Abfassung des Telegramms keinen Anteil, da er selbst im Großen Hauptquartier weilte.

geschoben werden. Aber auch aus politischen Gründen sei das Verhalten der Türkei den deutschen Interessen abträglich. Was zunächst die dem türkischen Einfluß vertraglich geöffneten Bezirke angehe, so sei gegen den Rückfall von Kars und Ardahan an das Osmanische Reich nichts einzuwenden. Anders stehe es dagegen mit Batum. Gegen dessen Überlassung an die Türkei erhob das AA schwere Bedenken. Batum sei der einzige Hafen für Georgien und für das ganze kaukasische Hinterland und zugleich der Anfangspunkt des über Transkaukasien führenden Weges nach Mittelasien und Persien. »Es wäre gegen unsere Interessen, wenn der Zugang zu Mittelasien und Persien ausschließlich in türkische Hände käme und wir bezüglich unserer politischen und wirtschaftlichen Betätigung dort auf den guten Willen der Osmanen angewiesen wären. . . Wir haben während des Krieges Millionen ausgegeben, um einen uns freundlich gesinnten kaukasischen Staat zu schaffen und uns damit die Brücke nach Zentralasien zu bauen. Alles dies wäre so gut wie umsonst gewesen, wenn die Türken Batum und Transkaukasien nehmen.«

Die türkischen Kriegsziele im Kaukasus betrachtete das AA noch von einem anderen Gesichtspunkt. Die Verfolgung der Kaukasuspläne berge die Gefahr in sich, hieß es in dem Telegramm an den Reichskanzler, daß sie ein Desinterressement der Türken an den arabischen Gebieten und eine Verständigung mit England nach sich ziehen könne, was für die deutsche Orientpolitik von den schwerwiegendsten Folgen wäre. Deshalb müsse alles aufgeboten werden, um die Türken in ihrem Vordringen im Kaukasus aufzuhalten. Die Stadt Batum müsse georgisch bleiben, und im übrigen sei Transkaukasien je nach seiner staatlichen Gestaltung sich selbst oder Rußland zu überlassen.

Selbstverständlich hatte sich auch die OHL mit der Angelegenheit des Kaukasus befaßt. Ludendorff war zunächst durchaus geneigt, die Gebietsforderungen des türkischen Bundesgenossen nach Osten abzulenken, um dessen bulgarische Aspirationen – es handelte sich in erster Linie um türkische Wünsche auf Grenzverbesserungen an der Maritza – zu mäßigen. Am 15. März telegraphierte er an General Seeckt: »Der Schwerpunkt der türkischen territorialen Erwerbungen muß im Osten gesucht werden. Dort besteht für eine geschickte türkische Diplomatie neben der Möglichkeit der Landerwerbung auch die Aussicht auf Schaffung von Einflußzonen bis tief in das zentrale Asien hinein.«¹⁴ Am 24. April empfahl Ludendorff dem AA, in dem zwischen Türken und Georgiern entstandenen Konflikt eine Vermittlung auf der Grundlage anzubahnen, daß die Türkei auf den von Christen bewohnten Teil Georgiens verzichte, sich mit dem südlichen Teil der Provinz Batum begnüge und die Unabhängigkeit des christlichen Georgier-Staates anerkenne, wenn Deutschland ihr in den armenischen und in den tatarischen Gebieten freie Hand ließe, unter der Bedingung, daß es wirtschaftliche Zugeständnisse besonders bezüglich der von Batum über Tiflis nach Persien und nach Baku führenden Eisenbahnen erhalte. Ludendorff schlug vor, daß sich

¹⁴ Zitiert bei Mühlmann 193.

Deutschland bei den Friedensverhandlungen zwischen Türken und Kaukasiern »entscheidend« beteilige¹⁵.

Zum gleichen Zeitpunkt wurde dem AA auch von der Wiener Regierung ein Junktim zwischen der kaukasischen Angelegenheit und der Frage der türkisch-bulgarischen Grenzrektifikation nahegelegt¹⁶. Kühlmann ging auf den Gedanken ein und äußerte dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber die Ansicht, man solle »die kaukasische Sache« zunächst dilatorisch behandeln, »um je nach dem Ergebnisse des zum Vorteil oder Nachteil der Türken Erreichten [in der Maritza-Angelegenheit] das türkische Ansuchen [im Kaukasus] beschränken oder erweitern zu können«¹⁷.

Als Vertreter der deutschen Regierung bei den Batumer Verhandlungen wurde nicht ein Diplomat ausersehen, sondern der deutsche Militärbevollmächtigte in Pera, Generalmajor von Lossow¹⁸. Wie es zu seiner Wahl kam, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Es stellte sich bald heraus, daß dieser Diplomat neuen Schlages, der nach Pallavicini eine »komische« Note in die deutsche Kaukasuspolitik hineinbrachte, auf eigene Faust Politik trieb, sich mit seinen türkischen Kollegen überwarf und vollständig antitürkisch auftrat. Damit geriet er, zumindest momentan, in Gegensatz zur OHL und dessen Exponenten in Konstantinopel, General Seeckt, der bis zu einem gewissen Grade die ottomanischen Aspirationen im Kaukasus unterstützte, in der Hoffnung, daß die türkischen Truppen durch ihre militärischen Operationen gezwungen würden, sich gegen die Engländer in Persien zu wenden¹⁹. – Die Instruktionen des AA an Lossow gingen dahin, die türkischen Wünsche auf die Bestimmungen des Brester Vertrages einzuschränken und die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Kaukasus zu wahren²⁰. Lossow untergeordnet waren Graf Schulenburg, der bis zum Krieg deutscher Generalkonsul in Tiflis gewesen war²¹, und von Wesendonk²² aus dem Orientreferat des AA.

¹⁵ Schreiben Ludendorff an Rk, Spa 1918 IV 24 (PA, Ru 97a Bd. 13).

¹⁶ Burian an Larisch, Wien 1918 IV 21 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k I Bl. 99).

¹⁷ Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 IV 22 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k I Bl. 81).

¹⁸ Es handelte sich um den bayrischen General, der 1923 im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch bekannt wurde. – Am 2. Mai schrieb Seeckt an Winterfeldt nach Berlin: »Daß an deren [der deutschen Delegation] Spitze zum ersten Mal kein Diplomat, sondern ein Offizier, der hiesige Mil. Bevollmächtigte General v. Lossow steht, ist auch stiller Genugtuung wert.« (Rabenau 76.)

¹⁹ Bericht Pallavicini an Burian, Konstantinopel 1918 VI 1 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k I–2 Bl. 13/4).

²⁰ Pomiankowski an AOK, Konstantinopel 1918 V 2 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k I Bl. 147) und Bericht Pallavicini an Burian, Konstantinopel 1918 V 7 (ebenda Bl. 137).

²¹ Schulenburg war 1934–1941 deutscher Botschafter in Moskau und nahm am Putschplan vom 20. Juli 1944 teil; er wurde am 10. November 1944 hingerichtet.

²² Er war ein Enkel Mathilde Wesendonks, der Freundin Richard Wagners. 1923 war er deutscher Generalkonsul in Tiflis.

Die erste und einzige Vollsitzung der Batumer Konferenz fand am 11. Mai statt²³. Der türkische Hauptdelegierte stellte Forderungen auf, die weit über den Brester Rahmen hinausgingen. Außer dem Verzicht auf Kars, Ardahan und Batum wurden nun noch die Bezirke Achalzich, Achalkalaki und Alexandropol und die Bahn Alexandropol–Dschulfa verlangt. Das bedeutete die Einverleibung fast ganz Armeniens in die Türkei. Ohne eine Antwort abzuwarten, setzten am 15. Mai Truppenbewegungen in Richtung der geforderten Gebiete ein. Dem türkischen Druck hielt die ohnehin schwache Front der drei Kaukasusrepubliken nicht stand. Als noch dazu die Aserbeidschaner offen mit den Türken sympathisierten, erklärte am 26. Mai der vereinigte Landtag von Tiflis (Sejm) die Föderativrepublik für aufgelöst. Am gleichen Tage konstituierte sich Georgien als selbständiger Staat. Armenien und Aserbeidschan folgten am 28. Mai.

Die deutsche Delegation hatte an diesem Geschehen nichts zu ändern vermocht. Die Türken waren zunächst schwer enttäuscht, daß überhaupt eine deutsche Delegation nach Batum gegangen war. Sie suchten diese aber lahmzulegen und leiteten hierfür eine fein ersonnene Intrige ein. Die Deutschen wurden von der Außenwelt möglichst abgeschnitten, indem ihr Telegrammverkehr in jeder Weise erschwert wurde. »Zitternd vor Wut«²⁴ bestieg Lossow sein Schiff, die Minna Horn, und fuhr über Poti nach Deutschland zurück. Am 19. Mai, noch in Batum, hatte er im Einverständnis mit Seeckt von der OHL die Entsendung deutscher Truppen nach Kaukasien gefordert²⁵. Um noch einen Präliminarfrieden rasch abzuschließen, war er sogar bereit, den Türken die Bahn Alexandropol–Dschulfa zeitweise zu überlassen. Zur Festlegung der endgültigen Friedensbedingungen hielt er die Übersiedlung der Delegation nach Konstantinopel für notwendig, schon um die Behinderung des Telegrammverkehrs zu vermeiden und so das Doppelspiel der Türken zu durchkreuzen. Es war natürlich, daß Lossow in Batum auch Fühlung mit den einzelnen kaukasischen Delegationen aufnahm. Aus einer Unterredung mit dem Leiter der nordkaukasischen Delegation, der ihn um »engsten Anschluß« an Deutschland bat, gewann er den Eindruck, daß »Einheit der Obersten Reichsleitung, der auswärtigen Politik, des Münzwesens, des Zollgebiets, endlich . . . Einheit von Heer und Marine« möglich sei. Lossow verstieg sich zu einem kühnen Gedankenflug: »Hier ist ein großes reiches Land zu vergeben, eine Gelegenheit, wie sie vielleicht in vielen Jahrhunderten nicht wiederkehren wird. Die Frage ist gewaltig, die Zeit zur Prüfung ist kurz.«²⁶

Wesendonk sah die Entwicklung der Lage wesentlich realistischer an, obwohl

²³ Darüber und über die weiteren Verhandlungen s. Avalov 40 ff.; Kazemzadeh 109 ff.; Pomiankowski 360. Dokumente zur Batumer Konferenz in Dokumenty i materialy po vnešnej politike Zakavkaz'ja i Gruzii 268 ff. Protokoll der Vollsitzung vom 11. Mai ebenda 312 ff.

²⁴ Bericht Franckenstein an Burian, Batum 1918 VI 30 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 359).

²⁵ Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 V 19 (PA, Ru 97a Bd. 14). S. auch Lepsius 383/4, Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 V 15.

²⁶ Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 V 19 (PA, Ru 97a Bd. 14).

auch er die deutschen Kaukasuspläne – »umfassende politische und wirtschaftliche Einflußnahme Deutschlands auf die gesamten Kaukasusländer . . . und möglichste Ausschaltung der Türkei« – mit einigem Ingrimme durch die türkische Politik zerstört sah. Vom Kaukasus aus wäre es möglich gewesen, schrieb er am 31. Mai in einem ausführlichen Bericht über die Batumer Verhandlungen an Bord der *Minna Horn*²⁷, einen »tatsächlichen Druck« auf die Türkei auszuüben und ihr ein Abspringen zu Deutschlands Gegnern zum mindesten zu einem gewagten Spiel zu machen. »Der Kaukasus bot uns ferner ein Sprungbrett zur politischen Betätigung in Persien, Zentralasien und den zwischen dem Ural und der Ukraine gelegenen russischen Ländern. Eine Beherrschung der Kaukasusländer wäre der Schlußstein gewesen für die deutsche Ostpolitik und hätte unseren Einfluß im Schwarzen Meer sichergestellt. In wirtschaftlicher Hinsicht konnten wir das zweitgrößte Naphtagebiet der Erde, eine reichhaltige Manganerzproduktion, ein entwicklungsreiches Baumwollland usw. für uns bekommen und damit die Möglichkeit einer umfassenden Rohstoffversorgung. . . « Aus dem Schiffbruch müsse nunmehr versucht werden, für Deutschland das zu retten, was noch in Sicherheit zu bringen sei. In erster Linie könne sich Deutschland in Georgien eine Stellung verschaffen, so daß sich von dort aus später vielleicht einmal wieder das aufbauen ließe, was Deutschland in den vergangenen Wochen in Kaukasien entgangen sei.

Tatsächlich wurde am 28. Mai in Poti, wohin die deutsche Delegation sich zunächst begeben hatte, ein provisorisches Abkommen zwischen Lossow und Tschchenkeli, dem Hauptvertreter der Georgier, unterzeichnet, in dem der Vertrag von Brest-Litowsk als Grundlage der deutsch-georgischen Beziehungen anerkannt wurde²⁸. Der Hauptartikel gab Deutschland das Recht auf Benutzung der georgischen Eisenbahnen. Zu diesem Zweck sollten der Hafen von Poti und die Eisenbahnen von deutschen Truppen besetzt werden. In mehreren Ergänzungsabkommen war die Regelung der militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorgesehen. Am gleichen Tag sandte Lossow einen geheimen Brief an die georgische Regierung, in dem er deutsche Unterstützung versprach, wenn Georgien mit der russischen Regierung über die Anerkennung seiner Unabhängigkeit verhandle. Der Brief schloß mit der Mitteilung über die bevorstehende Ankunft deutscher Truppen in Poti²⁹.

In Berlin und Spa hatte man sich angesichts des türkischen Vorgehens im Kaukasus, das auf Georgien überzugreifen drohte, im Laufe des Mai zu Truppenentsendungen entschlossen, ohne daß die dabei zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen des AA und der OHL ausgeglichen werden konnten. Selbst inner-

²⁷ PA, Ru 97a Bd. 17.

²⁸ Avalov 65 ff. – Vollständiger Text nebst Zusatzabkommen in *Germanskije okkupanty* 41 ff. Die in *Germanskije okkupanty* veröffentlichten Dokumente betreffen in erster Linie den Schriftwechsel zwischen der deutschen Mission in Tiflis und der georgischen Regierung.

²⁹ Avalov 68.

halb des AA schienen zwischen Kühlmann und nachgeordneten Stellen (Orientreferat) Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Kaukasuspolitik zu bestehen. Ludendorff hatte bis zum Eintreffen der ersten Meldungen Lossows an dem Gedanken festgehalten, die Gelegenheit im Kaukasus auszunutzen, um die Türkei für ihre großen territorialen Verluste in Afrika, Palästina und Mesopotamien zu entschädigen. »Wir brauchen eine lebenskräftige Türkei«, ließ er das AA am 10. Mai wissen, »solange wir Anspruch erheben, Weltmacht zu sein. Noch für den gegenwärtigen Krieg aber müssen wir darauf bedacht sein, mit der Hilfe der Türkei uns am Kaspischen Meer die Grundlage für ein Zusammengehen mit Afghanistan zu schaffen, um England in Persien und Indien militärisch zu treffen.«³⁰ In der Besprechung in Spa am 11. und 13. Mai hielt es Ludendorff für wichtig, den Türken keine Schwierigkeiten bei der Besetzung der nach Dschulfa führenden Eisenbahn zu machen, da dieser Vorstoß doch nur gegen die Engländer in Persien gerichtet sei³¹. Kühlmann hatte vom politischen Standpunkt nichts dagegen einzuwenden, den Türken gegen Persien freie Hand zu lassen. Als Ludendorff andeutete, er werde »einige wenige Bataillone dorthin« senden, erhob der Reichskanzler das Bedenken, daß durch neue kriegerische Verwicklungen der Krieg nur verlängert werde. Es ist geradezu erschütternd, in den weiteren Sätzen des Protokolls festzustellen, wie sich der Reichskanzler von den Militärs in diesem Punkt überfahren ließ, ohne auf der einmal geäußerten Auffassung zu beharren. Hindenburg hielt ihm entgegen, daß durch Truppenentsendungen in den Kaukasus das Kriegsende vielmehr beschleunigt werde. Ludendorff führte diesen Gedanken so aus: »Wir bekämpfen doch nicht einen neuen, sondern einen alten Feind. . . Ob die Truppen da oder dort kämpfen, macht nichts aus.« Diese Worte fielen in den entscheidenden Wochen der Westoffensive des Jahres 1918!

In der Besprechung vom 13. Mai präsentierte Ludendorff der Reichsleitung den Vorschlag, Oberst Kreß von Kressenstein, der bis Ende 1917 als Armeeführer auf dem Kriegsschauplatz in Palästina tätig gewesen war, nach Tiflis zu schicken, damit er sich an Ort und Stelle über die Lage im Kaukasus informiere. Weder im Protokoll dieser Besprechung noch sonst in den Akten ist festzustellen, daß im AA Widerspruch gegen die Wahl eines Offiziers zum diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches laut wurde. Dagegen erhob Kühlmann die größten Bedenken gegen die Entsendung deutscher Truppen selbst in Bataillonsstärke, wie sie von Lossow in Batum, unterstützt von Bernstorff, als Wachtruppe für die

³⁰ Ludendorff an AA, Spa 1918 V 10 (PA, Ru 97a Bd. 14). Neben den Schlußpassus des letzten Satzes setzte Bussche das Wort: »Unsinn«. – Auch Seeckt sah damals die Beherrschung des Kaukasus als Vorstufe eines Unternehmens nach Indien an. In dem Brief an Winterfeldt vom 2. Mai heißt es dazu: »Als ich auf den Schienensträngen stand, die über Tiflis nach Baku führen, da wollten die Gedanken weiter über das Kaspische Meer, durch die Baumwollfelder Turkestans zu den Olympischen Bergen und wenn, wie ich hoffen muß, der Krieg noch lange dauert, so soll doch noch an die Tore Indiens gepocht werden.« (Rabenau 76.) S. auch die folgenden Ausführungen u. S. 192/3.

³¹ Protokollauszüge der Sitzungen in Spa, Transkaukasien betreffend, in PA, Ru 97a Bd. 14.

Bahn Alexandropol–Dschulfa gefordert wurde. »Wir übernehmen mit der Entsendung deutscher Truppen erfahrungsgemäß schwere politische Verantwortungen, und unsere Engagements wachsen immer mehr ins Uferlose. Außerdem werden die Verhältnisse zur Türkei immer schwieriger«, so schrieb Kühlmann unter ein Telegramm aus Konstantinopel³². Deutlich wird daraus das Unbehagen des Staatssekretärs erkennbar, daß sich Deutschland überhaupt in die Angelegenheiten des Kaukasus einmischte. Ihm diente die Verfügung über dieses Gebiet vor allem als diplomatisches Mittel, um einen Ausgleich in dem türkisch-bulgarischen Grenzkonflikt herbeizuführen.

Die Mission Kreß war aber inzwischen beschlossene Sache, und im Zusammenhang damit verteidigte Ludendorff gegenüber dem AA die Verwendung deutscher Truppen im Kaukasus. In der Besprechung zu Spa, telegraphierte er am 21. Mai ans AA, habe er bereits die Notwendigkeit betont, *schwache* Kräfte als *Lehrtruppen* zur Organisation der Streitkräfte der kaukasischen Republik dort zu verwenden, »wie wir es jetzt auch in Finnland tun, um durch die Ausnutzung der Wehrkraft der Verbündeten uns selbst zu entlasten«³³. »Was die Mittelmächte jetzt nicht in den Bereich ihrer Waffen bringen, wird von England genommen«, warnte Ludendorff einige Tage später das AA³⁴. Die deutschen Streitkräfte seien ferner dazu bestimmt, der deutschen Betriebskommission, die er zur Förderung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahn Batum–Tiflis für die türkischen Operationen in Persien

³² Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 V 18 (PA, Ru 97a Bd. 14). – Die unterschiedlichen Auffassungen in der Kaukasuspolitik zwischen Kühlmann und Ludendorff machten sich natürlich bei der Vertretung deutscher Interessen gegenüber der Türkei störend bemerkbar, da sich Bernstorff nach den Richtlinien des AA, Seeckt aber nach den Weisungen der OHL richtete. Die türkische Heeresleitung konnte daher die deutsche OHL gegen das AA ausspielen, da sie sich bei ihren Operationen im Kaukasus der moralischen Unterstützung durch die OHL sicher sein konnte. Bernstorff hatte die undankbare Aufgabe, die Türken immer wieder zur Mäßigung zu mahnen. Er mußte, wie es in einem Bericht Pallavicinis heißt, ständig zwischen den Weisungen aus Berlin und Spa »lavieren«. (Pallavicini an Burian, Pera 1918 V 30. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 201.) In einer Unterredung mit einem österreichischen Diplomaten bemerkte Bernstorff, die von Deutschland befolgte Kaukasuspolitik (die nun mit der Mission Kreß ein weitergehendes Engagement einging) sei Kühlmann und ihm selbst wenig sympathisch. (Bericht Franckenstein an Burian, Konstantinopel 1918 VI 11. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 107.) Vgl. dazu folgenden Passus aus den Erinnerungen des österreichisch-ungarischen Militärbevollmächtigten in Konstantinopel: »Das AA in Berlin, sowie der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Bernstorff, scheinen überhaupt der kaukasischen Affäre fern gestanden zu sein und die Leitung des georgischen Abenteuers den Militärs überlassen zu haben.« (Pomiankowski 372.)

³³ Lersner an AA, Spa 1918 V 21 (PA, Ru 97a Bd. 14). – Aus der Tatsache, daß die russische Regierung weder gegen die Mission des Generals von Kreß noch gegen die Anwesenheit deutscher Truppen in Georgien Protest erhob, ist zu entnehmen, daß sie das deutsche Vorgehen als willkommenes Vorbeugungsmittel gegen weitere Verletzungen des Brester Vertrages durch die Türkei ansah. Außerdem konnte der darin liegende Keim zu Konflikten zwischen Deutschland und der Türkei nur zum Vorteil der bolschewistischen Sache sein.

³⁴ Berckheim an AA, Spa 1918 V 22 (PA, Ru 97a Bd. 14).

und Mesopotamien als unentbehrlich erkannt habe, als Rückhalt zu dienen. »Jetzt handelt es sich darum, daß die Türken in dem ganzen Raum bis zum Kaspischen Meere alsbald dem Vordringen Englands einen Riegel vorlegen.«

Kühlmann hielt diese Vorstellungen des Großen Hauptquartiers für utopisch³⁵. Daß er über das türkische Vorgehen im Kaukasus empört war und es als »hellen Wahnsinn« bezeichnete³⁶, wird sicherlich auch daran gelegen haben, daß er befürchtete, die deutsche OHL würde sich dadurch zu klarer Stellungnahme, mit anderen Worten zu der von ihm mißbilligten Intervention, aufgefordert fühlen, obwohl Ludendorff noch zu diesem Zeitpunkt sich der Illusion hinzugeben schien, die Türken würden ihre Operationen nach Südosten lenken³⁷. Die Reichsleitung hielt es jetzt für notwendig, die Pforte auf die ernststen Folgen aufmerksam zu machen, die eine Verletzung des Brester Friedens nach sich ziehen könnte. Die Erklärung, die Bernstorff in Konstantinopel abgeben sollte, war in eine scharfe Form gekleidet: »Wir lehnen für derartige auf eigene Faust begonnene Unternehmungen«, hieß es u. a., »jede Verantwortung ab und müssen der Türkei die Folgen überlassen.«³⁸

Die Lage im Kaukasus wurde nach dem Scheitern der Batumer Verhandlungen in Berlin als äußerst kritisch angesehen. Man fürchtete, daß ein weiterer Vormarsch der Türken den allgemeinen Kampf entfesseln und unter Umständen den Brester Frieden gefährden würde. Die georgisch-transkaukasische Angelegenheit wurde vom AA nun in erster Linie unter dem Blickwinkel der deutsch-russischen Beziehungen betrachtet. Durch Mirbach in Moskau ließ Kühlmann der russischen Regierung den Beginn der Batumer Verhandlungen mitteilen und ihr Vermittlung in der Auseinandersetzung mit Tiflis anbieten³⁹. Čičerin verhielt sich zunächst schroff ablehnend. In seinen Augen waren die Transkaukasier Rebellen und alle zwischen ihnen und der Zentralregierung entstandenen Differenzen eine ausschließlich innerrussische Angelegenheit⁴⁰. Mitte Mai hatte sich aber der Standpunkt der Sowjetregierung geändert, und Čičerin forderte in einer Note vom 15.

³⁵ An den Rand des zuletzt zitierten Satzes schrieb er: »Ein Traum«.

³⁶ Aufzeichnung Lerchenfeld über die Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 22. Mai (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 87).

³⁷ Seeckt befürwortete gegenüber der OHL die Benutzung der Bahnen Kars-Alexandropol-Dschulfa und Batum-Tiflis-Alexandropol durch die Türken. »Sonst ist keine Aktion gegen Nordpersien durchzuführen.« Ludendorff stimmte zu. »Ich kann meine Aufforderung nur wiederholen, daß die Türken ihr Augenmerk nunmehr ausschließlich nach Persien und Mesopotamien zu richten haben.« (Lersner an AA, Spa 1918 V 20. PA, Ru 97a Bd. 14.)

³⁸ Rk an Berckheim, Berlin 1918 V 24 (PA, Ru 97a Bd. 15). – Die ausführliche Instruktion an Bernstorff ist bei Ziemke 51/2 abgedruckt. Ziemke scheint bereits Akten des AA für seine Darstellung benutzt zu haben. – Abdruck der Instruktion (mit geringfügig veränderten Wortlaut) auch in Ursachen und Folgen II 195 und bei Lepsius 391/2.

³⁹ Telegrammentwurf AA an Mirbach, Berlin 1918 V 2 (PA, Ru 97a Bd. 13).

⁴⁰ Mirbach an AA, Moskau 1918 V 12 (PA, Ru 97a Bd. 14).

Mai russische Teilnahme an den Verhandlungen in Batum, hob jedoch hervor, daß damit nicht die Anerkennung der »sog. transkaukasischen Republik« verbunden sei und die Sowjetregierung einen ohne russische Mitwirkung geschlossenen Vertrag nicht anerkennen könne⁴¹. Da zu diesem Zeitpunkt das Scheitern der Batumer Verhandlungen schon feststand, schlug Deutschland den Russen unmittelbare diplomatische Auseinandersetzung zwischen ihnen und den Transkaukasiern vor⁴². Dieser Vorschlag wurde gegenstandslos, als auf Anregung der Sowjetregierung die kaukasische Angelegenheit als einer der politischen Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung der deutsch-russischen Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden gesetzt wurde⁴³. Die russische Regierung fuhr zunächst fort, das Vorgehen der Türkei als »ernste Verletzung« des Brester Friedens hinzustellen⁴⁴. Anfang Juni erklärte Joffe Kühlmann gegenüber, ein weiteres Vordringen der Türken, das er als gegen Baku gerichtet betrachtete, würde russischerseits mit einer Kriegserklärung an die Türkei beantwortet werden⁴⁵.

Auf Grund dieser Warnungen und der Ankunft Lossows in Berlin wurde am 3. Juni eine Besprechung beim Reichskanzler einberufen⁴⁶. Lossow erstattete Bericht über die Batumer Verhandlungen und sparte dabei nicht mit harten Worten über das Intrigenspiel und die Herrschaftsgelüste der Türken. Die Stimmung unter den kaukasischen Völkern stellte er als sehr deutschfreundlich dar. Auch die wirtschaftlichen Aussichten beurteilte er optimistisch. Im Kaukasus seien »ungeheure Wirtschaftswerte« greifbar. Die Zugangswege dorthin über Konstanza und Poti oder nördlich durch das Gebirge seien auch die kürzeste Verbindung nach Indien. Kühlmann stellte in der Besprechung die kaukasischen Verhältnisse in den Gesamtbereich der deutsch-russischen und deutsch-türkischen Beziehungen: »Wir müssen zwischen [der] Scylla des Bruchs mit Rußland und [der] Charybdis des Bruchs mit der Türkei hindurchsteuern.« Mit den Kaukasiern

⁴¹ Mirbach an AA, Moskau 1918 V 20 (ebenda). Abdruck der Note in Dokumenty I 302/3. Dazu s. ebenda 316 ff., Note Čičerin an Mirbach, Moskau 1918 V 23.

⁴² Dokumenty I 318, Note Mirbach an Čičerin, Moskau 1918 V 22.

⁴³ S. u. S. 270.

⁴⁴ Dokumenty I 338, Čičerin an Joffe, Moskau 1918 V 31.

⁴⁵ Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 VI 5 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1-2 Bl. 33). Joffe drohte in jenen Tagen sogar mit einer Kriegserklärung an Deutschland. In einem Gespräch mit Erzberger sagte er, der Vormarsch der Türken gegen Baku müsse Rußland zu offenem Krieg gegen Deutschland führen. Für diesen Vormarsch sei Deutschland moralisch verantwortlich, da die Türken aus eigener Kraft keinen Feldzug unternehmen könnten. Die Einnahme von Baku werde Rußland vollkommen lahmlegen, da bei dem Kohlenmangel der Wegfall des Öls den Eisenbahnbetrieb zum Stillstand bringen würde. Aber das so lahmgelegte Rußland werde trotzdem zu politischem und wirtschaftlichem Krieg gegen Deutschland entschlossen sein. Die Schärfe dieser Erklärung schwächte Joffe aber mit dem bedeutsamen Vorschlag (der später die Grundlage für die Einigung zwischen Deutschland und Rußland in der Baku-Angelegenheit bildete) ab, an Deutschland 100 000 t Öl zu liefern. (Schreiben Erzberger an Bergen, Berlin 1918 V 27. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 104/5.)

⁴⁶ Protokoll in PA, Ru 97a Bd. 16.

dürfe keine längere Bindung eingegangen werden. Vorläufig solle nur für die Kriegszeit mit ihnen, besonders mit den Georgiern, die staatlich relativ am besten organisiert seien, ein Vertrag abgeschlossen werden. Bei der russischen Regierung müsse auf Loslösung Georgiens hingewirkt werden. Bezüglich Baku seien die Sowjets aber ganz unerbittlich. »Baku wäre neuer casus belli für sie. Die Großrussen würden uns aber in Baku Naphtavorteile geben.«

Damit war die allgemeine Richtung der deutschen Kaukasuspolitik deutlich genug umschrieben. Sie wurde bereits am folgenden Tag in einer noch umfassenderen Besprechung im AA weiter präzisiert⁴⁷. Kühlmann stellte das Kaukasus-Problem wiederum in den Rahmen der deutschen Gesamtpolitik. Man müsse am Grundsatz festhalten, daß während des Krieges und darüber hinaus das deutsche Verhältnis zur Türkei keinen schweren Erschütterungen ausgesetzt werden dürfe. Da der Krieg für die Türkei in Mesopotamien und Palästina unglücklich verlaufen sei, wäre zu wünschen, daß sie »an der einen oder anderen Stelle« territorial nicht zu schlecht wegkomme. Politisch müsse sich Deutschland aber auf den Boden des Brester Friedens stellen. Verlange die Türkei mehr, so säge sie den Ast ab, auf dem sie sitze. Die von Lossow organisierte Aufstellung deutscher Kriegsgefangener als Bahnschutz und die Entsendung deutscher Truppen sah er als folgenschwere Maßnahme an. »Ich sehe Konflikte zwischen den deutschen und türkischen Truppen voraus.« Auf jeden Fall müsse versucht werden, das Verhältnis zur Türkei »mit weicher Hand« durchzuhalten. Bei der Behandlung der Kaukasus-Probleme dürften die Beziehungen zur Sowjetregierung nicht aus den Augen gelassen werden. Sie seien zur Zeit sehr gespannt. Die russische Regierung werde alles tun, um offiziellen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Es lasse sich aber nicht sagen, ob ihr das gelingen werde. Deutschland dürfe nicht schroff vorgehen. Joffe habe ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Einnahme von Baku entscheidende Folgen für die deutsch-russischen Beziehungen haben könnte. Es sei aber beabsichtigt, in Besprechungen in Berlin das ganze Verhältnis zu Rußland, das durch »gewisse militärische Teiloperationen« sich getrübt habe, von neuem zu klären. Deutschland habe also Interesse daran, daß der türkische Vormarsch gegen Baku hintertrieben werde.

An der Besprechung nahm auch Oberst Kreß teil, der einige Tage darauf über Konstantinopel nach Tiflis abfuhr. Seine Abreise war Anlaß für Ludendorff, den Standpunkt der OHL zur Kaukasuspolitik zu präzisieren. In einer für die Heeresgruppe Kiev bestimmten Aufzeichnung sind besonders drei Faktoren für sein Interesse am Kaukasus erkennbar: 1. die großen Mengen von Rohstoffen, die für die deutsche Kriegswirtschaft sofort greifbar seien; 2. die Möglichkeit, die Wehrkräfte des Landes durch Aufstellung einer Armee, die gegebenenfalls an der Seite Deutschlands gegen Rußland kämpfen würde (!), zu erfassen, und 3. die Aussicht, mit Georgien als Kern »einen mit Deutschland fest vereinigten Kauka-

⁴⁷ Protokoll ebenda.

susblock« zu bilden, der auch nach dem Krieg in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung von größter Wichtigkeit sein würde⁴⁸.

Die Idee dieses Kaukasusblocks, der auch die in einem »Südoststaatenbund« zusammengelegten Kosakengebiete und die nordkaukasischen Bergvölker umfassen sollte, hatte sich durch Vorträge Lossows und den Empfang des Abgesandten der Kalmücken, Fürst Tundutov, den Lossow aus Batum zusammen mit einer georgischen Delegation unter Tschchenkeli mitgebracht hatte⁴⁹, in der Vor-

⁴⁸ Ludendorff an Heeresgruppe Kiev (geheim, Abschrift), undatiert (etwa 10. Juni. BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/171); abgedruckt im Anhang als Dokument 3. – In seinen Kriegserinnerungen (500) schreibt Ludendorff zur Aufstellung einer georgischen Armee, man hätte diese Truppen gegen England gebrauchen können.

⁴⁹ Kühlmann hatte das Vorhaben Lossows, Tundutov und die Georgier nach Berlin mitzubringen, mißbilligt, da er die Kalmücken und Georgier sich zunächst mit Rußland auseinandersetzen lassen wollte. Es genügte Kühlmann schon, zu wissen, daß Tundutov vor dem Krieg Adjutant des Zaren gewesen war, um von vornherein die Absichten des Kalmückenfürsten zu beargwöhnen. So schrieb er an den Rand eines Telegramms Lossows, der ihm dies mitteilte: »Merkwürdig, daß alle unsere Freunde Adjutanten des Zaren waren – Skropadski etc.« (Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 V 26. PA, Ru 97a Bd. 15.) Lossow stellte Kühlmann aber vor eine vollendete Tatsache, indem er Tundutov und die Georgier nach Berlin mitbrachte. Über den Aufenthalt der Georgier in Berlin und ihre Verhandlungen mit dem AA ist aus den Akten leider nichts Wesentliches zu erfahren. Hauptquelle dafür ist die Darstellung eines Mitgliedes der georgischen Delegation, Avalov (77 ff.). Den Georgiern ging es vor allem darum, die Anerkennung der Unabhängigkeit ihres Landes zu erlangen. Trotz dem ständigen Drängen Ludendorffs, Georgien »aus militärischen Gründen« formell anzuerkennen, und auch trotz der These Kühlmanns, die er schon am 11. Mai in Spa vertreten hatte, daß nämlich zur Abspaltung eines Randstaates die Genehmigung des Mutterstaates grundsätzlich nicht nötig sei, vertrat der Leiter der Rechtsabteilung des AA, Kriege, den streng formalistischen Standpunkt, daß Georgien nur mit der Zustimmung Rußlands als souveräner Staat anerkannt werden könne, da Deutschland und Rußland zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung Georgiens sich im Friedenszustand befunden hätten. (S. Avalov 78, 86/7.) Kühlmann verwies Tschchenkeli zunächst auf Verhandlungen mit Joffe. Dieser schlug Mitte Juni vor, die Georgier als Mitglieder der russischen Kommission an den Beratungen über die transkaukasische Frage, die einer der Gegenstände der Ergänzungsverhandlungen war, teilnehmen zu lassen. Tschchenkeli lehnte ab. Es gelang Kühlmann und Kriege während der Berliner Verhandlungen, die russische Zustimmung zur Anerkennung Georgiens durch Deutschland zu erlangen. Sie wurde dann im Artikel 13 des Ergänzungsvertrages ausgesprochen.

Nach Kühlmanns Standpunkt genügte die De-facto-Anerkennung Georgiens durch Deutschland – die es eigentlich schon durch den Abschluß der Poti-Verträge abgegeben hatte –, um in Wirtschaftsverhandlungen mit den Georgiern zu treten. Diese unternahmen alles, um den Deutschen vielversprechende Angebote zu machen. Sie schlugen vor, Georgien eine Anleihe zu gewähren. Dann würde Deutschland das Recht erhalten, die Bodenschätze des Landes auszubeuten. (Avalov 104/5.) Im Juli kam es in Berlin zum Abschluß einiger provisorischer Abkommen zwischen den Georgiern und deutschen Industriekonzernen (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Krupp-AG, Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Gutehoffnungshütte). Sie betrafen die Gründung einer Georgischen Manganerzgesellschaft, einer Eisenbahngesellschaft Tschiaturi und einer Hafenbetriebsgesellschaft Poti. (Text in Arch. Forsch. IV 1442 ff.) Die Verträge sollten erst als endgültig anerkannt werden, wenn die offizielle Anerkennung Georgiens ausgesprochen und die politischen Beziehungen zwischen der Georgischen Republik und dem Deutschen Reich geregelt sein würden. Da es dazu nicht

stellungswelt Ludendorffs festgesetzt. Das AA hatte die OHL vor den Absichten Tundutovs gewarnt. Dieser habe Deutschland das Protektorat über seine Heimat angeboten und angeregt, daß deutsche Truppen Caricyn besetzen möchten, um so die Verbindung der Bolschewisten mit dem Süden zu unterbrechen. »Wir können uns auf derartige Pläne und Unternehmungen, die uns der Gefahr eines neuen Konflikts mit Moskau aussetzen, nicht einlassen.«⁵⁰ Trotz dieser Warnung nahm Ludendorff die Wünsche des Kalmückenfürsten ernst, ohne ihm indes die Besetzung Caricyns durch deutsche Truppen zuzusagen. Dem AA teilte er nur mit, daß er den Kosaken Tundutovs von Tiflis aus erbeutete Waffen überlassen werde. Der Heeresgruppe Kiev teilte er den eigentlichen Zweck der Waffenlieferungen mit: »Auf diese Weise wird später von selbst Tiflis das Zentrum bilden, an das die nordkaukasischen Bergvölker und die Kosaken-Völker hingewiesen werden.« Ludendorff war sich darüber im klaren, daß der Zusammenschluß Großrußlands und der Ukraine »als zweier stammesverwandter slavischer Völker« unausbleiblich sein würde. »Diesem großen slavischen Block gegenüber würde ein Kaukasus-Block, der sich aus nichtrussischen christlichen Völkern, aus mohammedanisch-tartarischen Völkern, aus buddhistisch-kalmückischen Völkern, also im ganzen und großen aus Nichtslaven zusammensetzt, ein für Deutschland günstiges Gegengewicht bilden.«

Das AA erfuhr von diesen Vorstellungen Ludendorffs auf dem Umwege über Kiev. Groener hatte Botschafter Mumm ganz persönlich und vertraulich Kenntnis davon gegeben und den Anschluß der Kosaken an den Kaukasusblock bezweifelt, »da nach allen natürlichen Gesetzen der größere [also die Ukraine] und nicht der kleinere Staatskörper die stärkere Anziehungskraft ausüben würde«⁵¹. Im übrigen hielt Groener den Fürsten Tundutov, der auf seiner Rückreise ins Astrachan'-Gebiet über Kiev fuhr, für ziemlich unbedeutend und für eine Abenteuerernatur. Das AA teilte seinem Botschafter (mit der Unterschrift Hertlings) kurz und bündig mit, daß es die gekennzeichnete »Zickzack-Politik« Ludendorffs (d. h. erst der Ukraine zur Selbständigkeit zu verhelfen und sie dann wieder an Großrußland zurückfallen zu lassen) mitzumachen nicht in der Lage sei⁵².

Mit derselben Leichtgläubigkeit, ja Simpelhaftigkeit wie Ludendorff nahm auch der Kaiser die Ausführungen des Kalmückenfürsten, den er am 8. Juni empfing, auf. Nach Tundutovs Zeugnis entwickelte Wilhelm II. ein eigenes grandioses Rußlandprogramm, in dem er die Aufteilung des ehemaligen Zarenreiches in vier »Zarentümer« – Ukraine, Südostbund (mit Tiflis als Zentrum), Großrußland und Sibirien – ausmalte⁵³. Am selben Tag ließ sich der Kaiser von Lossow auch

mehr kam, traten die »Manganverträge« nie in Kraft. (S. Kazemzadeh 150/1; Avalov 105 ff. und 125/6.)

⁵⁰ Telegrammentwurf AA an Berckheim, Berlin 1918 VI 6 (PA, Ru 97a Bd. 16).

⁵¹ Mumm an Kühlmann (privat für Staatssekretär, bitte nicht zur Benutzung durch Militärstellen!), Kiev 1918 VI 13 (PA, Ukr 1 Bd. 14).

⁵² Rk an Mumm (Abschrift), Berlin 1918 VI 14 (PA, Ru 107 Bd. 1).

⁵³ Denikin III 68; Piontovskij 96/7, Bericht Čerjačukin an Krasnov, Kiev 1918 VII 12; ebenda

Vortrag über Georgien halten. Nach einer Aufzeichnung⁵⁴ Grünaus schilderte Lossow »alles durchaus optimistisch und das georgische Staatswesen als ein vollkommen konsolidiertes«, so daß er den Kaiser »völlig mitriß«. Lossow schlug vor, Georgien in kürzester Zeit anzuerkennen und gemeinsam mit den übrigen Mächten Frieden mit ihm zu schließen. »Demnächst« müsse Georgien in irgendeiner Form dem Deutschen Reich angegliedert und eine georgische Armee aufgestellt werden. »S.M. war natürlich unter dem Eindruck der Lossowschen Schilderungen der Meinung, daß das alles so gemacht werden solle.« Grünau wies Lossow nach dessen Vortrag darauf hin, er halte es nicht für angängig, daß der General von S.M. derart weitausschauende und folgenschwere Direktiven im Auftrage des Generalstabs extrahiere, ohne sich in Übereinstimmung mit dem AA zu befinden. Er habe von S.M. andere, nicht so weitgehende Richtlinien erwirkt. Das AA werde nach diesen verfahren, da die Dinge nicht überstürzt werden dürften, sondern »wegen der uns näher liegenden russischen Verhältnisse« behutsam angefaßt werden müßten.

Ludendorff faßte die kaiserliche »Verfügung« (»daß das alles so gemacht werden solle«) in drei Punkte zusammen, die er dem AA mitteilte⁵⁵: 1. die Frage der Anerkennung⁵⁶ Georgiens müsse ohne Zeitverlust gelöst werden; 2. die Verhandlungen

120, Bericht Svečin an Krasnov, Novočerkassk 1918 VI 21. – Avalov schreibt zu den Aspirationen Tundutovs und den Plänen des Kaisers in seinen Tagebuch-Erinnerungen (78): »Oh, hat Tundutov da nicht gefaselt [putaet-li]? Oder haben beide gefaselt?«

⁵⁴ Grünau an AA, Spa 1918 VI 8 (PA, Ru 97a Bd. 16).

⁵⁵ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 10 (PA, Ru 97a Bd. 17).

⁵⁶ Über die Frage der Anerkennung Georgiens wie auch Livlands und Estlands durch Deutschland war es in jenen Tagen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen AA und OHL gekommen. Ludendorff hatte Ende Mai aus »militärischen Gründen« unverzügliche Anerkennung ohne Rücksicht auf Rußland gefordert. Er berief sich dabei auch auf das von den Russen selbst proklamierte Selbstbestimmungsrecht, das für Rußland frühere völkerrechtliche Gebräuche bei Staatenneubildungen implicite ungültig gemacht habe. So seien auch die Ukraine und Finnland ohne vorherige Anerkennung Rußlands von Deutschland und anderen Staaten anerkannt worden. (Ludendorff an Kühlmann, Spa 1918 V 31. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 175.) Das AA antwortete Ludendorff am 5. Juni mit völkerrechtlichen und politischen Gegenargumenten. (Rk an Berckheim für Ludendorff, Berlin 1918 VI 5. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 1/2.) Die Anerkennung der Ukraine und Finnlands sei von Deutschland unter anderen Voraussetzungen erfolgt, als sie jetzt bezüglich Livlands, Estlands und Georgiens vorlägen. Zu der Zeit, als die Ukraine und Finnland von Deutschland anerkannt wurden, habe sich Deutschland rechtlich im Kriegszustand mit Rußland befunden. Es sei also durch keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland abgehalten gewesen, die sich von ihm lostrennenden Staaten als selbständige Staatengebilde anzuerkennen. Jetzt sei Deutschland im Frieden mit Rußland und durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk verpflichtet, nicht in die Gebietshoheit Rußlands einzugreifen. Ein einseitiges Vorgehen in der Anerkennungsfrage wäre daher ein völkerrechtswidriger Akt deutscherseits. Auch vom politischen Standpunkt würde ein solcher Akt das deutsche Verhältnis zu Rußland unnötig belasten. Das Zustandekommen der mit den Russen verabredeten Kommissionsverhandlungen werde dadurch gefährdet. Gerade bei diesen Verhandlungen werde es gelingen, die Anerkennung der Unabhängigkeit der loszulösenden Gebiete durchzusetzen.

gen für einen Frieden mit Georgien hätten in Berlin stattzufinden; 3. General von Lossow würde als Vertreter der OHL an diesen Verhandlungen teilnehmen. Das Hauptziel der deutschen Politik faßte er mit einem Optimismus, den er mit Lossow teilte, folgendermaßen zusammen: »Angesichts der Lage unseres Mannschaftsersatzes [müssen wir] danach trachten, endlich auch andere für uns arbeiten zu lassen. In Georgien bietet sich, wie in Finnland, die Gelegenheit, mit schwachen deutschen Streitkräften unsere Macht zu vervielfältigen.«

Dieses Telegramm Ludendorffs ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich der General kaiserliche Direktiven zu eigen machte, sie in seinem Sinn umformte und dem AA unter dem Mantel »Allerhöchster Willensmeinung« als politische Richtlinien zu oktroyieren versuchte. Von Grünau ist nämlich bezeugt, daß der Kaiser die von der OHL in drei Punkte zusammengefaßte Verfügung in dieser Form und Präzision gar nicht abgegeben hatte⁵⁷. Zwar habe S.M. gemeint, man solle mit Georgien »frisch ans Werk« gehen, die Frage der Anerkennung sei aber gar nicht angeschnitten worden. Ebenso sei davon, daß Verhandlungen in Berlin stattfinden müßten, gar keine Rede gewesen. Damit erledige sich auch Punkt 3 über die Teilnahme Lossows an den vermeintlichen Verhandlungen. Lossow habe nur auf die Frage des Kaisers, was er jetzt machen werde, erwidert, er gehe nach Berlin zurück, »um dort die Dinge noch weiter zu betreiben und zu klären«.

Am 12. Juni reiste der Direktor der Rechtsabteilung des AA, Kriege, ins Große Hauptquartier und besprach mit Ludendorff u. a. auch das Problem der Anerkennung selbständiger russischer Teilstaaten. Er legte eine Denkschrift vor, die noch einmal ausführlich auf die rechtliche Seite der Sache einging. (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 277/9.) Darin wurde die Erklärung der russischen Regierung vom November 1917 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker als einseitiges Regierungsprogramm bezeichnet, das keine völkerrechtliche Verpflichtung Rußlands enthalte, die Selbständigkeitserklärung eines russischen Teilgebietes anderen Mächten gegenüber als zu Recht bestehend anzuerkennen. Rußland habe zwar im Dezember 1917 bei den Friedensverhandlungen in Brest vorgeschlagen, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten innerhalb eines geschlossenen Staatsgebiets in den Friedensvertrag aufzunehmen; die Mittelmächte hätten dieses Angebot jedoch abgelehnt. Folgerichtig habe denn auch Trockij bei einer späteren Gelegenheit hervorgehoben, daß sich die Mittelmächte Rußland gegenüber auf die Erklärung wegen des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten nicht mehr berufen könnten und daß es demnach lediglich eine innere Angelegenheit Rußlands sei, inwieweit es sein Regierungsprogramm durchführen wolle. Was nun die zur Zeit in Ablösung begriffenen Teilgebiete Rußlands angehe, so würde in einer Unterstützung oder einseitigen Anerkennung ihrer Selbständigkeit eine Verletzung des Brester Friedensvertrages liegen, ja Rußland könne darin einen völlig zureichenden Grund zur Kriegserklärung gegen Deutschland sehen. Auch Deutschland würde es ohne weiteres als feindliche Handlung Rußlands ansehen, wenn in Posen, Westpreußen oder Schlesien russische Staatsangehörige versuchen wollten, eine Unabhängigkeitserklärung der Bevölkerung und einen politischen Anschluß von Teilen des preußischen Staatsgebiets an das künftige Königreich Polen durchzuführen, und Rußland es etwa unternehmen wollte, diese Bewegung zu unterstützen.

Ludendorff ließ sich durch völkerrechtliche Argumente nicht beeindrucken. In den folgenden Wochen fuhr er fort, von der Regierung die Anerkennung Livlands, Estlands und Georgiens zu fordern. S. u. S. 190/1.

⁵⁷ Grünau an AA, Spa 1918 VI 11 (PA, Ru 97a Bd. 17).

Damit sei der Kaiser einverstanden gewesen. Grünau fügte hinzu, daß Ohrenzeugen die Richtigkeit seiner Darstellung bestätigen könnten.

Wie eigenmächtig das Große Hauptquartier mit den kaiserlichen Weisungen umging, zeigt sich noch daran, daß es sie »zur Orientierung« für Bernstorff und Kreß – also an diplomatische Vertreter! – nach Konstantinopel weitergab. In dem betreffenden Telegramm wurde auch gesagt, daß die zögernde Haltung des AA, das jegliche Bindung gegenüber Georgien zunächst vermeiden wolle, nicht aufrechterhalten werden könne, desgleichen, daß die Verhandlungen mit Georgien nicht in Konstantinopel, sondern in Berlin stattfinden müßten. Bernstorff, der dieses Telegramm nach Berlin sandte, erklärte, sich nur nach den Weisungen des AA richten zu wollen⁵⁸.

Das AA stellte am 14. Juni im Namen des Reichskanzlers klar, daß Georgien bis auf weiteres weder als Protektorat noch in irgendeiner wenn auch nur lockeren anderen Form an Deutschland angegliedert werden könne. Ebenso wenig könne es sich von dem Versuch einer Organisation der georgischen Wehrmacht *politischen* Nutzen versprechen. Im übrigen werde die Konferenz über Georgien in Konstantinopel stattfinden⁵⁹. Sah sich Ludendorff in der Wahl des Konferenzortes bald einer vollendeten Tatsache gegenüber – seinem soldatischen Denken wollte nicht eingehen, daß die deutsche Regierung nach der scharfen Note vom 24. Mai nun »aus Courtoisie gegen die Türken«⁶⁰ Konstantinopel wählte –, so saß er in bezug auf eine der anderen Forderungen am längeren Hebel: »Hinsichtlich der georgischen Wehrmacht habe ich an General v. Kreß gedrahtet, daß ich ihre Schaffung als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachte.« Da Ludendorff auch wiederholt auf Erfüllung seiner dritten Forderung – »schnelle Anerkennung des georgischen Staates ohne Rücksicht auf Rußland«⁶¹ – hinwies, reagierte Kühlmann auf dieses ständige Drängen mit der bündigen Erklärung – selbst in den so trockenen Telegrammworten vermag man eine Mischung von Sarkasmus, Herablassung und Empörung über das Politisieren des Generalquartiermeisters herauszuspüren –, daß er die von der OHL geltend gemachten Gesichtspunkte »durchaus und voll«

⁵⁸ Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 VI 6 (ebenda).

⁵⁹ Telegrammentwurf Rk an Berckheim, Berlin 1918 VI 14 (ebenda).

⁶⁰ Kühlmann an Wedel für Burian, Berlin 1918 VI 7 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 91). – Die für Konstantinopel vorgesehene Konferenz über die kaukasischen Angelegenheiten mußte wegen der raschen Entwicklung der Dinge im Kaukasus immer wieder verschoben werden. Auch die Russen wünschten daran teilzunehmen. Zu ihrem Vertreter war der aus Anlaß der Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland in Berlin weilende Sokol'nikov ernannt worden. Auf österreichischer und türkischer Seite fürchtete man, daß der russische Vertreter ähnlich wie in Brest-Litowsk die Konferenz verschleppen und zu agitatorischen Zwecken mißbrauchen würde. In Berlin schien man aber aus der Brester Erfahrung gelernt zu haben. Den Unbequemlichkeiten, die eine Teilnahme Rußlands hätte zur Folge haben können, gedachte man dadurch vorzubeugen, daß man schon vorher über die wichtigsten Punkte eine Einigung zwischen den Vierbundmächten herbeiführen würde. Trotz mühsamer diplomatischer Vorbereitung fand die Konferenz jedoch nie statt.

⁶¹ Berckheim an Rk, Spa 1918 VI 17 (PA, Ru 97a Bd. 17).

würdige, daß aber »überwiegend politische Gründe« ein sofortiges Eingehen auf diese Wünsche verböten⁶².

Ludendorff war nach dem Scheitern der Batumer Konferenz und den Berichten Lossows von seiner anfänglich türkenfreundlichen Politik gänzlich abgeschwenkt. Seine in der zweiten Maihälfte über Seeckt an die Türken gerichteten ersten Mahnungen, das Schwergewicht der Kriegführung nach Persien und Mesopotamien zu verlegen, trafen in Konstantinopel auf taube Ohren⁶³. Als am 4. Juni die Türkei mit den drei kaukasischen Staaten einen Vertrag⁶⁴ abschloß, der in einigen Punkten den Poti-Verträgen Lossows geradewegs zuwiderlief – die Türken forderten von Georgien z. B. Benutzungs- und Schutzrechte an den georgischen Eisenbahnen –, war für Ludendorff der Zeitpunkt gekommen, nicht mehr über den deutschen Chef des türkischen Generalstabs, sondern unmittelbar mit dem verantwortlichen Leiter der türkischen Kriegführung, Enver Pascha, in Verbindung zu treten. In drohender Sprache ließ er den türkischen Kriegsminister wissen, daß er Verträge, die zwischen der Türkei und den transkaukasischen Staaten unter Umgehung Deutschlands, Österreichs und Bulgariens abgeschlossen worden seien, von vornherein nicht anzuerkennen vermöge⁶⁵. In diesem Punkt befand sich Ludendorff tatsächlich, wie er schrieb, »in vollster Übereinstimmung« mit dem Vorgehen der deutschen Regierung. Auch Kühlmann erkannte die Gültigkeit der von den Türken geschlossenen Verträge nicht an⁶⁶. Kurz darauf, am 9. Juni, verlangte Hindenburg von Enver Pascha die Räumung aller über den Brester Vertrag hinaus von den Türken besetzten kaukasischen Gebiete⁶⁷. Enver reagierte auf die scharfen Forderungen der deutschen Heerführer mit Rücktrittsdrohungen⁶⁸.

»Zum ersten Male während der vierjährigen deutsch-türkischen Waffengemeinschaft«, schreibt der Darsteller der deutsch-türkischen Bündnisgeschichte, Mühlmann, »war durch Gegensätze in der Kaukasuspolitik die Gefahr eines Bruches in drohender Nähe gerückt«⁶⁹. Der von Kühlmann vorausgesehene bewaffnete Konflikt zwischen deutschen und türkischen Truppen trat tatsächlich ein. – Außer den bereits aus deutschen Kriegsgefangenen rekrutierten Truppen befanden sich Anfang Juni schon zwei deutsche Bataillone mit Nebentruppen, zusammen etwa 1000 Mann, die dem Befehlsbereich Oberost entnommen wurden, im Kaukasus.

⁶² Telegrammentwurf Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 VI 23 (PA, Ru 97a Bd. 17a).

⁶³ Mühlmann 198 ff.

⁶⁴ Text des Vertrages und verschiedener Zusatzabkommen in Dokumenty i materialy po vnešnej politike Zakavkaz'ja i Gruzii 343 ff. Dazu s. Kazemzadeh 125 ff.

⁶⁵ Mühlmann 200/1, Ludendorff an Enver, Spa 1918 VI 8. Fast gleichlautender Abdruck auch bei Lepsius 393/4, Berckheim an AA, Spa 1918 VI 8.

⁶⁶ S. Anm. 60.

⁶⁷ Berckheim an AA, Spa 1918 VI 9 (PA, Ru 97a Bd. 16). S. auch Mühlmann 201/2; Lepsius 394.

⁶⁸ Mühlmann 202, Enver an Hindenburg, 1918 VI 10.

⁶⁹ Mühlmann 203.

Am 10. Juni meldete der türkische Militärbevollmächtigte in Deutschland der OHL, daß sich bei einem Gefecht zwischen Armeniern und Türken deutsche Detachements auf armenischer Seite beteiligt hätten⁷⁰. Tags darauf drahtete Bernstorff, daß ein deutsches Wachkommando eines Bahnhofs von Türken in Kars gefangengehalten werde⁷¹. Die Krisis war auf ihrem Höhepunkt angelangt. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel erkannte, daß die OHL den Bogen überspannt hatte. Es komme nicht darauf an, teilte er dem AA mit, die Türken zu demütigen, sondern die deutschen Wirtschaftsziele zu erreichen. Wenn Deutschland selbst im Kaukasus Politik treiben wolle, wäre das eine gefährliche Utopie, die sich dereinst schwer rächen würde: »Vestigia von Tsingtau terrent.«⁷² Die Rücktrittsdrohung Envers, des bewährten Deutschenfreundes, zeigte auch Ludendorff, daß er zu weit gegangen war. So begrüßte er die Vermittlungstätigkeit des Generals von Seeckt. Es gelang diesem, im Laufe des Juni und Juli eine Verständigung zwischen beiden Verbündeten anzubahnen⁷³. Sicher gab sich Seeckt dabei der Hoffnung hin, die türkischen Operationen im Kaukasus würden nunmehr nach Südosten abgelenkt werden können. Denn anders sind seine eigenen Ideen zur deutschen Kaukasuspolitik, die er dem für Tiflis bestimmten österreichisch-ungarischen Vertreter Baron Franckenstein⁷⁴ entwickelte⁷⁵, nicht zu verstehen. Sie gingen davon aus, daß der Landkrieg im Laufe des Jahres 1918 zu Ende gehen, jedoch die feindliche Blockade noch längere Zeit andauern werde. Zu der demgegenüber notwendigen Rohstoffversorgung aus dem Kaukasus und den turkestanischen Gebieten sei die Herstellung einer gesicherten Verbindung über die Donaustraße, das Schwarze Meer, den Kaukasus und das Kaspische Meer äußerst wichtig. Damit die Landbrücke über den Kaukasus gesichert werde, müßten dort geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Sollten deutsche Truppen

⁷⁰ Berckheim an AA (darin Zeki Pascha an Ludendorff), Spa 1918 VI 10 (PA, Ru 97a Bd. 17). S. auch Lepsius 399/400, Schulenburg an AA, Tiflis 1918 VI 19.

⁷¹ Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 VI 11 (PA, Ru 97a Bd. 17). Vgl. Pomiankowski 365.

⁷² Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 VI 14 (PA, Ru 97a Bd. 17).

⁷³ Mühlmann 203 ff. – Pomiankowski schreibt dazu in seinen Erinnerungen (368): »Trotz aller Verbitterung und Verärgerung wagte es aber Enver Pascha doch nicht, diesen Rubikon zu überschreiten und den Krieg mit Deutschland – von welchem damals in Konstantinopel allgemein gesprochen wurde – vom Zaun zu brechen.« – Nachdem sich auch die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei derart zugespitzt hatten und die Lage im Kaukasus immer verworrener wurde, teilte Ludendorff dem AA mit, daß sich die OHL auf »die rein militärische Seite« der Kaukasusfragen zurückziehen wünsche und die politische Leitung ausschließlich dem AA überlassen wolle. Ein bemerkenswert offenes Eingeständnis seines politischen Dilettantismus! (Lossow an AA, Spa 1918 VII 15. PA, Ru 97a Bd. 20. Abdruck bei Lepsius 409/10.)

⁷⁴ Franckenstein war ursprünglich als österreichischer Vertreter für die Batumer Verhandlungen vorgesehen. Er traf nach dem 20. Mai in Konstantinopel auf der Durchreise ein. Das Scheitern der Verhandlungen machte seine Weiterfahrt nach Batum gegenstandslos. (S. Burian an Pallavicini, Wien 1918 V 18. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 157.)

⁷⁵ Bericht Franckenstein an Burian, Konstantinopel 1918 VI 18 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 196/207).

bis nach Baku kommen, so würde dies in den turkestanischen Gebieten unter riesenhafter Vergrößerung ihrer wirklichen Anzahl bekannt werden und »impressionieren«! Deutsche Truppen im Kaukasus würden für die über Täbris in Richtung Bagdad vorrückenden türkischen Streitkräfte die notwendige Rücken- deckung bilden.

Im Laufe des Juli langten die ersten Berichte des »Chefs der Kaiserlich Deutschen Delegation im Kaukasus« in Berlin an. Mit der Entsendung Kreß' hatte die deutsche Regierung die De-facto-Anerkennung Georgiens vollzogen. Zur formellen Anerkennung hatte sie sich trotz Ludendorffs ständigem Drängen⁷⁶ nicht entschließen können, da die Rücksicht auf Rußland ihr diesen Schritt zunächst verbot. Kreß hatte von seiner Regierung den allgemeinen Auftrag erhalten, sich über die politische Lage im Gebiet der transkaukasischen Republik zu informieren und dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen Hilfsmittel des Kaukasus für die deutsche Kriegführung nutzbar gemacht würden. Ludendorff hatte ihm als weitere Aufgabe zugedacht, die Wehrkräfte des Landes durch Aufstellung eines Heeres zu erfassen und die Möglichkeit einer Verbindung nach Indien, wo England nach Niederringung Frankreichs an seiner empfindlichsten Stelle getroffen werden sollte, zu prüfen⁷⁷. – In dieser erweiterten Aufgabenstellung kommt deutlich die neben dem AA betriebene Sonderpolitik der OHL zum Ausdruck⁷⁸.

⁷⁶ S. Anm. 56, 61 und 62.

⁷⁷ Mühlmann 197.

⁷⁸ Obwohl der Gedanke einer Landverbindung nach Asien von den verantwortlichen Leitern des AA als Utopie (s. Anm. 30 und 35) hingestellt wurde, ist ihm doch von Wesendonk noch im Juni das Wort geredet worden. »Politisch bieten die Kaukasusländer Deutschland die Möglichkeit«, schrieb Wesendonk in einer Denkschrift vom 24. Juni (PA, Ru 97a Bd. 17), »im Osten Fuß zu fassen und, ähnlich wie das Rußland bisher getan hat, unseren Einfluß in der nordöstlichen Türkei, in Zentralasien und Persien auszubreiten. Sogar der Gedanke einer Landverbindung bis nach China würde, wenn Deutschland im Kaukasus einmal Fuß gefaßt hat, aus dem Bereich abenteuerlicher Phantasien in den der Erwägungen heraustreten.« Wesendonk sah aber die Möglichkeit, daß ein unter deutschem Einfluß stehender Kaukasusbund sich bilden würde, nach der Entwicklung der letzten Zeit als nicht mehr gegeben an. Deshalb könne sich Deutschland zunächst nur für Georgien interessieren. Die deutsche Politik gegenüber diesem Staat hänge nun ganz davon ab, ob man den Gedanken des späteren Zusammenschlusses aller kaukasischen Gebiete unter deutscher Leitung weiterverfolgen wolle oder nicht. Georgien allein würde eine Festlegung der deutschen Politik auf längere Zeit nicht rechtfertigen. Anders liege der Fall, wenn man Georgien gewissermaßen als »die Einbruchsstelle« ansehe, von der aus Deutschland sich in den Kaukasusländern ausbreiten wolle. Die politischen Beziehungen zu Georgien könnten zunächst so geregelt werden, daß man den Georgiern eine zeitlich befristete Sicherheit gewähre und zu diesem Zweck vorläufig Bündnisse und Militär-Konventionen usw. für die Dauer des Krieges abschließe. Der Gedanke, einen deutschen Schutzstaat, eine Kolonie oder dergleichen zu errichten, habe von vornherein auszuscheiden. Am Schluß der Aufzeichnung wies Wesendonk auf eine Gefahr hin, die damals tatsächlich schon bestand. »Tun wir nichts«, so schrieb er, »und speisen wir die Georgier nur mit Worten ab, so besteht die Gefahr, daß sie sich an England wenden und dort die zum Wiederaufbau ihres nationalen Lebens erforderliche Hilfe suchen.« Avalov berichtet in seinen Erinnerungen, daß er schon im Sommer 1918 Fühlung mit Vertretern Frankreichs, Englands

Die Berichte des Freiherrn von Kreß, die sich übrigens mit den von Bernstorff abgegebenen Urteilen über die deutsche Kaukasuspolitik in wesentlichen Punkten deckten⁷⁹, ließen eine starke Ernüchterung erkennen. Immer mehr stellte es sich heraus, daß die Lage Georgiens von Batum und Poti aus sich seinerzeit nicht hatte übersehen lassen und von General Lossow viel zu günstig beurteilt worden war. Kreß wies schon bald nach seiner Ankunft auf die Schwäche der georgischen Regierung hin, der keine militärischen Machtmittel zur Verfügung ständen, um sich vor allem gegenüber der Roten Garde durchzusetzen. Er bat Anfang Juli um weitere deutsche Truppen, die allein auch gegenüber dem türkischen Kaukasusprogramm den deutschen Wünschen bei der Gestaltung der Dinge im Kaukasus den notwendigen Nachdruck verleihen könnten⁸⁰. Wegen der schlechten Lebens-

und Amerikas in Norwegen und Schweden aufgenommen habe. Sie kam den Georgiern dann nach Kriegsende zugute. (S. Avalov 115 ff. Vgl. auch FRUS 1918 Russia II 639 ff.) – Da sich das AA in der Folgezeit nur teilweise von den in dieser Denkschrift vertretenen Auffassungen in seiner Kaukasuspolitik leiten ließ, ist die Denkschrift eigentlich nur als Meinungsäußerung eines Beamten aus dem Orientreferat von Belang. Zur weiteren Politik des AA s. Anm. 83.

⁷⁹ Bernstorff hatte es von vornherein als Fehler angesehen, mit den Kaukasusvölkern in politische Beziehungen zu treten. Für ihn war die Fühlungnahme mit diesen Völkern nur ein störender Faktor im System des Vierbundes, besonders aber eine Belastung des deutsch-türkischen Bündnisses. (S. seinen Brief an Kühlmann, *Therapia* 1918 VII 6. Bernstorff 162/3.) Seine Auffassung sah er durch die Entwicklung der Folgezeit bestätigt. Am 3. August legte er in einem Bericht an den Reichskanzler seine Stellungnahme zur deutschen Kaukasuspolitik mit aller Deutlichkeit nieder. (PA, Ru 97a Bd. 21.) Die zwei Hauptaufgaben der deutschen Ostpolitik sah er darin, den Vierbund unantastbar zu erhalten und den mühsam errungenen Frieden mit Rußland zu befestigen. Sie müßten die Grenzen bilden, innerhalb derer sich Deutschland im Kaukasus betätigen dürfe. Mit deutlicher Anspielung auf das Vorgehen Lossows in Batum schrieb er: »Wenn auch einige unserer Herren im Übereifer zu weit gegangen sein mögen, daran dürfte doch keiner ernstlich gedacht haben, den gänzlich unzuverlässigen Georgiern und den vollkommen ententistisch gesinnten Armeniern zuliebe unsere bewährten türkischen Bundesgenossen zu verlieren.« Die Rücksicht auf die Bundesgenossen erfordere unbedingt, daß Deutschland selbst den Schein vermeide, für die Georgier und Armenier Partei zu ergreifen. »Wir sollten unsere Haltung lediglich durch unsere wirtschaftlichen Interessen und die Rücksicht auf Rußland bestimmen lassen. Ich bin überzeugt, daß wir unsere wirtschaftlichen Ziele leichter mit als gegen die Türkei erreichen können. Das Gleiche gilt m.E. von Rußland. Wenn wir aber für die Kaukasusvölker Partei ergreifen, laufen wir Gefahr, uns zwischen zwei Stühle zu setzen. Wir haben zwar den Georgiern versprochen, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen, aber nicht, ihnen dieselbe zu erkämpfen.« Das Haupterfordernis der Stunde sei, eine Einigung zwischen der Türkei und Rußland zu erzielen ohne Rücksicht auf die Kaukasusvölker, aber unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Nur mit einer größeren Truppenmacht könne die türkische Kaukasuspolitik durchkreuzt werden. Sie stehe aber nicht zur Verfügung, ja sie stehe glücklicherweise nicht zur Verfügung, »denn ihre Anwendung an einer Stelle, wo wir keine politischen Interessen haben sollten, würde uns auf utopische napoleonische Bahnen führen.« Und wieder schloß Bernstorff seinen Bericht mit der Warnung: »Vestigia terrent!« Die hier entwickelten Gedanken des deutschen Botschafters entsprachen durchaus der Politik Hintzes im August.

⁸⁰ Bericht Kreß an Rk, Auf See 1918 VI 30 (PA, Ru 97a Bd. 19). – Die OHL gab dem Antrag Kreß' nach. Zwei weitere Bataillone und drei Feldbatterien gingen im Juli von der Krim nach Poti ab. S. Mühlmann 206 und unten S. 201/2. Vgl. auch Achtamzjan 131.

mittellage verlangte Kreß, daß sofort 6 400 und künftig monatlich 3 200 t Getreide für die Georgische Republik aus der Ukraine geliefert würden⁸¹. Daß seine Mission vollends auf falschen Voraussetzungen beruhte, geht am besten daraus hervor, daß Kreß um die Bereitstellung von Betriebsstoffen für die georgischen Eisenbahnen, Wasserwerke usw. aus Rumänien und der Ukraine bat. Denn er sah es als hoffnungslos an, Öl aus Baku zu erlangen⁸². Es mochte gewiß absonderlich erscheinen, an dieses Land, das für Deutschland in erster Linie seiner wirtschaftlichen Reichtümer wegen Interesse besaß, Materialien abgeben zu müssen, die Deutschland umgekehrt aus Georgien beziehen wollte⁸³!

⁸¹ Schreiben Waldow an Ludendorff, Berlin 1918 IX 23 (PA, Ukr I Bd. 24).

⁸² Bericht Kreß an Rk, Tiflis 1918 VII 9 (PA, Ru 97a Bd. 20). – Umgekehrt erwartete Ludendorff gerade aus Kaukasien Öl für die Ukraine, das für die Nutzbarmachung der dortigen Ernte erforderlich sei! S. Anm. 84. – Abgesehen von den Schwierigkeiten, an das Baku-Öl heranzukommen, schien allein schon die Frage des Öltransports unlösbar zu sein. Dessen war man sich in den zuständigen deutschen Stellen durchaus bewußt, wie das Protokoll einer Konferenz von Vertretern der OHL, der Eisenbahntransportabteilung Südost, des RWA und anderer für die Kaukasusfragen zuständiger Stellen beweist. (Berlin 1918 VIII 22. PA, Ru 97a Bd. 23.) Es fehlten Tankschiffe auf dem Schwarzen Meer und Tankwaggons auf den Eisenbahnen Rumäniens, Österreich-Ungarns und der Ukraine. Die Rohrleitung Baku-Batum war nur für Benzin eingerichtet, Rohöle konnten durch sie nicht befördert werden. Nach Ermittlungen der Eisenbahntransportabteilung Südost sollten im Kaukasus 2000 Tankwaggons vorhanden sein, davon auf georgischem Gebiet – also für Deutschland greifbar – angeblich nur 83 Waggons! Auf der Konferenz erklärte ein Fachmann, daß eine endgültige Lösung der Beförderungsschwierigkeiten nur durch die Öffnung des Volgaweges erreicht werden könne. Wenn dies gelänge, könnte das Öl wieder auf dem alten Friedenswege, d. h. über die Ostsee, Deutschland zugeführt werden.

⁸³ Äußerungen Kreß', die er seinem österreichischen Kollegen Franckenstein gegenüber tat, zeigen die Schwierigkeiten, die sich für den deutschen Missionschef angesichts der sich widersprechenden Kaukasuskonzeptionen der OHL und des AA (Kühlmann) ergaben: Wenn Deutschland den Kaukasus als Tauschobjekt für Bulgarien benutzen wolle (das war der Standpunkt Kühlmanns, Bernstorffs und der Wiener Regierung), dann hätte es sich nicht so tief mit Georgien einlassen dürfen (Lossow, Ludendorff, Wesendonk!). Wenn Deutschland den Türken nachgebe, so erkläre es damit den Bankrott seiner bisherigen Kaukasuspolitik. Dadurch daß Deutschland sich von Georgien wirtschaftliche Vorteile habe zusichern lassen, habe es auch die moralische Verpflichtung übernommen, es dagegen zu schützen, daß es durch übertriebene türkische Aspirationen in seinem Lebensnerv getroffen werde. Wenn Deutschland Georgien nicht entsprechend groß mache, könne es später gegenüber groß-russischen Aspirationen seine Selbständigkeit nicht verteidigen. (Bericht Franckenstein an Burian, Tiflis 1918 VIII 18. HHStA, PA X 156 Liase XI k 1 Bl. 197/200.)

Aus einer Aufzeichnung für die Ende Juli angesetzten Besprechungen zwischen Hintze und der OHL über die deutsche Ostpolitik (s. u. S. 287) lassen sich die Grundlinien der vom AA verfolgten Kaukasuspolitik herauschälen. (Aufzeichnung, Berlin 1918 VII 27. PA, Ru 97a Bd. 20.) Diese Richtlinien sind auf Grund der Berichte Kreß' aus Tiflis und mit Rücksicht auf das deutsch-russische Verhältnis formuliert worden. Der springende Punkt der Aufzeichnung ist, daß von den Kaukasusländern Georgien als wichtigstes Gebiet für Deutschland angesehen wurde. Es bestehe die Hoffnung, heißt es, bei den Ergänzungsverhandlungen mit Rußland das Einverständnis der Sowjetregierung dafür zu erlangen, daß Deutschland Georgien als selbständigen Staat anerkenne. Um dies zu erreichen, müsse sich Deutschland jedoch hinsichtlich der übrigen Kaukasusgebiete zu einem gewissen Desinteressement verstehen.

Baku ist überhaupt der Schlüssel zum Verständnis der weiteren Ereignisse im Kaukasus, an deren Gestaltung Deutschland, die Türkei, Rußland und auch eine

Man werde ferner nicht umhin können, den Russen zu versprechen, daß Deutschland außerhalb Georgien und der Bezirke Ardahan, Kars und Batum militärische Operationen der Türkei nicht unterstützen werde. Ebenso werde man sich verpflichten müssen, die Bildung selbständiger Staatswesen im Kaukasus, von Georgien abgesehen, weder zu veranlassen noch zu unterstützen. Rußland mache seine Zustimmung zur Anerkennung Georgiens durch Deutschland endlich davon abhängig, daß ihm der ungestörte Besitz von Baku erhalten bleibe. Es sei daher erwünscht, wenn Deutschland die Gewähr dafür übernehmen könnte, daß die türkischen Streitkräfte in Kaukasien eine bestimmte, das Gebiet von Baku umgrenzende Linie nicht überschritten.

Auf die einzelnen Kaukasusländer eingehend, wurden in der Aufzeichnung folgende Gedanken entwickelt: In Armenien habe Deutschland Interesse daran, daß es nicht zu weiteren Metzeleien in der Bevölkerung durch die Türken komme. Die geflüchteten Armenier müßten zurückgeführt werden, damit die Ernte des Landes wenigstens noch zum Teil gerettet und Armenien vor einer Hungersnot bewahrt würde. Es wäre angebracht, deutsche Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung dorthin zu entsenden. In Aserbeidschan habe Deutschland Interesse an der Sicherung des Erdölgebietes von Baku, an der Röhrenleitung Baku-Batum, an der Bahn Tiflis-Baku und an dem Schicksal der deutschen Kolonisten. Obwohl erwünscht wäre, den Türken Aserbeidschan zu überlassen, um sie zur Nachgiebigkeit in bezug auf Georgien zu bewegen, könne man mit Rücksicht auf Rußland nur so weit gehen, die türkischen Bestrebungen im Tatarenlande, die auf Schaffung eines türkischen Schutzstaates hinausliefen, stillschweigend zu dulden. In Nordkaukasien dürfe mit deutscher Hilfe kein Kriegszustand geschaffen werden. Die von den Bergvölkern erbetenen Waffen dürften weder öffentlich noch heimlich geliefert werden. In Georgien schließlich müsse, solange die Bolschewisten am Ruder seien, am bisherigen Standpunkt festgehalten werden, d. h.: Anerkennung als De-facto-Regierung und Bereitwilligkeit zu formellem Anerkennen, sobald Rußland seinerseits die Loslösung anerkannt habe.

Zur Frage eines Bündnisses mit Georgien nahm die Denkschrift sehr zurückhaltend Stellung. Da als Bündnisfall in erster Linie ein Angriff Rußlands, in zweiter ein solcher der Türkei ins Auge zu fassen sei, wäre ein Bündnis, das Deutschland zur Waffenhilfe verpflichten würde, nicht zu verantworten. Den Georgiern könne dagegen erklärt werden, daß Deutschland nach Herstellung geordneter Verhältnisse den Abschluß eines Bündnisses in wohlwollende Erwägung ziehen würde. Es stehe aber nichts im Wege, mit Georgien Abmachungen zu treffen, die Deutschland die Mitwirkung bei der Aufstellung der georgischen Heeresmacht und die Benutzung Georgiens als Etappengebiet für die militärischen Bedürfnisse des gegenwärtigen Krieges sichern würden.

In der Besprechung zwischen Ludendorff und Hintze in Avesnes am 30. Juli (Protokoll in PA, D 131 Bd. 44 Bl. 187/9) wurde dem Staatssekretär mitgeteilt, daß General Kreß in der nächsten Zeit fünf Bataillone und zwei Batterien zur Verfügung haben werde; weitere Truppen könne die OHL jedoch nicht senden. Nach Armenien und Aserbeidschan könne die OHL keine Truppen senden. – Wie aus den Wiener Akten hervorgeht, wandte sich Ludendorff in jenen Tagen an das AOK Baden, um Österreich zur Entsendung einiger schwacher Kräfte nach Armenien zu bewegen. Als Grund für seine Bitte gab er an, daß Deutschland durch Teilnahme österreichisch-ungarischer Truppen dem Vorwurf einer Eroberungspolitik entgehen wolle. Außerdem seien in Armenien dringend benötigte Kriegsrohstoffe, namentlich Baumwolle, zu gewinnen. Das AOK erklärte sich bereit, zwei bis drei Bataillone mit Artillerie zu entsenden. (Bericht Trautmannsdorff an Burian [streng vertraulich], Baden 1918 VIII 8. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 180. – Trautmannsdorff an Burian [darin Ludendorff an Arz, Spa 1918 VII 26], Baden 1918 VIII 9. Ebenda Bl. 184.) – Ein Telegramm aus den deutschen Akten läßt die Absichten, die von der OHL mit der Entsendung österreichischer

der Ententemächte, England, beteiligt waren. Nach dem Urteil der OHL und des Reichsmarineamtes war die Erdölbeschaffung aus Baku für Deutschland eine Lebensfrage, die sogar die Entsendung deutscher Truppen ans Kaspische Meer rechtfertigen würde⁸⁴. Die Bedeutung des Baku-Öls für die deutsche Wirtschaft

Truppen nach Armenien verfolgt wurden, noch deutlicher erscheinen. Danach sollte Österreich in Armenien eine ähnliche Aufgabe übernehmen wie Deutschland in Georgien, vor allem den Schutz der physischen Existenz der Armenier gegenüber drohenden türkisch-tatarischen Massakern. Außerdem aber sollten die armenischen Streitkräfte organisiert und »wieder verwendungsfähig« gemacht werden in ähnlicher Weise, wie es in Georgien beabsichtigt war. (Lossow an AA, Spa 1918 VII 15. PA, Ru 97a Bd. 20. Abdruck bei Lepsius 409/10.)

⁸⁴ So Ludendorff und Capelle auf dem Kronrat zu Spa am 2. Juli 1918. (S. Gatzke 91/2.) – Ludendorff sah es aus drei Gründen für unbedingt erforderlich an, Deutschland den Bezug des kaukasischen Erdöls zu sichern: 1. würde die rumänische und galizische Ausbeute bereits in den nächsten Monaten nicht mehr ausreichen, um den steigenden Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft zu decken. 2. würden für 1919 die Folgen unabsehbar sein, wenn Deutschland nicht mit gesicherter dauernder Zufuhr aus Kaukasien rechnen könne. 3. hänge die Nutzbarmachung der ukrainischen Ernte eng mit der Zuführung von Öl in die Ukraine zusammen. Die dafür erforderlichen Mengen könnten nicht in Rumänien freigemacht werden. General Groener in der Ukraine stellte in einem Mitte September in Kiev gehaltenen Vortrag vor deutschen Unterrichtsoffizieren die Bedeutung Bakus für Deutschland in einen Zusammenhang, der mit eindringlicher Schärfe das Dilemma der deutschen Kriegführung – das verzweifelte Bestreben, den um Deutschland gelegten Blockadering zu sprengen – bloßlegt. Dies ist überhaupt ein Moment, das zur Erklärung des so weit ausgreifenden deutschen militärischen Vorgehens im Osten von entscheidender Bedeutung ist. Groener führte in seinem Vortrag u. a. aus: »Ich kann es nur bedauern, daß wir im Frühjahr nicht noch ein paar Divisionen mehr hatten, um so schnell wie möglich nach Baku zu gehen, um für das kriegführende Deutsche Reich zu beschlagnahmen, was es restlos braucht, wenn wir den Krieg durchhalten wollen. Ich habe schon im Reichstag betont, wir müssen den Krieg vorbereiten ad aeternum. Nur dann kommen wir zu richtigen Maßnahmen, wenn wir nicht alles mit kurzer Sicht, sondern alles mit ganz weiter Sicht machen. Im Krieg soll man nicht Wechsel mit kurzer Sicht ausstellen, ein Fehler, den wir bisher in Deutschland begangen haben. Die Durchführung des Krieges ist nicht nur eine Menschenfrage . . . , sie ist auch eine Brennstofffrage, und wenn wir Baku und die dortigen Ölgebiete nicht erschließen für unseren Zweck, können wir eben nicht feuern. Wir haben z. B. in der Ukraine den allergrößten Schmierölmangel. Wenn wir nicht für Schmieröl sorgen, werden bald die Eisenbahnen nicht fahren können. Wir brauchen für unsere U-Boote und unsere Schiffe Brennstoff in ungeheuren Mengen, wir brauchen Brennstoff und Schmieröl für unsere Lastkraftwagen, weshalb die Erschließung des Kaukasusgebietes und die Angliederung des Kaukasusgebietes eine absolute Notwendigkeit ist. Wie wollen wir aber dorthin anders als durch die Ukraine? Jetzt sitzt der Engländer in Baku, weil der Deutsche im Frühjahr nicht genug Kampftruppen hatte. Der Engländer war schneller als wir, wir hackten stückweise der Katze den Schwanz ab. Damals, im Frühjahr, war es sehr leicht gewesen, nach Baku zu kommen, leider habe ich ein paar Divisionen zu wenig gehabt. Und als wir vorgingen, da hat man in der Heimat geschrien: ›Ja jetzt erobern sie!‹ Damals die ganze Situation vor dem Reichstag klarzulegen, ging nicht an. Also, weshalb wir hier sind, ist ganz klar. Weil wir die Produkte gebrauchen zur Kriegführung. Wir brauchen die Produkte bis an das Kaspische Meer und wenn es geht, auch noch die Produkte von Turkestan. Das ist eine ganz einfache Folge der Abschließung . . . Es kommt eben nur darauf an, daß wir durchhalten. Es ist falsch zu glauben, daß, wenn der Friede im Westen kommt, da schwimmt das La-Plata-Getreide wieder die Elbe hinunter. Um Deutschland mit Friedensschluß gleich

geht allein schon daraus hervor, daß ein Viertel der dortigen Produktion den Friedensbedarf Deutschlands reichlich gedeckt hätte⁸⁵.

Auch der bolschewistischen Regierung erschien der Besitz Bakus eine Lebensbedingung. Trockij soll einmal erklärt haben, es sei wichtiger als Moskau⁸⁶. Tatsächlich entsprach die Erdölförderung Bakus drei Viertel des russischen Bedarfs⁸⁷. Die Eisenbahnen im Gebiet östlich von Moskau und die Volga-Schiffe waren vollständig auf Ölfeuerung angewiesen. Den Bolschewisten war es nach der Novemberrevolution gelungen, die Stadt in ihre Hand zu bekommen. Baku wurde nach der Selbständigkeitserklärung der transkaukasischen Republiken und ihrer Loslösung von Sowjetrußland der von Anfang an stark umstrittene Hauptsitz der bolschewistischen Gewalt im Kaukasusgebiet. Hier hatte Stepan Šaumjan, ein Mitglied des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei – er war Ende 1917 zum außerordentlichen Kommissar für kaukasische Angelegenheiten ernannt und beauftragt worden, die Bildung einer Sowjetregierung für den Kaukasus vorzubereiten –, nunmehr sein Hauptquartier aufgeschlagen, bis er Ende Juli mit seinem militärischen Revolutionskomitee auf einem Dampfer fliehen mußte⁸⁸. In Berlin ließ Joffe nie einen Zweifel aufkommen über die Bedeutung, die seine Regierung dem Verbleib Bakus in bolschewistischen Händen beimaß. Angesichts des türkischen Vorrückens ans Kaspische Meer ließ er dem AA erklären, daß Vorbereitungen getroffen seien, um die Bohranlagen im Ölgebiet zu zerstören, falls die von deutschen Offizieren geführten türkischen Truppen Baku besetzten⁸⁹.

Ludendorff reagierte auf diese Behauptung, deutsche Instrukteure nähmen an den türkischen Kaukasusoperationen teil, mit einem wütenden Ausfall gegen die bol-

wieder ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, dazu wird ja vor allem Frachtraum fehlen. Es werden Schiffe fehlen, um alles schnell herüber zu holen. Wir würden einer geradezu gefährlichen Katastrophe entgegengehen, wenn wir alles, was wir erreichen können, und wodurch wir unsere wirtschaftliche Lage bessern können, nicht nehmen. Selbstverständlich wird das sehr teuer an Menschen und an Geld und wird in politischer Beziehung möglicherweise uns außerordentlich viele Schwierigkeiten bereiten. Aber wir müssen's, es geht gar nicht anders. . . « (BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/173.)

⁸⁵ Aus einem Bericht Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 IX 2 (HHStA, PA X 151 Liasse XIa Bl. 79).

⁸⁶ Bericht Franckenstein an Burian, Konstantinopel 1918 VI 18 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1-2 Bl. 198). – Am 28. Juli meldete Riezler aus Moskau, wenn deutscherseits ein Vormarsch auf Baku schon jetzt geplant sei, müsse er pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß dann mit der Möglichkeit einer bolschewistischen Initiative zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland gerechnet werden müsse. Die Bolschewisten würden nach dem Verlust Bakus die Hoffnung, an der Macht zu bleiben, wohl aufgeben. (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 156.) – In einer Note an die deutsche Regierung bezeichnete Čičerin die Besetzung Bakus durch die Türken als eine Katastrophe. (Dokumenty I 428/9, Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 19).

⁸⁷ Bericht de Pottere an Burian, Moskau 1918 VIII 2 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 216).

⁸⁸ Kazemzadeh 64 ff.

⁸⁹ Telegrammentwurf AA an Lersner, Berlin 1918 VII 14 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 69). – In einem Funkspruch Čičerins an Joffe heißt es dazu: »Sollten aber die Deutschen nach Baku kommen, so werden unsere Genossen es in einen Trümmerhaufen verwandeln.« (Moskau 1918 VII 6. PA, D 127 Nr. 5 adh. Bd. 3.)

schewistische Regierung. Die Behauptung sei so widersinnig und für die OHL so beleidigend, »daß sie wohl verdient hätte, sofort mit aller Schärfe zurückgewiesen zu werden«. Das AA solle die Russen auffordern, die Hand zu gütlicher Vereinbarung über deutsche Beteiligung an der Erdölausbeute zu bieten⁹⁰. Tatsächlich hatte Joffe schon am 2. Juli in einer Besprechung mit Krieger die Lieferung von Öl und Ölprodukten »bestimmt« in Aussicht gestellt⁹¹. Darin sah die russische Regierung ein Mittel, die Deutschen zu bewegen, auf die Türken wegen Einstellung ihres Vormarsches einzuwirken⁹². Der Weg für eine »gütliche Vereinbarung« war also bereits vorgezeichnet. Er wurde bei den Verhandlungen zum Ergänzungsvertrag von Brest-Litowsk in den folgenden Wochen auch besprochen und führte trotz größter Schwierigkeiten zu einer vertraglichen Abmachung.

Diese Schwierigkeiten lagen zunächst einmal in dem militärischen Unternehmen der Türken in Richtung Baku. Am 13. Juli forderte Hindenburg in einem Telegramm an Enver Pascha die Einstellung weiterer türkischer Vormarschbewegungen im Ostkaukasus mit der Begründung, daß sonst politische und militärische Verwicklungen mit Rußland entstünden⁹³. Die Rücksichtnahme auf Rußland bestimmte nun – ganz im Sinne des AA – die Stellungnahme der OHL zum türkischen Vorgehen im Kaukasus. Da aber trotz der Zusicherung Enver Paschas,

⁹⁰ Lersner an AA, Spa 1918 VII 17 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 161).

⁹¹ Kühlmann an Lersner, Berlin 1918 VII 2 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 50). – Das Telegramm platzte mitten in die Beratungen zu Spa vom 2. Juli hinein. Die Beschlußfassung über die georgische Frage (Anerkennung) wurde daraufhin ausgesetzt. (S. Gatzke 88). S. auch Anm. 45.

⁹² Aus einem Telegrammwechsel zwischen Berlin, Moskau und Caricyn geht hervor, wie sich zu jenem Zeitpunkt die russische Regierung zum Baku-Problem verhielt. Am 30. Juni meldete Joffe nach Moskau, daß er als Auftakt zu den Ergänzungsverhandlungen mit Kühlmann die erste Vorbesprechung über politische Fragen gehabt habe. (S. u. S. 281.) Aus dieser Unterredung entnahm Lenin, wie er sogleich Stalin in Caricyn informierte, daß die Deutschen sich bereit erklärten, auf die Türken einzuwirken, daß diese ihre Operationen im Kaukasus auf die im Brester Vertrag abgetretenen Gebiete beschränkten. Die Deutschen hätten versprochen, die Türken nicht nach Baku gehen zu lassen, sie wünschten dafür aber Öl zu erhalten. Joffe habe sich mit diesem Grundsatz des Gebens und Nehmens einverstanden erklärt. Lenin forderte Stalin auf, diese Nachrichten an Šaumjan weiterzugeben, da jetzt ernsthafte Aussicht bestünde, Baku zu halten. »Einen Teil des Erdöls werden wir natürlich abgeben.« (Leninskij Sbornik XXXVI 53, Lenin an Stalin [geheim], Moskau 1918 VI 30. Dazu vgl. das ähnlich lautende Telegramm Lenins an Stalin, Moskau 1918 VII 7. Lenin, Werke XXVII 534.) Am 8. Juli sandte Stalin folgende politische Richtlinien an Šaumjan: »1. Unsere allgemeine Politik in der transkaukasischen Frage besteht darin, die Deutschen zu veranlassen, daß sie die georgische, armenische und aserbeidschanische Frage als innerussische Angelegenheit anerkennen. . . 2. Es ist möglich, daß wir den Deutschen in der georgischen Frage nachgeben müssen, aber diese Konzession würden wir natürlich nur unter der Bedingung machen, daß die Deutschen Nichteinmischung in die Angelegenheiten Armeniens und Aserbeidschans versprechen. 3. Die Deutschen, die uns Baku überlassen wollen, verlangen als Entgelt dafür eine bestimmte Menge Öl. Wir können diesem ›Verlangen‹ natürlich nachkommen.« (Dokumenty po istorii graždanskoj vojny I 289/90, Brief Stalin an Šaumjan, Caricyn 1918 VII 8.)

⁹³ Mühlmann 204/5, Hindenburg an Enver, Spa 1918 VII 13.

auf einen Angriff gegen Baku zu verzichten⁹⁴, die türkischen Operationen doch nicht eingestellt wurden – entweder lag ein Doppelspiel Envers oder selbständiges Handeln der türkischen Frontgenerale vor –, wandte die OHL massive Drohungen an, um die Türken zum Einlenken zu zwingen. Am 4. August drahtete Ludendorff an Seeckt, daß im Falle eines Vormarsches auf Baku die deutschen Offiziere aus der türkischen Heeresleitung zurückgezogen würden. »Ich kann es nicht dulden, daß durch das offenkundig vertragswidrige Verhalten türkischer verantwortlicher Stellen die Gefahr eines neuen Krieges mit Groß-Rußland heraufbeschworen wird.«⁹⁵ Auch Seeckt stellte seinen Rücktritt in Aussicht. Die Drohungen wurden aber bald gegenstandslos, als die türkischen Truppen unter Nuri Pascha, dem Bruder Envers, vor Baku eine militärische Schlappe erlitten, die jedes weitere Vorgehen zunächst aussichtslos machte.

Nachdem General Seeckt zur Berichterstattung im Großen Hauptquartier eingetroffen war⁹⁶, wurde am 14. August in Spa zwischen Hintze und Ludendorff über Baku vereinbart, 1. daß es russisch bleiben solle; 2. die Türken »mit allen verfügbaren Mitteln« davon abgehalten werden müßten, in Baku einzurücken, »selbst durch Sperrung von Zufuhren an Kohlen und Waren und der Eisenbahn nach Baku«, und 3. bezüglich der Öllieferung ein engeres Vertragsverhältnis mit den Russen gefunden werden müsse. Den von der OHL geäußerten Gedanken eines administrativen Kondominiums Deutschlands, Rußlands und der Türkei über Baku unter russischer Souveränität wies Hintze mit Rücksicht auf den Entwurf des Ergänzungsvertrages, der in Artikel 4 Deutschland verpflichtete, Lösungsbestrebungen russischer Gebiete nicht zu unterstützen, zurück⁹⁷.

Inzwischen hatte sich die Lage in Baku durch neue Ereignisse verändert. Am 31. Juli war der Bakuer Sowjet unter Šaumjan durch Gegenparteien (rechte Sozialrevolutionäre, Menschewiki u. a.) gestürzt worden⁹⁸. Die Sowjetregierung hielt diese Nachricht zunächst geheim, so daß die deutsche Regierung vor dem Abschluß des Ergänzungsvertrages nichts davon erfuhr. Der erste Schritt des neuen Regimes in Baku, der sog. Zentrokaspischen Diktatur, war die Einladung an das englische Truppenkontingent in Persien unter Generalmajor Dunsterville, die Verteidigung der Stadt zu übernehmen. Am 4. August trafen Vorabteilungen der Engländer in Baku ein⁹⁹, und am 17. August folgte das Gros der sog. Dunsterforce, kaum mehr als 1000 Mann mit zwei Panzerwagen und leichter Artillerieausrüstung¹⁰⁰!

Obwohl sich die deutsche Regierung durch Erklärungen Čičerins zunächst noch hinhalten ließ, war nach Meldungen aus Tiflis und Konstantinopel Mitte August

⁹⁴ S. Mühlmann 205.

⁹⁵ Zitiert bei Mühlmann 207.

⁹⁶ S. Mühlmann 208.

⁹⁷ Hintze an AA, Spa 1918 VIII 14 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 17).

⁹⁸ S. Kazemzadeh 137 ff.; Mordvinov 150.

⁹⁹ S. Ellis 34; Ullman 309.

¹⁰⁰ Kazemzadeh 140/1; Ellis 38.

an der Anwesenheit der Engländer in Baku nicht mehr zu zweifeln. Sowohl Krefß wie der noch in Deutschland weilende Seeckt hielten jetzt die Einnahme Baku durch türkische Truppen unter deutscher Mitwirkung für unbedingt erwünscht¹⁰¹, zumal die Türken die Lösung der Bakufrage nun als Prestige-Angelegenheit betrachteten.

OHL und AA sahen sich jetzt vor eine Situation gestellt, die neue Entschlüsse erforderte. Ludendorff bat das AA, bei der Sowjetregierung Einverständnis für die Vertreibung der Engländer durch türkische und deutsche Truppen einzuholen¹⁰². In Berlin sah man es als fraglich an, ob die Russen sich auf eine Beteiligung der Türken an der Aktion einlassen würden. In einer Aufzeichnung aus dem AA vom 20. August wurde aber die ganze Angelegenheit für so wichtig angesehen, daß man der OHL ernstlich nahelegen wollte, einige deutsche Divisionen dafür zur Verfügung zu stellen! Ja es wurde sogar vorgeschlagen, um dieser Aktion willen die in Nordrußland geplante Murman-Operation einzuschränken und Truppen von dort abzuziehen¹⁰³. Staatssekretär Hintze hatte am selben Tag eine ausführliche Besprechung mit Joffe, in der er dem russischen Botschafter die Notwendigkeit einer Vertreibung der Engländer durch deutsche und türkische Truppen vor Augen führte¹⁰⁴. Joffe machte geltend, daß die armenische Bevölkerung des Bakugebiets neue Massakers durch die Türken befürchte und daher zur Vermeidung dieser Gefahr eher mit den Engländern als mit den Türken gehen werde. In diesem Punkt blieb er unnachgiebig. Zur Verwendung deutscher Truppen erklärte er sich nur unter größtem Widerstreben bereit¹⁰⁵. Voraussetzung dafür sei, daß in dem von Deutschland besetzten Gebiet die russische Zivilverwaltung bestehen bleibe und dieses Gebiet nach Beseitigung der britischen Gefahr wieder geräumt werde. Die türkischen Truppen seien nach Inkrafttreten des Ergänzungsvertrages gemäß Artikel 14 hinter einer bestimmten Linie westlich und südlich von Baku zurückzuhalten. Hintze befürchtete das Scheitern des ganzen Vertragswerkes, ja überhaupt den offenen Bruch des Brest-Litowsker Friedens, wenn sich Deutschland auf die für Rußland annehmbare Lösung nicht einlassen würde. Wie sehr Hintze auf die Politik eines Zusammengehens mit den Bolschewisten eingeschworen war, geht daraus hervor, daß er für den Fall der Ablehnung dieser Kompromißlösung durch die OHL seinen Rücktritt in Aussicht stellte! Ludendorff war bereit, den Abschluß des Ergänzungsvertrages zu unterstützen. Er wies den inzwischen nach Konstantinopel zurückgekehrten General Seeckt an, Enver Pascha zu veranlassen, daß die türkischen Truppen hinter die in Artikel 14 genannte Linie zurückgenommen würden. General Krefß erhielt Befehl, alle irgendwie verfügbaren deutschen Truppen heranzuziehen, um Baku zu nehmen und zu

¹⁰¹ Krefß an AA, Tiflis 1918 VIII 16 (PA, Ru 97a Bd. 22). Vgl. auch Mühlmann 208.

¹⁰² Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 18 (PA, Ru 97a Bd. 22).

¹⁰³ G.A. Nadolny, Berlin 1918 VIII 19 (ebenda).

¹⁰⁴ Hintze an Berckheim, Berlin 1918 VIII 20 (ebenda) und Hintze an Berckheim, Berlin 1918 VIII 21 (ebenda).

¹⁰⁵ S. u. S. 291/2.

besetzen. Zur Verstärkung der mittlerweile auf über 5000 Mann angewachsenen deutschen Streitkräfte sollte eine Kavalleriebrigade aus der Ukraine und eine gemischte Infanteriebrigade aus dem Bereich des Oberbefehlshabers Ost zugeführt werden¹⁰⁶.

Hintze hatte vollständig auf die bolschewistische Karte gesetzt. Er hatte damit bewußt das Risiko eines Bruchs mit der Türkei in den Bereich seiner Erwägungen einbezogen. Denn vom Standpunkt des Orientreferats, das durch Hintzes Ostpolitik »die Früchte und Hoffnungen einer dreißigjährigen Orientpolitik« zugrunde gerichtet sah, war es unwahrscheinlich, daß die Türken freiwillig ihre Truppen hinter die vorgesehene Linie zurückziehen würden¹⁰⁷. Bernstorff in Konstantinopel forderte der Staatssekretär zur Meinungsäußerung auf, ob Gefahr vorhanden sei, daß nunmehr das deutsch-türkische Bündnis eine derartige Belastung vertragen und in die Brüche gehen könne. Seine eigene Entscheidung stand jedoch fest, denn »ein Nichtzustandekommen des Vertrages würde . . . von nicht überschaubarer unheilvoller Wirkung sein«. Der türkischen Regierung sollte Bernstorff den Inhalt der Ergänzungsverträge mitteilen, besonders die Bestimmung des Artikels 14¹⁰⁸.

Die Hohe Pforte zeigte sich über diese Mitteilung und über die Nachricht des am 27. August unterzeichneten deutsch-russischen Ergänzungsvertrages überrascht und peinlich berührt. Talaat Pascha bat, den Vertrag nicht zu ratifizieren, und fuhr nach Berlin, um das deutsch-türkische Verhältnis zu klären¹⁰⁹. Hintze hielt den Besuch des Großvezirs für sehr inopportun, ja faßte ihn als Erpressung auf¹¹⁰.

Die Bestimmungen des Ergänzungsvertrages waren zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gar nicht mehr erfüllbar. Deutschland wie Rußland übernahmen Ver-

¹⁰⁶ Ludendorff an Hintze (telephonisch durchgegeben), Spa 1918 VIII 22 (PA, Ru 97a Bd. 22).

¹⁰⁷ Aufzeichnung, Berlin 1918 VIII 21 (PA, Ru 97a Bd. 22). – Hintze hatte mit seiner Auffassung, mit Rücksicht auf Rußland der Türkei jedes Hinausgehen über die in Brest festgesetzten Grenzen zu verwehren, den Standpunkt Kühlmanns, ein Junktin zwischen dem Kaukasus- und dem Maritza-Problem herzustellen, vollständig verlassen. Allerdings war er auch durch die rücksichtslose Kaukasuspolitik der Türkei dazu gezwungen. Mit dem Abschluß des Ergänzungsvertrages, der Deutschland im Kaukasus keine freie Hand mehr ließ, waren jedenfalls die Voraussetzungen für das Bestreben, die Türkei zum Nachgeben in der Maritza-Frage bei deutschem Nachgeben im Kaukasus zu bewegen, nicht mehr gegeben. – Hintzes ganz am deutsch-russischen Verhältnis orientierter Standpunkt wurde übrigens selbst innerhalb des AA nicht gutgeheißen. So vertrat Rosenberg die Auffassung, Baku Aserbeidschan, das selbständig werden müsse, zu überlassen. Damit würde man der Türkei entgegenkommen. Dieser Gedanke wurde auch von Unterstaatssekretär Stumm unterstützt. (Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 IX 9. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 57.) Auch Burian pflichtete der von Rosenberg vertretenen Anschauung vollkommen bei, da nur so der Junktinvorschlag gerettet werden könne. (Burian an Hohenlohe, Wien 1918 IX 11. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 80.)

¹⁰⁸ Telegrammentwurf an Bernstorff, Berlin 1918 VIII 22 (PA, Ru 97a Bd. 22).

¹⁰⁹ Aufzeichnung Hintze über eine Unterredung mit Rifaat Pascha, Berlin 1918 VIII 30 (PA, Ru 97a Bd. 23).

¹¹⁰ Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 VIII 29 (HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1 Bl. 267).

pflichtungen, die sie, mit oder ohne Vorbedacht, nicht einzuhalten in der Lage waren. In Artikel 14 garantierte Rußland nämlich die Lieferung von einem Viertel des in Baku gewonnenen Öls an Deutschland, obwohl es seit dem 31. Juli über das Erdölgebiet nicht mehr verfügte und seit dem 1. August keine Öltransporte aus Baku mehr abgingen. Von dieser Tatsache erhielt das AA erst durch einen Funkanspruch der russischen Regierung vom 30. August¹¹¹ und durch Mitteilung der Petersburger Presse von Anfang September Kenntnis¹¹². Es ist anzunehmen, daß die bolschewistische Regierung diese Nachrichten jetzt freigab, um angesichts der Niederlage Deutschlands im Westen die Hinfälligkeit des Ergänzungsvertrages zu dokumentieren. Mit Rücksicht auf die wider den Willen¹¹³ der Bolschewisten im Vertrag aufgenommene Bestimmung, die Engländer aus Baku mit Hilfe deutscher Truppen zu vertreiben, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Nachrichtenfreigabe gar mit einer gewissen Schadenfreude erfolgte.

Die Vertreibung der Engländer war in einem bisher unbekanntem Geheimzusatz¹¹⁴ zum Ergänzungsvertrag festgelegt¹¹⁵. Sie sollte unter den Joffe am 20. August zugestandenem Voraussetzungen¹¹⁶ erfolgen. Der deutsche Angriff auf Baku, der bereits am 22. August beschlossene Sache war, konnte nun unter vertraglicher Billigung der Russen vor sich gehen.

Wie sich bald nach Abschluß des Ergänzungsvertrages herausstellte, konnte Deutschland den Vormarsch der Türken auf Baku nicht verhindern. Auch in dieser Beziehung war der Vertrag also von vornherein ein toter Buchstabe. Sowohl von Berlin als auch vom Großen Hauptquartier aus hatte man die Verhältnisse an Ort und Stelle völlig falsch eingeschätzt. Schon am 2. September meldete Kreß aus Tiflis, daß die von der Sowjetregierung geforderte Ausschaltung einer türkischen Teilnahme am Angriff auf Baku »nach Lage der Dinge« unerreichbar

¹¹¹ Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 31 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).

¹¹² Aufzeichnung Abt. Fremde Heere, 1918 IX 2 (PA, Ru 97a Bd. 24).

¹¹³ S. u. S. 291/2. – Wie wenig willkommen den Bolschewisten (ganz im Gegensatz zur Murmanaktion) auch *nach* Abschluß des Ergänzungsvertrages die Beteiligung deutscher Truppen an der Rückeroberung Bakus war, ergibt sich aus einer Unterredung, die Nadolny am 10. September mit Joffe hatte. Nadolny wies darin den russischen Botschafter auf die Notwendigkeit hin, Baku wegen der Verstärkung der dortigen englischen Truppen durch deutsche Streitkräfte besetzen zu lassen. Joffe machte darauf geltend, daß von den Bolschewisten ein Unternehmen auf dem Kaspischen Meer eingeleitet sei, um die dortige Flotte in ihre Hand zu bekommen, den Engländern die Verbindung abzuschneiden und Baku von See aus anzugreifen. Sobald dies durchgeführt sei und die Türken sich zurückgezogen hätten, würden die jetzt zurückgenommenen bolschewistischen Landtruppen die Stadt angreifen, so daß die Sowjets bald wieder Herr der Stadt sein würden. (G. A. Nadolny, Berlin 1918 IX 10. PA, Ru 97a Bd. 24.)

¹¹⁴ Die in Europäische Gespräche 148 ff. veröffentlichten »Geheimzusätze zum Brest-Litowsker Vertrag« beziehen sich nur auf den Notenwechsel über die geplante Murmanaktion. S. o. S. 115 Anm. 101.

¹¹⁵ Notenwechsel Hintze an Joffe, Joffe an Hintze, Berlin 1918 VIII 27 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 7g, h und Bl. 8).

¹¹⁶ S. o. S. 201.

sei. Selbst wenn die türkische Regierung sich bereit erklären sollte, ihre Truppen hinter die bekannte Linie zurückzuziehen – die Türken hätten danach wieder in die schlimmsten Malariagegenden zurückgehen müssen! –, würden nach seinen Erfahrungen ihre Befehle von den Generalen einfach nicht ausgeführt werden¹¹⁷. In Berlin hatte man also am grünen Tisch, ohne Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, verhandelt¹¹⁸.

Die OHL gab am 13. September an Kreß Befehl, den Angriff auf Baku vorzubereiten¹¹⁹. Aus den deutschen Marineakten geht mit bestürzender Deutlichkeit hervor, daß die OHL noch in der zweiten Septemberhälfte nach der auf etwa Mitte Oktober angesetzten Einnahme von Baku mit dem Erwerb der Seeherrschaft auf dem Kaspischen Meer rechnete¹²⁰. »Glanzstück« dieses weitausgreifenden Plans war die Absicht, ein U-Boot und mehrere Motorschnellboote zerlegt auf der Bahn von Batum nach Baku zu befördern und sie auf der dortigen Werft wieder zusammenzusetzen¹²¹.

¹¹⁷ Waldburg an AA (darin Kreß an AA, Tiflis 1918 IX 2), Konstantinopel 1918 IX 13 (PA, Ru 97a Bd. 24a) und Bericht Kreß an Rk, Tiflis 1918 IX 13 (PA, Ru 97a Bd. 25). – In dem Bericht vom 13. September schrieb Kreß sehr deutlich an den Reichskanzler: »Ich bitte E. E., mir nicht zu verübeln, wenn ich offen meine Überzeugung dahin ausspreche, daß wir in dem Ergänzungsvertrag vom 27. August der russischen Regierung gegenüber Verpflichtungen eingegangen sind, die wir nach Lage der Dinge nicht erfüllen können.« – Der österreichische Vertreter in Tiflis meldete ganz entsprechend nach Wien: »Wieso die deutsche Regierung diese ebenso weitgehenden wie aussichtslosen Verpflichtungen Rußland gegenüber übernehmen konnte, ist von hier aus nicht verständlich.« Aus diesem Bericht ist auch zu entnehmen, daß die Nachrichtenübermittlung nach Tiflis gerade in jenen entscheidungsvollen Tagen außerordentlich mangelhaft funktionierte. Erst am 31. August erhielt Kreß ein vom 15. datiertes Telegramm, in dem es hieß, er möge türkische Truppentransporte nach Baku zu verhindern trachten. Wegen der Nachrichtensabotage der Türken gelangte die Mitteilung Kreß' mit der Forderung, die Operationen einzustellen, erst nach der Einnahme Bakus in die Hände der türkischen Generale! (Bericht Franckenstein an Burian, Tiflis 1918 IX 21. HHStA, PA X 156 Liasse XI k 1–2 Bl. 201/6.) – Bei den großen Schwierigkeiten, mit denen Kreß zu kämpfen hatte, ist es nicht verwunderlich, daß er das Fiasko der deutschen Politik im Kaukasus schnell eingesehen und gewünscht haben soll, den »kaukasischen Hexenkessel« so bald wie möglich zu verlassen. (Pomiankowski 372.)

¹¹⁸ Ein Beispiel dafür, daß sich Kreß in Tiflis auf verlorenem Posten stehend fühlte, bietet ein Telegramm vom 14. September. Darin bat Kreß, die Truppentransporte von Poti einzustellen und stattdessen dringender benötigte Verpflegung, vor allem Pferdefutter zu schicken! (Chef Nateko an Adm.st. für OHL, undatiert. MGFA, PG/69 259 Bd. 4.)

¹¹⁹ Brieftelegramm Vertreter des Adm.st. im GrHQ an Adm.st. Berlin (ganz geheim, von Hand zu Hand), Spa 1918 IX 13 (MGFA, PG/69 259 Bd. 4). S. auch Mühlmann 210.

¹²⁰ Z. B. Telegrammentwurf Vertreter des Adm.st. im GrHQ an Seekriegsleitung (ganz geheim, O-Sache), Spa 1918 IX 14 (MGFA, PG/69 259 Bd. 4).

¹²¹ Fernschreiben Chef Marinekommando im Schwarzen Meer an Adm.st., undatiert (etwa 1918 IX 20. MGFA, PG/69 259 Bd. 4). – Auch Seeckt hielt die Verwendung eines deutschen U-Boots im Kaspischen Meer für wünschenswert. Kreß wurde beauftragt, die Durchführbarkeit dieses Plans zu prüfen. Er sollte zunächst Abmessungen der Tunnelprofile melden. Am 15. Oktober wurde dem Admiralstab mitgeteilt, daß die Zusammensetzung eines bis 1 000 t großen U-Boots auf der Nobel-Werft in Baku ausführbar sei. – Der Gedanke einer deutschen Seeherrschaft im Kaspischen Meer ist in den Akten schon zu einem früheren Zeitpunkt greif-

Noch am 3. Oktober sollte das Detachement Krüger der Mittelmeerdivision zur Seeverteidigung nach Baku entsandt werden¹²². In dem am 23. September ausgegebenen Befehl für das Detachement hieß es u. a.: »Das deutsche Interesse gebietet, daß die deutsche Kriegsflagge auf dem Kaspisee weht, über welcher Organisation es auch immer sei.«¹²³

Daß man in deutschen Militärkreisen zu jenem Zeitpunkt mit derartigen Plänen umging, kann in der Rückschau kaum anders denn als Wahnwitz bezeichnet werden. Nicht nur angesichts der allgemeinen Kriegslage, sondern auch wegen der am 14. September erfolgten Besetzung Bakus durch die Türken¹²⁴ waren diese phantastischen Projekte gegenstandslos geworden.

Die türkische Inbesitznahme von Baku hatte eine scharfe Reaktion der russischen Regierung zur Folge. Joffe in Berlin hätte beinahe den ganzen Ergänzungsvertrag gekündigt. Er ließ sich nur durch eine persönliche Besprechung mit Nadolny von seinem Vorhaben abbringen¹²⁵. Dagegen erklärte die russische Regierung am 20. September den Brester Vertrag zwischen der Türkei und Rußland als nicht mehr bestehend¹²⁶. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es Hintze zunächst, mit dem in Berlin weilenden Großvezir am 23. September ein Geheimabkommen zu unterzeichnen, das einen gewissen deutsch-türkischen Interessenausgleich im

bar. In einer von der OHL stammenden Aufzeichnung über »Richtlinien für die im Kaukasus nach Abschluß des Friedens zwischen der Türkei und der Transkaukasischen Republik zu befolgenden Politik« (undatiert, Präsentvermerk 1918 V 27. PA, Ru 97a Bd. 15) heißt es, daß die transkaukasische Republik im Kaspischen Meer einige Schiffe als Polizeifahrzeuge ausrüsten und bewaffnen müsse, da sich die russische kaspische Meerflottille zur Zeit im Besitz der anscheinend unter englischem Einfluß stehenden Bolschewisten befinde. Auf Antrag der transkaukasischen Republik würde ihr die Kaiserlich Deutsche Marine hierbei durch Überlassung der nötigen Bewaffnung und Ausrüstung, durch Kommandierung einer geringen Anzahl technischen Lehrpersonals und durch Organisation und Ausbildung eines Stammes von Matrosen, der aus der seefahrttreibenden Bevölkerung des Schwarzen Meeres anzuheuern sein würde, helfen.

¹²² Vertreter des Adm.st. an Adm.st. Berlin, Spa 1918 X 3 (MGFA, PG/69 259 Bd. 4).

¹²³ Kommando der Mittelmeerdivision, Konstantinopel 1918 IX 23 (MGFA, PG/69 259 Bd. 4).

¹²⁴ S. Kazemzadeh 142; Mühlmann 210/211.

¹²⁵ G.A. Nadolny, Berlin 1918 IX 16 (PA, Ru 97a Bd. 25) und Notiz Nadolny (Abschrift), Berlin 1918 IX 16 (PA, D 131 Bd. 49 Bl. 132). – Joffe spielte in den folgenden Tagen der deutschen Presse einige von Moskau an die russische Botschaft gerichtete Telegramme zu. In einer dieser im Vorwärts 1918 IX 20 veröffentlichten Meldungen wurde z. B. gesagt, daß in russischen Regierungskreisen der Besetzung Bakus ernste politische Bedeutung beigemessen werde. Es herrsche die Meinung vor, daß die Nichterfüllung der für Rußland höchst wichtigen Verpflichtung Deutschlands, die Türken im Kaukasus zurückzuhalten, auch Rußland von der Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen befreie. (»Baku in Flammen«, Vorwärts 1918 IX 20.) Das AA legte bei der russischen Botschaft Protest gegen dieses »vertragswidrige und friedensstörende« Vorgehen ein. (Note an die russische Vertretung, Berlin 1918 IX 20. PA, D 131 Bd. 44 Bl. 213; abgedruckt in Dokumenty I 496/7. Ebenda auch Joffes Antwort, Berlin 1918 IX 21.)

¹²⁶ Dokumenty I 490/2, Note Čičerin an türkisches AA, Moskau 1918 IX 20. In englischer Übersetzung auch in Sov. Doc. 109/10.

Kaukasus schuf¹²⁷. Danach räumte die Türkei Deutschland die Verwaltung der Erdölindustrie von Baku, der Eisenbahn Tiflis-Baku und der Ölleitung Baku-Batum ein. Die Verhandlungen zwischen Joffe und dem türkischen Botschafter in Berlin blieben vorerst ergebnislos und hätten beinahe zur Kriegserklärung Rußlands an die Türkei geführt¹²⁸. Der plötzliche Zusammenbruch Bulgariens Ende September veranlaßte die Ottomanische Regierung aber zu vollständigem Nachgeben. Sie erklärte sich zur Räumung des ganzen Kaukasusgebiets außerhalb der Grenzen von Brest-Litowsk bereit¹²⁹. Diese Bereitwilligkeit wurde am 5. Oktober in einem russisch-türkischen Protokoll fixiert¹³⁰. Deutschland übernahm dabei die Garantie für die Durchführung der Räumung. Joffe feierte in einem Funkspruch nach Moskau das Erreichte mit den Worten: »Wir haben einen bedeutenden Sieg errungen.« Der Vermittlungstätigkeit Deutschlands zollte er folgendermaßen Anerkennung: »Andererseits hat Deutschland, indem es die Türkei zwingt, die Bedingungen des Protokolls anzunehmen, vollständig und sogar über das Maß hinaus die uns gegenüber übernommene Verpflichtung betreffs Baku ausgeführt.«¹³¹

¹²⁷ Text in PA, Ru 97a Bd. 26.

¹²⁸ Telegrammentwurf AA an Bernstorff, Berlin 1918 X 3 (ebenda).

¹²⁹ Bernstorff an AA, Konstantinopel 1918 X 1 (ebenda).

¹³⁰ Text in PA, Wkr 5 e geh Ru Bd. 2 Bl. 12.

¹³¹ Funkspruch Joffe an Čičerin, Berlin 1918 X 6 (ebenda Bl. 14).

EXKURS

Durch die vorangehenden Ausführungen (besonders auch durch die zuletzt zitierten Worte Joffes) dürfte die in der sowjetrussischen Geschichtsschreibung aufgestellte Behauptung, Deutschland habe sich im Sommer 1918 stets bemüht, die Lösung des Baku-Konflikts hinauszuzögern (z. B. Achtamzjan 151), widerlegt sein.

Das vorliegende Kapitel gibt ein etwas anderes Bild der deutschen Kaukasuspolitik im Sommer 1918 als Fischer (738–57). Fischer hat die deutsche Kaukasuspolitik zu wenig unter dem Blickwinkel der deutsch-russischen Beziehungen betrachtet und die Ergebnisse der bisherigen Forschung nicht berücksichtigt, obgleich Mühlmann, Ziemke und Kazemzadeh deutsche bzw. (veröffentlichte) russische Akten benutzten. Auch die Aktenpublikation Lepsius' ist nicht herangezogen worden. Eine von den nur zwei Literaturangaben Fischers betrifft Pomiankowski, dessen nicht den Rang wissenschaftlicher Forschung beanspruchende Darstellung ein Erinnerungsbuch ist. Fischer hat die deutschen Kriegsziele oft ohne einen Zusammenhang mit ihrer Verwirklichung bzw. Nichtverwirklichung gesehen. Im folgenden werden einige Stellen (zum Teil rein sachliche Fehler) kommentiert.

S. 743 (»Mit dieser Konferenz hat sich die politische Reichsleitung zugunsten wirtschaftlicher Interessen und in konsequenter Fortführung ihrer Politik für einen Weg entschieden, der sie nicht nur gegenüber der OHL in momentanen, sondern auch gegenüber dem Bundesgenossen in dauernden Gegensatz bringen mußte. Zudem vermehrte ihre Politik noch die Spannungen zu Restrußland.«): Mit der erwähnten Konferenz war der Weg der deutschen Politik *nicht* festgelegt. Die Spannungen zu »Restrußland« ergaben sich in erster Linie durch die *türkische*, nicht durch die *deutsche* Kaukasuspolitik.

S. 747 (»Mit großer Eindringlichkeit zeigt die Sonderpolitik Lossows die Ausweitung deutschen Machtanspruchs. Sie bleibt vom Kaiser, Reichskanzler, Auswärtigen Amt und OHL unwider-

sprochen.«): Der Sonderpolitik Lossows wurde, wie o. S. 189 ff. nachgewiesen, widersprochen. S. 750 («Dies [d. h. daß die georgisch-transkaukasische Angelegenheit in Berlin immer mehr unter dem Blickwinkel der deutsch-russischen und deutsch-türkischen Politik betrachtet wurde] wurde nach der Rückkehr Lossows und Wesendoncks am 3. Juni nach Berlin anders.«): In Berlin wurde nach Lossows und Wesendoncks Rückkehr die georgisch-transkaukasische Angelegenheit *weiterhin* »immer mehr unter dem Blickwinkel der deutsch-russischen und deutsch-türkischen Politik betrachtet«.

S. 751 («Damit stellte sich Kühlmann in die Linie gesamtkaucasischer deutscher Aspirationen, wohl unter der Voraussetzung, daß im Westen die Entscheidung erzwungen werden würde und damit die noch prekären Verhältnisse zu Rußland und zur Türkei nicht mehr ins Gewicht fallen würden.«): Die erwähnte These blieb eine unangewandte These. Kühlmann (Kriege) zog es vor, zur Unabhängigkeitserklärung Georgiens die russische Zustimmung einzuholen. (S. Anm. 49 dieses Kapitels.) Fischers Schlußfolgerung bleibt durch die Akten unbewiesen. Eher ließe sich das Gegenteil beweisen. Kühlmanns Interesse am Kaukasus war *wesentlich* durch die Rücksicht auf Rußland bestimmt.

S. 752 («Der Kaiser selbst, der im Hofzug den Vortrag Lossows empfing, war von dessen Plänen »völlig mitgerissen« und stimmte emphatisch seinen Vorschlägen zu . . . «): Bei der Erwähnung des Lossowschen Vortrages im Hofzug und dessen Wirkung auf den Kaiser fehlt die bedeutsame Stellungnahme Grünaus dazu. – S. 752 folgender Absatz: Ein verwirrender Druckfehler ist, daß Wilhelm II. Tundutov am 9. Mai (statt am 9. Juni; die Akten ergeben widersprechend den 8. und 9. Juni) empfangen habe.

S. 753 («Die OHL verteilte bereits die Rekrutierungsgebiete im Kaukasus, verlegte eine Fliegerabteilung nach Poti . . . – Höhepunkt der Machtentfaltung . . . und nicht nur vertreten von der OHL, sondern vornehmlich vom Auswärtigen Amt.«): Die Verteilung der Rekrutierungsgebiete und die Verlegung einer Fliegerabteilung wurden überhaupt nicht vom AA unterstützt. Das Gegenteil ist der Fall. (S. o. S. 182/3.)

S. 753/4 («Mit drei Verträgen wurde der Wirtschaftsvertrag abgestützt. Durch ein Konsortium von Interessenten wurde einmal unter Führung der Disconto-Gesellschaft die georgische Währung geschaffen und zugleich die notwendige Anleihe aufgebracht, zum anderen sicherte eine Manganexportgesellschaft die deutschen Erzansprüche, und schließlich verbürgte eine Eisenbahngesellschaft den Erztransport und die Verladung in Poti.«): Diese Darstellung wird durch den bloßen Wortlaut der herangezogenen Aufzeichnung widerlegt: »Ein Konsortium von Interessenten, dessen Bildung die Diskontogesellschaft übernommen hat, ist bereit [!], dem Georgischen Staat zwecks Schaffung einer eigenen Währung und zur Bestreitung der dringendsten finanziellen Bedürfnisse eine Anleihe zu gewähren [sie *wurde* nicht gewährt]. Als Sicherheit sollen [!] die Einkünfte einer noch zu gründenden [!] Manganexportgesellschaft sowie weiterer Gesellschaften zum Betriebe der Eisenbahn Scharopan–Tschiaturi und des Hafens von Poti dienen.« Fischer stellt das alles als Wirklichkeit hin. Alle diese Dinge standen aber lediglich auf dem Papier. (Zur weiteren Entkräftung s. die Ausführungen dazu bei Kazemzadeh 148 ff., 161 und Avalov 105 ff.)

S. 754 («Das Auswärtige Amt beurteilte die [Baku-]Frage nicht nur in ihrer Rückwirkung auf Rußland, sondern vor allem im Hinblick auf den Nordkaukasus.«): Im Gegenteil, das AA (Hintze) beurteilte die Bakufrage ganz entschieden in erster Linie in ihrer Rückwirkung auf Rußland.

S. 755 («Unterstützt durch russische Einheiten und einer neu aus der Ukraine zugeführten Kavallerie-Brigade gelang die Besetzung Bakus.«): Wie oben (S. 205) dargelegt, wurde Baku durch *türkische* Truppen genommen. Das steht so in den Akten und ist auch in der einschlägigen Literatur zu finden.

S. 755 («So vorbereitet erwartete Berlin *Ende September* Talaat Pascha.« Dazu Anm. 110: »... Aufzeichnung vom 30. 8. 1918.«): Die Zeitangaben sind irrig. Berlin erwartete Talaat Pascha Ende *August*, das Geheimprotokoll wurde am 23. September abgeschlossen.

IV.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT MOSKAU

1. Die Mirbach-Mission

In Artikel 10 des Brester Vertrages war der Austausch diplomatischer und konsularischer Vertreter zwischen den Vierbundmächten und Rußland sofort nach der Ratifikation des Vertrages festgelegt worden. Durch das deutsche militärische Vorgehen in Südrußland und in Finnland wurde die Aufnahme der offiziellen Beziehungen jedoch um über vier Wochen verzögert. Eine Verbindung zwischen der deutschen und russischen Regierung bestand aber bereits seit der zweiten Märzhälfte auf dem Funkwege. Ein am 18. März ausgesandter Protest¹ gegen die Einnahme Odessas durch deutsche Truppen eröffnete den Reigen der Funksprüche, die der sowjetische Außenkommissar im Laufe der nächsten sechs Wochen – meist aus Anlaß der deutschen militärischen Operationen – an die deutsche Regierung sandte. Čičerin hatte am 26. April mit der Feststellung², daß trotz des Brester Vertrages zwischen den beiden Ländern gar kein Friedenszustand herrsche, vollkommen recht, obwohl bereits am 20. April in Berlin der russische diplomatische Vertreter, Adolf Abramovič Joffe, und vier Tage später in Moskau der deutsche Gesandte, Graf Wilhelm von Mirbach-Harff, eingetroffen waren. Mirbach stand in Moskau vor einer schwierigen Aufgabe. Ihm oblag es, trotz des faktischen Kriegszustands zu einem *modus vivendi* mit den Bolschewisten, die allein von allen russischen Parteien den Brester Vertrag anerkannten, zu gelangen. Darüber hinaus erwartete man von ihm, daß er sich von dem, was der Bolschewismus in Wahrheit bedeutete, ein einigermaßen klares Bild verschaffen würde. Denn »für uns«, so schrieb später ein Mitglied der deutschen Regierung³, »die wir im Amte zurückblieben, war der Bolschewismus ein rätselhaftes Phänomen, über das wir viel hin und her diskutierten«. – Mirbach brachte für seine Aufgabe ausreichende Voraussetzungen mit. Er verfügte bereits über eine mehrjährige Osterfahrung: Vor dem Krieg war er in Petersburg Botschaftsrat bei Pourtalès gewesen, und nach dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk hatte er

¹ Dokumenty I 214, Funkspruch Čičerin an AA, Moskau 1918 III 18.

² Dokumenty I 269 ff., Funkspruch Čičerin an AA, Moskau 1918 IV 26.

³ Blücher 14. – Blücher war 1918 Legationsrat in der Ostabteilung des AA, in der er das Randstaatenreferat leitete.

an der Spitze der Kommission für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Verkehrs, den Austausch der Zivilinternierten und Kriegsgefangenen wiederum in Petersburg gewirkt. Allerdings beherrschte er nicht die russische Sprache⁴. Auch seine ersten Mitarbeiter, Botschaftsrat Riezler, Legationsrat Bassewitz und Attaché Janson, waren des Russischen nicht mächtig. Auf den Geschäftsverkehr mit der bolschewistischen Regierung wirkte sich dieser Umstand aber nicht hemmend aus; denn Außenkommissar Čičerin und sein Stellvertreter Radek, mit denen die deutschen Diplomaten meistens den offiziellen Kontakt unterhielten, sprachen fließend Deutsch. – In Botschaftsrat Riezler hatte Mirbach außerdem einen Diplomaten zur Seite, der von seiner Gesandtschaftszeit in Stockholm her, wo er mit russischen Sozialisten Verbindung hatte, Erfahrung im Umgang mit Bolschewisten mitbrachte.

Zusammen mit der diplomatischen Mission traf in Moskau auch die Hauptkommission des Kriegsministeriums für Gefangenenaustausch und -fürsorge ein. Ihr übergeordnet waren der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums Major Henning⁵ und der Bevollmächtigte der Obersten Heeresleitung Major Bothmer⁶. Der eigentliche Militärattaché (und zugleich Militärbevollmächtigte), Generalstabsmajor Schubert, kam erst Anfang Juni nach Moskau. Ludendorff hatte bei seiner Attachierung das merkwürdige Ansinnen an das Auswärtige Amt gestellt, bei der Sowjetregierung die Zulassung Schuberts unter dem Titel »Abgesandter der Obersten Heeresleitung« zu erwirken⁷. Kühlmann setzte aber durch, daß Schubert unter der üblichen Bezeichnung »Militärattaché« nach Moskau reiste, da sonst »daraus im Inlande und im Auslande gleich unerwünschte Schlüsse auf

⁴ Hilger 12. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II 159.

⁵ Henning wurde später Führer der Deutsch-Völkischen Partei.

⁶ Bothmer hat während seiner Moskauer Zeit ein Tagebuch geführt, das neben den Akten des AA die wichtigste Quelle für die Mission Mirbach ist. Das Tagebuch wurde 1922 veröffentlicht. Das Original befindet sich in der Hand seiner noch lebenden Gattin Freifrau Ruth von Bothmer. Es wurde mir von ihr freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Ein Vergleich zwischen dem Original und der Veröffentlichung ergab wesentliche Unterschiede. Die Veröffentlichung weist sowohl Auslassungen wie Zusätze auf. Bemerkenswert ist darin die Rücksichtnahme auf damals noch lebende Personen. Als Probe für den Unterschied der beiden Fassungen möge die Charakteristik Riezlers dienen. Im veröffentlichten Tagebuch heißt es über ihn: »Riezler ist zweifellos ein erheblich über dem Durchschnitt begabter Mensch mit umfassender Bildung.« (Bothmer, Mirbach 21.) Dagegen im Original viel plastischer: »Riezler . . . politisch liberal, körperlich nicht ausreichend gepflegt, eifersüchtig und voller Angst, daß wir Soldaten Politik treiben könnten. . . Jedenfalls ist das ganze Diplomaten-Volk so, wie man sich diese Leute vorstellt. Nur Riezler ist insofern eine Ausnahme, als ihm die unbedingt nötige Lebensart und Körperkultur abgehen, man könnte ihn für alles Mögliche halten, nur nicht für einen Geheimen Legationsrat. Journalist, Kaufmann mittlerer Sorte etc. könnte eher passen.« (Bothmer, Tagebuch I Bl. 33/4.) Und später: »Der ganze Mensch ist jedenfalls sehr wenig sympathisch, dabei so sehr unappetitlich.« (Bothmer, Tagebuch I Bl. 39.) – Eine Neuveröffentlichung des Bothmerschen Tagebuches wäre auf Grund der festgestellten Unterschiede gerechtfertigt.

⁷ Berckheim an AA, Spa 1918 V 25 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14).

Bestehen eines Dualismus in der auswärtigen Vertretung des Reiches gezogen werden« könnten⁸.

Schubert war nicht der einzige wichtige Vertreter des Deutschen Reiches, der erst mehrere Wochen nach der Abreise der diplomatischen Mission nach Rußland gesandt wurde. Erst in der zweiten Maihälfte wurden die Posten der Generalkonsuln in Petersburg und Moskau besetzt⁹. Dies hatte zur Folge, daß die Gesandtschaft mit einer ihr eigentlich nicht zukommenden Arbeit belastet wurde. Es hätte ja nähergelegen, die Generalkonsulate *vor* der Gesandtschaft einzurichten, zumal man von deutscher Seite als eine der ersten Auswirkungen des Brester Vertrages die Anbahnung des Wirtschaftsverkehrs mit Rußland erwartete. Als Erklärung könnte der Hinweis auf sachliche Schwierigkeiten – etwa Mangel an geeigneten Kräften – ausreichen. Bei den Gegensätzen aber, die in der Führung der deutschen Ostpolitik zwischen Berlin und Spa bestanden, drängt sich eine andere Vermutung auf: das AA wollte durch möglichst rasche Entsendung einer diplomatischen Vertretung nach Moskau der OHL sichtbar vor Augen führen,

⁸ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 V 27 (ebenda). – Ludendorff versuchte trotzdem noch, Einfluß auf die deutsche diplomatische Vertretung in Moskau auszuüben. Ihm mißfiel es, daß Mirbach ständig russische Beschwerden über das deutsche militärische Vorgehen in Südrußland nach Berlin übermittelte. Da er meinte, Mirbach sei vom AA nicht hinreichend über die deutschen Absichten unterrichtet, ließ er dem Gesandten durch Major Henning mitteilen, daß die deutschen Truppen bereits seit einigen Wochen haltgemacht hätten. Mirbach meldete diesen Vorfall dem Reichskanzler: »Ich habe Major Henning erwidert, daß nach meiner Ansicht Exzellenz Ludendorff, wenn er glaubt, meine Ausdrucksweise korrigieren zu müssen, sich an meine vorgesetzte Dienststelle zu wenden haben würde, statt sich seiner Vermittlung zu bedienen.« Kühlmann vermerkte unter dem Schreiben: »Mitteilen, mit seiner Ruhe einverstanden.« (Schreiben Mirbach an Rk, Moskau 1918 VI 13. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 292.)

Schuberts Berichte, auch ans AA, gingen von Anfang an ohne das Plazet Mirbachs ab. Die Instruktionen, die er Ende Mai im Großen Hauptquartier bei einer Erdbeerbowle anlässlich einer Feier der 2. Marneschlacht empfing, kamen vom Kaiser und von Ludendorff, nicht vom AA bzw. Reichskanzler. Schubert fand den Kaiser sehr interessiert für die Lage im Osten; dieser sprach mit ihm längere Zeit über die Verwendungsmöglichkeit der befreiten Ukraine gegen Moskau. Mit der Form der Verhandlungen zwischen AA und dem Kreml schien der Kaiser gar nicht einverstanden zu sein. Unter starker innerer Erregung instruierte er Schubert: »Reden Sie Deutsch mit ihnen!« Ludendorff brachte in seiner Instruktion an Schubert zum Ausdruck, daß ihm ein Zusammengehen mit den Bolschewisten verhaßt sei; er verlangte von ihm aber unbedingt die Stützung der Bolschewiki, solange eine Chance bestünde, an der Westfront die Kriegsentscheidung herbeizuführen. (Private schriftliche Mitteilung 1965 IX 19.) Schubert bestätigte dem Verfasser in einer mündlichen Unterredung, daß Kaiser Wilhelm II. und Ludendorff den Ernst der Gefahr des Bolschewismus früh erkannt hatten, an wirksamer Bekämpfung dieser Gefahr aber durch den Krieg im Westen und den Widerstand des AA gehindert wurden; auch sei die Zeit eigentlich noch nicht »reif« dafür gewesen. Schubert ist überzeugt, daß der Kaiser die Monarchie hätte retten können, wenn er, versehen mit einem Mandat der Alliierten, an der Spitze der deutschen Armee gegen den Bolschewismus gezogen wäre. Über Ludendorff erklärte Schubert bestimmt, daß der General ihm gegenüber schon am 19. August den Gedanken einer gemeinsamen deutsch-alliierten Kampagne gegen den Bolschewismus geäußert habe. (Mündliche Unterredung 1965 X 8.)

⁹ Für Moskau wurde Generalkonsul Hauschild, für Petersburg Generalkonsul Biermann bestimmt. Biermann wurde bereits im Juli durch Generalkonsul Breiter ersetzt.

daß zwischen Rußland und Deutschland Friedenszustand herrsche oder herrschen müsse. Es sollte ein Druck auf die OHL ausgeübt werden, ihre militärischen Operationen in Südrußland zu beenden. Nach Abschluß des Brester Friedens sah nämlich das AA den Osten als *sein* Betätigungsfeld an. Die Errichtung einer Gesandtschaft sollte die Kriegführung gegen ein Land, mit dem man in »Frieden und Freundschaft« zu leben gedachte, als widersinnig erscheinen lassen. Einen konkreten Anhaltspunkt für diese Vermutung findet man auch noch in dem Umstand, daß die Gesandtschaft ohne Handels-¹⁰ und Presseabteilung¹¹, ohne die ihre Wirkungsmöglichkeiten sehr beschränkt waren, nach Moskau fuhr¹².

Die Voraussetzungen für Mirbachs Betätigung in Rußland waren also in mancherlei Beziehung ziemlich ungünstig. Schon der erste politische Bericht¹³ Mirbachs an den Reichskanzler vom 29. April legt Zeugnis ab von dem Mißtrauen, das dem deutschen Gesandten in Moskau von seiten der bolschewistischen Regierung entgegenschlug. Die Übergabe seines Einführungsschreibens, so berichtete er, habe sich nicht nur in der allereinfachsten, sondern auch in der frostigsten Form

¹⁰ Der »Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der deutschen diplomatischen Vertretung in Rußland«, Dr. List, kam Anfang Juni nach Moskau. Weil aber inzwischen der Schwerpunkt der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland sich nach Berlin verlagert hatte (s. u. S. 270/1), konnte er in Moskau nichts mehr ausrichten.

¹¹ Die Presseabteilung wurde Ende Mai dem deutschen Kriegsgefangenen Eduard Stadtler (der sich aus einem Gefangenenlager im Ural auf eigene Faust nach Moskau durchgeschlagen hatte) ohne Mitwirkung des AA improvisiert. Das Kapitel in Stadtlers Erinnerungen (129 ff.) über seine Moskauer Tätigkeit ist wenig ergiebig. Seine Behauptung (116), er habe der Gesandtschaft und dem Konsulat wirtschafts- und gesamtpolitische Abhandlungen gearbeitet, die »ohne Änderungen mit den offiziellen Unterschriften der leitenden Herren als Gesandtschafts- und Konsulatsberichte« ans AA geschickt wurden, ist zwar in dieser Formulierung nicht nachweisbar und könnte bei der Übertreibung, mit der Stadtler sonst seine Rolle in den deutsch-russischen Beziehungen darstellt, als wenig glaubhaft erscheinen; sie läßt sich aber nicht ganz von der Hand weisen, weil in einem Fall seine Darstellung in den Akten nachgeprüft werden kann. (S. Stadtler 131 und »Bericht eines aus Moskau zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen«, Berlin 1918 VIII 22, von Erzberger 1918 VIII 23 Nadolny überreicht. PA, D 131 Bd. 46 Bl. 164/173.) Dabei stimmen Akten und Darstellung überein.

Als offizieller Leiter des deutschen Pressebüros traf Anfang Juli Alfons Paquet (Korrespondent der Frankfurter Zeitung) in Moskau ein. Seine Erinnerungen, die sich stellenweise geradezu faszinierend lesen, sind eine weitere wichtige Quelle für Mirbachs Moskauer Zeit.

¹² Der sonst immer nach einer Erklärung suchende Bothmer stellt in seinem Tagebuch diese Tatsachen nur als solche hin. Am 2. 8. schrieb er: »Während das gemacht wurde [d. h. Finnland und die Ukraine über die Ostgrenze hinaus besetzt wurden], schickten wir die diplomatische Mission nach Moskau, setzten sie also in eine ganz unmögliche Lage. Es war also, was ich erst hier erkannte, da ich diese Lage übersah, eine ganz verfrühte Sache, in diplomatische Beziehungen zu treten, bevor an klar festgelegten Demarkationslinien die Truppen mit Gewehr bei Fuß sich gegenüberstanden. Da der Krieg die Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln ist, ist es unlogisch, beide Arten gleichzeitig zu betreiben.« (Bothmer, Tagebuch IV Bl. 10.)

¹³ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 IV 29 (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 112/3).

vollzogen. Sverdlov, der Präsident des Zentralexekutivkomitees, der ihn empfing, habe die »ganze Zeit über in der lächerlich-trotzigen Pose gekränkten Nationalstolzes« verharret. In den Passus seiner Erwiderung, worin er der Erwartung Ausdruck gab, »ich würde die Hindernisse, die sich dem tatsächlichen Friedenszustande noch immer entgegenstellten, hinwegzuräumen wissen«, habe er ausgesprochene Bissigkeit gelegt¹⁴.

Über seine Eindrücke und Erfahrungen in Kreisen außerhalb der Regierung vermerkte Mirbach in seinem Bericht, daß die deutsche diplomatische Vertretung von der bürgerlichen Presse »mit himmelhoch gespannten Erwartungen« begrüßt worden sei. Es zeuge aber von einer vollkommenen Verkennung des Charakters der deutschen Mission, wenn die bürgerlichen Kreise die Deutschen als ihre Bundesgenossen in ihrem Kampf gegen die Bolschewisten betrachten und mißbrauchen¹⁵ wollten.

Mit diesem Eindruck ist bereits das Dilemma angedeutet, in das sich Mirbach in den nun folgenden Wochen mehr und mehr versetzt sah. Die Frage hieß: Sind die Bolschewisten stark genug, so daß sie weiterhin von Deutschland gestützt werden sollen und mit ihrer Hilfe die Früchte von Brest-Litowsk gesammelt werden können? Oder ist ihre Macht im Schwinden, so daß Deutschland sich rechtzeitig nach möglichen Erben umsehen muß? Mirbach gab auf diese Fragen zunächst noch eine eindeutige Antwort. Zwei Wochen nach seinem ersten Bericht an den Reichskanzler meldete er dem AA¹⁶: »Soweit bis jetzt Stimmung, Stellung und Stärke der verschiedenen politischen Schichten und [die] Gesamtlage beurteilt werden kann, scheint mir, von hier gesehen, unser Interesse immer noch für eine Aufrechterhaltung der bolschewistischen Herrschaft zu sprechen.« Hinter den Anbiederungsversuchen aller anderen Parteien stecke meist nur der Wunsch, die Bolschewiki loszuwerden¹⁷. Nach einem Machtwechsel würden alle Nachfolger wieder die Vereinigung mit den abgetrennten Gebieten, besonders mit der Ukraine, und eine Revision des Brester Friedens mit Hilfe der Entente erstreben¹⁷. Ein weiterer deutscher Vormarsch im Süden des Landes und in Finnland könne aller-

¹⁴ Nach Lockhart (268) sagte Sverdlov in seiner »Begrüßungsansprache«: »Wir begrüßen in Ihrer Person das Volk, mit dem wir den Vertrag von Brest-Litowsk abgeschlossen haben.« (S. auch FRUS 1918 Russia I 506, Summers an Lansing, Moskau 1918 IV 27.)

Der ganze Unmut Wilhelms II. über den Zwang, offiziell mit den Bolschewisten zusammenarbeiten zu müssen, machte sich in einer Randbemerkung zu diesem Bericht Mirbachs Luft: Mirbach habe keine eigentliche Regierung vor sich, sondern »Räuberhauptleute eines raubend frechen Proletenjanhagels«; danach müsse er sich richten und sie dementsprechend behandeln. – Bothmer vermerkte in seinem Tagebuch unterm 8. Mai (II Bl. 5/6): »Die Stimmung zwischen unserer Mission und den Sowjets ist überhaupt etwas gespannt, da unser Vorstoß über die Ukraine hinaus und Finnland sie stark verschnupfen [sic]. Ich muß sagen, rein objektiv betrachtet, nicht ganz mit Unrecht.« Vgl. Bothmer, Mirbach 26.

¹⁵ Wilhelm II. versah das Wort »mißbrauchen« mit zwei Fragezeichen und schrieb an den Rand dieses Satzes: »Da sie von den Deutschen die Erlösung erwarten, ist das eigentlich recht natürlich!«

¹⁶ Mirbach an AA, Moskau 1918 V 13 (PA, Ru 61 Bd. 152).

¹⁷ Kühlmann bemerkte dazu am Rand: »Stimmt«, »stimme ganz bei«.

dings die Bolschewiki in die Hände der Entente treiben oder im Falle ihres Sturzes ententefreundliche Nachfolger zur Macht bringen. Bei einem dann kaum vermeidbaren Abbruch der Beziehungen würde die politische und wirtschaftliche Führung der künftigen russischen Entwicklung der Entente zufallen. Es erscheine deshalb für die deutschen Interessen am günstigsten, den Bolschewiki ein Minimum an Lebensbedingungen zu belassen. »Trotz aller Dekrete wird von den Bolschewiki, die neuerdings in wirtschaftlichen Dingen entgegenkommender sind¹⁸, für die Gegenwart manches erreichbar sein und immerhin einige Vorarbeit für [die] künftige wirtschaftliche Durchdringung geleistet werden können.«

Mirbach versuchte in der Folgezeit, der in diesem Telegramm angedeuteten Gefahr, das deutsche militärische Vorgehen könne die Bolschewisten in die Arme der Entente treiben, mit reichlichen Geldmitteln zu begegnen¹⁹. In Wirklichkeit

¹⁸ Das bezieht sich auf den Versuch der Bolschewisten in den Sommermonaten 1918, mit nicht-kommunistischen Ländern in wirtschaftliche Verbindung zu treten. S. u. S. 265 ff.

¹⁹ Am 17. Mai meldete Mirbach dem AA: »Entente soll sehr viel Geld ausgeben, um Rechts-Sozialrevolutionäre zur Macht zu bringen und Kriegszustand zu erneuern... Ich bleibe weiterhin bestrebt, Versuche der Entente zu contrecarrieren und Bolschewiki zu stützen, wäre indessen für Weisung dankbar, ob nach Gesamtlage unser Interesse den Einsatz größerer Mittel rechtfertigt...« (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 199. Abdruck in englischer Übersetzung bei Zeman 128.) Das AA wies Mirbach sofort an, größere Mittel aufzuwenden, und bat ihn, bei weiterem Bedarf die Höhe der notwendigen Geldmenge zu drahten. (Telegrammentwurf AA an Mirbach, Berlin 1918 V 18. PA, Ru 61 Bd. 152. S. Zeman 128/9.) Bald darauf teilte Mirbach dem AA mit, daß bei der starken Konkurrenz der Entente ungefähr 3 Millionen Mark monatlich erforderlich seien. Im Falle einer eventuell bald unvermeidlichen Änderung der deutschen Ostpolitik müsse mit höherem Bedarf gerechnet werden. (Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 3. PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 148. S. Zeman 130.) Mit diesem Telegramm deutete Mirbach an, daß auch die Notwendigkeit, nichtbolschewistische Parteien mit Geld zu unterstützen, bald eintreten könnte. In einem Privatbrief an den Reichsschatzsekretär Roedern begründete Kühlmann den Antrag um Bewilligung neuer Mittel folgendermaßen: Deutschland müsse alles daransetzen, die Bolschewiki an einer deutschfeindlichen Orientierung zu hindern. »Das kostet Geld, wahrscheinlich viel Geld. Andererseits dürfen wir, schon jetzt mit der Möglichkeit eines Umsturzes rechnend, unsere Beziehungen zu den übrigen politischen Parteien nicht abbrechen. Wir müssen im Gegenteil versuchen, für den Fall des Sturzes der Bolschewiken uns einen möglichst gefahrlosen Übergang zu sichern. Auch das wird viel Geld kosten.« (Kühlmann an Roedern, Berlin 1918 VI 8. PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 149. S. Zeman 132/3.) Kühlmann beantragte einen neuen Fonds in Höhe von 40 Millionen Mark, der vom Reichsschatzamt bewilligt wurde. (Brief Roedern an Kühlmann, Berlin 1918 VI 11. PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 150. S. Zeman 137. Dazu Roedern an Kühlmann [Abschrift], Berlin 1918 VI 17. PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 174.) Nach den Akten wurden der deutschen Gesandtschaft bis einschließlich August monatlich 3 Millionen Mark für geheime Zwecke überwiesen, insgesamt also höchstens 9 Millionen. (S. Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 2. PA, D 131 secr. Bd. 19.)

Über den Verwendungszweck geben die Akten nur spärliche Auskunft. Die in der Forschung häufig gestellte Frage nach den »Millionen des Kaisers für Lenin« dürfte mit den hier gemachten Angaben beantwortet sein. Zur Einordnung dieser Gelder in die Gesamtausgaben des Deutschen Reiches für Propaganda und Sonderzwecke während des Ersten Weltkrieges s. Fischer 182 Anm. 127. Danach waren bis 1918 I 31 40 Millionen Mark für Propaganda in

war diese Gefahr zu jenem Zeitpunkt, Mitte Mai, nur noch gering. Die Feindschaft zwischen der bolschewistischen Regierung und den Alliierten wuchs stetig. Die zunehmenden innerpolitischen Schwierigkeiten ließen es den bolschewistischen Führern angelegen erscheinen, das »imperialistische Raubtier« Deutschland zu besänftigen, wo es nur möglich war. Diesem Ziel diente auch eine längere Aussprache, die Lenin am 16. Mai mit Mirbach hatte²⁰. Leider findet sich in Mirbachs Bericht über diese Unterredung nichts über den Eindruck, den Lenins Persönlichkeit hinterließ. Der Graf gab nur den Inhalt der Aussprache in knappen Worten wieder: Lenin habe sich ihm gegenüber in »fast etwas aufdringlicher Weise« zu schrankenlosem Optimismus über die Machtstellung der Bolschewiki bekannt. Immerhin habe er auch eingeräumt, daß, wenn auch sein System noch uner-

Rußland bereitgestellt worden. Dieser Fonds war im Juni 1918 erschöpft. Neu für die Geschichtswissenschaft dürfte sein, daß im Sommer 1918 nicht nur die bolschewistische Regierung von Deutschland mit Geldmitteln unterstützt wurde, sondern auch bolschewikifeindliche, vor allem monarchistische Organisationen. Die Höhe der hierfür aufgewendeten Mittel dürfte den Betrag von 10 Millionen Mark nicht überstiegen haben. Dieses Geld wurde aus dem im Juni bewilligten Sonderfonds von 40 Millionen Mark genommen. An größeren Summen wurden nach Angaben Riezlers vor Ende August 1918 der Provisorischen Sibirischen Regierung – mit der die deutsche Gesandtschaft über Petersburg in Verbindung stand – ca. 5 Millionen Rubel zum Kauf von in Turkestan lagernden Waren (Baumwolle, Kakao) gegeben. Das Moskauer »Rechte Zentrum« (Kriwošejn, Brusilov; s. die folgenden Ausführungen im Text) wurde finanziell nicht unterstützt, da diese Gruppe von der Gesandtschaft nichts verlangte. (G. A. Riezler, undatiert. PA, D 131 Bd. 47 Bl. 33.) An die Offiziersorganisation unter Leutnant Alberts gingen im ganzen 3 ½ Millionen Rubel. (Bassewitz an AA, Pleskau 1918 VIII 26. PA, D 131 Bd. 47 Bl. 31.) S. u. S. 324 Anm. 80. – Zum damaligen Wert des Rubels s. Bothmer, Mirbach 30: »Wir kaufen den Zarenrubel für etwa 1,25 Mark, den nachrevolutionären, sog. Duma- und Kerenskirubel für 0,55–0,70 Mark.«

Daß auch außerhalb Großrußlands bolschewikifeindliche Organisationen unterstützt wurden, geht ebenfalls aus den Akten hervor. Da es sich hier nur um die Tätigkeit der OHL handelt, sind die in den Akten des AA darüber gemachten Angaben wahrscheinlich lückenhaft. Nach einem Telegramm des deutschen Botschafters in Kiev wurden Anfang Juli der Heeresgruppe Kiev 15 Millionen Rubel zur Anlage von Waffendepots für die Donkosaken übersandt. (Mumm an AA [ganz geheim, nur für AA], Kiev 1918 VII 3. PA, Ru 108 Bd. 2.) Auf diesen Fonds dürfte sich eine Stelle in den Erinnerungen des Herzogs von Leuchtenberg (dem Verbindungsmann des Kosakenatamans Krasnov bei der Heeresgruppe) beziehen, wonach dem Herzog zur Bildung der sog. Südararmee Geld von der Heeresgruppe Kiev zur Verfügung gestellt wurde. (G. Leuchtenberg 180.) Wie aus dem Protokoll der Sitzung in Spa vom 2./3. Juli 1918 hervorgeht (Gatzke 86/7), wurden außer den erwähnten 15 Millionen Rubel von der OHL noch weitere Millionen zur Beeinflussung der Kosaken beim Reichsschatzamt beantragt. Über die Höhe des bewilligten Betrages ist nichts auszumachen. – Für die Bildung der sog. Nordarmee im Bereich von Oberost wurden nach Angaben Denikins (III 26) bis Kriegsende nur 3 Millionen Mark ausgegeben. (S. auch u. S. 324 Anm. 80.)

²⁰ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 V 16 (PA, Ru 61 Bd. 153; Abdruck in englischer Übersetzung bei Zeman 126/7.) – Nach Bothmer (Mirbach 5) habe Mirbach sein Beglaubigungsschreiben gleichzeitig Sverdlov und Lenin übergeben. Die Akten bieten dafür keine Bestätigung. Vielmehr läßt die Tatsache, daß sich diese Aussage nicht im Original des Tagebuchs findet, eine spätere Verwechslung vermuten. Achtamzjan (105) begeht denselben Irrtum wie Bothmer. Die Unterredung vom 16. Mai war die erste und einzige Begegnung zwischen Lenin und Mirbach.

schüttert dastehe, die Zahl der Angreifer doch zugenommen habe und die Situation »gespanntere Aufmerksamkeit erfordere als noch vor etwa einem Monat«. Darum sei sein ganzes Bestreben darauf gerichtet, daß baldmöglichst im Norden und Süden Klarheit geschaffen werde²¹, vor allem daß unter deutscher Mitwirkung und Einflußnahme Frieden mit Helsingfors und Kiev zustande komme²². »Lenin sprach nicht etwa klagend«, so schloß Mirbach seinen Bericht, »oder gar beschwerdeführend, vermied auch jede Anspielung, als ob er sich bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes genötigt sehen könnte, sich der anderen Mächtegruppe zuzuneigen. Es war ihm offenbar darum zu tun, die Schwierigkeiten seiner Lage möglichst plastisch herauszuarbeiten.«

Wilhelm II. versah diesen Bericht mit verschiedenen Marginalien. Neben den letzten Satz schrieb er: »Er steht am Abgrund!« Damit hatte er nicht ganz unrecht. Infolge einer ununterbrochenen Reihe schwerer Schläge seit der zweiten Maihälfte war der Bolschewismus nicht nur empfindlich getroffen, sondern »geradezu ernstlich gefährdet«, wie Mirbach am 1. Juni sein Urteil über die Lage zusammenfaßte²³. In der großangelegten Kampagne der Tschecho-Slowaken, die sich Ende Mai etwa über die Strecke Penza–Sysran'–Čeljabinsk der Transsibirischen Bahn ausdehnte, in den Kämpfen zwischen Bolschewisten und Kosaken im Dongebiet (Krasnov) und südlich des Ural (Dutow), in den Ereignissen bei der Schwarzmeer-Flotte, dazu in den zahlreichen Putschen unter der hungernden Bevölkerung der großen städtischen Zentren und den Unruhen agrarsozialen Charakters auf dem platten Lande – in allen diesen sich überstürzenden Ereignissen sah der deutsche Gesandte in Moskau »ernste Mahnzeichen eventuell anbrechender Götterdämmerung«²⁴. Bedeutungsvoll erschien ihm, daß die bolschewistischen Führer all diesen Attacken nicht mehr die alte Abwehrkraft entgegenzusetzen hätten. »Selbst diese robusten Gewaltnaturen verzagen jetzt innerlich wohl manchmal vor der Fülle und Kompliziertheit der Probleme, die sich vor ihnen auftürmen, und die angeblichen Willens- und Tatmenschen erscheinen zuweilen bereits von dem nationalen ›Nitschewo‹ angekränkt.«²⁵ Trockij, den Mirbach als Wortführer einer ententefreundlichen Orientierung innerhalb des Rates der Volkskommissare bezeichnete, habe ihm gegenüber »in einer seiner elegischen Anwandlungen« den Spruch, »daß alles was entstehe, wert sei, zu Grunde zu

²¹ Wilhelm II. schrieb dazu an den Rand des Berichts: »Das werden die Kosakenheere bald besorgen.« Der Kaiser plädierte zu diesem Zeitpunkt für ein Zusammengehen Deutschlands mit den verschiedenen Kosakenstämmen in Südrußland.

²² Friedensverhandlungen mit Kiev kamen tatsächlich eine Woche später unter deutscher Mitwirkung zustande, mit den Finnen Anfang August. (S. u. S. 121 und S. 105.) Zu einem Friedensschluß mit beiden Ländern kam es jedoch nicht mehr.

²³ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 VI 1 (PA, Ru 61 Bd. 154).

²⁴ »In die wir nicht hineingezogen werden dürfen.« So Wilhelm II. am Rande des Berichts vom 1. Juni (s. Anm. 23). Und wieder folgte seine Mahnung: »Wir müssen mit Dutow und den vorrückenden Kosakenheeren in Fühlung kommen.«

²⁵ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 V 28, abschriftlich AA an Grünau, Berlin 1918 VI 6 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13).

gehen«, mit Bezug auf den Bolschewismus variiert. Nur hinsichtlich des Zeitpunktes, zu welchem der Untergang erfolgen werde, gedächten die Bolschewiki ihren Gegnern eine Enttäuschung zu bereiten.

Major Bothmer notierte sich am 13. Juni einen ähnlich pessimistisch gehaltenen Ausspruch Trockijs in sein Tagebuch: »Wir sind eigentlich schon tot, es fehlt nur noch jemand, der uns begräbt.« Dazu schrieb er: »Ganz so schlimm ist die Lage der Ratsregierung wohl doch nicht. Zum Begraben haben sehr viele Lust, bisher aber keiner Entschluß und Kraft. Daß so viele Totengräber sein möchten, unter sich aber uneinig sind, ist für die Bolschewiki ein großer Gewinn.«²⁶

Wie war es um die möglichen Nachfolger der Bolschewiki, ihre »Totengräber«, bestellt? Und wie verhielt sich auf Grund der veränderten Lage der deutsche Gesandte ihnen gegenüber? Mirbach hatte sich bisher streng an seine Instruktion gehalten, also die Bolschewiki gestützt und Anknüpfungsversuche von Vertretern der Rechtsparteien ignoriert – aus dem einfachen Grunde, weil diese nach eigenem Eingeständnis sich »zur Zeit« außerstande erklärten, die Bolschewisten aus eigener Kraft zu stürzen²⁷. Die beiden militärischen Vertreter jedoch, Henning²⁸ und Bothmer²⁹, hatten von Anfang an ihren Weisungen entgegengehandelt und Be-

²⁶ Bothmer, Mirbach 57. In diesem Urteil über die Lebenskraft der Bolschewisten spürt man besonders deutlich die spätere Überarbeitung des Originaltagebuches. Dort findet sich nämlich unter dem gleichen Datum ein etwas anderes Bild: »Immer klarer schält sich das Bild heraus: Rußland ein ungefüger lebender Leichnam, in dem viele innere Krankheiten toben, an dessen Gliedern überall schon die Schakale, Hunde und andere Stärken [sic] nagen, von dem viele Glieder und wichtige Organe schon abgerissen sind.« (Bothmer, Tagebuch II Bl. 49.)

²⁷ Mirbach an AA, Moskau 1918 V 23 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 67).

²⁸ Für Hennings Auffassung zur innerpolitischen Lage Rußlands vgl. seinen Bericht an den Reichskanzler, Moskau 1918 V 17 (PA, D 131 sect. Bd. 18 Bl. 162/3) und seinen Brief an Büdingen, Moskau 1918 V 24 (ebenda Bl. 165/6). Seine Hauptargumente sind folgende: Deutschland stehe in seiner Rußlandpolitik an einem Scheidewege und müsse einen klaren Entschluß fassen, was nun geschehen solle. Daß man vorläufig die bolschewistische Regierung stütze, sei falsch und lasse unberücksichtigt, daß in der nächsten Zeit für Deutschland mit Sicherheit alles verlorengelange. Die monarchistische Richtung für eine Gegenrevolution sei in zwei Hauptgruppen geteilt, deren eine ententefreundlich, die andere deutschfreundlich sei. Wenn Deutschland sich nicht entschlöße, in absehbarer Zeit den deutschfreundlichen Monarchisten zum Siege zu verhelfen, so werde bald eine ententefreundliche Regierung in Rußland entstehen. An einen Umschwung knüpfte Henning die Erwartung, daß bei den »ungeahnt großen wirtschaftlichen Aussichten ... wir unsere gesamten Kriegskosten in ganz kurzer Zeit, vielleicht in mehrfacher Ausfertigung, herausholen und uns für die ganze Zukunft wirtschaftlich anders basieren könnten«. Um die Entwicklung zu beschleunigen, stellte er zur Erwägung, »dauernd einige im Westen abgekämpfte Divisionen (etwa fünf würden genügen) im Ober-Ost-Gebiet abwechselnd zur Erholung unterzubringen, um im gegebenen Moment rasch zuzufassen zu können. Ich glaube, die ganze Sache würde rasch und schmerzlos vor sich gehen. Sobald in Petersburg und in Moskau eine deutsche Division liegt, wird die neue Maschine glatt zu arbeiten beginnen.«

²⁹ Bothmer gibt eine Zusammenfassung seiner Ansichten in einem Tagebucheintrag vom 2. 8. 1918: »Ich selbst ging hier ja als unbeschriebenes Blatt her, Henning auch ziemlich unbeschrieben, wenn auch durch seine Beteiligung an der Petersburger Expedition Dezember-

ziehungen zu antibolschewistischen Gruppen aufgenommen³⁰. Die Ereignisse in der zweiten Maihälfte haben nun Mirbachs Urteil über die Haltbarkeit der Bolsche-

Februar etwas mehr im Bilde. Schon nach 14 Tagen standen wir schroff entgegengesetzt da gegen die Auffassungen der hiesigen Diplomaten und gegen die von Berlin und OHL mitgegebenen Instruktionen. Wir haben hier einfach als Soldaten und denkende Menschen die Augen aufgemacht und haben unbefangen uns im Gespräch mit sehr viel Leuten eine Ansicht gebildet.« (Bothmer, Tagebuch IV Bl. 10.)

³⁰ Noch am 24. Mai sah sich Mirbach in einem geheimen Privattelegramm an Kühlmann veranlaßt, diesen vor »stark antibolschewistischen und für deutsche Intervention in Rußland eintretenden Berichten« von Moskau aus zu warnen, »da . . . Major Henning, der persönlich über besondere Urteilskraft nicht verfügt, sich durch zahlreiche auf ihn einstürmende Schilderungen aus zaristisch-militärischen Kreisen unverhältnismäßig stark beeinflussen läßt. Auch Major Frh. v. Bothmer, der im übrigen weiter blickt und richtig sieht, wird in seiner Berichterstattung an die OHL jene Note wohl nicht ganz unterdrücken.« – Eine Woche später gab Mirbach dem AA genau den Rat, vor dem er Kühlmann in diesem Telegramm warnte. (S. die folgende Darstellung.)

In demselben Telegramm warnte Mirbach auch vor Berichten des Hauptmanns Vogel von der Hauptkommission. Vogel stelle die Lage so dar, als sei die Bolschewikiherrschaft zu unmittelbar bevorstehendem Zusammenbruch verurteilt und daher eine Neuorientierung für Deutschland dringend geboten. Vogel sei »mit dem Moskauer Geschäft eng verknüpft und daher persönlich begreiflicherweise von besonders heftigen Antipathien gegen jetzige Machthaber erfüllt«. – In den Akten des AA findet sich ein 10 Seiten langer Bericht (in Abschrift) Vogels an das Kriegsministerium vom 20. Mai (PA, Ru 61 Bd. 158). Darin heißt es u. a.: Die deutschen diplomatischen Vertreter in Moskau ständen allen Bestrebungen der russischen Monarchisten streng ablehnend gegenüber. Graf Mirbach habe ihm einmal gesagt: »Es ist ausgeschlossen, daß eines Morgens ein Generaladjutant des Zaren an meinem Bett steht und mir mitteilt, daß der Zar die Regierung wieder angetreten habe.« Ein andermal habe Mirbach zwar zugegeben, die Tage der Bolschewiki seien gezählt, er glaube aber nicht, der Umschwung werde so schnell erfolgen, daß Deutschland sich nicht inzwischen anders orientieren könne. Die Bolschewiki hülften Deutschland wenigstens über die nächste Zeit hinweg. Vogel kritisierte auch das Verhalten der Diplomaten gegenüber den Bolschewiki in wirtschaftlichen Fragen. Man vertrete den Standpunkt, daß Deutschland in der Lage sei, als Nachbar eines Staates, dessen Wirtschaftsleben auf kommunistischer Grundlage beruhe, mit diesem zusammenzuleben, und daß es gelingen werde, einen modus vivendi dafür zu schaffen. »Ich zweifle daran, daß das in der Praxis möglich sein wird, besonders da die Bolschewiki durchaus nicht nachgiebig sind, keineswegs geneigt scheinen, im Interesse eines guten wirtschaftlichen Zusammenlebens mit uns Zugeständnisse zu machen, sondern vielmehr uns chikanieren, wo sie nur können. – Es ist dies von Seiten der Bolschewiki durchaus folgerichtig. Denn sie ihrerseits wissen genau, daß ein friedliches Nebeneinanderleben eines Staates mit kommunistischer und eines solchen mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung unmöglich, und daß es vollkommen zwecklos ist, nach einem modus vivendi zu suchen. . . Die Bolschewiki suchen deshalb auch gar keinen Verständigungsweg, sondern betreiben, wie Lenin in seinen Reden offen betont, eine Politik des Lavierens und der langsamen Rückzüge – in Erwartung des Sieges der Revolution, bei uns und in der ganzen Welt. Mir haben Bolschewiki selbst vertraulich zugestanden, daß bei ihnen die Parole ausgegeben sei, den Brester Frieden zu »sabotieren«, d. h. die gemachten Zugeständnisse durch Chikanen zurückzunehmen; man schein das bei uns noch nicht gemerkt zu haben.«

Der Militärattaché, Schubert, berichtet in seinen schwer zugänglichen Lebenserinnerungen (15/6), seine Tätigkeit habe von Anfang an »die aktive Form der geheimen Solidarität mit vielen der zaristischen Gegner von 1914–1917« angenommen. Der Kaiser habe ihm wegen dieses »Kalten Krieges« nie einen Vorwurf machen lassen. »Ich traf mich mit meinen als

wisten stark verändert³¹. Er sah sich veranlaßt, seinen Legationsrat Bassewitz nach Petersburg zu schicken, um Informationen über die Petersburger Offiziersorganisationen einzuholen. Dieser faßte seinen Eindruck über die Offiziersvereinigungen in dem Rat zusammen, daß man den Parteien der Rechten wenigstens einen Strohhalm hinwerfen müsse, um sie nicht ins Lager der Entente zu treiben³². In seinem Bericht dazu an den Reichskanzler ging Mirbach noch weiter als Bassewitz: »Angesichts . . . der immer prekäreren Lage, in die der Bolschewismus hineingerät, täten wir jetzt . . . immerhin gut daran, uns bei Zeiten . . . auf eine eventuell notwendige Umgruppierung einzurichten.«³³ – Diese Gesandtenberichte aus Moskau übten im AA einige Wirkung aus; Mirbach erhielt Anfang Juni die allgemein gehaltene Weisung, mit den antibolschewistischen Gruppen »sehr behutsam« Verbindung aufzunehmen³⁴.

Von diesen Gruppen schienen der Gesandtschaft zwei von besonderer politischer Tragweite zu sein. Im Laufe des Juni hatte Riezler mehrere Unterredungen mit Vertretern des sog. Rechten Zentrums in Moskau und Abgesandten der Provi-

Kameraden angesehenen früheren Berufsgenossen auf einem Boot im Moskwa-Fluß, an einer Bank im Botanischen Garten, wo Kinder spielten, oder an einem bestimmten Grab auf dem Friedhof des bekannten Nowodjewitschi-Klosters am Fuß der Sperlingberge. Der abgesetzte Emir von Buchara und frühere Abgeordnete des zaristischen Parlaments (Duma) besuchten mich sogar in der Gesandtschaft. . . Sie alle erzählten mir ihre und andere Verschwörungspläne gegen die bolschewistische Regierung. Mein großer Spionage-Fonds blieb dabei unangerührt: diese und andere Persönlichkeiten erboten sich stets freiwillig, mir politische und militärische Nachrichten zu liefern. Die ehrenamtlichen Agentenverbindungen liefen bis zu der östlich Moskau kämpfenden Roten Armee und bis zum Orenburger Kosaken-Oberst Dutow an der Wolga. Er ließ mir erklären, daß er nicht gegen Deutschland, sondern nur gegen den Kreml im Felde stände. Das Ganze war, wie wir heute sagen würden, von meiner Seite der Beginn eines regelrechten Kalten Krieges gegen den Vertragspartner von Brest, der, wie wir genau wußten, den Kalten Krieg gegen seinen Brester Vertragspartner schon vorher begonnen hatte. Auf deutscher Seite war das Haupt-Motiv für diesen Kalten Krieg kein außenpolitisches, sondern einfach menschliches Mitleid angesichts der manchmal sogar in aller Öffentlichkeit erfolgenden Terror-Akte gegen »Bürgertum« und andere Opposition. Freilich hofften wir Deutsche auch auf politische Freundschaft im Bismarck'schen Sinne mit dem »zukünftigen« Rußland. Das Wort vom »zukünftigen« Rußland fiel sehr oft.«

³¹ Henning berichtet, daß er in einer Unterredung, die er mit Mirbach (nach dem 20. Mai) hatte, diesen fragte, was für einen Zweck unter den veränderten Umständen noch ein weiteres Stützen der Bolschewiki hätte, und daß Mirbach ihm die Antwort gegeben habe: »Wir kommen wenigstens über die nächste Zeit hinweg.« (Brief [Abschrift] Henning an Büdingen, Moskau 1918 V 24. PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 165/6.) S. auch die Ausführungen Vogels in Anm. 30.

³² Aufzeichnung Bassewitz, Petersburg 1918 VI 1 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 79/80).

³³ Bericht Mirbach an Rk, Moskau 1918 VI 2 (ebenda Bl. 78).

³⁴ Die Weisung läßt sich aus einem Randvermerk Kühlmanns zu dem oben zitierten Satz rekonstruieren: »Einverstanden, aber sehr behutsam.« – Am 5. Juni notierte sich Bothmer: »Die Ereignisse der letzten Wochen haben nun anscheinend Gesandtschaft und AA zu einer erheblichen Schwenkung veranlaßt. Für uns doch ein Triumph, da wir hier mit einigem Mißtrauen dieser unserer Ansicht wegen zu kämpfen hatten.« (Bothmer, Tagebuch II Bl. 42/3. Vgl. dazu die etwas vorsichtigeren Bemerkungen in Bothmer, Mirbach 54.)

sorischen Sibirischen Regierung³⁵ in Petersburg. Das Rechte Zentrum war eine Vereinigung, die sich aus Mitgliedern monarchistischer Offiziersorganisationen, der »Landbesitzer«, der Kadettenpartei und besonders der Handels- und Industriekreise (»Torgovopromyšlennyj Sojuz«) schon zu Zeiten der Kerenskij-Regierung gebildet hatte³⁶. Die leitende Persönlichkeit dieser Gruppe war der frühere Landwirtschaftsminister Krivošejn, Haupt ihrer militärischen Organisation General Brusilov. Aus Riezlers Unterredungen mit Vertretern dieses Rechten Zentrums ergab sich folgendes Bild³⁷: Man sei dort allgemein der Ansicht, daß eine Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung zwar vielleicht ohne, aber nicht gegen Deutschland erfolgen könne. Riezler gegenüber sprachen die Vertreter die Hoffnung aus, daß Deutschland den Brester Frieden, den kein Russe als endgültig anerkennen werde und könne, aus eigener Einsicht in einigen Punkten revidieren und einer Autonomie der Ukraine, des Kaukasus und Estlands im Rahmen eines Deutschland befreundeten Rußland zustimmen würde. Gestützt werde diese Hoffnung durch die in großrussischer Orientierung erfolgte Umwälzung in der Ukraine, die nur ein Deutschland billigen könne, das sich mit der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der russischen Einheit abgefunden habe. Über ihre Verbindung mit anderen Gruppen befragt, hätten sie zugestanden, noch nichts Konkretes erreicht zu haben. Sie wollten aber die Dongenerale (Krasnov, Aleksejev) bewegen, sich nicht auf seiten der Ententekombination festzulegen. Die Gruppe sei beunruhigt durch die Möglichkeit, daß der Zar – der damals in Ekaterinburg interniert war – in die Hände der Tschecho-Slowaken und damit der ententistischen Kombination fallen könne. Sie würde auch Fühlung mit den sibirischen Generalen suchen.

Am 19. Juni hatten Henning und Bothmer eine Zusammenkunft mit einem von Brusilov beauftragten General. Beide waren enttäuscht über den Mangel an militärischer Vorbereitung in dieser Organisation. »Man traut sich ohne deutsche Hilfe nichts zu«, schrieb Bothmer in sein Tagebuch³⁸.

³⁵ Über die Omsker Regierung s. Footman 108 ff.; Schapiro 158/9.

³⁶ Die Ursprünge dieses sog. Progressiven Blocks gehen auf den Herbst 1915 zurück. S. Stählin IV Teil 2 S. 1084; Gitermann III 472/3. Zur Entwicklung des Rechten Zentrums 1917/18 s. Miljukov II 18 ff.; Gurko 8 ff.; Denikin III 72 ff.

³⁷ Folgende Einzelheiten aus zwei Berichten Mirbachs an Rk, Moskau 1918 VI 20 bzw. 28 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 128/30 bzw. Bd. 42 Bl. 57).

³⁸ Bothmer, Tagebuch III Bl. 17/8. Über diese Zusammenkunft findet sich nichts in Bothmers veröffentlichtem Tagebuch. Die Nennung Brusilovs hätte den 1922 noch lebenden General sicherlich kompromittiert. Nach 1920 hatte sich Brusilov nämlich den Bolschewisten zur Verfügung gestellt und bekleidete in den folgenden Jahren wichtige Posten in der Roten Armee. (S. Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija II 766/7.) – Nach Denikin (III 74) verfügte die militärische Organisation des Rechten Zentrums nur über 700–800 Mann, in erster Linie Offiziere. »Bei völligem Mangel an Mitteln bestand diese Organisation faktisch nur auf dem Papier.« Nach Gurko (9) hatte sich Brusilov zur Leitung der militärischen Bewegung bereit erklärt, wenn die Bildung eines Offizierskontingents von mindestens 6000 garantiert sei. – Kazanovič, der Abgesandte der Freiwilligenarmee, war nach Unterredungen mit Brusilov genauso enttäuscht wie Bothmer und Henning: »Alle diese Organisationen erweckten keinen

Ergaben diese Moskauer Unterredungen wenig ermutigende Aussichten über die Pläne des Rechten Zentrums, so vermittelten doch die Besprechungen Riezlers mit Abgesandten Kolčaks in Petersburg ein deutlicheres Bild über die Vorstellungen der Omsker Regierung³⁹. Die Abgesandten schilderten zunächst die Lage in Sibirien und die Angebote, die der Sibirischen Regierung von den Ententemächten gemacht worden waren. Dann gaben sie Einzelheiten über ihren Aktionsplan an. Die Provisorische Regierung wolle, obwohl Petersburg von den Bolschewiki schlecht besetzt und die Bahn Petersburg–Vjatka–Ekaterinburg in ihrer Hand sei, erst weiter vorgehen, wenn der Getreidetransport aus Sibirien ins europäische Rußland vorbereitet sei. Dafür seien vier bis sechs Wochen erforderlich. Sie machten genaue Angaben über Getreidevorräte in Westsibirien und in der Mandschurei und über die Transportverhältnisse. Am Schluß wurden Riezler folgende Fragen gestellt: 1. Kann Deutschland bei der Finanzierung des mandschurischen Getreides helfen? 2. Ist bei japanischer Bedrohung auf deutsche Hilfe zu rechnen (Waffen, Munition, Instrukteure)? 3. Können einige deutsche Regimenter nach Gelingen des Putsches Petersburg besetzen, damit die verfügbaren Kosakentruppen zur Deckung der Bahnlinie über Vjatka verwendet werden können? Riezler erwiderte zunächst nur unverbindlich, daß eine freundliche oder feindliche Stellungnahme Deutschlands von der weiteren Haltung der Provisorischen Regierung (besonders gegenüber den Tschecho-Slowaken) abhängen werde.

Der Plan der Omsker Regierung, die Macht in Petersburg und Moskau erst nach Sicherung der Getreideversorgung aus Sibirien zu übernehmen, zeigte, daß sie mit Ernst zu Werke ging. Ob er ausführbar war oder ob die Tschecho-Slowaken die Entwicklung zu forcieren imstande waren, wie es gerade zu jenem Zeitpunkt (Mitte Juni) den Anschein hatte – das konnte sich erst in den folgenden Wochen herausstellen. Entscheidend mußte aber auch hier die deutsche Unterstützung sein. Und diese blieb aus. Das AA hatte seinen Standpunkt in der Auseinandersetzung mit der OHL durchgesetzt. Mirbach erhielt Weisung, nichts zum Sturz der Bolschewiki zu unternehmen⁴⁰. – Bevor Mirbach diese Instruktion erhielt, unternahm er noch einmal einen großen Anlauf, um den Leitern der deutschen Außenpolitik die Schwere und die Folgen der zu treffenden Entscheidung vor Augen zu führen. Er wählte dazu einen nichtamtlichen Weg. Am 25. Juni schrieb er an

irgendwie ernsten Eindruck: Es wurden Namenlisten geführt, Rollen für den Fall eines zukünftigen Aufstandes verteilt, aber ein besonderer Wunsch, von Worten zur Tat überzugehen, war nicht bemerkbar.« (Kazanovič 197.)

³⁹ Folgendes aus einem Telegramm Mirbachs an AA, Moskau 1918 VI 19 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 1/2) und einem Bericht Mirbachs an Rk, Moskau 1918 VI 20 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 128/30). – Das Telegramm vom 19. 6. bildete neben einem weiteren Telegramm vom 20. 6. den Anlaß zu den bereits geschilderten Auseinandersetzungen zwischen AA und OHL über die deutsche Ostpolitik. (S. o. S. 81 ff.) – Die Verbindung der deutschen Gesandtschaft mit der Omsker Regierung ist in der Geschichtswissenschaft bisher noch nicht bekannt gewesen. Das Bild von Kolčaks ausschließlicher Entente-Orientierung muß dementsprechend revidiert werden.

⁴⁰ Telegrammentwurf AA an Mirbach, Berlin 1918 VI 29 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 255). S. o. S. 84.

Kühlmann einen Privatbrief⁴¹. Auffallend ist, daß am selben Tage auch Riezler ein Schreiben an von Bergen im AA sandte⁴². In den Akten findet sich unter eben diesem Datum auch noch ein Schreiben des niederländischen Konsuls in Moskau an Geheimrat Matthieu im AA⁴³. Nimmt man dazu noch den Brief des zusammen mit der Gesandtschaft nach Moskau gereisten Reichstagsabgeordneten Colshorn-Wiedenhausen an Unterstaatssekretär von dem Bussche vom 2. Juli⁴⁴, so geht man wohl nicht fehl anzunehmen, daß hinter dieser »Briefaktion« eine Regie steckte⁴⁵.

Der Brief Mirbachs gab einen zusammenfassenden Aufschluß über die Meinungsbildung des deutschen Gesandten. Mirbach stellte darin, nach über zweimonatiger »aufmerksamer Beobachtung«, dem Bolschewismus keine günstige Diagnose: »Wir befinden uns zweifellos an dem Lager eines Schwerkranken, der noch gelegentlich scheinbare Besserung zeigen mag, letzten Endes aber geliefert ist.« Um der Entente die Möglichkeit zu nehmen, mit Hilfe der Sozialrevolutionäre das nach dem Verschwinden der Bolschewiki entstehende Vakuum zu füllen, müsse einem deutschen Wünschen und Interessen entsprechenden Regime – das nicht sofort eine Monarchie zu sein brauche – auf die Beine geholfen werden. Die Vorbedingungen wären da, müßten nur zu lebhafterer Betätigung angeregt werden. Interessentengruppen verschiedenster Färbung ständen zur Verfügung: zunächst die Monarchisten im engeren Sinne. Mirbach aber war nach seinen bisherigen Erfahrungen klug genug, sie nicht als einzigen Grundpfeiler einer eventuellen

⁴¹ Brief Mirbach an Kühlmann, Moskau 1918 VI 25 (PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 188/91; in englischer Übersetzung bei Zeman 137 ff.).

⁴² Brief Riezler an Bergen, Moskau 1918 VI 25 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 93/4).

⁴³ Brief Stang an Matthieu, Moskau 1918 VI 25 (PA, Ru 61 Bd. 157). Stang legte in seinem Schreiben den Deutschen sofortiges Eingreifen in Rußland nahe, um den Einfluß der Entente zu schwächen. Er machte den Vorschlag, die sibirische Regierung durch Lieferung von Handwerkzeugen und Maschinen für Deutschland zu gewinnen.

⁴⁴ Brief Colshorn-Wiedenhausen an Bussche, Moskau 1918 VII 2 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 182/4). – Bothmer schrieb über Colshorn am 23. 5. in sein Tagebuch: »Er ist offiziell im Auftrage von Großbanken des Russen-Konzerns (Mendelssohn etc.) hier, um die russische Anleihe für Deutschland (Ankäufe in der Ukraine etc.) zu besorgen... Komisch ist der Respekt der AA-Herren, die wohl denken, daß ein Reichstagsabgeordneter immer gefährlich durch Kritik werden kann, vor allem, wenn er die Diplomatie aus der Nähe betrachtet.« (Bothmer, Tagebuch III Bl. 23.) – Daß Colshorn mit Kritik nicht sparte, zeigt der Schlußpassus seines Briefes an Bussche: »Ich stehe unter dem Eindruck, daß die Wilhelmstraße noch immer sich dem Wahne hingibt, wir würden mit den Bolschewiki unsere politischen und wirtschaftlichen Ziele fördern können – ein verhängnisvoller Irrtum!«

⁴⁵ Auch ein Tagebucheintrag Bothmers vom 25. 6. bezeugt, welch ungewöhnliche Empörung in den deutschen Kreisen in Moskau über die Herrschaft der Bolschewisten vorhanden war: »Die Judenbande hat keine Mittel (Geld, Truppen, Rekruten), um Sibirien und die Ost-Gouvernements unter ihre Herrschaft zurückzuholen... Wo sie [die Aufständischen] hinkommen, verschwindet die Bolschewiki-Herrschaft, bricht die Konterrevolution los... Die Herrlichkeit geht zu Ende, ich würde gern mal ein paar 100 der Judenbengels nebeneinander... an der Kreml-Mauer hängen sehen. Möglichst so, daß der Tod langsam eintritt, um die Wirkung zu erhöhen.« (Bothmer, Tagebuch II Bl. 21/2.)

Kombination zu empfehlen: »Sie sind im allgemeinen zu konfus und indolent und im Grunde doch nur darauf aus, mit unserem Beistande ihre alten gesicherten Existenzbedingungen wiederherzustellen.« Die Kerntruppe solle sich vielmehr aus gemäßigten Rechtsstehenden, Oktobristen und Kadetten zusammensetzen. Dieser schon recht stattliche Block könnte noch verstärkt werden, wenn es gelänge, die Provisorische Sibirische Regierung einzubeziehen. Die Frage nach dem deutschen Verhalten bei einer möglichen Neuorientierung beantwortete Mirbach in einer Weise, wie sie fast in allen diesbezüglichen Berichten der nächsten Wochen und Monate aus Moskau wiederzufinden war: An militärischen Kräften brauche Deutschland keine starken Truppenteile zu entfalten; es würden Demonstrationstruppen an der Demarkationslinie, besonders zwischen Pleskau und Narva südlich von Petersburg genügen, eventuell – hier stimmten die Meinungen nicht überein – Vormarsch geringer Kräfte auf Moskau. Solche militärischen Bewegungen würden »automatisch« den Einsturz der Bolschewiki-Regierung herbeiführen.

Die Forderung nach dem Preis, den Deutschland zu zahlen bereit sein müsse, findet sich ebenfalls nicht nur in dem erwähnten Brief Mirbachs, sondern mit ebensolcher Beständigkeit auch in anderen Berichten. Bei Mirbach heißt es dazu: »Die Karte Rußlands, so wie der Brest-Litowsker Vertrag sie gemalt hat, werden unsere hiesigen Eventualfreunde nun einmal nicht unbesehen hinnehmen.« Von Polen, Litauen und Kurland hätten sie sich innerlich wohl schon hinreichend losgelöst; auch der dauernde Verzicht auf Livland werde ihnen nicht unverhältnismäßig schwerfallen; bitterer sei ihnen – Revals wegen – die Amputation Estlands. Dagegen sei es geradezu politisches Axiom geworden, die dauernde Trennung der Ukraine vom übrigen Rußland als unhaltbar zu proklamieren: »Wer der Ukraina Ewigkeitswert vindiziert, wird sich nur schwer mit dem Gedanken abfinden können, sie wieder einmal in Restrußland aufgehen zu lassen; wer sie als Kriegsmaßnahme betrachtet, wird in dieser Beziehung umdenken können.«

Mirbach hatte mit diesem großangelegten Versuch, das AA in seiner Ostpolitik umzustimmen, nicht nur keinen Erfolg – er wäre beinahe von seinem Posten abberufen worden. Der Grund allerdings lag nicht in den Differenzen mit seiner unmittelbar vorgesetzten Behörde, sondern darin, daß er mit verschiedenen Berichten den Ärger des Kaisers hervorgerufen hatte. Schon im Mai hatte Wilhelm II. in gelegentlichen Randbemerkungen seinem Unwillen über Mirbachs Verhalten Luft gemacht. Unter einem Telegramm vom 17. Mai z. B., in dem Mirbach meldete, er bleibe weiterhin bestrebt, dem Bemühen der Entente um Gewinnung und Stärkung der Bolschewiki entgegenzuwirken, vermerkte Wilhelm II.: »Wenn ihm das nicht gelingt, wird er abgelöst und Admiral Hintze hingeschickt! der ohnehin längst hätte dort sein müssen als der einzige Kenner der russischen Probleme.«⁴⁶

⁴⁶ AA an Grünau, Berlin 1918 V 18 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12). – Eine Woche später schrieb Wilhelm II. an den Rand eines Telegramms Mirbachs, in dem dieser auf die »Gefahr weiterer

Einen Monat später sandte Mirbach den Brief einer russischen Baronin, in dem der Graf der Kollaboration mit den Bolschewisten beschuldigt wurde, nach Berlin mit dem Kommentar: »So belanglos auch der Inhalt ist, so ist er doch charakteristisch für die naive Auffassung und die Verworrenheit, die in diesen Kreisen herrschen.«⁴⁷ Die Verärgerung des Kaisers wird aus seinem Randvermerk dazu deutlich: »Donnerwetter! So ein Esel! nicht in diesen Kreisen, sondern beim Gesandten! der Mann ist total blind und verbolschewikt! Blamage!« Mirbach, so schrieb der Kaiser weiter in einem langen Erguß unter dem Brief, habe seine ihm wiederholt gegebenen Warnungen, die Bolschewiki nicht zu hoch einzuschätzen, total überhört⁴⁸, und seine Begleitbemerkungen zu dem »sehr ernst« aufzufassenden Warnungsbrief der Baronin seien ein so schlagender Beweis für seine »totale Verkennung« der innerpolitischen Zustände Rußlands, »daß sie katastrophal wirken. Er hat sich total unmöglich gemacht! Es rächt sich jetzt wieder der absolute Widerstand des Ausw. Amts gegen meine Wünsche, den Adm. v. Hintze – den *einzigsten Kenner* Rußlands in unserem ausw. Dienst – nach Moskau zu schicken! das zeigt sich jetzt, wo das Unheil über unsere Bolschewiki-politik hereinbricht!«⁴⁹

Das von Wilhelm II. beschworene Unheil brach aber zunächst nicht über die deutsche Bolschewiki-Politik herein, sondern über den »verbolschewikten« Ge-

Verprellung der Bolschewiki« hinwies für den Fall, daß Deutschland Finnland veranlassen werde, gegen Murman zu ziehen: »Donnerwetter! echte W.Str. [Wilhelmstraße]! echte Diplomatenantwort! Halb ja halb nein, nicht gehauen nicht gestochen! solche Antworten verbitte ich mir! nicht pythische Orakel, sondern klare Worte, *verantwortlich* gesprochen!« Der Kaiser hatte sich offenbar an dem Wort »Verprellung« gestoßen. Denn unter das Telegramm schrieb er noch: »Wenn Mirbach von Verprellen der Bolschewiki spricht, so stellt er sich auf den oft gefundenen Standpunkt deutscher Diplomaten, die vor allem den Standpunkt unserer Gegner zu eruieren bemüht [sind], nachher denselben sich zu eigen machen und ihn unbewußt auf Kosten *unserer nationalen Interessen* vertreten.« (Kühlmann an Grünau, Berlin 1918 V 25. PA, Fi 1 Bd. 7.)

⁴⁷ Schreiben Mirbach an Rk, Moskau 1918 VI 21 (PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 184/5); abgedruckt als Dokument 2 im Anhang. – Mirbach hatte für Bittsteller und Hilfesuchende, die in der Gesandtschaft erschienen, nicht viel übrig. Das zeigen besonders eindringlich die einleitenden Sätze eines Berichts vom 20. Juni an den Reichskanzler: »Die vielen schwankenden Gestalten, Träger alter oder früherer Würden, Inhaber großer Firmen oder Besitzer von Latifundien, die täglich, unter Beteuerung ihrer deutschfreundlichen Gesinnung bettelnd erscheinen, um Hilfe gegen die Bolschewiki zu erflehen und sich die Anwartschaft auf einen Posten unter dem von uns einzusetzenden großrussischen Skoropadski zu erschleichen, sind, für sich allein betrachtet, ernstlicher Erwägung kaum wert. Unfähig zu handeln, sich zu organisieren, zu wagen, erwecken sie nicht den Eindruck, als ob sie Lenin die Knute entwinden könnten.« (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 128/30.)

⁴⁸ Sie waren ihm nie vom AA mitgeteilt worden. Außerdem scheint Wilhelm II. über Mirbachs seit Ende Mai wesentlich veränderte Einschätzung der Bolschewisten nicht informiert gewesen zu sein.

⁴⁹ Dieser lange Randvermerk des Kaisers scheint der Schlüssel zu der Anfang Juni erfolgten Herberufung des Gesandten von Hintze aus Christiania ins Große Hauptquartier zu sein. Hintze wurde aber nicht Nachfolger Mirbachs sondern Kühlmans. (S. o. S. 89, besonders dortige Anmerkung 91.)

sandten. Am 6. Juli wurde Graf Mirbach von zwei Mitgliedern der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (LSR) ermordet. Die Einzelheiten des Attentats sind bereits aus verschiedenen Darstellungen bekannt⁵⁰. Hier kommt es darauf an, die Auswirkungen des Mordes auf die deutsch-russischen Beziehungen festzustellen. Die Reaktion der Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Moskau und der deutschen Regierung in Berlin auf die Mordtat entsprach ganz dem Gegensatz, der sich inzwischen in den beiderseitigen Anschauungen über die Problematik des Zusammengehens mit den Bolschewisten gebildet hatte. Kühlmann glaubte in dem Attentat eine Aufreizung durch Ententeagenten zu sehen. In einem Fernschreiben an den Kaiser vom 6. Juli teilte er mit, daß die Entente infolge der ausgesprochenen Schwenkung der Ratsregierung zum deutschen Standpunkt ihre politischen Hoffnungen in Rußland schwinden sehe und deshalb glaube, durch

⁵⁰ Bothmer, Mirbach 70 ff.; Paquet 24 ff.; Bunyan 217 ff.; Helfferich III 456/7; Hilger 11 ff. – Hilger war 1918 Chef der Evakuationsabteilung der Hauptkommission für Kriegs- und Zivilgefangene in Moskau.

Zur Frage nach den Motiven der Ermordung Mirbachs s. die neuere Darstellung von Katkov 53 ff. Katkov glaubt aus den vorliegenden Quellen den Schluß ziehen zu müssen, daß Mirbach auf Veranlassung Lenins ermordet wurde! Diese These ist auch in den neuesten Lenin-Biographien von westlicher Seite (Possony 283/4; Payne 463 ff.) wiederzufinden. Sie stützt sich auf folgende Argumente: 1. Für Lenin sei es vorteilhaft gewesen, das Attentat den LSR in die Schuhe zu schieben, um sich unliebsamer Gegner unter den LSR zu entledigen. 2. Durch Überwachung des Telegrammverkehrs der deutschen Gesandtschaft habe Lenin erfahren, daß Mirbach seiner Regierung einen antibolschewistischen Kurs vorschlug. 3. Die Beseitigung Mirbachs sei höchst erwünscht gewesen, weil er als einziger Deutscher fähig und gewillt gewesen sei, die Bolschewiki zu stürzen. 4. Sein Tod habe der deutschen Regierung als Warnung gedient, ihre Ostpolitik auf Kosten der Bolschewisten zu betreiben. 5. Die spätere Rehabilitierung Bljumkins weise auf bolschewistische Anstiftung des Mordes hin. – Zu diesen Deduktionen ist zu sagen, daß sie keine schlüssigen Beweise sind, also Spekulation bleiben müssen. Zu 1.: Zur Beseitigung einiger LSR hätte es nicht des Mordes an dem Vertreter der für die Sowjetregierung gefährlichsten ausländischen Macht bedurft. Zu 2.: Falls tatsächlich der Telegrammverkehr überwacht wurde, mußte auch klar gewesen sein, daß die deutsche Regierung *keine* Schwenkung ihrer Ostpolitik beabsichtigte. Zu 3.: Mirbach fand bei der deutschen Regierung kein Gehör für seine Umsturzpläne, konnte sie also von sich aus nicht in Szene setzen. Zu 4.: Die deutschen Akten geben keinen direkten Anhaltspunkt dafür. Zu 5.: Nach kommunistischer Ethik war Bljumkin ohnehin ein Held. – Der schwächste Punkt in Katkovs Argumentation ist, daß er auch die Mission Helfferichs (des Nachfolgers Mirbachs; s. das folgende Kapitel) neu interpretieren muß. Danach sei die attentatsgeladene Atmosphäre Moskaus in den ersten Augusttagen von den Bolschewiki künstlich erzeugt worden, um Helfferich zum Bewußtsein zu bringen, daß er – anders als Mirbach – nicht mehr »der eigentliche Herr der Lage in Rußland« und die bolschewistische Regierung nicht von »Deutschlands . . . Gnaden« sei (Katkov 82)! Die Ermordung Feldmarschall Eichhorns am 30. Juli jedoch zeigte, daß die LSR weiter gewillt waren, mit Mordanschlägen gegen »hervorragende Vertreter des deutschen Imperialismus vorzugehen«. Die Sorge der bolschewistischen Regierung um Helfferichs Sicherheit muß echt gewesen sein. Deutschland hätte einen zweiten Gesandtenmord als Anlaß zu militärischem Eingreifen in Rußland genommen, wie aus den Akten hervorgeht. (Ludendorff an Hintze [dringend], Spa 1918 VIII 6. PA, D 131 Bd. 45 Bl. 82. – Hintze an Ludendorff, Berlin 1918 VIII 7. Ebenda Bl. 83.) Katkovs, Possonys und Paynes Argumente lassen sich indes nicht gänzlich von der Hand weisen. Für ihre These läßt sich weder ein lückenloser Beweis noch ein Gegenbeweis anstellen.

eine derartige Tat einen unheilbaren Bruch zwischen Deutschland und der Sowjetregierung herbeiführen zu können. Er schlug dann vor, Riezler zeitweilig die Führung der Geschäfte zu übertragen und als Nachfolger für Mirbach Admiral Hintze »als bester Kenner Rußlands« in Aussicht zu nehmen. Die Gesandtschaft hätte weiterhin in Moskau zu bleiben⁵¹. – Wilhelm II. gab Kühlmanns Vermutung über die Ententemachenschaften recht⁵² und genehmigte auch seine Vorschläge⁵³.

Die deutsche Gesandtschaft in Moskau aber zog die entgegengesetzten Folgerungen aus dem Attentat. Am 10. Juli bat Riezler um Ermächtigung, die Beziehungen bis zur völligen Sühne des Mordes an dem Grafen zeitweilig abubrechen⁵⁴. Der Sowjetregierung war es nämlich wegen der Wirren, die in Moskau nach der Mordtat ausbrachen, nicht gelungen, der beiden Mörder, Bljumkin und Andreev⁵⁵, habhaft zu werden.

Das AA in Berlin blieb jedoch bei seiner Entscheidung, die Beziehungen nicht abubrechen. Ja es beabsichtigte sogar für den Fall, daß die Bolschewisten stürzen und die Sozialrevolutionäre in Moskau ans Ruder kommen würden, der OHL nahezulegen, eine Operation von Finnland aus gegen die Murmanbahn und Archangel'sk, die Besetzung Petersburgs und von dort einen Vorstoß auf Vologda, den Sitz der diplomatischen Vertreter der Entente, vorzubereiten! Die Sozialrevolutionäre würden dann voraussichtlich entweder »zu Kreuze kriechen«, so meinte das AA, oder von den Bolschewiki gestürzt werden⁵⁶. Was hier entwickelt

⁵¹ Kühlmann an Grünau, Berlin 1918 VI 6 (PA, GrHQ, Ru 31 k).

⁵² Wilhelm II. schrieb an den Rand zweier Telegramme aus Berlin: »Über Mirbachs Leiche muß mit Rußland das Bündnis geschlossen werden gegen die Entente... Sobald die Machenschaften der Entente festgestellt (eventuell auch ohne das), muß Russische Regierung sich entschließen, Entente aus Rußland rauszuwerfen, vor allem Tschecho-Slowaken vernichten. Kann sie das allein nicht, muß sie unsere Hilfe in Anspruch nehmen. Dann wird Rußland von uns geholfen werden und die Entente muß hinaus.« – Das Hilfsangebot an die Sowjetregierung war soeben im Kronrat zu Spa beschlossen worden. (S. o. S. 104/5.)

⁵³ Die noch am 6. Juli erteilte Genehmigung, Hintze nach Moskau zu schicken (am Rand des Kühlmannschen Telegramms vom 6. 7. steht ein »Ja«), ist wichtig für die Fixierung des Zeitpunktes, an dem Hintze zum Staatssekretär ernannt wurde. Am 7. 7. war seine Ernennung so gut wie vollzogen. (S. o. S. 89 Anm. 91.)

⁵⁴ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 10 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 221). – Auch Schubert hielt die Abberufung der Gesandtschaft für erforderlich: Lersner an AA, Spa 1918 VII 10 (ebenda Bl. 249). S. auch Bothmer, Mirbach 88.

⁵⁵ Sie flohen in der gleichen Nacht aus Moskau. Ironischerweise fanden sie in der von Deutschland besetzten Ukraine Zuflucht. Fahndungen der deutschen Militärbehörden führten zu keinem Erfolg. Andreev fiel 1919 einer in der Ukraine wütenden Typhusepidemie zum Opfer. (Hilger 18; Gusev 213.) Bljumkin wurde im November 1918 zusammen mit den führenden Mitgliedern des Zentralkomitees der LSR zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, aber bald amnestiert. 1920 war er als Zögling (er war damals erst 20 Jahre alt) der Roten Armee wieder in Moskau. 1929 war er so unvorsichtig, den damals auf die Prinkipo-Inseln verbannten Trockij zu besuchen. Dies bezahlte er nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion mit seinem Leben. (S. Schapiro 125; Gusev 212/3.)

⁵⁶ Telegrammentwurf AA an Riezler (streng geheim), Berlin 1918 VII 11 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 252).

wurde, war also das Unternehmen, den einmal gestürzten Bolschewisten wieder in den Sattel zu helfen. Dem Verbindungsmann des AA im Großen Hauptquartier, Grünau, schien es denn auch zu gewagt, diesen Plan der OHL vorzulegen. Ludendorff nämlich warf dem AA schon seit Wochen vor, es versäume die Fühlungnahme mit den Monarchisten. Mit der Absicht, die bolschewistische Regierung künstlich zu erhalten, hätte er sich schwerlich einverstanden erklärt⁵⁷.

Welche Rückwirkungen hatte nun das Attentat auf die innerpolitische Lage Rußlands und welche Reaktion rief es in den Kreisen der Sowjetregierung hervor? Die Spannungen zwischen der Partei der Linken Sozialrevolutionäre und den Bolschewisten waren zu jener Zeit auf einem Höhepunkt angelangt. Ende Juni riefen die SR offen zum Aufstand gegen die Deutschen und zur Ausweisung des deutschen Gesandten auf. Am 24. Juni beschloß das Zentralkomitee der LSR, »im Interesse der russischen und internationalen Revolution eine Reihe von Attentaten gegen die führenden Vertreter des deutschen Imperialismus zu organisieren«. Es begründete dieses Vorhaben damit, daß es notwendig sei, »die sog. durch die Ratifikation des Brest-Litowsker Vertrages geschaffene Atempause zu Ende zu bringen«⁵⁸. Da vorauszusehen war, daß die Bolschewisten Vergeltungsmaßnahmen treffen würden, beschloß die Partei, ihre Position mit Waffengewalt zu verteidigen.

Die Ermordung Mirbachs am 6. Juli war der Anlaß zu einem Aufstand der LSR in Moskau. Obwohl schlecht inszeniert⁵⁹, traf er doch die Bolschewisten ganz unvorbereitet⁶⁰. Da aber kein ernsthafter Versuch gemacht wurde, die strategischen Punkte der Stadt zu besetzen, war der Aufstand in einigen Stunden niedergeschlagen. Spiridonova, jene fanatische Führerin der LSR⁶¹, die zusammen mit der Delegation der LSR bei dem zu dieser Zeit tagenden Sowjetkongreß verhaftet wurde, leugnete später, daß irgendein Aufstand im Zusammenhang mit dem Attentat geplant worden sei⁶². Der deutsche Staatssekretär hatte demnach recht mit

⁵⁷ Lersner an AA, Spa 1918 VII 18 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 181).

⁵⁸ Gusev 194. – In einem öffentlichen Verhör stellte die Spiridonova stolz fest (wohl um der Lüge von der Ententeschuld entgegenzutreten): »Ich organisierte die Ermordung Mirbachs von Anfang bis Ende.« (Bunyan 200/1.)

⁵⁹ Hilgers Urteil (17): »Die Revolte der Linken Sozialrevolutionäre war der bestorganisierte und bestvorbereitete Versuch, das kommunistische Regime von innen her zu stürzen, der je unternommen worden ist«, stellt die Tatsachen auf den Kopf.

⁶⁰ Vgl. die Erinnerungen Vacetis', des Lettenführers, der die Niederschlagung des Aufstandes leitete, bei Krastyn' 53 ff. Zu den Vorbereitungen des Aufstandes schreibt er (58): »Das Čekamitglied Aleksandrovič [LSR] hatte dafür gesorgt, daß am Tage des Aufstandes möglichst wenige Lettenregimenter in Moskau waren. Der Zeitpunkt des Aufstandes war günstig gewählt, weil am 6. Juli die Lettenregimenter einen Volksfeiertag begingen, den sie außerhalb der Stadt feierten.«

⁶¹ »Diese ... unermüdliche Hysterische mit dem Klemmer auf der Nase, diese Karikatur der Athene.« (Paquet 26.)

⁶² In einem Brief aus dem Gefängnis schrieb die Spiridonova später: »Wie soll man sie überzeugen, daß es überhaupt kein Aufstand war? ... Ich fange an zu glauben, daß sie es sich selbst eingeredet haben ... und es jetzt glauben. Aber schließlich sind sie ja wahnsinnig.«

seiner Vermutung, daß es das Ziel des Attentats und des Aufstandes war, die Sowjetregierung vor eine Lage zu stellen, die zum Wiederaufleben des Krieges mit Deutschland geführt haben würde. An die Übernahme der Macht hatten die LSR nicht gedacht⁶³.

Mit der Niederschlagung des Moskauer Aufstandes waren die durch den Mord entstandenen Unruhen aber noch nicht beendet. Am 10. Juli erklärte der Oberkommandierende der bolschewistischen Truppen an der Wolga-Front, Murav'ev (ein LSR), den Vertrag von Brest-Litowsk für ungültig, proklamierte einen Waffenstillstand mit den Tschecho-Slowaken und den Krieg gegen Deutschland. Bei seinem Versuch, auf einer Sitzung des Ortssovjets die kommunistischen Mitglieder auf seine Seite zu ziehen, wurde er jedoch ermordet⁶⁴. Der sowjetische Außenkommissar Čičerin erklärte später in einem Rechenschaftsbericht⁶⁵ vor dem Rat der Volkskommissare zu diesem Vorfall, Murav'ev sei von England gekauft worden. Er brachte dafür keine Beweise vor, weil es wahrscheinlich keine gab. Es ist der Forschung bis heute nicht gelungen, auch nur das geringste Anzeichen für Verbindungen zwischen den LSR und den Alliierten festzustellen⁶⁶. Aus den deutschen Akten läßt sich im Gegenteil ersehen, daß Murav'ev von der deutschen Gesandtschaft Geld erhielt, um tatkräftig gegen die Tschecho-Slowaken vorzugehen⁶⁷. Nur hatten die Deutschen dabei aufs falsche Pferd gesetzt.

Čičerin hatte allerdings mit seiner weiteren Behauptung, daß der im Norden des Landes in Jaroslavl' ausgebrochene Aufstand von den Alliierten unterstützt

(Zitiert bei Schapiro 122 Anm. 37. Dort auch noch weitere Indizien dafür. Vgl. die folgende Anmerkung.)

⁶³ Bestätigt wird dies auch durch den Bericht, den Dzeržynskij, der von den LSR bis zur Niederschlagung des Aufstandes verhaftete Chef der Čeka, dem Rat der Volkskommissare am 8. 7. über den Aufstand der LSR erstattete: »Nachdem . . . wir entwaffnet waren, verkündeten Tscherepanow und Sablin triumphierend: »Ihr steht hier vor vollendeten Tatsachen. Der Brester Friede ist torpediert, der Krieg gegen Deutschland ist unvermeidlich. Wir wollen nicht die Macht. Mag es auch hier so kommen wie in der Ukraine, wir gehen in die Illegalität, und ihr könnt an der Macht bleiben, doch müßt ihr aufhören, vor einem Mirbach zu lieben. Mag Deutschland Rußland bis zur Wolga besetzen. Murawjew marschiert zu uns nach Moskau, mit uns sind auch die Letten des 1. Schützenregiments, deren Delegierte schon bei uns waren.« (Dzierzynski 113.)

⁶⁴ Dazu vgl. die Erinnerungen Varejkis' bei Krastyn' 76 ff.

⁶⁵ Sov. Doc. 103 (Bericht 1918 IX 2). – Der betreffende Passus, der in dem Protokoll der Sitzung steht, ist in der in den Dokumenty I 463 ff. abgedruckten Rede ausgelassen.

⁶⁶ Schapiro 121. – Auch heutige Historiker fallen der von den Sowjets von Anfang an verbreiteten Legende von der Verbindung der aufständischen LSR mit der Entente zum Opfer. (So Rauch, Lenin 78; Rauch, Geschichte 103.) In der heutigen sowjetrussischen Geschichtsschreibung wird allerdings schon mit einiger Zurückhaltung darüber geurteilt. So schreibt Vygodskij (39), es sei »nicht ausgeschlossen«, daß alliierte Diplomaten in Vologda mit den LSR in geheimem Einvernehmen gestanden hätten.

⁶⁷ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 11 (PA, Ru 61 Bd. 159). Deutsche Mission (Pressebüro) an AA, Moskau 1918 VII 25 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 95/6).

wurde⁶⁸, eher recht⁶⁹. Merkwürdigerweise brach dieser Aufstand am 6. Juli aus, also am Tage der Ermordung Mirbachs. Ein Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen hat nach den verfügbaren Quellen nicht bestanden. Überdies war er nicht von den LSR organisiert, sondern von dem Stab der sog. Freiwilligen Nordarmee unter Führung des Berufsterroristen Savinkov. In militärischer Hinsicht war er für die Bolschewisten der gefährlichste der Aufstände. Über zwei Wochen dauerte es, bis es den sowjetischen Truppen gelang, Jaroslavl' zu nehmen. Für die deutsch-russischen Beziehungen war der Aufstand insofern von Bedeutung, als darin eine deutsche Fürsorgekommission mit ihren über 1500 schutzbefohlenen Kriegsgefangenen verwickelt war. Während der Kämpfe setzte der Stab der Nordarmee die Fürsorgekommission mitsamt den Kriegsgefangenen im Theater von Jaroslavl' gefangen. Als die Sache der Weißen Partei verloren war, lieferte umgekehrt der Stab der Weißen Truppen dem befehlhabenden deutschen Offizier seine Waffen ab, begab sich also in die Gefangenschaft der Gefangenen und wurde später von diesen an die Roten Truppen ausgeliefert⁷⁰. – Der Fall Jaroslavl' gehört sicherlich zu den völkerrechtlichen Kuriosa, die der Weltkrieg in seinem Strudel mit sich führte.

Für die Bolschewisten waren all diese Juli-Ereignisse schwere Nackenschläge. Mit den Lokalputschen waren sie fertig geworden. Wie reagierten sie aber auf die Mordtat in der deutschen Gesandtschaft? Auf die Nachricht von dem Attentat erschienen sofort Lenin und Sverdlov mit dem Außenkommissar und dessen Stellvertreter im Gesandtschaftsgebäude. Sie drückten ihr tiefstes Bedauern aus und versicherten, zur Strafe des Verbrechens, das nicht so sehr gegen Deutschland als gegen die Bolschewisten gerichtet sei, alles nur Menschenmögliche tun zu wollen⁷¹. Am nächsten Tag erschien in der Pravda eine Meldung über das Geschehene, in der es u. a. hieß: »Rußland befindet sich augenblicklich . . . um Haaresbreite vor einem Krieg. In Deutschland sucht die stärkste Partei – die Kriegspartei – schon lange nach einem Vorwand, um auf Petersburg, Moskau, Caricyn vorzurücken.

⁶⁸ Darüber Kennan, Decision 435/6; Ullman 230/1.

⁶⁹ S. Anm. 65.

⁷⁰ Über diese Vorgänge s. Paquet 32 ff.; Bericht des Leiters der Deutschen Kommission 4, 1918 VII 22 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 198/205), auszugsweise abgedruckt bei Bothmer, Mirbach 150ff.

⁷¹ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 6 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 123 und 130). Vgl. auch Trockij, Lenin 110 ff.; Bonč-Bruevič III 235. Unterm 7. Juli vermerkte Bothmer in seinem Tagebuch (III Bl. 30): »Die Nacht über mußte auf Anordnung der Regierung sozusagen als Pfand für unsere Sicherheit der Kommissar des Handels (Minister!) Bronski . . . hier im Hause auf einem Sofa kampieren. Wäre das Ganze nicht doch auf ernstem Hintergrund – vor allem durch Mirbachs Tod – gewesen, wäre es doch recht komisch erschienen.« – Schubert schreibt in seinen Lebenserinnerungen (9): »Lenin erschien zwar am Mordtage als sowjetischer Regierungschef in der deutschen Gesandtschaft und sprach uns sein Beileid aus. Er tat es aber in so abstoßender Form, daß ich zu dem ihn begleitenden Angestellten des sowjetischen Außenamtes sagte, Lenins Beileid habe kalt wie eine Hundeschnauze gewirkt. Der Angestellte antwortete, zynisch lächelnd, das dürfe mich doch nicht wundern. Denn für Lenin sei der Ermordete »auch nur ein bourgeois« gewesen.«

Jetzt hat diese Partei einen derartigen Grund, wie sie ihn sich besser gar nicht wünschen könnte.«⁷²

Lenin war in einer verzweifelten Lage: Die Gefahr des deutschen Eingreifens und damit die Gefahr eines sofortigen Zusammenbruchs der bolschewistischen Herrschaft schien ihm so imminent, daß er seine ganze diplomatische Kunst auf das Problem konzentrierte, wie das sozialistische Revolutionszentrum gegen die deutsche Bedrohung zu schützen sei. Nichts schien ihm dabei geeigneter, als Deutschland zu suggerieren, die Attentäter seien gedungene Agenten der Entente, die Deutschland gegen seinen Willen und gegen seine Interessen zum Eingreifen in Rußland habe zwingen wollen. Blijumkin und Andreev, die beiden Mörder Mirbachs, wurden denn auch in der Pravdameldung vom 7. Juli als »zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus« bezeichnet.

Lenin konnte noch am Abend des 6. Juli feststellen, daß die Suggestion der Ententeschuld verfiel: Durch eine offene Fernsprechmitteilung des preußischen Kriegsministeriums an Henning, daß der Staatssekretär wegen offensichtlicher Provokation der Entente für den Nichtabbruch sei, war er über die endlichen Absichten der deutschen Regierung unterrichtet⁷³. Aus der deutschen Presse konnte er erfahren, daß die Mordtat in Deutschland nur als Episode angesehen wurde. Der »Vorwärts« vom 7. Juli bezeichnete Vergleiche mit der Ermordung des deutschen Botschafters in Peking, Freiherrn von Ketteler, die Anlaß zu einem deutschen Sühnefeldzug nach China gegeben hatte, oder mit dem gewaltsamen Tod des österreichischen Thronfolgerpaares als unzutreffend. Von Joffe in Berlin erhielt Lenin die Mitteilung, daß die Ermordung Mirbachs keine Demonstrationen gegen die Sowjetrepublik ausgelöst habe und die Vertreter der Industrie- und Finanzkreise wie auch die Mehrheit des Reichstages nach wie vor für friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland einträten⁷⁴. Lenin konnte beruhigt sein, daß Deutschland diesen »unvergleichlich günstigen Vorwand« zum Sturz der Bolschewisten – wie noch ein Jahr später Čičerin Mirbachs Ermordung bezeichnete⁷⁵ – nicht wahrnehmen würde.

Aber der Mord hatte doch Nachwirkungen, wenn auch nicht so schwerwiegende, wie Lenin anfangs befürchtete. Das AA in Berlin forderte von der Sowjetregierung zunächst nur das, was diese bereits mit anderen Worten zugesagt hatte: Bestrafung der »intellektuellen Urheber« des Verbrechens⁷⁶. Als es von dem öffentlichen Bekenntnis der Spiridonova, den Mord organisiert zu haben⁷⁷, erfuhr, verlangte es von der Sowjetregierung das Todesurteil gegen die Führer der LSR⁷⁸. Die

⁷² Pravda 1918 VII 7.

⁷³ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 6 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 131).

⁷⁴ Kobljakov 18.

⁷⁵ Čičerin, Zwei Jahre 19; Bunyan 128 (Rede vor dem 7. Sowjetkongreß 1919 XI 6).

⁷⁶ Bussche an Lersner, Berlin 1918 VII 7 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 152).

⁷⁷ S. Anm. 58.

⁷⁸ Telegrammentwurf Bussche an Riezler, Berlin 1918 VII 8 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 168). – Wilhelm II. schrieb an den Rand des Riezlerschen Telegramms aus Moskau neben die Namen der LSR: »Füsillieren oder baumeln.«

Forderung, die ihnen persönlich auf das engste verbundenen Parteiführer erschießen lassen zu müssen, brachte die Bolschewisten in eine Zwangslage. Die Partei der LSR hatte immerhin noch einen großen Anhang im Lande.

Die Spiridonova wurde zwar verhaftet, und Čičerin ließ zwar dem AA am 19. Juli mitteilen, daß bisher 200 LSR erschossen worden seien⁷⁹. In Deutschland wurde auch aus Kreisen der russischen Botschaft verbreitet, daß die Spiridonova, Kamkov und andere führende LSR hingerichtet worden seien. Die Nachricht, die, wie das AA bald erfuhr, falsch war, wurde auf Anraten Joffes in der deutschen Presse nicht dementiert⁸⁰, weil das AA kein Interesse daran hatte, die öffentliche Meinung gegen die Bolschewisten aufzubringen. Riezler rückte aber alle diese Nachrichten ins rechte Licht, als er mitteilte, daß über der Prozeßführung ein »dichter Schleier von Verlogenheit« liege und »größtenteils nur Theater gespielt« werde⁸¹.

Der Grund, warum das AA nicht nachdrücklicher als durch gelegentliche mahnende Noten auf der einmal gestellten Forderung bestand, war, daß es die gerade im Juli zu einem gewissen Abschluß gelangten Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Frieden von Brest-Litowsk nicht gefährden wollte⁸². Es hatte sogar versucht, aus der Ermordung Mirbachs für eine Beschleunigung der Verhandlungen Kapital zu schlagen. Joffe wurde darauf hingewiesen, daß es im Interesse der bolschewistischen Regierung selbst liege, wenn sie nunmehr in den Verhandlungen möglichst auf die deutschen Wünsche einginge⁸³.

Dasselbe Motiv der Rücksichtnahme auf die Berliner Verhandlungen gibt auch die Erklärung dafür, daß vom AA eine weitere Forderung, die es nach Mirbachs Ermordung an die Sowjetregierung gestellt hatte, wesentlich zurückgeschraubt wurde. Es ist bereits erwähnt worden, daß Riezler dem AA riet, die diplomatischen Beziehungen bis zur völligen Sühne des Mordes abubrechen. Damit war er nicht durchgedrungen. Er gab aber den Kampf noch nicht verloren, sondern führte für seinen Rat ein neues Argument ins Feld: die mangelnde Sicherheit der Gesandtschaft in dem unruhigen Moskau. »Falls nicht aus Gründen der Würde zeitweilig abgebrochen werden darf«, telegraphierte er am 11. Juli nach Berlin, »käme in Betracht, die Bolschewiki vor die Wahl zu stellen, eine deutsche von Oberost zu erbittende Gesandtschaftswache eines Bataillons zuzulassen oder zeit-

⁷⁹ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 19 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 217). – Čičerin hatte die Zahl der Erschossenen weit übertrieben. Nach dem Urteil der Čeka, das vom ZEK bestätigt worden war, wurden nur 13 Teilnehmer an dem Aufstand hingerichtet. (Gusev 212.)

⁸⁰ Helfferich III 469/70.

⁸¹ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 21 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 16). – Riezler meldete wiederholt, daß Aleksandrovič (s. Anm. 60), ein führender LSR und Mitglied der Čeka, nur deshalb erschossen worden sei, weil seine Aussagen für manche Bolschewiki kompromittierend gewesen wären. S. Riezler an AA, Moskau 1918 VII 14 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 74) und Riezler an AA, Moskau 1918 VII 21 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 16).

⁸² S. u. S. 282.

⁸³ Bussche an Lersner, Berlin 1918 VII 7 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 152).

weilig Rückreise der Mission, bis zunächst konkrete Garantien ihrer Sicherheit [gegeben sind], zu bewerkstelligen.«⁸⁴

Der Vorschlag, eine Gesandtschaftswache nach Moskau kommen zu lassen, gelangte natürlich auch durch den Militärattaché der OHL zur Kenntnis. Daraufhin telegraphierte Hindenburg persönlich ans AA, bei den Russen innerhalb 24 Stunden die Zulassung eines Bataillons zu beantragen. Im Falle der Weigerung müsse die Gesandtschaft sofort zurückgezogen werden. Es könnte ihr dann Smolensk oder »noch besser ein innerhalb unserer Demarkationslinie gelegener Ort« zugewiesen werden⁸⁵. Das AA ließ der Sowjetregierung die Forderung (aber in Form einer »Bitte um Zustimmung«) sogleich zukommen. Riezler sollte darauf hinweisen, die Wache könne im Fall eines Aufstands auch gerade für die Bolschewiki-Regierung von besonderer Bedeutung sein, und betonen, Deutschland verfolge mit der Wache keinerlei Okkupationsabsichten⁸⁶. Dieser Hinweis war seitens des AA sicherlich ehrlich gemeint, und man geht fehl, dahinter tieferliegende Absichten zu suchen. Der schon erwähnte Plan des AA, den Bolschewisten bei einem Sturz durch bewaffnetes Eingreifen wieder aufzuhelfen, läßt das ja deutlich erkennen. Riezler aber ging es mit seinem Vorschlag um die entgegengesetzte Absicht. Die Wache sollte die Gesandtschaft in den Stand setzen, »das Chaos zu überdauern und dann die Einsetzung einer mit uns paktierenden Regierung durch das Gewicht der bloßen Anwesenheit einer kampffähigen Wache zu beschleunigen«⁸⁷.

Noch in derselben Nacht überbrachte Riezler die deutsche »Anfrage« dem sowjetischen Außenkommissar. Lenin ließ am 15. Juli das Zentralexekutivkomitee zusammenerufen, vor dem er zum Verlangen der Deutschen Stellung nahm. Seine Rede⁸⁸ ist ein Musterbeispiel für die Meisterschaft, mit der er sich die Gegensätze innerhalb des »imperialistischen Lagers« in Deutschland, d. h. zwischen der »Kriegspartei« und der »bürgerlichen Partei« (um die kommunistische Ausdrucksweise zu gebrauchen; d. h. zwischen OHL und AA), zunutze machte. Mit großer Zuversicht, die er der bisherigen Reaktion der deutschen Regierung auf das Attentat entnahm, wies er das deutsche Ansinnen zurück. Auf die Rede Hertlings vom 10. Juli anspielend, in der dieser die Loyalität der russischen Regierung hervorgehoben hatte⁸⁹, stellte Lenin einen völligen Widerspruch zwischen dem der russischen Regierung vorgetragenen Verlangen und der Erklärung des Reichskanzlers fest, die unselige Ermordung des Grafen Mirbach werde nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen. Lenin wies weiter auf den Widerspruch der deutschen Forderung zu »den uns wohlbekannten

⁸⁴ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 11 (ebenda Bl. 238). – Zu der deutschen Forderung auf eine Gesandtschaftswache s. auch Brjunin (214 ff.), der Akten des DZA Potsdam benutzte.

⁸⁵ Lersner an AA (sehr dringend), Spa 1918 VII 14 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 59/60).

⁸⁶ Telegrammentwurf AA an Riezler, Berlin 1918 VII 14 (ebenda Bl. 61).

⁸⁷ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 14 (ebenda Bl. 42).

⁸⁸ Lenin, Werke XXVII 540 ff.

⁸⁹ S. Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 VII 11.

Wünschen führender Handels- und Industriekreise Deutschlands« hin, »enge, für beide Länder vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen herzustellen und zu entwickeln«, und – das mußte bei der deutschen Regierung am besten verfangen – auf den Widerspruch zu den »erfolgreich vorangehenden Verhandlungen«. So dann las Lenin eine Erklärung vor, die in dem Satz gipfelte: »Als uns aber das Verlangen der deutschen Regierung, das noch nicht den Charakter einer unbedingten Forderung trägt, mitgeteilt wurde, wir sollten ein Bataillon bewaffneter und uniformierter deutscher Soldaten nach Moskau hereinlassen, da antworteten wir⁹⁰ . . ., daß wir einem derartigen Verlangen in keinem Fall und unter keinen Umständen entsprechen können, denn objektiv wäre das der Beginn der Okkupation Rußlands durch fremde Truppen . . . Der Krieg würde für uns zu einer schicksalsschweren, aber unbedingten und unbestreitbaren Notwendigkeit werden.« Am übernächsten Tag stand diese Erklärung, unterzeichnet von Lenin und Sverdlov, in den *Izvestija*⁹¹.

Das AA hatte bereits vor Lenins Rede aus dem Munde des russischen Botschafters von dem niederschmetternden Eindruck erfahren⁹², den der deutsche Antrag auf die Sowjetregierung gemacht hatte. Joffe hatte zu verstehen gegeben, daß die Bolschewiki sich außerstande erklären würden, den Antrag zu bewilligen, selbst auf die Gefahr hin, die Verhandlungen abubrechen und erneut in den Kriegszustand zu treten. Damit hatte er wiederum die weichste Stelle der deutschen Position berührt. Er hatte weiter ausgeführt, die Bolschewiki würden dadurch von Deutschland in die »Reihe kleiner orientalischer Staaten gestellt und um alle Autorität gebracht«⁹³. Das war ein Hinweis auf die mögliche innerpolitische Wirkung, die den Deutschen keineswegs erwünscht sein konnte. Joffe hatte auch gleich auf einen Ausweg hingewiesen: Die Bolschewiki würden bereit sein, ihrerseits als Außenschutz für die Gesandtschaft eine Wache von ausgesuchten Soldaten bis zu 1000 Mann zu stellen und als Innenschutz notfalls 300 deutsche Soldaten ohne Uniform und mit Pistolen bewaffnet zuzulassen.

Das AA hatte die »Überzeugung« gewonnen, daß die russische Regierung die Entsendung des Bataillons nicht hinnehmen würde. Der OHL riet es, auf Joffes Vorschlag einzugehen, »da wir zweifellos einstweilen ein Interesse daran haben, [die] Bolschewiki zu halten, mindestens bis [zum] Abschluß [der] jetzigen Verhandlungen«⁹⁴. Ludendorff gab dem Druck des AA nach⁹⁵, und der russische

⁹⁰ Lenin meint die ablehnende Antwort Čičerins, die dieser in der vorangegangenen Nacht Riezler gegeben hatte.

⁹¹ *Izvestija* 1918 VII 17. S. auch die Erinnerungen des persönlichen Sekretärs Lenins, Bonč-Bruevič, über die Art, wie Lenin die deutsche Forderung aufnahm und seine Antwort darauf entwarf. (Bonč-Bruevič III 252 ff.)

⁹² Telegrammentwurf AA an Lersner, Berlin 1918 VII 7 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 88/9).

⁹³ Lenin hatte ganz ähnlich auf die Nachricht von der deutschen Forderung reagiert: »Da haben die linken Eseri, was sie wollen. Uns in eine Kolonie verwandeln! Nimmer!« (Bonč-Bruevič III 253.) S. auch Dokumenty 400/1, Note Čičerin an Riezler, Moskau 1918 VII 15.

⁹⁴ S. Anm. 92.

⁹⁵ Lersner an AA, Spa 1918 VII 23 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 60).

Vorschlag wurde schließlich die Lösung, die – wenn auch mangelhaft – durchgeführt wurde⁹⁶.

Lenin hatte durch die absichtliche Veröffentlichung seiner »tapferen Ablehnung«⁹⁷ aus der Angelegenheit eine Prestigefrage gemacht und sie in seinem Sinne entschieden. Für seine erschütterte Machtposition war dies ein willkommener Zuwachs an Autorität.

2. Die Helfferich-Mission

Die deutsche Regierung hatte die Ermordung des Grafen Mirbach nicht zum Anlaß genommen, ihre Ostpolitik zu überprüfen, geschweige denn sie von Grund auf zu ändern, wie es ihr von der Moskauer Gesandtschaft nahegelegt und von der bolschewistischen Regierung anfangs befürchtet worden war. Lenin konnte aus dem Verhalten Deutschlands entnehmen, daß man in Berlin an der Aufrecht-

⁹⁶ Am 30. 7. telegraphierte Schubert an die OHL: »Ich bitte gemäß Berliner Vorschlägen sofort zwei Kompanien zu 150 Köpfen ... ratenweise hierher in Marsch zu setzen... Anzug gleichmäßig, am besten Feldbluse ohne Achselstücke und Knöpfe, Feldmütze ohne Kokarden... Ich schlage vor, daß diese Truppen, wie bisher, dem Bevollmächtigten des KM unterstellt werden.« (PA, GrHQ, Ru 31 k.) – Bothmer schrieb am 5. 8. in sein Tagebuch: »Nach dem 6. 7. ... erfuhren wir die zaghafte Forderung, daß ein Bataillon nach Moskau gelassen werden möchte. Es war klar, daß die russische Regierung darauf nicht eingehen würde, da sie tatsächlich darüber gestürzt wäre. Das Gefühl hatte Berlin wohl auch, da die Sache nicht als Forderung oder wohl gar als Ultimatum eingekleidet war, sondern nur in das bescheidene Kleid einer Anfrage. Der Mittelweg – 300 Mann in Civil – war ja an sich für den Schutz, den wir überhaupt ermöglichen konnten, ausreichend. Es konnte ja nicht in Frage kommen, eine lange Belagerung auszuhalten, da das technisch und militärisch nicht möglich war. Es handelte sich mehr darum, einen von den Russen unabhängigen Wachtdienst zu haben und während der Kämpfe zweier Parteien in der Stadt oder bei einem Putschversuch gegen uns auf Stunden oder höchstens Tage uns zu verteidigen oder unsere bewaffnete Neutralität zu sichern... Im Falle einer ersten Gegenrevolution wäre aber zweifellos mit Notwendigkeit eine gewisse Verteidigung zu machen gewesen, da die SR doch wohl versucht hätten, den Schlag gegen die Regierung mit einem gegen uns zu verbinden... In Verbindung mit der Herabsetzung unserer Forderung auf 300 Mann hatten [wir] gefordert und zugesichert bekommen die Stellung einer Schutzwache von 1000 Mann aus der roten Armee nach Auswahl des Militärattachés... Diese rote Schutzwache kam nie über 50 Mann, wurde mehrfach verringert, sowie wieder ein Regiment gegen Tschecho-Slowaken oder sonstige Aufstände abgeschickt werden mußte. Vor allem wurde mehrfach unsere Forderung, daß die Wache lediglich den lettischen Regimentern zu entnehmen sei und in gewissem Turnus stets die gleichen Leute aufziehen müßten, nicht beachtet. Weniger aus Mangel an gutem Willen als aus Mangel an Truppen... Die Letten dagegen sind sehr viel besser, sind vor allem in geheimer Verbindung mit uns, über die ich hier nicht sprechen kann. – So spielten die deutschen Mannschaften auch eine Rolle von besonderer Wichtigkeit als Kontrolle der russischen Posten, die das ganze Haus umgaben. Losungsworte, Hochsitze, Mauerdurchbruch zum Soldatenheim, kurz allerhand Vorsichtsmaßnahmen.« (Bothmer, Tagebuch IV Bl. 13/4.)

⁹⁷ So Riezler an AA, Moskau 1918 VII 16 (PA, D 131 Bd. 43. Bl. 125).

erhaltung seines Regimes weiterhin Interesse hatte. Diese Vermutung fand er durch die Entsendung eines neuen deutschen Gesandten nach Moskau bestätigt.

Die Initiative zur Besetzung des Moskauer Gesandtenpostens ging merkwürdigerweise vom preußischen Kriegsministerium aus. Am 14. Juli sandte Freiherr von Stein ein Telegramm¹ an den in Spa weilenden Reichskanzler, in dem er auf die sich zuspitzende Lage in Rußland hinwies: »Es können von Stunde zu Stunde Entscheidungen notwendig werden, die für die Weiterführung des Krieges und das Schicksal Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung sein können.« Das Deutsche Reich müsse deshalb in Rußland durch eine »ganz hervorragende Kraft« vertreten sein, um in der Lage zu sein, »diesen zur Zeit wohl für Deutschland wichtigsten Posten« auszufüllen. Hindenburg schloß sich dem Standpunkt des Kriegsministers an, und Hertling konnte noch am selben Tage dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß sich der Kaiser mit der Ernennung Karl Helfferichs zum Gesandten in Moskau einverstanden erklärt habe². Der Staatssekretär des Auswärtigen, Hintze, gab dazu am 20. Juli nach seiner Rückkehr aus Christiania – wo er sein Abberufungsschreiben überreicht hatte – seine Zustimmung.

Nach seiner eigenen Darstellung³, die neben den Akten des AA die wichtigste Quelle für seine Moskauer Mission ist, hat sich Helfferich dem Reichskanzler selbst als Nachfolger für den Grafen Mirbach zur Verfügung gestellt⁴. Es ist in der Geschichte der Diplomatie wohl ein seltener Fall, daß sich ein Staatsbeamter im Range Helfferichs – er leitete damals ein während der Kanzlerkrise vom November 1917 neu geschaffenes Reichsamt, ein Spezialbüro zur Vorbereitung von Friedensfragen⁵; vorher war er Vizekanzler gewesen – für einen diplomatischen Posten anbietet und von den maßgebenden Stellen sogleich akzeptiert wird. Besonders bemerkenswert an Helfferichs Ernennung ist überdies, daß er kein Diplomat von Fach war. Aus alledem lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. Das Drängen des preußischen Kriegsministers, den Moskauer Posten nicht vakant zu lassen, sowie Hindenburgs und Hertlings Identifizierung mit diesem Standpunkt deuten darauf hin, daß man auf deutscher Seite den Verhältnissen im Osten entscheidende Bedeutung beimaß. Eine einheitliche Gestaltung der deutschen Ostpolitik, die daran krankte, daß Deutschland in Großrußland mit den Bolschewisten zusammenarbeitete, während es in Nord- (Finnland) und Südrußland (Ukraine, Dongebiet) die Bolschewisten bekämpfte, war gerade im Sommer 1918 eine gebieterische Notwendigkeit, seitdem der wenig günstige Verlauf der militärischen Operationen im Westen die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg schwinden ließ und der Brester Vertrag besonders auf wirtschaftlichem Gebiet noch nicht die erwarteten Auswirkungen erbracht hatte. Das Angebot Helfferichs, nach Moskau

¹ Rk an AA, Spa 1918 VII 14 (PA, GrHQ, Ru 31 k).

² S. Anm. 1.

³ Helfferich III 442 ff. – An Hand der Akten läßt sich nachweisen, daß Helfferichs Darstellung zuverlässig ist.

⁴ Helfferich III 448/9; Hertling 147.

⁵ Helfferich III 222, 225, 252 ff.

zu gehen, entsprang denn auch, wie er selbst bekundet, seinem Bedürfnis, für eine einheitliche Linie in der Ostpolitik zu wirken und sich für eine Deutschland »nach Osten hin Luft und Rückendeckung schaffende Politik« einzusetzen⁶. Daß der Kaiser sich mit der Person Helfferichs einverstanden erklärte, läßt erkennen, daß er den exponierten Moskauer Posten keinem Diplomaten »alten Stils«, sondern einer kämpferischen und entschlußfreudigen Persönlichkeit vom Format Helfferichs anvertrauen wollte.

Diese Überlegungen lassen indes nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß Helfferich mit einer bestimmten Absicht über das Zusammenwirken oder Nichtzusammenwirken mit den Bolschewisten nach Moskau ging, wie es in den jüngsten Darstellungen über die deutsch-russischen Beziehungen zwischen Brest-Litowsk und Compiègne von sowjetrussischer Seite behauptet wird⁷. Helfferich ging *nicht* nach Moskau, um »einen Trennungsstrich zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu ziehen«; zum »offenen und entschiedenen Feind Sowjetrußlands« wurde er erst in Moskau, nachdem er sich durch eigenen Augenschein Klarheit über die Lage der Bolschewisten verschafft hatte. Für diese Behauptung gibt es zwei Beweise. Der erste und wesentliche ist Helfferichs eigene Darstellung⁸, die, soweit aktenmäßig nachprüfbar, richtig ist. Sie wird unterstützt durch folgende Erwägung: Wäre Helfferich mit der Absicht, einen antibolschewistischen Kurs zu steuern, nach Moskau gegangen, hätte der Staatssekretär des Auswärtigen schwerlich die Zustimmung zu seiner Mission gegeben. Hintze hatte sich in seiner ersten Besprechung über die Ostpolitik im Großen Hauptquartier Mitte Juli mit dem Generalquartiermeister darin geeinigt, grundsätzlich zu vermeiden, die Bolschewiki-Regierung zu erschüttern⁹. Allerdings – und das muß einschränkend für die obige Feststellung gesagt werden – hatte Hintze anfangs an Mutius – der seinerzeit mit ihm an der Petersburger Botschaft tätig gewesen war – als Nachfolger Mirbachs gedacht und diese Absicht erst aufgegeben, als er erfuhr, daß Kaiser, Reichskanzler und OHL sich für die Entsendung Helfferichs nach Moskau entschieden hatten¹⁰. Vielleicht hat Hintze den späteren Konflikt mit Helfferich geahnt¹¹. Er wünschte aber doch, daß der neue Gesandte seine Abreise

⁶ Ebenda 448. – Nach einem Bericht Lerchenfelds an den bayrischen König (Berlin 1918 VIII 16. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 159) soll Helfferich gehofft haben, »auf dem Wege über Moskau die Erfüllung seines Wunsches, Botschafter zu werden – es heißt, daß er den Posten in Constantinopel anstrebe – leichter erreichen zu können«.

⁷ Achtanzjan 148/9; Brjunin 220.

⁸ Helfferich III 446 ff.

⁹ Hintze an AA, Christiania 1918 VII 16 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 135/6).

¹⁰ Telegrammentwurf AA an Rk, Berlin 1918 VII 18 (PA, D 135 Nr. 4 secr. Bd. 1). Dazu s. den in Anm. 6 zitierten Bericht Lerchenfelds.

¹¹ Am 17. Juli trug Unterstaatssekretär von dem Bussche dem Reichskanzler Bedenken gegen die Wahl Helfferichs vor mit der Begründung (oder dem Vorwand?), »daß wir dann keinen erstklassigen Unterhändler für die Verhandlungen mit Djavid [Djavid Bey, dem türkischen Finanzminister, der Ende Juli zu wirtschaftlichen Verhandlungen nach Berlin kommen sollte] haben. Auch die anderen wichtigen Arbeiten Helfferichs würden unter seinem Weggang leiden. Helfferich selbst, mit dem ich eben sprach, teilt diese Bedenken nicht.« (Bussche an

nach Moskau beschleunige, damit er so bald wie möglich an Ort und Stelle sich ein Urteil bilden könne¹².

Helfferich reiste am 26. Juli von Berlin nach Moskau ab. Die Sowjetregierung begrüßte in der Presse seine Ernennung zum Gesandten als Zeichen dafür, daß Deutschland seine Hauptaufgabe Rußland gegenüber in der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen erblicke und der Sowjetrepublik bei den Kämpfen, die sie nach innen wie nach außen zu führen habe, den Rücken freihalten werde¹³. In bolschewistischen Kreisen scheint man weder im August 1918 noch später von dem vollen Ausmaß der gleich nach Helfferichs Ankunft beginnenden Auseinandersetzung zwischen der Gesandtschaft und dem deutschen AA erfahren zu haben. Denn noch zwei Jahre später schrieb Čičerin in einem Rückblick über die Außenpolitik Sowjetrußlands, die Mission Helfferichs sei gekennzeichnet gewesen »durch das offensichtliche Streben Deutschlands nach Festigung der wirtschaftlichen Annäherung an Sowjetrußland, d. h. gerade jene Politik, die die Räteregierung verfolgte und die vom Genossen A. Joffe in Berlin verwirklicht wurde«¹⁴.

Rk, Berlin 1918 VII 17. PA, D 135 secr. Nr. 4 Bd. 1.) – Auch in sozialdemokratischen Kreisen sah man der Entsendung Helfferichs mit Skepsis entgegen. In einem Brief des Reichstagsabgeordneten Südekum an von Bergen heißt es: »Ich fürchte, daß er [Helfferich], im Sinne Bernhards etwa, dem Gedanken an einen Wiederezusammenschluß der russischen Gebiete zu einem neuen Großrußland die Wege bahnen helfen will, also unsere ukrainische Arbeit vernichtet. . . Helfferich war ein vermutlich übles Vorzeichen.« (Bad Dürkheim 1918 VII 26. PA, Ukr 1 Bd. 19.)

¹² Helfferich III 460.

¹³ Paquet 79; Bothmer, Mirbach 111.

¹⁴ Čičerin, Zwei Jahre 20. S. auch Bunyan 128/9 (Čičerin vor dem 7. Sowjetkongreß 1919 XI 6). – Der österreichische Generalkonsul in Moskau, de Pottere, meldete am 19. August seiner Regierung: Radek habe in einer Unterredung mit ihm die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland den Weg nach Moskau zurückfinden werde; sonst fehle eben einer der Kompaziszenten des Brest-Litowsker Vertrages, dessen Bestimmungen dann unausgeführt bleiben würden. (de Pottere an Burian, Moskau 1918 VIII 19. HHStA, PA rot I 1076 Bl. 468.) Vgl. auch Paquet 79.

Daß die Sowjetregierung oder zumindest die Berliner Botschaft Andeutungen über den Konflikt Hintze–Helfferich erhielt, beweisen sowohl ein von Kobljakov zitierter Aktenauszug aus dem sowjetrussischen Archiv für Außenpolitik als auch eine Stelle in den deutschen Akten. Am 22. August schrieb Joffe in einem Brief: »Helfferich kam hierher in der festen Überzeugung, daß der Bolschewismus jeden Tag zusammenbrechen könne, und mit dem Plan, andere zu überzeugen, sich nicht mit dem Bolschewismus zu liieren, sondern sich mit anderen Elementen, mit denen man zusammenarbeiten könne, einzulassen.« (Kobljakov 20.) In einer Aufzeichnung in den deutschen Akten vom 19. August heißt es: »Ferner entledigte ich [»ich« ist ein nicht näher identifizierbarer Herr G.] mich des Auftrags und teilte ihm [Vorovskij] mit, daß Helfferich auf Bewirken des Staatssekretärs Hintze nicht wieder auf den Gesandtschaftsposten zurückkehren werde. Helfferich habe erklärt, die Bolschewiki ständen unmittelbar vor dem Zusammenbruch.« (Aufzeichnung Erzberger an Nadolny, Berlin 1918 VIII 23. PA, D 131 Bd. 46 Bl. 183.) Joffe schrieb seinen Brief sicherlich auf Grund der Vorovskij gemachten Mitteilungen.

Noch am Abend seiner Ankunft (28. Juli) hatte Helfferich Gelegenheit, seine wichtigsten Mitarbeiter kennenzulernen, sich von ihnen über den Stand der Geschäfte unterrichten zu lassen und ihre Ansichten über die Lage zu hören. Alle, Militär und Zivil, gaben dasselbe Urteil ab: Die Bolschewiki-Regierung sei von innen und außen schwer bedroht. Es fehle ihr an gutem Willen, aufrichtig mit Deutschland zusammenzugehen. Sie wolle zwar in der ernstesten Lage, in der sie sich befinde, einen Bruch mit Deutschland vermeiden, ja nach Möglichkeit sich seine moralische und materielle Unterstützung sichern, jedoch vereitele sie durch den zähesten Widerstand jede Deutschland zugute kommende Maßnahme unter dem Anschein und dem Versprechen des Entgegenkommens. Das Bestreben des AA, mit der Bolschewiki-Regierung zusammenzuarbeiten und mit ihr die Ergänzungsverträge abzuschließen, peitsche das ganze nichtbolschewistische Rußland gegen Deutschland auf. Schließlich sei die deutsche Vertretung in Moskau trotz verstärkter Bewachung nach wie vor ernstlich bedroht¹⁵.

Das Bild, das sich Helfferich in den folgenden Tagen von der äußeren und inneren Lage Sowjetrußlands verschaffte, stimmte mit der Beurteilung seiner Mitarbeiter durchaus überein. Sowjetrußland glich im Sommer 1918, wie es damals Lenin ausdrückte¹⁶, einer belagerten Festung. Die Monate Juli und August waren die Brandmonate der bolschewistischen Herrschaft. Während im Inneren zahlreiche Putsche ausbrachen, rückten die Ententetruppen gleichzeitig von Norden über Murmansk und Archangel'sk vor, die Kosakengenerale Alekseew (Kuban'-Gebiet) und Krasnov (Dongebiet) vom Süden, die Türken vom Südosten (Kaukasus) und die Tschecho-Slowaken vom Osten (Ural). Am 20. Juli forderte Lenin von Petersburg Verstärkung für die Ostfront. »Sonst *ist es aus mit uns*, denn die Situation mit den Tschecho-Slowaken ist **äußerst schlimm**. . . Das ist keine Übertreibung, sondern eine genaue Einschätzung.«¹⁷

Am 29. Juli stellte Lenin in einer öffentlichen Rede als wichtigsten Tatbestand der außenpolitischen Lage heraus, »daß jetzt die imperialistischen Kräfte einer anderen Koalition am Werke sind, nicht der deutschen, sondern der englisch-französischen Koalition, die einen Teil unseres Territoriums besetzt hat«¹⁸. In der Sitzung wurde eine Resolution angenommen, die »das sozialistische Vaterland in Gefahr« erklärte. Alle Arbeiten sollten der Hauptaufgabe des Augenblicks, der militärischen Verteidigung der Sowjetrepublik, untergeordnet werden¹⁹. Die Bolschewiki-Regierung hatte das Vaterland schon einmal in Gefahr erklärt. Das war am Tag des Beginns der deutschen Offensive im Februar.

Am gleichen Tag schlug Lenin in einer Geheimsitzung im Kreml einem engeren Ausschuß der bolschewistischen Führer vor²⁰, das Spiel pro tempore verloren zu

¹⁵ Helfferich III 462.

¹⁶ Lenin, Werke XXVIII 62.

¹⁷ Lenin, Werke XXVII 546.

¹⁸ Lenin, Werke XXVIII 9.

¹⁹ Text der Resolution in Pjatyj sozyv VCIK 8/9.

²⁰ Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 4 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 10).

geben und Moskau zu verlassen. Trockij widersprach und befürwortete im äußersten Fall Anschluß an die Entente²¹. Während der Sitzung erschien Čičerin und erklärte, aus einer Besprechung mit Helfferich zu kommen – tatsächlich hatte ihm Helfferich an diesem Tag seinen ersten und einzigen Besuch gemacht – und von ihm beruhigende Mitteilungen, ja Versicherungen erhalten zu haben, die auf eine Stützung durch Deutschland hindeuteten²².

Aus dieser verzweifelten Lage, in der sich die Bolschewisten befanden, und aus ihrer unterschiedlichen Einschätzung des »imperialistischen« Lagers erklärt sich das Gesuch der Sowjetregierung um bewaffnete Intervention Deutschlands, das Čičerin am Abend des 1. August Helfferich übermittelte²³. Für den deutschen Gesandten war dieser Hilferuf der schlagende Beweis, daß »die Herrschaft der Bolschewiki ... vor dem Zusammenbruch« stand. Mit diesen Worten faßte er seine bisherigen Wahrnehmungen und Eindrücke zusammen, die er dem AA am 1. August in einem ausführlichen Telegramm mitteilte²⁴. Es bedürfe nur des

²¹ Wilhelm II. schrieb an den Rand des ihm am 6. August zugesandten Telegramms (AA an Grünau. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15): »Na also, wundert mich gar nicht bei der Doppelzüngigkeit und Falschheit. – Doppelzüngig, wie sie ist, wird sie doch oder Teile von ihr versuchen, mit Entente auf unsere Kosten sich zu verständigen und daher Fühlung mit ihr nehmen. Daher müssen wir uns davor schützen und auch unsererseits mit den Gegnern der Räte-regierung Fühlung nehmen, damit wir nicht durch plötzliches fait accompli in Zwangslage geraten. Die Unzuverlässigkeit der Bolschewiki ist sehr groß! Ich glaube bestimmt, daß ihr Grund und Hintergedanke immer ist, bei uns und in Europa Revolution hervorzurufen!«

²² Das muß sich auf die in Helfferichs Weltkriegsbuch (463) abgegebene Versicherung über den türkischen Vormarsch auf Baku beziehen, daß die deutsche Regierung »von den mit ihrem Bundesverhältnis zur Türkei verträglichen Mitteln Gebrauch machen« werde, um die Türken zur Zurückhaltung zu veranlassen. – In den Akten des AA ist eine etwas andere Version über die Geheimsitzung vom Vertreter Bulgariens bei der Regierung in Moskau, Čprašikov, erhalten. Am 14. August war Čprašikov in Berlin und hatte eine Unterredung mit Rosenberg. In einer Aufzeichnung vom gleichen Tage (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 315/6) heißt es dazu: Lenin habe Anfang August in einem engeren Ausschuß der bolschewistischen Führer angeregt, das Spiel verlorenzugeben und von der Bühne abzutreten. Trockij habe dagegen votiert und sei schließlich durchgedrungen. Die Bolschewiki würden, wenn sie endgültig ihre letzte Stunde nahen fühlten, Moskau oder doch den Kreml in die Luft sprengen. Alle Vorbereitungen seien bereits getroffen, der Kreml selbst sei unterminiert. – Über Maßnahmen zur privaten Sicherheit der bolschewistischen Führer geben die deutschen Akten ebenfalls einigen Aufschluß. Am 1. August wurde dem AA von einem Agenten (der vom russischen Vizekonsul Voronov in Berlin vertrauliche Informationen über die Tätigkeit der russischen Botschaft erhielt) mitgeteilt, daß die Bolschewiki-Regierung über ihre Berliner Botschaft durch einen am selben Abend abgehenden Kurier beträchtliche Geldsummen (die Höhe wird nicht genannt) zur Überführung an Schweizer Banken absende. (Brief Polly an Bussche [streng vertraulich], Berlin 1918 VIII 1. PA, D 127 Nr. 5 Bd. 5.) Hauschild meldete am 14. August dem AA, daß mehrfach Regierungsbeamte sich oder ihre Familien, meistens durch besondere Aufträge in Nachbarländer, in Sicherheit brächten. Als Beispiel nannte er ein dringliches Gesuch Karachans, der für seine Mutter und sein angeblich krankes Kind einen »Diplomaten-Paß« zur Reise in die Schweiz beantragt habe. (Hauschild an AA, Moskau 1918 VIII 14. PA, D 131 Bd. 45 Bl. 268.)

²³ Darüber ausführlich o. S. 108 ff.

²⁴ Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 1 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 35/8).

Anstoßes, heißt es darin, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Die stärkste Stütze der Bolschewiki sei im Augenblick der allgemein obwaltende Eindruck, daß Deutschland sie halte²⁵. Ein weiteres abwartendes Verhalten deutscherseits sei aber nicht mehr möglich. Damit würde nur erreicht, daß Deutschland in den Sturz der Bolschewiki hineingezogen werde. Seiner Ansicht nach bestünde kaum noch eine Möglichkeit, den Übergang von einer abwartenden Politik zu einem aktiven Eingreifen von dem Zustandekommen der in Berlin verhandelten Verträge abhängig zu machen²⁶. Er verkenne nicht, daß die Verträge keinerlei Aussicht hätten, von irgendeinem auf die Bolschewiki folgenden Regime abgeschlossen zu werden. Er bezweifle jedoch, daß die Bolschewiki die Verträge überhaupt ernstlich wollten. Selbst ihre bona fides vorausgesetzt, sei es fragwürdig, ob sie noch stark genug wären, mit der Durchführung der Verträge auch nur einen Anfang zu machen.

Helfferrich zog daraus die ihm logisch erscheinende Schlußfolgerung: Wenn Deutschland seine künftige Position in Rußland sichern wolle, müsse jetzt ernstlich die Verständigung mit den verschiedenen antibolschewistischen Gruppen betrieben werden. Als solche kämen in Betracht: das Rechte Zentrum, die Letten-Regimenter, die Provisorische Sibirische Regierung und der Kosakengeneral Krasnov. Es müsse dafür gesorgt werden, daß alle diese bei Deutschland Rückhalt suchenden Machtfaktoren gleichzeitig mit einem einheitlichen Ziel in Aktion gesetzt würden. Die Wünsche und Bedingungen, die Deutschland von seiten der zu gewinnenden Gruppen zu gewärtigen habe, ließen sich zwar im einzelnen nicht genau feststellen, in Betracht kämen aber: demonstratives Abrücken von den Bolschewiki, Modifikation des Brester Friedens und effektive militärische Unterstützung.

Unter demonstrativem Abrücken verstand Helfferrich die Verlegung der deutschen diplomatischen Mission von Moskau an einen anderen Ort, am besten nach Petersburg. Ein Schaden für die Geschäfte würde aus einem solchen Schritt kaum entstehen, denn ein praktisches Arbeiten sei für die Mission und die ihr angegliederten Stellen kaum noch möglich. Von Petersburg aus sei die Verbindung mit den Sibiriern leichter, die Verbindung mit dem Rechten Zentrum und den Letten jedenfalls nicht schwerer als von Moskau aus zu unterhalten. Was die Revision des Brester Vertrages angehe, so sah Helfferrich als Mindestvoraussetzung für eine künftige Politik guten und wirtschaftlich fruchtbaren Verhältnisses zu Rußland den Wiederezusammenschluß der Ukraine mit Rußland an. Die dritte Bedingung, erklärte Helfferrich, könne allenfalls durch die unter allen Umständen erforderliche Zusage der »Amnestie« für die Letten und durch eine militärische Demonstration gegen Petersburg ersetzt werden.

Auf Grund der geschilderten Sachlage bat Helfferrich das AA um Ermächtigung, i. mit den Letten, Sibiriern, dem Rechten Zentrum und »anderen, die

²⁵ »Dass wir nichts gegen sie thun«, bemerkte Hintze, dieser Feststellung eine etwas andere Nuance gebend, am Rand des Telegramms.

²⁶ Hintze: »War nie die Absicht.«

Wiederherstellung der Ordnung erstrebenden Gruppen« Verhandlungen wegen eines Zusammenwirkens führen und 2. zu dem ihm richtig erscheinenden Zeitpunkt der russischen Regierung die Verlegung der Mission nach Petersburg oder einen anderen nahe der Grenze gelegenen Ort ankündigen zu dürfen²⁷.

Helfferich stellte sich in diesem Telegramm auf denselben Standpunkt, den bereits fünf Wochen vorher Mirbach dem AA gegenüber eingenommen hatte²⁸. Die Lage der Bolschewisten war schon von Mirbach als hoffnungslos dargestellt worden. Die Schlußfolgerungen, die beide Diplomaten daraus zogen, waren dieselben, nur wurden sie jetzt von Helfferich mit stärkerer Emphase vorgetragen. Der einzige sachlich neue Gesichtspunkt war, daß Helfferich den Kreis der antibolschewistischen Gruppen größer zog. Als zusätzliche Machtfaktoren bei einem Sturz der Bolschewisten erschienen nun die Letten-Regimenter und der Kosakengeneral Krasnov²⁹.

Die Letten-Regimenter waren der einzige intakte Truppenkörper, der aus der alten Armee in die Rote Armee übernommen worden war³⁰. Sie zählten etwa 25 000 Mann³¹ und waren, »als Korsettstangen zwischen Haufen Roter Armee eingespannt«³², über das ganze Land verstreut³³. Bei der Niederschlagung sozialrevolutionärer Putsche, die nach der Ermordung Mirbachs ausbrachen, waren sie der entscheidende Faktor. In jenen Tagen versuchten einige Letten-Führer Beziehungen mit der deutschen Gesandtschaft herzustellen. Ihr Vorgehen zeigt, daß selbst diese Leibgarde der Sowjetmacht nicht mehr recht dem Bestand der Bolschewiki-Herrschaft traute³⁴. Ihr Hauptwunsch gegenüber den Deutschen war Amnestie, worunter sie die Garantie einer freien Rückkehr in ihre Heimat verstanden. Am 10. Juli bat Riezler das AA um Genehmigung, den Letten Amnestie zu versprechen³⁵. In Übereinstimmung mit dem Kriegsministerium und dem Vertreter der OHL in Berlin wurde sie ihm vom AA erteilt³⁶. Als Ludendorff aber von dem Amnestieversprechen erfuhr, weigerte er sich entschieden zuzustimmen. Er forderte das AA auf, es wieder unwirksam zu machen: »Die Lettenregimenter bestehen aus den übelsten Elementen, deren Rückkehr nach dem Baltenlande unmöglich zugestanden werden darf, solange der bolschewistische Gedanke über-

²⁷ Vgl. Helfferich III 479.

²⁸ S. o. S. 221/2.

²⁹ S. o. S. 139 ff.

³⁰ Über ihre Geschichte vgl. Grimm 48/9.

³¹ Nach Angaben der deutschen Gesandtschaft: Riezler an AA, Moskau 1918 VII 11 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 17).

³² Denkschrift Schubert für Hintze, Berlin 1918 VIII 24 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 201/3).

³³ Zur Standortverteilung der Lettenregimenter im Sommer 1918 s. die Erinnerungen ihres Führers Vacetis bei Krastyn' 59/60.

³⁴ Vgl. Bothmer, Mirbach 94.

³⁵ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 10 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 203).

³⁶ Notiz am Rand des Telegramms Riezlers (s. Anm. 35).

haupt noch lebt.«³⁷ Das AA führte in seiner Erwiderung die Sicherheit der Gesandtschaft ins Feld – der Lettenführer Vacetis hatte als Gegenleistung den Schutz der Gesandtschaft und der Deutschen und verschärften Kampf gegen die Tschecho-Slowaken zugesagt³⁸ – und setzte es durch, daß die abgegebene Erklärung nicht zurückgenommen wurde. Auch der Militärattaché Schubert hatte in diesem Sinne auf die OHL eingewirkt. »Es ist kein Zweifel«, meldete er am 30. Juli, »daß die Letten das Zünglein an der Waage bilden werden. Wir können sie gewinnen, denn wir haben den höchsten Trumpf in der Hand, die Rückkehr in die Heimat. . . . Tun wir es nicht und lassen wir auch nicht die Ukraine- und Dontruppen marschieren, so wird voraussichtlich ein deutschfeindliches Regime ans Ruder kommen.«³⁹

Das AA erteilte Helfferich jedoch nicht die Ermächtigung zu den im Telegramm vom 1. August empfohlenen weitergehenden Verhandlungen mit den Letten und anderen Gruppen; es machte vielmehr das rasche Zustandekommen der Ergänzungsverträge zum Angelpunkt seiner Politik. »Wir müssen an Brest-Litowsk festhalten«, stellte Hintze lapidar fest⁴⁰, »da jede neue Regierung über kurz oder lang [den] status quo ante Brest-Litowsk fordern würde.« Die Bolschewisten waren für ihn – so hatte er sich einmal Ludendorff gegenüber geäußert, der dem AA vorwarf, es vernachlässige die rechtzeitige Fühlung mit »anderen Freunden« in Rußland⁴¹ – die Machthaber in Moskau, »die, ohne es zu wollen, die Paralyse Rußlands aufrechterhalten und uns militärische Machtentfaltung größer als augenblicklich dort ersparen«⁴². Die Fühlungnahme mit anderen Parteien habe die Notwendigkeit ergeben, beträchtliche militärische Mittel einzusetzen. Als Gegenleistung hätten die anderen Parteien »schleierhafte Versprechen« geboten, »dagegen die Bolschewiki einen vorteilhaften Vertrag«. Hintze kam es also auf die Realisierung des Brester Friedens und die Fortsetzung der militärischen Paralyse Rußlands an.

Von Moskau aus setzte in den folgenden Tagen ein »Sturm von Notschreien«⁴³ ein. Zwei von ihnen beleuchten mit besonders eindringlicher Schärfe den Gegensatz der Anschauungen, der sich nunmehr unüberbrückbar zwischen Moskauer Gesandtschaft und AA auftat. Helfferich wiederholte in einem Telegramm vom 3. seine am 1. August gestellten Forderungen⁴⁴. Er trug jetzt nach, daß eine »un-

³⁷ Ludendorff an Hintze, Spa 1918 VII 13 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 29/30).

³⁸ Riezler an AA, Moskau 1918 VII 14 (ebenda Bl. 39).

³⁹ Helfferich an AA, Moskau 1918 VII 30 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 4).

⁴⁰ Telegrammentwurf Hintze an Helfferich, Berlin 1918 VIII 2 (ebenda Bl. 47/8).

⁴¹ Ludendorff an Hintze, Spa 1918 VII 21 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 2).

⁴² Hintze an Ludendorff, Berlin 1918 VII 21 (ebenda Bl. 4).

⁴³ So Hintze in einer Notiz für Bussche, 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 61).

⁴⁴ Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 3 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 87). Zitiert wird nach einem Telegramm Hintzes an Grünau vom 4. August, in dem das Telegramm Helfferichs vom 3. 8., Hintzes Antwort darauf und Randvermerke Wilhelms II. enthalten sind (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 36/7).

bedingte Gewähr« für den Erfolg eines deutschen Eingreifens nicht bestünde. »Dagegen ist, falls wir [unser] bisheriges Verhalten gegen [die] Bolschewiki nicht ändern, [der] Zusammenbruch unserer Ostpolitik cum infamia m. E. absolut sicher⁴⁵. Das Zustandekommen der Berliner Verträge, die wir mit einem offenkundigen Bankerotteur abschließen, wird uns nicht das mindeste dagegen helfen⁴⁶. Bei der Fortsetzung der dort befohlenen Politik werden unter jedem neuen Regime diese Verträge mitsamt dem Brester Frieden Makulatur werden.« Er werde alsbald mit der Abschiebung des entbehrlichen Personals der Mission beginnen. Eine Abreise seinerseits mit dem engeren Personal würde, auch wenn mit Sicherheitsgründen motiviert, als Abrücken von den Bolschewiki verstanden. Er werde deshalb Moskau aus Gründen persönlicher Sicherheit *nicht* verlassen. Er hätte, wenn solche Gründe ausschlaggebend wären, die Abreise bereits vor zwei Tagen angetreten⁴⁷.

Die Frage, wie die Sicherheit der Gesandtschaft am besten zu gewährleisten sei, war schon vier Wochen vorher vom AA im Zusammenhang mit den Moskauer Unruhen nach Mirbachs Ermordung geregelt worden. Am 10. Juli hatte Riezler zum erstenmal Ermächtigung erhalten, bei persönlicher Gefahr für die Missionsmitglieder Moskau zu verlassen⁴⁸. Helfferich hatte sich vor seiner Abreise nach Moskau mit dem Staatssekretär über die eventuelle Verlegung der Mission dahingehend abgesprochen, daß die Entscheidung darüber ganz in seiner Hand liegen würde⁴⁹. Während damals aber die Angelegenheit nur vom Standpunkt der persönlichen Sicherheit des Missionspersonals betrachtet worden war, trat nunmehr der politische Zweck eines solchen Schrittes – der den Anträgen der Moskauer Gesandtschaft immer zugrunde gelegen hatte, in Berlin aber geflissentlich überhört worden war – in den Vordergrund. Hintze ging jedoch in seiner Antwort an Helfferich über die einmal erteilte Weisung nicht hinaus⁵⁰.

Allein vom Gesichtspunkt der persönlichen Sicherheit betrachtet, schwebten die Gesandtschaftsmitglieder in den ersten Augusttagen tatsächlich in erheblicher

⁴⁵ Wilhelm II.: »Habe ich seit langem befürchtet und mehrfach erfolglos gewarnt vor der entsetzlichen Passivität.«

⁴⁶ Wilhelm II.: »Richtig«.

⁴⁷ Wilhelm II.: »Also wenn nichts anderes als *Abrücken* möglich mehr ist, *muß* er abreisen, um das zu *dokumentieren*.«

⁴⁸ Telegrammentwurf AA an Riezler, Berlin 1918 VII 10 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 201).

⁴⁹ Helfferich III 460.

⁵⁰ S. Anm. 44. – Wilhelm II. am Rand der Weisung: »*Er muß fort!*« – Bothmer notierte sich am 14. 8. rückblickend in sein Tagebuch: »In dieser Anweisung liegt eine unglaubliche Verständnislosigkeit und eine Feigheit, denn man schiebt die Entscheidung auf andere ab, macht dann durch die Ausdrucksweise ein rein sachliches Handeln unmöglich. Denn wir hatten immer nach Berlin hin betont, daß wir nicht wegen persönlicher Gefahr fort wollten, sondern weil der Zustand für das Deutsche Reich unwürdig sei und das Abrücken außerdem politisch erforderlich. Darauf ging man überhaupt nicht ein, drehte den Spieß um und sagte sozusagen: ›Ihr dürft fort gehen, wenn Ihr Euch in Gefahr fühlt!‹ . . . In Berlin kapierte man auch nicht, daß ein Abreisen so gut wie ausgeschlossen war, wenn erst akute Gefahr vorlag, da dann die

Gefahr. Die Luft in Moskau war attentatsgeladen wie nie⁵¹. Am 29. Juli, dem Tag nach Helfferichs Ankunft in Moskau, beschloß das Zentralkomitee der LSR in öffentlicher Versammlung eine Resolution, in der die Ermordung des Grafen Mirbach erneut gebilligt und zur Nachahmung aufgefordert wurde⁵². Am 30. Juli wurde in Kiev Generalfeldmarschall von Eichhorn ermordet⁵³. Der Mörder gab an, vom Moskauer Komitee der LSR zu der Tat bestimmt worden zu sein. In den folgenden Tagen verdichteten sich die Nachrichten über Attentatspläne gegen die deutsche Gesandtschaft. Für den 3. bis 6. August wurde der Mission aus der gleichen Quelle, die schon Mirbachs Ermordung richtig mit Datum vorausgesagt hatte, ein Unternehmen angekündigt. In den genannten Tagen sollte ein Luftangriff mit Bombenabwurf erfolgen. Es wurden daher auf den Dächern um das Palais Berg, dem Gesandtschaftsgebäude in der Deneznyj Pereulok, russische Soldaten mit MG postiert⁵⁴. Die Sowjetregierung war selbstverständlich um die Sicherheit des deutschen Gesandten äußerst besorgt⁵⁵. Helfferich hat während seines zehntägigen Aufenthalts in Moskau Haus Berg nur einmal verlassen, und zwar am 29. Juli, als er Čičerin unangesagt besuchte. Dann verhinderte die Regierung künstlich, daß er ausging, und erklärte, ihn außerhalb der Gesandtschaft nicht schützen zu können. Sooft ein Anlaß zu einer dienstlichen Besprechung mit Čičerin vorlag, besuchte dieser ihn. Sein Beglaubigungsschreiben konnte Helfferich nicht, wie verabredet war, Sverdlov im Kreml überreichen. Die Sowjetregierung getraute sich nicht, die Verantwortung zu übernehmen, daß der deutsche Gesandte von seiner Wohnung nach dem Kreml führe! Schließlich holte sich Čičerin das Schreiben selbst ab⁵⁶.

Es genügt, sich in diese spannungsgeladene Atmosphäre zu versetzen, um zu verstehen, daß der deutsche Gesandte in Moskau tagtäglich mit dem Niederbruch der bolschewistischen Regierung rechnete. Aber auch in Berlin zog man den baldigen Zusammenbruch der Bolschewisten in Betracht. Das beweisen einmal die Antwort Hintzes auf Helfferichs Telegramm vom 3. August und dann eine Aufzeichnung⁵⁷ Trautmanns vom AA, in der ein ganzer Katalog von Gründen für und wider eine Intervention in Rußland zusammengestellt worden war. Das Fazit dieser Aufstellung war ein Überwiegen der Gründe für ein Eingreifen in Rußland. Dies zeigt, daß selbst in der Wilhelmstraße sich jetzt Widerstände gegen ein weiteres Festhalten an den Bolschewisten regten. Die Aufzeichnung hatte aber

Transport-Möglichkeit nicht mehr vorhanden war.« (Bothmer, Tagebuch IV Bl. 16. Eintrag vom 14. 8. über den 5. 8.; in kürzerer Fassung unterm 13. 7. in Bothmer, Mirbach 91/2.)

⁵¹ Vgl. Stadtler 124.

⁵² Helfferich III 482.

⁵³ S. o. S. 147 Anm. 153.

⁵⁴ Bothmer, Tagebuch IV Bl. 14 (1918 VIII 14); Bericht de Pottere an Burian, Moskau 1918 VIII 13 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 356/63).

⁵⁵ Vgl. Helfferichs Schilderung der von der Regierung getroffenen Vorsichtsmaßnahmen bei seiner Ankunft in Moskau: Helfferich III 461.

⁵⁶ Helfferich III 483/4; Bothmer, Tagebuch IV Bl. 16 (1918 VIII 14).

⁵⁷ Aufzeichnung Trautmann, Berlin 1918 VIII 2 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 80/1).

rein akademische Bedeutung. Denn Hintze weigerte sich, die Hand für eine Intervention – für die Ludendorff noch im August die erforderlichen Machtmittel bereitstellte⁵⁸ – zu bieten, die den Zusammenbruch der Bolschewiki beschleunigen und ein anderes Regime ans Ruder bringen würde⁵⁹. Helfferich gab er neben den bereits bekannten Gründen für seine Ansicht einen weiteren an: zur Zeit (!) könnten die nötigen militärischen Einsätze nicht verfügbar gemacht werden. Er gestand ihm auch zu, daß bei einem Sturz der Bolschewiki die in Arbeit befindlichen Verträge ebenso wie der Brester Friedensvertrag unter Umständen einer Erörterung ausgesetzt sein könnten. Aber – und das ist ein wichtiger Punkt in Hintzes Argumentation – »als mit einer anerkannten Regierung abgeschlossene Verträge sind sie immerhin eine Grundlage, von der auszugehen sein wird, mit wem auch immer in Rußland Verhandlungen zu führen sein werden. Falls, wie im vorliegenden Falle, eine genügende Macht dahinter steht⁶⁰, bedeuten internationale, rechtsgültig abgeschlossene Verträge Instrumente von nicht zu unterschätzendem Wert.« Hintze wollte dementsprechend von einer Verlegung der Mission, »wenn nicht gerade durch aktuelle Ereignisse motiviert«, nichts wissen. Sie hätte auch nach seiner Ansicht ein Abrücken von den Bolschewiki bedeutet oder, mit anderen Worten, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland, damit aber auch den Verzicht auf den durch den Brester Frieden geschaffenen Rechtszustand. Bezüglich der Letten teilte Hintze mit, daß die OHL mit ihrer Gewinnung unter noch zu präzisierenden Bedingungen einverstanden sei⁶¹.

Helfferich hatte wenig erreicht. Freie Hand zu Verhandlungen mit den Letten – um die er dann noch einmal am 5. August nachsuchte⁶² – war ihm damit nicht gegeben. Am 5. August sandte er ein Telegramm nach Berlin⁶³, in dem er zu Hintzes Antwort Stellung nahm und gleichzeitig forderte, die Entscheidung des

⁵⁸ S. o. S. 109.

⁵⁹ Wilhelm II. (s. Anm. 44) am Rand dazu: »Das geht von selber *ohne* uns. Wenn ein neues Regime *kommt*, dann ist es stark genug, sich durchzusetzen *ohne uns!* Und braucht unsere Unterstützung nicht. Wohl aber muß unsere jetzige *moralische Unterstützung* der *Bolschewiki* vorher klar *aufgehört* haben, da sonst das neue Regime uns mit ihnen in einen Topf wirft und sofort gegen uns vorgeht.«

⁶⁰ Der Kaiser: »Ist das der Fall?«

⁶¹ Unter das Telegramm schrieb Wilhelm II.: »Die Meldung Helfferichs deckt sich mit meiner Ansicht. Es ist gefährlich, unser Los noch ferner mit den sterbenden Bolschewiki zu vereinen! Wir müssen von ihnen abrücken, um den voraussichtlich ans Ruder kommenden zu sagen, daß wir sie nicht gegen den Wunsch der nach Ruhe und Ordnung strebenden Russen zu halten beabsichtigen. Dieser Verdacht ist sehr lebendig und kann uns nur schaden.« – Hintze, der erst kurze Zeit im Amt war, schrieb selbst an den Rand dieses mit den kaiserlichen Marginalien versehenen Telegramms die Bemerkung: »Ist darauf in ähnlichen Fällen geantwortet worden?« Darunter steht die bezeichnende Antwort Bussches: »In der Regel wird nicht geantwortet.« Damit wurden die Kommentare Wilhelms II. ad acta gelegt.

⁶² Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 5 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 33).

⁶³ Helfferich an AA, Moskau 1918 VIII 5 (ebenda Bl. 1/2).

Reichskanzlers über die Auseinandersetzung einzuholen. Seine Aufgabe in Moskau, leitete er das Telegramm ein, sei nicht, Instruktionen blind auszuführen, sondern ein zutreffendes Bild der inneren Verhältnisse Rußlands zu gewinnen und auf dieser Grundlage an der Gestaltung der deutschen Ostpolitik mitzuwirken.

Damit hatte Helfferich die Differenzen mit dem Staatssekretär ins Grundsätzliche erhoben. Den Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft setzte er – wenn auch in diesem Telegramm unausgesprochen – als unmittelbar bevorstehend voraus. Es handelte sich für ihn nicht um die Beschleunigung oder Verzögerung des Sturzes der Bolschewiki, sondern darum, ob Deutschland sich noch rechtzeitig aus der Solidarität mit ihnen, die es in »allen für den Wiederaufbau der Ordnung in Betracht kommenden russischen Kreisen« schwer diskreditiere, lösen und den Brückenschlag zum neuen Rußland versuchen würde oder ob es bewußt darauf verzichten wolle. Er wiederholte, daß der Einsatz großer militärischer Mittel nicht unbedingt nötig sei. Es genüge, daß sich Deutschland sichtbar von den Bolschewiki trenne – das würde den Anstoß zur offenen Erhebung der antibolschewistischen Gruppen geben – und den Kampf der »Ordnungselemente« im letzten Augenblick durch »militärische Demonstrationen«, die keinen nennenswerten Umfang anzunehmen brauchten, unterstütze. »Lassen wir die Dinge treiben und geben auf die Annäherungsversuche wichtiger Gruppen der neuen Regierung ausweichende oder gar ablehnende Antworten, so tragen wir selbst dazu bei, daß [das] neue russische Regime sich an [die] Entente anlehnt . . . und uns so in naher Zeit zu wirklich bedeutendem Kräfteaufwand an [der] Ostfront zwingt.«

Das war eine Schlußfolgerung, die der Hintzes genau entgegengesetzt war. Helfferich fuhr fort, er wolle den Vorteil eines rechtsgültig abgeschlossenen Staatsvertrages nicht diskutieren. Die neuen Berliner Verträge bedeuteten aber eine Verschärfung des Brester Friedens, so daß ein neues Regime sich gezwungen sehen könnte, beide Vertragsinstrumente aufzukündigen. »Wenn Euere Exzellenz die Verantwortung für die Folgen unseres Klebens an [den] Bolschewiki und [das] Abdrängen [des] vor der Tür stehenden neuen Rußlands ins Ententelager übernehmen wollen, so kann ich vor meinem Gewissen die Verantwortung nicht tragen, auf die ernsteste Warnung vor einer solchen Politik zu verzichten.«

Hintze sandte dieses Telegramm nach Spa⁶⁴ mit einem Zusatz, der in prägnanter Form seine Anschauungen zur deutschen Ostpolitik enthält. Hintze ging von der Voraussetzung aus, daß Deutschland keine Freunde in nennenswerter Zahl in Rußland habe, gleichgültig welches Regime am Ruder sei. Es wäre daher fehlerhaft, die Bolschewiki, »die nicht unsere Freunde sind, mit denen wir aber einen Frieden geschlossen haben und die unsere Geschäfte mit dem Ziele der militärischen Paralyse Rußlands ausgiebig besorgen«, zu stürzen. »Das ganze Werk unserer Kriegführung und unserer Politik im Osten, das auf die militärische Paralyse Rußlands abzielt, würden wir umwerfen und selbst dazu helfen, ein uns feindliches

⁶⁴ Hintze an Lersner, Berlin 1918 VIII 5 (ebenda Bl. 3).

Rußland zu konstruieren.« Am gleichen Tage, an dem dieses Telegramm an Ludendorff abging, wurde Helfferich gebeten, alsbald »zur mündlichen Berichterstattung« nach Berlin zu kommen⁶⁵. – Der unmittelbare Anlaß zur Herberufung Helfferichs waren nicht, wie man zunächst annehmen möchte, die sachlichen Differenzen zwischen Staatssekretär und Gesandtem, sondern eine Forderung des Kaisers. Am 4. August erfuhr Wilhelm II. von den Attentatsplänen gegen die Moskauer Gesandtschaft⁶⁶. Diese Meldung veranlaßte ihn, jetzt gebieterisch Helfferichs Rückkehr aus Moskau zu verlangen. »Sogleich, die Gesandtschaft muß fort!« schrieb er an den Rand des betreffenden Telegramms, »Helfferich darf uns nicht verloren gehen.« Dieser kaiserliche Befehl wurde nicht, wie so viele andere Marginalien des Kaisers, vom AA ignoriert. Obwohl in den Akten ein Telegramm aus Spa mit der entsprechenden Weisung für Berlin nicht aufzufinden ist, darf als sicher gelten, daß Helfferich auf Initiative des Kaisers nach Berlin gerufen wurde. Dies geschah allerdings zur gleichen Zeit, da die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Helfferich und Hintze auf dem Höhepunkt angelangt waren und auf Helfferichs Ersuchen ohnehin in dem einen oder anderen Sinne entschieden werden mußten.

Damit erledigt sich die bis in die jüngste Literatur⁶⁷ verbreitete Auffassung, Helfferich sei von Moskau »aus Angst geflohen«. Schuld an dieser Legende trägt allerdings in erster Linie der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen selbst. Wie aus verschiedenen Randnotizen in den Akten hervorgeht, nahm Hintze es Helfferich persönlich übel, daß dieser sich seinen Instruktionen widersetzt hatte. Seine Verstimmung verleitete ihn, im engsten Kreise von »ungewöhnlicher Disziplinlosigkeit«⁶⁸ des Gesandten zu sprechen und in der Presse als Grund für Helfferichs Abreise die gefahrvolle Lage in Moskau anzugeben⁶⁹. Helfferichs Richtigstellung, die am 28. August in einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros verbreitet wurde, fand offenbar wenig Glauben, denn noch in der Weimarer Zeit wurde er wegen seiner »Flucht aus Moskau« angefeindet⁷⁰. Demgegenüber muß betont

⁶⁵ Telegrammentwurf des AA an Helfferich, Berlin 1918 VIII 5 (ebenda Bl. 4).

⁶⁶ AA an Grünau, Berlin 1918 VIII 4 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15).

⁶⁷ Hilger 19; Zeman 137 Anm. 2; Brjunin 220; Studiengesellschaft für Zeitprobleme 32. Fischer (772) stellt den Weggang Helfferichs aus Moskau in anderer Weise unrichtig dar. Nach ihm habe Helfferich »resigniert« Moskau verlassen und sei nach Deutschland zurückgekehrt, »wo er hoffte, den Kampf um die Neuorientierung fortsetzen zu können«. Ebenso meint Katkov (82/3) irrtümlich, Helfferich habe »die Geduld verloren« und sei nach Deutschland »ohne Erlaubnis von Berlin aus« zurückgekehrt.

⁶⁸ Hilger 19. Vgl. auch den Tagebucheintrag Kesslers 1927 X 15 (546): »Riezler . . . streift dabei verschiedene mir nicht bekannte Einzelheiten. So, daß Helfferich nicht freiwillig Moskau verlassen habe, also nicht davongelaufen sei, wie Joffe mir damals höhnisch andeutete, sondern daß ihn Hintze abberufen habe, weil Helfferich eine antibolschewistische Politik trieb, die mit der in Berlin gewünschten (von Stresemann und mir beeinflußten) in Widerspruch stand.« (Kessler nahm im Sommer 1918 auf deutscher Seite an den Verhandlungen zum Ergänzungsvertrag teil. S. u. S. 274.)

⁶⁹ Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 VIII 10.

⁷⁰ S. Berliner Tageblatt 1919 XI 25 und 27.

werden, daß Helfferrichs eigener Bericht in seinem Weltkriegsbuch⁷¹ nach Ausweis der Akten der einzig richtige ist.

Hintzes Verärgerung wurde noch durch ein weiteres Ereignis im Zusammenhang mit Helfferrichs Weggang aus Moskau genährt. Am Tage seiner Abreise, dem 6. August, ordnete Helfferrich die Verlegung der Mission nach Petersburg an⁷². Čičerin teilte er als Grund für diesen Schritt die offenkundig unhaltbare Situation der deutschen Vertretung in Moskau mit. Für Hintze in Berlin aber lag die politische Absicht, die dahinter steckte, auf der Hand, und er verfügte sofort die Weiterreise der Mission hinter die Demarkationslinie⁷³. Die betreffenden Akten und Bothmers Tagebuch gewähren Einblick in das wenig erbauliche Schauspiel, wie die deutsche Gesandtschaft in den folgenden Tagen karawanenartig durch Rußland zog, den Weg über Finnland nehmen mußte, da keine Bahnverbindung mit den baltischen Ländern mehr bestand, und, nachdem sie in Reval gelandet war, schließlich ihr Zelt in Pleskau in einer ehemaligen Geburtsklinik, inmitten von Kartoffelfeldern gelegen, aufschlug, von wo sie, von der Sowjetregierung für den weiteren Geschäftsverkehr zwischen Berlin und Moskau ignoriert, nach einigen Wochen in die Heimat reiste⁷⁴.

Noch bevor Helfferrich nach wechselvoller Fahrt⁷⁵ durch das vom Bürgerkrieg zerrissene Rußland am 10. August in Berlin eintraf, unternahm es Staatssekretär Hintze, den Boden für die Entscheidung des Reichskanzlers über die künftige deutsche Ostpolitik in seinem Sinne vorzubereiten. Am 6. August sandte er ein ausführliches Fernschreiben an General Ludendorff⁷⁶. Es war unmittelbar mit-

⁷¹ Helfferrich III 485. – Vgl. Bothmer, Mirbach 134: »Mit Empörung und Erbitterung mußten wir damals erleben, daß die offiziöse Presse wochenlang die Fahrt Helfferrichs nach Berlin und Spa und unsere Verlegung nach Petersburg mit der Nervosität der unmittelbar Beteiligten erklären mußte.«

⁷² Helfferrich an AA, Moskau 1918 VIII 6 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 40). – Bothmers Meinung (Mirbach 121; Tagebuch IV Bl. 16), daß sich Helfferrichs Meldung darüber mit der Herztierung nach Berlin »kreuzte«, ist nicht richtig. Hintze bat Helfferrich am 5. 8. abends, nach Berlin zu kommen. Helfferrich meldete die Verlegung der Mission am 6. 8. abends nach Berlin kurz vor seiner Abreise mit dem Kurierzug.

Schubert hebt in seinen Lebenserinnerungen (18) hervor, das »demonstrative Abrücken von den Bolschewiki« sei der einzige Grund des Wegdrängens von Moskau gewesen. Schon vor Helfferrichs Ankunft in Moskau sei in der Gesandtschaft ganz ernsthaft die Frage erörtert worden, »ob hier nicht die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung gegenüber der in einem verhängnisvollen Lage-Irrtum befindlichen Reichsregierung vorläge, eine ›Yorck‹-Tat geboten sei«!

⁷³ Hintze an Riezler, Berlin 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 63).

⁷⁴ Auch diese Vorgänge sind in der bisherigen Literatur zum Teil falsch dargestellt worden. So behauptet Kobljakov (19), Helfferrich habe die Verlegung nach Pleskau angeordnet, weil er dort »volle Handlungsfreiheit für die mit seiner offiziellen Stellung unvereinbaren Entfaltung seiner [sowjetfeindlichen] Tätigkeit« gehabt habe.

⁷⁵ Helfferrich III 487 ff.

⁷⁶ Hintze an Lersner, Berlin 1918 VIII 6 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 28/31); abgedruckt als Dokument 5 im Anhang; große Partien auch schon gedruckt bei Fischer 770/1.

veranlaßt durch ein etwas kryptisches Telegramm⁷⁷ aus dem Großen Hauptquartier vom gleichen Tage. Darin hatte Ludendorff mitgeteilt, daß für ein militärisches Vorrücken in Richtung Petersburg »jederzeit« sechs bis sieben Divisionen zur Verfügung ständen, was eine Macht darstelle, mit der Deutschland eine »neue Regierung..., die das Volk für sich hat«, in Rußland stützen könne. Hintze antwortete darauf, daß eine Regierung, die das Volk hinter sich habe, nicht von Deutschland gestützt zu werden brauche, wenigstens nicht nach innen. Die verfügbaren Truppen könnten also nur gegen die Entente im Norden Rußlands, die Tschechoslowaken im Osten und General Alekseev im Süden verwandt werden, gleichgültig welches Regime am Ruder sei oder ans Ruder komme. Die bolschewistische Regierung habe um ein militärisches Einschreiten gegen diese Feinde gebeten. Jede andere Regierung würde entweder sofort oder binnen kürzester Frist Freund und Bundesgenosse der Entente sein. »Wir haben in Rußland keine überhaupt erwähnenswerte Zahl von Freunden; wer Euerer Exzellenz etwas anderes sagt, täuscht sich.« Der Beweis dafür, ob eine neue Regierung das Volk hinter sich habe oder nicht, werde dadurch erbracht, daß sie sich mit Hilfe des Volkes in den Sattel setze.

Hintze gab zu, daß die Bolschewiki heruntergewirtschaftet seien. »Aber *noch* hören wir nicht von Meutereien der Roten Garde noch vom Aufstehen des russischen Dorfes.« Habe eine neue Regierung nicht das Volk hinter sich, so würden die verfügbaren Divisionen zu ihrer Stütze nicht genügen. Inzwischen bestehe keine Veranlassung, ein schnelles Ende der Bolschewiken herbeizuwünschen oder herbeizuführen. »Die Bolschewiken sind üble und höchst antipathische Leute; das hat uns nicht gehindert, ihnen den Frieden von Brest-Litowsk aufzuzwingen und ihnen nach und nach noch darüber hinaus Land und Leute zu nehmen. Wir haben aus ihnen herausgeschlagen, was wir konnten, unser Streben nach Sieg verlangt, daß wir damit fortfahren, solange sie noch am Ruder sind. Ob wir gern oder ungerne mit ihnen arbeiten, ist belanglos, solange es nützlich ist. Gefühle in die Politik hineinzutragen ist nachweislich der Geschichte ein kostspieliger Luxus. In unserer Lage sich solchen Luxus zu gestatten wäre unverantwortlich. Wer mit den Bolschewiken als de facto Machthaber arbeitet und dazu über die üble Gesellschaft seufzt, ist harmlos; wenn man aber einen Vorteil aus der Arbeit mit den Bolschewiken zurückweist aus Abneigung gegen das Odium, mit den Bolschewiken zu tun zu haben, so wird das gefährlich. Politik ist bis auf den heutigen Tag und auf lange hinaus utilitarisch.«

Hintzes Argumentation gipfelte in der rhetorischen Frage: »Was wollen wir denn im Osten? Die militärische Paralyse Rußlands; *die* besorgen die Bolschewiken besser und gründlicher als jede andere Russische Partei und ohne daß wir einen Mann und eine Mark drangeben. Wir können nicht verlangen, daß sie oder andere Russen uns dafür lieben, daß wir ihr Land aus- und einpressen. Begnügen wir uns also mit der Ohnmacht Rußlands.« Die Bolschewisten seien in Rußland die

⁷⁷ Eingeschlossen in dem Telegramm Hintzes; s. Anm. 76.

einzigem Vertreter des Brester Friedens. Helfferich berichte, ein Zusammengehen mit anderen Parteien sei nur unter der Bedingung möglich, daß der Brester Frieden modifiziert werde; vor allem müsse die Ukraine wieder an Großrußland zurückgegeben werden. Von anderer Seite kämen noch viel weitergehende Forderungen: nämlich Wiederherstellung Rußlands in den Grenzen *quo ante bellum*⁷⁸. »Also wir sollen die Früchte vierjähriger Kämpfe und Triumpfe preisgeben, um uns endlich von dem Odium zu entlasten, die Bolschewiken ausgenützt zu haben? Denn das ist es, was wir tun: Wir arbeiten nicht mit ihnen, sondern beuten sie aus. Das ist politisch und Politik.«

In rhetorisch sehr geschickter Weise stellte Hintze an Ludendorff abschließend die Frage, ob die OHL bereit sei, jetzt in eine Revision des Brester Vertrages einzutreten, die ein Aufgeben des Baltikums, Litauens und der Ukraine zur Folge habe, ganz abgesehen von der Krim, Taurien und dem Donecbecken, die selbstverständlich sofort zurückgefordert würden.

Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß Hintzes Ausführungen ein Anflug von Demagogie anhaftet. Sein großes Telegramm – das er eigenhändig redigiert hat, nachdem er einen Entwurf seines Ostreferenten Nadolny fast ganz zusammengestrichen hatte – muß zunächst einmal auf dem Hintergrund der zur Entscheidung stehenden Auseinandersetzung zwischen ihm und Helfferich gesehen werden, bevor man es in den weiteren Rahmen der deutschen Kriegszielpolitik einordnet. Damit wird Fischers Auffassung, es bedeute »zugleich Höhepunkt und Krönung der deutschen Reichspolitik in ihrem Bemühen um die Realisierung ihrer weitgespannten Kriegsziele im Osten«⁷⁹, zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber doch wesentlich modifiziert. Hintzes Fernschreiben war weniger politisches Programm als vielmehr Plädoyer. Der Staatssekretär war durch Helfferich in die Defensive gedrängt und durch dessen Telegramme vom Vortage unaufschiebbar zur Meinungsäußerung herausgefordert. Und es gelang ihm ein großer Wurf, wodurch er die Initiative wieder an sich riß und sie nicht mehr aus der Hand gab, bis er Ende September von seinem Posten – aus Gründen der allgemeinen Entwicklung des Krieges – zurücktrat. Daß er sich an Ludendorff wandte, lag daran, daß die OHL schließlich ein entscheidender Faktor in der Gestaltung der deutschen Ostpolitik war. Hatte er Ludendorff auf seiner Seite, dann war der Entscheidung des Reichskanzlers vorgegriffen.

Auf Ludendorff übten Hintzes Ausführungen die erhoffte Wirkung aus. In seiner Antwort⁸⁰ vom 7. August bestritt der General, daß er mit seiner Anregung, ein neues Regime in Rußland zu stützen, das vom Volk getragen sei, die Politik den

⁷⁸ Hintze meint offenbar Berichte der deutschen Botschaft Kiev über Unterredungen mit Monarchisten, von denen einige zwar nicht die Rückkehr aller von Rußland abgetrennten Gebiete, wie Hintze hier sagt, gefordert wurde, aber doch der Ukraine und von den baltischen Ländern mindestens Estlands und Livlands. (S. z. B. Aufzeichnung Thiel über Unterredung mit Leuchtenberg, Kiev 1918 VI 8. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14.)

⁷⁹ Fischer 771.

⁸⁰ Ludendorff an Hintze, Spa 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 71/2).

Bolschewisten gegenüber plötzlich geändert wissen wollte. Er pflichtete Hintzes Argumenten im allgemeinen bei und machte im übrigen nur einige unbedeutende Einschränkungen.

Ludendorffs Antwort enthielt aber wiederum eine kryptische Wendung, die Helfferichs Warnung vor der Gefahr einer »abwartenden« Politik im Osten recht zu geben schien. Sie veranlaßte Hintze, vom Großen Hauptquartier die Bestätigung zu verlangen, daß die »durch die Moskauer Anträge erschütterte Basis« der deutschen Ostpolitik wiederhergestellt sei⁸¹. Ludendorff hatte die Befürchtung ausgesprochen, »die Verhältnisse in Rußland« würden »stärker sein als unser Wille«. Hintze verstand diese Formulierung dahin, daß der General aus den Meldungen Helfferichs die Notwendigkeit einer Änderung der Ostpolitik entnommen habe, damit übereinstimme und dazu bereit sei. Er sah seine gesamte Ostkonzeption in Frage gestellt. »Selbst ein Genius«, so beschwor er Ludendorff, »würde aus seinem Milieu herausgelöst und nach Moskau versetzt, binnen zehn Tagen ihm völlig fremde Verhältnisse aus der notgedrungenen Abgeschlossenheit seines Hauses heraus nicht soweit meistern können, um mit seiner Orientierung die Grundsäulen der Politik eines großen Reiches umzuwerfen.« Hintze sah in der Tatsache, daß die Gesandtschaft »der von allen Stellen gebilligten Politik zuwider« zurückgezogen wurde, einen »ungewöhnlichen Erfolg« Helfferichs und den Beweis, auf welcher schwacher Basis Deutschland Politik treibe⁸².

Tatsächlich ist die Behauptung des Staatssekretärs, Helfferich habe der von allen Stellen gebilligten Politik zuwidergehandelt, nicht richtig. In Ludendorffs letztem Telegramm sah Hintze nach eigener Aussage eine Übereinstimmung der Anschauungen des Generals mit denen der Moskauer Gesandtschaft. Auch der Kaiser hatte sich mit den Ansichten Helfferichs identisch erklärt⁸³. In jenen Tagen wurde selbst im AA die Forderung laut, in der deutschen Ostpolitik umzudenken. Dies zeigt, daß Hintzes Ostkonzeption weit davon entfernt war, von »allen Stellen gebilligt« zu werden. In der bereits erwähnten Aufzeichnung⁸⁴ Trautmanns wird nämlich der »psychologische Augenblick« für eine militärische Intervention, der wahrscheinlich nicht mehr wiederkehren würde, als vorhanden angesehen. Es ist vielmehr umgekehrt als ein großer Erfolg Hintzes anzusehen, daß er sich trotz aller Widerstände mit der Forderung, die Bolschewiki weiterhin zu halten, behauptete.

So konnte Hintze Ludendorffs Ausspruch, »Eine Revision des Brester Friedens halte ich nicht für angängig«, mit hoher Genugtuung begrüßen. Auch Wilhelm II. erklärte dem Reichskanzler am 8. August in Spa, daß er sich den »überzeugenden Ausführungen« Hintzes völlig anschließe⁸⁵. Damit war die »erschütterte Basis«

⁸¹ Hintze an Berckheim, Berlin 1918 VIII 9 (ebenda Bl. 121/2).

⁸² Randvermerk Hintzes neben dem Telegramm Ludendorffs vom 7. 8. S. Anm. 81.

⁸³ Was die in Anm. 61 zitierten Randvermerke beweisen.

⁸⁴ S. Anm. 57.

⁸⁵ Brief Hertling an Hintze über den »Besuch S.M. des Kaisers beim Reichskanzler am 8. 8. 1918 in Spa«. (BA, Nachlaß Hertling, Nr. 41.)

der deutschen Ostpolitik tatsächlich wiederhergestellt, noch ehe der deutsche Gesandte am 10. August in Berlin eingetroffen war.

Bei seiner Ankunft im AA erfuhr Helfferich, daß der Staatssekretär beabsichtige, am nächsten Abend nach Spa zum Vortrag beim Kaiser und Reichskanzler zu reisen. Er teilte Hintze daraufhin mit, er werde sich gleichfalls nach Spa begeben⁸⁶. Helfferich erfuhr ferner, daß die Ergänzungsverträge fertiggestellt seien und Kriege sie noch am selben Tage mit Joffe paraphieren werde. Eine Unterhaltung mit Hintze am nächsten Tag vor der Abreise nach Spa war für ihn ergebnislos. Der Staatssekretär blieb bei der Auffassung, daß Deutschland mit den Bolschewisten »verhalten« müsse, und erklärte, am Zustandekommen der Ergänzungsverträge sei nicht mehr zu rütteln⁸⁷.

Es bestand so gut wie keine Aussicht, daß Helfferich seinen Standpunkt im Großen Hauptquartier durchsetzen würde. Zwar erklärte ihm Ludendorff am 12. August⁸⁸ in Spa, er nehme am Zustandekommen der Berliner Verträge und besonders an der Abtrennung Estlands und Livlands nach der Entwicklung der Gesamtlage – am 8. August war die entscheidende Wende im Westen erfolgt – kein Interesse mehr! Und der Kanzler behielt sich formell die Entscheidung bis zu seiner für den 26. August angesetzten Rückkehr nach Berlin vor⁸⁹. Der Gegensatz zwischen Helfferich und Hintze hatte sich aber bereits auf den Punkt zugespitzt, daß die Entscheidung zum Rücktritt des einen oder anderen führen mußte. Der Kaiser ließ die sachlichen Gesichtspunkte zurücktreten und erklärte sich für Hintze, »weil es nach so kurzer Zeit der Amtsübernahme leichter sei, auf den neuen Botschafter in Moskau denn auf den eben erst ernannten Staatssekretär des Auswärtigen zu verzichten«⁹⁰.

⁸⁶ Helfferich III 489.

⁸⁷ Ebenda 490.

⁸⁸ Nicht am 14. oder 15., wie Raumer (Helfferich 393) angibt. Am 14. fand unter Vorsitz des Kaisers eine Konferenz über die militärische Lage im Westen statt, zu der Helfferich nach eigener Aussage (III 500) nicht hinzugezogen worden war.

⁸⁹ Helfferich III 490/1. – Vgl. dazu folgenden Passus aus einem Brief Müllers von Hausen an Bauer, Charlottenburg 1918 VIII 18: »Ich glaube Sie aber dahin richtig verstanden zu haben, daß wir jetzt mit Rücksicht auf den Westen uns für Rußland nicht mehr interessieren wollen, als unbedingt notwendig ist.« (BA/MA, Nachlaß Bauer, Nr. 13 H. 3 Bl. 182.)

⁹⁰ Stadtler 128. – Stadtler war bald nach Helfferichs Abreise aus Moskau ebenfalls nach Berlin gefahren, um Helfferich in seinem Kampf gegen das AA zu unterstützen. (S. Stadtler 128 ff.) – Vgl. zu diesen Vorgängen in Spa auch die Erinnerungen des Zivilkabinettschefs Berg: »Am 12. war . . . Helfferich . . . in Spa und nachm. lange bei mir. Er war in Differenz mit Hintze. . . Es war für einen Außenstehenden schwer zu beurteilen, wer im Recht war. Ich hatte damals Vertrauen zu Hintze, zu seiner genauen Kenntnis der russischen Verhältnisse. Helfferich war nur kurze Zeit in Moskau gewesen, und es schien mir [nicht?] unmöglich, daß er sich täusche. Hintze verdachte ihm seinen Fortgang von Moskau, ließ durchblicken, daß es bei Helfferich Mangel an persönlichem Mut war – dies nach meiner Ansicht ganz unberechtigterweise – und hörte ihn kaum an, was Helfferich sehr verdroß. Dieser wollte gern den Kaiser aufklären, welcher aber damals mit Hintze'schen Augen sah, ihm, den er eben erst ernannt hatte, auch Vertrauen schenken mußte. Helfferich reiste ab, ohne irgend etwas erreicht zu haben, sprach den Kaiser auch nur kurz.« (BA, Nachlaß Berg, Nr. 331/2 Bl. 45.) Auch der Militärattaché,

Die Entscheidung über die Richtung der Ostpolitik war ganz im Sinne Hintzes ausgefallen. Nach dem 8. August, dem »Schwarzen Tag« der deutschen Armee, wurde jedoch sichtbar, daß die realen Grundlagen der deutschen Ostpolitik fehlten. In der deutschen Presse wurden jetzt die Stimmen, die das aussprachen und eine Revision des Brester Friedens verlangten, unüberhörbar. Am 14. August forderte die Berliner Morgenpost, den Hauptausschuß des Reichstags zur Beratung der Ostfragen einzuberufen⁹¹. Der Vorwärts warnte am gleichen Tage »in letzter Stunde, die Ehre des deutschen Volkes für Königreiche zu engagieren, die auf Flugsand gebaut sind, Staaten zu produzieren, deren Schaffung von noch ganz unklaren Rückwirkungen auf die Mittelmächte sein kann«. Das deutsche Volk schlage sich für *Deutschland*, nicht für Polen, Litauen, Kurland, Estland und Livland. Seinen Warnruf schloß der Vorwärts, ein geflügeltes Wort Bismarcks abwandeln: »Der elende Friede von Brest-Litowsk ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert.«⁹²

Staatssekretär Hintze nahm die Pressekampagne gegen den Brester Frieden zum Anlaß, am 20. August die Chefredakteure der großen Zeitungen zu einer geheimen Pressekonferenz einzuladen⁹³. Ausgeschlossen von der Besprechung war allein der Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Redlich, dessen Angriffe auf den Frieden von Brest der Staatssekretär kurzum als ruchlos und landesverräterisch⁹⁴ bezeichnete. Vor den übrigen Pressevertretern entwickelte Hintze die Grundzüge seiner Ostpolitik, wie er das bereits in ähnlicher Weise Ludendorff

Schubert, hatte sich nach Zurückziehung der Gesandtschaft aus Moskau ins Große Hauptquartier begeben. Am 19. August wollte er beim Reichskanzler Vortrag halten. Hertling/Sohn bat ihn jedoch, darauf mit Rücksicht auf das hohe Alter seines Vaters und seiner großen Ruhebedürftigkeit zu verzichten! (Private Mitteilung Schuberts 1965 IX 19.) Schubert erstattete aber Ludendorff Bericht über die Lage im Osten. Er schreibt dazu in seinen Lebenserinnerungen (21/2): »Ich hatte am 19. 8. nicht erwartet, daß Ludendorff für mich viel Zeit übrig haben würde infolge der großen Spannungen an der Westfront. Das Gegenteil ist eingetroffen. Ich war ungefähr eine ganze Stunde bei ihm. Er litt offenbar stark unter dem Eindruck, daß wir durch den Brester Frieden die Ostfront gar nicht losgeworden, sondern dort einen viel schlimmeren neuen Feind bekommen hätten. Gott sei Dank sei er aber auch der Feind unserer West-Feinde. Ludendorff sah infolgedessen weder die Ostlage noch die Westlage isoliert für sich, sondern in engster Wechselwirkung zueinander. Die Lebensdauer des Kreml, er möge so schwach oder so stark sein, wie er wolle, sei abhängig davon, wie der Krieg im Westen sich entwickle.« – Als Schubert später von Pleskau aus zu hören bekam, die deutsche Gesandtschaft habe aus Angst Moskau verlassen, beantragte er seine Rückkehr dorthin. Der Antrag wurde genehmigt, und Schubert hielt sich vom 7. Oktober bis zum 21. November 1918 wieder in Moskau auf.

⁹¹ Berliner Morgenpost 1918 VIII 14: »Die Ostfragen. Entscheidende Beratungen im Großen Hauptquartier.«

⁹² Vorwärts 1918 VIII 14: »Die Geltung des Brester Friedens.« – Über Hoetzschs Kommentare in der Kreuzzeitung zu den Ergänzungsverträgen s. F. T. Epstein 13/4, 16/7, 19, 26.

⁹³ Text der Rede Hintzes in PA, D 122 Nr. 2 r Nr. 1 Bd. 1.

⁹⁴ So Stresemann in einem Informationsblatt an die Mitglieder der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, 1918 VIII 26 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 185 H 134 378).

gegenüber Anfang August getan hatte. Deshalb brauchen diese Linien nicht noch einmal im einzelnen nachgezogen zu werden.

Auf die »streng vertraulichen Erörterungen« über Helfferichs Moskauer Mission muß jedoch eingegangen werden, um das Gewicht des Persönlichen in der Führung der deutschen Ostpolitik zu verdeutlichen. Sie waren nämlich geeignet, Helfferichs Verhalten in ein falsches Licht zu setzen. Vor den Journalisten behauptete Hintze in nicht ganz sachlicher Form – die am Kern von Helfferichs Ausführungen vorbeiging –: »Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir mit den Bolschewiken zusammenarbeiten und daß wir dadurch eine Schmach⁹⁵ auf uns laden. Es ist dann von Moskau aus angeregt worden, uns dieser Schmach dadurch zu entledigen, daß wir die Schmach, das Zusammenarbeiten mit den Bolschewiken, krönten durch einen Verrat der Bolschewiken.«⁹⁶ Für solch eine Art der Sühne fehle ihm jedes Verständnis. Er habe sich ferner gesträubt, daß Deutschland den Brest-Litowsker Frieden preisgebe. »Wir brauchen gewisse Teile des Brest-Litowsker Vertrages wie das tägliche Brot, gerade wegen des täglichen Brotes. Wenn wir die Ukraine augenblicklich an Rußland überweisen . . ., dann haben wir die von dem Brester Friedensvertrag erwartete Verbesserung unserer Kornversorgung in den Wind gestreut. Haben wir dazu die geringste Veranlassung?« Deshalb habe er der Anregung, die Ukraine Großrußland »als Geschenk« zu überantworten und die Bolschewiki-Regierung, »die besteht«, zu stürzen, nicht Folge geleistet. Deutschland habe gar kein Interesse daran, die Moskauer Regierung zu stürzen. »Und warum nicht? Weil die Bolschewikenregierung unsere Geschäfte besorgt, ohne daß es uns einen Grenadier oder eine Mark kostet. . . Das ist utilitaristisch gedacht.«⁹⁷

Das Stichwort vom beabsichtigten »Verrat« an den Bolschewisten wurde denn auch von einer Anzahl von Zeitungen, die sich offen auf Mitteilungen der zuständigen Stelle beriefen, aufgenommen: Helfferich warf man vor, er habe aus Gründen persönlicher Sicherheit den Moskauer »Schützengraben« verlassen⁹⁸.

⁹⁵ Helfferich hatte am 3. August, wie erwähnt (o. S. 242), von einem möglichen Zusammenbruch der deutschen Ostpolitik »cum infamia« gesprochen.

⁹⁶ Damit spielte Hintze auf Helfferichs Anregung an, den Kooperationsvorschlag Čičerins vom 1. August zum Schein anzunehmen, im geeigneten Augenblick die einmarschierenden deutschen Truppen aber gegen die Bolschewisten zu wenden. (S. o. S. 109.) Von Verrat in diesem Zusammenhang zu sprechen ist zumindest emotionell gesprochen. Helfferich dachte von seinem Standpunkt aus ebenso utilitaristisch, wie das Hintze von sich behauptete.

⁹⁷ Die Pressekonferenz erwähnt auch Raumer (Brest-Litowsk 12). Er zitiert einen Passus aus der Rede Hintzes, allerdings ohne Angabe der Quelle. Das Zitat weicht geringfügig von dem vorliegenden Text ab. Möglicherweise entnahm er es den ihm zugänglichen Nachlaß Helfferich. Die von ihm (Brest-Litowsk 1 Anm. 1) angekündigte *ausführliche* Untersuchung, die »unter Auswertung auch amtlichen Materials« (wohl Helfferichs Nachlaß) Helfferichs Moskauer Mission behandeln sollte, ist nicht erschienen. Das ist bedauerlich, weil auf diese Weise wenigstens einige Bruchstücke des im Zweiten Weltkrieg verlorengegangenen Helfferich-Nachlasses erhalten geblieben wären. – Für Mitteilungen über die Vernichtung des Helfferich-Nachlasses bin ich Herrn Ulrich Ehrhardt, Schüler Raumers, zu Dank verpflichtet.

⁹⁸ Helfferich III 493.

Am selben Tage, an dem Hintze diese Pressebesprechung abhielt, übersandte Helfferich eine 13 Seiten lange Denkschrift dem Reichskanzler mit der Bitte, sie an den Kaiser weiterzugeben⁹⁹. Er tat dies wohl weniger, um noch einen Einbruch in die Linie der offiziellen Ostpolitik zu erreichen, als vielmehr um sein Gewissen zu beruhigen. Die Denkschrift gibt im wesentlichen die bereits skizzierte Auffassung Helfferichs zur Ostpolitik wieder und trägt am Schluß schwere Bedenken gegen die Berliner Ergänzungsverträge vor, worauf später einzugehen sein wird¹⁰⁰. Im übrigen hat schon Rosenfeld darüber ausführlich referiert¹⁰¹. Seiner Besprechung ist nur noch eine für die damaligen Führungsverhältnisse des Deutschen Reiches bezeichnende Episode zum Geschäftsgang der Denkschrift nachzutragen.

Helfferich erfuhr nie, ob seine Ausführungen dem Kaiser vorgelegt worden waren. In seiner eigenen Darstellung bezweifelt er, daß Wilhelm II. sie je zu Gesicht bekommen habe¹⁰². Die Akten beweisen nun, daß der Kaiser sie doch gelesen hat. Am 22. August meldete der Reichskanzler dem AA, er trage Bedenken, dem Wunsch Helfferichs nachzukommen, ohne gleichzeitig eine Stellungnahme Hintzes zu der Denkschrift vorlegen zu können¹⁰³. Offenbar fürchtete er, daß der Kaiser seine Meinung erneut ändern werde. Der Staatssekretär arbeitete daraufhin eine Entgegnung zur Denkschrift aus¹⁰⁴. Darin stellte er neben die zwei von Helfferich vorgeschlagenen Alternativen – 1. eine militärische Hilfsaktion großen Stils zugunsten der Bolschewisten zu unternehmen (was Helfferich selbst als unmöglich ansah, da hierzu die militärischen Kräfte fehlten); 2. von den Bolschewisten abzurücken – einen dritten Weg, nämlich *mit* den Bolschewisten zu arbeiten oder sie vielmehr zu benutzen, und zwar in einer Weise, die zur »Erhaltung Rußlands in seiner militärischen Schwäche und zur weiteren Förderung der Eigenentwicklung der abgetrennten Randgebiete im Rahmen unserer Interessen« dienen würde. In den Entwicklungsprozeß der russischen Revolution dürfe entgegen Helfferichs Ansicht nicht eingegriffen werden, solange Deutschland nicht durch das Entstehen einer ihm feindlichen Regierung dazu gezwungen werde.

Dem Kaiser hat Helfferichs Denkschrift und Hintzes Entgegnung am 20. September vorgelegen, also genau vier Wochen, nachdem Helfferich sie an den Reichskanzler gesandt hatte. Wilhelm II. schrieb an den Rand der Hintzeschen Stellungnahme: »Einverstanden«¹⁰⁵.

⁹⁹ Schreiben Helfferich an Rk (in Abschrift an AA), Berlin 1918 VIII 20 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 77). Die Denkschrift mit Randbemerkungen Hintzes ebenda Bl. 78/90; Abdruck als Dokument 6 im Anhang.

¹⁰⁰ S. u. S. 292 Anm. 147.

¹⁰¹ Rosenfeld 119 ff.

¹⁰² Helfferich III 491.

¹⁰³ Rk an AA, Spa 1918 VIII 22 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 135).

¹⁰⁴ Entwurf, undatiert (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 104/8). – Die Ausarbeitung wurde 1918 VIII 30 nach Spa gesandt. S. die folgende Anm. und Anm. 100.

¹⁰⁵ Hintze an Lersner, Berlin 1918 VIII 30 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 164).

Am 30. August übergab Helfferich dem Reichskanzler sein eingehend begründetes Abschiedsgesuch¹⁰⁶. Darin führte er u. a. aus: Er habe sich für den Moskauer Posten zur Verfügung gestellt in der Erwartung, dort einen Wirkungskreis zu finden, so daß es ihm möglich sein würde, »in der schwersten Zuspitzung unseres Daseinskampfes« politisch und wirtschaftlich Nützliches für das Vaterland zu leisten. Er habe sich bald überzeugen müssen, daß mit der bolschewistischen Regierung ein gedeihliches, Deutschland *tatsächliche* Entlastung verschaffendes Arbeiten nicht möglich sei. Besonders in wirtschaftlicher Beziehung habe in den vier Monaten, seitdem die deutsche Mission in Moskau bestehe, trotz des Aufwands gewaltiger Arbeit nicht ein einziges praktisches Geschäft durchgeführt werden können. Auf die drei Tage zuvor unterzeichneten Berliner Verträge eingehend, sprach Helfferich die Überzeugung aus, daß sie in ihrer Endwirkung den Frieden verzögern und Deutschland den Sieg erschweren würden. Er fügte hinzu: »Ich sehe die Rückschläge kommen, nicht nur in außenpolitischer Beziehung, sondern auch innerpolitisch. Die systematisch-schönfärberischen Darstellungen des in seinen Ausschreitungen kaum von den Jakobinern übertroffenen Bolschewistenregimes in der deutschen Presse, die ostensible Behandlung dieses Regimes auf gleichem Fuße, die Solidarisierung oder mindestens der Anschein der Solidarisierung mit diesem Regime bis zur Duldung der laxen Verfolgung, richtiger Nichtverfolgung der an der Ermordung des Grafen Mirbach und des Feldmarschalls von Eichhorn beteiligten Personen und Gruppen, – das alles kann auf die deutsche Volksseele und unsere eigenen innerpolitischen Verhältnisse nicht ohne gefährlichen Einfluß bleiben.« – Das waren eindringliche Worte über die eigentliche Bedeutung des Bolschewismus, den ein Hintze nur als reines Machtproblem betrachtete, ohne dabei die geistigen Kräfte, die hinter der Parole von der Weltrevolution standen und die seelischen Kräfte des eigenen Volkes bedrohten, zu berücksichtigen.

Helfferichs Warnrufe waren ungehört in Berlin verhallt. Mit seiner Abberufung aus Rußland verstummten sie jedoch nicht endgültig. In Moskau war als Horchposten das Generalkonsulat unter Hauschild verblieben, das den Geschäftsverkehr mit der bolschewistischen Regierung aufrechterhielt. Die diplomatischen Beziehungen waren durch die Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach Pleskau nicht abgebrochen. Wohl sah sich die Sowjetregierung durch den deutschen Schritt in eine schwierige Lage versetzt, besonders weil er mit einem schweren militärischen Schlag an der Ostfront zusammenfiel. Zwischen dem 6. und 8. August wurde die Stadt Kazan' an der Wolga von den Tschecho-Slowaken erobert¹⁰⁷,

¹⁰⁶ Das Abschiedsgesuch ist bereits im vollen Wortlaut veröffentlicht bei Raumer, Helfferich 397 ff. Der unten zitierte Abschnitt ist auch abgedruckt bei Helfferich III 491/2. Das Original befindet sich in PA, D 131 Bd. 50 Bl. 155/6.

¹⁰⁷ Vgl. die Erinnerungen zweier Teilnehmer an den Kämpfen um Kazan' bei Krastyn' 92 ff. (K. Ja. Jokum) und 101 ff. (Vacetis, der nach dem Abfall Murav'evs Oberkommandierender an der Ostfront geworden war); ferner Mordvinov 173 ff. – Die Kämpfe um Kazan' bis zur

wobei den Weißen der von Petersburg überführte Goldschatz in Höhe von 650 Millionen Rubel in die Hände fiel¹⁰⁸. Damit war der Punkt der größten Gefährdung der Bolschewisten erreicht.

Was die Verlegung der deutschen Mission angeht, so ist in den Akten das Bestreben der bolschewistischen Regierung in den folgenden Tagen unverkennbar, ein etwaiges Abrücken Deutschlands von Sowjetrußland, das mit der Verlegung befürchtet wurde¹⁰⁹, um jeden Preis zu verhindern und die Verständigung mit Berlin aufrechtzuerhalten. Während Trockij in seinem legendären Panzerzug nach Osten fuhr, um die zusammengebrochene militärische Front wieder aufzurichten, wurde am 12. August einer der fähigsten und energischsten Vertreter der Sowjetregierung, Radek, in besonderer Mission nach Berlin gesandt¹¹⁰. Dort sollte er alle Hebel ansetzen, um die deutsche Stütze noch zu retten. Am selben Tag fuhr auch Joffe mit den paraphierten Ergänzungsverträgen nach Moskau, um seiner Regierung Bericht zu erstatten. An der Demarkationslinie in Orscha trafen die beiden Russen zusammen. Die Nachrichten, die Joffe aus Berlin mitbrachte, müssen Radek so überraschend und beruhigend erschienen sein, daß er sich entschloß, mit Joffe nach Moskau zurückzukehren. Der Inhalt der Unterredung ist nur zu erraten. Von Joffe ist bekannt, daß er sich über die »Angsttelegramme« Helfferichs belustigte¹¹¹. Vom AA hatte er nach Helfferichs Abreise die Versicherung erhalten, daß Deutschland weiterhin gute Beziehungen zur Sowjetregierung wünsche¹¹². Und sicherlich wird Joffe Nachrichten über die Lage an der deutschen Westfront mitgebracht haben.

Als am 15. August Hauschild das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten besuchte und dort den von Orscha zurückgekehrten Radek traf, bemerkte er sofort, daß dieser von den Mitteilungen des russischen Botschafters »unverkennbar sehr befriedigt« war¹¹³. Von diesem Augenblick an ist denn auch ein Auftrumpfen der Bolschewisten gegenüber der Berliner Regierung deutlich zu bemerken. Der Ton in den offiziellen Regierungsorganen änderte sich auffallend. Die *Krasnaja Gazeta* meldete am 17. August, das entscheidende Ereignis für die russische Revolution sei die Niederlage der Deutschen an der Westfront. In der öffentlichen Meinung Deutschlands sei der Entschluß gereift, unter keinen Umständen den Frieden im Osten zu stören. Gleichzeitig gestalte sich auch die innere Lage Deutschlands äußerst bedenklich: Angaben über offene Gehorsamsverweigerungen deutscher Truppen hätten sich bestätigt. Die Zeitung zog daraus

Wiedereroberung der Stadt durch die Bolschewisten 1918 IX 10 waren wohl die entscheidenden des Bürgerkrieges. Vgl. Chamberlin II 119.

¹⁰⁸ Chamberlin II 16; Klante 198; Bunyan 292.

¹⁰⁹ Hauschild an AA, Moskau 1918 VIII 8 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 138).

¹¹⁰ Hauschild an AA, Moskau 1918 VIII 12 (PA, D 131 adh. 3 Nr. 2 Bd. 1). S. auch u. S. 290 Anm. 137.

¹¹¹ S. Anm. 68.

¹¹² Hintze an Riezler, Berlin 1918 VIII 7 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 63).

¹¹³ Bericht Hauschild an Reichskanzler, Moskau 1918 VIII 20 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 192/3).

die Folgerung: Wenn auch die Revolution in Deutschland noch nicht begonnen habe, sei doch so viel Zündstoff vorhanden, daß der Brand jeden Augenblick ausbrechen könne¹¹⁴. Ein Leitartikel der Pravda vom selben Tage stellte die deutschen Mißerfolge an der Westfront als Hauptgrund dafür hin, daß Deutschland bestrebt sei, mit der Sowjetregierung in gutem Einvernehmen zu bleiben, und daß ein aktives Auftreten des deutschen Imperialismus gegen die russische Republik wenig wahrscheinlich sei. So habe man den nach Mirbachs Ermordung und nach den ersten Erfolgen der Tschecho-Slowaken um Haaresbreite nahen Krieg noch einmal vermeiden können¹¹⁵.

An eben dem 17. August traf Joffe wieder in Berlin ein mit der Vollmacht, die Ergänzungsverträge, unter welchen Bedingungen auch immer, zu unterschreiben. Man machte sich jetzt in Moskau offenbar keine besonderen Gedanken mehr über die Erfüllbarkeit der Verträge. Auf die Verhandlungen über diese Berliner Verträge ist nunmehr einzugehen.

¹¹⁴ Breiter an AA, Petersburg 1918 VIII 17 (ebenda Bl. 42).

¹¹⁵ Pravda 1918 VIII 17.

V.

BERLIN ZWISCHEN MOSKAU UND SPA
DIE DEUTSCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN
IM SOMMER UND HERBST 1918

1. *Die Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag*

Im Brest-Litowsker Friedensvertrag war die Bildung von Kommissionen vorgesehen, in denen vom Vertrag noch nicht gelöste Probleme beraten werden sollten. So bestimmte Artikel 3 die Einsetzung einer Kommission, die den genauen Grenzverlauf zwischen Rußland und den ehemals russischen Gebieten von Litauen und Kurland festzulegen hatte. Im Zusatzvertrag waren Kommissionen für den Gefangenenaustausch (Artikel 17), zur Feststellung der russischen Schulden gegenüber deutschen Gläubigern (Artikel 15), zur Behandlung der beiderseitigen Prisen-schiffe (Artikel 32) und zur Feststellung der deutsch-russischen Staatsverträge (Artikel 4) in Aussicht genommen. Sogleich nach Ratifikation durch den gesamt-russischen Sowjetkongreß am 16. März teilte die Sowjetregierung dem deutschen Auswärtigen Amt mit, daß sie die Einsetzung einer russisch-deutschen Kommission zur Festsetzung der Demarkationslinie für »äußerst wünschenswert« und die Schaffung der Kriegsgefangenenkommission für »dringend notwendig« halte¹. Die Beratung dieser Fragen wurde bald aufgenommen. Eine deutsche Kriegsgefangenenkommission reiste zusammen mit der diplomatischen Vertretung Ende April nach Moskau, und am 6. Mai begannen in Pleskau Vorverhandlungen zur Festlegung der Demarkationslinie. Da man aber in beiden Fällen zu keinem Ergebnis kam, wurden diese Verhandlungen zur Fortführung nach Berlin überwiesen². Der Zusatzvertrag hatte nämlich in Artikel 35 den Zusammentritt von

¹ Dokumenty I 213/4, Funkspruch Čičerin/Karachan an deutsches AA, Moskau 1918 III 18.

² Anfang des Jahres 1918 befanden sich etwa 100 000 deutsche Kriegsgefangene in Rußland gegenüber rund 1,3 Millionen russischen Kriegsgefangenen in Deutschland. (S. Arch. Forsch. IV 888, 1413; Bothmer, Mirbach 9, 14. Danach schwanken die Angaben für die Zahl der russischen Kriegsgefangenen zwischen 1,2 und 1,5 Millionen.) Während der Verhandlungen von Brest-Litowsk weilte eine deutsche Kommission unter dem Grafen Mirbach zur Beratung der Kriegsgefangenen-Frage in Petersburg. (S. Arch. Forsch. IV 886/7.) Am 9. Februar wurde dort eine Vereinbarung über die Heimbeförderung der beiderseitigen Zivilangehörigen und der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen unterzeichnet. (Text in Arch. Forsch. IV 1138 ff.) Im Vertrag von Brest-Litowsk war der Austausch der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen noch nicht im einzelnen geregelt, da man sich über gewisse Grundsätze, die sich

Vertretern der vertragschließenden Teile zum Abschluß der darin vorbehaltenen weiteren Vereinbarungen bestimmt.

Zudem hatten sich in der Zwischenzeit genug Konfliktstoffe angesammelt, die, sollte das deutsch-russische Verhältnis nicht aufs äußerste angespannt werden, aus dem Wege geräumt werden mußten. Das deutsche militärische Vorgehen im Süden Rußlands, das eindeutig über die Grenzen von Brest-Litowsk hinausging (Krim, Donebiet), schnitt Rußland von lebenswichtigen Kohlen- und Getreide-

aus der unterschiedlichen Zahl der auf beiden Seiten festgehaltenen Gefangenen ergaben, nicht hatte einigen können. Auf deutscher Seite war man an einer Abgabe der als billige Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft verwendeten Russen nicht interessiert. (Vgl. Arch. Forsch. IV 858.) Auch den Bolschewisten war es zur Zeit der Brester Verhandlungen nicht an einer raschen Abgabe der deutschen Kriegsgefangenen gelegen, da man mit Rücksicht auf die Alliierten Deutschland nicht die Kraftzufuhr durch gesunde Kriegsgefangene gewähren wollte. (S. Carr III 22 Anm. 4; Bothmer, Mirbach 14.) Deutschland hatte sich im Brester Vertrag (Artikel 17 § 1 des Zusatzvertrages) das Recht auf Zulassung deutscher Fürsorgekommissionen ausbedungen. Im Mai trafen 17 solcher Unterkommissionen in Rußland ein. (S. Bothmer, Mirbach 32; vgl. auch Hilger 25.) Den Russen war das gleiche Recht nicht zugestanden worden, weil man befürchtete, daß derartige russische Kommissionen in erster Linie Agitation unter den russischen Kriegsgefangenen und vor allem unter der deutschen Bevölkerung treiben würden. Ende April in Moskau begonnene Verhandlungen zwischen der deutschen Hauptkommission unter Henning und Bothmer und russischen Vertretern verliefen ergebnislos, da sich die Russen auf das Prinzip des Kopf-um-Kopf-Austausches nicht einließen. Auf Vorschlag der Russen wurde die Angelegenheit den Verhandlungen in Berlin überlassen. Bothmer sah darin ein Verschleppungsmanöver: Die Russen wußten sehr wohl, »daß die Wilhelmstraße eine Jammergesellschaft ist, die eher umfällt wie wir »einfachen Soldaten« hier draußen«. (Bothmer, Tagebuch III Bl. 23.) Er hatte den Eindruck, daß die Russen für ihr etwaiges Nachgeben Vorteile in anderen Fragen herauschlagen wollten. In Berlin wurden die Verhandlungen aber rasch durch Unterzeichnung eines Protokolls am 24. Juni zum Abschluß gebracht. (Text in WUA III 3 S. 909.) Ein Junktim mit anderen Fragen wurde nur insofern hergestellt, als die Aufwendungen für die russischen Kriegsgefangenen bei den finanzpolitischen Verhandlungen pauschaliert werden sollten. In diesen Verhandlungen wurden dann 1,5 Milliarden Mark für Verpflegung der russischen Gefangenen angerechnet, die durch die von Deutschland in Rußland erbeuteten Vorräte als abgegolten galten, also nicht in der von Rußland zu zahlenden Endsumme von 6 Milliarden Mark enthalten waren! (So Kriege vor den Bevollmächtigten des Bundesrates, Berlin 1918 VIII 29. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 200/11.) Nach dem Protokoll sollten die beiderseitigen Kriegsgefangenen Kopf um Kopf ausgetauscht werden. In einer Zusatznote erklärte sich Deutschland bereit, nach Beendigung des Kopf-um-Kopf-Austausches bis zum Frieden mit Frankreich die Entlassung der übrigen russischen Kriegsgefangenen in gleichem Maße fortzusetzen, wie sie während des Kopf-um-Kopf-Austausches durchgeführt werden würde. (Note Kriege an Joffe, Berlin 1918 VI 24. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 10.) Die Evakuierung der deutschen Kriegsgefangenen aus dem von den Bolschewisten beherrschten Gebiet war bis Ende August im wesentlichen durchgeführt.

Was die Verhandlungen zur Festlegung der Demarkationslinie anbetrifft, so wurden sie wenige Tage nach ihrem Beginn (6. Mai in Pleskau) bald unterbrochen, da die weitgehenden deutschen Wünsche auf Grenzverschiebungen in Estland und Livland bei den Russen auf unbedingte Ablehnung stießen. (S. das Protokoll der einzigen Sitzung der »deutsch-russischen Kommission zur Feststellung der in Artikel III des Friedensvertrages von Brest-Litowsk vom 3. 3. 1918 vereinbarten Grenzlinie« in PA, D 131 Bd. 39 Bl. 59/66.)

gebieten ab. In einem Funkspruch vom 26. April an das AA stellte Čičerin fest, daß auf Grund des deutschen Vorrückens von einem Friedenszustand, wie ihn der Brester Vertrag festgesetzt habe, nicht die Rede sein könne. Der sowjetische Außenkommissar forderte die deutsche Regierung auf, »mit aller Bestimmtheit klarzustellen, welches die neuen Forderungen sind, derentwillen die deutsche Regierung die ukrainischen, finnischen und deutschen Truppen gegen die russische Sowjetrepublik treibt«³. Die russischen Klagen und Proteste rissen in den folgenden Wochen nicht ab. Botschafter Joffe erklärte in jenen Tagen Geheimrat Krieger, er habe Vollmacht, zum tatsächlichen Kriegszustand auch noch den rechtlichen hinzuzufügen⁴. Lenin hatte sich aber im Zentralexekutivkomitee mit der Auffassung durchgesetzt, daß kein Krieg mit Deutschland begonnen werden dürfe, sofern nicht der Bestand der sozialistischen Revolution gefährdet sei⁵. Wie Čičerin bezeugt⁶, ergriff Lenin damals selbst die Initiative zu Verhandlungen mit Deutschland, die den angehäuften Zündstoff aus dem Wege räumen sollten.

Noch aus einem anderen Grunde war den Bolschewisten daran gelegen, mit Deutschland zu einem *modus vivendi* zu gelangen. Der Sowjetstaat führte in den Sommermonaten 1918 einen scharfen Kampf gegen die Hungersnot im Lande. In einem großen Teil ihrer Reden und Dekrete beschäftigten sich die Sowjetführer mit dem Problem, wie aus dem Land genug Lebensmittel herausgeholt werden könnten, um die Städte vor dem Hungertod zu retten. Die Grausamkeit des »Roten Terrors«, der in jenen kritischen Tagen seinen Höhepunkt erreichte, erklärt sich daraus, daß die Sowjetrepublik in einer von Hungerrevolten angespannten Atmosphäre um ihre nackte Existenz kämpfte. In den sog. Maidekreten vom 9. bis 27. Mai wurde die »Lebensmitteldiktatur« verkündet⁷. Die Nahrungsmittelbeschaffung war aber wegen der Besetzung der Ukraine durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen nicht mehr ein rein innerrussisches Problem; seine Lösung gehörte auch in die Sphäre der Diplomatie und mußte in Verhandlungen mit Deutschland gefunden werden.

³ Dokumenty I 269 ff., Note Čičerin an AA, Moskau 1918 IV 26.

⁴ Rede Kriegers vor den Bevollmächtigten des Bundesrates, Berlin 1918 VIII 29 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 200 ff.). Vgl. Erzberger im IFA am 9. Juni: »Joffe hat die Ermächtigung jeden Tag die Beziehungen mit Deutschland abubrechen.« (IFA II 374.)

⁵ S. o. S. 38 ff.

⁶ »Auf Empfehlung von Vladimir Il'ič wandte sich unsere Regierung an die deutsche Regierung mit dem Hinweis auf die bevorstehende unerträgliche Lage und mit dem Vorschlag neuer Verhandlungen. So wurde der Anfang für die Verhandlungen gemacht, die im August mit den Ergänzungsverträgen mit Deutschland und dem Beginn der Evakuierung der besetzten Gebiete durch die Deutschen endete. Vladimir Il'ič verfolgte alle Wendungen dieser Verhandlungen, verband zeitweilige Zugeständnisse mit Standhaftigkeit in den Fällen, in denen man den außerordentlichen Forderungen der gegnerischen Seite eine Schranke setzen mußte.« (Čičerin, Stat'i 277/8.) – Auch Helfferich spricht in seinen Memoiren von einer russischen Initiative zu den Verhandlungen. (Helfferich III 450.)

⁷ S. Rosenfeld 102; Chamberlin II 43.

Die Aufnahme von Verhandlungen entsprach aber auch einem deutschen Bedürfnis. Staatssekretär Kühlmann hatte die OHL wiederholt auf die Gefahren eines über die Brester Grenzen hinausgehenden deutschen Vormarsches hingewiesen⁸; dadurch werde die Stellung der Bolschewisten im Innern nur in Frage gestellt. Da diese aber die einzige Partei seien, die auf dem Boden des Brester Vertrages stände, müsse Deutschland auf ihre Lage Rücksicht nehmen. Indirekt sprach bei diesen Warnungen auch das Widerstreben des AA mit, sich von den Militärs die Politik im Osten diktieren zu lassen.

Neben diesen Motiven stand noch ein anderer Faktor, der Verhandlungen mit Sowjetrußland erheischte. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk hatte das endgültige Schicksal von Estland und Livland in der Schwebe gelassen. Nachdem Kühlmann eingesehen hatte, daß der Forderung auf Anschluß dieser Länder an das Deutsche Reich von ihm kein wirksamer Widerstand entgegenzusetzen war⁹, konnte es ihm nur noch darauf ankommen, die beiden Länder auf diplomatischem Wege ohne Verletzung des Brester Friedens, d. h. also durch Verhandlungen mit Sowjetrußland aus dem russischen Staatsverband zu lösen. Zunächst versuchte Kühlmann, den Vereinigten Landesrat von Estland und Livland zur Durchsetzung seiner Anschlußbestrebungen direkt an die russische Regierung zu verweisen¹⁰. Am 13. Mai erschienen Vertreter der baltischen Provinzen bei Joffe in Berlin, um ihm eine Note zu übergeben. Darin teilten sie mit, daß die Bevölkerung Livlands und Estlands durch die Erklärung ihrer Vertretungen vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch gemacht und die Loslösung von Rußland vollzogen hätten. Joffe weigerte sich, die Note entgegenzunehmen, und verwies die Abordnung auf den Weg einer direkten Mitteilung nach Moskau oder auf die Vermittlung des deutschen AA¹¹. Die Abordnung wählte den zweiten Weg, und das AA erklärte sich bereit, die Note der baltischen Vertreter an den russischen Botschafter amtlich weiterzuleiten¹². In seiner Antwort¹³ an den Staatssekretär erinnerte Joffe an den bereits früher¹⁴ erhobenen Einspruch dagegen, daß über das Schicksal Estlands und Livlands ohne vorheriges Einvernehmen mit der russischen Regierung entschieden werden könne. Er sprach außerdem der baltischen Dele-

⁸ S. o. S. 140, 165.

⁹ S. o. S. 68/9.

¹⁰ Telegrammentwurf AA an Berckheim, Berlin 1918 V 5 (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 15 Bl. 42). – Fischer schreibt unscharf (813), daß die Vertreter des Vereinigten Landesrates, »gedrängt von Ludendorff«, versuchten, von Joffe selbst die Loslösung von Estland und Livland bestätigt zu bekommen. Die OHL wünschte vielmehr, daß das AA die Verhandlungen mit Rußland über die Frage der Lostrennung Livlands und Estlands von Rußland in die Hand nehme und diese Verhandlungen nicht den baltischen Vertretern überlasse. (Vgl. Hülsen an AA, Berlin 1918 V 7. PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 15 Bl. 42.)

¹¹ Dokumenty I 323. Vgl. Schultheß 1918 II 428/9. Vgl. auch Kühlmanns Äußerungen vor Vertretern der Mehrheitsparteien am 19. Juni (IFA II 382/3).

¹² Note Kühlmann an Joffe, Berlin 1918 V 18 (PA, Fi 1 Bd. 11).

¹³ Dokumenty I 321 ff., Note Joffe an Kühlmann, Berlin 1918 V 26. S. auch Anm. 11.

¹⁴ Dokumenty I 263, Note Joffe an Kühlmann, Berlin 1918 IV 24.

gation, die er als »Vertreter der estländischen und livländischen Ritterschaft« bezeichnete, das Recht ab, im Namen des estnischen und lettischen Volkes zu sprechen. Unter voller Wahrung dieses Standpunkts habe er seiner Regierung die ihm vom AA zugestellten Schriftstücke übermittelt.

Zu diesen politischen Faktoren, die Verhandlungen mit Rußland geboten erscheinen ließen, trat der allgemeine Wunsch deutscher Wirtschaftskreise, jetzt nach Friedensschluß die durch den Krieg unterbrochenen Handelsbeziehungen mit Rußland wiederaufzunehmen. Die Handelskammern großer Städte und verschiedene Handelsverbände wandten sich an die deutsche Regierung mit der dringenden Bitte, den Wirtschaftsverkehr mit Rußland zu erneuern¹⁵. Besonders weittragend versprach die Initiative der deutschen Schwerindustrie zu werden. Am 16. Mai versammelten sich im Düsseldorfer Stahlhof auf Einladung des Kruppdirektors Bruhn die Spitzen der deutschen Schwerindustrie, um über den Wirtschaftsverkehr mit Rußland, der Ukraine, dem Balkan und den Randstaaten zu beraten¹⁶. Anwesend waren 15 Führer der bedeutendsten deutschen Eisen- und Stahlkonzerne, darunter August Thyssen, Hugo Stinnes, Kirdorf, Hugenberg, Klöckner und Röchling. Man wies in der Versammlung auf das Eindringen des englischen und amerikanischen Kapitals in Rußland hin und empfahl als Gegenzug drei Maßnahmen, um der anglo-amerikanischen Konkurrenz entgegenzuwirken: »Wahrung des politischen und militärischen Übergewichts Deutschlands vor allen anderen feindlichen und verbündeten Staaten« neben »einer zielbewußten Führung der verkehrs- und handelspolitischen Geschäfte und . . . einer möglichst tiefgreifenden finanziellen Durchdringung Rußlands«. Die bisherigen Friedensschlüsse hätten nicht gezeigt, daß die politische Stellung des Deutschen Reiches in den östlichen Gebieten genügend verankert werde. Man forderte, »daß eine dauernde militärische Besetzung der europäischen Zufuhrstraßen nach dem Norden Rußlands durch Deutschland und seine Verbündeten erfolge«. Es müsse angestrebt werden, daß die Murmanküste sowie die Inseln der Ostsee, in erster Linie Oesel, die Aalandinseln und auch Finnland selbst in deutsche militärische Gewalt gebracht würden¹⁷. Für die »wirtschaftliche Erschließung der Ostgebiete« wurden als Anlaufsumme 2 Milliarden Mark für nötig gehalten, die zu 95 Prozent

¹⁵ Ausführlicher dazu Brjunin 206/7.

¹⁶ Obwohl nach Brjunin (204) ein Protokoll der Sitzung ans AA abging, ist es unter den Akten nicht zu finden. Teilabdruck in Arch. Forsch. IV 1354/5. Der ausgelassene Teil als Faksimile bei Norden 128/9. Dazu Brjunin 204; Fischer 759 ff.; Rosenfeld 80/1; Norden 128 ff.

¹⁷ Die politischen Ostvorstellungen der Vertreter der deutschen Schwerindustrie deckten sich also im allgemeinen mit den Absichten der OHL, sie gingen aber weit über die Konzeption des AA hinaus. Dieser Unterschied muß besonders betont werden, da schließlich das AA durch den Abschluß des Ergänzungsvertrages mit seiner Absicht in dieser Beziehung durchdrang. Eine dauernde Besetzung der Aaland-Inseln war wegen der Gefahr, sich mit Schweden zu verfeinden, für das AA nicht diskutabel. Ebenso bezweckte die im Ergänzungsvertrag beschlossene Aktion gegen die Murmanküste nur die Vertreibung der Ententestreitkräfte, die dabei zu besetzenden Gebiete waren nach dem allgemeinen Frieden wieder zu räumen.

durch öffentliche Anleihen aufgebracht werden sollten; das Reich hätte dabei die Sicherung zu übernehmen.

Am 25. Mai schlug Bruhn in einem Schreiben an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes eine Besprechung im engsten Kreis von Vertretern der Schwerindustrie, der Großbanken, zuständiger Reichsressorts und der OHL vor^{17a}. Daraufhin fand am 4. Juni eine Konferenz im Reichswirtschaftsamte unter Vorsitz des Freiherrn von Stein statt^{17b}. Für die Großbanken waren Vertreter der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft und des Bankhauses Warburg, für die Schwerindustrie Vertreter der Firma Krupp, der Phönix-Eisenwerke und des Stinneskonzerns erschienen. Die Konferenz beschloß die Gründung eines Syndikats, das sich in erster Linie Einfluß auf die russischen Verkehrsbetriebe verschaffen sollte. Ferner wurde eine Beteiligung an Bergwerks-, Industrie- und Baumwollunternehmen und die wirtschaftliche Durchdringung der Rohstoffgebiete in Aussicht genommen. Als Grundkapital des rein privaten Unternehmens sah man zunächst 100 Millionen Mark vor, die je zur Hälfte von den Banken und der Industrie aufgebracht werden sollten. Die Art der Unterstützung von seiten des Reiches wurde noch offengelassen. Zunächst nahm man auf Anregung des Kriegsministers von Stein den Plan an, eine »Wirtschaftsstelle« bei der deutschen Vertretung in Moskau einzurichten. Als Leiter dieser Stelle fuhr noch im Juni der frühere Handelssachverständige an der deutschen Botschaft in Petersburg, Dr. List, nach Moskau.

Das auf der Konferenz vom 4. Juni geplante Syndikat wurde alsbald gegründet. Eine Wirkung konnte es aber nicht mehr ausüben, weniger weil der militärische Zusammenbruch Deutschlands einige Wochen nach seiner Bildung alle Hoffnungen in den Wind streute¹⁸, sondern einfach weil die Voraussetzungen dazu wegen des völlig darniederliegenden Wirtschaftslebens in Rußland fehlten oder zumindest durch die in Berlin angebahnten Verhandlungen zunichte gemacht wurden. Daß man auf deutscher politischer Seite für die Betätigung der deutschen Wirtschaftskraft in Großrußland keine reichen Aussichten sah, zeigt eine Besprechung Berliner Regierungsressorts, die etwa gleichzeitig mit der Düsseldorfer Tagung

^{17a} S. Fischer 761; Norden 129.

^{17b} S. Fischer 761/2; Rosenfeld 90/1; Brjunin 205; Norden 131/2.

¹⁸ Diesen Tatbestand von sekundärer Bedeutung gibt Fischer (763) als einzigen Grund für das Scheitern des Projekts an. Seine einseitige Perspektive, welche die Voraussetzungen auf russischer Seite unberücksichtigt läßt, führt in diesem Fall zu einem Zerrbild. Wenn Fischer weiter schreibt, die Episode des Rußlandsyndikats sei von historischer Bedeutung gewesen, »da sie – greifbar wie nie zuvor – ein Licht auf die Intentionen, die Dynamik und die enge Zusammenarbeit der *wirtschaftlich und politisch* führenden Kräfte Deutschlands im Ersten Weltkrieg wirft«, so ist diese Beurteilung erst recht irreführend; denn sie geht daran vorbei, daß gerade die »politisch führenden Kräfte Deutschlands« (das AA) eine Entfaltung des Syndikats durch den Abschluß des Ergänzungsvertrages mit allen seinen wirtschaftlichen Folgen unmöglich machten, wie noch zu zeigen sein wird. (S. u. S. 268, 279, 286.) – Daß alle deutschen Pläne zur wirtschaftlichen Durchdringung Rußlands nicht auf realem Boden gegründet waren, ist m. W. bisher nur in der marxistischen Geschichtsschreibung erkannt worden. (S. Achtamzjan 114.)

stattfand. Am 11. Mai lud das AA zuständige Reichsämter und militärische Stellen zu einer Konferenz ein, die eine deutsche Einflußnahme auf das Verkehrswesen in Rußland besprechen sollte¹⁹. In dem Einladungsschreiben heißt es, daß in dieser Beziehung mit der russischen Regierung bereits insofern eine gewisse Fühlungnahme bestehe, als Mitglieder des russischen Volkswirtschaftsrates an einen deutschen Unternehmer mit der Frage herangetreten seien, ob ihnen nicht Personen überlassen werden könnten, um die russischen Eisenbahnen zu reorganisieren. Was die Art der deutschen Betätigung angehe, so würde es sich im wesentlichen um Lieferung von Kapital, Material und Organisations- und Baupersonal handeln. An allem diesen werde bei dem Riesenbedarf, der sich im Inlande voraussichtlich nach dem Krieg geltend machen würde, in den nächsten Jahren wahrscheinlich kein großer Überfluß für das Ausland zur Verfügung stehen. Es handle sich aber doch um »eine Aufgabe von ganz hervorragender wirtschaftlicher, politischer und auch strategischer Bedeutung, um werbende Anlagen, die uns durch Erleichterung der Rohstoffzufuhr Gewinne zur Verzinsung unserer Kriegsschulden bringen sollen«.

Am 15. Mai fand im AA unter Vorsitz des Freiherrn von dem Bussche die Besprechung über Finanzierung der russischen Eisenbahnen statt²⁰. Zugegen waren Vertreter des AA, des Reichsschatz- und Reichswirtschaftsamtes, der Reichsbank, des Kriegsministeriums, des Ministers für die öffentlichen Arbeiten, des Staatsministers Helfferich, der OHL und des Feldeisenbahnchefs. Von seiten des Reichswirtschafts- und Reichsschatzamtes wurden in der Konferenz sogleich Bedenken angemeldet, »ob eine erhebliche Beteiligung an den großrussischen Bahnen nicht die Kraft des deutschen Kapitals übersteigen würde«, und bedeutet, es werde sehr schwer sein, Reichsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Vertreter des Ministers der öffentlichen Arbeiten wiesen ebenfalls darauf hin, daß bei der Reorganisation der russischen Bahnen mit einer wesentlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie hinsichtlich der Lieferung von Material nicht gerechnet werden könne, da das eigene Eisenbahnmaterial infolge der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes und der gesteigerten Inanspruchnahme auf das äußerste angespannt sei. Der Vertreter Helfferichs machte dazu den weitreichenden Vorschlag, die russischen Werkstätten und eventuell nach Friedensschluß auch ausländische Unternehmen mit heranzuziehen. Am Schluß der Beratung wurde festgestellt: Es herrsche Einverständnis über die Notwendigkeit, sich möglichst weitgehenden Einfluß auf die ukrainischen und finnischen Bahnen zu sichern; für Großrußland sei die Übernahme einer Majorität an den gesamten Eisenbahnen wegen der Größe des Objekts wahrscheinlich ausgeschlossen; die notwendigen Organisationen und Geldmittel müßten durch private Initiative geschaffen werden.

¹⁹ Schreiben Bussche, Berlin 1918 V 11 (PA, Ru 97a Bd. 14).

²⁰ Protokoll der Besprechung in PA, Ru 97a Bd. 14. – Das Protokoll wie das Schreiben in Anm. 19 werden von Fischer nicht erwähnt. Bei einer aktenmäßigen Darstellung der deutscherseits geplanten »wirtschaftlichen Erfassung« Rußlands dürfen aber solche aufschlußreichen Akten nicht übergangen werden.

Bald darauf wurde von der Disconto-Gesellschaft eine »Eisenbahnstudiengesellschaft« gegründet, die in das inzwischen geschaffene Syndikat gebracht werden sollte²¹. Aber auch in diesem Fall war man sich wohl der Tatsache – die schon Riezler bei der deutschen Gesandtschaft Ende April festgestellt hatte – nicht klar bewußt, daß die deutschen wirtschaftlichen Bestrebungen, die eine kapitalistische Wirtschaftsordnung voraussetzten, in »schreiendem Gegensatz« zur Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung standen. Riezler hatte darauf hingewiesen, die gesamte Politik der Bolschewisten führe auf die radikale Zerstörung gerade dieser Ordnung hinaus und könne von ihnen »vielleicht in einigen Punkten gemildert, aber ohne Selbstmord nicht in der Grundtendenz aufgegeben werden«²².

Mit diesem Urteil hatte der deutsche Botschaftsrat nach nur einigen Tagen Aufenthalt in Moskau den Nagel auf den Kopf getroffen. Kurz zuvor war nämlich von der Sowjetregierung eine bedeutsame wirtschaftspolitische Maßnahme ins Werk gesetzt worden. Es handelte sich um die Einführung des staatlichen Außenhandelsmonopols. Dadurch wurde jeder Eingriff von seiten des ausländischen (und auch russischen) Kapitals in das russische Wirtschaftsleben auf dem Wege des Außenhandels unmöglich gemacht. Es war dies ein wichtiger Schritt in dem seit der Novemberrevolution begonnenen Prozeß der Nationalisierung der gesamten Wirtschaft Rußlands, ein Prozeß, der, wie bei dem abschließenden Dekret vom 28. Juni noch zu zeigen sein wird, in enger Wechselbeziehung mit der außenpolitischen Lage Sowjetrußlands stand²³.

Auch fand Riezlers Bemerkung, daß die Wirtschaftspolitik der Bolschewiki »in einigen Punkten gemildert werden« könne, einige Wochen später ihre volle Bestätigung. Seit dem Abschluß des Brester Friedens ging nämlich die Sowjetregierung daran, Pläne zur Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowohl mit den Zentralmächten wie auch mit den alliierten und neutralen Ländern auszuarbeiten. Man muß diese Pläne in den Gesamtbereich der Außenpolitik Sowjetrußlands in jenen Monaten stellen²⁴, um zu erkennen, daß sie zunächst einmal weniger zum Zweck sofortiger Verwirklichung geschaffen wurden, als vielmehr um die Atempause zu verlängern, die das Regime zur Erhaltung seines Bestandes und zum Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande brauchte. Lenin, der ein fein ausgebildetes psychologisches Verständnis für das Wirken der Kräfte im kapitalistischen Wirtschaftssystem hatte, gelang es, sich diese Atempause auch durch den Köder wirtschaftlicher Konzessionen, den er besonders Deutschland und Amerika entgegenstreckte, zu verschaffen.

Als Anfang Mai der amerikanische Agent Robins von seiner Regierung abberufen

²¹ Rosenfeld 91.

²² Protokoll einer Besprechung zwischen Riezler und anderen Gesandtschaftsmitgliedern, Moskau 1918 IV 28 (PA, Ru 71 Bd. 66).

²³ Über die Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems nach der Novemberrevolution s. die Darstellung von Ljaščenko III 16 ff.

²⁴ S. o. S. 29 ff.

wurde, brachte er ein ihm von Lenin überreichtes Schriftstück mit dem Titel »Russisch-amerikanische Handelsbeziehungen« nach Amerika mit²⁵. Das Memorandum war in geschickter Weise auf die amerikanische Adresse zugeschnitten. Im dritten Punkt wurde darauf hingewiesen, daß sich Deutschland zwar durch den Brester Vertrag die Meistbegünstigungsklausel gesichert habe, von diesem Vorteil aber wegen seiner kriegsbedingten Schwierigkeiten kaum Gebrauch machen könne. Seine Erschöpfung mache es Deutschland unmöglich, den russischen Markt in den nächsten Jahren zugunsten seiner Industrie zu erfassen. Die vor dem Krieg in der russischen Ausfuhr führende Rolle Deutschlands könne nur durch die Vereinigten Staaten wahrgenommen werden. Im Schlußabschnitt des Dokuments wurde amerikanische Beteiligung am Bau von Kraftwerken am Volchov und Svir, an der Entwicklung des Wasserstraßennetzes im Donecbecken, dem Bau des Volga-Don-Kanals sowie der Anlage von Bergwerken und Eisenbahnen im Fernen Osten vorgeschlagen.

In jenen Tagen wandte sich Lenin auch an die Berliner Adresse, wobei er den Deutschen denselben Köder wirtschaftlicher Konzessionen vorhielt. Daß es sich wieder in erster Linie darum handelte, die vielberufene Atempause zu sichern, wird sowohl von damaligen Sowjetführern wie in der heutigen sowjetrussischen Geschichtsschreibung zugegeben. So berichtet Čičerin in seinen Erinnerungen, es sei zu jener Zeit die Hauptaufgabe der diplomatischen Tätigkeit in Berlin gewesen, »die deutschen Geschäftskreise zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetrepublik zu interessieren«²⁶. Radek führte später die Konzessionen, die im Sommer 1918 den kapitalistischen Ländern in Aussicht gestellt wurden, auf den Zwang für das sozialistische Rußland zurück, neben kapitalistischen Ländern leben zu müssen: »Solange in allen wichtigsten Staaten das Proletariat nicht gesiegt hat, ... solange neben proletarischen kapitalistische Staaten existieren, solange werden sie genötigt sein, Kompromisse zu schließen, solange wird es weder einen reinen Sozialismus noch einen reinen Kapitalismus geben, sondern, territorial voneinander abgegrenzt, werden sie sich auf den eigenen Staatsgebieten Konzessionen machen müssen.«²⁷ In einer der neuesten sowjetrussischen Darstellungen der deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918 heißt es, die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland habe »eine große Bedeutung für die Verlängerung der Atempause – die Hauptsorge der Sowjetregierung in der ganzen Brester Periode« gehabt²⁸.

²⁵ Das auf den 12. Mai datierte Memorandum ist abgedruckt in Dokumenty I 286 ff. und bei Cumming/Pettit 204 ff. Es ist ausführlich besprochen bei Kennan, Decision 217 ff.

²⁶ Čičerin, Stat'i 279. Čičerin fährt in seinen Erinnerungen fort: »Genosse Joffe, der diese Politik glänzend durchführte, wies die deutschen Geschäftskreise darauf hin, daß, wenn sie Rußland zu einer zweiten Ukraine machten, sie es dann in eine Wüste verwandeln und sich selbst aller jener Vorteile berauben würden, die ihnen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der aufblühenden Sowjetrepublik geben könnte.«

²⁷ Radek, Politik 39.

²⁸ Kobljakov 10. S. auch Achtamzjan 142.

In einer Aufsatzreihe, die in der Pravda vom 9. bis 11. Mai veröffentlicht wurde, rechtfertigte Lenin gegenüber den Gegnern im eigenen Lager seine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern²⁹. Mit Nachdruck verfocht er den Gedanken, daß Sozialismus undenkbar sei ohne großkapitalistische Technik: »Solange in Deutschland die Revolution noch mit ihrer ›Geburt‹ säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn *mit aller Kraft* zu übernehmen, keine *diktatorischen* Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.«

Lenin ließ in jenen Tagen seinen Handelskommissar Bronskij einige Thesen zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern ausarbeiten³⁰, die von diesem am 15. Mai der deutschen Gesandtschaft in einer Besprechung vorgelegt wurden³¹. In den Thesen heißt es, daß Rußland zur Wiederaufrichtung seiner Volkswirtschaft ebenso auf die Erneuerung des Wirtschaftsverkehrs mit den Zentralmächten wie auf die Fortführung und Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Entente angewiesen sei. Zur Deckung der im Brester Frieden übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Zentralmächten werde Rußland eine Anleihe aufnehmen, wobei die Gesamtsumme der Verpflichtungen in eine Staatsschuld umgewandelt werden solle. Die Zinszahlung werde teilweise in Form von Lieferungen land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, teilweise in Goldabgabe vor sich gehen. Zur Sicherung der Schuld wie zur Deckung des Ankaufs der notwendigsten Produkte in Deutschland – die zur Wiederherstellung der russischen Volkswirtschaft nötig seien – wurde vorgeschlagen, gewisse Konzessionen zur Ausnutzung russischer Naturschätze abzugeben. Die Konzessionsbedingungen sollten sich – eine wichtige Voraussetzung! – im Rahmen der bestehenden Sozial- und Handelsgesetzgebung bewegen, wobei dem Staat ein gewisser Anteil an der Ausbeutung, am Gewinn und an der Kontrolle vorbehalten bleiben müsse. Die Konzessionen selbst könnten auf folgenden Gebieten erteilt werden: in der Erdölförderung, im Eisenbahnbau, in der Nutzbarmachung landwirtschaftlicher

²⁹ Die Aufsätze sind unter dem Titel »Über ›linke‹ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit« abgedruckt in Lenin, Werke XXVII 317 ff.; das folgende Zitat ebenda 333.

³⁰ Brief Lenin an Bronskij, 1918 V 14 (Leninskij Sbornik XXI 245). – Die Herausgeber des Sbornik schreiben in einer Anmerkung zu diesem Brief, daß die Thesen in deutscher Sprache ausgearbeitet wurden. – Vgl. auch Čičerin, Stat'i 279. – Zu den Handelsbeziehungen Sowjetrußlands im Jahre 1918 mit anderen Ländern (außer Deutschland) s. Dokumenty I 717/8.

³¹ Die Thesen, mit Erläuterungen Bronskijs, etwas gekürzt abgedruckt in Dokumenty I 673 ff. Mirbach telegraphierte sie noch am selben Tage nach Berlin (PA, D 131 Bd. 38 Bl. 171/2). Wohl wegen der Länge des Textes wurden Bronskijs aufschlußreiche Erläuterungen nicht mittelegraphiert. Durch ein Versäumnis der Gesandtschaft gelangten sie auch nicht in einem späteren schriftlichen Bericht dem AA zur Kenntnis. Die offene Sprache Bronskijs hätte auf der deutschen Seite – die in Berlin von Joffe nur rosige Schilderungen über die wirtschaftliche Lage Rußlands erhielt – sicherlich ernüchternd gewirkt.

Bezirke, der Düngemittelproduktion und dem Goldbergbau. Als Vorbedingungen zur Erteilung dieser Konzessionen wurden noch im einzelnen aufgeführt: vollständige Nichteinmischung Deutschlands in die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands sowie in die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands mit der Ukraine, Polen, den baltischen Provinzen und dem Kaukasus; Anerkennung der Nationalisierung des Außenhandels und der Banken; Garantie der Erzlieferung aus Krivoj Rog und Kaukasus, und zwar mindestens der Hälfte der Produktion; und schließlich Grenzregulierung zwischen der Ukraine und dem Dongebiet³².

Diese von Bronskij vorgetragene These konnten wegen ihres allgemeinen Charakters (im Unterschied dazu waren die Konzessionsangebote an die Vereinigten Staaten präziser) kaum eine Grundlage für ernste Verhandlungen bilden. Lenin hatte in erster Linie darin nur ein Mittel gesehen, um das Interesse der deutschen Geschäftswelt zu erregen und die »Militärpartei« in Deutschland zu überzeugen, daß die Wiederaufnahme des Krieges gegen Rußland jegliche wirtschaftliche Aussichten Deutschlands im Osten zunichte machen würde. Mit ganz erstaunlichem Scharfsinn erkannte Lenin damals die Labilität des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland: »Einerseits die bürgerliche imperialistische Mehrheit des deutschen Parlaments, die besitzenden Klassen Deutschlands, ... [die] es vorziehen, auf dem Boden des Brester Vertrags zu bleiben, allerdings ohne ... darauf zu verzichten, ihn zu verbessern«, andererseits die »extreme

³² In den erläuternden Bemerkungen zu den Thesen zeichnete Bronskij ein trauriges Bild des durch Krieg und Revolution zusammengebrochenen russischen Wirtschaftslebens, wohl um die ausgedehnten Betätigungsmöglichkeiten für Deutschland aufzuzeigen. Er ließ es aber auch nicht an einer deutlichen Warnung fehlen. Rußland als neutrales Land befinde sich im Übergang zur Friedenswirtschaft, während Deutschlands Wirtschaft noch nach den Bedürfnissen des Krieges ausgerichtet sei. Dieser Unterschied könne die Aufnahme eines normalen Wirtschaftsverkehrs erschweren. »Wenn Deutschland die Erneuerung der Handelsbeziehungen dazu benutzen will, um aus Rußland alles Mögliche für seine Kriegswirtschaft herauszuholen, dann kann von normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland schließlich nicht die Rede sein.« Es liege jedoch nicht im deutschen Interesse, den Wirtschaftsapparat Rußlands noch weiter zu zerstören. Wenn die Vertreter der deutschen Regierung dieser Meinung seien, könne ein *modus vivendi* gefunden werden. – Einige Wochen später sah sich Bronskij genötigt, Verdrehungen seines Vortrages vom 15. Mai in einem Artikel in den *Izvestija* (1918 VII 4, »Zur Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Deutschland«) zurückzuweisen. Er verteidigte seinen Standpunkt, auch Gold an Deutschland zu liefern, weil dadurch weniger Warenabgaben an Deutschland nötig würden. Außerdem wies er auf die Bedeutung der Nationalisierung des Außenhandels (s. o. S. 278/9) hin. »Sie schützt unser Land vor der Ausfuhr der für uns selbst nötigen Rohstoffe, so daß wir auf diese Weise von wirtschaftlicher Erschöpfung verschont bleiben.« Des weiteren ging Bronskij nochmals auf die Vergabe von Konzessionen ein. Diese würden nur in den Produktionszweigen gegeben werden, »die von den russischen Produktivkräften noch nicht erfaßt sind. Andererseits hatten wir dabei die Absicht, die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern... Indem wir Konzessionen erteilen, können wir uns in gewissen Grenzen der ausländischen Produktionsmittel bedienen und ihre technischen und erzieherischen Erfahrungen ausnützen.« Die Bedingungen müßten sich im Rahmen der in Rußland bestehenden Sozial- und Handelsgesetzgebung bewegen.

Kriegspartei«, die jeden Augenblick einen Umschwung der Politik in ihrem Interesse (d. h. einer Politik, die zum Sturz der Bolschewisten führen würde) heraufbeschwören könne³³.

Lenin hatte das Mittel wirtschaftlicher Konzessionen zur rechten Zeit in die richtige Waagschale geworfen. Das AA in Berlin konnte dem Großen Hauptquartier in Spa die russische Verhandlungsbereitschaft als Beweis für die Loyalität der bolschewistischen Regierung, die Ludendorff stets in Zweifel zu setzen geneigt war, vorhalten. In der großen ostpolitischen Denkschrift von Anfang Mai³⁴ hatte das AA der OHL gegenüber die Überzeugung ausgedrückt, daß die Sowjetführer »als jüdische Geschäftsleute« bald von ihren sozialistischen Theorien zugunsten »einer gewinnbringenden Praxis in Handel und Verkehr« ablassen würden. Was konnte geeigneter erscheinen, diese Überzeugung zu bestätigen, als die Aufforderung der Sowjetregierung an das kapitalistische Deutschland, bei der Entwicklung des russischen Wirtschaftslebens mitzuwirken? Über die mit diesem Angebot nicht recht in Einklang zu bringende Bedingung einer »Nichteinmischung Deutschlands in die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands« mochte man dabei hinwegsehen. Kühlmann benutzte das russische »Entgegenkommen« Ludendorff gegenüber sogar dazu, von ihm die Einstellung weiterer militärischer Aktionen im Dongebiet und am Ostufer des Schwarzen Meeres zu fordern. Sonst wäre die auch von der OHL gewünschte »wirtschaftliche Ausnutzung Rußlands«³⁵ in Frage gestellt³⁶.

Ludendorffs Reaktion auf die russischen Vorschläge zeigt, daß er nicht geneigt war, den Sowjets in dem vom AA gewünschten Sinne entgegenzukommen. Am 28. Mai legte er seine Ansichten dazu in einem Fernschreiben nieder³⁷. Sowohl für die deutsche Kriegs- als auch die deutsche Friedenswirtschaft hielt er es von ausschlaggebender Bedeutung, daß Deutschland die russische Ausfuhr an sich ziehe und sich im russischen Wirtschaftsleben festsetze. Dies würde dadurch erleichtert, daß Deutschland die Ausfuhrhäfen Rußlands, »ausgenommen Archangelsk und die sibirische Bahn«, beherrsche. »Diese Ziele«, fuhr er fort, »werden wir durch militärisches und politisches Entgegenkommen³⁸ nicht erreichen. Vielmehr müssen wir Rußland, das nie unser Freund werden wird, schwächen und *durch Zwang an uns ketten*³⁹. Wir müssen die schwächeren Randstaaten aber *stärken*⁴⁰ und von uns wirtschaftlich abhängig machen.« Auf die russischen Vorschläge eingehend, hielt es Ludendorff für unzulässig, daß die nach These 1 geplanten

³³ Lenin, Werke XXVII 364.

³⁴ S. o. S. 73 ff. und Dokument 1 im Anhang.

³⁵ So Ludendorff in einem Schreiben an Helfferich, Spa 1918 V 3 (Arch. Forsch. IV 1333/4).

³⁶ Kühlmann an Lersner, Berlin 1918 V 18 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16).

³⁷ Berckheim an AA, Spa 1918 V 28 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 134).

³⁸ Von Kühlmann mit dem Vermerk versehen: »Das ist eben die Frage.« Die Unterstreichung stammt von Kühlmann.

³⁹ Kühlmann dazu: »Wie macht man das?«

⁴⁰ Von Kühlmann mit einem Fragezeichen versehen.

wirtschaftlichen Beziehungen mit der Entente nennenswerten Umfang gewinnen würden. »Auf *diesem* Gebiete dürfen wir den Russen keine Konzessionen machen.« Ebenso wenig könne Deutschland auf die Beteiligung an den Verhandlungen Rußlands mit den rohstoffreichen Randstaaten (Ukraine, Polen, Baltenländer, Kaukasus) verzichten. Hingegen seien die in den übrigen Thesen genannten Pläne ganz im deutschen Sinne.

Kühlmann forderte Ende Mai die OHL noch einmal auf, den deutschen Truppen im Osten »größte Zurückhaltung« zur Pflicht zu machen⁴¹. Es klang wie eine Anschuldigung, als Kühlmann darauf hinwies, die deutschen Truppen ständen an den »fraglichen Stellen« auf einem Gebiet, das nicht mehr unter den Brester Vertrag oder das ukrainische Hilfsbegehren falle. Die OHL müsse einsehen, daß wegen »lokaler Interessen« der Brester Frieden nicht gefährdet werden dürfe, »zumal [die] in Aussicht genommenen Kommissionsberatungen [die] erwünschte Bereinigung der wichtigsten Streitfragen erhoffen lassen«.

Die Russen hatten nämlich inzwischen auch die Beratung politischer Fragen ange-regt. In einer Note vom 22. Mai bezeichnete die Sowjetregierung folgende Punkte als Verhandlungsgegenstände: 1. die Lage im Kaukasus; 2. die Lage auf der Krim; 3. der Verlauf der Demarkationslinie; 4. die politische Lage in Estland und Livland; 5. die Frage der Kriegsgefangenen; 6. die Prinzipien der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen⁴². Als Verhandlungsort wurde von russischer Seite mehrfach Moskau vorgeschlagen. Kühlmann weigerte sich aber entschieden, an einem anderen Ort als Berlin zu verhandeln⁴³. Der Grund dafür lag darin, daß der Staatssekretär, der bisher fast die ganzen Monate des Jahres 1918 mit Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest zugebracht hatte, sich von der Reichshauptstadt nicht entfernen wollte, um nicht die Führung der laufenden außenpolitischen Geschäfte aus der Hand geben zu müssen. Da erneute Verhandlungen mit den Russen sehr langwierig zu werden schienen, wollte er in den entscheidungsreichen Sommermonaten nicht außerhalb des Zentrums der politischen Aktivität sein. Der Kaiser als oberste Spitze des Reiches vermied es ohnehin schon, sich in Berlin aufzuhalten. Die meiste Zeit weilte er in Spa. Und auch der Reichskanzler hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, für längere Zeit ins Große Haupt-

⁴¹ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 V 27 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 15).

⁴² Dokumenty I 315/6. – Die Antwortnote der deutschen Regierung, in der Einverständnis zur Beratung der 6 Punkte ausgesprochen und als weiterer Punkt der Verhandlungen die Lage im Murmangebiet vorgeschlagen wurde, in einer Telegrammabschrift AA an Mirbach, Berlin 1918 VI 3 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 213). Die Russen schlugen im Juni als 8. Verhandlungsgegenstand die Behandlung der beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe und militärischen Vorräte vor. (S. das Programm der politischen Verhandlungen mit Rußland, undatiert. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 7.)

⁴³ Ludendorff schlug dem AA vor, Kowno in Erwägung zu ziehen, falls Čičerin nicht auf Berlin eingehe. (Berckheim an AA, Spa 1918 VI 6. PA, D 131 Bd. 39 Bl. 219.) Kowno war auch der Ort, den Ludendorff für den Aufenthalt der russischen Botschaft vorgeschlagen hatte. S. u. S. 335.

quartier zu fahren – sichtbares Zeichen dafür, wohin sich das Gravitationszentrum der deutschen Politik eigentlich verschoben hatte!

Čičerin seinerseits hatte aus ähnlichen Motiven Moskau als Verhandlungsort verlangt wie Kühlmann Berlin. Er sah sich zum erstenmal in seiner Karriere als Hauptakteur auf einem internationalen Kongreß. Man darf indes das Gewicht der einzelnen Machtfaktoren in der Sowjetregierung nicht mit den damals üblichen Maßstäben messen. Das Außenkommissariat z. B. hatte eine weitaus untergeordnetere Bedeutung als das deutsche Auswärtige Amt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Botschafter Joffe Čičerin geradezu damit bedrohen konnte, er werde eine eigene Kommission in Berlin bilden und die Verhandlungen mit den Deutschen beginnen, wenn er – Čičerin – nicht sofort auf den deutschen Vorschlag eingehe⁴⁴. Čičerin, der mit Recht befürchtete, daß der Schwerpunkt der außenpolitischen Tätigkeit damit nach Berlin verlagert würde, hat Joffe während der ganzen Verhandlungszeit seinen Groll bewahrt und sich von Lenin nur schwer beruhigen lassen⁴⁵.

Nach längerem Hin und Her nahmen die Russen schließlich am 2. Juni Berlin als Verhandlungsort an⁴⁶. Man kam indes im Verlauf des Monats nur zu unverbindlichen Vorverhandlungen über finanz- und rechtspolitische Fragen⁴⁷. Die seit Brest entstandenen politischen Probleme konnten wegen der scharfen Auseinandersetzung über die Schiffe von Novorossijsk noch nicht besprochen werden⁴⁸. Juli und August waren die eigentlichen Verhandlungsmonate⁴⁹. Russischerseits

⁴⁴ Bericht Lerchenfeld an Dandl (Entwurf), Berlin 1918 VI 5 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 87). – Lerchenfeld hatte diese Einzelheiten von Kriege erhalten. Das Gebaren Joffes muß Kriege imponiert haben, denn nach Lerchenfelds Bericht bezeichnete er den russischen Botschafter als einen Mann, der seine Autorität gegenüber der Regierung in Moskau zu wahren wisse.

⁴⁵ S. o. S. 41/2.

⁴⁶ Funkspruch Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VI 2 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 223/4). – Am 28. Mai hatte Čičerin an Joffe telegraphiert, daß die Forderung, in Berlin zu verhandeln, die Sowjetregierung in eine schwierige Lage bringe. »Z. B. das hier vorhandene frische Material über den Kaukasus läßt sich nicht überbringen. Die Erörterung dieser Fragen kann nicht aufgeschoben werden. Für eine in schwerem Kampf stehende Arbeiter- und Bauern-Regierung ist das zu schwer. Geben Sie sich Mühe, Moskau durchzuführen [sic].« (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 110.) – Nach einer Notiz Johannes' vom 3. Juni hatte sich die deutsche Seite anscheinend zu dem Kompromiß bereit erklärt, die wirtschaftlichen Fragen in Moskau verhandeln zu lassen. (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 202.) Es wäre reizvoll, sich auszumalen, zu welchen Ergebnissen dann die Verhandlungen gelangt wären.

⁴⁷ Nur die Frage des Gefangenenaustausches konnte inzwischen gelöst werden. S. Anm. 2.

⁴⁸ Vgl. Čičerin in seinem Rechenschaftsbericht vom 4. Juli vor dem Allrussischen Sowjetkongreß: »Die Rückkehr der Flotte nach Sevastopol' ermöglichte den gemischten Kommissionen in Berlin die Aufnahme ihrer Tätigkeit.« (Čičerin, Stat'i 38.) Dazu Bunyan 128 (Čičerin vor dem 7. Sowjetkongreß 1919 XI 6).

⁴⁹ Die Verhandlungen sind aus den Akten des AA nur lückenhaft rekonstruierbar. So scheinen Aufzeichnungen über die Besprechungen zwischen Kriege und den Russen überhaupt nicht zu bestehen. Eine wichtige Quelle sind Briefe und Niederschriften aus dem Nachlaß Stresemann, die zum größten Teil von Gatzke (67 ff.) veröffentlicht worden sind.

wurden die Verhandlungen in der Hauptsache von Joffe und Krasin geführt; dazu traten Menžinskij⁵⁰, Vorovskij⁵¹, Bucharin⁵², Sokol'nikov⁵³ und Larin⁵⁴. Die Wahl der ersteren zu Leitern der russischen Delegation muß als außerordent-

⁵⁰ Generalkonsul in Berlin.

⁵¹ Vorovskij war damals diplomatischer Vertreter seiner Regierung in Stockholm. Er sollte in Berlin in erster Linie die finnisch-russischen Verhandlungen leiten. (S. o. S. 105.) Während Joffes Abwesenheit im August führte er die Geschäfte der russischen Botschaft.

⁵² Bucharin, Sokol'nikov und Larin kamen aus *Moskau* zu den Verhandlungen. Lenin sah sich veranlaßt, Joffe vor ihrer Mitwirkung zu warnen. Sokol'nikov könne leicht »Geschirr zerbrechen... Bucharin dreimal soviel. Prenez garde!« (Leninskij Sbornik XXXVI 47, Lenin an Joffe, 1918 VI 2.) Was Lenin mit dieser Warnung meinte, geht aus einer Aufzeichnung aus dem AA über »die Stimmung der russischen Unterhändler« hervor, in der es heißt, daß »Lenin und auch Joffe zu möglichstem Nachgeben neigen, um den Frieden zu erhalten«, während die anderen drei Abgesandten »und mit ihnen ein sehr erheblicher Teil der Sowjets« der Ansicht seien, eine neue Kriegserklärung an Deutschland einem weiteren Nachgeben vorzuziehen. (Aufzeichnung, undatiert, wahrscheinlich vom 14. Juni. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 166.) – Wilhelm II. brachte der russischen Delegation aus Moskau ein ganz anders gartetes Mißtrauen entgegen. Neben das Telegramm des AA, in dem ihm die Ankunft der Russen in Berlin mitgeteilt wurde, schrieb er: »Wieviele Juden darunter?« (AA an Grünau, Berlin 1918 VI 9. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13.)

Bucharin, der bekannte Linkskommunist und politische Gegner Lenins während der Brester Verhandlungen, benutzte seinen Aufenthalt in Berlin, um sich über die linksradikale Bewegung in Deutschland zu orientieren. Nach einem Bericht des Oberkommandos in den Marken hielt er vor führenden Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokraten einen Vortrag, in dem er erklärte, daß sich die bolschewistische Regierung nur halten könne, wenn auch die anderen europäischen Länder, besonders Deutschland, sozialisiert würden. Die beste Gewähr für die Sicherheit der revolutionären Erfolge in Rußland sei die Revolution in Deutschland. (Bericht, Berlin 1918 VIII 29, abschriftlich KM an AA. PA, Ru 61 Bd. 162.) Später wurde von Haase zugegeben, daß Bucharin den erwähnten Vortrag gehalten habe. (Funkspruch Haase an Sowjetregierung, 1918 XII 19. PA, D 122 Nr. 27 Bd. 1.) Nach Feststellungen der Polizei hatte Bucharin auch das damals in Deutschland aufgetauchte Flugblatt »Thesen der russischen Revolution« (Text in Arch. Forsch. IV 1480 ff.) auf dem Kurierwege von Berlin nach Stockholm gebracht. (Aufzeichnung des Stellvertretenden Generalstabs, Berlin 1918 X 15. PA, Internationale Angelegenheiten 2 Bd. 1.) Nach seiner Rückkehr nach Moskau im Juli 1918 gab Bucharin in der Sitzung des Moskauer Sowjets vom 16. Juli einen Bericht über die Lage in Deutschland und Österreich. (Bartenwerffer an AA, Spa 1918 VII 22 bzw. 29. PA, D 131 adh. 3 Bd. 1.)

⁵³ Sokol'nikov war Mitglied des Obersten Volkswirtschaftsrats und galt als Experte für Finanzfragen. – Sokol'nikov und Larin benutzten ihre Anwesenheit in Berlin dazu, um (vor allem mit Hilfe des Pressedienstes der russischen Botschaft) durch ausführliche Mitteilungen der deutschen Öffentlichkeit die Zustände im bolschewistischen Rußland in günstigstem Licht zu schildern. Diese Darstellungen erweckten den Eindruck, als handle es sich bei der bolschewistischen Wirtschaftspolitik um eine großangelegte Erweiterung des staatssozialistischen Systems, als seien die größten Schwierigkeiten bereits überwunden und als beginne das gesamte Wirtschaftsleben schon aufs neue zu gesunden. S. Vorst 32.

⁵⁴ Larin, wie Sokol'nikov Mitglied des Obersten Volkswirtschaftsrates, war einer der großen Planer und Organisatoren der sowjetrussischen Wirtschaft. Während des Krieges hatte er in Stockholm viel über die deutsche Kriegswirtschaft, in der er die ersten praktischen Versuche zum Aufbau einer Kollektivwirtschaft sah, geschrieben. Über ihn vgl. die Erinnerungen seines Mitarbeiters Liberman 1 ff., 20 ff. – Daß auch Bronskij in jenen Monaten als Leiter der russischen Handelsdelegation in Berlin war, wie Carr (III 81 Anm. 2) annimmt, ist ein Irrtum.

lich glücklich (vom sowjetrussischen Standpunkt aus betrachtet) angesehen werden. Joffe genoß wie kein anderer der damaligen Sowjetführer das Vertrauen der deutschen Seite. Das hing zum Teil damit zusammen, daß er in Brest-Litowsk den Eindruck zu erwecken vermocht hatte, mit dem Kurs Trockijs, aus dem Fenster hinaus Agitationsreden an die Welt zu halten, nicht einverstanden zu sein. Kühlmann charakterisierte Joffe – den der dänische Gesandte in Moskau als einen Mann von »unvergleichbarem Zynismus« bezeichnete⁵⁵ – als »klug und friedliebend«⁵⁶. Von Kriege erhielt der Botschafter ein noch besseres Lob. Dieser bezeichnete ihn gegenüber dem bayrischen Vertreter in Berlin als »sehr fleißigen und verständigen Mann«, mit dem es sich gut arbeiten lasse⁵⁷. Hertling gegenüber soll er ihn einmal in vollem Ernst einen »edlen Juden« genannt haben⁵⁸. Kaiser, Ludendorff und deutsche Gesandtschaft Moskau vermochten mit ihren Warnungen vor der Illoyalität, die sie in Joffes Tätigkeit zu erblicken meinten, das AA nicht zu beeindrucken⁵⁹.

Noch weniger als Joffe konnte Krasin den Deutschen als echter Vertreter der Bolschewisten erscheinen. Krasin⁶⁰ – ein Verehrer deutscher Kultur und deutscher

⁵⁵ Brief Scavenius an dänischen Minister des Äußeren, deutsche Übersetzung 1918 V 14 (PA, Ru 82 Nr. 1 Bd. 66).

⁵⁶ Nach einem Bericht des sächsischen Vertreters in Berlin, zitiert bei Rosenfeld 116.

⁵⁷ S. Anm. 44.

⁵⁸ Hertling 137. – Hertling selbst, der Joffe nur einmal gesehen hat, war geneigt – wohl mehr aus Gutgläubigkeit als aus Überzeugung –, an seine Loyalität zu glauben. Am 10. Juli sagte er vor dem Hauptausschuß des Reichstages: »Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben.« (Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 VII 11.) – Vgl. auch Payer 65: »Beispielsweise hat später Joffe den Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, der mit ihm den Friedensvertrag abfaßte, durch weitgehendes und im einzelnen wertvolles Entgegenkommen völlig von seiner keineswegs zweifellosen Aufrichtigkeit überzeugt.« – Joffe wurde in seinem Bemühen, Kriege von seiner Aufrichtigkeit zu überzeugen, auch von Čičerin unterstützt. Dieser wandte dabei das Mittel des persönlichen Briefes an. Wie Ebert in seinen Erinnerungen bezeugt (II 72), versuchte Kriege am 22. August dem Fraktionsvorstand der Sozialdemokratischen Partei die Ergänzungsverträge »schmackhaft« zu machen. Dabei sei er ausdrücklich auf seine guten Beziehungen zu den Russen eingegangen. Besonderes Gewicht habe er auf einen Brief Čičerins an ihn gelegt, den er »mit großem Behagen« vorgelesen habe. Čičerin sei darin auf die gemeinsame Arbeit in Brest zu sprechen gekommen, habe Kriege in hohen Tönen gelobt und bedauert, daß es ihm nicht möglich sei, mit ihm zusammen auch an der Beratung über die Ergänzungsverträge teilzunehmen.

⁵⁹ Der Kaiser charakterisierte Joffe abwechselnd als »Schwein«, »Judenbengel« und mit ähnlichen Epitheta. Ludendorff sah ja stets im Verhalten der Bolschewisten Unaufrichtigkeit Deutschland gegenüber. Bothmer beispielsweise notierte sich am 12. Juni in sein Tagebuch (Mirbach 91): »Es scheint, daß unser A.A. in einer nur als gefährlich zu bezeichnenden Weise den Angaben Joffes und Krassins Vertrauen entgegenbringt, weil diese Leute wohl mit guter Menschenkenntnis in Berlin das sagen, was unsere Diplomaten, vor allem der Direktor im A.A. Kriege, hören möchten.«

⁶⁰ Krasin, einer alten Adelsfamilie entstammend, war schon vor der Revolution von 1905 aktiver Bolschewist gewesen. Er zog sich aber bald von seiner politischen Tätigkeit zurück und arbeitete seit 1908 als Ingenieur bei der Firma Siemens und Schuckert in Berlin und ab 1911

Organisation, von einem Mitarbeiter einmal der Gentleman unter den Sowjetführern genannt⁶¹ – war vor dem Krieg Ingenieur bei den Siemens-Schuckert-Werken gewesen. Im Mai 1918 war er auf Bitten Joffes, mit dem er persönlich befreundet war, von Schweden nach Berlin gekommen. Auch Lenin legte auf seine Teilnahme bei den Berliner Verhandlungen den größten Wert⁶².

Auf deutscher Seite war die Zahl der Verhandlungsteilnehmer nicht sehr viel größer. Bis zu seiner Entlassung führte noch Kühlmann den Vorsitz. Das AA war außerdem durch Ministerialdirektor Kriege, Leiter der Rechtsabteilung des AA, und durch Legationsrat Nadolny, damals Rußlandreferent im AA und später Botschafter in Moskau, vertreten; die Reichskanzlei durch den Adjutanten des Reichskanzlers, von Prittwitz⁶³, und den Rußlandreferenten der Botschaft Bern, Graf Kessler⁶⁴; die OHL nacheinander durch Oberst Winterfeldt, Major Brinckmann und Leutnant Schlubach. Dazu traten, vor allem in den wirtschaftlichen Verhandlungen, Kommerzienrat Litwin⁶⁵ als Vertreter der deutschen Wirtschaft und Stresemann, Führer der Nationalliberalen Partei. Mit Stresemann begann nun zum erstenmal auch ein Abgeordneter des Reichstages in außenpolitischen Dingen mitzusprechen. Seine Teilnahme war allerdings in erster Linie auf seine nahen Beziehungen zu Litwin zurückzuführen. Da er jedoch zugleich über gute Beziehungen zur OHL verfügte, fiel ihm oft – besonders im August – die Rolle eines Vermittlers zwischen AA und Großem Hauptquartier zu⁶⁶.

in ihrer Petersburger Filiale. Sobald die Bolschewisten ans Ruder kamen, boten sie ihm eine Stelle als Volkskommissar an. Krasin soll erwidert haben, er werde erst dann eine solche Stellung annehmen, wenn es gelte, aufzubauen und nicht niederzureißen. In Brest-Litowsk fungierte Krasin als Handels- und Finanzsachverständiger der russischen Delegation. In Berlin benutzte er seine persönlichen Beziehungen zur deutschen Geschäftswelt, um im Sinne eines friedlichen Ausgleichs zwischen Deutschland und Rußland zu wirken. Da, wie Krasin schätzte, infolge der revolutionären Wirren ungefähr die Hälfte der russischen Industrie vernichtet sei, gebe es hier für den ausländischen Unternehmergeist unendlich viel zu tun. "This argument of commercial possibilities seems to carry some weight as the range of my visits is gradually getting more extensive", schrieb er am 25. Mai an seine Frau. (Krasin 82.) Und am 27. Juni: "To get back to business and save Russian industry from further destruction is all I aspire to." (Ebenda 92.) Im Herbst 1918 wurde Krasin Vorsitzender des Rates für Außenhandel. Vgl. über ihn die Biographie seiner Frau Lubov Krasin. Dazu Liberman 58 ff.; neuerdings die Biographie von Karpova.

⁶¹ Liberman 58.

⁶² Leninskij Sbornik XXXVI 47. Vgl. auch Karpova 43.

⁶³ S. Prittwitz 95.

⁶⁴ S. Kessler, Walther Rathenau 299. – Kesslers jüngst von Pfeiffer-Belli veröffentlichte Tagebücher setzen mit dem 6. November 1918 ein. Nach Mitteilung Herrn Pfeiffer-Bellis und des Fischer-Verlages sind die Tagebuchnotizen aus den Monaten davor bisher nicht aufgefunden worden. Sie befinden sich möglicherweise irgendwo auf der Insel Mallorca. Falls die verschollenen Tagebücher mit derselben Ausführlichkeit wie die veröffentlichten geschrieben sind, würden sie eine ungemein wichtige Quelle für die Berliner Verhandlungen darstellen.

⁶⁵ Litwin, in Rußland geboren, Gründer der »Deutschen Evaporator A. G.«, war im April 1918 zum Geschäftsführer der »Deutschen Ausfuhr GmbH« für die Ukraine ernannt worden. Vgl. den Aufsatz von Gatzke, Stresemann und Litwin 76 ff.

⁶⁶ Vgl. Gatzke 72 und Rosenfeld 117.

Die interessanteste und für die Verhandlungsführung maßgebende Persönlichkeit auf deutscher Seite war zweifellos Kriege. Über seine Rolle in der deutschen Ostpolitik ist aus den Akten leider so gut wie nichts zu erfahren. Daß er der ostpolitisch eigentlich einflußreichste Mann im AA war, wird aus anderen Quellen bezeugt und auch schon durch die bloße Tatsache bestätigt, daß er das ganze Ergänzungsvertragswerk trotz der Widerstände der OHL zum Abschluß brachte. Von Hoffmann und Ludendorff wurde Kriege als der böse Genius angesehen, durch den der deutschen Regierung eine bolschewikifreundliche Politik aufgezwungen worden sei⁶⁷. Helfferich schätzte ihn als scharfsinnigen und unübertroffenen kenntnisreichen Völkerrechtler, setzte aber die Sicherheit seines politischen Blickes stark in Zweifel⁶⁸. Selbst Kühlmann hielt Kriege nur für einen Formaljuristen, dessen Eignung »zur Lösung von diffizilen diplomatischen Problemen« er immer gering eingeschätzt habe⁶⁹. Daß Kriege trotzdem im Jahre 1918 die »Graue Eminenz« in der deutschen Ostpolitik war, lag hauptsächlich an zwei Gründen. Kriege und Kühlmann, wie später auch Hintze, waren sich über das Grundprinzip der deutschen Ostpolitik einig, daß nämlich die Bolschewisten unter allen Umständen an der Macht zu halten seien. Zudem war Kriege ein äußerst hartnäckiger Verhandlungspartner – »détestable mais quand-même vénérable«, wie ihn ein Rumäne bei den Bukarester Verhandlungen charakterisierte⁷⁰ –, gleichermaßen geeignet für Verhandlungen mit den Bolschewisten wie zu schwierigen Missionen ins Große Hauptquartier. Wie Kühlmann in seinen Erinnerungen schreibt, verstand es Kriege, seinen jeweiligen Gegner »sozusagen in Fetzen zu verhandeln«. Das Wort Ermüdung habe er nicht gekannt. »Ein paar Minuten genügten ihm, um ein belegtes Brot aus der Tasche zu ziehen und es zu verzehren. . . Erbarmungslos wie eine Maschine verhandelte er weiter, bis der völlig ausgepumpte Gegner schließlich zu jeder Konzession bereit war, um nur diese endlos scheinende Qual zu beenden.«⁷¹

Die Juniwochen wurden von deutscher wie von russischer Seite dazu benutzt, den Boden für die Verhandlungen vorzubereiten. Schon Ende Mai hatte Joffe

⁶⁷ Vgl. Hoffman II 218; Ludendorff, Kriegserinnerungen 529.

⁶⁸ Helfferich III 450.

⁶⁹ Kühlmann 250.

⁷⁰ Kühlmann 556. – Von Bothmer stammt die wohl abschätzigste Charakteristik Krieges: »Nach allem, was man von diesem Mann weiß durch sein Benehmen in Brest bei den Verhandlungen, muß er ein ganz unmöglicher Geselle sein. Ein fetter, plumper Kerl voll geistigen Hochmuts, nur in Paragraphen lebend, die nur nicht durch Herrenbewußtsein dem Ausland gegenüber und durch nationale Gefühle berührt sein dürfen. Solcher Kerl sitzt denn in Berlin und soll für das Schicksal unserer Gefangenen in Rußland und für die deutsche Wirtschaft . . . sorgen!« (Bothmer, Tagebuch III Bl. 24. Eintrag 1918 VI 28.) – In einem Gespräch mit dem georgischen Politiker Avalov 1918 VI 21 gab sich Kriege eine Selbstcharakteristik: »Ich bin Jurist, ich urteile ausschließlich als Völkerrechtler. Wie unsere Regierung auf die politischen Fragen schaut, weiß ich nicht.« (Avalov 83.)

⁷¹ Kühlmann 556. S. auch ebenda 520.

Staatssekretär Kühlmann gegenüber die Meinung geäußert, daß die von deutscher Seite verursachten Verletzungen des Brester Vertrages in kurzer Zeit zu einem neuen Krieg Rußlands gegen Deutschland führen würden. Als eine der Verletzungen nannte er den Einmarsch deutscher Truppen in die Krim. Außerdem werde die russische Regierung die Loslösung Estlands und Livlands nie anerkennen. Wenn Deutschland trotzdem auf der Trennung dieser Länder von Rußland beharre, so sei damit zu rechnen, daß die Moskauer Regierung die Beziehungen zu Deutschland abbreche. Ein weiterer Kriegsgrund sei auch der von Deutschland »moralisch« unterstützte Vormarsch der Türken auf Baku⁷². Joffe milderte seine Drohungen mit dem späterhin oft wiederholten Anerbieten ab, Deutschland Getreide aus der Ukraine und Öl aus Baku zu liefern⁷³.

Am 4. Juni veröffentlichten die Izvestija einen Leitartikel⁷⁴, der in unzweideutiger

⁷² Schreiben Erzberger an Bergen, Berlin 1918 V 27 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 104/5). Am Rand folgender Vermerk Kühlmans: »Da die Äußerungen wörtlich mit denen zu mir übereinstimmen, habe ich keinen Zweifel, daß sie von ihm stammen.«

⁷³ So erbot sich die Sowjetregierung Ende Juni, den Deutschen 400 000 t Getreide, 80 000 t Butter und 50 000 t Fleisch aus dem Kuban'-Gebiet zu beschaffen, falls Deutschland die Garantie gäbe, das Kuban'-Gebiet nicht zu besetzen. Karachan, der Mirbach das Angebot vorlegte, behauptete, die Sowjetregierung könne diese Mengen leicht erhalten, während die Deutschen mit Gewalt nichts herausbekommen würden. (Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 30. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 29.) Kühlmann gab das russische Angebot sofort an den Reichskanzler in Spa weiter: »M.E. haben wir ohnehin keinerlei Interesse an einer Besetzung des Kubangebietes und sollten das Angebot annehmen, selbst wenn Zweifel bestehen, daß die Lieferungen aus dem Gebiet russischerseits ganz ausgesetzt werden können. Der Lieferungsvertrag müßte aus letzterem Grunde auch nicht auf das Kubangebiet spezialisiert, sondern allgemein gefaßt werden, womit die russische Regierung zugleich ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Ausfuhr nach Deutschland verlassen hätte. Da ich fürchte, daß die OHL, sei es aus Sympathie für die Kosaken, sei es aus Abneigung gegen die Bolschewiken einen ablehnenden Standpunkt einnehmen oder, wenn sie einwilligt, eine etwaige mangelhafte Erfüllung seitens der Bolschewiken, auch wenn sie ihren Grund in den ungeordneten Verhältnissen hat, dazu benutzen würde, um mit weiteren militärischen Repressalien vorzugehen, bitte ich E.E. gehorsamst, die Angelegenheit mit General Ludendorff besprechen und ihn nach Möglichkeit zu der vorstehenden Auffassung bewegen zu wollen...« (Telegrammentwurf Kühlmann an Berckheim für Rk, Berlin 1918 VII 1. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 121/2.) Die OHL glaubte nicht daran, daß die Bolschewisten überhaupt etwas aus dem Kuban'-Gebiet herausbekommen würden. Bei der Hungersnot in Nordrußland werde die bolschewistische Regierung auch nicht in der Lage sein, Lebensmittel, die sie im Kuban'-Gebiet oder sonstwo auftreibe, ins Ausland abzugeben. Die OHL stellte deshalb dilatorische Rückfragen in Erwägung. (Handschriftliche Notiz Rosenbergs vom 6. Juli neben dem Telegramm vom 1. 7.) Das AA verfuhr demgemäß, und es kam natürlich nie zu einem Lieferungsabkommen.

Einen Monat vorher hatte der Volkskommissar für Finanzen Henning und Bothmer in Moskau »unter der Hand« für 40 bis 50 Millionen Mark Platin angeboten. »Er möchte Bezahlung in Waren haben, die Rußland dringend gebraucht, fordert aber Preise, die Berlin wohl nur bewilligen wird, wenn Platin sehr nötig ist.« (Bothmer, Mirbach 46/7.) In den Akten ist über dieses Angebot nichts auszumachen. Man geht nicht fehl, darin wieder in erster Linie einen Köder der Sowjetregierung zu sehen, mit dem sie das deutsche Handelsinteresse wecken wollte.

⁷⁴ »Zu den deutsch-russischen Verhandlungen.«

Weise Stellung zur deutschen Ostpolitik bezog. Die russische Regierung habe nie ein Hehl aus ihrer Ansicht über den in Brest-Litowsk geschlossenen Frieden gemacht. Sie habe diesen Frieden unterzeichnet, um die sozialistischen Eroberungen der Revolution zu erhalten. Jeder Versuch, diese Eroberungen wieder zunichte zu machen, würde die Möglichkeit einer Friedenspolitik der Sowjetregierung aufheben und die Bedingungen für einen Kampf »bis zum letzten Blutstropfen« schaffen. Außer den Beschwerdepunkten, die bereits Joffe vorgebracht hatte, nannten die Izvestija die Unterstützung des Generals Krasnov und der nordkaukasischen Bergstämme durch Deutschland. Damit erkenne die deutsche Regierung den Brester Vertrag nicht mehr an und mache seine Ausführung zu einer physischen Unmöglichkeit. »Rußland kann mit der Schlinge um den Hals den Brester Vertrag nicht ausführen.« Falls die deutsche Regierung Wert darauf lege, einen modus vivendi zu finden, müsse sie mit den Abenteuern im Don-, Kuban'- und Kaukasusgebiet ein Ende machen. Am Schluß des Artikels wurde in verblüffender Offenheit der Kern der bolschewistischen Politik bloßgelegt. »Wir sind und bleiben Feinde der imperialistischen Politik, die jetzt sowohl in Deutschland und Österreich wie in Frankreich, England und Amerika vorherrscht. Indem wir unserer internationalen Lage Rechnung tragen, sind wir einverstanden, mit diesem oder jenem imperialistischen Lager wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, falls es unsere Unabhängigkeit nicht gefährdet und uns die Möglichkeit bieten wird, unser durch den Krieg zerstörtes Land wieder aufzurichten.«

War dies die selbstbewußte und offene Sprache eines Radek, so wurde sie von den Berliner Vertretern Sowjetrußlands in dieser Form doch nur selten gebraucht. Ihre mit besserem Erfolg angewandte Methode ging dahin, sich das Bedürfnis deutscher Wirtschaftskreise, in Handelsverkehr mit Rußland zu treten, zunutze zu machen. Krasin nahm seine guten Beziehungen zur deutschen Geschäftswelt wahr, um die Ansicht seiner Regierung zu verbreiten, daß ein kriegerisches Vorgehen in Rußland nicht zu den erhofften Rohstoff- und Nahrungsmittelbezügen führen werde⁷⁵. Joffe konnte in einem Bericht an Čičerin mit shylockhaftem Sarkasmus feststellen, daß ein großer Teil der deutschen Bourgeoisie an »friedlicher Ausweidung« Rußlands interessiert sei und um jeden Preis »sein Pfund Fleisch« haben wolle⁷⁶. Ein andermal schrieb er nach Moskau: »Wenn sie [die deutschen Bank- und Geschäftsleute] mit der Möglichkeit einer schnellen Wiederaufnahme des Krieges mit uns rechneten, dann würden sie sich auf keinen Fall so bei uns einschmeicheln, wie sie es jetzt tun.« Nach Joffes Berichten hat man den Eindruck, daß die deutschen Bankiers sich einander die Türklinke seines Zimmers in die Hand gaben. »Eben deshalb besucht mich der Direktor der Deutschen Bank so oft; Mendelssohn verkehrt bereits seit langem mit mir, und Salomonssohn kam schon zum drittenmal unter den verschiedensten Vorwänden zu mir.«⁷⁷

⁷⁵ Vgl. Krasins Briefe vom 25. und 31. Mai an seine Frau. (Krassin 82, 84.)

⁷⁶ Aus dem Archiv des sowjetrussischen Außenkommissariats zitiert bei Kobljakov 11.

⁷⁷ S. Kobljakov 12. Ebenda 12, 13/4 auch die folgenden Zitate aus Berichten Joffes: »Wenn

Krasin wagte Anfang Juni sogar einen kühnen Sprung in die Höhle des Löwen. Er suchte Ludendorff persönlich im Großen Hauptquartier auf⁷⁸. Offenbar war auch der General an einer Fühlungnahme mit Sowjetrußland interessiert, da er Krasin diese Unterredung gewährte. Aber er verhielt sich dem Russen gegenüber nicht anders als gegenüber dem AA. Von der Loyalität der bolschewistischen Regierung ließ er sich nicht überzeugen. Vielmehr warf *er* ihr Vertragsverletzungen vor. *Sie* habe durch planmäßige militärische Vorstöße an der Demarkationslinie deutsche Gegenmaßnahmen provoziert. Die Deutschen seien in die Krim nur deswegen einmarschiert, weil russische Kriegsschiffe Sevastopol' angegriffen und dabei deutsche Soldaten getötet hätten. Für jeden empfangenen Schlag würden zwei Schläge zurückerteilt. Der General erklärte sich bereit, einige Stellen der besetzten Gebiete wieder zu räumen, falls der Warenverkehr mit Rußland wieder in Gang komme. Dieses Zugeständnis war zwar kein Triumph für Krasin, aber doch ein Trost, daß »die Bankiers und Industriellen dieser Politik schon zum Siege verhelfen« würden.

Im Zusammenhang mit den im Juni zu einem gewissen Abschluß gelangten Berliner Verhandlungen über finanz- und rechtspolitische Fragen⁷⁹ steht ein für das russische Wirtschaftsleben sehr weitreichendes Dekret der Sowjetregierung vom 28. Juni, das die Nationalisierung aller wichtigen Industriebetriebe festlegte⁸⁰. Dadurch waren deutsche Interessen insofern entscheidend betroffen, als die von der deutschen Industrie- und Bankwelt geplante »wirtschaftliche Durchdringung« Rußlands illusorisch wurde. Es war nunmehr unmöglich, auf privatem Wege in das russische Wirtschaftsleben einzudringen, da der Staat sich inzwischen die gesamte Kontrolle darüber angeeignet hatte. Bereits im Zusatzvertrag zum Brester Frieden war festgelegt (Artikel 12 und 13), daß in die Hand des Staates übergegangener ehemaliger Privatbesitz (auch ausländischer) nicht rückerstattet zu werden brauchte. Die russische Delegation in Berlin, besonders der Wirtschaftsexperte Larin, erkannte schnell, daß die Pläne der Deutschen auf eine Beherrschung der russischen Industrie hinausliefen, und die damals schon in Fachkreisen der Sowjetregierung in Gang befindliche Diskussion über die Nationalisierung der Industrie wurde auf Drängen Larins am 28. Juni zu einem raschen Abschluß gebracht. Marxistische wie nichtmarxistische Geschichtsschreibung sind sich darin einig, daß der Nationalisierungsprozeß durch die Berliner Verhandlungen

wir die Finanzleute anlocken, welche, wie gesagt, sowieso nicht die Politik der alles Maß vergessenden Militärs billigen, dann können wir diesen Militärs schwere Gewichte an die Füße hängen. . . [Unsere] ganze Politik muß dahin gehen, den Deutschen zu zeigen, daß, wenn sie den Bogen überspannen, wir zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gezwungen wären, und in diesem Fall bekommen sie gar nichts, weil wir dann aus Rußland eine Wüste machen werden.« S. auch Čičerin, Stat'i 322/3 (Artikel aus Izvestija 1924 XI 7).

⁷⁸ Hauptquelle für die Unterredung ist der leider nicht sehr ausführliche Brief Krasins an seine Frau, Berlin 1918 VI 10 (Krassin 88/9).

⁷⁹ Diese Verhandlungen sind aktenmäßig nicht zu erfassen.

⁸⁰ Text in englischer Übersetzung bei Bunyan 397 ff.

gen wesentlich beschleunigt wurde⁸¹. Bevor man also in Berlin in die Hauptverhandlungen eintrat, war auf diese Weise bereits eine der wichtigsten Bedingungen der Sowjetregierung – Nichteinmischung Deutschlands in die inneren wirtschaftlichen Angelegenheiten Rußlands – erfüllt.

Auf deutscher Seite hatten sich im Juni AA und OHL bemüht, ihre sich vielfach widersprechenden ostpolitischen Wünsche und Ziele in Einklang zu bringen. Die hauptsächlichsten Differenzpunkte waren zunächst – außer dem Konflikt über die Behandlung der russischen Schwarzmeer-Flotte, der einstweilen durch Versenken des größeren Teils der Flotte am 18. Juni in Novorossijsk gelöst worden war – die von Ludendorff geforderte staatliche Anerkennung Livlands, Estlands und Georgiens durch Deutschland⁸² und die ebenfalls von ihm aus strategischen Rücksichten verlangte Verschiebung der Ostgrenze Livlands und Estlands⁸³. Beiden Forderungen stellte sich das AA ablehnend gegenüber. Den ersten Punkt überwies es den Kommissionsverhandlungen mit den Russen, da ein einseitiges Vorgehen in der Anerkennungsfrage die Moskauer Regierung nur herausfordern würde. »Es liegt durchaus in unserem politischen Interesse«, wurde der OHL mitgeteilt, »das Zustandekommen dieser Verhandlungen nicht zu gefährden, um unsere Wünsche ohne unnötige Gewaltmaßnahmen durchzusetzen, die letzten Endes die Gefahr eines Bruches mit Rußland in sich tragen.«⁸⁴ Für die Grenzverschiebungen in Estland und Livland sah das AA keine Rechtsgrundlage gegeben. Bei der vorzunehmenden Festlegung der Grenzen könne es sich nur um einzelne Korrekturen handeln, wodurch die Brester Vertragsbestimmungen nicht aufgehoben werden dürften. »Die Verhandlungen mit der russischen Regierung über die Ausführung des Brester Vertrages werden so schwierig sein, daß wir uns im einzelnen mit neuen Forderungen, die über den Brester Vertrag hinausgehen, nicht belasten dürfen.«⁸⁵

Das AA versuchte, seinen Standpunkt durch eine Mission Krieger ins Große Hauptquartier vom 12. Juni nachdrücklicher zu vertreten. In den Ludendorff bei dieser Gelegenheit überreichten »Leitsätzen für die Regelung der zwischen Deutschland und Rußland aus dem Friedensvertrag entstandenen politischen Meinungsverschiedenheiten«⁸⁶ tauchte zum erstenmal ein Punkt auf, der im späteren Ergänzungsvertrag das wichtigste deutsche Zugeständnis an Rußland

⁸¹ S. Rosenfeld 95/6; Schapiro 140/1; Carr II 98/9; Zagorsky 39 ff. Dazu vgl. Price 362/3; Radek, Politik 43 (»Um eine große Anzahl von Industrien vor einer Verschacherung an das deutsche Kapital zu retten, mußten sie während der Verhandlungen über die Zusatzanträge [sic] schnell in Staatseigentum übernommen werden, ohne daß man mit genügend Ruhe diese tief einschneidenden Maßregeln vorbereiten konnte.«); Bunyan 128 (Čičerin vor dem 7. Sowjetkongreß 1919 XI 6).

⁸² S. o. S. 188 Anm. 56.

⁸³ Arch. Forsch. IV 1357, Ludendorff an Rk, Spa 1918 V 20.

⁸⁴ Rk an Berckheim für Ludendorff, Berlin 1918 VI 5 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 1/2).

⁸⁵ Rk an Berckheim für Ludendorff (Entwurf), Berlin 1918 VI 1 (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1a Bd. 17 Bl. 41).

⁸⁶ PA, D 131 Bd. 40 Bl. 274/84.

bildete. Er hing eng mit der erwähnten Anerkennungsfrage zusammen und lief darauf hinaus, dem durch das deutsche militärische Vorgehen geförderten Abbröckelungsprozeß in Rußland ein Ende zu setzen. Deutschland werde sich, hieß es im ersten Leitsatz, in die Beziehungen zwischen dem Russischen Reich und seinen Teilgebieten, soweit diese nicht im Vertrag ausdrücklich erwähnt würden, in keiner Weise einmischen, d. h. besonders die Bildung selbständiger Staatswesen in solchen Gebieten weder veranlassen noch unterstützen. Das war hauptsächlich gegen den von deutscher militärischer Seite geförderten Plan eines »Südostbundes«⁸⁷ gerichtet. Im zweiten Leitsatz war die Räumung der von Deutschland besetzten russischen Schwarzmeergebiete »sofort nach der Ratifikation des zwischen der Ukraine und Rußland abzuschließenden Friedensvertrages« vorgesehen. Damit wurde der Anspruch Sowjetrußlands auf die Krim grundsätzlich anerkannt. Punkt drei betraf die finnisch-russischen Beziehungen und umfaßte auch die Verpflichtung Rußlands, die Ententetruppen von der Murmanküste zu vertreiben. Im vierten Leitsatz wurde ausgesprochen, daß Deutschland »mit allen friedlichen Mitteln« versuchen werde, Rußlands Zustimmung zur Loslösung Estlands und Livlands aus dem Russischen Reiche zu erwirken. Die letzten zwei Punkte behandelten die Frage der russischen Kriegsschiffe und der von Deutschland beschlagnahmten militärischen Vorräte Rußlands⁸⁸.

Die Unterredung zwischen Ludendorff und Kriege verlief, »wie zu erwarten war«⁸⁹, völlig ergebnislos. Der General hatte die Sprache auf den Kernpunkt des Streites gelenkt, daß nämlich das AA die Russen für ehrlich, die OHL sie aber für unehrlich halte. Ja, Ludendorff nannte sie sogar böswillig. Als Beweise brachte er das bolschewistische »Scheinanerbieten« zur Besichtigung der Murmanküste⁹⁰ und die Aufstellung der Tschecho-Slowaken-Formationen für die Entente vor. Wenn das AA sage, im Krieg sei die bolschewistische Regierung für Deutschland das beste, so sage er, daß sie besten Falles, weil machtlos, für Deutschland ohne Nutzen sei. Deutschland müsse nur nach seinen militärischen Interessen gehen, die Russen würden sich dann nicht rühren. Man solle ihm nur glauben, er habe im Februar beim Abbruch des Brester Waffenstillstands die Russen doch auch richtig eingeschätzt⁹¹. Ludendorff warf dem AA Verschleppungspolitik vor, die Deutschland nur militärische Nachteile einbringe. Als schließlich noch die Sprache auf das heiße Eisen der russischen Schwarzmeer-Flotte kam und Ludendorff an seiner Auffassung der Kriegsbeute festhielt – »als Soldat könne er nicht anders« –, überreichte ihm der Ministerialdirektor die vorher erläuterten Leitsätze mit der Bemerkung: »Dann sind wir im Krieg.«

⁸⁷ S. o. S. 186.

⁸⁸ S. o. S. 156 ff, besonders 159.

⁸⁹ So Bülow, der dieser Unterredung beiwohnte, in einem Schreiben an den Admiralstab, Spa 1918 VI 12 (MGFA, PG/75 678 Bd. 2). Das folgende aus diesem Bericht.

⁹⁰ S. o. S. 103 Anm. 45.

⁹¹ D. h. er habe recht gehabt, daß die Russen nur durch militärischen Zwang zum Verhandlungstisch zurückzubringen waren.

Der hier mit voller Schärfe zutage getretene Gegensatz zwischen den ostpolitischen Anschauungen des AA und der OHL schien unüberbrückbar zu sein. Er hinderte die deutsche Regierung jedoch nicht, nunmehr in konkrete Verhandlungen mit den Russen einzutreten. Nachdem Kühlmann am 24. Juni im Reichstag erklärt hatte, Deutschland stände im Begriff, unter seinem Vorsitz mit Vertretern der russischen Republik »über alle noch schwebenden Punkte eine freundschaftliche Einigung herbeizuführen«⁹², fand am 29. Juni die erste »gegenständliche Vorbesprechung« über politische Fragen zwischen ihm und Joffe statt. Der Staatssekretär ließ dabei dem Botschafter keinen Zweifel darüber, daß eine den deutschen Wünschen entsprechende Regelung der livländischen und estländischen Frage *conditio sine qua non* sei⁹³. In der nächsten Beratung am 1. Juli erklärte Joffe zu diesem Punkt, daß sich seine Regierung damit einverstanden zeigen könne, dafür jedoch Kompensationen in Weißrußland erwarte⁹⁴. Auch in der georgischen Frage zeigte Joffe Entgegenkommen. Seine Regierung würde sich mit der Anerkennung einverstanden erklären, verlange jedoch, daß Deutschland die Unabhängigkeitsbestrebungen im Dongebiet nicht unterstütze und dieses Gebiet, das einen Teil Rußlands bilde, sofort räume. Kühlmann empfahl der OHL, den russischen Gegenforderungen nachzugeben⁹⁵. An Weißrußland und am Gebiet der Donkosaken habe Deutschland kein direktes Interesse. Von Konzessionen im Donecgebiet – als Kohlenrevier unentbehrlich für Sowjetrußland – riet Kühlmann indes ab, weil er die Reibungsfläche zwischen Großrußland und der Ukraine nicht verkleinert sehen wollte! Auf die innerpolitischen Verhältnisse in Rußland eingehend, hielt es Kühlmann für ungewiß, ob die antibolschewistische Strömung schon so tief ins Volk eingedrungen sei, daß der Fall der bolschewistischen Regierung unmittelbar bevorstehe. Deshalb müsse Deutschland zusehen, über die vom Brester Frieden her offenstehenden Fragen noch mit den Bolschewiki zu einer »formulierten Einigung« zu gelangen. Denn keine andere Partei würde den Brester Frieden uneingeschränkt anerkennen, vielmehr versuchen, die noch offe-

⁹² Stenographische Berichte Bd. 313 S. 5609.

⁹³ Bussche an Grünau/Lersner (Abschrift), Berlin 1918 VI 29 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 266). – Dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger gegenüber meinte Kühlmann, daß »mit Rücksicht auf die übergroße Fülle der zu erörternden, sehr komplizierten Fragen und Probleme sowie im Hinblick auf die veränderte militärpolitische Lage die Besprechungen sich wohl äußerst schwierig gestalten und sehr lange Zeit in Anspruch nehmen« würden. (Larisch an Burian, Berlin 1918 VI 30. HHStA, PA X 151 Liasse XIa Bl. 24.) – Bemerkenswert ist, daß Kühlmann bereits zu diesem Zeitpunkt befürchtete, die Russen würden ihre Konzessionen oder Forderungen mit der militärischen Lage Deutschlands im Westen in Zusammenhang bringen.

⁹⁴ Aufzeichnung Kühlmann, Berlin 1918 VII 1 (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 5/6).

⁹⁵ Kühlmann an Lersner, Berlin 1918 VII 3 (ebenda Bl. 3/4). Von Lenin hatte Joffe zwar die Ermächtigung, den Deutschen »neue Annexionen und Tribute« zuzugestehen (s. Leninskij Sbornik XXXVI 44), er ließ aber in den Unterredungen mit Kühlmann keinen Zweifel darüber, daß Rußland »keine einzige Kopeke zahlen würde, solange nicht der faktische Kriegszustand beendet sei und die uns nach dem 3. März zugefügten Verluste ins reine gebracht würden«. (Kobljakov 14.)

nen Fragen in Deutschland nicht genehmtem Sinne zu lösen. »Die Herrschaft der Bolschewiki bedeutet außerdem die Schwäche Rußlands, und an dieser haben wir m. D. bis auf weiteres noch ein großes Interesse.«⁹⁶

Hier ist zum erstenmal in den Akten der im AA vertretene Gedanke greifbar, die bolschewistische Regierung zumindest so lange zu stützen, bis der für Deutschland vorteilhafte Ergänzungsvertrag unter Dach gebracht sei, damit er, wie es Kriege später einmal ausdrückte, als Wechsel *jeder* russischen Regierung präsentiert werden könne⁹⁷, wenn nötig »unter Kriegsandrohung«. Die Politik, von der sich das AA bei den Verhandlungen mit den Russen leiten ließ, ging also dahin, möglichst viel von den damaligen Kontrahenten, den Bolschewisten, zu erreichen, um in der Lage zu sein, bei der endgültigen Ordnung dieser Fragen einer späteren Regierung gegenüber durch Nachgeben in dem einen oder anderen Punkt Entgegenkommen zeigen zu können. Auch für Kühlmanns Nachfolger, Hintze, lag der Sinn des Vertrages darin, daß Deutschland bei einem etwaigen Regierungswechsel in Rußland einen Rechtstitel in der Hand habe, den es der neuen Regierung gegenüber geltend machen könnte⁹⁸.

Die mit Joffe begonnenen Verhandlungen wurden weder, wie das bisher in der Literatur gesagt wurde⁹⁹, durch Kühlmanns Sturz noch durch den Mord an Mirbach unterbrochen oder auch nur verzögert. Sie zogen sich allein wegen »unsinniger Forderungen«¹⁰⁰ der OHL, die damit über die eben skizzierten Ziele des AA

⁹⁶ Der Kaiser versah dieses Telegramm mit folgendem Randvermerk: »Nicht auf Kosten unseres guten Rufes bei der – zum großen Teil – antibolschewistischen Landbevölkerung und Intelligenz, die früher in uns die Befreier vom Bolschewismus sahen, jetzt aber seine Spießgesellen und daher ihren und Rußlands Feind: infolgedessen Zufallen an Entente und Tschecho-Slowaken. Die Schwäche Rußlands war zur Zeit der Revolution und der Auflösung der Armee und des Bolschewismus. Diese Zeit ist vorüber. Der Bolschewismus geht seinem Ende rapide entgegen und wird längst gestürzt sein, ehe Auswärtiges Amt nach bewährter Brester Methode mit Umständlichkeit und Paragraphen hantierend in »Ruhe abwartend« zusieht, wie es die vom Brester Frieden noch »offenstehenden Fragen« mit den jetzigen Machthabern zu einer »formulierten Einigung« bringen kann! Das hätte Mirbach in Moskau längst machen müssen! Jetzt handelt es sich vielleicht nur noch um Wochen oder Tage! Zudem machen mir Joffes Punkte und sein dilatorisches Verhalten sehr verdächtigen Eindruck! Ich habe den Verdacht, daß er die Dinge so lange hinziehen will, bis die Entente fest im Sattel sitzt und wir von ihr und den Russen zusammen hinausgedrückt werden sollen! Er ist unehrlich!« (Schreiben Lersner an Rk, Spa 1918 VII 7. PA, D 131 Bd. 42 Bl. 104.)

⁹⁷ Brief Schoen an Dandl über Rede Krieses vor den Bevollmächtigten des Bundesrates, 1918 VIII 29 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 200/11).

⁹⁸ Hintze an Berckheim, Berlin 1918 IX 2 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18). S. auch das in Anm. 106 genannte Protokoll, in dem es heißt, das AA bezeichne es als einen großen Erfolg, wenn man die Sowjetregierung vertraglich zur Abdeckung ihrer Gold-, Rubel- und Warensendungen verpflichten könne. »Es entstehen Bindungen für die Rechtsnachfolger des Sowjets, wodurch auf diese Pressionen ausgeübt werden können.«

⁹⁹ Kobljakov 16; Fischer 773; Erzberger 245.

¹⁰⁰ Stresemann an Stubmann, Binz 1918 VII 31: »In der Frage der Rußlandpolitik stehen wir wohl am Abschluß eines Vertrages mit Rußland, von dem ich eine gute Wirkung auf die Außen- und Innenpolitik erhoffe. Hoffentlich scheidert er nicht noch im letzten Augenblick an unsinnigen deutschen Forderungen.« (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 196 H 136 232/3.)

hinausschoß, in die Länge. Sowohl der deutschen wie der russischen Seite kam es darauf an, die Verhandlungen zu einem schnellen Abschluß zu bringen, allerdings aus ganz verschiedenen Motiven – dem AA, weil es den baldigen Sturz der Bolschewisten befürchtete, der bolschewistischen Regierung, weil sie der »Friedenspartei« gegenüber der »Kriegspartei« in Deutschland zum Sieg verhelfen wollte, um die »Atempause« zu verlängern. Daß die obengenannten Gründe für die Verzögerung des Vertragsabschlusses nicht maßgebend waren, zeigt einmal die bereits im Zusammenhang mit dem Moskauer Attentat erwähnte Tatsache¹⁰¹, daß die deutsche Regierung Mirbachs Ermordung geradezu als Druckmittel gegenüber Moskau zur Beschleunigung der Verhandlungen benutzte, zum anderen eine Besprechung¹⁰² zwischen Stresemann und Joffe bzw. Krasin am 7. Juli, die den Verlauf der Verhandlungen günstig beeinflusste.

Joffe war es in jenen ersten Julitagen sehr darum zu tun, die deutsche Seite zu überzeugen, daß es im ureigensten Interesse Deutschlands liege, *mit* den Bolschewisten zu gehen. Das beweist nicht nur die Unterredung mit Stresemann, sondern auch eine Besprechung Joffes und Krasins mit Kommerzienrat Litwin vom 5. Juli¹⁰³ und eine Aufzeichnung¹⁰⁴, die Joffe einige Tage später Litwin zu Händen des AA übergab. Dabei wurden die wirtschaftlichen Zustände in Rußland in den rosigsten Farben geschildert. Würde erst einmal, so heißt es in der Aufzeichnung, der deutsche Vormarsch aufhören, die Demarkationslinie festgelegt sein und die wichtigsten Verkehrswege freigegeben, so werde die russische Wirtschaft nicht nur imstande sein, sich selbst zu genügen, »sondern auch einige Überschüsse exportieren«. Ein Anfang könne damit gemacht werden, daß Deutschland der Sowjetregierung die Erlaubnis gebe, aus der Ukraine und dem Kuban'-Gebiet Getreide¹⁰⁵ herauszuziehen. Die russische Regierung verpflichte sich, die Hälfte davon an Deutschland abzugeben. Gleichzeitig wäre es erwünscht, daß Deutschland noch im Juli mehrere Schiffe mit Kohle nach Petersburg sende; es könne dafür Eisen und Stahl eintauschen¹⁰⁶. Derartige Abkommen, so erläuterte Joffe Litwin gegen-

¹⁰¹ S. o. S. 230.

¹⁰² Gatzke 79 ff., Aufzeichnung Stresemann, undatiert.

¹⁰³ Gatzke 77 ff., Niederschrift (wahrscheinlich von Stresemann stammend).

¹⁰⁴ Undatiert (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 266/9). – Am 21. Juli konnte Joffe in einem Bericht an Čičerin mit Befriedigung feststellen, daß er mit seinen Argumenten die deutsche Seite überzeugt habe: »Deutschland wünscht keinen Krieg mit uns, und gerade jetzt wird unsere Politik, sie [die Deutschen] für Handelsbeziehungen mit uns zu interessieren, mit vollem Erfolg gekrönt. Die Verhandlungen haben konkrete Formen angenommen und verlaufen ganz zügig.« (Zitiert bei Kobljakov 13.) – In einem Interview, das Joffe Mitte August während seines Aufenthalts in Moskau den Izvestija gab, erklärte er mit Bestimmtheit, daß Deutschland es nicht zu einem Bruch mit Sowjetrußland ankommen lassen werde. »Jetzt erkennen starke öffentliche . . . und Regierungskreise es als notwendig an, friedliche Beziehungen mit Rußland zu erhalten und zu stärken. Das fordert auch das Interesse Deutschlands selbst.« (Izvestija 1918 VIII 16, »Unterredung mit Genossen Joffe«.)

¹⁰⁵ Vgl. Anm. 73.

¹⁰⁶ Die Russen wiederholten in den nächsten Wochen ihre Anträge auf Kohlenlieferung. Am 20. Juli fand daraufhin eine Sitzung verschiedener Ressorts im AA unter Vorsitz Ministerial-

über¹⁰⁷, seien als Grundlage gedacht für den Ausbau weiterer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Damit werde auch in kurzer Zeit (»in wenigen Monaten«) ein Stimmungsumschwung unter der russischen Bevölkerung herbeigeführt, so daß dann bald ein öffentlich bekanntzugebendes Bündnis mit Deutschland geschlossen werden könne. Trockij ebenso wie Lenin würden jetzt schon eine »intimere Anlehnung« an Deutschland suchen! Im übrigen würde die Sowjetregierung bereit sein, »von ihren utopistischen Zielen abzusehen und eine praktisch-sozialistische Politik durchzuführen«¹⁰⁸. In dem Gespräch mit Stresemann gingen die Russen auch auf die politischen Verhältnisse in Rußland ein¹⁰⁹. Die bolschewistische Regierung sei durchaus geneigt, den Frieden von Brest zu halten, obwohl er für Rußland sehr ungünstig sei. Stresemanns Frage, ob denn die jetzige Regierung fest fundiert sei, bejahten sie mit Nachdruck.

Diese Unterredungen hatten einen günstigen Eindruck auf die deutschen Gesprächspartner ausgeübt. Stresemann setzte nun, das AA unterstützend, seine ganze Kraft für einen Vertragsabschluß mit den Bolschewisten ein. Ihm schien der Gedanke einer deutsch-russischen Verständigung in der Luft zu liegen. Bei den weiteren Verhandlungen mit den Russen ließ er sich auch von der Hoffnung leiten, daß sich ein politischer und wirtschaftlicher Kontakt mit Moskau auf innerpolitischem Gebiet im Sinne einer Verbreiterung der russischen Regierungsbasis auswirken werde¹¹⁰.

direktor Johannes' statt. (Protokoll in MGFA, PG/76 316.) Kriege vertrat dabei den Standpunkt, daß ohne Zusicherung von Kohlen an Rußland (besonders aus dem Donecgebiet) überhaupt kein Abkommen mit den Russen zustande kommen werde. In der weiteren Diskussion wurde festgestellt, daß es sich bei eventuellen Kohlenlieferungen aus Deutschland nur um kleine Mengen handeln könne. Das RWA beabsichtige, in Petersburg einen Tauschhandel von 1 500 t Kohlen und 200 t Benzin gegen 1 000 t Rohgummi durchzuführen. Außerdem wolle die Firma Stinnes auf eigenes Risiko zwei Kohlenschiffe mit 2 200 bzw. 3 000 t nach Petersburg bringen und versuchen, damit den Warenaustausch in Gang zu bringen. Es wurde allseitig anerkannt, daß ein Gelingen dieser ersten Versuche einer Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Großrußland und besonders mit Petersburg einen bedeutenden politischen Erfolg darstellen würde, wenn als Tauschobjekt die sehr begehrte deutsche Kohle angeboten werde. – Verhandlungen zwischen Krasin in Berlin, Zinov'ev in Petersburg mit Vertretern der Firma Stinnes begannen tatsächlich noch im Juli. (S. Karpova 46; Kobljakov 14; Funkspruch Zinov'ev an Joffe, Petersburg 1918 VII 24. PA, D 127 Nr. 5 adh. Bd. 3.) Sie führten im August zur Entsendung von zwei Kohlenschiffen nach Petersburg. (S. Krassin 94/5; Sov. Doc. 102.) – Zu den Kohlenlieferungen im Herbst 1918 s. u. S. 319 ff.

¹⁰⁷ Gatzke 78.

¹⁰⁸ Stresemann gegenüber wurde dieser Gesichtspunkt ganz ähnlich vorgebracht: »Insgesamt stellten die Herren die Lage so dar, daß der Staatssozialismus in Rußland keine Anarchie im Wirtschaftsleben herbeigeführt hätte, sich praktisch ... nur in einer schärferen Betonung der Arbeiterinteressen von dem Staatssozialismus in Deutschland unterscheide, daß die heutige Regierung durchaus gesinnt sei, Konzessionen gegenüber der wirtschaftlichen Durchführung des sozialistischen Prinzips zu machen.« (Gatzke 73.)

¹⁰⁹ Gatzke 80 ff. Vgl. dazu Stresemanns »Politische Umschau« 1918 VII 16 S. 480 ff.

¹¹⁰ Prittwitz 96. Vgl. Kessler 546.

Die Widerstände, die einem raschen Abschluß des Vertrages entgegengestellt wurden, gingen besonders von den deutschen Vertretungen in Rußland, die ja die Schalmeienklänge in Berlin mit der harten Wirklichkeit in Rußland vergleichen konnten, und natürlich von der OHL aus. Obwohl seit Bestehen der deutschen Vertretungen zahlreiche Handelsagenten, Vertreter von Kriegsgesellschaften und Aufkäufer, die nach der Ankunft Lists in einer Wirtschaftsabteilung bei der deutschen Gesandtschaft zusammengefaßt wurden, nach Moskau und Petersburg gegangen waren, konnte der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland doch nicht in Gang kommen¹¹¹. Das wird aus berufenem Munde bezeugt. Am 4. Juli erklärte Handelskommissar Bronskij, Deutschland habe bisher keinerlei Waren aus Rußland ausgeführt¹¹². In der Tat hatte der anfängliche Optimismus in deutschen Kreisen und die Freude über entdeckte Warenbestände und in Aussicht gestellte Abschlüsse rasch einer hoffnungslosen Stimmung Platz gemacht. Die russische Regierung blieb, wie Bothmer in sein Tagebuch schrieb¹¹³,

¹¹¹ Grundsätzlich muß hier zu Fischers Darstellung der deutschen Ostpolitik im Sommer 1918 und besonders der deutschen Wirtschaftspolitik (758 ff.) folgendes gesagt werden: Sie leidet darunter, daß sie im wesentlichen nur auf die deutscherseits gehegten *Pläne und Absichten*, nicht aber auf ihre Verwirklichung bzw. ihr Scheitern eingeht. Ist zwar die Kenntnis der ersteren notwendige Voraussetzung für die Behandlung eines historischen Gegenstandes, so ist doch wohl vornehmlich Aufgabe des Historikers, die zweite Komponente (wie menschliches Wollen sich in die Tat umsetzt bzw. nicht umsetzt) zu erfassen.

¹¹² Izvestija 1918 VII 4: »Zur Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Deutschland.«

¹¹³ Mirbach 106/7 (Eintrag 1918 VII 23). – Paquet (99) führte das Mißlingen, den Handelsverkehr zwischen Rußland und Deutschland in Gang zu bringen, auf das Chaos in der russischen Verwaltung und Organisation zurück: »Deutsche Wirtschaftskommissionen, die sich nach Moskau begeben, stoßen auf verschlossene Türen, auf neue, über Nacht erlassene Dekrete, auf beschlagnahmte Bestände, auf einen völlig zerrütteten Handel, auf Schwierigkeiten, Schikanen jeder Art. Anordnungen des Obersten Rates für Volkswirtschaft werden von den örtlichen ausführenden Organen einfach nicht eingehalten. . . . Tatsächlich führen in Moskau weder Noten noch persönliche Besprechungen zu einem positiven Ziel. Man hat den Eindruck, als ob die eine Partei Chinesisch spreche und die andere mit ihrem Latein zu Ende sei.« Paquet (101/2) berichtet auch, daß nach Abschluß des Ergänzungsvertrages und ohne dessen Wirkung abzuwarten, die Militärverwaltung von Oberost auf eigene Faust versuchte, Handelsbeziehungen mit den Russen anzuknüpfen: »Wie eine selbständige Firma, die ihre eigenen Musterkoffer hinausschickt und für prompte Lieferung Garantien bietet, hinter denen jede Konkurrenz zurückstehen muß, so kam ein kaufmännischer Bevollmächtigter von Oberost mit festen Angeboten nach Moskau. Oberost erklärte sich bereit, an die Räteregierung in kürzester Zeit jede gewünschte Art von Maschinen, Stahlwaren, chemischen Produkten, eventuell auch Kohlen zu liefern, wenn Rußland in der Lage sei, seinerseits mit der Lieferung bestimmter Waren ebenso unmittelbar zu beginnen. . . . Die Räteregierung zeigt Neigung, ohne weiteres auf diesen Vorschlag einzugehen. . . . Dieser überraschende Eingriff der Militärverwaltung Oberost in die Angelegenheiten des deutsch-russischen Handelsaustausches mit seinen Aussichten auf Erfolg ist für die Verhältnisse in beiden Ländern bezeichnend. Vielleicht wäre es richtig gewesen, schon längst diese summarische Methode des nachbarlichen Austausches anzuwenden, die sich über die privatwirtschaftlichen Organisationen auf deutscher Seite ebenso hinwegsetzt, wie sie den sozialwirtschaftlichen der anderen Seite Toleranz entgegenbringt. Den russischen Handelspolitikern, die sie als eine Art Bolschewismus von oben bezeichnen, ist sie unleugbar sympathisch.«

bei allgemeinen Zusicherungen, ohne tatsächliche Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen. In einem Wirtschaftsbericht von Mitte Juli¹¹⁴ schrieb das deutsche Generalkonsulat in Petersburg, zahlreiche Einkäufer würden nach Deutschland zurückkehren, weil sie sich überzeugt hätten, daß es vorläufig unmöglich sei, den Handel in Gang zu bringen. Der Warenaustausch scheitere an dem »virtuos gehandhabten passiven Widerstand« – an »ital'janskaja sabastovka«, wie es mit einem entsprechenden russischen Ausdruck in einem anderen Bericht heißt¹¹⁵ –, »in dessen geschickter Handhabung die jetzigen Machthaber die früheren entschieden« überträfen.

Auch der Mann, auf den man in Berlin die größten Hoffnungen setzte, Dr. List selbst, malte das gleiche Bild. In einem Bericht vom 11. Juli¹¹⁶ ging er auf das von Bronskij im Mai entwickelte und von Čičerin auf dem 5. gesamtrussischen Kongreß wiederholte Wirtschaftsprogramm ein und machte die deutsche Stellungnahme dazu davon abhängig, »ob wir seinen [Bronskijs] Glauben daran, daß das jetzige Wirtschaftsprogramm die russische Regierung zu einem Prozeß der wirtschaftlichen Erneuerung führt, teilen oder ablehnen. Sein Glaube stützt sich ausschließlich auf seine theoretische Überzeugung von der Überlegenheit der kommunistischen Wirtschaftsordnung.« Für List lag in den bisherigen russischen Maßnahmen und ihren Folgen, auf die er ausführlich einging, ein außerordentlich reiches praktisches Tatsachenmaterial vor, das über die wahre Wirkung der russischen Wirtschaftspolitik, von der sich Bronskij eine »Erneuerung Rußlands« versprach, keinen Zweifel ließ. List stellte seiner Regierung die hochnotpeinliche Frage, in der die Crux der deutschen Ostpolitik beschlossen lag, »ob eine weitgehende Erfassung der in Rußland zur Zeit noch vorhandenen Vorräte eine Notwendigkeit für eine glückliche Beendigung des Krieges ist«, und die weitere Frage, ob die in Berlin geführten Verhandlungen die Erreichung dieses Zieles erwarten ließen. Neben diesem für die augenblicklichen deutschen Kriegsbedürfnisse relevanten Problem wies List auf die russischerseits geforderte Bedingung der »Nichteinmischung« hin, in der er, wie später Helfferich¹¹⁷, für das Gesamtgebiet des deutschen Wirtschaftslebens – »und zeitlich weit in die Zukunft wirkend« – eine ganz außerordentliche Tragweite sah. Es erschien ihm als gebieterische Notwendigkeit für Deutschland, »mit allem möglichen Nachdruck auf eine Durchbrechung [dieses] prinzipiellen Standpunktes der hiesigen Regierung zugunsten Deutschlands zu dringen«.

Das AA in Berlin konnte über diese Warnungen aus Petersburg und Moskau hinweg zur Tagesordnung übergehen. Schwieriger aber gestaltete sich für die deutsche Regierung der Widerstand, den die OHL dem Abschluß des Vertrages,

¹¹⁴ Handels- und Wirtschaftsbericht Nr. 5 Generalkonsulat Petersburg (Abschrift), Petersburg 1918 VII 18 (MGFA, PG/76 316).

¹¹⁵ Handels- und Wirtschaftsbericht Nr. 7 Fehrmann, Petersburg 1918 VIII 1 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 17).

¹¹⁶ Bericht List an Rk, Moskau 1918 VII 11 (PA, D 131 Bd. 43 Bl. 111/20). Vgl. Rosenfeld (106) über Unterredungen, die List Anfang Juli mit Čičerin, Radek und Bronskij führte.

¹¹⁷ S. u. S. 292 Anm. 147.

der schon Anfang Juli in einem Entwurf vorlag¹¹⁸, entgegensetzte. Dieser Widerstand machte sich zwar mehr indirekt, darum aber nicht weniger hemmend bemerkbar. Er bestand vor allem darin, daß die OHL die Unabhängigkeitsbestrebungen der Donkosaken Krasnovs unterstützte. Die darüber in der zweiten Julihälfte zwischen Berlin und Großem Hauptquartier geführte Auseinandersetzung, die in recht scharfer Form ausgetragen wurde – wobei das AA seine Telegramme durch den in Spa weilenden Reichskanzler unterzeichnen ließ und Ludendorff mit der Unterschrift Hindenburgs operierte –, ist bereits in den Hauptzügen verfolgt worden¹¹⁹. Die OHL hatte sich schließlich bereit erklärt, den Donkosaken keinerlei Unterstützung von militärischer Seite zu gewähren, »bis der Vertrag mit Joffe unter Dach« gebracht sei¹²⁰.

Inzwischen hatte der russische Botschafter am 22. Juli seine erste Unterredung mit Staatssekretär Hintze geführt. Joffe beklagte sich darüber, daß die Bolschewisten durch die Besetzung der nach dem Kuban'-Gebiet führenden Eisenbahnen durch deutsche Truppen von der Getreideversorgung abgeschnitten seien, und bat um Freigabe der Bahnen. Hintze erwiderte, daß eine Räumung aus militärischen Gründen nicht möglich sei, einer Durchfuhr von Getreide aber keine Schwierigkeiten bereitet würden¹²¹. Joffe präziserte die Forderungen seiner Regierung am 27. Juli in Form eines Memorandums¹²². Darin wurde die sofortige Räumung Rostovs und Taganrogs sowie der Eisenbahnlinien Rostov–Voronež und Taganrog–Kursk verlangt. Andernfalls werde sich die Sowjetregierung weigern, nicht nur das politische, sondern auch das Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsabkommen zu unterschreiben. Hintze gelang es, in einer Besprechung mit Ludendorff in Avesnes am 30. Juli dem General die Zusage zur Räumung der ersteren Linie abzurufen¹²³. Das AA konnte die Verhandlungen mit den Russen auf dieser Grundlage jedoch nicht weiterführen, weil Ludendorff bereits am 2. August seine Konzession wieder zurücknahm¹²⁴. Offenbar fürchtete die OHL – und das mit Recht –, daß die Sowjetrussen die Bahn für Truppenverschiebungen gegen die Kosaken benutzen würden und die Donregierung die Übergabe der Bahn als offene Stellungnahme gegen sich empfinden werde. Die Verhandlungen schienen an der Räumungsfrage zu scheitern.

In dieser gespannten Atmosphäre unternahm es Stresemann – der sich damals zur Erholung auf Rügen aufhielt, nachdem das Wirtschaftsabkommen, an dessen Zustandekommen er wesentlichen Anteil hatte, bereits paraphiert war¹²⁵ –, seinen

¹¹⁸ »Deutsch-russische Vereinbarung zur Ergänzung des Friedensvertrags« (PA, D 131 Bd. 42 Bl. 12/7).

¹¹⁹ S. o. S. 143.

¹²⁰ Hindenburg an Rk in Berckheim an AA, Spa 1918 VII 22 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 39/40).

¹²¹ Aufzeichnung Nadolny, Berlin 1918 VII 22 (ebenda Bl. 31/2).

¹²² Kobljakov 19/20. Das Memorandum ist im PA nicht auffindbar.

¹²³ Protokoll der Besprechung in Avesnes, 1918 VII 30 (PA, D 131 Bd. 44 Bl. 187/9).

¹²⁴ Ludendorff an Hintze (sehr dringend), Spa 1918 VIII 2 (PA, D 131 Bd. 44a Bl. 73/5).

¹²⁵ Fernschreibgespräch Nadolny/Riezler, 1918 VII 31 (ebenda Bl. 6).

Einfluß bei der OHL in die Waagschale zu werfen. Er richtete am 8. August einen Brief¹²⁶ an Oberstleutnant Bauer in der Hoffnung, auf diese Weise Ludendorff umzustimmen. Seine darin ausführlich dargelegten Ansichten über die Stützung der Sowjetregierung deckten sich grundsätzlich mit denen des AA. Stresemann stellte es als realpolitisch hin, mit den Bolschewisten zusammenzugehen – obwohl man sich nicht gern »mit einem Strolche unter den Linden« zeige –, da sie »unter keinen Umständen« imperialistisch seien und nie mit der Entente zusammengehen würden. Seine Bemerkung, daß der neue Vertrag Deutschland aus dem seit Brest-Litowsk bestehenden Zwiespalt in bezug auf Estland und Livland herausnehme, hatte er eine Woche zuvor in einem Brief an den Herausgeber der »Nationalliberalen Beiträge« noch deutlicher formuliert. Eine definitive Entscheidung über diese beiden Länder hatte er darin als »sehr notwendig« bezeichnet, »damit wir in den kommenden Friedenskongreß als Herrscher des Baltenlandes hineingehen und diese Fragen damit von vornherein außerhalb jeder Diskussion gestellt sind«¹²⁷.

Für Ludendorff bedurfte es in jenen Tagen¹²⁸ nicht mehr des Hinweises auf territoriale Vorteile des Vertrages, hatte er doch Helfferich gegenüber erklärt, die OHL lege auf die Abtrennung Livlands und Estlands von Rußland keinen Wert mehr¹²⁹. Trotzdem schufen der militärische Niedergang im Westen und Ludendorffs abnehmendes Interesse am Osten nicht erst die wesentliche Voraussetzung für den Abschluß des Ergänzungsvertrages¹³⁰. Denn dieser wurde bereits am 10. August in einer im wesentlichen den Forderungen der OHL entsprechenden Form paraphiert¹³¹. Unmittelbar entscheidend für den endgültigen Abschluß war aber eigentlich das Ergebnis einer Mission Joffes nach Moskau.

Die Gründe für die Reise des russischen Botschafters waren einmal Meinungsverschiedenheiten innerhalb der russischen Delegation, zum anderen Differenzen

¹²⁶ Gatzke 92 ff., Stresemann an Bauer, Binz 1918 VIII 8. – Das Original des Briefes befindet sich in BA/MA, Nachlaß Bauer, Nr. 20 Bl. 9/13 a.

¹²⁷ Stresemann an Bahr, Binz 1918 VII 31 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 196 H 136 210).

¹²⁸ Es liegt ein gut Teil Ironie darin, daß Stresemann in seinem Brief an Bauer vom 8. August, dem »Schwarzen Tag« an der Westfront, schrieb: »Mir scheint aus diesem Grunde, daß doch alles getan werden sollte, um die angebahnte deutsch-russische Verständigung . . . möglichst bald zu Ende zu bringen. Sehen unsere Gegner, daß wir mit Rußland zusammengehen, dann werden sie die Hoffnung auf unsere Besiegung, die sie militärisch wohl längst aufgegeben haben, auch wirtschaftlich aufgeben und wir werden so dastehen, daß wir jedem Ansturm standhalten können. . .« (Gatzke 94.) Am 21. August schrieb Stresemann in seiner »Politischen Umschau« (561) schon vorsichtiger: »Die gerade in diesen Stunden neu aufgetretenen Hemmnisse [gegen die Unterzeichnung des Ergänzungsvertrages] werden an der einen Tatsache hoffentlich nichts ändern, daß die deutsch-russische Verständigung ein wichtiger Faktor für die künftige Politik werden wird, an der unsere Feinde weder militärisch noch politisch oder wirtschaftlich vorbeikommen.«

¹²⁹ Helfferich III 490.

¹³⁰ Wie dies in der bisherigen Literatur behauptet wurde: Gatzke 76; Fischer 779; Kobljakov 20.

¹³¹ Schultheß 1918 I 250.

zwischen Joffe selbst und seiner Regierung. Unter den russischen Verhandlungsteilnehmern war ein Streit über die Tragweite der Paraphierung ausgebrochen¹³². Joffe behauptete, daß dieser Akt eine unverbindliche Formalität bedeute, der aber von den Deutschen, die von ihm eigentlich schon die Unterschrift gefordert hätten, als Beweis der russischen Loyalität gewürdigt werde, während Larin und Sokol'nikov die Paraphierung der Unterzeichnung gleichsetzten, so daß die Sowjetregierung den Vertrag im ganzen nur anzunehmen oder abzulehnen habe. Dagegen waren sich alle Russen darüber einig, daß der politische Vertrag für Rußland unannehmbar sei. Das ist aus einer Unterredung bezeugt, die Erzberger am 11. August mit Joffe, Krasin und Vorovskij unmittelbar vor ihrer Abreise nach Moskau hatte¹³³. Joffe erklärte, er habe bei allen Verhandlungen nie einen Zweifel daran gelassen, daß er diesen Vertrag nicht als einen dauernden Friedensvertrag ansehe, sondern nur als ein Provisorium für die Dauer des Weltkrieges. Für ihn sei am ganzen Vertrag nur Artikel 4 annehmbar, der Deutschland verpflichtete, den Ablösungsbestrebungen einzelner Teile Rußlands keinerlei Unterstützung zu gewähren. Krasin äußerte sich dahin, daß für ihn der Vertrag, der weit über den Erniedrigungsvertrag von Brest-Litowsk hinausgehe, das Demütigendste sei, was man Rußland zugemutet habe. Er sei sich vollkommen klar darüber, daß es Rußland technisch unmöglich sei, den übernommenen Vertragsverpflichtungen betreffend Lieferung von Rohölen usw. nachzukommen. Man habe den russischen Körper in zwei Teile zerschnitten und verlange von ihm die Funktionen eines normalen Leibes¹³⁴!

Daß Joffe in dieser Unterredung nicht *ad usum delphini* sprach, beweist die Tatsache, daß er zwei Tage zuvor seiner Regierung gegenüber mit seinem Rücktritt gedroht hatte, falls er gezwungen werde, den Deutschen noch weitere Zugeständnisse zu machen¹³⁵. In Moskau, wo man sich über die Tragweite des ganzen Ergänzungsvertrages weniger Gedanken machte, nahm man diese Drohung wörtlich und schickte – da man die Beziehungen zu Deutschland sich durch Joffes Hartnäckigkeit zuspitzen sah – in aller Eile den Sektionschef für Mitteleuropa, Radek,

¹³² Das geht aus zwei deutscherseits aufgefangenen Fernschreiben der Russen nach Moskau hervor: Joffe an russische Regierung, Berlin 1918 VIII 9 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 10/12) und Larin/Sokol'nikov an Trockij/Sverdlov/Radek, undatiert (ebenda Bl. 28). – Der Konflikt schien sich auch grundsätzlich auf die Verhandlungsführung zu erstrecken. So behauptete Joffe in seinem Fernschreiben, daß Larin und Sokol'nikov fortwährend versucht hätten, »einen Stein in den Weg zu legen«. An den politischen Verhandlungen hätten sie keinen Anteil gehabt. Im Gegensatz zu ihnen habe er mit Krasin und Menžinskij während der ganzen Zeit in vollster Übereinstimmung gearbeitet. – Vgl. Anm. 52.

¹³³ Schreiben Erzberger an von Bergen, Berlin 1918 VIII 12 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 238/41). Vgl. Erzberger 245/6. – Für Larin und Sokol'nikov vgl. ihren Funkspruch in Anm. 132, in dem es dazu heißt: »Unsere Meinung ist, daß der politische Vertrag uns rein gar nichts gibt, da die versprochenen Abtretungen im Süden und im Donezbecken im letzten Augenblick annulliert wurden.«

¹³⁴ Joffe legte unmittelbar nach dieser Unterredung seine Stellungnahme noch einmal schriftlich in einem Brief an Litwin nieder. (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 72/3.)

¹³⁵ S. Joffes Fernschreiben in Anm. 132.

auf den Weg nach Berlin, wo dieser sich, ausgerüstet mit einem Mandat¹³⁶ der Sowjetregierung, als neuer Botschafter vorstellen sollte¹³⁷. Als Joffe erfuhr, was er mit seiner Drohung angerichtet hatte, entschloß er sich kurzerhand, nach Moskau zu fahren, um selbst mit Lenin zu sprechen. In Orscha traf er Radek auf der Reise nach Berlin. Er forderte ihn auf, nach Moskau zurückzukehren. Dort gelang es ihm, Lenin ein so überzeugendes Bild von seiner revolutionären Tätigkeit in Berlin zu entwerfen¹³⁸, daß dieser ihn ersuchte, auf seinen Posten zurückzugehen. Lenin gab ihm auch Vollmacht zum Vertragsabschluß mit. Er soll erklärt haben, es sei ja ganz gleichgültig, was für ein Vertrag unterschrieben werde. Bis er in Kraft trete, werde es ja ohnedies längst gelungen sein, den Ausbruch der Revolution in Deutschland herbeigeführt zu haben¹³⁹.

¹³⁶ Das im Leninskij Sbornik XXI 247 veröffentlichte Mandat vom 7. August 1918 ist mit diesem Mandat nicht identisch. Es bezieht sich lediglich auf die Durchreise Radeks bis zum Grenzort Orscha: »Der Überbringer dieses [Mandats], Genosse Radek, fährt als Bevollmächtigter des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten und des Rates der Volkskommissare mit einem sehr wichtigen internationalen Auftrag nach Orscha. Allen Sowjetorganisationen sowie allen Kriegs- und Eisenbahnbehörden wird befohlen, Genossen Radek jede Unterstützung zu gewähren und seine Anordnungen auszuführen. Der Vorsitzende des Sovnarkom V. Ul'janov (Lenin).« Der Wortlaut des für die deutsche Regierung bestimmten Mandats ist nicht bekannt.

¹³⁷ Diese bisher unbekannt Version der Reise Radeks aus einem Bericht Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 VIII 21 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 405). Hohenlohe bemerkte in seinem Bericht: »Es wäre jedenfalls interessant gewesen, wie man hier diese neue Vorgangsweise bei Besetzung diplomatischer Posten aufgefaßt hätte.« S. auch o. S. 256.

¹³⁸ Erzberger geht nicht ganz fehl in seiner Interpretation der Reise Joffes nach Moskau, obwohl er den unmittelbaren Anlaß dazu nicht kannte. Er schreibt in seinen Erinnerungen (246): »Ich glaube, daß Joffe in Moskau mehr über die von ihm geförderte deutsche Revolution Bericht erstattete als über den Vertrag.« – In einem Interview, das Joffe den Izvestija gab (1918 VIII 16, »Unterredung mit Genossen Joffe«), führte er als Grund für seine Reise an, daß die Verhandlungen abgeschlossen seien und es daher nötig geworden wäre, dem Sowjet der Volkskommissare »ausführlich« Bericht zu erstatten, um weitere Instruktionen zu erhalten. – In derselben Nummer veröffentlichten die Izvestija ein Interview mit Larin (»Deutschland heute. Eine Unterredung mit Genossen Larin«), in dem dieser ein Bild der in Deutschland herrschenden Stimmung gab. Der dominierende Faktor sei die deutsche Niederlage an der Westfront; deswegen werde der Friede an der Ostfront als notwendig erachtet. »Dies erklärt auch nach meiner Ansicht, warum Deutschland davon absieht, weitere Gebiete Rußlands an sich zu reißen, und sich bereit erklärt hat, allmählich schon besetztes Gebiet wieder zu räumen.« S. auch o. S. 256/7.

¹³⁹ Dieser Ausspruch Lenins ist nicht nur aus dem Bericht Hohenlohes an Burian (s. Anm. 137) belegbar. So erfuhr Trautmann am 19. August von einem »russischen Gewährsmann« (es dürfte sich um den russischen Vizekonsul Voronov handeln; s. u. S. 338), Joffe habe sich über den Ergänzungsvertrag folgendermaßen geäußert: »Er habe Vollmacht, jeden Vertrag zu unterschreiben, da alle diese Abkommen wegen der bevorstehenden Revolution in Deutschland nicht zur Ausführung gelangen würden.« Von seiner Reise nach Moskau sei Joffe »sehr befriedigt« zurückgekehrt, »da die Herrschaft der Bolschewiki durch die letzten militärischen Erfolge – Zurückdrängen der Tschecho-Slowaken und Aufhalten des englischen Vormarsches im Murmangebiet – bedeutend gefestigt erscheine«. (G. A. Thermann, Berlin 1918 VIII 19. PA, Ru 61 Bd. 161.)

Daß der Ergänzungsvertrag nun nicht sofort nach Joffes Rückkehr am 17. August unterzeichnet wurde, lag an ganz neuen Komplikationen, in denen die russische Seite eine Verletzung einiger Bestimmungen des Vertrages durch Deutschland sah. Es handelte sich wieder einmal um Vorgänge im Südosten Rußlands. Die Bolschewisten hatten in jenen Tagen die Nachricht erhalten, daß in der Ukraine ehemalige Offiziere für die sog. Südarmee angeworben würden und die Donregierung von der Ukraine anerkannt worden sei. »Was die Ukrainer tun«, hielt Joffe einem Vertreter des AA ganz mit Recht vor, »das geschieht auf Deutschlands Veranlassung.«¹⁴⁰ Für ihn waren diese Vorgänge ein Beweis, daß die deutsche Regierung es mit Artikel 4 gar nicht ernst meine. Sein Mißtrauen wurde noch erhöht, als am 19. August der Vertrauensmann Krasnovs, der Herzog von Leuchtenberg, im Großen Hauptquartier von Ludendorff empfangen wurde¹⁴¹. Staatssekretär Hintze war über diese gegen seinen Willen herbeigeführten Vorkommnisse empört: »Die Kosaken unterstützen und gegen die Bolschewiken . . . ins Feld führen, heißt den Ast absägen, auf dem wir sitzen«, so telegraphierte er nach Kiev¹⁴².

In denselben Tagen erfuhr das AA von der Einnahme Bakus durch englische Truppen. Hintze benutzte diese Nachricht, um von Joffe die Übernahme einer

¹⁴⁰ Aufzeichnung über Besprechungen eines Herrn G. mit Joffe/Vorovskij, von Erzberger am 23. August Nadolny übergeben. (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 179/85.) – Zu den Offiziersanwerbungen s. das Protestschreiben Rakovskijs an Berchem, Kiev 1918 VIII 17 in Dokumenty I 425 ff.

¹⁴¹ Berckheim an AA, Spa 1918 VIII 21 (PA, Ru 108 Bd. 3). S. o. S. 145. – Die russische Regierung protestierte gegen die Anwesenheit Leuchtenbergs in Deutschland: Dokumenty I 434/5, Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 25. – In der Besprechung mit Ludendorff äußerte Leuchtenberg den Gedanken einer Verständigung zwischen der Donregierung und der Sowjetregierung und bat dafür um deutsche Vermittlung. In diesen Zusammenhang gehört ein Brief Kesslers an Stresemann vom 17. August (als Antwort des bei Gatzke 95/6 abgedruckten Briefs Stresemanns an Kessler vom 15. August. PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195 H 135 924/5), der (wohl wegen der Zensur) in einer besonderen Schlüsselsprache geschrieben ist: »Unser Moskauer Freund^a ist heute nacht . . . zurückgekehrt und hat den Kommerzienrat^b zu sich entboten. Dieser will ihn auf einen, wie mir scheint, recht klugen Vorschlag des Polynesiers^c sondieren, wonach unsere Moskauer Geschäftsfreunde^d sich mit ihren bisherigen Gegnern^e im Süden verständigen und womöglich irgendwie föderieren sollen. Das wäre für beide Teile bei weitem das Vernünftigste und würde alle Schwierigkeiten beheben. Allerdings ist es mir ziemlich zweifelhaft, ob gerade die südlichen Herren^f auf diesen Vorschlag eingehen werden. Eine Gelegenheit, einen Druck auf sie auszuüben, bietet sich allerdings in den nächsten Tagen, da ein Abgesandter^g dieser südlichen Herren, ein naher Verwandter des Jekaterinburger Opfers^h, heute Nacht ins Badⁱ reist und dort die Badediener^j für seine Sache interessieren will. Vielleicht kann der jüngere Badediener die Verständigung als Vorbedingung für weitere Unterstützung^k hinstellen und diese dadurch durchsetzen. Immerhin bin ich auch dieser Möglichkeit gegenüber skeptisch.« (Entschlüsselung: ^a=Joffe; ^b=Litwin; ^c=Leuchtenberg oder ein anderer Vertreter Krasnovs; ^d=die Bolschewisten; ^e=die Donkosaken; ^f=die Donkosaken; ^g=Leuchtenberg; ^h=der ermordete Zar; ⁱ=das Große Hauptquartier; ^j=Hindenburg und Ludendorff; ^k=militärische Hilfe [Waffenlieferungen] an Krasnov.)

¹⁴² Hintze an Mumm (Abschrift), Berlin 1918 VIII 20 (PA, Ru 108 Bd. 3).

Verpflichtung in den Vertrag zu erzwingen, die analog zu der von den Russen gewünschten gemeinsamen deutsch-russischen Murmanaktion ein Vorgehen gegen Baku unter Beteiligung deutscher Truppen vorsah¹⁴³. Joffe hatte über diese deutsche Forderung eine erregte Auseinandersetzung mit dem deutschen Staatssekretär¹⁴⁴. Er wie seine Regierung¹⁴⁵ wollten von einer Mitwirkung der Deutschen nichts wissen, sondern beteuerten, Rußland könne die Engländer aus Baku allein vertreiben.

Der Abschluß des Vertrages schien wiederum in Frage gestellt. Da tat Hintze einen geschickten Schachzug, der das Vertrauen der Russen in die Aufrichtigkeit der deutschen Regierung wiederherstellte. Er erklärte Joffe, man könne mit der Unterzeichnung des Vertrages noch warten, bis die Gewißheit bestehe, daß Deutschland das im Vertrag übernommene Versprechen, die ebenfalls gegen Baku vorrückenden Türken zum Rückzug hinter eine vereinbarte Demarkationslinie zu bewegen, auch durchzusetzen vermöge. Diese »ehrliche und offene Aussprache« muß auf Joffe einen tiefen günstigen Eindruck ausgeübt haben. Wie er Litwin gegenüber erklärte, betrachte er die Angelegenheit nunmehr »als in vollster Ordnung«¹⁴⁶.

Das AA hatte gleichzeitig mit diesen Schwierigkeiten auch noch Widerstände zu überwinden, die von ganz anderer Seite kamen. Die Denkschrift Helfferichs vom 19. August¹⁴⁷, in der dieser auch gegen den Ergänzungsvertrag zu Felde zog,

¹⁴³ Gatzke, dem die Akten des AA nur unvollständig zur Verfügung standen, hat diesen Vorgang nicht richtig erkannt. Er spricht (76) lediglich von einem Vorgehen der Türken gegen Baku, durch das sich im letzten Augenblick Schwierigkeiten für die Unterzeichnung erhoben hätten. Zwar hatten die Russen zu diesem Zeitpunkt bei der deutschen Regierung gegen das türkische Vorgehen auf Baku protestiert (Dokumenty I 430/1, Note Joffe an AA, Berlin 1918 VIII 19. Ebenda 428/9, Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 VIII 19), aber die von Gatzke aus dem türkischen Vorgehen hergeleiteten Schwierigkeiten für den Vertragsabschluß rührten in erster Linie daher, daß die deutsche Regierung erst jetzt von der Einnahme Bakus durch die Engländer erfuhr und von den Russen die Zustimmung zu einer deutschen Intervention erzwang. (Dazu s. o. S. 201.)

¹⁴⁴ Aufgefangenes Fernschreiben Joffe an Čičerin, Berlin 1918 VIII 21 (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 148/9).

¹⁴⁵ Aufgefangenes Fernschreiben Čičerin an Joffe, Moskau 1918 VIII 21 (ebenda Bl. 150/2).

¹⁴⁶ Gatzke 97, Litwin an Stresemann, Berlin 1918 VIII 23. Vgl. auch Litwin an Schlubach, Berlin 1918 VIII 23 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195 H 135 976/7).

¹⁴⁷ S. o. S. 254 Anm. 99 und Helfferich III 453/4. – Helfferich verwarf die Ergänzungsverträge nicht insgesamt; sie seien in ihrem Hauptinhalt ausgezeichnet und bedeuteten ihm »eine außerordentlich wertvolle Ergänzung und Ausgestaltung des Brester Friedens«. Er erhob jedoch Bedenken gegen einzelne Teile der Verträge, besonders gegen die Anerkennung des Nationalisierungsdekrets vom 28. Juni 1918. Die Folge dieser Konzession werde sein, daß Rußland »die deutsche Zitrone bis zum letzten Tropfen auspressen«, d. h. gegen deutsches Eigentum und deutsche Unternehmen das Dekret bis zum äußersten und ohne jede Schonung durchführen werde. Wichtiger noch sei, daß bei diesem Verfahren aller Aussicht nach das deutsche Kapital und die deutschen Unternehmen vor allen anderen aus Rußland »radikal hinweggefegt« würden. Die deutsche Zustimmung zu Enteignungen deutschen Eigentums

hatte den Ostkurs Hintzes nicht mehr beeinflussen können, da einige Tage zuvor darüber im Großen Hauptquartier der Würfel zugunsten des AA gefallen war¹⁴⁸. Nun aber machten sich Stimmen aus den Reihen der Mehrheitsparteien gegen den Ergänzungsvertrag bemerkbar. Besonders Erzberger wandte sich gegen die neuen Vertragsbedingungen¹⁴⁹. In einem am 21. August an den Staatssekretär gerichteten Schreiben bezeichnete er den Ergänzungsvertrag als äußerst schweren politischen Fehler, der Deutschland gegenüber der ganzen Welt »friedensunmöglich« mache¹⁵⁰. Hintze nahm eine Besprechung¹⁵¹ mit den Fraktionsvorsitzenden Dove, Westarp, Stresemann, Gröber, Wiemer und Ebert im Reichsamt des Innern am 21. August zum Anlaß, seinen Standpunkt zur Ostpolitik zu rechtfertigen. Die Besprechung war anberaumt worden, um den Fraktionsführern die Notwendigkeit eines unverzüglichen Vertragsabschlusses klarzumachen. Deshalb konnte

werde die Bolschewisten »zur restlosen Verwirklichung ihrer Enteignungspläne, d. h. zur völligen Sabotierung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen Rußlands« aufreizen. Die Wirkung werde sein, »daß alles was in Rußland die Wiederherstellung einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung erstrebt, sich von uns abwenden und gegen uns als die Anstifter und Förderer der bolschewistischen Wirtschaftssabotage in die schärfste Kampfesstellung getrieben wird«. – Helfferich erhob außerdem Bedenken gegen die Bestimmungen über Estland und Livland. Die Lostrennung dieser Länder werde das »neue Rußland«, das »vor der Tür« stehe, dazu herausfordern, die Ergänzungsverträge mitsamt dem Brester Frieden aufzukündigen. – Hintze nahm zu Helfferichs Einwänden in einer für den Kaiser bestimmten Aufzeichnung vom 30. August Stellung. (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 107/8.) Die Lostrennung Estlands und Livlands rechtfertigte er damit, daß eine Richtungsänderung der diesen Ländern gegenüber befolgten und »durch Allerhöchste Kundgebungen feierlich bekräftigten« Politik nicht ohne Einbuße an Prestige möglich sei, zumal da sie zweifellos auf die gegenwärtige Lage an der Westfront zurückgeführt werden würde. Helfferichs Kritik am wirtschaftlichen Teil des Vertrages begegnete er mit dem Hinweis, daß es selbstverständlich nicht habe in Frage kommen können, die Einstellung der Enteignungsmaßnahmen, mit denen die Bolschewikiherrschaft stehe und falle, unter Androhung einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu fordern. Die Anerkennung der Enteignungen sei also nicht zu vermeiden gewesen. Natürlich werde sorgfältig darüber zu wachen sein, daß deutscher Besitz in Rußland tatsächlich nicht ungünstiger behandelt werde als Besitz anderer Ausländer. »Wir sind aber stark genug, um die Innehaltung dieser Grundsätze sicherzustellen.«

¹⁴⁸ S. o. S. 251.

¹⁴⁹ Dazu ausführlich K. Epstein 276/7.

¹⁵⁰ Erzberger an Hintze, Berlin 1918 VIII 21 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 137). Der Brief ist abgedruckt in IFA II 476 Anm. 3. Dazu vgl. Erzberger 247.

¹⁵¹ Protokoll der Besprechung in PA, D 131 Bd. 47 Bl. 110/21; s. Dokument 7 im Anhang. Es ist in den veröffentlichten Sitzungsprotokollen des Interfraktionellen Ausschusses nicht abgedruckt. Fischer hat das Protokoll in einem Exemplar des DZA Potsdam vorgelegen. Er faßt es aber in seiner Darstellung nur kurz zusammen. (S. Fischer 779.) Ausführlich wurde es bisher nur in sowjetrussischen Darstellungen verwertet. (S. Achtamzjan 154 ff.; Brjunin 222/3.) – Die Besprechung wird auch in Eberts Erinnerungen (II 71/2) erwähnt. Ebert gibt darin eine Zusammenfassung seiner negativen Stellungnahme zu den Ergänzungsverträgen. Kriege, der nach einer Verständigung mit den Sozialdemokraten in diesem Punkt suchte, bat am 22. August den gesamten Fraktionsvorstand zu sich, um in einer langen Rede die Abmachungen »schmackhaft« zu machen. Vgl. Anm. 58. Weitere Literatur bei IFA II 473 Anm. 5.

weder der Hauptausschuß noch der Reichstag einberufen werden. Payer begründete den Plan der Regierung folgendermaßen: Es entstünde bei einer Verzögerung der Unterzeichnung die Gefahr, daß die Sowjetregierung stürze. Ebert sah es als ein Novum an, für »einen Staatsvertrag von so großer Bedeutung« um Indemnität nachzusuchen. »Wir sehen in den Verträgen die Fortsetzung einer falschen Politik.« Alle anderen Parteivertreter erklärten sich mit der Absicht der Regierung einverstanden. Gröber setzte sich über die bestehenden formellen Bedenken hinweg, weil ohne Einberufung des Reichstages »die Ernte unserer östlichen Kriegführung und Politik schneller und sicherer in die Scheune« komme. Er wie Stresemann wiesen auf die Hebung der schlechten Stimmung im Inland hin, die durch den Vertragsabschluß erfolgen würde. Man könne wenigstens einen politischen Erfolg vorweisen. Hintze faßte das Ziel seiner Politik im Osten in die »schlichte Formel«, »die Wiederherstellung einer Front im Osten zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben«. Wie man auch über den Brester Vertrag denken möge, »einen Vorzug hat er: er ist da«. Die Stellung Deutschlands zur gegenwärtigen russischen Regierung sei: keine Einmischung in innerrussische Verhältnisse. Deutschland sei nicht dazu berufen, den Schulmeister für die Welt abzugeben. »Die Geschichte lehrt, daß uns das jedesmal teuer zu stehen gekommen ist. Trotz aller Prophezeiungen ist die bolschewikische Regierung noch da.« Jeder späteren Regierung würde der einmal abgeschlossene Vertrag von Deutschland präsentiert werden. Erkenne die neue russische Regierung ihn nicht an, so sei Deutschland in der Lage, die Hauptpunkte – damit meinte Hintze den politischen Vertrag – allein durchzuführen. Des weiteren verteidigte Hintze die Randstaatenpolitik im Norden aus Gründen der Zukunftssicherung gegen ein wiedererstarktes Rußland. »Wir wollen die Randvölker in möglichst widerstandsfähigen Zustand setzen für den möglicherweise früher oder später doch wiederkommenden Kampf mit dem wiedererstandenen russischen Koloß.«¹⁵² Auf die wirtschaftliche

¹⁵² In einer Besprechung mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat am 28. August teilte Hintze die Randstaatenpolitik in zwei Phasen ein: »Die eine wird dadurch bestimmt, den Krieg zu gewinnen. Vieles was wir tun, steht deshalb nicht in Einklang mit dem, was wir später tun wollen. Manches ist contre cœur. Vieles erregt unsere Nation und ruft Zwietracht hervor. Damit müssen wir uns abfinden und uns von dem Geschrei der Menge möglichst freihalten.« Die Kriegsnotwendigkeit zwingt Deutschland aber, sich in die inneren Verhältnisse dieser Länder einzumischen. »Irgendetwas muß geschehen. Denn sonst würden sich unsere Feinde, wenn wir uns an den Friedentisch setzen, in die unerledigten Probleme einmischen können.« Nach dem Krieg würde Deutschland diesen Ländern gegenüber eine andere Politik verfolgen. »Dann mögen sie ihre Entwicklung nehmen, wie sie wollen.« (Bericht Lerchenfeld an Dandl. BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 184/95.) – Im AA begann man zu diesem Zeitpunkt die Linie Kühlmanns, sich so wenig wie möglich in die inneren Verhältnisse der baltischen Länder einzumischen und sie überhaupt nicht an Deutschland anzugliedern, wieder deutlicher zu vertreten. Am 2. September erklärte Hintze vor den Bevollmächtigten des Bundesrates, daß Estland und Livland durch die Ergänzungsverträge eine neue Basis in größten Umrissen erhalten hätten, an die Deutschland »durch nichts gebunden« sei. Die beiden Staaten hätten ihr eigenes Leben. Sie wünschten keine Angliederung an Deutschland. Für die Stimmung in diesen Ländern sei es charakteristisch, daß die dortigen

Seite des Vertrages eingehend, machte Hintze ein bemerkenswertes Zugeständnis: »Ersprößliche wirtschaftliche Beziehungen zum gegenwärtigen Rußland sind m. E. nicht möglich.« Von hier aus betrachtet hätten vielleicht diejenigen recht, die Deutschlands Politik vom Gesichtspunkt einer späteren engeren Annäherung an Rußland betrachtet wissen wollten. Die Kriegsnotwendigkeiten erheischten aber, daß Deutschland während des Krieges Rußland nicht wiedererstarken lasse. Hintze hatte sich mit seiner Ansprache die Gefolgschaft der Parteiführer für seinen Plan, den Ergänzungsvertrag unverzüglich ohne Anhörung des Reichstages abzuschließen, mit Ausnahme Eberts gesichert¹⁵³. Das war nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß er dabei so viel sagte, als er überhaupt sagen konnte. In der Tat hatte er mit dem Vorgehen Kühlmanns, bei solchen Gelegenheiten vielerlei, aber nicht viel zu sagen, vollständig gebrochen. Hintzes offene Art, die von einigen Ohrenzeugen gar als »epochale Neuerung« empfunden wurde¹⁵⁴, machte bei den Zuhörern den besten Eindruck¹⁵⁵.

Deutschen erklärt hätten: »Wenn das deutsche Militär das Land verläßt, werden wir alle massakriert.« Pflicht der Regierung sei es, aus diesen Verhältnissen keine Last für Deutschland entstehen zu lassen. (Arch. Forsch. IV 1517 ff.) Besonders aufschlußreich dafür, daß mit zunehmender Verschlechterung im Westen die alte Auffassung Kühlmanns in der Randstaatenpolitik wieder Oberwasser erhielt, ist eine Notiz Nadolnys für Hintze vom 8. September: »Herr v. Lersner teilte mir vertraulich mit, er habe kürzlich S. M. gegenüber es ausgesprochen, daß der Anschluß von Livland und Estland an Deutschland nicht in unserem Interesse liege. S. M. hat nichts entgegnet. Militärattaché Major Schubert hat in gleicher Weise beim Vortrag vor Exzellenz Ludendorff auf die Unzweckmäßigkeit des Erwerbs von Livland und Estland hingewiesen. General Ludendorff hat nichts erwidert. Herr v. Lersner ist der Ansicht, daß ein Vorgehen des A. A. in dieser Frage den Anschluß und die Personalunion jetzt endgültig aus dem Wege räumen könnte.« (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1 a Bd. 21.) – Nunmehr (am 18. September) sah das AA den Zeitpunkt für günstig an, zu einer Denkschrift des preußischen Staatsministeriums vom 15. August, in der eine Personalunion der baltischen Provinzen und Litauens mit der Krone Preußens oder mit dem Deutschen Reich gefordert worden war (PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1 a Bd. 20), ausführlich Stellung zu nehmen und sich gegen die Personalunion auszusprechen. (Ebenda. S. Fischer 818/9; die dort aus dem DZA Potsdam herangezogene Niederschrift einer Besprechung beim Reichskanzler am 20. 9., in der das AA nochmals seine Bedenken vorbrachte, auch in PA, Wkr Nr. 20d Nr. 1 a Bd. 21.)

¹⁵³ Die Bedenken von Vertretern der Mehrheitsparteien gegen den Ergänzungsvertrag an sich waren dadurch nicht beseitigt. In der »Interfraktionellen Vorbesprechung« 1918 IX 5 kam zum Ausdruck, »daß der Ergänzungsvertrag zum Ostfrieden für Deutschland ein Unglück darstelle, namentlich wegen der direkten und indirekten Unterstützung, welche Deutschland den Bolschewiken durch diesen Vertrag gewähre«. (IFA II 479.) Ebert erklärte am 6. September dem Reichskanzler, daß der Ergänzungsvertrag die Friedensmöglichkeit nach dem Westen fast ganz ausschließe. Er sei »die stärkste Belastungsprobe an das Mitgehen seiner Partei«. (IFA II 480.) Besonders die Bestimmungen über Estland und Livland lösten den Widerspruch der Mehrheitsparteien aus. (Dazu vgl. vor allem die Sitzung des IFA 1918 IX 12 in IFA II 494 ff.)

¹⁵⁴ Bericht Lerchenfeld, Berlin 1918 VIII 23 (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 180). – Am gleichen Tage hielt Hintze auch eine Konferenz vor Vertretern der Presse ab. S. o. S. 252/3.

¹⁵⁵ Gatzke 98, Informationsblatt Stresemanns an die Mitglieder der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, 1918 VIII 26.

Daß Kriege einige Tage später, am 27. August, vor den Bevollmächtigten des Bundesrates eine ebensolche Offenheit an den Tag legte¹⁵⁶, mag mit am Beispiel Hintzes gelegen haben. Auch vor diesem Gremium verteidigte Kriege die Notwendigkeit, den Reichstag nachträglich um Indemnität zu ersuchen. Dagegen solle der Bundesrat in einer Sitzung vom 2. September um seine Zustimmung gebeten werden¹⁵⁷. Kriege ging dann auf den Verlauf der Verhandlungen und den Inhalt des Vertrages ein. Er erwähnte auch – das hatte Hintze vor den Partei- und Pressevertretern nicht machen können – die zwei Geheimnoten, in denen eine gemeinsame deutsch-russische Aktion gegen die Engländer in Murmansk und Baku vorgesehen war¹⁵⁸. Die russische Regierung, sagte Kriege, betrachte sich als im Kriegszustand mit der Entente befindlich. »Wir haben nur den Wunsch, daß zwischen den beiden Parteien viel Blut fließt.« Die Frage, ob Deutschland wohl daran tue, mit der bolschewistischen Regierung derartige Verträge zu schließen, und ob diese Regierung für Deutschland zum Heil sei, bejahte er durchaus. Im Gegensatz zu jeder anderen möglichen Regierung in Rußland denke die bolschewistische international; die Durchführung ihrer sozialistischen Träume sei für sie das »Prinzipale«, die nationale Idee erst das »Sekundäre«. Etwas anderes wäre allerdings ein regelrechtes Bündnis mit den Bolschewisten. »Das kommt aber nicht in Frage.« Damit die Verträge nicht zu schlecht in Rußland aufgenommen würden, habe er »gewisse Rosinen« hineingebacken. In erster Linie nannte er hier den Artikel 4¹⁵⁹.

Aus anderen Äußerungen, die Kriege in den letzten Augusttagen Parteivertretern gegenüber machte, ist besonders ein Gesichtspunkt der Ostpolitik des AA bemerkenswert, weil er mit wünschenswerter Klarheit und Prägnanz das Dilemma der deutschen Ostpolitik des Jahres 1918 bloßlegt. Danach wurde vom AA der Ergänzungsvertrag mit den Bolschewisten in der Absicht geschlossen, »die Generale an die Kandare [zu] legen«¹⁶⁰. Dem nationalliberalen Abgeordneten Richt-

¹⁵⁶ S. Anm. 97.

¹⁵⁷ Staatsminister Dandl äußerte in dieser Sitzung ernste Bedenken gegen die Ergänzungsverträge, von denen er eine Erschwerung des allgemeinen Friedens befürchtete. (Arch. Forsch. IV 1518. Hintzes Stellungnahme ebenda 1516. S. auch ebenda 1521 ff. die Erklärungen Bussches und Roederns zur Ostpolitik bzw. zu den Ergänzungsverträgen in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums 1918 IX 3.)

¹⁵⁸ S. o. S. 115, 203.

¹⁵⁹ S. o. S. 279/80, 289.

¹⁶⁰ Gröber in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses 1918 IX 12. (IFA II 519.) In ähnlicher Weise äußerte sich Kriege auch gegenüber Mayer-Kaufbeuren. Dieser berichtete darüber im Interfraktionellen Ausschuß: »Kriege sprach von einem Gegensatz zwischen Auswärtigem Amt und Oberster Heeresleitung [i. e. in den Verhandlungen]. Die Generale hätten sich aufgeführt wie Alexander der Große. Die Abfangung der Schwarzmeer-Flotte, die Besetzung vieler Gebiete ohne Kenntnis des Auswärtigen Amtes, Erbeutung von Waren... Das Auswärtige Amt sieht in diesem Vertrag eine Art Schutz gegen das deutsche Militär und hat begründete Überzeugung, daß der Kaiser nunmehr an seine Generale den Befehl erläßt, nicht mehr auf eigene Faust solche Sachen zu machen.« (IFA II 515/6.)

hofen gegenüber gab Kriege zu¹⁶¹, daß die Verträge schlecht und die Bedingungen über die baltischen Staaten besonders unglücklich seien. Das AA habe jedoch keine andere Wahl gehabt angesichts der Politik der Generale im Osten, die sich einbildeten, im Stile Alexanders des Großen neue Reiche zu errichten. »Je schlechter es ihnen im Westen geht«, sagte ihm Kriege, »um so toller treiben sie es im Osten.« Wenn die Lostrennung Estlands und Livlands von Rußland nicht vertraglich erfolgt wäre, dann wäre sie eben von den Militärs durch einen Vertragsbruch herbeigeführt worden!

Angesichts der dargelegten mannigfaltigen Hindernisse und Schwierigkeiten ist es erstaunlich, daß die Ergänzungsverträge doch noch zustande kamen und am 27. August unterzeichnet wurden. Die Verträge gliederten sich in einen die politischen Fragen behandelnden Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden, in ein Finanzabkommen und in ein Privatrechtsabkommen¹⁶². Im politischen Vertrag erkannte Rußland in Artikel 7 die Unabhängigkeit Livlands und Estlands an. Zur Wahrung seiner Handelsinteressen in diesen Ländern erhielt es Freihafengebiete in Reval, Riga und Windau und andere zolltarifliche Erleichterungen. In Artikel 13 gab Rußland seine Zustimmung, daß Deutschland Georgien als unabhängigen Staat anerkannte¹⁶³. Weitere territoriale Bestimmungen betrafen die Schwarzmeergebiete. Deutschland verpflichtete sich, diese über die Ukraine hinausgehenden russischen Gebiete nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens oder nach der Ratifikation des zwischen Rußland und der Ukraine abzuschließenden Friedensvertrages zu räumen. Da nicht anzunehmen war, daß die Ukraine, die Ansprüche auf die Krim erhob, dieses Gebiet aufgeben würde, konnte diese Räumung nicht vor dem allgemeinen Friedensschluß praktisch werden. Dagegen sollten Gebiete in Weißrußland östlich der Berezina nach Maßgabe der im Finanzabkommen festgelegten Goldlieferungen von Deutschland geräumt werden¹⁶⁴. – Das Finanz-

¹⁶¹ K. Epstein 277, Teilabdruck eines Memorandums Richthofens 1918 VIII 30 über eine Unterredung mit Kriege.

¹⁶² Deutscher Text in Martens 3. Serie X 811 ff., russischer in Dokumenty I 437 ff.

¹⁶³ Formell lag darin also nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens durch Rußland.

¹⁶⁴ Einzelheiten zur Räumung dieser Gebiete in dem »Protokoll der Vereinbarungen über die Räumung des besetzten Gebietes östlich der Beresina« (1918 IX 15. Dokumenty I 478 ff.). – Bei der Räumung des ersten Abschnitts ereignete sich bald ein ernster Zwischenfall. Nach deutscher Darstellung wurde am 13. September der Ort Koronevo von stärkeren bolschewistischen Truppen, unter denen sich nach Aussage von Gefangenen Teile des Kursker Sowjetregiments befanden, überfallen und dabei eine deutsche Batterie gefangengenommen. Ludendorff teilte dem AA mit, die Räumung müsse aufgeschoben werden, da für den Überfall trotz der üblichen Ausrede der Bolschewisten, daß es sich um Taten von Freischärlern handle, die russische Regierung verantwortlich sei. (Lersner an AA, Spa 1918 IX 18. PA, D 131 Bd. 49 Bl. 189.) Das AA forderte unverzügliche Fortsetzung der Räumung, da sonst der Bestand des ganzen Vertrages gefährdet sei. Bei Joffe sei Protest eingelegt worden. (Telegrammentwurf AA an Lersner, Berlin 1918 IX 20. Ebenda Bl. 194.) Darauf nahm Ludendorff seinen Befehl zurück und ordnete erneut die Räumung an. Unterdessen protestierte auch die Sowjetregierung in drohendem Ton gegen die Aussetzung der Räumung. Sie machte die

abkommen enthielt in Artikel 2 eine Pauschalierung der deutschen Ansprüche für alle Zivilschäden, die vor dem 1. Juli, d. h. also vor dem wichtigen Nationalisierungsdekret, entstanden waren, für die russische Staatsschuld, die russischen Enteignungsmaßnahmen gegenüber Deutschen und die Aufwendungen für die russischen Kriegsgefangenen. Auf Grund dieser vier Forderungen sollte Deutschland in festgelegten Raten 6 Milliarden Mark erhalten¹⁶⁵. Die in Artikel 3 vereinbarte Bezahlung von 1,5 Milliarden Mark in Gold und Rubelnoten seitens Rußlands war vor allem auf Betreiben der Reichsbank zustande gekommen. Das Gold sollte zur Verbesserung des deutschen Goldstandards¹⁶⁶, die Rubel zu Auf-

deutsche Regierung darauf aufmerksam, daß nach dem Ergänzungsvertrag die Evakuierungstermine mit den Goldsendungen in Verbindung ständen, »aber mit nichts anderem, woraus wir eventuell einige Schlußfolgerungen ziehen werden«. (Hauschild an AA mit Protest Čičerin vom 21. 9., Moskau 1918 IX 23. PA, D 131 Bd. 50 Bl. 66.) Der Zwischenfall erledigte sich durch Rückgabe der Batterie am 28. September. – Die Sowjetregierung nahm Ende Oktober die von deutschen Truppen im Evakuierungsgebiet vorgenommenen Requisitionen zum Anlaß, die 3. Goldrate zurückzuhalten. (S. die folgende Anm.) – Die vertraglich festgesetzte Räumung wurde in Rußland auch propagandistisch ausgenutzt. Sie wurde in öffentlichen Anschlägen mit der ungünstigen Lage Deutschlands an der Westfront in Zusammenhang gesetzt. (Lersner an AA, Spa 1918 IX 18. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18.) – Am 22. Oktober übersandte der Apostolische Nuntius Pacelli dem AA die Bitte des Heiligen Stuhls, es möge nach der Räumung der besetzten Gebiete auf die offiziellen Vertreter der Bolschewisten eingewirkt werden, daß Gemetzel und Verwüstungen durch die sofort nachrückenden Bolschewisten vermieden würden. (PA, Ru 61 Bd. 166.) Das AA bedauerte, in dieser Angelegenheit nichts unternehmen zu können, und verwies den Hl. Stuhl an Wilson.

¹⁶⁵ Von Achtamzjan (Iz istorii 132/3) wird die Summe von 6 Milliarden Mark in einen aufschlußreichen Zusammenhang gebracht. Er weist darauf hin, daß in den Vorkriegsjahren das Sozialprodukt Deutschlands 40 Milliarden betrug und die Kriegsausgaben Deutschlands von 1914 bis zum Sommer 1918 sich auf 150 Milliarden Mark beliefen. Auf dem schwarzen Markt in Deutschland habe im Sommer 1918 1 Pfund Mehl 4 Mark gekostet. Die 6 Milliarden entsprächen also 750 000 t Mehl. Diese Menge Mehl hätte bei einer Norm von 200 Gramm pro Kopf der deutschen Bevölkerung 2 Monate gereicht. Achtamzjan will anscheinend mit seiner Berechnung beweisen, daß Deutschland mit dem Finanzabkommen keinen bedeutenden materiellen Gewinn davongetragen habe.

¹⁶⁶ Vgl. die Aufzeichnung des Reichsbankdirektoriums (Havenstein/Glasenapp [Abschrift] Berlin 1918 VII 26. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16). – Hintze bezeichnete in seiner Rede vor den Bevollmächtigten des Bundesrates am 2. September die Lieferung der ersten Goldrate durch die Russen als Gradmesser ihrer Gutwilligkeit. (Arch. Forsch. IV 1516.) Am 10. September wurde vertragsgemäß die erste Gold- und Geldsendung im Wert von 250 Millionen Mark in Orscha den deutschen Behörden übergeben. (Bussche an Lersner, Berlin 1918 IX 10. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18.) Der badische Gesandte in Berlin schrieb aus diesem Anlaß am 11. September nach Karlsruhe: »Die russische Regierung hat – wider alles Erwarten – den ersten Termin der ... Gold- etc. Zahlungen pünktlich eingehalten. ... Mit dieser Sendung ist die kürzlich besprochene Probe auf das Vertrauen in die Abmachungen tatsächlich gemacht.« (Arch. Forsch. IV 1555.) – Hoffmann notierte sich am 11. September in sein Tagebuch (I 209): »Die Bolschewisten sind klug und wissen, wo sie uns anfassen. Jetzt, nachdem sie anfangen zu zahlen, wird natürlich Auswärtiges Amt und Reichstag absolut für Stützung der Bolschewisten sein, einerlei, was mit der Zukunft wird.« – Am 30. September traf die zweite Gold- und Rubelsendung im Wert von 312,5 Millionen Mark in Orscha ein. (Kriege an Lersner, Berlin 1918 IX 30. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18.) Die am 31. Oktober fällige 3. Goldrate wurde von den

käufen in der Ukraine¹⁶⁷ dienen. – In zwei geheimen Zusatznoten verpflichtete sich Rußland schließlich zur Vertreibung der Engländer aus Murmansk und Baku; es erklärte sich auch mit der Kooperation deutscher Truppen bei diesem Unternehmen einverstanden¹⁶⁸.

Die Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag waren ohne Kenntnis der Verbündeten Deutschlands geführt worden. Am 3. September ließ die Wiener Regierung beim Reichskanzler die »ernsteste Beschwerde« dagegen einlegen, daß über ihren Kopf hinweg wesentliche Punkte des Brester Friedens einseitig abgeändert worden seien¹⁶⁹. Dieses Vorgehen entspreche weder dem Geiste des Bündnisses zwischen den beiden Ländern noch der besonderen Vereinbarung, daß die Verbündeten nur gemeinsam Frieden schließen würden. Die Reaktion seitens der Türkei war noch weitaus heftiger, war doch die Bestimmung des Vertrages, Deutschland werde »dafür eintreten«, eine dritte Macht nicht über eine bestimmte Linie im Kaukasus hinausgehen zu lassen¹⁷⁰, direkt gegen sie gerichtet. Talaat Pascha, »wütend wie ein Stier« darüber, daß »Deutschland mit dem Feind von gestern und dem Feind von morgen einen Vertrag abschließe gegen den Verbündeten der letzten vier Jahre«, reiste nach Berlin¹⁷¹, nachdem er in seiner anfänglichen Empörung erklärt hatte, er werde, wenn der Vertrag aufrechter-

Russen nicht mehr geliefert. (S. u. S. 355/6.) – Über die Herkunft des russischen Goldes ist aus den Akten folgendes feststellbar: Als im August bei der Einnahme Kazan's den Tschechoslowaken ein bedeutender Teil des russischen Goldvorrates in die Hände fiel, ging die Sowjetregierung daran, sich durch die Beschlagnahme der Kirchenschätze in Moskau schadlos zu halten. (Mumm an AA, Kiev 1918 VIII 23. PA, Wkr Nr. 29 Bd. 2.) Nach Abschluß des Ergänzungsvertrages wurde in Rußland das Gerücht verbreitet, das eingeschmolzene Kirchengesamtheit werde zur Bezahlung des als Kontribution bezeichneten Goldes an Deutschland verwendet. (Hintze an AA, Spa 1918 X 10. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 19.) Nach dem oben zitierten Bericht des badischen Gesandten rührten die Goldlieferungen nach Verlautbarungen in Berlin aus dem rumänischen Staatsschatz her, der im Januar 1918 in Moskau beschlagnahmt worden war. (Dazu vgl. Potjomkin II 419; Carr III 36; Kennan, Russia 341.)

¹⁶⁷ Vgl. das Informationsblatt Stresemanns an die Mitglieder der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, 1918 VIII 26 (PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 185 H 134 376/7). Der Reichsbankpräsident habe die Bezahlung ukrainischen Getreides in Mark abgelehnt. Nur durch Rubelbeschaffung könne der Ankauf fortgesetzt werden. S. auch Rosenfeld 108.

¹⁶⁸ S. o. S. 115, 203.

¹⁶⁹ Burian an Hohenlohe, Wien 1918 IX 3 (HHStA, PA X 151 Liasse XIa Bl. 98). S. auch Burian 159/60. – Hohenlohe schlug seiner Regierung als »beste Antwort« auf die deutsch-russischen Verträge die Entsendung eines österreichisch-ungarischen diplomatischen Vertreters nach Moskau, mit der man in Wien wegen der Abreise Helfferichs aus Moskau bisher noch gewartet hatte, vor. Solange nämlich die Bolschewiken an der Macht seien, »sollten wir trachten, sie ebenso rücksichtslos auszunützen wie Deutschland, um zu ähnlichen finanziellen und wirtschaftlichen Abkommen zu gelangen«. (Hohenlohe an Burian, Berlin 1918 VIII 29. HHStA, PA X 151 Liasse XIa Bl. 61.)

¹⁷⁰ Artikel 14. Im Entwurf des Vertrages von Anfang Juli (s. Anm. 118) hieß es noch, daß Deutschland die »Gewähr übernehmen« werde... Dieser Passus wurde auf Veranlassung der OHL in die weniger verpflichtende Form abgeändert. (S. Anm. 123.)

¹⁷¹ S. o. S. 202.

halten bleibe, die Konsequenzen für die Türkei ziehen und das Bündnis für gelöst ansehen¹⁷².

Für den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen war die Unterzeichnung des Ergänzungsvertrages Anlaß, den Abschluß der Verhandlungen bei einem Diner in der russischen Botschaft zu feiern¹⁷³. Er erschien zu dieser Zeremonie ostentativ mit einer roten Nelke im Knopfloch¹⁷⁴. Irgendwelche Äußerungen, die er bei dieser Gelegenheit tat, sind leider nicht überliefert. Einige Tage später, am 2. September, erklärte Hintze im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, das Ostproblem gegenüber Rußland sei durch den Frieden von Brest-Litowsk und den Ergänzungsvertrag als endgültig geregelt anzusehen. Der Ergänzungsvertrag habe die Überschreitungen des Brester Friedens, zu denen Deutschland durch das Verhalten der Bolschewiki gezwungen worden sei, legalisiert¹⁷⁵. Wie einst Kühlmann mit dem Hinweis auf die Kanonade von Valmy vor einem Feldzug gegen den Bolschewismus gewarnt hatte¹⁷⁶, so zog auch Hintze eine Parallele zu jener ersten großen Revolution. »Man hat mir gesagt, daß wir uns damit [dem Zusammenarbeiten mit den Bolschewisten] schädigen für die Zukunft, aber man darf nicht vergessen, die russische Revolution dauert erst ein Jahr, die französische Revolution dauerte sieben Jahre. Es ist anzunehmen, daß auch in Rußland die jetzigen Zustände noch längere Zeit andauern...«

In Kreisen der Bolschewisten herrschte eine ganz besondere Freude über den abgeschlossenen Ergänzungsvertrag¹⁷⁷. Als Erzberger am 3. September den russischen Botschafter sprach, war er überrascht, mit welcher Leichtigkeit Joffe über den Vertrag urteilte¹⁷⁸. Die Abtretung Estlands und Livlands habe er als ziemlich gleichgültig für die Bolschewisten bezeichnet. Die Hauptsache sei, daß

¹⁷² Erzberger 247; IFA II 515 Anm. 81.

¹⁷³ Nach einem Terminkalender im Stresemann-Nachlaß (Bd. 201 H 166 o81 ff.) fand das Diner am 29. August statt. – Der in diplomatischen Formen noch wenig bewanderte Joffe mußte sich von seinem Sekretär Solomon sagen lassen, daß er für den Abend einen Smoking bestellen und dazu eine passende Krawatte tragen müsse. (Solomon 52.)

¹⁷⁴ Blücher 19.

¹⁷⁵ Arch. Forsch. IV 1516.

¹⁷⁶ Beim Homburger Kronrat 1918 II 13; s. o. S. 23ff. – Das folgende Zitat aus einer Aufzeichnung der bayrischen Gesandtschaft in Berlin über die Sitzung vom 2. September. (BGStA, Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 88 Bl. 228.)

¹⁷⁷ Die folgenden Ausführungen über die Beurteilung der Ergänzungsverträge von russischer Seite erbringen ein Ergebnis, das dem von Fischer (780/1) gefundenen genau entgegengesetzt ist. Fischer zieht lediglich das Gespräch zwischen Erzberger und Joffe/Krasin (s. Anm. 133) vor deren Reise nach Moskau heran. Das in diesem Gespräch enthaltene Urteil Joffes ist zwar symptomatisch für die innere Einstellung des russischen Botschafters zu den deutschen Forderungen zum *damaligen* Zeitpunkt, aber unbrauchbar als Beispiel für die Gesamtbeurteilung des Ergänzungsvertrages durch die Russen, zumal Joffe, wie gezeigt wurde (s. Anm. 139), *nach* seiner Moskauer Mission über diesen Vertrag ganz anders dachte. (S. auch die folgenden Ausführungen im Text.)

¹⁷⁸ Aufzeichnung Erzberger für Stumm, Berlin 1918 IX 4 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 118). Dazu vgl. Erzberger 248.

Deutschland jetzt den Bolschewisten helfe, da sie Zeit nötig hätten. »Wir konnten nichts Besseres erreichen«, meinte Joffe gelassen, »Zeit und Ruhe ist für uns der Gewinn.« Aus der ganzen Unterredung gewann Erzberger den Eindruck, »daß Deutschland Arm in Arm mit dem Bolschewismus das Jahrhundert in die Schranken zu fordern verurteilt ist, nicht, weil man einen Frieden mit ihm geschlossen hat, sondern weil man jetzt mit ihm neue Verträge abschließt, welche nur die Macht der Bolschewisten stärken«. Aus Moskau meldete der österreichisch-ungarische Generalkonsul nach Wien, daß man in Regierungskreisen von dem Ergebnis der Verhandlungen geradezu entzückt sei¹⁷⁹. Krasin habe ihm gesagt, Rußland könne sehr zufrieden sein, denn eigentlich hätte Deutschland an Entschädigungen nicht auf 6 Milliarden, sondern auf 8 Milliarden Anspruch gehabt¹⁸⁰. Der Vertragsabschluß sei gerade zeitgerecht gekommen, um die Stellung der Sowjetregierung in den Augen ihrer Anhänger in einem recht kritischen Augenblick zu festigen.

Am 2. September wurden die Ergänzungsverträge vom Zentralexekutivkomitee einstimmig ratifiziert. Čičerin faßte in der Sitzung den Inhalt der Verträge dahingehend zusammen, daß sie für Sowjetrußland eine »erhebliche Verbesserung« seiner Lage darstellten¹⁸¹. Am folgenden Tag hielt Radek in der vereinigten Sitzung des Moskauer Sowjets eine große Rede¹⁸² über die internationale Lage und die Außenpolitik Sowjetrußlands. Darin schlug er besonders das Motiv der Zeit,

¹⁷⁹ Bericht de Pottere an Burian, Moskau 1918 IX 6 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 54).

¹⁸⁰ Ähnlich urteilte Larin in einem Artikel der Izvestija, 1918 IX 4: »Sowjetrußland tat den ersten erfolgreichen Schritt zur Durchsicht des Brester Friedens und seiner Folgen. Das neue Abkommen . . . gibt [uns] die Freiheit der wirtschaftlichen Organisation, es verringert die riesige Kontribution, wie sie aus dem Brester Frieden hervorgeht und die von der bürgerlichen Presse auf 10 Milliarden Rubel beziffert wird. . . Die Erhöhung des internationalen Gewichts Sowjetrußlands . . . läßt sich an der Größe der jetzt gemachten Konzessionen messen.« – Auf der Sitzung des ZEK am 2. September, in der die Ergänzungsverträge ratifiziert wurden, führte Krasin aus, daß durch die Pauschalierung der Entschädigungsforderungen Deutschland die Möglichkeit genommen werde, zugunsten russischer Firmen in Rußland unter dem Vorwand des Schutzes deutscher Interessen zu intervenieren, während die Sowjetregierung auch das Recht habe, über Guthaben russischer Bürger in Deutschland zu verfügen. (Nach Angaben Paquets, der der Sitzung beiwohnte, in Hauschild an AA, Moskau 1918 IX 3. PA, D 131 Bd. 48 Bl. 69/70.) In einem Leitartikel der Pravda 1918 IX 7 unter dem Titel »Konzessionen« wurde gesagt, daß durch den Ergänzungsvertrag an Sowjetrußland einige Provinzen mit mehreren Millionen Bevölkerung zurückgegeben würden. Ferner sei Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht eingeschränkt, da es die Nationalisierung der Banken, des Handels und der Industrie anerkannt habe. Zugleich seien im Vergleich zum Märzvertrag die Geldentschädigungen für die durch den Krieg verursachten Verluste herabgesetzt worden. Die Gründe für diese Konzessionen seien völlig klar: »Die Räuberkrallen der preußischen Gewalttäter sind zu tief in der Westfront eingekrampt. Im engen Fangeisen zappeln die Räuber. . . Sowjetrußland wächst und festigt sich. Die neuen Konzessionen machen es bedeutend größer. Der Zauber in den Augen der Arbeiter verstärkt sich. Langsam aber sicher wirken die Prinzipien der proletarischen Diktatur.«

¹⁸¹ Dokumenty I 467.

¹⁸² Radek, Lage 3 ff.

»die zu unseren Gunsten arbeitet«, an. Sowjetrußland befinde sich in einer günstigeren Situation als zur Zeit des Friedensschlusses von Brest. »Wir haben an Kraft im Laufe dieser sechs Monate gewonnen... Für uns sprechen die zehn Monate der sozialistischen Revolution, während welcher wir ... standhaft Dynamit unter das Gebäude des Weltkapitals legten, indem wir hartnäckig das Werk der sozialistischen Umgestaltung fortsetzten.« Radek gefiel sich wie so oft im Sommer 1918 in der Rolle des Vormundes und Fürsprechers der regierungsamtlichen deutschen Ostpolitik. Er sei der festen Überzeugung, daß es vom Standpunkt des deutschen Imperialismus ein Abenteuer wäre, die russischen Arbeiter und Bauern im offenen Kampf zu überfallen. Dies begreife auch die deutsche Regierung. Natürlich fürchte Deutschland, wie Bismarck gesagt habe, niemand außer Gott. Aber die militärischen Kreise Deutschlands, die in den Fragen des Sozialismus und des Arbeiterkampfes nicht besonders bewandert seien, begriffen aus der »ukrainischen Erfahrung« sehr wohl, daß die Okkupation ganz Rußlands mindestens 20 Armeekorps, das Doppelte der in der Ukraine festgehaltenen Truppen, erfordere. Trotzdem bewies ihm die Entwicklung der deutschen Politik Rußland gegenüber, daß sie keine bestimmte Linie verfolge und voller Widersprüche sei, weil bald die »konterrevolutionäre«, bald die »versöhnende« Politik die Oberhand gewänne, »je nach der Lage an der Front und je nach den Kämpfen der Kliken innerhalb der Regierungspartei«. Das führe zu Unsicherheit und zu beständigen Konflikten, die für Rußland nicht wünschenswert, für Deutschland aber geradezu gefährlich seien. Denn das »Liebäugeln mit Krasnoff, die Zulassung der räuberischen Politik der Türken im Kaukasus« leiste den Plänen der Alliierten Beistand, die zu unterstützen doch augenscheinlich nicht die Aufgabe der deutschen Politik sei. Radek kam auch auf das Grundsätzliche der deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen. »Es wird für die zwei, in ihrer sozialen Struktur so verschiedenen Länder genügen, wenn ihre Regierungen begreifen, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, mit einander Krieg zu führen, und daß die Interessen Deutschlands ... der Bildung einer neuen Ostfront widersprechen.« Wenn beide Länder dabei Handelsbeziehungen anbahnten, so wären damit »die aktuellen deutsch-russischen Interessen« erschöpft. Was die Zukunft angehe, so könne man mit Bismarck sagen, man solle dem lieben Gott nicht ins Handwerk pfuschen. Auf den Ergänzungsvertrag eingehend, bezeichnete Radek die deutscherseits gemachten Konzessionen als »das Feigenblatt der Versöhnung«, das einen Vertrag bedecke, der am Charakter der durch den Brester Frieden bestimmten deutsch-russischen Verhältnisse nichts ändere.

Es klang fast wie ein Echo der Rede Radeks, als der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen am 24. September im Hauptausschuß des Reichstages den deutschen Standpunkt gegenüber der bolschewistischen Regierung präziserte¹⁸³: »Wir haben den Frieden im Osten dank des Friedens von Brest-Litowsk. Es ist unser

¹⁸³ Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 IX 25.

Interesse, das Interesse des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten, an diesem Frieden festzuhalten, solange es nur möglich ist. . . Wir hoffen, daß diese Ergänzungsverträge die Brücke bilden werden zu einem Nebeneinanderleben von Deutschland und Rußland.« Es schien dem deutschen Staatssekretär, daß die Ergänzungsverträge allgemeine Zustimmung gefunden hätten. »Sie stellen einen Modus vivendi dar mit dem Rußland, das neu entsteht. Ich glaube, wir können zufrieden sein mit dem, was mit diesem Zusatzvertrag erreicht worden ist, wie wir auch bei den Russen Zufriedenheit darüber hören können.«

Trotz des Gleichklangs der Worte, welcher Unterschied in der Grundhaltung und den dahinter liegenden Absichten! Niemand gab diesem Wesensunterschied ergreifenderen Ausdruck als der Leiter des deutschen Pressebüros in Moskau, Dr. Paquet: »Daß gerade jetzt einzelne offiziöse deutsche Blätter anlässlich der Verträge wieder einmal von ›Frieden und Freundschaft‹ zwischen beiden Ländern reden, erscheint unfäßbar, wenn man betrachtet, mit wie offenem Hohn¹⁸⁴ auf seiten der Bolschewiki, mit welcher Bitterkeit auf seiten der bürgerlichen Kreise Rußlands die von Berlin gemeldeten glatten Redensarten über die Vorteile der Zusatzverträge hier aufgenommen wurden. Deutschland erscheint, von dem jetzigen Moskau aus gesehen, als ein Land der Illusionen, insbesondere der Illusionen über die Lage des östlichen Problems in seiner Gesamtheit.« Und Paquet fuhr fort: »Um den Namen Deutschlands vor der übrigen Welt rein zu halten, ist es unumgänglich, nicht nur gegen den leichtsinnigen Gebrauch der Worte ›Frieden und Freundschaft‹ in bezug auf das gegenwärtige Rußland Einspruch zu erheben, sondern eines Tages im Namen der Menschlichkeit auch das deutliche und kurze Wort ›Genug!‹ auszusprechen.«¹⁸⁵

2. Die deutsch-russischen Beziehungen im September und Oktober

Der stärkste gegen den Ostkurs des Auswärtigen Amtes gerichtete Widerstand war von Helfferich ausgegangen. Er war zwar durch die Abberufung des Gesandten aus Moskau seiner festesten Stütze beraubt, aber nicht gebrochen. Denn

¹⁸⁴ Dazu noch eine Probe aus der Pravda vom 7. September 1918: »Die erste sozialistische Republik der Welt befindet sich zwischen zwei Feuern. . . Aber wir verfügen noch nicht über genügend Kräfte für einen erfolgreichen Kampf an zwei Fronten. Wenn das anglo-französische Kapital uns den Krieg erklärt, leisten wir bewaffneten Widerstand, weil es keinen anderen Ausweg gibt. Daher müssen wir jeglichen Kampf an der anderen Front vermeiden und den Zusammenstoß mit der anderen Raubgruppe hinausschieben. Wir wissen, daß der deutsche Imperialismus den Vertrag mit uns nur unterzeichnet, weil er, im Westen gebunden, gegenwärtig nicht mit bewaffneter Hand gegen Sowjetrußland vorgehen kann, und wir nutzen seine Schwierigkeiten für die Erhaltung der Sowjetregierung und für die Rettung der Weltfackel der sozialen Revolution aus. . . Wir ratifizieren den Ergänzungsvertrag nur, weil wir der Gewalt, die uns bedrückt, nicht widerstehen können, und sind überzeugt, daß uns die internationale Revolution zu Hilfe kommen wird, und im Bunde mit dem Proletariat der ganzen Welt werden wir alle uns vom Imperialismus aufgezwungenen Verträge annullieren.«

¹⁸⁵ Paquet 119/20.

das Ziel, das man sich in Berlin setzte – weiter mit den Bolschewisten zu gehen und dieses Zusammenwirken durch eine vertragliche Abmachung zu besiegeln –, blieb weniger denn je unangefochten. Nach Helfferichs Weggang aus Moskau wurden die Warnungen vor einem Festhalten an den Bolschewisten von den verschiedenen deutschen diplomatischen und militärischen Vertretungen fortgesetzt. Schon eine kleine Auswahl dieser Stimmen genügt, um zu zeigen, wie in dieser Berichterstattung besonders die Problematik des Zusammengehens Deutschlands mit der bolschewistischen Regierung behandelt wurde – eine Problematik, deren prinzipieller Aspekt in Berlin so gut wie unbeachtet blieb.

Generalkonsul Hauschild, der nach der Verlegung der deutschen Gesandtschaft die Geschäfte mit der Sowjetregierung führte, schrieb zwei Wochen vor Unterzeichnung des Ergänzungsvertrages – zu der Zeit, als Radek nach Berlin fahren sollte –, die Entsendung eines der fähigsten Köpfe nach Berlin sei ein verzweifelter Versuch der Bolschewiki, Deutschland bei der Stange zu halten. »Die Unterschrift wird uns fortgesetzt als Köder hingehalten, damit wir uns weiter vor den im Sumpfe stehenden Karren der Bolschewiki spannen und ziehen helfen.« Er sei überzeugt, daß entweder die Ratifikation oder die Ausführung wieder verschoben oder daß neue Amendements vorgeschlagen würden, die praktisch wieder nichts anderes als eine Sabotage der deutschen Forderungen bedeuten würden. Im übrigen hielt er zu diesem Zeitpunkt die Lebensfähigkeit des Regimes für sehr gering. »Stützen wir jetzt weiter diesen totkranken Organismus, dann fällt er uns schließlich als Kadaver wieder in die Arme.«¹

In einem einige Tage danach an den Reichskanzler gesandten Bericht gab Hauschild der Gefahr des staatszersetzenden Einflusses des Bolschewismus unüberhörbar Ausdruck²: »Die als Konsulatsbeamte, Friedensdelegierte, Hilfspersonal für Gesandtschaften etc. mit diplomatischen Pässen ausgestatteten, ins Ausland entsandten Beamten, die sich aus den zweifelhaftesten Elementen zusammensetzen, tragen einen Agitationsstoff ins Ausland, dessen Gefahr m. D. gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.« Jeder derartige Emissär bedeute eine Verstärkung der an der Unterhöhnung des deutschen Staatsgebäudes arbeitenden Kräfte. Gerade auf diesem Gebiet trete daher der Kampf der gegeneinanderstehenden deutschen und bolschewistischen Staatsgedanken besonders in Erscheinung. Dieser Kampf müsse von Deutschland mit den rücksichtslosesten Abwehrmaßnahmen geführt werden. Am Schluß seines Berichts zog Hauschild folgendes Fazit: »Ich habe nach den Erfahrungen der letzten drei Monate die Überzeugung gewonnen, daß bei der Weiterarbeit mit den Bolschewiki, die tatsächlich nur dem Schein nach besteht, nicht nur keinerlei positives Ergebnis erzielt werden kann, sondern daß vielmehr der durch dieses Regime angerichtete Schade in ideeller und materieller Hinsicht mit jedem Tag wächst.«

¹ Abschriftlicher Auszug eines Briefes (Adressat unbekannt; wahrscheinlich Trautmann), Moskau 1918 VIII 14 (PA, D 131 adh. 3 Nr. 2 Bd. 1).

² Bericht Hauschild an Rk, Moskau 1918 VIII 20 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 192/3).

Hauschild's Petersburger Kollege Breiter schlug in seinen Berichten ganz denselben Ton an. In einem Schreiben vom 8. August³ ging er auf die von den Bolschewisten vorgenommenen Offiziersmassenverhaftungen ein. Deutschland werde von der öffentlichen Meinung für diese Verhaftungen verantwortlich gemacht. Man schiebe ja Deutschland jeden bolschewistischen Übergriff in die Schuhe. »Wir sind eben nach der landläufigen Auffassung diejenigen, die der Sowjetregierung mit unserer Anerkennung zur Macht verholfen haben, sie weiter stützen und dadurch zu ihrem Übermut im Zerstören aller bürgerlichen Ordnung ermutigen.« Wenn in letzter Stunde das Terrain für Deutschland noch gerettet werden sollte, so würde dies nur durch eine ganz energische Haltung gegenüber der Sowjetregierung erreicht werden können. »Hier ist alle Welt davon überzeugt, daß diese Regierung nur Zeit gewinnen will, um auch in Deutschland die revolutionäre Saat ausreifen zu lassen, und daß sie in der Zwischenzeit nur Verschleppungspolitik insbesondere bei den Berliner Verhandlungen, wie hier bei den Verhandlungen über den Warenaustausch treibt...«

Auch der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Moskau, de Pottere, ging in seinen Berichten an Burian auf die bolschewistische Revolutionsgefahr für die Mittelmächte ein. Am 31. August schrieb er⁴: »Kann Deutschland nach diesem nervenzersetzenden Kriege gegen die soziale Seuche, deren Schrecklichkeit nur der erkennt, der sie hier miterlebt, wirklich vollauf gefeit sein? Und wäre dies sogar der Fall, erscheint es dann klug, seine Alliierten, und vor allem die Monarchie, einer so schweren Gefahr auszusetzen? Hier wird unisono Österreich-Ungarn als das nächste Bolschewikiland genannt... Und was tut dieses altherwürdige Reich, wenn es zu all dem Nationalitätenjammer und der Kriegslage auch noch den Bolschewikismus [sic] hinzubekäme?«

Der deutsche Militärattaché, Major Schubert, bezeichnete Mitte August in einer für Staatssekretär Hintze bestimmten Denkschrift⁵ zur militärisch-politischen

³ Bericht Breiter an Rk (Abschrift), Petersburg 1918 VIII 8 (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 225/8). – Am 9. August berichtete auch Hauschild über Offiziersverhaftungen in Moskau. Er habe in die Internierungslager drei Beamte mit Ausweisen Čičerins delegiert, um Freilassungen zu erwirken. Hintze verbot daraufhin solche Interzessionen. (Hauschild an AA [mit Randvermerk Hintzes], Moskau 1918 VIII 9. PA, Ru 72 Bd. 98.)

⁴ Bericht de Pottere an Burian, Moskau 1918 VIII 31 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 480/1).

⁵ Denkschrift Schubert, Berlin 1918 VIII 24 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 201/3). – Schubert erwähnt in seinen Lebenserinnerungen (16/7) einen Vorfall, der die ganz ungewöhnlichen Formen, die der Kampf der Moskauer Gesandtschaft gegen das Berliner AA annahm, besonders markant erscheinen läßt. Major Henning habe »in vorgerückter Stunde« (wahrscheinlich Juli) einen Beamten des AA zum Duell gefordert, weil dieser korrekterweise die Politik seines Amtes verteidigt habe. »Henning war der Meinung, daß es unmoralisch sei, mit den Bolschewiki über den durch Staatsnotwehr gebotenen Breiter Frieden hinaus weiter zu verhandeln... Die Moralbegriffe der Bolschewiki seien andere als die unseren, für sie sei Mord nicht gleich Mord, Diebstahl nicht gleich Diebstahl, wenn es die Weltrevolution erfordere. Tagtäglich könne man in Moskau erleben, daß dieser Grundsatz keine Theorie oder bloße Drohung sei. Außerdem sah sich Henning als Soldat, wenn es so weiter ginge, schon Schulter an Schulter mit den Roten für bolschewistische Ziele kämpfen. Die Diplomaten könnten dann

Lage die bolschewistische Regierung als eine Jakobinerregierung über einige wenige Enklaven in einem Riesenreich. Durch jedes weitere Paktieren mit den Bolschewisten würden die in Moskau und Petersburg lebenden 20 000–30 000 früheren Offiziere zur Entente und den Tschecho-Slowaken abschwanken. »Die Entwicklung einer neuen Ostfront wird also gerade durch eine bolschewikifreundliche Politik unsererseits gefördert.« Es gebe noch einen anderen Weg, der aber Vertrauen zu dem zukünftigen Rußland voraussetze: Waffenlieferungen an den Kosakenhetman Krasnov in so bedeutendem Maße, daß dieser sich den Kreml in Moskau erobern könne. Dieser Weg habe den zweifellosen und unschätzbaren Vorteil der Initiative, den sonst die Entente an sich reißen würde.

Sogar die Berichterstattung untergeordneter militärischer Stellen in Rußland nahm den Charakter politischen Rasonnements an. So behauptete Rittmeister Woelfing, Leiter der Auslandshilfsstelle Moskau, in einem Schreiben⁶ an Oberost, daß die Abberufung Helfferichs und der Abschluß des Ergänzungsvertrages eine falsche Politik darstelle, die Deutschland auf lange Sicht den schwersten Schaden zufügen werde. »Es ist hier ein starker psychologischer Prozeß in der Entwicklung begriffen, Deutschland für den Bolschewismus verantwortlich zu machen, nicht für seine Entstehung, sondern für seine Nichtbeseitigung und moralische dauernde Unterstützung. . . Man wird den Bolschewismus und Deutschland identifizieren.« Hintze, der die Äußerung eines derart allgemeinen Urteils »durch eine untergeordnete, zu übersichtlicher Beurteilung gar nicht fähigen Stelle« nicht für geziemend hielt, verlangte die Abberufung Woelfings, die aber auf persönliche Bitte Ludendorffs nicht erfolgte⁷.

Der gefährlichste Angriff auf die Berliner Ostpolitik wurde in den letzten Augusttagen vom Hauptquartier Oberost unternommen. Man hatte sich dafür einen denkbar ungünstigen Zeitpunkt ausgesucht, waren doch eben erst die Ergänzungsverträge unterzeichnet worden. Am 27. August telegraphierte⁸ Ludendorff an Hintze, General Hoffmann habe zu wiederholten Malen schriftlich und telefonisch seine großen Befürchtungen für Deutschlands zukünftiges Verhältnis zu Rußland zum Ausdruck gebracht. Er – Hoffmann – glaube, »positive Vorschläge« machen zu können, wie den im Osten drohenden Gefahren begegnet werden könne. Ludendorff schlug dem Staatssekretär vor, Hoffmann in Berlin zu empfangen.

Was es mit den positiven Vorschlägen Hoffmanns eigentlich auf sich hatte, wird

zuschauen und hinterher über das Militär schimpfen. Das Duell wurde natürlich verhindert. Aber eine starke Animosität, nicht nur Henning's, gegen das Berliner A. A. ist geblieben.«

⁶ Fernschreiben Oberost an Brinckmann (Abschrift an AA; darin Schreiben Woelfing an Oberost, Moskau 1918 VIII 31), Berlin 1918 IX 7 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 132).

⁷ Telegrammentwurf AA an Lersner für Ludendorff, Berlin undatiert (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 156); Antwort: Lersner an AA für Staatssekretär, Spa 1918 IX 21 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 29).

⁸ Ludendorff an Hintze, Spa 1918 VIII 27 (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 51).

nicht erst jetzt aus den Akten klar. Der General selbst hat sie schon in seinen Memoiren geschildert. Sie bestanden kurz gesagt darin, in einem Marsch auf Petersburg und Moskau die Bolschewisten davonzujagen und an ihrer Stelle eine monarchistische und deutschorientierte Regierung einzusetzen. Hoffmann begegnete darin ganz den Absichten Helfferichs. Wenn er aber in seinen Aufzeichnungen schreibt⁹, er habe bereits vom *Frühjahr* 1918 an den Standpunkt vertreten, daß es richtig sei, »klare Verhältnisse im Osten zu schaffen, d. h. den Frieden aufzusagen, nach Moskau zu gehen, eine andere russische Regierung einzusetzen, ihr bessere Bedingungen, als der Friede von Brest-Litowsk gab, zu gewähren . . . und mit dieser . . . Regierung ein Bündnis zu schließen«, so wird das nicht nur durch die Akten, sondern durch Hoffmanns eigenes, ebenfalls längst veröffentlichtes Tagebuch widerlegt¹⁰. Hoffmann galt 1918 allen, die Bescheid wußten, als entschiedener Vertreter einer Politik der »dauernden Schweinerei« in Rußland, wie noch Major Schubert Anfang September bezeugte¹¹. Erst in der zweiten Augushälfte¹², nachdem ihm vom Militärattaché die Verhältnisse in Rußland geschildert worden waren und er engere Beziehungen mit russischen Monarchisten angeknüpft hatte¹³, ist Hoffmann in die Front der »konsequenten Interventionisten« (Raumer) eingerückt.

Staatssekretär Hintze erklärte sich auf Ludendorffs Drängen hin bereit, den General in Berlin zu empfangen. Am 1. September hatte er eine Unterredung mit Hoffmann. Über ihren Inhalt sind nur spärliche Aufzeichnungen überliefert. Sie lassen aber eine ganz erstaunliche Feststellung zu: Staatssekretär wie General waren *einer* Ansicht in der »Beurteilung der Lage«. Hintze telegraphierte über das Ergebnis der Unterredung an Ludendorff: »General Hoffmann hat mich heute besucht, wobei wir vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage feststellen konnten.«¹⁴ Hoffmann notierte sich am 3. September in sein Tagebuch: »Zu meinem Erstaunen fand ich, daß wir über die Lage in Rußland und die Notwendigkeit, rechtzeitig dort einzugreifen, einer Ansicht waren. Unstimmigkeit herrschte nur in Kleinigkeiten und im Zeitpunkt. Er meinte, wir könnten noch etwas warten, ich halte Warten für gefährlich.«¹⁵

Demnach hat es den Anschein, daß Hintze nun mit einer deutschen Intervention zum Sturz der Bolschewisten grundsätzlich einverstanden war, also das gleiche Konzept übernahm, das er vor einigen Wochen gegenüber Helfferich leidenschaft-

⁹ Hoffmann II 223/4.

¹⁰ S. Raumer, Helfferich 397. So schrieb Hoffmann am 3. Juli (I 200), als die deutschen diplomatischen und militärischen Vertreter in Moskau die Tage der Bolschewisten schon für gezählt hielten: »Ich glaube an den Umsturz noch nicht so recht, da ich nicht sehe, wer der Erbe sein kann.«

¹¹ Raumer, Helfferich 397. Vgl. dazu Hoffmanns Tagebucheintrag 1918 VIII 15 (I 204/5).

¹² Diese Fixierung ist genauer (da auf Grund der Akten und Hoffmanns Tagebuch nachweisbar) als Raumers (397) »im Spätsommer«.

¹³ Darüber s. u. S. 324 Anm. 80.

¹⁴ Telegrammentwurf Hintze an Ludendorff, Berlin 1918 IX 1 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 9).

¹⁵ Hoffmann I 208.

lich bekämpft hatte! Damals hatte er Ludendorff beschworen, daß ein Eingehen auf Helfferichs Vorschläge die Grundsäulen der Politik eines großen Reiches erschüttern würde; und im Großen Hauptquartier hatte er diese Ansicht vor dem Kaiser verfochten. In der Besprechung mit den Parteiführern am 21. August hatte er die Politik der Fortführung von Brest-Litowsk als die einzig mögliche hingestellt, die ein Wiederaufleben der Ostfront verhindern könnte. Am gleichen Tage sprach er vor Pressevertretern vom »Verrat« Helfferichs, für den ihm jedes Verständnis abgehe. Am 27. August hatte er die Ergänzungsverträge, die Krönung seiner Ostpolitik, unterzeichnet. Aus diesem Anlaß feierte er Joffe bei einem Diner. Am 31. August stattete er dem bolschewistischen Vertreter einen Kondolenzbesuch ab, weil am Tage zuvor ein Attentat auf Lenin verübt worden war! Am 2. September wollte er in der Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten von einem Sturz der Bolschewisten nichts wissen. Sollte er den Bevollmächtigten des Bundesrates das Gegenteil von dem, was er am Vortage einem General gesagt hatte, vortragen? – Kein einziges Aktenstück, weder vor noch nach dem 1. September¹⁶, läßt den Schluß zu, daß Hintze auf einmal einen bolschewikifeindlichen Kurs steuern wollte¹⁷. Wie kam dann aber Hoffmann zu der Feststellung, er sei mit dem Staatssekretär einer Ansicht über die Lage in Rußland und die Notwendigkeit, dort einzugreifen, gewesen? Die Erklärung ist, daß der General den Staatssekretär entweder falsch verstanden oder dieser ihm seine Ansichten zur Ostpolitik unklar auseinandergesetzt hat. In der Beurteilung der Verhältnisse in Rußland – daß sie im Fluß waren und aufmerksame Beobachtung erforderten – mochten beide tatsächlich *einer* Meinung gewesen sein. Über den Zweck eines militärischen Eingreifens hat sich Hintze in den Akten aber unmißverständlich ausgesprochen. Er rechnete ja auch durchaus mit der Möglichkeit eines Sturzes der Bolschewisten von innen her. Da er aber überzeugt war, daß dann unbedingt eine *deutschfeindliche* Regierung ans Ruder kommen würde, wollte er gerade in diesem Fall militärisch eingreifen, um die Bolschewisten wieder an die Macht zurückzubringen. Eine Intervention wollte er immer für, nie gegen die Bolschewisten verstanden wissen¹⁸.

¹⁶ Weitere Zeugnisse über Hintzes Ostpolitik in den folgenden Ausführungen.

¹⁷ Brjunin (225) zieht diesen Schluß aus der erwähnten Tagebuchnotiz Hoffmanns. So berechtigt dabei die Berufung auf die Worte eines der Kronzeugen ist – die Akten sprechen nun einmal dagegen.

¹⁸ Das war auch schon die Ansicht des AA vor Hintzes Amtsübernahme gewesen. (S. o. S. 225.) Für Hintze selbst folgende Belege: Am 1. August telegraphierte Hintze nach Spa: »Oberost wird von Wahrscheinlichkeit Niederbruchs bolschewistischer Regierung unterrichtet sein. . . Wenn neue Regierung von Anfang an sich uns gegenüber feindlich stellt und dies bestätigt, würden militärische Unternehmungen nötig werden können, welcher Art, würde Sache der intellektuellen und wohl auch politischen Vorbereitung sein.« (Hintze an Lersner für Rk und OHL, Berlin 1918 VIII 1. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 16.) Am 14. August telegraphierte Hintze aus dem Großen Hauptquartier nach Berlin: »Für den Fall, daß an Stelle Chaos uns feindliche Regierung in Rußland sofort zur Macht gelangt und uns zum Einschreiten zwingt, bitte ich Schweden um Wahrnehmung unserer Interessen zu ersuchen.« (Hintze an AA, Spa 1918 VIII 14. PA, D 131 Bd. 45 Bl. 274.)

Hoffmann selbst müssen auch nach der Unterredung mit Hintze Zweifel über die Übereinstimmung der Standpunkte gekommen sein. Wie er in dem erwähnten Tagebucheintrag weiter schreibt, hat er nach seiner Rückkehr nach Kowno noch einmal ein längeres Telegramm über seine »Ostansichten« aufgesetzt und es mit der Unterschrift des Prinzen Leopold an die OHL gesandt. »Damit habe ich mein Gewissen beruhigt. Tun die Leute dann nicht, was ich rate, so kann ich weiter nicht helfen und muß abwarten.«¹⁹

Hoffmann hatte in Berlin die Gelegenheit benutzt, sich auch mit anderen Persönlichkeiten über die deutsche Ostpolitik zu unterhalten. Er sprach den Chef der Reichskanzlei, Radowitz, den Vertreter der OHL beim Reichskanzler, Winterfeldt, und die beiden Abgeordneten Richthofen und Erzberger²⁰. Von letzterem sind ausführliche Aufzeichnungen überliefert²¹, aus denen die ostpolitischen Ansichten Hoffmanns klar hervorgehen. Hoffmann sah mit großer Besorgnis in die Zukunft. Das Laufen- und Geschehenlassen könne er nicht mehr verantworten, weil daraus große Gefahren für das Deutsche Reich entstünden. Besonders im Geist des Bolschewismus sah er ein bedrohliches, auf die deutschen Soldaten wirkendes Gift. Eine weitere unmittelbar bevorstehende Gefahr seien die Mächtschaften der Entente in Rußland. Die Entente gehe daran, mit den Gegnern der Bolschewiki eine geschlossene Linie zu bilden, die von der Murmanbahn über Vologda, Kazan', die Volga entlang nach Baku, von dort nach Bagdad führe. Damit sei Deutschland auf »mehrere Menschenalter« vom Osten wirtschaftlich abgeschlossen und der Landzutritt nach Asien gesperrt. Deutschland müsse dem sofort vorbeugen. Die Lösung sah Hoffmann in einem Vormarsch deutscher Truppen auf Petersburg²², »wo die ordnungsliebenden Elemente uns erwarten«. Sobald aber deutsche Truppen in Petersburg seien, würden die Monarchisten ganz von selbst die Monarchie ausrufen. Deutschland müsse dafür sorgen, daß dafür deutschorientierte Kandidaten bereitstünden. In Frage kämen Großfürst

¹⁹ Hoffmann I 208. – Daß Hoffmanns zweideutige Tagebuchnotiz eigentlich nur *eine* Deutung zuläßt, wird auch durch die Wiener Akten bestätigt. Am 9. September telegraphierte Hohenlohe an Burian: »Hintze hat jedoch auf eine Frage, die ich ihm diesbezüglich [Anwesenheit Hoffmanns in Berlin] kürzlich stellte, behauptet, es habe ihm keine [im Original steht »eine«, was ein Schreibfehler sein dürfte] große Mühe gekostet, den General von der Aussichtslosigkeit dieses Abenteuers, in das sich die deutsche Regierung keinesfalls einlassen werde, zu überzeugen.« (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 124.)

²⁰ Hoffmann I 207.

²¹ Aufzeichnung Erzberger, 1918 IX 2, auszugsweise abgedruckt in IFA II 505 Anm. 47. Ein anderer Auszug bei K. Epstein 278; dazu Erzberger 248/9.

²² Als Grundlage dafür sah Hoffmann den Ergänzungsvertrag an, »in welchem Rußland sich verpflichte, innerhalb drei Tagen nach der deutschen Aufforderung die Engländer von der Murmanküste zu vertreiben. Das könne Rußland nicht leisten, und so habe Deutschland nach dem Vertrag das Recht einzurücken zur Vertreibung der Engländer«. (IFA II 505 Anm. 47.) Von einer derartigen, mit einer Frist verbundenen Aufforderung steht nichts im Ergänzungsvertrag, auch nicht im Geheimprotokoll. Warum sich Hoffmann, der Vertrag und Geheimzusatz gekannt haben muß, hier auf eine nicht vorhandene Bestimmung beruft, ist unerfindlich. Erzberger könnte ihn vielleicht mißverstanden haben.

Michail, der Bruder des Zaren, Großfürst Dmitrij und auch Fürst Jusupov, der Mörder Rasputins. Mit den beiden ersteren habe er bereits enge Fühlung aufgenommen. Zögere Deutschland noch, so müsse man damit rechnen, daß die Entente den Zaren ausrufe. Unter keinen Umständen könne man länger mit den Bolschewisten arbeiten, sonst gelange man in eine Situation, in der »kaiserlich deutsche Generale Hand in Hand mit der russischen Revolution gegen die Monarchie« marschieren müßten²³.

Liegt in Hoffmanns Auffassung von der Regsamkeit der russischen Monarchisten und überhaupt von ihrer Verwurzelung im russischen Volk – Voraussetzung für eine deutsche Intervention – ein gut Teil Optimismus, so gilt dasselbe auch von seinen Vorstellungen über den Machtbereich eines künftigen Rußland. Klar hat er sich über diesen Punkt in seinen Aufzeichnungen eigentlich nicht ausgesprochen. In sein Tagebuch schrieb er unterm 29. August: »Ich überlege nach allen Seiten, wie wir auch später den Finger in dem Brei behalten können, über Ukraine oder Kaukasus, sehe aber nicht hoffnungsvoll.«²⁴ Aus den Akten geht noch deutlicher hervor, daß Hoffmann nicht bereit war, den wichtigsten von den antibolschewistischen Gruppen verlangten Preis, die Ukraine, herzugeben²⁵. In dieser Hinsicht waren die Fürsprecher eines Abrückens von den Bolschewisten – wie Helfferich, Mirbach und die militärischen Vertreter in Rußland – doch realistischer, da sie es als notwendig ansahen, bei einem Arrangement mit einem nicht-bolschewistischen Rußland zumindest auf die Ukraine zu verzichten.

Hoffmann hatte seinen Gang nach Berlin erfolglos abgeschlossen²⁶. Der entscheidende Mann, Hintze, hatte ihn persönlich hingehalten und dem österreichi-

²³ Erzberger stimmte mit Hoffmann überein, daß sich Deutschland entgegen seiner Auffassung und seinen Protesten viel zu weit mit den Bolschewisten eingelassen habe. Deshalb sei er auch ein Gegner des Ergänzungsvertrages, vor allem weil Deutschland darin den Bolschewisten die Konzession gemacht habe, die Aufhebung des Privateigentums anzuerkennen. (Erzberger 249.) K. Epstein (278 Anm. 44) schreibt dazu: »Hin- und hergerissen zwischen Haß auf den Bolschewismus und Angst vor imperialistischen deutschen Vorstößen im Osten, bekehrte sich Erzberger erst spät zu der Politik des »Marsches auf Moskau.« Die verfügbaren Zeugnisse sprechen nicht dafür, daß er sich überhaupt dazu bekehrt hatte. Die Angst vor »imperialistischen deutschen Vorstößen im Osten« schien bei ihm auch noch im September zu überwiegen. Das zeigen seine Worte über Hoffmanns Plan in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 12. September: »Welche Entscheidung gefallen ist, weiß ich nicht. Aber sie wird in diesen Tagen fallen. Man macht also dieselbe Politik wieder wie in der Ukraine. Das wird unseren guten Namen in der Welt nicht bessern.« (IFA II 508.)

²⁴ Hoffmann I 207.

²⁵ Am 3. Oktober telegraphierte Fürstenberg aus Kiev an Burian, das Projekt Hoffmanns gehe dahin, »durch einen raschen Vorstoß gegen Petersburg und Moskau ... dem Sowjetregime den Todesstoß zu versetzen und ... die Monarchie in Großrußland – wohlgemerkt unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Ukraine unter ihrem jetzigen Hetman [!] – wieder einzuführen.« (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 320.)

²⁶ Hoffmann muß in Berlin auch versucht haben, mit Helfferich Verbindung aufzunehmen. Wahrscheinlich aber war Helfferich Anfang September nicht in Berlin. In Hoffmanns Aufzeichnungen (I 209) findet sich unterm 7. 9. 1918 folgender Eintrag: »Heute hatte ich einen Brief von

schen Botschafter gegenüber die Pläne des Generals als Abenteuer bezeichnet²⁷. Auch der Reichskanzler gab dem Abgeordneten Fischbeck gegenüber seiner Empörung über Hoffmanns Stimmungsmache für einen Marsch auf Petersburg Ausdruck²⁸. Es sei unerhört, daß Hoffmann seine Ideen in Berlin herumspreche. Er wolle von diesen »Privatspielereien« des Generals nichts wissen. Mit Hintze stehe er nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man sich in Rußland nicht einmischen solle.

Diese von der Regierung doktrinär befolgte Politik der »Nichteinmischung« trieb nun im September einige seltsame Blüten, ja sie führte sich schließlich selbst ad absurdum.

Beispielhaft für die »utilitaristische« Politik Hintzes ist die Haltung der deutschen Regierung zu Ereignissen in Rußland, die im September 1918 die Weltöffentlichkeit erregten. Im August hatte Sowjetrußland Wochen höchster Gefahr durchlebt. Lenin forderte in jenen Tagen die Entsendung aller verfügbaren militärischen Kräfte an die besonders gefährdete Ostfront. Da er von der deutschen Regierung schon mehrmals die Versicherung erhalten hatte, daß Deutschland nicht beabsichtige, auf Petersburg zu marschieren²⁹, konnten russische Truppen von der Westfront an die Tschecho-Slowaken-Front transportiert werden. Als dann durch Joffe Nachrichten von deutschen Niederlagen in Frankreich nach Moskau gelangten, suchte die Sowjetregierung in zahlreichen Funksprüchen die Stimmung im eigenen Lager durch den Hinweis auf die nahe bevorstehende allgemeine Revolution zu heben. Die Länder, in denen der Umsturz am nächsten erfolgen

Helfferrich. »Es hätte ihm leid getan, daß er mich in Berlin nicht getroffen hätte. Er habe von meiner Beurteilung der russischen Verhältnisse gehört und sei durchaus derselben Ansicht.« So muß es kommen!« Hoffmann setzte Helfferrich noch am selben Tage schriftlich seine Ansichten zur Ostpolitik auseinander. Das geht aus einem Antwortbrief Helfferrichs hervor, in dem er sich vorbehielt, auf Hoffmanns Vorstellungen eingehender zurückzukommen, sobald sein Gesuch um Enthebung von seinem Moskauer Posten genehmigt sei, da er sich dann in größerer Freiheit über die Fragen der Ostpolitik aussprechen könne. Helfferrich fuhr fort: »Aber ich kann Ihnen heute schon sagen, daß ich in allen sonstigen Punkten auf dem Boden auch der von Ihnen vertretenen Anschauungen stehe und daß ich mich mit allen mir in meiner gegenwärtigen Position zur Verfügung stehenden Mitteln – leider ohne Erfolg – für diese Anschauungen und die aus ihnen zu ziehenden praktischen Folgerungen eingesetzt habe, sowohl von Moskau aus, wie nach meiner Rückkehr.« (Brief Helfferrich an Hoffmann, Berlin 1918 IX 12. BA/MA, Nachlaß Hoffmann, H 08-37/3.)

²⁷ S. Anm. 16.

²⁸ Fischbeck 1918 IX 13 im Interfraktionellen Ausschuß über seine Unterredung mit dem Reichskanzler am Morgen des gleichen Tages. (IFA II 556/7.)

²⁹ S. z. B. o. S. 83. – Am 10. August erließ Lenin einen Befehl an den Obersten Kriegsrat über die Verstärkung der Ostfront: »Ich halte es für notwendig, mit allen Mitteln die Ostfront zu verstärken. Ich ersuche den Obersten Kriegsrat, einen Plan für den Abtransport der allermeisten Truppenteile von der Westfront auszuarbeiten. Dieser Plan muß in kürzester Frist verwirklicht werden. Alle kampffähigen Truppen müssen abgezogen werden. Die Eisenbahnen erhalten Befehl, die bereits abgezogenen Truppen sofort an die Front zu bringen und sich auf die Übernahme und den Weitertransport von neuen vorzubereiten. . . « (Dokumenty po istorii graždanskoj vojny I 367.)

würde, hieß es, seien die Ukraine, Deutschland und Österreich-Ungarn. Über Deutschland wurde gesagt, daß es seine Regierung nicht mehr wagen dürfe, den Frieden an seiner Ostfront zu gefährden. Vielmehr sei wahrscheinlich, daß Deutschland sich zu einer allmählichen Räumung der besetzten Gebiete bereit finden werde, um den Frieden mit Großrußland zu erhalten³⁰. Lenin erklärte mit Zuversicht in einem Aufruf »Auf zum letzten, entscheidenden Kampf!« zu den zahlreichen sowjetfeindlichen Aktionen an der Peripherie Rußlands: »Die englischen und japanischen imperialistischen Bestien sind nicht stark genug, um Rußland besetzen und unterwerfen zu können. Selbst das uns benachbarte Deutschland hat nicht genügend Kräfte, das zu tun, seine ›Erfahrung‹ mit der Ukraine hat das bewiesen.«³¹

In den letzten Augusttagen hatte sich die Lage an der Tschecho-Slowaken-Front bereits wieder günstiger gestaltet, als die Sowjetregierung von neuem ein schwerer Schlag traf, der sie ihres Führers zu berauben schien: Am 30. August wurde Lenin durch ein Attentat der Sozialrevolutionärin Dora (Fanja) Kaplan schwer verwundet³². Am Morgen desselben Tages war überdies der Čeka-Gewaltige von Petersburg, M. S. Urickij, von einem jungen Offizier ermordet worden. Diese beiden miteinander nicht in Zusammenhang stehenden Attentate bildeten den Anstoß »zu einem der wildesten Ausbrüche organisierten Revolutionsterrors seit der Französischen Revolution«³³. Am 3. September wurde offiziell bekanntgegeben, daß mehr als 500 Personen in Petersburg als Vergeltungsmaßnahme für die Ermordung Urickijs erschossen worden seien³⁴. Čeka-Einheiten erhielten am folgenden Tag telegraphische Anweisung, Geiseln festzunehmen und sie bei den geringsten sowjetfeindlichen Aktionen zu erschießen. Weißgardisten sollten auf der Stelle erschossen werden³⁵.

»Es [war] eine *Bartholomäusnacht* im großen, die in diesen Septembertagen ihre Todesschatten über Rußland niedersenkt[e]«, schrieb ein deutscher Korrespondent in Rußland³⁶. Der Rote Terror machte auch nicht vor den diplomatisch geschützten ausländischen Vertretungen halt. Am Tage nach dem Attentat auf Lenin und Urickij stürmte bewaffneter Mob die britische Botschaft in Petersburg und erschoss im Handgemenge den Marineattaché Cromie³⁷. Am 4. September

³⁰ S. die Anlage zu den vom Chef des Generalstabs, Abt. Fremde Heere, zusammengestellten Vortragsnotizen »Osten«, 1918 VIII 18 (PA, GrHQ, Ru 31 d Bd. 1/2.)

³¹ Lenin, Werke XXVIII 41.

³² Der Vorgang ist ausführlich beschrieben in den Erinnerungen des persönlichen Chauffeurs Lenins, Gil' 13 ff.; ferner bei Krupskaja, Preezd 194 ff.; Bonč-Bruevič III 274 ff.; Shub 351 ff.; Possony 289 ff.; Payne 485 ff.; L. Fischer, Lenin 275 ff.

³³ Chamberlin II 65.

³⁴ Izvestija 1918 IX 3.

³⁵ Weisungen des Volkskommissars für innere Angelegenheiten, Izvestija 1918 IX 4; in englischer Übersetzung bei Chamberlin II 66/7. Über den Roten Terror ebenda 66 ff.; außerdem Shub 353 ff.; Steinberg 140 ff.; Paquet 69/70, 112 ff.; Vorst 149 ff.

³⁶ Paquet 112.

³⁷ Ullman 288 ff. Über die Verhaftung des britischen Agenten Lockhart ebenda 290 ff. Dazu

sandte der amerikanische Generalkonsul in Moskau, De Witt C. Poole, eine Note an Čičerin, in der er den Volkskommissar auf die "mad career into which the Bolshevik government has now plunged" hinwies und sofortige Einstellung der »barbarischen Unterdrückung« des russischen Volkes forderte³⁸. Am folgenden Tag gaben Vertreter des Diplomatischen Korps in Petersburg mit Einschluß des deutschen und österreichisch-ungarischen Generalkonsuls (!) spontan »ihrer tiefen Empörung über die in den Städten Petrograd, Moskau etc. eingeleitete Terrorherrschaft« Ausdruck und erklärten der Sowjetregierung, daß dieser Terror »die Empörung der zivilisierten Welt« hervorrufe³⁹.

Die Teilnahme des deutschen Vertreters an diesem von den alliierten und neutralen Diplomaten unternommenen Schritt teilte Radek in Moskau dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul de Pottère als »politische Pikanterie« mit⁴⁰. Breiter werde von seiner Regierung sicherlich desavouiert. Er – Radek – glaube nicht, daß Deutschland in dieser »rein internen russischen Angelegenheit« Streit suchen werde. In Berlin wisse man ganz gut, daß es ein leichtes sei, mit dem über die deutschen Greuel in Belgien, in Polen und in Serbien gesammelten Material die deutsche Politik zu kompromittieren, »wenn dieselbe einen Humanitätsdusel bekäme« und gegen den »Roten Terror« protestieren wolle. Jeder kehre vor seiner Tür.

Da von der deutschen Regierung tatsächlich nichts unternommen wurde, schrieb de Pottère an Burian⁴¹: »Ahnt man . . . in Berlin, was die Zentralmächte – nach

Lockharts eigene Darstellung (317 ff.). Auf die Nachricht von der Ermordung Cromies hin sandte Balfour an Čičerin eine Note, in der es u. a. heißt: »Kann die russische Sowjetregierung nicht volle Sühne leisten oder werden weitere Gewalttaten gegen britische Untertanen verübt, wird die Regierung S.M. die Mitglieder der Sowjetregierung einzeln dafür verantwortlich halten und alles unternehmen, daß sie von den Regierungen aller Kulturstaaten als Geächtete behandelt und nirgends Zuflucht finden werden.« (Zitiert aus *The Times* 1918 IX 5 bei Ullman 290.) In welchem Gegensatz steht diese Sprache zur Reaktion der deutschen Regierung auf die Ermordung Mirbachs!

³⁸ FRUS 1918 Russia I 683.

³⁹ Ebenda 698. – Auf Čičerin muß die Teilnahme Breiters an diesem Schritt der alliierten und neutralen Vertreter in Petersburg einen nachhaltigen Eindruck ausgeübt haben. In einem außenpolitischen Rechenschaftsbericht vor dem 7. Sowjetkongreß 1919 XI 6 sagte Čičerin: »Um diese Zeit erfolgte zum erstenmal eine Vereinigung beider imperialistischer Koalitionen zu einem gemeinsamen diplomatischen Schritt gegen die proletarische Revolution. Als am 3. September alle in Petrograd anwesenden ausländischen Vertreter beim Genossen Zinov'ev erschienen und gegen den »Roten Terror« Verwahrung einlegten, . . . beteiligte sich der deutsche Generalkonsul Breiter . . . an diesem demonstrativen Protest.« (*Izvestija* 1919 XI 6; in englischer Übersetzung bei Bunyan 130/1. Vgl. auch Čičerin, *Zwei Jahre* 30.) Von einer »Vereinigung beider imperialistischer Koalitionen« konnte natürlich nicht die Rede sein. Breiter beteiligte sich spontan, ohne Aufforderung, ja ohne Billigung seiner Regierung, an diesem Protest. Die Furcht vor einem Zusammenschluß der imperialistischen Mächte aber saß so tief in den Sowjetführern, daß man es Čičerin nicht verdenken kann, wenn er in dieser diplomatischen Demarche gleich eine Kollusion aller imperialistischen Regierungen witterte.

⁴⁰ Bericht de Pottère an Burian, Moskau 1918 IX 14 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 176.)

⁴¹ Zwei Berichte de Pottère an Burian, Moskau 1918 IX 5 bzw. 12 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 42 bzw. 137).

diesem geradezu hilflosen Gewährenlassen einer täglich erstarkenden, uns allen feindlichen Weltanschauung – an dem Tage zu erdulden haben werden, an dem die Stunde der Abrechnung mit den Bolschewiki kommt? ... Hier herrscht durchwegs die Meinung vor, daß Geheimrat Kriege das Blut der russischen Intelligenz und Bourgeoisie gegen 6 Milliarden an die Kommunisten verschachert hat... Aus dem innersten der russischen Seele aber ringt sich der geheime Wunsch, das Schicksal möge die Protektoren der sozialen Anarchie mit der gleichen Seuche geiseln... Wie kann ein noch nicht gänzlich zusammengebrochener monarchischer Staat so schlecht und so kurzsichtig handeln?«

Ein noch beredteres Zeugnis von der aus dem Roten Terror geborenen Not und der Verzweiflung über das Gewährenlassen durch Deutschland findet sich in den deutschen Akten. Es handelt sich um eine auf den 15. September datierte Aufzeichnung⁴² eines ungenannten russischen Bekannten Professor Schiemanns, die Breiter ans AA sandte. Darin heißt es u. a.: »Die biegsamste, bilderreichste Sprache ist viel zu arm, um das Elend, die Not und Verzweiflung der Bevölkerung zu schildern. Wäre ein Dante Alighieri unser Zeitgenosse, so würde er es vielleicht unternehmen, zu seinem ›Inferno‹ noch einen zehnten Kreis zu dichten, worin speziell die Schrecken der russischen sozial-proletarischen Regierungsmaßnahmen als der Gipfel aller menschlichen Leiden auf Erden von dem großen Dichter zu seinem Schlußeffekt aufgespart blieben.« Überaus peinlich und entmutigend berühre es, wenn die deutschen Tagesblätter die grundlose Behauptung aufstellten, die antibolschewistische Bewegung gehe darauf aus, Rußland mit den Entente-mächten zu versöhnen und Deutschland aufs neue den Krieg zu erklären. Von diesem »an Wahnsinn grenzenden Plan« könne absolut nicht die Rede sein. »Rußland ist auf Jahrzehnte hinaus außerstande, einen Krieg zu führen... Die besitzenden, staatserhaltenden Klassen sehnen sich nach nichts anderem als nach der Befreiung von der blutigen Schreckensherrschaft der Maximalisten... Wären die deutschen Truppen im Frühjahr 1918, wie man allseitig ... erwartete, nach Petersburg marschiert, so hätte die ganze Bevölkerung sie jubelnd ... begrüßt!« Jetzt habe man natürlich alle Hoffnung aufgegeben, ja man fange an zu glauben, daß Deutschland den Terror nicht nur billige, sondern ihn offiziell den Bolschewiki vorschreibe.

Um die Schrecken des Terrors zu verdeutlichen, zog der Verfasser der Aufzeichnung einige historische Analogien heran. »Etwas den russischen Verhältnissen Analoges hätte in Deutschland passieren können, wenn beispielsweise die Sekte der Wiedertäufer zu Anfang des 16. Jahrhunderts in Münster, mit Johannes Böckelsohn und Knippendolling [sic] an der Spitze, zwei Drittel von Deutschland auf ihre Seite gelockt hätte, sämtliche Fürsten davongejagt und eine kommunistische Regierung errichtet [hätte]. Oder man stelle sich vor, daß der berühmte Räuber Schinderhannes eines schönen Tages mit einer Bande von 300 000 Spießgesellen

⁴² Memorandum, Alt-Peterhof 1918 IX 15 (PA, Ru 61 Bd. 164); von Breiter an Rk gesandt 1918 IX 21. Teilabdruck in Ursachen und Folgen II 228/9.

ganz Deutschland unter seine Herrscherfaust gebracht hätte und dann von der Regierung Ludwigs XV. [sic] und Georgs II. [sic] von England als rechtmäßiges Staatsoberhaupt anerkannt worden wäre.« Es wurde an den Prinzen Louis Napoleon erinnert, der nach seinem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 in allen antirevolutionären und antirepublikanischen Kreisen Europas als Retter der Gesellschaft gepriesen worden sei. Wenn das Deutsche Reich dem »proletarisch-sozialistisch-kommunistischen Hexensabbath in Rußland« ein Ende bereiten würde, erwürbe es sich den Dank der ganzen gesitteten Welt, und Kaiser Wilhelm II. würde von der Geschichte der Beiname »Retter der Menschheit« verliehen.

Ähnliche – allerdings mit weniger Pathos vorgetragene – Warnrufe, verbunden mit Forderungen nach Eingreifen, drangen auch von den offiziellen deutschen Vertretungen nach Berlin. Schon am 30. August hatte Hauschild, von »der praktischen Unmöglichkeit eines opportunistischen Interessenausgleichs mit der Sowjetrepublik« überzeugt, ohne Aufforderung konkrete Vorschläge zu einem »Wechsel im System«, der »wenn irgend möglich innerhalb spätestens der nächsten 6 Wochen herbeigeführt werden müßte«, gemacht⁴³. Er hatte sich das Recht zu diesen Vorschlägen aus den ihm von der Auslandshilfsstelle mitgeteilten Interventionsplänen des Oberbefehlshabers Ost hergeleitet. Es genügt hier, aus Hauschild's Erörterungen der Folgen eines Nichteingreifens, der Kombinationsmöglichkeiten mit antibolschewistischen Gruppen und auch der Schwierigkeiten einer Intervention einen Punkt herauszugreifen, um zu zeigen, wie weit die deutsche Vertretung sich mit den tatsächlichen und potentiellen Gegnern der Bolschewisten eingelassen hatte.

Daß die deutsche Gesandtschaft bei einem möglichen Umschwung der Haltung der Letten zentrale Bedeutung beimaß, wurde bereits erwähnt⁴⁴. Hauschild hatte den Letten bisher noch keine bestimmte Zusage machen können, weil ihm die Weisung dazu fehlte, und ihren Führer Vacetis hinhalten lassen. Er glaubte nun aber, daß wenigstens diesem gegenüber ein bestimmtes Programm in Aussicht genommen werden müsse, um »die Gefahr eines Auseinanderlaufens« der Lettenregimenter zu verhindern. »Wenn ein bestimmter Termin für den Beginn militärischer Operationen festgesetzt würde«, schrieb er an den Reichskanzler, »wäre es für die Letten möglich, die zur Zeit noch in Moskau befindlichen Bolschewiken, einschließlich ihrer Führer, zu überwältigen und die Stadt bis zum Eintreffen von Verstärkungen zu halten. Diese Mithilfe hätte den unschätzbaren Vorteil, daß es den jetzigen Machthabern unmöglich gemacht würde, beim ersten Zeigen eines deutschen Vormarsches, die angedrohten . . . Schädigungen der Stadt Moskau an Gut und Blut durchzuführen. Gleichzeitig würde das Zentrum des Widerstandes mit einem Schlage lahmgelegt.« Vacetis kam sogar einige Tage später

⁴³ Bericht Hauschild an Rk (ganz geheim), Moskau 1918 VIII 30 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 64/7); abgedruckt als Dokument 8 im Anhang.

⁴⁴ S. o. S. 240/1.

selbst von der Ostfront nach Moskau und ließ sich von Hauschild persönlich bedeuten, daß seine Truppe, wenn es zu einem Umschwung unter Mithilfe der Letten käme, auf Amnestie und Rückkehr in die Heimat rechnen könne⁴⁵.

Inzwischen hatte der Rote Terror eingesetzt, der für eine deutsche Intervention einen psychologisch günstigen Anlaß zu bieten schien. Aufforderungen aller deutschen Vertretungen in Rußland zu sofortigem Handeln häuften sich. Am 6. September meldete Breiter dem AA, er werde von Russen mit Interventionsbitten überschüttet⁴⁶. Außerdem habe er verlässliche Meldungen, wonach von den Sozialrevolutionären ein Anschlag auf das Generalkonsulat »zur Steigerung der Verwirrung« geplant sei. Die neutralen Gesandten befürchteten überhaupt ein Fremdenmassaker. Der dänische Gesandte, Scavenius, habe den gegenwärtigen Augenblick als »psychologisch denkbarst günstig« für eine deutsche Intervention bezeichnet, »welche allein noch [die] Rettung Rußlands und vielleicht [der] ganzen Welt gegenüber [der] roten Internationale bringen könne, jedenfalls vor Oktober kommen müsse, weil sonst mit [dem] Jahresjubiläum der Revolution der Beweis des Gelingens des Staatssozialismus-Experiments als erbracht gelte«⁴⁷.

Es erhebt sich die Frage, wie sich die deutsche Regierung, besonders Hintze, zu dem Geschehen in Rußland stellte. Auf die Nachricht von dem Attentat auf Lenin und der Ermordung Urickijs hin stattete der Staatssekretär des Auswärtigen dem russischen Botschafter einen Kondolenzbesuch ab⁴⁸. Diese Demarche wirkte, wie

⁴⁵ Bericht Hauschild an Rk (ganz geheim), Moskau 1918 IX 6 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 226/9). – Vacetis suchte auch Schubert auf. Er bat ihn, ihm zu glauben, daß er kein Bolschewik geworden, sondern wie seine Soldaten unverändert lettischer Nationalist geblieben sei. Sie müßten sich aber die ersehnte Heimkehr bei den Bolschewiki verdienen, weil sie daheim den Schutz der Bolschewiki gegen die baltischen Barone nötig hätten. (Private Mitteilung 1965 IX 19.) – Am 25. September konnte Hauschild berichten, daß Vacetis, der nach wie vor deutschorientiert sei, seine Stellung als Oberkommandierender gefestigt habe. Lenin und Trockij würden offensichtlich mit ihm als einem Machtfaktor zu rechnen haben. (Bussche an Lersner, Berlin 1918 IX 27. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18.) Daß die Ergebenheit der Letten bei der Regierung Zweifeln begegnete, zeigt die Tatsache, daß der Plan des Oberkommandierenden, ein neues lettisches Regiment aus lettischen Flüchtlingen zu rekrutieren, durch einen Gegenbefehl Trockijs durchkreuzt wurde. Damit wurde sein Bestreben, die lettischen Einheiten mehr in Moskau zu konzentrieren, vereitelt. Nach Hauschilds Feststellungen verfügten die Letten Mitte Oktober über etwa 4 000 Mann in Moskau, auf die ebenso wie vermutlich auf einen Teil der Miliz der Stadt bei einem Umsturz gerechnet werden könne. (Bericht Hauschild an Rk, Moskau 1918 X 15. PA, D 131 Bd. 52 Bl. 76/80.) – Nach einem »Bericht des Kommissars der lettischen Schützendivision, K. A. Peterson, an den Vorsitzenden des VCIK, Ja. M. Sverdlov, über die Verschwörung Lockharts und die Beteiligung der lettischen Schützen an ihrer Liquidierung« (1918 IX 6) soll auch Lockhart versucht haben, Beziehungen mit den Letten aufzunehmen. Den Letten sollen von den Engländern Mitte August 5–6 Millionen Rubel angeboten und im ganzen 1,2 Millionen ausgezahlt worden sein. Die Verbindung wurde aber verraten und bildete einen der Anklagepunkte bei Lockharts Verhaftung. (Krastyn' 175 ff.) Nach Lockharts eigener Darstellung (314 ff.) kamen die Letten zuerst zu ihm.

⁴⁶ Breiter an AA, Petersburg 1918 IX 6 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 113/4).

⁴⁷ Breiter an AA, Petersburg 1918 IX 6 (ebenda Bl. 124).

⁴⁸ S. Anm. 42.

der erwähnte russische Bekannte Schiemanns in seinem Memorandum schrieb⁴⁹, in bolschewikifeindlichen Kreisen Rußlands »wie eine von mephistischen Gasen gefüllte Bombe«. Als dann die zahlreichen Nachrichten über den Roten Terror in Berlin eintrafen, sah sich der Reichskanzler genötigt, an den Rand eines der vielen Telegramme aus Moskau, in dem dringend Verwahrung gegen den Terror gefordert wurde⁵⁰, eine seiner seltenen Marginalien zu schreiben: »Ich halte das, wenn es nicht schon geschehen sein sollte, für dringend erforderlich.« Staatssekretär Hintze setzte dazu ein lakonisches »Nein«. Dabei blieb es. Eine bezeichnende Episode, die zeigt, wer in Wirklichkeit in Berlin die Politik bestimmte! Hertlings oft gebrauchte Wendung »*Ich* mache die Politik« war auch, was die Außenpolitik angeht, eine leere Phrase, mit der er seine eigene Schwäche nicht nur gegenüber der OHL, sondern auch gegenüber dem AA zu verdecken suchte.

Am 9. September erteilte Hintze den beiden Generalkonsuln Weisung für ihr Verhalten⁵¹. Gegenüber den Bestrebungen, die zum Sturz der Bolschewiki führen könnten, so instruierte er Hauschild und Breiter, sei »aus höheren politischen Rücksichten« besonders Wert darauf zu legen, »daß eine ruhige Beurteilung der russischen Zustände Platz behält«. Ziel der deutschen Politik in Rußland sei, »das Wiederaufleben des Krieges im Osten solange nur möglich hinauszuschieben und den Bemühungen der Entente, unter Gewinnung aller russischen Parteien und Beseitigung des Brester Friedens die Ostfront wiederherzustellen, entgegenzuarbeiten«. Deutschland habe infolgedessen keinen Anlaß, den Sturz der Sowjetregierung herbeizuführen, da jede andere Regierung Freund und Bundesgenosse der Entente sein oder werden und Deutschland zur Anwendung großer militärischer Mittel oder zum Verzicht auf das in Brest Errungene nötigen würde; die Bolschewiki dagegen seien die einzige Partei, die im Gegensatz zur Entente stehe und Deutschlands politische Arbeit vollbringe. Da Hintze ganz im Gegensatz zu den deutschen Vertretungen in Rußland die Gefahr, daß die Entente das Heft in die Hand bekommen würde, *nicht* als unmittelbar bevorstehend ansah, gab er weiterhin Weisung, sich auf Bekämpfung der Entente zu beschränken, »ohne [die] Fühlung mit anderen russischen Parteien zu vernachlässigen«.

Die Antwort auf die Frage, wie weit sich die Entente in die russischen Verhältnisse bereits eingeschaltet hatte, war allerdings der Angelpunkt für die Entscheidung darüber, wie sich Deutschland dazu einzustellen haben würde. Hintzes Urteil in dieser Hinsicht war genauso eindeutig wie das entgegengesetzte der deutschen Diplomaten und Militärs im Osten. Da Hintze seine Weisungen auch an die OHL und ans Kriegsministerium zur Weiterleitung an ihre Vertreter in Rußland gegeben hatte, kam denn auch von dieser Stelle der erste Widerspruch; da er sich aber nur in Fragen der Taktik äußerte, war er nicht dazu angetan, den

⁴⁹ S. Anm. 42.

⁵⁰ Hauschild an AA, Moskau 1918 IX 10 (PA, Ru 61 Bd. 163). Hertlings Randvermerk vom 10. 9., Hintzes vom 13. 9.

⁵¹ Hintze an Breiter/Hauschild/Berckheim/KM, Berlin 1918 IX 9 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 147/8).

Ostkurs des AA aus der Bahn zu werfen. Ludendorff, der über die Massenerschießungen in Rußland offenbar empört war, ersuchte das AA⁵², der deutschen Presse Anweisung zu geben, den Roten Terror abfällig zu beurteilen, wenn man schon nicht direkt auf die bolschewistische Regierung einwirken könne. Das AA erklärte sich aber nur bereit, »gelegentlich hier und da« in der Presse Stimmen gegen den Terror zur Geltung zu bringen. Von einem allgemeinen Feldzug dagegen müsse jedoch abgesehen werden⁵³. An die deutschen Vertretungen in Rußland ließ Hintze folgende Richtlinien zur Einhaltung gegenüber dem bolschewistischen Terror ergehen: Allgemeine Vorstellungen bei der Sowjetregierung seien zu unterlassen; die deutschen Stellen hätten lediglich zugunsten bedrohter Deutscher und Schutzgenossen »im Rahmen der amtlichen Befugnisse« einzuschreiten, dagegen sei eine Verwendung für Russen den neutralen Regierungen zu überlassen⁵⁴.

Am 24. September sah sich Hintze genötigt, in seiner Regierungserklärung vor dem Reichstagsausschuß auch zu den Verhältnissen in Rußland Stellung zu nehmen⁵⁵. »In Großrußland brodelte der Kessel der Revolution weiter. Wir haben uns damit abzufinden und daran zu denken, daß, wer noch immer in den Kessel der Revolution die Finger hineingesteckt hat, sich der Folgen bewußt sein mußte und bereit sein sollte, die Folgen zu tragen.« Die innere Lage Großrußlands schein nach dem, was man in den Zeitungen lese, vom Terror beherrscht zu sein. »Gewiß, zweifellos kommen Schreckenstaten vor; aber daß sie in dem Umfang vor sich gehen sollten, wie es in den Zeitungen steht, ist erstens einmal nach dem, was man von Rußland sonst weiß, nicht sehr wahrscheinlich, zweitens haben wir uns mit den Zeitungsnachrichten nicht begnügt, sondern Anfragen gestellt und sind amtlich unterrichtet worden, daß die angegebenen Ziffern zum größten Teil stark übertrieben sind.« Das war bewußt falsch dargestellt. »Höhere politische Rücksichten« geboten Hintze, diese Erklärung wider besseres Wissen abzugeben⁵⁶.

⁵² Lersner an AA, Spa 1918 IX 14 (PA, D 131 Bd. 47 Bl. 106).

⁵³ Randvermerk Nadolnys vom 20. 9. am Telegramm Lersners (s. Anm. 52).

⁵⁴ Hintze an Lersner, Berlin 1918 IX 15 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).-Schubert berichtet folgendes über die Reaktion der deutschen Rest-Gesandtschaft in Pleskau auf Hintzes Weisung: »Ich entsinne mich aus der kurzen Pleskauer Zeit der Gesandtschaft im September 1918, daß wir alle, die Herren vom Zivil der Gesandtschaft eingeschlossen, bei einem väterlich zur Gemütsruhe mahnenden Erlaß des A. A. impulsiv und natürlich politisch unlogisch gegen das eigene A. A. einen größeren Haß empfanden als gegen die Bolschewiki. Diesen billigten wir zu, daß sie ihre Scheußlichkeiten immerhin für Ideale einer Weltverbesserung begängen, Berlin aber seine Staatsräson-Politik nicht etwa zähneknirschend betrieb, sondern mit einer zynischen Gelassenheit, als ob das gar nichts besonderes sei, mit Bolschewiki zusammenzuarbeiten, die unsere Todfeinde seien.« Berlin, so habe man in Pleskau gedacht, schien nicht einmal zu fühlen, »daß die abendländische Gesellschaftsordnung dabei zum Teufel ging«. (Schubert 17 und private Mitteilung 1965 IX 19.)

⁵⁵ Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 IX 25.

⁵⁶ Breiter kleidete seine Empörung über Hintzes vorsätzliche Entstellung des Tatbestandes in die Worte: »... Insbesondere hat es hier schmerzliches Staunen ausgelöst, daß Herr Staats-

Daß derlei Rücksichten in diesem Stadium der deutsch-sowjetischen Beziehungen die deutsche Ostpolitik schnurstracks in eine Sackgasse führten und damit gerade jenen von Hintze beschworenen Utilitarismus vermissen ließen, zeigt sich an folgenden Episoden. Es handelt sich um zwei Hilfesuche der Sowjetregierung, die Joffe dem AA übermittelte. Am 20. September telegraphierte Hintze an Ludendorff: »Um [den] Zusammenbruch [des] gegenwärtigen Regimes in Rußland möglichst zu verhindern, das uns vor neuer Ostfront sichert, wäre [es] dringend erforderlich, daß bis Schiffahrtsschluß im Dezember insgesamt 100 000 t deutsche Kohlen nach Petersburg (im Austausch gegen dort liegende Sparstoffe usw.) geliefert werden.«⁵⁷

Bereits bei den Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag hatten die russischen Vertreter auf die Notwendigkeit von Kohlenlieferungen nach Petersburg hingewiesen. Als erstes waren denn auch bis Ende August zwei deutsche Kohlendampfer in Petersburg eingetroffen⁵⁸. Da bei herannahendem Winter die Brennstoffversorgung der Millionenstadt einer Katastrophe zuzutreiben schien – Radek erklärte Hauschild in dem ihm eigenen Sarkasmus, man werde im Winter eben mit Klavieren heizen müssen⁵⁹ –, erneuerte die Sowjetregierung die dringende Bitte um Kohlenlieferung. Daß es sich für sie dabei um eine Lebensfrage handelte, erhellt aus einer Bemerkung Krasins, die er am 13. September in einem Ferngespräch Joffe gegenüber machte: »Kohle ist uns in Petrograd genauso wichtig wie Brot.«⁶⁰ Der Rat der Volkskommissare war eigens zur Beratung der Brennstofflage Petersburgs zusammengetreten und hatte beschlossen, dem russischen Generalkonsul in Berlin sofort die Mittel für die Fracht- und Löschkosten bereitzustellen. Die deutsche Kohle selbst sollte gegen Austauschwaren gekauft werden⁶¹.

Das AA in Berlin hatte offenbar die für die Sowjetregierung lebenswichtige Bedeutung der Kohlenlieferung sofort erkannt. In dem erwähnten Telegramm ersuchte Hintze das Große Hauptquartier dringend um zustimmende Entscheidung, da »schwerwiegende politische Gründe« dafür vorlägen. Am 21. September teilte

sekretär v. Hintze am 24. v. M. im Reichstagsausschuß auf Grund amtlicher Unterrichtung von starken Übertreibungen des Terrors sprach, obwohl die leider nur zu wahren Ausschreitungen und Schreckenstaten ungeheuerlich sind.« (Schreiben Breiter an AA, Petersburg 1918 X 5. PA, D 131 Bd. 51 Bl. 108.) – Auch der Hetman der Ukraine wurde wegen des bolschewistischen Terrors bei der deutschen Regierung vorstellig. Hintze antwortete ihm, daß die Kaiserliche Regierung sich von Vergeltungsmaßnahmen gegen die Sowjetmacht fernhalte, weil das, was in Rußland geschehe, nicht als Terror bezeichnet werden könne. Es kämen nur »Fälle vor, wo Versuche verantwortungsloser Elemente, Unordnung und Anarchie zu provozieren, vereitelt werden«. (Aus einem Telegramm der ukrainischen Botschaft an die ukrainische Regierung, Berlin 1918 IX 28; zitiert bei Denikin III 84.)

⁵⁷ Hintze an Lersner, Berlin 1918 IX 20 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).

⁵⁸ S. o. S. 283 Anm. 106.

⁵⁹ Hauschild an Rk, Moskau 1918 IX 24 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 170/5). – Zur Krisis in der Brennstoffversorgung Petersburgs s. Mordvinov 270 ff.

⁶⁰ Kobljakov 15.

⁶¹ Ebenda 14.

die Vertretung der OHL in Berlin dem AA mit, daß Oberst Bauer auf telephonische Anfrage die Lieferung der 100 000 t abgelehnt habe⁶². Der Vertreter des AA im Großen Hauptquartier, Lersner, wurde daraufhin sofort beauftragt, die Angelegenheit bei General Ludendorff selbst vorzutragen und dringend eine andere Entscheidung zu erwirken. Das AA sah offenbar den Zusammenbruch des bolschewistischen Regimes als unmittelbar bevorstehend an. »[Die] damit verbundene Zuspitzung [der] militärischen und politischen Lage an [der] Ostfront würde im gegenwärtigen Zeitpunkt verhängnisvolle Folgen für unsere äußere und innere Politik haben.« Zumindest fürchtete das AA, daß wegen der großen Schwierigkeiten, die durch den Fall Bakus zwischen Deutschland und Sowjetrußland⁶³ entstanden waren, die Moskauer Regierung die Ergänzungsverträge aufkündigen würde. Die Ausführung der Verträge vom 27. August sah es aber für die deutsche Finanzwirtschaft, besonders für die neunte Kriegsanleihe, als unerläßlich an.

Erst nach mehrfachen langen Verhandlungen mit Lersner erklärte sich Ludendorff bereit, »unter dem Druck der Darstellung der Lage durch das Auswärtige Amt« seine Zustimmung zur Abgabe der 100 000 t zu geben⁶⁴. Dabei hielt er dieses »außerordentlich weitgehende Entgegenkommen gegen Rußland«, das über den Rahmen des Ergänzungsvertrages hinausging, nicht einmal für nötig, da er die Befürchtungen des AA keineswegs teilte. Seine »in diesem Ausnahmefall« erteilte Zustimmung knüpfte er an die Bedingung, von den Russen umgehend Zulassung deutscher Fachleute in Baku, die zur Bewirtschaftung der Ölfelder dorthin entsandt werden sollten, zu fordern.

Am 7. Oktober wurde in Berlin der Lieferungsvertrag unterzeichnet⁶⁵. Zur Abwicklung des Geschäfts wurde in Hamburg ein russisches Konsulat errichtet, das Georgij Solomon, ein Mitglied der russischen Botschaft, übernahm⁶⁶. In der zweiten Oktoberhälfte gingen ungefähr 25 Schiffe mit den insgesamt 100 000 t Kohlen nach Petersburg ab⁶⁷. Beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 5. November erhielten die Schiffe funktelegraphische Weisung zurückzukehren. Aber fast die Hälfte hatte schon Petersburg erreicht und die Kohle gelöscht. Sie erhielten natürlich nicht mehr die vertragsmäßig festgelegten Austauschwaren und kehrten leer zurück⁶⁸.

Die Kohle, die aus den für die deutsche Rüstungsindustrie bestimmten Liefer-

⁶² Bussche an Lersner, Berlin 1918 IX 21 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18). Die folgenden Zitate aus diesem Telegramm.

⁶³ S. o. S. 205/6.

⁶⁴ Lersner an AA, Spa 1918 IX 23 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).

⁶⁵ Der Text liegt nicht unter den Akten des AA. Kobljakov (14 Anm. 63) fand ihn im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. Solomon (57) datiert den Vertragsabschluß auf den 8. Oktober.

⁶⁶ Solomon 56 ff.

⁶⁷ Das geht aus zahlreichen in den deutschen Akten befindlichen Funksprüchen hervor. (PA, Wkr Nr. 5 e geh Ru; besonders Bd. 4 Bl. 8).

⁶⁸ Solomon 60. Kobljakov (15) hat aus russischen Akten festgestellt, daß insgesamt 35 425 t Kohle und 3 453 t Koks gelöscht wurden.

mengen genommen war, wurde in Petersburger Rüstungsbetrieben verwendet⁶⁹. Ob Staatssekretär Hintze davon wußte, ist in den deutschen Akten nicht auszumachen. Der Verwendungszweck war in seinen Berechnungen wohl auch von untergeordneter Bedeutung.

Bei der zweiten Episode handelt es sich um einen Antrag der Sowjetregierung auf Überlassung von Waffen und Munition. Am 9. September bat Joffe um Lieferung von 200 000 Gewehren, 500 Millionen Patronen und 20 000 Maschinengewehren⁷⁰. Munitionsmangel hatte die gegen die Freiwilligenarmee Alekseevs im Kuban'-Gebiet operierenden Sowjettruppen zum Rückzug in Richtung Tuapse bzw. Armavir/Stavropol' gezwungen. Bei den Kämpfen war Novorossijsk in die Hände der Freiwilligenarmee gefallen. Joffe (und auch Rakovskij, der in Kiev dem deutschen Botschafter die gleiche Bitte vorgetragen hatte⁷¹) wies bei seinem Gesuch auf die von Deutschland übernommene Verpflichtung, gegen Alekseev vorzugehen, hin. Das AA erklärte der OHL, daß man das Gesuch wegen der entsprechenden Verpflichtung nicht kategorisch ablehnen könne.

Die Sache wurde zunächst dilatorisch behandelt, bis Joffe am 28. September nochmals seinen Antrag vorbrachte⁷². Es ist als sicher anzunehmen, daß jetzt das AA aus denselben Gründen, aus denen es die Kohlenlieferung befürwortete, die OHL um Zusage bat. Lersner wurde im Großen Hauptquartier mehrmals in dieser Angelegenheit vorstellig. Als er am 4. Oktober Ludendorff persönlich mitteilte, das AA lege den allergrößten Wert auf die Lieferung, erklärte sich der General mit der Abgabe russischer Infanteriegewehre und zugehöriger Munition einverstanden, bezeichnete jedoch »aus militärischen Gründen« die Lieferung von Maschinengewehren als unmöglich⁷³. Wie schwer ihm der Entschluß gefallen war, überhaupt Waffen herzugeben, wird daran deutlich, daß er bei der gleichen Gelegenheit das AA darauf hinwies, die Sowjetregierung setze trotz aller Proteste ihre revolutionäre Propaganda gegen Deutschland fort. »Es bestehen darum ernste Bedenken, diese Regierung auch noch durch Waffenabgabe zu stützen.« Drei Tage später aber riet die OHL wieder dringend von der Waffenlieferung ab, da ernste Gefahr bestehe, »daß die gelieferten Waffen gegen die Ukraine und vielleicht später auch gegen uns verwendet werden könnten«⁷⁴. Am 8. Oktober

⁶⁹ Kobljakov (15) zitiert aus den Erinnerungen eines ehemaligen Werftarbeiters: »Wir jubelten, als im Herbst 1918 deutsche Schiffe ungefähr 40 000 t Kohlen nach dem Warenabkommen hierher lieferten, und gaben sie an die Putilov- und Obuchov-[Munitions-]Fabriken weiter, die für die Verteidigung der jungen Sowjetrepublik arbeiteten.« Kobljakov bestätigt diese Mitteilung an Hand von Akten: »Sobald die Kohle und der Koks angekommen waren, kam die Arbeit in den [Rüstungs-]Betrieben wieder flott in Gang, die Arbeiter Petrograds nahmen die Verpflichtung auf sich, die Produktion von Kriegsmaterial zu erhöhen.«

⁷⁰ Telegrammentwurf AA an Berckheim für Ludendorff, Berlin 1918 IX 9 (PA, D 131 Bd. 48 Bl. 200).

⁷¹ Mumm an AA, Kiev 1918 IX 9 (ebenda Bl. 218).

⁷² Telegrammentwurf AA an Lersner, Berlin 1918 IX 28 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 185).

⁷³ Lersner an AA, Spa 1918 X 4 (PA, D 131 Bd. 51 Bl. 48/50).

⁷⁴ Lersner an AA, Spa 1918 X 4 (ebenda Bl. 80). – Dazu vgl. Ludendorff in seinen Kriegser-

telegraphierte das AA nach Spa, daß die Waffenlieferung »wegen der ungeklärten Lage« einstweilen (!) nicht in Frage komme⁷⁵. – Bis zu welcher Situation es kommen mußte, um das AA von diesem Schritt abzubringen, ist im folgenden auszuführen.

Es muß zunächst noch zur Klarstellung der Rolle Hoffmanns in der Ostpolitik gesagt werden, daß der General nach seiner mißglückten Mission in Berlin keineswegs seinen Widerstand gegen die offizielle Politik aufgab, wie dies sogar nach seinen eigenen Aufzeichnungen den Anschein hat⁷⁶. Die Weisung Hintzes vom 9. September, die auch an Oberost erging, stieß nämlich bei Hoffmann auf leidenschaftlichen Widerspruch. In einem Schreiben an Ludendorff zerpfückte er die Argumente des Staatssekretärs Punkt für Punkt⁷⁷. Hintzes Ziel der deutschen Rußland-Politik, »ein Wiederaufleben des Krieges im Osten solange [wie] nur möglich hinauszuschieben und den Bemühungen der Entente ... entgegenzuarbeiten«, gebe, da es nur auf die augenblickliche Lage zugeschnitten sei, keinen Ausblick in die Zukunft. »Soweit die Weltlage sich heute übersehen läßt, ist uns der Westen auf Jahre hinaus verschlossen. Wir sind daher auf den Osten angewiesen.« Hintzes Furcht vor der Entstehung einer neuen Kampffront im Osten stellte er als grundlos hin, wie das schon häufig von seiten der deutschen Stellen in Moskau geschehen war. Die Massen in Rußland wollten gar nicht kämpfen. Den Bolschewiki fehle eine brauchbare, mit modernen Kampfmitteln ausgestattete Armee. Die bestehende Rote Armee sei minderwertig und überdies zum größten Teil durch Kämpfe mit Weißgardisten und Tschecho-Slowaken gebunden. Auch eine neue bolschewikifeindliche Regierung müsse erst einmal die Rote Armee entwaffnen und Ruhe im Land herstellen, bevor sie sich anderen militärischen Aufgaben zuwenden könne. Auch wenn diese Regierung ententeorientiert wäre, käme die Wiederherstellung einer Kampffront im Osten auf absehbare Zeit nicht in Betracht. Die Gefahr, die dem Deutschen Reich drohe, sei auf einem anderen Gebiet zu suchen. Sie bestehe darin, daß die Entente, die in Rußland nach einem »großangelegten Plan« arbeite, einen Ring um das Deutsche Reich vom Weißen

innerungen (530): »Das Vertrauen unserer Regierung den Bolschewisten gegenüber ging so weit, daß sie Herrn Joffe Waffen und Munition liefern wollte. Die Herren, die mir das entsprechende Schreiben des AA brachten, sagten mir: »Dieses Kriegsgerät bleibt in Deutschland, Herr Joffe wird es hier gegen uns verwenden.« Ludendorff wußte offenbar nicht, daß es sich um russische Beutewaffen handelte, die den Sowjettruppen aus Beständen in der Ukraine übergeben werden sollten.

⁷⁵ Telegrammentwurf AA an Lersner, Berlin 1918 X 8 (PA, D 131 Bd. 51 Bl. 81).

⁷⁶ S. seinen Tagebucheintrag 1918 IX 11 (I 210): »Ich sage und tue nun nichts mehr, ich schicke nur alle Berichte, die eingehen, weiter. Mein Gewissen ist beruhigt, ich habe allen Stellen meine Meinung gesagt.« Ebenso seine Notiz 1918 IX 18 (I 212): »Ich habe vorläufig die Hoffnung aufgegeben, hier irgend etwas zu unternehmen, denke und bemühe mich nun, dem Westen so viel [Truppen] zu geben, wie ich noch kann.«

⁷⁷ Schreiben Ludendorff an Hintze (darin das undatierte Schreiben Hoffmanns), Spa 1918 IX 25 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 111/4).

Meer über die Volga und das Kaspische Meer bis Bagdad legen wolle, um Deutschland handelspolitisch vom Osten abzuschließen und als Weltmacht zu töten. »Dieser Ring muß gesprengt werden, wenn Deutschland nicht aus der Reihe der Weltmächte zurücktreten soll.« Das Zusammengehen mit den Bolschewiki könne Deutschland handelspolitisch keinen Nutzen bringen. Einerseits seien die Bolschewiki von den ertragreichen Gegenden Rußlands abgeschlossen, andererseits unterbinde die wirtschaftliche Nationalisierung den freien Handel. Noch sei es möglich, in Rußland eine deutschorientierte Regierung ans Ruder zu bringen. Die Bolschewiki nützten ihr Zusammenwirken mit Deutschland zur Festigung ihrer Macht und »zum Ausbau ihres im Herzen Deutschlands angelegten Stützpunktes aus, um ihre weltrevolutionäre Propaganda an der Demarkationslinie, im besetzten Gebiet und in der Heimat zu verbreiten«. Da die »guten Elemente« in Rußland, zur Selbsthilfe zu schwach, auf fremde Hilfe angewiesen seien, könne nur aktives Eingreifen deutscherseits in Frage kommen. Eine besondere militärische Kraftentfaltung sei hierzu nicht erforderlich.

Es ist bezeichnend für Ludendorff, daß er sich mit den Schlußfolgerungen Hoffmanns zwar identifizierte, Hintze gegenüber jedoch nicht die letzten Konsequenzen zog, d. h. die grundsätzliche Entscheidung erzwang. Sechs Wochen vorher hatte er sich den mit bestechender Logik vorgetragenen Argumenten Hintzes gebeugt; er mochte jetzt eine erneute Auseinandersetzung scheuen. Außerdem ermöglichte ihm die Lage im Westen sicherlich nicht ein sorgfältiges Durchdenken der Verhältnisse im Osten. So begnügte er sich damit, das AA um Richtlinien für die deutsche Propaganda zu bitten.

Es muß als ein schwer lösbares Rätsel der Psyche Ludendorffs gelten, daß er am 27. September, also unmittelbar vor seinem Eingeständnis des totalen Zusammenbruchs, nochmals ein Schreiben⁷⁸ an Staatssekretär Hintze richtete, in dem er unter Hinweis auf die wachsende bolschewistische Gefahr und die Schwäche der Bolschewisten sowie die Notwendigkeit, ein Deutschland verbündetes Rußland zu errichten, nun doch zur Erwägung stellte, ob es nicht zweckmäßig sei, in der deutschen Ostpolitik umzuschwenken, gegen die Bolschewisten vorzugehen und in Rußland ein Deutschland »genehmeres Regime« zu installieren. Wollte Ludendorff die deutsche Position im Osten stabilisieren, um sie als Trumpf in die Friedensverhandlungen mit den Alliierten hineinzubringen? Oder hat er einfach ein von der Politischen Abteilung der OHL entworfenes Schreiben unbeschrieben und »bedenkenlos« mit seinem Namen unterzeichnet?

Jedenfalls gab dieses Schreiben Ludendorffs zusammen mit Hoffmanns Appell den Anlaß, daß man im AA begann, in der Ostpolitik umzudenken. Eine auf den 28. September datierte Aufzeichnung⁷⁹ des Ostreferenten im AA, Nadolny, ist das erste in den Akten greifbare Dokument dafür, daß der seit Wochen und Mona-

⁷⁸ Das Original des Schreibens ist in den Akten leider nicht zu finden. Seine Existenz aber wird in der im folgenden behandelten Aufzeichnung Nadolnys bezeugt, in der es (wie folgt) zusammengefaßt ist.

⁷⁹ G. A. Nadolny, Berlin 1918 IX 28 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 187/8).

ten allseits geäußerte Gedanke, von den Bolschewisten abzurücken, in der Wilhelmstraße Wurzel zu schlagen begann. Außer auf Ludendorff und Hoffmann berief sich Nadolny in seiner Aufzeichnung auf eine Unterredung, die er am Vortage mit dem Nachrichtenoffizier von Oberost, Hauptmann Maerker, gehabt hatte. Dieser habe den früheren russischen Ministerpräsidenten Trepov heimlich nach Berlin gebracht und gebeten, daß Hintze ihn empfangen und ihn über seine Pläne wegen Errichtung eines monarchischen, mit Deutschland verbündeten russischen Bundesstaats anhören möchte. Außerdem habe Maerker »lebhaft« die »erschreckende Propaganda« der Bolschewiki unter den deutschen Truppen geschildert. Er habe ferner mitgeteilt, daß von Oberost aus mit allen für einen Umsturz in Rußland maßgebenden Faktoren Beziehungen beständen, daß Geistlichkeit, Eisenbahnen, Matrosen gewonnen seien, daß sich eine Südarmer unter dem Herzog von Leuchtenberg zu diesem Zweck bei Voronež sammle, kurz, daß für ein Losschlagen die nötigen Vorbereitungen getroffen seien. Hoffmann habe ihn beauftragt, alles zu tun, damit dem General die Erlaubnis zum Vormarsch gegeben werde. Er sei zwar augenblicklich knapp an Truppen, da man ihm einige Divisionen entzogen habe, wolle es aber trotzdem übernehmen, »die Aufgabe zu lösen«. Nadolny stellte nun zur Erwägung, ob man nicht dem militärischen Verlangen entgegenkommen solle. In bejahendem Falle müsse man über die militärische Arbeit und das vorhandene Material orientiert sein. Er machte das bemerkenswerte Eingeständnis: »Wir verfügen anscheinend nur über Bruchstücke.« Er schlug deshalb vor, daß er sofort nach Kowno fahre, um im Hauptquartier von Oberost genauere Erkundigungen einzuziehen.

Die Bereitschaft zur Schwenkung in der Ostpolitik wurde durch den nahenden Zusammenbruch der Mittelmächte verschüttet. Am 29. September schrieb Hintze an den Rand der Aufzeichnung Nadolnys: »OHL hat mir geantwortet, die Sache sei überholt.«⁸⁰ Ludendorff forderte in den letzten Septembertagen mit Ungestüm

⁸⁰ Nadolny fuhr trotzdem noch am 30. September nach Kowno. Hoffmann bezeichnet in seinem Tagebuch (I 213) die Reise Nadolnys als »Treppenwitz der Weltgeschichte«. Nadolny sei gekommen, um sich die Lage in Rußland und seine – Hoffmanns – Auffassung, weshalb Deutschland eingreifen müsse usw., noch einmal genau auseinandersetzen zu lassen. Wenn Hoffmann schreibt, Nadolny habe ein ganz erstauntes Gesicht gemacht, als ihm gesagt worden sei, er komme leider um 6 Wochen zu spät, so ist das nicht wörtlich zu nehmen, sondern etwa so aufzufassen, daß die Gelegenheit zum Eingreifen vor 6 Wochen bedeutend günstiger gewesen sei. – Daß Hoffmann Nadolny »Geheimrat Madelung« nennt, ist ein Schreibfehler oder eher ein Gedächtnisfehler. –

Über die Verbindung zwischen Oberost und den deutschen Vertretungen in Rußland mit russischen monarchistischen Organisationen in dem hier behandelten Zeitraum ist folgendes zu sagen: Die bedeutsamsten Beziehungen bestanden zu Trepov, früherem Dumamitglied und Ministerpräsidenten, zu Oberst Durnovo und zu dem Marineoffizier Leutnant Alberts. Alberts hatte bereits im Juni Verbindung mit der deutschen Gesandtschaft aufgenommen. Er war Abgesandter einer geheimen Vereinigung, die sich aus früheren Offizieren, namentlich Marineoffizieren, zusammensetzte und sich zunächst die Erhaltung der Baltischen Flotte, die ständig in Gefahr war, versenkt zu werden, zum Ziel machte. Sie versuchte dann, den engli-

den Abgang eines Waffenstillstandsangebots an Wilson und als Voraussetzung dafür die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Seine zweite Forderung kreuzte sich mit der gleichzeitigen Initiative einer »Revolution von oben« des Staatssekretärs Hintze und – wie erst jetzt aus den jüngst veröffentlichten Protokollen des Interfraktionellen Ausschusses hervorgeht – mit

schen Werbebüros für Offiziere in Petersburg ein Gegengewicht zu schaffen und gewann dafür die finanzielle Unterstützung der Georgiritter. Als das Vermögen der Ritter von den Bolschewisten beschlagnahmt wurde, ging Alberts das deutsche Generalkonsulat um Unterstützung an. Das AA stellte auf Bitte Breiters 3 ½ Millionen Rubel ratenweise zur Verfügung. Der Offiziersorganisation war es, nach Aussagen Alberts', inzwischen gelungen, die Eisenbahnen Petersburg–Moskau und Petersburg–Rybinsk in die Hand zu bekommen. Als Führer trat nunmehr General Šul'gin hervor. Die deutsche Gesandtschaft in Pleskau hielt die Alberts-Gruppe von allen monarchistisch orientierten russischen Gruppen als die einzige, die wirklich handelte und sich nicht auf bloßes Pläneschmieden und auf die Erwartung deutscher Waffenhilfe beschränkte. Alberts betonte immer wieder, daß der Umschwung in Rußland von innen kommen müsse und seine Gruppe von Deutschland eigentlich nichts anderes als eine Art wohlwollender Neutralität verlange. Die einzige aktive Arbeit, die von Deutschland geleistet werden müsse, sei die Neutralisierung der Letten für den Augenblick des Umschwungs. Der hauptsächliche Wunsch ging dahin, von den Deutschen einen Wink zu bekommen, zu welchem Zeitpunkt ihnen der Umschwung in Rußland genehm sein würde, ob im November/Dezember oder erst im Frühjahr. Bei einem Umsturz vor dem Winter hofften sie bis zum Frühjahr eine russische Armee aufstellen zu können, die sie sogar für den Westen gegen den »gemeinsamen Feind« anboten, die aber zum mindesten große Truppenmassen in der Ukraine freimachen könne. Alberts kleidete diesen Wunsch seiner Gruppe sogar in die Form einer Frage, auf die er Antwort erbat. Er ersuchte ferner um Mitteilung, ob Deutschland einen Kredit für die Aufstellung einer Schutzwache und den Getreideeinkauf für Petersburg und Moskau geben könne. Als Leiter der Schutzwache sei General Judenič vorgesehen. Man wolle die Truppe aber nicht eher aufstellen, als bis man von Deutschland positive Antwort erhalten habe. Seine Organisation stehe deshalb der Bildung der sog. Nordarmee in Pleskau ablehnend gegenüber. Alberts erhielt auf seine Fragen nur eine hinhaltende Antwort, die auf den Zeitpunkt einer Umwälzung gar nicht einging. Alberts wurde Ende Oktober von den Bolschewisten verhaftet.

Was die erwähnte Nordarmee angeht, so läßt die Darstellung Awaloffs (57 ff.) erkennen, daß die Deutschen mit ihr als Machtfaktor nicht rechnen konnten, da ihre Bildung erst in den Anfängen steckte. Die Formierung der Armee vollzog sich im Herbst 1918 in Pleskau und Orten der Umgebung unter dem Schutz von Oberost. Von deutscher militärischer Seite wurden anfangs 150 Millionen Mark Unterstützung in Aussicht gestellt. Wie Denikin (III 26) schreibt, schöpften aber die Deutschen Mißtrauen und zögerten mit der Bildung der Armee. An Geld wurden tatsächlich nur 3 Millionen Mark hergegeben, an Waffen nur eine begrenzte Menge. Das Mißtrauen zwischen der Alberts-Gruppe und der Nordarmee beruhte im übrigen, wie Awaloff (67) bezeugt, auf Gegenseitigkeit. Ein Beispiel für die Inkohärenz dieser antibolschewistischen Gruppen!

Eine weitere monarchistische Organisation war die Gruppe um Oberst Durnovo. Durnovo war früher Generalstabschef des Garde-Kavallerie-Korps gewesen. Bereits im Mai nahm er im Auftrage des Großfürsten Pavel Aleksandrovič Fühlung mit Oberost auf. Bei dieser Gelegenheit übergab er einen (inhaltlich belanglosen) Brief des Großfürsten an den deutschen Kaiser. Hoffmann (wie natürlich auch die deutsche Regierung) hatte die Organisation um Durnovo damals nicht ernst genommen. Das änderte sich, als im August die Vorbereitungen zu dem Unternehmen »Schlußstein« getroffen wurden und Durnovo wieder bei Oberost erschien und seine Organisation im Falle eines Vorrückens der deutschen Truppen auf Petersburg zur Verfügung stellte. (S. Hoffmann I 206: »O.H.L. und Auswärtiges Amt scheinen mir

dem Entschluß der Mehrheitsparteien vom 28. September, dem Grafen Hertling »direkt den Stuhl vor die Tür« zu setzen⁸¹.

Die Anfang Oktober vollzogene Regierungsumbildung brachte auch einen bedeutenden Wechsel im AA mit sich. Hintze bot seinen Rücktritt an, weil er glaubte, sein Name würde die neue Regierung belasten, da er als Alldeutscher verschrien sei⁸². An seine Stelle berief der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden den bisherigen Kolonialstaatssekretär Solf⁸³. Anders als zur Zeit der Berufung Hintzes waren bei Solfs Ernennung irgendwelche Rücksichten auf die Ostpolitik in Anbetracht der Kriegswende völlig in den Hintergrund getreten. Von Solf war aber bekannt, daß er mit dem Hintzeschen Ostkurs nicht einverstanden war. In einem

von der Wichtigkeit der Sache auch überzeugt.«) Durnovo erbot sich Hoffmann gegenüber, bei einem deutschen Vormarsch, dessen Beginn ihm 2–3 Tage vorher mitgeteilt werden müsse, eine Zerstörung der Bahnen von Pleskau und Narva nach Petersburg zu verhindern. Er schlug vor, nach der Besetzung Petersburgs einen Diktator zu ernennen und gleichzeitig den inzwischen verhafteten Großfürsten Pavel Aleksandrovič zum Zaren auszurufen. – Der Besuch Durnovos in Kowno war u. a. ein Anlaß für Hoffmanns Reise nach Berlin. Da Durnovo keine ermunternde Antwort von Oberost erhalten konnte, zog er sich zurück, so daß über ihn in den Akten (für September/Okttober) nichts mehr auszumachen ist.

Dafür trat im September/Okttober eine Durnovo nahestehende Persönlichkeit in den Vordergrund. Es handelte sich um den früheren Ministerpräsidenten Trepov. Dieser hatte die politische Führung aller rechtsstehenden Parteien in Petersburg inne. Mit Hilfe des deutschen Generalkonsulats wurde er am 17. September heimlich über die finnische Grenze gebracht. In Helsingfors hatte er Besprechungen mit dem deutschen Gesandten Brück und General von der Goltz. (S. auch Goltz 92.) Einige Tage später traf er in Kowno ein, von wo er durch Hauptmann Maerker nach Berlin gebracht wurde. Am 28. September hatte er im AA eine Unterredung mit Legationsrat Thermann, dem er folgendes Programm entwickelte: Nach Wiederherstellung der Ordnung in Petersburg und Moskau durch die Deutschen würden der Senat und der Heilige Synod einberufen, die einen Aufruf etwa folgenden Inhalts erlassen würden: 1. Wiederherstellung eines Deutschland ähnlichen Rußlands. 2. Rußland stellt sich an die Spitze der neutralen Länder zur Herbeiführung eines Weltfriedens. 3. Revision des Brester Friedens durch Rückgliederung der Ukraine, Estlands und Livlands an Rußland. 4. Aufforderung an die Entente, sofort mit ihren Truppen Rußland zu räumen. 5. Wiederherstellung der Kirche. 6. Aussicht auf Einberufung von Vertretern aller Klassen, die eine Verfassung auszuarbeiten hätten. 7. Verkauf aller Staats- und großen Privatgüter an die Bauern. – Als vorläufigen Diktator schlug Trepov u. a. Judenič, Denikin, Dutov und Krasnov vor, als Regenten, dem ein Regentschaftsrat zur Seite stehen würde, den Großfürsten Pavel Aleksandrovič. Er unterbreitete außerdem eine genaue Ministerliste. Im AA schien man Trepov nur angehört, ja ihm überhaupt wenig Vertrauen entgegengebracht zu haben.

⁸¹ IFA II 724 ff. Zum Grundsätzlichen der Initiative der Reichstagsmehrheit s. Die Regierung Max XI ff.

⁸² So Payer in der Besprechung mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat 1918 X 3 (Die Regierung Max 58). – Ludendorff bedauerte den Weggang Hintzes. Er hoffte, daß Hintze bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Vertretung der Reichsleitung übernehmen werde. (Lersner an AA für Hintze, Spa 1918 X 5. PA, GrHQ, 39a Bd. 1; abgedruckt in WUA IV 2 S. 413.) Hintze bezeugte später vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß, daß seine Verwendung bei den Waffenstillstandsverhandlungen von Erzberger verhindert worden sei. (WUA IV 2 S. 414.) Im Oktober wurde Hintze Vertreter des AA im Großen Hauptquartier.

⁸³ Zu den – nicht direkt im Bereich der Ostpolitik liegenden – Motiven zu seiner Ernennung s. Max von Baden 357; Vietsch 195 ff.

vor der »Deutschen Gesellschaft 1914« am 20. August gehaltenen Vortrag⁸⁴ hatte er den Brester Vertrag als einen Rahmen bezeichnet, dessen Bild erst in den Anfängen entworfen sei. Das klang anders als Hintzes Bezeichnung des Vertrages als eines Definitivums. Solf hatte zur Zeit seiner Rede aber so wenig Kontakt zum AA gehabt, daß er von den Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag nichts wußte. Tief entrüstet hatte er nach dem Abschluß darauf hingewiesen, nun stehe er vor ganz Europa als Lügner und Heuchler da⁸⁵.

Prinz Max erklärte am 5. Oktober in seiner ersten Reichstagsrede, daß der Vertrag von Brest-Litowsk kein Hindernis für die zukünftigen Friedensschlüsse bilden würde⁸⁶, entsprach also in dieser Hinsicht den Intentionen Solfs von einer Revision des Brester Friedens. Wie aus den Protokollen des Interfraktionellen Ausschusses hervorgeht, hatte diese ostpolitische Forderung bereits einen Punkt im Programm der Mehrheitsparteien, das der neue Kanzler übernahm, gebildet⁸⁷.

Dieser Programmpunkt traf eigentlich nur auf die territorialen Verhältnisse im Osten zu, wie sie der Brester Frieden geschaffen hatte, nicht auf die Beziehungen zur bolschewistischen Regierung als solcher. Aber auch in dieser Hinsicht lag ein grundlegender Unterschied zwischen der alten und der neuen Regierung vor. Schon im Februar des Jahres hatte Max von Baden alle Mächte zur Vereinigung gegen »die aus dem Osten drohenden zersetzenden Kräfte« aufgefordert⁸⁸. Ludendorff und Hoffmann mochten deshalb hoffen, daß ihre Warnungen vor der Gefahr des Bolschewismus bei der neuen Regierung auf fruchtbareren Boden fallen würden. Dabei war Hoffmann wiederum derjenige, der vorschlug, das Übel an der Wurzel zu packen: »Wir müssen mit den Bolschewiki brechen, dann zerfällt der Bolschewismus in sich selbst«⁸⁹; während Ludendorff sich nicht zu sofortigem Handeln entschließen konnte. Am 11. Oktober teilte er dem AA mit: »Ich habe keinen Zweifel, daß es nach Friedensschluß im Interesse aller an Rußland irgendwie interessierten Kulturstaaten liegen wird, den jede staatliche Ordnung bedrohenden Bolschewismus zu beseitigen.«⁹⁰ Wie in der Forderung des Prinzen vom Februar kündigt sich auch hier bereits der Gedanke einer kombinierten deutsch-alliierten Intervention in Rußland zur Vernichtung des Bolschewismus an. In einem drei Tage zuvor ans AA gesandten Telegramm Ludendorffs klingt es wie eine Rechtfertigung des deutschen militärischen Vorgehens im Osten vor der Geschichte: »Wenn wir nach der Auflösung der alten russischen Armee im Osten und Südosten expansiv wurden, so geschah es lediglich aus militärischen und kriegswirtschaft-

⁸⁴ Schultheß 1918 I 254 ff. Dazu Vietsch 190 ff.

⁸⁵ Erzberger 247.

⁸⁶ Stenographische Berichte Bd. 314 S. 6151.

⁸⁷ IFA II 662, 680, 702, 784.

⁸⁸ Zitiert bei Brjunin 227 aus Vossische Zeitung 1918 II 16.

⁸⁹ Berckheim an AA (darin Fernschreiben Hoffmann an Ludendorff), Spa 1918 X 8 (PA, D 131 Bd. 51 Bl. 102).

⁹⁰ Lersner an AA, Spa 1918 X 11 (ebenda Bl. 119).

lichen Notwendigkeiten. Diese Notwendigkeiten bestehen auch jetzt noch: Im Osten ein breiter Schutzwall gegenüber der immer größer werdenden bolschewistischen Gefahr, im Norden gegen ein Vordringen Englands nach Finnland und Estland, im Südosten die Sicherung der unentbehrlichen Rohstoffzufuhr.«⁹¹ Ludendorff sah sich aber noch zu diesem Zeitpunkt genötigt, dem AA vorzuwerfen, es unterschätze die Gefahr des Bolschewismus. Tatsächlich waren im Oktober 1918 die in der deutschen Ostpolitik einflußreichsten Persönlichkeiten weder der Reichskanzler noch der Staatssekretär des Auswärtigen – ihre Aufmerksamkeit war vor allem durch den Notenwechsel mit Wilson in Anspruch genommen –, sondern die in die neue Regierung mitübernommenen Geheimräte Nadolny und Kriege⁹². Und sie unternahmen auch unter den gewandelten Verhältnissen alles, um ihre Schöpfung, den Ergänzungsvertrag vom 27. August, nicht preisgeben zu müssen. »Wir in der Ostabteilung aber«, schreibt Blücher in seinen Erinnerungen⁹³, »erörterten vor allem, welche Folgen die Niederlage und der kommende Friedensvertrag auf unsere bürgerlichen Staatsbildungen im Osten haben müßten. . . Wir taten das einzige, was unter solchen Verhältnissen möglich ist, wir arbeiteten einfach weiter, als ob nichts geschehen wäre, und bemühten uns, die Folgen des Zusammenbruchs vom Osten fernzuhalten, soweit wir das vermochten. Im politischen Leben muß man die Kontinuität wahren, solange man es kann.« Dieses Beharren im Fluß der Kontinuität ging so weit, daß Nadolny sein Veto einlegte, als in Ressortbesprechungen an das AA die Forderung erging, die russische Botschaft aus Berlin abzuschieben⁹⁴, und daß Kriege noch in den letzten Oktobertagen sich gegenüber der OHL nachdrücklich zum Fürsprecher der Sowjetregierung machte, als diese mit der Aufkündigung des Ergänzungsvertrages drohte, weil die deutschen Truppen in den zu räumenden Gebieten Requisitionen vornähmen⁹⁵.

Vom AA wurde im Oktober Vogel-Strauß-Politik getrieben⁹⁶. In krassem Unterschied dazu stand die Politik, die in jenen Wochen von der Sowjetregierung ver-

⁹¹ Berckheim an AA, Spa 1918 X 8 (ebenda Bl. 93/4).

⁹² Auf diesen Tatbestand trifft Scheidemanns Klage in einer Sitzung des Kriegskabinetts vom 16. Oktober zu: »Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen, was sie wollen.« (Die Regierung Max 207.) – Dem AA wurde auch ein neuer Unterstaatssekretär, David, »als Vorposten aus dem Parlament« (Die Regierung Max 93) beigegeben. Wie Payer (82) bezeugt, hatte sich Hintze schon im September bereit erklärt, einen Sozialdemokraten als Unterstaatssekretär ins AA zu nehmen.

⁹³ Blücher 34.

⁹⁴ S. u. S. 348 ff.

⁹⁵ Zuletzt 1918 X 30 (einen Tag, nachdem die Sowjetregierung die Einstellung der Goldlieferung angekündigt hatte! S. u. S. 334.): Kriege an OHL (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 19). Ein paar Tage später antwortete Groener: »Es kann den Kommandostellen des deutschen Heeres nicht mehr zugemutet werden, auf Grund von Beschwerden der genannten russischen Vertretung Erhebungen anzustellen.« (Groener an AA, Berlin 1918 XI 6. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 19.)

⁹⁶ Stadtler charakterisierte in einem Vortrag am 3. Oktober in der Düsseldorfer Tonhalle die

folgt wurde. Sie paßte sich in ganz anderer Weise – durchaus »realpolitisch« (von bolschewistischer Warte aus gesehen) – den veränderten Gegebenheiten an. Am 24. September hatte Hauschild die allgemeine politische Lage in Rußland dahingehend zusammengefaßt, daß sich die bolschewistische Herrschaft nach der Eroberung von Kazan' durch die Sowjettruppen und nach der Veröffentlichung der Ergänzungsverträge unleugbar gefestigt habe und damit in gleichem Maße das Gefühl der Abhängigkeit von Deutschland geschwunden sei⁹⁷. Am 29. September traf in Moskau die Nachricht vom Zusammenbruch der bulgarischen Front ein, kurz darauf wurden die Regierungsumbildung in Deutschland und die Absendung des Waffenstillstandsangebots an Wilson bekannt. Diese Nachrichten riefen in Kreisen der Sowjetregierung stürmische Erregung hervor. Die *Izvestija* erschienen mit riesigen Überschriften, die den »Zusammenbruch des Weltimperialismus« und das Nahen der Weltrevolution ankündigten⁹⁸. Joffe aber, der seine Regierung in jenen Tagen stündlich aufs genaueste über die Ereignisse in Deutschland unterrichtete⁹⁹, warnte Radek, den Ton gegenüber der deutschen Regierung zu ändern. In Deutschland sei im besten Fall der »Februar« und nicht der »Oktober« angebrochen. Die Genossen würden mit ihren Worten »Mehr Hartnäckigkeit und nicht nachgeben« noch alles »versauen«. Radek jedoch ließ sich seinen Optimismus nicht dämpfen. Ihm ging die Neubildung der deutschen Regierung zu langsam vor sich, und er forderte Joffe auf, den Deutschen zu erklären, »wie nach unserer Erfahrung so was gemacht wird«¹⁰⁰.

deutsche Ostpolitik mit folgenden Worten: »Wir treiben gegenüber dem Bolschewismus Vogelstraußpolitik. Unsere amtliche Auffassung möchte daran festhalten, daß der Bolschewismus dadurch, daß er sich im Nachbarland in die Toga der Regierungspartei gehüllt hat, nichts anderes ist als der Regierungsfaktor in den politischen Berechnungen Deutschlands gegenüber Rußland. Rohrbach hat den Mut, zu sagen, daß der Bolschewismus für uns ein brauchbares Mittel zum Zweck der Vernichtung Moskwos ist. Man könnte sich damit abfinden, wenn nicht zur Zeit der Bolschewismus noch etwas ganz anderes wäre als ein Regierungsfaktor, . . . der das moskowitzische Gefahrenzentrum der Zukunft innerlich entnervt und entkräftet: nämlich eine geistige Bewegung schlimmster Art, die im Innern Deutschlands unter anderem Namen mit denselben Mitteln, unbewußt oder bewußt, Deutschland zum »Niederlagefrieden«, zum »Frieden um jeden Preis«, zum »bolschewistischen Frieden« treibt.« (Stadtler 143.)

⁹⁷ Schreiben Hauschild an Rk, Moskau 1918 IX 24 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 170/5). – Čičerin gab diesem Gefühl relativer Sicherheit folgendermaßen Ausdruck: »Noch im Sommer hatten wir die Befürchtung, daß die Erntezeit den Augenblick bilden würde, in dem die deutschen Heere nach dem Innern Rußlands vordringen würden, um vom Getreide Besitz zu ergreifen. Als jedoch die Erntezeit herankam, war es klar geworden, daß der Appetit des deutschen Imperialismus schon weniger gewaltig war.« (Čičerin, *Zwei Jahre* 21.)

⁹⁸ Price 437/8.

⁹⁹ Das deutsche Generalkonsulat in Moskau blieb während der ganzen Zeit der Regierungskrisis ohne Informationen über die politischen Geschehnisse. Über die Vorgänge in Berlin mußte es sich durch Radek informieren! (Notiz Trautmann, Berlin 1918 X 8. PA, D 135 Nr. 4 Bd. 3.)

¹⁰⁰ Ferngespräch zwischen Joffe und Radek, 1918 X 2 (PA, Wkr Nr. 5 e geh Ru Bd. 1 Bl. 144). Radek fürchtete (wie auch Lenin; s. Anm. 102), daß die neue parlamentarische Regierung

Lenin reagierte auf die Ereignisse in Deutschland mit gesteigerter Aktivität. Am 1. Oktober sandte er an Sverdlov eine Notiz, in der er seine Taktik festlegte: »Keinerlei Bündnisse, weder mit der Regierung Wilhelms noch mit der Regierung Wilhelms II. + Ebert und andere Schurken. Für die deutschen Arbeitermassen, für die Millionen deutscher Werktätiger aber, nachdem sie vom Geist der Empörung ergriffen sind (vorläufig *nur* von dem Geist), *bereiten wir* ein brüderliches Bündnis, **Brot**, militärische Hilfe vor.«¹⁰¹ In einer am 3. Oktober eiligst einberufenen Sitzung des Zentralexekutivkomitees, an der sämtliche Volkskommissare teilnahmen, wurde ein Brief¹⁰² Lenins verlesen, der den Zusammenbruch des Imperialismus der Mittelmächte als Tatsache konstatierte. Nach großen Reden Radeks und Trockijs wurde eine Resolution¹⁰³ gefaßt, in der es hieß, daß die Sowjetgewalt ebenso wie zur Zeit der Brester Verhandlungen ihre ganze Politik auf die kommende soziale Revolution in beiden Lagern des Imperialismus aufbaue. Da der Kampf zwischen den englisch-amerikanischen und den deutsch-österreichischen Räubern über Nacht in einen Kampf des Entente-Imperialismus gegen das deutsche Proletariat umschlagen könne, müsse Sowjetrußland mit all seinen Kräften die deutsche Revolutionsmacht unterstützen. Der Oberste Kriegsrat wurde angewiesen, die Rote Armee auf 3 Millionen Mann zu bringen, und das Verpflegungskommissariat wurde beauftragt, einen Lebensmittelfonds für die Arbeiter Deutschlands und Österreichs zu schaffen.

»Die Leute hier denken nur mehr in der Extase«, schrieb de Pottère in jenen Tagen aus Moskau nach Wien. »Ein Freudengeheul geht durch die Presse darüber, daß von den beiden . . . Imperialismen der eine nach unerhörten Anstrengungen . . . glatt zusammenzubrechen scheine.«¹⁰⁴ Besonders Radek, jener »satyrhafte

bald durch eine Militärdiktatur ersetzt werden würde. Joffe gegenüber äußerte er sich folgendermaßen: »Nach meiner Meinung werden die Scheidemänner versuchen, einen anti-russischen Kurs einzuschlagen, da eine Verständigung mit den Alliierten auf Kosten Rußlands diesen Ochsen auch bei der größten Absurdität als einzig möglicher Rückzug erscheinen wird. Was den März und den Oktober anlangt, so kann man die Scheidemänner nicht mit dem Kerenskij-Putsch vergleichen. Wenn es der Militär-Partei gelingt, die katastrophale Entwicklung zu hemmen, dann wird Ludendorff den Scheidemann herauswerfen. Jedoch wird damit die Lage nicht gerettet.«

¹⁰¹ Lenin, Werke XXXV 340.

¹⁰² Lenin, Werke XXVIII 90 ff.

¹⁰³ Text in Pjatyj soz'v VCIK 251 ff. Deutsch zusammengefaßt in Schultheß 1918 II 469/70 und in Arch. Forsch. IV 1592/3.

¹⁰⁴ Bericht de Pottère an Burian, Moskau 1918 X 5 (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 346); abgedruckt als Dokument 9 im Anhang. – Obwohl man in Sowjetkreisen den ganzen Sommer hindurch die bedenklichen Zeichen der erlahmenden deutschen Widerstandskraft an der Westfront viel beachtet hatte, hielt man doch bis Ende September das mitteleuropäische Militär- und Verteidigungssystem für viel stärker, als sich nunmehr zu erweisen schien. Joffe äußerte Nadolny gegenüber am 18. September, daß Deutschland den Krieg seines Erachtens noch etwa zwei Jahre aushalten könne. Dann würde es mit dem »Menschenmaterial« zu Ende sein. Über das Zusammenstehen Deutschlands und Sowjetrußlands sagte er dabei, anscheinend mache sich in deutschen und russischen leitenden Kreisen immer mehr die Ansicht geltend, daß Sowjetrußland doch noch an der Entscheidung des Weltkampfes

Mensch«¹⁰⁵, »Kreuzung zwischen einem Professor und einem Banditen«¹⁰⁶, fühlte sich in seinem Element und versprühte seinen Geist in den Viator-Artikeln der Izvestija. Er feierte den »großen historischen Augenblick«, den die proletarische Bewegung jetzt durchlebe¹⁰⁷. In deutlicher Anspielung auf Hintzes Ausspruch vom brodelnden Kessel der Revolution leitete er einen »Die Revolution in Österreich-Ungarn« überschriebenen Artikel mit einem Zitat aus Macbeth ein: »Koche, Kessel, schäume, zische, Feuer, brenne, koche, zische.«¹⁰⁸ Die Regierungen in Europa sah er einen Tanz auf dem Vulkan ausführen, und während er auf den Donner horchte, der die »alten kapitalistischen Festen« Europas erschütterte, drängten sich ihm die Worte Ulrich Huttens auf die Lippen: »Es ist eine Lust zu leben in dieser Zeit.«¹⁰⁹ Als Schüler Marx', der lehrte, alles sei vorübergehend, schrieb er einen Tag, nachdem Sowjetrußland der Welt von der Tribüne des Zentralexekutivkomitees herab laut verkündet hatte, daß es die jetzige Regierung Deutschlands als eine Regierung von kurzer Dauer halte: »Sowjetrußland nahm es nicht übel, wenn die Herren Kühlmann, Hertling und Hintze von seinem [Sowjetrußlands] vorübergehenden Charakter sprachen. Wir, die wir nach den Lehren des großen Sohnes des deutschen Volkes großgezogen worden sind, wir sehen alles als vorübergehend an.«¹¹⁰

Im selben Artikel versuchte Radek das Gespenst eines alliierten Kreuzzuges gegen den Bolschewismus zu bannen: »Mit unserem Leibe werden wir dem Entente-Imperialismus den Weg nach dem roten Berlin versperren, und nicht nur an der Volga, nicht nur am Dnepr, nein auch am Rhein werden die jungen Regimenter unserer Roten Armee, wenn die Weltgeschichte das von uns verlangen sollte, für die deutsche Revolution und gegen das Kapital kämpfen.« An dem Tag, als er das schrieb, feierte Radek in einer Rede vor den Arbeitern der Michelsonschen Fabrik in Moskau das Ende der »räuberischen Diplomatie« des deutschen Imperialismus: »Der Imperialismus stöhnt, tödlich getroffen. Bald wird ihn das sich erhebende Proletariat völlig erschlagen, und es kommt eine neue Welt. Diese Welt wird im Blute geboren, wie alles in dieser Welt. Aber sie wird geboren werden; sie wird kommen.«¹¹¹

mitwirken würde, und zwar an Deutschlands Seite! – Die Ironie, die in dieser Prognose lag, dürfte Nadolny verborgen geblieben sein. (Bleistiftnotiz Nadolny, Berlin 1918 IX 9. PA, D 131 Bd. 49 Bl. 157.)

¹⁰⁵ Hilger 114.

¹⁰⁶ Lockhart 255.

¹⁰⁷ Izvestija 1918 X 4 (»Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus«).

¹⁰⁸ Izvestija 1918 X 18.

¹⁰⁹ Izvestija 1918 X 20 (»Auf dem Vulkan«).

¹¹⁰ Izvestija 1918 X 5 (»Neue Zeiten, neue Lieder«).

¹¹¹ S. Anm. 104. – Eine Durchsicht der sowjetrussischen Presse jener Tage und Wochen ergibt noch folgende Blütenlese: Pravda 1918 X 5: »Wenn morgen in Berlin die Arbeiterklasse siegt, werden wir mit dem proletarischen Berlin gegen die imperialistischen Länder uns verbinden, und wir sind tief überzeugt, daß die Arbeiterklasse von Paris, London und Rom mit uns gegen ihre eigenen Bedrücker gehen wird. Und wenn morgen die proletarische Revolution in Paris und Rom siegt, werden wir uns mit ihr zum Kampf gegen das imperialistische Berlin

Diese aussichtsvollen Perspektiven wurden auch der deutschen Regierung von ihren Vertretern in Rußland mitgeteilt. Generalkonsul Breiter konnte nicht umhin, dem AA die Hinfälligkeit der ihm von Hintze erteilten Instruktion mit aller Deutlichkeit zu konstatieren: »Der ungeheure, unverhohlene, schadenfrohe bolschewistische Pressejubiläum über ... [die] Wendung in Deutschland dürfte im Gegensatz zu den Richtlinien ... nunmehr klarstellen, daß [die] Sowjetregierung nur für [ihre] eigenste[n] Zwecke arbeitet, nicht aber unsere Arbeit vollbringen hilft.«¹¹² Breiter ließ auch jetzt nicht mit seinen Rufen nach einer deutschen militärischen Intervention nach. Ein solcher Schritt, so argumentierte er neuerdings, könnte auch der Entente »unter dem Gesichtspunkt der Rettung aller zivilisierten Staaten vor [der] sozialrevolutionären Ansteckungsgefahr« verständlich gemacht werden. Er bekam aber von dem »kontinuitäts«beflissenen Unterstaatssekretär Stumm die stereotype Antwort, daß ein gewaltsames Eingreifen zum Sturz der Bolschewiki nicht in Frage komme, daß andererseits die Fühlung mit den »anderen russischen Parteien« nicht vernachlässigt werden dürfe, »um uns [die] Möglichkeit offen zu halten, zu gegebener Zeit mit derjenigen Gruppe, die maßgebenden dauernden Einfluß in Rußland erlangt, zusammenzuarbeiten«¹¹³.

Als dann Breiter ein paar Tage später gar die Entsendung einiger Panzerkreuzer zum Schutze der deutschen Kohlenschiffe, gegen die Hetze getrieben werde – weil sie neben offiziellen Gebrauchswaren insgeheim riesige Lebensmittel-Aus-

vereinigen... Im Laufe des Herbstes müssen wir eine Rote Armee von mehreren Millionen schaffen. Wir müssen die Produktion von Kriegsmaterial erneuern und alles für unsere Armee hergeben.« (Deutschland lieferte für die Inanghaltung der Kriegsproduktion Kohle, und das AA wollte bis zu diesem Zeitpunkt auch noch Waffen liefern!) – Aus einer Rede Zinov'evs auf einer Sitzung der Petersburger Sowjets (*Krasnaja Gazeta* 1918 X 5): »Alles arbeitet für uns. Die zwölfte Stunde schlägt, und wir hören das Trauergeläut für die Bourgeoisie der ganzen Welt. Im Augenblick des Brester Friedensschlusses schien es, als ob es keine stärkere Bestie gäbe als Deutschland. Doch wir sagten damals ungeachtet der Ausweglosigkeit unserer Lage, das ist kein Friede, sondern nur eine Ruhepause, und als der deutsche Imperialismus ihn [den Vertrag] unterschrieb, unterzeichnete er sein eigenes Todesurteil.« – In einem Leitartikel des Blattes vom selben Tage wurde der Gedanke ausgeführt, daß Rußland den deutschen Brüdern in erster Linie mit Korn, ferner mit Waffen zu Hilfe kommen müsse; »wie Wilhelm Skoropadskij und Krasnov geholfen hat, so müssen wir Liebknecht und Friedrich Adler helfen.« Am 7. Oktober meldete Breiter dem AA, Zinov'ev habe vor Journalisten bei einer Besprechung über die gegenwärtige Lage gesagt, daß Rußland zur Entfaltung einer Revolution in Deutschland rücksichtslose Realpolitik treiben werde. Man werde sich nicht länger mit einem Toten verbinden. Da der Brester Vertrag nur noch auf dem Papier stände, dürfe man nicht wie eine dumme Kuh bei der jetzigen günstigen Gelegenheit zusehen. Man könne daher bei Deutschlands offener Schwäche ruhig starke Provokationen riskieren und werde zu geeigneter Zeit vor Verhaftung der Generalkonsuln in Petersburg und Moskau nicht zurückschrecken. In Deutschland sei man mit größeren, z. B. westfälischen, Bergarbeiterorganisationen mittels großer Geldbeträge in nahe Fühlung getreten. Diese Verbände warteten nur auf ein Aufstandszeichen der Sowjetregierung. (PA, D 131 Bd. 51 Bl. 85. Dieses Telegramm ist auch erwähnt in der Anlage zu einem Schreiben Ludendorffs an Rk, Spa 1918 X 19; abgedruckt in Arch. Forsch. IV 1630 ff.)

¹¹² Breiter an AA, Petersburg 1918 X 8 (PA, D 131 Bd. 51 Bl. 88/90).

¹¹³ Stumm an Breiter (Abschrift), Berlin 1918 X 12 (ebenda Bl. 130).

fuhr zugestanden erhalten hätten –, zur Erwägung stellte, »damit durch energische Machtentfaltung endlich Respekt entsteht, Petersburg uns möglicherweise sogar als für [die] Friedensverhandlungen wertvolles Pfand in die Hand fällt«¹¹⁴, und auch General Hoffmann sich in einer Sitzung des Gesamtkabinetts vom 17. Oktober anheischig machte, mit seinen ihm noch verbliebenen Truppen Petersburg zu nehmen¹¹⁵, nahm sich Solf der Sache selbst an, da auch er im Verhalten der Sowjetregierung genügend Anlaß für eine Schwenkung der Ostpolitik gegeben sah. Er bat Hintze in einem vom 22. Oktober datierten Schreiben, die Frage einer militärischen Intervention mit der OHL zu besprechen und ihm das Ergebnis und seine eigene Meinung als die eines »hervorragenden Kenners Rußlands« mitzuteilen¹¹⁶. – Eine Antwort Hintzes ist in den Akten nicht aufzufinden. Sie wäre wohl das für die Ostpolitik jener Tage interessanteste Aktenstück.

* * *

Während der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Solf an den ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen Hintze am 22. Oktober schrieb, die Frage des deutschen Verhältnisses zu den Bolschewisten stünde zur Zeit im Vordergrund der politischen Fragen, die ihn beschäftigten, war in Lenins Kalkül Deutschland, d. h. der deutsche Imperialismus, bereits zu einer unscheinbaren Größe zusammengeschrumpft. In kühler, von dem schäumenden Überschwang Radeks wohlthuend abstechender Rechenschaft, die er am gleichen 22. Oktober vor dem gesamtrossischen Zentralauswärtigen Komitee gab, stellte er fest, daß der englisch-französische Imperialismus nun der gefährlichste Feind sei: »Genossen! Mir scheint, daß unsere heutige Lage bei all ihrer Widersprüchlichkeit dadurch gekennzeichnet werden

¹¹⁴ Breiter an AA, Petersburg 1918 X 22 (PA, D 131 Bd. 52 Bl. 107).

¹¹⁵ Die Regierung Max 223. – Daß man damals auch in Kreisen der Sowjetregierung noch mit einem Handstreich rechnete, wird von Radek bezeugt: »Wir beurteilten die Lage so, daß Deutschland mit der Möglichkeit der Rückkehr Belgiens an die Alliierten rechnete und daß es deshalb die Einnahme Moskaus und Petersburgs vorbereitete, um ein Faustpfand für die Friedensverhandlungen in Händen zu haben.« (Radek, Stranička 139.)

¹¹⁶ Schreiben Solf an Hintze (Abschrift), Berlin 1918 X 22 (PA, D 131 Bd. 52 Bl. 97/8); abgedruckt als Dokument 10 im Anhang. – Am 20. Oktober telegraphierte Hohenlohe an Burian, daß man in Berlin bereits bedauere, sich mit der Sowjetregierung zu sehr eingelassen zu haben. Das AA habe ihn angesichts der bevorstehenden Finanzverhandlungen (die in Wien zwischen Sowjetrußland und Österreich-Ungarn nach dem Beispiel der Berliner Verhandlungen geführt werden sollten) besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es den Russen weniger auf den Abschluß »meritorischer Vereinbarungen« ankomme als darauf, eine Vertretung in Wien zu haben, um dort einen Stützpunkt für bolschewistische Agitation zu etablieren. (HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 471/2.) Burian nahm die Warnung ernst und verweigerte der angekündigten russischen Finanzdelegation wie der diplomatischen Vertretung unter Rakovskij die Einreiseerlaubnis für Wien. Rakovskij traf Ende Oktober mit seinem Stab in Berlin ein, offenbar um von Joffe erst einmal Informationen zu sammeln; er wurde beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zusammen mit Joffe aus Berlin abgeschoben.

kann, daß wir erstens der proletarischen Weltrevolution niemals so nahe waren wie jetzt und daß wir uns zweitens niemals in einer gefährlicheren Situation befunden haben als jetzt.«¹¹⁷

3. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen

Im Auswärtigen Amt in Berlin hatte man sich erst in den letzten Oktobertagen zu dem Entschluß durchgerungen, endgültig mit den Bolschewisten zu brechen. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab die Mitteilung der russischen Regierung, sie werde die gemäß dem Ergänzungsvertrag am 31. Oktober fällige Goldrate nicht liefern, solange Deutschland fortfahre, Requisitionen in den zu räumenden Gebieten vorzunehmen¹; entscheidender Grund jedoch war die seit der deutschen Niederlage im Westen ständig wachsende Gefahr der bolschewistischen Propaganda in Deutschland. Das Zentrum der gegen die bestehende Staatsordnung gerichteten Agitation war die sowjetrussische Botschaft in Berlin Unter den Linden. Joffe selbst hat im Januar 1919 öffentlich erklärt, er habe unermüdlich auf den Sturz der kaiserlichen deutschen Regierung hingearbeitet². Einige Jahre später gab er einen ausführlicheren Bericht über den Charakter seiner Mission dem amerikanischen Schriftsteller Louis Fischer, der sich davon folgendes aufgezeichnet hat³: Die russische Botschaft sei das »Hauptquartier« für die deutsche Revolution gewesen. Joffe habe sich von deutschen Regierungsbeamten geheime Informationen gekauft und sie an radikale Führer zur Verwendung gegen die kaiserliche Regierung in öffentlichen Reden und in Presseartikeln weitergegeben. »Ich kaufte Waffen für die Revolutionäre und gab dafür 100 000 Mark aus. Tonnen von antimonarchistischer . . . Literatur wurden auf Kosten meiner Botschaft gedruckt und verbreitet. Wir wollten die Monarchie niederreißen und den Krieg beenden.« Präsident Wilson habe das gleiche auf seine Art versucht. Fast jeden Abend hätten sich Führer der Unabhängigen Sozialisten in das Botschaftsgebäude

¹¹⁷ Lenin, Werke XXVIII 104. – Auch Sverdlov hatte seiner Beurteilung der Lage ähnlichen Ausdruck verliehen. Am 20. Oktober sagte er in einer Begrüßungsrede auf der ersten Konferenz der kommunistischen Organisationen der besetzten Gebiete: »Wir durchleben einen schweren Augenblick. Wir waren der Katastrophe vielleicht niemals so nahe wie jetzt. Wir müssen mit einem Angriff englisch-französischer Truppen rechnen.« (Minc/Gorodeckij 191.) Lenins und Sverdlovs Furcht war durchaus begründet. Eine alliierte Landung an der Schwarzmeerküste mußte vor allem die Schaffung der durch die Beschwerlichkeiten des Weißen Meeres und durch die enorme sibirische Distanz bisher unmöglich gebliebenen Aktionsbasis für ein energisches Vorgehen gegen die Bolschewisten bedeuten. – Demgegenüber sagte Trockij, der schon in Brest-Litowsk geneigt war, die internationale Revolution auf Kosten der russischen Revolution voranzutreiben, bereits am 3. Oktober die Schaffung eines »mächtigen Blocks zwischen Rußland und Deutschland mit 200 Millionen Einwohnern, an dem alle Wellen des Imperialismus brechen werden«, voraus. (S. Chamberlin II 122.)

¹ Dokumenty I 543/4, Note Joffe an Solf, Berlin 1918 X 29.

² In einem Artikel des Vestnik Žizni Nr. 5 (1919), zitiert bei L. Fischer, Soviets I 75 Anm. 1.

³ L. Fischer, Lenin 314; s. auch L. Fischer, Men 31; L. Fischer, Soviets I 75.

Unter den Linden gestohlen, um Joffe, der ein erfahrener Verschwörer gewesen sei, über Fragen der Taktik zu konsultieren. »Aber schließlich«, so habe Joffe bedauert, »haben sie und wir nichts von dauerndem Wert erreicht. Wir waren zu schwach, um eine erfolgreiche Revolution zu inszenieren.«

Wie war es möglich, daß dieser Agitationsherd mitten in Deutschland bestehen konnte? Die Tatsache, daß ein bolschewistisches Propagandazentrum auf deutschem Boden überhaupt geduldet wurde, ist um so erstaunlicher, als das Bild, das sich aus den Akten über die Propagandatätigkeit der russischen Botschaft gewinnen läßt, Zeugnis gibt, daß man sich in fast allen zuständigen deutschen Regierungsstellen – einzige Ausnahme war das AA – der Gefahr des bolschewistischen Revolutionsgedankens für den Bestand des deutschen Staates durchaus bewußt war⁴.

Artikel 10 des Brester Vertrages hatte die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen nach Ratifikation des Vertrages vorgesehen. Noch vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden Ende März gingen von militärischer Seite an das AA Warnungen vor der Errichtung einer sowjetrussischen Botschaft in Berlin. So berichtete ein Offizier aus dem Stabe Eichhorn, Graf Fritz zu Eulenburg, in einem Brief vom 21. März an den Chef der Reichskanzlei, Radowitz, er habe eine fünfstündige Unterredung mit einem russischen Generalstabs-Oberstleutnant gehabt; der russische Offizier, der als Sachverständiger an den Brest-Litowsker Verhandlungen teilgenommen hatte, habe ausgesagt, er wisse von den Bolschewisten selbst, daß ihnen an der Einrichtung einer Botschaft in Deutschland sehr gelegen sei. In Berlin wolle man an der verwundbarsten Stelle Deutschlands eine Hochburg der Anarchie und des Bolschewismus errichten. »In kaum einem halben Jahr würde dann der Brand in Deutschland entfacht sein.« Der Stab für die Botschaft werde gut ausgesucht. Der Gefährlichste sei Joffe. Eulenburg beschwor seinen Briefpartner, diese Gefahr zu bannen⁵.

Zur gleichen Zeit riet General Hoffmann – der ja das bolschewistische Gedanken- gut aus unmittelbarer Anschauung in Brest-Litowsk kennengelernt hatte –, eine russische Botschaft in Berlin erst nach dem Abschluß eines allgemeinen Friedens zuzulassen und die beiderseitigen Botschaften zunächst im Hauptquartier von Oberost einzurichten; dort könne eine bessere Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Vertreter ausgeübt werden⁶. Ludendorff schloß sich dem Rat Hoffmanns an und empfahl, die Botschaften in Brest-Litowsk oder Kowno unterzubringen⁷. In seiner Antwort darauf teilte das AA der OHL am 26. März mit, daß

⁴ Diese aktenmäßig belegbare Feststellung steht im Gegensatz zu dem Ergebnis, das Tiedemann in seiner ausführlichen Untersuchung über die Revolutionierungsversuche Sowjetrußlands in den Jahren 1917–1919 (126) gewonnen hat. S. die folgenden Ausführungen.

⁵ Brief Eulenburg an Willy (es dürfte sich um Wilhelm von Radowitz handeln), 1918 III 21 (PA, Europa/Generalia 92 secr. Bd. 2). – Aus Vermerken am Rand des Briefes geht hervor, daß er von Nadolny, Langwerth und von dem Bussche gelesen wurde.

⁶ Hoffmann II 218.

⁷ Ludendorff, Kriegserinnerungen 519. – Der Gedanke, den russischen Botschafter im Oberost-

sich der Gedanke aus »völkerrechtlichen und arbeitstechnischen Gründen« nicht ausführen lasse. Den russischen Propagandaabsichten werde zunächst durch größte Vorsicht bei der Erteilung des Agréments für den russischen Missionschef entgegengewirkt werden. – Zweifellos stand hinter der Ablehnung des AA die berechtigte Besorgnis, daß die diplomatischen Geschäfte im Gebiet von Oberost unter den unliebsamen Einfluß der Militärs geraten würden.

Ende März wurden die Ratifikationsurkunden zum deutsch-russischen Friedensvertrag in Berlin ausgetauscht⁸. Am 1. April richtete Čičerin eine Anfrage über die Errichtung der diplomatischen Vertretungen an das deutsche AA⁹. Fünf Tage später wurde Adolf Abramovič Joffe zum Botschafter der Sowjetrepublik ernannt¹⁰. Noch einmal wurde von deutscher militärischer Seite versucht, das angekündigte Eintreffen der russischen Vertretung in Berlin zu verhindern. In einem Schreiben vom 14. April protestierte das preußische Kriegsministerium gegen die Zulassung Joffes mit der Begründung, daß dieser ein besonders gefährlicher Verbreiter bolschewistischer Ideen sei. Das AA wies den Protest zurück und machte darauf aufmerksam, daß Artikel 2 des Friedensvertrages Propagandaverbot festgelegt habe. Die Gefahr der Ausbreitung bolschewistischer Ideen bestehe ohnehin bei jedem Vertreter der »maximalistischen« Regierung. Im übrigen sei Joffe schon von Moskau abgereist. Die OHL wurde gebeten, an Oberost Anweisung zu geben, den russischen Botschafter ungehindert passieren zu lassen¹¹.

Gebiet unterzubringen, stammt nicht direkt von Hoffmann, sondern – wie sich aus den Akten nachweisen läßt – von Oberstleutnant Krusenstern, einem früheren russischen Nachrichtensoffizier (es dürfte sich um den bereits erwähnten russischen Oberstleutnant handeln), der über die Errichtung einer bolschewistischen Botschaft folgendes sagte: »[Die] Bolschewiki wollen lediglich [das] Botschaftsgebäude für ihre Propaganda benutzen, sehen Sie sich vor. Ich persönlich halte die Gefahr für groß. [Der] Verkehr zwischen [den] beiden Staaten könnte bis zum allgemeinen Friedensschluß in eine große Stadt im besetzten Gebiet gelegt werden.« (Lersner an AA, Spa 1918 III 22. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11.) – Die im folgenden erwähnte Antwort des AA vom 26. März ebenda.

⁸ Schultheß 1918 I 142. – Der Austausch wurde am 29. März zwischen Unterstaatssekretär von dem Bussche und dem russischen Sondergesandten Petrov vollzogen.

⁹ Kobljakov 4.

¹⁰ Schultheß 1918 II 424. – Im Juni wurden von Sowjetrußland die diplomatischen Titel, wie sie vom Wiener Kongreß bestimmt worden waren, für abgeschafft erklärt und zwischen diplomatischen und konsularischen Vertretern Gleichheit festgelegt. Die Leiter sowjet-russischer Missionen im Ausland nannten sich von nun an einfach »bevollmächtigter Vertreter«. (S. Laue 242.) Joffe in Berlin richtete anfangs seine Noten, die er bis Juni noch als »posol« (Botschafter) unterschrieb, mit Anrede und Schlußformel an die Kaiserliche Regierung. Im späteren Schriftverkehr ließ er diese Höflichkeitsformel weg.

¹¹ Bussche an Berckheim für Staatssekretär, Berlin 1918 IV 17 (darin zusammengefaßt der Protest des KM. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11). – Das AA hatte schon drei Wochen vorher die Unannehmlichkeiten zu spüren bekommen, die die Anwesenheit eines bolschewistischen Vertreters in Berlin mit sich bringen würde. Der Abgesandte Petrov, der Ende März die russischen Ratifikationsurkunden in Berlin übergab, benutzte seinen Aufenthalt in Deutschland, um durch die Presse nicht nur die Vorteile eines sozialistischen Regimes hervorzuheben,

Am Abend des 19. April traf Joffe mit einem dreißigköpfigen Personal¹² in Berlin ein. Am folgenden Tag überreichte er Bussche¹³ – der den erkrankten Staatssekretär vertrat – sein von Lenin unterzeichnetes Beglaubigungsschreiben, in dem er als beauftragter Vertreter (Botschafter) bezeichnet wurde. Bussche machte Joffe ausdrücklich auf Artikel 2 des Friedensvertrages aufmerksam, nach dem jede Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles zu unterlassen sei. Joffe erwiderte, daß er eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes für »ganz unzulässig« erachte¹⁴.

Das Botschaftspersonal setzte sich erstaunlicherweise keineswegs nur aus Angehörigen der bolschewistischen Partei zusammen. Joffe selbst, Sohn einer wohlhabenden jüdischen Familie in der Krim, gehörte ihr erst seit der Novemberrevolution an. Vorher war er Mitglied der von Trockij 1917 neugebildeten Gruppe der Meždurajoncy gewesen, die zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki standen. In der ersten Phase der Verhandlungen von Brest-Litowsk hatte er die russische Delegation geleitet. Seine Wahl zum Vertreter Sowjetrußlands in Berlin war sicherlich glücklich getroffen. Joffe war sehr gebildet und verfügte über Umgangsformen, die von denen des Durchschnitts seiner Parteigenossen vorteilhaft abstachen¹⁵. – Joffes erster Sekretär war ein gewisser Zagorskij, der bis zum April 1918 im Lager Gera kriegsgefangen war. Er wurde im Juli von Georgij Solomon abgelöst, der über bessere Fachkenntnisse verfügte. Solomon, der kein Bolsche-

sondern auch um seiner Unzufriedenheit mit dem deutsch-russischen Friedensvertrag Ausdruck zu geben. Das war selbst dem AA zuviel, so daß es sich genötigt sah, bei der russischen Regierung durch Funkspruch gegen dieses Gebaren zu protestieren. (Bussche an russisches AA, Berlin 1918 III 25. PA, Ru 61 Bd. 149.) – Auch Joffe hatte bei seiner Ankunft in Orscha einem deutschen Offizier gesagt, Rußland werde sich mit dem jetzigen Frieden, der ihm ein Drittel seines europäischen Besitzes nehme, nie zufrieden geben. Für diese Härte des Friedensvertrages machte er aber nur die »Militär-Partei« verantwortlich, während er sich über Kühnmann sehr lobend aussprach. (Lersner an AA, Spa 1918 IV 19. PA, D 131 Bd. 38 Bl. 28.)

¹² Wheeler-Bennett (349) schreibt irrtümlich von dreihundert Botschaftsmitgliedern.

¹³ Carr (III 76) und Wheeler-Bennett (349) schreiben, Joffe habe sich »geweigert, sein Beglaubigungsschreiben dem Kaiser persönlich zu übergeben«. Das ist aus den Akten nicht nachweisbar. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß der Kaiser Joffe nicht empfangen wollte. Das wird aus einer Randbemerkung Wilhelms II. zu einem Telegramm aus Stockholm ersichtlich, in dem der schwedische König den deutschen Kaiser bat, auf Besserung der Lage der Zarenfamilie hinzuwirken: »Fällt mir nicht ein, mit dem Schwein was zu thun zu haben.« (Kienlin an AA, Stockholm 1918 V 7. PA, Ru 82 Nr. 1 Bd. 65.) – Joffe konnte das Beglaubigungsschreiben auch nicht dem Reichskanzler überreichen, weil dieser auf längere Zeit nach Spa verreist war.

¹⁴ Bussche an Lersner für Rk, Berlin 1918 IV 20 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 11).

¹⁵ S. Hilger 27. Dazu folgender Bericht Goldbergs an Erzberger, Petersburg 1918 IX 19/20 (PA, Ru 61 Bd. 164): »Man hat uns einen geschmeidigen Herrn geschickt; Unter den Linden glitzern die Tapeten, glänzt das Parkett, alles geht in Glacé und Seide und Samt – alles ist Bourgeoisie. Schlaue Herren, die uns die Vertreter des Bolschewismus in solchem Licht zeigen! Die richtige Seite, die ganz anders aussieht, wollte man uns nicht zeigen, damit wir draußen die bolschewistische Art nicht wie die Pest meiden sollten...«

wist war, stellte, wie er in seinen Erinnerungen berichtet¹⁶, seine Erfahrungen den Sowjets zur Verfügung, »um gesundend auf die ganzen Verhältnisse einzuwirken«. Wie Krasin¹⁷ ist er der Typ des Menschen im totalitären Staat, der seine fachlichen Kräfte in den Dienst dieses Staates stellt, um in verantwortlicher Position einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Solomon wurde im Oktober zum russischen Konsul in Hamburg ernannt. – Ebenso wie Solomon war der russische Vizekonsul, Georgij. Voronov, Antibolschewist. Nach seiner eigenen Aussage hielt er eine Unterstützung der Bolschewiki zunächst für notwendig, um zu verhindern, daß die Sozialrevolutionäre in Rußland ans Ruder kämen¹⁸. Von Čičerin wurde er als gesellschaftliche Stütze der Mission beigegeben. Anfang Juni erbot sich Voronov durch Vermittlung des Journalisten Adrian Polly, dem AA über Vorgänge in der russischen Botschaft zu berichten. Mit Erlaubnis Kühlmanns wurden im Wege gesellschaftlichen Verkehrs Beziehungen mit ihm angeknüpft. Da Voronov aber nicht zum inneren Kreis der Botschaft gehörte, erhielt das AA von ihm keine Nachricht von politischer Bedeutung¹⁹. – Generalkonsul in Berlin war Vjačeslav Menžinskij, der später Chef der GPU wurde. – Der Leiter des Kriegsgefangenenbüros an der russischen Botschaft, Victor Kopp, war nach den Worten Joffes ein »überzeugter und starrer Menschewik«²⁰.

Mochten also nicht alle Botschaftsmitglieder Bolschewisten sein, so war doch die maßgebende Persönlichkeit, Joffe selber, der geeignete Vertreter Sowjetrußlands bei der Reichsregierung. Einerseits verstand es Joffe, durch seine diplomatischen Umgangsformen den Eindruck zu erwecken, als sei die Sowjetregierung gar nicht so neuartig und revolutionär, wie sie sich nach außen bisher immer gegeben hatte. Andererseits ließen seine konspirativen Erfahrungen erhoffen, daß er es verstehen würde, von seinem Berliner Posten aus die Weltrevolution voranzutreiben. Wie die Folgezeit bewies, vermochte er die Doppelrolle des Diplomaten und Agitators mit Geschick zu spielen.

Bald nach seiner Ankunft in Berlin nahm der russische Botschafter mit den Führern der Unabhängigen Sozialdemokraten Fühlung auf. In einem Bericht²¹ des

¹⁶ Solomon 26. – Die Erinnerungen Solomons über seine Berliner Zeit geben Einblick in den Geschäftsbetrieb der russischen Botschaft; ansonsten sind sie von geringem Belang.

¹⁷ S. o. S. 273 Anm. 60.

¹⁸ Anzeige Walter, Berlin 1918 VI 19 (PA, D 127 Nr. 5 secr. Bd. 2).

¹⁹ Der im Juli als Marine-Attaché zur russischen Vertretung entsandte Baron Mir war ausgesprochener Monarchist. Er kam im Auftrag einer monarchistischen Organisation nach Berlin, um zu sondieren, ob die deutsche Regierung sich mit der Zaren-Kandidatur des Thronfolgers Aleksis (Sohn des Exzaren) unter Vormundschaft des Prinzen Heinrich von Preußen einverstanden erklären würde. An das AA ist er mit diesem Plan, der von Bussche als »abenteuerlich« bezeichnet wurde, anscheinend nicht herangetreten. (Bussche an Lersner, Berlin 1918 VII 15. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 14.)

²⁰ Solomon 54.

²¹ Volkmann 309/10, Oberkommando in den Marken an KM, Berlin 1918 V 28; Abdruck auch in Arch. Forsch. IV 1364 ff.; auszugsweise in WUA IV 5 S. 31. Der Bericht lag in Abschrift

Oberkommandos in den Marken vom 28. Mai an das preußische Kriegsministerium heißt es, daß schon bei der Maifeier im Marmorsaal der russischen Botschaft am 1. Mai die Abgeordneten Cohn, Haase, Hofer und Mehring teilnehmen konnten und Haase dabei einen Trinkspruch auf die Internationale ausbringen durfte. Nach den Worten des Berichts beschränkte sich die Fühlungnahme aber nicht auf einen persönlichen Verkehr mit den genannten deutschen Genossen, sondern ging rasch zu einem ständigen geschäftlichen Verkehr, namentlich mit Cohn und Haase, über. Es werde nicht ausbleiben, daß Joffe und seine Begleitung oppositionellen Abgeordneten Material gegen die Regierung liefern würden zu dem Zweck, ihr Schwierigkeiten zu bereiten. »Daß ein derartiges Vorgehen«, schloß der Bericht, »... mit der von jedem diplomatischen Vertreter eines fremden Staates billigerweise mindestens nach außen hin zu verlangenden Loyalität nicht in Einklang stehen würde, liegt auf der Hand... Von hier aus sind daher Maßnahmen getroffen worden, um zu erfahren, ob von russischer Seite mit Führern hiesiger politischer Parteien innerpolitische oder militärische deutsche Angelegenheiten erörtert werden.«²²

Außer den Militärbehörden wurden im Mai auch verschiedene innenpolitische Ressorts beim AA wegen der Anwesenheit der russischen Botschaft in Berlin vorstellig. Der preußische Innenminister Drews wies am 7. Mai in einem Schreiben an den Reichskanzler darauf hin, daß die Ankunft der sowjetischen Vertretung in Berlin und das demonstrative Hissen der roten Fahne über dem Botschaftsgebäude ernste Folgen »für die innerpolitische Entwicklung und die Sicherheit des Reiches« haben werde²³.

Die Ermittlungen des Oberkommandos in den Marken ergaben zunächst keinerlei Anzeichen dafür, daß die russische Botschaft »selbst und unmittelbar« bolschewistische Werbearbeit unter der deutschen Arbeiterschaft betreibe, wie der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Linsingen, in einem Schreiben vom 7. Juni an das Kriegsministerium feststellte. Da die Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie sehr eng seien, könne man aber »wenigstens von einer *mittelbaren* Begünstigung bolschewistischer Lehren unter den deutschen Arbeitern durch die russische Botschaft« reden²⁴.

auch dem AA vor: PA, D 131 adh. 3 Bd. 1. – In den ersten Maitagen wußte auch die deutsche Presse von dem Bankett in der russischen Botschaft zu berichten; s. Tiedemann 73 Anm. 228.

²² John Reed, ein amerikanischer Kommunist, Augenzeuge der Novemberrevolution, berichtet, daß Joffe bald nach seiner Ankunft zehn Propagandafachleute auf Fahrradreisen durch Deutschland schickte. (Zitiert bei Carr III 76 Anm. 3 aus *The Liberator* Januar 1919 S. 24.)

²³ Brjunin 228 (aus Akten der Reichskanzlei). – Rosenfeld zitiert S. 135 Anm. 11 aus einem im Sächsischen Landeshauptarchiv befindlichen Bericht des Kommerzienrates Leonhardt an die sächsische Regierung aus Berlin 1918 V 2: »Schon die Tatsache, daß eine Menge deutscher Arbeiter, die dem Abnehmen der ehemals kaiserlich-russischen Insignien interessiert zusah, beim Aufziehen der roten Fahne auf dem Botschaftsgebäude ostentativ Hüte und Mützen abnahmen, hat man nicht mehr scherzhaft aufgefaßt.«

²⁴ Oberkommando in den Marken an KM (Abschrift an AA), Berlin 1918 VI 7 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 1).

Das einzige, was das AA auf die wiederholten Vorstellungen unternahm, war, daß es Joffe »ernstlich ermahnte, sich jeder Agitation zu enthalten«. Mit welcher Leichtfertigkeit es den Warnungen gegenüberstand, zeigt der Schlußsatz eines Antwortschreibens an das Kriegsministerium: »Damit [d. h. der »ernstlichen Ermahnung«] dürfte die Angelegenheit wohl zunächst auf sich beruhen bleiben können.«²⁵

Drei Wochen später wies Linsingen erneut auf die »in hohem Maße gefährliche Verbindung« zwischen der russischen Botschaft und radikal-sozialistischen Gruppen hin. Das Oberkommando hatte inzwischen ermittelt, daß Frau Breitscheid, die Gattin des Unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten, nun in der russischen Botschaft tätig sei, nachdem der von dem Ehepaar Breitscheid herausgegebene »Unabhängige Pressedienst« von der Regierung verboten worden war, und daß Breitscheid selbst als Leiter eines »literarischen Büros« in der Botschaft in Aussicht genommen sei, ferner daß die engeren Spartakusmitglieder, wie Franz Mehring und Julian Borchardt von der »Lichtstrahlengruppe«, ebenfalls mit der Botschaft in Verbindung stünden. »Solche dauernde Verknüpfung der radikalsten Elemente Deutschlands mit einer ausländischen Botschaft«, schrieb Linsingen, »kann sicher nicht ohne unheilvolle Folgen bleiben, denn unter dem Einflusse der bolschewistischen Geschäftsträger werden diese ... Elemente ... jetzt noch mehr als früher auch in Deutschland im Sinne des Bolschewismus zu arbeiten suchen.« Mit Bezug auf eine verdächtige Verbindung zwischen dem russischen Generalkonsulat und einem Schweizer Nachrichtenbüro machte Linsingen schließlich darauf aufmerksam, »daß auch unsere zur Sicherung gegen den Verrat militärischer Geheimnisse oder zur Abwehr gegnerischer Spionage getroffenen Einrichtungen im Falle ungehinderten Verkehrs unserer revolutionären Elemente mit dem Gesandtschaftspersonal schweren, unsere ganze Spionageabwehr lahmlegenden Schaden leiden können, zumal da der hiesigen russischen Botschaft das Recht zustehen soll, Kuriere über die Grenze zu senden«²⁶.

Die Sicherheitsbehörden befanden sich gegenüber der Tätigkeit der russischen Botschaft tatsächlich in einer ungemein schwierigen Lage. Auf der einen Seite hatten sie mit Botschaftsmitgliedern zu tun, die unter dem Schutz der Exterritorialität standen, auf der anderen mit Abgeordneten, die durch Immunität geschützt waren. Außerdem waren diese beiden von der Polizei beobachteten

²⁵ Fernschreiben (Entwurf) Langwerth an KM, Berlin 1918 VI 15 (ebenda).

²⁶ Linsingen an KM (Abschrift an AA), Berlin 1918 VII 1 (ebenda); abgedruckt bei Volkmann 311/2. – Über Julian Borchardt heißt es in einer G. A. der Zensur-Beratungsstelle des AA, Berlin 1918 IX 9 (PA, D 127 Nr. 5 secr. Bd. 2), er sei vom »Hausheiligen« Ledebour, der Unter den Linden 7 »wie zu Hause« aus- und eingehe, der Botschaft empfohlen worden. »Julian [Borchardt] arbeitet im Pressebüro der Botschaft, das übrigens 40–50 Damen beschäftigt, als literarischer Beirat und redigiert die Übersetzung russischer Dekrete. Er hat ein eigenes Arbeitszimmer und arbeitet dort täglich mehrere Stunden.« – Aus einer Aufzeichnung des Stellvertretenden Generalstabs, Abt. IIIb, Berlin 1918 X 15 (PA, Internationale Angelegenheiten 2 Bd. 1) geht hervor, daß Joffe durch seinen Pagen auch Beziehungen zu Wilhelm Pieck hatte.

Gruppen in langjähriger Praxis gewitzigte, mit allen Schlichen vertraute Politiker. Den Abwehrbehörden gelang es nicht, vertrauliche Beziehungen mit den maßgebenden Personen in der Botschaft anzuknüpfen. Durch die Verbindung zum Vizekonsul Voronov sah man wohl den äußeren Betrieb, erfuhr gelegentlich mehr nebensächliche Vorgänge, die wichtigeren aber, namentlich geheime, meist in der Botschaft selbst geführte Besprechungen blieben verborgen²⁷.

Außer den verschiedenen Berliner Behörden wies auch die OHL wiederholt auf die Unzuträglichkeit hin, die sich aus Joffes Aufenthalt in Berlin ergab. Als Ludendorff dem AA wieder einmal seine Bedenken vortrug, wurde ihm geantwortet, Joffe sei in Berlin besser aufgehoben als anderswo. Man habe ihn dort unter Augen. »Leider waren diese Augen aber blind«, schreibt Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen²⁸. Erst Anfang September entschloß sich das AA, die russische Botschaft belastendes Material zu sammeln²⁹.

* * *

Bevor die Tätigkeit der russischen Botschaft in Berlin und die Reaktion der deutschen Regierung darauf weiter erörtert werden, sind noch einige andere Methoden der außenpolitischen Propaganda Sowjetrußlands zu besprechen. Helmut Tiedemann hat bereits in den dreißiger Jahren in seiner Studie über Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917–1919 das Instrumentarium der sowjetrussischen Propaganda systematisch zusammengestellt und ausführlich untersucht³⁰. Es handelt sich hier nur darum, aus den Akten gewonnene Einzelheiten nachzutragen.

Im Friedensvertrag von Brest-Litowsk war in Artikel 2 folgendes bestimmt: »Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heeresinrichtungen des anderen Teiles unter-

²⁷ Nur im August und September gelang es den deutschen Behörden, einige wichtige bereits erwähnte (s. o. S. 292 Anm. 144/5) Fernschreibgespräche zwischen Joffe und Čičerin mitzulesen. Für die Spionageabwehr waren *diese* Gespräche aber ohne Belang. – Daß die Sowjetbehörden ihrerseits versuchten, den deutschen Fernschreibverkehr mit der deutschen Gesandtschaft in Moskau zu entschlüsseln, ergibt sich aus Lockhart 278/9: "Karachan himself had confessed to me that the Bolsheviks had made another attempt to procure the German ciphers. They had staged a raid on the German courier. [Worum es sich hier handelt, ist aus den Akten nicht zu ermitteln.] He even suggested to me that, if our cipher experts could decipher them, he could furnish me with copies of the German telegrams." – Aus den Akten geht ferner folgende Einzelheit über die deutsche Spionage hervor. Seit Kriegsbeginn wurden vom VII. Armeekommando regelmäßig die Berichte des holländischen Gesandten in Rußland in Münster dem holländischen Depeschensack entnommen und gelesen, darauf wieder verpackt und weitergeleitet. (Lersner an AA, Spa 1918 IX 27. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18.)

²⁸ Ludendorff, Kriegserinnerungen 519.

²⁹ Das geht aus einer Notiz Nadolnys vom 6. September am Rand eines Berichts des Oberkommandos in den Marken vom 29. August hervor. (PA, Ru 61 Bd. 162.)

³⁰ Kapitel IV: Die politisch-propagandistische Kriegführung Sowjetrußlands in Deutschland in den Jahren 1917–1919, S. 53 ff.

lassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.« Wie die Denkschrift³¹ zum Friedensvertrag ausführt, schien es notwendig, gegenüber der »Hartnäckigkeit, mit der die Vertreter der Russischen Regierung in jedem Stadium der Verhandlungen auf dem Versuche bestanden haben, durch eine revolutionäre Propaganda den militärischen Kampf gegen die verbündeten Mächte zu unterstützen oder abzulösen . . ., den Verzicht auf jede derartige Propaganda ausdrücklich zu vereinbaren«.

Diese in der Geschichte der Verträge neuartige Bestimmung wurde von der russischen Regierung in der Praxis nicht eingehalten. Es war für sie natürlich notwendig, vor der Öffentlichkeit die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß sie Artikel 2 loyal durchführe. Die entsprechende Erklärung Joffes während seines Antrittsbesuchs bei der deutschen Regierung wurde bereits erwähnt. Čičerin erklärte in einer Sitzung des Zentralexekutivkomitees: »Diesen Artikel wollen wir einhalten, und wenn irgendeines unserer offiziellen Organe ihn verletzt, wird die Sowjetregierung dagegen einschreiten.«³²

Wie die Sowjetführer in Wirklichkeit über die Einhaltung des Artikels 2 dachten, zeigen einige Bemerkungen während des 7. Parteitages, der Anfang März über die Ratifikation des Vertrages debattierte. »Wir verletzen den Vertrag«, sagte Lenin, »wir haben ihn bereits dreißig-, vierzigmal verletzt.«³³ Auf dem gleichen Kongreß erklärte Sverdlov: »Wir werden diese Agitation jetzt nicht im Namen des Rates der Volkskommissare, sondern im Namen des Zentralkomitees unserer Partei regelmäßig betreiben.«³⁴ – Es war nur zu natürlich, daß die Sowjetregierung in ihrer Schwäche zu Mitteln revolutionärer Propaganda griff, da ihr wirksamere Waffen im Kampf gegen den Imperialismus nicht zur Verfügung standen.

Eines der Hauptpropagandamittel des Sowjetstaates waren seine »An Alle« gerichteten Funksprüche, durch die der bolschewistisch-revolutionäre Gedanke in die Welt und besonders nach Deutschland getragen werden sollte. Das Neuartige an diesen Radiotelegrammen war, daß sie sich zugleich an die Regierungen und die Völker der anderen Staaten wandten. Während der Verhandlungen von Brest-Litowsk spielte diese Funkpropaganda eine große Rolle³⁵. Im Sommer 1918 richteten sich die Funksprüche hauptsächlich gegen die deutsche Armee. Es wurden ihr Grausamkeiten allerschlimmster Art, besonders in den besetzten Gebieten, vorgeworfen. Immer wieder erschienen darin Behauptungen über Disziplinlosigkeit und Meuterei, später über die Weigerung ganzer Regimenter, an die Westfront zu gehen. Zeitweise wurden fast täglich Funksprüche über Aufstände

³¹ Drucksachen des Reichstages, 13. Legislaturperiode, 2. Session 1914/18, Nr. 1293, S. 90.

³² Pjatyj sozyv VCIK 90.

³³ Lenin, Werke XXVII 91.

³⁴ Sed'moj s-ezd 195.

³⁵ Einige dieser Funksprüche sind abgedruckt im 1. Band der Dokumenty vnešnej politiki SSSR, zum Teil deutsch in Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden 1917-1929 und englisch in Sov. Doc. I.

in Deutschland, in der Ukraine und in den besetzten Gebieten verbreitet, bei denen die deutschen Truppen von den Aufständischen geschlagen worden seien. Ähnliche Nachrichten erschienen gleichzeitig in den russischen Zeitungen. Unter dem Vorwande, die diplomatische Mission in Berlin über den Inhalt der russischen Zeitungen zu informieren, wurden sie Joffe durch Funkspruch mitgeteilt. Da bei dieser Art der Nachrichtenübermittlung auch die deutschen Funkstationen beteiligt waren, forderte Ludendorff das AA auf, Joffe diese Möglichkeit des Nachrichtenempfangs zu sperren³⁶. Staatssekretär Kühlmann ließ sich darauf nicht ein; er fürchtete, daß die russische Regierung als Gegenmaßnahme die Verbindung mit der deutschen Gesandtschaft in Moskau erschweren würde³⁷. Er begnügte sich damit, der russischen Regierung durch Mirbach eine Protestnote zustellen zu lassen³⁸.

Wie intensiv die russische Funkpropaganda getrieben wurde, läßt sich daran ermesen, daß – nach einem Bericht des Volkskommissars für Post- und Telegraphenwesen – innerhalb weniger Monate über 100 Funkstationen eingerichtet wurden, die für die Verbreitung funktelegraphischer Nachrichten aus Moskau sorgten³⁹. Ludendorff griff im Oktober 1918 zur Selbsthilfe, indem er durch Oberost deutsche Funksprüche verbreiten ließ, um »die Unwahrheit derartiger russischer Veröffentlichungen nachzuweisen und die Lügenhaftigkeit der russischen Berichterstattung damit vor aller Welt an den Pranger zu stellen«⁴⁰. Er hatte in den voraufgegangenen Monaten oft genug das AA auf die verhetzenden Funksprüche hingewiesen, die zeigten, »wie tief feindlich die bolschewistische Regierung und ihr Anhang uns in Wahrheit gegenüberstehen, trotzdem sie es nur uns verdankt, daß sie noch am Leben ist«⁴¹.

Neben der Funkpropaganda wurde eine systematische Agitation gegen Deutschland in der russischen Presse betrieben. So wurde z. B. bereits am 1. Mai in der Pravda ein Leitartikel abgedruckt, der zu energischer Propaganda für die sozialistische Weltrevolution, besonders in Deutschland und Österreich, aufforderte. Alle derartigen Artikel, die in den folgenden Monaten in den offiziellen Zeitungen, der Pravda, den Izvestija, der Severnaja Kommuna, erschienen, waren auf den gleichen Ton der sozialistischen Propaganda gegen den »Imperialismus und Kapitalismus« abgestimmt. Nach der deutschen Niederlage im Westen, besonders aber nach Abschluß des Ergänzungsvertrages nahm die Agitation in diesen Organen eine besondere Schärfe an⁴².

Außerordentlich intensiv wurde die Propaganda unter den Kriegsgefangenen in

³⁶ Berckheim an AA, Spa 1918 V 23 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12).

³⁷ Kühlmann an Berckheim, Berlin 1918 V 25 (ebenda).

³⁸ Note Mirbach an russische Regierung (Abschrift), Moskau 1918 VI 6 (PA, D 131 Bd. 40 Bl. 217/8).

³⁹ Vorwärts 1918 VII 15.

⁴⁰ Lersner an AA, Spa 1918 X 7 (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 18).

⁴¹ Ludendorff an Berckheim für Hintze, Spa 1918 VIII 28 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 1).

⁴² S. o. S. 256/7, 303 Anm. 184, o. S. 331.

Rußland und Sibirien betrieben. Die Bolschewisten sahen in ihnen die gegebenen Träger und Verbreiter ihrer Ideen und versuchten deshalb, sie mit allen Mitteln zu ihren Lehren zu bekehren. Lenin hatte schon während der Verhandlungen von Brest-Litowsk die Bedeutung der Kriegsgefangenen für die Ausbreitung des Bolschewismus erkannt. »Wenn wir Frieden schließen, können wir sofort die Kriegsgefangenen austauschen und so nach Deutschland eine gewaltige Masse von Menschen bringen, die unsere Revolution in der Praxis gesehen haben, durch sie geschult worden sind und so besser an der Erweckung der Revolution in Deutschland arbeiten können.«⁴³ Ganz besonders wirkten die Bolschewisten darauf hin, die Kriegsgefangenen zum Eintritt in die Rote Armee zu bewegen, einmal wegen ihrer unbestritten anerkannten militärischen Tüchtigkeit, sodann um durch einen vollkommenen Bruch mit der Heimat die Kriegsgefangenen endgültig auf die bolschewistischen Ideen festzulegen. An der von Trockij am 1. Mai auf dem Chodynka-Feld in Moskau abgehaltenen Parade sollen auch deutsche Kriegsgefangene teilgenommen haben⁴⁴. Čičerin bestritt auf einen deutschen Protest hin ihre Teilnahme. Er erklärte ferner, daß nur noch solche Kriegsgefangene in die Rote Armee eingestellt würden, die vorher die russische Staatsbürgerschaft erhalten hätten⁴⁵. Im übrigen taten die Deutschen ein Ähnliches, indem sie russische Kriegsgefangene im Etappendienst einstellten⁴⁶.

In Rußland dauerte die Werbung von Kriegsgefangenen unvermindert bis zum November 1918 an. Zu diesem Zweck wurden einmal in den Kriegsgefangenenlagern Versammlungen abgehalten, zu denen besonders gewandte Agitatoren von den Regierungsbehörden als Redner entsandt wurden. Sodann wurde zahlreiche revolutionäre Literatur unter den Gefangenen verbreitet, so eine ganze Reihe zu diesem Zweck herausgegebener Zeitungen, wie die »Fackel«, die »Weltrevolution«, die »Wahrheit«, die »Weltbefreiung« u. a.⁴⁷ Soweit aber diese Einwirkungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, wurde scharfer Terror angewandt. Diejenigen Kriegsgefangenen, die sich für das revolutionäre Programm erklärten, erhielten eine Reihe von Lebenserleichterungen, so z. B. die Erlaubnis, außerhalb der Gefangenenlager zu wohnen und sich Arbeit zu suchen, während gegen diejenigen, die sich ablehnend verhielten, Strafmaßnahmen, wie Verringerung der Kost und Freiheitsbeschränkungen, verhängt wurden⁴⁸.

⁴³ Lenin, Werke XXVI 508/9.

⁴⁴ Carr III 75.

⁴⁵ Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 2 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 230).

⁴⁶ Lersner an AA, Spa 1918 VIII 20 (PA, D 131 Bd. 46 Bl. 156 und 158). Besonders Wilhelm II. plädierte für die Verwendung von russischen Kriegsgefangenen im Heeresdienst. Vgl. seine Bemerkung am Rand eines Artikels der Kölnischen Zeitung 1918 VIII 5: »Wir haben russische Kriegsgefangene genug und werden sie ebenso gebrauchen wie die Bolschewiki die unsrigen.« (PA, D 131 Bd. 45 Bl. 15.)

⁴⁷ Dazu Krivogus 332, 346. Die Darstellung Krivogus' ist die neueste über das Thema von sowjetrussischer Seite. Sie beruht auf einer breiten Grundlage russischen Archivmaterials.

⁴⁸ In den Akten des AA finden sich zahlreiche Erlebnisschilderungen von deutschen Kriegsgefangenen. Vgl. z. B. den Bericht des aus russischer Zivilgefängenschaft zurückgekehrten

Als die Bolschewisten Ende Juni nach dem Aufstand der Tschecho-Slowaken ihr Ende nahen fühlten, wurde der deutschen Hauptkommission in Moskau vom Volkskommissar für die Bearbeitung des Kampfes gegen die Tschecho-Slowaken, Severin, insgeheim der Vorschlag gemacht, die westlich der Tschecho-Slowaken befindlichen Kriegsgefangenen bewaffnen zu lassen, um mit der Roten Armee gegen die Tschecho-Slowaken zu kämpfen! Als Entgelt sollte dann russischerseits zugesichert werden, daß nach Beendigung der Kämpfe alle Kriegsgefangenen sofort nach Deutschland abtransportiert würden. »Diesen Vorschlag habe ich scharf abgelehnt«, meldete Henning an das preußische Kriegsministerium⁴⁹.

Über die Zahl der in den Dienst der Roten Armee getretenen Kriegsgefangenen ist weder in den deutschen noch, wie es scheint, in den russischen Akten etwas Genaues auszumachen. In der aktenmäßigen Darstellung russischerseits von Krivogus wird zugegeben, daß unter der Masse der Kriegsgefangenen nur ein paar tausend Internationalisten waren⁵⁰. Berichte deutscher Vertreter in Rußland sagten übereinstimmend aus, daß sich Deutsche in verschwindend geringer Anzahl gemeldet hätten, während Österreicher und Ungarn zahlreicher vertreten seien⁵¹.

Einen besonders fruchtbaren Agitationsboden fanden die Bolschewisten in der Ukraine und in den übrigen besetzten Gebieten. Da hier weder Funkstationen noch Zeitungen zur Verfügung standen, beschränkte sich die Propagandatätigkeit auf die Verteilung von Flugblättern, Mundpropaganda und kleinere Aufstände gegen die deutschen und österreichischen Truppen. Ganz besonders deutlich trat diese bolschewistische Agitation gelegentlich eines Eisenbahnerstreiks in der Ukraine Juli 1918 hervor⁵². Der Streik war von Großrußland aus sorgfältig vorbereitet worden. Der Ausbruch wurde in der russischen Presse freudig begrüßt. Es wurden öffentliche Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden veranstaltet, und der stellvertretende Volkskommissar für das Eisenbahnwesen erließ einen Aufruf, in dem zur Unterstützung des Streiks aufgefordert wurde. Auf deutsche Vorstellungen hin erklärte die russische Regierung, die veranstalteten Sammlungen hätten nur privaten Charakter. Sie veröffentlichte gleichzeitig einen Runderlaß, in dem vorgeschrieben war, daß zur Vermeidung von Mißverständnissen die Geldsammlungen nicht als Sammlungen der betreffenden Behörden, sondern als Sammlungen der Beamten der betreffenden Behörden zu bezeichnen seien⁵³!

Charakteristisch ist eine Äußerung Radeks über die Unterstützung des Streiks.

Ingenieurs Gisbert Vester über das bolschewistische Agitationsbüro im Lager Vjatka, Mitau 1918 V 25. (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 243/5.)

⁴⁹ Bericht Henning an KM, Moskau 1918 VI 25 (PA, Ru 61 Bd. 158). – Den Vorschlag erwähnt auch Bothmer, Mirbach 63.

⁵⁰ Krivogus 337.

⁵¹ Z. B. Mirbach an AA, Moskau 1918 VI 2 (PA, D 131 Bd. 39 Bl. 230).

⁵² Russische Dokumente zum Eisenbahnerstreik in Minc/Gorodeckij 156 ff.

⁵³ Nachrichtenoffizier der Heeresgruppe Kiev an OHL, Kiev 1918 IX 1 (PA, D 131 Bd. 49 Bl. 207). S. auch die folgende Anm.

Er sagte ganz offen, dies sei der einzige Weg, auf dem die Bolschewisten ihren in der Ukraine unterdrückten Brüdern helfen könnten⁵⁴. Da der Aufstand der Eisenbahner in sich zusammenbrach, wurde von Moskau aus eine großzügige Organisation des Partisanenkrieges vorgeschlagen. Bei dem Führer der russischen Friedensdelegation in Kiev wurde von deutschen Behörden eine Zusammenstellung der leitenden Gesichtspunkte für diese Art der Bekämpfung der deutschen Bedrücker beschlagnahmt⁵⁵.

Wie in der Ukraine so wurde auch in den anderen besetzten Gebieten die Propaganda hauptsächlich durch Flugblätter betrieben, in denen zum Kampf gegen die »deutschen Räuber und Unterdrücker« aufgefordert wurde. Ein besonders wirksames Mittel der Propaganda waren Demonstrationen an der Demarkationslinie. Soldaten und Zivilisten, darunter auch deutsche Überläufer oder Kriegsgefangene in voller Uniform, rückten bis unmittelbar an die Demarkationslinie und veranstalteten dort Versammlungen, in denen aufreizende Reden gegen die deutsche Armee gehalten wurden. Die von Oberost eingeleitete Schaffung einer »neutralen Zone« an der Demarkationslinie war dagegen eine recht unwirksame Abwehrmaßnahme⁵⁶.

Die bolschewistische Propagandatätigkeit in den besetzten Gebieten wurde in einer am 15. September unter dem Vorsitz Sverdlovs tagenden Konferenz in Moskau durch Schaffung eines Zentralbüros der kommunistischen Organisationen der besetzten Gebiete straff zusammengefaßt⁵⁷. Am 19. Oktober wurde auf der ersten gesamtrussischen Konferenz der kommunistischen Organisationen dieser Gebiete die »Arbeit unter den deutschen Soldaten« und die Vorbereitung zu bewaffneten Aufständen beraten. Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden zu Ehrenpräsidenten gewählt⁵⁸.

⁵⁴ Aufzeichnung Thermann, Berlin 1918 X 28 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 3).

⁵⁵ Schreiben Ludendorff an Berckheim für Hintze, Spa 1918 VIII 28 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 1). – Dokumente zur Organisation des Partisanenkrieges in der Ukraine bei Eudin 99 ff.

⁵⁶ Hoffmann an OHL, Kowno 1918 V 27 (PA, D 131 Bd. 41 Bl. 258/9).

⁵⁷ Seleznev 289.

⁵⁸ Seleznev 294/5. – Bei der Vorbereitung von bewaffneten Aufständen rechnete man sogar damit, von deutschen Soldaten Waffen zu erhalten, wie eine Entschließung der Minsker Rayonkonferenz der kommunistischen Partei vom 15. Juli 1918 zeigt: »Die wichtigste Aufgabe der militärischen Arbeit in den besetzten Gebieten muß sein: Organisation und Propaganda unter der deutschen Armee, um sie für die revolutionäre Arbeit zu gewinnen und von den deutschen Soldaten Waffen zu erhalten.« (Zitiert bei Rosenfeld 178.) – Anfang Juni wurden von den deutschen Militärbehörden in Dünaburg zwei bolschewistische Organisationen aufgedeckt, von denen die eine – die mit den Bolschewisten in Vitebsk und in der Ukraine enge Verbindung hielt – versuchte, einen Aufstand der Bevölkerung vorzubereiten, während sich die andere mit der Sammlung von Waffen für das gleiche Unternehmen befaßte. (Aufzeichnung Chef des Generalstabs des Feldheeres, Abt. Fremde Heere, Spa 1918 VI 9. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 91.) Kühlmann wollte diesen Anlaß benutzen, um Joffe »ganz energisch« klarzumachen, »daß wir uns derartige Verletzungen [des] Brester Vertrages unter keinen Umständen gefallen lassen«. Joffe stellte natürlich alles in Abrede. (Aufzeichnung Kühlmann über Unterredung mit Joffe, Berlin 1918 VI 10. PA, D 131 Bd. 40 Bl. 116.) Wie »energisch« Kühlmann seine Vorstellungen vertrat, wird aus einem entsprechenden Telegramm an den

Die bolschewistische Agitation hatte ihre Wirkung auf die deutsche Ostarmee nicht verfehlt. Das stellte Lenin schon im August 1918 mit Befriedigung fest. »Die Niederwerfung der Revolution im roten Lettland, Finnland und in der Ukraine bezahlte Deutschland mit der Zersetzung seiner Armee... Wovon die deutschen Diplomaten in halb scherzhaftem Ton gesprochen haben, von der ›Russifizierung‹ der deutschen Soldaten, das ist heute für sie schon kein Scherz mehr, sondern bitterer Ernst. Der Geist des Protestes wächst, und ›Verrat‹ wird in der deutschen Armee zu einer alltäglichen Erscheinung.«⁵⁹ Auch auf deutscher Seite schätzte man die Wirkung nicht minder gering. Im Frühjahr 1918 hielt sie General Hoffmann zwar noch nicht für gefährlich⁶⁰. Nach dem Krieg jedoch gab Hoffmann gegenüber einem amerikanischen Journalisten zu: »Unsere siegreiche Armee an der Ostfront wurde vom Bolschewismus verseucht. Wir erreichten den Punkt, wo wir es nicht wagten, bestimmte unserer Ostdivisionen an die Westfront zu verschieben.«⁶¹ Ludendorff schrieb am 19. Oktober 1918 in einem Bericht an den Reichskanzler, es lasse sich nicht leugnen, daß infolge bolschewistischer Einflüsse der »innere Wert und die Moral« der an der Ostfront stehenden deutschen Truppen gelitten habe. »Sollen nicht die Grundfesten des Staates ernstlich gefährdet werden, so ist es an der Zeit, die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.«⁶²

Die bis zu diesem Zeitpunkt von der deutschen Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen waren im wesentlichen⁶³ papierne Proteste. Die russische Regierung

Kaiser deutlich: »Ich wäre jedoch nicht dafür, in unseren Forderungen weiter zu gehen, weil wir zur Zeit kein Interesse daran haben, die Stellung der bolschewistischen Regierung so zu erschüttern, daß sie einer anderen Regierung Platz machen müßte.« (Kühlmann an Grünau, Berlin 1918 VI 1. PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 13.)

⁵⁹ Lenin, Werke XXVIII 73. Am 29. Juli hatte Lenin in einer Rede dazu schon gesagt: »Wir wußten, daß wir einen Gewaltfrieden eingehen, aber wir sagten uns, daß wir unsere Propaganda und unseren Aufbau werden fortsetzen können und dadurch die imperialistische Welt zersetzen werden. Wir haben das zuwege gebracht.« (Lenin, Werke XXVIII 13.)

⁶⁰ Hoffmann II 225.

⁶¹ Hoffmann in Chicago Daily News 1919 III 13, zitiert bei Wheeler-Bennett 352.

⁶² Arch. Forsch. IV 1633, Ludendorff an Rk, Spa 1918 X 19. – Vgl. auch das Gutachten des Generals Kuhl zur »Dolchstoß«-Frage in WUA IV 6 S. 14 ff.; dazu Volkmann 164/5.

⁶³ Mit Unterstützung der deutschen Gesandtschaft in Moskau wurde allerdings Anfang August eine »pazifistische« Zeitung, die sich »Mir« (Frieden) nannte, gegründet. (S. Bothmer, Mirbach 94, 118; Paquet 175.) Aber sie wurde Anfang Oktober auf Beschluß des Präsidiums des Moskauer Sowjets verboten. (S. Pravda 1918 X 10: »Die Revolution kommt«.) – Zu dem gigantischen Zeitungsprojekt in Rußland, an dem der deutsche Sozialist Helphand mit Unterstützung des AA arbeitete, s. Scharlau/Zeman 308 ff. Als erstes regte Helphand die Herstellung von 1 Million russischer Hauskalender an, die innerhalb Rußlands vertrieben werden sollten. (S. die undatierte [Präsentvermerk 1918 VI 17] und unsignierte Denkschrift in PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 168/73.) Tatsächlich waren Ende des Jahres 1918, also nach dem deutschen Zusammenbruch, 600 000 Exemplare des Kalenders fertiggestellt. Auf Anweisung der Regierung Ebert/Scheidemann wurden die Kalender auf Militärfahrzeugen an die russische Grenze transportiert. Dort blieben sie liegen, weil sich die Bolschewisten weigerten, sie nach Rußland hereinzulassen. (S. Scharlau/Zeman 312/3.)

bestritt dabei im allgemeinen nicht die Tatsache der Propaganda, stellte aber an Hand des Wortlauts von Artikel 2 eine Verletzung dieses Artikels in Abrede, weil die betreffenden agitatorischen Maßnahmen nicht von russischen *Regierungsorganen* ausgegangen seien. Botschafter Joffe behauptete am 21. September in einer geradezu höhnisch klingenden Verbalnote, die er aus Anlaß eines deutschen Protestes ans AA richtete: »Nicht ein einziges Mal nach Unterzeichnung des Brester Friedensvertrages hat sich die Arbeiter- und Bauernregierung erlaubt, irgendeine Agitation, sei es gegen die Regierung, sei es gegen die Staats- oder Heeresrichtungen des Deutschen Reiches oder der mit ihm verbündeten Staaten zu treiben.« Er erhob seinerseits »in der entschiedensten Weise Einspruch gegen die Beschuldigung, die russische Regierung habe Artikel 2 des Brester Vertrages verletzt«⁶⁴. Eine aus demselben Anlaß an Hauschild in Moskau gerichtete Antwortnote drehte den Spieß geradezu um: »Ein jeder, dem mehr oder minder bekannt ist, was über Rußland und seine Regierungsform im verflorbenen Halbjahr in den deutschen Zeitungen geschrieben worden ist, weiß sehr gut, . . . wieviel offenes Beschimpfen der Ratsregierung . . . im Laufe der letzten Monate in zahlreichen deutschen Zeitungen über Rußland enthalten war.« In seinen weiteren langatmigen Ausführungen wies Čičerin, der Verfasser der Note, auf die Pressefreiheit in Rußland hin, die es der Regierung nicht erlaube, gegen die Presse vorzugehen. Schließlich sei die Ratsregierung keine bürokratische Regierung, sondern eine revolutionäre; sie sei nicht Organ eines Polizeistaates, sondern Organ des revolutionären Kampfes⁶⁵.

Mit diesen Worten hatte Čičerin, vielleicht ungewollt, auf den tiefen Wesensunterschied in der Regierungsform der beiden Staaten hingewiesen. Der Wunsch am Schluß der Note, mit Deutschland in »gutnachbarlichen Beziehungen und friedlicher Koexistenz«⁶⁶ zu leben, konnte diese Kluft nicht verdecken.

* * *

Am 23. September, dem Tage, an dem die Note Čičerins nach Berlin gedrahtet wurde⁶⁷, fand im Reichsamt des Innern in Berlin eine Ressortbesprechung über die Beziehungen der russischen diplomatischen Vertretung zu den Unabhängigen Sozialdemokraten statt⁶⁸. Sie leitete eine Reihe von Konferenzen⁶⁹ ein, die in der

⁶⁴ Dokumenty I 495, Note Joffe an AA, Berlin 1918 IX 21.

⁶⁵ Dokumenty I 485 ff., Note Čičerin an Hauschild, Moskau 1918 IX 18.

⁶⁶ »Sobljudenie dobrososedskich otnošenij i mirnogo sožitel'stva.« Mirnoe sožitel'stvo heißt wörtlich »friedliches Zusammenleben«. Der Terminus »friedliche Koexistenz« heißt im heutigen Sprachgebrauch »mirnoe sosuščestvovanie«.

⁶⁷ Hauschild an AA, Moskau 1918 IX 23 (PA, D 131 Bd. 50 Bl. 59/63).

⁶⁸ G. A. Thermann, Berlin 1918 IX 25 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 1). Außer dem AA waren folgende Ressorts und militärische Behörden vertreten: Reichsamt des Inneren, Preußisches Ministerium des Inneren, Königliches Polizeipräsidium, OHL, Abt. IIIb des Generalstabs, KM, Oberkommando in den Marken.

⁶⁹ Aufzeichnungen über diese Konferenzen wurden zum Teil bereits von Rosenfeld (128 ff.) und

Folgezeit über die deutschfeindliche Tätigkeit der russischen Botschaft in Berlin und die von deutscher Seite zu treffenden Gegenmaßnahmen berieten. Die erste Aussprache ergab, daß die bisherigen Beweise nicht ausreichten, um der russischen Botschaft die ihr vorgeworfene Propaganda »positiv« nachzuweisen. Auf Drängen des Vertreters des AA wurde zugegeben, daß der mehr oder weniger lebhafte Verkehr einzelner Abgeordneter im Gebäude der russischen Mission nicht zum Gegenstand einer förmlichen Beschwerde gemacht werden könne, da er von den Russen mit dem Hinweis auf gegenrevolutionäre Besucher bei den deutschen Vertretungen in Moskau und Petersburg beantwortet werden würde.

Eine zweite Sitzung fand am 14. Oktober wiederum im Reichsamt des Innern statt⁷⁰. Diesmal waren sämtliche inneren Ressorts vertreten, dazu verschiedene militärische Behörden⁷¹. In der Besprechung wurde übereinstimmend von den Vertretern der inneren Ressorts und der militärischen Stellen ausgeführt, daß die ständig zunehmende bolschewistische Propaganda in Deutschland und in den besetzten Gebieten zu einer »ernsten Gefahr« angewachsen sei. Der Vertreter des AA gab zu bedenken, daß eventuelle Maßnahmen gegen die in Deutschland befindlichen Russen und auch gegen die russische Mission voraussichtlich schärfste Repressalien der russischen Regierung gegen die Deutschen in Rußland, besonders auch gegen die deutschen Gefangenenkommisionen und Konsulate zur Folge haben würde. Es erscheine deshalb angebracht, die deutschen Kommissionen aus Rußland rechtzeitig zurückzuziehen. Gegen die »neuerdings ganz offen betriebene deutschfeindliche Agitation« der russischen Regierung befürwortete er jetzt energische Maßnahmen. Das AA beabsichtige, durch Beschränkung bei der Erteilung von Paßvisa einen weiteren Zufluß »unerwünschter Elemente«⁷² zu unterbinden und durch Verbreitung von Nachrichten über den bolschewistischen Terror die deutsche Öffentlichkeit über den »wahren Charakter des Bolschewismus« aufzuklären. Bisher war nämlich auf Betreiben Hintzes die Veröffentlichung von Nachrichten, die ungünstig für die Bolschewikiregierung lauteten, verhindert worden⁷³.

Brjunin (232 ff.) verwertet. Die Aufzeichnungen der Sitzungen vom 23. September, 14. und 16. Oktober standen ihnen nicht zur Verfügung.

⁷⁰ Aufzeichnung Thermann, Berlin 1918 X 15 (PA, Internationale Angelegenheiten 2 Bd. 1).

⁷¹ Oberkommando in den Marken, KM, OHL, OHLA, Oberost, Kriegspresseamt u. a.

⁷² Es handelte sich dabei in erster Linie um das zahlreiche Begleitpersonal sog. Liebesgaben-transporte für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und um die ungewöhnlich zahlreichen diplomatischen Kuriere. Nach Aussage des Grafen zu Eulenburg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß sollen von Ende April bis zum November 1918 an 200 Kuriere nach Deutschland gekommen sein. (S. WUA IV 5 S. 34.) Nach einer Aufzeichnung des Stellvertretenden Generalstabs, Abt. III b, 1918 X 15 (PA, Internationale Angelegenheiten 2 Bd. 1) waren von Mitte Juni bis Anfang Oktober etwa 100 verschiedene Personen als Kuriere von Moskau oder Petersburg nach Berlin oder über Berlin in die skandinavischen Länder und in die Schweiz gereist.

⁷³ Am Tage darauf teilte das AA Hintze mit: »Gegenüber unseren vielfachen Protesten gegen russische Presseäußerungen beharrt hiesige russische Vertretung bei Standpunkt, daß gegen nichtoffizielle Auslassungen und namentlich Organe infolge Pressefreiheit nichts geschehen

In einer engeren Ressortbesprechung zwei Tage später wurden konkrete vom Stellvertretenden Generalstab empfohlene Maßnahmen zur Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda erörtert⁷⁴. Diesmal nahm ein höherer Beamter des AA, Geheimrat Nadolny, teil. Bei dem Vorschlag, die Räumlichkeiten und das Archiv des russischen Kriegsgefangenenbüros in Berlin auf belastendes Material hin zu durchsuchen, wies Nadolny darauf hin, daß diese Räume exterritorial seien. Deshalb wurde von dieser Maßnahme Abstand genommen. Nadolny sprach sich auch gegen die Entfernung aller bei der russischen Mission beschäftigten Deutschen aus, da dies zu Repressivmaßnahmen der russischen Regierung führen könne. Desgleichen wandte er sich dagegen, die bereits erteilte Erlaubnis zur Begründung russischer Konsulate in Hamburg und Stettin wieder zurückzunehmen. Was den Kurierverkehr anbetraf, berichtete er, daß mit den Russen Verhandlungen über eine Neuordnung im Gange seien. Erstaunlicherweise erhob Nadolny keinen Widerspruch, als allgemein die Einsichtnahme in das Kuriergepäck als wünschenswert »für die Beschaffung positiven Materials« bezeichnet wurde. Das AA hatte nämlich bisher die internationalen diplomatischen Regeln und Gebräuche im Verkehr mit den Bolschewisten korrekt beachtet und sich nicht entschließen können, »durch Untersuchung dieser diplomatisch heiligen Sendungen die Form des Völkerrechts zu verletzen«⁷⁵.

Am 18. Oktober befaßte sich auch das preußische Staatsministerium mit der Angelegenheit der bolschewistischen Agitation⁷⁶. Der Minister des Innern, Drews, berichtete über seine Verhandlungen mit dem AA wegen der russischen Botschaft. Die ihm bisher zugegangenen Mitteilungen hätten sich indessen noch nicht so weit verdichtet, daß sie nach Auffassung des AA zu einer diplomatischen Aktion genügten. Es sollten allerdings »blutrünstige Flugblätter« auf russischem Papier gedruckt sein, und die Telegraphenagentur der russischen Botschaft sei auch verdächtig, an den Umtrieben teilzuhaben. Staatsminister Roedern bat Drews, alle bekannten Tatsachen dem Reichskanzler persönlich vorzutragen, da ein Schriftwechsel mit dem AA nicht weiterführe. Das mitgeteilte Material erscheine ihm ausreichend, um die russische Botschaft loszuwerden. Es genüge, wenn in Berlin ein Generalkonsul verbleibe, der – wie die deutschen Generalkonsulate in Rußland – keine Exterritorialität genieße. Vizepräsident Friedberg teilte mit, daß er über die Angelegenheit auch mit Vizekanzler von Payer gesprochen habe, der sie aber nicht sehr tragisch nehme. Der Kriegsminister, General Scheüch, bat Drews, sich

kann. Alle unsere Proteste bleiben daher ergebnislos. Wir nehmen gleiche Haltung ein und lassen unsere, besonders linke Presse ohne Einschränkung durch Artikel 2 Brester Vertrages gegen Bolschewismus schreiben.« (PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 19.)

⁷⁴ Aufzeichnung Thermann, Berlin 1918 X 16 (PA, Internationale Angelegenheiten 2 Bd. 1).

⁷⁵ Payer 61.

⁷⁶ Arch. Forsch. IV 1627 ff., Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Preußischen Staatsministeriums, Berlin 1918 X 18. Die Besprechung über die russische Botschaft scheint in dem Auszug vollständig wiedergegeben zu sein.

wegen der bolschewistischen Umtriebe mit Staatssekretär Scheidemann in Verbindung zu setzen. Dieser habe ihm gesagt, gegen die russische Botschaft liege so viel Material vor, daß man dem Botschafter und seinem Personal die Pässe geben müsse. Das Staatsministerium beschloß einstimmig, den Minister des Innern zu beauftragen, in einer eingehenden schriftlichen Darlegung beim Reichskanzler in der Angelegenheit vorstellig zu werden.

In dem Schreiben, das Drews am folgenden Tag an Max von Baden richtete⁷⁷, wies der preußische Minister den Reichskanzler darauf hin, daß es sich bei der Betätigung der Botschaft, wie in den bisherigen Besprechungen allseitig anerkannt worden sei, um »eine äußerst ernste in unmittelbare Nähe gerückte Bedrohung der Sicherheit der Reichshauptstadt und des Reiches« handle. Es bestehe nahezu völlige Übereinstimmung, daß nunmehr »ohne jeden Verzug Mittel und Wege gefunden werden müßten, dem Übel radikal abzuhelfen«. Bei sämtlichen Besprechungen seien aber von den Vertretern des AA gegen ein Vorgehen, das die Exterritorialitätsrechte der Botschaft und ihrer Organe verletzen würde, Einwände erhoben worden, die im wesentlichen durch die Besorgnis vor russischen Repressalien begründet worden seien. Von allen übrigen Beteiligten sei demgegenüber hervorgehoben worden, »daß nunmehr unbedingt und sofort die Frage grundsätzlich klar gestellt werden müsse, ob jetzt eine zielbewußte, tatkräftige Abwehr der bolschewistischen Propaganda in Deutschland oder die Aufrechterhaltung guter völkerrechtlicher Beziehungen zur Sowjetrepublik als wichtiger zu betrachten sei«. Drews teilte dem Reichskanzler sodann den Beschluß des preußischen Staatsministeriums mit, »daß unter den obwaltenden Umständen nur die sofortige Entfernung der diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung aus Berlin und überhaupt aus Deutschland gegen ein weiteres hetzerisches Treiben, hinter dem letzten Endes die Russische Regierung selbst stehen muß, Abhilfe schaffen kann«.

Soweit aus den Akten des AA und den veröffentlichten Protokollen des Kriegskabinetts hervorgeht, ist bis zum 28. Oktober über die russische Botschaft nicht mehr beraten worden. An diesem Tage wurde die Angelegenheit jedoch in zwei Sitzungen behandelt. Im Vergleich zur Besprechung im preußischen Staatsministerium vom 18. Oktober sind aus den Protokollen der beiden Regierungskonferenzen nicht der feste Ton und die Entschlossenheit des preußischen Staatsministeriums spürbar. Wohl war man sich darüber einig, daß man etwas gegen die russische Botschaft unternehmen müsse. Zu dem *Wie* des Vorgehens konnte man sich an diesem Tag noch nicht entschließen. Eigentlich der einzige zur äußersten Konsequenz – zur Ausweisung Joffes – bereite Minister war Graf Roedern, während Nadolny als Wortführer des AA immer noch vor dem letzten Schritt warnte. Zwischen diesen beiden Extremen bewegten sich die Meinungen und

⁷⁷ Drews an Max von Baden, persönlich (Abschrift), Berlin 1918 X 19 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 1); bereits abgedruckt in Dokumente und Materialien II 256 ff.

Äußerungen der übrigen Teilnehmer. Selbst Scheidemann, der in der Literatur bisher als der »Scharfmacher« in der schließlich erfolgten Ausweisung der russischen Botschaft hingestellt worden ist, hatte Bedenken anzumelden.

In der Vormittagssitzung⁷⁸, die unter dem Vorsitz Payers⁷⁹ in engerem Kreise ohne Teilnahme eines Vertreters des AA stattfand, berichtete Friedberg über die Abschiedsfeier eines Attachés der russischen Botschaft, bei der dieser eine aufreizende Rede gehalten habe⁸⁰. Es sei dies ein klarer Beweis dafür, daß die russische Botschaft der Zentralpunkt revolutionärer Bestrebungen sei. Roedern bezeichnete es als eine Schmach, daß die Umtriebe der Mission geduldet würden. »Wir haben doch guten Grund, [die] Botschaft loszuwerden. Wir haben doch auch keine Botschaft in Petersburg.« Scheidemann, der zwar persönlich überzeugt war, daß die russische Botschaft heftige Propaganda treibe, gab aber zu bedenken, daß ihr erst nachgewiesen werden müsse, was sie getan habe. Das bisherige Material schein sehr dürftig zu sein. Dem stimmte auch Payer zu. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit in der Besprechung der Staatssekretäre am Nachmittag im Beisein des Ministers des Innern, des Staatssekretärs des AA und des Kriegsministers zu besprechen.

In der Nachmittagssitzung⁸¹ trug zunächst der Innenminister die bisher ermittelten Tatsachen vor, die dafür sprächen, daß die russische Botschaft planmäßig für die Revolution arbeite. Das Verfahren, die Botschaft zu dulden, sei gefährlich und unwürdig. Wegen der Schwierigkeit aber, schlüssige Beweise zu bekommen, schlug Drews nur vor, nach Moskau eine allgemein gehaltene Note zu senden, in der die russische Regierung aufzufordern sei, ihre revolutionären Bestrebungen in Moskau und bei der Botschaft in Berlin einzustellen; ferner müsse die russische Regierung eventuell ersucht werden, ihre Botschaft von Berlin an einen anderen Ort zurückzuziehen.

⁷⁸ Die Regierung Max 397/8. Der Abschnitt über die Behandlung der russischen Botschaft auch in Arch. Forsch. IV 1689/90.

⁷⁹ Der Reichskanzler war wegen Krankheit abwesend.

⁸⁰ Es handelte sich um den Attaché Semkov. In seiner Abschiedsrede soll er u. a. gesagt haben: »Wir können nicht offen arbeiten, sondern nur durch Vermittler, aber wir haben schon mehrere Millionen dafür hingegeben.« (Stellvertretender Generalstab, Abt. IIIb, an AA, Berlin 1918 X 19. PA, D 131 adh. 3 Bd. 2.) Vgl. auch Max von Baden 579. – Über die Verwendung von Geld für Propagandazwecke lagen dem AA noch andere Meldungen aus diesen Tagen vor; so z. B. eine G.A. des Konsuls Walter (wahrscheinlich durch Vermittlung Voronovs), Berlin 1918 X 24 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 2): »Die Meldungen über Geldtransporte bestätigen sich in ihren Einzelheiten. Nach Abzug der Zahlungen für uns (12 Millionen) und Dänemark verbleiben 14 Millionen zur Verfügung für Joffe. Das Geld liegt bei Mendelssohn. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das Geld für Propagandazwecke bestimmt ist.« – Daß diese Annahme richtig war, wird durch eine Quelle von russischer Seite bestätigt. Am 18. Oktober schrieb Lenin an Joffe: »Wir müßten die Rolle eines geistigen Zentrums spielen . . ., und wir tun nichts. Wir müßten hundertmal mehr veröffentlichen. Geld ist da. Besorgen Sie sich Übersetzer.« (Brief Lenin an Joffe. Leninskij Sbornik XXI 253.)

⁸¹ Die Regierung Max 412 ff.; Arch. Forsch. IV 1691/2. – Vom AA nahmen nicht Solf, sondern Unterstaatssekretär David und Geheimrat Nadolny an der Besprechung teil.

Nadolny trug dann einen kurz zuvor abgegangenen Bericht⁸² des AA an den Reichskanzler vor. Dieses Schreiben gibt einen klaren Aufschluß über die in jenen Tagen im AA herrschenden Auffassungen zur Ostpolitik. Aus ihm geht nicht hervor, daß vom AA das Gesetz der diplomatischen Korrektheit, wie es in der bisherigen Literatur heißt, »bis zur eigenen Selbstaufgabe«⁸³ befolgt wurde. Das AA ließ sich auch damals noch in seiner Politik durchaus von Erwägungen der Zweckmäßigkeit bestimmen; diese bewegten sich allerdings in festgefahrenen Bahnen und zeugen – zu diesem Zeitpunkt – von einer zum Teil unglaublichen Kurzsichtigkeit.

Nadolny zweifelte, wie es in dem Schreiben heißt, »trotz des entschiedenen und beharrlichen Ableugnens seitens Joffes« nicht daran, daß eine unerlaubte agitatorische Betätigung der russischen Vertretung tatsächlich stattfand. Dabei ließ er es dahingestellt sein, »ob angesichts der immer bekannter werdenden Zustände in Rußland und der festen Organisation und antibolschewistischen Orientierung des größten Teils unserer Sozialdemokratie der Bolschewismus tatsächlich eine so große Gefahr für uns bedeutet und ob diese Gefahr durch Beseitigung der offiziellen bolschewistischen Vertreter gebannt werden kann«. Diese Erwägung führte ihn zu dem Schluß, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der mit der Entfernung der russischen Vertretung gegeben sei, »im gegenwärtigen Augenblick« verfrüht wäre. Dabei war neben verschiedenen sich aus der allgemeinen politischen Lage ergebenden Schlußfolgerungen für die Ostpolitik, die er in dem Schreiben nicht ausführte, mitentscheidend, daß Deutschland weitere russische Gold- und Wertlieferungen aus dem Ergänzungsvertrag erwartete⁸⁴, besonders aber der Umstand, daß ein Abbruch der Beziehungen ohne gleichzeitigen Sturz der bolschewistischen Regierung die Gefährdung der Deutschen in Rußland und überhaupt eine schwere Schädigung deutscher Wirtschaftsinteressen zur Folge haben würde. Er glaube daher, einen Abbruch erst dann vorschlagen zu können, wenn Deutschland die Schwenkung gegen die Sowjetregierung vornehmen und aktiv auf ihren Sturz hinarbeiten könne⁸⁵. Um der bolschewistischen Agitation entgegenzuarbeiten, habe er veranlaßt, daß die Zahl der russischen Vertreter auf das Mindestmaß eingeschränkt und die Einreisekontrolle strengstens gehandhabt werde. Sodann habe er sich wegen der geeigneten Gegenpropaganda mit der Presse ins Benehmen gesetzt und besonders die sozialdemokratischen Führer dafür interessiert, die sich »bereitwilligst und mit Energie« der Frage angenommen hätten.

Nach Nadolny ergriff Scheidemann das Wort. Er betonte wiederum, daß die Beweismittel zu einem schärferen Einschreiten gegen die russische Botschaft nicht ausreichten. Einen offensichtlichen Eingriff in die Exterritorialität müsse man ver-

⁸² Nicht im Protokoll der Sitzung, sondern in PA, D 131 adh. 3 Bd. 2 (handschriftliches von Nadolny entworfenes Schreiben an Reichskanzler, Berlin 1918 X 28).

⁸³ Tiedemann 73; vgl. auch Studiengesellschaft für Zeitprobleme 21; Payer 61.

⁸⁴ Dieser Punkt ist im Entwurf gestrichen.

⁸⁵ Dieser Satz ist im Entwurf gestrichen.

meiden. »Aber wenn z. B. eine verdächtige Kuriertüte auf dem Transport zufällig entzwei ginge, so lasse sich vielleicht Material beschaffen.« Vor allem aber könne man einen starken Druck auf die russische Regierung dadurch ausüben, daß man mit den Kohlenlieferungen⁸⁶ nach Petersburg zurückhalte.

Diesem Vorschlag stimmten andere Sprecher zu. Unterstaatssekretär David vom AA kam dann noch einmal auf die Gegenpropaganda zu sprechen. Er hielt öffentliche Funksprüche gegen die Proklamationen der russischen Regierung nicht für nötig. »Die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter falle auf die eigentlichen bolschewistischen Lehren nicht herein.« Payer empfahl am Schluß der Debatte, zur Zeit keine größeren Schritte zu unternehmen, aber jeden einzelnen Fall energisch zu verfolgen. Als Druckmittel bei Verhandlungen mit der russischen Botschaft komme Zurückhaltung der Kohlenlieferungen in Betracht. Vorläufig solle dieses Mittel jedoch nicht offiziell verwendet werden, ebenso wie zunächst noch von stärkeren Maßnahmen, wie Ersuchen um Verlegung der Botschaft von Berlin in eine andere Stadt oder Umwandlung in ein Generalkonsulat (wie dies Roedern nahegelegt hatte), abgesehen werden solle.

Der Vorschlag Scheidemanns, eine »verdächtige Kuriertüte« auf dem Transport »zufällig« entzwei gehen zu lassen, wurde dann tatsächlich am Abend des 4. November durchgeführt. Das Propagandamaterial, das aus der Kiste herausquoll, wurde Anlaß, um Joffe und seinem Personal die Pässe zu geben. – In der Literatur hat man Scheidemann bisher einmütig als den Initiator dieser berühmten Affäre hingestellt⁸⁷. Das ist nur mit Einschränkungen richtig. Aus den Erinnerungen verschiedener Teilnehmer an diesen Sitzungen und aus einigen Aktenstücken läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit rekonstruieren, daß der Gedanke zu dem »Trick« von *Nadolny* kam, daß *Scheidemann* ihn nur aufgriff, seine praktische Verwirklichung unter anderen Möglichkeiten vorschlug und daß er dann nach dem 31. Oktober, nachdem die Wilhelmstraße sich zum Bruch mit Moskau entschieden hatte, auf *Betreiben des AA* ausgeführt wurde⁸⁸.

⁸⁶ S. o. S. 319 ff.

⁸⁷ Von neueren Darstellungen seien nur genannt: Rosenfeld 129; Klein 52; Brjunin 236. – Scheidemann selbst spricht sich in seinen Memoiren die Initiative dazu indirekt zu. (Memoiren II 252/3.)

⁸⁸ Zur Rekonstruktion dienen folgende Anhaltspunkte. Die Kuriertüte-Affäre vom 4. November hatte bereits einen Präzedenzfall. Am 24. September meldete Breiter aus Petersburg: »Unser heutiges Kuriertüte ist wegen der darin befindlichen Mauserpistolen, die bei Fallenlassen einer Kiste auf hiesigem Bahnhof zum Vorschein kamen, beschlagnahmt worden. . . Gepäck wird . . . ungeöffnet gemeinschaftlich bewacht. Bitte dortseits durch Gesandten Joffe gegen dieses Vorgehen protestieren und russisches noch unterwegs befindliches Kuriertüte inzwischen anzuhalten.« (Breiter an AA, Petersburg 1918 IX 24. PA, D 131 Bd. 50 Bl. 85.) – In seinen Erinnerungen schreibt *Nadolny* (62/3): »In einer Sitzung, die im Preußischen Ministerium des Innern am 3. November stattfand, erzählte ich, daß dreißig Gewehre in Kisten dem Generalkonsul in Petersburg zum Schutz seiner Behörde zugesandt waren. Auf dem Bahnhof in Petersburg brach aber eine Kiste, und die Gewehre wurden entdeckt. Ich schloß meine Erzählung mit der Bemerkung: »Bei uns platzt natürlich niemals

Am Tage nach der Sitzung trat nämlich ein Ereignis ein, das dem AA Anlaß gab, das von Nadolny erst für spätere Zukunft vorgeschlagene Abschwenken von den Bolschewiki sofort zu vollziehen. Am 29. Oktober teilte Joffe Ministerialdirektor Kriege mit, daß der in zwei Tagen fällige Goldtransport, der bereits angekündigt

eine Kiste.« An demselben Abend kam der russische Kurier auf einem Berliner Bahnhof an und prompt zerbrach eine seiner Kisten. Die Kiste war voller propagandistischer Schriften.« Die Daten, die Nadolny hier angibt, sind ungenau. Am 3. November ist keine Sitzung des Preußischen Ministeriums des Innern über die Angelegenheit der russischen Botschaft nachweisbar. Die fragliche Kiste platzte am 4. November abends. – Ähnlich wie Nadolny schreibt Blücher (der allerdings an keiner der Sitzungen teilgenommen hatte) in seinen Erinnerungen (34): In einer Ressortbesprechung »... verlangte der Vertreter des Generalstabs die Ausweisung der russischen Botschaft, aber er konnte kein stichhaltiges Belastungsmaterial vorbringen. Daraufhin erklärte Geheimrat Nadolny ..., daß eine an den deutschen Generalkonsul in Leningrad adressierte Kiste neulich auf dem dortigen Bahnhof hingefallen und zerbrochen sei. Herr Nadolny schloß seine Ausführungen mit den Worten: »Hier geht natürlich nie eine sowjetische Kiste entzwei!« Diese Worte Nadolnys müssen entweder in der Sitzung vom 16. Oktober (dann hat Scheidemann davon sicherlich erfahren) oder vom 28. Oktober nachmittags (in dem Fall war Scheidemann unmittelbarer Ohrenzeuge) gefallen sein. Keines der Sitzungsprotokolle jedoch erwähnt diese von Nadolny berichtete Episode *direkt*. Möglicherweise beziehen sich aber folgende Passus der Protokolle auf Nadolnys Bericht (Protokoll vom 16. Oktober; s. Anm. 74): »Einsichtnahme in das Kuriergepäck wurde ausführlich besprochen und als wünschenswert für die Beschaffung positiven Materials bezeichnet.« (Protokoll vom 28. Oktober nachmittags, Die Regierung Max 413; Nadolny spricht.): »Allerdings bestehe die Vermutung, daß in dem umfangreichen Kuriergepäck Propagandaliteratur enthalten sei.« – Scheidemann berichtet in seinen Erinnerungen (Memoiren II 252/3): »Gleich zu Beginn der Sitzung am 28. Oktober wandte der Reichskanzler [!] sich unvermittelt über den Tisch hinweg an mich mit der Frage nach einem Weg, der begangen werden müsse, um das Treiben zu unterbinden. Ich sah nur zwei Möglichkeiten. Vielleicht fände sich ein höherer Beamter, der bereit sei, sich »davonjagen« zu lassen, nachdem er am Tage zuvor mit einigen Unterbeamten »auf eigene Faust« in die russische Botschaft eingedrungen sei, um Flugblätter zu beschlagnahmen. Mein anderer Vorschlag war dieser: Man müßte einige Dienstleute üben lassen, wie sie eine Kiste beim Heruntertragen auf einer steinernen Treppe derart von der Schulter auf eine Ecke fallen lassen, daß sie bestimmt zerbrechen müsse. Dann würden die Flugblätter herausquellen, der Beweis, daß die Botschaft ihre Exterritorialität in unzulässiger Weise mißbrauche, wäre erbracht und man könne die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Es ist über diese Vorschläge im Kabinett gelacht, aber nicht weiter gesprochen worden.« – Danach hat es also den Anschein, daß der Gedanke, eine Kurierkiste platzen zu lassen, von Scheidemann selbst kam. Scheidemann hatte in der Weimarer Zeit sicherlich ein Interesse daran, die Ausweisung Joffes so hinzustellen, daß er als Sozialdemokrat Deutschland vor Schlimmerem bei Kriegsende (dem weiteren Verbleib der russischen Botschaft in Berlin mit seinen Folgen) bewahrt hatte. Laut Protokoll war jedenfalls Nadolny der erste Sprecher, der das Kuriergepäck »aufs Tapet brachte«. Im übrigen lassen die Angaben Scheidemanns und das Fehlen entsprechender Einzelheiten im Protokoll noch nicht den Schluß zu, daß über Scheidemanns Vorschlag tatsächlich nicht weiter diskutiert wurde. Eine Stelle in Payers Erinnerungen (61) deutet darauf hin, daß man darüber doch noch sprach. Payer schreibt, das AA habe sich nicht entschließen können, »durch Untersuchung dieser diplomatisch heiligen Sendungen die Form des Völkerrechts zu verletzen. Wir hatten hierüber eine Auseinandersetzung im Kriegskabinett.« Dieser letzte Satz kann sich auf folgende Stelle im Sitzungsprotokoll vom 28. 10. beziehen (Die Regierung Max 415): »v. Payer empfiehlt, nach dem Verlaufe der Debatte zur Zeit keine größeren Schritte zu unternehmen«; d. h. doch,

war, zurückgehalten werde, weil die deutschen Truppen bei der vertragsgemäß vorgesehenen Räumung im Osten russische Werte mitgenommen hätten⁸⁹. Nunmehr wurde es auch Nadolny klar, daß dieser russische Schritt, wie so viele andere vorher, mehr politisch als rechtlich begründet war. In einer Aufzeichnung⁹⁰ vom 31. Oktober erörterte er die Gründe, die es jetzt zweckmäßig erscheinen ließen, die Beziehungen abubrechen. Außer der Zurückhaltung der russischen Goldrate brachte er noch zwei Umstände dafür vor: die Gefahr der bolschewistischen Propaganda und die voraussichtliche politische Entwicklung in Rußland. Während bisher das AA die Gefahr der bolschewistischen Propaganda im Gegensatz zu allen anderen Stellen nicht als ausreichenden Grund bezeichnet hatte, um die Beziehungen abubrechen, gab Nadolny jetzt zu, »daß die Entfernung der Botschaft als des demonstrativen Zentralorgans des Bolschewismus in Deutschland eine gewisse Erleichterung der Situation gegenüber den Kommunisten und Beruhigung der Öffentlichkeit mit sich bringen würde«. Zum dritten Umstand bemerkte Nadolny, daß die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland ohnehin nicht mehr von Dauer sein könne, »sei es, daß der Friede eintritt, sei es, daß der Krieg fortgeht, die Entente wird ihnen voraussichtlich bald ein Ende machen«. In den bisherigen Aktionen der Entente in Nordrußland, in Sibirien und im Kaukasus sowie in Astrachan' sah er eine planmäßige Organisation zur Vernichtung der Bolschewisten. Nach Öffnung der Dardanellen würden diese, von allen Seiten angegriffen, fallen. »Läßt sich aber der baldige Fall der Bolschewiki mit Bestimm-

den »Trick« mit der Kurierkiste noch nicht zu versuchen. – Daß auf Betreiben des AA in den folgenden Tagen ein besonderes »Augenmerk« auf das Kuriergepäck gerichtet wurde, zeigt folgender Bericht des Berliner Polizeipräsidenten (von Oppen an Stellvertretenden Generalstab [Abschrift an AA], Berlin 1918 X 31. PA, D 88 Bd. 14; abgedruckt in Die Regierung Max 414 Anm. 6): »In der Sache selbst [Überwachung des russischen Kurierdienstes] bemerke ich, daß der Außendienst meiner Abteilung V festgestellt hat, daß das russische Kuriergepäck nicht aus den üblichen Kuriersäcken, sondern fast durchweg aus einer großen Anzahl schwerer Kisten und Kästen besteht, die in einem Wagen I. Klasse, der einem fahrplanmäßigen Militärurlauber-Zuge angehängt wird, untergebracht werden und dort immer unter den Augen der beiden russischen Kurier sind. Wenn diese Kisten und Kästen wirklich nur Sachen enthielten, deren Einfuhr nach Deutschland zulässig wäre, dann brauchte dieses Gepäck wirklich nicht immer von den Kurieren selbst dauernd überwacht werden. Gerade diese ängstliche Vorsicht beweist, daß vieles zu verbergen ist. Der Außendienst meiner Abteilung ist nach Kräften bemüht, dem Wunsche [!] des Auswärtigen Amtes entsprechend, verwertbaren Beweisstoff zu beschaffen. Es wird ihm dies aber sehr schwer, da eben die Mitglieder der Botschaft mit allen Hunden gehetzte Verschwörer sind, die mit einer derartigen Umsicht arbeiten, daß sie sich kaum eine greifbare Blöße geben.«

⁸⁹ G. A. Nadolny, Berlin 1918 X 29 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 20/1). S. auch Anm. 1.

⁹⁰ Aufzeichnung Nadolny, Berlin 1918 X 31 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 37/41). Aus einem Randvermerk Nadolnys geht hervor, daß er die Aufzeichnung für eine am selben Tage stattfindende Besprechung angefertigt hatte. Von dieser Besprechung existiert kein Protokoll. Es ist anzunehmen, daß an diesem Tage die Angelegenheit der russischen Botschaft dem nun wieder genesenen Reichskanzler zur Entscheidung vorgelegt wurde. Nach dem Protokoll beschäftigte sich das Kriegskabinett in seiner Sitzung vom 31. Oktober ausschließlich mit der Kaiserfrage. (S. Die Regierung Max 437 ff.)

heit voraussehen, so dürfen wir uns nicht mehr an sie klammern. Sie waren uns immer nur ein notwendiges übles Mittel, um im Osten die Ruhe zu halten, und die Benutzung dieses Mittels hat uns viele Sympathien verscherzt. Nun, da das Mittel nicht mehr nützt, sondern voraussichtlich in kurzem erledigt ist und uns noch dazu gefährlich wird, ist es Zeit, es bei Seite zu schieben.« Um die Folgen des Abbruchs, unter denen sogar der Kriegszustand in Betracht zu ziehen sei, abzuschwächen, müßten jegliche Schroffheiten vermieden werden. Als »offizieller« Anlaß für die Entfernung der russischen Vertreter komme in Frage: 1. die bolschewistische Propaganda; 2. die Nichterfüllung des Vertrages; 3. das Verhalten der russischen Regierung anläßlich der Ermordung des Grafen Mirbach.

Daß bei dieser Gelegenheit der Moskauer Gesandtenmord hervorgekehrt werden sollte, lag zum Teil daran, daß dem AA die Absicht der russischen Regierung, die seit Juli verhafteten Führer der Linken Sozialrevolutionäre zu amnestieren⁹¹, in diesen Tagen bekannt wurde. Was die Abwehr bolschewistischer Propaganda an der Ostgrenze und den etwaigen Eintritt des Kriegszustandes anbetraf, so hielt es Nadolny für zweckmäßig, General Hoffmann nach Berlin einzuladen, um zunächst seine Meinung darüber zu hören.

In einer einige Tage später im AA angefertigten undatierten Aufzeichnung⁹² findet sich eine Antwort auf diese Frage: Der Kriegszustand könne wegen der Schwäche der Bolschewiki im Osten nicht eintreten. Daraus läßt sich schließen, daß ihr Verfasser – als der Nadolny gelten darf – in den ersten Novembertagen Rücksprache mit einem kompetenten Militär – wahrscheinlich Hoffmann⁹³ – gehalten hat. In der Aufzeichnung wird ein allgemeines Programm für die deutsche Ostpolitik entwickelt. Es wird zunächst die Forderung auf unverzügliches Abrücken von den Bolschewisten gestellt. »Wir, die wir in dem Geruch stehen, den Bolschewismus erfunden und gegen Rußland losgelassen zu haben, dürfen jetzt wenigstens im letzten Moment nicht mehr die Hand über ihn halten, um uns nicht auch im künftigen Rußland, auf das wir angewiesen sind, alle Sympathien zu verscherzen.« Wie die gesamte Außenpolitik, heißt es in der Aufzeichnung, so fuße auch die deutsche Ostpolitik auf dem Programm der Mehrheitsregierung und den Wilsonschen Punkten; das bedinge eine Revision des Brester Friedens vor allem in der Randstaatenpolitik. Das Ostprogramm gehe aber nach wie vor darauf aus, »Rußland politisch mit Hilfe des Nationalitätenprinzips zu dezentralisieren, im übrigen aber uns im ganzen Ostgebiet soweit als möglich politische Sympathien und wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen«. Zu seiner Ausführung sei beabsichtigt, erstens die Beziehungen zur bolschewistischen Regierung abzubrechen, zweitens die deutschen Truppen, wenn irgend möglich, in den be-

⁹¹ S. o. S. 225 Anm. 55.

⁹² Aufzeichnung, undatiert (PA, D 131 Bd. 54 Bl. 86/8). Die Aufzeichnung muß vor dem 5. November fertiggestellt worden sein. In einem Nachtrag wird ein Bericht über die am 4. November geplante Kuriertüte gegeben.

⁹³ Hoffmann nahm an einer Sitzung des »Gesamtkabinetts« am 5. November in Berlin teil. (S. Die Regierung Max 526 ff.)

setzten Randgebieten, mit Ausnahme des Kaukasus und eventuell Polens, zu belassen bzw. die Bildung eigener Kräfte in diesen Gebieten zum Schutz gegen den Bolschewismus zu unterstützen.

Die erste Absicht wurde rasch verwirklicht. Am Abend des 4. November platzte programmgemäß auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine Kiste des russischen Kuriergepäcks. Aus ihr quollen Flugblätter hervor, die in deutscher Sprache gedruckt waren und in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aufgefordert wurden⁹⁴. Sämtliche 23 Kisten des Gepäcks wurden von der Polizei beschlagnahmt. – Wie Enthüllungen aus späteren Jahren ergaben, handelte es sich bei den herausgefallenen Flugblättern um Aufrufe des Spartakusbundes, die Paul Levi verfaßt hatte; sie waren von der deutschen Polizei in die Kurierkiste bugsiert worden⁹⁵. Diese Tatsache ist aus den Akten zwar nicht nachweisbar – die Durchführung des »Tricks« war Sache der Polizei und nicht des AA –, doch durchaus glaubwürdig, mußte doch die Polizei gleich bei der ersten geplatzten Kiste ganz »sichergehen«⁹⁶.

Als Joffe am 5. November bei Staatssekretär Solf im Auswärtigen Amt erschien, um gegen den Vorfall zu protestieren, eröffnete ihm dieser, daß er mit seinem Personal schon am Abend des nächsten Tages Berlin zu verlassen habe⁹⁷. Ein Sonderzug stehe am Bahnhof bereit. Ihm wurde eine Note überreicht, in der als Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen die durch den Vorfall mit der Kurierkiste bewiesene Agitation und der ungesühnte Mord an Mirbach angegeben wurden⁹⁸.

Für die sowjetische Botschaft kam die Anordnung Solfs, wie der bei der Botschaft

⁹⁴ G. A. Radenbeck, Berlin 1918 XI 5 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 87). Die amtliche Mitteilung über diesen Vorfall in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1918 XI 5. S. ferner Arch. Forsch. IV 1743, Preußische Gesandtschaft Dresden an den sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Dresden 1918 XI 6; Max von Baden 580; Nadolny 62/3; Blücher 35; Scheidemann, Memoiren II 253; H. Müller 12.

⁹⁵ S. die sozialdemokratische Zeitschrift »Klassenkampf« H. 5 (1927 XII 1) S. 157: »Die geplatzte Kiste«. – Čičerin sprach in seiner ersten Reaktion auf die Kurierkistenaffäre von »rätselhaften Umständen«, die in der Sowjetregierung »großes Befremden« ausgelöst hätten, »um so mehr als solche Flugblätter, wie sie in der gestrigen amtlichen Bekanntmachung erwähnt worden sind, von uns tatsächlich gar nicht geschickt worden sind«. (Fernschreibgespräch Nadolny mit Čičerin, 1918 XI 6. PA, D 131 Bd. 53 Bl. 119.) – In späteren Jahren schob die Sowjetregierung die Schuld für den Trick Agenten der Weißen zu, die das kompromittierende Propagandamaterial in die Kurierkiste geschmuggelt hätten. (S. Taracouzio 76 Anm. 40.)

⁹⁶ Es ist unsinnig, diese Tatsache, wie es Tiedemann tut (76), bestreiten zu wollen; dann müßte erst der Gegenbeweis erbracht werden.

⁹⁷ Dokumenty I 561, Mitteilung Čičerin über die Einzelheiten der Ausweisung Joffes aus Berlin, veröffentlicht in den Izvestija 1918 XI 9.

⁹⁸ Telegrammentwurf AA an Hauschild, Berlin 1918 XI 11 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 93/7); Abdruck der gleichlautenden Note Hauschild an Čičerin, Moskau 1918 XI 11, in Dokumenty I 562 ff. und Lenin, Werke XXVIII 140 ff.

tätige Finanzbeirat Larsons erzählt, »wie ein Blitz aus heiterem Himmel«⁹⁹. Nach den Akten allerdings soll Joffe einige Tage zuvor Nadolny gegenüber geäußert haben, es werde ihm immer schwieriger, in Berlin zu arbeiten; es lohne sich beinahe nicht mehr, in Berlin zu bleiben¹⁰⁰. Am 5. November sprach Joffe einem Beamten des AA gegenüber den Wunsch aus, nach einem neutralen Lande zu gehen; zur Rückkehr nach Rußland habe er keine Neigung¹⁰¹.

Das Gebäude der russischen Botschaft wurde von der Polizei abgesperrt und die Telephonverbindung mit Moskau unterbrochen¹⁰². In einer Sitzung des Gesamtkabinetts¹⁰³ am 5. November wurde beschlossen, Joffe um elf Uhr abends mitzuteilen, daß er bereits am anderen Morgen um sechs Uhr die Botschaft verlassen müsse. Die Polizei wollte Demonstrationen wegen der Abschiebung der Mission vermeiden. In der Morgendämmerung des folgenden Tages fuhr der Sonderzug mit dem russischen Botschaftspersonal in Richtung Eydtkuhnen/Minsk ab¹⁰⁴.

In der sowjetrussischen und noch mehr in der sowjetzonalen Geschichtsschreibung wird behauptet, daß die deutsche Regierung mit der Abschiebung der russischen Botschaft in erster Linie sich »den Alliierten als Verhandlungspartner angenehm« machen wollte¹⁰⁵. Es geht nicht an, sich auf Lenin als Kronzeugen dafür zu stützen; man muß die Akten sprechen lassen¹⁰⁶. Bis zur Ausweisung der Botschaft hat dieses Motiv so gut wie keine Rolle gespielt. In den Akten des AA klingt es bis zu diesem Zeitpunkt kein einziges Mal an. Am 5. November erklärten vielmehr Groener und Scheidemann in einer Kabinettsitzung, daß der drohende Bolschewismus der schlimmste Feind sei¹⁰⁷. Der bestimmende Faktor bei der Ausweisung der Botschaft war die Gefahr des Bolschewismus. Erst *nach* dem 5. November wird das andere Motiv in den Akten greifbar. Mitteilungen des deutschen Gesandten im Haag¹⁰⁸ hatte das AA entnommen, daß der Bruch

⁹⁹ Larsons 31.

¹⁰⁰ G.A. Nadolny, Berlin 1918 X 29 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 20/1).

¹⁰¹ G.A. Wesendonk, Berlin 1918 XI 6 (PA, D 127 Nr. 5 Bd. 5). – Nach einer anderen Version (Blücher 35) soll Joffe, als ihm die Ausweisung eröffnet wurde, stolz erklärt haben: »100 000 Berliner werden mich zur Bahn begleiten.«

¹⁰² Telegrammentwurf AA an Oberost, Berlin 1918 XI 6 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 110/1). S. auch Brjunin 237.

¹⁰³ Die Regierung Max 526 ff.; Text des Beschlusses ebenda 545.

¹⁰⁴ Über die Einzelheiten der Abfahrt s. die Mitteilung Čičerins in den Izvestija (s. Anm. 97) und Larsons 32; ferner Nadolny 63.

¹⁰⁵ Rosenfeld 131; s. auch Brjunin 240; Truchanowski 54.

¹⁰⁶ Sowohl Rosenfeld als auch Brjunin kennen die Akten der Reichskanzlei. Brjunin (240) beruft sich auf folgende Äußerung Lenins vom 6. November: »Wenn die deutsche Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu erklären beabsichtigt, so sagen wir, daß wir das gewußt haben. Wir haben gewußt, daß sie mit aller Kraft ein Bündnis mit den englischen und französischen Imperialisten anstrebt.« (Lenin, Werke XXVIII 142.) Lenin war hier weniger realistisch. Psychologisch ist diese Äußerung allerdings aus der chronischen Furcht vor dem Zusammenschluß des »imperialistischen Lagers« zu verstehen.

¹⁰⁷ Die Regierung Max 532, 534/5.

¹⁰⁸ Rosenfeld 132; Brjunin 241.

Deutschlands mit Sowjetrußland in alliierten Kreisen Befriedigung ausgelöst habe. Daraufhin telegraphierte das AA an Erzberger: »Vielleicht [!] können E. E. diese Nachricht bei den Waffenstillstandsverhandlungen verwerten.«¹⁰⁹

Versucht man indessen die Wirkung des deutschen Schrittes einzuschätzen, so ist dafür allerdings nichts treffender als das Urteil Lenins. Auf dem 6. gesamtrossischen Sowjetkongreß am 6. November sagte Lenin, früher habe sich die deutsche Regierung für stärker gehalten und nicht gefürchtet, »daß wegen eines in den Straßen von Berlin in Brand gesteckten Hauses ganz Deutschland auflodern würde. Die deutsche Regierung hat den Kopf verloren, und jetzt, wo ganz Deutschland in Brand geraten ist, glaubt sie, das Feuer dadurch löschen zu können, daß sie ihre Polizeischläuche gegen das eine Haus richtet.«¹¹⁰

Während Joffe auf der Fahrt nach Borisov an der Demarkationslinie war, wo er gegen den deutschen Generalkonsul Hauschild ausgetauscht werden sollte¹¹¹, reiste eine deutsche Kommission nach Compiègne, um dort den Waffenstillstand zu unterschreiben. Am 9. November wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Die Nachricht vom Beginn der deutschen Revolution fand in Sowjetrußland begeisterte Aufnahme¹¹². »Wie aus einem Füllhorn«, schreibt der Leiter des deutschen Pressebüros in Moskau, Alfons Paquet, »flatterten plötzlich . . . die unsinnigsten und übertriebensten Nachrichten über die Art und den Umfang der Ereignisse in Deutschland und Österreich auf die Köpfe nieder. . . Berlin galt in diesen Tagen . . . bereits als die künftige Hauptstadt des europäischen Kommunismus, der Sitz des Weltzentralsowjets.«¹¹³ Einige Mitglieder der

¹⁰⁹ Telegrammentwurf AA an Hintze für Erzberger, Berlin 1918 XI 8 (PA, D 131 Bd. 54 Bl. 20).

¹¹⁰ Lenin, Werke XXVIII 142. Mit Lenins Urteil deckt sich auch Nadolnys Einschätzung: »Durch die Entfernung der russischen Botschaft werde nicht allzuviel erreicht, denn die raffinierte russische Propaganda finde auch ohnedies ihre Wege.« (Nadolny am 28. Oktober in der Sitzung des Gesamtkabinetts, Die Regierung Max 413.) Vgl. auch Lenin, Werke XXVIII 124 (Rede 1918 XI 6): »Wie Ihnen bekannt ist, hat Deutschland unter Berufung auf revolutionäre Propaganda unserer Vertretung in Deutschland unseren Botschafter aus Berlin ausgewiesen. Als hätte die deutsche Regierung nicht schon früher gewußt, daß unsere Botschaft den revolutionären Bazillus einschleppt. Wenn aber Deutschland früher dazu geschwiegen hat, so darum, weil es noch stark war, weil es uns nicht gefürchtet hat. Jetzt aber, nach dem militärischen Zusammenbruch, flößen wir ihm Angst ein.«

¹¹¹ S. Telegrammentwurf AA an Oberost, Berlin 1918 XI 6 (PA, D 131 Bd. 53 Bl. 103): »Joffe mit etwa 60 Personen heute morgen mit Sonderzug über Insterburg abgereist. . . Rest des Personals, etwa 120 Personen, folgt heute abend. Anheimstelle, ersten Zug mit Joffe solange in Kowno festhalten, bis Nachricht eingegangen, daß Generalkonsulat Moskau abgereist, zweiten solange bis Nachricht über Abreise Generalkonsulat Petersburg vorliegt. Entlassung ersten Zuges aus deutschem Bereich nur gegen Übernahme Generalkonsulates Moskau, des zweiten gegen solche des Generalkonsulates Petersburg.«

¹¹² S. die auf russischem Archivmaterial fußende Darstellung Rosenfelds 142 ff.

¹¹³ Paquet 166/7. – Am Abend des 10. November wurde im Kreml der Sturz der kaiserlichen Regierung feierlich begangen. Am nächsten Morgen erschien Lenin zum erstenmal nach dem Attentat auf ihn Ende August wieder im Kreml und hielt von einem Balkon herab eine Rede an das Volk. Radek beschreibt die Szene folgendermaßen (Stranička 140): »Zehntausende

Sowjetregierung beabsichtigten in der ersten freudigen Aufregung – nachdem der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Regierung Ebert aufgefordert hatte, sofort mit der Sowjetregierung Verbindung aufzunehmen¹¹⁴ –, nach Berlin zu reisen¹¹⁵. In Moskau und Petersburg bemächtigten sich deutsche revolutionäre Kriegsgefangene der dortigen Generalkonsulate und setzten die bisherigen Mitglieder in Haft¹¹⁶. Die Technik dieser Putsche verriet die kundige Anleitung und Mithilfe von Organen der Sowjetregierung¹¹⁷.

In dieser ersten Aufwallung bewilligte das Moskauer Zentralexekutivkomitee die Absendung von zwei Zügen Mehl an die deutschen Arbeiter¹¹⁸. Man hoffte dafür auf eine Gegenleistung in Munition, Apothekerwaren und Kohlen¹¹⁹. Der Kownoer Soldatenrat weigerte sich aber, die Züge in Minsk über die Grenze zu lassen. Auch die neue deutsche Regierung, die ja den bestehenden Staatsapparat fast

von Arbeitern brachen in Hurra-Rufe aus. Etwas Ähnliches habe ich niemals wieder gesehen. Bis zum späten Abend defilierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Rotarmisten vorbei. Die Weltrevolution war angebrochen. Die Volksmassen hörten ihren eisernen Schritt. Unsere Isolierung war vorüber.« S. auch den Bericht über die Kreml-Feierlichkeiten bei Price 440 ff. Danach nahm Lenin an dem allgemeinen Freudentaumel nicht teil. »Er schien im Gegenteil zu denken, daß die Ereignisse in Mitteleuropa die Sowjetrepublik neuen und größeren Gefahren aussetzen würden. Seine Augen waren auf die Küsten des Schwarzen Meeres gerichtet, wo er Flotten der Entente... durch offene Dardanellen fahren und gut trainierte Armeen an der Küste Südrußlands landen zu sehen schien... Ich fürchte [sagte er], die soziale Revolution in Mitteleuropa wird sich zu langsam entwickeln, um uns irgendwelche Hilfe bringen zu können.« Über Lenins Reaktion s. noch Krupskaja, *Vospominanija* 395. Auch Sverdlov warnte in diesen Tagen: »Seid auf der Hut. Herbstfliegen stechen schmerzhaft.« (Radek, *Stranička* 139.)

¹¹⁴ Wortlaut des Beschlusses in *Der zweite Kongreß* 356. (Verlesen von Paul Levi in einer Rede 1920 VII 30 in Moskau.) Darauf die Antwort der Sowjetregierung: Čičerin an AA, Moskau 1918 XI 10 (PA, D 131 Bd. 54 Bl. 111).

¹¹⁵ G. A. Thermann, Berlin 1918 XI 12 (PA, D 131 Bd. 54 Bl. 129).

¹¹⁶ Ferngespräch Reuter/Cohn, Moskau 1918 XI 11 (ebenda Bl. 118). Dokumenty I 564, Mitteilung Čičerin über die Errichtung des deutschen Arbeiter- und Soldatenrates in Moskau, Moskau 1918 XI 10; veröffentlicht in den *Izvestija* 1918 XI 13.

¹¹⁷ Bericht Breiter (Ende November) über die Vorgänge in Petersburg (PA, D 131 Bd. 56 Bl. 171/8) und Bericht Hauschild (Ende November) über die Vorgänge in Moskau (ebenda Bl. 188/94). – Radek (*Stranička* 143) berichtet von der humorvollen Reaktion des österreichischen Konsuls de Pottère auf den Putsch. Dagegen: »Die deutschen Beamten verhielten sich unerhört feige. Nur der Militärattaché, Major Schubert, kam zu mir, um sich ›Das Kommunistische Manifest‹ und den ›Anti-Dühring‹ auszuleihen.« – Schubert dagegen schreibt in seinen Lebenserinnerungen (8): »Als der mutige deutsche Generalkonsul Dr. Hauschild eine in der Nacht vom 9. zum 10. 11. 18 auf seinem Dienstgebäude, der vormaligen deutschen Gesandtschaft, von unbekannter Hand gehißte rote Fahne sofort beseitigen ließ, wurde er mit mir zusammen verhaftet und gefangen gesetzt. Der Kreml ließ mir sagen, daß es die Strafe dafür sei, daß der Generalkonsul die ›Fahne der deutschen Kriegsmarine beleidigt‹ hätte.«

¹¹⁸ Dokumenty I 564/5, Beschluß des ZEK über die Mehlsendung für das revolutionäre Deutschland, Moskau 1918 XI 11; Funkspruch Čičerin an Rat der Volksbeauftragten, Moskau 1918 XI 12 (PA, D 131 Bd. 55 Bl. 2/3). – Dazu Drabkin 25; Rosenko 246/7.

¹¹⁹ Paquet 167.

unangetastet übernommen hatte¹²⁰, wies das Angebot in der folgenden Mitteilung vom 16. November zurück: »... Glücklicherweise hat auf unsere Schritte bei dem Präsidenten Wilson hin sich die Möglichkeit eröffnet, daß uns von Übersee Lebensmittel geliefert werden. So sind wir in der Lage, einstweilen auf das hochherzige und überaus dankenswerte Anerbieten Ihrer Regierung zu Gunsten der russischen Bevölkerung verzichten zu können...«¹²¹ Diese Antwort, die der Sowjetregierung vom Volksbeauftragten Haase übermittelt wurde, wirkte auf die Sowjetführer, zumal in dieser Form, wie eine Ohrfeige. »Als wir am Fernapparat standen«, berichtet Radek¹²², »und dieses Antwortschreiben erhielten, da fühlten wir, daß damit das Band, das trotz der Kritik von Zimmerwald und Stockholm bestanden hatte, schneidend zerrissen wurde.«

Diesen Bruch hatte Radek allerdings zum Teil selbst verschuldet. In einem offenen Fernschreibgespräch, das er am selben Tage in voller Siegestrunkenheit mit Haase führte¹²³, versetzte er die drei Unabhängigen Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten, Haase, Barth und Dittmann, in eine peinliche Lage. In völliger Unkenntnis darüber, wie in Deutschland die alten und neuen Machtfaktoren verteilt waren, stellte er am Fernschreibapparat zusammen mit Čičerin unglaublich dreiste Forderungen auf. Čičerin verlangte u. a. Absetzung der deutschen Befehls-

¹²⁰ Im AA blieb Solf Staatssekretär, David Unterstaatssekretär. Kautsky trat als neuer Unterstaatssekretär hinzu. (S. Nadolny 65.) Rein formal war innerhalb des Kabinetts Haase für die außenpolitischen Fragen verantwortlich. »In Wahrheit«, schreibt dazu Walter Oehme (238), der nach dem Ausbruch der Novemberrevolution Sekretär in der Reichskanzlei wurde, »entwickelten Ebert wie Scheidemann hinter den Kulissen eine sehr viel tatkräftigere und zielstrebigere Tätigkeit auch in der Außenpolitik als Haase. Sie verhandelten häufig genug, ohne daß der unabhängige Vorsitzende davon Kenntnis erhielt, mit den verschiedenen Stellen des Auswärtigen Amtes, selbst mit dem aus der kaiserlichen Regierung übernommenen Staatssekretär Dr. Solf, vor allem aber mit Erzberger.« Vgl. dazu neuerdings auch Brecht 200 ff.; Brecht war im Oktober 1918 vom Prinzen Max von Baden in die Reichskanzlei berufen worden.

¹²¹ Telegrammentwurf AA an Čičerin, Berlin 1918 XI 16 (PA, D 131 Bd. 55 Bl. 73). – Laut einer Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros vom 13. November hatte Ebert an Wilson eine Note gerichtet, in der er um Lieferung von Lebensmitteln bat und dafür versprach, im Lande für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Vgl. dazu Rosenko 247.

¹²² Radek vor der Kommunistischen Internationale in einer Sitzung in Moskau 1920 VII 29. (Der zweite Kongreß 258.) Vgl. auch Radek, Stranička 142.

¹²³ Ferngespräch Haase-Čičerin/Radek, 1918 XI 16 (PA, D 131 Bd. 55 Bl. 58/72). Dazu Nadolny 65/6; Barth 68; Radek, Stranička 142/3; Čičerin, Lenin 96; Price 447; Rosenfeld 149. Rosenfeld verlegt das Gespräch irrtümlich auf den 10. November. – Schubert berichtet (14) von einer Episode, die ein denkwürdiges Zeugnis von den damals in bolschewistischen Regierungskreisen herrschenden überschwenglichen Vorstellungen über die deutsche Novemberrevolution gibt. Schubert sei von einem Beamten des Außenkommissariats gebeten worden, zu versuchen, ob nicht der vom Kaiser in Ungnade entlassene General Ludendorff einmal für den Posten eines Oberbefehlshabers der Roten Armee im Kampfe gegen den Westen zu haben sei! Der deutsche Offizier des Kaisers stelle auch für die Rote Armee das Ideal von Offizier dar. Denn er sei unpolitisch, materiell bedürfnislos und opferbereit. Die Lehren von Clausewitz verbänden beide Militärs, für den Kreml seien im weltrevolutionären Krieg Clausewitz' Lehren unentbehrlich. Schubert hat den Übermittler der Anfrage ausgelacht.

haber in der Ukraine, Instruktion an die dortigen Soldaten, die bolschewistischen Truppen als Freunde zu empfangen, d. h. also gemeinsames Vorgehen gegen die alliierten Truppen am Schwarzen Meer, weiterhin sofortige Rückkehr der diplomatischen Vertretung nach Berlin und Einlaß von Agitatoren, um unter den französischen und englischen Kriegsgefangenen in Deutschland und an der Westfront zu agitieren! Er erwartete Entfernung der Minensperren in der Ostsee – die von den Bolschewisten im August gelegt worden waren –, weil die Verteidigung von Petersburg gegen die Alliierten nicht »im äußersten Winkel des finnischen Meerbusens« organisiert werden könne. Da Haase am Apparat ziemlich einsilbig war, wiederholte Radek die Forderungen in schrofferer Form. Er verlangte »Antwort innerhalb zwölf Stunden, ob die deutsche Regierung gewillt ist, verantwortliche polnische, litauische, lettische und ukrainische Genossen in ihre Heimat ungestört zurückkehren zu lassen. . . . Erinnern Sie sich doch an den Paragraphen 2 des Brester Vertrages, der uns nicht gehindert hat, eine revolutionäre Propaganda unter den Deutschen zu führen.« Auf die Vorgänge in den deutschen Generalkonsulaten eingehend, sagte er in der ihm eigenen beißenden Ironie: »Wenn die deutschen Kriegsgefangenen der Meinung waren, daß ihre Konsuln keine entsprechenden Vertreter des revolutionären Deutschlands sind, so waren wir nicht in der Lage, sie eines besseren zu belehren. Wir unsererseits würden in keiner Weise uns einmischen, wenn [die] deutsche revolutionäre Regierung als ihren Vertreter den Geheimrat Schiemann sendet. Aber wir halten es für eine Versündigung gegen die Interessen des deutschen und russischen Volkes, wenn das Auswärtige Amt die Rückkehr der russischen Arbeiter und Soldaten abhängig macht von der Frage, ob das ganze Zeremoniell den Dienern Wilhelms gegenüber aufrecht erhalten wurde.« Er verlangte nochmals von Haase, Antwort auf alle gestellten Fragen zu erwirken. »Wir sind nicht gewöhnt zu warten, wo die Lage rasches und energisches Handeln erfordert. Und falls die deutsche Regierung nicht alles tut, um sich schleunigst mit uns über die Regelung der Fragen zu einigen, so werden wir genötigt sein, aus eigener Initiative und auf eigene Faust das zu tun, was die Lage erfordert.« Haase versprach lediglich, dem Kabinett die Fragen zur raschen Entscheidung unterbreiten zu wollen.

Nadolny berichtet in seinen Erinnerungen, wie er Haase am Schluß des Ferngesprächs überraschte und voll Erstaunen die Papierschlängen las¹²⁴. Die drei sozialdemokratischen Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten erklärten denn auch ihren Unabhängigen Genossen sofort: »Da seht ihr ja, was wir zu erwarten haben, wenn diese Gesandtschaft wieder zurückkehrt. Sie wird uns in die schlimmsten Verwicklungen mit der Entente führen.«¹²⁵

¹²⁴ Nadolny 66.

¹²⁵ So Dittmann in einer Sitzung vor der Kommunistischen Internationale in Moskau 1920 VII 29. (Der zweite Kongreß 327.) – Lenin, dem Čičerin das Ergebnis seiner Unterredung mit Haase vortrug, erkannte denn auch, daß es wenig aussichtsvoll sei, weiterhin zu versuchen, mit der deutschen Regierung Verbindung aufzunehmen. »Es kommt nichts dabei heraus, wir müssen die Sache aufgeben.« (Čičerin, Lenin 96.)

Es nimmt nicht wunder, daß dieser Vorfall aus den Novembertagen zum Bruch zwischen den russischen Bolschewisten und den deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten führte. Barth nennt in seinen Erinnerungen die Unvorsichtigkeiten Radeks »eine große Eselei und die denkbar schwerste Schädigung der Weltrevolution«¹²⁶.

Die Fernschreiber-Affäre, zusammen mit der drei Tage zuvor erfolgten Aufkündigung des Brester Friedensvertrages¹²⁷ und dem Angebot eines Schutz- und Trutzbündnisses seitens der Sowjetregierung¹²⁸, nötigten die deutsche Regierung, ihr Verhältnis zu Sowjetrußland zu klären. Am 18. November trat der Rat der Volksbeauftragten zu einer Sitzung zusammen¹²⁹, an der auch David, Kautsky und Nadolny teilnahmen. Haase empfahl, die Entscheidung über die Aufnahme

¹²⁶ Barth 68. – Die gegenseitigen Inkriminationen dauerten in den folgenden Jahren fort. In einer Sitzung vor der Kommunistischen Internationale am 29. Juli 1920 in Moskau erklärte Radek: »Es gibt indessen Dinge in der Geschichte einer Arbeiterpartei, die man nicht vergißt. Mit den Führern, die zusammen mit Haase für die Politik des November 1918 verantwortlich sind, wollen wir nichts zu tun haben. Es gibt Dinge, die ein Revolutionär, und mag er noch so sehr irreführt sein, nicht tut, und dazu gehört der Bruch der Solidarität mit einer Arbeiterklasse, die ihre Hilfe anbietet.« (Der zweite Kongreß 258.) Ebenso Rakovskij, der für Wien bestimmte Botschafter, der mit Joffe zusammen aus Berlin ausgewiesen worden war, auf einer Sitzung vom 30. Juli: »Wenn die Internationale den unabhängigen Sozialisten im Laufe von zwei Jahren ihren Hauptfehler gegenüber dem Proletariat, gegenüber dem werktätigen Deutschland gezeigt hat, so ist es der, daß sie . . . in der Zeit von Borissow . . . nicht zu wählen verstanden haben zwischen der Revolution und dem Imperialismus und endlich den Imperialismus gewählt haben. Sie haben Deutschland nicht gerettet. . . Sie tragen die Folgen und die Verantwortung für den Zusammenbruch der proletarischen revolutionären Bewegungen.« (Der zweite Kongreß 334/5.) Vgl. auch Price 448/9.

¹²⁷ Dokumenty I 565 ff., Beschluß des Allrussischen ZEK über die Annullierung des Brest-Litowsker Vertrages, Moskau 1918 XI 13; Funkspruch Sverdlov/Lenin/Avanesov an Haase, Moskau 1918 XI 14 (PA, Ru Pol Nr. 1 Bd. 26); in englischer Übersetzung in Sov. Doc. I 124/5.

¹²⁸ G. A. Thermann, Berlin 1918 XI 12 (PA, D 131 Bd. 54 Bl. 129). Vgl. Dokumenty I 568, Mitteilung Čičerin an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Moskau 1918 XI 14; Schultheß 1918 II 478.

¹²⁹ Die Protokolle der Sitzungen des Rats der Volksbeauftragten werden zur Zeit von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben. Frau Dr. Susanne Miller von der Kommission stellte mir freundlicherweise die Protokolle der Sitzungen vom 18. 11., 9. 12. und 12. 12. in Abschrift zur Verfügung. In der Sitzung vom 18. 11. erklärte Kautsky noch, wenn man mit der Sowjetregierung über die Verhaftung der Generalkonsuln in Moskau und Petersburg verhandle, könne man Zeit gewinnen. Falls dann nach 8 oder 14 Tagen Joffe die Bedingungen annähme, keine Agitation unter englischen und französischen Kriegsgefangenen zu treiben, werde seine Rückkehr vielleicht möglich sein. Haase hatte aber bereits Gesandtenberichte aus dem Haag, aus Bern und Stockholm mitgeteilt, wonach die Entente bei einem Anwachsen des Bolschewismus in Deutschland sofort mit allen Mitteln einschreiten würde. Schon die Rückkehr Joffes würde genügen, um die Situation für den Frieden zu verändern. Barth berichtete ferner, daß auch Liebknecht und Rosa Luxemburg mit einer dilatorischen Behandlung der Rückkehr Joffes einverstanden seien! In dieser Angelegenheit ließen sich also auch die am weitesten links stehenden Kreise von der Rücksicht auf die Alliierten bestimmen. – Zu der Sitzung s. auch Ebert II 103/4; Scheidemann, Zusammenbruch 224/5. – Zur Ostpolitik des Rats der Volksbeauftragten und der OHL nach der deutschen Novemberrevolution s. Schüddekopf 49 ff.

der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland aufzuschieben, und sprach sich gegen die Rückkehr der Botschaft nach Berlin aus. Kautsky schloß sich dieser Meinung an und erklärte, daß die Sowjetregierung sich nicht mehr lange halten, sondern in einigen Wochen »verledigt« sein werde. Das Ergebnis der Sitzung wurde der Sowjetregierung in einem Telegramm mitgeteilt¹³⁰, in dem sie vor Errichtung der beiderseitigen diplomatischen Vertretungen 1. »um eine klare Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Volksregierung und die Verpflichtung, sich aller Einwirkung auf die deutsche Bevölkerung zur Bildung einer anderen Regierung zu enthalten, 2. um eine Klarstellung der bei der Absetzung der deutschen Generalkonsulate stattgehabten Vorgänge« ersucht wurde. Das war in diplomatischer Form die Ablehnung, die offiziellen Beziehungen wiederherzustellen.

Am 23. November erfolgte an der Demarkationslinie bei Orscha der Austausch der beiden deutschen Generalkonsulate gegen die russische Botschaft¹³¹. Es war der verspätete Schlußakt des ein Jahr währenden deutsch-sowjetischen Zusammenwirkens.

* * *

Die Reise Joffes nach Borisov hatte noch ein aufschlußreiches Nachspiel¹³². In dem Zug, der die Botschaft an die Grenze brachte, hatte ein Mitglied der Mission ein Päckchen mit Rechnungen über Ankäufe von kleinen Mengen von Waffen und Munition liegengelassen. Einzelheiten über den Fund wurden vom Wolffschen Telegraphen-Büro Anfang Dezember veröffentlicht¹³³. In einem Funkgespruch¹³⁴ nahm der ehemalige Botschafter in Berlin dazu Stellung: Die Zahl der angekauften Waffen sei viel höher! Die dem Minister Barth (!) seinerzeit zu

¹³⁰ Telegrammentwurf Solf/Kautsky an Čičerin, Berlin 1918 XI 18 (PA, D 131 Bd. 55 Bl. 106/8); abgedruckt bei H. Müller 164/5; Scheidemann, Zusammenbruch 225 ff.; auszugsweise in Dokumenty I 578.

¹³¹ Saurma an AA, Orscha 1918 XI 23 (PA, D 131 Bd. 56 Bl. 94). Dazu Einzelheiten von Beteiligten: Larsons 35/6; Hilger 29/30; Paquet 167/8: »Am 19. November vollzog sich endlich die Abreise der Deutschen, annähernd 900 Personen, einschließlich einer Menge bis dahin noch in Rußland zurückgebliebener Kriegs- und Zivilgefangenen. Diese Reise, ihre Vorgeschichte und ihr Verlauf ist ein Epos für sich. Am 25. November erreichten die drei Sonderzüge deutschen Boden. Mancher ihrer Insassen hatte die Hoffnung schon aufgegeben, jemals wieder in die Heimat zurückzukehren.«

¹³² Die folgenden Einzelheiten werden in den neueren sowjetrussischen und sowjetzonalen Darstellungen zum Thema (Achtamzjan, Kobljakov, Brjunin, Rosenko, Rosenfeld) übergangen.

¹³³ Aufzeichnung Solf (Abschrift), Berlin 1918 XII 1 (PA, D 127 Nr. 5 Bd. 5). – Es handelte sich um 21 Rechnungen, die sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 erstreckten und auf insgesamt 159 Mauserpistolen, 28 Brownings und 23 Parabellumpistolen mit etwa 27 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mark lauteten. – Vgl. auch Nadolny 66. Nadolny mengt in dem S. 66 erwähnten Telegrammentwurf seine Antwort auf das Getreideangebot (s. Anm. 121) mit dem Waffenfund durcheinander.

¹³⁴ Funkgespruch Joffe an Haase, Moskau 1918 XII 5 (PA, D 122 Nr. 27 Bd. 1). Veröffentlicht in Izvestija 1918 XII 6; wieder abgedruckt in WUA IV 5 S. 202/3 und Sov. Doc. I 126.

Waffenkäufen anvertrauten Gelder betrügen nicht 105 000 – wie aus dem Päckchen hervorgegangen war –, sondern mehrere hunderttausend Mark! »Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth u. a. geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.«

Der Zweck, den Joffe mit dieser sensationellen Enthüllung verfolgte, war einerseits, die Reichsleitung durch schwerste Kompromittierung ihrer radikalen Mitglieder zu sprengen, andererseits, die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten zu beeinflussen. Der erste Zweck wurde zum Teil dadurch erreicht, daß der Staatssekretär des Auswärtigen, Solf, sich weigerte, mit den dermaßen kompromittierten Ministern Haase und Barth weiter zusammenzuarbeiten, und sein Abschiedsgesuch einreichte¹³⁵. Der zweiten Zielsetzung Joffes aber wurde dadurch vorgebeugt, daß auf Veranlassung des AA Barth und Haase recht eigenartig anmutende Gegenerklärungen¹³⁶ abgaben, die den Empfang russischer Gelder in Abrede stellten, und daß am 12. Dezember die deutsche Waffenstillstandskommission den Alliierten eine Note übergab, in der ihnen vorgeschlagen wurde, »gemeinsam gegen den Bolschewismus im Osten zu kämpfen«¹³⁷.

Joffe stellte daraufhin am 15. Dezember in einem Funkspruch¹³⁸ nochmals (in sehr herablassender Form) fest, daß die Führer der Unabhängigen von ihm zum Waffenkauf bestimmte Geldbeträge – allerdings durch Mittelpersonen – und politisches Informationsmaterial erhalten hätten, daß er dem Rechtsbeistand der

¹³⁵ Protokolle der Kabinettsitzungen vom 9. und 12. Dezember (s. Anm. 129); Teilabdruck bei Rosenberg 485; dazu Nadolny 66/7 und eigene Aussagen Solfs aus dem Solf-Nachlaß bei Vietsch 381/2. In der Sitzung vom 9. Dezember kam es zu einem heftigen Auftritt zwischen Solf und Haase. Solf weigerte sich, Haase die Hand zu geben. Haase nannte dieses Benehmen »unqualifizierbar«. Die Behauptungen Joffes wies er zurück. Barth erklärte, er habe zwar Geld zu Waffenkäufen erhalten, aber nicht vom Ausland, auch nicht von Joffe.

¹³⁶ Funkspruch Barth/Haase an sowjetrussische Regierung und an alle, Berlin 1918 XII 9 (PA, D 122 Nr. 27 Bd. 1; veröffentlicht vom Wolffschen Telegraphen-Büro 1918 XII 10).

¹³⁷ Erzberger in einer Rede vom 19. Februar 1919. (Die Deutsche Nationalversammlung I 470.) Das AA hatte am 9. Dezember 1918 folgendes Fernschreiben an Ebert gerichtet: »Der Funkspruch ist in der ganzen Welt bekannt geworden. Es besteht die größte Gefahr, daß dadurch die bevorstehenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf das Verhängnisvollste beeinflußt werden. Ew. pp. ist die Haltung der Entente gegenüber der russischen Sowjetregierung bekannt... Angesichts der aufgestellten Behauptungen muß befürchtet werden, daß die Entente hieraus die schwerwiegendsten Konsequenzen zieht, wenn nicht die Angelegenheit vor dem Zusammentritt der Waffenstillstandskommission im einzelnen klargestellt und der schlüssige Beweis erbracht und veröffentlicht wird, daß die russischen Behauptungen betreffend ein Komplott zwischen der Sowjetregierung und Mitgliedern der deutschen Volksregierung nicht der Wahrheit entsprechen.« (PA, D 122 Nr. 27 Bd. 1.)

¹³⁸ Joffe an Barth/Haase und an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Moskau 1918 XII 15 (PA, D 122 Nr. 27 Bd. 1); fast vollständiger Abdruck in WUA IV 5 S. 203/4. Der Funkspruch wurde in der deutschen und sowjetrussischen Presse veröffentlicht; s. Izvestija 1918 XII 17 (»Die revolutionäre Tätigkeit unserer Botschaft in Berlin«; in englischer Übersetzung in Sov. Doc. I 127/8) und Vorwärts 1918 XII 19.

russischen Botschaft und Reichstagsabgeordneten Oskar Cohn in der letzten Nacht vor der Ausweisung über eine halbe Million ausgehändigt und ihm außerdem das Dispositionsrecht über einen in Deutschland deponierten Fonds von 10 Millionen Rubel »im Interesse der deutschen Revolution« eingeräumt habe.

Als am 21. Dezember der noch im Amt verbliebene Solf bei der russischen Regierung wegen der Tätigkeit Joffes protestierte¹³⁹, stellte Čičerin in einem weiteren Funkspruch¹⁴⁰ drei Tage später den Betrag der Joffe überlassenen Gelder endgültig richtig. Danach handelte es sich um über 22 Millionen Rubel, von denen 10½ für »Zwecke der deutschen Revolution« und der Rest für »die Befriedigung der Not der Kriegsgefangenen« bestimmt waren¹⁴¹.

Der Beweis, daß der Rubel im Jahre 1918 für die deutsche Revolution rollte, war nun vollständig.

¹³⁹ Funkspruch Solf an russische Regierung und an alle, Berlin 1918 XII 21 (PA, D 131 adh. 3 Nr. 2 Bd. 1).

¹⁴⁰ Funkspruch Čičerin an deutsche Regierung, Moskau 1918 XII 24 (ebenda); veröffentlicht in Izvestija 1918 XII 26 (»Die russisch-deutschen Beziehungen«).

¹⁴¹ Cohn bestätigte seinerseits die russischen Angaben über die Geldunterstützung in einer öffentlichen Erklärung vom 24. Dezember 1918, in der es u. a. heißt: »Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? ... Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben hat, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zweck zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubreuchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann.« (WUA IV 5 S. 204/5.) Wie Hoffmann (I 223; Tagebucheintrag 1918 XII 21) berichtet, waren die 22 Millionen Rubel, die bei dem Bankhaus Mendelssohn in Berlin deponiert waren, von der Regierung beschlagnahmt. Cohn versuchte später, seine Erklärung zum Teil wieder zurückzunehmen. In der Reichstagssitzung vom 27. Februar 1919 behauptete er, die russischen Gelder für Kriegsgefangene und Zahlung von Gehältern an Angestellte der russischen Botschaft verwendet zu haben. Nur 50 000 Mark seien für Flugblätter ausgegeben worden. (S. WUA IV 5 S. 69.) Als ihn dann im November 1919 Helfferich auf die Erklärung vom Dezember des Vorjahres hinwies, hielt Cohn an seiner im Reichstag abgegebenen Erklärung fest. (S. WUA IV 5 S. 69; WUA IV 6 S. 24/5.)

VI.

ZUSAMMENFASSUNG

Am 8. November 1917 ließ Lenin ein Friedensdekret an die Welt ergehen. Es hatte nicht die erhoffte Wirkung: Weder führte es das Ende des »imperialistischen« Krieges herbei, noch brachte es den Ausbruch der proletarischen Weltrevolution. Statt dessen zwangen die Mittelmächte das neue Rußland, den »Diktatfrieden« von Brest-Litowsk zu unterschreiben.

Zwei Wochen vor Unterzeichnung des Vertrages, am 18. Februar 1918, hatte Deutschland die Feindseligkeiten im Osten wiederaufgenommen; sie wurden nach dem Abschluß des Brester Friedens am 3. März fortgesetzt. Hauptziel des deutschen Vormarsches war die Besetzung der Ukraine, die Rohstoffe für die hungernde Bevölkerung der Zentralmächte liefern sollte. Anfang Mai stand das weite Land unter deutscher Kontrolle. In raschen Eisenbahnvormärschen waren die deutschen und österreichischen Truppen über die in Brest gezogenen Grenzen hinausgegangen: in die Krim und ins Dongebiet. Die Sowjetregierung hatte daran trotz zahlreicher diplomatischer Vorstellungen in Berlin nichts zu ändern vermocht; denn das Auswärtige Amt war gegenüber der Obersten Heeresleitung machtlos und hatte auch die gleichzeitig mit dem Ukraine-Unternehmen erfolgte Finnland-Expedition nicht verhindern können. Auch als am 13. Mai General Ludendorff Reichskanzler Hertling und Staatssekretär Kühlmann mitteilte, daß die militärischen Bewegungen in Rußland beendet seien, war das gespannte Verhältnis zur bolschewistischen Regierung, mit der Ende April diplomatische Beziehungen aufgenommen worden waren, noch nicht entschärft; denn inzwischen hatte sich erneut Konfliktstoff angesammelt. Die OHL verlangte von den Russen die Rückkehr der in den letzten Apriltagen nach Noworossijsk entwichenen Schwarzmeer-Flotte nach Sevastopol'. Ohne Verfügungsgewalt über diese Schiffe glaubte sie nicht der deutschen Vorherrschaft im Schwarzen Meer sicher zu sein.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung über die Schwarzmeer-Flotte Ende Mai/Anfang Juni wurden die deutsch-russischen Beziehungen durch das Verhalten der Türken im Kaukasus zusätzlich belastet. Die Türkei ging nämlich daran, kaukasisches Gebiet über die ihr in Brest-Litowsk zugestandenen Grenzen hinaus zu besetzen. Ihr Fernziel war, sich den ganzen Kaukasus in irgendeiner Form anzugliedern. Damit geriet sie jedoch in Gegensatz nicht nur zu Rußland, sondern auch zu Deutschland, das sein Augenmerk auf den Rohstoffreichtum dieses Gebiets, den es für die Kriegführung noch ausnutzen wollte, zu richten begann.

Der Konflikt um die Schwarzmeer-Flotte wurde durch Selbstversenkung des größeren Teils der Schiffe am 18. Juni vorläufig entschieden. Die Lage im Kaukasus dagegen wurde noch mehr verwickelt, weil Deutschland sich durch Entsendung einer diplomatischen Mission (Ende Juni) und eines kleinen Truppenkontingents nach Tiflis in Georgien engagierte. Es hatte damit seinen Anspruch auf den Kaukasus nachdrücklich angemeldet und zugleich die Möglichkeit eines Bruches mit dem türkischen Bundesgenossen heraufbeschworen.

Für Sowjetrußland hatte der Kaukasus jetzt höchstens noch Bakus wegen ein besonderes Interesse; denn im Juli und August kämpfte die bolschewistische Regierung um ihre nackte Existenz; nach innen wie nach außen hatte sie sich einer Vielzahl von Feinden zu erwehren. Der gefährlichste unter ihnen war das tschechoslowakische Korps, dessen Aufstand an der Transsibirischen Bahn durch alliierte Interventionen in Nordrußland und im Fernen Osten unterstützt wurde. Lenin war es in dieser schweren Situation sehr daran gelegen, das »imperialistische Raubtier« Deutschland zu »besänftigen«. Schon im Mai hatte er die Initiative zu neuen Verhandlungen mit der deutschen Regierung ergriffen, um die durch den Brester Vertrag gewonnene »Atempause« zur Sicherung seiner Herrschaft zu erhalten. Da er mit seinem diplomatischen Vorstoß auch Interessen des Auswärtigen Amtes in Berlin entsprach, kam es im Juli zu Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zum Brester Frieden. Am 27. August wurde der Vertrag in Berlin unterzeichnet.

Der Verlauf der Verhandlungen war durch mannigfache Aktionen der OHL – besonders durch ihre Verbindung zu dem bolschewikfeindlichen Kosakengeneral Krasnov – gestört worden. Aber auch die deutschen diplomatischen Vertreter in Moskau, zuerst Mirbach, dann besonders Helfferich, stellten die Zweckmäßigkeit vertraglicher Vereinbarungen mit den Bolschewisten wie überhaupt der Stützung des bolschewistischen Regimes grundsätzlich in Frage. Kühlmann und nach seinem Sturz Hintze setzten sich jedoch mit ihrem Ostkurs trotz aller Widerstände durch. Als am 1. August die Sowjetregierung Deutschland um militärische Intervention gegen englische und amerikanische Landungstruppen in Nordrußland ersuchte, riet das Auswärtige Amt der OHL dringend, einen militärischen Vorstoß in Richtung Murmansk vorzubereiten. Die Ende August zwischen deutschen und russischen Generalstabsoffizieren in Berlin eingeleiteten Besprechungen über Einzelheiten der geplanten Kooperation wurden aber durch die Entwicklung der Gesamtlage überholt.

Im September setzten die deutschen diplomatischen Vertreter in Rußland ihre Warnungen vor einem weiteren Zusammenspiel mit den Bolschewisten fort. Obwohl sich ihnen das AA – Hintze und die Geheimräte Nadolny und Kriege – nach wie vor verschlossen, kam es im Oktober, besonders auf Wunsch militärischer Stellen, zu Ressortbesprechungen in Berlin über die staatsfeindliche Tätigkeit der russischen Botschaft. Das Oberkommando in den Marken hatte seit Einrichtung der Botschaft auf deren konspirativen Beziehungen zu Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokraten hingewiesen. Als am 31. Oktober die russische

Regierung die nach dem Ergänzungsvertrag fällige dritte Goldrate aussetzte, stellte schließlich auch das AA seine Bedenken gegen die Abschiebung Joffes und seines Personals zurück. Am 5. November wurde die russische Botschaft aus Deutschland ausgewiesen.

* * *

Die Darstellung der deutschen Ostpolitik im Sommer 1918 hat in erdrückender Fülle Beweise dafür geliefert, daß die Ausführung des Brest-Litowsker Vertrages auf deutscher Seite durch erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung geprägt war. Statt zum Besten der Kriegführung zusammenzuwirken, haben sich Auswärtiges Amt und OHL in der Ostpolitik aufs äußerste bekämpft. Dies ist das Hauptergebnis der vorangehenden Untersuchung. Die Exponenten dieses Kampfes waren auf der einen Seite General Ludendorff, auf der anderen Staatssekretär Kühlmann und sein Nachfolger Hintze.

Die Rolle Kühlmanns ist nach den Akten wesentlich günstiger zu beurteilen, als das bisher geschehen ist. Seinen Widerstand gegen Ludendorff hat Kühlmann auch dann noch fortgesetzt, als die grundsätzliche Entscheidung auf dem Homburger Kronrat gegen ihn bereits gefallen war, doch scheute er seitdem die persönliche Auseinandersetzung mit dem General. Kühlmanns Ostkonzeption läßt sich auf die einfache Formel bringen: kein Engagement im Osten, sondern mögliche Konzentration aller Kräfte im Westen. Es genügte ihm, daß der Koloß im Osten zusammengebrochen war. In der nach der Revolution auseinanderlaufenden russischen Armee sah er keinen ernst zu nehmenden militärischen Faktor mehr. Mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Österreich und die öffentliche Meinung in Deutschland und im Hinblick auf die Entscheidung für die Westoffensive wehrte er sich im Februar gegen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Rußland. Ebenso wandte er sich gegen die damals von der OHL und vom Kaiser erhobene Forderung, den Bolschewismus durch einen militärischen Vorstoß auf Petersburg zu vernichten, weil er der Auffassung war, daß Ideen nicht mit der Waffe ausgerottet werden könnten. In diesem Punkt ist Kühlmanns Konzeption durchgedrungen – ein Ergebnis von wahrhaft universalgeschichtlichen Folgen bis zum heutigen Tag. Zwar hat die OHL nach dem Abschluß in Brest-Litowsk mehrfach den Bolschewisten durch einen Marsch auf Petersburg und Moskau den Garaus machen wollen; das gelang aber nicht; denn Kühlmann und nach ihm Hintze konnten das jedesmal durchschlagende Argument vorbringen, daß die Herrschaft der Bolschewisten Rußland für lange Zeit im Zustand der Schwäche und besonders der militärischen Paralyse belassen werde, also in der konkreten Situation des Sommers 1918 für Deutschland die größeren Vorteile böte.

Dennoch hat nicht das AA allein die deutsche Ostpolitik 1918 bestimmt; besonders schwerwiegende Folgen hatte Ludendorffs Einwirkung. Das Urteil vom gänzlich unpolitischen General, der von seiner militärischen Schlüsselstellung aus versuchte, den Gang der deutschen Außen- und Innenpolitik festzulegen, wird hier vollauf bestätigt. Auf dem Gebiet der Politik verfügte der militärische Fach-

mann Ludendorff über mangelhafte und einseitige Kenntnisse. Verhängnisvoll aber war eigentlich nicht, daß er sich um Politik kümmerte, sondern daß er ihr nicht gewachsen war und sie dennoch betrieb. Dies ist kein leichtfertiges Urteil ex post; denn Ludendorff hat seinen Mangel an politischen Fähigkeiten auch selbst gespürt. Dieses Gefühl des Unvermögens dürfte der tiefere Grund dafür sein, daß er den 1917 und 1918 ihm mehrfach gemachten Vorschlag, die Militärdiktatur zu übernehmen, mit der Begründung ablehnte, er sei in der OHL unabhkömmlich¹. Wenn Ludendorff später behauptete, er sei gezwungen gewesen, sich mit Politik zu beschäftigen, da niemand in Berlin Politik betrieben habe, so ist das, was die Ostpolitik anbetrifft, höchstens als Selbstrechtfertigung zu werten. Das AA hatte eine vielleicht falsche, aber sicherlich klare Ostkonzeption mit all ihren Konsequenzen. Ludendorff jedoch teilte diese Konzeption nicht, ja er mußte sie ablehnen, weil er über das Wesen des Ersten Weltkriegs anders dachte als etwa Kühlmann. Für Ludendorff konnte und durfte der Erste Weltkrieg nicht mit einem Kompromiß, sondern nur mit Sieg oder Niederlage enden. Deshalb hielt er es für falsch, den Vorteil einer Machtausdehnung im Osten zugunsten eines von Kühlmann erstrebten allgemeinen Verständigungsfriedens ungenutzt zu lassen; ein Verständigungsfriede kam für Ludendorff einem verlorenen Krieg gleich. So richtete er seine Energie darauf, Kühlmann daran zu hindern, seinerseits eine folgerichtige Ostpolitik zu betreiben, die als Ende des Ersten Weltkriegs nicht Sieg oder Niederlage, sondern einen Kompromiß erstrebte; denn ein Kompromiß war Kühlmanns eigentliches Ziel.

Entscheidend für den Gang der Ostpolitik im Jahre 1918 war der Homburger Kronrat. Die Quellen dazu zeigen, daß Kühlmann nach Trockijs Erklärung – »weder Krieg noch Frieden« – den Frieden im Osten nicht militärisch erzwingen wollte, sondern sich mit dem entstandenen Schwebезustand zu begnügen gedachte – ein Programm mit sehr großen Folgen! Um es zu beurteilen, muß gefragt werden, was vermutlich geschehen wäre, wenn Kühlmann sich durchgesetzt hätte. Auf jeden Fall wäre damit der Verzicht auf den von Ludendorff betriebenen Machtaufbau im Osten ausgesprochen gewesen, den Kühlmann bewußt in Rechnung zog, weil er die potentiellen Grenzen der deutschen Macht für enger hielt als Ludendorff. Nach Kühlmanns Plan hätten jedoch für die Westoffensive 1918 mehr Truppen zur Verfügung gestanden, als tatsächlich vorhanden waren. Am

¹ S. BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/80 Bl. 105; BA, Nachlaß Payer, Nr. 14 H. 2, handschriftliche Aufzeichnung Payers, Berlin 1920 I 16; Thaer 211; WUA IV 2 S. 406. – Kühlmann hatte bei seiner Rückkehr nach Brest-Litowsk am 4. Januar dem Grafen Czernin von seinen Auseinandersetzungen mit Ludendorff gesprochen. Er habe dem General vorgeschlagen, nach Brest zu kommen und selbst mit zu verhandeln. Nach mehrstündigen Unterredungen habe sich aber herausgestellt, daß Ludendorff eigentlich selbst nicht recht wußte, was er wollte, und spontan erklärte, er finde es überflüssig, mit nach Brest zu kommen, »er könne höchstens dort etwas verderben«. Dazu schrieb Czernin in sein Tagebuch: »Lieber Gott, gib dem Manne öfters solche klare Augenblicke.« (Eintrag 1918 I 4. Czernin 314.) Vgl. auch Kühlmann 528.

21. März standen im Osten noch immer 1 Million deutsche Soldaten; hätte die OHL nur einen Teil von ihnen in den ersten Wochen der Frühjahrsoffensive eingesetzt, wären die Aussichten für ihren Ausgang gewiß günstiger gewesen. Ludendorff hat gerade zu diesem Zeitpunkt über die Schwierigkeiten der Ersatzlage im Westen Klage geführt. Bei einem Vortrag Mitte Mai sagte er einmal: »Wenn ich jetzt einige Hunderttausend Mann frischer Truppen aus der Heimat bekäme, könnte der Feldzug in wenigen Wochen beendet sein.«² Und Oberst Bauer tat noch Mitte Juni den bemerkenswerten Ausspruch, »daß wenn wir 200 000 Mann mehr hätten, wir die Sicherheit hätten, [den] Feind auf dem Lande niederzuringen«³. Gewiß besaßen die deutschen Osttruppen nicht mehr vollen Kampfwert, doch wären sie noch gut genug gewesen, um rückwärtige Stellungen im Westen zu beziehen, und hätten damit andere Truppen entlasten können. Ludendorff setzte derart auf eine Karte, daß die OHL nicht einmal den rechtzeitigen Ausbau einer großen Stellung etwa in der Linie Antwerpen–Namur–Sedan–Metz angeordnet hat, was – wie ein Sachverständiger urteilte⁴ – nach dem Umschwung im Westen »eine politisch sehr eindrucksvolle Maßregel« gewesen wäre. Statt die Osttruppen bis auf einen für den Grenzschutz notwendigen Rest zum Westen zu werfen, hat er sie im Osten belassen, um dort die deutsche Macht zu »vervielfältigen«. In der Not der Ersatzlage wollte er dann gefangene Rotgardisten aus Finnland an die Westfront schicken und beabsichtigte, aus den deutschen Kolonisten in Rußland Soldaten zu rekrutieren und in den besetzten Gebieten (in Finnland, Georgien und Armenien) allerlei fremdvölkische Hilfstruppen auszubilden!

Freilich hat die OHL durch die militärischen Expeditionen in die Ukraine und in den Kaukasus die angespannte Lebensmittel- und Rohstofflage Deutschlands entlasten wollen. Das Urteil über den Erfolg dieses militärischen Ausgreifens muß aber gänzlich negativ formuliert werden. Etwas zugespitzt lautet es, daß man Kohle zum Donec und Öl nach Baku bringen mußte, statt umgekehrt diese Rohstoffe Deutschland zu verschaffen. Kühlmann hat von Anfang an gegen jede einzelne der militärischen Expeditionen im Osten schwerste Bedenken erhoben: gegen das Ukraine-Unternehmen, gegen die Finnland-Expedition, gegen die Besetzung der Krim wie gegen die Truppenentsendung nach Georgien. Aber er mußte sich immer wieder mit vollendeten Tatsachen abfinden, weil er bereits in Homburg, als das Prinzip entschieden wurde, den kürzeren gezogen hatte.

Daß Kühlmann in den Auseinandersetzungen über die militärischen Expeditionen immer zurückstecken mußte, war wesentlich mitbedingt durch die Schwäche des Reichskanzlers Hertling, der sich in diesen Fragen – stets wider bessere Einsicht! – von Ludendorff geradezu überrumpeln ließ. Überhaupt liegt eine wichtige Er-

² WUA IV 2 S. 371.

³ Ludendorff, Urkunden 112.

⁴ Oberst Schwertfeger in WUA IV 2 S. 118/9.

klärung für den Ausgang des Ringens zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung in den menschlichen Werten der an erster Stelle beteiligten Persönlichkeiten. Ludendorff war ein Mann von eisernem, unbeugsamem Willen und unerschöpflicher Energie. Er war aber auch eine rücksichtslose Kämpfernatur, die in Kühlmann ihren natürlichen Widersacher sah. Es ist leicht erklärlich, daß der General sich über die sachliche »Kühle«, über die herablassende, ja fast zynische Art des Staatssekretärs erregen konnte und deshalb seinen Sturz herbeiwünschte. Kühlmann dagegen hat die Auseinandersetzung mit Ludendorff ohne Leidenschaft und Wucht, ohne das ganze Gewicht einer starken Persönlichkeit geführt. Das mag zum Teil in seiner Natur begründet sein, die nicht auf unbedingtes Sichdurchsetzenwollen angelegt war, zum Teil aber war es die logische Konsequenz der »verlorenen Schlacht von Homburg«. Seither sah er mit offenen Augen die deutsche Ostpolitik sich in eine falsche Bahn entwickeln. Das Gefühl der Enttäuschung und Resignation, mit dem Kühlmann aus Homburg schied, vermag ein Tagebucheintrag Admiral Müllers vom 13. Februar besser als jedes Aktenstück zu vermitteln: »Kühlmann, neben dem ich bei der Abendtafel saß, war sehr traurig, daß sich der Kanzler zu diesem Kompromiß hatte bereit finden lassen. Andererseits wäre eine Militärdiktatur, die sonst wohl gekommen wäre, der Anfang vom Ende.«⁵ Diese Enttäuschung ist der Hauptgrund dafür, daß Kühlmann sich während der Besprechungen in Spa vom 11. und 13. Mai so schweigsam verhielt und damit die Dinge laufen ließ. Zu dem Kronrat vom 2. Juli wurde er nicht mehr zugezogen, obwohl er noch im Amte war.

Wenn Hertling einmal im September 1918 dem Abgeordneten Fischbeck sagte, es sei Kühlmans Fehler gewesen, »daß er bei verschiedener Meinung einfach geschwiegen habe und davongegangen sei und später gesagt habe, er habe Recht gehabt. Er hat nie die Sache zu einer endgültigen Aussprache mit den Militärs gebracht«⁶, so liegt in diesen Worten eine unbewußte Selbstbeschuldigung; denn niemand anders als Hertling hatte seinen Staatssekretär im Stich gelassen, als in Homburg die Entscheidung fiel, und später hat er ihn nie energisch genug verteidigt. Hertling war freilich nicht die Natur, die Ludendorff entsprechend Widerstand zu leisten vermochte. In den Schriften derjenigen, die mit ihm Umgang gehabt haben, ist das Urteil vom müden verlebten Greis allgemein. Von Hertling selbst liegen auch Äußerungen aus dem Jahr 1918 vor, die ein erschütterndes Zeugnis davon ablegen, daß er sich in seinem Kanzleramt geradezu fehl am Platz fühlte. Als z. B. Hintze nach dem Kronrat vom 14. August sagte, er werde zurücktreten, wenn er nicht die Ermächtigung zu einer Friedensaktion bekäme, antwortete ihm Hertling wörtlich: »Aber dann lassen Sie mich alten Mann doch lieber zuerst gehen.«⁷ Es ist bekannt, daß Hertling nach 8 Uhr abends für niemand und für nichts zu sprechen war. Seine Augen waren so geschwächt, daß er eigent-

⁵ Müller 355.

⁶ IFA II 558.

⁷ WUA IV 2 S. 227. S. auch Kühlmann 577.

lich nichts mehr lesen konnte. Deshalb lernte er seine Parlamentsreden auswendig, obwohl sie mit Riesenbuchstaben auf einzelne Blätter, die ihm sein Vizekanzler fortlaufend zurechtlegte, geschrieben wurden⁸. – Wenn man allein schon diese Voraussetzungen des Persönlichen berücksichtigt, ist nicht verwunderlich, daß Kühlmann das Gefühl haben mußte, in dem Ringen mit Ludendorff stets der Unterlegene zu sein.

Kühlmann hat den Frieden von Brest-Litowsk, den er innerlich nicht guthieß, immer nur als ein Provisorium angesehen⁹. In dem Schriftwechsel zwischen ihm und der OHL ist stets nur davon die Rede, Rußland »vorerst«, »einstweilen«, »für die Dauer des Krieges« schwach zu halten. Über die Revisionsbedürftigkeit des Brester Vertrages war er sich nie im Zweifel. In der 1932 entstandenen ersten Fassung seiner Erinnerungen schrieb er, daß die Friedensschlüsse im Osten »in hohem Grade den Charakter zeitweiliger Ordnungen in sich tragen mußten. . . Nach meinen . . . allgemeinen Anschauungen mußte ich es für ausgeschlossen halten, daß besonders nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg eine völlige Besiegung der Gegner mit einem deutschen Diktatfrieden als möglich in Aussicht genommen werden konnte. Kam es zu einem Verständigungsfrieden, so hielt ich die Bewahrung der deutschen Integrität auf der Vorkriegsbasis schon für eine erstrebenswerte Errungenschaft. Daß die ganzen Ostverhältnisse von dem allgemeinen Friedenskongreß erneut überprüft und neu geordnet würden, stand mir vollkommen fest.«¹⁰ Nachdem der Friede in Brest-Litowsk einmal geschlossen war, versuchte Kühlmann ihn als eine vorläufige, unverletzliche Rechtsgrundlage der deutsch-russischen Beziehungen zu erhalten. Er kämpfte deshalb stets gegen die Überschreitung der im Vertrag gezogenen Grenzen durch die Ludendorffschen Expeditionen an, besonders als es darum ging, Rußland das Fort Ino und einen Teil der Schwarzmeerküste zu belassen. Im Berliner Ergänzungsvertrag wurde Rußland denn auch das Donecbecken und die Krim, wenn auch nach dem allgemeinen Friedensschluß, wieder zugesprochen. Die Akten erwecken manchmal den Anschein, als ob Kühlmann sich gegenüber der OHL zum Fürsprecher russischer Forderungen machte. Botschafter Joffe gegenüber gab er rückhaltlos seinen Gegensatz zu Ludendorff zu, wohl auch, um dem Russen die Schwierigkeit, seine Forderungen bei der OHL durchzusetzen, klarzumachen. Wie Joffe einmal Lenin berichtete, habe ihm Kühlmann gesagt, er müsse sich den von Ludendorff geschaffenen Tatsachen einfach beugen; denn »man hat nicht immer Macht genug«. Joffe gab diesen Ausspruch wörtlich in deutscher Sprache nach Moskau weiter¹¹.

Obwohl sich Kühlmann nach Brest-Litowsk nie im Zusammenhang – etwa in einer Denkschrift – zur Ostpolitik geäußert hat, lassen zahlreiche einzelne Äuße-

⁸ S. BA, Nachlaß Payer, Nr. 1 a S. 54.

⁹ S. seine Erinnerungen S. 547.

¹⁰ Zitiert bei Steglich 410.

¹¹ Zitiert bei Kobljakov 6.

rungen doch den Schluß zu, daß er das aus dem Krieg geschiedene Rußland eigentlich so behandeln wollte, wie Bismarck nach 1871 mit dem geschlagenen Frankreich verfahren war. Kühlmann dachte in den Kategorien des europäischen Mächtekonzernts. Rußland war für ihn trotz Revolution und Niederlage, ja trotz Brest-Litowsk immer noch ein Mitglied der Pentarchie des Kontinents. Es durfte nicht – um ein Wort Joffes zu gebrauchen – auf den Stand eines orientalischen Staates herabgedrückt werden. Sonst würden die Aussichten auf einen allgemeinen Verständigungsfrieden schwinden, da die Ententemächte das Übergewicht eines durch das Potential Rußlands vermehrten Preußen-Deutschlands nie hingenommen, sondern den Krieg à outrance weitergeführt hätten. Deshalb wandte sich Kühlmann gegen die Absicht der OHL, Rußland territorial noch mehr zu verkleinern, als das schon durch den Brester Vertrag geschehen war. Rußland konnte schließlich nicht ungestraft von der Ostsee und vom Schwarzen Meer abgeschnürt werden. Die Herrschaft der Bolschewisten sicherte nach Kühlmans Meinung nicht nur die zeitweilige Schwäche Rußlands, sondern verbürgte auch, daß Rußland innerhalb des europäischen Mächtekonzernts bündnisunfähig blieb.

Es ist dagegen ein Kennzeichen der ostpolitischen Vorstellungen Ludendorffs, daß ihnen überhaupt kein einheitlicher Plan zugrunde lag. Da aber der General seine Ostpolitik improvisierte, barg sie besonders große Gefahren in sich, weil sie auch in ihren Folgen nicht berechenbar war. So ist beispielsweise die Besetzung der Ukraine gänzlich planlos verlaufen. Man muß der OHL durchaus zugute halten, daß die immer weitere Expansion im südrussischen Raum eine Folge der in den Umständen liegenden Logik war. Die häufigen Zusammenstöße mit Partisanengruppen an der vordersten Linie des Vormarsches waren tatsächlich meist von russischer Seite provoziert. Der Beweis dafür liegt von berufenster Stelle vor. Auf dem 5. gesamtrossischen Sowjetkongreß forderte Trockij scharfes Eingreifen gegen »die Agitation« sozialrevolutionärer Truppeneinheiten an der Demarkationslinie, die den deutschen »Erzreaktionären« den Vorwand zur Einnahme Moskaus und Petersburgs gäbe. Auf demselben Kongreß nannte der linke Sozialrevolutionär Kamkov diese Agitation »eine gesunde Revolutionspsychologie«.

Es ist Ludendorff weiterhin zugute zu halten, daß er mit der Besetzung russischen Gebiets ernstlich die bolschewistische Flut eindämmen wollte. Hier läßt sich in Ludendorffs Vorstellungen zwar ein politisches Prinzip erkennen, doch vertrat er diesen Gedanken letztlich nicht »scharf genug« – sicherlich, weil er wegen der übermannenden Sorgen im Westen – das gilt aber auch für das AA! – das Phänomen des Bolschewismus nie umfassend hatte durchdenken können. Dennoch hat Finnland es schließlich ihm zu verdanken, daß es vom Bolschewismus nicht erfaßt wurde; und die von ihm in den baltischen Ländern geschaffenen Verhältnisse wurden von der Entente nach dem Krieg nicht wieder rückgängig gemacht, vielmehr von ihr in Form des »cordon sanitaire« sanktioniert. Trotzdem war besonders Ludendorffs Ukraine-, Krim- und Kaukasuspolitik so maßlos, daß die Ana-

logie zum »nationalsozialistischen Amoklauf«¹² unbestreitbar ist. Das Urteil darüber muß um so härter ausfallen, als der materielle Erfolg dieser Politik in keinem Verhältnis zu den dabei eingesetzten Mitteln stand. Das Ukraine-Unternehmen hat für Deutschland kaum mehr als die Selbstverpflegung der Besatzungstruppen erbracht, und aus dem Kaukasus wurde kein einziger Kesselwagen Erdöl nach Deutschland gefahren. Versierte Politiker wie Kühlmann haben das Fiasko dieser Unternehmungen in dem schließlich erfolgten Maß zwar vorausgeahnt, aber nicht aufzuhalten vermocht.

Von Zeitgenossen¹³ wie von späteren Historikern¹⁴ ist als Alternative zu dem Plan der deutschen Westoffensive ein Rückzug bis zu einer gut befestigten Verteidigungslinie im Westen bei gleichzeitigem Ausgreifen in den Osten, der dann mit genügenden Kräften wirtschaftlich hätte ausgenutzt werden können, vorgeschlagen worden. Das haben die Ententeführer, besonders Lloyd George, tatsächlich gefürchtet. Indes scheint dies keine echte Alternative gewesen zu sein, weil dabei der Bolschewismus und das wirtschaftliche Chaos in Rußland als Hindernisse zu ihrer Verwirklichung außer acht gelassen werden. Der Bolschewismus hätte eine Organisation des Ostraums nur schwer ermöglicht. Deutschland hätte auch Rußland zunächst einmal eine großangelegte Wirtschafts- und Kapitalhilfe leisten müssen, um es dann wirtschaftlich erschließen und sich nutzbar machen zu können. Dazu wäre es aber auf Jahre hinaus nicht fähig gewesen. Es ist für diesen Zusammenhang bezeichnend, daß nicht nur die Ukraine ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber den Mittelmächten nicht erfüllt hat, sondern auch umgekehrt die Mittelmächte nicht. Österreich-Ungarn z. B. hat der Ukraine im Sommer 1918 kaum mehr als Mineralwasser liefern können.

Um so schwerer wiegt es, daß Ludendorff sich nicht klar für die erste Alternative entschloß, sondern gleichzeitig mit der Westoffensive eine eigene, kräfteverzehrende Ostpolitik betrieb. Das AA mit Kühlmann und Hintze an der Spitze hat in dieser Hinsicht klarer gesehen. Mochte Kühlmann ein militärisches Engagement im Osten aus wirtschaftlichen Gründen noch äußerstenfalls als gerechtfertigt ansehen – eigentlich hat er auch darin an einen Erfolg während der Kriegsdauer nicht geglaubt –, so hat er die von der OHL vorgebrachten anderen Motive für den militärischen Kräfteaufwand im Osten – zum Teil mindestens innerlich – stets abgelehnt: So etwa hat er die Absicht durchkreuzt, die Sowjetregierung zu stürzen und zu diesem Zweck Verbindungen mit Gegnern der Bolschewisten, wie General Mannerheim und General Krasnov, einzugehen; er hat zu verhindern versucht, daß neue Dynastien im Osten eingepflanzt würden – trotzdem kam es zu dem geradezu grotesk anmutenden Feilschen zwischen dem Kaiser und den einzelnen Bundesfürsten um Königskronen und Herzogshüte im Osten; ferner

¹² Herzfeld 243.

¹³ Z. B. Delbrück 138.

¹⁴ Z. B. Hölzle, Osten 49; Raumer, Brest-Litowsk 4.

hat er sich gegen das Bestreben gewandt, die (vermeintlichen) Machenschaften der Entente besonders in Baku zu bekämpfen und den Kaukasus als Sprungbrett für einen Vorstoß nach Indien auszubauen. Solch weitschweifende Pläne wurden im AA mit Worten wie »utopisch«, »uferlos«, »Alexanderzüge«, »Wandeln in napoleonischen Bahnen« gekennzeichnet. Das historische Urteil von heute wird sich mit einer derartigen Charakterisierung identifizieren können, wobei jedoch in der Frage der Bekämpfung des Bolschewismus – wie bereits angedeutet – eine Einschränkung zu machen ist.

Ludendorffs politischer Unverstand offenbart sich am eindrucksvollsten in der Absicht, auf der Halbinsel Krim einen unabhängigen deutschen Kolonistenstaat und in Südrußland einen »Kaukasusblock« mit Tiflis als Zentrum zu bilden. Jener Kaukasusblock sollte sich aus »nichtrussischen christlichen«, »mohammedanisch-tartarischen« und »buddhistisch-kalmückischen Völkern« zusammensetzen und dem Großrußland und die Ukraine umfassenden »slavischen Block« gegenüberstehen. In Großrußland selbst wollte Ludendorff die Quadratur des Zirkels bewerkstelligen, indem er dort »einen zuverlässigen Freund und Verbündeten« zu gewinnen gedachte, der gleichzeitig »in möglichster politischer, militärischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland eine wirtschaftliche Kraftquelle Deutschlands« werden sollte.

Auch in der Behandlung der russischen Schwarzmeer-Flotte vergriff sich Ludendorff, indem er elementare diplomatische Gepflogenheiten ebenso mißachten zu können glaubte wie das ungeschriebene Gesetz der Fairneß einem geschlagenen Feind gegenüber. Seinem Bestreben, die russische Schwarzmeer-Flotte nach »Kriegsbeuterecht« zu beschlagnahmen, wurde nicht nur vom AA auf das heftigste widersprochen, sondern auch von der Marine. Die Quellen beweisen, daß vom Admiralstab (Holtzendorff) über den örtlichen Marinebefehlshaber (Hopman) bis zum einzelnen Seeoffizier herab dieses das soldatische Ehrgefühl verletzende, an Piraterie grenzende Unternehmen Ludendorffs abgelehnt wurde. Die monatelang darüber geführten schweren Auseinandersetzungen sind beispielhaft dafür, daß Ludendorff in seinen Auffassungen und Absichten nicht einmal fest blieb, sondern sich beeinflußbar und schwankend, dabei aber dreinfahrend, gereizt und herrisch zeigte.

Kühlmann hat die in diesem und anderem Zusammenhang der Sowjetregierung gestellten Forderungen stets abzumildern vermocht und sie auf diplomatischem Wege durchzusetzen versucht. Frucht dieses Bemühens war der Berliner Ergänzungsvertrag vom 27. August. Dieser Vertrag ist in erster Linie unter dem Blickwinkel des Gegensatzes zwischen AA und OHL zu betrachten. Auf diese Weise wird eine bisher noch nicht erkannte Möglichkeit zur Beurteilung des Vertrages gewonnen. Krieges Wort, man habe die Generale an die Kandare legen müssen, um ihrem Treiben im Osten ein Ende zu machen, offenbart das Grundmotiv, aus dem heraus das AA dieses Abkommen mit der Sowjetregierung schloß. Es läßt auch deutlicher als jedes Aktenzeugnis das Moment der Zwangsläufigkeit,

das den Ostkurs des AA wesentlich bestimmte, erkennen. Kühlmann, Hintze und Kriege sahen besonders die Bestimmungen über Livland und Estland als eine für Rußland im Grunde unerträgliche Lösung an. Jedoch schien ihnen ein Widerstand in dieser Sache angesichts der Haltung Ludendorffs, aber auch des Kaisers und weiter Kreise des deutschen Volkes von vornherein aussichtslos. So konnte es ihnen nur darauf ankommen, die Abtrennung dieser Provinzen von Rußland auf vertraglichem Wege zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Ausspruch Hintzes zu verstehen, den er am 2. September vor dem Bundesratsausschuß tat. Er sagte dort, der Friede von Brest-Litowsk (und damit auch der Ergänzungsvertrag) habe die Beziehungen zu Rußland endgültig festgelegt. Er konnte hiermit nur gemeint haben, daß durch die Ostfriedensverträge der Entente jede Möglichkeit genommen sei, sich in die Regelung des Ostproblems einzumischen. Über die Notwendigkeit dagegen, den Brest-Litowsker wie den Berliner Vertrag gegenüber der russischen – bolschewistischen oder sonstigen – Regierung zu revidieren, gab man sich im AA keinen Illusionen hin.

Hintze hat den Ergänzungsvertrag trotz aller Schwierigkeiten, die ihm besonders von der OHL in den Weg gelegt wurden, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Daß er gewillt war, ihm viele andere außenpolitischen Rücksichten – selbst die Rücksicht auf das Bündnis mit der Türkei – unterzuordnen, zeigt seine Rücktrittsdrohung in der Baku-Angelegenheit kurz vor Unterzeichnung des Vertrages. Schon einen Monat vorher, als das AA die OHL zur Aufgabe ihrer Unterstützung General Krasnovs zu zwingen versuchte, hatte er dieses Pressionsmittel – auf dem noch wirksameren Wege über den Reichskanzler – mit Erfolg angewandt. Das damals noch von gegenseitigem Vertrauen getragene Verhältnis zwischen Hintze und Ludendorff, besonders auch die soldatisch knappe, mit Brisanz geführte Sprache des Konteradmirals waren wohl jeweils ausschlaggebend dafür, daß der General seinen Widerstand gegen die Fortführung der Ergänzungsverhandlungen aufgab.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung war der ganze Ergänzungsvertrag tatsächlich bereits »Makulatur«, wie Helfferich vorausgesagt hatte. Er war Papierwerk, weil man in Moskau andere Vorstellungen über seine Dauerhaftigkeit hatte als in Berlin. Die angeführten russischen Stimmen zu dem Vertrag zeigen, wie er in Moskau eigentlich aufgenommen wurde. Zwar bedeuteten einige seiner Artikel an sich schon einen erheblichen Gewinn für die bolschewistische Sache, so der Verzicht Deutschlands auf Unterstützung irgendwelcher Loslösungsbestrebungen in Rußland und der Verzicht auf jede Einmischung in das russische – d. h. kommunistische – Wirtschaftsleben. Damit war die von der OHL und überhaupt von der deutschen Wirtschaft geforderte und beabsichtigte »wirtschaftliche Durchdringung« Rußlands unmöglich gemacht worden. Aber die Sowjetregierung sah die ihrerseits Deutschland gebrachten territorialen und finanziellen Opfer als nur vorübergehend an. Genausowenig wie Lenin den Brester Vertrag einer Durchsicht gewürdigt hatte, beschäftigte er sich mit den einzelnen Klauseln des Ergänzungs-

vertrages. Nach einer am 19. September 1918 in der Severnaja Kommuna abgedruckten Erklärung Zinov'evs soll Lenin keine Stunde gebraucht haben, um über diesen Vertrag zu beraten¹⁵.

Nach all diesen Ausführungen kann im Abschluß des Berliner Ergänzungsvertrages nicht mehr ohne weiteres eine »Normalisierung« oder »Stabilisierung« der deutsch-russischen Beziehungen gesehen werden, wie das in der westlichen Geschichtswissenschaft bisher der Fall war¹⁶. Es ist nicht angängig, von einem durch den Vertrag herbeigeführten »Wandel« im deutsch-russischen Verhältnis¹⁷ zu sprechen. Auf keinen Fall kann von einem »deutsch-russischen Bündnis«¹⁸ die Rede sein. Sowjetrussische Historiker wenden sich mit Recht gegen eine solche Charakterisierung des Vertrages¹⁹. Weder von der OHL (Ludendorff) noch vom AA (Kriege) wurde ein »regelrechtes Bündnis« mit der Sowjetregierung für möglich gehalten. Selbst bei der gemeinsam geplanten Operation gegen die Murmanküste erachtete man auf beiden Seiten ein Zusammenkämpfen deutscher und bolschewistischer Truppen »Schulter an Schulter« für ausgeschlossen. Es war lediglich eine Parallelaktion deutscher Streitkräfte gegen Murmansk und bolschewistischer gegen Archangel'sk vorgesehen. Ebenso sollte der – bisher unbekannte – Plan eines deutsch-bolschewistischen Marsches auf Baku in zwei aufeinanderfolgenden Aktionen durchgeführt werden.

Auf bolschewistischer Seite sah man diese Kooperation wie überhaupt das »Zusammengehen« mit Deutschland als rein zweckgerichtet, als notgedrungen und zeitweilig an. Lenin hat das einmal rückschauend mit folgenden Worten formuliert: »Es konnte scheinen, als wäre eine Art Block der ersten sozialistischen Republik mit dem deutschen Imperialismus gegen einen anderen Imperialismus entstanden. Aber wir haben keinerlei Block geschlossen und sind nirgends so weit gegangen, daß die sozialistische Staatsmacht gefährdet oder kompromittiert worden wäre, sondern haben den Zwist zwischen den beiden imperialistischen Gruppen so ausgenutzt, daß zuletzt beide das Spiel verloren. Deutschland hat aus dem Brester Frieden nichts herausgeholt als einige Millionen Pud Getreide, dafür aber die bolschewistische Zersetzung nach Deutschland eingeschleppt. . . Wir gewannen . . . ein wenig Zeit und opferten dafür lediglich sehr viel Raum.«²⁰ Das »Zusammenwirken« des bolschewistischen Rußland mit Deutschland kann mit dem heute gebräuchlichen Schlagwort »friedliche Koexistenz« durchaus treffend charakterisiert werden, wenn man darunter im kommunistischen Sinn

¹⁵ Aus dem vom Nachrichtenoﬃzior beim Oberbefehlshaber Ost zusammengestellten »Beweismaterial für die von der Räteregierung ausgehende bolschewistische Agitation gegen das deutsche Volk und Heer«, 1918 X 10 (PA, D 131 adh. 3 Bd. 2).

¹⁶ Z. B. Legters 239; s. auch Carr III 86.

¹⁷ Gatzke 77.

¹⁸ Freund 245.

¹⁹ Achtamzjan 197; Brjunin 224 Anm. 77, 242 Anm. 122; Kobljakov 3.

²⁰ Lenin, Werke XXXI 436 (Rede 1920 XII 6).

eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus versteht. Für Lenin bedeutete Koexistenz mit Deutschland nur eine Wegstrecke zum vollen Sieg des Sozialismus auf Erden.

Diese Überlegungen führen zu der Frage, wie sich die verantwortlichen deutschen Politiker zu dem Phänomen des Bolschewismus gestellt haben. Das deutsch-russische Zusammenspiel im Sommer 1918 ist wie die Reise Lenins durch Deutschland im April 1917 und der Brest-Litowsker Vertrag von deutscher Seite als Mittel der Kriegführung angesehen worden. Nur aus dieser Kriegsbedingtheit, aus seinem Charakter als rein zweckgerichteter Interessengemeinschaft ist es adäquat zu beurteilen.

Nach Kühlmanns und Hintzes Auffassung bedeutete die Herrschaft der Bolschewisten die militärische Ohnmacht Rußlands, die ein Mindestmaß an Ruhe im Osten verbürgte. Deshalb waren sie geneigt, den Bolschewismus nicht nur zu dulden, sondern ihn auch zu fördern; ja sie waren sogar bereit, ihn in Augenblicken drohenden Zusammenbruchs vor dem Untergang zu retten. Die Förderung erfolgte z. B. in Form von Geldmitteln während der Mirbach- und Helfferich-Mission; auf diese Weise sollte die Gefahr einer Entente-Orientierung der Bolschewisten verhütet werden. Indirekte militärische Unterstützung wurde den Bolschewisten dadurch zuteil, daß Deutschland ihnen die Möglichkeit gab, Truppen von der westlichen Demarkationslinie an die Tschecho-Slowaken-Front zu werfen. In kritischen Momenten der bolschewistischen Herrschaft, z. B. im August, beabsichtigte das AA sogar, die Sowjetregierung durch militärisches Eingreifen deutscherseits vor dem Sturz zu bewahren. Mit diesen direkten oder geplanten Maßnahmen zur Stützung der Bolschewisten verfolgte das AA immer das Ziel, die Wiedererrichtung einer Ostfront zu verhindern.

In dieser Hinsicht besitzt Kühlmanns und Hintzes Ostkonzeption sicherlich Logik und Konsequenz. Dennoch verließ sie den Bereich der Realität und Zweckmäßigkeit, als im Oktober auf Veranlassung des AA Kohlesendungen nach Petersburg abgingen, um dort die bolschewistische Herrschaft zu sichern, und zum selben Zeitpunkt auch noch Waffenlieferungen versprochen wurden. Aber auch außer diesen vom AA begangenen Absurditäten weist die deutsche Ostpolitik vom Herbst 1918 Grotesken auf: So verfolgte die OHL noch im September die Absicht, auf dem Kaspischen Meer die Seeherrschaft zu erringen; und die von den Mehrheitsparteien getragene Regierung Max von Baden war noch in der zweiten Oktoberhälfte bestrebt, den deutschen Einfluß in der Ukraine über die Niederlage hinaus zu retten. Hier wie dort wurde eine Politik voller Trugschlüsse betrieben und offenbarte sich ein schreiendes Mißverhältnis zwischen hochgespannten Erwartungen und tatsächlicher Machtgrundlage. Den für diese Politik Verantwortlichen war eben ein Zusammenbruch von der nachher erfahrenen Totalität unvorstellbar.

Um die Frage weiterzuverfolgen, wie man in der deutschen Regierung die Gefahr des Bolschewismus einschätzte, muß gesagt werden, daß man sich darüber besonders im AA Illusionen hingab. Hintze glaubte jedenfalls machiavellistisch

zu handeln, als er im September vor der deutschen Öffentlichkeit den Roten Terror in Rußland bewußt beschönigte. Geheimrat Nadolny ließ es noch einige Tage vor Ausbruch der deutschen Novemberrevolution »dahingestellt« sein, ob der Bolschewismus tatsächlich eine große Gefahr für Deutschland bedeute. Dennoch war man im AA über das Wesen des Bolschewismus informiert. Kühlmann hatte es aus eigener Anschauung während der Brester Verhandlungen und später durch Mirbachs und Riezlers Berichte kennengelernt. Hintze wurde von Helfferich und Hauschild beschworen, sich nicht mit »einem offenkundigen Bankerott« und den »an der Unterhöhnung des deutschen Staatsgebäudes arbeitenden Kräften« einzulassen. Die deutschen diplomatischen und militärischen Vertreter in Rußland wiesen auf die Kombinationsmöglichkeiten innerhalb der antibolschewistischen Gruppen hin: auf das Moskauer Rechte Zentrum, die Provisorische Sibirische Regierung, die Lettenregimenter, die Kosakenheere General Krasnovs. Sie erbaten Geld zur Unterstützung monarchistischer Gruppen und erhielten es sogar, wenn auch in bescheidenem Umfang. Sie versicherten, daß es zum Sturz der von Hungerrevolten und Tschecho-Slowaken bedrohten bolschewistischen Herrschaft nur eines geringen Anstoßes von deutscher Seite bedürfe. Major Schubert hielt dazu einige deutsche Bataillone für ausreichend²¹. General Hoffmann machte sich noch im Oktober anheischig, mit seinen schon von bolschewistischen Ideen angekränkelten Truppen nach Moskau zu marschieren. Doch das AA ließ sich »aus höheren politischen Rücksichten« nie für eine gegen die bolschewistische Regierung gerichtete Intervention gewinnen.

/ Ludendorff beugte sich im Sommer 1918 wider bessere Erkenntnis der bestechenden Logik Hintzes, daß es utilitaristisch sei, mit den Bolschewisten zusammenzuarbeiten und sie dabei auszunutzen. Nach dem Krieg glaubte Ludendorff, es wäre doch besser gewesen, »mit den Truppen, die wir im Osten hatten, einen kurzen Schlag auf Petersburg, mit Hilfe der Donkosaken auch einen in Richtung auf Moskau zu führen. Das wäre besser gewesen als die Abwehr auf langen Fronten.«²² Genauso wie er dachten auch andere 1918 im Osten stehende füh-

²¹ Hoffmann II 224. – Schubert bestreitet die Richtigkeit dieser Angabe Hoffmanns. Sie könne sich höchstens auf die Bataillonsforderung der Moskauer Gesandtschaft nach dem Mirbach-Mord und in diesem Zusammenhang gemachte Äußerungen beziehen. (Persönliche Unterredung 1965 X 8.) S. Anm. 23.

²² Ludendorff, Kriegserinnerungen 529. – Schubert sieht in Ludendorff den »Begründer der Tradition des Kampfes gegen den bolschewistischen Kreml«. Von den stets unter vier Augen gehaltenen Besprechungen mit Ludendorff im Großen Hauptquartier habe er die Gewißheit davongetragen, daß der General den Kampf gegen den Bolschewismus von der Hauptentscheidung des Krieges im Westen abhängig gemacht habe. Von diesem Standpunkt aus solle man auch Ludendorffs Hartnäckigkeit, den Kampf im Westen trotz anerkannten Vernichtungswillens der Gegner fortzusetzen, beurteilen. Ludendorff sei im August 1918 zwar ein offensichtlich körperlich und geistig überanstrengter Mann, aber jedenfalls in Ostfragen in seinen Lagebeurteilungen und Weisungen völlig auf der Höhe der Situation gewesen. Man solle daher in jener Hartnäckigkeit den richtigen Instinkt Ludendorffs sehen, daß die Frage Sieg oder Niederlage innerhalb der westlichen Welt überhaupt überholt, die Frage der Einigung gegen den Kreml nur eine Zeitfrage sei. In so völlig neuer, der bisherigen Vor-

rende Militärs wie General Hoffmann, General von der Goltz und Admiral Hopman.

Kühlmann indes war der Meinung, daß eine revolutionäre Bewegung wie der Bolschewismus nicht mit Bajonetten zu vernichten sei. Zumindest hätten nicht im entferntesten die dazu benötigten Machtmittel bereitgestanden. Mit einem Marsch auf Moskau und Petersburg wäre die Sowjetregierung zwar gestürzt, damit der Bolschewismus aber nicht aus der Welt geschafft worden. Lenin und Radek haben die deutschen Vertreter mit Recht auf die »Erfahrungen« Deutschlands in der Ukraine hingewiesen. Dort überzog ein 600 000 Mann starkes Okkupationsheer das Land; der Bolschewismus wurde dadurch nicht ausgerottet, sondern nur in den Untergrund verbannt. Die revolutionären Ideen hatten tatsächlich schon tiefe Wurzeln geschlagen. Zu ihrer Bekämpfung in Rußland selbst wäre ein weit größeres Heer als in der Ukraine notwendig gewesen, das zudem auch noch alliierten Interventionsarmeen hätte gegenüber treten müssen; denn die Bolschewisten wären mit der Entente ebenso eine Verbindung eingegangen, wie sie im August deutsche Streitkräfte gegen englische Landungstruppen in Murmansk zu Hilfe gerufen haben²³.

stellungswelt unbekannter Weltlage solle man den richtigen Instinkt historisch gerade dann anerkennen, wenn der Feind zum Schaden des Ganzen den falschen Instinkt gehabt habe. (Schubert 22.) – Der fortdauernde Krieg im Westen sei der Hauptgrund dafür gewesen, warum Ludendorff nicht schon im Sommer 1918 gegen den Bolschewismus eingeschritten sei. Ludendorff habe »später« (im Oktober 1918?) mit Recht erwartet, daß die bisher feindliche Entente ebenso auf Deutschlands Seite treten würde, wie es offenbar große Teile der russischen »nationalen und religiösen Wehrmacht und auch Bevölkerung« schon seit Juni 1918 getan hätten. Ferner sei sich Ludendorff im August 1918 ganz klar darüber gewesen, daß die deutschen militärischen Kräfte nur so weit reichten, um das durch Brest befreite und gesicherte Gebiet zu halten, nicht aber für die Eroberung des ganzen Landes. Außerdem sei Ludendorff ja bekannt gewesen, daß »der nationale und religiöse Russe« gar nicht von ausländischer Wehrmacht habe befreit, dieses vielmehr habe selbst tun wollen und es für notwendig gehalten habe, am zukünftigen Friedensverhandlungstisch mit seinen früheren Verbündeten zusammensitzen »trotz aller neuen Freundschaft mit Deutschland«. Schließlich sei sich Ludendorff im August 1918 auch klar darüber gewesen, daß die Truppen der bisherigen Ostfront qualitativ der Verstärkung durch »Korsettstangen« von der Westfront bedurft hätten, also dort Frieden mit der Entente habe herrschen müssen. (Private Mitteilung 1965 IX 19.)

²³ Diese Überlegungen werden durch ähnliche Erwägungen Schuberts bestätigt. Schubert stellt in seinen Lebenserinnerungen (18 ff.) die Frage, warum Deutschland 1918 keinen Truppenkrieg gegen den Kreml geführt habe, um – selbst auf die Gefahr hin, daß die nachfolgende Regierung die Ostfront gegen Deutschland hätte neu entstehen lassen – den Unmenschlichkeiten der Bolschewiki ein Ende zu machen. Von seiner Seite sei der OHL dieser Rat nie gegeben worden. Er sei der Meinung gewesen, daß eine russische Regierung auf deutschen Bajonetten in Rußland keinen Bestand haben würde. Ein neues Chaos wäre die Folge gewesen, aus dem die Bolschewiki – da am rücksichtslosesten – als erneute Sieger hervorgegangen wären. Außer diesem grundsätzlichen politischen Bedenken habe er auch einen schnellen militärischen Erfolg keineswegs für sicher gehalten trotz der riesengroßen zahlenmäßigen Überlegenheit über die damals kümmerliche Rote Armee. Von Orscha bis Moskau wären es immerhin in der Luftlinienentfernung 450 km gewesen. In diesem Raum habe es zwar keinerlei russische Festungen gegeben; aber er wäre damals unschwer in eine in jeder Ortschaft

Und wie stand es mit der Stärke und dem Zusammenhalt der bolschewikifeindlichen Strömungen in Rußland? Das Beispiel der Samara-Regierung zeigt, wie tief die einzelnen Gesellschaftsklassen in Rußland untereinander verfeindet waren, so daß eine Koalition zwischen Sozialisten (Sozialrevolutionären), Liberalen (Kadetten) und Konservativen (Monarchisten), die der bolschewistischen Herrschaft etwas Ebenbürtiges oder Überlegenes gegenübergestellt hätte, eine Illusion bleiben mußte. Der ganze Verlauf des russischen Bürgerkrieges mutet an wie der Kampf eines Einäugigen gegen einen Blinden, wobei der erstere – da noch im Besitz des Augenlichts – naturgemäß den Sieg davonträgt. Die bolschewikifeindlichen Organisationen waren tatsächlich unfähig, eine auf dem Volk gegründete antibolschewistische Bewegung aufzubauen und zu leiten. Das ist auch aus be-rufenem Munde bezeugt. So schreibt Denikin in seinen »Skizzen der russischen Wirren« über diese Organisationen: »Da sie keine Mittel, kein Vertrauen untereinander, keine Klarheit in ihren gegenseitigen Beziehungen, vor allem keine tatsächliche Macht hatten, verlief ihre Tätigkeit anfangs saft- und kraftlos, ohne zu irgendwelchen Ergebnissen zu führen. . . Es waren Führer ohne Volk.«²⁴ Das deutsche AA hat also mit Recht auf die Kraft dieser antibolschewistischen Organisationen nicht gebaut. Kühlmann und Hintze haben gewiß nicht ohne Vorbedacht vermieden, den Finger in den »brodelnden Kessel der russischen Revolution« zu stecken. Zur Intervention im revolutionären Chaos Rußlands hätte es zumindest einer größeren Geschlossenheit und Einheitlichkeit in der deutschen Ostpolitik bedurft. Diese Voraussetzung aber fehlte. Der Vertrag von Brest-Litowsk wie seine Ausführung ergab immer nur halbe Lösungen. Die Möglichkeit zu einer ganzen Lösung – *entweder* größtmögliche Konzentration des deutschen Kräftepotentials im Westen *oder* Vernichtung des Bolschewismus – war von vornherein durch das Gegeneinander von Militärs und Politikern in Deutschland verschüttet.

Der eigentliche Gewinner des deutsch-russischen Zusammenspiels vom Sommer 1918 war Lenin. Während der »gewaltigen Rückzugsbewegung«, als die er in späteren Jahren den Brester Vertrag und seine Auswirkung kennzeichnete²⁵, erreichte

und in jedem Wald provisorisch zu verteidigende Tiefenzone zu verwandeln gewesen. Die von Lenin zum Kampf gegen die Hungersnot der Städte und der Armee geschaffenen »Kombedy« (Komitees der Armut) wären die gegebenen Partisanen gewesen, wenn die deutsche Ostarmee wieder angegriffen hätte. Sie wären auch von den antibolschewistischen Bauern unterstützt worden. Denn diese hätten – ganz anders als 1941 nach über 20 Jahren Sowjet-herrschaft – in den deutschen Soldaten nicht die Befreier gesehen. Bedenke man außerdem den damaligen Zustand des deutschen Mannschaftsersatzes, der – wieder ganz anders als im Zweiten Weltkrieg – gegen sozialistische Verhetzung nicht gefeit gewesen sei und über vier Jahre Krieg hinter sich gehabt habe, so hätte in dem Zusammentreffen mit den zahllosen Kombedy, selbst wenn sie nicht geschossen hätten, eine ernste Verseuchungsgefahr in dem 450 km tiefen Vormarschraum gelegen. Petersburg wäre nur knapp 200 km entfernt gewesen. Aber seine Eroberung hätte 1918 ebensowenig über das Schicksal des Moskauer Kreml entschieden, als es 1941 zu erwarten gewesen sei.

²⁴ Denikin 75, 89.

²⁵ Lenin, Werke XXXIII 97.

er die für die Konsolidierung der bolschewistischen Herrschaft notwendige Atempause. In der sowjetrussischen Geschichtsschreibung werden der Abschluß des Brester Friedens und die darauffolgende Zeit des »Lavierens, Abwartens und Zurückweichens« als klassisches Beispiel für die Taktik Lenins angesehen, die tiefen Widersprüche im »imperialistischen Lager« für die Zersetzung der Kräfte des Gegners und der Verbreiterung der bolschewistischen Machtgrundlage auszunutzen²⁶. An diesem Urteil ist nichts auszusetzen. Lenin hatte es mit einer Nüchternheit, die auch die anfänglich schmale Basis der eigenen Machtposition nicht verkannte, schon selbst ausgesprochen: »Brest ist dadurch bedeutsam, daß wir es hier zum erstenmal in gigantischem Maßstab, unter unermeßlichen Schwierigkeiten verstanden haben, die Gegensätze zwischen den Imperialisten so auszunutzen, daß zuletzt der Sozialismus dabei gewann. . . Wenn wir durchgehalten haben, obwohl unsere militärische Stärke gleich Null war, obwohl wir wirtschaftlich nichts aufzuweisen hatten und uns ununterbrochen auf absteigender Linie dem Abgrund des Chaos zu bewegten; wenn wir durchgehalten haben, so geschah dieses Wunder nur, weil wir den Zwist zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus richtig ausnutzten. . . Dadurch, daß wir der einen imperialistischen Gruppe Zugeständnisse machten, schützten wir uns sogleich vor den Verfolgungen beider imperialistischer Gruppen.«²⁷

* * *

Am 8. November 1918 wurden im Salonwagen des alliierten Oberkommandierenden zu Compiègne einer deutschen Delegation unter Erzberger die Waffenstillstandsbedingungen vorgelesen. In Artikel 15 und 19 hieß es: »Verzicht auf die Verträge von Bukarest und Brest-Litowsk und ihre Zusatzverträge. . . Rückerstattung des russischen oder rumänischen Geldes, welches von den Deutschen beschlagnahmt oder ihnen ausgeliefert worden ist.« Am selben Tag, dem Jahrestag des bolschewistischen Friedensdekrets, hielt Lenin in Moskau eine Rede, in der er mit anderen Worten dasselbe Verdikt über die deutsche Ostpolitik – d. h. über die Ostpolitik Ludendorffs, seines eigentlichen Gegenspielers von Brest-Litowsk – fällt: »Wir sehen, daß Deutschland seine Herrschaft hätte behaupten und daß es sich zweifellos eine günstige Position im Westen hätte erkämpfen können, wenn es während der Brester Verhandlungen einigermaßen Selbstbeherrschung geübt, einigermaßen kaltes Blut bewahrt hätte und fähig gewesen wäre, sich aller Abenteuer zu enthalten. . . Zuerst hat er [der deutsche Imperialismus] sich über drei Viertel Europas ausgebreitet und sich unglaublich aufgebläht, dann aber ist er unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt [ostavl'jaja strašnejšee zlovonie].«²⁸

²⁶ S. z. B. Ajrapetjan/Deborin 59.

²⁷ Lenin, Werke XXXI 435.

²⁸ Lenin, Werke XXVIII 150/1.

ANHANG

Vorbemerkung: Die folgenden Dokumente sind im Wortlaut unverändert wiedergegeben, nur in der Kommasetzung ist einiges (ohne nähere Kennzeichnung) behutsam berichtigt worden.

Dokument 1

DENKSCHRIFT DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON ANFANG MAI 1918

(PA, GrHQ, Ru 31 Bd. 12. Maschinenschriftliche Ausfertigung; undatiert, ohne jegliche Vermerke; Entwürfe und Reinkonzept auch in PA, Fi 1 Bd. 5.)

Die Hilferufe, die von verschiedenen Seiten aus Rußland, hauptsächlich aus reaktionären Kreisen an Deutschland ergehen, erklären sich vor allem aus der Angst der besitzenden Kreise um Sicherung ihrer Habe und ihrer Besitzungen vor dem Zugriff der Bolschewiki. Deutschland soll den Büttel spielen, um die Bolschewiki aus dem russischen Haus zu jagen und den Reaktionären wieder Platz zu machen, die dann Deutschland gegenüber genau dieselbe Politik befolgen würden, die vorher die zaristische Regierung der letzten Dezennien geführt hat. Das geringe Häuflein von ganz rechtsstehenden Russen (der Kreis um Durnowo, Markow, Saburow) hatte schon vor dem Kriege keine Bedeutung im Lande und wird auch keine Bedeutung wieder gewinnen, nachdem das ganze Land, namentlich die Bauernschaft, von demokratischen Ideen durchtränkt worden ist und nun davon ihr Heil erwartet. Überdies werden auch diese Kreise, wenn sie wieder ans Ruder kommen sollten, nachdem sie die deutsche Hilfe benutzt haben, genau ebenso denken wie jetzt die Kadetten und die Sozialisten. Sie fühlen genau so wie jeder patriotische Russe, daß der Friede von Brest-Litowsk und namentlich die Folgen dieses Friedens, die sich in unserer baltischen Politik, in unserm Vorgehen in Finnland und in der Krim zeigen, Rußlands Zerstörung bedeutet. Sie werden demgegenüber den Versuch machen, das Land wieder zu organisieren und zu einem Widerstande gegen Deutschland mobil [zu] machen. Einen Dank dürfen wir von diesen Kreisen, die sich doch nur durch eine breitere Anlehnung an das demokratische Bürgertum werden halten können, nicht erwarten. Überdies würden sie in Kürze von den liberalen Kadetten, unseren erbittertsten Feinden in Rußland, abgelöst werden, und wir würden es dann gewesen sein, die unsere eigenen Feinde wieder auf die Beine gestellt haben.

Wir haben zunächst in Großrußland nur das eine Interesse, die zersetzenden Kräfte zu fördern und das Land noch auf lange hinaus schwach zu erhalten, ganz analog wie Fürst Bismarck nach 1871 Frankreich gegenüber verfahren ist, indem er gegen die Wiedereinführung der Monarchie Stellung nahm. Unsere Politik muß sodann dahin gehen, uns mit den abgesplitterten selbständigen Staaten, insbesondere mit der Ukraine, Finnland und der neuen kaukasischen Regierung auf einen guten Fuß zu stellen, dort unseren Einfluß fest zu verankern und die Rußland zugewandten föderalistischen Tendenzen nach Möglichkeit zu unterdrücken.

In der Ukraine ist es daher zu begrüßen, daß die kommunistische Rada, die doch viel Verwandtes mit den Bolschewiken hatte und sich in ihrem, unseren Anschauungen ganz entgegengesetzten Kommunismus über kurz oder lang mit ihm zusammenfinden konnte, einer auf dem Grundsatz des Individualeigentums stehenden neuen Regierung Platz gemacht hat. Bedingung für die neue Regierung ist natürlich in erster Linie, daß sie national ukrainisch und nicht groß-

russisch denkt. Wieweit dies der Fall ist, wird noch abzuwarten sein. Im Kaukasus haben sich die Georgier, das stärkste Element, schon den ganzen Krieg über zu uns gehalten und werden gegenüber Russen und Türken auch weiterhin die Anlehnung an uns suchen. Dasselbe trifft für Finnland zu. Mit unserer Hilfe hat sich Finnland frei gemacht. Die augenblickliche bürgerliche Regierung wünscht durchaus für immer einen Damm zwischen Finnland und Rußland aufzurichten, den keinerlei Brücken mit einander verbinden, denn sie hat von früher her die Erfahrung gemacht, daß jede Brücke unweigerlich zu einem Untergang der Freiheiten Finnlands führt. Die Wortbrüche der Zaren, die die beschworene Verfassung Finnlands vernichtet haben, sind für die finnischen Freiheitskämpfer ein warnendes Beispiel. General Mannerheim, der russischer General gewesen ist und sich als russischer Reaktionär fühlt, ist allerdings mit diesen Traditionen nicht belastet. Seine Haltung ist nicht klar. Ihm schwebt anscheinend die Befreiung Rußlands von dem bolschewistischen Joch im Sinne der Wiedereinführung der Reaktion vor. Das finnische Freiheitsideal steht ihm erst in zweiter Linie. Aus den Berichten der Kaiserlichen Gesandten in Stockholm und in Wasa ergibt sich, daß Mannerheim der deutschen Hilfe selbst zweifelhaft gegenübergestanden hat, daß er jetzt nur gute Miene zum bösen Spiel macht und daß seine russischen Sympathien nicht ganz verschwunden sind, indem er sich bemüht zu unterstreichen, daß er gegen die Revolution kämpft. Seine guten Beziehungen zu den früher in Rußland herrschenden Kreisen bestrebt er sich zu erhalten, und seine alten Sympathien können leicht die Oberhand gewinnen, wenn wir ihm dazu eine Handhabe bieten. Das aber würde bedeuten, daß wir Finnland selbst den Russen wieder ausliefern. Dies verbietet sich von selbst, sollen anders nicht die Erfolge unserer Ostseepolitik, die unser Vorgehen in Finnland bis jetzt schon gehabt hat, zunichte gemacht werden. Wir würden ferner die Sympathien, die uns unser Vorgehen in Finnland bei den uns wohlgesinnten Finnen selbst gebracht hat, aufs Spiel setzen, und in Schweden würden die mit uns sympathisierenden Kreise mit Recht sagen, daß wir selbst die russische Gefahr, die unsere Siege für Skandinavien beseitigt haben, von neuem haben aufleben lassen. In unserem eigenen Volk aber würde man es nicht begreifen, daß wir, um in Rußland der Reaktion zu helfen und dort Verhältnisse zu schaffen, die uns nur schaden, die russischen Pläne des General Mannerheim dadurch ermöglicht haben, daß wir unsere Truppen als seine Arrière-Garde in Finnland beließen.

Das Ziel unserer finnischen Politik muß ebenso wie in den übrigen abgesplitterten Staaten dahin gehen, möglichst bald Finnland auf die eigenen Beine zu stellen, aber so, daß es an uns angelehnt und unser Werkzeug gegen Rußland bleibt. Wir müssen darnach streben, Finnland an das nördliche offene Eismeer und möglichst auch an die Bucht von Archangelsk zu bringen, um einen Schutzmann auch an dem nördlichen Seeausgang Rußlands zu haben. Dies könnte sich durch Herbeiführung eines Ausgleichs erreichen lassen, wie ihn die russische Regierung bereits getroffen hatte, nämlich in der Weise, daß Finnland einige Konzessionen im Süden in der Nähe von Petersburg an Rußland zu machen hätte und Finnland dafür Gebietserwerbungen an der Eismeerküste oder in Karelrien von Rußland zugestanden werden. Selbstverständlich liegt ein baldiges Abkommen zwischen Finnland und Rußland auch im deutschen Interesse.

Was Rußland anbetrifft, so haben wir ein Interesse daran, mit ihm bald zu wirklich geregelten Verhältnissen zu kommen, um das Land wirtschaftlich zu erfassen. Je mehr wir uns in seine inneren politischen Verhältnisse einmischen, umso mehr würde sich die ohnehin zwischen uns und Rußland bestehende Kluft, die zu einer Reihe von russischen Protesten Anlaß gegeben hat, vertiefen. Es darf nicht übersehen werden, daß der Frieden von Brest-Litowsk nur von den Bolschewisten, und auch nicht einmal von allen, ratifiziert worden ist, daß dagegen die übrige extreme Linke, namentlich die Sozialrevolutionäre sowie die Sozialdemokraten, sich gegen seine Ratifizierung ausgesprochen haben und daß die weiter rechts stehenden Parteien ihn ebenso wenig gutheißen. Es liegt daher in unserem Interesse, daß die Bolschewiki zunächst am Ruder bleiben. Sie werden, um sich an der Macht zu erhalten, vorläufig alles tun, um uns gegenüber den Anschein der Loyalität zu wahren und den Friedenszustand mit uns zu erhalten. Andererseits werden die Führer als jüdische Geschäftsleute bald von ihren Theorien zu Gunsten einer gewinnbringenden Praxis in Handel und Verkehr ablassen. Hier muß eingesetzt werden, langsam,

aber zielbewußt. Das russische Verkehrswesen, die Industrie und die ganze Volkswirtschaft müssen in unsere Hand kommen. Es muß gelingen, den Osten für uns auszubeuten. Dort sind die Zinsen für unsere Kriegsanleihen zu holen. Wenn unsere Politik diese Linie verfolgt, schließt das nicht aus, daß wir für alle Fälle mit der Zeit auch vertraulich mit anderen Parteien, die sich uns nähern wollen, Fühlung nehmen.

Die Gegenarbeit der Entente werden wir stets sorgfältig im Auge zu behalten haben, ohne uns aber in unserer eigenen Tätigkeit dadurch beeinflussen zu lassen. Sollte die Entente es versuchen, sich mit den reaktionären Kreisen in Verbindung zu setzen, so wird sie wahrscheinlich keine Gegenliebe finden. Denn diese sind durch die Erfahrung des Krieges gewitzigt. Außerdem würde sie dadurch die Bolschewiken und die sozialistischen Kreise in unsere Arme treiben. Die liberalen und hauptsächlich die kadettischen Elemente hat sie aber schon jetzt für sich. Wir würden diese Elemente nur gewinnen können, wenn wir den Brest-Litowsker Frieden und alle seine Forderungen wieder streichen würden. Da dies außer Frage steht, so ist jede Zukunftshoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit diesen Elementen, die den größten Teil der russischen Intelligenz bilden, von vornherein ausgeschlossen.

Dokument 2

DIE KAISERLICH DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETUNG IN MOSKAU
AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, D 131 secr. Bd. 18 Bl. 184/5. Maschinenschriftliche Ausfertigung; Vermerke des Kaisers handschriftlich vom 3. 7. 1918; Präsentvermerk: 29. Juni 1918.)

K.Nr. 183

Moskau, den 21. Juni 1918

Durch Königl. Feldjäger

1 Anlage

Euerer Exzellenz überreiche ich gehorsamst in der Anlage Abschrift eines Briefes der Baronin A. Hartong, Gattin eines Hofstallmeisters des früheren Kaiserlichen Russischen Hofes. So *belanglos*¹ auch der Inhalt ist, so ist er doch *charakteristisch* für die *naive Auffassung und die Verworrenheit, die in diesen Kreisen herrschen.*

gez. Mirbach

Inhalt: Abschrift eines Briefes
der Baronin A. Hartong

Monsieur le Comte,

Je trouve de mon devoir Vous prévenir des choses suivantes: avant Votre arrivé en Russie, tout Moscou ainsi que Petrograd Vous attendaient avec impatience, espérant que Vous nous donniez la paix, la possibilité de vivre tranquillement et nous débarrasserez des Bolchewikis et ferez tout Votre possible pour sauver de ces sales mains Notre Famille Impériale. Vous êtes arrivés, notre vie de toutes les classes est devenue plus insupportable, et le peuple pense que c'est Vous *qui soutenez les bolchewikis au lieu de nous débarrasser d'eux, le peuple commence à comprendre que Vous êtes ici pour continuer la désorganisation du pays et pour l'affaiblir davantage sous tous les rapports.*² Le terrible bruit qui court de l'assassinat de l'Empereur et de Sa Famille le peuple est

¹ Die hier kursiv gedruckten Worte wurden vom Kaiser unterstrichen. Daneben vermerkte er: »Donnerwetter! So ein Esel! Nicht in diesen Kreisen, sondern beim Gesandten! Der Mann ist total blind und verbolschewikt! Blamage!«

² Der Kaiser schrieb an den Rand dieses Satzes: »Stimmt! Ich habe immer davor gewarnt! Das sind die Fortschritte der Entente!«

*sûr que c'est aussi l'affaire des bolchewikis faite par l'ordre des allemands*³, la même chose que pendant la révolution tous les meilleurs officiers étaient tués dans toute la Russie *par l'ordre des allemands*. Le peuple Russe commence à comprendre tout et se reveille et *maintenant il n'attend rien des allemands il pense que les alliés viendront les sauver*.

Agréé, Monsieur le Comte, l'expression de mes sentiments les plus respectueux.

signé A. Hartong⁴

Dokument 3

SCHREIBEN GENERAL LUDENDORFFS AN GENERAL GROENER

(BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/171. Abschrift; undatiert; handschriftlicher Vermerk am Kopf: »Überbracht durch Hauptmann von Rothkirch am 12. Juni bei Durchreise des Fürsten Tundutoff durch Kiew«.)

Geheim!!

Die überspannten Forderungen, die die türkische Regierung während der Verhandlungen in Batum an die transkaukasische Republik stellte, führten dazu, daß die transkaukasische Republik auseinanderfiel.

Georgien erklärte seine Unabhängigkeit.

³ Wilhelm II. dazu: »Ganz begreiflich.«

⁴ Unter diesen Brief schrieb der Kaiser folgendes: »*Stimmt völlig mit meinen Warnungen überein!* Wir haben durch unser zu starkes Betonen der Bolschewikiregierung das Mißtrauen des Russ. Bauern- u. Bürgertums erwirkt, und die Entente nutzt das mit glänzendem Geschick aus. Unsere Politiker haben sich *trotz aller meiner Warnungen*, sich nicht zu sehr mit der Bolsch. Reg. einzulassen, aus Angst um den Brester Frieden und seine Aufrechterhaltung, zu sehr der Reg. genähert — äußerlich. Es hätte *sofort* mit den monarchist. u. anderen Kreisen *nach Brest* die Verbindung aufgenommen werden müssen, statt erst jetzt vor kurzem auf meinen wiederholten Befehl. Man hat *Monate verstreichen*, die russ. Bitten um Hilfe aus allen Kreisen mit Achselzucken mitleidsvoll unberücksichtigt gelassen, aus Angst, den Herren Trotzki oder Lenin zu nahe zu treten oder ihren Zorn zu erregen. Man war durch sehr viele Probolschewiki-Berichte über deren feste Stellung, bewaffnete Macht pp. in ein total falsches Bild geraten und hat sich über die realen Grundlagen und Machtmöglichkeiten der Bolschewiki täuschen lassen. Ebenso über die vermeintliche »Verworrenheit«, »Zerfahrenheit«, »Zusammenhangslosigkeit« etc. der mit Geringschätzung betrachteten antibolsch. Bewegung bzw. ihrer vielen Unterabteilungen. *Die Armee* hat schon seit langem gewarnt und darauf hingewiesen — Thatsachen sind sattsam bekannt —, daß die bolsch. Regierung entweder absolut falsch u. verlogen sei oder total machtlos sei, ihren Befehlen irgendwelchen Nachdruck zu verleihen. Der Brief beweist genau, daß das, was ich so oft betont habe, Thatsache geworden ist: Nämlich daß unser krampfhaftes Festhalten an den Bolschewiki uns in den Verdacht bringen *mußte*, auch gebracht *hat* beim russ. Volk, daß wir die Revolution weiter unterstützen, statt daß wir *ihm Befreiung von ihr und Ordnung bringen, was es von uns erwartete*. Da erscheint die Entente und schreibt den Kampf gegen Mörder, Diebe, Räuber — was Bolschewiki nun mal sind — auf ihr Banner, und auch gegen ihre souteneurs, die *Deutschen*, formiert sich Truppen aus Tschecho-Slowaken und kommt als *wirklicher* — scheinbar — Befreier ins Land, und das Volk — auch die besseren Kreise — fallen ihr eo ipso zu. Mirbach hat meine ihm wiederholt gegebenen Warnungen, die Bolschewiki nicht zu hoch einzuschätzen, total überhört; und seine Begleitbemerkungen zu dem sehr wichtigen, aber *sehr ernst* aufzufassenden *Warnungsbrief* der Frau v. Hartong sind ein so schlagender Beweis für seine totale Verkennung der innerpolitischen russ. Zustände, daß sie katastrophal wirken! Er hat sich total unmöglich gemacht. Es rächt sich jetzt wieder der absolute Widerstand Ausw. Amts gegen meine Wünsche, den Adm. v. Hintze — den *einzigsten Kenner* Rußlands in unserem ausw. Dienst — nach Moskau zu schicken! Das zeigt sich jetzt, wo das Unheil über unsere Bolschewikipolitik hereinbricht!«

gez. W.

Die offiziellen bevollmächtigten Vertreter der georgischen Regierung und des georgischen Volkes bitten um Angliederung an das Deutsche Reich in irgend einer uns genehmen Form. Mit Rücksicht auf die großen Mengen von Rohstoffen, die im Kaukasusgebiet für die deutsche Kriegswirtschaft sofort greifbar sind, ferner mit Rücksicht auf die Möglichkeit, eine brauchbare georgische Armee aus den vorhandenen zahlreichen ehemals russischen Offizieren und Mannschaften georgischer Nationalität zu bilden, die gegebenenfalls an der Seite Deutschlands gegen Rußland kämpfen wird, hat sich die deutsche O.H.L. entschlossen,

- 1.) die deutsche Regierung zu ersuchen, die Unabhängigkeit Georgiens anzuerkennen, was bei den besonderen für Georgien vorliegenden staatsrechtlichen Verhältnissen gegenüber der russischen Regierung leichter durchzusetzen sein wird, als bei anderen Teilen des ehemaligen russischen Reiches,
- 2.) darauf hinzuwirken, daß zwischen den 4 verbündeten Mächten einerseits und dem unabhängigen Georgien andererseits möglichst rasch ein Friedensvertrag abgeschlossen wird,
- 3.) daß dann der Bitte Georgiens um Angliederung an das Deutsche Reich stattgegeben wird.

Ebenso wie seitens Georgiens sind auch seitens bevollmächtigter Vertreter des armenischen Volkes sowie seitens der Bevollmächtigten der nordkaukasischen Bergvölker und endlich seitens des Hetmans der Wolgakosaken (Fürsten Tundutoff) an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation Bitten um Angliederung ihrer Länder an das Deutsche Reich gestellt worden. Fürst Tundutoff teilt mit, daß schon im Herbst 1917 Verhandlungen im Gange waren zur Gründung eines Südoststaatenbundes, der die Gebiete der Wolga-Kosaken, der Donkosaken, der Kubankosaken, der Terek-Kosaken und der nordkaukasischen Bergvölker umfassen sollte. Zusammenfassung dieses Südoststaatenbundes mit der transkaukasischen Republik war im weiteren Verlauf der Dinge in Aussicht genommen.

Hat Deutschland in Georgien festen Fuß gefaßt und durch Schaffung einer kleinen deutschen effektiven Macht in Georgien gezeigt, daß es willens ist, seine Interessen im Kaukasus-Gebiet zu behaupten, so werden sich an Georgien automatisch nach und nach weitere kaukasische Staaten angliedern, und es besteht begründete Aussicht, daß sich ein mit Deutschland fest vereinigter Kaukasusblock bildet, der sowohl während des Krieges durch Rohstofflieferung und durch effektive militärische Macht gegenüber Rußland und etwaigem Eindringen der Engländer in das Kaukasusgebiet wie nach dem Kriege in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung von größter Wichtigkeit für Deutschlands Zukunft sein wird.

Die augenblickliche politische Lage erlaubt uns nicht, mit diesem weitausschauenden Programm heute schon gegenüber der russischen Regierung in Moskau hervorzutreten. Wir begnügen uns einstweilen damit, den ersten Schritt in Georgien zu tun. Tundutoff erhielt von mir den Rat, die Kosaken möchten vorerst aus eigener Kraft für ihre Gebiete die zunächst nötigen Schritte tun. Sie sollen ihre Unabhängigkeit erklären, sich mit der ukrainischen Regierung in Verbindung setzen, damit diese ihre Unabhängigkeit anerkennt und freundschaftliche Beziehungen aufnimmt.

Die deutsche O.H.L. wird den Kosaken von Kiew aus die nötigen Waffen und Munition zugehen lassen (unter dem Vorwand, daß, um das Leben der deutschen Kriegsgefangenen in den Kosakengebieten zu sichern, die Kosaken den Bolschewiken gegenüber bewaffnet sein müssen). Später wird die deutsche O.H.L. auch von Tiflis aus den Kosaken sowie den nordkaukasischen Bergvölkern Waffen und Munition zugehen lassen. Auf diese Weise wird später von selbst Tiflis das Zentrum bilden, an das die nordkaukasischen Bergvölker und die Kosaken-Völker hingewiesen werden.

Alle Kenner russischer Verhältnisse sind sich darüber einig, daß in weiterer Ferne der Zusammenschluß Großrußlands und der Ukraine als zweier stammesverwandter slavischer Völker unausbleiblich sein wird. Diesem großen slavischen Block gegenüber würde ein Kaukasus-Block, der sich aus nichtrussischen christlichen Völkern, aus mohammedanisch-tartarischen

Völkern, aus buddhistisch-kalmückischen Völkern, also im ganzen und großen aus Nichtslaven zusammensetzt, ein für Deutschland günstiges Gegengewicht bilden.

gez. Ludendorff

Dokument 4

BRIEF GENERAL GROENERS AN GENERAL OTTO VON MARCHTALER

(BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/171. Maschinenschriftlicher Entwurf mit handschriftlichen Korrekturen Groeners; Datum: Kiew, den 16. 7. 1918.)

Hochverehrtester Herr Generaloberst!

Euere Exzellenz bitte ich, Seiner Majestät dem König meinen alleruntertänigsten Dank für die huldvollste Verleihung des Großkreuzes des Friedrich-Ordens mit Krone und Schwertern zu Füßen legen zu wollen. Diese allerhöchste Auszeichnung aus der alten Heimat hat mich ganz besonders herzlich erfreut¹. Gleichzeitig danke ich Eurer Exzellenz für den gütigen Glückwunsch und Gruß.

Die württembergische Landwehr-Division, die an den Gestaden des Asow'schen Meeres die Wacht hält, hat sich bei den ganzen Unternehmungen in der Ukraine stets als besonders gut und zuverlässig erwiesen, was auch für mich eine besondere Genugtuung war. Es ist nicht abzusehen, welche weiteren Aufgaben der Division in der Zukunft noch vorbehalten sein werden, da im Südosten zurzeit noch alles im Flusse ist und der Eindruck sich von Tag zu Tag mehr verstärkt, daß die Bolschewikenherrschaft in den Gebieten zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer ihrem nahen Ende entgegengeht. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Gebietes und der dahinterliegenden turkestanischen Länder ist für die Versorgung der Heimat während des Krieges ebenso groß wie für die fernere Zukunft. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Güter der Ukraine erst richtig in Bewegung kommen werden, wenn diese aus dem ferneren Osten Zufuhr erhält. Augenblicklich müssen wir aus der Ukraine die Industriegebiete am Donez versorgen, die früher aus dem Kuban-Gebiet und von der unteren Wolga her Getreide und andere Lebensmittel bekamen.

Die Entente ist eifrig bemüht, uns die Gebiete zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer abzuschnüren. Falls die Tschecho-Slowaken Zarizin in Besitz nehmen werden, wo bisher noch die Bolschewiken herrschen, so liegt die Gefahr vor, daß die Don-Kosaken, die zurzeit mehr nach Deutschland neigen, unter den Einfluß der Entente geraten. Glücklicherweise halten die Bolschewiken den wichtigen Wolgaschlüsselpunkt noch. Ich hätte schon seinerzeit bei unserem Einmarsch in die Ukraine gewünscht, Zarizin mit einer deutschen Division zu besetzen, was eine Leichtigkeit gewesen wäre, leider aber war uns damals mit den Kräften der Atem ausgegangen, und die Oberste Heeresleitung konnte wegen der Offensive im Westen nichts mehr schicken.

Die Bolschewiken in Moskau werden sich vermutlich länger halten als die im Kaukasus-Gebiet. Für uns wird dies kein Nachteil sein, da wir nicht wünschen können, daß in Moskau eine ententefreundliche Regierung, etwa der Sozialrevolutionäre, Menschewiken oder Links-Kadetten ans Ruder kommt. Da der Bolschewismus als staatenbildender Faktor vollkommen abgewirtschaftet hat, muß meines Erachtens unsere Politik mit Hilfe der bolschewistischen Machthaber so lange Zeit gewinnen, bis die größtenteils deutschfreundliche monarchistische Bewegung, deren linkem Flügel die Rechts-Kadetten sich angeschlossen haben, stark genug geworden ist, um wieder regierungsfähig zu sein. Zurzeit ist dies meines Erachtens noch nicht der Fall. Vor allem hat man gar kein klares Bild, wie die Masse der russischen Bauernschaft sich zur Wiedereinführung der Monarchie stellt. Man sollte glauben, daß gerade die Bauernschaft als konservatives Element leicht gewonnen werden könnte, aber die revolutionären Ideen haben den

¹ Die Auszeichnung hatte Groener am 9. Juli erhalten. S. das Schreiben des württembergischen Kriegsministers an Groener, Stuttgart 1918 VI 27, in BA/MA, Nachlaß Groener, H 08-46/23 Bl. 443.

Landhunger der Bauernschaft derartig aufgepeitscht, daß sie, wie ich fürchte, zurzeit noch nicht mit ihrer Masse die alte Anhänglichkeit an den Zaren wiedergefunden hat. Eine zukünftige Monarchie in Großrußland gerät von vornherein in einen sehr schweren Konflikt, der, wie seit alters, aus der Agrarfrage entstehen muß. Auf der einen Seite drängen die Bauern und wollen Land haben, auf der anderen Seite hindern die Großgrundbesitzer und deren Anhang, auf die sich die monarchistische Bewegung ebenfalls stützen muß, jede großzügige Reform. Somit wird eine neue Monarchie in Großrußland zunächst auf fremde Unterstützung angewiesen sein, sei es auf die der Entente, sei es auf die deutsche. Die Entwicklung in Rußland läßt daher, man mag es wollen oder nicht, immer deutlicher den Charakter des Kampfes zwischen Deutschland und der Entente erkennen – zunächst des politischen und wirtschaftlichen Kampfes; ob derselbe zu neuer kriegerischer Betätigung führen wird, kann erst die Zukunft lehren. Sibirien scheint zum größten Teil unter dem Einfluß der Entente schon zu stehen; allerdings herrschen in der Gegend des Baikalsees und westlich anscheinend noch die Bolschewiken. Wie lange, wird wesentlich davon abhängen, ob Japan sich zu einem aktiven Eingreifen in Mittel- und West-Sibirien entschließen wird.

Hier in der Ukraine gehen die Dinge gegenwärtig ohne große Leidenschaftlichkeiten ihren Gang. Die Hetmanregierung, insbesondere der Hetman selbst, ist vollkommen im deutschen Fahrwasser und bemüht sich, die zahlreichen Probleme, die mit dem neuen Staatswesen hervorgetreten sind, zu lösen. Die politische und wirtschaftliche Loslösung von Großrußland ist sehr viel schwieriger, als die ukrainischen Chauvinisten sich das einbilden. Die hier tagende ukrainisch-russische Friedenskonferenz ist bis jetzt mit ihren Arbeiten vollkommen stecken geblieben. Großrußland kann auf die engste wirtschaftliche Verbindung mit der Ukraine nicht verzichten, da es auf Kohle und Eisen aus dem Donez-Gebiet angewiesen ist. Heutzutage haben eben die wirtschaftlichen Beziehungen eine stärkere Bindekraft als andere Faktoren; das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker, das hier im Osten eine so merkwürdige Rolle gespielt hat, wird meines Erachtens meist vor dem wirtschaftlichen Zwang wieder kapitulieren müssen. Die Frage der Kirchentrennung, von der die ukrainischen Chauvinisten träumen, zeigt sich mehr und mehr als ein fast unlösbares Problem. Die Loslösung der ukrainischen Valuta von der großrussischen wird vielleicht mit tatkräftiger deutscher Unterstützung gelingen, sonst ist auch die Ukraine dem Staatsbankrott ebenso verfallen wie Großrußland. Die derzeit brennendste Frage in der Ukraine ist ebenfalls die Agrarfrage. Ich hoffe aber, daß der Hetman, der eine außerordentliche staatsmännische Begabung zweifellos hat, den richtigen Weg finden wird. Diese Frage wird in der Ukraine besonders dadurch kompliziert, daß fast der gesamte Großgrundbesitz westlich des Dniepr in den Händen der Polen ist und diese die Schützlinge Österreich-Ungarns sind. Überhaupt ist die Ukraine geeignet, das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn ganz wesentlich zu beeinträchtigen. Hier stehen sich unsere und die österreichisch-ungarischen Interessen fast diametral gegenüber und alle bisherigen Vereinbarungen und Verträge, die wir in Berlin oder Wien über die wirtschaftliche Ausnutzung der Ukraine geschlossen haben, sind bis jetzt lediglich Papier geblieben. Ich stehe im Begriff, zu neuen Verhandlungen nach Berlin zu fahren, und fürchte, es wird uns auch diesmal nicht gelingen, die Gegensätze zu beseitigen und ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Ganz besonders die Getreideerfassung hat unter diesen Gegensätzen Not gelitten; allerdings waren die Erwartungen, die man in der Heimat vom Getreidereichum der Ukraine gehegt hat, weit übertrieben. Tatsächlich sind so große Vorräte garnicht im Lande, was auch nicht Wunder nehmen kann, wenn man bedenkt, daß durch die frühere sozialrevolutionäre Regierung die Exportfähigkeit der Landwirtschaft geradezu zerstört worden ist, indem die Güter samt Inventar und Vorräten den Bauern aus politischen Gründen zu Raub und Plünderung als Beute hingeworfen worden sind. Es ist zu hoffen, daß mit der Einbringung der neuen Ernte, deren Sicherung allerdings von der Aufrechterhaltung der Ruhe abhängen wird, die Getreideausfuhr nach und nach sich bessern wird. Die Ausfuhr der übrigen Lebensmittel ist schon leidlich in Gang gekommen, insbesondere die Viehausfuhr. Sehr gut hat sich die Ausfuhr von Pferden entwickelt. Die Gesundung des Wirtschaftslebens in der Ukraine wird wesentlich dadurch erschwert, daß die Industrie voll-

kommen darniederliegt, unsere deutsche Industrie kein Interesse an dem Wiedererstarken der ukrainischen hat, andererseits aber auch nicht soviel Waren zu liefern vermag, um den riesigen Bedarf des Landes zu decken.

Was die Zukunft eines selbständigen und unabhängigen ukrainischen Staatswesens anbelangt, so steht jeder, der die Verhältnisse an Ort und Stelle kennengelernt hat, diesem Gedanken sehr skeptisch gegenüber. In weiten Kreisen der russischen Intelligenz gewinnt die Idee eines monarchischen Bundesstaates nach deutschem Vorbild Boden in Erkenntnis, daß die bisherige Zentralisation der Staatsverwaltung für solch riesige Räume eine der Hauptursachen des Niedergangs gewesen ist. Vor einigen Tagen war der Herzog Georg von Leuchtenberg bei mir, der zurzeit bemüht ist, die verschiedenen Anschauungen der Monarchisten zu einigen; er hat sich ebenfalls für einen solchen Bundesstaat ausgesprochen, den er für die einzig mögliche Lösung der Ostfragen hält, und zwar denkt er sich diesen Bundesstaat im engen Anschluß an Deutschland. Daß dabei eine Revision des Brester Friedens stets vorausgesetzt wird, ist nicht zu verwundern. Von Polen wollen die Russen selbst nichts mehr wissen. Mit der Abtretung von Kurland wollen sie sich abfinden, ebenso mit Finnland; Estland und Livland fordern sie zurück. Von Litauen behaupten sie, daß es auch Deutschland keinen Nutzen bringen werde; sie würden sich aber mit der Abtretung eines Teils von Litauen abfinden. Vor allem aber erklären die Monarchisten die Trennung der Ukraine von Großrußland für ausgeschlossen; wohl aber wären sie bereit, der Ukraine im Rahmen eines russischen Bundesstaates weitgehende staatliche Autonomie zu gewähren. Was russischerseits uns besonders übel genommen wird, das ist die Auslieferung der kaukasischen Gebiete an die Türkei und die Schwächung der russischen Machtstellung am Schwarzen Meer.

Im Übrigen darf man sich keinem Zweifel hingeben, daß die Lösung der Ostfragen sich nach der Größe unserer weiteren Erfolge im Westen gestalten wird.

Euer Exzellenz bitte ich um Entschuldigung, wenn ich in meinen Ausführungen etwas lang geworden bin, aber die Gedanken, die uns gegenwärtig hier bewegen, fließen zu leicht über die Lippen, und vielleicht ist es auch für Euer Exzellenz nicht ganz uninteressant gewesen.

Indem ich hoffe, daß mein Brief Euer Exzellenz bei bester Gesundheit antreffen wird, schließe ich mit den verbindlichsten Grüßen

Euer Exzellenz
gehorsamst ergebener
gez. Groener

Dokument 5

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES HINTZE AN DEN
VERTRETER DES AUSWÄRTIGEN AMTES IM GROSSEN HAUPTQUARTIER,
LEGATIONSSEKRETÄR FREIHERR VON LERSNER

(PA, D 131 Bd. 45 Bl. 28/31. Hughes-Telegramm.)

tit. Lersner
Großes Hauptquartier
Nr. 1866

Berlin, den 6. August 1918

SOFORT

Vor Abgang
den Herren Unterstaatssekretären
und
Exzellenz Kriege vorzulegen.

General Ludendorff hat an mich gedrahtet:

»Auf 1843.

Zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung. Über die Machtmittel, die uns zurzeit gegen Rußland zur Verfügung stehen, teile ich mit, daß wir in Richtung Petersburg mit 6 bis 7 Divi-

sionen jederzeit vorrücken können. Über diejenigen Kräfte, die Obost an der Bahn Rostow-Woronesh vereinigen kann, behalte ich mir noch Mitteilung vor. Es wird sich auch hier um mehrere Divisionen handeln, die gegen Rußland verfügbar sind, falls Kraßnoff unsere Flanke gegen die Wolga schützt. Es stellt dies eine Macht dar, mit der wir, soweit ich die Lage übersehe, eine neue Regierung in Rußland stützen können, die das Volk für sich hat.

Nr. 34712 p. I.«

Bitte darauf folgende Antwort übermitteln:

»Euere Exzellenz hatten bis gestern als gegen Rußland verfügbar vier Divisionen genannt, nunmehr haben Euere Exzellenz dafür ein mehrfaches von Truppen in Aussicht genommen. Ich begrüße dies als eine neue Sachlage und als eine große Erleichterung der Politik. Euere Exzellenz sagen, wir könnten mit den nunmehr zur Verfügung stehenden Truppen eine neue Regierung in Rußland stützen, *die das Volk hinter sich hat*. Diese Bedingung ist stark einschränkend; denn eine Regierung, die das Volk hinter sich hat, braucht unsere Stütze nicht, wenigstens nicht nach innen. Es bleibt die Möglichkeit, die neu verfügbaren Truppen gegen die Entente im Norden, die Tschecho-Slowaken im Osten und General Alexejew im Süden zu verwenden, gleichgültig welches Regime am Ruder ist oder ans Ruder kommt. Die bolschewistische Regierung hat um solches Einschreiten gegen unsere Feinde gebeten; jede andere Regierung – darüber müssen wir uns klar sein – ist entweder sofort oder binnen kürzester Frist Freund und Bundesgenosse der Entente. Wir haben in Rußland keine überhaupt erwähnenswerte Zahl von Freunden; wer Euerer Exzellenz etwas anderes sagt, täuscht sich. Der Beweis dafür, ob die neue Regierung das Volk hinter sich hat oder nicht, wird dadurch erbracht, daß sie sich mit Hilfe des Volkes in den Sattel setzt. Die Bolschewiken sind sicherlich heruntergewirtschaftet, aber *noch* hören wir nicht von Meutereien der Roten Garde noch vom Aufstehen des russischen Dorfes, das mit bewaffneten ehemaligen Soldaten angefüllt ist. Hat die neue Regierung nicht das Volk hinter sich, so werden, wie auch Euere Exzellenz annehmen, die verfügbaren Divisionen zu ihrer Stütze nicht genügen. Darum bin ich nach wie vor dafür, daß wir das Eintreten des Sturzes der Bolschewiken abwarten und uns bereithalten, für den Fall eines Wechsels zu einem frühen Moment mit dem Sieger zu gehen. Dazu wären nach wie vor die materiellen und intellektuellen Vorbereitungen zu treffen. Inzwischen haben wir keine Veranlassung, ein schnelles Ende der Bolschewiken herbeizuwünschen oder herbeizuführen. Die Bolschewiken sind üble und höchst antipathische Leute; das hat uns nicht gehindert, ihnen den Frieden von Brest-Litowsk aufzuzwingen und ihnen nach und nach noch darüber hinaus Land und Leute zu nehmen. Wir haben aus ihnen herausgeschlagen, was wir konnten, unser Streben nach Sieg verlangt, daß wir damit fortfahren, solange sie noch am Ruder sind. Ob wir gern oder ungern mit ihnen arbeiten, ist belanglos, solange es nützlich ist. Gefühle in die Politik hineinzutragen ist nachweislich der Geschichte ein kostspieliger Luxus. In unserer Lage sich solchen Luxus zu gestatten wäre unverantwortlich. Wer mit den Bolschewiken als de facto Machthaber arbeitet und dazu über die üble Gesellschaft seufzt, ist harmlos; wenn man aber einen Vorteil aus der Arbeit mit den Bolschewiken zurückweist aus Abneigung gegen das Odium, mit den Bolschewiken zu tun zu haben, so wird das gefährlich. Politik ist bis auf den heutigen Tag und auf lange hinaus utilitarisch; bei den Unterhaltungen mit Euerer Exzellenz habe ich feststellen können, daß Euere Exzellenz von dieser einfachen These durchdrungen sind. Gewisse Anzeichen sind vorhanden, daß die Bolschewiken sich ihrem Ende zuneigen, ihr Sturz kann morgen erfolgen oder noch monatelang ausbleiben. Labile Gleichgewichte sind für Rußland charakteristisch. Mehr als die Meldungen deuten auf baldigen Sturz der Hilferuf Tschitscherins und die versuchte Austreibung der englischen und französischen Konsuln; andererseits berichtet unser revolutionärer bisher bewährter Vertrauensmann, daß sich die Sozialrevolutionäre gespalten, zum größten Teil vom Terror abgewandt und den Bolschewiken zugeneigt haben. Nur die kleinere Gruppe der Kamkoff und Spiridonowa soll noch abseits stehen. Die Bürgerlichen sind in mehreren heterogenen Gruppen verteilt, deren Zusammenfassung zu einheitlichem Vorgehen von einem Russen und einem Genius dazu erfolgen müßte: *Der Genius* ist noch nicht erkennbar. Eines haben alle diese Gruppen, einzelne Personen ausgenommen,

gemeinsam: die Feindschaft gegen Deutschland; die uns als Bundesgenossen empfohlenen Sibirier haben uns nach Zeitungsnachrichten den Krieg *erklärt*. Was wollen wir denn im Osten?

Die militärische Paralyse Rußlands; *die* besorgen die Bolschewiken besser und gründlicher als jede andere Russische Partei und ohne daß wir einen Mann und eine Mark drangeben. Wir können nicht verlangen, daß sie oder andere Russen uns dafür lieben, daß wir ihr Land aus- und einpressen. Begnügen wir uns also mit der Ohnmacht Rußlands.

Die Bolschewisten sind die einzige russische Partei, die in einen Gegensatz zur Entente geraten ist. Das tritt immer deutlicher hervor, unsere Pflicht ist es, diesen Gegensatz zu pflegen, wozu wir in letzter Zeit Anlaß gehabt haben. Die Bolschewisten sind die einzigen Vertreter des Brester Friedens in Rußland. Exzellenz Helfferich spricht aus, daß ein Zusammengehen mit anderen Parteien *nur unter der Bedingung* der Modifikation des Brester Friedens möglich ist und daß vor allem die Ukraine wieder an Großrußland zurückgegeben werden müßte. Wir hören hier von viel weitergehenden Forderungen: nämlich Wiederherstellung Rußlands in den Grenzen quo ante bellum. Also wir sollen die Früchte vierjähriger Kämpfe und Triumpfe preisgeben, um uns endlich von dem Odium zu entlasten, die Bolschewiken ausgenützt zu haben? Denn das ist es, was wir tun: Wir arbeiten nicht mit ihnen, sondern beuten sie aus. Das ist politisch und Politik.

Euer Exzellenz Stellungnahme darf ich erbitten zu folgender Frage: Ist die Oberste Heeresleitung bereit und hält sie es für zweckmäßig und durchführbar, jetzt in eine Revision des Brester Vertrages einzutreten, die ein Aufgeben des Baltikums, Litauens und der Ukraine zur Folge hat? Ganz abgesehen von der Krim, Taurien, dem Donez-Becken, die selbstverständlich sofort zurückgefordert werden werden.

Der Brester Vertrag trägt die Unterschrift unseres Allergnädigsten Herrn, er ist von uns mit unseren Verbündeten gemeinsam geschlossen, er trennt Österreich durch Schaffung der Ukraine von Rußland; er hat dem Reichstag vorgelegen.

Ich fasse mich zusammen:

Es ist politisch, die Bolschewisten auszunützen, solange sie noch etwas hergeben können. Fallen sie, so können wir einem etwa entstehenden Chaos mit ruhiger Aufmerksamkeit zusehen, bis wir die Schwächung für hinreichend halten, um ohne große Opfer Ordnung zu schaffen. Entsteht kein Chaos, sondern kommt sofort eine andere Partei ans Ruder, so müssen wir einrücken unter der Parole: kein Krieg mit Rußland oder mit dem russischen Volke, keine Eroberungen, sondern Ordnung und Schutz der Schwachen vor dem Mißbrauch seitens unserer Feinde. Die letztgenannte Entwicklung zwingt uns zu Einsätzen ohne sichtbare Vorteile, ich ziehe daher die beiden anderen vor.«

Hintze

Dokument 6

SCHREIBEN STAATSMINISTER HELFFERICHS AN REICHSKANZLER HERTLING
MIT BEILIEGENDER DENKSCHRIFT

(PA, D 131 Bd. 46 Bl. 77/90. Abschrift mit handschriftlichen Vermerken Hintzes; Ausfertigung in PA, D 131 Bd. 50 Bl. 157/63; Datum am Ende der Denkschrift.)

Euer Exzellenz

haben in der Unterredung vom 15. d. Mts. sich in Übereinstimmung mit meiner eigenen Auffassung dahin ausgesprochen, daß es keinen Zweck hat, daß ich mich nach *Reval* oder *Pleskau* begeben, um dort die Geschäfte der deutschen diplomatischen Vertretung bei der russischen Sowjet-Republik wieder zu übernehmen. Es wurde vereinbart, daß ich mich bei der Rückkehr Euer Exzellenz in Berlin zur Verfügung halten würde. Euer Exzellenz wollten dann mir Gelegenheit geben, meine Auffassung über die Lage in Rußland und die sich daraus für unsere Politik ergebenden Folgerungen, über die ich Euer Exzellenz am 12. d. Mts. im Großen Hauptquartier nur kurz habe vortragen können, eingehender darzulegen. Angesichts der raschen Rückkehr des Herrn *Joffe* von Moskau nach Berlin, durch die der Abschluß der mit der

Sowjet-Republik schwebenden Verhandlungen in nahe Sicht gerückt erscheint, glaube ich jedoch die Rückkehr Euer Exzellenz nicht abwarten, sondern meine Auffassung Euer Exzellenz schon jetzt in beiliegender Denkschrift unterbreiten zu sollen.

Da ich Seiner Majestät dem Kaiser am 15. d. M. eine schriftliche Darlegung meiner Auffassung in Aussicht gestellt habe, darf ich Euer Exzellenz gehorsamst anheimgeben, das eine der beiliegenden Exemplare der Denkschrift bei Seiner Majestät in Vorlage zu bringen.

An den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gebe ich Abschrift dieses Schreibens.

Anlage

Die Verhältnisse in Rußland drängen zur Entscheidung. Damit wird auch die deutsche Politik gegenüber Rußland vor die Entscheidung gestellt. Von dieser wird es abhängen, ob wir für die Kriegsdauer den Rücken im Osten frei behalten oder eine neue Ostfront zu bekämpfen haben werden.

Seit dem Umsturz im Spätherbst letzten Jahres steht Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiki. Mit der Bolschewiki-Regierung haben wir den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen, der seither die Grundlage unseres Verhältnisses zu Rußland bildet.

Die Herrschaft der Bolschewiki war von Anfang an eine Minoritätsherrschaft. Weder in der alten Duma, die sie aufgelöst haben, noch in der neuen Konstituante, die sie haben wählen aber niemals zusammentreten lassen, verfügten die Bolschewiki über eine Mehrheit. Sie selbst bezeichnen ihre Herrschaft als die Klassenherrschaft der besitzlosen Arbeiter, Soldaten und Bauern. Aber auch von den Besitzlosen sind alle politisch rechtlos, die sich nicht zum Bolschewismus bekennen. Der Kongreß der Sowjets, der pro forma die höchste Gewalt in dem bolschewistischen Rußland darstellt, ist ein gefügiges und blindes Werkzeug der Lenin, Swertlow und Trotzki, die tatsächlich die Träger der uneingeschränkten Gewalt sind. Die Periode des Jacobinertums in der französischen Revolution ist eine bis in Einzelheiten zutreffende Parallele zur Bolschewiki-Herrschaft im heutigen Rußland.

Die Minoritätsherrschaft der Bolschewiken ist nur möglich geworden durch die Indolenz und Zersplitterung des nicht bolschewistischen Rußlands. Sie hat sich nur durch den rücksichtslosen Terror bisher aufrecht erhalten lassen.

Jede solche Minoritätsherrschaft trägt den Keim zu rascher Zersetzung in sich selbst. Die immer unerträglichere Schreckensherrschaft rüttelt auch die Gleichgültigsten und Mutlosesten auf. Gemeinsame Leiden, gemeinsame Furcht und gemeinsame Erbitterung führen die Zersplitterten zusammen. Die Überfülle der Gewalt weckt im eigenen Lager Rivalität und gegenseitiges Mißtrauen. Wie die Jacobiner sich gegenseitig zur Guillotine schickten, so stehen im heutigen Rußland die bolschewistischen Gewalthaber und die ihnen durchaus wesensverwandten linken Sozialrevolutionäre in einem erbitterten Ringen.

Die Anzeichen dafür, daß die Bolschewiki-Herrschaft am Zusammenbrechen ist, haben sich in der letzten Zeit gehäuft. Die Masse ihrer Gefolgschaft, die Arbeiterschaft der Großstädte, leidet schwer unter Brotmangel. Sie wendet sich von den bolschewistischen Führern und Ideen ab und ruft teilweise bereits wieder nach ihren alten Fabrikherren und Betriebsleitern.

Gegen die linken Sozialrevolutionäre, deren durch die Ermordung des Grafen Mirbach eingeleiteter Putschversuch nach dem ersten blutigen Zusammenstoß durch Zugeständnisse der Bolschewiki noch einmal beigelegt wurde, wagen die Bolschewiki bei aller persönlicher Feindschaft und allem Mißtrauen nicht mehr energisch aufzutreten. Die linken Sozialrevolutionäre sind seither wieder in die wichtigsten Organe des bolschewistischen Regimes aufgenommen worden. Ihre Versammlungen und Zeitungen dürfen sich ungehemmt und ungestraft jede Ausschreitung gestatten, während Versammlungen und Zeitungen aller anderen Richtungen radikal unterdrückt werden.

Unter dem Druck des bolschewistischen Terrors und der bolschewistischen Sabotage der russischen Volkswirtschaft schließen sich die bisher in zahlreiche sich bekämpfende Gruppen zerfallenden bürgerlichen Elemente wieder zusammen. Die Monarchie gewinnt auch in den bisher republikanisch gerichteten Kreisen an Anhängern. Das sogenannte »rechte Zentrum«

unter Kriwoscheins Leitung scheint den Kristallisationspunkt zu bilden. Es handelt sich offenbar nicht mehr um Offiziere ohne Armee, vielmehr treibt die Unmöglichkeit des Lebens unter der Bolschewiki-Herrschaft den sich für die Wiederherstellung eines geordneten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens einsetzenden Gruppen immer neue Anhänger zu. Man hat den Eindruck, daß es nur einer weithin sichtbaren Tat bedarf, um den Ordnungsparteien den allgemeinen Zulauf und den Erfolg zu sichern.

Die militärischen Machtmittel, derer die Bolschewiki zur Erhaltung ihrer Herrschaft bedürfen, kommen ins Wanken. Die Rote Garde ist, wie Nachrichten von allen Seiten bestätigen, stark demoralisiert. Wo sie zu kämpfen hat, gegen innere und äußere Feinde, schlägt sie sich schlecht, geht über oder reißt aus. Die Letten-Regimenter, bisher die stärksten Stützen des herrschenden Regimes, sind kampfmüde und fangen an, sich von den Bolschewikis abzuwenden und nach anderen Richtungen Anlehnung und Anschluß zu suchen.

Zu dieser Erschütterung der bolschewistischen Position im Innern kommt die Bedrohung von außen. Weder dem Vormarsch der sibirischen Armee, die die sogenannten Tschecho-Slowaken zu absorbieren scheint, noch dem Vormarsch der Engländer von Murmansk und Archangelsk her vermochten die Bolschewisten bisher einen ausreichenden Widerstand entgegen zu stellen, obwohl sie von Petersburg und Moskau in den Tagen vor meiner Abreise die Letten-Regimenter bis auf kümmerliche Reste nach diesen Fronten abgezogen haben; in Moskau stand Anfang voriger Woche, wie Tschitscherin mir selbst sagte, nur noch ein Letten-Regiment (etwa 1000 Mann). Gegen die Kosaken (Krasnow, Alexejew, Dutow) sind die Bolschewisten machtlos. Das sogenannte »Großrußland« ist heute von dem Getreide Sibiriens und des Kubangebiets, von den Kohlen des Donetzgebiets und dem Naphta von Baku völlig abgeschnitten. Die Hilflosigkeit der militärischen Lage der Bolschewiki ergibt sich daraus, daß am Donnerstag, 1. August, Tschitscherin namens seiner Regierung mir die Anregung mitteilte, Deutschland möchte mit den Bolschewikis nicht nur im Norden gegen die Engländer, also gegen einen gemeinschaftlichen äußeren Feind, sondern auch im Süd-Osten gegen Alexejew, kooperieren, also Seite an Seite mit den Bolschewiki in den russischen Bürgerkrieg eingreifen.

Für die deutsche Politik entsteht die Frage, welches Verhalten auf Grund dieser Sachlage gegenüber der bolschewistischen Regierung einzuschlagen ist.

Der erste Leitsatz unserer Ostpolitik scheint mir zu sein, daß das Entstehen einer neuen Ostfront während des Krieges verhindert werden muß.

Darüber hinaus ist m. E. anzustreben, daß die unerläßlichen militärischen Sicherungen nach Osten hin geschaffen bzw. aufrecht erhalten werden, sowie daß der Boden für gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu dem Staate oder den staatlichen Gebilden, die sich aus den Trümmern des alten Rußlands heraus entwickeln werden, bereitet wird.

Die Verhinderung des Entstehens einer neuen Ostfront schien bisher am leichtesten erreichbar durch die Erhaltung des bolschewistischen Regimes. Die Bolschewiki sind erklärte und grundsätzliche Pazifisten. Sie wissen außerdem, daß sie sich bei der starken Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes – wenn überhaupt – nur dann behaupten können, wenn kein neuer Krieg mit Deutschland entsteht. Wie sich irgend ein neues Regime in Rußland zu uns verhalten würde, erschien zum mindesten ungewiß. In diesem Sachverhalt war für uns nach dem Abschluß des Brester Friedens ein starkes Interesse an dem Fortbestand der Bolschewiki-Herrschaft gegeben.

Wird jedoch der Fortbestand der Bolschewiki-Herrschaft aus eigener Kraft, wie ich es oben dargelegt habe, unmöglich oder zum mindesten in hohem Grade unwahrscheinlich, so bleibt uns, wenn wir die Entstehung einer neuen Ostfront verhindern wollen, nur die Wahl, entweder die Bolschewiki-Herrschaft durch ein aktives militärisches Eingreifen größeren Stils zu stützen oder rechtzeitig von den Bolschewiki abzurücken und zu den Faktoren, die das Bolschewiki-Regime ablösen werden, ein Verhältnis anzubahnen, das die Erhaltung des Friedens im Osten nach Möglichkeit verbürgt.

Ich habe nicht den Eindruck, daß bei irgend einer deutschen Stelle Neigung besteht, zu Gunsten der Bolschewiki mit stärkeren militärischen Kräften in den russischen Bürgerkrieg einzugreifen.

Abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten, die eine solche Unterstützung der Bolschewiki durch uns unmöglich erscheinen lassen, würde der eigentliche Zweck, die Vermeidung einer Zersplitterung unserer militärischen Kräfte, verfehlt werden; ja es ist wahrscheinlich, daß ein deutsches militärisches Eingreifen in die innerrussischen Kämpfe zu Gunsten der Bolschewiki alle nicht bolschewistischen Elemente Rußlands der Entente in die Arme treiben und damit dieser die Schaffung einer neuen Ostfront geradezu erleichtern würde.

Es bleibt also nur der zweite Weg, das rechtzeitige Abrücken von den Bolschewiki und der Versuch, zu den konstituierenden Elementen des neuen Rußlands ein gutes Verhältnis herzustellen.

Wir sind umso stärker gezwungen, diesen Weg zu gehen, als ein passives Gehenlassen, der Ausweg, der an sich als der bequemste erscheinen könnte, ohne schwere Gefährdung des erstrebten Ziels – Vermeidung einer neuen Ostfront – kaum mehr möglich ist, und zwar aus folgenden Gründen:

In allen nicht bolschewistischen Kreisen Rußlands gilt Deutschland heute bereits als Stütze der Bolschewiki. Die Meinung ist zwar unrichtig, soweit sie uns eine bewußte und beabsichtigte Förderung der Bolschewiki zuschreibt und als sie dahin geht, daß wir die Bolschewiki unterstützen, um durch sie Rußland politisch, wirtschaftlich und finanziell in Grund und Boden zu ruinieren (Programm des Dr. Rohrbach, das dieser wiederholt öffentlich entwickelt hat und das in Rußland der deutschen Regierung zur Last geschrieben wird). Aber auch eine an sich falsche Meinung ist, wenn sie allgemein verbreitet ist, eine Realität, mit der die Politik rechnen muß. Schon die bisher unbegründete Meinung über unser Zusammengehen mit den Bolschewiki hat zur Folge, daß der furchtbare Haß und die maßlose Erbitterung, die sich in allen an Staat und Gesellschaft interessierten russischen Kreisen gegen die Bolschewiki angesammelt hat, sich auch gegen Deutschland richtet. Nach der Ermordung des Grafen Mirbach setzten die Ordnungsparteien Rußlands, die vorläufig noch zu schwach sind, sich aus eigenem Antrieb und eigener Kraft gegen die bolschewistische Miß- und Schreckenswirtschaft aufzuraffen, noch einmal ihre Hoffnungen auf ein Eingreifen Deutschlands. Es folgte eine schwere Enttäuschung und eine Abkehr von uns, als wir uns mit der laxen Verfolgung der Mörder Mirbachs abfanden, als wir die öffentliche Verherrlichung des Attentats und die Aufforderung zur Nachahmung hinnahmen, als wir uns dem Widerspruch der Sowjet-Regierung gegen den Schutz der Mission in Moskau durch ein kriegsstarkes deutsches Bataillon fügten. Die Tatsache, daß das Zentral-Exekutiv-Komitee der linken Sozialrevolutionäre in Moskau sich der Anstiftung und Durchführung des Attentats gegen den Generalfeldmarschall von Eichhorn öffentlich rühmen durfte, ohne daß von uns öffentlich und sichtbar dagegen remonstriert wurde – ich habe Tschitscherin aus eigener Initiative ernstliche Vorstellungen gemacht, und das Auswärtige Amt hat eine Note an Herrn Joffe gerichtet; veröffentlicht wurde aber darüber nichts – mußte den Eindruck verstärken, daß wir uns alles bieten lassen, nur um eine[r] Trübung des guten Verhältnisses zur Bolschewiki-Regierung aus dem Wege zu gehen.

Die Entente nutzt diesen uns abträglichen Eindruck mit Klugheit und Entschlossenheit aus. Ihr vor kurzem von Wladiwostok, Murmansk und Archangelsk erlassener Aufruf an das russische Volk zeigt, daß die Entente bei ihren Aktionen gegen die Bolschewiki das Ziel verfolgt, alle für den Wiederaufbau Rußlands in Betracht kommenden Elemente zu sammeln und gegen Deutschland zu instradieren. Lassen wir die Dinge treiben, so wird die Entente das Spiel gewinnen. Nur ein entschlossenes Abrücken von den Bolschewiki kann ihren Plan durchkreuzen. In hohem Grade erwünscht wäre es, wenn es darüber hinaus gelänge, mit den Gruppen, die bei der Begründung des neuen Rußlands in maßgebender Weise mitwirken werden, rechtzeitig zu einer Verständigung zu gelangen. Möglichkeiten hierzu haben sich geboten, namentlich soweit die sibirische Regierung der Generale Horwat und Kolttschak sowie das sogenannte rechte Zentrum in Betracht kommen¹. Die Annäherungsversuche von diesen Seiten sind bisher ohne

¹ Hintzes Bemerkungen dazu: »Das ist H[elfferich] nicht gelungen, weil er gar keine Verbindung mit ihnen hatte, außerdem Verkennung dessen, was Horwat ist.«

praktischen Erfolg geblieben, da die deutsche diplomatische Vertretung in Moskau vom Auswärtigen Amt nicht die Ermächtigung erhielt, auf der Grundlage, die sich aus den Sondierungen als unerlässlich ergab (ostentatives Abrücken von den Bolschewiki, militärische Demonstration in der Gegend von Petersburg, Gestaltung des Brester Friedens in einer die Lebensfähigkeit Rußlands ermöglichenden Weise²), in Verhandlungen einzutreten. Ob unsere Zurückhaltung, verbunden mit der Entwicklung der militärischen Lage im Westen nicht inzwischen die Bereitschaft der erwähnten russischen Kreise zu einem Zusammengehen mit uns zunichte gemacht hat, vermag ich im Augenblick nicht zu beurteilen.

Zum mindesten aber ist die rechtzeitige Ablösung von den Bolschewiki nötig, die sich jetzt mit der Energie eines Ertrinkenden an uns anklammern. Der Satz, man dürfe von einem Pferd nicht herunter steigen, ehe nicht ein anderes bereit stehe, ist eine Halbwahrheit. Wenn ich merke, daß mein Pferd zusammenbricht, dann springe ich ab, auch wenn kein anderes bereit steht. Stürzen die Bolschewiki, ohne daß wir uns von ihnen gelöst und den allgemeinen Eindruck gestört haben, daß wir ihre Verbündeten sind und uns ihrer zur Sabotierung Rußlands bedienen, so besorgen wir die Geschäfte der Entente, die nichts sehnlicher wünscht, als den furchtbaren Haß des nicht bolschewistischen Rußlands gegen die bolschewistische Mißwirtschaft auf Deutschland zu lenken, um auf diese Weise Rußland in einen neuen Krieg gegen uns zu hetzen.

Von diesen Gesichtspunkten aus muß ich pflichtgemäß gegen einzelne Teile der kürzlich in Berlin paraphierten deutsch-russischen Verträge die schwersten Bedenken geltend machen. Die Verträge sind in ihrem Hauptinhalt ausgezeichnet und bedeuten eine außerordentlich wertvolle Ergänzung und Ausgestaltung des Brester Friedens. In einigen Punkten jedoch sehe ich die kaum hoch genug zu veranschlagende Gefahr, daß sie den Eindruck unserer Solidarität mit den Bolschewiki verstärken, die Brücken zu dem nicht bolschewistischen Rußland sprengen und die für den Aufbau des neuen Rußlands in Betracht kommenden Faktoren in das Lager der Entente treiben.

Das gilt auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet insbesondere von der Abmachung, nach der Rußland für die Durchführung der vor dem 1. Juli 1918 dekretierten Enteignungen von deutschen Vermögensgegenständen – in Betracht kommt vor allem das Nationalisierungsdekret vom 28. Juni 1918 – durch Zahlung einer Pauschalabfindung volle Bewegungsfreiheit von uns erhält, in der Weise, daß von deutscher Seite keinerlei Einspruch gegen solche Enteignungen erhoben und keinerlei Einzelentschädigung verlangt werden kann. Die Folge davon wird sein, daß Rußland die deutsche Zitrone bis zum letzten Tropfen auspressen, d. h. gegenüber deutschem Eigentum und deutschen Unternehmungen das Dekret vom 28. Juni 1918 bis zum Äußersten und ohne jede Schonung durchführen wird. Ob die vorgesehene Pauschalsumme genügt, um die privatwirtschaftlichen Schäden zu decken, erscheint mir zweifelhaft, mag aber in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Wichtiger ist, daß bei diesem Verfahren alle Aussicht besteht, daß das deutsche Kapital und die deutschen Unternehmungen vor allen anderen aus Rußland radikal hinweggefegt werden. Allerdings ist vorgesehen, daß auf Antrag eine Rückübertragung des enteigneten deutschen Eigentums zu erfolgen hat, wenn eine Enteignung gleichartiger Vermögensgegenstände gegenüber Landeseinwohnern oder Angehörigen eines dritten Staates nicht erfolgt ist oder wieder aufgehoben wird. Ich sehe in dieser Klausel, bei der alles von der kaum zu kontrollierenden Durchführung abhängt, keinen ausreichenden Schutz. Andererseits wird gerade diese Klausel in Verbindung mit der deutschen Zustimmung zur Enteignung deutschen Eigentums als eine direkte Aufreizung der Bolschewiki zur restlosen Verwirklichung ihrer Enteignungspläne, d. h. zur völligen Sabotierung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen Rußlands, gedeutet werden. Die Wirkung wird sein, daß alles, was in Rußland die Wiederherstellung einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung erstrebt, sich von uns abwenden und gegen uns als die Anstifter und Förderer der bolschewistischen Wirtschaftssabotage in die schärfste Kampfstellung getrieben wird zum Vorteil der

² H[elfferich]s Telegramme verlangen mehr!

Entente, die mit offenen Armen die von uns zurückgestoßenen russischen Ordnungselemente aufnimmt.

In militärischer Beziehung halte ich es für höchst bedenklich, daß in den neuen Abmachungen die deutsche Regierung der Sowjet-Regierung zusagt, daß sie gemeinsam mit dieser mit allen verfügbaren Kräften gegen den General Alexejew vorgehen werde³. Dies ist eine Zusage, daß Deutschland in den russischen Bürgerkrieg zu Gunsten der Bolschewiki nachdrücklich eingreifen werde⁴. Ich habe den Eindruck, daß unsere militärischen Stellen ernstlich an ein nachdrückliches Vorgehen gegen Alexejew nicht denken. Aber dies verbessert die Sache nicht. Ich kann mir vorstellen, daß im Laufe der Dinge eine Bekämpfung des als ententefreundlich geltenden Generals Alexejew notwendig werden könnte. Dann soll man handeln. Aber ohne die ernstliche Absicht des Handelns eine Abmachung mit den Bolschewiki zu treffen⁵, die uns im Falle der kaum lange zu vermeidenden Veröffentlichung in den Augen des nicht bolschewistischen Rußlands auf das schwerste als Bundesgenossen der Bolschewiki gegen einen angesehenen russischen Heerführer und gegen die Kosaken kompromittieren muß – das ist eine Politik, vor der ich nur auf das ernstlichste warnen kann.

Schließlich befürchte ich eine starke Förderung der Entente politik aus den Bestimmungen der neuen Verträge über Estland und Livland. Wenn wir, über den Brester Frieden hinausgreifend, jetzt von den vor dem Zusammenbruch stehenden Bolschewiki die endgültige Abtrennung Estlands und Livlands vom russischen Staatskörper uns verbrieft lassen⁶, so ist das zweifellos für den Augenblick ein großer, ohne Schwertstreich erlangter Erfolg. Aber die billigen Erfolge sind nicht immer die sichersten und dauerhaftesten⁷. Das neue Rußland, das vor der Tür steht, wird eine solche Abmachung in diesem Augenblick und mit diesem Partner als eine von uns gewollte Herausforderung auffassen. Ich halte es für durchaus möglich, gegenüber einem neuen russischen Regime den Brester Frieden als Grundlage für die Gestaltung unseres künftigen Verhältnisses zu Rußland zu erhalten⁸ und auf dieser Grundlage – bei manchen Modifikationen im Einzelnen[, die] den russischen Lebensbedürfnissen entgegenkämen – die deutschen militärischen und völkischen Interessen ausreichend zu sichern und den gegenüber den Vertretungen Estlands und Livlands gemachten Zusagen ausreichend Rechnung zu tragen⁹. Ich sehe aber in der jetzt in den Verträgen mit den Bolschewiki beabsichtigten Ausweitung des Brester Friedens die stärkste Gefahr, daß das kommende Rußland veranlaßt wird, die neuen Verträge mitsamt dem Brester Frieden aufzukündigen und unter der Führung der Entente uns vor eine neue Ostfront zu stellen¹⁰.

In den drei von mir beanstandeten Punkten sind die neuen Verträge nach meiner Ansicht das Gegenteil der Politik, die uns die Lage vorschreibt. Wenn die Bolschewiki dem Zusammenbruch entgegengehen und wir sie weder halten wollen noch halten können, dann müssen wir alles vermeiden, was uns mit den Bolschewiki als solidarisch erscheinen läßt und die Kräfte des kommenden Rußlands der Entente zutreibt, müssen wir alles tun, um zwischen uns und den Bolschewiki rechtzeitig einen deutlichen Strich zu ziehen und die Kräfte des kommenden Rußlands für uns zu gewinnen. Mit den beanstandeten Abmachungen erwecken wir zum mindesten den Anschein einer Solidarität¹¹ mit den Bolschewiki auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Sabotage und der militärischen Bekämpfung der Kosaken; wir stoßen die Kräfte des kommenden Rußlands von uns ab¹² und erleichtern es der Entente, diese Kräfte um sich zu sammeln

³ Das ist nicht geschehen.

⁴ Nein.

⁵ Ist nicht geschehen.

⁶ Das ist eine Thatsache, die nicht mehr rückgängig zu machen ist.

⁷ Im Kriege gibt es keine dauernden Erfolge.

⁸ Widerspruch mit seinen eigenen Bedingungen.

⁹ Quadratur des Zirkels.

¹⁰ Das ist nicht neu, es ist selbstverständlich.

¹¹ Nein.

¹² Geschieht ohnehin.

und für ihre Ziele in Marsch zu setzen. In einem Augenblick, der für uns die stärkste Zusammenfassung unserer Kräfte gebieterisch verlangt, schaffen wir uns selbst die Gefahr einer neuen Ostfront¹³ und damit die Gefahr, daß wir in dem Ringen um unser Dasein schließlich doch noch unterliegen. Gleichzeitig gefährden wir für die Zukunft auf das Schwerste die Herstellung eines guten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses zu Rußland, das angesichts der Wahrscheinlichkeit des Fortbestandes des deutsch-angelsächsischen Gegensatzes über den Friedensschluß hinaus für uns von ganz besonderer Wichtigkeit ist.

Ich glaube deshalb, nicht darauf verzichten zu können, diese Erwägungen vorzutragen, obwohl die Verträge – trotz der von mir von Moskau aus telegrafisch, nach meiner Rückkehr nach Berlin mündlich dargelegten Einwendungen – bereits paraphiert worden sind¹⁴.

Berlin, 19. August 1918

Dokument 7

PROTOKOLL DER BESPRECHUNG MIT DEN FRAKTIONSFÜHRERN BEIM
STELLVERTRETER DES REICHSKÄNZLERS AM 21. 8. 1918¹

(PA, D 131 Bd. 47 Bl. 110/17. Maschinenschriftliches Exemplar mit geringfügigen handschriftlichen Korrekturen.)

Exzellenz v. Payer: Wir haben Sie hergebeten, um Ihre Anschauungen kennen zu lernen, wie es mit der geschäftlichen Behandlung der Verträge mit Rußland zu halten ist. Bei zwei Verträgen ist die formelle Genehmigung des Reichstags erforderlich. Bei dem dritten Verträge kann man zweifelhaft sein; wir halten es aber für richtig, auch diesen dem Reichstag vorzulegen. Bei einer Verzögerung der Annahme der Verträge entsteht die Gefahr, daß die jetzige russische Regierung fällt. Die Verträge sind für Deutschland günstig. Sind Sie damit einverstanden, daß man vorläufig auf die Einberufung des Reichstages verzichtet? Eine Einberufung des Hauptausschusses kommt m. E. nicht in Frage.

Abg. Ebert: Die Verträge sind von weitgehender politischer Bedeutung. Ich halte es für dringend geboten, daß vor Ratifikation derselben sich die Fraktionen äußern. Meine Fraktion hat das größte Interesse daran. Unsere Stellung zur Randstaaten-Politik ist klar. Wir sehen in den Verträgen die Fortsetzung einer falschen Politik. Namentlich sind wir gegen die Angliederung Estlands und Livlands, die Rußland niemals verwinden wird. Größte Bedenken haben wir gegen den finanzpolitischen Inhalt der Verträge. Die Forderung von 6 Milliarden ist sachlich nicht gerechtfertigt. Wir wollten mit Rußland einen Frieden ohne Kontribution abschließen. Ich bitte dringend den Hauptausschuß zu hören. Dies Verlangen ist gerechtfertigt nach den früheren Vereinbarungen zwischen Regierung und Parlament, wonach der Hauptausschuß während der Vertagung bei wichtigen Aktionen gehört werden soll. Es ist ein Novum, für einen Staatsvertrag von so großer Bedeutung [um] Indemnität nachzusuchen.

Abg. Dove: Ich bin mit Exzellenz Payer der Ansicht, daß kein Grund für Einberufung des Hauptausschusses vorliegt. Dove erörtert darauf einige Punkte, die es wünschenswert erscheinen lassen, den Reichstag sofort einzuberufen. Es sei bedenklich, von der vorgeschriebenen Form in einer so wichtigen Sache abzuweichen.

Exzellenz Kriege: Von Kontribution ist in dem Verträge nicht die Rede. Es handelt sich um Ersatzansprüche für die zu Schaden gekommenen Deutschen. Bei Einberufung des Reichs-

¹³ Sie besteht.

¹⁴ Das ist Sache des AA.

¹ Im folgenden wird nur der Teil des Protokolls über die Besprechung der Ostfragen abgedruckt; die »Darlegungen des Staatssekretärs von Hintze über die Besprechungen in Spa« sind bereits teilweise in WUA IV 2 S. 401/2 veröffentlicht. — Anwesend bei der Besprechung waren: Payer, Hintze, Kriege, Lewald, Westarp, Stresemann, Gröber, Wiemer, Ebert, Deutelmoser, Vietinghoff, Bornstedt.

tages würden wir mindestens 10 Tage verlieren, da können Zwischenfälle eintreten. Wir hoffen, daß durch den Abschluß Beruhigung zwischen uns und dem Osten eintritt, daher ist Schnelligkeit nötig. Es liegen sehr lebhaft Wünsche der Reichsbank vor auf möglichst raschen Eingang der Zahlungen, die Rußland zu leisten hat.

Abg. Gröber: Ich kann nicht anerkennen, daß es sich um Kontributionen handelt; es sind lediglich Ersatzverpflichtungen. Die Bestimmungen über Estland und Livland waren im Brester Verträge unklar gehalten. Die neuen Verträge bringen die Ergänzung. Wir werden ihnen zustimmen, wie wir dem Brester Verträge zugestimmt haben. Es handelt sich um keine Annexion, da die Randstaaten sich freiwillig uns anschließen. Die Einberufung des Hauptausschusses ist nicht zu empfehlen; auch die Einberufung des Reichstags halte ich nicht für unbedingt notwendig, wenn ich auch die bestehenden formellen Bedenken nicht verkenne. Ich komme aber über sie hinweg, wenn ohne Einberufung des Reichstags die Ernte unserer östlichen Kriegführung und Politik schneller und sicherer in die Scheune kommt. Der Vertrag wird, wenn er einmal abgeschlossen ist, politisch außerordentlich wertvoll auch gegenüber jeder späteren russischen Regierung sein. Auch mit Rücksicht auf die schlechte Stimmung im Inland ist der Abschluß gut; man kann wenigstens einen politischen Erfolg vorweisen. Ich schätze es nicht gering ein, wenn man sagen kann, daß wenigstens im Osten zum Teil klare Verhältnisse geschaffen sind. Wir können das Risiko nicht übernehmen, daß infolge der durch die Einberufung des Reichstags hervorgerufenen Verzögerung im letzten Moment alles in die Brüche geht.

Abg. Graf Westarp: Ich stimme im wesentlichen Gröbers Ausführungen zu. Ob der Ausdruck Indemnität im vorliegenden Falle paßt, ist mir zweifelhaft. Nach außen ist der Kaiser allein zum Abschluß der Verträge befugt, der Reichstag wird nur aus politischen Gründen gehört.

Abg. Dr. Stresemann: Wir werden ebenso wie dem Brester Verträge auch den Ergänzungsverträgen zustimmen. Bei den 6 Milliarden handelt es sich um keine Kontribution. Wir sind Garantendenjenigen gegenüber, die durch das Vorgehen russischer Behörden und des russischen Volkes geschädigt worden sind. Von russischer Seite sind Bedenken gegen die Hauptpunkte, die territorialen und finanziellen, nicht geäußert worden. Rußland erhält in dem Vertrag die wertvolle Zusicherung, daß wir weitere Lostrennungsbestrebungen nicht unterstützen werden. Es ist Gefahr im Verzuge, wenn wir durch Einberufung des Reichstags den Abschluß der Verträge verzögern. Wir brauchen das russische Geld für die Getreideeinkäufe in der Ukraine. Außerdem ist es hoch einzuschätzen, wenn der Goldbestand der Reichsbank durch die russischen Zahlungen in einer Weise gekräftigt wird, wie es durch Abgabe im Innern nie zu erreichen ist. Ich stimme dem zu, was der Abg. Gröber über die schlechte Stimmung im Inland gesagt hat. Auch hier wird der Vertrag günstig wirken.

Exzellenz v. Hintze: Das Ziel unserer Politik im Osten läßt sich in eine schlichte Formel fassen: Die Wiederentstehung einer Front im Osten zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben. Wie man auch über den Brester Vertrag denken mag, einen Vorzug hat er: Er ist da. Daß die jetzigen Vertragsinstrumente bisher noch nicht zustande kommen konnten, liegt an den Kriegsnotwendigkeiten. Unsere Stellung zur gegenwärtigen russischen Regierung ist: Keine Einmischung in innerrussische Verhältnisse. Dadurch unterscheiden wir uns von unseren Feinden. Schon deren Stellung gegenüber den Bolschewiken zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir haben nicht die Absicht und Pflicht, als Schulmeister aufzutreten. Die Geschichte lehrt, daß uns das jedesmal teuer zu stehen gekommen ist. Trotz aller Prophezeiungen ist die bolschewikische Regierung noch da. Jeder späteren Regierung würden die einmal abgeschlossenen Verträge von uns präsentiert werden. Erkennt die neue russische Regierung sie nicht an, so sind wir in der Lage, die Hauptpunkte des Vertrages allein durchzuführen. Diese einseitige Ausführung uns zu verwehren, wird keine spätere Regierung in der Lage sein. Wahrscheinlich ist aber, daß nach Sturz der Bolschewiken keine neue Regierung kommt, sondern das Chaos. Von allen Vorteilen, die die jetzigen Verträge uns zusagen, würden wir dann nur auf die Gold- und Papiergeldsendungen verzichten müssen, alle anderen Bestimmungen können wir allein durchführen.

Unsere Politik gegenüber den Randstaaten ist folgende: Wir haben sie errichten müssen, um

die Wiederaufrichtung der Kampffront zu verhindern. Nicht allein für die Randstaaten, sondern im eigenen Interesse haben wir diese Politik gemacht. Die Berechtigung hierzu wird auch der größte Theoretiker anerkennen müssen. Wir wollen die Randvölker in möglichst widerstandsfähigen Zustand setzen für den möglicherweise früher oder später doch wiederkommenden Kampf mit dem wiedererstandenen russischen Koloß. Die Kriegsnotwendigkeiten haben uns gezwungen, weiter nach Rußland hineinzugehen, als uns lieb ist. Wird die Schöpfung der Randstaaten unsere zukünftigen Beziehungen zu Rußland trüben? Nicht die mit der gegenwärtigen Regierung. Der Vertrag mit ihr ist im Wege der Verständigung zustande gekommen. Ersprößliche wirtschaftliche Beziehungen zum gegenwärtigen Rußland sind m. E. nicht möglich. Das russische Volk besitzt aber eine große Wiedererstehungskraft, es wird wieder ein wichtiger Faktor im Leben der Völker werden. Von hier aus betrachtet haben vielleicht diejenigen Recht, die unsere Politik von dem Gesichtspunkt einer späteren engeren wirtschaftlichen Annäherung an Rußland betrachtet wissen wollen. Die Kriegsnotwendigkeiten erheischen aber, daß wir während des Krieges Rußland nicht wieder erstehen lassen. Wo sind die Leute, mit denen man die jetzige Regierung stürzen und dann abschließen sollte? Man hat mir die Monarchisten genannt; das sind Offiziere ohne Armee; die Kadetten gehen nicht auf die Straße. Die Entente ist vorläufig in Rußland nicht stark genug, um die Regierung zu stürzen. Unsere Regierung ist aber beflissen, in dem Augenblick einzugreifen, in dem die Entente stark genug werden sollte. So lange es möglich ist, diesen Zeitpunkt hinauszuschieben, ist es richtig, ruhig abzuwarten. Wir haben durchaus die Absicht, zu Rußland in nachbarfreundliche Beziehungen zu kommen. Man hat auch vorgeschlagen, die Ukraine Rußland zum Geschenk zu machen. Warum? Wir kommen auch ohne ein solches Geschenk zu guten Beziehungen. Gegen ein solches Geschenk spricht auch, daß Österreich-Ungarn als Ziel seiner Politik hingestellt hat, niemals mehr eine Grenze mit Rußland haben zu wollen.

Abg. Dr. Wiemer: Auch ich habe den Wunsch, daß neue Verträge [sic] möglichst schnell unter Dach und Fach gebracht werden. Das Korrekteste wäre es, den Reichstag zu berufen, wenn es irgend möglich wäre, würde ich diesen Weg vorziehen, aber die Verantwortung, durch Zeitverlust das Zustandekommen der Verträge zu gefährden, ist doch eine sehr große.

Exzellenz von Payer: Gegen Einberufung des Plenums bestehen ernste Bedenken. Der Reichstag würde 12-14 Tage tagen müssen, ehe die Angelegenheit formell erledigt wäre. Aber meines Erachtens müßte doch eine gewisse Einstimmigkeit darüber vorhanden sein, daß es zweckmäßig sei, jetzt ohne den Reichstag vorzugehen.

Abg. Ebert: Von einer freiwilligen Anlehnung Estlands und Livlands an uns kann keine Rede sein. Die Masse der Bevölkerung ist dort dagegen, nur die Barone sind dafür. Es erscheint mir erforderlich, daß uns noch sachliche Grundlagen dafür gegeben werden, daß es sich bei den 6 Milliarden um eine Gegenleistung, nicht um eine Kontribution handelt. Gegen die Pauschalierung an und für sich haben wir nichts, nur Bedenken gegen die Höhe. Ich war entsetzt über die Stimmung, die ich im Inlande angetroffen habe. Besonders die Urlauber sind es, die durch das, was sie über die Zustände an der Front erzählen, dazu beitragen. Die Leute sind insbesondere über den im annexionistischen Sinne gehaltenen Aufklärungsdienst an der Front verstimmt. Der Abschluß der Zusatzverträge wird, da sie eine Verschärfung des Brester Vertrags sind, nicht, wie der Abgeordnete Gröber meint, zur Hebung der Stimmung beitragen. Meines Erachtens müßte man auch den Hauptausschuß einberufen. Es war gerade beabsichtigt, ihn dann einzuberufen, wenn eilige Sachen zu erledigen sind und der Reichstag nicht beisammen ist. Wir würden uns im Falle des Zusammentritts des Hauptausschusses oder des Reichstags entschieden dagegen wehren, daß die *allgemeine* Politik erörtert wird, bevor die Lage im Westen sich kristallisiert hat. Es könnte sich immer nur um Erörterung der vorliegenden Verträge handeln.

Exzellenz Dr. Kriege: Ich bin gern bereit, dem Abgeordneten Ebert oder anderen Herren der sozialdemokratischen Fraktion durch meinen Referenten noch nähere eingehende Aufschlüsse über den finanzpolitischen Inhalt des Vertrages zu geben.

Abg. Dove: Was ist noch streitig zwischen uns und der russischen Regierung?

Exzellenz von Hintze: Hindernis des Vertragsabschlusses bildet die Lage im Kaukasus. Die

türkischen Armeen sind entgegen einem gegebenen Versprechen gegen Baku vorgegangen. Sie sind von den Russen zurückgeschlagen worden. Die Türken erklärten dann, zur Wiederherstellung ihrer Ehre Baku wieder nehmen zu müssen. Wir haben mit Rußland das gleiche Interesse daran, dies zu verhindern; militärisch sind wir dazu im Augenblick nicht in der Lage; wir können die Türken nur diplomatisch hinhalten. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird. Die Russen verlangen realere Garantien. Daß wir diese nicht geben können, ist ein Hindernis für den Abschluß des Vertrages.

Abg. Dr. Stresemann: Diese Mitteilungen des Staatssekretärs sprechen gegen Einberufung des Reichstags, da die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen zur Erörterung kämen.

Abg. Dove: Das ist nicht ganz zutreffend. Der Reichstag soll ja nur einberufen werden, wenn die Verträge wirklich abgeschlossen sind. Die Regierung muß die Verantwortung für die Art des Vorgehens übernehmen. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Mehrheit des Reichstags ihr Vorgehen billigen wird.

Exzellenz Dr. Kriege beantwortet einige Fragen des Abg. Ebert über den Stand des Gefangenenaustausches mit Rußland.

Exzellenz von Payer: Wir haben Ihre Ansichten gehört; die Regierung wird nun ihre Entschlüsse zu fassen haben.

Dokument 8

KAISERLICH DEUTSCHES GENERALKONSULAT AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, D 131 Bd. 48 Bl. 64/7. Handschriftliche Ausfertigung mit handschriftlichen Marginalien Hintzes; Präsentvermerk: 3. September 1918.)

I.Nr. 1597

Moskau, den 30. August 1918

Ganz geheim!

Aus den Mitteilungen, die mir der Leiter der Auslandshilfsstelle hier, Rittmeister Wölffing, nach Rückkehr von seiner Dienstreise nach Kowno und Berlin über die Besprechungen bei seinen vorgesetzten Dienststellen gemacht hat, habe ich den Eindruck gewonnen, daß bei dem Herrn Oberbefehlshaber Ost und, wenn auch weniger ausgesprochen, bei der Obersten Heeresleitung der Gedanke eines militärischen Eingreifens in Großrußland wieder mehr in den Vordergrund tritt. Ich erachte es unter diesen Umständen für meine Pflicht, zu diesem Gedanken, dessen Verwirklichung, wie ich erfahre, praktisch durch Einrichtung einer vorbereitenden militärpolitischen Propaganda auf breiter Basis hier vorgearbeitet werden soll, auch meinerseits gehorsamst Stellung zu nehmen.

Die Notwendigkeit der Herbeiführung eines baldigen Sturzes der Bolschewiki-Regierung ist meines gehorsamsten Dafürhaltens grundsätzlich anzuerkennen. Die kulturvernichtende, zersetzende und die monarchische Staatsordnung sowie ihre bürgerliche Grundlage auch in Deutschland auf das schwerste gefährdende Tätigkeit dieser Regierung dürfte außer Zweifel stehen. Für die praktische Unmöglichkeit eines opportunistischen Interessenausgleichs mit der Sowjetrepublik sprechen andererseits die Erfahrungen der letzten Monate.

Wenn somit die Frage nach der Notwendigkeit einer Änderung des Regierungssystems bejaht wird, erhebt sich die weitere Frage nach der Art ihrer Durchführung und dem Zeitpunkte, der dafür in Betracht kommt. Ohne die zahlreichen Bitten um Intervention von ernster russischer Seite überschätzen zu wollen, bin ich doch der Überzeugung, daß ein Wechsel im System hier bald, wenn irgend möglich innerhalb spätestens der nächsten 6 Wochen herbeigeführt werden müßte, wenn das Land nicht immer tiefer in den Verfall geraten soll zum unwiederbringlichen Schaden deutscher materieller und ideeller Interessen. Die treibende und ordnende Kraft muß von deutscher Seite kommen, damit nicht die Entente den von allen Nichtbolschewisten, mithin von dem überwältigenden und besten Teile des russischen Volks heißersehnten Umschwung zu ihren Gunsten buchen kann, während die Debetseite dieser Transaktion das deutsche Konto

auf Jahre hinaus in der empfindlichsten Weise belastet. Noch sind einzelne Organisationen, namentlich auf dem Lande, vorhanden¹, die ihre Verbindungen mühsam aufrecht erhalten. Es kann darauf gerechnet werden, daß sich die noch bestehenden kontrerevolutionären Gruppen im entscheidenden Augenblicke auf die Seite der intervenierenden Partei auch dann stellen werden, wenn ihre Parteirichtung sie nicht schon unzweifelhaft auf die deutsche Orientierung hinweist. Vor allem aber erscheint es mir unbedingt notwendig, daß die Aktion, wenn sie durchgeführt werden soll, bald einsetzt, damit die in den ersten Tagen außerordentlich wertvolle Hilfe der Letten noch wirkungsvoll genug ist, um den deutschen Erfolg bereits *vor* etwaigen militärischen Operationen zu sichern. Die Letten beginnen, wie ich mir bereits anderweit zu melden gestattet habe, immer mehr Unlust zu zeigen, für die Bolschewiki zu verbluten. Die Gefahr eines Auseinanderlaufens wird immer größer. Ich habe den Führer bis jetzt hinhalten lassen, glaube aber, daß ein bestimmtes Programm wenigstens diesem gegenüber in Aussicht genommen werden muß. Wenn ein bestimmter Termin für den Beginn militärischer Operationen festgesetzt würde, wäre es für die Letten möglich, die zur Zeit noch in Moskau befindlichen Bolschewiken, einschließlich ihrer Führer, zu überwältigen und die Stadt bis zum Eintreffen von Verstärkungen zu halten. Diese Mithilfe hätte den unschätzbaren Vorteil, daß es den jetzigen Machthabern unmöglich gemacht würde, beim ersten Zeigen eines deutschen Vormarsches, die angedrohten und mit Sicherheit zu erwartenden Schädigungen der Stadt Moskau an Gut und Blut durchzuführen. Gleichzeitig würde das Zentrum des Widerstandes mit einem Schlage lahmgelegt.

Die Hauptschwierigkeiten beständen nach dem Sturze der Bolschewiki in der Bildung der neuen Regierung und in der Versorgungsfrage². Auch zu diesem Punkte würde ich mir nicht gestatten, Vorschläge zu machen, wenn ich nicht den Eindruck gewonnen hätte, daß die Frage einer Revision des Brester Vertrages in gewissen Richtungen bereits in Erwägung gezogen worden ist. Eine neue Regierung, die mit bestimmten Zusicherungen in dieser Richtung und entsprechendem Programm vor ihr Volk treten könnte, würde einmal Deutschland gegenüber, zu dem sich übrigens jede Regierung mindestens neutral stellen müßte, bereits festgelegt sein, außerdem aber würde sie auch auf diese Weise den nötigen Rückhalt bei den im übrigen wahrscheinlich divergierenden Parteien finden. Wäre es möglich, durch einen sofort zu regelnden Warenaustausch zwischen Stadt und Land den Warenhunger³ der Bauern zu befriedigen, so dürften außer den großrussischen Kornspeichern auch die noch unerfaßten ukrainischen Vorräte⁴ den schlimmsten Lebensmittelsorgen hier abhelfen. In diesem Zusammenhange wäre als wichtiger Programmpunkt zu erwägen, ob den Bauern der Übergang eines bestimmten Teiles des von ihnen in Besitz genommenen Landes in ihr Eigentum gegen Bezahlung zu gestatten ist⁵. Sie dürften dazu sowohl gern bereit wie in der Lage sein. Da schließlich auch die sibirische Regierung das größte und wesentlichste Interesse an einer Wiederherstellung Rußlands zu erkennen gegeben hat, ist eine Unterstützung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung von ihrer Seite mit den entsprechenden Rückwirkungen auf die militärische Lage im Osten als sicher zu eskomptieren⁶. Ein weiteres Hinausschieben der Operationen ist jedenfalls – abgesehen von der Unsicherheit, die der lettische Faktor dadurch in die Rechnung bringt, und von dem weiteren Zerbröckeln der kontrerevolutionären Gruppen – auch aus klimatischen Gründen keinesfalls wünschenswert. Nach einem gelungenen und voraussichtlich mit einem mäßigen militärischen Aufgebot durchführbaren Sturz des alten Regimes würde es nicht nur zweckmäßig, sondern aller Voraussicht nach auch möglich sein, die hier verwandten Truppen nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aus dem Lande zu ziehen⁷. Auf diese Weise würde jedenfalls auch für

¹ Randbemerkungen Hintzes: »Wo?«

² Richtig! Wie wollen Sie die lösen?

³ Wir haben nichts.

⁴ Brauchen wir selbst.

⁵ Geht uns nichts an.

⁶ Nein! Sie hat uns den Krieg erklärt.

⁷ Nein! Nach Ludendorff.

das wirtschaftliche Zusammengehen in der Zukunft die durchaus erforderliche Grundlage gegenseitigen Vertrauens, die uns ganz verloren zu gehen droht⁸, gesichert werden.

gez. Hauschild

Dokument 9

DER K. U. K. GENERALKONSUL IN MOSKAU AN DEN K. U. K. MINISTER DES
ÄUSSERN STEFAN GRAF BURIAN VON RAJECZ

(HHStA, PA X 150 Liasse XIa Bl. 346/61. Maschinenschriftliche Ausfertigung.)

Nro. 83

Moskau, den 5. Oktober 1918

Die Balkanereignisse und
die Moskauer Internationale
4 Beilagen¹

Die Leute hier denken nur mehr in der Extase.

Wie der bologneser Glastropfen in tausende von Splintern zerstiebt, trifft ihn der Hammer Schlag – so hat die Katastrophe Bulgariens in den Augen der Bolschewiken den mitteleuropäischen Block in Brüche geschlagen. Gleich einem leck gewordenen Riesen-Luftschiff, das in rasender Eile Stück für Stück zusammenbricht, haben die wenigen Tage der letzten Woche hier der Öffentlichkeit das Bewußtsein beigebracht, daß die riesige Ostfront von der Adria bis nach der Murmanküste plötzlich aufgerollt sei und die ganze Flanke der Mittelmächte halt- und wehrlos den Schlägen des Feindes ausgesetzt erscheine. Der Abfall der immer nur geschlagenen Türkei wird für sicher genommen, und schon sieht die Proletarier-Phantasie die stolze englische Flotte im Schwarzen Meere gegen Batum und Odessa ziehen.

Ein Freudengeheul geht durch die Presse darüber, daß von den beiden den Marxismus gleicherweise bekämpfenden Imperialismen der eine nach unerhörten Anstrengungen – so meinen sie hier – glatt zusammenzubrechen scheine. Und in einem Atem zittert die Angst in allen Gliedern über die Gefahr der dammlösen Überflutung durch den siegreich gebliebenen anderen Imperialismus. Kommt es nicht sofort zum Frieden und bewahrheiten sich die Hypothesen über den mitteleuropäischen Zusammenbruch, dann ist der Bolschewikismus im Norden, Osten und Süden in wenigen Wochen gepackt und in der Luft zerrissen. Das befürchten sie in ihrem Innersten, wenn sie auch nach außen volle Zuversicht an den Tag legen. Denn das russische Proletariat, die Rote Armee, die würden schon alles besorgen! Und wenn das nicht helfen sollte, dann ist ja die Weltrevolution da und das deutsche sozialistische Volk, das seine bürgerlichen Peiniger werfen, den brest-litowsker Vertrag zerreißen und mit den russischen Bolschewiken gemeinsame Sache machen wird gegen den die Diktatur des Proletariats bedrohenden anglo-amerikanischen Kapitalismus.

Dieser letztere will vom brest-litowsker Frieden bekanntlich nichts wissen; hat er doch mit dieser Gegnerschaft die ganze russische nationale Welt in sein Lager gezogen. Auch der Bolschewikismus bekämpft den brest-litowsker Vertrag, weil dieser ihm die übermächtige Nachbarschaft des deutschen Imperialismus mit seinem ganzen, jede Agitation erstarrenden Kontrollsystem bis weit in die russischen Lande hinein gebracht hat.

Man braucht weder Entente-Kapitalist noch Bolschewik zu sein, um auch vom Standpunkte Mitteleuropas diesen Brester Vertrag zu bedauern. Er sollte drei Fliegen auf einen Schlag töten: die Ostfront aufheben, den deutschen Landhunger sättigen und Rußland durch künstliche innere Zersetzung für die Zukunft bis Wladiwostok zu deutschem Kolonialland herabwürdigen. Das war zu viel! Besonders als Resultat eines Verzweiflungskampfes auf Leben und Tod. Qui trop embrasse, mal étireint. Mitteleuropa, oder besser gesagt: Deutschland hätte sich mit

⁸ Sie *ist* verloren.

¹ Die in dem Bericht genannten Beilagen werden nicht abgedruckt.

dem ersten der angestrebten drei Ergebnisse des Brester Vertrages zufrieden geben sollen und mit den beiden anderen sich in diesem Frühjahr die dauernde Freundschaft des russischen Volkes erkaufen können. Die Ostfront wäre auch dann überflüssig geblieben; und in Moskau säßen wenigstens keine Bolschewiken und in Sibirien keine Japaner, Engländer, Amerikaner und Franzosen.

Das Werk von Brest-Litowsk ist freilich menschlich entschuldbar, ist es doch in der Extase des glühendsten Kampfesgetümmels entstanden. Ein Werk der Hysterie – wie mir ein Schwede wenig liebenswürdig sagte –: hie ahnungslose Phantasten, hie fanatische Verbrecher. Ein Werk, das mir in erschreckend wenigen Monaten das zu werden scheint, was in kurzer Zeit aus der Algeiras-Akte wurde, an der ich als Geschäftsträger in Tanger viele gescheite Männer Monate lang bosseln sah: ein interessantes Stück Papier, auf dem viel Arbeit klebt.

Die neueste hier eingelangte Nummer der »Vossischen Zeitung« vom 30. September bringt einen ausgezeichneten Artikel von Georg Bernhard: »Die Lehren von Moskau«, der den Deutschen die Fehler *nach* Brest-Litowsk aufweist.

Mit all diesen plötzlich wieder aktuell gewordenen Fragen befassen sich in bewunderungswürdiger dialektischer Klarheit die beiden anverwahrten Artikel Radeks, die im Zusammenhange mit einem Briefe Lenins an seine Parteigänger und mit der vom »Zentralen Exekutivkomitee« vorgestern gefaßten Resolution – die ich beide hier gleichfalls ergebnis vorlege – einen Einblick in die augenblickliche Auffassung der Situation im Bolschewikenlager gewähren.

Euer Exzellenz wollen es sich nicht verdrießen lassen, auch in diese leider umfangreichen Beilagen des vorliegenden Berichtes hochgeneigtest Einsicht nehmen zu wollen. Sie geben ein packend klares Bild dessen, wie sich für diesen Moment die Welt in dem Gehirne der Bolschewiken spiegelt. Sie zeigen auch ein hundert und erstesmal wieder, wie Unrecht die Zentralmächte tun, Moskau derart zu bagatellisieren.

Mag der Gedanke einer neuen Riesenfront von Cattaro bis Archangelsk augenblicklich auch nur ein Phantasiegebilde der Internationale sein: Moskau liegt doch an dieser Front.

gez. Pottere

Dokument 10

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES SOLF AN DEN VERTRETER
DES AUSWÄRTIGEN AMTES IM GROSSEN HAUPTQUARTIER VON HINTZE

(PA, D 131 Bd. 52 Bl. 97/8. Abschrift.)

Berlin, den 22. Oktober 1918

Sehr verehrte Exzellenz,

Die Frage unseres Verhältnisses zu den Bolschewiken steht zur Zeit im Vordergrund der politischen Fragen, die mich beschäftigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es für uns bisher die richtige Politik war, nicht gegen die Räterepublik zu gehen und mit ihr korrekte Beziehungen zu unterhalten, solange sie durch ihre militärische Machtentfaltung gegen die Anhänger des alten Regimes sowie die Entente zur Paralyse Rußlands beitrug. Nachdem wir aber nunmehr unsere Politik auf den Frieden haben umstellen müssen, frage ich mich, ob nicht der Zeitpunkt für eine Revision unserer Beziehungen zu den gegenwärtigen Machthabern in Moskau in größere Nähe gerückt erscheint. Die Bolschewiken werden sich auf die Dauer nicht halten können. Mit dem allgemeinen Frieden wird sich, so scheinen sie auch selbst anzunehmen, alles gegen sie wenden, und dann wird ihre Herrschaft, voraussichtlich unter Strömen von Blut, zuende gehen. Geht der Krieg weiter und entwickelt die Entente, wie anzunehmen, nach dem Fall Konstantinopels eine größere Aktivität im Osten, so wird das Ende über kurz oder lang in derselben Weise kommen. Bei dieser Sachlage neige ich der Ansicht zu, daß es besser ist, nicht abzuwarten, sondern bei Zeiten von ihnen abzurücken, damit das zu gewärtigende Blutvergießen nicht auf das Konto unserer Freundschaft mit ihnen gesetzt wird. Hierzu kommt,

daß die Bolschewiken jetzt angesichts unserer allgemeinen Lage und in Voraussicht des heran-
nahenden Endes ihrer Herrschaft augenscheinlich alles auf die letzte Karte setzen: Die Revo-
lutionierung Deutschlands. Die Propaganda ihrer offiziellen und inoffiziellen Vertreter nimmt
immer größere Dimensionen an. Die Intimität mit unseren »Unabhängigen« ist außerordentlich
gewachsen, die kürzliche Demonstration unter den Linden steht ziemlich offensichtlich mit der
russischen Botschaft im Zusammenhang, an der Ostfront finden aufreizende Kundgebungen
statt, in Oberschlesien ist ein Streik mit stark bolschewistischem Charakter ausgebrochen, die
Sowjetregierung selbst fordert ziemlich unverhüllt zur Revolution auf. Wir haben selbstver-
ständlich alle möglichen Maßnahmen dagegen ergriffen, aber es scheint, daß nur ein vollständiger
Abbruch der Beziehungen die von Rußland zu uns führenden Fäden abschneiden könnte.
Nun würde ein Abbruch der Beziehungen ernste Gefahren für das Leben unserer in Rußland
verbliebenen Landsleute in sich bergen und schwere Nachteile wirtschaftlicher Natur im Gefolge
haben. Der Generalkonsul in Moskau hat daher die Ansicht ausgesprochen, man müsse gleich-
zeitig militärisch intervenieren und somit reinen Tisch machen. Ich weiß nicht recht, wie das
jetzt möglich sein sollte. Auch eine temporäre Besetzung Petersburgs mit einem schwachen
Kontingent kann wohl kaum in Frage kommen. Ich möchte Sie aber bitten, die Frage mit der
O.H.L. besprechen zu wollen, und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich bei Mitteilung
des Ergebnisses wissen lassen wollten, wie Sie über die ganze Angelegenheit denken. Ich lege
auf die Ansicht Euerer Exzellenz als hervorragenden Kenner Rußlands ganz besonderen Wert.

[Grußformel]

gez. Solf

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. VERZEICHNIS DER ARCHIVALIEN

1. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn

Deutschland

- 88 Die Verfassung des Deutschen Reiches, Bd. 14
122 Nr. 2 q Staatssekretär Dr. von Kühlmann, Bd. 3
122 Nr. 2 r Staatssekretär Admiral von Hintze, Bd. 1
122 Nr. 2 r Nr. 1 Parlamentarische Reden, Bd. 1
122 Nr. 27 Die Mitglieder der »Reichsregierung«, Bd. 1
127 Nr. 5 Die russische Mission in Berlin, Bd. 5
127 Nr. 5 *secr.* Die russische Mission in Berlin, Bd. 2
127 Nr. 5 *adh.* 1 Mitteilungen der russischen Regierung an ihren Bevollmächtigten in Berlin, Bd. 1-6
131 Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland, Bd. 37-58
131 *adh.* 3 Die russische deutschfeindliche Propaganda, Bd. 1-3
131 *adh.* 3 Nr. 2 Der russische Bolschewist Karl Radek (Sobelsohn), Bd. 1
131 *secr.* Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland, Bd. 18
135 Nr. 4 Die Botschaft in Petersburg, Bd. 3
135 Nr. 4 *secr.* Die Botschaft in Petersburg, Bd. 1
137 *secr.* Die allgemeine deutsche Politik, Bd. 8

Europa/Generalia

- 92 *secr.* Wahrnehmung der monarchischen Interessen gegenüber der republikanischen Propaganda, Bd. 2

Finnland

- 1 Allgemeine Angelegenheiten, Bd. 1-19
2 Russisch-finnische Beziehungen, Bd. 1-3

Großes Hauptquartier. Akten des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier 1915-1919 (Staatssekretär, Vertreter des Amtes, Rat im Gefolge) und Akten des Rats im Gefolge S. M. 1917-1918

- 31 Rußland, Bd. 11-19 (Anlage zu Bd. 14: Rußland: Schiffe in Noworossisk)
31 d Rußland: Innerpolitische Lage, Bd. 1-2
31 k Rußland: Ermordung des Grafen Mirbach (Gesandtschaftswache), Bd. 1
31 l Rußland: Murman, Bd. 1
39 a Staatssekretär, Bd. 1

Internationale Angelegenheiten

- 2 Der Bolschewismus, Bd. 1

Rußland

- Politisches Nr. 1 Friedensverhandlungen mit Rußland – Die Konferenz von Brest-Litowsk, Bd. 22–26
- 61 Allgemeine Angelegenheiten Rußlands, Bd. 147–166
- 71 Die russischen Finanzen, Bd. 66
- 72 Militär- und Marine-Angelegenheiten Rußlands, Bd. 98
- 72b Marine-Angelegenheiten Rußlands, Bd. 30–34
- 82 Nr. 1 Die russische Kaiserfamilie, Bd. 65–66
- 97a Russisch-Asien: Kaukasus, Bd. 12–27
- 106 Beziehungen Rußlands zum Ukrainischen Staat, Bd. 1
- 107 Die Krim, Bd. 1–2
- 108 Die Don-Kosaken, Bd. 1–4

Ukraine

- 1 Allgemeine Angelegenheiten, Bd. 3–26

Weltkrieg

- Wkr Nr. 5 e geh Ru Funksprüche: Rußland, Bd. 1–4
- Wkr Nr. 15 geh Material zu den Friedensverhandlungen, Bd. 5
- Wkr Nr. 20 d Nr. 1 a Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, Bd. 11–23
- Wkr Nr. 29 Druck der Entente auf Rußland, Bd. 1–2

Nachlaß Stresemann

- Politische Akten 1918, Bd. 181, 185, 194–196
- Tagebuch, Bd. 201

2. *Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, Kriegsarchiv der Marine:*
Akten des Admiralstabs der Marine

- 7877 Akten betreffend Schlußstein-Operation (ganz geheim! Von Hand zu Hand!)
- PG/69 257 Schwarzes Meer, Bd. 2
- PG/69 258 Schwarzes Meer, Bd. 3
- PG/69 259 Schwarzes Meer, Bd. 4
- PG/75 545 Völkerrechtliche Angelegenheiten. Allgemeine Sachlagen. Friede mit Rußland (1. 1. 1918–Januar 1920)
- PG/75 607 Friedensvorarbeiten. Waffenstillstand. Weißes Meer, Bd. 1
- PG/75 677 Laufende Marinepolitik. Schwarzes Meer. Ehemals russische Schiffe. Auslegung des Brester Friedensvertrags, Bd. 1
- PG/75 678 Dasselbe, Bd. 2
- PG/75 679 Laufende Marinepolitik. Schwarzes Meer. Brester Friedensvertrag. Kriegsschiffe (Juni–November 1918)
- PG/75 681 Laufende Marinepolitik. Besetzung der russischen Schwarzmeerflotte (Juni–Oktober 1918)
- PG/75 699 Laufende Marinepolitik. Konferenz betreffend russische Schiffe, Bd. 1
- PG/76 316 Wirtschaftliches. Rußland. Allgemeines (1. 1. 1918–13. 4. 1919)

3. *Bundesarchiv Koblenz (auch Militärarchiv)*

- Nachlaß Bauer, Nr. 13: Im Kriege, Heft 3 (Mai–Oktober 1918)
- Nr. 20: Schriftwechsel mit Dr. Gustav Stresemann (1917–1920)

- Nachlaß Berg, Nr. 331-2: Aufzeichnungen von Friedrich von Berg aus der Zeit seiner Tätigkeit als Chef des Zivilkabinetts über den Zeitraum 14. I. 1918-I. II. 1918 (Abschrift)
- Nachlaß Groener, H 08-46/23: Tagebuch Groeners
 H 08-46/32: Kriegsbriefe Groeners an seine erste Frau
 H 08-46/59: Verschiedene Aufsätze
 H 08-46/171: Heeresgruppe Eichhorn: Kriegslage Südrußland und Krim 4. 4.-26. 10. 1918
 H 08-46/172: „ „ Politisches I (20. 3.-28. 5. 1918)
 H 08-46/173: „ „ Politisches II (1. 6.-15. 10. 1918)
 H 08-46/174: „ „ Verschiedenes
- Nachlaß Haefen, H 08-35/4: Erlebnisse 1918, Bd. 1
 H 08-35/10: Erlebnisse 1918 (bearbeitet von Generalleutnant von Tieschowitz) Bd. 1
 H 08-35/20: Politisches und Militärisches, Bd. 4: Die Charakteristiken des Staatssekretärs von Hintze (Juli 1918)
- Nachlaß Hertling, Nr. 40: Aus der Reichskanzlerzeit, Bd. 1: 1917-1918 (März)
 Nr. 41: Aus der Reichskanzlerzeit, Bd. 2: 1918
- Nachlaß Hoffmann, H 08-37/3: Verschiedenes
- Nachlaß Keyserlingk, K 08-8/1: Militärpolitische Berichte des Bevollmächtigten der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung in St. Petersburg (Dezember 1917-Februar 1918)
 K 08-8/3: Die Entwicklung der deutschen Marine
 K 08-8/19: Der Admiralstab der Marine im Ersten Weltkrieg
- Nachlaß Payer, Nr. 12: Mein Lebenslauf (als Manuskript vervielfältigt. Stuttgart 1932)
 Nr. 14: Politischer Schriftwechsel nach dem Krieg, Heft 2 (1920-1924)
- Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119: Gutachten über die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918, Heft 2
- Nachlaß Südekum, Nr. 104: Briefentwürfe Okt. 1915 - Okt. 1918

4. *Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. Geheimes Staatsarchiv, München*

- Gesandtschaft Berlin, Abgabe 1935 Bd. 87: Politische Akten, Krieg 1914-1918, I. Halbjahr
 Bd. 88: Politische Akten, Krieg 1914-1918, II. Halbjahr
 MA III 2991/17: Gesandtschaft Berlin, Politische Berichte, 2. Vierteljahr 1918

5. *Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien*

- PA X 150 Liasse XI: Entwicklung des russischen Reiches zu einer Pluralität von Staaten 1917-18
 a₁) Allgemeines 1918 I-XI
 PA X 151 Liasse XI: ad a₁) Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach vom 6. VII. 1918
 a₂) Großrußland (Moskauer Regierung Lenin, Trotzky 1918)
 PA X 152 Liasse XI: a) Die Ukraine: 1. Allgemeines 1918 II-VII
 PA X 155 Liasse XI: k) Kaukasusstaaten
 PA X 156 Liasse XI: 1. Allgemeines 1918 II-VIII
 2. Friedensverhandlungen von Batum VI-VIII
 PA X 158 Liasse XI: l) Die Krim 1918 II-X
 PA rot 836: Krieg 3, Rußland k, 1917-1918
 PA rot I 1076: Krieg. Vertreter des Ministers des Äußeren in Warschau 1917. Kiew, Moskau, Odessa, Petersburg 1918

6. *Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Kriegsarchiv, Wien*

Manuskriptensammlung, Weltkrieg 1, Rußland 1918, Nr. 3: Auszug aus dem Ukraine-Tagebuch des Generalmajors und bevollmächtigten Generals in Kiew Lelio Graf Spannocchi (vom 17. Juni 1918–5. Januar 1919)

Militärkanzlei $\frac{69-17}{1-9}$

7. *In Privatbesitz befindliche Archivalien*

Karl Freiherr von Bothmer, Tagebuch I–IV (Freifrau Ruth von Bothmer)

Wilhelm Schubert, Der Zweite Weltkrieg hat 1918 begonnen. Arbeitshypothese zur Geschichtsforschung unserer Zeit. Aus den Lebenserinnerungen eines Militärattachés. Als Manuskript vervielfältigt. München 1957 (General a. D. der Luftwaffe Dr. Wilhelm Schubert)

II. VERZEICHNIS DER GEDRUCKTEN QUELLEN

- Achtamzjan*, Abdulchan Abdurachmanovič, Antisovetskaja politika germanskogo imperializma posle zaključenija Brestskogo mira (mart–avgust 1918 g.) (Die sowjetfeindliche Politik des deutschen Imperialismus nach dem Abschluß des Brester Friedens [März–August 1918]). In: *Iz istorii agresivnoj vnešnej politiki germanskogo imperializma*, hsg. von V. A. Maslennikov. Moskau 1959. (Zitiert als Achtamzjan, *Iz istorii.*)
- Achtamzjan*, Abdulchan Abdurachmanovič, Ot Bresta do Kilja. Proval antisovetskoj politiki germanskogo imperializma v 1918 g. (Von Brest bis Kiel. Der Zusammenbruch der sowjetfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus im Jahre 1918). Moskau 1963
- Ajrapetjan*, Michail Ervandovič/Deborin, Grigorij Abramovič, Etapy vnešnej politiki SSSR (Die Etappen der sowjetrussischen Außenpolitik). Moskau 1961
- Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Hsg. von Leo Stern. Berlin 1959
- Arz*, Arthur – von Straußenburg, Zur Geschichte des Großen Krieges 1914–1918. Wien 1924
- Avalov*, Zurab, Nezavisimost' Gruzii v međunarodnoj politike 1918–1921 gg. (Die Unabhängigkeit Georgiens in der internationalen Politik 1918–1921). Paris 1924
- Avtorchanov*, Abdurachman, Factors Determining Soviet Foreign Policy. In: *Problems of Soviet Foreign Policy. A Symposium*. S. 1 ff. Hsg. von Oliver J. Frederiksen. München 1959
- Awaloff*, Pawel Michailowitsch, Im Kampf gegen den Bolschewismus. Glückstadt/Hamburg 1925
- Bacmeister*, Walter, Neuer Geist im Auswärtigen Amt. In: *Das Größere Deutschland* (hsg. von Paul Rohrbach) H. 20 (1918 VII 19)
- Barth*, Emil, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution. Berlin 1920
- Bernstorff*, Johann Heinrich Graf, Erinnerungen und Briefe. Zürich 1936
- Bihl*, Wolfdieter, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966) 51 ff.
- Blücher*, Wipert von, Deutschlands Weg nach Rapallo. Wiesbaden 1951
- Blum*, Oscar, Russische Köpfe. Berlin 1924
- Bonč-Bruevič*, Vladimir Dmitriewič, Izbrannie sočinenija, Tom 3: Vospominanija o V. I. Lenine. 1917–1924 gg. (Gesammelte Werke, Bd. 3: Erinnerungen an Lenin). Moskau 1963
- Bothmer*, Karl Freiherr von, Mit Graf Mirbach in Moskau. Tübingen 1922
- Brecht*, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen eines beteiligten Beobachters 1884–1927. Stuttgart 1966
- Brjunin*, V. G., Sovetsko-germanskije otnošenija nakanune Nojabr'skoj revoljucii. In: *Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov* (Die sowjetisch-deutschen

- Beziehungen am Vorabend der Novemberrevolution). Hsg. von V. D. Kul'bakin. Moskau 1960
- Buchanan*, George, My Mission to Russia and Other Diplomatic Memories, Vol. II. London 1923
- Bunyan*, James, Intervention, Civil War, and Communism in Russia, April–December 1918. Documents and Materials. Baltimore 1936
- Burian*, Stephan Graf, Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin 1923
- Carr*, Edward Hallett, Die historischen Grundlagen der sovjetischen Außenpolitik. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 1 (1954) 239 ff. (Zitiert als Carr, Grundlagen.)
- Carr*, Edward Hallett, The Bolshevik Revolution 1917–1923, Vol. II/III. London 1952/3
- Chamberlin*, William Henry, The Russian Revolution 1917–1921. Vol. II. New York 1957
- Craig*, Gordon A., Techniques of Negotiation. In: Russian Foreign Policy. Essays in Historical Perspective. S. 351 ff. Hsg. von Ivo J. Lederer. New Haven 1964
- Cumming*, C. K./Pettit, W. W., Russian-American Relations, March 1917–March 1920. Documents and Papers. New York 1920
- Czernin*, Ottokar, Im Weltkrieg. Berlin 1919
- Čerjačukin*, A. V., Donskaja delegacija na Ukrainu i v Berlin v 1918–1919 gg. In: Donskaja Letopis' 3 (1924) 163 ff.
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič, Lenin i vnešnjaja politika (Lenin und die Außenpolitik). In: Mirovaja politika v 1924 g. Moskau 1924
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič, Lenin und die Außenpolitik. In: Lenin. Lenin und sein Werk (Beiträge von N. Bucharin u. a.) S. 90 ff. Wien 1924
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič, Stat'i i reči po voprosam meždunarodnoj politiki (Reden und Aufsätze über die internationale Politik). Moskau 1961
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič, Vnešnjaja politika Sovetskoj Rossii za dva goda (Zwei Jahre sowjetrussischer Außenpolitik). In: Vospominanija o Vladimire Il'iče Lenine, Bd. 2, S. 166 ff. Moskau 1957
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič, Zwei Jahre auswärtige Politik Sowjet-Rußlands. Berlin 1920
- Čubar'jan*, Aleksandr Oganovič, Brestskij mir. Moskau 1964
- Delbrück*, Hans, Politische Korrespondenz vom 29. 6. 1918. In: Preußische Jahrbücher 173 (1918)
- Denikin*, Anton Ivanovič, Očerki russkoj smuty (Skizzen über die Zeit der russischen Wirren), Bd. 3. Berlin 1924
- Deutscher*, Isaac, Trotzki, Bd. 1: Der bewaffnete Prophet. Stuttgart 1962
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Reihe 2, Bd. 2 (November 1917 – Dezember 1918). Hsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1957
- Dokumenty i materialy po vnešnej politike Zakavkaz'ja i Gruzii (Dokumente und Materialien zur Außenpolitik Transkaukasiens und Georgiens)*. Tiflis 1919 (aus der Moskauer Staatsbibliothek entliehen)
- Dokumenty po istorii černomorskogo flota v marte–ijune 1918g. (Dokumente zur Geschichte der Schwarzmeer-Flotte März–Juni 1918)*. In: Archiv Russkoj Revoljucii 14 (1924) 151 ff.
- Dokumenty po istorii graždanskoj vojny v SSSR*, Tom 1 (*Dokumente zur Geschichte des Bürgerkriegs in der UdSSR*, Bd. 1). Moskau 1940
- Dokumenty vnešnej politiki SSSR*, Tom 1 (*Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR*, Bd. 1). Hsg. vom Ministerstvo Inostrannyh Del SSSR. Moskau 1959. (Zitiert als Dokumenty I.)
- Drabkin*, Ja. S., Lenin i Nojabr'skaja revoljucija (Lenin und die Novemberrevolution). In: Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov. Hsg. von V. D. Kul'bakin. Moskau 1960
- Dzierzynski*, Felix E. (= Dzeržinskij, Feliks E.), Ausgewählte Artikel und Reden 1908–1926. Berlin 1953
- Ebert*, Friedrich, Schriften. Aufzeichnungen. Reden. Bd. 2. Dresden 1926
- Ellis*, Charles Howard, The British "Intervention" in Transcaspia 1918–1919. Berkeley 1963
- Enciklopedija: Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija*, Bd. 2. Hsg. von E. M. Žukov. Moskau 1962

- Epstein*, Fritz T., Otto Hoetzsch als außenpolitischer Kommentator während des Ersten Weltkrieges. In: Rußland-Studien. Gedenkschrift für Otto Hoetzsch. Hsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Schriftenreihe Osteuropa 3 (1957) 9 ff.
- Epstein*, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin/Frankfurt/M. 1962
- Erzberger*, Matthias, Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart/Berlin 1920
- Eudin*, X. J., The German Occupation of the Ukraine in 1918. In: Russian Review 1 (1941/42) 90 ff.
- Europäische Gespräche*: s. Gespräche
- Falkenhayn*, Erich von, Die Oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen. Berlin 1920
- Fischer*, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. 3. Auflage. Düsseldorf 1964
- Fischer*, Louis, The Life of Lenin. New York 1964
- Fischer*, Louis, Men and Politics. New York 1941
- Fischer*, Louis, The Soviets in World Affairs. Vol. 1. Princeton 1951
- Footman*, David, Civil War in Russia. London 1961
- Freund*, Gerald, Unholy Alliance. Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin. London 1957
- Gatzke*, Hans W., Dokumentation zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955) 67 ff.
- Gatzke*, Hans W., Stresemann und Litwin. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957) 76 ff. (Zitiert als Gatzke, Stresemann und Litwin.)
- Geiss*, Imanuel, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Hamburg/Lübeck 1960
- Germanskije okkupanty*: s. Okkupanty
- Gespräche*: Europäische Gespräche 4 (1926) 148 ff.: Geheimzusätze zum Brest-Litowsker Vertrag
- Gil*, S. K., Šest' let c V. I. Leninym (Sechs Jahre mit V. I. Lenin). Moskau 1957
- Gütermann*, Valentin, Geschichte Rußlands, Bd. 3. Hamburg 1949
- Glaise-Horstenau*, Edmund von, Die Katastrophe. Die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und das Werden der Nachfolgestaaten. Zürich 1929
- Goltz*, Graf Rüdiger von der, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum. Leipzig 1920
- Gratz*, Gustav/Schüller, Richard, The Economic Policy of Austria-Hungary during the War. New Haven 1928
- Grimm*, Klaus, Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/19. Essen 1939
- Groener*, Wilhelm, Lebenserinnerungen. Hsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen. Göttingen 1957
- Grottian*, Walter, Lenins Anleitung zum Handeln. Köln 1962
- Gurko*, V. I., Iz Petrograda čerez Moskvu, Pariž i London v Odessu. In: Archiv Russkoj Revoljucii 15 (1924) 5 ff.
- Gusev*, Kirill Vladimirovič, Krach partii levych eserov (Der Zusammenbruch der Partei der LSR). Moskau 1963
- Hahlweg*, Werner, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution. Münster 1960
- Hahlweg*, Werner, Lenin und Clausewitz. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Archiv für Kulturgeschichte 36 (1954) 30 ff., 357 ff. (Zitiert als Hahlweg, Lenin und Clausewitz.)
- Haußmann*, Conrad, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hsg. von Ulrich Zeller. Frankfurt/M. 1924
- Helferich*, Karl, Der Weltkrieg, Bd. 3. Berlin 1919
- Hertling*, Karl Graf von, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg 1919
- Herzfeld*, Hans, Die deutsche Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963) 224 ff.

- Hilger, Gustav*, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt/M. 1955
- Hölzle, Erwin*, Der Osten im Ersten Weltkrieg. Leipzig 1944
- Hölzle, Erwin*, Die Revolution der zweigeteilten Welt. Hamburg 1963
- Hoffmann, Max*, Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Bd. 1 und 2. Hsg. von Karl Friedrich Nowak. Berlin 1929
- Hopman, Albert*, Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers. Berlin 1925
- Hubatsch, Walther*, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945. Frankfurt/M. 1958
- Hubatsch, Walther*, Finnland in der deutschen Ostseepolitik 1917/18. In: Ostdeutsche Wissenschaft 2 (1955) 47 ff.
- Hubatsch, Walther*, Großes Hauptquartier 1914/18. Zur Geschichte einer deutschen Führungseinrichtung. In: Ostdeutsche Wissenschaft 5 (1958) 422 ff.
- Hubatsch, Walther*, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934. Göttingen 1966
- Interfraktionelle: Der – Ausschuß 1917/18*. 1. und 2. Teil. Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1/I–II. Hsg. von W. Conze/E. Matthias/G. Winter). Düsseldorf 1959
- Janßen, Karl-Heinz*, Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914–1918. Göttingen 1963
- Jutikkala, Eino*, Geschichte Finnlands. Stuttgart 1964
- Kachovskaja, Irene*, Souvenirs d'une révolutionnaire. Paris 1926
- Kachovskaja, Irene*, Terrorističeskij akt protiv gen. Eichgorna. In: Letopis' Revoljucii 1 (1923) 215 ff.
- Kaehler, Siegfried A.*, Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918. In: Siegfried A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. S. 241 ff. Göttingen 1961
- Kakljugin, K. P.*, Donskoj Ataman P. N. Krasnov i ego vremja (Der Ataman der Donkosaken P. N. Krasnov und seine Zeit). In: Donskaja Letopis' 2 (1924) 68 ff.
- Kampf: Der – der Sowjetunion um den Frieden*. Eine Dokumentensammlung 1917–1929. Hsg. vom Bund der Freunde der Sowjetunion. Berlin 1929
- Karpova, R., L. B. Krasin*. Sovetskij diplomat. Moskau 1962
- Katkov, George*, The Assassination of Count Mirbach. In: Soviet Affairs 3 (1962) 53 ff. (= St. Antony's Papers 12)
- Kazanovič, B.*, Poezdka iz Dobrovol'českoj armii v „Krasnuju Moskvu“. In: Archiv Russkoj Revoljucii 7 (1922) 184 ff.
- Kazemzadeh, Firuz*, The Struggle for Transcaucasia (1917–1921). New York 1951
- Keil, Wilhelm*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1. Stuttgart 1947
- Kennan, George F.*, Russia Leaves the War (Soviet-American Relations 1917–1920, Vol. 1). Princeton 1956
- Kennan, George F.*, The Decision to Intervene (Soviet-American Relations 1917–1920, Vol. 2). Princeton 1958
- Kessler, Harry Graf, Walther Rathenau*. Sein Leben und sein Werk. Berlin-Grunewald 1928. (Zitiert als Kessler, Walther Rathenau.)
- Kessler, Harry Graf*, Tagebücher 1918–1937. Hsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt/M. 1961
- Kirimal, Edige*, Der nationale Kampf der Krimtürken mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1917–1918. Emsdetten 1952
- Klante, Margarete*, Von der Wolga zum Amur. Die tschechische Legion und der russische Bürgerkrieg. Berlin 1931
- Klein, Fritz*, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932. Berlin 1953
- Kobljakov, I. K.*, Bor'ba sovetskogo gosudarstva za sochranenie mira s Germaniej v period dejstvija Brestskogo dogovora (Der Kampf des Sowjetstaates um die Erhaltung des Frie-

- dens mit Deutschland in der Periode der Auswirkungen des Brester Vertrages). In: *Istorija SSSR* 4 (1958) 3 ff.
- Kongreß: Der zweite – der Kommunistischen Internationale*. Protokoll der Verhandlungen vom 29. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921
- Krasnov, Petr Nikolaevič, Vsevelikoe vojsko Donskoe* (Das große Donheer). In: *Archiv Russkoj Revoljucii* 5 (1922) 190 ff.
- Krassin, Lubov, Leonid Krassin*. His Life and Work. London 1929
- Krastyn', Ja. P.* (Hsg.), *Latyšskie strelki v bor'be za Sovetskiju vlast' v 1917–1920gg.* Vospominanija i dokumenty (Die lettischen Schützen im Kampf für die Sowjetmacht in den Jahren 1917–1920. Erinnerungen und Dokumente). Riga 1962
- Krauß, Alfred*, Die Ursachen unserer Niederlage. München 1920
- Kremer, Il'ja Semenovič, Germanskij proletariat v bor'be za mir s Sovetskoj Rossiej* (Das deutsche Proletariat mit der Sowjetunion im Kampf um den Frieden). Moskau 1963
- Krieg: Der Krieg zur See 1914–1918*. Der Krieg in der Ostsee. Bd. 3. Hsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung. Bearbeitet von Ernst Freiherr von Gagern. Frankfurt/M. 1964
- Krivogus, I. M., Germanskije voennoplennye-internationalisty v Rossii 1917–1920gg.* (Die deutschen Kriegsgefangenen-Internationalisten in Rußland in den Jahren 1917–1920). In: *Nojabr'skaja revoljucija v Germanii*. Sbornik statej i materialov. Hsg. von V. D. Kul'bakin. Moskau 1960
- Krupskaja, N. K., Preezd Il'iča v Moskvu i pervye mesjacy ego raboty v Moskve* (Die Übersiedlung Il'ičs nach Moskau und die ersten Monate seiner Arbeit in Moskau). In: *Vospominanija o Vladimire Il'iče Lenine*, Bd. 2, S. 194 ff. Moskau 1957
- Krupskaja, N. K., Vospominanija o Lenine*. Moskau 1957
- Kühlmann, Richard von*, Erinnerungen. Heidelberg 1948
- Kukel', V., Potoplenie černomorskogo flota v ijune 1918g.* (Die Versenkung der Schwarzmeer-Flotte im Juni 1918). In: *Proletarskaja Revoljucija* 6 [41] (1925) 155 ff.
- Lambsdorff, Gustav Graf von*, Die Militärbevollmächtigten Kaiser Wilhelms II. am Zarenhofe 1904–1914. Berlin 1937
- Landwehr, Ottokar, Hunger*. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18. Zürich 1931
- Larsons, M. J.* (= Maurice Laserson), *Als Expert[e] im Sowjetdienst*. Berlin 1929
- Laue, Theodore H. von*, *Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin, Peoples Commissar for Foreign Affairs, 1918–1930*. In: Gordon A. Craig/Felix Gilbert, *The Diplomats*. Princeton 1953
- Legters, Lyman H., Karl Radek als Sprachrohr des Bolschewismus*. In: *Forschungen zur ost-europäischen Geschichte* 7 (1959) 196 ff.
- Lenin, Vladimir Il'ič, Sämtliche Werke*, Bd. 22. Zürich 1934
- Lenin, Vladimir Il'ič, Werke*, Bd. 26–28, 31, 33, 35–36. Vierte Ausgabe. Berlin 1959/62
- Lepsius, Johannes* (Hsg.), *Deutschland und Armenien 1914–1918*. Sammlung diplomatischer Aktenstücke. Potsdam 1919
- Leuchtenberg, Georgij, Kak načalas' Južnaja Armija* (Wie die Südarmee entstand). In: *Archiv Russkoj Revoljucii* 8 (1923) 166 ff.
- Lewerenz, Lilli*, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918. Dissertation Hamburg 1958
- Liberman, Simon Isaevich*, *Building Lenin's Russia*. Chicago 1945
- Ljaščenko, P. I., Istorija narodnogo chozjajstva SSSR* (Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR), Bd. 3. Moskau 1956
- Lloyd George, David*, *War Memoirs*, Vol. 2. London 1938
- Lockhart, Robert Bruce*, *Memoirs of a British Agent*. London/New York 1932
- Ludendorff, Erich*, *Kriegführung und Politik*. Berlin 1922
- Ludendorff, Erich*, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*. Berlin 1919
- Ludendorff, Erich* (Hsg.), *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916–1918*. Berlin 1920
- Mannerheim, Gustav*, *Erinnerungen*. Zürich-Freiburg 1952

- Marinearchiv* (Hsg.), *Der Krieg zur See 1914–1918*: Hermann Lorey, Der Krieg in den türkischen Gewässern, Bd. 1. Berlin 1928
- Marko*, Kurt, Sic et Non. Wiesbaden 1962
- Martens*, G. Fr. de, Nouveau recueil général de traités. 3^{me} série, tome X. Leipzig 1920
- Matthias*, Erich, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945. Tübingen 1954
- Max von Baden*, Prinz, Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart 1927
- Miljukov*, Pavel Nikolaevič, Rossija na perelome, Bd. 2 (Rußland am Wendepunkt). Paris 1927
- Minc*, I. I./*Ejdeman*, R. (Hsg.), Die deutsche Okkupation der Ukraine. Geheimdokumente. Straßburg 1937
- Minc*, I. I./*Gorodeckij*, E. N. (Hsg.), Dokumenty o razgrome germanskich okkupantov na Ukraine v 1918 g. (Dokumente über den Zusammenbruch der deutschen Okkupanten im Jahre 1918 [aus der Staatsbibliothek Moskau entliehen]). Moskau 1942
- Mühlmann*, Carl, Das deutsch-türkische Waffenbündnis im Weltkriege. Leipzig 1940
- Müller*, Georg Alexander von, Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts. Hsg. von Walter Görlitz. Göttingen 1959. (*Zitiert als Müller.*)
- Müller*, Hermann, Die Novemberrevolution. Erinnerungen. Berlin 1928
- Mordvinov*, R. N., Kursom »Avrory«. Formirovanie sovetskogo voenno-morskogo flota i načal ego boevoj dejatel'nosti (nojabr' 1917–mart 1919 gg.) (Auf Fahrt mit der »Aurora«. Die Bildung der sowjetischen Kriegsflotte und ihre ersten Einsätze [November 1917–März 1919]). Moskau 1962
- Morley*, James W., The Japanese Thrust into Siberia 1918. New York 1957
- Nadolny*, Rudolf, Mein Beitrag. Wiesbaden 1955
- Nationalversammlung: Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919*, Bd. 1. Hsg. von Eduard Heilfron. Berlin 1920
- Naumann*, Victor, Dokumente und Argumente. Berlin 1928
- Norden*, Albert, Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1954
- Obolenskij*, V. A., Krym v 1917–1920 gg. (Die Krim in den Jahren 1917–1920). In: Na Čužoj Storone 5 (1924) 5 ff.
- Oehme*, Walter, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19. Berlin 1958
- Okkupanty: Germanskie okkupanty v Gruzii v 1918 g.* Sbornik dokumentov i materialov (Die deutsche Okkupation in Georgien im Jahre 1918. Eine Dokumentensammlung). Hsg. von M. M. Gabričidze. Tiflis 1942 (Aus Moskau entliehen)
- Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1918 Russia*, Vol. 1–2. Hsg. vom Department of State. Washington 1931/2
- Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1918 The World War*, Supplement 1, Vol. 1. Hsg. vom Department of State. Washington 1933
- Paquet*, Alfons, Im kommunistischen Rußland. Jena 1919
- Payer*, Friedrich von, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt/M. 1923
- Payne*, Robert, The Life and Death of Lenin. New York 1964
- Piontovskij*, S. (Hsg.), Germanskaja intervencija i Donskoe pravitel'stvo v 1918 g. (Die deutsche Intervention und die Don-Regierung im Jahre 1918). In: Krasnyj Archiv 6 (1934) 93 ff.
- Pipes*, Richard E., Domestic Politics and Foreign Affairs. In: Russian Foreign Policy. Essays in Historical Perspective. S. 145 ff. Hsg. von Ivo J. Lederer. New Haven 1964
- Platonov*, A. P., Fevral' i oktjabr' v černomorskom flote (Der Februar und der Oktober in der Schwarzmeer-Flotte). Sevastopol' 1932
- Pomiankowski*, Joseph, Der Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches. Erinnerungen an die Türkei aus der Zeit des Weltkrieges. Zürich 1928
- Possony*, Stefan T., Lenin. The Compulsive Revolutionary. Chicago 1964
- Potjomkin*, W. P. (Hsg.), Geschichte der Diplomatie, Bd. 2. Moskau 1947

- Price*, Philips M., Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917–1919. Hamburg 1921
- Prittwitz und Gaffron*, Friedrich von, Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenerleben. München 1952
- Protokoly zasedanij Vserossijskogo Central'nogo Ispol'nitel'nogo Komiteta* 4-go sozyva. Stenografičeskij otčet (*Protokolle der Sitzungen des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees*. 4. Sitzungsperiode. Stenographischer Bericht). Moskau 1920
- Rabenau*, Friedrich von, Seeckt. Aus seinem Leben. 1918–1936. Leipzig 1941
- Radek*, Karl, Die internationale Lage und die äußere Politik der Räteregierung. Berlin 1919
- Radek*, Karl, Nojabr'. Stranička iz vospominanij (November. Erinnerungsblätter). In: Krasnaja Nov' 10 (1926) 139 ff.
- Radek*, Karl, Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands. Hamburg 1921
- Raskol'nikov*, F., Tragedija černomorskogo flota (1918 g.) (Die Tragödie der Schwarzmeer-Flotte im Jahre 1918). In: Proletarskaja Revoljucija 2 [37] (1925) 170 ff.
- Rauch*, Georg von, Geschichte des bolschewistischen Rußland. Frankfurt/M. 1963
- Rauch*, Georg von, Lenin. Grundlegung des Sowjetsystems. Göttingen 1962
- Raumer*, Kurt von, Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne. Die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918. In: Baltische Lande 4 (1939) 1 ff.
- Raumer*, Kurt von, Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918. In: Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, S. 392 ff. München 1938
- Regierung: Die Regierung des Prinzen Max von Baden*. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 2. Hsg. von W. Conze/E. Matthias/G. Winter). Düsseldorf 1962
- Reichskriegsministerium* (Hsg.), Die Rückführung des Ostheeres. Berlin 1936
- Reshetar*, John S., The Ukrainian Revolution 1917–1920. Princeton 1952
- Ritter*, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 3: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917). München 1964
- Rosenberg*, Arthur, Die Entstehung der deutschen Republik. Berlin 1928
- Rosenfeld*, Günter, Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922. Berlin 1960
- Rosenko*, I. A., Sovetsko-germanskije otnošenija v period Nojabr'skoj revoljucii (Die sowjetisch-deutschen Beziehungen zur Zeit der Novemberrevolution). In: Nojabr'skaja Revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov. Hsg. von V. D. Kul'bakin. Moskau 1960
- Rutyč*, N., KPSS u vlasti (Die Kommunistische Partei der Sowjetunion an der Macht). Frankfurt/M. 1960
- Sadoul*, Jacques, Notes sur la révolution bolchevique. Paris 1919
- Sbornik: Leninskij Sbornik*,
 Bd. 11. Hsg. von N. I. Bucharin/V. M. Molotov. Moskau 1929
 Bd. 18. Hsg. von V. V. Adorackij/V. M. Molotov. Leningrad 1931
 Bd. 21. Hsg. von V. V. Adorackij/V. M. Molotov. Moskau 1933
 Bd. 36. Hsg. vom Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS. Moskau 1959
- Schapiro*, Leonard, The Origin of the Communist Autocracy. Political Opposition in the Soviet State. London 1956
- Scharlau*, Winfried B./Zeman, Zbynek A., Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie. Köln 1964
- Scheidemann*, Philipp, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 1 und 2. Dresden 1928
- Scheidemann*, Philipp, Der Zusammenbruch. Berlin 1921
- Schüddekopf*, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik. Stuttgart 1960
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*, Neue Folge, 33. Jahrgang (1917) Teil 1 und 2. München 1920
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*, Neue Folge, 34. Jahrgang (1918) Teil 1 und 2. München 1922
- 27 Baumgart, Ostpolitik

- Schwertfeger*, Bernhard (Hsg.), »Der Tiger«. Die Kriegsreden Georges Clemenceaus. Berlin 1921.
(Zitiert als Schwertfeger, »Der Tiger«.)
- Schwertfeger*, Bernhard, Das Weltkriegsende. Potsdam 1937
- Seleznev*, K. L., Bol'shevistskaja agitacija i revoljucionnoe dviženie v germanskoj armii na vostočnom fronte v 1918 g. (Die bolschewistische Agitation und die revolutionäre Bewegung in der deutschen Armee an der Ostfront im Jahre 1918). In: Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov. Hsg. von V. D. Kul'bakin. Moskau 1960
- S-ezd: Pjatyj vserossijskij s-ezd Sovetov*. Stenografičeskij otčet (Fünfter gesamtrussischer Sowjetkongreß. Stenographischer Bericht). Moskau 1918 (Aus Moskau entliehen)
- S-ezd: Sed'moj ekstremnyj s-ezd Rossijskoj Kommunističeskoj Partii (b). Mart 1918 g.* Stenografičeskij otčet (7. außerordentlicher Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki. März 1918. Stenographischer Bericht). Moskau 1962
- S-ezd: Sed'moj s-ezd Rossijskoj Kommunističeskoj Partii (b).* Stenografičeskij otčet. 6.–8. marta 1918 g. (7. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki. Stenographischer Bericht. 6.–8. März 1918). Moskau 1923
- Smith*, C. Jay, Finland and the Russian Revolution 1917–22. Athens (USA) 1958
- Solomon*, Georgij Aleksandrovič, Unter den roten Machthabern. Berlin 1930
- Soviet Documents on Foreign Policy*, Vol. 1: 1917–1924. Hsg. von Jane Degras. London 1951
- Soz'v: Pjatyj soz'v Vserossijskogo Central'nogo Iсполnitel'nogo Komiteta*. Stenografičeskij otčet (Die 5. Sitzungsperiode des Gesamtrussischen ZEK. Stenographischer Bericht). Moskau 1919
- Stadtler*, Eduard, Als politischer Soldat 1914–1918. Düsseldorf 1936
- Stählin*, Karl, Geschichte Rußlands, Bd. 4, Teil 2. Königsberg 1939
- Steglich*, Wolfgang, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1. Wiesbaden 1964
- Steinberg*, Isaac Nachman, In the Workshop of the Revolution. New York 1953
- Stenographische Berichte: Verhandlungen des Reichstages*. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Stenographische Berichte. Bd. 313/4. Berlin 1918/9
- Stresemann*, Gustav, Politische Umschau (1918 VII 16 bzw. 1918 VIII 21). In: Deutsche Stimmen 30 (1918) 477 ff. bzw. 557 ff.
- Studiengesellschaft für Zeitprobleme* (Hsg.), Die sowjetische Deutschlandpolitik 1917–1941. Düsseldorf 1962
- Taracouzio*, Timothy A., War and Peace in Soviet Diplomacy. New York 1940
- Tiedemann*, Helmut, Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917–1919. Berlin 1936
- Thaer*, Albrecht von, Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Hsg. von Siegfried A. Kaehler. Göttingen 1958
- Trockij*, Lev Davidovič (= Leo Trotzki), Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Frankfurt/M. 1961
- Trockij*, Lev Davidovič, Über Lenin. Material für einen Biographen. Frankfurt/M. 1964
- Trockij*, Lev Davidovič, Sočinenija, Bd. 3, Teil 2. Moskau o. J. (Nachdruck Cleveland 1963)
- Truchanowski*, W. G. (Hsg.), Geschichte der internationalen Beziehungen 1917–1939. Berlin 1963
- Ullman*, Richard H., Intervention and the War. Anglo-Soviet Relations 1917–1921. Princeton 1961
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*. Hsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler. Bd. 2. Berlin 1959
- Vietsch*, Eberhard von, Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten. Tübingen 1961
- Volkmann*, Erich Otto, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg. Berlin 1925
- Vorst*, Hans, Das bolschewistische Rußland. Leipzig 1919
- Vygodskij*, Semen Jul'evič, V. I. Lenin – rukovoditel' vnešnej politiki Sovetskogo gosudarstva (V. I. Lenin – Führer der Außenpolitik des Sowjetstaates). Leningrad 1960
- Walz*, Erhard, Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk. Düsseldorf 1936

- Weltkrieg: Der - 1914-1918*, Bd. 13: Die Kriegführung im Sommer und Herbst 1917. Die Ereignisse außerhalb der Westfront bis November 1918. Hsg. vom Bundesarchiv. Koblenz 1956 [Für den Dienstgebrauch gedruckt Berlin 1942]
Bd. 14: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918. Hsg. vom Bundesarchiv. Koblenz 1956 [Für den Dienstgebrauch gedruckt Berlin 1944]
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928*. Dritte Reihe: Völkerrecht im Weltkrieg, Bd. 3, 2. Halbband. Vierte Reihe: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Bd. 2, 3, 5, 8, 12. Berlin 1927/9.
- Wheeler-Bennett*, John, Brest-Litovsk. The Forgotten Peace. March 1918. London 1963
- Zagorsky*, Semen Osipovič, La république des soviets. Bilan économique. Paris 1921
- Zechlin*, Egmont, Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu »Das Parlament«) B 25/61 (1961 VII 21) 353 ff.
- Zeman*, Zbynek A. B., Germany and the Revolution in Russia, 1915-1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry. London 1958
- Ziemke*, Kurt, Die neue Türkei. Politische Entwicklung 1914-1929. Stuttgart 1930
- Žukov*, V. K., Černomorskij flot v revoljucii 1917-1918 gg. (Die Schwarzmeer-Flotte in den Revolutionsjahren 1917-1918). Moskau 1931

REGISTER

Das Register erfaßt die Seiten 13—407. Einbezogen wurden grundsätzlich alle Eigennamen außer solchen in Quellen- und Literaturhinweisen. Ist ein Stichwort auf zwei oder mehreren aufeinanderfolgenden Seiten ausgewiesen, werden die entsprechenden Anmerkungen nicht eigens aufgeführt. A. = Anmerkung, u. A. = und Anmerkung.

- Aalandinseln* 93, 97
deutsche Schwerindustrie fordert Besetzung 262 u. A. 17
- Abbéville* 53
- Achalkalaki* 179
- Achalzich* 179
- Achtamzjan*, Abdulchan Abdurachmanovič, sowj.russ. Historiker 17 A. 15, 138 A. 98, 214 A. 20, 298 A. 165, 365 A. 132, 379 A. 19; s. auch sowj.russ. Geschichtsschreibung
- Adler*, Friedrich (1879) österreichischer Sozialist 332 A. 111
- Admiralstab* 80 A. 64, 100 A. 31, 112 A. 88, 113, 157 A. 10, 166 A. 54, 204 A. 121
widerhält der Einnahme von Ino 100
Beteiligung an Auseinandersetzungen über russ. Schwarzmeer-Flotte 156, 159–162, 170–172, 377; s. auch Marine
- Adria* 405
- Afghanistan* 181
- Afrika* 181
- Agitation*, bolschewistische s. Propaganda
- Alberts*, russ. Leutnant
erhält von Deutschland Geld 214 A. 19, 325 A. 80
- Aleksandrov*, ukrainischer Bauernvertreter 43
- Aleksandrovič*, Petr [Petr Aleksandrovič Dmitrievskij] Linker Soz.revolutionär, stellv. Leiter der Čeka 226 A. 60
wird von Bolschewisten erschossen 230 A. 81
- Alekseev*, Michail Vasil'evič (1857–1918) Generalstabschef unter Nikolaus II. 1915–17, Oberbefehlshaber März – Mai 1917, Begründer und Organisator der Freiwilligenarmee 1918 59 u. A. 63, 106, 108 A. 67, 137, 140, 144 A. 133, 219, 237, 321, 396; s. auch Freiwilligenarmee
- Alekseev* (Forts.)
bolschew. Regierung wünscht deutsches Eingreifen gegen A. 108, 115
deutsche Reaktion darauf 109, 110, 248, 393, 399 u. A. 3
- Aleksej*, Nikolaevič (1904) Sohn Zar Nikolaus' II., Thronfolger 137, 338 A. 19
- Alexander* der Große (356–323 v. Chr.) 296 A. 160, 297, 377
- Alexandropol* 179, 182, 183 A. 37
- Algeciras-Akte* 406
- Alldeutsche* 91, 326
- Alliierte* (auch Entente) 14, 18, 23, 24, 30, 33, 35 u. A. 29, 37, 39, 75, 79 A. 62, 81, 82, 83, 84 A. 78, 85, 86, 95, 96, 102 u. A. 40, 103, 107 A. 64, 65; 110, 115, 116 A. 108, 136, 139 u. A. 105, 142 A. 116, 144 A. 132, 170, 174, 212, 213 u. A. 19, 218, 220, 221 u. A. 43, 222, 224, 225 u. 52, 229, 238 u. A. 21, 245, 248, 259 A. 2, 262 A. 17, 267, 270, 280, 282 A. 96, 288, 294 A. 152, 302, 306, 309, 310, 314, 317, 322, 323, 326 A. 80, 330, 331, 332, 333 A. 115, 356, 359, 360, 361 A. 113, 363, 364 A. 129, 366 u. A. 137, 375, 376, 378, 380, 382 u. A. 22, 387, 388 u. A. 4, 390, 391, 393, 394, 397, 398, 399, 402, 403, 406; s. auch Intervention
Rußlandpolitik 45–60
Bedeutung der russ. Novemberrevolution für die A.n 45–48
Nichtanerkennung der bolschew. Regierung 48
Kontakte mit Bolschewisten durch inoffizielle Vertreter 35, 48–49
Beginn und Verlauf der Intervention in Rußland 49–60
Verschlechterung in Beziehungen zur bolschew. Regierung 58, 214

- Alliierte* (Forts.)
 Zahl der alliierten Truppen in Nordrußland 115 A. 103
 keine Verbindung zu LSR 227 u. A. 66
- Al'fater*, Vasilij Michajlovič (1883–1919) russ.
 Admiral, Teilnehmer an den Brester Verhandlungen, Mitglied des Kommissariats für Marineangelegenheiten seit April 1918, Oberbefehlshaber der sowj.russ. Seestreitkräfte seit Oktober 1918 162 u. A. 26
- Amerika* s. Vereinigte Staaten
- Amur* 54
- Andreev*, Nikolaj, Mörder Mirbachs 225 u. A. 55, 229
- antibolschewistische Bewegungen* in Rußland 76 A. 55, 82, 85, 314, 317; s. besonders Monarchisten
 Auseinandersetzungen darüber zwischen AA und OHL 69–76
 erste Anknüpfungsversuche mit Deutschland 70 A. 38
 Anknüpfungsversuche im Mai 79
 ihre Schwäche 383
- »*Anti-Dühring*« 361 A. 117
- Antonov-Ovseenko*, Vladimir Aleksandrovič (1884–1939) sowj.russ. Offizier und Diplomat, Mitglied der bolschew. Partei seit 1917, nach der russ. Novemberrevolution Mitglied des Volkskommissariats für Kriegs- und Marineangelegenheiten, Oberbefehlshaber des Petersburger Wehrkreises, im Bürgerkrieg 1918–20 Befehlshaber an der ukrainischen Front 114 u. A. 100
- Antwerpen* 372
- Arbeiter- und Soldatenrat* 361
- Archangel'sk* 50, 53, 54, 57, 58, 59, 60, 75, 82, 83, 96, 103, 104, 105, 108 u. A. 67, 115, 225, 237, 269, 379, 386, 396, 397, 406
 russ. Regierung wünscht deutschen Fliegerangriff auf A. 111
- Ardahan* 174, 175, 177, 179, 196 A. 83
 wird von der Türkei besetzt 176
- Armavir* 321
- Armeeoberkommando* 122, 196 A. 83
- Armenien* 175, 179, 199 A. 92, 372
 Deutschlands Interesse an A. 196 A. 83
- Arx von Straußenburg*, Arthur Freiherr (1857–1935) öst.-ung. Generaloberst, Chef des Generalstabes vom 2. 3. 1917 bis Kriegsende 122 A. 24
 über Österreichs Ukrainepolitik 123
- Aserbeidschan* 175, 179, 199 A. 92, 202 A. 107
 Deutschlands Interesse an A. 196 A. 83
- Asien* 59 A. 65, 116 A. 108, 135 A. 87, 160 A. 20, 177, 180, 193 A. 78, 309
- Asonwsches Meer* 390
- Astrachan'* 106, 141 A. 115, 187, 356
- »*Atempause*« 36, 40, 44, 49, 265, 266, 283, 369, 384
 Lenins Theorie der A. 32–33, 34, 39
 LSR fordern Beendigung der A. 226
- Atlantischer Ozean* 100 A. 31
- Athene* 226 A. 61
- Außenkommissariat*, sowj.russisches s. Nar-komindel
- Auslandsabteilung der OHL (OHLA)* 62 A. 6, 349 A. 71
- Auslandshilfsstellen* in Rußland 62 u. A. 6, 306, 315, 403
- Auswärtiges Amt* passim; s. auch besonders Kühlmann, Hintze
 Gegensatz zur OHL während der Brester Verhandlungen 18–20, 23–26, 27, 60
 Gegensatz zur OHL nach Brest-Litowsk 60–92, 220 u. A. 39, 368, 370–78, 380–83
 ostpolitische Denkschrift 73–76, 269, 385–87
 protestiert gegen russ. Eingreifen in Finnland 98
 protestiert gegen Minenlegung im Finnischen Meerbusen 112
 will Einfluß der Militärs in der Ukraine schwächen 129–132
 fordert von OHL, Kosaken nicht zu unterstützen 143
 sieht Zusammengehen der Ukraine mit Dongebiet als unerwünscht an 144 A. 132
 will Ukraine über den deutschen Zusammenbruch hinausretten 149 A. 159
 versucht, Ludendorffs Krimstaatspläne zu durchkreuzen 152
 Auseinandersetzung mit OHL über die russ. Schwarzmeer-Flotte 156–173, 279, 280
 besorgt über die türkischen Kaukasuspläne 176–77
 Auseinandersetzung mit OHL über die Kaukasuspolitik 180–191
 Kaukasuspolitik 195 A. 83
 drängt auf militärische Intervention in Baku 201, 203
 erlaubt Fühlungnahme mit Antibolschewisten 218 u. A. 34

Auswärtiges Amt (Forts.)

- will bei Sturz der Bolschewisten zu ihren Gunsten militärisch eingreifen lassen 85, 225–26
 Reaktion auf Ermordung Mirbachs 229–232
 ersucht Sowjetregierung um Zulassung eines Bataillons in Moskau 231–32
 läßt Lettenregimentern insgeheim Rückkehr ins Baltikum versprechen 240–41
 Konferenz verschiedener Reichsämters im A. über das russ. Verkehrswesen 264
 Differenzen mit OHL über die Ergänzungsverhandlungen 279–282, 285–88, 369, 377–78
 grundsätzliche Haltung während der Ergänzungsverhandlungen 282–83, 294, 296–97
 Differenzen mit Mehrheitsparteien über Ergänzungsverhandlungen 292–95
 Formen der Auseinandersetzung mit der Moskauer Gesandtschaft 305 A. 5
 im A. beginnt man Ende September in der Ostpolitik umzudenken 323–24, 334
 kann sich nur zögernd zur Ausweisung Joffes entschließen 328, 370
 erhält Warnungen über Zulassung und Tätigkeit Joffes in Berlin 335–36, 339–341
 Teilnahme an Ressortbesprechungen über Abwehr bolschew. Propaganda 348–354
 entschließt sich zum Abschnen von den Bolschewisten 355–58
 Umbildung des A. im November 362 A. 120
Awalov, Zurab, Vertreter der georgischen Regierung 186 A. 49, 193 A. 78, 275 A. 70
Avesnes 159
 Besprechung zwischen Ludendorff und Hintze 30. Juli 196 A. 83, 287
Awaloff, Fürst Pawel Michailowitsch [nannte sich nach Adoption Awaloff-Bermond] russ. Oberst, nach dem Krieg Führer eines antibolschew. Freikorps im Baltikum 325 A. 80

Badediener 291 A. 141

Baden 196 A. 83

Bagdad 123, 193, 309, 323

Bahr, Richard (1867) Herausgeber der »Nationalliberalen Beiträge« 288

Baikalsee [= Bajkal-See] 391

Baku 60, 106, 115 A. 101, 123, 173, 175, 177, 181 A. 30, 184, 185, 193, 196 A. 83, 207, 309, 372, 379, 396
 türkischer Vormarsch auf B. 184 A. 45, 199, 200, 238 A. 22, 276, 320, 403

Baku (Forts.)

- Bedeutung für Rußland 184 A. 45, 185, 198 u. A. 89, 199. A. 92, 369
 Schwierigkeiten des Öltransports 195 A. 82
 Bedeutung in der deutschen und der türk. Kaukasuspolitik 196–206
 Einfluß der Lage in B. auf die deutsch-russ. Ergänzungsverhandlungen 199–204, 291–92, 296, 299
 englische Truppen treffen ein 200–01, 377
 OHL gibt Befehl zum Angriff auf B. 203–05
Balfour, Arthur James (1848–1930) Außenminister in Lloyd Georges Koalitionskabinett 1916–19
 über Englands Verhältnis zu Rußland 46 u. A. 8
 fordert von russ. Regierung Sühne für die Ermordung Cromies 313 A. 37
Balkan 262, 405
Baltikum, baltische Provinzen 18, 24, 42, 61, 66, 68, 69 A. 32, 74, 82, 85, 86, 92 A. 97, 94, 137, 139, 240, 247, 249 u. A. 78, 262, 268, 270, 288, 294 u. A. 152, 297, 357, 375, 394, 401, 402; s. auch Kurland, Estland, Livland
Baltische Flotte 99 A. 21, 113 u. A. 89, 324 A. 80
 Trockij gibt Befehl zur Sprengung 114 A. 96
Bartenwerffer, Paul von (1867) General, Chef der Politischen Abteilung beim Chef des Generalstabs des Feldheeres 80 u. A. 66, 100; s. auch Politische Abteilung der OHL
 Stellung zur deutschen Ostpolitik 80 A. 64
Barth, Emil, Unabhängiger soz. dem. Volksbeauftragter 362, 364 u. A. 129
 erhält Geld von Joffe 365–66
Bartholomäusnacht 312
Bassewitz, Rudolf Graf von, Legationsrat an der deutschen Gesandtschaft in Moskau 209, 218
Bataillon
 deutsche Regierung fordert Zulassung eines B.s als Gesandtschaftswache in Moskau 230–33, 381 A. 21, 397
Batajsk 165, 166
Batum 174, 175, 177, 179, 181, 182, 183 A. 37, 186, 194, 195 A. 82, 196 A. 83, 204, 206, 405
 wird von der Türkei besetzt 176
 Verhandlungen zwischen Transkaukasien und der Türkei 176, 178–79, 180, 183, 184, 191, 192 A. 74, 388

- Bauer, Max* (1869–1929) Oberst, Chef der Abteilung II der Operationsabteilung des Generalstabs des Feldheeres 62 A. 6, 90 A. 92, 251 A. 89, 288 u. A. 128, 320, 372
über Zusammengehen mit der Roten Armee 107 A. 64
- Bayern* 68, 137
- Beer-Scheba* 20
- Belgien* 313, 333 A. 115
- Bellevue*
Kronrat im Schloß B. Anfang Januar 18
Kronrat vom 12. März 97–98
- Berchem, Hans Graf von* (gest. 1963) Legationsrat 139 A. 105
hält deutsche Ukrainepolitik für verfehlt 149 A. 159
- Berckheim, Philipp Graf von* (1883–1945) Legationssekretär im Stabe des Vertreters des AA bei der OHL 76 A. 55
- Berens, Evgenij Andreevič* (1876–1928) sowj.-russ. Admiralstabschef seit November 1917, Oberbefehlshaber der gesamten sowj.-russ. Seestreitkräfte seit April 1919 114 A. 96, 168 A. 62
- Berezina* 297
- Berg, Friedrich Wilhelm Bernhard von* (1866) Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts 16. 1. – 11. 10. 1918
Ernennung zum Kabinettschef 19
seine Rolle im GrHQ 66–68
seine Rolle bei Hintzes Berufung 89 u. A. 91
über die Auseinandersetzung zwischen Hintze und Helfferich 251 A. 90
- Berg, Palais* 243
- Bergen, Diego von* (1872–1943) Legationsrat, Vortragender Rat im AA 107 A. 64, 221, 236 A. 11
- Berlin passim*
Ort für die deutsch-russ. Ergänzungsverhandlungen 41, 270–71
Ort für die finnisch-russ. Verhandlungen 105
N. Leuchtenberg in B. 145, 146
Dorošenko in B. 151
Tatiščev in B. 155
Lossow in B. 184
Tschchenkeli in B. 186 A. 49
Tundutov in B. 187
Talaat Pascha in B. 202, 205, 207, 299–300
Hoffmann in B. 306–311, 322
Trepov in B. 324 u. A. 80
geplante Mission Radeks nach B. 256, 289–290
- Berliner Kongreß* 40
»*Berliner Morgenpost*« 252
- Bern* 364 A. 129
- Bernhard, Georg* (1875–1944) Chefredakteur der Vossischen Zeitung 236 A. 11, 406
- Bernstorff, Johann Heinrich Graf von* (1862–1939) Botschafter in Washington 1908–17, in Konstantinopel 1917–18 89 A. 91, 181, 183 u. A. 38, 190, 192, 194, 195 A. 83, 202 gegen deutsches Engagement im Kaukasus 182 A. 32, 194 A. 79
- Bessarabien* 153
- Bethmann Hollweg, Theobald von* (1856–1921) Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident 1909–17 13, 19, 89 A. 91
- Biermann, Generalkonsul in Petersburg* 210 A. 9
- Bismarck, Otto Fürst von* (1815–98) 69 u. A. 35, 74, 302, 375, 385
- Björkö* 88 A. 88
- Bljumkin, Jakov, Mörder Mirbachs* 224 A. 50, 225 u. A. 55, 229
- Blücher, Wipert von* (1883) Legationssekretär in der Polit. Abt. des AA 208 u. A. 3
über Hintze und dessen Ernennung 88 A. 88, 90 A. 91, 91 A. 96
zur Ostpolitik im Herbst 328
über Kuriergepäck-Affäre 355 A. 88
- Bockelson, Jan* (1509–36) Wiedertäufer in Münster 314
- Boedecker, Friedrich* (1866) Vizeadmiral 113
- Böhm-Ermolli, Eduard Frhr. von* (1856–1941) öst.-ung. Feldmarschall, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe 134
- Bolschewismus* (auch Kommunismus) 20, 45, 63, 66, 67 A. 30, 70, 75 A. 54, 87, 95, 96, 98, 136, 150, 208, 210 A. 8, 215, 216, 218, 221, 236 A. 14, 255, 282 A. 96, 285 A. 113, 300, 301, 304, 306, 309, 310 A. 23, 328, 329 A. 96, 331, 335, 337 A. 15, 340, 344, 347, 349, 350 A. 73, 353, 354, 357, 359, 360, 364 A. 129, 365, 366, 368, 370, 375, 376, 377, 380–83, 390, 395, 405
- Bolschewisten passim*
schalten andere Parteien von der Macht aus 44
erhalten deutsches Geld 213 A. 19
Spannungen zu den LSR 226, 229
Bruch mit USPD 364
- bolschewistische Regierung* 15, 23, 57, 77 A. 55, 78, 79 A. 62, 80 A. 64, 92 A. 97, 94, 99 u. A. 20, 21; 101, 102, 104, 107 u. A. 64, 108, 110 u. A. 74, 112 u. A. 87, 89; 113, 114, 115, 116 u. A. 107, 138 A.

bolschewistische Regierung (Forts.)

98, 141 A. 112, 143, 145, 146 u. A. 142, 147 A. 153, 157 u. A. 7, 159, 162, 164 u. A. 33, 165, 167 u. A. 57, 168, 170, 172, 180, 182 A. 33, 183, 184, 185, 189 A. 56, 195 A. 83, 199 u. A. 92, 200, 201, 203, 204 A. 117, 208, 209, 211, 216 u. A. 28, 218 A. 30, 222, 224 u. A. 50, 225 u. A. 52, 229, 230, 235, 236 A. 14, 237, 240, 253, 257, 258 u. A. 2, 261, 262, 264, 271 u. A. 44, 46; 272 A. 52, 273 A. 58, 276, 279, 282 A. 98, 283, 284, 288, 294, 296, 297 A. 164, 298 A. 166, 303 A. 184, 313 u. A. 37, 317, 318, 327, 328, 332, 333 u. A. 115, 116; 334, 337 A. 11, 338, 343, 345, 349, 352, 353, 356, 357, 362, 364 A. 129, 376, 377, 382, 388 A. 4, 389, 395, 396, 397, 399, 401, 402, 407; s. besonders Lenin
 Auseinandersetzung während der Brester Verhandlungen 16, 21–22, 26–27
 von den Alliierten nicht anerkannt 48
 läßt Vorräte aus Archangel'sk abtransportieren 50
 Protest gegen Landung japanischer Truppen 51
 erlaubt Abzug der Tschecho-Slowaken über Vladivostok 52
 Kampfansage an Tschecho-Slowaken 53
 fürchtet Besetzung Petersburgs und Moskaus durch deutsche Truppen 58, 228
 Verschlechterung in Beziehungen mit Alliierten 58, 214
 Ludendorff hält sie für schwach und illoyal 80, 81, 103 A. 45, 105, 166, 169, 273 u. A. 59, 278, 280
 AA plant militärische Intervention zugunsten der b. 82, 225–26, 380
 kann mit deutscher Billigung Truppen gegen Tschecho-Slowaken werfen 83, 84, 110 u. A. 78, 311
 fühlt sich dem Untergang nahe 106, 369
 ersucht um deutsche Intervention in Nordrußland 106–111, 238–39, 248, 369, 379, 393
 protestiert gegen deutschen Vormarsch in Südrußland 121, 140–41, 151–52, 163 u. A. 30, 165, 210 A. 8, 260
 protestiert gegen türkisches Vorgehen im Kaukasus 183–84, 198 u. A. 89, 205 u. A. 125, 292 A. 143, 320
 wird von Deutschland mit Geld unterstützt 213 A. 19
 Reaktion auf Ermordung Mirbachs 226–29

bolschewistische Regierung (Forts.)

Reaktion auf deutsche Bataillonsforderung 231–33
 begrüßt Entsendung Helfferichs nach Moskau 236
 Geheimsitzung am 29. Juli 237–38
 Wilhelm II. hält sie für illoyal 238 A. 21
 um Helfferichs Sicherheit besorgt 243
 ignoriert deutsche Gesandtschaft in Pleskau für diplomatischen Verkehr mit Berlin 247
 Helfferich hält Zusammenarbeit mit ihr für unmöglich 255
 bestrebt, nach Helfferichs Weggang Beziehungen mit Deutschland aufrechtzuerhalten 256
 Interesse an neuen Verhandlungen mit Deutschland 260 u. A. 6
 Wirtschaftspolitik 265–69, 272 A. 53
 Vorschläge zu den Ergänzungsverhandlungen 270, 287
 bietet Deutschland Lebensmittellieferung an 276 A. 73
 vermag den deutsch-russ. Warenverkehr nicht in Gang zu bringen 285–86
 Differenzen mit Joffe 289–290
 protestiert gegen Anwesenheit Leuchtenbergs in Berlin 291 A. 141
 wünscht keine deutsche Mitwirkung bei Rückeroberung Bakus 292
 Reaktion auf den Ergänzungsvertrag 300–02
 Problematik des Zusammengehens Deutschlands mit der b. in der Sicht der deutschen Vertreter in Rußland 304–311, 381
 befürchtet Zusammengehen der Alliierten und der Mittelmächte 313 A. 39, 330, 331
 ersucht deutsche Regierung um Kohlen- und Waffenlieferung 319–322
 Begeisterung über Umbildung der deutschen Regierung 329–331
 stellt Verletzung des Artikels 2 des Brester Vertrages in Abrede 347–48
 Reaktion auf Kuriergepäck-Affäre 358 A. 95, 360 u. A. 110
 Begeisterung über Ausbruch der deutschen Revolution 360–64
 kündigt Brester Vertrag 364
Bol'soj Theater 42
Bonč-Bruevič, Vladimir Dmitrievič (1873–1955)
 Geschäftsführer im Rat der Volkskommis-sare 1917–20 232 A. 91
Borchardt, Julian (1868–1932) linker Soz.demokrat

Borchardt (Forts.)

Verbindung mit der russ. Botschaft 340 u. A. 26

Borisov 360, 364 A. 126, 365

Bornstedt, Hans Jürgen von (1881) Regierungsrat in der Reichskanzlei 400 A. 1

Bosnien 126

Bothmer, Karl Freiherr von (1880–1947) Bevollmächtigter Vertreter der OHL für Fragen des Eisenbahnverkehrs und des Kriegsgefangenen austausches in Moskau 209, 212 A. 14, 214 A. 20, 217 A. 30, 218 A. 34, 221 A. 44, 228 A. 71, 276 A. 73, 285, 345 A. 49

zu Čičerins Vorschlag einer deutschen Rekognoszierung in Murmansk 103 A. 45
sein Tagebuch 209 A. 6

über die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland 211 A. 12

Beurteilung der Lage in Rußland 216 u. A. 26

Beziehungen zu Antibolschewisten 216 A. 29, 219 u. A. 38

Empörung über die Herrschaft der Bolschewisten 221 A. 45

über deutsche Gesandtschaftswache 233 A. 96

sieht in den Instruktionen des AA Verständnislosigkeit 242 A. 50

über Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach Pleskau 247 u. A. 71, 72

Kritik an AA 259 A. 2, 273 A. 59

Charakteristik Krieges 275 A. 70

Bothmer, Freifrau Ruth von, Gattin von Karl Frhr. von Bothmer 209 A. 6

Boxer-Aufstand 159

Brandenstein, Frhr. von, Oberst 98

Brecht, Arnold (1884) Beamter in der Reichskanzlei 362 A. 120

Breiter, Generalkonsul in Petersburg 116 A. 107, 210 A. 9, 314, 317, 332 A. 111, 349, 360 A. 111

Gründe für das Scheitern des deutsch-russ. Handelsverkehrs 286

rät zum Abschnen von den Bolschewisten 305, 316

protestiert eigenmächtig gegen den Roten Terror 313 u. A. 39

empört über Hintzes Darstellung des Roten Terrors 318 A. 56

bittet AA um Geld zur Unterstützung antibolschewistischer Gruppen 325 A. 80

Breiter (Forts.)

fordert deutsche Intervention in Rußland 332–33

meldet Entdeckung von Waffen im deutschen Kuriergepäck 354 A. 88

Konsulat wird von deutschen Kriegsgefangenen besetzt 361 u. A. 117, 363, 364 A. 129, 365

Breitscheid, Rudolf (1874–1944) Mitglied der USPD seit 1917, preußischer Minister des Innern Nov. 1918 bis Jan. 1919 340

Breitscheid, Frau, Gattin von Rudolf

B. 340

Brest-Litowsk 14, 20 u. A. 37, 21, 23, 26, 27, 36, 73 A. 51, 118, 150, 162 A. 26, 335

Verhandlungen von B. 13–28, 30, 31, 32, 42, 46, 48, 60, 63, 66 A. 25, 81, 106, 119 A. 11, 174, 190 A. 60, 258 A. 2, 270, 273, 274 A. 60, 275 A. 70, 335, 342, 344, 371 A. 1

Vorgeschichte der Verhandlungen 13–15

deutsches Verhandlungskonzept 15

die Delegationen 15–16

Charakteristik der Verhandlungen 16–17

erste Verhandlungsphase 17–18

Auseinandersetzung zwischen Reichsleitung und OHL 18–20, 23–26

zweite Verhandlungsphase 20–21

Auseinandersetzung innerhalb der Sowjetregierung 21–22, 26–27

Abbruch der Verhandlungen 23

Vertrag von B. 27, 31, 33, 38, 39 u. A. 49, 41, 44, 48, 49, 52, 61, 62 A. 4, 64, 69, 74, 75 A. 54, 78, 79 A. 62, 84, 85, 86, 92 A. 99, 93, 94, 95, 96, 98 A. 19, 99 u. A. 20, 105, 112, 117, 121, 125, 126, 127, 128, 138 A. 98, 140, 143, 144 A. 134, 151, 157, 159, 167, 168, 170, 174, 175, 176, 178, 179, 180, 182 A. 33, 183, 184, 185, 188 A. 56, 191, 199 A. 92, 201, 206, 208, 210, 212 u. A. 14, 217 A. 30, 226, 227 A. 63, 234, 236 A. 14, 241, 245, 248, 250, 252 A. 90, 253, 259, 265, 266, 267, 268, 270, 271, 276, 277, 279, 280, 281, 282 A. 96, 284, 288, 289, 292 A. 147, 294, 299, 300, 301 A. 180, 302, 305 A. 5, 307, 308, 317, 332, 335, 337 u. A. 11, 340, 346 A. 58, 350 A. 73, 363, 367, 369, 370, 375, 380, 382 A. 22, 383, 384, 385, 386, 387, 388 A. 4, 393, 395, 396, 398, 399, 401, 405, 406

antibolschew. Gruppen erwarten Revision des Vertrages 79, 84, 137, 212, 219, 222, 239, 249, 326 A. 80, 392, 394

- Brest-Litowsk* (Forts.)
deutsche Regierung hält ihn für revisionsbedürftig 148 A. 159, 244, 327, 357, 374, 378, 404
deutsche Presse fordert Revision des Vertrages 252
Ermächtigung für ZK, Vertrag zu brechen 35
Ratifikation durch Sowjetkongreß 35 u. A. 27, 47, 97, 258
wichtigste Literatur zu den Verhandlungen 17 A. 15
Wilhelm II. über den Abschluß des Vertrages 67 A. 30
Sowjetregierung kündigt den Vertrag mit der Türkei 205
Sowjetregierung kündigt den Vertrag mit Deutschland 364
Murav'ev erklärt Vertrag für ungültig 227
Zusatzvertrag 258, 288
- Briansk* 84 A. 77
- Brinckmann*, Friedrich, Major, Erster Generalstabsoffizier beim Oberbefehlshaber Ost
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274
- Brjunin*, V. G., sowj.russ. Historiker 231 A. 84, 262 A. 16, 308 A. 17, 349 A. 69, 359 A. 106, 365 A. 132, 379 A. 19
- Brockdorff-Rantzau*, Ulrich Graf von (1869–1928) Gesandter in Kopenhagen 1912–18, Staatssekr. des Auswärt. seit Dez. 1918 89 A. 91
zur deutschen Ostpolitik 65 A. 19
- Bronskij*, Mečislav Genrichovič (1882) polnischer Soz. dem., sowj.russ. Kommissar für Handel und Industrie 272 A. 54, 285
muß nach Ermordung Mirbachs in der deutschen Gesandtschaft kampieren 228 A. 71
Thesen zur Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern 267–68, 286 u. A. 116
- Brück*, August Frhr. von (1859–1941) Gesandter in Finnland seit 8. 3. 1918 71, 73, 326 A. 80
- Bruhn*, Bruno, Direktor der Friedrich-Krupp-AG in Essen
lädt deutsche Schwerindustrielle zu einer Konferenz über Rußland ein 262, 263
- Brusilov*, Aleksej Alekseevič (1853–1926) russ. General, Oberster Befehlshaber des russ. Heeres Mai – Juni 1917, Nov. 1917 – 1920 a. D. 214 A. 19
- Brusilov* (Forts.)
Fühlungnahme mit deutscher Gesandtschaft 219 u. A. 38
- Buchanan*, George William (1854–1924) brit. Diplomat, Botschafter in Petersburg 1910–17 25, 41
fürchtet deutsche Vorherrschaft im Osten 45
- Buchara* 218 A. 30
- Bucharin*, Nikolaj Ivanovič (1888–1938) Linkskommunist, Mitglied des Obersten Volkswirtschaftsrates 31, 34
zur Theorie des revol. Krieges 21
Austritt aus dem ZK 27
Referat auf dem 7. Parteitag 33–34
gegen Kontakte mit Alliierten 49
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272 u. A. 52
- Bülow*, Friedrich von (1870) Kapitän z. S., Vertreter des Adm.st. im GrHQ 80 A. 64, 161, 172, 280 A. 89
- Bukarest* 27, 64, 70, 71, 73, 76, 96, 152, 153, 157 A. 7, 163 A. 30, 174, 270, 275, 384
- Bukovina* 123
- Bulgarien* 150 A. 166, 158, 191, 195 A. 83, 206, 238 A. 22, 329, 405
- »*Bund für die Wiedergeburt Rußlands*« 58
- Bundesrat* 296
- Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten*
18 u. A. 22, 69 u. A. 32, 76, 129, 294 A. 152, 296, 298 A. 166, 300, 308, 326 A. 82, 378
- Burian von Rajecz*, Stefan Graf (1851–1922) öst.-ung. Minister des Äußeren 16. 4. bis 24. 10. 1918 123, 202 A. 107, 305, 309 A. 19, 310 A. 25, 313
verweigert sowj.russ. Delegation Einreise nach Wien 333 A. 116
- Bussche-Haddenhausen*, Hilmar Frhr. von dem (1867) Unterstaatssekr. im AA 1916–18 65, 74, 132, 147, 152, 153, 157 A. 7, 161, 181 A. 30, 221 u. A. 44, 296 A. 157, 335 A. 5, 338 A. 19
zur Finnland-Expedition 94
fordert von OHL, Kosaken nicht zu unterstützen 143
hält Zusammengehen zwischen Ukraine und Dongebiet für unerwünscht 144 A. 132
hält Entsendung Helfferichs nach Moskau für ungünstig 235 A. 11
leitet Konferenz vom 15. Mai über das russ. Verkehrswesen 264
protestiert bei russ. Regierung gegen Agitation Petrovs 336 A. 11
weist Joffe auf Propagandaverbot hin 337

- Capelle*, Eduard von (1855–1931) Admiral, Staatssekr. des Reichsmarineamtes 1916 bis 7. 10. 1918 170, 197 A. 84
- Carr*, Edward Hallett (1892) brit. Historiker 108 A. 65, 272 A. 54, 337 A. 13, 379 A. 16
- Carycin* 121 A. 21, 141 A. 115, 142, 143, 145 u. A. 137, 168 A. 61, 187, 199 A. 92, 228, 390
- Cattaro* 406
- Char'kov* 120, 138 A. 98
- Charlottenburg* 40
- Charybdis* 184
- Cherson* 123, 152, 153, 157 u. A. 5
- China* 20, 47, 88 A. 88, 193 A. 78, 229
- Chodynka-Feld*
Parade am 1. Mai 344
- Christiania* 91 A. 92, 223 A. 49, 234
- Clausewitz*, Karl von (1780–1831) preuß. General 362 A. 123
Lenins Berufung auf C. 37 u. A. 36
- Clemenceau*, Georges (1841–1929) französ. Ministerpräs. 17. 11. 1917 – 1920
Reaktion auf Brester Friedensschluß 47
- Cochenhause*n, Major, Verbindungsmann der OHL bei General Krasnov 142, 146
Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und Kühlmann über seine Entsendung ins Dongebiet 141
- Cohn*, Oskar (1869–1934) Rechtsanwalt, Mitgl. des Reichst. (SPD/USPD) 1912–18 339
erhält Geld von Joffe 367 u. A. 141
- Colshorn-Wiedenhause*n, Hermann (1853–1931) Mitgl. des Reichst. (Deutsch-Hannov. Partei) 1903–07, 1912–20 221 u. A. 44
- Compiègne* (auch Waffenstillstand) 174, 235, 360, 384
»cordon sanitaire« 375
- Crantz*, Major, Verbindungsmann der OHL beim finn. Hauptquartier 62, 100 A. 31, 102, 115
- Cromie*, F. N. A., Kapitän, brit. Marineattaché in Petersburg
Ermordung 312 u. A. 37
- Czernin von und zu Chudenitz*, Ottokar Graf (1872–1932) öst.-ung. Min. des Äußeren 1916 bis 4. 4. 1918 16, 151 A. 166
Erklärung in Brest 25. 12. 1917 17
über Ludendorff 371 A. 1
- Čaprašikov*, diplomatischer Vertreter Bulgariens in Moskau
über Geheimsitzung der bolschew. Führer Ende Juli 238 A. 22
- Čeka* 58, 116 A. 107, 227 A. 63, 230 A. 81, 82; 312
- Čeljabinsk* 54, 215
Zwischenfall von Č. 53
- Čerjačukin*, A. V., russ. General, Vertreter der Donregierung in Kiev 140 A. 110, 144, 145
- Čičerin*, Georgij Vasil'evič (1872–1936) Volkskommissar des Äußern 1918–30 29, 101, 107 A. 65, 108 A. 66, 112, 114, 157, 163 u. A. 30, 165, 167, 169, 198 A. 86, 89; 200, 208, 209, 228, 230 u. A. 79, 231, 232 A. 90, 243, 247, 271 A. 48, 277, 283 A. 104, 286 u. A. 116, 305 A. 3, 313 u. A. 37, 336, 338, 341 A. 27, 342, 397
Herkunft und Werdegang 40–41
geringer Einfluß in der Sowj.regierung 41, 271 u. A. 44
beschwert sich über Joffes Macht in Berlin 42
Rede vor dem 5. Sowjetkongreß 42–43
spielt deutsche und alliierte Forderungen gegeneinander aus 57
protestiert gegen deutsches Eingreifen in Finnland 98–99
befürchtet deutsche Intervention in Murmansk 103–04, 105 u. A. 53
regt Erkundungsreise nach Murmansk an 103 A. 45
ersucht Helfferich und Schubert um deutsches Eingreifen in Nordrußland 106 u. A. 60, 108 u. A. 67, 110 A. 74, 238, 253 A. 96, 393, 396
wünscht deutschen Fliegerangriff auf Archangel'sk 111
Reaktion auf Ermordung Eichhorns 147 A. 153
protestiert gegen türk. Vorgehen im Kaukasus 183–84
außenpolitischer Bericht vom 2. Sept. 227–28
Urteil über Entsendung Helfferichs nach Moskau 236
protestiert gegen deutsche militär. Unternehmungen in Rußland 260
über Joffes Aufgabe in Berlin 266 u. A. 26
fordert Moskau als Ort für die Ergänzungsverhandlungen 270 A. 43, 271 u. A. 46
Urteil über den Ergänzungsvertrag 301
beeindruckt vom Protest der Alliierten und Mittelmächte gegen den Roten Terror 313 A. 39
fürchtet deutsche Intervention 329 A. 97

Čičerin (Forts.)

weist AA auf bolsch.feindliche Haltung deutscher Presse hin 348

Fernschreibgespräch mit Haase 362–64

gibt Verwendung von Geld zur Förderung der deutschen Revolution zu 367

Čubar'jan, Aleksandr Oganovič, sowj.russ. Historiker 17 A. 15

Dänemark 352 A. 80

Dan 20

Dandl, Otto Ritter von (1868) bayrischer Min.-präs. 10.11. 1917 – 8. 11. 1918 90 A. 92

Bedenken gegen den Ergänzungsvertrag 296 A. 157

Dante Alighieri (1265–1321) 314

Danzig 93, 98

Dardanellen 173, 356, 361 A. 113

David, Eduard (1863–1930) Mitgl. des Reichst. seit 1903 (SPD), Unterstaatssekr. im AA Okt. 1918–1919 328 A. 92, 352 A. 81, 362 A. 120, 364

über Hintze 90 A. 91

hält im Okt. Gefahr des Bolschewismus nicht für besonders groß 354

Delbrück, Hans (1848–1929) Historiker 376 u. A. 13

Demarkationslinie zwischen Deutschland und Sowjetrußland 44, 57, 104, 113, 117 A. 110, 222, 231, 278, 283, 323, 365

deutsche Regierung begünstigt Abzug russ. Truppen von der D. 110 u. A. 78, 311, 380
Festlegung der D. im Baltikum 258, 259 A. 2

bolschew. Propaganda an der D. 346, 375

Deneznyj Pereulok 243

Den Haag 92 A. 97, 359, 364 A. 129

Denikin, Anton Ivanovič (1872–1947) russ. Gen.lt., nach Kornilovs Tod April 1918 Organisator der Freiwilligenarmee 137, 174, 214 A. 19, 219 A. 38, 325 A. 80

über Krasnov 142 A. 116

über Schwäche der antibolschew. Gruppen 383

Deutelmoser, Erhard Eduard, Oberstlt., Min.-direktor der Nachrichtenabt. des AA 1916–1918, Pressechef der Reichskanzlei seit Nov. 1917 400 A. 1

»*Deutsche Ausfuhr GmbH*« 274 A. 65

Deutsche Bank 263, 277

»*Deutsche Evaporator A.G.*« 274 A. 65

»*Deutsche Gesellschaft 1914*« 327

deutsche Regierung (auch Reichsleitung; s. auch AA, Ebert) 13, 14, 15, 16, 101, 113 A. 89, 118, 131 A. 70, 132, 151, 153, 155 A. 192, 163 A. 30, 169, 170 A. 74, 172, 176, 181, 183, 190, 191, 193, 198 A. 86, 206, 208, 224 u. A. 50, 229, 231, 232, 233, 247 A. 72, 260 u. A. 6, 262, 268 A. 32, 270 A. 42, 277, 281, 283, 286, 290 A. 136, 291, 292 u. A. 143, 298 A. 164, 302, 309 A. 19, 311, 312, 313 A. 37, 319 A. 56, 326 A. 82, 331, 336 A. 10, 338 u. A. 19, 339, 340, 341, 342, 359 u. A. 106, 360 u. A. 110, 113; 362 A. 120, 369, 380, 397, 399, 403

Gegensatz zur OHL während Brester Verhandlungen 18–20, 23–26

Bedenken gegen die Finnland-Expedition 94
Umbildung Anfang Okt. 326

Reaktion der russ. Regierung darauf 329–331
Maßnahmen gegen bolschew. Propaganda 347–360, 369

»*Deutsche Zeitung*« 71

Deutschland passim

Bedeutung einer Revolution in D. für Lenin 32, 267

Lenin und Radek über D.s »Erfahrungen« in der Ukraine 39, 302, 312, 382

Japan fürchtet D.s Eingreifen in China 47

Friedensvertrag mit Finnland 93

Reibungen mit Österreich über Ukraine-Besetzung 122–24, 174, 391

Reibungen mit der Türkei über den Kaukasus 174–206, 368, 378

Murav'ev erklärt Krieg an D. 227

bolschew. Regierung rechnet mit baldigem Ausbruch der Revolution 290 u. A. 139, 311–12, 329–331

sie fördert ihren Ausbruch 332 A. 111, 334–367

Deutschlandpolitik der Sowjetregierung 21, 28–44, 328–331

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG 186 A. 49

Disconto-Gesellschaft 207, 263, 265

Dittmann, Wilhelm (1874–1954) Mitgl. des Reichst. (SPD/USPD) 1912–18, Mitgl. des Rates der Volksbeauftragten 10. 11. 1918 bis 30. 12. 1918 362, 363 A. 125

Djavid Bey, Hussein, türk. Finanzminister 235 A. 11

Dmitrij, Großfürst 310

Dnepr 331, 391

Dobrußtscha 174

- Dobryj*, Abraam Ju., ukrain. Bankier, Direktor der Russischen Bank für Außenhandel
Entführung 128
- Donau* 192
- Donecbecken* (auch Donec) 120, 121, 131, 132, 150 A. 165, 249, 281, 284 A. 106, 289 A. 133, 372, 374, 390, 391, 394, 396
- Dongebiet* 53, 70 A. 36, 104, 109, 139, 140, 141, 142 A. 116, 143, 145, 146 A. 144, 167–68, 215, 234, 237, 259, 268, 269, 277, 368; s. auch Krasnov
Englands und Frankreichs Interesse am D. 48
Kühlmann fordert von OHL Räumung des D.s 77, 168, 281
- Dorošenko*, Dmitro Ivanovič (1882) ukrain. Außenminister 128
Reise nach Berlin 151
- Dove*, Heinrich von (1853–1931) Mitgl. des Reichst. (Fortschritt. Volkspartei) 1903–18, Vizepräs. des Reichst.
in der Besprechung der Fraktionsvors. mit Regierungsvertretern am 21. Aug. 293, 400 u. A. 1, 402, 403
- Drews*, Arnold Bill (1870–1938) preuß. Min. d. I. 5. 8. 1917 – 9. 11. 1918
warnt AA vor der russ. Botschaft 339
Bericht über die Tätigkeit der russ. Botschaft 350, 353
ersucht Reichskanzler um wirksames Eingreifen 351
- Dschulfa* 179, 181, 182, 183 A. 37
- Dünaburg* 24, 26, 346 A. 58
- Düsseldorfer Stahlhof*
Konferenz deutscher Schwerindustrieller am 16. Mai 262–63
- Düsseldorfer Tonhalle* 328 A. 96
- Duma* 395
- Dunsterforce* 200
- Dunsterville*, Lionel Charles (1865) brit. Generalmajor, Leiter der brit. Militärmission im Kaukasus 60, 200
- Durnovo* [wahrscheinlich Ivan Nikolaevič] früh. russ. Innenminister 385
- Durnovo*, Petr Petrovič, russ. Oberst
Verbindung mit Oberost 79 u. A. 62, 325 A. 80
- Dutov*, Aleksandr Il'ič (1864–1921) russ. General, Ataman der Orenburg-Kosaken 140, 215 u. A. 24, 218 A. 30, 326 A. 80, 396
- Dzeržinskij*, Feliks Edmundovič (1877–1926) polnischer Soz. dem., schloß sich 1906 den Bolsch. an, Mitgl. des ZK der bolschew. Partei 1917–26, Leiter der Čeka und GPU 1917–26
Gegner des Brester Vertrages 31
über den Aufstand der LSR 156 A. 3, 227 A. 63
- Ebert*, Friedrich (1871–1925) Mitgl. des Reichst. (SPD) seit 1912, Parteivors. und Vors. der Reichstagsfraktion, Vors. des Hauptausschusses des Reichstages 330, 347 A. 63, 361, 362 A. 120, 121; 363 u. A. 125, 364, 365, 366 u. A. 137, 367 A. 141, 403
über Besprechung mit Kriege am 22. Aug. 273 A. 58, 293 A. 151
übt Kritik am Ergänzungsvertrag 293–94, 295 A. 153, 400 u. A. 1, 402
- Ehrhardt*, Ulrich 253 A. 97
- Eichhorn*, Hermann von (1848–1918) Gen.feldmarschall, Befehlshaber im Osten 118, 120 A. 15, 126, 127, 131 A. 70, 132, 335
Heeresgruppe E. 129, 131, 140 A. 110, 142, 146 u. A. 142; s. auch Kiev, Heeresgruppe von Kühlmann als Nachfolger für Hindenburg vorgeschlagen 20
verteidigt Vorgehen des Oberkommandos in der Ukraine 130–31
hält ukrain. Nationalgedanken für entwicklungsfähig 135 A. 87
Tod durch Attentat 147 A. 153, 224 A. 50, 243, 255, 397
- Eisenbahntransportabteilung Südost* 195 A. 82
- Ekaterinburg* 219, 220, 291 A. 141
- Ekaterinodar* 139 A. 105
- Ekaterinoslav* 123
- Elbe* 197 A. 84
- Elsaß-Lothringen* 69, 137
- Empire*, britisches (auch Dominium) 60 A. 65, 85
- England* 25, 38, 55, 58, 59, 96, 102, 104, 107 A. 64, 109, 110, 181, 182, 193 u. A. 78, 227, 277, 309 A. 22, 312, 328, 333, 334 A. 117, 359 A. 106, 405, 406
Bedeutung der russ. Nov. revolution für E. 45–46
Interesse an Südrußland 49 u. A. 19
Ziele in Nordrußland 50
Interesse an japanischer Intervention in Sibirien 51

England (Forts.)

- widerrät Abtransport der Tschecho-Slowaken aus Sibirien 52
- erstrebt kombinierte Intervention in Nordrußland und Sibirien 53
- verhandelt mit Japan über Intervention in Sibirien 54
- militärische Tätigkeit am Kasp. Meer und in Persien 59–60, 106, 115 A. 101, 178, 183, 197 u. A. 84, 200, 201, 203 u. A. 113, 291, 292 u. A. 148, 296, 389
- militärische Tätigkeit in Nordrußland 101, 103, 105, 108, 115 A. 103, 324 A. 80, 369, 382, 396
- AA befürchtet Verständigung E.s mit der Türkei 177
- protestiert bei russ. Regierung gegen Ermordung Cromies 313 A. 37

Entente s. Alliierte

- Enver Pascha* (1881–1922) türk. Kriegsminister 1914–18 158 A. 11, 199, 200, 201
- droht wegen deutscher Forderungen mit Rücktritt 191, 192 u. A. 73

Enzeli 59

Epstein, Klaus, Historiker 310 A. 23

- Ergänzungsverhandlungen* 41, 69, 83 A. 73, 86, 92 A. 97, 104, 107 A. 64, 138 A. 98, 143, 155, 167 A. 57, 184, 186 A. 49, 188 A. 56, 190 A. 60, 195 A. 83, 199 u. A. 92, 230, 232, 246 A. 68, 258–303, 305, 319, 327, 333 A. 116
- Initiative Lenins 40, 260 u. A. 6, 369
- Aufnahme von E. entspricht einem Bedürfnis der bolschew. wie der deutschen Regierung 258–262, 369
- Interesse deutscher Wirtschaftskreise an friedl. Beziehungen mit Rußland 262–65
- Interesse der bolschew. Regierung an Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern 265–69
- Verhandlungsgegenstände 270
- Verhandlungsort 271–72
- russ. Verhandlungsteilnehmer 272–74
- deutsche Verhandlungsteilnehmer 274–75
- Russen bereiten Boden für E. vor 275–79
- Widerstreit der Konzeptionen des AA und der OHL 279–282
- erste Besprechungen mit den Russen 282–84
- Widerstände deutscher Vertretungen in Rußland gegen die E. 285–86
- Widerstände der OHL gegen die E. 286–88, 378
- Joffes Reise nach Moskau 288–290

Ergänzungsverhandlungen (Forts.)

- Einnahme Bakus bereitet neue Schwierigkeiten für den Abschluß 291–92
- Besprechung Hintzes mit Parteivertretern 293–95, 400–03
- Kriege über den Ergänzungsvertrag 296–97
- Unterzeichnung, Inhalt 297–99
- Reaktion Österreichs und der Türkei auf den Abschluß 299–300
- Reaktion der bolschew. Regierung auf den Abschluß 300–02, 378–79
- Hintze und Paquet über den Vertrag 302–03
- Beurteilung 377–79
- Paraphierung des Vertrages 114, 251
- der Vertrag 115, 117, 144, 145, 146, 154, 155 A. 187, 172, 186 A. 49, 200, 201, 202 u. A. 107, 204 A. 117, 237, 244, 256, 257, 306, 308, 310 A. 23, 320, 328, 329, 334, 353, 357, 374, 384, 395
- Stresemann setzt große Hoffnungen in den Vertrag 146–47
- Helferich mißbilligt ihn 239, 242, 245, 254, 255, 292 A. 147, 378, 398–400
- geheimer Notenwechsel 115 u. A. 101, 173, 203 u. A. 113, 114; 291–92, 296, 299, 309 A. 22
- Joffe droht mit Kündigung des Vertrages 205
- Erzberger*, Matthias (1875–1921) Mitgl. des Reichst. (Zentrum) seit 1903, Staatssekr. o. Portefeuille 4. 10. 1918 90 A. 91, 124, 184 A. 45, 260 A. 4, 326 A. 82, 360, 362 A. 120, 366 u. A. 137, 384
- Kritik an Ludendorffs Ostpolitik 62 A. 6
- Unterredung mit Joffe am 11. Aug. 289
- Beurteilung der Mission Joffes nach Moskau 290 A. 138
- scharfe Kritik am Ergänzungsvertrag 293, 310 A. 23
- Unterredung mit Joffe am 3. Sept. 300–01
- Unterredung mit Hoffmann Anfang Sept. 309 u. A. 22
- Estland* 15, 18, 24, 25–26, 27, 63, 71, 74, 83, 95, 97, 102 A. 40, 117, 153, 219, 222, 249 A. 78, 252 A. 2, 276, 300, 326 A. 80, 328, 392, 399, 401; s. auch Baltikum
- OHL und Reichsleitung über Annexion E.s 64–65, 67 A. 30, 68–69, 188 A. 56, 251, 261 A. 10, 270, 279, 280, 281, 288, 293 A. 147, 294 u. A. 152, 297, 378
- Vereinigter Landesrat wirkt für Anschluß an Deutschland 261–62

- Estland* (Forts.)
einige der Mehrheitsparteien widersprechen den Bestimmungen des Ergänzungsvertrages über E. 295 A. 153, 400, 402
- Eulenburg*, Botho-Wendt Graf zu (1883) Mitgl. des 4. Weimarer Untersuchungsausschusses 349 A. 72
- Eulenburg*, Friedrich (Fritz) Graf zu (1874–1937) Offizier an der Ostfront
warnt vor Errichtung der russ. Botschaft in Berlin 335
- Europa* 45, 51, 64 A. 12, 67 A. 30, 85, 160 A. 20, 315, 331, 375
- Eydtkuhnen* 359
- »*Fackel*« 344
- Falkenhorst*, von, Hauptmann im Generalstab d. Deutschen Generals in Finnland 117 A. 109
- Ferner Osten* 37, 38, 41, 266, 369
Lage 51
- Fernschreiber-Affäre* 362–64
- Finnischer Meerbusen* 113, 114, 115
wird von Russen vermint 112
- Finnland* 24, 34, 37, 39 A. 49, 42, 43, 50, 61, 62, 65 A. 19, 74, 75, 80 u. A. 64, 82, 83, 86, 102 u. A. 40, 41; 103, 104, 105, 115, 116 A. 107, 117, 159, 163, 182, 188 A. 56, 189, 223 A. 46, 225, 234, 247, 328, 347, 372, 375, 385, 392
Friedensverhandlungen mit Rußland 38, 39, 41, 99, 101, 105, 215 u. A. 22, 386
Auseinandersetzung zwischen AA und GrHQ über deutsches Eingreifen 69–72, 94–98, 372, 386
Besetzung durch deutsche Truppen 93–101, 108 A. 67, 208, 211 A. 12, 212 u. A. 14
deutsch-finnischer Friedensvertrag vom 7. März 93
Expedition verursacht Verschärfung in deutsch-russ. Beziehungen 98–100
deutsche Schwerindustrie fordert Besetzung F.s 262
- Fischbeck*, Otto (1865–1939) Mitgl. d. Reichst. (Fortschr. Volkspartei) 1895–1903, 1907–18, preuß. Min. für Handel und Gewerbe 5. 10. 1918 311, 373
- Fischer*, Fritz (1908) Historiker 17 A. 15, 75 A. 54, 108 A. 65, 120 A. 13, 120 A. 14, 125 A. 39, 153 A. 178, 155 A. 187, 206–07, 213 A. 19, 246 A. 67, 249, 261 A. 10, 263 A. 18, 264 A. 20, 285 A. 111, 293 A. 151, 300 A. 177
- Fischer*, Louis (1896) amerik. Schriftsteller 108 A. 66, 334
- Fleischer*, Richard (1849) Herausgeber der »Deutschen Revue« 90 A. 92, 107 A. 64
- Foch*, Ferdinand (1851–1929) französ. Marschall, Oberbefehlshaber der verbündeten Heere in Frankreich seit April 1918 384
groteske Furcht vor Deutschlands Ostpolitik 51
- Forgach von Ghymes und Gacs*, Johann Graf (1870) öst.-ung. Gesandter 123, 125, 126, 139
zur Ukrainepolitik der Mittelmächte 128 A. 60
über Verhältnis Ukraine-Großrußland 135 A. 89
zur Lage in der Ukraine 147
- Francis*, David Rowland (1850–1927) amerik. Botschafter in Rußland 1916–18 56 A. 48, 58
- Franckenstein*, Georg Frhr. von und zu (1878) öst.-ung. Legationsrat, diplomatischer Vertreter in Tiflis 192 u. A. 74, 195 A. 83, 204 A. 117
- »*Frankfurter Zeitung*« 211 A. 11
- Frankreich* 50, 53, 55, 58, 69, 77 A. 55, 102, 107 A. 64, 115 A. 103, 193 u. A. 78, 259 A. 2, 277, 311, 333, 334 A. 117, 359 A. 106, 375, 385, 406
Reaktion auf die russ. Nov.revolution 47
Interesse an Südrußland 48 u. A. 18
Interesse an japanischer Intervention in Sibirien 51
drängt auf Überführung der tschecho-slowakischen Legion an die Westfront 52
verhandelt mit Japan über Intervention in Sibirien 54
- Französische Revolution* 69, 300, 312, 395
- Freiwilligenarmee* 59, 106, 108 u. A. 67, 137, 140, 142 A. 116, 144 A. 133, 145 A. 137, 219 A. 38, 321; s. auch Alekseev
- Freiwillige Nordarmee* 228
- Freund*, Gerald, brit. Historiker 108 A. 65, 379 A. 18
- Friedberg*, Robert (1851–1920) Mitgl. des Preuß. Abg.h. 1894–1918, Vizepräs. des preuß. Staatsministeriums und Vors. der Nat.lib. 1917–18 350, 352
- Friedensdekret* vom 8. 11. 1917 13–14, 17, 29, 30, 46, 368, 384
- friedliche Koexistenz* 379–380
Herleitung des Begriffs von Lenin 31 A. 8
Čičerin wünscht sie als Grundlage der deutsch-russ. Beziehungen 348 u. A. 66

- Friedrich Karl*, Landgraf von Hessen (1868–1940) Schwager Wilhelms II., zum finnischen König gewählt 9. 10. 1918 98 A. 15
- Friedrichstraße*, Bahnhof
russ. Kurierkiste platzt 358
- Fürstenberg*, Emil Prinz (1876) öst.-ung. Geschäftsträger in Kiev 310 A. 25
- Galizien* 123
- Gatzke*, Hans Wilhelm (1915) amerik. Historiker 271 A. 49, 292 A. 143, 379 A. 17
- Geld*
deutsches G. für Bolschewisten und Antibolschewisten 213 A. 19, 227, 325 A. 80, 380, 381
russ. G. zur Förderung der deutschen Revolution 352 A. 80, 365–67
- Gelsenkirchener Bergwerks-AG* 176
- Georg II.* (1683–1760) König von Großbritannien 1727–60 315
- Georgien* (auch georgische Regierung) 61, 80 u. A. 64, 82, 86, 175, 177, 179, 180 u. A. 28, 182 A. 33, 185, 189, 191, 193 A. 78, 194, 195 u. A. 83, 369, 372
Anerkennung der Unabhängigkeit durch Deutschland 185, 186 A. 49, 188 u. A. 56, 190, 193, 207, 279, 281, 297 u. A. 163, 388–89
Deutschlands Interesse an G. 195 A. 83, 386
- Georgiritter* 325 A. 80
- Georgische Manganerzgesellschaft* 186 A. 49
- Gera* 337
- Gesamtkabinet* s. Kriegskabinet
- Gesandtschaft*, deutsche in Moskau s. Mirbach, Helfferich, Hauschild
- Gesandtschaftswache*
deutsche Regierung fordert G. in Moskau 230–33
- Gewerkschaft Deutscher Kaiser* 186 A. 49
- Gil*, S. K., persönlicher Chauffeur Lenins 312 A. 32
- Glazenapp*, Otto von (1853–1928) Geh. Oberfinanzrat, Vizepräs. des Reichsbankdirektoriums in Berlin 298 A. 166
- Gold*
russ. G.lieferungen an Deutschland 267, 268 A. 32, 282 A. 98, 297, 298 u. A. 164, 166; 328 A. 95, 334, 353, 355–56, 370, 401
- Goldberg*, Hermann, Vertrauter Erzbergers, deutscher Verbindungsmann zu bolschewistischen Politikern
über die russ. Botschaft in Berlin 337 A. 15
- Goltz*, Rüdiger Graf von der (1865–1946) Generalmajor, Führer der Ostseedivision 62, 93, 98, 117 u. A. 109, 326 A. 80, 382
- Goto*, Baron Shimpei, japanischer Außenminister 47
- Graevenitz*, Hans Joachim von (1874–1938) Unterstaatssekr. in der Reichskanzlei 5. 8. – 1. 11. 1917, Leiter der Reichsgetreidestelle seit 31. 1. 1918
über Schwierigkeiten der Getreideaufbringung in der Ukraine 133
- Grancy*, Alexander Frhr. von Senarclens-Grancy, Korv.kap., Flügeladj. des Kaisers, Marineattaché in Konstantinopel 158 A. 12
- Gröber*, Adolf (1854–1919) Mitgl. des Reichst. (Zentrum) seit 1887, Mitglied des Württ. Landtags seit 1889, Vors. der Zentrumsfraktion des Reichstages, Staatssekr. o. Portefeuille 4. 10. 1918 296 A. 160
Teilnahme an Besprechungen der Fraktionsvors. mit Regierungsvertretern am 21. Aug. 293, 294, 400 A. 1, 401, 402
- Groener*, Wilhelm (1867–1939) Generallt., Chef des Kriegsamtens in Berlin 1916–17, Generalstabschef der Heeresgruppe Eichhorn 1918, Erster Generalquartiermeister 26. 10. 1918 62, 84 A. 77, 117, 120 A. 15, 122, 124, 129 A. 65, 130 A. 67, 131, 132, 158, 187, 328 A. 95, 359
Urteil über Ostpolitik des AA 75 A. 54, 149 A. 159
Ludendorff will ihn zum Gesandten in der Ukraine machen 118
Verhältnis zu Mumm 118 u. A. 8
Skepsis gegenüber Aussichten des Ukraine-Unternehmens 119–120, 125
empört über Deutschlands Zusammengehen mit Bolschewisten 121
hält Zusammenarbeiten mit Rada für zwecklos 125–28
sieht Voraussetzungen für Selbständigkeit der Ukraine nicht gegeben 134–35
hält Ludendorffs Plan eines »Südostbundes« für phantastisch 142
Charakteristik Eichhorns 148 A. 153
mißbilligt Ludendorffs Krimstaatspläne 154
Vortrag vor Unterrichtsoffizieren über die Bedeutung Bakus und des Kaukasus für Deutschland 197 A. 84
Brief an Marchtaler 390–92
- Großes Hauptquartier* 69 A. 32, 71, 72, 74, 76 u. A. 55, 88, 90 A. 92, 102 A. 40, 107 A. 64,

- Großes Hauptquartier* (Forts.)
119, 120, 130, 132, 141 A. 115, 143, 144,
145, 146 A. 142, 152, 161, 163 A. 30, 164
A. 36, 166, 176, 183, 190, 200, 203, 210,
223 A. 49, 226, 235, 248, 250, 251, 269, 270,
274, 275, 293, 308 u. A. 18, 319, 320, 321,
326 A. 82, 394; s. auch Ludendorff,
Oberste Heeresleitung
politische Gruppierungen im G. 66 A. 26
Leuchtenberg im G. 144–46, 291 u. A. 141
Tundutov im G. 186 u. A. 49, 207
Lossow im G. 186–89
Kriege im G. 189 A. 56, 279–280
Helfferich im G. 251
Berichterstattung Schuberts im G. 252 A. 90,
381 A. 22
Krasin im G. 278 u. A. 78
- Großrußland* s. Rußland
- Grottian*, Walter (1909) 31 A. 8
- Grünau*, Kurt Frhr. von (1871) Leg.rat im AA,
Vertreter des AA im kaiserlichen Hofzug
seit Okt. 1916 66 u. A. 26, 71, 76 A. 55,
79 A. 62, 84, 95 A. 9, 130, 141 A. 112,
164 A. 36, 226
in Konflikt mit General Lossow 188, 189–
190, 207
- Gurko*, Vasilij Iosifovič (1864–1937) Gen-
stabschef des russ. Oberbefehlsh. Okt. 1916
bis Febr. 1917, von Kerenskij entlassen
219 A. 38
- Gutehoffnungshütte* 186 A. 49
- Haase*, Hugo (1863–1919) Mitgl. des Reichst.
(SPD/USPD) 1897–1906, 1912–18, Vors.
der SPD 1913–16, Vors. der USPD 1917–19,
Volksbeauftragter 9. 11. 1918 – 28. 12. 1918
272 A. 52
Trinkspruch auf die Internationale 339
Fernschreibgespräch mit Radek und Čičerin
362–63
Stellung in der neuen Regierung 362 A. 120
gegen Rückkehr der russ. Botschaft nach
Berlin 364–65
erhält Geld von Joffe 366 u. A. 135
- Habsburger* 123
- Haefen*, Hans von (1870–1937) Oberst, Leiter
der militär. Stelle im AA seit 1916, Ver-
bindungsoffizier der OHL beim Rk 19, 61,
85 u. A. 82, 86, 87, 90 A. 92
- Hahlweg*, Werner (1912) Historiker 17 A. 15
- Haidarabad* 20
- Hamburg* 320, 338, 350
- Hangö* 98, 99
Abkommen von H. 99 A. 21
- Harbou*, Bodo von, Major i. G. 161
- Harms*, Bernhard (1876–1939) Nationalöko-
nom, Prof. in Kiel 66 A. 25
- Hartong*, A., russ. Adlige
Brief an Mirbach 223, 387–88
- Hasse*, Major, Nachrichtensoffizier der Heeres-
gruppe Eichhorn 127 A. 56
Unterredung mit Miljukov 137, 138
- Hauptausschuß des Reichstages* 273 A. 58, 294,
302, 318 u. A. 56, 400, 401, 402
- Hauptkommission für Kriegs- und Zivilgefangene*
209, 224 A. 50, 259 A. 2
- Hauschild*, Herbert (1880) Generalkonsul in
Moskau 111, 210 A. 9, 238 A. 22, 256, 305,
317, 319, 329 A. 99, 348, 349, 360 u. A. 111
übernimmt nach Helfferichs Weggang aus
Moskau den Geschäftsverkehr mit der
bolschew. Regierung 255
Urteil über die Gefahr des Bolschewismus
304, 381
intervenierte zugunsten verhafteter zaristi-
scher Offiziere 305 A. 3
macht seiner Regierung Vorschläge über
eine militärische Intervention in Rußland
315–16, 403–05, 407
über die Lage der Bolschewisten im Sept.
329
Konsulat wird von deutschen Kriegsge-
fangenen besetzt 361 u. A. 117, 363,
364 A. 129, 365
- Haußmann*, Conrad (1857–1922) Mitgl. des
Württ. Landtages seit 1889, Mitgl. des
Reichst. (Fortschr. Volkspartei) seit 1890,
Staatssekr. o. Portefeuille 14. 10. 1918 71,
78, 91 A. 97
- Havenstein*, Rudolf (1857–1923) Präs. der
Reichsbank 298 A. 166, 299 A. 167
- Hebriden* 58 A. 57
- Heiliger Stuhl*
bittet AA um Verwendung bei bolschew.
Regierung 298 A. 164
- Heiliger Synod* 326 A. 80
- Heinrich von Preußen*, Prinz (1862–1929) Bruder
Wilhelms II., Großadmiral, Oberbefehlsh.
der Streitkräfte in der Ostsee 1914–18
338 A. 19
- Helfferich*, Karl (1872–1924) Reichsschatzsekr.
1915–16, Vizekanzler und Staatssekr. d. I.
1916 – 9. 11. 1917, Staatsminister 1918, Lei-
ter des Büros für Behandlung der wirt-

Helfferrich (Forts.)

schaftlichen Fragen des deutsch-russ. Friedensvertrages 1917–18, Diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau 23. 7. – 10. 8. 1918 (26. 7. – 6. 8. 1918) 88, 90 A. 91, 91 A. 92, 106 u. A. 60, 108 u. A. 66, 67; 111, 224 A. 50, 260 A. 6, 264, 286, 288, 303, 310, 367 A. 141

diplomatische Mission in Moskau 233–257, 369, 380

Ernennung zum diplomatischen Vertreter in Moskau 233–35

Abreise, Ankunft in Moskau 236–37

Reaktion auf das bolschew. Hilfesuch vom 1. Aug. 238–240, 253 A. 96

rät zum Abschwenken von den Bolschewiki 109, 239, 241–42

Auseinandersetzung mit Hintze über das Zusammengehen mit Bolschew. 243–46, 308, 381, 394

Rückberufung nach Berlin 246, 299 A. 169, 304, 306

verteidigt seinen Standpunkt im GrHQ 251
Hintzes Mitteilungen an die Presse über H.s Mission 252–53

Denkschrift für Kaiser und Rk 254–55, 292, 394–400

Abschiedsgesuch 255

Charakteristik Krieger 275

mißbilligt Ergänzungsvertrag 239, 242, 245, 254, 255, 292 A. 147, 378, 398–400

mit Hoffmann einig über Eingreifen in Rußland 307, 310 A. 26

Helphand, Alexander Israel [Pseudonym Parvus] (1867–1924) Mitgl. der SPD, Berater der Reichsleitung in Fragen der russ. Revolution
Zeitungsprojekt für Rußland 347 A. 63

Helsingfors 39, 84, 86, 98, 99 u. A. 21, 215, 326 A. 80

Henning, Wilhelm (1879) Major, Vertreter des Kriegsministeriums für Kriegsgefangenen-Fragen in Moskau 79, 84 A. 78, 209 u. A. 5, 210 A. 8, 218 A. 31, 219 A. 38, 224 A. 50, 229, 233 A. 96, 258, 259 A. 2, 276 A. 73, 345
Beziehungen zu Antibolschewisten 216 u. A. 29, 217 A. 30, 219

Beurteilung der Lage in Rußland 216 A. 28
fordert einen Beamten des AA zum Duell heraus 305 A. 5

lehnt Angebot ab, deutsche Kriegsgefangene sollten mit Roter Armee gegen Tschecho-Slowaken kämpfen 345

Hertling, Georg Graf von (1843–1919) Prof. der Philosophie, Mitgl. des Reichst. (Zentrum) 1875–1890, 1896–1912, bayr. Ministerpräs. 1912 – 2. 11. 1917, Reichskanzler und preuß. Ministerpräs. 1. 11. 1917 – 3. 10. 1918 15, 17–18, 20, 23, 24, 25, 26, 39 A. 48, 64, 68, 70, 71, 78, 80, 82, 83, 84, 89 A. 91, 92 A. 99, 95, 96, 101, 129, 131, 132 u. A. 75, 135, 153, 154, 161 A. 22, 165, 170, 172, 176, 177, 187, 190, 194 A. 79, 204 A. 117, 206, 210 A. 8, 211, 212, 218, 223 A. 47, 234, 235 u. A. 11, 254, 255, 273, 376 A. 73, 287, 295 A. 152, 153; 299, 304, 311 A. 28, 315, 331, 337 A. 13, 339, 368

Rücktrittsdrohung 25 A. 54, 143, 378

gegen Annexion Livlands und Estlands 65 u. A. 20, 69 A. 32

zur Berufung Hintzes 91 u. A. 97

fordert vom Kaiser Einstellung der Finnland-Expedition 94 A. 9

gibt diese Forderung auf 97

verlangt von OHL Verzicht auf Einnahme Inos 100

schwache Haltung auf Kronrat zu Spa vom 11. und 13. Mai 181

Rede vom 10. Juli 231

soll in der Auseinandersetzung Hintze-Helfferrich entscheiden 245, 247, 249, 251

kann Schubert wegen Ruhebedürftigkeit nicht empfangen 252 A. 90

häufiger Aufenthalt in Spa 270–71

glaubt an Loyalität der russ. Regierung 273 A. 58

mißbilligt Hoffmanns Stimmungsmache für einen Marsch auf Petersburg 311

beabsichtigt, gegen Roten Terror protestieren zu lassen 317 u. A. 50

Rücktritt 326 u. A. 81

Beurteilung 372–74

Hertling, Karl Graf von (1878) bayr. Rittmeister, Sohn des Reichskanzlers, 1918 kommandiert zum Dienst beim Reichskanzler 19, 92 A. 97, 132, 252 A. 90

Herzegovina 126

Heye, Wilhelm (1869–1946) Oberst, Chef der Operationsabt. der OHL 11. 9. 1918 149 A. 160

Hilger, Gustav (1886) Diplomat, Mitarbeiter in der Hauptkommission für Kriegs- und Zivilgefangene in Moskau 224 A. 50, 226 A. 59

- Hindenburg*, Paul von (1847–1934) Gen.feldmarschall, Chef des Gen.stabs des Feldheeres 1916–19 17–18, 20, 24, 62 u. A. 4, 67, 72, 77 A. 55, 84, 85, 87, 96, 100, 132, 145, 166 A. 54, 172, 181, 191, 199, 234, 287, 291 A. 141
Rücktrittsdrohung 19
erregte Aussprache mit Wilhelm II. 19
grundsätzliche Haltung zur Ostpolitik 25
plant militärisches Eingreifen in Rußland 83
drängt auf Finnland-Expedition 94–95
fordert Zulassung einer Gesandtschaftswache in Moskau 231
- Hintze*, Paul von (1864–1941) Admiral, Marineattaché (1903–08) und Militärbevollmächtigter (1908–11) in Petersburg, in den dipl. Dienst übergetreten 1911, Gesandter in Peking seit 1914, Gesandter in Christiania seit 1917, Staatssekr. des Auswärtigen 9. 7. – 4. 10. 1918, danach Vertreter des AA im GrHQ 62 A. 6, 107 A. 65, 111, 115 u. A. 101, 117, 146 u. A. 142, 173, 194 A. 79, 200, 202, 207, 234, 242, 243, 255, 296 u. A. 157, 298 A. 166, 305 u. A. 3, 322, 323, 324, 325, 327, 328 A. 92, 331, 333, 349 A. 73, 369, 373, 376, 400 A. 1, 404 A. 1–7, 405 A. 8, 406–07
Berufung zum Staatssekr. 88–91
Werdegang 88 u. A. 88, 91 A. 97
Stellung zur OHL 91 u. A. 94, 96
grundsätzliche Auffassung zur Ostpolitik 91–92, 235, 245–46, 247–250, 275, 282, 293–95, 308, 317, 378, 380, 381, 383, 401–02
zum Brester Frieden 92 A. 99, 294, 393
geht auf das bolschew. Hilfesuch vom 1. Aug. ein 109, 110
empfängt Kosakendelegation 145, 291
empfängt Tatišcev 155
Rücktrittsdrohung in der Baku-Angelegenheit 201, 378
setzt das deutsch-russ. über das deutsch-türk. Verhältnis 202 u. A. 107
Wilhelm II. will ihn als Botschafter in Moskau 222, 223 u. A. 49, 225, 388 A. 4
Kühlmann schlägt ihn als Botschafter in Moskau vor 225 u. A. 53
Auseinandersetzung mit Helfferich über die Ostpolitik 236 A. 14, 239 A. 25, 26; 241, 244–47, 252, 254, 293 u. A. 147, 395, 397 A. 1, 398 A. 2, 399 A. 1–12, 400 A. 1–2
zitiert Helfferich nach Berlin 246, 247 A. 72
- Hintze* (Forts.)
setzt Ludendorff die Grundsätze seiner Ostpolitik auseinander 247–250, 252, 392–94
Pressekonferenz am 20. August 252–53, 295 A. 154
Unterredung mit Joffe über Ergänzungsverhandlungen 287
Unterredung mit Joffe über Baku 292
Besprechung mit Fraktionsvors. am 21. Aug. 293–95, 401–03
Diner in der russ. Botschaft 300, 308
Erklärung vom 24. Sept. über den Ergänzungsvertrag 302–03
fordert Abberufung Woelfings 306
empfängt Hoffmann in Berlin 307–311
bagatellisiert »Roten Terror« 311, 316–18
setzt sich bei Ludendorff für Kohlenlieferung an Rußland ein 319
ersucht OHL um Waffenabgabe an Rußland 321–22
Rücktritt 326 u. A. 82
- Hitler*, Adolf (1889–1945) 106
- Hitlerputsch* 178 A. 18
- Hjelt*, Edvard Immanuel (1855–1921) Prof. der Chemie, finn. Senator, Gesandter in Berlin 1918–19 93
- Hölzle*, Erwin (1901) Historiker 46 A. 8, 117 A. 111, 376 u. A. 14
- Hoetzsch*, Otto (1876–1946) Historiker und Politiker, Mitbegründer der »Deutschen Gesellschaft zum Studium Rußlands«, Herausgeber mehrerer osteuropakundlicher Zeitschriften 252 A. 92
- Hofer*, Adolf (1868) Mitgl. des preuß. Abg.h. (USPD), Vertreter der USPD auf der Stockholmer Konferenz 1917 339
- Hoffmann*, Max (1869–1927) Generalmajor, Stabschef des Oberbefehlshabers Ost seit Aug. 1916 33, 62, 79, 113, 116, 149 A. 160, 166 A. 53, 324, 357 u. A. 93, 367 A. 141, 381 A. 21; s. auch Oberost
Stellung während Brester Verhandlungen 15–16
Verhalten bei Brester Verhandlungen 17, 19
über bolschew. Gefahr 24, 150, 347
über Hintze 88 A. 89
hält deutsches Eingreifen in Rußland für notwendig 116 A. 108, 309–310, 324, 333, 381, 382
zur deutschen Ukrainepolitik 118, 134
bezeichnet Krim als »deutsche Riviera« 153
Charakteristik Krieges 275

- Hoffmann* (Forts.)
über Ergänzungsvertrag 298 A. 166
greift amtliche deutsche Ostpolitik an 306–311, 322–23, 327
wird von Hintze empfangen 307–08
empfängt Nadolny in Kowno 324 A. 80
schlägt vor, russ. Botschaft im Hauptquartier Oberost einzurichten 335 u. A. 7
- Hohenlohe-Schillingsfürst*, Gottfried Prinz zu (1867–1932) öst.-ung. Botschafter in Berlin 1914 – Nov. 1918 77, 290 A. 137, 139; 309 A. 19, 310–11
fordert seine Regierung auf, Bolschewisten auszunutzen 299 A. 169
warnt vor Zusammenarbeit mit Bolschewisten 333 A. 116
- Hohenzollern*
»geheime Verbindung« zwischen H. und Bolschewisten 22
- Holstein*, Karl Staël von s. Staël von Holstein
- Holtendorff*, Henning von (1853–1919) Chef des Admiralstabs 1915 – 31. 7. 1918 24, 100
über deutschen Stützpunkt an Murmanküste 101 A. 31
über Beteiligung der Marine an »Schlußstein-Operation« 113
über deutschen Stützpunkt im Schwarzen Meer 153 A. 179
Rücktritt 156
Konflikt mit Ludendorff wegen russ. Schwarzmeer-Flotte 158 A. 11, 160 A. 20, 161–62, 170–72, 377
- Homburg*
Kronrat in H. 23–26, 64, 66 A. 26, 69, 70, 93, 95 A. 9, 97, 117, 131, 370, 371, 372, 373
- Hopman*, Albert (1865) Vizeadmiral 169, 377
sein »Kriegstagebuch« 162 A. 25
Vorstellungen zur deutschen Ostpolitik 171 u. A. 77, 382
- Horvat* [= Horvat, Chorvat], Dmitrij L., russ. General, Führer antibolschew. Truppen in Sibirien 397 u. A. 1
- House*, Edward Mandell (1856–1938) amerik. Politiker, als »Oberst House« enger Mitarbeiter Wilsons
gegen Intervention in Sibirien 51
- Hubatsch*, Walther (1915) Historiker 93, 108 A. 67
- Hugenberg*, Alfred (1865–1951) Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes, Vors. des Direktoriums der Firma Krupp 1909–18, Inhaber des Scherl-Verlages 262
- Hutten*, Ulrich von (1488–1523) Reichsritter und Humanist 331
- Indien* 85, 135 A. 87, 160 A. 20, 181 A. 30, 184
England fürchtet deutschen Vorstoß nach I. 59 u. A. 65
Ludendorff denkt an Vorgehen nach I. 181, 193, 377
- Ino*, Fort 101, 111, 374
finn. Truppen fordern Übergabe von Bolschewisten 37, 99–100
- Insterburg* 360 A. 111
- Interfraktioneller Ausschuß* 293 A. 151, 296 A. 160, 310 A. 23, 311 A. 28, 325, 327
- Internationalisten* 55 A. 41, 157 A. 5, 345
- Intervention der Alliierten in Rußland* 36 A. 29, 101, 117 A. 111
alliierte Vertreter in Rußland wünschen I. 48–49
Beginn und Verlauf 49–60, 369
- Irkutsk* 53, 55 u. A. 41
- Italien* 53
- Izvestija* 107 A. 64, 169 A. 66, 232, 268 A. 32, 329, 331, 343
scharfer Artikel über deutsch-russ. Beziehungen 276–77
Interview mit Joffe 283 A. 104, 290 A. 138
- Jakobiner*
Helfferich vergleicht die Herrschaft der Bolschew. mit der J.herrschaft 255, 395
ebenso Schubert 306
- Janson*, von, Attaché an der deutschen Gesandtschaft in Moskau 209
- Japan* 53, 102 A. 40, 312, 391, 406
besetzt Vladivostok im April 36
unterstützt antibolschew. Gruppen 37
Rivalität zu Amerika in Lenins Sicht 38
Literatur zur Politik J.s in Sibirien 45 A. 4
Reaktion auf russ. Nov.revolution 47
zögert mit Intervention in Sibirien 51, 53
übernimmt Initiative im August 56
- Japanisches Meer* 51
- Jaroslavl*[?]
Aufstand von J. 227–28
- Joffe* [= Ioffe], Adolf Abramovič (1883–1927) sowj.russ. Botschafter in Berlin 16, 75 A. 54, 76, 86, 100, 101, 104, 110 u. A. 78, 115 u. A. 101, 143, 146, 154, 163 A. 30, 164, 165 u. A. 47, 166, 168, 172, 173, 174 A. 87, 185, 186 A. 49, 198 u. A. 89, 199 u. A. 92, 203 u. A. 113, 229, 230, 236 u. A. 14, 251, 267

Joffe (Forts.)

A. 31, 271 A. 46, 274, 276, 297 A. 164, 308, 311, 316, 329 u. A. 100, 333 A. 116, 346 A. 58, 364 A. 129, 375, 397
 Sechs-Punkte-Programm vom 22. 12. 1917 17
 Gegner des Brester Vertrages 31
 Zweck seiner Mission in Berlin 35, 39
 Brief Lenins an J. vom 1. Juli 41–42
 empfiehlt finn.-russ. Aktion gegen Murmansk 103
 ersucht erneut um deutsches Eingreifen in Nordrußland 111
 stellt russ. Verminung der Kronstädter Bucht in Abrede 112 A. 87
 Ferngespräch mit Lenin über Schwarzmeer-Flotte 167 u. A. 57
 berichtet über Gegensatz zwischen AA und OHL 167 A. 57, 374
 droht mit Kriegserklärung wegen türk. Kaukasuspolitik 184 u. A. 45, 260 u. A. 4, 275–76
 Auseinandersetzung mit Hintze über Baku-Operation 201
 droht mit Kündigung des Ergänzungsvertrages 205 u. A. 125, 320
 erkennt Deutschlands Vermittlung zwischen Rußland und Türkei an 206
 hält deutsche Bataillonsforderung für unerfüllbar 232
 äußert sich höhnisch über Helfferichs Weggang aus Moskau 246 A. 68
 fährt zur Berichterstattung nach Moskau 256, 257, 288–290, 394
 Verhandlungen mit Vereinigtem Landesrat von Estl. und Livl. 261–62
 Kontakte mit deutschen Wirtschaftskreisen 266 A. 26
 Stellung gegenüber Čičerin 271 u. A. 44
 Charakteristik 271 A. 44, 272–73, 337
 Besprechung mit Kühlmann Ende Juni/Anfang Juli 281–82
 Unterredung mit Stresemann und Litwin 283, 284
 befriedigt über Fortgang der Ergänzungsverhandlungen 283 A. 104
 Unterredung mit Hintze am 22. Juli 287
 Mißtrauen gegenüber der deutschen Regierung 291–92
 Urteil über den Ergänzungsvertrag 300–01
 ersucht deutsche Regierung um Kohlenlieferung 319

Joffe (Forts.)

ersucht deutsche Regierung um Waffenlieferung 321 u. A. 74
 Besprechungen über Ausweisung der russ. Botschaft 328
 glaubt an militär. Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands während des Weltkrieges 330 A. 104
 die russ. Botschaft als Zentrum der bolschew. Propaganda in Deutschland 334–363
 J. über die Wirkung seiner Propaganda 334
 Warnungen vor Errichtung der russ. Botschaft in Berlin 334–36
 Ankunft in Berlin, Charakteristik 208, 337
 das Botschaftspersonal 337–38
 Fühlungnahme mit USPD 338–341
 stellt Verletzung des Art. 2 des Brester Vertrages in Abrede 348
 deutsche Regierung erörtert Maßnahmen zur Abwehr der deutschfeindl. Tätigkeit der russ. Botschaft 348–354, 369
 AA entschließt sich zur Ausweisung J.s 355–58, 370, 407
 Ausweisung 358–360
 gibt Verwendung von Geld zur Förderung der deutschen Revolution zu 365–67
Johannes, Hermann, Direktor der Handels- und Verkehrspolit. Abt. im AA 271 A. 46, 284 A. 106
Jokum [= Iokum], K. Ja., bolschew. Teilnehmer an den Kämpfen um Kazan' 255 A. 107
Judenič, Nikolaj Nikolaevič (1862–1933) russ. General, Kommandeur an der Kaukasus-Front März – Juli 1917, Antibolschewist 325 A. 80
Jusupov, Feliks Feliksovič, Mörder Rasputins 310
Kachovskaja, Irina [= Irene] russ. Terroristin 147 A. 153
Kadetten 59, 74, 81, 84 u. A. 78, 85, 86, 136, 137, 138 u. A. 98, 139 u. A. 105, 219, 222, 383, 385, 387, 390, 402
Kaiser, deutscher s. Wilhelm II.
Kaledin, Aleksej Maksimovič (1861–11. 2. 1918) russ. General, Befehlsh. im Dongebiet 70 A. 36, 76 A. 55, 140 u. A. 109, 142
 wird von Alliierten unterstützt 48 u. A. 19
Kamenka, Boris Abramovič (1855) russ. Finanzmagnat, führendes Mitgl. der Kadetten-Partei
 Unterredung mit Mumm 138 u. A. 98

- Kamkov*, Boris Davidovič [Katz], LSR 230, 393
für Partisanenkrieg gegen deutsche Besatzungstruppen 40
Rede vor dem 5. Sowj.kongreß 44, 375
- Kaplan*, Dora [Fanja], russ. Terroristin 312
- Karachan*, Lev Michajlovič (1889–1937) Sekretär der sowj.russ. Delegation in Brest, stellv. Kommissar für auswärt. Angelegenheiten 1918–20 27, 147 A. 153, 163, 276 A. 73
Spezialist für Probleme des Fernen Ostens 41
erwartet Sturz der Sowj.regierung 106
will seine Familie in die Schweiz retten 238 A. 22
versucht, deutsche Chiffre zu knacken 341 A. 27
- Karl I.* (1887–1922) Kaiser von Österreich, König von Ungarn 122, 124
- Karelien* 86, 102 A. 40, 103, 104, 105, 107 A. 65, 108, 109, 386
- Karlsruhe* 298 A. 166
- Kars* 174, 175, 177, 179, 183 A. 37, 196 A. 83
wird von der Türkei besetzt 176
Türken halten deutsches Wachkommando gefangen 192
- Kaspisches Meer* 160 A. 20, 181 u. A. 30, 183, 192, 197 u. A. 84, 198, 203 A. 113, 323, 390
von England militärisch beherrscht 59–60
OHL versucht, Herrschaft über K. zu erringen 204–05, 380
- Katkov*, George, brit. Historiker 224 A. 50, 246 A. 67
- Kaukasus* 43, 62, 80, 85, 104, 135 A. 87, 153, 160 u. A. 20, 171 A. 77, 219, 237, 268, 270, 271 A. 46, 277, 310, 356, 358, 392, 402
die deutsche Politik im K. 174–207, 386
die türk. Politik im K. 174–76, 302, 368
AA und OHL über die türk. Pläne 176–78
Konferenz von Batum 178–79
Lossows und Wesendonks Vorstellungen über die deutsche K.politik 179–180
Anschauungen Kühlmanns und Ludendorffs 180–83, 388–390
russ. Proteste 183–84
Reichskanzlerbesprechung in Berlin 184–85
Ludendorffs Kaukasuspläne 185–190, 372, 375–76, 377
das deutsch-türk. Bündnis droht in die Brüche zu gehen 191–93, 200, 202
deutsche Truppen im Kaukasus 181, 182, 191, 194 u. A. 80, 197, 202, 204 A. 118
die Mission Kreß 193–95, 369
Baku 196–206, 299–300
- Kaukasischer Grubenverein* 176
- Kautsky*, Karl (1854–1938) sozialist. Theoretiker, Mitgl. der USPD seit 1917, Berater der Volksbeauftragten seit Nov. 1918 362 A. 120
erwartet Sturz der Sowj.regierung 364–65
- Kazan'* 59, 105, 309, 329
von Tschecho-Slowaken erobert 255 u. A. 107, 299 A. 166
- Kazanovič*, B., Abgesandter Alekseevs in Moskau 59 A. 63, 219 A. 38
- Kazemzadeh*, Firuz 206
- Keil*, Wilhelm (1870) Mitgl. des Reichst. (SPD) 1910–18 148 A. 153
- Kennan*, George Frost (1904) amerik. Diplomat 45 u. A. 4, 52, 56
- Kerenskij*, Aleksandr Fedorovič (1881) russ. Politiker, Jurist, russ. Kriegsmin. Mai – Juli 1917, Min.präs. Juli – Okt. 1917 13, 58, 81, 219
- Kerts* 168 A. 61
- Kessler*, Harry Graf (1868–1937) Rußlandreferent der deutschen Botschaft in Bern, Gesandter in Polen 17. 11. 1918–20 246 A. 68
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274, 291 A. 141
seine Tagebücher 274 A. 64
- Ketteler*, Klemens Frhr. von (1853–1900) Gesandter in Peking 229
- Keyserlingk*, Walther Frhr. von, Konteradmiral, Chef der Operationsgruppe im Adm.st. 72, 100
Urteil über Sowj.regierung 30
seine militärpolit. Berichte aus Petersburg 63–64, 66
über deutsche Politik am Schwarzen Meer 160 A. 20
zum Konflikt über die Schwarzmeer-Flotte 161 A. 22
- Kiel* 66 A. 25
- Kiev* 39, 52, 72, 77 A. 55, 84, 86, 87, 117 u. A. 110, 118, 120, 121, 122, 123, 124 u. A. 28, 127, 129, 130, 136, 137, 139, 140 u. A. 110, 141 A. 112, 144, 145, 147 A. 153, 149 A. 159, 154, 155, 214 A. 19, 215 u. A. 22, 243, 249 A. 78, 291, 310 A. 25, 321, 388, 389
Heeresgruppe K. 131 A. 70, 185, 187; s. auch Heeresgruppe Eichhorn
- Kirchbach*, Günther Graf von (1850–1925) Generaloberst, nach Ermordung Eichhorns Oberbefehlsh. der Heeresgr. Kiev 148 A. 153

- Kirdorf*, Emil (1847–1938) Großindustrieller, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG 262
- Kirimal*, Edige 151 A. 168, 153 A. 178
- Klößner*, Peter (1863–1940) Großindustrieller, Gründer des Lothringer Hütten- und Bergwerksvereins AG 262
- Knipperdolling*, Bernhard (gest. 1536) Wiedertäufer in Münster 314
- Knoerzer*, von, General der Kav., Führer eines Korps 142
Korps K. 120, 143
- Kobljakov*, I. K., sowj.russ. Historiker 113 A. 89, 236 A. 14, 247 A. 74, 266 u. A. 28, 320 A. 65, 68; 321 A. 69, 365 A. 132, 379 A. 19; s. auch sowjetruss. Geschichtsschreibung
- Koch*, Reinhard (1861) Admiral, Stellv. Chef des Adm.st. 172 A. 78
- »*Kölnische Zeitung*« 344 A. 46
- Königliches Polizeipräsidium* 348 A. 68
- Körner* [= Koerner], Paul Ernst von, Min.dir. im AA 1899–1914, Berater der deutschen Delegation in Brest-Litowsk 119 A. 11
- Kogan-Bernštejn*, Rechter Soz.revol. 39 A. 49
- Kohle*
Lieferung deutscher K. an Rußland 112 A. 87, 283 u. A. 106, 285 A. 113, 319–321, 332 A. 111, 332–33, 354, 380
- Kohnke*, Kommerzienrat
Eindrücke über die deutsche Ukraine-Besetzung 124 A. 38
- Kola-Bucht* 101 A. 31, 104
- Kolčák*, Aleksandr Vasil'evič (1873–1920) russ. Admiral, Führer einer antibolschew. Bewegung in Sibirien seit 1918, ernannte sich zum »Reichsverweser« 18. 11. 1918 59, 141 A. 115
sucht Verbindung mit Deutschland 220 u. A. 39, 397
- Kolonisten*
deutsche K. in Rußland 133, 153, 154, 196 A. 83, 372, 377
- »*Kombedy*« 383 A. 23
- Kommando der Hochseeflotte* 113
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* 17 A. 15, 364 A. 129
- »*Kommunistisches Manifest*« 361 A. 117
- Konstantinopel* 175, 178, 179, 182 u. A. 32, 33; 183, 185, 190, 191, 192 u. A. 73, 74; 200, 202, 235, 406
- Konstantinopel* (Forts.)
Plan einer Konferenz über den Kaukasus 190 A. 60
- Konstanza* 184
- Konstituierende Versammlung* 39, 47, 59, 395
- Kopp*, Viktor, Leiter des Kriegsgefangenenbüros an der russ. Botschaft in Berlin 338
- Kornilov*, Lavr Georgievič (1870–13. 4. 1918) russ. General, Oberbefehlsh. des russ. Heeres Juli – Aug. 1917, Organisator der Freiwilligenarmee 1918 76 A. 55, 140
- Koronevo*
Zwischenfall von K. 297
- Kosch*, General d. Inf., kommand. Gen. des Generalkommandos 52 in der Krim
Korps K. 120, 122
- Kowno* [= Kovno] 79, 113, 114 A. 96, 309, 324 u. A. 80, 360 A. 111, 403
Ludendorff schlägt K. als Ort für die deutsch-russ. Ergänzungsverhandlungen vor 270 A. 43
Ludendorff schlägt K. als Ort für die russ. Botschaft vor 335
Soldatenrat 361
- Krasin*, Leonid Borisovič (1870–1926) Ingenieur und Diplomat 289 A. 132, 300 A. 177, 338
fürchtet Besetzung Rußlands durch deutsche Truppen 58 A. 56
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272
Charakteristik 273–74
Beziehungen zu deutschen Wirtschaftskreisen 277
besucht Ludendorff im GrHQ 278 u. A. 78
Unterredung mit Stresemann 283, 284
Verhandlungen mit der Firma Stinnes über Kohlenlieferung 284 A. 106
hält Ergänzungsvertrag für erniedrigend 289
Urteil über den Ergänzungsvertrag Anfang Sept. 301 u. A. 180
zur Bedeutung deutscher Kohlenlieferung an Rußland 319
- Krasin* [= Krassin], Lubov, Gattin Krasins 274 A. 60
- Krasnaja Gazeta* 332 A. 111
über Lage in Deutschland 256–57
- Krasnov*, Petr Nikolaevič (1869–1947) russ. General, Ataman der Donkosaken seit Mai 1918 (auch Donregierung) 110, 151, 215, 219, 237, 239, 240, 277, 287, 291 u. A. 141, 302, 326 A. 80, 332 A. 111, 390, 393, 396

Krasnov (Forts.)

- bolschew. Regierung wünscht deutsches Eingreifen gegen K. 108
deutsche Reaktion darauf 109
Zusammengehen mit deutschen Besatzungsbehörden 139–146
Auseinandersetzung darüber zwischen AA und Ludendorff 140–41, 287, 369, 376, 378
1. Brief an Kaiser Wilhelm 142
2. Brief an Kaiser Wilhelm 144–45
Schubert schlägt Waffenlieferung an K. vor 306, 381
- Krause*, Paul von (1852–1923) Staatssek. des Reichsjustizamtes 1917–19
gegen Finnland-Expedition 94
- Krauß*, Alfred (1862) öst.-ung. General der Inf., Kommandant der Ostarmee seit Juli 1918 149 A. 160
- Kremer*, Il'ja Semenovič, sowj.russ. Historiker 17 A. 15
- Kreml* 108, 210 A. 8, 218 A. 30, 221 A. 45, 243, 252 A. 90, 306, 361 A. 117, 362 A. 123, 381 A. 22, 23
Geheimsitzung der bolschew. Führer am 29. Juli 237–38
Feiern anlässlich der deutschen Revolution 360 A. 113
- Kreß von Kressenstein*, Friedrich Frhr. von (1870–1948) Oberst, Generalmajor seit Ende Mai 1918, »Chef der Deutschen Delegation im Kaukasus« 62, 190, 201, 203, 204 A. 121
wird nach Tiflis entsandt 181, 182 u. A. 32, 185, 369
Instruktionen 193
erkennt Scheitern seiner Mission 194–95, 204 A. 117, 118
erhält Befehl, Baku zu besetzen 201–02, 204
- Kreuznach*, Bad 66 A. 25, 93
Besprechung am 18. 12. 1917 15
- Kriege*, Johannes (1859) Direktor der Rechtspolit. Abt. des AA 70 A. 37, 159 u. A. 18, 170 A. 74, 199, 207, 251, 260, 271 A. 49, 273 A. 59, 282, 284 A. 106, 314, 355, 369, 379, 392, 400–01, 402, 403
Denkschrift über die Anerkennung selbständ. russ. Teilstaaten 189 A. 56
über die Finanzverhandlungen mit Rußland 259 A. 2
Charakteristik Joffes 271 A. 44, 273
Besprechung mit Fraktionsvorst. der SPD 273 A. 58, 293 A. 151
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274

Kriege (Forts.)

- Charakteristik 275 u. A. 70
Unterredung mit Ludendorff 279–80
Bericht vor dem Bundesratsausschuß über den Ergänzungsvertrag 296
ostpolitische Äußerungen gegenüber Richtofen 296–97, 377–78
hat großen Einfluß auf Gestaltung der Ostpolitik im Okt. 328 u. A. 95
- Kriegsamt* 99 A. 20
- Kriegsernährungsamt* 119
- Kriegsgefangene*
deutsche und öst.-ung. K. in Rußland 24, 30, 55 u. a. 41, 81, 84 A. 78, 141, 349, 365 A. 131, 389
Bedeutung für die Lage in Sibirien 52
als Schutztruppen im Kaukasus 185
in Aufstand von Jaroslavl' verwickelt 228
Verhandlungen über den Austausch mit russ. Gefangenen 258 A. 2, 270, 271 A. 47, 275 A. 70, 403
werden durch bolschew. Propaganda bearbeitet 343–45
besetzen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg 361 u. A. 117, 363
russ. K. in Deutschland 72, 298, 349 A. 72, 367 u. A. 141
Anzahl, Bedeutung für die deutsche Wirtschaft 258 A. 2
werden im Etappendienst verwendet 344 A. 46
- Kriegsgefangenenbüro*
russ. K. in Berlin 338
- Kriegskabinett* (auch Gesamtkabinett) 328 A. 92, 333, 351, 355 A. 88, 356 A. 90, 357 A. 93, 359
- Kriegsministerium* 119 A. 12, 176, 209, 229, 234, 240, 264, 317, 339, 340, 345; s. auch H. Stein, Scheüch
protestiert gegen Zulassung Joffes in Berlin 336
Teilnahme an Ressortbesprechungen über Abwehr bolschew. Propaganda 348–354
- Kriegspresseamt* 349 A. 71
- Krim* 61, 74, 77, 80 A. 64, 120, 121, 123, 157, 163, 171 u. A. 77, 175, 249, 270, 297, 337, 374, 385, 394
Besetzung 151–52, 160 u. A. 20, 259, 276, 278, 368
Auseinandersetzung darüber zwischen AA und Ludendorff 152–55, 280, 372, 375, 377
- Krimkrieg* 40

- Krivogus*, I. M., sowj.russ. Historiker 344 A. 47, 345
- Krivoj Rog* 268
- Krivošejn*, Aleksandr Vasil'evič (1858–1923)
russ. Landwirtschaftsminister 1908–15, Führer des »Rechten Zentrums« seit der russ. Nov.-Revolution 72, 214 A. 19, 219, 396
- Kronstadt* 109, 113, 114
Russen verminen Kronstädter Bucht 112 u. A. 85, 88; 114
- Krüger*
Detachment K. 205
- Krupp-AG* 186 A. 49, 263
- Krusenstern*, russ. Oberstlt.
warnt vor Joffe 336 A. 7
- Kuban'* 175
- Kuban'-Gebiet* 59, 105, 109, 137, 139, 166 A. 53, 237, 276 A. 73, 277, 283, 287, 321, 368, 390, 396
- Kühlmann*, Richard von (1873–1948) Botschafter in Konstantinopel 1916–17, Staatssekr. des Auswärtigen 5. 8. 1917 – 9. 7. 1918 17 u. A. 15, 18, 21, 26 A. 58, 46 A. 8, 62 A. 4, 6; 66 u. A. 24, 26; 102, 117, 121, 126, 135, 138 A. 98, 141 u. A. 115, 157 A. 7, 162, 172, 181, 199 A. 92, 202 A. 107, 207, 212 A. 17, 217, 218 A. 34, 221, 223 A. 49, 229, 269 A. 38–40; 276 A. 72, 300, 331, 337 u. A. 11, 338, 342, 369
Verhandlungskonzept für Brest-Litowsk 15 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker 17
Verhandlungstechnik in Brest 18, 20 u. A. 37, 374
Rückkehr nach Berlin Anfang Januar 20
grundsätzliche Stellung zur deutschen Ostpolitik 23–24, 60–92, 167–68, 370–75, 376, 377–78, 380, 381, 382–83
gegen Besetzung der Ukraine 24, 140
gegen Besetzung Livlands und Estlands 24–25, 64–65, 68–69, 294 A. 152
Unterzeichnung des Brester Vertrages 27
in Gegensatz zu Ludendorff 60–62, 71, 370–75, 376, 377–78, 382–83
gegen Unterstützung antibolschew. Kräfte 69–70
gegen deutsches Eingreifen in Finnland 69–71, 94, 96–97
setzt sich mit seinem Kurs durch 84
sein Sturz 88, 171, 282
hält finn.-russ. Aktion gegen Murmansk für erwünscht 102, 103
- Kühlmann* (Forts.)
über Regierung Skoropadskijs 129
resigniert in der Auseinandersetzung über die Ukrainepolitik 131, 132
warnt OHL und Kaiser vor Miljukov 139
warnt vor Eingreifen in der Krim 152–53
Auseinandersetzung mit Ludendorff über die Schwarzmeer-Flotte 163–170
wendet sich gegen Engagement Deutschlands im Kaukasus 178, 181–83
präzisiert deutsche Kaukasuspolitik 184–85
mißbilligt Entsendung Tundutovs nach Berlin 186 A. 49
weigert sich, Unabhängigkeit Georgiens ohne Einvernehmen mit Rußland anzuerkennen 190–91
Auseinandersetzung mit Ludendorff über Attachierung Schuberts 209–210
beantragt Geld zu geheimer Verwendung 213 A. 19
sieht in Mirbachs Ermordung Machenschaften der Entente 224–25
warnt OHL vor Gefahren militär. Unternehmungen im Osten 261, 269, 270, 281–82
Charakteristik Joffes 273
führt Ergänzungsverhandlungen 274
Charakteristik Krieges 275
schlägt Rk Abschluß eines Vertrages über Lebensmittellieferung mit Rußland vor 276 A. 73
Reichstagsrede vom 24. Juni 281
protestiert bei Joffe gegen bolschew. Propaganda 346 A. 58
- Kuhl*, Hermann von (1856) General, Gen.-stabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht 149 A. 160, 347 A. 62
- Kukel'*, V., russ. Kapitän 168 A. 61
- Kuriergepäck-Affäre* 354 u. A. 88, 358 u. A. 94–96
- Kurland* 13, 15, 17, 18, 22, 24, 27, 65, 85, 137, 222, 252, 258, 392; s. auch Baltikum
- Kursk* 84 A. 77, 99 A. 24, 287, 297 A. 164
- Ladogasee* 109, 115, 116
- Langwerth von Simmern*, Ernst Frhr. (1865–1942) Dirigent der Polit. Abt. des AA 74, 335 A. 5
- Lansing*, Robert (1864–1928) amerik. Außenminister 1915–20 54, 55
- La Plata* 197 A. 84

- Larin*, Ju. [Michail Aleksandrovič Lur'e] (1882–1932) sowj.russ. Wirtschaftsexperte
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272 u. A. 52–54
drängt auf rasche Verkündung des Nationalisierungsdekrets 278–79
Differenzen mit Joffe 289 u. A. 132, 133
gibt Izvestija Interview 290 A. 138
Urteil über den Ergänzungsvertrag 301 A. 180
- Larisch von Moennich*, Friedrich Graf (1875)
öst.-ung. Botschaftsrat 281 A. 93
- Larsons*, M. J. [Maurice Laserson] Finanzbeirat der russ. Botschaft in Berlin 359
- Ledebour*, Georg (1850–1947) Journalist, Mitgl. des Reichst. (SPD/USPD) 1900–18 340 A. 26
- Legters*, Lyman H. 379 A. 16
- Lemberg* 150 A. 166
- Lenin* (Ul'janov), Vladimir Il'ič (1870–1924)
14, 20, 21 A. 40, 41; 29, 31 u. A. 8, 34, 41, 42, 46, 98 A. 17, 102 A. 41, 105, 141, 213 A. 19, 214 A. 20, 217 A. 30, 223 A. 47, 234, 271, 274, 284, 290 u. A. 136, 311, 312, 316 A. 45, 337, 346, 363 A. 125, 368, 374, 382, 383 A. 23, 388 A. 4, 395, 406
Brester Verhandlungen als Duell zwischen L. und Ludendorff 17
Verhandlungskonzept für Brest 17, 22
Taktik des revol. Krieges 21–22
21 Januarthesen 22
über das Selbstbestimmungsrecht der Völker 22
über den Brester Vertrag 27–28, 33, 342, 378, 384
Referat über Krieg und Frieden vom 7. März und außenpolit. Taktik 31–33, 34–35
über Bedeutung einer Revolution in Deutschland 32, 267
Geschichtsauffassung 36 A. 34
über Bedeutung des Weltkrieges für die russ. Revolution 36, 38
Einberufung des ZK am 6. Mai 37
Rede vor dem ZEK am 14. Mai 38–39
Einschätzung der deutschen Staatsführung 38–39
Billigung seiner Politik durch das ZEK 40
Briefe an Joffe über Führung der russ. Außenpolitik 41–42, 165 A. 47
Rede vor dem 5. Sowjetkongreß 44
über die Beziehungen zu den kriegführenden Mächten 45 u. A. 1
- Lenin* (Forts.)
bejaht grundsätzlich Kontakte mit Imperialisten 49, 106–07
über finn. Bürgerkrieg 98
Lagebericht vom 29. Juli 105–06
ersucht Deutschland um Eingreifen in Nordrußland 106
ordnet Verminung der Kronstädter Bucht an 112 u. A. 85, 88
Attentat 117, 308, 312 u. A. 32, 316
Ferngespräch mit Joffe über Schwarzmeer-Flotte 167 u. A. 57
beschließt Versenkung der Flotte 168 u. A. 60–62, 169
bereit, Deutschland Baku-Öl zu geben 199 A. 92
Unterredung mit Mirbach 214–15
Anstifter der Ermordung Mirbachs? 224 A. 50
kondoliert nach Ermordung Mirbachs 228 u. A. 71
Reaktion auf die Mordtat 229
weist deutsche Forderung auf Zulassung einer Gesandtschaftswache zurück 231–33
hält im Juli Lage für »äußerst schlimm« 237
schlägt in Geheimsitzung vor, Moskau zu verlassen 237–38
ergreift Initiative zu Ergänzungsverhandlungen 40, 260 u. A. 6, 369
bietet USA und Deutschland Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland an 265–66
Thesen zur Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit kapital. Ländern 267–69
warnt Joffe vor Bucharin, Sokol'nikov und Larin 272 A. 52
gibt Joffe weitgehende Vollmacht für Ergänzungsverhandlungen 281 A. 95, 290 u. A. 139, 379
Befehl zur Verstärkung der bolschew. Ostfront 311 A. 29
Reaktion auf Oktoberereignisse in Deutschland 329 A. 100, 330, 333–34
sieht in Kriegsgefangenen große Bedeutung für Ausbreitung des Bolschewismus 344
befriedigt über Wirkung bolschew. Propaganda unter deutschen Truppen 347 u. A. 59
fordert Joffe zu intensiverer revol. Tätigkeit auf 352 A. 80
Reaktion auf die Kuriergepäck-Affäre 359 u. A. 106, 360 u. A. 110, 113
Urteil über das »Zusammengehen« mit Deutschland 379, 380, 383–84

- Leonhardt*, Kommerzienrat 339 A. 23
- Leopold*, Prinz von Bayern (1846–1930) Gen.-feldmarschall, Oberbefehlsh. Ost 309
- Lepsius*, Johannes (1858–1926) Präs. der deutsch-armenischen Gesellschaft 206
- Lerchenfeld*, Hugo Philipp Graf von und zu (1843–1925) bayr. Gesandter in Berlin und Bundesratsbevollmächtigter 89 A. 91, 90 A. 92, 92 A. 97, 235 A. 6, 271 A. 44
- Lersner*, Kurt Frhr. von (1883–1954) Legationsrat, Vertreter des AA im GrHQ 1916–18 65, 295 A. 152, 320, 321
- Lettenregimenter* 226 A. 60, 227 A. 63, 240 A. 33, 244, 325 A. 80,
Verbindung mit deutscher Gesandtschaft 233 A. 96, 240–41, 315–16, 381, 396, 404
Helfferich will sie für Deutschland gewinnen 239, 240
- Lettland* s. Livland
- Leuchtenberg*, Georgij Nikolaevič Herzog von [Gercog Georgij Nikolaevič Lejchtenbergskij] (1872–1929) russ. Oberst, Monarchist 144 A. 133, 214 A. 19, 324, 392
Brief an Kronprinz Rupprecht 144 A. 134
- Leuchtenberg*, Nikolaj Herzog von [Gercog Nikolaj Lejchtenbergskij] (1868–1928) russ. Kapitän, Monarchist 144 A. 134
Reise ins GrHQ 144–46, 291 u. A. 141
- Levi*, Paul (1883–1930) Rechtsanwalt, Vors. der KPD 1920–21, später Mitgl. der USPD und der SPD 358, 361 A. 114
- Lewald*, Theodor (1860) Ministerialdirektor 1910–17, Unterstaatssekr. im Reichsamt des Innern 1917–18 400 A. 1
- Libau* 112 A. 89
- Lichtstrahlengruppe* 340
- Liebknecht*, Karl (1871–1919) Mitgl. des Reichst. (SPD) bis 1916, Führer der Spartakusgruppe 40, 332 A. 111, 346, 364 A. 129
- Lindemann*, Hugo, Mitgl. der Deutschen Wirtschaftsdelegation in der Ukraine über deutsche Ukrainepolitik 147
- Lindequist*, Friedrich von (1862–1945) Siedlungspolitiker, Staatssekr. des Reichskolonialamtes 1910–11 89 A. 91, 153
- Lindley*, Francis Oswald, Botschaftsrat bei der brit. Botschaft in Rußland, Geschäftsträger seit Januar 1918 58
- Linke Sozialrevolutionäre* 225 A. 55, 228, 229 A. 78, 230, 232 A. 93, 357, 395
fordern Beendigung der Atempause 40
- Linke Sozialrevolutionäre* (Forts.)
greifen Lenins Außenpolitik an 43–44
Ausschaltung durch die Bolschewisten 44
Anstifter des Mordes an Eichhorn 147 A. 153, 243, 397
Moskauer Aufstand 156 A. 3, 226–27
Anstifter des Mordes an Mirbach 224 u. A. 50, 229
- »*Linkes Zentrum*« 58
- Linkskommunisten* 31
Lenin über die L. 32
- Linsingen*, Alexander von (1850–1935) Generaloberst, Oberbefehlsh. einer Heeresgruppe, Oberbefehlsh. in den Marken und Gouverneur von Berlin seit 28. 3. 1918 120 u. A. 15, 132
warnt Kriegsministerium vor Tätigkeit der russ. Botschaft 339–341
- List*, Alfred, Handelssachverst. an der deutschen Gesandtschaft in Moskau 211 A. 10
Mission in Rußland 263, 285
skeptisch über die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland 286 u. A. 116
- Litauen* 13, 15, 17, 18, 22, 24, 27, 42, 68, 86, 135 A. 87, 222, 249, 252, 258, 295 A. 152, 392, 394
- Litvinov*, Maksim Maksimovič (1876–1951) sowj.russ. Politiker und Diplomat, diplomatischer Vertreter in London 1918 58
- Litwin*, Paul (1866) Kommerzienrat, Geschäftsführer der »Deutschen Ausfuhr GmbH« für die Ukraine seit April 1918
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274 u. A. 65, 289 A. 135, 291 A. 141, 292 A. 143
Unterredung mit Joffe und Krasin 283
- Livland* 15, 18, 24, 25, 27, 71, 74, 83, 95, 97, 102 A. 40, 117, 152, 222, 249 A. 78, 252, 259 A. 2, 270, 276, 300, 326 A. 80, 347, 392, 399, 401; s. auch Baltikum
OHL und Reichsleitung über Annexion L.s 64–65, 67 A. 30, 68–69, 188 A. 56, 251, 261 A. 10, 279, 280, 281, 288, 293 A. 147, 294 u. A. 152, 297, 378
Vereinigter Landesrat wirkt für Anschluß an Deutschland 261–62
einige der Mehrheitsparteien widersprechen den Bestimmungen des Ergänzungsvertrages über L. 295 A. 153, 400, 402
- Lloyd George*, David (1863–1945) brit. Premierminister 1916–22 376

- Lockhart*, Robert Hamilton Bruce (1887) brit. Agent, Generalkonsul in Petersburg 1915–17 28, 35 u. A. 29, 46, 50, 106, 147 A. 153, 212 A. 14, 341 A. 27
Kontakte mit Bolschewisten 48–49
Kontakte mit Antibolschewisten 58–59, 316 A. 45
Verhaftung 312 A. 37
- London* 40, 56, 151, 331 A. 111
- Lossow*, Otto von (1868–1938) Generalmajor, Militärbevollm. in Pera 62, 181, 185, 186 A. 49, 191, 194 u. A. 79, 195 A. 83, 206, 207, 389
als deutscher Vertreter bei den Verhandlungen von Batum 178 u. A. 18
Vorstellungen über deutsche Kaukasuspolitik 179
schließt Verträge mit Georgien 180
Berichterstattung in Berlin 184
im GrHQ 186, 187–88, 189
- Lothringen* 68
- Lovisa* 98
- Lucius von Stodten*, Hellmuth Frhr. (1869–1934)
Gesandter in Stockholm 1915–21 386
über die deutsche Ostpolitik 102 A. 40
- Ludendorff*, Erich (1865–1937) General, Erster Generalquartiermeister 1916–26. 10. 1918 13, 14, 17 A. 15, 18 A. 22, 20, 73, 74, 76, 80 A. 66, 82, 91, 92, 93, 101, 102, 103 A. 45, 107 A. 65, 108 A. 67, 116, 117, 118, 119, 125 A. 39, 132, 139, 151, 156, 157 A. 7, 192, 193, 195 A. 82, 83; 197 A. 84, 198–99, 200, 201, 235, 261 A. 10, 276 A. 73, 287, 306, 307, 319, 322, 324, 404; s. auch OHL
Brester Verhandlungen als Duell zwischen L. und Lenin 17
über Brester Verhandlungen 18
Auseinandersetzung mit dem Kaiser im Januar 18–19, 67
Rücktrittsdrohung 19
grundsätzliche Stellung zur deutschen Ostpolitik 24, 78–81, 85–87, 269–70, 271, 375–77, 379, 381–82
zur Wiederaufnahme des Krieges mit Rußland 25–26
zur Beendigung der Feindseligkeiten mit Rußland 39 A. 48, 368
fordert Entwaffnung der Tschecho-Slowaken 57
in Gegensatz zu Kühlmann 60–61, 71, 370, 373, 374
- Ludendorff* (Forts.)
hat eigene Berichterstatteer im Osten 62–63
fordert Annexion Estlands und Livlands 65, 378
verteidigt deutsche Intervention in Finnland 70, 72, 96
hält bolschew. Regierung für illoyal 80, 81, 103 A. 45, 105, 166, 169, 273 u. A. 59, 276, 280
gesteht Zusammenbruch der Ukraine-Politik ein 87
über Hintze 90 u. A. 92, 91 A. 96, 326 A. 82, 378
will Rotgardisten an Westfront einsetzen 99 A. 20, 372
über die Lage in Finnland 100–01
Interesse an Murmanküste 100 A. 31
fordert russ.-finn. Zusammengehen gegen Murmansk 104–05
akzeptiert sowj.russ. Kooperationsvorschlag 109–110, 111
plant Intervention in Nordrußland 113–14, 244, 248
fordert rücksichtsloses Vorgehen in der Ukraine 127
Auseinandersetzung darüber mit AA 131 u. A. 70
hält Ukraine nicht für lebensfähig 135–36
nimmt Verbindung mit Donkosaken auf 140–41
will Bildung des »Südostbundes« unterstützen 142
empfängt Kosakendelegation 145, 291 A. 141
hält Räumung der Ukraine für notwendig 150
Krimstaatspläne 151–54, 377
Pläne über die russ. Schwarzmeer-Flotte 158–59
Konflikt mit Holtzendorff darüber 160 A. 20, 161–62
Konflikt mit Kühlmann darüber 164–170
begünstigt türk. Kaukasuspläne 177–78, 181
will deutsche Truppen in den Kaukasus schicken 182–83
mißbilligt türk. Kaukasuspläne 183 A. 37, 191, 388
will einen von Deutschland abhängigen »Kaukasusblock« schaffen 185–87, 377, 388–390
seine »polit. Richtlinien« für die Kaukasuspolitik 188–89, 190

Ludendorff (Forts.)

Auseinandersetzung mit AA über Anerkennung Georgiens, Livlands und Estlands 188 A. 56, 190, 279

zieht sich auf die rein militärische Seite der Kaukasusfragen zurück 192 A. 73

beabsichtigt, Schubert als »militär. Abgesandten der OHL« nach Moskau zu schicken 209, 210 A. 8

Instruktionen für Schubert 210 A. 8

wirft AA vor, es versäume Fühlungnahme mit den Monarchisten 226, 241

weigert sich, den Lettenregimentern Rückkehr in die Heimat zu gestatten 240–41

in Auseinandersetzung mit Hintze über Grundsätze der deutschen Ostpolitik 247–250, 252, 392–94

nach 14. August an Abtrennung Livlands und Estlands von Rußland nicht mehr interessiert 251, 288, 295 A. 152

empfängt Schubert zur Berichterstattung 252 A. 90

schlägt Kowno als Ort für Ergänzungsverhandlungen vor 270 A. 43

Charakteristik Krieges 275

empfängt Krasin 278

empfängt Kriege 279–280

weigert sich, Eisenbahnen im Dongebiet räumen zu lassen 287

setzt vertragmäßige Räumung russ. Gebiete aus 297 A. 164

will gegen Roten Terror protestieren lassen 318

erklärt sich nur widerstrebend zur Kohlen- und Waffenlieferung an Rußland bereit 320, 321

rät zum Abschwenken von den Bolschewiki 323

fordert Waffenstillstandsangebot an Wilson 324–25

Verteidigung seiner Ostpolitik 327–28

schlägt vor, russ. Botschaft in Kowno zu errichten 335

warnet vor Tätigkeit Joffes 340

fordert vom AA Sperrung der Funkverbindung Joffes mit Moskau 343

verlangt Maßnahmen gegen bolschew. Propaganda 347

ein Vertreter der bolschew. Regierung läßt ihm den Oberbefehl über die Rote Armee anbieten 362 A. 123

Beurteilung durch Schubert 381 A. 22

Lenins Urteil über L.s Ostpolitik 384

Ludwig XV. (1710–74) frz. König 1715–74 315

Luxemburg, Rosa (1871–1919) sozialist. Politikerin, gründete 1917 mit K. Liebknecht den Spartakusbund 346, 364 A. 129

L'vov, Fürst Georgij Evgen'evič (1861–1925) Min.präs. und Innenminister der Provisorischen Regierung März – Juli 1917 13

Macbeth 331

Mackensen, August von (1849–1945) Gen. feldmarschall, Oberbefehlsh. der Besatzungsarmee in Rumänien Mai – Nov. 1918 115 A. 103, 132

Heeresgruppe M. 120

Maerker, Hauptmann, Nachrichtenoffizier von Oberost 326 A. 80

über die bolschew. Propaganda unter den deutschen Truppen 324

Maidekrete der Sowjetregierung 260

Malleson, Wilfred, brit. Generalmajor 60

Mallorca 274 A. 64

Mandschurei 47, 220

Mannerheim, Karl Gustav Frhr. von (1867–1951) finn. General und Staatsmann 93, 98, 99, 376, 386

Wilhelm II. plädiert für Unterstützung M.s durch Deutschland 71–72

Marchtaler, Otto von (1854) General der Inf., württ. Kriegsminister seit 1906 390

Marine, deutsche 170, 205 A. 121, 361 A. 117 Beteiligung an »Schlußstein-Operation« 112–14

Marinekabinett s. Müller, G.

Marinekommissariat, russisches 162, 168

Maritza 177, 178, 202 A. 107

Markin, Nikolaj Grigorevič (1892–1918) sowj.-russ. Matrose 30

Markow [= Markov, wahrscheinlich Nikolaj Evgenevič] rechtsstehender Russe 385

Marx, Karl (1818–1883) 331

Marschall gen. Greiff, Ulrich Frhr. (1863–1923) Gen.major, stellv. Chef des Militärkabinetts 164 A. 36

Masaryk, Thomas (1850–1937) tschech. Staatsmann 52

Matthieu, Theo, Geheimrat im AA, Direktor der Personalabt. 221

Max, Prinz von Baden (1867–1929) Reichskanzler und preuß. Außenmin. 3. 10. – 9. 11. 1918 144 u. A. 134, 326, 328, 347, 351, 352 A. 79, 353, 355 A. 88, 356 A. 90, 362 A. 120, 380

- Max* (Forts.)
Reichstagsserklärung vom 5. Okt. 148 A. 159, 327
- Mayer* (Kaufbeuren), Wilhelm (1874–1923)
Mitgl. des Reichst. (Zentrum) 1907–18 296 A. 160
- Mehlsendungen*
russ. M. nach Deutschland 361–62
- Mehring*, Franz (1846–1919) Mitgl. der Spartakusgruppe
Verbindung mit russ. Botschaft 339, 340
- Memel* 37
- Mendelssohn*, Franz von (1865–1935) Bankier,
Leiter des Bankhauses M. & Co. 221 A. 44, 352 A. 80, 367 A. 141
Beziehungen zu Joffe 277
- Menschewiki* 40, 81, 200, 337, 338, 390
fordern Einberufung der Konstituierenden
Versammlung 39
von Bolschew. ausgeschaltet 44
- Menžinskij*, Vjačeslav Rudolfovič (1874–1934)
sow.russ. Generalkonsul in Berlin 319, 338, 340
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272 u. A. 50, 289 A. 132
- Mesopotamien* 152, 181, 183 u. A. 37, 185, 191
- Metternich*, Klemens Fürst von (1773–1859) 36
- Metz* 372
- Meždurajoncy* 337
- Michail Aleksandrovič* (1878–1918) Großfürst,
Bruder Nikolaus' II. 137, 310
- Michelis*, Major, Vertreter des preuß. Kriegsministeriums in der Ukraine 119 A. 12
- Michelsonsche Fabrik* in Moskau 331
- Militärdiktatur* in Deutschland
Furcht Rittm. Hertlings vor einer M. 19
Kühlmann will durch Verbleiben im Amt M. verhindern 26, 97, 373
Ludendorff soll M. übernehmen 371
- Militärkabinett*, kaiserliches 20
- Miljukov*, Pavel Nikolaevič (1859–1943) russ.
Historiker und Politiker, Außenmin. der
Provisor. Regierung März – Mai 1917 13, 84 A. 78, 142
seine »Deutschorientierung« 136–39
- Miller*, Susanne 364 A. 129
- Minister für die öffentlichen Arbeiten* 264
- Minna Horn* 179, 180
- Minsk* 246 A. 58, 359, 361
- Mir*, Baron, sowj.russ. Marineattaché in Berlin 338 A. 19
»Mir« 347 A. 63
- Mirbach-Harff*, Wilhelm Graf von (1871–6. 7. 1918) Gesandter in Moskau 35 A. 29, 43, 53, 56, 57, 72, 73, 78, 84, 103, 104, 105 A. 53, 138 A. 98, 140, 163, 165, 167, 183, 235, 240, 258 A. 2, 267 A. 31, 276 A. 73, 282 A. 96, 310, 343, 388 A. 4
»Diktatur« M.s 44, 56
Ermordung 44, 88, 89 A. 91, 147 A. 153, 156 A. 3, 223–24, 233, 242, 243, 255, 257, 282, 313 A. 37, 357, 358, 381 A. 21, 395, 397
fordert zur militär. Intervention in Rußland auf 81, 82, 83
soll aus Moskau abberufen werden 88, 89 A. 91
Mission in Moskau 208–233, 369, 380
Personal der diplomatischen Vertretung in Moskau 208–211
erste Berichte 211–13
Unterredung mit Lenin 214–15
Lageberichte 215–16, 381, 387
Verbindungen mit bolschewikfeindlichen Organisationen 216–220
Brief an Kühlmann vom 25. Juni 221–22
Reaktion der deutschen Regierung und der Gesandtschaft auf die Ermordung M.s 224–26
Aufstand der LSR 226–28
Reaktion der Sowjetregierung 228–230
deutsche Regierung fordert Zulassung eines Bataillons in Moskau 230–31
Antwort der Sowjetregierung darauf 231–33
- Mittelmächte* (auch Vierbundmächte, Zentralmächte) 14, 15, 17, 18, 33, 45, 46, 48 u. A. 18, 52, 117, 126, 134, 139, 149 A. 159, 151 A. 166, 182, 189 A. 56, 190 A. 60, 194 A. 79, 208, 252, 267, 305, 324, 342, 368, 376, 405, 406
- Mittelmeerdivision* 205
- Monarchisten* 73, 80 A. 64, 81, 84, 86, 87, 114 A. 96, 136, 137, 138 A. 98, 139, 146 A. 142, 221, 226, 307, 338 A. 19, 383, 388 A. 4, 390–91, 392, 402
erste Fühlungnahme mit deutschen Stellen 72
Kreis um Durnovo 79 u. A. 62, 324 A. 80
Ludendorff fordert Verbindung mit M. 86
deutsches Geld für M. 214 A. 19, 381
Fühlungnahme mit deutschen Stellen in Rußland 216 A. 28, 217 u. A. 30, 218–220, 249 A. 78, 309–310, 324 u. A. 80, 381

- Mongolei* 47
- Mordvinov*, R. N., sowj.russ. Historiker 112
A. 85, 157 A. 5, 162 A. 25, 165 A. 47, 166
A. 53
- Morley*, James W. 45 A. 4
- Moskau* passim
Krasnov plant Zug nach M. 142
Plan einer deutschen Besetzung s. Peters-
burg
Aufstand der LSR 226–27, 230 u. A. 79
Mission Mirbach in M. 208–233
Mission Helfferich in M. 233–257
attentatsgeladene Atmosphäre im August
243
Čičerin fordert M. als Ort für die Ergän-
zungsverhandlungen 271 u. A. 44, 46
- Moskauer Sowjet* 301
- Moskowien* 329 A. 96
- Moskwa* [Moskva] 218 A. 30
- Mühlmann*, Carl 174 A. 3, 191, 206
- Müller*, Georg Alexander von (1854) Admiral,
Chef des Marinekabinetts 26, 66 u. A. 26,
67 A. 30, 94 A. 9, 102 A. 40, 158 A. 11,
159 A. 17, 161, 164 A. 33, 171, 373
- Müller* (Hausen) 251 A. 89
- München* 92 A. 97
- Münster* 314, 341 A. 27
- Mumm von Schwarzenstein*, Philipp Alfons Frhr.
(1859–1924) Botschafter in Tokio 1906–11,
diplomatischer Vertreter in Kiev 1918 73,
75 A. 54, 119 A. 9, 130 A. 67, 134, 136, 138,
139, 140, 144 A. 132, 146 A. 142, 187, 214
A. 19, 321
Werdegang 118 A. 4
Stellung in der Ukraine 118–19
zur deutschen Ukrainepolitik 126, 131–32
arbeitet mit Bestechungsgeldern 127 u. A. 52
hält Ludendorffs Krimstaatspläne für be-
denklich 154
- Murav'ev*, Michail Artemovič (1880–1918) Lin-
ker Soz.rev., Oberbefehlsh. an der bolschew.
Ostfront
erhält von deutscher Gesandtschaft Geld 227
erklärt Deutschland den Krieg 227 u. A. 63,
255 A. 107
- Murmansk* 50, 54, 57, 60, 81, 82, 83, 96, 156,
223 A. 46, 225, 237, 270 A. 42, 280, 290
A. 139, 309, 382, 396, 397, 405; s. auch
»Schlußstein-Operation«, Nord-
rußland
Interesse Ludendorffs und Holtendorffs an
M. 100 A. 31
- Murmansk* (Forts.)
Plan eines deutschen Unternehmens gegen
M. 101–117, 292, 296, 299, 309 A. 22
Wilhelm II. über Lage in M. 102–03
Möglichkeit einer finn.-russ. Aktion gegen
M. 103–05
Lenin ersucht um deutsche Intervention in
M. 106
Beurteilung dieses Hilfesuchts 106–08, 379
deutsche Reaktion darauf 108–111, 369
Schwierigkeiten für Mitwirkung der deut-
schen Marine 111–114
weitere Verhandlungen über deutsche Inter-
vention 115, 369
der Interventionsplan wird aufgegeben 116
Beurteilung 116–17
Schwerindustrie fordert deutsche Besetzung
von M. 262 u. A. 17
- Mutius*, Gerhard von, Botschaftsrat, Gesandter
in Christiania als Nachfolger Hintzes 15. 8.
1918 235
- Nadolny*, Rudolf (1873–1953) Geh. Legations-
rat, Referent für Ostfragen im AA 62, 74 u.
A. 53, 82, 115, 119 A. 9, 149 A. 159, 203
A. 113, 205, 249, 295 A. 152, 318 A. 53,
330 A. 104, 335 A. 5, 341 A. 29, 359, 363,
364, 365 A. 133, 369
Kritik an OHLA 62 A. 6
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen
274
Denkschrift von Ende Sept. über Abschnen-
ken von Bolschew. 323–24
hat großen Einfluß auf Gestaltung der Ost-
politik im Okt. 328
Teilnahme an Ressortbesprechungen über
Abwehr bolschew. Propaganda 350, 351 u.
A. 81
hält Gefahr des Bolschewismus im Okt.
nicht für groß 353, 381
stellt »Platzen« einer russ. Kurierkiste zur
Erwägung 354 u. A. 88
zwei Denkschriften von Ende Okt. über
Abschnenken von Bolschew. 355–58
- Napoleon* (1769–1821) 33, 36
- Napoleon III.*, Louis (1808–1873) Kaiser der
Franzosen 1852–70 315
- Namur* 372
- Narkomindel* (auch Außenkommissariat)
29, 35 u. A. 29, 40, 41, 112 A. 85, 169 A. 66,
228 A. 71, 256, 277 A. 76, 290 A. 136, 362
A. 123

- Narkomindel* (Forts.)
Entstehung 30
Bedeutung innerhalb der russ. Regierung 41, 271
- Narva* 109, 113, 222, 326 A. 80
Einnahme von N. durch deutsche Truppen 26, 32
- Nationalisierung der russischen Wirtschaft* (Banken, Außenhandel, Industrie) 265, 268 u. A. 32
Bedeutung für die wirtschaftl. Beziehungen mit Deutschland 278–79, 292 A. 147, 298, 301 A. 180, 323, 398
- Nessiny Bey*, Achmed, türk. Außenminister 16
- Nicolai*, Walter, Oberst, Leiter der Abt. Presse und innere Abwehr in der OHL 62 A. 6
- Nikolaus II.* (1868–16. 7. 1918) Zar 1894–1917 88 A. 88, 137, 186 A. 49, 219, 337 A. 13, 338 A. 19, 387, 391
Ermordung 291 A. 141
- Nikolaev* 152, 157 u. A. 5
- Nisam* 20
- Nižnij Novgorod* 37 A. 38, 58 A. 56
- Nobel-Werft* 204 A. 121
- Nördliches Eismeer* 75, 100 A. 31, 386
- Nordarmee* 214 A. 19, 325 A. 80
- Nordrußland* 53, 59, 71, 96, 97, 103 A. 45, 104, 105, 106, 108 A. 65, 201, 234, 248, 276 A. 73; s. auch Murmansk, Archangel'sk
Tätigkeit der Alliierten in N. 49–50, 101, 115, 328, 356, 369
deutsche Schwerindustrie fordert deutsche Beherrschung N.s 262
- Norwegen* 89 A. 91, 146 A. 144, 194 A. 78
- Noulens*, Joseph (1864) franz. Kriegsminister 1914–15, Botschafter in Petersburg 1917–18 48, 58 u. A. 59, 59
- Novemberrevolution*, deutsche 362 A. 120, 364 A. 129, 381
Joffe fördert ihren Ausbruch 290 A. 138
Reaktion über N. in Rußland 360–61
- Novemberrevolution*, russische 13, 14, 29, 31, 42, 43, 45 A. 1, 50, 52, 63, 70, 198, 265 u. A. 23, 300, 302, 337, 339 A. 22
Bedeutung für die Alliierten 45–48
Jahrestag der N. 316
- Novorossijsk* 114 A. 96, 120 A. 14, 123, 156, 172, 271, 321, 368; s. auch Schwarzmeer-Flotte
OHL plant Vormarsch auf N. 83, 163–67
Versenkung der Schwarzmeer-Flotte in N. 168–69, 279, 369
- Novočerkassk* 141 A. 115
- Nowodjewitschi-Kloster* 218 A. 30
- Nuri Pascha*, türk. General, Bruder Enver Paschas 200
- Oberkommando in den Marken*; s. auch Linsingen
über Tätigkeit Bucharins in Deutschland 272 A. 52
Ermittlungen über Tätigkeit der russ. Botschaft 339–341, 369
Teilnahme an Ressortbesprechungen über Abwehr bolschew. Propaganda 348–354
- Oberschlesien* 407
- Oberstdorf* 151 A. 167
- Oberste Heeresleitung* (OHL) 15, 16, 19, 20, 93, 94, 96, 97, 99 A. 20, 23; 100, 102, 103 A. 45, 104, 105, 109, 110, 111 u. A. 82, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 127, 129 A. 65, 139, 142, 143, 146, 148 A. 153, 149 A. 159, 151, 152, 153, 154, 155, 175, 178, 179, 192 u. A. 73, 193, 194 A. 80, 195, A. 82, 83; 197, 199, 201, 204, 205 A. 121, 206, 207, 209, 210, 211, 214 A. 19, 217 A. 30; s. auch Ludendorff, Großes Hauptquartier
Gegensatz zum AA (Reichsleitung) während der Brester Verhandlungen 18–20, 23–26, 27, 60
Gegensatz zum AA nach Brest-Litowsk 60–92, 220 u. A. 39, 368, 370–78, 380–83
bereitet Einmarsch nach Rußland vor 84 A. 77
Planungen in Nordrußland 101
Auseinandersetzung mit AA über Vorgehen in der Ukraine 129–132
Auseinandersetzung mit AA über die russ. Schwarzmeer-Flotte 156–173, 279, 280
Auseinandersetzung mit AA über die deutsche Politik im Kaukasus 180–191
Auseinandersetzung mit Hintze über die Grundsätze der deutschen Ostpolitik 247–250
Differenzen mit AA über die Ergänzungsverhandlungen 279–282, 285–88, 296–97, 369, 377–78
Teilnahme an Ressortbesprechungen zur Abwehr bolschew. Propaganda 348–354
- Oberster Kriegsrat der Alliierten*
beschließt am 3. Juni Truppenentsendung nach Nordrußland 50
keine Einigung über Abtransport der Tschecho-Slowaken aus Rußland 53

- ObersterKriegsrat*, sowjetrussischer 162, 311 A. 29
beschließt Versenkung der Schwarzmeer-
Flotte 168
soll Rote Armee auf 3 Mill. Mann brin-
gen 330
- Oberster Volkswirtschaftsrat* 272 A. 53, 54;
285 A. 113
Interesse an deutscher Beteiligung am Auf-
bau des russ. Verkehrswesens 264
- Oberost* 15, 62, 72, 84 A. 77, 109, 159, 166
A. 54, 191, 202, 214 A. 19, 216 A. 28, 230,
306, 308 A. 18, 315, 322, 335 u. A. 7, 336,
343, 346, 349 A. 71, 393, 403; s. auch Hoff-
mann
leitet »Schlußstein-Operation« 113, 116
knüpft selbständig Handelsbeziehungen mit
Rußland an 285 A. 113
in Fühlung mit antibolschewistischen Orga-
nisationen 324 u. A. 80
- Obuchov-Fabrik* 321 A. 69
- Odessa* 122, 136, 151, 208, 405
- Oehme*, Walter, Sekretär in der Reichskanzlei
nach der deutschen Nov.revolution 362
A. 120
- Oesel* 262
- Österreich-Ungarn* 15, 17 A. 15, 23, 26, 52, 117,
125, 127, 133, 142, 147, 150 A. 160, 191,
195 A. 82, 83; 272 A. 52, 277, 305, 312, 331,
333 A. 116, 370, 376, 394, 402; s. auch Wien
Reibungen mit Deutschland über Ukraine-
Besetzung 122–24, 174, 391
zur deutschen Kaukasuspolitik 178
Ludendorff ersucht Ö. um Truppenent-
sendung nach Armenien 196 A. 83
protestiert gegen Abschluß des deutsch-
russ. Ergänzungsvertrages 299 u. A. 169
- Offiziere*, russ. O. und Offiziersorganisationen
214 A. 19, 218, 219, 306, 324 A. 80, 388
Breiter und Hauschild über Massenverhaf-
tungen 305 u. A. 3
- OHL* s. Oberste Heeresleitung
- OHLA* s. Auslandsabteilung
- Oktobristen* 86, 222
- Oldershausen*, Erich Frhr. von (1872) Oberst,
Chef des Feldeisenbahnwesens 125, 132, 264
- Omsk* 37, 53, 59
- Omsker Regierung* s. Provisorische Sibiri-
sche Regierung
- Onega-See* 116
- Operation »Faustschlag«* 26
- Oppen*, Heinrich von (1869) Polizeipräs. in
Berlin
- Oppen* (Forts.)
Bericht über Beobachtung des russ. Kurier-
gepäcks 356 A. 88
- Orscha* 84 A. 78, 290 u. A. 136, 298 A. 166,
337 A. 11, 365, 382 A. 23
- Oskar*, Prinz von Preußen (1888) Sohn Wil-
helms II. 98 A. 15
- Ostfront* 252 A. 90, 302, 312, 382 A. 83, 399
die Alliierten erstreben Wiedererrichtung
49, 50, 53, 54, 60, 397
Wilson hält ihre Wiedererrichtung für un-
möglich 55
Deutschland will Wiedererrichtung verhin-
dern 294, 306, 308, 317, 319, 322, 380, 395,
396, 400, 401, 402, 405, 406
- Ostsee* 51, 65, 73, 85, 96, 103, 112 A. 86, 113,
195 A. 82, 262, 363, 375, 386
- Ostseedivision* 93, 98, 113, 116, 117
- Oudendyk*, William J. [= Willem Jacobus
Oudendijk] (1874) holländ. Generalkonsul
in Petersburg 341 A. 27
- Pacelli*, Eugenio (1876–1958) Erzbischof, Apo-
stolischer Nuntius in Bayern 298 A. 164
- Palästina* 152, 181, 185
- Pallavicini*, Johann Markgraf von (1848) öst-
ung. Botschafter in Konstantinopel 1906–18
178, 182 A. 32
über die türk. Kriegsziele 175
- Panzerkreuzer*
Breiter fordert Entsendung eines P.s nach
Petersburg 332
- Paquet*, Alfons (1881–1944) Schriftsteller,
Leiter des deutschen Pressebüros in Moskau
211 A. 11, 312
über das Mißlingen des deutsch-russ. Waren-
austausches 285 A. 113
über die amtliche deutsche Ostpolitik
303
Bericht über russ. Begeisterung über deut-
sche Revolution 360–61
Rückkehr aus Rußland 365 A. 131
- Paris* 52, 53, 56, 151, 331 A. 111
- Parteien*, deutsche 18, 62 A. 6, 78, 119 A. 11,
326 u. A. 81, 327, 357
Lenin über die deutschen P. 38
erregt über Ernennung Hintzes 90 A. 91
Programm für Ukraine-Politik 149 A. 159,
380
Besprechung der Fraktionsvors. mit Regie-
rungsvertretern über den Ergänzungsver-
trag 293–95, 400–403

- Parteitag*, 7. P. der kommunistischen Partei Rußlands 31–35, 342
- Pavel Aleksandrovič* [= Paul] (1860–1919) Großfürst 79 u. A. 62, 325 A. 80
- Payer*, Friedrich von (1847–1931) Mitgl. des Reichst. (Fortschr. Volkspartei) 1877–78, 1880–87, 1890–1917, Vizekanzler 12. 11. 1917–9. 11. 1918 24, 26, 66 A. 24, 138 A. 98, 326 A. 82, 328 A. 92, 352, 355 A. 88, 400 u. A. 1, 403
zur deutschen Ostpolitik 25, 70 A. 37, 91 A. 97
über Finnland-Expedition 94
hält Tätigkeit der russ. Botschaft nicht für gefährlich 350, 354
- Payne*, Robert (1911) amerik. Schriftsteller 224 A. 50
- Pazifik* 54, 56
- Peipussee* 66 A. 25
- Peking* 55, 118 A. 4, 229
- Pentarchie* 375
- Penza* 53, 215
- Pera* 178
- peredyška* s. Atempause
- Perekop* 157 A. 5
- Perm* 59
- Persien* 123, 171 A. 77, 177, 178, 180, 181, 182, 183 A. 37, 191, 193 A. 78
- Peru* 20
- Peter der Große* (1672–1725) Zar 1682–1725 267
- Petersburg* 30, 31, 45, 46, 47, 48, 63, 71, 72, 83, 84, 86, 92 A. 97, 95, 97, 100, 102 u. A. 41, 103, 104, 105, 108 u. A. 65, 110 A. 74, 112 A. 87, 113, 116 A. 107, 208, 209, 210, 216 A. 28, 218, 219, 220, 222, 237, 256, 263, 283, 284 A. 106, 285, 286, 306, 313 u. A. 39, 319 u. A. 59, 320, 321 A. 69, 325 A. 80, 332 A. 111, 349 u. A. 72, 352, 354 A. 88, 360 A. 111, 363, 364 A. 129, 375, 380, 383 A. 23, 386, 387, 396
geplante Besetzung durch Deutschland 25, 26, 49 A. 24, 50, 57–58, 63–64, 79, 82, 88 u. A. 88, 108 A. 67, 109, 110, 111, 114, 115, 116, 117, 225, 228, 239, 248, 307, 309, 310 u. A. 23, 25; 311, 314, 324, 329 A. 97, 333 u. A. 115, 370, 381–82, 392, 398, 407
Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach P. 240, 247 u. A. 71
deutsche Kommission in P. während der Brester Verhandlungen 258 A. 2
- Peterson*, K. A., Kommissar der lettischen Schützendivision 316 A. 45
- Petrograd* s. Petersburg
- Petrov* [wahrscheinlich Fedor Nikolaevič] (1867) sowj.russ. Abgesandter treibt Agitation in Berlin 336 A. 11
- Petrozavodsk* 108, 110 A. 74, 111, 115, 116
- Petschenga* 101 A. 31, 115
- Pfeiffer-Belli*, Wolfgang 274 A. 64
- Phoenix-Eisenwerke* 263
- Pieck*, Wilhelm (1876) Mitgl. des Spartakusbundes
in Verbindung mit der russ. Botschaft 340 A. 26
- Piontovskij*, S., 141 A. 116
- Platin*
Sowj.regierung bietet Deutschland P. an 276 A. 73
- Pleskau* (auch Pskov) 72, 104, 113, 222
Einnahme durch deutsche Truppen 26, 32
Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach P. 247 u. A. 74, 252 A. 90, 255, 318 A. 54, 325 A. 80, 394
Verhandlungen über die Festlegung der Demarkationslinie 258 u. A. 2
- Podolien* 123
- Pokrovskij*, Michail Nikolaevič (1868–1932) marxist. Historiker, Mitgl. der sowj.russ. Delegation in Brest-Litowsk 17
- Polen* 15, 17, 18, 22, 27, 68, 86, 135 A. 87, 137, 189 A. 56, 222, 252, 268, 270, 313, 358, 392
- Politische Abteilung der OHL* 80, 323; s. auch Bartenwerffer
- Polly*, Adrian, Journalist 338
- polnischer Grenzstreifen* 18–19
- Polynesier* 291 A. 141
- Pomiankowski*, Joseph, öst.-ung. Militärattaché in Konstantinopel 192 A. 73, 206
- Poole*, De Witt Clinton (1885) amerik. Generalkonsul in Moskau
protestiert bei russ. Regierung gegen Roten Terror 313
- Popov*, Ch. Iv., bulg. Justizminister 1914–18 16
- Possony*, Stefan Thomas (1913) amerik. Schriftsteller 224 A. 50
- Poti* 176, 179, 184, 194, 204 A. 118, 207
Abschluß von Verträgen zwischen Deutschland und Georgien 180, 186 A. 49, 191
Hafenbetriebsgesellschaft P. 186 A. 49
- Pottere*, de (1875) öst.-ung. Generalkonsul in Moskau 236 A. 14, 301, 361 A. 117
über die Gefahr des Bolschewismus für die Mittelmächte 305, 313–14

Pottere (Forts.)

protestiert gegen Roten Terror 313
Bericht vom 5. Okt. 330, 405–06

Pourtalès, Friedrich Graf von (1853–1928)
deutscher Botschafter in Petersburg 1907–14
88, 208

Pravda

Erklärung zur Ermordung Mirbachs 228–29
über deutsche Mißerfolge an der Westfront
257

Aufsätze Lenins über Wirtschaftsbeziehungen
mit kapital. Ländern 267 u. A. 29

Urteil über Ergänzungsvertrag 301 A. 180,
303 A. 184

über die Oktoberereignisse in Deutschland
331 A. 111

Leitartikel vom 1. Mai 343

Presse, deutsche (auch Publizistik) 27, 205
A. 125, 318, 339 A. 21, 348, 366 A. 138

fordert Revision des Brester Vertrages 252
Konferenz der Chefredakteure der großen
Zeitungen bei Hintze 252–53, 295 A. 154,
308

soll gegen den Bolschewismus schreiben 350
A. 73, 353

Presse, russische s. besonders *Pravda*,
Izvestija

Preußen 33, 40, 65, 67, 68, 137, 295 A. 152, 375
preussisches Innenministerium 99 A. 20, 348 A. 68,
354 A. 88

preussisches Kriegsministerium s. Kriegsmini-
sterium

preussisches Staatsministerium 15, 296 A. 157

Denkschrift über die baltischen Provinzen
295 A. 152

Erörterung der bolschew. Propaganda
350–51

Prinkipo-Inseln 225 A. 55

Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von
(1884–1955) Legationssekr., Adjutant des
Reichskanzlers

Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen
274

»*Progressiver Block*« 219 A. 36

Propaganda, bolschewistische 21, 34, 53, 321,
323, 324, 333 A. 116, 379

revol. P. als neue Dimension in den inter-
nationalen Beziehungen 29

Verbot durch Brester Vertrag 99 A. 19,
341–42, 348, 363

die russ. Botschaft als Zentrum der P. in
Deutschland 334–367

Propaganda (Forts.)

Methoden 341–47

Wirkung auf deutsche Osttruppen 347

russ. Regierung stellt Verletzung des Art. 2
des Brester Vertrages in Abrede 347–48

Ressortbesprechungen über Abwehr der P.
348–354

AA entschließt sich zum Abschwenken von
den Bolschew. 355–58, 407

Abschiebung der russ. Botschaft 358–360

Begeisterung in Rußland über deutsche Re-
volution 360–64

russ. Geld zur Förderung der deutschen
Revolution 365–67

Provisorische Regierung 13, 30, 52; s. auch
Kerenskij

Provisorische Sibirische Regierung 59, 81, 221
A. 43, 222, 381, 393, 404

erhält von Deutschland Geld 214 A. 19

sucht Verbindung mit Deutschland 219 u.
A. 35, 220 u. A. 39

Helfferich will sie für Deutschland gewinnen
239, 240

Pskov s. Pleskau

Publizistik, deutsche s. *Presse*

Putilov-Fabrik 321 A. 69

Rada 23, 72, 78, 117, 118, 129, 136, 391

finanzielle Unterstützung durch die Alliierten
48

Zusammenarbeit mit den deutschen Besat-
zungsbehörden 125–26

Sturz 127–28, 385–86

Radek, Karl [Sobelson] (1885) Leiter der Ab-
teilung für mitteleurop. Angelegenheiten
im Narkomindel 41, 163, 209, 277, 286
A. 116, 319, 361 A. 117, 382, 406

Mitgl. der russ. Delegation in Brest 16

Gegner des Brester Vertrages 31

fürchtet Einigung Deutschlands mit Japan
38 A. 45

wünscht nach Mirbachs Ermordung Fort-
führung der dipl. Beziehungen mit Deutsch-
land 236 A. 14

soll in Sondermission nach Berlin 256,
289–290, 304

über das Zusammenleben von kommunisti-
schen und kapitalist. Ländern 266

über Nationalisierung der russ. Industrie
279 A. 81

Rede über die Außenpolitik Rußlands am
3. Sept. 301–02

- Radek* (Forts.)
 Reaktion auf deutschen Protest gegen Roten Terror 313
 stürmisch begeistert über Oktoberereignisse in Deutschland 329–331, 333
 fürchtet deutsche Intervention 333 A. 115
 spricht offen über bolschew. Unterstützung des ukr. Eisenbahnerstreiks 345–46
 Reaktion auf deutsche Revolution 360 A. 113
 Fernschreibgespräch mit Haase 362–64
- Radoslavov*, Vasil' (1854–1929) bulg. Min.präs. 1913–16. 7. 1918 16
- Radowitz*, Wilhelm von (1874) Unterstaatssek. und Chef der Reichskanzlei Nov. 1917–10. 10. 1918 89 A. 91, 309, 335 u. A. 5
- Rakovskij*, Christian (1873) bulg. Herkunft, rumän. Staatsangehörigkeit, ging 1917 nach Rußland, sowj.russ. Unterhändler in der Ukraine 1918 121 A. 21, 143
 weigert sich, Verhandlungen mit Donregierung aufzunehmen 145–46
 läßt deutsche Regierung um Waffenlieferung ersuchen 321
 soll als diplomatischer Vertreter nach Wien 333 A. 116
 treibt Agitation in der Ukraine 346
 greift USPD an 364 A. 126
- Raskol'nikov*, Fedor Fedorovič [Il'in] (1892) amtierender Volkskommissar für Marineangelegenheiten 156 u. A. 1, 168 A. 61
- Rasputin*, Grigorij Efimovič (1871–1916) russ. Abenteurer 310
- Rat für Außenhandel* 274 A. 60
- Rat der Volksbeauftragten* 362, 363
 Sitzung am 18. Nov. über Beziehungen zu Rußland 364–65
- Rat der Volkskommissare* 227 u. A. 63, 290 A. 136, 138; 342
 Beratung über Brennstoffversorgung Petersburgs 319
- Rauch*, Georg von (1904) Historiker 107 A. 65, 227 A. 66
- Raumer*, Kurt von (1900) Historiker 108 A. 67, 251 A. 88, 253 A. 97, 307 u. A. 12, 376 u. A. 14
- Rechte Sozialrevolutionäre* 59, 200
 fordern Krieg gegen Deutschland 39 u. A. 49
 Ausschaltung durch die Bolschewisten 44
- »*Rechtes Zentrum*« 84 A. 78, 137 A. 97, 214 A. 19, 395
- »*Rechtes Zentrum*« (Forts.)
 Verbindung mit deutscher Gesandtschaft 218–19, 220, 381
 Helfferich will es für Deutschland gewinnen 239, 240, 397
- Redlich*, Chefredakteur der »Vossischen Zeitung« 252
- Reed*, John (1887–1920) amerik. Sozialist und Schriftsteller 339 A. 22
- Reichsamt des Innern* 99 A. 20, 348 u. A. 68, 349
- Reichsbank* 146, 264, 298, 401
- Reichskanzlei* 274, 339 A. 23, 359 A. 106, 362 A. 120
- Reichskanzler* s. Hertling, Max von Baden
- Reichskanzlerbesprechung*
 vom 11. März über die Finnland-Expedition 94
 vom 9. Oktober 150
 vom 3. Juni über Kaukasusfragen 184–85
- Reichsleitung* s. deutsche Regierung
- Reichsmarineamt* 197
- Reichsschatzamt* 127 A. 52, 264
 bewilligt Geld zu geheimer Verwendung in Rußland 213 A. 19
- Reichstag* 15, 25, 82, 119 A. 12, 148 A. 159, 197 A. 84, 229, 274, 281, 298 A. 166, 327 367 A. 141, 394
 soll nicht über Ergänzungsvertrag beraten 294, 296, 400, 401, 402, 403
- Reichswirtschaftsamt* 119, 176, 195 A. 82, 264, 284 A. 106
 Konferenz vom 4. Juni über Kohlenlieferung an Rußland 263
- Reshetar*, John Stephen, amerik. Historiker 118 A. 2
- Reval* 98, 114 A. 96, 222, 247, 297, 394
 Marinekonferenz 112 A. 89
- Revolution*, deutsche s. Novemberrevolution
- Revolution*, russ. s. Novemberrevolution
- revolutionärer Krieg*, 22, 31, 33
 bolschew. Theorie des revol. K.es 21
- Rhein* 331
- Richthofen*, Hartmann Oswald Frhr. von (1878–1953) Mitgl. des Reichst. (Nat.lib.) 1912–18 309
 Unterredung mit Kriege Ende August 296–97
- Riezler*, Kurt (1882) Legationsrat an der Gesandtschaft in Moskau 198 A. 86, 209, 214 A. 19, 242, 246 A. 68, 381
 Charakteristik durch Bothmer 209 A. 6

- Riezler* (Forts.)
 Unterredung mit Vertretern des Rechten Zentrums 219
 Unterredung mit Vertretern der Prov. Sibir. Regierung 220
 soll Geschäftsführung der Moskauer Gesandtschaft übernehmen 225
 fordert militär. Schutz für Gesandtschaft 230–32
 bittet deutsche Regierung um Amnestie für Letten 240
 hält deutsche wirtsch. Betätigung in Rußland für aussichtslos 265
- Riga* 297
- Robertson*, William R. (1860–1933) brit. Generalstabschef
 glaubt nicht an Sieg über Deutschland 45–46
- Robins*, Raymond (1873) Leiter der amerik. Rot-Kreuz-Mission in Rußland 35, 58 A. 59
 Kontakte mit Bolschewisten 48–49
 erhält von Lenin Angebot zur Aufnahme von Wirtsch.beziehungen zwischen USA und Rußland 265–66
- Röchling*, Louis (1863–1926) Leiter des Röchling-Konzerns 262
- Roedern*, Siegfried Graf von (1870) Staatssekr. des Reichsschatzamt 1916–18 213 A. 19, 296 A. 157, 354
 gegen Finnland-Expedition 94
 fordert Liquidation der Ukraine-Besetzung 150–51
 hält Abschiebung der russ. Botschaft für notwendig 350, 351, 352
- römisches Imperium* 54
- Rohrbach*, Paul (1869) georg.-polit. Schriftsteller 329 A. 96, 397
 über den Nationalgedanken in der Ukraine 134
- Rom* 331 A. 111
- Romanov* 138 A. 98
- Rosen*, Friedrich (1856–1935) Gesandter im Haag 1916–20 359
- Rosenberg*, Frederic Hans von (1874–1937) Gesandter, Vortrag. Rat im AA 154 A. 186, 170 u. A. 74, 202 A. 107, 238 A. 22
- Rosenfeld*, Günter (1926) Historiker 107 A. 65, 254, 348 A. 69, 359 A. 106, 362 A. 123, 365 A. 132
- Rosenko*, I. A., sowj.russ. Historiker 365 A. 132
- Rostov* 86, 109, 110, 120, 136, 142, 143, 165, 166 A. 53, 393
 russ. Regierung fordert Räumung 287
- Rote Armee* (auch Sowjettruppen) 35, 57, 107 A. 64, 119 A. 9, 142, 218 A. 30, 219 A. 38, 225 A. 55, 233 A. 96, 240, 321 u. A. 74, 329, 330, 331 u. A. 111, 361 A. 113, 405
 schlägt Aufstand von Jaroslavl' nieder 228
 Hoffmann und Schubert halten sie für minderwertig 322, 382 A. 23
 Kriegsgefangene werden zum Eintritt in die R. A. aufgefordert 344
 soll zusammen mit deutschen Kriegsgefangenen gegen Tschecho-Slowaken kämpfen 345
 ein Vertreter der bolschew. Regierung läßt Ludendorff den Oberbefehl über die R. A. anbieten 362 A. 123
- Rote Flotte* 112 A. 85
- Rote Garde* 81, 93, 94, 98, 159, 194, 248, 393, 396
 Rotgardisten sollen an die Westfront deportiert werden 99 A. 20, 372
- »*Roter Terror*« 260, 395
 dipl. Vertreter der Alliierten und der Mittelmächte protestieren gegen den R. T. 312–13
 eine russ. Stimme über den R. T. 314–15
 Hintzes Reaktion 316–18, 381
- Rothkirch und Panthen*, von, Hauptmann 141 A. 115, 388
- Rovno* 120
- Rügen* 287
- Rumänien* 24, 27, 47, 48 A. 19, 51, 195 u. A. 82, 197 A. 84
- Rupprecht*, Kronprinz von Bayern (1869–1955) Gen.feldmarschall und Heeresgruppenbefehlshaber 144 A. 134
- Rußland* passim; s. besonders Lenin, bolschewistische Regierung
 Friedensverhandlungen mit Finnland 38, 39, 41, 99, 101, 105, 386
 Friedensverhandlungen mit der Ukraine 38, 39, 41, 78, 99, 121 u. A. 21, 154, 215 u. A. 22, 280, 391
- Rybinsk* 325 A. 80
- Sablin*, Ju., Linker Soz.rev. 227 A. 63
- Saburaw* [= Saburov] Petr Aleksandrovič, russ. Diplomat 385
- Sachsen* 68
- Sadoul*, Jacques (1881) Mitgl. der französ. Militärmission in Rußland 35, 58 A. 59
 Kontakte mit Bolschewisten 48–49
- Salomonsohn*, Arthur von, Bankier
 Beziehungen zu Joffe 277

Samara

Regierung von S. 59, 383

Savinkov, Boris Viktorovič [V. Ropšin] (1879–1925) russ. Revolutionär, stellv. Kriegsmin. Juli–Aug. 1917, Organisator antibolschew. Bewegungen 1918–21

Leiter einer antibolschew. Offiziersorganisation 58

organisiert Aufstand von Jaroslavl' 228

Scapa Flow 156

Scavenius, Harald Roger (1873–1939) dän. Gesandter in Petersburg

Charakteristik Joffes 273

rät zu deutscher Intervention in Rußland 316

Scharopan 207

Scheer, Reinhard (1863–1928) Admiral, 31. 7. (7. 8.) 1918 Chef des Admiralstabes 113, 173

Scheidemann, Philipp (1865–1939) Mitgl. des Reichst. (SPD) seit 1903, Staatssekr. o. Portefeuille seit 4. 10. 1918 67 A. 30, 328 A. 92, 330 A. 100, 347 A. 63, 359, 362 A. 120

Kritik an Ludendorffs Ostpolitik 62 A. 6 hat Bedenken gegen Abschiebung der russ. Botschaft 352, 353

schlägt vor, eine russ. Kurierkiste platzen zu lassen 353–54

Scheüch, Heinrich (1864) Generalmajor, Chef des Kriegsamtes 1917–18, preuß. Kriegsmin. 9. 10. – 9. 11. 1918

Teilnahme an Ressortbesprechungen über Abwehr der bolschew. Agitation 350–51, 352

Schiemann, Theodor (1847–1921) Historiker 314, 317, 363

Schinderhannes [Johann Bückler] (1783–1803) Räuberhauptmann in den Rheinlanden 314

Schlachtschütze 32

Schleswig-Holstein 126

Schlubach, Roderich J., Leutnant

Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274

»*Schlußstein-Operation*« (auch Murman-Operation) 113, 116–17, 201, 203 A. 113, 325 A. 80

Schubert, Wilhelm (1879) Leiter der Rußland-Gruppe der Abt. Fremde Heere in der OHL 1914–17, Militärbevollm. der OHL und Mil.-attaché bei der deutschen Gesandtschaft in Moskau Mai – 21. 11. 1918 81, 115, 228 A. 71, 231, 233 A. 96, 307

soll Erkundungsreise nach Murmansk unternehmen 103 A. 45

Schubert (Forts.)

zum russ. Kooperationsvorschlag vom 1. Aug. 108 A. 67

Unterredung mit Adm.stabschef Berens 114 A. 96

Entsendung nach Moskau 209–210

seine Instruktionen für Moskau 210 A. 8

Beziehungen zu Antibolschewisten 217 A. 30

hält nach Ermordung Mirbachs Abberufung der Gesandtschaft für erforderlich 225 A. 54 setzt sich bei OHL für Verbindung mit Lettenregimentern ein 241

erwägt »Yorck«-Tat gegenüber deutscher Regierung 247 A. 72

Berichterstattung bei Ludendorff 252 A. 90 Urteil über die bolschew. Herrschaft 305–06, 381 u. A. 21

Unterredung mit Vacetis 316 A. 45

Reaktion auf Hintzes Weisungen über den Roten Terror 318 A. 54

über Besetzung des Generalkonsulats durch deutsche Kriegsgefangene 361 A. 117

wird von einem Beamten des Narkomindel gebeten, Ludendorff den Oberbefehl über die Rote Armee anzubieten 362 A. 123

Urteil über Ludendorff 381 A. 22

Urteil über die Aussichten eines deutschen Marsches auf Petersburg und Moskau 382 A. 23

Schulenburg, Friedrich Bernhard Graf von der (1865–1939) General der Kav., Gen.stabschef der Heeresgr. Deutscher Kronprinz 89 A. 91

Schulenburg Friedrich Werner Graf von der (1875–1944) Generalkonsul in Tiflis 178 u. A. 21

Schwarzes Meer 36, 73, 77, 112 A. 86, 122, 134 A. 87, 140, 150 A. 166, 151, 152, 154 u. A. 179, 156, 158 u. A. 11, 159, 160 u. A. 20, 162 u. A. 25, 164 u. A. 33, 169, 171 A. 77, 175, 180, 192, 205 A. 121, 269, 334 A. 117, 361 A. 113, 368, 374, 375, 390, 392, 405

Schwarzmeer-Flotte 43, 81, 99 A. 21, 114 A. 96, 152, 175, 215, 279, 280, 296 A. 160

Bedeutung für das deutsch-russ. Verhältnis 156–174

Absichten Ludendorffs, des AA und des Adm.st. 158–161

Evakuierung nach Novorossijsk 162

Deutschland verlangt von Sowjetregierung Rückführung nach Sevastopol' 163–69, 271 u. A. 48, 368

- Schwarzmeer-Flotte* (Forts.)
 Versenkung in Novorossijsk 168–69, 369
 Kronrat zu Spa 170–71
 Differenzen zwischen Ludendorff und Adm.st. 171–72, 377
 Verwendung der restlichen Schiffe durch Deutschland 173–74
- Schweden* 194 A. 78, 262 A. 17, 274, 308 A. 18, 386
- Schweiz* 238 A. 22, 349 A. 72
- Schmerindustrie*, deutsche
 Interesse an deutschem Festsetzen in Rußland 262–63
- Schwertfeger*, Bernhard (1868–1953) Oberst, Sachverständiger im Weimarer Untersuchungsausschuß 19 A. 27, 61 A. 1, 372 u. A. 4
- Scylla* 184
- Sedan* 372
- Seeckt*, Hans von (1866–1936) General, Genstabschef des türk. Heeres seit Januar 1918 175, 177, 178 u. A. 18, 179, 182 A. 32, 183 A. 37, 191, 200, 201, 204 A. 121
 Vorstellungen über deutsche Kaukasuspolitik 181 A. 30, 192–93
- Seekriegsleitung* 113
- Seon*, Kloster 144 A. 134
- Selbstbestimmungsrecht der Völker* 14, 15, 17, 261, 391
 Interpretation Kühlmanns und Trockijs 20–21
 Interpretation Lenins 22
 Interpretation Ludendorffs 188 A. 56
 Interpretation Krieges 189 A. 56
- Semkov*, Attaché an der sowj.russ. Botschaft in Berlin
 treibt Agitation 352 u. A. 80
- Serbien* 313
- Sevastopol'* 152, 153 u. A. 179, 156, 157, 160 A. 20, 162, 163, 164, 165, 167, 169, 171 u. A. 77, 173, 271 A. 48, 278, 368
 russ. Schwarzmeer-Flotte erhält Befehl zur Rückkehr nach S. 168
- Severin*, Volkskommissar für die Bearbeitung des Kampfes gegen die Tschecho-Slowaken
 ersucht Henning um gemeinsamen Kampf deutscher Kriegsgef. und Roter Truppen gegen Tschecho-Slowaken 345
- »*Severnaja Kommuna*« 343, 379
- Sibirien* 37, 47, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 59, 81, 104, 140, 154, 187, 220, 221 A. 45, 344, 356, 391, 396, 406
- Siemens und Schuckert*, Firma 273 A. 60, 274
- Simferopol* 152, 159 u. A. 15
- Simons*, Walther (1861) Legationsrat, Nov. 1918 Min.dir. in der Reichskanzlei 161
- Skandinavien* 349 A. 72, 386
- Skoropadskij*, Pavel Petrovič (1873–1945) Generallt., Hetman der Ukraine 29. 4. – 14. 12. 1918 80 A. 64, 117, 118 A. 4, 129, 136, 140, 144 A. 132, 158, 186 A. 49, 223 A. 47, 310 A. 25, 332 A. 111, 391
 wird Hetman der Ukraine 127–28
 erkennt Donrepublik an 143–44
 Flucht nach Deutschland 151 A. 167
 läßt gegen Roten Terror protestieren 319 A. 56
- Smith*, C. Jay 107 A. 65
- Smolensk* 84 A. 77, 231
- Sokol'nikov*, Grigorij Jakovlevič (1888) Mitgl. der sowj.russ. Delegation in Brest-Litowsk als Delegationsführer in Brest-Litowsk 27
 befürwortet Brester Vertrag 31
 soll Rußland bei Verhandlungen in Konstantinopel vertreten 190 A. 60
 Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272 A. 52, 53
 Differenzen mit Joffe 289 u. A. 132, 133
- Solf*, Wilhelm (1862–1936) Staatssekr. des Reichskolonialamtes 1911 – 13. 12. 1918, Staatssekr. des Auswärtigen 4. 10. – 13. 12. 1918 150, 151, 328, 352 u. A. 81, 358, 362 A. 120, 367
 gegen Finnland-Expedition 94
 Berufung zum Staatssekr. des Auswärtigen 326 u. A. 83
 hält Brester Frieden für revisionsbedürftig 327
 rät zum Abschwenken von den Bolschewisten 333, 406–07
 Rücktritt 366 u. A. 135
- Solomon*, Georgij, Mitgl. der sowj.russ. Botschaft in Berlin 300 A. 173, 320 u. A. 65
 Charakteristik 337–38
- Sowjetkongreß*
 4. gesamtruss. S. 37
 4. gesamtruss. S. ratifiziert den Brester Vertrag 35, 47, 97, 258
 5. gesamtruss. S. 42–44, 271 A. 48, 286, 375
 6. gesamtruss. S. 360
 7. gesamtruss. S. 313 A. 39
- Sowjetregierung* s. bolschewistische Regierung

- sonjetrussische Geschichtsschreibung über das Jahr 1918* 17 A. 15, 45, 106 u. A. 60, 112 A. 85, 156 u. A. 1, 206, 227 A. 66, 235, 263 A. 18, 266, 278–79, 293 A. 151, 359, 365 A. 132, 379, 384; s. auch Achtamzjan, Brjunin, Kobljakov
- Sowjetrußland, Sowjetrepublik* s. Rußland
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands* 293 A. 151, 353
- Sozialrevolutionäre* 74, 81, 221, 225, 233 A. 96, 318, 338, 375, 383, 386, 387, 390, 393; s. auch Linke Sozialrevolutionäre, Rechte S.
- Spa* 71, 81, 83, 84, 143, 163 A. 30, 169, 180, 182 A. 32, 199 A. 91, 210, 234, 245, 246, 247 A. 71, 269, 270, 276 A. 73, 287, 308 A. 18, 322, 337 A. 13
- Besprechung vom 11. und 13. Mai 39 A. 48, 101, 121, 131, 132, 153, 164, 181, 182, 186 A. 49, 373
- Kronrat vom 2. Juli 86–87, 104–05, 136, 154 A. 186, 170 u. A. 74, 172 u. A. 78, 197 A. 84, 214 A. 19, 225 A. 52, 373
- Besprechung vom 12. Aug. 251 u. A. 88, 90; 394
- Konferenz vom 14. Aug. 200, 251 A. 88, 373
- Spannocchi, Lelio Graf* (1868–1946) öst.-ung. Militärbevollm. in der Ukraine 122 A. 28
- Spartakusbund* 358
- Spiridonova, Maria Aleksandrovna* (1889) Führerin der LSR 226 A. 61, 229, 230, 393
- leugnet Planung des Moskauer Juli-Aufstandes 226 u. A. 62
- Stadtler, Eduard* (1886) Schriftsteller, in der Presse-Abt. der deutschen Gesandtschaft in Moskau tätig 211 A. 11, 251 A. 90
- Kritik an der amtlichen deutschen Ostpolitik 328 A. 96
- Staël von Holstein, Karl*, livländischer Balte, vor dem Krieg im russ. diplomatischen Dienst
- Denkschrift über Lage in Rußland 76 A. 55
- Stalin, Iosif Vissarionovič* [Džugašvili] (1879–1953) Mitgl. des Politbüros seit Mai 1917, Volkskommissar für die Nationalitäten 1917–23 106, 121 A. 21, 168 A. 61, 199 A. 92
- sein Verhandlungskonzept für die Brester Verhandlungen 17
- befürwortet Brester Vertrag 31
- Stalingrad* 121 A. 21
- Stang, R. E.*, holländ. Konsul in Moskau 221 u. A. 43
- Stavropol'* 321
- Steglich, Wolfgang* (1927) Historiker 17 A. 15
- Stein, Hans Karl Frhr. von* (1867–1942) Staatssek. des Reichswirtschaftsamtes 20. 11. 1917 bis 8. 11. 1918
- zur Finnland-Expedition 94
- Vorsitz in Konferenz mit Vertretern der Schwerindustrie und der Großbanken 263
- Stein, Hermann von* (1854–1927) preuß. Kriegsmin. 1916 – 9. 10. 1918 130, 131 A. 70; s. auch Kriegsministerium
- fordert schleunige Besetzung des Moskauer Gesandtenpostens nach Ermordung Mirbachs 234
- schlägt Schaffung einer »Wirtschaftsstelle« in Moskau vor 263
- Stellvertretender Generalstab* 340 A. 26
- Teilnahme an Ressortbesprechungen über Abwehr bolschew. Propaganda 348–354, 355 A. 88
- Stettin* 350
- Stinnes, Hugo* (1870–1924) Großindustrieller 262
- Stinnes, Firma* 263
- beabsichtigt, Kohlenschiffe nach Petersburg zu senden 284 A. 106
- Stockholm* 67 A. 30, 70 A. 36, 209, 272 A. 51, 52, 54; 337 A. 13, 362, 364 A. 129, 386
- Stollwerck, Ludwig*, Kommerzienrat 146
- Stolzenberg, Oberst*, Vertreter des preuß. Kriegsmin. in der Ukraine 129 A. 65
- über das deutsche Vorgehen in der Ukraine 124–25
- Stresemann, Gustav* (1878–1929) Mitgl. des Reichst. (Nat.lib.) 1907–12, seit 1914, Vors. der Reichstagsfraktion 1917–18 124 A. 38, 138 A. 98, 246 A. 68, 252 A. 94, 271 A. 49, 291 A. 141
- setzt große Hoffnungen in den Ergänzungsvertrag 146–47, 282 A. 100, 294, 401
- Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274
- Unterredung mit Joffe 283, 284 u. A. 109
- setzt sich bei OHL für Abschluß des Ergänzungsvertrages ein 287–88
- Teilnahme an Besprechungen der Fraktionsvors. mit Regierungsvertretern am 21. Aug. 293, 294, 400 A. 1, 401, 403
- Stumm, Wilhelm von* (1869–1925) Unterstaatssek. im AA 202 A. 107, 332
- Südmaree* 144 A. 133, 214 A. 19, 291, 324

- Südekum*, Albert (1871–1943) Schriftsteller, Mitglied des Reichst. (SPD) seit 1900
 Programm für die deutsche Ukr.-Politik 149 A. 159
 hält Entsendung Helfferichs nach Moskau für ungünstig 236 A. 11
- Südostbund* 142, 186, 187, 280, 389
- Südrußland* 37, 43, 115, 153, 157, 163 u. A. 30, 165, 208, 210 A. 8, 211, 212, 215 A. 21, 234, 259, 291, 361 A. 113, 377
 Interesse Englands und Frankreichs an S. 48
- Sul'kevič*, Sulejman (1865) russ. General, Min.präs. und Kriegsmin. der Krimregierung 152, 155 u. A. 189
- Svečin*, russ. General, Abgesandter Gen. Krasnovs 140
- Sverdlov*, Jakov Michajlovič (1885–1919) Präs. des Gesamtruss. ZEK 1918–19 168 A. 60, 169, 232, 316 A. 45, 330, 342, 346, 361 A. 113, 395
 empfängt Mirbach 212 u. A. 14, 214 A. 20
 kondoliert nach Ermordung Mirbachs 228
 zur Lage im Oktober 334 A. 117
- Svir* 266
- »*Svobodnaja Rossija*« 162, 169 A. 64
- Sysran'* 215
- Šaumjan*, Stepan Georgievič (1878–1918) Leiter des Bakuer Sowjets 198, 199 A. 92, 200
- Štaket'berg*, Gustav Graf von (1766–1850) russ. Bevollm. auf dem Wiener Kongreß 40
- Šul'gin*, Vasilij Vital'evič, russ. General, in antibolschew. Organisationen tätig 325 A. 80
- Täbris* 193
- Taganrog* 123, 142
 Landung bolschew. Truppen 166 u. A. 53, 167 A. 57
 russ. Regierung fordert Räumung durch deutsche Truppen 287
- Talaat Pascha*, Mehmed (1872–1921) türk. Großvezir 1917–18 16
 Reise nach Berlin 202, 205, 207, 299–300
- Tanger* 406
- »*Tatarische Regierung*« 152
- Tatiščev*, Graf, Finanzminister der Krimregierung
 in Berlin 155 u. A. 192, 193
- Taurien* 123, 153, 154, 160, 249, 394
- Terek* 175
- Thermann*, Edmund Frhr. von (1884) Legationsrat im AA 326 A. 80
- Thyssen*, August (1842–1926) Großindustrieller 262
- Tichmenev*, russ. Kapitän z. S. 169, 170
- Tichon* [Vasilij Belavin] (1865–1925) Patriarch der Russ. Kirche 1917 72
- Tichoreckaja* 106
- Tiedemann*, Helmut (1909) 341, 358 A. 96
- Tiflis* 86, 177, 178 u. A. 22, 179, 180 A. 28, 181 u. A. 30, 182, 183 u. A. 37, 185, 187, 192, 195 A. 83, 200, 203, 204 A. 117, 118; 369, 377, 389
- Tilsit* 37
 Lenins Vergleich zwischen T.er und Brester Frieden 33
- Tokio* 56, 118 A. 4
- Tomsk* 37
- »*Torgovopromyšlennyj Sojuz*« 219
- Transkaspische Eisenbahn* 60
- Transkaukasien* 175, 176, 177, 179, 184, 193, 198, 205 A. 121, 206, 388, 389; s. auch Georgien, Armenien, Aserbeidschan
- Transsibirische Eisenbahn* 51, 53, 56, 104, 215, 269, 369
- Trapezunt* 175 u. A. 8
- Trautmann*, Oskar Paul (1877) Legationsrat in der Nachrichtenabt. des AA 1914–18 74, 159, 290 A. 139
 über Aussichten einer deutschen Intervention in Rußland 243–44, 250
- Trepov*, Aleksandr Fedorovič, russ. Min.präs. Nov. – Dez. 1916
 in Berlin 324 u. A. 80
- Treuensfels*, deutscher Reichsangehöriger aus Char'kov, in der Presseabt. der deutschen Mission in Kiev beschäftigt
 Aufzeichnung über deutsche Ostpolitik 138 A. 98
- Trockij*, Lev Davidovič [Bronstein] (1879–1940) Volkskommissar für ausw. Angelegenheiten 1917 – 9. 3. 1918, Volkskommissar für Verteidigung 9. 3. 1918–1924 16, 17, 20 A. 37, 21, 31, 41, 50, 58 A. 59, 67 A. 30, 104, 167 A. 57, 168 A. 60, 189 A. 56, 198, 225 A. 55, 256, 273, 284, 316 A. 45, 330, 337, 388 A. 4, 395
 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker 20
 Rolle in Brest-Litowsk 21, 371
 Rücktritt als Außenkommissar 27, 34, 35
 als erster sowj.russ. Außenkommissar 28–29, 30 A. 2, 3; 40

Trockij (Forts.)

rechtfertigt seine Verhandlungsführung in Brest 34
 Rede auf dem 5. Sowjetkongreß 43–44, 375
 Interesse an Verbindung mit Alliierten 48–49
 Befehl zur Entwaffnung der Tschecho-Slowaken 25. Mai 53, 56–57
 Befehl zur Sprengung der Baltischen Flotte 114 A. 96
 in Untergangsstimmung 215–16
 befürwortet Anschluß an Entente 238 u. A. 22
 rechnet mit Ausbruch der deutschen Revolution 334 A. 117
 hält Parade am 1. Mai ab 344

Tschchenkeli, Akaki, Min. des Äußern der Republik Georgien seit 1917 180, 186
 zu Verhandlungen in Berlin 186 A. 49

Tschecho-Slowaken

Aufstand der T. 37 A. 38, 50, 52–53, 80 A. 64, 81, 83, 84, 104, 105, 106, 110, 142 A. 116, 143, 215, 219, 220, 225 A. 52, 227, 233 A. 96, 237, 241, 248, 257, 282 A. 96, 306, 311, 312, 322, 345, 369, 380, 381, 388 A. 4, 390, 393, 396
 deutsche Reaktion auf den Aufstand 56–58, 280
 ihr Aufstand ausschlaggebend für Wilsons Entschluß zur Intervention 55, 56
 Niederschlagung des Aufstandes durch die Bolschew. 110 A. 78, 256 A. 107, 290 A. 139
 erobern Kazan' 255, 299 A. 166

Tscherepanow [Čerepanov], Linker Soz.rev. 227 A. 63

Tschiaturi

Eisenbahngesellschaft T. 186 A. 49, 207

Tsingtau 192*Tuapse* 321

Türkei 26, 43, 135 A. 87, 150 A. 166, 152, 153, 155, 207, 237, 238 A. 22, 292 u. A. 143, 386, 392, 405

beansprucht russ. Schwarzmeer-Flotte 158 u. A. 12, 175

Reibungen mit Deutschland über den Kaukasus 174–206, 368, 388

Pläne im Kaukasus 174–76, 302, 403

deutsche Reichsleitung mißbilligt türk. Vorgehen im Kaukasus 183

russ. Regierung protestiert gegen türk. Vorgehen im Kaukasus 183–84

Kühlmann über das deutsch-türk. Verhältnis 184–85

Türkei (Forts.)

das deutsch-türk. Bündnis droht in die Brüche zu gehen 191–93, 200, 202, 378

die Mission Kreß und Baku 193–206

reagiert heftig auf Abschluß des deutsch-russ. Ergänzungsvertrages 299–300

Tundutov, Fürst, Abgesandter der Kalmücken 141 A. 115, 388, 389

im GrHQ 186 u. A. 49, 207

in Berlin 187

Turkestan 52, 60, 106, 181 A. 30, 192–93, 197 A. 84, 214 A. 19

U-Boote

deutsche U. im Weißen Meer 50

England fürchtet Transport zerlegter deutscher U. nach Vladivostok 51

deutscher Plan, ein U-Boot von Batum nach Baku zu befördern 204 u. A. 121

Ufa 59

Ullman, Richard, brit. Historiker 45 u. A. 4, 54

Ukraine 24, 34, 36, 39 A. 49, 42, 51, 61, 62, 64,

72, 75, 77, 82, 85, 94, 95, 139, 140, 143,

144 A. 133, 152, 153, 154, 155 u. A. 193,

158, 160 u. A. 20, 171 A. 77, 172, 173, 174,

180, 187, 188 A. 56, 195 u. A. 82, 197 A. 84,

202, 210 A. 8, 219, 221 A. 44, 225 A. 55,

227 A. 63, 234, 253, 260, 262, 266 A. 26, 268,

270, 276, 281, 283, 297, 299, 310 u. A. 23,

25; 312, 321, 322 A. 74, 325 A. 80, 343, 347,

363, 377, 389, 390, 401; s. auch Südrußland

Friedensschluß mit den Mittelmächten 23

Bedeutung der U. für Rußland 27

Friedensverhandlungen mit Rußland 38, 39,

41, 78, 99, 121 u. A. 21, 154, 215 u. A. 22,

280, 391

Lenin und Radek über Deutschlands »Erfahrungen« in der U. 39, 302, 312, 382

Englands und Frankreichs Interesse an der U. 48 u. A. 18, 19

Ludendorff gesteht Zusammenbruch der Ukraine-Politik ein 87

die deutsche Politik in der U. 117–151

Besetzung 48, 118–120, 211 A. 12, 212 u. A. 14, 368, 375

Reibungen zwischen Deutschland und Österreich 122–24, 391

Schwierigkeiten der Getreideaufbringung 124–26, 391

deutsche Behörden geben Zusammenarbeit mit Rada auf 125–28

Ukraine (Forts.)

- Auseinandersetzung zwischen Reichsleitung und OHL über das deutsche Vorgehen 129–132
 Mißerfolg in der Getreideaufbringung 132–33
 Fehlen eines ukr. Nationalgedankens wird erkannt 133–36, 392
 Miljukovs Tätigkeit in Kiev 136–39
 Vertrag mit Donegebiet 144 A. 132, 291
 Fiasko der deutschen U.-Politik 147–151, 372, 376
 Programm der Mehrheitsparteien für die U. 149 A. 159, 380
 Antibolschewisten fordern U. zurück 222, 239, 249 u. A. 78, 326 A. 80, 394, 402
 bolschew. Propaganda in der U. 345–46
 »Unabhängiger Pressedienst« 340
 Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) 272 A. 52, 366
 Verbindung mit der russ. Botschaft 334–35, 338–341, 369, 407
 Ressortbesprechungen darüber 348–354
 im Rat der Volksbeauftragten 362, 363
 Bruch mit Bolschew. 364 u. A. 126
 »Union für die Verteidigung von Vaterland und Freiheit« 58
 Unter den Linden 288, 334, 335, 337 A. 15, 340 A. 26, 407; s. auch Joffe
 Untersuchungsausschuß s. Weimarer U.
 Ural 37 u. A. 38, 50, 53, 55, 56, 83, 180, 211 A. 11, 215, 237
 Urickij, Michail Solomonovič (1873–1918)
 Čeka-Chef von Petersburg 116 A. 107
 Ermordung 312, 316
- Vacetis*, Ioakim Ioakimovič (1873–1938) Kommandeur der lettischen Division, Oberbefehlsh. an der russ. Ostfront seit Juli 1918, Oberbefehlsh. der sowj.russ. Streitkräfte Sept. 1918 – Juli 1919 156 A. 3, 240 A. 33, 255 A. 107
 über den Moskauer Aufstand der LSR 226 A. 60
 Verbindung zur deutschen Gesandtschaft 241, 315–16, 404
- Vachrameev*, Ivan Ivanovič (1885) Mitgl. des Volkskommissariats für Marine-Angelegenheiten
 geht mit geheimem Auftrag nach Novorosijsk 168 u. A. 61, 169

- Valentini*, Rudolf von (1855–1925) Chef des Geheimen Zivillabinetts 1908 – 16. 1. 1918
 Sturz 19, 66
 über Ludendorffs Ostpolitik 66 A. 25
- Valmy*
 Kanonade von V. 300
- Vanselow*, Ernst, Kapitän z. S., Vertreter des Adm.st. in Berlin 160, 162 A. 25
- Varejkis*, Iosif Michajlovič (1894–1939) Kommandant von Simbirsk 227 A. 64
- Vereinigter Landesrat von Estland und Livland*
 wirkt für Anschluß an Deutschland 261–62
- Vereinigte Staaten* 13, 20, 47, 48, 51, 52, 194 A. 78, 266, 277, 374, 405, 406; s. auch Wilson
 amerik. Truppen in Nordrußland 105, 369
- Versailles* 50
- Vester*, Gisbert, Ingenieur 345 A. 48
- Viator*
 Pseudonym für Radek 331
- Vierbundmächte* s. Mittelmächte
 »Vierzehn Punkte« Wilsons 46, 357
- Vietinghoff*, von, Legationssekr. 400 A. 1
- Vitebsk* 104, 346 A. 58
- Vjatka* 220, 345 A. 48
- Vladivostok* 50, 51, 52, 53, 55, 60, 397, 405
 Landung japanischer Truppen in V. 36, 51, 56
- Völkerbund* 149 A. 159
- Vogel*, Hauptmann
 Bericht über die Lage der Bolschew. 217 A. 30, 218 A. 31
- Volchov* 266
- Volga* 53, 58, 110, 141 A. 115, 153, 195 A. 82, 198, 218 A. 30, 227 u. A. 63, 255, 309, 323, 331, 390, 393
- Volga-Don-Kanal* 266
- Volgograd* 121 A. 21
- »Volja« 162, 169, 174
- Volkskommissar für innere Angelegenheiten* 312 A. 35
- Volkskommissariat für Verpflegung* 330
- Vologda* 108 u. A. 65, 110 A. 74, 227 A. 66, 309
 Sitz der alliierten Vertreter 48, 58 u. A. 57, 82, 225
- Voronež* 99 A. 24, 110, 142, 144 A. 133, 145, 287, 324, 393
- Voronov*, Georgij, sowj.russ. Vizekonsul in Berlin 238 A. 22, 290 A. 139
 Stellung in der russ. Botschaft 338, 340, 352 A. 80

- Vorovskij*, Vaclav Vaclavovič [Orlovskij] (1871–1923) sowj.russ. Botschafter für die skandinav. Länder 236 A. 14, 289
Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 272 u. A. 51
- Vorst*, Hans, Journalist 105 A. 56
- »*Vorwärts*« 205 A. 125
Artikel über Ermordung Mirbachs 229
gegen deutsches Engagement im Baltikum 252
- »*Vossische Zeitung*« 252, 406
- Vrangel*’, Petr Nikolaevič (1878–1928) russ. General, unter Denikin in der Freiwilligenarmee, seit Dez. 1919 ihr Führer 174
- Vyborg* 109
- Vygodskij*, Semen Jul’evič, sowj.russ. Historiker 227 A. 66
- Waffen*
Lieferung von W. an Rußland 332 A. 111
Sowjetregierung ersucht deutsche Regierung darum 321–22
- Waffenstillstand von Brest-Litovsk* 14, 23, 208, 280
- Waffenstillstand von Compiègne* 174, 360, 366 u. A. 137, 384
- Waffenstillstandsangebot*
deutsches W. an Wilson 325, 329
- Wagner*, Richard (1813–1883) 178 A. 22
- »*Wahrheit*« 344
- Waldow*, Wilhelm von (1856–1937) Staatssek. des Kriegsernährungsamtes 5. 8. 1917 bis 8. 11. 1918
sicht schwere Folgen voraus, wenn Getreideaufbringung in der Ukraine scheitert 133 A. 80
- Walter*, Konsul 352 A. 80
- Warburg*, Bankhaus 263
- War Office*
fürchtet Sieg Deutschlands 46, 54 A. 36
widerrät Abtransport der Tschecho-Slowaken aus Rußland 52
fordert japanische Intervention in Sibirien 54
- Wasa* 386
- Washington* 56
- Weimarer Untersuchungsausschuß* 17 A. 15, 61 A. 1, 89 A. 91, 149 A. 160, 326 A. 82, 349 A. 72
- Weißer Garde in Finnland* 93, 98, 99
- Weißes Meer* 50, 75, 116 A. 107, 322, 334 A. 117
- Weißer Truppen* 55 A. 41, 56, 256, 312, 322, 358 A. 95
Schwäche gegenüber Bolschew. 59
ihr Aufstand in Jaroslavl’ scheitert 228
- Weißrußland* 42, 281
Räumung gemäß Ergänzungsvertrag 297 u. A. 164
- »*Weltbefreiung*« 344
- Weltkrieg*
Lenin über die Bedeutung des W.s für die russ. Revolution 36, 38
- »*Weltrevolution*« 344
- Wesendonk*, Otto-Günther von (1885) Legationssek., Referent im AA 1914–18 178 u. A. 22, 195 A. 83, 207
Vorstellungen über deutsche Kaukasuspolitik 179–180, 193 A. 78
- Wesendonk*, Mathilde (1828–1902) Freundin Richard Wagners 178 A. 22
- Westarp*, Kuno Graf von (1864–1945) Mitgl. des Reichst. (Kons.) 1908–18, Vors. der Reichstagsfraktion
Teilnahme an Besprechung der Fraktionsvors. mit Regierungsvertretern am 21. Aug. 293, 400 A. 1, 401
- Wheeler-Bennett*, John Wheeler (1902) brit. Historiker 17 A. 15, 26 A. 58, 337 A. 12, 13
- Wiedertäufer* 314
- Wiedfeldt*, Otto, Kruppdirektor, Mitgl. der deutschen Wirtschaftsdelegation in der Ukraine 120 A. 13
- Wiemer*, Otto (1868–1931) Mitgl. des Reichst. (Fortschr. Volkspartei) 1898–1911, 1912–18, Mitgl. des Preuß. Abg.h. 1898–1918
Teilnahme an Besprechung der Fraktionsvors. mit Regierungsvertretern am 21. Aug. 293, 400 A. 1, 402
- Wien* 33, 77, 135 A. 89, 139, 147, 204 A. 117, 299 A. 169, 301, 330, 333 A. 116, 391; s. auch Österreich-Ungarn
- Wiener Kongreß* 40, 336 A. 10
- Wilhelm II.* (1859–1941) Kaiser 15, 17, 18, 20, 24, 25 A. 53, 26, 69 A. 32, 70, 73, 77 A. 55, 82, 83, 91, 92 A. 97, 94, 95, 96, 97, 129, 130, 136, 139, 142 u. A. 120, 144, 145 A. 137, 164 A. 39, 165, 166 A. 54, 172, 189, 190, 206, 207 213 A. 19, 215, 217 A. 30, 224, 242 A. 45–47, 251 A. 88, 270, 293 A. 147, 295 A. 152, 296 A. 160, 308, 315, 325 A. 80, 330, 332 A. 111, 347 A. 58, 356 A. 90, 362 A. 123, 363, 376, 394, 395, 401
Auseinandersetzung mit Ludendorff im Januar 19, 67
Rücktrittsabsicht 19
über die bolschew. Gefahr 25

Wilhelm II. (Forts.)

Beeinflussung durch Keyserlingks Berichte 63, 64, 370
 Beeinflussung durch Berg 66–68
 in Hochstimmung über Frieden von Brest-Litowsk 67 A. 30, 68
 will Mannerheim unterstützen lassen 71–72
 über Richtlinien der deutschen Ostpolitik 79 A. 62, 102 A. 40
 entscheidet gegen militär. Eingreifen in Rußland 84–85
 will Kiev zum antibolschew. Zentrum machen 87
 Stellung zu Hintze 88 u. A. 88, 89; 89 u. A. 91
 zum Sturz Kühlmanns 90 A. 91
 erregt über Hertlings Bedenken gegen Finnland-Expedition 94 A. 9, 98
 sein dynastisches Interesse an Finnland 98 A. 15
 über die Lage in Murmansk 102–03, 105
 wünscht Fühlungnahme mit Donkosaken und anderen Kosakenstämmen 141 A. 112, 215 A. 21, 24
 will Konflikt über die Schwarzmeer-Flotte lösen 163–64
 entscheidet über die Verwendung der Schwarzmeer-Flotte 170–71
 Plan einer Aufteilung Rußlands in 4 »Zarentümer« 187–88
 Instruktion an Schubert 210 A. 8
 läßt nur ungern diplomatische Beziehungen mit den Bolschew. anknüpfen 212 A. 14, 15
 verärgert über Mirbachs Berichterstattung 222–23, 387 A. 1, 2; 388 A. 3, 4
 will Hintze nach Moskau schicken 222, 223 u. A. 49, 225 u. A. 53
 Reaktion auf Mirbachs Ermordung 225 A. 52, 229 A. 78
 zur Ernennung Helfferichs zum Gesandten in Moskau 234, 235
 hält bolschew. Regierung für illoyal 238 A. 21
 fordert Rückkehr Helfferichs aus Moskau 242 A. 47, 50; 246
 Stellung in der Auseinandersetzung Hintze-Helfferich 250, 251 u. A. 90, 254
 über die russ. Teilnehmer an den Ergänzungsverhandlungen 272 A. 52
 Charakteristik Joffes 273 u. A. 59, 337 A. 13
 Verärgerung über die Ergänzungsverhandlungen 282 A. 92

Wilhelm II. (Forts.)

verlangt Verwendung russ. Kriegsgefangener im Heeresdienst 344 A. 46
Wilhelm II. (1848–1921) König von Württemberg 1891–1918 390
Wilhelm, Kronprinz (1882–1951) 89 A. 91
Wilhelm, Erzherzog (1895)
 Kandidatur für ukr. Thron 123–24
Wilhelmshaven 113
Wilhelmstraße 62 A. 6, 124, 221 A. 44, 223 A. 46, 243, 259 A. 2, 324, 354
Wilson, Woodrow (1856–1924) Präs. der Vereinigten Staaten 54, 298 A. 164, 325, 328, 329, 334, 362 u. A. 121
 Reaktion auf die russ. Nov.revolution und den Brester Vertrag 46–47
 Entschluß zur Intervention in Nordrußland 50
 gegen Intervention in Sibirien 51
 Entschluß zur Intervention in Sibirien 55–56
Windau 297
Winkler, I., Pastor, Vors. des Vertrauensrates der deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet 153
Winterfeldt, Detlof von (1867) Oberst, Vertreter der OHL beim Reichskanzler 164 A. 36, 178 A. 18, 181 A. 30, 309, 320
 Teilnahme an Ergänzungsverhandlungen 274
Winterfeld, General 89 A. 91
wirtschaftliche Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland 73, 75, 77 A. 55, 78, 81, 83, 86, 211 A. 10, 213, 216 A. 28, 217 A. 30, 234, 236, 284 u. A. 108, 302, 376, 377, 378, 396, 399, 400, 402, 405, 407
 Lenin stellt sie der deutschen Regierung in Aussicht 232, 266 u. A. 26
 kein Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland 255, 285–86, 305
 Interesse deutscher Wirtschaftskreise an deutscher Festsetzung in Rußland 262–65
 Thesen Lenins und Bronskijs zu Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland 267–69
 Reaktion der deutschen Regierung und der OHL darauf 269–70
 russ. Regierung bietet Lieferung von Lebensmitteln an 276 A. 73, 283
 Joffes Beziehungen zu deutschen Wirtschaftskreisen 277 u. A. 75, 283 A. 104
 Dekret über die Nationalisierung der Industrie 278–79, 292 A. 147, 301 A. 180, 323, 398

Wirtschaftsstelle

- Schaffung einer W. an der deutschen Gesandtschaft in Moskau 263
- Woelfing*, Rittmeister, Leiter der Auslandshilfsstelle Moskau 403
- Urteil über die amtliche deutsche Ostpolitik 306
- Wolffsches Telegraphenbureau* 246, 362 A. 121, 365
- Wolhynien* 123, 153
- Württemberg* 68
- Würz*, Major, Chef des Kriegspresseamtes 1917 bis Okt. 1918 62 A. 6
- Yorck von Wartenburg*, Ludwig Graf (1759–1830) preuß. Feldmarschall 247 A. 72
- Zagorskij*, erster Botschaftssek. an der sowj.-russ. Botschaft in Berlin 337
- Zar* s. Nikolaus II.
- Zentralexekutivkomitee* 36 A. 34, 105 u. A. 56, 106, 212, 230 A. 79, 231, 342, 406
- Sitzung vom 14. Mai 38–40

Zentralexekutivkomitee (Forts.)

- Ratifikation des Ergänzungsvertrages 301 u. A. 180
- Sitzung vom 3. Okt. 330, 331
- Sitzung vom 22. Okt. 333
- beschließt Absendung von Mehl nach Deutschland 361
- Zentralkomitee der bolschewistischen Partei* 22, 27 A. 63, 68; 49, 198, 342
- Auseinandersetzungen im Z. über den Abschluß des Brester Friedens 26–27, 31
- Nachtsitzung am 6. Mai 37, 99–100
- Zentralmächte* s. Mittelmächte
- »*Zentrokaspische Diktatur*« 200
- Ziemke*, Kurt 183 A. 38, 206
- Zimmerwald* 362
- Zinov'ev*, Grigorij Evseevič [Radomyslskij] (1883–1936) Mitgl. des ZEK 47, 284 A. 106, 313 A. 39, 379
- befürwortet Brester Vertrag 31
- Reaktion auf Oktoberereignisse in Deutschland 332 A. 111
- Žukov*, V. K. 157 A. 5